

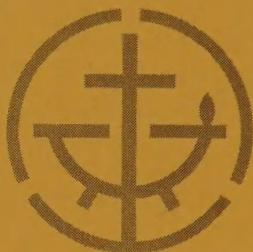
School of Theology at Claremont



1001 1411789

KIRCHLICHES JAHRBUCH

1961



LIBRARY
Theology Library

SCHOOL OF THEOLOGY
AT CLAREMONT
California

KIRCHLICHES JAHRBUCH 1961

KIRCHLICHES JAHRBUCH

FÜR DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND

BX

8020

1961

A2

K5

V. 88

BEGRÜNDET VON JOHANNES SCHNEIDER

HERAUSGEGEBEN VON JOACHIM BECKMANN

88. JAHRGANG

GÜTERSLOHER VERLAGSHAUS · GERD MOHN

INHALT

KIRCHLICHE ZEITGESCHICHTE 1961

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland	
Von Gottfried Niemeier	1
Einleitung: Die Bedeutung der Gemeinschaft der evangel. Christen-	
heit Deutschlands in der EKD	1
Dr. Visser't Hoofts Erklärung vor der EKD-Synode (Auszug)	2
1. Trennung und Einheit	2
Die Antwort der Kirche auf die Ereignisse des 13. und 31. August 1961	
Aufruf von Präses D. Scharf und Bischof D. Dr. Dibelius	3
Brief von Präses D. Scharf, Bischof D. Krummacher, Generalsuperinten-	
dent D. Führ und Präses Figur an den Vorsitzenden des Staatsrates..	4
Aufruf des Vorsitzenden des Rates der EKD an die Gemeinden	4
Aufruf der lutherischen Landeskirchen in Nordwestdeutschland	5
Kommuniqué des Rates der EKD zur Aussperrung des Ratsvorsitzenden	6
Schreiben der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg an den Ost-	
berliner Oberbürgermeister und an den Staatssekretär für Kirchenfragen	7
Schreiben der Konferenz der evangelischen Bischöfe in der DDR an den	
Vorsitzenden des Ministerrates	8
Antwort der Regierung der DDR	9
Schreiben der Konferenz der evangelischen Bischöfe in der DDR an den	
Vorsitzenden des Staatsrates	9
Antwort der Kanzlei des Staatsrates	10
Beschluß der schlesischen Provinzialsynode	10
Vertrauenserklärung für Präses D. Scharf von Prof. D. Barth u. a.	10
Erklärung von Präses D. Wilm zur Aussperrung von Präses D. Scharf ..	11
Abschiedswort von Propst D. Grüber an die Marienkirchengemeinde ..	11
Grußwort der westfälischen Landessynode an die Gliedkirchen und ihre	
Gemeinden in der DDR	12
Erklärung einer Kreissynodaltagung in der DDR	12
Erklärung der schlesischen Provinzialsynode	13
Erklärung des „Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR“	13
Interview von Bischof D. Mitzenheim	14

2. Die erste Tagung der Dritten Synode der EKD	15
a) Vorspiel und Auftakt	15
Rede des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht (Auszug)	15
Bekanntmachung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR	16
Beschuß der Synode wegen Behinderung des Eröffnungsgottes- dienstes	17
Erklärung von Bischof D. Krummacher	17
b) Die Neuwahl des Rates der EKD	18
Dankwort von Landesbischof D. Lilje an die ausscheidenden Rats- mitglieder	19
Wort des neuen Ratsvorsitzenden	21
c) Aus dem Rechenschaftsbericht des scheidenden Ratsvorsitzenden	22
d) Die Atomfrage	29
Bericht von Professor Dr. Raiser über die Arbeit des EKD-Aus- schusses	29
Bericht über die Arbeit des Synodalausschusses	31
Beschuß der Synode zur Atomfrage	32
e) Fragen des Schutzes der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissens- gründen	32
Zwei Schreiben des Arbeitskreises Kirchlicher Bruderschaften	32
Beschuß der Synode zur Frage der Beistandschaft	35
Antrag auf Schutz der Kriegsdienstverweigerung bei atomarer Be- waffnung oder wegen der Teilung Deutschlands	35
f) Zur Neuordnung der Konfirmation	35
Aus dem Bericht von Präses D. Dr. Beckmann	36
Aus dem Bericht von Professor D. Nagel	38
Beschlüsse der Synode zur Konfirmationsfrage	41
g) Andere wichtige Beschlüsse	42
Beschuß der Synode zur Aktion „Brot für die Welt“	42
Beschuß zur Tötung von unheilbar Kranken	42
Ausschußentschließung zum Eichmann-Prozeß	43
3. Der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag	44
Erklärung des Staatssekretärs für Kirchenfragen	44
Adresse der bayerischen Kirchenleitung an das Kirchentagspräsidium ..	44

Offener Brief von 3 Berliner Theologieprofessoren an das Kirchentagspräsidium	45
Erlaß des Ostberliner Polizeipräsidenten.....	46
Kommuniqué des Kirchentagspräsidiums	46
Schreiben der Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR	47
Telegramm der sächsischen Kirchenleitung an den Vorsitzenden des Ministerrates	47
Brief von Propst D. Grüber an den Ostberliner Polizeipräsidenten....	47
Erklärung der christlichen Teilnehmer der Arbeitsgruppe „Juden und Christen“	49
 4. Innerkirchliche Zurüstung für Zeugnis und Dienst	 49
a) Theologie und Verkündigung	49
Offener Brief an die Leitung der württembergischen Landeskirche und an die Ev.-Theol. Fakultät in Tübingen	50
Erklärung des Vorstandes des Gnadauer Gemeinschaftsverbandes..	53
Antwort der württembergischen Kirchenleitung	54
Eingabe von D. Brandt u. a. an den Rat der EKD.....	60
Eingabe von 32 Pfarrern und Laien an die Kirchenleitungen.....	63
Thesen eines Synodalvortrages von Professor D. Weber.....	64
Verlautbarung des Ausschusses „Verkündigung“ der westfälischen Landessynode	65
Verlautbarung der Generalsynode der VELKD	68
Ausführungen von Landesbischof D. Haug vor dem württembergischen Landeskirchentag	69
b) Gottesdienstordnung und Gemeindeleitung.....	71
Richtlinien für die Gestaltung der Familiengottesdienste (Sachsen luth.)	72
Handreichung für die Leitung der Gemeinde	73
 5. Vom Dienst der Kirche an der Welt	 75
A. Die Wahrnehmung der politischen Verantwortung.....	75
a) Das Verhältnis von Kirche und Staat.....	75
in der Bundesrepublik Deutschland.....	75
in der Deutschen Demokratischen Republik.....	75

b) Kirchliche Stellungnahmen zu politischen Fragen und Vorgängen	76
1. Kirchliche Friedensbemühungen	76
Handreichung zur Friedensfrage	77
Wort des Arbeitskreises der Kirchl. Bruderschaften an die Politiker und an die Gemeinden	80
Brief des Leitungsausschusses der Kirchl. Bruderschaften an Pfarrer und Gemeinden	81
Besprechungshilfe zur Frage der Versöhnung (Ev. Kirche im Rheinland)	84
Tägliches Da-pacem-Läuten (Hannover)	85
2. Verlautbarungen zur Atomrüstung und zu den Kernwaffenversuchen	86
Wort des Landeskirchentages der Ev.-Ref. Kirche in Nordwestdeutschland	86
Wort des Jugendausschusses an die Wehrpflichtigen	86
Erklärung des Arbeitskreises der Kirchl. Bruderschaften	87
3. Der Dienst an den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen	87
Beschluß der EKD-Synode 1961	88
Ergebnisse der Arbeit des EKD-Ausschusses für Fragen der Kriegsdienstverweigerung	88
Grundsätzliche Feststellung	88
Ergebnis des Rechtsgutachtens von Prof. Dr. Scheuner zum Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz	89
Empfehlungen des Rates der EKD an die Gliedkirchen	89
Landeskirchliche Ordnungen zur Regelung der Beistandstätigkeit von Pfarrern	
Baden	90
Württemberg	91
Pfalz	91
Kurhessen-Waldeck	92
4. Kirchliche Verlautbarungen zur Bundestagswahl	92
Aufruf des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der EKD	93
Dank von evangelischen SPD-Politikern	93
Schreiben von Präses D. Dr. Beckmann an die Parteivorstände (Auszug)	93

Landeskirchliche Stellungnahmen zur parteipolitischen Tätigkeit von Pfarrern	
Pfalz	94
Hessen und Nassau	94
5. Die Kirche und ihre Presse.....	94
Acht Thesen des 3. Deutschen Evangelischen Pressetages.....	94
B. Die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung der Kirche (gesellschaftliche Diakonie)	95
a) Die Aktion „Brot für die Welt“	96
Aufruf des Ratsvorsitzenden, des Präses der EKD-Synode und des Vorsitzenden der Vereinigung evangelischer Freikirchen zum Weihnachtsoffer 1961	96
Wort von Landesbischof D. Dietzfelbinger.....	97
b) Stellungnahme zum Arbeitsgesetzbuch der DDR.....	97
c) Der Dienst der Kirche an der Erziehung.....	98
Stellungnahme der Schulkammer der Ev. Kirche von Westfalen zum Schulwort der EKD-Synode	98
d) Mitarbeit an Fragen der Verkehrsgesinnung und Verkehrserziehung	101
6. Das evangelisch-katholische Verhältnis und Gespräch	102
Verlautbarung aus der VELKD zum II. Vatikanischen Konzil.....	102
Erklärung der Michaelsbruderschaft	103
Schluß	104
II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik	105
Einleitung	105
1. Das Verhältnis von Staat und Kirche	109
a) Allgemein	109
Brief von Professor D. Emil Fuchs an den Vorsitzenden des Staatesrates	111
Wortlaut der Rede von Prof. D. Fuchs	111
Wortlaut der Antwort Walter Ulbrichts	114
Die Aussprache	117
Auszug aus der Rede von Präses Scharf auf der Synode der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen	126

Schreiben von Bischof D. Krummacher an Professor D. Fuchs.....	127
Antwort von Professor D. Fuchs	129
Ansprache Walter Ulbrichts anlässlich der Verleihung des Vaterlän- dischen Verdienstordens in Gold an Landesbischof D. Mitzenheim	135
Antwort von Landesbischof D. Mitzenheim	136
Glückwunsch des Zentralkomitees der SED zum 70. Geburtstag von Landesbischof D. Mitzenheim	137
Zeitungsartikel zum 70. Geburtstag von Landesbischof D. Mitzen- heim von Oberkirchenrat Lotz	138
b) Der 13. August 1961 und seine Auswirkungen	141
Verschiedene Schreiben von Vertretern der Kirche an staatliche Stellen	144
Offener Brief von Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann an Gene- ralsuperintendent Führ zur Frage der Passierscheine zum Weih- nachtsfest	146
Bericht der Ostsee-Zeitung über ein Gespräch zwischen Bischof D. Krummacher und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirks Rostock	148
Brief von Bischof D. Krummacher an den Ratsvorsitzenden des Bezirks Rostock	149
Pressebericht über die sog. Bornholm-Affäre.....	150
Rundschreiben der Kirchenkanzlei der EKU zur kirchlichen Lage..	152
Aufsatz von Domprediger Karl Kleinschmidt „Wer sind die Ver- räter?“	153
Presseinterviews mit Bischof D. Mitzenheim betr. Neu-Delhi.....	155
Brief von Professor D. Fuchs „Wodurch wird die Kirche wahrhaft gefährdet?“	158
Auszug aus einem Bericht des Geschäftsführers der Ost-CDU „Alles für unseren Friedensstaat“	160
Gemeinsamer Hirtenbrief der röm.-kath. Bischöfe Mitteldeutschlands „Tröstet, tröstet mein Volk!“	162
c) Erziehungsfragen	165
Kommuniqué des Politbüros zu Problemen der Jugend	166
Zur verstärkten Haßerziehung der Jugendlichen in der DDR (Herder-Korrespondenz)	171
Anweisung zur Gestaltung des Unterrichts in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Zeit vom 16. 10.–22. 12. 1961	175
Direktiven und Hinweise zur Anweisung.....	177
Die wissenschaftlich-atheistische Erziehung der Schüler.....	187
Rundschreiben der Kirchenkanzlei der EKD für die Gliedkirchen in der DDR für die Pfarrer über Erziehungsfragen	191

d) Die Kirchen vor den Fragen von Politik und Gesellschaft.....	193
Stellungnahme der kirchlichen Ostkonferenz zum Entwurf eines Gesetzbuches der Arbeit	193
Aufruf der Ost-CDU an die Repräsentanten der Kirchen in beiden deutschen Staaten zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland	196
Bericht über die Konferenz des Christlichen Arbeitskreises im Deut- schen Friedensrat	198
Eine Würdigung der Konferenz durch den Sekretär des Deutschen Friedensrates	200
Predigt von Oberkonsistorialrat Fränkel im Fürbittegottesdienst für den Frieden	201
Kampfauftrag an alle FDJ-Mitglieder	206
Erklärung des akademischen Senats der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	207
Erklärung des Rates der Theologischen Fakultät im Zusammenhang mit der Erklärung des akademischen Senats	209
Rundschreiben der Ev. Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an die Pfarrer usw. vom 9. 10. 1961	210
Die SED und die Theologen – Zur Überrumpelung der Ostberliner Fakultät (epd-Bericht)	214
Entwurf für eine Erklärung der Theologischen Fakultät der Hum- boldt-Universität von Professor D. Vogel	215
Erklärung der theologischen Fakultät der Humboldt-Universität... ..	216
Schreiben der ev. Kirchenleitung Berlin-Brandenburg vom 14. 12. 1961	217
Rundbrief von Bischof D. Jänicke an die Pfarrerschaft vom Dezem- ber 1961	218
Flugblatt zu den Wahlen am 17. September 1961	221
Schreiben der Superintendentur Cottbus vom 18. 9. 1961.....	222
Bericht der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens zu den Wahlen am 17. 9. 1961	223
Bericht des Oberkirchenrats der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklen- burgs zu den Wahlen am 17. 9. 1961 nebst Anlage.....	224
2. Weltanschauliche und theologische Grundfragen.....	227
Rede des Vorsitzenden der Kommission für Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der SED aus dem Jahre 1958 (Auszug aus einer Veröffentlichung aus dem Jahre 1961)	227
Das neue Programm und die neuen Statuten der KPDSU über die Religion	229

Erklärung Chruschtschows vor dem XXII. Parteitag über die kommunistische Erziehung	230
Unsere erste Sorge: der Mensch, Vortrag von Studiendirektor Voigt auf der Generalsynode der VELKD	231
Sozialismus und Christentum – Kritische Bemerkungen zu dem Referat Dr. Voigts von Günter Wirth	243
Verzerrung des wahren Sachverhalts. Aufsatz von Günter Wirth über die Handreichung der VELKD „Der Christ in der DDR“	246
Die Bedeutung des Kommuniqués vom 21. Juli 1958. Von Oberkirchenrat Lotz	251
Die Kirche, die Verfassung und das Kommuniqué. Stellungnahme zu dem Aufsatz von Lotz. Von Günther Heidtmann	257
Christliches Leben im Staat der Atheisten. Rundfunkvortrag von Oberkirchenrat Wilkens	261
Auszug aus dem Jahresbericht 1961 von Landesbischof D. Dr. Beste vor der Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Mecklenburgs.....	266
3. Innerkirchliches Leben	267
Tätigkeitsbericht des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes, erstattet zur 3. Tagung der 18. Ev.-Luth. Landessynode durch Landesbischof D. Noth...	268
Hier ist Geduld und Glaube der Heiligen. Vortrag von Bischof D. Horig auf der Synode der Ev. Kirche von Schlesien.....	290
Bericht von Bischof D. Krummacher über eine Rüstung der Landessynode der Pommerschen Evangelischen Kirche	297
Verbindliche Kirche. Thesen des Studienkreises der Thüringer Kirchlichen Konferenz	302
Neue Thesen des Weißenseer Arbeitskreises vom 30. 11. 1961.....	316
Die Kirchengemeinde im vollgenossenschaftlichen Dorf. Vom Ausschuß „Dienst der Kirche auf dem Lande“ erarbeitete Richtlinien	317
4. Zusammenfassung	321

ÖKUMENISCHE BEWEGUNG 1960/61

Von Hanfried Krüger	323
1. Die Vorarbeiten für die Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi ...	323
a) Die Zentralauschußsitzung in St. Andrews	323
Auszug aus der Einleitung der Denkschrift über die „Zukunft von Faith and Order“.....	325

b) Ökumenische Jugendkonferenz in Europa	325
Aufruf zur Verwirklichung christlicher Einheit (Auszug)	326
Konsultation über Abendmahlsgottesdienste bei ökumenischen Ver-	
anstaltungen	327
c) Ostasiatische Christliche Konferenz	333
d) Die Vorbereitung von Neu-Delhi in den Gemeinden.....	334
2. Die internationale Situation vor Neu-Delhi	334
Erklärung des ÖRK gegen antisemitische Ausschreitungen	334
Aufruf des Exekutivausschusses des ÖRK an die Atommächte.....	335
Aufforderung des Exekutivausschusses des ÖRK zur Einstellung der	
Kernwaffenversuche	336
Botschaft des Zentralausschusses an die afrikanischen Mitgliedskirchen	337
Erklärung der Delegierten aus den südafrikanischen Mitgliedskirchen	
des ÖRK und Vertreter des ÖRK über die christliche Haltung zur	
Frage der Rassenbeziehungen.....	339
Schreiben der Prager Christlichen Friedenskonferenz an den ÖRK....	344
Auszug aus dem Protokoll der 3. Christlichen Friedenskonferenz.....	344
Botschaft der Allchristlichen Friedensversammlung.....	345
Empfehlung des Ökumenischen Ausschusses der Vollversammlung über	
die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit dem ÖRK.....	348
3. Orthodoxie und Rom	349
a) Orthodoxe Kirchen	349
Aufnahmeantrag der Russischen Orth. Kirche	350
b) Römisch-katholische Kirche	352
Bericht des Exekutivausschusses des ÖRK über die neuesten Ent-	
wicklungen in der röm.-kath. Kirche	352
Auszug aus dem Tätigkeitsbericht von Generalsekretär Dr. Visser	
't Hooft	353
4. Die Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi „Jesus Christus, das	
Licht der Welt“	355
a) Äußere Ausbreitung	356
Erklärung des Generalsekretärs vor der Vollversammlung betr. die	
Aufnahme östlicher Kirchen	356
Erklärung von Bischof Newbigin betr. Integration des ÖRK mit	
dem Internationalen Missionsrat	357
Erklärung der Sektion „Einheit“	357

b) Innere Festigung	357
Erklärung der Sektion „Zeugnis“ (Auszug)	358
c) Sektion „Zeugnis“	358
Auszüge aus der Diskussionsordnung für die Sektion.....	359
Auszug aus der Eingangspredigt des burmesischen Pfarrers U Ba Hmyin	359
Auszüge aus dem Einleitungsreferat von Devanandan	360
Weitere Auszüge aus dem Sektionsbericht	360
d) Sektion „Dienst“	361
Auszüge aus dem Sektionsbericht	361
e) Sektion „Einheit“	364
Auszüge aus dem Sektionsbericht	364
f) Die Ausschüsse	368
Empfehlung des „Weisungsausschusses für Grundsatzfragen“.....	369
Stellungnahme zur Religionsfreiheit	369
EntschlieÙung zum Antisemitismus	371
Vorlage des Ausschusses für die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ zu den internationalen Spannungen....	372
Feststellung des Ausschusses für Beglaubigungsschreiben betr. Verweigerung der Ausreisegenehmigung an Teilnehmer aus der DDR	373
Botschaft der Vollversammlung an die abwesenden Vertreter der Kirchen in der DDR	373
g) Botschaften und Appelle	373
Botschaft der Vollversammlung an die Kirchen.....	373
Botschaft an die Christen in Südafrika.....	375
Appell an die Regierungen und Völker	376
5. Kirchenunionen	377
6. Konfessionelle Weltbünde und christliche Weltorganisationen	379
7. Regionale Entwicklungen	381
8. Ökumene zu Hause	382
Liste der deutschen Mitglieder in ökumenischen Kommissionen.....	383
9. Von Personen	386

KIRCHLICHE STATISTIK

I. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte der evangelischen Landeskirchen	
Von Paul Zieger	388
Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen.....	389
Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt.....	390
Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts	392
Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte Pfarrer und Pfarrer im Wartestand	394
Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1961 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und der im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer	395
II. Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Jahren 1959 und 1960	
Von Paul Zieger	396
Tabelle 1: Taufen im Jahre 1959	398
Taufen im Jahre 1960	399
Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1959	400
Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1960	401
Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1959	402
Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1960	403
Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1959	404
Konfirmationen im Jahre 1960	405
Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1959	406
Trauungen im Jahre 1960	407
Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1959	408
Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1960	409
Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1959	410
Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1960	411
Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1959	412
Kirchliche Bestattungen im Jahre 1960	413

Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1959	414
Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1960	415
Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1959	416
Heiliges Abendmahl im Jahre 1960	418
Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1959	420
Abendmahlsgäste des Jahres 1960	422
Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1959	424
Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1960	426
Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1959 ...	428
Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1960 ...	429
Tabelle 14: Kirchengaustritte im Jahre 1959	430
Kirchengaustritte im Jahre 1960	431
 III. Zusammensetzung der Kirchenvorstände in drei westdeutschen Landeskirchen	
Von Paul Zieger	432
Tabelle: Die Kirchenvorsteher nach Geschlecht, Alter und Beruf der Männer	433
 IV. Die Studierenden der evangelischen Theologie im Winter- semester 1960/61	
Von Paul Zieger	434
Tabelle 1: Die deutschen Studierenden der evangelischen Theologie an den einzelnen Universitäten und Kirchlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den Winter- semestern 1959/60 und 1960/61	434
Tabelle 2: Die Studierenden der evangelischen Theologie nach Fach- semestern in %	435
Tabelle 3: Theologiestudierende im 1. und 2. Fachsemester (Studienanfän- ger) in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin...	436
Tabelle 4: Die Theologiestudierenden nach dem Beruf des Vaters.....	437

Kirchliche Zeitgeschichte 1961

I. Die Evangelische Kirche in Deutschland

Von Gottfried Niemeier

EINLEITUNG: DIE BEDEUTUNG DER GEMEINSCHAFT DER EVANGELISCHEN CHRISTENHEIT DEUTSCHLANDS IN DER EKD

Seine schmerzhafteste und bedrückende Signatur erhielt das Leben und Zusammenleben der evangelischen Christenheit in Deutschland im Jahre 1961 durch die Ereignisse des 13. und des 31. August. Die Errichtung der Berlin, und mehr als Berlin zertrennenden Mauer und die Aussperrung des Vorsitzenden des Rates der EKD Präses D. Scharf aus dem Gebiet der DDR erlegten ihr die bisher schwerste Belastung ihrer Gemeinschaft und Einheit auf. Trotz vielfältiger und zunehmender Behinderungen, denen mit vorher gegen sie nicht angewandter Schärfe auch die seitdem – hoffentlich nur vorläufig – letzten großen gesamtkirchlichen Veranstaltungen, nämlich die EKD-Synode und der Deutsche Evangelische Kirchentag in Berlin ausgesetzt waren, war bis zu den schmerzlichen Ereignissen des August 1961 die Gemeinschaft der evangelischen Christenheit einundeinhalb Jahrzehnt hindurch eine der wichtigsten und wirksamsten Verbindungen zwischen den durch politische, gesellschaftliche und weltanschauliche Gegensätze getrennten Teilen Deutschlands und eine – zwar immer schmaler werdende, aber noch begehbbare – Brücke zwischen den Kirchen und den Menschen hüben und drüben; Berlin hatte die Aufgabe einer Herberge tätiger und betätigter Brüderlichkeit wahrgenommen und die Möglichkeit des Zusammenkommens aus Ost und West geboten. Dadurch konnte nicht nur das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der evangelischen Christen und Kirchen in Deutschland wach und lebendig erhalten, sondern zugleich eine ständige Arbeitsverbindung zwischen den Gliedkirchen der EKD, den gliedkirchlichen Zusammenschlüssen und ihren zahlreichen und vielförmigen Arbeitseinrichtungen aufrechterhalten und sorglich gepflegt werden. Das war zumal deshalb von nicht unerheblicher grundsätzlicher Bedeutung, als die deutsche evangelische Christenheit – durch die Verhältnisse zu einem Übungsfeld für den Umgang mit verschiedenartigen politischen Systemen und für die Verwirklichung christlicher Existenz unter deren Regiment gemacht und geworden – genötigt war, entscheidende Fragen christlicher Lehre und christlichen Lebens im Hinblick auf die unterschiedliche Umwelt, innerhalb deren kirchliches und christliches Leben heute in Deutschland verwirklicht werden muß, neu zu durchdenken und für die Überleitung neuer Erkenntnis in neue Entscheidungen Wegweisung und Handreichung zu bieten. Bis zum August 1961 konnte an dieser ebenso umfassend wie tieflorend anzugreifenden Aufgabe in gemeinsamer Bemühung gearbeitet werden, um das rechte Verständnis der biblischen Botschaft und die rechte Weise ihrer Ausrichtung in die konkrete Situation der in verschiedenen Staatsgebilden unter sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen, wirtschaft-

lichen und weltanschaulichen Verhältnissen lebenden Menschen hinein zu finden. Dieser ständig stattfindende Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen hielt die theologische Bemühung und Bewegung in Fluß; er bereicherte die Kirche für alle Weisen ihres Wirkens und auf allen Feldern ihres Dienstes; nicht an letzter Stelle erbrachte er die unablässige Mahnung, sich vor der Gleichsetzung oder Verwechslung von Kirche und Christentum mit einem bestimmten politischen System und einer bestimmten Gesellschaftsordnung sorgfältig zu hüten. Eine sich der Welt und ihrer jeweiligen Gestalt preisgebende Kirche würde das ihr aufgetragene Wächteramt und den ihr, sonderlich in einem zerrissenen Lande, obliegenden Mittlerdienst schuldhaft versäumen; zugleich aber wäre dem Staat mit einer sich ihm gleichschaltenden oder durch ihn gleichgeschalteten Kirche nicht nur nicht gedient, sondern schwerer Schaden zugefügt, denn er würde damit des mahnenden und warnenden Gewissens entraten müssen und so sich selbst als eine sittliche Ordnung aufgeben. Die Bedeutung der in der EKD bestehenden Gemeinschaft und betätigten Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen und Christen über die trennende Linie zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die zugleich ein wichtiges Teilstück der Trennlinie zwischen den weltpolitischen Machtblöcken darstellt, hinweg, blieb nicht auf den deutschen Raum beschränkt. Mit Recht konnte der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen Dr. Visser't Hooft in seinem Grußwort an die EKD-Synode erklären:

Die Evangelische Kirche in Deutschland und ihre Gliedkirchen haben einen ganz wichtigen Platz im Leben des Ökumenischen Rates ... Wenn die Evangelische Kirche in Deutschland nicht eine der größten Kirchen in der Ökumene wäre, so könnte man sie einen Mikrokosmos der Ökumene nennen. Vielleicht sagen wir besser Laboratorium der ganzen Ökumene. Es geht dabei wohl auch besonders um die Frage, wie Kirchen, die unter verschiedenen politischen Systemen leben, doch eine echte Koinonia miteinander haben können. Daß sie das haben müssen, ist für uns heute keine Frage mehr ... Die Kirchen würden dem Ruf Gottes ungehorsam sein, wenn sie aufhörten, aneinander festzuhalten. Sie müssen es aber in der Weise tun, daß sie die Situation der anderen Kirchen respektieren; daß sie auch einmal ruhig hinnehmen, daß Nachfolge Christi in der Situation des Ostens andere Formen annehmen muß als Nachfolge Christi in der Situation des Westens und umgekehrt ... Gerade dann, wenn wir einander so respektieren, werden wir einander am besten helfen und auch voneinander geistlich lernen können.

Die Ereignisse des 13. und des 31. August konnten und können die EKD als eine geistliche Gemeinschaft des Glaubens, Liebens und Hoffens, des Lobes Gottes und der Fürbitte füreinander nicht zerstören, aber sie schufen für die Funktionsfähigkeit der EKD als einer verfaßten Kirche äußerst notvolle Bedingungen und stellen ihre Einheit auf immer neue schwerste Zerreißproben, die zu bestehen „Geduld und Glauben der Heiligen“ vonnöten sind.

1. TRENNUNG UND EINHEIT

Die Antwort der Kirche auf die Ereignisse des 13. und 31. August 1961

Nach einleitenden Maßnahmen der Aussperrung und Absperrung, die die EKD-Synode im Februar und den Deutschen Evangelischen Kirchentag im Juli des

Jahres in Mitleidenschaft zogen (siehe unten), ging die DDR-Regierung mit dem 13. August dazu über, durch Errichtung einer Mauer quer durch Berlin, durch Verstärkung der Sperren entlang der Zonengrenze und durch verschärfte Überwachung von Mauer und Sperren den Demokratischen Sektor von Berlin und das ganze Gebiet der DDR nahezu hermetisch gegen den Westen abzuriegeln und die Möglichkeiten der Kommunikation herüber und hinüber bis auf einen verschwindend kleinen Rest abzuschneiden. Ein Übermaß von Leid, Not, Vereinsamung und Bedrückung wurde damit über viele Menschen gebracht; Familien wurden unbarmherzig auseinandergerissen, mitmenschliche Verbundenheiten brutal zerschnitten und Kontakte jedweder Art nahezu unmöglich gemacht. Auch der Kirche wird die Wahrnehmung ihres vermittelnden Dienstes seitdem unendlich erschwert. Zugleich wurde eine schwere Gefährdung des Friedens zwischen den Völkern durch die Absperrungsmaßnahmen und ihre oft unmenschliche Handhabung heraufbeschworen.

Zu diesen Vorgängen konnte und durfte die Kirche nicht schweigen. Ihre erste Verlautbarung war ein Aufruf des Ratsvorsitzenden Präses D. Scharf und des Berlin-Brandenburger Bischofs D. Dr. Dibelius an die Gemeinden in Ost und West, der unmittelbar nach der Schließung der Grenze erging:

Liebe Brüder und Schwestern!

Was jetzt in Berlin geschehen ist, hat uns alle hart getroffen. Die Sorge um die Zukunft, die uns bevorsteht, ist ernster geworden. Und groß ist unser Mitgefühl mit denen, die unmittelbar betroffen sind. Wir haben nicht danach zu fragen, wie und wodurch es zu Maßnahmen hat kommen können, die unser Vaterland noch mehr als bisher auseinanderreißen. Die Aufgabe der christlichen Kirche ist es, zum Frieden zu helfen, zur Besonnenheit zu rufen, wo Leidenschaften entbrennen wollen, zur Liebe zu mahnen, wo der Haß alles zu verschlingen droht, und den Glauben zu verkündigen, der die Nöte und Rätsel des Lebens überwindet.

Um dieses unseres Amtes willen bitten wir Euch alle: Verliert Euch jetzt nicht in Bitterkeit und Haßgefühl! Werft den Glauben nicht weg, der uns dessen gewiß macht, daß Gottes Gnade uns durch Leiden und Ungerechtigkeiten hindurch einen Weg des Segens führen will! Vergest nicht, daß aller menschlichen Gewalt ein Ziel gesetzt ist, daß aber die Friedfertigen Gottes Kinder heißen werden bis ans Ende! Gottes Hand ist über allem, was Menschen tun. Er schmilzt Leiden und Nöte um in neue Kraft, und denen, die ihn lieben, müssen alle Dinge zum Besten dienen!

Im Namen Jesu Christi soll verbunden bleiben, was er zusammengefügt hat. Wir bleiben Brüder, auch wenn man es uns schwer macht, beieinander zu sein. Laßt uns reicher werden an Liebe und erfinderisch an Mitteln und Wegen, einander diese Liebe zu zeigen. Und wo jetzt neue Sorgen entstanden sind um Kinder und Eltern, um Freunde und Verwandte, da laßt uns gemeinsam helfen, diese Sorgen zu überwinden.

Die Gnade unseres Herrn Jesu Christi sei mit Euch allen!

Wenige Tage später richteten der Ratsvorsitzende Präses D. Scharf, der Vorsitzende der Kirchlichen Ostkonferenz Bischof D. Dr. Krummacher, der Berliner Generalsuperintendent D. Führ und der Berlin-Brandenburger Synodalpräses Figur an den Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und an den Ostberliner Oberbürgermeister Ebert ein Telegramm, das sich unter bewußter Enthaltung von allen politisch verfänglichen Nebentönen auf das elementar Menschliche beschränkte und eine Lockerung der Absperrmaßnahmen erbat:

Die von der Regierung der DDR getroffenen Maßnahmen haben nicht nur Unbequemlichkeit für die Bewohner in beiden Teilen Berlins gebracht, sondern sind für viele Deutsche in Ost und West Anlaß zu tiefer Besorgnis geworden. Diese Maßnahmen haben dadurch, daß sie das Zueinander nächster Angehöriger über die Grenzen hinweg nunmehr fast unmöglich gemacht haben, Schmerz und Bitterkeit ausgelöst. Als die Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland und der insbesondere betroffenen Kirche von Berlin-Brandenburg fühlen wir mit den verstörten Gliedern unserer Gemeinden. Uns liegt daran, daß der Bitterkeit, dem Haß und der inneren Beunruhigung wirksam begegnet werde. Deshalb bitten wir darum, sofort durch großzügige Gewährung von Passierscheinen, Reisebescheinigungen und Aufenthaltsgenehmigungen den elementaren menschlichen Bedürfnissen und Rechten der Angehörigen ein und desselben Volkes zu entsprechen und überhaupt die Abschnürung der einen Hälfte Deutschlands von der anderen zu beseitigen. Wir meinen, mit der Erfüllung dieser unserer Bitte wird dazu geholfen, daß die Menschen im Frieden miteinander leben.

D. Scharf
Vorsitzender des Rates der EKD
Führ
Generalsuperintendent von Berlin

D. Dr. Krummacher, Bischof
Vorsitzender der Kirchlichen Ostkonferenz
Figur
Präses der Synode von Berlin-Brandenburg

Wegen dieses Telegramms wurde Präses D. Scharf in das Ostberliner Rathaus zitiert und von dem Oberbürgermeister in Gegenwart des Volkspolizeichfs „scharf gerügt“ und „zurechtgewiesen“ (Bericht der SED-Presse). Bischof D. Dr. Krummacher mußte sich Meldungen der SED-Presse zufolge „einer notwendigen Belehrung“ durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirks Rostock unterziehen.

Auf seiner ersten Sitzung nach Errichtung der Mauer, an der die drei in der DDR wohnhaften Ratsmitglieder, Landesbischof D. Beste, Bischof D. Dr. Krummacher und Synodalpräsident D. Mager, nicht teilnehmen konnten, beauftragte der Rat der EKD seinen Vorsitzenden und seinen stellvertretenden Vorsitzenden, an die Gemeinden in West und Ost ein zum Gebet für den Frieden aufrufendes Wort zu richten. Dieses erging am 15. September und lautet:

Im Auftrage des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, der die ernste Entwicklung der weltpolitischen Lage und die besonderen Berliner Vorgänge auf seiner Tagung in Berlin mit gesteigerter Besorgnis wahrgenommen hat, wenden wir uns an die evangelischen Kirchenleitungen in West und Ost. Wir sehen die Gefahr für den Weltfrieden als so groß an, daß wir meinen, eine konkrete und ins einzelne gehende Fürbitte gegen die den Weltfrieden bedrohenden Gefahren und für Wiederherstellung friedlicher Zustände in allen Teilen der Welt, in denen Menschen einander mit blutiger Gewalt bekämpfen oder mit Willkür und Terror unterdrücken, dürfe in keinem unserer regelmäßig stattfindenden Gottesdienste fehlen. Darüber hinaus sollten besondere Fürbittegottesdienste für den Frieden in den einzelnen Gemeinden, aber auch solche übergemeindlicher Art in den kommenden Wochen und Monaten überall in der Evangelischen Kirche in Deutschland abgehalten werden.

In diesen Gottesdiensten, in denen wir um Frieden, Freiheit und Recht bitten, wird Gott, soweit er uns diese edlen Güter durch seine Gnade erhalten hat, zuerst dafür zu danken sein, daß wir sie bis zu dieser Stunde uneingeschränkt oder auch gemindert dennoch haben genießen dürfen. Wir werden ihn auch darum zu bitten haben, er möge uns, denen er sie anvertraute, den häufigen Mißbrauch dieser Güter vergeben und uns nicht durch ihren Entzug bestrafen. Wir wollen dabei diejenigen nicht vergessen, denen diese Güter genommen sind. Wir wollen aller derer fürbittend gedenken – auch derer von

anderer Rasse und Hautfarbe –, in deren Land Blutvergießen oder Bedrückung oder Rechtsunsicherheit das Leben bestimmen.

Wir wollen Gott bitten, daß er uns Frieden, Freiheit und Recht überall erhalte und daß er sie uns wiederschenke, wo sie uns verloren sind. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohung des Friedens wollen wir vor allem zu ihm flehen, er möge uns vor den Schrecken eines modernen Krieges bewahren, mit dessen Ausbruch heute auch alle anderen Güter unseres Lebens vernichtet würden. Wir wollen ihn um Weisheit, Kühnheit und Verantwortungsgefühl für die verantwortlichen Männer an der Spitze der Regierungen bitten, daß sie Wege entdecken, den Frieden zu befestigen und zu gewinnen, und daß sie entschlossen werden, diese Wege allen Widerständen und bösen Einflüssen zum Trotz unbeirrt zu gehen.

Soweit unserem Volke dabei um des Friedens willen besondere Lasten auferlegt werden müssen, wollen wir um die Kraft bitten, diese aus Gottes Hand anzunehmen und in ihnen die Nachwirkung der bösen Taten zu erkennen, mit denen der Name unseres Volkes in den vergangenen Jahrzehnten befleckt worden ist.

Das Gebet um den Frieden soll uns selbst ermahnen, nichts zu wünschen, was dem Frieden schädlich ist, den Geistern des Hasses, der Rache, der Bitterkeit und der Selbstgerechtigkeit zu widerstehen in uns und um uns und keinerlei Erwartung auf kriegsrische Mittel zu setzen. In der gegenwärtigen Zertrennung unseres Volkes wollen wir an der Verbundenheit unserer Gemeinden in Ost und West festhalten und jede Gelegenheit ausnützen, diese Verbundenheit durch Taten der Liebe zu bekräftigen. Wo wir nur können, wollen wir tätig werden in Werken des Friedens und die Zeit auskaufen, die uns dazu gegeben ist.

Für dies alles laßt uns Gott um Einsicht und Geduld, um entschlossenes Wollen und ein Vollbringen aus dem Glauben an Ihn bitten, der unser Friede ist.

Auch die einzelnen Landeskirchenleitungen riefen die Gemeinden zu Buß- und Bittgottesdiensten auf. Die Gemeinden der lutherischen Landeskirchen in Hannover, Hamburg, Lübeck und Schaumburg-Lippe hielten diesen Gottesdienst gemeinsam am 10. September. In einem Wort des Hamburger Kirchenrates wird dazu gesagt:

Die steigende Bedrohung des Friedens in der Welt, die Not der fortschreitenden Spaltung unseres Volkes und die Bedrängnis unserer Kirche im Osten fordern von uns Selbstbesinnung und mahnen uns, von dem Vorrecht des Gebetes Gebrauch zu machen ... Wir müssen prüfen, ob wir im Leben unserer Kirche und unseres Volkes auf dem rechten Wege waren. Wir müssen bereit sein, umzukehren, tapferer zu glauben, mehr zu lieben und verantwortlicher zu leben ... Wir erleben von dem Herrn der Geschichte Erbarmen, wir demütigen uns vor ihm und prüfen, was er uns mit unserer Not jetzt sagen will. Aber wir fassen Zuversicht, und wir vertrauen uns seiner Gnade und Geduld an, indem wir um Frieden und Gerechtigkeit in dieser Welt beten.

Zu besonderen Betgottesdiensten und regelmäßiger Fürbitte für unser Volk in beiden Teilen Deutschlands, für den Frieden der Welt und die Gemeinschaft der evangelischen Gemeinden in Ost und West rief der Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, D. Wilm, alle Gemeinden der Landeskirche auf. In einem Rundschreiben an die Pfarrer wies er auf die ernste politische und kirchliche Lage hin und riet, überall an einem Wochentag Gebetsgottesdienste zu halten; für die regelmäßige Fürbitte in allen sonntäglichen Gemeindegottesdiensten regte er einen besonderen Einschub in das allgemeine Fürbittengebet an.

Die Maßnahmen, die die DDR-Regierung mit dem 13. August einleitete, trafen die Kirche mit und sollten sie mittreffen, aber sie hatten nicht eigentlich und zuerst die Kirche im Visier. Einen gezielten Angriff auf die EKD und ihre Einheit aber stellt die arglistige Aussperrung des Ratsvorsitzenden Präses D. Scharf aus dem Demokratischen Sektor von Berlin und der DDR dar. Sie ist ein eindeutiger Versuch, die in der EKD sichtbar werdende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit zu zerstören. Daß solche Absichten der Aussperrungsmaßnahme zugrunde lagen, wird u. a. an der andersartigen Behandlung des katholischen Bischofs von Berlin deutlich.

Über die Vorgänge im einzelnen gibt ein Kommuniqué des Rates der EKD Aufschluß:

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland nahm in seiner Sitzung vom 1. September, an der die Mitglieder aus der DDR nicht teilnehmen konnten, von folgendem Vorgang Kenntnis:

„Auf Grund einer Bekanntmachung des Ministerrates der DDR beantragte das Evangelische Konsistorium Berlin-Brandenburg am 29. August für Präses D. Scharf und andere leitende Geistliche und Beamte der Kirche die Erneuerung der Durchfahrtslaubnis mit Dienstwagen in den Westsektor von Berlin zur Ausübung von Dienstgeschäften. Am 31. August um 9.30 Uhr erteilte das Präsidium der Volkspolizei die beantragte Erlaubnis für Präses Scharf für die Dauer von drei Monaten mit dem Bemerken, daß über die Verlängerung Ende November neu zu verhandeln sei.

Präses Scharf begab sich um 12.30 Uhr ohne Behinderung über den vorgeschriebenen Kontrollpunkt nach West-Berlin. Als er nach Erledigung seiner Dienstgeschäfte sich um 20.00 Uhr wieder am gleichen Kontrollpunkt einfand, wurden ihm und seinem Kraftfahrer die Personalausweise und der Durchfahrtsberechtigungsschein ‚zur Prüfung‘ abgenommen. Nach etwa 30 Minuten wurde dem Präses durch zwei Beauftragte in Zivil eröffnet, sein Berechtigungsschein und Personalausweis würden einbehalten. Das Wiederbetreten des ‚demokratischen Berlins‘ sei ihm untersagt. Als Gründe für diese Maßnahme wurden angegeben:

1. Er habe bei seinem Zuzug nach Ost-Berlin seinen Westausweis behalten und sich damit nicht eindeutig für ein Bürgerrecht im Ostsektor entschieden.

2. Er habe sich in dem bekannten Telegramm vom 16. August 1961 an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht und den Ost-Berliner Oberbürgermeister Ebert für das ungehinderte Zusammenkommen von Familienangehörigen in Berlin eingesetzt. Seine Angehörigen wohnten in West-Berlin; es solle ihm die Möglichkeit gegeben werden, bei ihnen zu leben.

3. Er sei als der Vorsitzende des Rates der EKD der Leiter einer ‚friedensfeindlichen und illegalen Organisation‘.

Präses Scharf erklärte demgegenüber, er habe 1951 bei seinem Zuzug in Ost-Berlin seinen West-Berliner Ausweis abgegeben und sei seither lediglich im Besitz des deutschen Personalausweises der DDR. Er habe dies dem Oberbürgermeister Ebert von Ost-Berlin bereits am 18. August in Gegenwart des Präsidenten der Volkspolizei mitgeteilt. Diese Richtigstellung sei ohne Widerspruch geblieben. Bei dieser Gelegenheit hat Präses Scharf außerdem dem Oberbürgermeister von Ost-Berlin erklärt, in dem zitierten Telegramm habe es sich selbstredend nicht um sein persönliches Interesse am Zusammenleben mit seiner Familie gehandelt. Seine Entscheidung für den Umzug nach Ost-Berlin sei 1951 definitiv von ihm getroffen worden. Mehrfache Versuche, die Zuzugsgenehmigung für seine Familie zu bekommen, sind an den Dienststellen des Magistrats von Ost-Berlin gescheitert.

Mit Bestimmtheit verwahrte sich Präses D. Scharf gegen die Unterstellungen der Frie-

densfeindlichkeit und Illegalität der Evangelischen Kirche in Deutschland. Als er sich auf die erst am Vormittag desselben Tages erfolgte Ausfertigung einer für drei Monate gültigen Durchfahrtsgenehmigung berief, wurde ihm geantwortet, die Ausstellung der Bescheinigung vom Vormittag sei bekannt. Bei der Bitte um Mitteilung einer Beschwerdeinstanz wurde entgegnet, die Entscheidung sei endgültig; eine Diskussion hierüber könne nicht geführt werden. Er habe nur die Eröffnung der getroffenen Maßnahmen entgegenzunehmen. Der Präses wurde von Fahrer und Wagen getrennt und genötigt, zu Fuß nach West-Berlin zurückzukehren.“

Zu diesem Vorgang erklärt der Rat der EKD:

„Wir erheben unsere Stimme für die Geltung des auch in der Verfassung der DDR garantierten Rechtes auf ungestörte Ausübung unseres kirchlichen Dienstes. Es empört uns, daß solch eine zynische und unredliche Form der praktischen Ausweisung des leitenden Geistlichen der EKD und die Behinderung des bischöflichen Dienstes in unserem Volk möglich sind. Wir bitten unsere Gemeinden in Ost und West, den Vorsitzenden unseres Rates, Präses D. Kurt Scharf, und die ihrer Leitung beraubten Gemeinden in Ost-Berlin und Brandenburg mit ihrem Gebet zu umgeben. Angesichts aller Bedrängnis, die seit Jahrzehnten über die Christenheit in der Welt geht, erinnern wir an das Wort der Schrift: „Ihr Lieben, lasset euch die Hitze nicht befremden, die euch widerfährt, daß ihr versucht werdet. Meinet nicht, es widerführe euch etwas Seltsames, sondern freuet euch, daß ihr mit Christus leidet, auf daß ihr auch zur Zeit der Offenbarung seiner Herrlichkeit Freude und Wonne haben möget.“

Schon an dem der Aussperrung folgenden Tage wandte sich die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg mit folgendem Schreiben an den Ostberliner Oberbürgermeister und an den Staatssekretär für Kirchenfragen:

Die Evangelische Kirchenleitung
Berlin-Brandenburg

Berlin C2, den 1. September 1961

Herr Präses D. Kurt Scharf, wohnhaft in Berlin C2, Friedrichsgracht 53, ist Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Er hatte am 29. August 1961 bei dem Präsidium der Deutschen Volkspolizei einen Antrag auf Erteilung eines Passierscheines nach Westberlin gestellt, der es ihm ermöglichen sollte, seinen dienstlichen Aufgaben in der kirchlichen Verwaltung gerecht zu werden. Diesen Passierschein hat ihm das Präsidium der Deutschen Volkspolizei gestern, am 31. 8. 1961, vormittags, ausgehändigt. Die Gültigkeit dieses Scheines war auf ein Vierteljahr befristet und sollte am 30. 11. 1961 ablaufen. Herr Präses D. Scharf hat mit dem Passierschein die Grenze nach Westberlin in der Mittagsstunde ungehindert überschritten und wollte gegen 20.00 Uhr in den demokratischen Teil von Berlin zurückkehren. Am Grenzübergang Invalidenstraße ist ihm von Angehörigen der Volkspolizei sowohl der soeben ausgestellte Passierschein als auch sein Deutscher Personalausweis abgenommen worden. Dabei wurde ihm erklärt, er dürfe den demokratischen Teil von Berlin nicht wieder betreten.

Die Präses D. Scharf nach unserer Information angegebenen Gründe sind unzutreffend.

1. Uns ist dienstlich bekannt, daß Präses D. Scharf nicht im Besitz eines westberliner Ausweises oder westdeutschen Personalausweises ist.

2. Präses D. Scharf hat bei seiner Einbürgerung in die Deutsche Demokratische Republik und seitdem wiederholt beantragt, seiner Familie Zuzug zu gewähren. Der Antrag ist ihm nicht genehmigt worden.

Präses D. Scharf ist trotzdem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik geblieben und hat die Familientrennung freiwillig auf sich genommen. Der Tatbestand seines Falles wird durch den Inhalt des von ihm mitunterzeichneten Telegramms vom 16. August 1961 nicht berührt.

3. Die Organe der Evangelischen Kirche in Deutschland haben wiederholt durch öffentlich bekanntgegebene Erklärungen bewiesen, daß sie sich für den Frieden in der Welt einsetzen.

Wir bitten dringend, die oben beschriebene, den allgemeinen Grundsätzen des Staatsbürgerrechts widersprechende Maßnahme zurückzunehmen.

Unmittelbar darauf richtete Bischof D. Krummacker namens der Konferenz der evangelischen Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR:

Konferenz der evangelischen Bischöfe
in der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 4. September 1961

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Dem Verweser im bischöflichen Amt der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Kurt Scharf, ist das Betreten des demokratischen Berlin und damit die Rückkehr in sein Amt am 31. 8. dieses Jahres unmöglich gemacht worden; zugleich ist ihm durch Abnahme des Deutschen Personalausweises das Bürgerrecht in der Deutschen Demokratischen Republik praktisch entzogen worden.

Namens der Konferenz der Bischöfe und leitenden Geistlichen in der Deutschen Demokratischen Republik bringe ich zum Ausdruck, wie tief wir betroffen sind durch diese Maßnahme, durch die einem amtierenden Bischof die Ausübung seines geistlichen Amtes unmöglich gemacht wird. Das innere Leben der Kirche, der die freie Religionsausübung zugesichert ist, ist damit auf das ernsteste verletzt. Wir als Bischöfe und leitende Geistliche können nicht anders, als für unseren Bruder im bischöflichen Amt der Leitung einzutreten, zumal wir seine lautere Gesinnung seit Jahrzehnten kennen.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, uns durch Rücknahme der gegen Präses D. Scharf getroffenen Maßnahme zu helfen, daß unsere Bemühungen um ein normales Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht ernstlich gefährdet werden. Wir sprechen diese Bitte mit um so größerem Nachdruck aus, als wir uns überzeugt haben, daß die gegen D. Scharf erhobenen Vorwürfe unzutreffend sind.

D. Scharf ist seit 10 Jahren Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und ist seitdem nicht mehr im Besitz eines westlichen Ausweises. Das hat er bereits am 18. 8. dieses Jahres dem Herrn Oberbürgermeister von Berlin und dem Herrn Volkspolizeipräsidenten dargelegt.

D. Scharf hat nicht um Übersiedlung zu seiner Familie in West-Berlin gebeten; vielmehr sind 1951 und 1957 seine Bemühungen um eine Übersiedlung seiner Ehefrau in die Deutsche Demokratische Republik abschlägig beschieden worden.

D. Scharf trägt keinerlei kirchenrechtliche Verantwortung für den Militärseelsorgevertrag. Vielmehr ist diese Frage durch die Besprechungen zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten und den Vertretern der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik bereits im Juli 1958 einwandfrei geklärt worden. Zudem hat der im Februar 1961 neugewählte Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seiner Sitzung vom 17. März 1961 erneut durch Beschluß klargestellt, daß die dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland angehörenden Mitglieder in der Deutschen Demokratischen Republik – einschließlich des Vorsitzenden D. Scharf – keinerlei rechtliche Mitverantwortung für den Militärseelsorgevertrag und seine Durchführung tragen.

Und endlich: Die Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland, deren Ratsvorsitzender D. Scharf ist, ist bereits am 3. Dezember 1948 in Kraft getreten. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist daher nach der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom Jahre 1949 eine der Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es geht uns um sehr viel mehr als um die Darlegung dieser Einzelfragen. Es geht in dieser ernsten Stunde, in der der gefährdete Friede der Welt über allen anderen Sorgen der Menschheit und auch unseres Volkes und unserer Kirche steht, darum, daß durch einen so schwerwiegenden Eingriff in das kirchliche Leben, wie es die Behinderung eines amtierenden Bischofs darstellt, die von uns gewollte Normalisierung des Verhältnisses von Staat und Kirche in einer Weise bedroht wird, die niemand wünschen kann.

Wir geben die Zuversicht nicht auf, daß Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, uns durch Aufhebung der getroffenen Maßnahme helfen werden.

In ausgezeichnete Hochachtung!

D. Krummacher, Bischof zu Greifswald

Die Antwort auf diese Eingabe lautete:

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Staatssekretär für Kirchenfragen

Berlin C 2, den 13. Sept. 1961

Sehr geehrter Herr Bischof!

Beifolgendes Schreiben wird Ihnen zurückgegeben, da sein Inhalt nicht den Tatsachen entspricht.

Hochachtungsvoll

gez. Unterschrift – Sekretärin –

Am 3. Oktober 1961 übergab Bischof D. Krummacher im Amtssitz des Vorsitzenden des Staatsrates W. Ulbricht gegen Empfangsbestätigung nachstehendes Schreiben:

Konferenz der evangelischen Bischöfe
in der Deutschen Demokratischen Republik

Greifswald, den 30. Sept. 1961

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates!

Im Namen und Auftrag der Konferenz der evangelischen Bischöfe erlaube ich mir, Ihnen folgendes vorzutragen:

Die Bischofskonferenz hat dem Herrn Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik durch die Hand des Herrn Staatssekretärs für Kirchenfragen am 5. 9. dieses Jahres die in Abschrift beigefügte Eingabe überreicht. Diese Eingabe ist mir kurzer Hand am 14. 9. 1961 mit dem schriftlichen Bemerkung zurückgereicht worden, der Inhalt entspreche nicht den Tatsachen.

Wir haben, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates, das Vertrauen, daß der Erlaß des Staatsrates über Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane vom 27. 2. 1961 auch für uns Bischöfe als Bürger unseres Staates in Geltung ist. Es trifft uns schwer, daß eine Bitte, die wir in einer dringenden kirchlichen Angelegenheit an die Organe unseres Staates richten, nicht bearbeitet wird mit der Begründung, daß der Inhalt unserer Bitte nicht den Tatsachen entspräche. Selbst wenn der Staat einzelne Tatsachen anders beurteilt als wir, so bleibt doch die entscheidende Tatsache bestehen, daß nämlich mit der Ausweisung des amtierenden Bischofs von Berlin-Brandenburg und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Scharf, ein Eingriff in das kirchliche Leben, die Seelsorge und die Verkündigung unserer Kirche erfolgt ist, der unsere Pfarrer und Gemeinden tief getroffen hat.

Da Ihnen, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates, in dieser ernsten Zeit ebenso wie uns an einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche gelegen ist, bitten wir Sie, zu veranlassen, daß uns von den zuständigen Staatsorganen auf unsere

Eingabe vom 4. September dieses Jahres eine Antwort erteilt wird, zugleich mit dem Ziel, daß durch Ihr Eingreifen, sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates, die gegen Präses D. Scharf eingeleitete Maßnahme nochmals überprüft und rückgängig gemacht werden möchte.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Dr. Krummacher, Bischof zu Greifswald

Die Kanzlei des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik antwortete Bischof D. Krummacher:

Deutsche Demokratische Republik
Kanzlei des Staatsrates
Hauptabteilung v I

Berlin-Niederschönhausen, den 1. 11. 1961

Herrn Bischof D. Krummacher
Greifswald

Sehr geehrter Herr Bischof!

Ihren Brief vom 30. 9. 1961 haben wir zur Kenntnis genommen und müssen Ihnen mitteilen, daß die darin aufgeworfenen Fragen ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik gehören.

Nach Rücksprache mit den zuständigen staatlichen Stellen besteht keine Veranlassung, die im Falle des Herrn Präses D. Scharf getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen.

Hochachtungsvoll

Viellard, Hauptabteilungsleiter

Die Provinzialsynode der Evangelischen Kirche von Schlesien faßte auf ihrer Herbsttagung folgenden Beschluß:

Die in Hoyerswerda versammelte Provinzialsynode hat davon Kenntnis genommen, daß der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Scharf, durch staatliche Maßnahmen behindert ist, sein Amt im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik wahrzunehmen.

...

Sie bedauert ... die Amtsbehinderung des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland als einen schweren Eingriff in die Gemeinschaft der Kirche und den ihr aufgetragenen Dienst. Sie bittet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Präses D. Scharf wieder die Möglichkeit zu geben, sein Amt in vollem Umfang auszuüben.

Die Ausweisung des Ratsvorsitzenden wurde bisher nicht zurückgenommen, obwohl sich auch bekannte Kirchenleute des In- und Auslandes persönlich für ihn einsetzten. Professor D. Barth/Basel, Professor D. Casalis/Paris, Bischof D. Cullberg/Vätersaas, Bischof D. Høgstrøm/Nyköbing, D. Bonnevie/Swendsen/Oslo, Dr. Dr. Heinemann/Essen, D. Harry Johansson/Sigtuna, D. Gertrud Kurtz/Bern, Professor D. Gollwitzer/Berlin und Professor D. Fischer/Berlin veröffentlichten folgende

VERTRAUENSERKLÄRUNG FÜR PRÄSES D. SCHARF

In der letzten Zeit sind über Präses Scharf Behauptungen verbreitet worden, die nicht unwidersprochen bleiben können. Wir kennen D. Scharf seit Jahrzehnten als einen bis zur Selbstaufgabe hilfs- und dienstbereiten Menschen. Im Kirchenkampf hat er bewiesen, daß

er sich nicht schonte, wo es galt, um den Glauben und die bedrohten Menschenrechte zu kämpfen. Nach 1945 hat er in vielfachen Ämtern diese im Kirchenkampf bewiesene Haltung in erhöhtem Maße bewahrt. Er hat in der täglich schwieriger werdenden Situation zwischen Ost und West in seinen mannigfachen Verpflichtungen seine Lauterkeit und Versöhnungsbereitschaft unter Beweis gestellt und sich dabei um ein Höchstmaß von Loyalität und Legalität bemüht, und dies gerade auch im Ausland bekundet. Scharf ist kein Kriegshetzer. Er will ebensowenig wie wir das Wiederaufleben eines Militarismus noch einen Krieg mit Massenvernichtungswaffen. Wir bedauern die von der Regierung der DDR getroffenen Maßnahmen und den unsachlichen, ja gehässigen Angriff in der Presse. Wer diesen integren Mann entehrt, schadet mit jedem Worte nicht nur der Kirche, sondern dem deutschen Volke in Ost und West. Wir können deshalb nicht unterlassen, öffentlich unser unverändertes Vertrauen in Präses Scharf auszusprechen.

Der westfälische Präses D. Wilm erklärte zu der Aussperrung von Präses D. Scharf:

Hier ist gegen die Evangelische Kirche, deren geistliches Oberhaupt Präses Scharf ist, mit solcher Falschheit und Hinterlist gehandelt worden, daß wir (die westlichen Ratsmitglieder) eine Zeitlang wie gelähmt waren. Aber es war uns klar: hier sollte die Einheit unserer Kirche, wie wir sie über die trennenden Grenzen hinweg festgehalten haben, zerstört werden.

Auch Propst D. Grüber wurde der Zugang zu dem Demokratischen Sektor von Berlin und zu seiner Predigtstätte in der Marienkirche verwehrt. Er richtete an seine Gemeinde folgendes Abschiedswort:

Liebe Gemeinde, liebe Brüder und Schwestern!

Wie Sie wohl erfahren haben, ist mir die Erteilung eines Passierscheines abgelehnt und damit der Arbeit in unserer Gemeinde ein Ende gesetzt worden.

Es ist nun das fünfte Mal in meinem Leben, daß mir eine liebgewordene Arbeit genommen wurde. Es geht nun diesmal nicht darum, daß ich nicht mehr in meine Kirche und auf ihre Kanzel kommen kann und daß mir mancherlei Arbeiten unmöglich gemacht werden, die ich in dem nach mir benannten Hause durchführen konnte. Daß ich meine Kinder, Enkelkinder, Anverwandten, Freunde und Bekannte auf der anderen Seite der Grenzmauer nicht mehr sehen kann, ist eine Tragik, die viele Hunderttausende in gleicher Weise trifft. Wenn man aber einem Manne, der nun seit 15 Jahren der Verständigung, Versöhnung und dem Frieden dienen wollte und der, als die Spaltung und die Tätigkeit der Spalter offenkundig wurde, die Losung ausgab: „Pontifex und nicht Partisan“, die Arbeit unmöglich macht, dann beweist das die wahre Gesinnung derer, die die Entscheidung getroffen haben.

In diesen Tagen und Wochen wird ja immer wieder die Erinnerung wach an vergangene Zeiten. Als ich damals wegen meines Kampfes gegen die Unmenschlichkeit und wegen meines Einsatzes für die Verfolgten und Verfeimten verhaftet und ins KZ gebracht wurde, war das auch nicht einfach, aus der Familie, der Gemeinde und einer großen Arbeit herausgerissen zu werden. Daß meine Familie mir die Treue hielt, stand außer Zweifel, daß die Gemeinde sich treuer zusammenschloß und allen Störungsversuchen widerstand, und daß die Arbeit an den Verfolgten von vielen treuen Menschen weitergeführt wurde, das war, was uns damals mit Dank erfüllte. Gott ließ uns in schwerer Zeit nicht nur seine Herrlichkeit schauen, sondern zeigte uns auch neue Aufgaben in der Ausrichtung und Bezeugung seines Wortes. Meine letzte Predigt in der Marienkirche am 27. August – dem 13. Sonntag nach Trinitatis – enthielt das Evangelium des Sonntags vom Barmherzigen Samariter, und das letzte Wort in dieser Predigt war eine Wiederholung der Aufforderung

Jesu: „Gehe hin und tue desgleichen.“ So wollen wir es auch weiterhin halten und hören und aller Welt bezeugen.

Sie wissen, daß ich dieses Gleichnis einmal Eichmann erzählt habe und daß ich 22 Jahre später – wie schnell sind sie vergangen – es in dem Prozeß gegen Eichmann unter völlig veränderten Verhältnissen neu bezeugen durfte.

Menschen und Mächte vergehen, aber Gottes Wort bleibt in Ewigkeit.

Ich grüße Sie alle, alt und jung, in steter und aufrichtiger Verbundenheit als Ihr getreuer
Heinrich Grüber

Über allen diesen bedrängenden und bedrückenden Widerfahrnissen blieben die kirchlichen Bemühungen darauf gerichtet, die Gemeinschaft in der EKD festzuhalten und die bescheidenen und beschränkten Möglichkeiten für das, was sich an kirchlicher Einheit noch verwirklichen und sichtbar machen ließ, sorgfältig, ruhig und in geistlich-kirchlicher Weise, ohne politische Nebenabsichten und ohne provokatorische Nebenklänge zu nützen. In diesem Sinne haben Gliedkirchen und gliedkirchliche Veranstaltungen in Ost und West immer wieder ihre unverbrüchliche Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit zum Ausdruck gebracht.

Ein Grußwort der im Herbst des Jahres zusammengetretenen westfälischen Landessynode an die Gliedkirchen der EKD und ihre Gemeinden in der DDR betont die feste Verbundenheit der evangelischen Christen in West- und Ostdeutschland. In dem Schreiben heißt es:

Mit unserem Gruß, liebe Brüder und Schwestern, möchten wir Euch bezeugen, daß wir uns mit Euch in der Gemeinschaft unserer Evangelischen Kirche fest verbunden wissen. Gerade in den letzten Wochen, in denen die Stacheldrahtzäune zwischen uns gezogen und die Betonmauern zwischen uns errichtet wurden und in denen manches geschehen ist, um uns auch als evangelische Gemeinden in Mittel- und Westdeutschland voneinander zu trennen, ist uns sehr klar geworden, daß wir zusammengehören, weil Gott uns zusammengebracht hat.

Wir leben mit Euch in der Einheit des Gottesdienstes; wir haben mit Euch Gemeinschaft an dem Einen Evangelium von Jesus Christus; wir singen gemeinsam das Lob unseres Gottes; wir beten füreinander zu dem Herrn, der Euer und unser Vater ist.

Wir bitten Gott, daß er uns wieder zusammenbringen möge. Wir bitten ihn, daß Er es keiner Macht der Welt gelingen lasse, uns gegeneinander zu bringen. Wir bitten Ihn, daß Er uns die Macht Seines Friedens in Eure und unsere Herzen gebe und uns so zu Friedensstiftern in der Welt tüchtig mache. Wir bitten Ihn für die Gefangenen aus Euren Gemeinden, daß Er sie stärke in Glauben und Geduld und „die Gefangenen Zions“ erlöse.

Wir versichern Euch unserer Liebe zu Euch und unserer Treue, die Euch nicht lassen will. Aber über allem steht die Treue unseres Gottes. Er will Euch fest erhalten bis ans Ende.

Eine Kreissynodaltagung einer Landeskirche im Gebiet der DDR erklärte:

Wir haben genug mit der staatlichen Einheit unseres Volkes verloren, wir wollen auf keinen Fall noch die Einheit unserer Evangelischen Kirche einbüßen. Wie wir für die Wiedervereinigung unseres deutschen Volkes beten, wollen wir es auch für die bedrohte Einheit unserer Evangelischen Kirche fleißig und ernstlich tun.

Wir betrachten unsere Landeskirche nach wie vor als Gliedkirche der EKD.

Wir tragen als Schwesterkirche die von ihrer Kirchenleitung getrennte Nachbarkirche Berlin-Brandenburg fürbittend mit und bitten Gott, daß Präses D. Scharf der Zugang zu

seinem Sprengel wieder geöffnet werde. Wir wollen uns auch in unserem Kirchenkreis fester zusammenschließen und treu zu unserer Kirchenleitung stehen.

Die Provinzialsynode der Evangelischen Kirche in Schlesien stellte auf ihrer Herbsttagung in Hoyerswerda durch ausdrücklichen Beschluß fest,

daß unsere Kirche nach ihrer Kirchenordnung rechtmäßig Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland ist.

Sie weiß sich nach wie vor verpflichtet, diese Gliedschaft in der Gesamtheit der Evangelischen Kirche in Deutschland festzuhalten und zu bewahren.

Es darf aber um der Wahrheit willen nicht verschwiegen werden, daß ein verhältnismäßig kleiner und unbedeutender Kreis sogenannter „fortschrittlicher“ Pfarrer in der DDR einer ganz anderen Meinung und Einstellung Ausdruck gab. Der „Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR“ schrieb am 19. Oktober an die Kirchenleitungen in der DDR:

Die Mitgliederversammlung des Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR hat am 17. Oktober 1961 einstimmig folgenden Ratschlag an die Synoden und Leitungen der Evangelischen Kirchen in der DDR beschlossen:

1. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat 1945 ihre Einheit in der Stuttgarter Schuldklärung ihres Rates gefunden und sie mit dem Abschluß der dieser Erklärung antagonistischen Militärseelsorge verloren. Sie ist sich seitdem nicht mehr selbst gleich.

2. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat seinerzeit die Deutsche Evangelische Kirche abgelöst, welche die evangelischen Deutschen über alle Staatsgrenzen hinweg vereinigen wollte. Die Kirchenführerkonferenz in Treysa hat diese Struktur in der Erkenntnis verworfen, daß die Verschiedenheit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur der Erdgebiete die Übereinstimmung der Grenzen kirchlicher Seelsorgebezirke mit den Staatsgrenzen notwendig macht.

3. Bei Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland war Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftlich noch einheitlich strukturiert. Mit der Spaltung Deutschlands in zwei gegensätzlich strukturierte Staaten ist diese Voraussetzung ihrer Gründung entfallen.

4. Die Evangelische Kirche in Deutschland ist mit der Option der Mehrheit ihrer Synode und ihres Rates für die westliche Lösung der deutschen Frage an der Spaltung Deutschlands mitschuldig geworden und hat mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages auch kirchlich dazu beigetragen.

5. Die zum Schutze der Deutschen Demokratischen Republik notwendig gewordenen Maßnahmen haben die Evangelische Kirche in Deutschland insofern mitbetroffen, als sie die Arbeit ihrer Organe weithin lahmgelegt haben. Diese Maßnahmen sind unter anderem auch durch das Verhalten einiger Ratsmitglieder und Synodalen provoziert worden.

6. Eine Fortexistenz der evangelischen Kirchen in der DDR als Gliedkirchen der EKD erscheint unter diesen Umständen als innerlich und äußerlich unmöglich. Ebenso aber auch ihre Rückentwicklung zu selbständigen Landeskirchen, auch abgesehen davon, daß damit Möglichkeiten geschaffen würden, sie gegeneinander auszuspielen. Es erscheint vielmehr notwendig, so bald wie möglich gesamtkirchliche Organe in der DDR zu schaffen, die unabhängig von der EKD sind und arbeiten können.

7. Solche Organe sind a) eine Synode der evangelischen Kirchen in der DDR, die von ihren Landessynoden zu wählen ist, b) ein Rat der evangelischen Kirchen in der DDR, der von dieser Synode zu wählen ist, und c) eine Kanzlei der evangelischen Kirchen in der DDR, die dieser Rat zu bilden hat.

8. Die unaufgebbare geistliche Einheit der evangelischen Kirchen in Deutschland könnte ihren Ausdruck in einer deutschen Ökumene finden, die unter den gegebenen Umständen mehr für die friedliche Zusammenführung der beiden deutschen Staaten und damit auch für die Erneuerung der Evangelischen Kirche in Deutschland zu tun vermöchte, als der Rumpf der EKD dafür gegenwärtig zu leisten bereit und in der Lage ist.

9. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten wird den Zustand legalisieren, der Folge der Schuld ist, die der Rat der EKD in Stuttgart bekannt hat. Er würde diese Schuld löschen. Die Synoden und Leitungen der evangelischen Kirchen in der DDR sollten in Anknüpfung an die Stuttgarter Schulderklärung der Sowjetregierung gemeinsam ihren Dank für deren Bereitschaft aussprechen, einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuschließen, und in diesem gemeinsamen Dank die Einheit finden, um ihre gemeinsamen Aufgaben in der DDR gemeinsam bewältigen zu können.

In brüderlicher Verbundenheit

Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR (e. V.)

Dr. Meinecke,

stellvertretender Vorsitzender

Mit Nachdruck wandte sich unter anderem auch der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim in einem vom 23. November datierten Interview in Neu-Delhi gegen die kirchenpolitischen Pläne des „Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR“ und erklärte:

Die Kirchen in der DDR bleiben Glieder der EKD. Auch wenn die organisatorische Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland gegenwärtig kaum praktiziert werden kann, so bleibt doch die Verbundenheit der evangelischen Gliedkirchen in Ost und West im Glauben und im Hoffen, in der Fürbitte und in der dienenden Liebe.

Allerdings wird die Tatsache, daß die institutionelle und organisatorische Einheit der EKD unter den obwaltenden Verhältnissen nur noch in bescheidenem Umfang praktiziert werden kann und aus der lebendigen Verbindung der westlichen und der östlichen Gliedkirchen ein dürftiger und gebredlicher Steg geworden ist, die Kirchen im Bereich der DDR nötigen, eine vorsichtige Weiterentwicklung in der rechtlichen und organisatorischen Gestalt ihrer Gemeinschaft in Erwägung zu ziehen. Überlegungen zum Aufbau unumgänglich notwendiger Arbeitseinrichtungen bzw. zur Erhöhung der Funktionsfähigkeit bereits bestehender Organe sind im Gange; sie vollziehen sich unter dem Vorzeichen des Festhaltens an der Gemeinschaft der EKD und der gliedkirchlichen Zusammenschlüsse in der EKU und der VELKD und des allseitigen Bemühens, die Kontakte zwischen West und Ost im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu pflegen. Der schmerzhafteste Riß, der die verfaßte Kirche durchzieht und von dem heute niemand sagen kann, wie tief er einmal reichen wird, muß als Last aus Gottes Hand getragen werden in der Gewißheit des Glaubens, in der Gemeinschaft der Fürbitte und in dem Wissen darum, daß die getrennten Glieder der Kirche dennoch in ihrem gemeinsamen Herrn eins sind.

Es ist eine kontrapunktische Spannung von Einheit und Trennung, in der die Kirche seit den Ereignissen des August 1961 zu leben genötigt ist: Wir sind getrennt, aber wir gehören zusammen.

2. DIE ERSTE TAGUNG DER DRITTEN SYNODE DER EKD

a) Vorspiel und Auftakt

Dem Rückblickenden will es scheinen, daß die Ereignisse des 13. und des 31. August ihre Voranzeige und Vorboten in dem gehabt haben, was der Dritten Synode auf ihrer konstituierenden Tagung, die für die Zeit vom 12. bis zum 17. Februar nach Berlin einberufen war, an handfester Erschwerung und massiver Behinderung widerfuhr. Daß die DDR-Presse die Auswahl der vom Rat berufenen Synodalen heftig kritisierte, daß bestimmte westliche Kirchenleute groben und verleumderischen Angriffen ausgesetzt waren, daß in anmaßendem und drohendem Ton die Erwartung bestimmter Entscheidungen und Entschließungen ausgesprochen wurde, hielt sich im Rahmen des seit Jahren jeder EKD-Synode bereiteten Vorspiels und Empfangs. Was sich darüber hinaus ereignete, war ein wohlüberlegter Angriff auf die EKD, der sie sowohl als kirchliche Institution und Organisationsgestalt des deutschen Protestantismus wie als geistliche Gemeinschaft empfindlich treffen und möglichst schwer verwunden sollte. Die Begründung zu derartig offensiven Eingriffen in die kirchliche Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland gab der Vorsitzende des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht selbst. In einer öffentlichen Rede führte er aus:

„Wir sind darüber betroffen, daß es den in Westdeutschland herrschenden Kreisen gelungen ist, die westdeutschen Kirchen ihren durchaus unchristlichen Zielen der Kriegsvorbereitung und der Menschenfeindschaft dienstbar zu machen. Die Exponenten der westdeutschen Kirchen haben dementsprechend in den vergangenen Jahren keine Mühe gescheut, die Grundlagen einer Zusammenarbeit mit der Regierung in der DDR zu zerstören. Zahlreiche Beschlüsse und Handlungen dieser kirchlichen Kreise trugen mit peinlicher Unverfrorenheit den Stempel des Kalten Krieges gegen die DDR. Ich brauche hier nicht auf Einzelheiten einzugehen; Sie kennen sie alle. Ich brauche hier auch nicht die Namen der ‚NATO‘-Politiker in geistlichem Gewande oder sonstiger Tarnung zu nennen; Sie kennen sie alle. Die mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages besiegelte Indienstnahme der westdeutschen kirchlichen Einrichtungen für Zwecke der NATO-Armee und NATO-Politik hat den Krug zum Überlaufen gebracht und die letzte Brücke zu einer Zusammenarbeit zwischen der gegenwärtigen westdeutschen Kirchenleitung und der Regierung der DDR trotz unserer ersten Warnungen mutwillig abgebrochen. Wir haben sehr lange gezögert, aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben immer und immer wieder gewissenhaft geprüft, ob es nicht doch irgendeine Möglichkeit gäbe, den von den Exponenten der westdeutschen NATO-Kirchen vollzogenen Abbruch der Beziehungen zu uns zu umgehen oder unwirksam zu machen. Aber maßgebliche Exponenten der westdeutschen Kirchen trieben ihr unchristliches Spiel so weit, daß jeder Pfad versperrt wurde. Sie haben sich selbst uns gegenüber jeglicher Glaubwürdigkeit beraubt.

... Ich möchte nochmals betonen, daß unser Verhältnis zu den evangelischen Kirchen der DDR in keiner Weise beeinträchtigt wird. Wir haben die Bereitschaft erklärt, den Vertretern der Kirche mannigfaltige Erleichterungen zu gewähren, ihnen in vieler Beziehung entgegenzukommen, wobei allerdings sichergestellt werden muß, daß exponierte NATO-Politiker in geistlichem Gewand wie die Herren Dibelius, Lilje und Kunst oder auch solche exponierten Atomkriegspolitiker wie Herr Gerstenmaier in der DDR und ihrer Hauptstadt nichts zu suchen haben, da sie in Vergangenheit und Gegenwart zur Genüge bewiesen haben, daß sie als professionelle Wölfe im Schafspelz kirchlicher

Tarnung nur deshalb zugeneigt sind, um desto ungestörter provozieren und für die Kriegspolitik der NATO werben zu können. Wir sind bereit, unsere Haltung zu überprüfen, wenn sich die westdeutschen Kirchenführungen – was im Interesse aller Christen läge – von der NATO-Politik lossagten. Denn schließlich braucht eine christliche Kirche doch weder die NATO noch NATO-Armee noch atomare Aufrüstung. Offensichtlich ist es doch so, daß die NATO ihrerseits die Kirchen benötigt und mißbraucht, und zwar für die Durchführung einer durchaus unchristlichen verderblichen Politik der Kriegsvorbereitung des Kalten und des Heißen Krieges. Wir bedauern es, daß die Exponenten der westdeutschen Kirchen den Streit mit uns vom Zaune gebrochen haben. Uns wäre – weiß Gott – lieber, wir könnten auch mit den Theologen und kirchlichen Amtsträgern und christlichen Politikern Westdeutschlands in Eintracht, gegenseitiger Achtung und Vertrauen für den Frieden, das Glück und die Zukunft unseres Volkes wirken. Daß eine solche gute und für Christen wie Nichtchristen fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist, haben wir in der DDR bewiesen. Und ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß diese unsere Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, zwischen Atheisten und Christen auf allen Ebenen in Zukunft noch enger und vertrauensvoller sein möge, als sie es heute schon ist.“

Schon eine Woche vor dieser Verlautbarung hatte das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR bekanntgegeben:

Am 31. Januar 1961 fand beim Staatssekretär für Kirchenfragen eine Unterredung mit dem Generalsuperintendenten von Berlin (Sprengel II), Führ, über Fragen der beabsichtigten Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) statt.

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, legte dar, daß zur Vermeidung von Konflikten und Komplikationen, die durch das Auftreten von Vertretern der Militärkirche zweifellos heraufbeschworen würden, die angekündigte Tagung der Synode in der Hauptstadt der DDR nicht zugelassen werden kann.

Dieser Beschluß stellt keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Kirche dar und hat nichts mit der Einstellung der Regierung der DDR zur Kirche zu tun. Die Regierung ist jedoch nicht bereit, Vertretern der NATO-Politik die Freiheit zu gewähren, vom Boden der Hauptstadt der DDR Berlin Hetze gegen die Arbeiter- und Bauernmacht und ihre Friedenspolitik zu betreiben.

Es ist in jeder Hinsicht unverständlich, warum diese Tagung in der Hauptstadt der DDR, Berlin, stattfinden soll, nachdem der Abschluß des Militärseelsorgevertrages zwischen der EKD und der Adenauer-Regierung Beziehungen zwischen der DDR und der EKD unmöglich gemacht hat. Unter diesen Umständen wäre Bonn zweifelsohne der entsprechende Ort für die Tagungen der Synode.

Diese Maßnahme richtet sich keineswegs gegen gemeinsame Beratungen der Kirche aus den beiden deutschen Staaten. Die Staatsorgane der DDR werden nach wie vor Vertretern der Kirchen in der DDR die Möglichkeit geben, zu gemeinsamen kirchlichen Zusammenkünften und Beratungen nach Westdeutschland oder in ein anderes Land zu fahren. Ebenso besteht weiterhin die Bereitschaft, jederzeit Bischöfen und anderen kirchlichen Amtsträgern aus Westdeutschland, die für Frieden und Verständigung, gegen atomare Aufrüstung sind, die Einreise in die DDR zu gewähren.

Die Planung der Synode hatte ursprünglich vorgesehen, daß – wie in den Vorjahren – der Eröffnungsgottesdienst und die erste Arbeitssitzung, in der der Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden vorgetragen zu werden pflegt, in Ostberlin stattfinden sollten; alle Vorbereitungen waren entsprechend getroffen worden, aber nun mußte umdisponiert werden.

Da nach kirchlicher Meinung, der seitens der DDR-Behörden nicht wider-

sprochen wurde, die Nichtzulassung der Synode in Ostberlin nur die erste Arbeitssitzung, nicht aber den Eröffnungsgottesdienst betreffen konnte, sollte dieser in der Ostberliner Marienkirche gehalten werden. Er fand unverboden und ungestört dort auch statt, aber – ein weit über Deutschland hinaus Aufsehen erregender Vorgang – eine große Zahl von Mitgliedern der Synode, des Rates der EKD und der Kirchenkonferenz wurde am Brandenburger Tor zurückgewiesen mit der Bemerkung, daß sie im Demokratischen Sektor „unerwünscht“ seien. Von dieser Zurückweisung wurden unter anderen betroffen die Landesbischöfe D. Lilje, D. Bender, D. Jacobi, D. Haug und D. Halfmann, Präses D. Dr. Beckmann, der Synodalpräses D. Dr. von Dietze und der Präsident der Kirchenkanzlei D. Brunotte. Dieser Eingriff in ein kirchliches Geschehen wiegt deshalb besonders schwer, weil er eine ausschließlich gottesdienstliche Veranstaltung und damit die geistliche Gemeinschaft des Glaubens und Bekennens, des Lobgesangs und des Gebetes betraf. Während das Sitzungsverbot mehr auf die Störung des institutionellen und organisatorischen Zusammenhaltes der EKD und ihrer Gliedkirchen zielte, war die Behinderung des Gottesdienstbesuchs ein Angriff auf die innere Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland. Die Synode war damit gefragt, ob sie an der kirchlichen Gemeinschaft festhalten und was sie zu ihrer Wahrung tun wolle. Die erste Antwort der Synode war ein

BESCHLUSS WEGEN BEHINDERUNG DES ERÖFFNUNGSGOTTESDIENSTES

Die Synode beklagt, daß eine Anzahl ihrer Mitglieder durch Maßnahmen der Behörden der Deutschen Demokratischen Republik gehindert worden ist, am Eröffnungsgottesdienst ihrer derzeitigen Tagung teilzunehmen. Sie betrachtet den Vorgang als einen schweren Eingriff in ihre Gemeinschaft, an der alle ihre Mitglieder vollen Anteil haben. Die sichtbare Einheit der evangelischen Christenheit in ganz Deutschland ist für uns als Geschenk und Auftrag Gottes unaufgebbbar. Wir rufen daher erneut die Gemeinden unserer Gliedkirchen auf, für die lebendige Einheit der evangelischen Kirche in ganz Deutschland zu beten und zu wirken.

Gewichtiger noch als diese ebenso schlichte wie eindrucksvolle Entschließung ist die Erklärung zu werten, die Bischof D. Krummacher im Namen der Bischöfe in der DDR zuvor abgab:

Im Namen der Bischöfe der Gliedkirchen im Bereich der Deutschen Demokratischen Republik gebe ich folgende Erklärung zur Einheit unserer Evangelischen Kirche in Deutschland ab:

In Artikel 1 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland heißt es:

„In der Evangelischen Kirche in Deutschland wird die bestehende Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit sichtbar.“

Diese sichtbare Einheit der evangelischen Christenheit in ganz Deutschland ist für uns, unsere Gliedkirchen und unsere Gemeinden als Geschenk Gottes unaufgebbbar. Die politischen, gesellschaftlichen und staatlichen Unterschiede können uns nicht trennen, weil die Gemeinschaft des Glaubens an den Herrn Jesus Christus stärker ist als alle Verschiedenheiten des öffentlichen Lebens. Wir haben einen gemeinsamen Auftrag Gottes an unserem zerrissenen Volk und sind zu gemeinsamem Dienst aneinander gebunden.

Unsere Brüder in den westlichen Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sind und bleiben unsere christlichen Brüder. Wir lassen uns auch von *den* Brüdern, ins-

besondere den Bischöfen und den Synodalen in unserer Mitte, nicht trennen, denen man aus politischen Gründen die Lauterkeit ihrer christlichen Überzeugung bestreitet. Es gilt, über innerkirchliche und politische Unterscheidungen hinweg die kirchliche Gemeinschaft in der Bindung an den Einen Herrn gerade jetzt zu bewahren und zu bewähren.

Die Glaubwürdigkeit und Freiheit kirchlicher Entschlüsse im Osten und Westen unseres geteilten Vaterlandes ist untrennbar verbunden mit der Einheit und Gemeinschaft unseres kirchlichen Lebens. Unsere Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik wissen sich daher mit allen anderen Gliedkirchen einig in der unauflöslichen Gemeinschaft des Glaubens, des Dienstes und der Fürbitte.

Schweigend, wie es dem Ernst der Stunde, dem Rang und Gewicht der Erklärung und der Würde der Versammlung entsprach, nahm die Synode dieses Wort entgegen.

Ihre zweite Antwort auf die ihr durch die äußeren Ereignisse mit Nachdruck gestellte Frage nach der kirchlichen Einheit des deutschen Protestantismus und ihrer Aufrechterhaltung allen Spaltungsversuchen zum Trotz gab die Synode mit der von ihr zu leistenden und gemeinsam geleisteten Arbeit.

b) Die Neuwahl des Rates der EKD

Ihre Hauptaufgabe als einer neukonstituierten Synode bestand in der Neuwahl des Rates der EKD und der Neuwahl des Ratsvorsitzenden, zwei Wahlvorgängen von erheblicher Bedeutung. Um für sie frei zu sein, hatte die Synode auf eine eigene Thematik verzichtet. Schon Monate vorher hatte die Öffentlichkeit sich in Kombinationen und Vermutungen ergangen; die Synode selbst war in erheblichem Maße von den Wahlen in Anspruch genommen. Im Nominierungsausschuß gab es – nach dem Bericht eines Mitgliedes – „in einer unerhörten Anspannung und Wachsamkeit ... ein zähes Ringen um die bestmögliche Lösung, oft wie ganz und gar vergeblich, oft schier untragbar in der eigenen Verantwortlichkeit oder hinsichtlich der Verantwortung, die den zu Nominierenden aufzuerlegen war“ (D. Hammelsbeck in „Junge Kirche“ 4/1961, S. 24). Die Wahlen verliefen dramatisch; die des Ratsvorsitzenden erforderte einen dreimaligen Wahlgang in nichtöffentlicher Sitzung. Nach dem Verzicht und einem durch Noblesse ausgezeichneten Votum von Landesbischof D. Lilje wurde Präses D. Scharf gewählt. Kaum weniger erregend war die – politisch zweifellos nicht opportune – Abwahl von Landesbischof D. Mitzenheim, der auch in einem zweiten Wahlgang nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichte, obwohl namens einer Mehrheit der Kirchenkonferenz kein Geringerer als Bischof D. Dr. Dibelius unter Verzicht auf die Bekanntgabe einer Begründung, aber unter starkem persönlichem Engagement, sich nach dem negativen Ergebnis des ersten Wahlganges für eine nochmalige Nominierung des thüringischen Landesbischofs verwandte. Wieder in den Rat gewählt wurden Landesbischof D. Lilje als stellvertretender Vorsitzender, Landesbischof D. Haug, Rechtsanwalt Dr. Dr. Heinemann, Synodalpräsident D. Mager, Moderator Professor D. Niesel, Oberkirchenrat Riedel, Präses D. Wilm; als neue Mitglieder des Rates wurden gewählt Landesbischof D. Beste, Bischof D. Dr. Krummacher und Landessuperintendent D. Smidt; als zwölftes Ratsmitglied trat der neue Präses der EKD-Synode Ministerialdirigent Dr. Puttfarcken hinzu. Es

schieden aus dem Rat aus Bischof D. Dr. Dibelius, Synodalpräses D. Dr. von Dietze, Präses Dr. Kreyssig, Bischof D. Wester und Landesbischof D. Mitzenheim; ihnen sagte Landesbischof D. Lilje das Dank- und Abschiedswort der Synode:

Der Herr Ratsvorsitzende hat mich gebeten, ein Wort an die ausscheidenden Mitglieder des Rates zu richten. Ich komme diesem Wunsche besonders gern nach, obwohl er keine leichte Aufgabe enthält. Es sind aus dem Rate auf Grund der Neuwahl ausgeschieden die Brüder Kreyssig, Mitzenheim und Wester, und ich möchte in diesem Augenblick diesen dreien den herzlichen Dank von uns allen aussprechen.

Diese Brüder selbst haben begreiflicherweise und in einer sie ehrenden Weise den Wunsch gehabt, es möchte nicht viel von ihnen die Rede sein. Aber wir bitten sie um Verständnis dafür, daß wir sie nicht einfach schweigend aus unserer Mitte ziehen lassen wollen.

Ich möchte in Ihrer aller Namen den drei Brüdern auch begründetermaßen Dank aussprechen: Unserm Bruder Präses Kreyssig, der ja in einer vielfachen, geistigen und geistlichen Tätigkeit dem Rate mit seinem Können, mit seinem Wissen und seinem geistlichen Urteil zur Verfügung gestanden hat; ich könnte es nicht besser sagen als so, daß ich mich allezeit der geistvollen und geistlichen Originalität unseres Bruders erfreut habe und hoffe, daß wir das auch noch oft und lange tun können, und daß Gott ihn in seinem vielgestalteten Dienst für die Kirche segnen möge, wie er es bisher getan hat.

Ich habe nicht die leiseste Beschwer, auch unserem Bruder Landesbischof Mitzenheim in diesem Augenblick einen herzlichen Dank auszusprechen. Er hat uns mit der Unbeirrtheit und Sachlichkeit seines Urteils den Dienst getan, den er als Ratsmitglied uns tun sollte; er ist in unserer Mitte gewesen als ein Bischof, der in seiner Landeskirche gut zu Hause war und das, was es da an echtem, volkskirchlichem Erbe noch gab und gibt, auf eine treue Weise zu verwalten versucht hat. Auch ihm gebührt die Dankbarkeit für die Mitarbeit, die er geleistet hat.

Mit ebenso freiem und warmem Herzen möchte ich unseren Bruder Wester grüßen, der eine entscheidungsvolle Aufgabe zu leisten hatte. Er ist an die Stelle des so plötzlich heimgerufenen, unvergessenen Landesbischofs Herntrich getreten und hat die restliche Dienstzeit auf diesem Ratssitze vor allem als Flüchtlingsbischof der Evangelischen Kirche in Deutschland verbracht. Wir schulden allen drei Brüdern einen herzlichen und bleibenden Dank.

Ich muß auch noch ein Wort an den scheidenden Präses der Synode richten. Es ist ihm hier schon gedankt worden. Was seine Mitarbeit im Rate angeht, so möchte ich nur ein Faktum, das noch nicht erwähnt wurde, ins Gedächtnis rufen: Damals, als er das Präsesamt übernahm, ist das ja ein Akt der Selbstlosigkeit gewesen, weil die Situation auf der Synode in Espelkamp jedenfalls nicht eindeutig war. Trotzdem hat er es auf sich genommen, diesen Dienst zu übernehmen und hat ihn in der ihm eigenen Noblesse ausgeführt. Ihm in diesem Augenblick zu danken, ist unser aller Pflicht. Gott möge ihn in dem weiteren Verlauf seines Lebens, auch in dem, was er der Kirche weiterhin dienen wird, segnen.

Das ausführlichste Wort des Dankes aber gebührt dem bisherigen Vorsitzenden des Rates, Bischof Dibelius.

Ich möchte an die Szene anknüpfen, die wir alle hier miterlebt haben, den Augenblick, in dem Bischof Dibelius als Ratsvorsitzender seinen Bericht erstattet hat. Ich hoffe, daß den Synodalen und allen, die dabei waren, deutlich geworden ist, daß das doch so etwas wie eine kirchengeschichtliche Stunde gewesen ist. Es ist deswegen eine eindrucksvoller Augenblick gewesen, weil ein weit gespannter Bericht vor einer Synode erstattet wurde, die mit Aufmerksamkeit, und ich glaube hinzufügen zu dürfen, mit Achtung und Ehrerbietung diesen Bericht gehört hat. Die schweigende Ehrerbietung der Synode hat lauter geredet als viele kräftige – und nun gebrauche ich einen Ausdruck des früheren Ratsvorsitzenden selbst – und ordinäre Vokabeln, die um die gleiche Zeit über seinen Namen

hingegangen sind. Dieses schweigende, kraftvolle Zeugnis der Dankbarkeit gegenüber einem Manne, der in unserer Kirche einen großen Dienst getan hat, soll nicht einfach der Vergessenheit anheimfallen. Ich mache mich gern zum Interpreten dieser Tatsache und möchte ungescheut sagen, daß Bischof Dibelius eine Gestalt der Kirchengeschichte und der Zeitgeschichte gewesen ist. Ich darf die Freunde und Brüder, die an dieser Stelle anfangen, theologische Bedenken zu haben, bitten, einen Augenblick noch Geduld zu haben, und hoffe, daß ich mein Urteil so abwägen kann, daß auch sie zuhören können.

Es geschieht nicht jeden Tag, daß unsere Kirche, deren Knechtsgestalt wir zu Recht oder Unrecht oft genug anzurufen pflegen, von Gott Gestalten geschenkt bekommt, die auch die Welt verstehen kann. Wenn einer unserer Mit Bischöfe einmal in einer Zeit, in der Bischof Dibelius vielen schätzbaren Schmähungen ausgesetzt war, von ihm bekannt hat, er sei ein großer Bischof und ein großer Deutscher gewesen, so mache ich mir diese Formel gern zu eigen. In der Gestalt des Bischofs Dibelius ist es uns geschenkt gewesen, das Getto-Schicksal der Kirche zu durchbrechen und in die Situation der Nation hinein zu sprechen. Das ist ein Teil des Dankes, den wir Bischof Dibelius schulden, und darin liegt die unstrittig geschichtliche Bedeutung der Zeit, in der er den Ratsvorsitz geführt hat.

Ich möchte zwei Dinge ungescheut hinzufügen zu dem, was ich die geschichtliche Bedeutung von Bruder Dibelius genannt habe:

Das eine ist ein fast verborgener Zug: eine besonders bemerkenswerte Treue zu den eigenen Mitarbeitern. Die Welt kennt das nicht oft. Sie kennt es wohl, daß man sich den Dienst gefallen läßt von anderen, so lange man sie brauchen kann, und sie wegtut und vergißt, wenn sie ihren Dienst getan haben. Daß Bischof Dibelius seinen Mitarbeitern die Treue in einer ganz bemerkenswerten und ungewöhnlichen Weise gehalten hat, gehört zu seinem Bilde hinzu.

Das Zweite ist eine einfache, schöne, gute, männliche Eigenschaft: Er ist allezeit ein tapferer Mann gewesen. Es ist sicherlich eine Freundlichkeit Gottes, daß er ihm erlaubt hat, nach einem langen, gesegneten und für die Kirche fruchtbaren Dienste mit der Zeit, da er Ratsvorsitzender war, sein Lebenswerk abschließend zu krönen.

Die Welt hat das gut verstanden. Die Kritik ist eigentlich aus dem Raum der Kirche gekommen, und die etwas seltsame Vokabel vom Dibelianismus ist kirchlichen, nicht weltlichen Ursprungs. Die Welt hat es vielleicht leichter gehabt, unbefangen zu urteilen und anzuerkennen. Ich mache mich gern zum Sprachrohr der Welt und kann es im Falle von Bischof Dibelius deswegen unbefangen tun, weil darüber kein Zweifel ist, daß er ein Bote Christi hat sein wollen und gewesen ist. Wenn in dieser etwas seltsamen und verworrenen Zeit mancher nicht mehr genau weiß, was ein aufrechter und tapferer Mann ist, dann wäre es nicht vergeblich, daran zu erinnern, daß die Quelle für das alles im Falle unseres Bruders Dibelius ganz eindeutig gewesen ist. Es kann kein Zweifel daran sein, daß er ein Prediger Christi gewesen ist. Sein verbreitetstes Buch ist nicht das immer wieder zitierte violette „Jahrhundert der Kirche“, das wir von nun an eigentlich nicht mehr strapazieren sollten, sondern das Büchlein von der „Nachfolge Jesu Christi“. Daß jemandem, der schreibt, geschenkt wird, daß das Bleibendste seiner Lebensarbeit das Christuszeugnis ist, das mögen Kirche und Welt mit gleicher Aufmerksamkeit zur Kenntnis nehmen.

Das ist der Grund, weswegen ich den Auftrag, als Sprecher des bisherigen und des neuen Rates, als Sprecher der Kirchenkonferenz, der Synode und ihres Präses und als Ihrer aller Sprecher hier zu fungieren, mit einem freien und unbefangenen Herzen erfüllen kann. Ich spreche in unser aller Namen Ihnen, hochverehrter, lieber Bruder Dibelius, den Dank aus für alles, was Sie in Ihrer Arbeit uns gewesen sind, und bitte Gott, daß er Sie mit seinem Schutz und seinem Segen, seiner Freundlichkeit und seiner Barmherzigkeit begleite.

Der neue Ratsvorsitzende Präses D. Scharf richtete nach seiner Wahl an die Synode folgendes Wort:

Ich möchte als der neue Sprecher des Rates zu Beginn der neuen Ratsperiode ein Wort aus der Heiligen Schrift lesen, das mir in einer ganz besonderen Weise ein Pfarrer- und Christenspiegel für Pfarrer und Christen im leitenden Amte zu sein scheint. Ich lese aus dem Römer-Brief im 12. Kapitel die Verse 4–12.

Der Apostel Paulus schreibt:

„Denn gleicherweise wie wir an einem Leibe viele Glieder haben, aber nicht alle Glieder einerlei Geschäft haben, so sind wir viele ein Leib in Christus. Aber untereinander ist einer des anderen Glied und haben mancherlei Gaben nach der Gnade, die uns gegeben ist.

Hat jemand Weissagung, so sei sie dem Glauben gemäß. Hat jemand ein Amt, so warte er des Amtes. Lehrt jemand, so warte er der Lehre. Ermahnt jemand, so warte er des Vermahnens. Gibt jemand, so gebe er mit lauterem Sinn.

Regiert jemand, so sei er sorgfältig. Übt jemand Barmherzigkeit, so tue er's mit Lust.

Die Liebe sei ohne Falsch. Hasset das Arge. Hanget dem Guten an. Die brüderliche Liebe untereinander sei herzlich. Einer komme dem anderen mit Ehrerbietung zuvor. Seid nicht träge in dem, was ihr tun sollt. Seid brennend im Geist, dienet dem Herrn. Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet.“

Liebe Brüder und Schwestern, dieser Ratsspiegel gilt vom bisherigen Rat. Alle seine Mitglieder haben neben den Aufgaben, die ins Weite gewiesen haben, sich der Geringen angenommen, haben mit Sorgfalt den einzelnen im Auge behalten, haben, wie der Apostel es ausgedrückt hat, ihres Amtes gewartet und sorgfältig regiert. Unsere Bitte, die wir den neuen Rat bilden, zu Gott ist, daß er uns Demut und Sorgfalt schenke und Gemeinschaft herzlicher brüderlicher Liebe untereinander, daß er uns seinen Heiligen Geist schenke, die Sorge für die Geringen den Aufgaben der breiteren Wirkung in die Öffentlichkeit hinein vorzuordnen. Nach außen, soweit es an uns liegt, gebe Gott uns die Möglichkeit, Friede mit jedermann zu halten. Ich sage dies im Blick auf die mancherlei Krisen, in denen sich unsere Kirche befindet und von denen während dieser Tagung der Synode die Rede war. Der rheinische Präses Beckmann hat auf der letzten Kirchenkonferenz am 8. Oktober 1960 in Frankfurt am Main von den geistigen Krisen in der Evangelischen Kirche in Deutschland gesprochen. Auch im Ratsbericht ist davon nachdrücklich die Rede gewesen, von den Spannungen und Schwierigkeiten zwischen Kirche und Theologie. Die Aussprache hat das aufgegriffen und die Krise um das Wahrheitsverständnis in Theologie und Kirche genannt. Der Rat wird sich mit diesem allem in seiner neuen Amtsperiode zu beschäftigen haben. Gott der Herr helfe dazu, daß ihm die Möglichkeit werde, in den theologischen, ideologischen, politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit nun nicht schon die Lösung zu schaffen – so kühn sind wir nicht in unsern Hoffnungen –, aber die Lösung ein Stückchen voranzuführen. Und dies, so viel es an uns liegt, im Frieden mit jedermann, auch im Frieden mit den Gewaltigen dieser Welt, mit den Machthabern dieser Erde im Amte der Obrigkeit, im Westen und Osten unseres Vaterlandes.

Der letzte Vers des Abschnittes, den ich verlesen habe, stellt uns das Bild der Leipziger Rosenthal-Wiese vor Augen aus dem Jahre 1954, das Bild der großen Schlußkundgebung des Kirchentages Leipzig 1954! Das Bild des Kirchentages unseres Bruders Mager. Die Brüder Bischof Dibelius, Präses Wilm und Generalsuperintendent Jacob haben damals nacheinander evangelisiert über die drei Teile dieses Verses: Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet.

Bruder Wilm wies darauf hin, daß vor der Kirche im geteilten Volk ein nicht leichter Weg liege, daß wir als Christen mit Trübsalslast zu rechnen hätten in Ost und West. Bruder Jacob mahnte uns, sie sei zu bewältigen nur im anhaltenden Gebet. Unser Berliner Bischof rief auf, trotz aller Not und in der Aufgabe, die uns gestellt sei, als die eine Kirche über Ost und West im deutschen Vaterlande fröhlich zu bleiben. Allen, die dies damals miterlebt haben, ist es unvergeßlich, wie seine einleitenden Worte: „Wir sind fröhlich – und das ‚sowieso‘ –, denn wir sind Christen!“ bei den 500 000 Teilnehmern

die innere Spannung, in der sie sich befanden, lösten zu einem fröhlichen, zu einem glücklichen, zu einem glaubensvoll-zuversichtlichen Lachen. – Dies drei miteinander, wie unsere Brüder es uns 1954 dargelegt haben, gilt heute wieder! Die große, ewige Hoffnung vor uns, die allem anderen sein kleines Maß gibt, erhalte uns fröhlich durch Jesus Christus, unseren Herrn, auf der Wegstrecke, die vor uns liegt. Amen.

c) Aus dem Rechenschaftsbericht des scheidenden Ratsvorsitzenden

Der letzte *Rechenschaftsbericht* des Ratsvorsitzenden Bischof D. Dr. Dibelius führte unter anderem aus:

... Wenn man in einer Körperschaft, wie es der Rat der EKD ist, zwölf Jahre lang den Vorsitz geführt hat, hat man das Bedürfnis, das Wesentliche von dem, was sich in diesem Zeitraum ereignet hat, einmal zusammenfassend zu überblicken.

Lassen Sie mich gleich sagen, was mir an dem Geschehen dieser Jahre das Entscheidende zu sein scheint: In diesen zwölf Jahren ist die Einheit der EKD erhalten geblieben und hat sich, soweit Menschen urteilen können, mehr und mehr gefestigt.

Mancher mag denken, das sei das Selbstverständlichste von der Welt und brauche nicht besonders ausgesprochen zu werden. Aber es war eben keineswegs selbstverständlich. Und zwar aus drei Gründen nicht.

1. Unsere konfessionellen Verschiedenheiten. Wir waren im Jahre 1945 nach Treysa zusammengekommen, um das von den Deutschen Christen so schmachlich demolierte Gebäude einer einheitlichen evangelischen Kirche in Deutschland wieder aufzurichten. Und siehe da – es gelang! Drei Jahre später gelang auch das sehr viel Schwierigere, dieser wiederaufgerichteten Kirche eine Grundordnung und damit eine feste Basis zu geben. „Kein stolzer Dom“, sagte damals Landesbischof Wurm in Eisenach, „eher eine Baracke, wie wir sie neben den zerstörten Domen in unseren Großstädten finden.“ Würde diese Baracke halten? Würde sie sich zu einem soliden Haus ausbauen lassen?

Außere Stützen hatte sie nicht ... Ein einheitliches staatliches Gegenüber war nicht mehr da. Was überhaupt an staatlicher Formung wieder da war, hatte weder Autorität noch Kraft ... Mühsam kämpfte sich jede einzelne Landeskirche durch ihre eigenen Nöte hindurch. Andererseits wollten wir ... einen festeren Zusammenschluß, ... also eine wirkliche Evangelische Kirche in Deutschland. Wenn diese aber in neuer Gestalt Bedeutung und Bestand gewinnen sollte, so mußte sie aus dem freudigen Willen der Landeskirchen jeden Tag aufs neue integriert werden. Hier waren wir vom ersten Tage an mit einer Sorge belastet.

Wer von den Vertretern der unierten und der reformierten Kirchen damals in Treysa war, wird sich dessen erinnern, was für eine Überraschung es für uns bedeutete, als bekannt wurde, daß die lutherischen Gliedkirchen im Begriff waren, sich zu einer Vereinigten Lutherischen Kirche zusammenzuschließen. Wir wollten doch auf eine gesamtdeutsche Einheit hinaus ... Und im selben Augenblick reichten sich die Hälfte unserer Brüder die Hand zu einem anderen Zusammenschluß, zu einem viel engeren Zusammenschluß als bisher, zu einem Zusammenschluß, der es für sich in Anspruch nahm, eine echte Kirche zu sein, während er der neuen Evangelischen Kirche in Deutschland – denn „Kirche“ sollte es doch heißen; darüber waren wir uns doch einig! – nur den Charakter eines Kirchenbundes zugestehen wollte.

War es nicht eine Gefahr, daß diese Vereinigte Lutherische Kirche die Freudigkeit der einzelnen lutherischen Gemeinden und Kirchen so stark in Anspruch nehmen werde, daß es zu jener Integrierung der EKD, von der ich sprach, nicht würde kommen können?

Heute ... darf ich sagen: Trotz dieser konfessionellen Schwierigkeiten ist die Einheit der EKD über die ganzen zwölf Jahre hin erhalten geblieben ...

Daß das erreicht worden ist, daß ich heute sagen darf: die EKD hat feste Wurzeln geschlagen, das danken wir zunächst unseren lutherischen Brüdern selbst. Sie haben trotz aller Schwierigkeiten die Treue gehalten ...

Sodann hat das einfache Schwergewicht der Entwicklung die Kirchen immer fester zusammengeschlossen, ohne Unterschied der Konfession ... Die EKD hat in diesen zwölf Jahren ihren Aufgabenkreis ruhig, aber stetig erweitert. Sie hat sich dadurch gefestigt ...

Die 2. Gefahr für die Einheit der EKD lag in der Entwicklung, die das theologische Denken in den letzten zwölf Jahren bei uns genommen hat ...

Die theologische Auseinandersetzung unserer Tage hat sich mit besonderer Lebhaftigkeit der Frage zugewandt, welches das rechte, biblisch begründete Verhältnis des Christen zu den Geschehnissen im säkularen Raum sein müsse. Dabei sind die sozialen Probleme – verglichen mit der Zeit vor 40 Jahren – in den Hintergrund getreten. Um so mehr haben sich die politischen Fragen in den Vordergrund gedrängt: Atomwaffen, Obrigkeit, Frieden zwischen den Völkern, Verhältnis zwischen Ost und West – darum und um ähnliche Fragen ist es gegangen. Zahllose theologische Erklärungen sind in die Welt hinausgegangen, von einzelnen, von Arbeitskreisen, von Synoden. Der Streit war bisweilen so heftig, daß Außenstehende glauben mochten, die gesamte evangelische Kirche sei im Begriff, auseinanderzufallen. Haben wir nicht Stimmen gehört wie diese: Die Zeit für eine neue Bekennende Kirche sei gekommen? Nachdem die Synode der EKD in der Atomfrage versagt habe, sei die legitime geistliche Leitung der EKD auf die Bruderschaften übergegangen?

Der Rat der EKD ist an diesen Auseinandersetzungen natürlich nicht vorübergegangen. Er hat darüber bisweilen mit großer Lebhaftigkeit verhandelt. Aber mit eigenen Äußerungen zur Sache ist er immer zurückhaltender geworden.

Es hat sich eben gezeigt, daß in den meisten dieser Fragen gewissenhafte Entscheidung gegen nicht minder gewissenhafte Entscheidung steht. Und das nicht nur in unserer eigenen Kirche, sondern auch in anderen protestantischen Kirchen der Welt. Alles ist sich darin einig, daß eine Kirche nur ausgehen kann von dem, was die Heilige Schrift sagt. Und daß die Aussagen der Heiligen Schrift die Tendenz auf ein Zusammenleben der Menschen in Frieden und in Verständnisbereitschaft haben, darüber ist kein Streit. Es gibt unter den Männern und Frauen in verantwortlicher kirchlicher Stellung nicht einen einzigen – wirklich nicht einen einzigen! –, der es nicht für eine Aufgabe der Christenheit hielte, dazu zu helfen, daß die Massenvernichtungswaffen wieder aus der Welt verschwinden. Aber über diese Allgemeinheiten will es nicht hinausgehen. Sobald es sich um eine konkrete Entscheidung handelt, klaffen die Meinungen auseinander.

Nun aber haben wir es seit 1945 in der EKD wie auch in den meisten Einzelkirchen immer so gehalten, daß wir, soweit es irgend möglich war, andersdenkende Brüder und Schwestern nicht majorisieren wollten. Wir wollten nicht in Regierungspartei und Opposition auseinanderfallen. Jede Gruppierung in unserer Kirche, wenn sie nur innere Kraft bewies und auch nach ihrer Größe etwas bedeutete, sollte ihre Chance haben. Es wäre ein leichtes gewesen, durch Mehrheitsbeschluß der Synode einen Rat herauszustellen, der in seinen kirchlichen Anschauungen einheitlich gewesen wäre – etwa so einheitlich, wie es politische Kabinette zu sein pflegen. Wir haben das niemals getan. Es gibt kaum eine nennenswerte kirchliche Richtung, die nicht – wenn nicht einen echten Freund, so doch mindestens einen freundlichen Sachwalter innerhalb des Rates hätte. Ich kann nur hoffen, daß es auch in Zukunft dabei bleiben möchte.

Natürlich bedeutet das für die Schlagkraft und Initiative einer kirchlichen Körperschaft eine ungeheure Hemmung. Man möchte zu einer Frage des öffentlichen Lebens Stellung nehmen, aber man kann es nicht, weil man die Minderheit nicht majorisieren will. Man kann die Frage dann nur einem Ausschuß überweisen, bei dessen Zusammensetzung wiederum die Minderheit berücksichtigt werden muß und der daher ebenfalls nicht zu einer einheitlichen und klaren Antwort kommen kann. Sie werden das bei den Ausschuß-

berichten, die dieser Synode zu erstatten sind, von neuem erleben. Für Menschen mit einem lebendigen Verantwortungsbewußtsein kann das geradezu unerträglich sein.

Wir haben geglaubt, auch diese Belastung auf uns nehmen zu müssen um der brüderlichen Liebe willen. Kirchliche Körperschaften sollen nun einmal etwas anderes sein als politische. Wir wollen lieber schweigen, als etwas als Stellungnahme der Kirche in die Welt hinausgehen zu lassen, wogegen nachher 40 Prozent unserer Gemeindeglieder Sturm laufen. Das leitende Gremium einer Kirche soll nur reden, wenn es in Vollmacht und Einmütigkeit reden kann. Im übrigen ist es ein Aberglaube, daß man auf jede Frage gleich eine Antwort haben müsse. Es gibt Fragen genug, die nicht vorschnell beantwortet, sondern erst einmal durchlebt sein wollen!

Von Zeit zu Zeit wird es uns aber doch geschenkt, daß der Rat und die Synode zu klaren Entschließungen kommen, sei es einmütig, sei es mit einer so überwältigenden Mehrheit, daß die kleine Minderheit sich eben bescheiden muß. Ich erinnere an das Wort von Weißensee, in dem unsere Kirche sich zu einer Verantwortung für die Kriegsdienstverweigerer bekannt hat.

Es ist immer ein besonderes Geschenk von Gott, wenn so etwas einmal gelingt. Wo es aber nicht gelingt, wo die Meinungsverschiedenheiten, die durch die ganze Nation gehen, auch in der Kirche da sind und keine Möglichkeit sich ergibt, sie von der Heiligen Schrift her zu überwinden, wo darum die Kirche lieber schweigt als redet – da soll man nicht schreien: die Kirche habe wieder einmal versagt, und der Rat der EKD sei keiner Initiative mehr fähig! Sondern man sollte dankbar dafür sein, daß es noch eine Gemeinschaft gibt, die durch Verschiedenheiten der Meinung nicht gesprengt wird, und daß die Kirche der Ort auf Erden ist, an dem die Freiheit des an Gott gebundenen Gewissens mit Ernst und Liebe respektiert wird.

Eine ernsthafte Gefahr für die Einheit der EKD ist aus dem theologischen Streit in diesen zwölf Jahren nicht erwachsen – trotz Atomwaffen, trotz Militärseelsorge und trotz Obrigkeit! Ich sage das mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge. Mit einem weinenden deshalb, weil dies Ergebnis ja auch einen sehr ersten negativen Aspekt hat. Ich möchte Sie alle bitten, vor allem die Mitarbeiter in den mancherlei theologischen und kirchenpolitischen Kreisen, einmal darüber nachzudenken, wieweit die von uns erarbeiteten Worte, Kundgebungen und Resolutionen heute überhaupt noch in den freien Raum der Welt oder auch nur der Kirche hinausdringen und wieweit sie in einem kirchlichen Getto steckenbleiben ...

Wer in seiner kirchlichen Arbeit nicht den Boden unter den Füßen verlieren will, muß sich das rücksichtslos klarmachen. Ein wenig mehr Bescheidenheit nach innen und nach außen und ein wenig mehr Gleichmut gegenüber Verstiegenheiten theologischer Erklärungen würde uns wohl anstehen. Wenn also ein Kreis von selbstsicheren Theologen in die Welt hinausruft: Wer in der Frage der atomaren Bewaffnung anderer Ansicht sei als sie, der versündige sich gegen alle drei Artikel des christlichen Glaubensbekenntnisses! – dann mögen sich manche in unserer Mitte darüber erregen – unsere Gemeinden bleiben davon völlig unberührt.

Ich würde dies alles nicht sagen, wenn ich nicht zu sehen glaubte, daß aus dieser Selbstüberschätzung theologischer Meinungsbildung nun doch eine schwere Gefahr für unsere Gesamtkirche heranwüchse – und zwar deshalb, weil die Freudigkeit zur verfaßten Kirche darüber verlorenzugehen droht. Und das halte ich nun allerdings für eine ernste Bedrohung unserer gesamten EKD.

Das Verhältnis von persönlicher Frömmigkeit und sichtbarer Kirche ist, wie wir alle wissen, bei uns Evangelischen mehr als zwei Jahrhunderte hindurch ein Problem gewesen. Pietismus und Aufklärung haben gemeinsam dahin gewirkt, daß so etwas wie ein „Christentum ohne Kirche“ sich in den Herzen festsetzen konnte. Die Verbindung zwischen Kirche und Staat tat ein übriges. Dem Staat gehörten die Herzen. Der Kirche, der empirischen Kirche, gehörten sie nicht. Auch bei den Christen nicht!

Die ganze liberale Theologie meiner Jugend hatte mit dem Leben der Kirche sehr wenig Verbindung. Um so mehr bissige Kritik war bei ihr vorhanden.

Während des Kirchenkampfes las man es ein wenig anders. Aber jetzt kommt dieser Geist unter den Theologen wieder hoch. An die eine heilige allgemeine Kirche muß man natürlich glauben. Aber die empirische Kirche, zu der man selber gehört und von der man sein Amt hat, ist nur noch Gegenstand der Kritik, und die subjektive Erkenntnis des einzelnen Theologen steht über allem, was die Kirche ist!

Nichts liegt mir ferner, als irgendeine Entwicklung der Theologie schelten zu wollen. Wir sind alle Kinder unserer Zeit, und jede Theologie wird irgendwie vom Geist ihrer Zeit beeinflusst. Globale Urteile werden überdies niemals der Mannigfaltigkeit gerecht, die im Leben einer Nation und einer Kirche vorhanden ist.

Aber soviel darf ich doch wohl bei aller Zurückhaltung sagen, daß ein Zug zum Intellektualismus unter uns lebendig ist, vor allem bei unserer jüngeren Generation. Man schwärmt nicht mehr. Man begeistert sich nicht mehr. Man lächelt über Gefühle. Alles ist dem Verstand untergeordnet, der sich auf höchst nüchterne, meist auf materielle Ziele richtet. Der Lebensinhalt wird nicht mehr durch Ideale bestimmt, sondern durch sehr nüchterne Erwägungen.

Das schlägt auch in das Leben von Theologie und Kirche hinein. Der kritische Intellekt fordert alles vor sein Gericht und lehnt alle Bindungen mit großer Selbstsicherheit ab ... Religion ohne Entscheidung – das ist weithin das Kennzeichen der Theologie, der die jüngere Generation anhängt ... Beliebt sind Diskussionen, in kleinen Kreisen, in großen Kreisen, auf Tagungen ..., weil da eben keinerlei Bindungen vorausgesetzt und keine gefordert werden, weder politische noch kirchliche. Die subjektive Überzeugung weiß sich aller Tradition und allen Ordnungen des Gemeinschaftslebens übergeordnet.

Die Kirche könnte eine solche Geisteshaltung ruhig tragen – in der gewissen Zuversicht, daß einmal eine andere Einstellung kommen wird. Die Kirche Jesu Christi hat in ihrer Geschichte mancherlei Zeitströmungen an sich vorüberziehen sehen. Sie wird auch an dieser Geisteshaltung nicht zugrunde gehen. Nur daß die Dinge heute ernster liegen als früher, weil es ja diese selbe intellektualistische Grundeinstellung der Gegenwart ist, die jetzt, verbunden mit politischen Mächten, zu einem großen Schlag gegen die Kirche ausgeholt hat. Wir haben ja in Ost und West nicht zwei verschiedene Ideologien. Wir haben im Grunde alle eine gleiche, zum mindesten eine sehr ähnliche Ideologie; nur die Akzente werden verschieden gesetzt; und die Konsequenzen werden verschieden gezogen. Die Kirche steht vor der Frage, ob sie Kraft genug hat, allen Ideologien gegenüber ihre eigene geistliche Haltung und ihre Lebensordnung zu behaupten – nicht um ihrer selbst willen, sondern um des Evangeliums willen, das sie uns zu verkündigen hat. Und was geschieht in solcher Stunde? Was geschieht in unserer Mitte?

In einer der östlichen Gliedkirchen hat die Synode zur Konfirmationsfrage einen Beschluß gefaßt, der die Konfirmation in ihrem bisherigen Sinne praktisch abschafft. Der Rat hat die Synode gebeten, diesen Beschluß zu überprüfen. Sie hat auf ihrer Entscheidung beharrt.

Nun kann man natürlich sagen: Die Bekenntnisschriften unserer Kirche wissen nichts von Konfirmation. Im Osten und Norden Deutschlands hat sich die Konfirmation erst vor 200 und 250 Jahren durchgesetzt. Wenn sie jetzt einer staatlich befohlenen Jugendweihe weicht, dann braucht das die Grundfesten unserer verfaßten Kirche noch nicht zu erschüttern. Das Bild wird aber ganz anders, wenn sich derselbe Geist, der an der Preisgabe der Konfirmation beteiligt ist, nun auch an die Taufe heranmacht. Denn die Taufe ist eins der beiden Sakramente, auf denen das Leben unserer Kirche ruht.

Was gegenwärtig bei uns vorgeht, ist kurz gesagt das, daß eine kleine, aber steigende Zahl von Pfarrern sich weigert, ihre eigenen Kinder zu taufen. Die überlieferte Lehre von

der Taufe wird von diesen Pfarrern nicht bestritten. Es werden auch gegen den herkömmlichen Taufritus keine Bedenken geltend gemacht ... Diese Pfarrer taufen weiterhin die Kinder ihrer Gemeinde getreu der Ordnung ihrer Kirche. Nur die eigenen Kinder wollen sie nicht mehr taufen. Warum nicht? Sie sehen täglich mit an, wie viele Eltern gar nicht daran denken, ihre Kinder christlich zu erziehen, wie sie das bei der Taufe versprochen haben. Sie sehen auch, daß die christliche Erziehung unter dem Diktat eines kommunistischen Regimes immer schwieriger, ja fast zur Unmöglichkeit wird. Sie meinen, daß es wahrhafter sei, die Taufe auf eine Zeit zu verschieben, in der sie mit innerer Wahrfähigkeit denen zuteil werden kann, die sie begehren. Auf eine solche Zukunft wollen sie die Gemeinde vorbereiten, indem sie „ein Zeichen aufrichten“ – wie das in der Sprache der dialektischen Theologie heißt. Und das soll das Zeichen sein, daß sie ihre eigenen Kinder bis auf weiteres ungetauft lassen.

Noch ist die Zahl dieser Pfarrer nicht groß ...

...

Mir geht es hier ... nur um das eine, daß hier die Tendenz offenbar wird, in einem Augenblick, in dem die Kirche in einen Kampf auf Leben und Tod gestellt ist, die private kirchlich-theologische Ansicht eines Pfarrers über alles zu setzen – auch über die Gelübde, die er selber abgelegt hat, und auch über die Verantwortung, die er gegenüber seiner Kirche hat.

...

Ich rufe nicht nach äußeren Maßnahmen gegen die Gefahr, die hier droht. Jede Landeskirche wird sich ihrer seelsorgerlichen Pflicht gegen solche Pfarrer bewußt sein ... Wir wollen ihnen auch weiter mit Liebe und Geduld nachgehen. Nur können wir unsere Kirche, die uns Gott gegeben hat, nicht zu einer Einrichtung werden lassen, in der jeder an den Grundfesten rütteln kann, soviel er will.

Ich bin mir darüber klar, daß es das Unpopulärste ist, was es in Deutschland geben kann, der Kirche, der Kirche von Fleisch und Blut, in der wir stehen und unser Amt führen, das Wort zu reden. Gerade deshalb habe ich das mein Leben lang zu tun versucht. Und ich möchte nicht aus meinem Amt als Ratsvorsitzender der EKD scheiden, ohne noch einmal das Lob Gottes in seiner sichtbaren Kirche bezeugt zu haben. Lassen Sie mich darum noch das folgende sagen:

Ich bezeuge, daß die eine, heilige allgemeine Kirche, von der wir in unserem Glaubensbekenntnis sprechen, mir gegeben ist in der Kirche von Fleisch und Blut, in die Gottes Hand mich hineingestellt hat. Das Haupt dieser meiner Kirche von Fleisch und Blut – ebenso wie ihrer Schwesterkirchen in der weiten Welt – ist Jesus Christus, dem ich in dieser Kirche diene. In dieser Kirche lebe ich, und an dieser Kirche leide ich. Ich kenne ihre Schwächen und ihre Armseligkeiten. Ich weiß um die eigene Schuld, die ich in dieser Kirche und gegenüber dieser Kirche trage. Aber sie bleibt die Kirche dessen, der uns hat sagen lassen, daß seine Kraft in den Schwachen mächtig ist.

Eine Christenheit von mehr oder weniger frommen Einzelpersonen, die sich ihrerseits innerlich verbunden fühlen mit anderen mehr oder weniger frommen Einzelpersonen als mit einer unsichtbaren Gemeinschaft, die zu nichts verpflichtet – eine solche Christenheit gibt es nicht! Christenheit ist Kirche!

Diese Kirche mit den Liedern, die sie in ihren Gottesdiensten singt, ist die Mutter meiner Gebete – nicht die Lyrik irgendwelcher frommer Zeitgenossen.

Durch diese Kirche hat mir Gott meinen Glauben geschenkt – nicht durch Bücher von Johannes Müller und Lhotzky, mit denen wir in meiner Jugend überschwemmt wurden, sondern durch die Verkündigung meiner Kirche.

In dieser Kirche ist mir das Evangelium lebendig geworden in seiner ganzen Einfalt, die mir wichtiger ist als alle Theologie.

Diese Kirche hat mich davor bewahrt, dem wechselnden Zeitgeist, durch den ich in meinem Leben habe hindurchgehen müssen, völlig zum Opfer zu fallen.

Daß die Entscheidungen, die meine Kirche selbst getroffen hat, in ihren Leitungen und in ihren Gemeinden, oft Fehlentscheidungen gewesen sind, das weiß ich wohl. Wie oft habe ich selbst in leidenschaftlichem Widerspruch zu dem gestanden, was meine Kirche sagte und tat. Wie oft hat mein eigener Ausblick nicht hingereicht, solche Fehlentscheidungen rechtzeitig zu erkennen, und wie oft habe ich nicht die Kraft gehabt, mich selbst und andere wirksam vor falschen Wegen zu warnen. Aber ich habe immer wieder erlebt, daß der Herr Christus meine Kirche wieder zur Ordnung gerufen und sie gereinigt hat von dem, was unwahrhaftig geworden war in ihrem Leben.

Darum ehre ich meine Kirche, diese Kirche von Fleisch und Blut. Darum kann ich es nicht ertragen, wenn die, die von ihr ein Amt haben, respektlos von ihr reden und ihr gegenüber kein echtes Verantwortungsbewußtsein zeigen. Deshalb ist meine Theologie eine Theologie der Dankbarkeit für das, was mir in meiner Kirche geschenkt worden ist. Und deshalb klage ich im Rückblick auf mein Leben nicht über das viele, das mir versagt geblieben ist, schuldhaft oder schicksalhaft, sondern preise meinen Gott, daß er mir meine Kirche geschenkt hat.

Das ist mein Bekenntnis zur Kirche von Fleisch und Blut, zu meiner Kirche in Berlin-Brandenburg und zu der Evangelischen Kirche in Deutschland.

3. Damit komme ich zu dem letzten, was die Einheit der EKD in diesen zwölf Jahren ernstlich gefährdet hat. Das sind die politischen Verhältnisse, unter denen unser Leben gestanden hat und noch heute steht.

Von Jahr zu Jahr sind die Versuche, die EKD durch politische Maßnahmen in zwei Teile aufzuspalten, deutlicher spürbar geworden. Vor zehn Jahren konnten wir noch einen Kirchentag in West- und Ost-Berlin gemeinsam halten. Im Eröffnungsgottesdienst hat der Staatspräsident Wilhelm Pieck gegessen, zu seiner Rechten der Präsident des Kirchentages aus Westdeutschland und zu seiner Linken der Bischof von Berlin aus dem Berliner Westen. Der Kirchentag verlief in freundlichster Harmonie, in der Seelenbinderhalle wie im Olympiastadion. Heute soll ein Kirchentag in Berlin eine politische Provokation sein. Vor zehn Jahren hatten wir einen Bevollmächtigten in Bonn und einen Bevollmächtigten bei der Regierung der DDR. Der Bevollmächtigte in Bonn ist noch in seinem Amt. Den Bevollmächtigten in Ost-Berlin hat man wissen lassen, daß man ihn in dieser Eigenschaft nicht mehr empfangen könne. Vor zehn Jahren konnte die Berliner Stelle der Kirchenkanzlei unbefangen mit den östlichen Verwaltungsstellen verhandeln. Jetzt verhandeln diese Stellen nur noch mit den Vertretern der östlichen Gliedkirchen. Vor zehn Jahren konnten wir unsere Ratssitzungen abwechselnd im Westen und im Osten halten. Jetzt sind solche Sitzungen im Osten unmöglich, weil wir damit rechnen müssen, daß mehr als ein Ratsmitglied aus dem Westen die Aufenthaltserlaubnis für den Osten nicht erhalten wird. Für unsere gesamtdeutsche Synode gilt das gleiche. Die kirchlichen Informationsdienste für die Pfarrer und für die Presse können nicht mehr einheitlich durch ganz Deutschland gehen, sondern müssen für Ost und West verschieden gestaltet werden.

Hinter diesen Aufspaltungsversuchen steht die ständige Bekämpfung kirchlicher Arbeit, insbesondere der Versuch, die kirchlichen Amtshandlungen durch staatlich propagierte Feiern aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. Davon darf ich heute schweigen ... Und von der Propaganda zu reden, die tagtäglich in Presse, Rundfunk und Fernsehen gegen die Kirche vorgetragen wird, scheint mir unvereinbar mit der Würde dieser Stunde. Um der Gerechtigkeit willen will ich aber nicht unausgesprochen lassen, daß manche Verhandlungen zwischen kirchlichen und staatlichen Stellen auch im Osten zu positiven Ergebnissen geführt haben.

...

An dem einheitlichen Gefüge der EKD haben solche Schwierigkeiten mit den politischen Stellen der DDR freilich nichts zu ändern vermocht. In den äußeren Dingen macht man es uns schwer, unsere Einheit zu exerzieren. Aber das Entscheidende bleibt, daß wir uns

als Einheit wissen. Dann wird es an Gelegenheiten, die Einheit praktisch werden zu lassen, niemals fehlen.

Wohl müssen wir eines zugeben: Wenn wir heute aus den beiden Teilen Deutschlands zusammenkommen, haben wir manchesmal ein wenig Mühe, uns aus der Verschiedenheit des Klimas herauszufinden, in dem wir zu Hause leben. Es gibt Fragen, die sich, jedenfalls für den ersten Blick, vom Westen her anders ansehen als vom Osten her. Aber es gelingt eigentlich immer, gemeinsam zu der Unbefangenheit durchzustößen, die die Voraussetzung für eine echte Einheit ist. Natürlich bleiben Meinungsverschiedenheiten. Aber diese Meinungsverschiedenheiten gehen quer durch unsere ganze Kirche. Daß Ost und West Gegensätze geblieben sind, habe ich in den Sitzungen des Rates niemals erlebt.

So darf ich denn die Summe ziehen: Trotz aller Gefährdung, die von innen oder von außen kam, ist die EKD eine Einheit geblieben. Diese Einheit ist, aufs Ganze gesehen, heute nicht schwächer, sondern fester, als sie vor sechs und vor zwölf Jahren war.

Aber mit dieser Feststellung kann ich nicht schließen. Sie müssen mir erlauben, noch ein ganz kurzes Wort zu der Frage zu sagen, was diese Einheit der EKD für das innere Leben unserer Kirche bedeutet hat. Denn die Kirche ist niemals Selbstzweck. Auch die Existenz einer EKD ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie der großen Aufgabe dient, dem Evangelium von Jesus Christus den Weg zu bereiten.

Lassen Sie mich die Antwort darauf in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Der Zusammenschluß von Innerer Mission und Hilfswerk unter dem Dach der EKD hat es möglich gemacht, die diakonische Arbeit über ganz Deutschland hin auf bestimmte Schwerpunkte zu konzentrieren. Der bedeutendste dieser Schwerpunkte war im letzten Jahr die Aktion „Brot für die Welt“ ...

2. Die Fürsorge für die evangelischen Deutschen im Ausland hat in den letzten sechs Jahren wieder einen sehr bemerkenswerten Umfang angenommen ... Die Aufgabe ist heute wieder so groß geworden, daß es ohne die verfaßte Kirche, d. h. in diesem Fall: ohne die EKD, nicht mehr geht ...

3. Ähnliches ist von der Arbeit an den Flüchtlingen zu sagen. Die EKD hat diese ganze Arbeit lange Zeit hindurch denjenigen Landeskirchen überlassen, in deren Bereich die wichtigsten Übergangsstellen liegen ... Aber sie hat sich dann doch dazu entschließen müssen, eines der Ratsmitglieder, Bischof Wester, zu bitten, sich auch in ihrem Namen um das ganze Problem zu kümmern ... Nicht alle Flüchtlinge wünschen, daß man sich um sie kümmert ... Aber es sind genug andere da, die dankbar nach jeder Hand greifen, die sich ihnen entgegenstreckt und ihnen hilft, die Gefahr der inneren Entwurzelung zu überwinden.

4. Von der Arbeit an der Bibelrevision und von den fruchtbaren Verhandlungen über das Abendmahl, die auf Veranlassung der EKD geführt worden sind, brauche ich nicht zu sprechen. Ich habe dem vor einem Jahr ein besonderes Wort gewidmet. Im übrigen spricht diese Arbeit für sich selbst.

5. Auch unsere Kirchen wissen, daß wir in einer Zeit leben, in der das Gesetz der Masse überall auf uns zukommt und daß diesem Gesetz gegenüber die Mittel der herkömmlichen Predigt und Seelsorge weithin versagen. Wir machen die ersten schüchternen Versuche, zu neuen Formen kirchlicher Arbeit durchzudringen ... In allen diesen Bemühungen steht am Anfang die Tat des einzelnen. Aber wirksam wird die Tat erst durch Teamarbeit, durch Austausch und durch Sammlung. Dies Wirksamwerden aber sprengt notwendig alle Grenzen von Parodie, von Kirchenkreis, von Landeskirche. Es kann nur statthaben auf dem Boden der EKD. Auch hier ist ein Anfang gemacht ...

6. Und endlich die Auswirkung unserer kirchlichen Einheit auf dem Gebiet der Ökumene. Die Ökumene baut sich aus Kirchen auf. Und die Kirchen untereinander gliedern sich nach konfessionellen Gesichtspunkten. Nichts ist natürlicher, als daß sich die Konfessionen auch in Deutschland nach Gleichgearteten umsehen ... Und doch hat es sich als unmöglich erwiesen, die Vertreter der einzelnen Kirchen in Deutschland einfach ihren

Konfessionsverwandten in der übrigen Welt hinzuzuschlagen. Sie bilden eben zugleich als Deutsche eine Einheit, die überall zum Ausdruck kommt. Nur könnte es gefährlich werden, wenn wir diese Einheit nur in nationaler, nur in geographischer oder nur in politischer Beziehung bilden würden. Das brächte einen falschen Ton in die ökumenische Gemeinschaft hinein. Und es wäre verhängnisvoll, wenn dieser falsche Ton gerade von uns Deutschen ausginge.

Nun aber haben wir eine EKD, zu der wir alle gehören ... Es ist ein kirchliches Band, das uns zusammenhält. Und wenn wir in der ökumenischen Arbeit zusammenstehen, daheim und draußen, dann tun wir das als Erben der deutschen Reformation, die trotz aller Mannigfaltigkeit im einzelnen doch der Welt etwas Gemeinsames zu sagen hat von der Theologie des Kreuzes, der göttlichen Gnade und von der Bindung an die Heilige Schrift.

Im März des Jahres 1955 hat die Synode der EKD dem jetzigen Rat für sechs Jahre das Amt anvertraut, das nach den Worten unserer Grundordnung darin besteht, die EKD zu leiten und zu verwalten. Diese sechs Jahre laufen jetzt ab. Der Rat legt sein Amt in die Hand einer neugewählten Synode zurück.

Er tut es nicht in stolzer Selbstzufriedenheit. Aber er tut es mit demütigem Dank dafür, daß durch Gottes Gnade die Einheit erhalten ist und daß daraus allerlei Früchte zu wachsen begonnen haben ...

Die erste Epoche der Ratsarbeit unter Landesbischof Wurm war die Epoche des Aufbaus gewesen. Die zweite Epoche, die jetzt zu Ende ist, war die Festigung dessen, was da aufgebaut worden war. Jetzt darf die dritte Epoche beginnen. Und wenn Sie dem bisherigen Vorsitzenden gestatten wollen, ein Geleitwort in diese dritte Epoche hinein zu sagen: Jetzt sollte nicht länger das Verwalten im Vordergrund stehen – das war bisher sehr nötig gewesen! –, sondern die Leitung der EKD. Ich bin davon durchdrungen, daß auch in der EKD eine Leitung da sein muß, die die Stimme der evangelischen Christenheit Deutschlands laut werden läßt im öffentlichen Leben – nicht um jemanden bevormunden zu wollen, sondern um zu zeigen, daß unser Herr Jesus Christus auch im politischen, im sozialen, im gesellschaftlichen Leben der Menschen und der Völker der Herr sein will, daß über das grundlegende Leben in der Gemeinde und in den Einzelkirchen hinaus ein gemeinsames christliches Wollen da sein muß und, wenn Gott Gnade gibt, auch ein gemeinsames Vollbringen.

Wenn auch mit Rücksicht auf die Ratswahl der Synode kein Generalthema gestellt war, kam doch eine ganze Reihe wichtiger Sachfragen zur Erörterung und Beschlußfassung:

d) Die Atomfrage

Unerläßlich war, die Atomfrage und die Arbeit des EKD-Ausschusses wie in den Vorjahren¹ zum Gespräch zu stellen, obwohl den Bemühungen um eine Überwindung der „Ohnmachtsformel“ von 1958 nicht der Erfolg wesentlich weiterführender Erkenntnisse und Ergebnisse beschieden war. Der Vorsitzende des EKD-Ausschusses für Atomfragen Professor Dr. Raiser berichtete der Synode:

Der vom Rat Ende 1958 berufene Ausschuß hat der 2. Synode auf ihrer letzten Tagung im Februar 1960 einen Zwischenbericht vorgelegt, und ich habe dem damals einen eigenen Bericht angefügt, der die Darstellung der Ausschußarbeit ergänzen und erläutern sollte ...

1. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1957, S. 72 ff.; 1958, S. 17 ff.; 1959, S. 90 ff.; 1960, S. 85 ff.

Die Synode hat damals ohne Aussprache beschlossen, von beiden Berichten Kenntnis zu nehmen und den Rat zu bitten, die Fortsetzung der Ausschlußarbeit in jeder Weise zu fördern.

Obwohl es an dieser Förderung nicht gefehlt hat, stand der Fortgang der Arbeiten dieses Ausschusses, der in seiner Zusammensetzung unverändert blieb, aus rein äußeren Gründen unter keinem günstigen Stern. Die starke Belastung des Vorsitzenden und mehrerer Mitglieder des Ausschusses durch andere Amtspflichten hat mehrfach den Versuch scheitern lassen, in einer auch nur annähernd vollständigen Besetzung zur Beratung zusammenzukommen. So blieb es lange Zeit bei informellen Einzel- und Gruppengesprächen und privaten Veröffentlichungen mehrerer Ausschlußmitglieder; erst gegen Ende der Berichtszeit gelang es, in einer Sitzung des Ausschusses am 20. und 21. Januar in Hannover den Ertrag der in der Zwischenzeit angestellten Überlegungen zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zu machen.

Wer den Stand der Diskussion über die atomaren Waffen in der kirchlichen Öffentlichkeit auch nur von ferne verfolgt hat und wer sich über die dabei auftauchenden ethischen und theologisch-dogmatischen Probleme einmal ernstlich und ohne politische Voreingenommenheit Rechenschaft zu geben versucht hat, wird nicht erwarten, daß es dem Ausschuß etwa gelungen sei, die hier bestehenden, in dem letztjährigen Bericht gekennzeichneten Gegensätze auszulöschen und eine den Problemen adäquate Formel zu finden, die allen an dieser Auseinandersetzung beteiligten Gruppen gleichermaßen annehmbar und als Regel für das praktisch-politische Handeln hilfreich wäre. Die Aussprache im Ausschuß hat vielmehr alsbald deutlich werden lassen, daß sich die gegensätzlichen Positionen in den verschiedenen Sachfragen ebenso wie die diesen Positionen zugrunde liegenden theologischen Systemansätze in der Berichtszeit einander nicht angenähert haben. Unverändert bekennen wir uns zu dem Satz der Synodalschließung von 1958, daß „der mit Massenvernichtungswaffen geführte totale Krieg als unvereinbar mit dem Gewissen der Menschheit vor Gott“ zu verwerfen ist und daß es dafür notwendig ist, Kriege überhaupt abzuwenden, einerlei mit welchen Waffen sie geführt werden. Aber es blieb zwischen uns streitig, ob der Gehorsam gegenüber dem Gebot Christi von uns in dieser Lage Machtverzicht und Opfer und damit auch den Verzicht auf Vorbereitung und Androhung des Gebrauchs von Atomwaffen, sei es auch nur zur Abschreckung eines damit gerüsteten Gegners, fordert, oder ob es uns erlaubt oder sogar geboten ist, zur Erhaltung von Frieden und Gerechtigkeit in dieser fallenen Welt ein System der Gegengewichte zu schaffen und aufrechtzuerhalten, das es ermöglicht und rechtfertigt, der Versuchung zu ungehemmter Machtausübung mit allen ihren Schrecken durch Androhung mit gleichstarker Macht zu begegnen.

Darin freilich waren wir uns einig, daß dieser, für unsere Kirche und für das Gewissen jedes einzelnen Christen höchst beunruhigende Zwiespalt nicht zu gegenseitiger Verhärtung, nicht zu Skepsis und Resignation führen dürfe, sondern uns alle dazu nötige, immer wieder auch auf die Gründe der Gegenseite zu hören und bereit zu sein, die eigene Überzeugung durch die abweichende Überzeugung anderer Christen in Frage stellen zu lassen. In diesem Geist haben wir uns weiter darum bemüht, den Ursachen und den Folgen des Zwiespalts nachzugehen, um so die „Ohnmachtsformel“ der Synodalerklärung von 1958 besser zu verstehen:

1. Die Ursachen liegen, wie wir meinen, nicht nur in den geschichtlichen Faktoren, die für die Entwicklung der evangelischen Theologie und für den Weg unserer Kirche in den letzten Jahrzehnten bestimmend waren, sondern ebenso sehr in der völlig neuartigen Situation, in die die Menschheit durch ihren bis dahin unvorstellbaren Zuwachs an technischen Möglichkeiten im atomaren Zeitalter geraten ist. Der verantwortliche Gebrauch dieser Möglichkeiten stellt den Menschen vor neue und bisher nicht bewältigte ethische Probleme. Auch die Christenheit kann den damit auf sie zukommenden Fragen und Anfragen nicht ausweichen. Dabei stößt sie alsbald auf die Grundfrage, ob nicht die der Schöpfung eingestifteten und nunmehr aus ihr entbundenen Kräfte, indem sie in die Hand

des Menschen gelangen und ihn zum Mißbrauch dieser Macht verleiten, zum Mittel des Aufstandes gegen Gott als den Schöpfer und Herrn der Welt zu werden drohen.

Das erstmalige Auftreten von Möglichkeiten totaler Zerstörung hat unsere Generation vor Fragen gestellt, denen sie in der ersten Begegnung noch nicht gewachsen ist. Auch die Theologie ist bis jetzt noch nicht imstande, sie wirklich und überzeugend zu bewältigen. Zwar darf sie darauf vertrauen, daß das Evangelium sich auch in dieser Lage als das lösende Wort und die befreiende Macht erweisen wird. Einstweilen aber muß sie eingestehen, daß die aus der neuen Situation erwachsenden ethischen Fragen sich nicht ohne weiteres unter die Begriffe der überkommenen Sozialethik, ihrer Fortbildungen und Neuansätze haben subsumieren lassen. Gewisse Teilergebnisse, die wir nach der einen oder anderen Richtung gefunden zu haben meinen, dürfen uns das Problem nicht in seiner Schwere und Bedrohlichkeit verkleinern und können uns nicht der ständigen Bemühung entheben, ihm in wacher Bereitschaft standzuhalten.

2. Müssen wir Christen hiernach bekennen, daß auch wir bisher nur einander widersprechende Entwürfe, aber keine gemeinsamen und fertigen Antworten auf die Frage nach dem rechten Verhalten in dieser neuen, noch unerprobten Situation vorlegen können, so bleibt uns doch die Gewißheit, daß Gott die Welt in seinen Händen hält. In Jesus Christus sind wir davon befreit, daß widergöttliche Mächte durch Angst und Furcht von uns Besitz ergreifen, befreit zu einem neuen Leben mit dem Nächsten, zu sachlicher Beurteilung wechselnder politischer Lagen und zu mutigem Handeln. Darum muß sich unser Christenstand heute zuallererst darin bewähren, daß wir nicht der großen Angst und den vielen Ängsten verfallen, die auch das politische Denken und Handeln unserer Tage bestimmen, sondern aus einer Hoffnung und einer letzten Zuversicht leben, von der wir wissen, daß sie nicht zuschanden wird.

Auch wenn wir also in der Lösung der ethischen Probleme des Atomzeitalters noch nicht zur vollen Klarheit gereift sind und darum falsche Sicherheit ebenso abweisen müssen wie müde Resignation, dürfen wir doch unter der Geduld und der Vergebung Gottes hoffen, daß er es dem aufrichtig Suchenden gelingen läßt, den rechten Weg des Erkennens und des Tuns zu finden. Deshalb können wir es auch wagen, mit „kleinen Schritten“ und tastenden Versuchen im Atomzeitalter als Christen zu leben.

Der Ausschuß muß es der Synode und dem Rat überlassen, zu bestimmen, ob er seine Arbeit fortsetzen soll. Er ist weiterhin bereit, sich um die Klärung auch der kleinen Schritte zu bemühen, weil seine Mitglieder sich der tiefen Beunruhigung über die gegenwärtige, noch ungelöste Problematik nicht entziehen können. Nur sollte klar sein, daß allein das Fortbestehen dieses oder eines ähnlichen Beratungskreises die Beunruhigung von der Gemeinde Jesu Christi weder nehmen kann noch nehmen darf.

Der Bericht wurde einem Ausschuß der Synode zur Beratung überwiesen. Über das Ergebnis der Ausschußarbeit berichtete der Ausschußvorsitzende Dr. Raiser:

Als zweites der Probleme, die uns beschäftigt haben, nennen ich die Stellung der evangelischen Christenheit zu den Atomwaffen. Der Bericht, den ich selbst Ihnen als Vorsitzender des vom Rat dafür eingesetzten Ausschusses erstattet habe, ließ ja von neuem die Schwierigkeiten erkennen, vor denen eine ethische und theologisch-dogmatische Besinnung hier offensichtlich steht. Auf die vor drei Jahren auf der Synodaltagung so leidenschaftlich umkämpften Fragen haben wir immer noch keine gemeinsame Antwort. Der Ausschuß III hat davon abgesehen, seinerseits nun in der kurzen, ihm zur Verfügung stehenden Zeit in eine Sachdiskussion einzutreten. Er ist aber mit dem Atomausschuß der Meinung, daß uns Resignation an diesem Punkte nicht erlaubt ist. Er hält es daher für notwendig, daß der Atomausschuß seine Arbeit fortsetzt, nach Möglichkeit in Fühlung mit den entsprechenden Arbeiten, die in der Ökumene an diesem Problem geleistet werden. Der Ausschuß schlägt daher der Synode einen kurzen Beschluß vor ... Er lautet als Antrag folgendermaßen:

Die Synode nimmt von dem Bericht des Vorsitzenden des vom Rat eingesetzten Ausschusses für Atomfragen Kenntnis. Sie bittet den Rat, die Arbeit dieses Ausschusses weiter zu fördern.

Die Synode beschloß antragsgemäß ohne Gegenstimme und Enthaltungen.

e) Fragen des Schutzes der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

In zwei Schreiben hatte sich der „Arbeitskreis Kirchlicher Bruderschaften“ an die Synode gewandt, um das Eintreten der Kirche für die Kriegsdienstverweigerer an einer konkreten Stelle, nämlich durch die Beistandsleistung durch Pfarrer und kirchliche Beauftragte in den Verhandlungen der staatlichen Prüfungsinstanzen² wirksam zu fördern. Die Schreiben lauten:

Arbeitskreis

Kirchlicher Bruderschaften

Dortmund und Düsseldorf, den 30. Januar 1961

An die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Verehrte Synodale!

Wir begrüßen Sie zu Beginn der neu zusammentretenden Synode der EKD. Uns verbindet der Auftrag, den Menschen in beiden Teilen unseres zerrissenen Vaterlandes in Freiheit von allen ideologischen Bindungen mit der Botschaft des Evangeliums zu dienen.

Es bekümmert uns jedoch, daß uns die Angst um unser Leben und um den Bestand der Kirche immer wieder hindert, die Botschaft so weiterzusagen, daß sie uns und unsere Gemeindeglieder zu Menschen der Liebe und des Friedens machen kann. Deshalb lösen wir uns nicht aus fremden Bindungen, taktischen Rücksichten und theologischen Voreingenommenheiten. Das hindert uns, allein das Wort des Herrn laut werden zu lassen.

Vor allem muß die Predigt des Evangeliums in folgenden Fragen klarer und heller werden, die wir aus der großen Zahl der Aufgaben, die vor uns liegen, herausgreifen:

1. Die Synode in Berlin-Weißensee 1950 mahnte:

„Haltet euch fern vom Geiste des Hasses und der Feindseligkeit! Laßt euch nicht zum Werkzeug eines Hasses und einer Propaganda machen, durch die die Feindschaft zwischen den Völkern gefördert und der Krieg vorbereitet wird!“

Weil dieser Ruf keinen Gehorsam findet, erliegen wir den Parolen des kalten Krieges, lassen uns lähmen von Angst und Mißtrauen gegeneinander, ja, wir tun so, als könne es einen Kreuzzug der Christen gegen die Gottlosen geben.

Wir sollten die ersten sein, die die Menschen in unserem Volk zu Vertrauen, Frieden und Verständigung rufen.

2. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis 1945 sagt:

„Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Wir bitten in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: *Veni creator spiritus!*“

Wir haben diesen Weg nicht fortzusetzen vermocht. Dazu gehört auch, daß heute die Treue zur verlorenen Heimat und die Verbundenheit mit ihr unter dem Schlagwort „Recht auf Heimat“ zu einem unabdingbaren Anspruch auf verlorene deutsche Gebiete mißbraucht werden, der jedes Gespräch mit den östlichen Nachbarn verbiete. Wir vergessen, daß wir die Schuld, die wir gegenüber den anderen Völkern auf uns geladen haben, und ihre Folgen nicht ungeschehen und rückgängig machen können. Uns wurden

2. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 119 ff.

dennoch in beschämender Weise Zeichen der Versöhnungsbereitschaft der anderen entgegengebracht. Das sollten wir dankbar aufnehmen und uns zu gleicher Haltung verpflichtet wissen.

3. Im Juni 1956 hieß es in Spandau:

„Das Evangelium verwehrt uns, mit der Wissenschaft Götzendienst zu treiben, ihrem Fortschritt den Menschen zu opfern und sie zur Herstellung von Massenvernichtungsmitteln zu mißbrauchen, die durch keinen Zweck geheiligt werden können.“

Trotz dieser Warnung sehen wir unsere Sicherheit glaubenslos im „Gleichgewicht des Schreckens“ garantiert und müssen doch die größte Gefahr für den Frieden darin erkennen, daß die gegenwärtige Gnadenfrist resignierend vertan wird.

Bitte, helfen Sie, der zunehmenden Gewöhnung und Abstumpfung gegenüber den Massenvernichtungsmitteln entgegenzuwirken, und rufen Sie aus Angst und Selbstbehauptung heraus zum Gehorsam gegen das befreiende Gebot Gottes, für das Leben auf der Erde zu sorgen. Bitte, setzen Sie sich ein für den Aufbau eines umfassenden Friedensdienstes! Hier hätte auch der Einsatz der Kriegsdienstverweigerer seinen Platz.

4. Die Synode in Elbingerode 1952 erklärte:

„Wir sind gewillt, nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern.“

Wir sind den Menschen (nicht nur innerhalb der Kirche) die Einlösung dieses Versprechens weitgehend schuldig geblieben; vor allem ist nichts darüber bekannt geworden, ob der Ratsvorsitzende seine Zusage erfüllt hat, persönlich für die Anerkennung der Gewissensbedenken derer einzutreten, die den Atomkrieg ablehnen. Nach dem Wechsel im Ratsvorsitz sollte nun die ganze Synode deutlich machen, daß in der Behandlung der Kriegsdienstverweigerer das evangelische Gewissensverständnis uneingeschränkt gilt.

Bitte, mahnen Sie die wehrpflichtigen Christen immer wieder, ihre Entscheidung in der Frage des Wehrdienstes vor dem Wort Gottes und im Gespräch mit den Brüdern zu überprüfen!

Wir sind bereit, bei diesen Aufgaben der Synode theologisch und praktisch mitzuarbeiten.

Wir übersenden weiter einen von uns allen unterzeichneten Antrag, der sich auf den Beistand für Kriegsdienstverweigerer bezieht, und bitten, in der Synode diesen Antrag zur Beschlußfassung zu bringen.

Für die Leiterkonferenz
der Kirchlichen Bruderschaften in Deutschland
Unterschriften

Arbeitskreis
Kirchlicher Bruderschaften

Dortmund und Düsseldorf, den 12. Januar 1961

An die Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Verehrte Synodale!

Wir erlauben uns, Ihnen nachstehend einen Antrag an die Synode der EKD mit der Bitte zu überreichen, diesen Antrag zu unterstützen und in der Synode zur Abstimmung bringen zu lassen.

Synode wolle beschließen:

„Pfarrer oder besondere kirchliche Beauftragte zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern handeln im Rahmen ihres seelsorgerlichen Auftrages, wenn sie als Beistände Kriegsdienstverweigerer in die Verhandlungen der Prüfungsausschüsse begleiten.“

Gründe:

Bisher war es weithin üblich, daß Pfarrer und besondere kirchliche Beauftragte als Beistände für Gemeindeglieder in den Verhandlungen vor den Prüfungsausschüssen für

Kriegsdienstverweigerer mitwirkten. Dies ist von den jugendlichen und häufig befangenen Kriegsdienstverweigerern dankbar als praktische Hilfe der Kirchen angenommen worden und hat in aller Regel zu keinen Schwierigkeiten geführt. Einzelne Ausnahmefälle rechtfertigen ebensowenig grundsätzliche Bedenken gegenüber dieser Praxis, wie auf Grund einzelner Unkorrektheiten von Ausschußvorsitzenden ein allgemeines Urteil über das Prüfungsverfahren abgegeben werden kann.

Inzwischen hat das Oberverwaltungsgericht Münster festgestellt, daß die Beistands-tätigkeit vor den Prüfungsausschüssen unter das Rechtsberatungs-mißbrauchsgesetz vom 13. 12. 1935 fällt und daher jeweils eine besondere behördliche Genehmigung erfordert. Diese Entscheidung betraf keinen kirchlichen Beauftragten, sondern einen Vertreter von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen. Bei einer Reihe von Ausschußvorsitzenden sind in Unkenntnis kirchlicher Zuständigkeiten gleichwohl Zweifel aufgetaucht, ob nicht das gleiche auch für Pfarrer und kirchliche Beauftragte gelten müsse. Auch ohne eine gesetzliche Änderung würde für diese Ausschußvorsitzenden Klarheit geschaffen, wenn die Kirche durch ihre berufenen Organe ausdrücklich feststellt, daß die Beistands-tätigkeit in der seelsorgerlichen Beratung und Betreuung eingeschlossen ist. Denn nach einer gesetzlichen Ausnahmeregelung (§ 3 Ziff. 1), die zugunsten von Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechtes erging und mit der sich das Oberverwaltungsgericht in dem erwähnten Urteil nicht befassen konnte, ist die Rechtsberatung und Rechtsbetreuung, die von Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Rahmen ihrer Zuständigkeit ausgeübt wird, nicht genehmigungspflichtig.

Nach unserem Verständnis vom Auftrag des Pfarrers und der kirchlichen Beauftragten gehört die Beistands-tätigkeit zur praktischen Seelsorge, zumal es sich hier in erster Linie um einen Gewissensbeistand und nicht um eine rechtlich-prozessuale Beratung handelt. Dies könnte allenfalls derjenige bezweifeln, der die Zusage der Synode in Elbingerode aus dem Jahre 1952 nicht mehr gelten lassen will, wonach sie sich ausdrücklich bereit erklärt hat, „nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern“. Darüber hinaus wäre es unverständlich, wenn die Kirche zwar eine umfassende Militär-seelsorge einrichtet, aber nicht einmal die erwähnte Beistands-tätigkeit als ihren Auftrag anerkennen würde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß eine sachgemäße Betreuung der jungen Kriegsdienstverweigerer schon vor und während ihrer Entscheidung einsetzen muß, da sie gerade in diesem Zeitpunkt in ihrem Gewissen am schwersten belastet sind und anders als die Soldaten einem Verfahren unterworfen werden, das sie in ihrer Jugend oft genug überfordert.

Nach unserer Meinung ist die Synode zu der erbetenen Feststellung berufen, da es sich um eine allgemeine Frage des kirchlichen Dienstes unter Konkretisierung früherer Synodalerklärungen handelt. Sollte die Synode aber begründete Zweifel haben, wird gebeten, den Antrag befürwortend an die Landeskirchen weiterzuleiten.

Wir hielten es für richtig, wenn die Synode über die erbetene Feststellung hinaus eine Änderung des Rechtsberatungs-mißbrauchsgesetzes, das im Jahre 1935 aus ganz anderen Gründen erlassen wurde, empfehlen könnte, damit auch nicht-kirchliche Beauftragte wieder wie früher als Beistände zugelassen werden.

Für den Arbeitskreis Kirchlicher Bruderschaften
Unterschriften

Schon im Vorjahre war die Frage der Leistung der Beistandschaft im Rat der EKD, auf der Kirchlichen Westkonferenz und durch mehrfache Umfrage der Kirchenkanzlei bei den Landeskirchenleitungen wiederholt und eingehend erörtert worden. Einmütigkeit bestand darüber, daß die Gewissensberatung und die seelsorgerliche Betreuung der Kriegsdienstverweigerer zu den Amtspflichten

des Pfarrers gehöre; auch darüber gab es keine Meinungsverschiedenheit, daß es Pflicht eines Pfarrers sei, für einen Kriegsdienstverweigerer, der darum ersucht, vor den Prüfungsinstanzen als Zeuge aufzutreten, um über die Persönlichkeit des Antragstellers und über den Gewissensernst seiner Entscheidung Auskunft zu erteilen; darüber jedoch, ob die Rechtsvertretung – und eine solche stellt die Ausübung der Beistandschaft dar – in die kirchliche Zuständigkeit gehöre, waren die Meinungen nicht nur innerhalb der Kirche gegensätzlich, sondern auch die weltlichen Instanzen waren unter sich nicht einig. So war ein Zustand der Unklarheit und Unsicherheit entstanden, dem ein Ende zu setzen der Antrag der Bruderschaften die Synode veranlassen wollte. Der Ausschuß der Synode, dem er zur Beratung zugewiesen wurde, nahm eine Umformulierung vor, indem das Tätigwerden von Pfarrern als Beiständen nicht mehr „als im Rahmen ihres seelsorgerlichen Auftrages“, sondern als „im Rahmen kirchlicher Zuständigkeit“ erfolgend erklärt wurde. Die Plenardebatte über diesen Antrag war lang, lebhaft und leidenschaftlich; ihre Wiedergabe im Synodalprotokoll füllt nicht weniger als 20 Druckseiten. Die nach mehrfachen Umformulierungsvorschlägen gefaßte EntschlieÙung der Synode lautet:

Wenn nach gliedkirchlichen Ordnungen Pfarrer oder besondere Beauftragte der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland als Beistände für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen auftreten, so handeln sie im Rahmen kirchlicher Zuständigkeit.

Mit der Erarbeitung von Vorschlägen für die Durchführung dieses Beschlusses wurde der EKD-Ausschuß für Fragen der Kriegsdienstverweigerung beauftragt (siehe unten).

Ein zweiter Antrag des Synodalausschusses zum Schutz der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen legte der Synode nahe, zu beschließen:

Getreu ihren früheren Beschlüssen, bekräftigt die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Willen der Kirche, in beiden Teilen Deutschlands für alle einzutreten, die aus Gewissensgründen einen militärischen Waffendienst ablehnen. Sie achtet und schützt verletzte Gewissen nicht nur bei denen, die sich zu einem grundsätzlichen Pazifismus bekennen, sondern auch bei Menschen, die den Wehrdienst in einer atomar gerüsteten Armee oder im Blick auf die Teilung Deutschlands aus Gewissensgründen ablehnen.

Da der Antrag wie auch der erste nicht fristgerecht eingebracht war, aber im Unterschied von diesem nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit für seine Behandlung fand, überwies ihn die Synode an den Rat mit der Bitte um Verhandlung und Veranlassung. Der vom Rat damit beauftragte EKD-Ausschuß für Fragen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen konnte im Berichtszeitraum die Bearbeitung noch nicht aufnehmen.

f) Zur Neuordnung der Konfirmation³

Entsprechend der Bitte des vom Rat der EKD eingesetzten Ausschusses für die Neuordnung der Konfirmation erschien die Konfirmationsfrage erneut auf der Tagesordnung der Synode. Präses Professor D. Dr. Beckmann und Professor

3. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 92; 1952, S. 7 ff.; 1960, S. 27 ff.

D. Nagel, Greifswald, erstatteten eingehende Berichte über den Stand der Neuordnung und des Gesprächs in den westlichen und den östlichen Gliedkirchen. Präses D. Dr. Beckmann stellte als Hauptprobleme der Konfirmation heraus:

1. Die Konfirmation als Handlung der Kirche im Rahmen des Gesamtkatechumenats der Kirche. Soll die Konfirmation in irgendeinem Sinne Abschluß des Katechumenats oder Zwischenakt innerhalb des Katechumenats sein? Und in jedem Falle, in welchem Lebensalter? Die Frage des rechten Lebensalters, die Frage des rechten Augenblicks im Bereich des Gesamtkatechumenats, ist eine wichtige, neuaufgeworfene, keineswegs zu Ende diskutierte Frage.

2. Die Konfirmation in ihrem Bezug zur Taufe. Ist es für die Konfirmation der Kirche wesentlich, daß sie Taufgedächtnis – abgekürztes Wort für die Sache, um die es hier geht – ist? Und ist daher das Bekenntnis der Konfirmanden vor der Gemeinde ein integrierender Bestandteil der kirchlichen Konfirmationshandlung oder nicht? Auch diese Frage ist nicht ausdiskutiert. Schon in der Konfirmationsdiskussion des vergangenen Jahrhunderts wurde aus anderen Gesichtspunkten heraus über die Frage des Bekenntnisses und des Konfirmationsgelöbnisses gesprochen. Hier ist ein neuer Gesichtspunkt ans Licht getreten, nicht der, ob man Kindern überhaupt ein Konfirmationsgelöbnis zumuten könne. Das war die Frage unserer Väter, die hierum gestritten haben. Hier ist die Frage: Ist das Bekenntnis der Konfirmanden integrierender Bestandteil dieser Handlung? Ist sie vielleicht sogar der wesentliche, der entscheidende Bestandteil? Ist also Konfirmation eigentlich Bekenntnis mit nachfolgender Abendmahlszulassung?

3. Die Konfirmation in Bezug zum Abendmahl. Ist die Konfirmation, das war die Meinung des Ausschusses, wesentlich eine Handlung, in der die Kirche die Abendmahlszulassung ihrer getauften Kinder vollzieht? Oder ist die Abendmahlszulassung nur eine Frage der Konfirmationshandlung, die ihrem Wesen nach mehr in dem Sinne des Punktes 2 zu beschreiben ist? Von daher ergibt sich dann auch die Frage der Möglichkeit der Trennung von Konfirmationshandlung und Frühkommunion der Kinder. Das ist ja in anderen Kirchen auch der Fall; besonders innerhalb der römisch-katholischen Kirche ist es so, daß die Kommunion mit der Konfirmation gar nichts zu tun hat. Hier sind eben durch die Fragestellung unserer Zeit die Probleme aufgetaucht: gibt es, ganz im Unterschied zu dem, was unsere Väter bisher gedacht haben, die Möglichkeit, Kinder zum Abendmahl gehen zu lassen, bevor sie konfirmiert sind? Viele unserer Kritiker sagen ja, das ist richtig und gut, das muß endlich einmal geschehen. Andere dagegen sagen nein, denn die Konfirmation ist ja eben, wenn sie überhaupt einen Sinn hat, der Akt, durch den die Kirche Menschen zum Tisch des Herrn zuläßt, die sie als Kinder getauft hat, die sie als Kinder, obwohl sie grundsätzlich, wie man sagen könnte, abendmahlsberechtigt sind, noch nicht zu ihren Abendmahlsfeiern einläßt.

4. Seit Jahren heißt das große Thema in der Konfirmationsdiskussion: Entflechtung der Konfirmation. Die bisher in unseren Kirchen durchweg üblichen Konfirmationsordnungen unterscheiden sich, wenn ich recht sehe, was die agendarische Ordnung angeht, nicht sehr voneinander. Ob wir die Ordnung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands ansehen, die Ordnung in der altpreußischen Unions-Kirche, die Ordnung in anderen Kirchen Deutschlands, überall finden wir eine Verwandtschaft: Unterricht – Prüfung – Konfirmation – Abendmahlsangang. Oder in der Konfirmationshandlung nach der Predigt des Pastors: Bekenntnis der Konfirmanden – Konfirmationsversprechen – Einsegnung und Zuspruch des Rechtes, am Abendmahl teilzunehmen und (vielfach auch) das Patenrecht auszuüben. Das ist, aufs ganze gesehen, die in Deutschland am meisten verbreitete Tradition. Und hier ist nun der Angriff in den letzten Jahrzehnten in der Richtung immer wieder aufs neue erfolgt, Entflechtung dieser Dinge! Die echte Frage an unseren Ausschuß ist: Ist das der Weg der Neuordnung der Konfirmation? Viele haben unseren Vorschlag als einen ersten Versuch einer solchen Entflechtung verstanden. Und

vielleicht kann man das auch unter das Wort „Entflechtung“ bringen. Aber es ist eine ernste Frage, ob mit diesem Wort das getroffen ist, worum es wirklich hier geht.

5. Wenn wir ... unter dem Gesichtspunkt der Situation in unseren westlichen Kirchen vor der Frage der Neuordnung der Konfirmation stehen, dann wissen wir alle, daß wir faktisch im Augenblick keinen so zwingenden Anlaß haben, etwas zu unternehmen, was es uns ermöglichen könnte, die an diesem Punkte besonders starke konservative Haltung der Gemeinden und ihrer Leitungen in irgendeinem Punkte anzugreifen oder gar ins Wanken zu bringen. Darum ist die größte, schwierigste Frage hier die: Was kann überhaupt praktisch geschehen? Anders gefragt, radikal gefragt: wer will überhaupt, daß etwas geändert wird? Sind das nicht nur ein paar neuerungssüchtige Pastoren und Theologen und ein paar Leute, die so die Kirche auf den Kopf stellen wollen und alles umkrempeln, was da ist? Wie ist das? Fragen wir uns, wie man darauf antwortet, wenn man über die Konfirmationsfrage in Versammlungen von Presbytern und Pastoren, in Kreissynoden oder sonstwo spricht. Es wird Ihnen weithin so gehen, wie es mir als Berichterstatter auf einer solchen Presbyterversammlung ging. Nachdem wir vier Stunden sehr schön gesprochen hatten und ich den Eindruck hatte, manches hat doch Gehör gefunden, da stand ein Presbyter auf und sagte: „Herr Präses, eins möchte ich Ihnen sagen, am besten, wir ändern nichts!“ Dies war für mein Ohr in gewissem Sinne die Stimme des Kirchenvolkes.

6. Nun zum Schluß. Wo liegen – das ist eine Frage, die den Ausschuß bewegt hat, die in allen Büchern erscheint, in allen Artikeln, die hierüber veröffentlicht worden sind, immer wieder auftaucht – die wahren Ursachen der sogenannten Konfirmationsnot? Sie wissen, daß wir dieses Wort nicht erfunden haben, sondern daß seit Johann Hinrich Wichern diese Frage mit Ernst in der evangelischen Kirche aufgeworfen ist. Es ist interessant, zu beobachten, wie die großen praktischen Theologen des 19. Jahrhunderts durchweg Vorschläge zur Änderung der Konfirmationsordnung gemacht haben, die samt und sonders Literatur geblieben sind. Aber alle großen praktischen Theologen haben irgendwie einen bedeutenden Vorschlag zur Änderung gemacht. Irgendwie alle aus der Verzweiflung einer Situation, in die sie sich versetzt sahen. Aber ihre Theorien sind Theorien geblieben. Wenn man heute darangeht und unsere eigenen Vorschläge prüft, dann wird jeder gute Historiker der praktischen Theologie sagen, dieser Vorschlag wurde schon in Erlangen 1870 gemacht usw. Sie finden alles wieder, was schon gesagt worden ist. Wo liegen die Ursachen der Konfirmationsnöte in unseren Gemeinden? Daß es diese gibt, das dürfte ja doch eine weitgehende Überzeugung sein. Daß sie nicht nur an der mangelnden Begabung der Pastoren liegt und an der mangelnden Ausbildung der Pfarrer, das dürfte auch unsere Überzeugung sein. Es gibt hier Dinge, die damit wenig zu tun haben. Sie hängen mit anderen gesamtkirchlichen Erscheinungen zusammen, die wir doch eigentlich sehen müßten, um damit das Problem richtig anzufassen. Nur aus diesem Grunde sage ich nur noch ein paar Worte. Es ist zweifellos, daß die überlieferte Konfirmationsordnung die Voraussetzung einer christlichen Gesellschaft hat, in der, schlicht gesagt, man zu Kirche und Sakrament sich hält, in der es zu den bedauerlichen Ausnahmen gehört, daß man daran nicht teilnimmt. Und von da aus gesehen ist es verständlich, was hier bekannt, was hier versprochen wird, was in dieser ganzen Konfirmationshandlung geschieht: das selbstverständliche Hineinwachsen in die Gemeinde der Erwachsenen, die ja eine Gemeinde ist, die sich auch um Wort und Sakrament versammelt. Aber diese Ordnung ist aufgelöst. Und damit steht das große Problem der Auflösung dieser christlichen, abendländischen Gesellschaftsordnung vor uns. Zu ihr gehört auch die überlieferte Konfirmation. Wir klagen alle über die Entchristlichung, oder sagen wir einfach Entkirchlichung unserer Familien. An einer Stelle der Konfirmationsausschußberichte, die ich gelesen habe, stand etwas von der Ursache der Konfirmationsnot der Pastoren in den Gemeinden, die darin bestehe, daß die Familien, aus denen die Konfirmanden kommen, sich in eisernes Schweigen hüllen im Blick auf das, was in der Konfirmation, was überhaupt in der Kirche

geschieht. Kann man nicht sagen, daß wir vor der furchtbaren Situation stehen, daß in steigendem Maße in unserem Jahrhundert das Wort Gottes und das Gebet aus dem größten Teil unserer Familien ausgewandert ist? Aber auch das dritte muß hinzugefügt werden, wo der Ansatz zur Konfirmationsnot deutlich war, von Wichern angefangen und auch bei Stoecker: die Ausuferung unserer Großgemeinden über jedes Maß hinaus, was überhaupt in echter Weise pastoriert werden kann. Die Großinstitution unserer Riesengemeinden in Großstädten und Industriegebieten macht es auch unmöglich, in diesen Gemeinden echten Konfirmationsunterricht usw. zu halten. Wenn viele unserer Pastoren nicht nur achtzig, sondern hundert Konfirmanden haben, wie soll man da das tun, was in früheren Zeiten ein Pastor mit seinen zwei, vier oder sechs Konfirmanden hat tun können? Diese Nöte der Konfirmation, von der die Diskussion in unserem Ausschuß ausgegangen ist, sind Signale für die Krise der Volkskirche. Daher die Frage: Lassen sich diese Probleme, vor denen wir hier stehen, durch eine Änderung der Konfirmationsordnung lösen? Oder muß nicht umgekehrt verfahren werden? Ich sehe die eigentliche Aufgabe, die uns gestellt ist, die wir uns überall stellen müssen, darin, wie wir mit der Unkirchlichkeit unserer Gemeinden fertig werden sollen und wie wir sie wieder dahin bekommen können zu einem verantwortlichen Teilnehmen am Leben der Gemeinde, zu einem Christenleben, das sich um Wort und Sakrament sammelt. Darum ist ein Kurieren an Symptomen nicht das, was uns diese Frage lösen und bewältigen hilft. Trotzdem muß auch in diesem Bereich des gemeindlichen Lebens etwas getan werden, und darum sich gründlich zu besinnen, scheint mir doch eine notwendige Aufgabe zu sein, im Zusammenhang mit der Gesamtfrage, nicht gelöst davon. Und trotzdem muß auch diese besondere Aufgabe und Frage im Rahmen der Frage des Katechumenats neu durchdacht werden. Wir wollen uns und müssen uns, meine ich, vor zweierlei hüten, daß wir im Westen allzusehr zufrieden sind mit dem, was wir augenblicklich noch haben. Es gibt viele, die damit zufrieden sind, daß alle Kinder zum kirchlichen Unterricht kommen, sich konfirmieren lassen, daß der ganze Apparat funktioniert, als ob nichts gewesen sei. Und daß die anderen, die sich vielleicht darum bemühen, ihre großen und schweren Fragen in der Gemeinde durchzudenken, vor dieser Situation, daß keiner etwas geändert haben will, resignieren und sagen, es ist eben doch nichts zu machen. Zwischen diesen beiden großen Gefahren, meine ich, müßten wir nach vorwärts durchzuschreiten uns bemühen. Und es läge schon etwas daran, wenn auf dieser Synode und durch ihre Beschlüsse einiges getan wird, daß die große und schwere und viele von uns belastende Frage eine bessere Antwort findet, als wir sie bis jetzt gefunden haben.

Aus dem Bericht von Professor D. Nagel über die Lage im Bereich der östlichen Gliedkirchen seien die Ausführungen über den Konfirmationsgottesdienst und über den Weg von der Konfirmandenprüfung zu Konfirmation und Abendmahl wiedergegeben:

Nun zum Konfirmationsgottesdienst: Hier stehen sich in unseren östlichen Gliedkirchen zwei ganz verschiedene Konfirmationsanschauungen gegenüber.

1. Die Mehrzahl der Kirchen ist der Überzeugung, daß die Konfirmation als besonderer kirchlicher Akt auf dem Wege des Christen von der Taufe zum Abendmahl noch heute dem Aufbau der Gemeinde aus Wort und Sakrament dienlich sein kann. Wir schließen uns damit freilich nicht der Meinung des EKD-Entwurfs an, als sei der Inhalt dieses Aktes allein von der Abendmahlszulassung her zu bestimmen („confirmatio est admissio“). Schon die Geschichte der Kirche zeigt, daß Abendmahls-Zulassung in lutherischen Kirchen ohne jeden öffentlichen gottesdienstlichen Akt geschehen ist oder daß es zum Beispiel in der Pommerschen Kirchenordnung und Agende von 1559 eine Konfirmation gegeben hat, die nur auf die Taufe bezogen war und mit der Abendmahls-Zulassung unmittelbar nichts zu tun hatte. Wir meinen also, daß der Konfirmations-Gottesdienst

einerseits auf die Tatsache der Taufe und des nunmehr abgeschlossenen Taufunterrichts Bezug nehmen muß, andererseits die „Einladung“ auszusprechen hat, nunmehr das durch die Taufe verliehene Abendmahlsrecht aus selbständigem Entschluß heraus zu realisieren. Wir legen Wert darauf, ..., den Begriff der „Zulassung“ ganz bewußt gegen den der „Einladung“ auszutauschen. Es kann kein Abendmahlsrecht – außer dem durch die Taufe geschenkten – im Sinn einer formalen, dauernd gültigen Berechtigung gegeben werden. Zu einer verantwortungsbewußten Sakramentsverwaltung gehört grundsätzlich die exploratio, die Frage nach Glauben und Leben, als Pflicht des Hirtenamtes. Ihr bleiben alle Gemeindeglieder zeitlebens unterstellt, und jeder muß damit rechnen, daß ihm abgeraten werden kann, am Abendmahl teilzunehmen, weil er es unter bestimmten Verhältnissen nicht zum Segen nehmen kann. Mit dieser Einschränkung hinsichtlich des Zulassungsbegriffs erscheinen uns (wie dem EKD-Entwurf) als unerläßliche Bestandteile der Konfirmation: die Konfirmationspredigt, das Einstimmen der Konfirmanden in das Bekenntnis der Kirche, die Fürbitte der Gemeinde, mit der sich die Handauflegung und doch wohl auch der Denkspruch verbinden – man möchte die Handauflegung bei uns nirgends beseitigen –, und endlich die Einladung zum Abendmahl. Die Wortverkündigung wird in diesem Gottesdienst Paraklese und Paränese unter Bezug auf die Taufe zu sein haben. Insofern aber in jedem Gottesdienst das verkündigte Wort der Antwort und dem Bekenntnis rufen will, kann auch der Konfirmationsgottesdienst nicht nur ein Handeln an den jungen Menschen bleiben, sondern muß dialogischen Charakter annehmen, d. h., wie in jedem Gottesdienst folgt der Verkündigung das Bekenntnis der Gemeinde, das das der Konfirmanden mit einschließt und sie in ihrem Bekenntnis tragen will, indem es durch gemeinsames Sprechen zum Hinweis auf die *communio sanctorum* wird.

In zwei Punkten geht man bei uns über den EKD-Entwurf hinaus:

a) Alle Gliedkirchen der EKU wie auch andere Kirchen unseres Raumes, zum Beispiel Sachsen-Dresden, sind sich darin einig, daß die Feier des Abendmahls prinzipiell zum Konfirmationsgottesdienst hinzugehört ...

b) Ein großer Teil unserer östlichen Kirchen in der EKU und darüber hinaus möchte den ... dialogischen Charakter des Konfirmationsgottesdienstes auch künftig dadurch verstärkt sehen, daß die Konfirmanden ein „Ja“ der bekennenden Antwort auf die in Unterricht und Verkündigung erfolgte Anrede sprechen. Wir werden uns alle darüber einig sein, wie schwer es ist, die darauf zielende Frage sachgemäß zu formulieren. Es muß alles vermieden werden, was das Ja der Antwort auf den Willen zum Glauben abstellt und damit in die Nähe eines Gelübdes führt ...

2. Eine grundsätzlich abweichende Schau dessen, was wir anderen „Konfirmationsgottesdienst“ nennen, vertritt der Beschluß der provinziälsächsischen Synode vom Juni 1960 über die Neuordnung der Konfirmation ... Ganz folgerichtig vermeidet der betreffende Synodalbeschluß den Ausdruck „Konfirmationsgottesdienst“ völlig ... Da, wo bei uns anderen der Konfirmationsgottesdienst steht, erfolgt hier der erste Abendmahls-Gang in einem Gemeindegottesdienst ...

Wenn ich in der liturgischen Ordnung der Konfirmation durchaus die Möglichkeit sehe, in Ost und West beieinander zu bleiben, so meine ich freilich, daß wir in der Ordnung des Weges von der Konfirmandenprüfung zur Konfirmation und damit zum Abendmahl uns trennen müssen. Das ist durch die grundverschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt, wobei ich nicht sicher bin, ob das, was sich bei uns an neuer Ordnung herausgestaltet, bei der inneren Lage der westdeutschen Kirchen nicht auch einmal für sie exemplarisch werden könnte. Ich muß, um unser Ringen um den richtigen Weg in seiner ganzen Schwere verständlich zu machen, auf die für Außenstehende kaum überschaubare Situation eingehen. Grundsätzlich steht für alle Kirchenleitungen und die gesamte Pfarrerschaft mit Ausnahme weniger Außenseiter noch immer fest, daß Konfirmation und Jugendweihe unvereinbar sind. Die Richtigkeit dieser Entscheidung wird dadurch erhärtet, daß entsprechende Weihefeiern auch der Taufe, der Trauung und der Bestattung entgegengestellt

wurden. Schon fehlt es nicht an Beispielen, daß Jugendgeweihten eine spätere Teilnahme an der Konfirmation zum Vorwurf gemacht wird. Nur wenige Eltern haben die Stellung der Konfirmation zur Jugendweihe zum Anlaß genommen, ihr Verhältnis zur Kirche zu lösen; manche können die Haltung der Kirche als „Sturheit“ bezeichnen. Innerlich mögen die meisten Eltern für die Entscheidung der Kirche sogar Verständnis haben, aber – soll man ausgerechnet in diesem Punkt der Propaganda widerstehen und die Zukunft der Kinder belasten, wo man sonst stillschweigend mitmacht, was von Staat und Partei gewünscht wird?! Relativ wenige sind es, die aus allerlei Befürchtungen ihre Kinder jugendweihen lassen, aber dann ihrem Seelsorger dies als Schuld zugeben. Nicht selten sind heute Fälle, in denen Eltern ihre unter dem Einfluß der Umwelt zur Jugendweihe strebenden Kinder zur Teilnahme an der Konfirmation zwingen. Aber auch Jugendliche, die sich nur konfirmieren lassen möchten, können manchmal seitens der Eltern zur Jugendweihe gezwungen werden. Jedenfalls handelt es sich nur um Bruchteile der evangelischen Elternschaft wie der Kinder, die in ihrer Ablehnung der Jugendweihe festbleiben. Trotzdem darf man eine derartige Haltung nicht unbesehen und in allen Fällen als „Glaubensentscheidung“ werten: Es gibt Leute, „die sich das noch leisten können“, etwa Ärzte oder Glieder der technischen Intelligenz. In solchen Fällen wird man auch oft beobachten, daß diese Kinder genau wie früher von der Konfirmation ab die Verbindung zur Gemeinde verlieren. Andererseits wird man feststellen: Kinder, die unter dem Zwang der Verhältnisse oder vielfach der Eltern glaubten, der Jugendweihe nicht fernbleiben zu können, suchen danach erneut den Zugang zur Gemeinde, ja, können sich manchmal als besonders lebendige Glieder der Jungen Gemeinde erweisen. In manchen Fällen muß die Bitte eines Jugendgeweihten, doch noch konfirmiert zu werden, geradezu als echtes Bekenntnis gewertet werden angesichts der Schwierigkeiten, die ihm in seiner konkreten Situation daraus zu erwachsen drohen. Man muß das alles einmal in den Blick bekommen, dann wird erst verständlich, daß bei allen Versuchen zur Neuordnung in unserem Raum das die Kernfrage ist, die doch zu völlig verschiedenen Lösungen geführt hat: Wie kann man die Unvereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe sichtbar durchhalten und dabei doch der jeweils völlig verschiedenen inneren und äußeren Situation im Blick auf die Teilnahme an der Jugendweihe gerecht werden?

Bei allen Bemühungen der östlichen Kirchen, mit dieser Frage fertig zu werden, ergibt sich zunächst, daß sie ausnahmslos, wie auch der EKD-Entwurf wenigstens vorschlägt, einen zeitlichen Abstand zwischen Prüfung und Konfirmation als unerläßlich fordern. Ebenso erscheint unter unseren Bedingungen die dort für möglich gehaltene Neuankündigung zur Sakramentsrüste als unabdingbar. Deren Termin wird bei uns auf jeden Fall so angesetzt werden müssen, daß die durch Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Jugendweihe geschaffenen Voraussetzungen überschaubar sind. Damit stehen wir vor der schwierigen Frage, ob ein seelsorgerliches Gespräch genügen könne, die durch Teilnahme an der Jugendweihe entstandene Schuld auszuräumen, oder ob eine sichtbare Lösung, etwa durch öffentlichen Widerruf vor der Gemeinde oder durch Aushändigung der Jugendweihe-Urkunde an den Pfarrer, zu fordern sei oder eine längere zeitliche Spanne der Klärung für die Jugendgeweihten festgesetzt werden muß. Alle diese Wege sind praktiziert worden, keiner hat allen Einwänden standgehalten. Jedenfalls muß die innere und äußere Lösung von der Jugendweihe, wie das nur immer möglich ist, sichtbar werden. Nichtjugendgeweihte und Jugendgeweihte können nicht einfach ohne jede Auseinandersetzung mit einer erfolgten Teilnahme an einer atheistischen Weihehandlung miteinander konfirmiert und zum Tisch des Herrn geführt werden. Wenn wir zugeben müssen, daß das trotzdem in vielen Fällen geschehen ist und zunächst weiter geschehen wird, so mag daran deutlich werden, wie vordringlich eine überzeugende Neuordnung für uns ist.

Auch an einer einheitlichen Fixierung des Mindestzeitraums zwischen Prüfung und Anmeldung zum Abendmahl werden die Ostkirchen gemeinsam weiterarbeiten müssen;

zur Zeit schwankt er zwischen einem Vierteljahr und einem Jahr. Vielleicht ergibt sich eine Lösung auf der bereits hie und da vorgeschlagenen Linie, zwei oder drei Konfirmationstermine jährlich anzusetzen. Wenn diese Termine zu Beginn jedes Jahres den Gemeinden bekanntgegeben werden, dann verliert sich am ehesten der als Kirchenstrafe empfundene Begriff einer „Nachkonfirmation“. Man hat andererseits die Möglichkeit, den einzelnen jungen Menschen in seiner Situation hinsichtlich des rechten Zeitpunktes für Konfirmation mit Abendmahl seelsorgerlich zu beraten. Mit Jugendgeweihten kann hier auch ein Weg zu innerer und äußerer Lösung von der Jugendweihe erörtert werden. Man wird vielen Jugendgeweihten erst eine Zeit der Bewährung in der Gemeinde, speziell der Jungen Gemeinde, vorschlagen, ehe man sie zum Sakramentsunterricht zuläßt. Man wird in Fällen, in denen schon die erneute Meldung eines Jugendgeweihten ein Bekenntnis bedeutet, früher zulassen können. Man wird aber auch bei Nichtjugendgeweihten Fälle haben, bei welchen ein späterer Konfirmationstermin angebracht ist. Hier müßten dann unsere Kirchenleitungen Richtlinien erlassen, die vielleicht für die Ausnahmefälle einer Frühzulassung eines Jugendgeweihten und einer Spätzulassung eines Nichtjugendgeweihten dem Seelsorger die Beratung mit dem Gemeindekirchenrat und evtl. dem Superintendenten zur Pflicht machen. Man wird sich aber nicht scheuen dürfen, an diesem Punkt unseren Pfarrern eine ernste seelsorgerliche Aufgabe zuzumuten. Es wird heute soviel davon geredet, unsere Kirche müsse noch viel mehr eine „Kirche der Seelsorge“ werden. Hier ist ein konkreter Ansatzpunkt dazu. Vielleicht sind am Anfang für viele Pfarrer Hilfe und Beratung nötig. Doch welches Zeugnis würden wir unserer Kirche ausstellen, wollten wir unsere Pfarrer für unfähig erachten, diese Aufgabe mit Ernst wahrzunehmen!

Ein Ausschuß der Synode befaßte sich mit den Berichten zur Konfirmationsfrage. Aus seiner Arbeit, über die Präses D. Dr. Beckmann der Synode berichtete, ergaben sich zwei Beschlußanträge, denen die Synode entsprach. Die gefaßten Beschlüsse lauten:

1. Synode bittet den Rat, einen neuen Konfirmationsausschuß zu bilden, der die Frage der Konfirmation (einschließlich des Konfirmandenunterrichts) in der Evangelischen Kirche in Deutschland zu beraten hat. Seine besonderen Aufgaben sind:

a) Richtlinien für die Konfirmationsordnung zu erarbeiten und der nächsten Synode vorzulegen.

b) Die Entwicklung der Konfirmation in der Diskussion und kirchlichen Praxis zu beobachten und auf ihre theologische und kirchliche Bedeutsamkeit zu prüfen.

c) Verbindung zu halten mit den Landeskirchen, ihren Leitungen, Synoden und Konfirmationsausschüssen, um die Gemeinsamkeit der Konfirmationsordnung nach Möglichkeit zu fördern.

d) Zur Beratung der Gliedkirchen in Fragen der Konfirmationsordnung zur Verfügung zu stehen.

e) Für Fragen, die eine spezielle Lösung in den Kirchen der Bundesrepublik oder der Deutschen Demokratischen Republik erfordern, einen Unterausschuß zu bilden.

2. Die Synode richtet an die Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland die Bitte, im gegenwärtigen Augenblick noch keine definitiven kirchengesetzlichen Neuordnungen der Konfirmation zu erlassen. Sie empfiehlt, vorerst praktische Erprobungen neuer Wege zu versuchen. Sie bittet, sich des ratsamen Gutachtens des Konfirmationsausschusses zu bedienen, damit nach Möglichkeit alles getan wird, was an gegenseitiger Hilfe bei der Lösung dieser Frage geschehen kann.

Der mit dem ersten Beschluß erbetene neue Konfirmationsausschuß wurde vom Rat der EKD berufen; ihm gehören Vertreter der östlichen wie der westlichen

Landeskirchen an. Die besonderen Ereignisse ließen es im Berichtszeitraum nicht zur Aufnahme der Arbeit kommen.

g) Andere wichtige Beschlüsse

Die Wichtigkeit der die staatlichen und kirchlichen Grenzen übersteigenden Aktion „Brot für die Welt“ würdigte die Synode mit folgendem Beschluß:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland dankt den Gemeinden dafür, daß sie mit ihren Gliedern wiederum das Weihnachtsoffer „Brot für die Welt“ in großer Bereitschaft und Hingabe dargebracht haben. Dieses Opfer hat, wie schon Weihnachten 1959, dazu geholfen, in Verbindung mit unseren Bruderkirchen, vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika, bittere menschliche Not zu lindern und damit der Versöhnung und dem Frieden zu dienen.

Die bei diesem Opfer sichtbar gewordene Gemeinschaft aller evangelischen Kirchen und Freikirchen in Deutschland wurde zu einem lebendigen Zeugnis ökumenischer Hilfsbereitschaft und zugleich zu einem Zeichen für die Ökumene im eigenen Lande.

Die Synode beschließt, die Gliedkirchen zu bitten, auch in Zukunft diesem Opfer alljährlich zur Weihnachtszeit in ihren Gemeinden seinen Platz einzuräumen. Um unseres Herrn willen, der uns die Hilfe für die Brüder geboten hat, dürfen wir diesen Auftrag in der gegenwärtigen Lage der Menschheit nicht überhören.

In der Plenardebatte über den Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden bat Präses D. Wilm die Synode, zu der Weise, in der heute das nationalsozialistische Unrecht der *Tötung unheilbar Kranker* nicht nur straf- und disziplinarrechtlich nicht nachdrücklich genug verfolgt, sondern sogar entschuldigt wird, Stellung zu nehmen. Präses D. Wilm erinnerte an den Fall Heide-Sawade und an Vorgänge in der Krankenanstalt „Rothenburger Ort“ bei Hamburg in den Jahren 1941–1942. Die Synode faßte folgenden die Euthanasie ablehnenden

BESCHLUSS ZUR TÖTUNG VON UNHEILBAR KRAKEN

Anläßlich einer neuerlichen Erörterung der „Tötung von unheilbar idiotisch und körperlich schwer mißgebildeten Kindern in den Jahren 1941–1943“ in Hamburg ist von maßgebender Seite erklärt worden, daß keine rechtliche Möglichkeit bestehe, gegen die beteiligten Ärzte behördliche oder berufsgerichtliche Maßnahmen einzuleiten. In der Begründung wurde daran erinnert, daß seinerzeit die Tötung erfolgte, wenn bei diesen Kindern keine Aussicht bestand, daß sie jemals Kontakt mit ihrer Umwelt würden aufnehmen können, und wenn die Eltern ihre Einwilligung gegeben hatten.

Angesichts der Gewissensverwirrung, die durch diese Erklärung erneut einzutreten droht, sieht sich die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in ihrer Verantwortung für das menschliche Leben zu folgender Klarstellung genötigt:

Das Wort Jesu von dem Geringsten seiner Brüder schließt jede Geringachtung auch der Schwächsten und Elendsten aus. Die Kirche bezeugt der Welt mit Wort und Tat die Unantastbarkeit allen menschlichen Lebens. Das Amt des Arztes ist es, zu heilen und Leben zu erhalten, aber nicht zu vernichten. Allen Werturteilen und Scheingründen der selbstherrlichen Vernunft der Menschen steht das klare Gebot Gottes entgegen: „Du sollst nicht töten!“

Der bevorstehende *Eichmannprozeß* ließ die Frage nach der Sühne des von un-

serem Volk begangenen Unrechts und der geistigen und geistlichen Bewältigung unserer belasteten und belastenden Vergangenheit erneut aufbrechen. Die Synode nahm dazu folgende EntschlieÙung ihres Ausschusses mit Dank entgegen:

In Israel steht das öffentliche Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen SS-Führer Adolf Eichmann bevor. Er ist beschuldigt, die systematische Ermordung von Millionen Juden organisiert und durchgeführt zu haben.

Damit ist unser geteiltes Volk den geschichtlichen Ursachen der Katastrophe von 1945 noch einmal gegenübergestellt. Wären wir imstande, uns als ganzes Volk unserer Vergangenheit zu stellen, so müÙte ein Urteil über Eichmann vor einem gesamtdeutschen Gericht im Namen des ganzen deutschen Volkes ergehen. Daß wir das nicht vermögen, offenbart unsere wahre Lage.

Was menschliche Richter, ob in Israel oder anderwärts, vor einem so unvorstellbaren AusmaÙ an Unmenschlichkeit auch immer als Recht erkennen mögen, wird Stückwerk sein. Volk und Staat Israel haben mit der Aburteilung eine schwere Last übernommen.

In dieser Stunde rufen wir alle unsere Gemeinden dazu auf, Gott zu bitten und sich dafür einzusetzen, daß unser deutsches Volk in der erneuten Begegnung mit diesen furchtbaren Geschehnissen den Anruf Gottes vernehme. Wir dürfen angesichts des Frevels, für den wir als Volk die Verantwortung tragen, Augen und Ohren nicht verschließen. Alle überlebenden Deutschen, die in urteilsfähigem Alter die Greuel der Judenvernichtung miterlebt haben, auch die, die jüdischen Mitbürgern in ihrer Bedrängnis beigestanden haben, müssen vor Gott bekennen, durch Mangel an wachsamer und opferbereiter Liebe mitschuldig geworden zu sein.

In unserer Mitte leben solche, die vorsätzlich und aktiv, wenn auch nur als „kleine Befehlsempfänger“, an der Ermordung der sechs Millionen Juden mitgewirkt haben. Ihnen und uns allen bezeugen wir:

Keine Schuld ist so groß, daß sie ausgenommen wäre von der Vergebung Gottes, die uns erworben und angeboten ist in Sühnetod und Auferstehung unseres Herrn. Auch für den am schwersten Schuldigen gilt das Apostelwort: „Weißt du nicht, daß dich Gottes Güte zur BuÙe leitet?“ Darum wollen wir uns unter das Gericht Gottes beugen und unser Versagen in der Liebe, unsere Gleichgültigkeit und Angst oder aber unsere Mitwirkung an den Verbrechen als den eigenen Anteil an der Schuld anerkennen. Wir wollen uns gegenseitig ermutigen, unsere Mitschuld zu beichten und von Herzen zu glauben, daß wir in Gottes Vergebung wirkliche Freiheit und Leben empfangen. Und wenn wir dabei innwerden, daß begangene Schuld auch irdischer Sühne bedarf, wird manch einer willig werden, sich dem Richter zu stellen.

Wir sind der Gewißheit, daß da, wo wir mit Gott versöhnt sind, auch wirkliche Versöhnung unter uns Menschen geschieht. Wo uns Gottes Gnade begegnet, wird es zu einer Umbesinnung gegenüber einer langen und tiefen Verirrung kommen und werden wir uns den jüdischen Menschenbrüdern in Gesinnung und Tat so zuwenden, daß sie wieder Vertrauen gewinnen.

Der Synode gelang in geistlicher Anstrengung, unter dem auf die Spaltung der EKD drängenden Druck von außen und im Aushalten von innerkirchlichen Spannungen und Meinungsgegensätzen die kirchliche Gemeinschaft der deutschen evangelischen Christenheit zu bewahren. Daß sie diese Gemeinschaft noch einmal sichtbar machte, bevor wenige Monate später Betonmauern, Stacheldrähte und Minensperren neben vielem anderen auch gesamtkirchliche Veranstaltungen vorläufig unmöglich machten, gibt ihr in der Reihe der EKD-Synoden ihren besonderen Rang.

3. DER 10. DEUTSCHE EVANGELISCHE KIRCHENTAG

Unter dem doppelten Vorzeichen der Behinderung von außen und der Kritik von innen – beides hatte seinen Grund und Bezugspunkt in der Wahl des Tagungsortes – wurde der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag in Berlin gehalten. Vorbereitung und Zustandekommen dieser zweiten großen gesamtkirchlichen Veranstaltung des Jahres 1961, wenige Wochen vor dem Bau der Mauer, vollzogen sich in ständiger Auseinandersetzung mit dem, was ihr von außen und von innen begegnete.

Im Februar 1960 unterrichtete das Kirchentagspräsidium den Ministerpräsidenten der DDR, daß es die Absicht habe, den 10. Deutschen Evangelischen Kirchentag im Sommer 1961 in Berlin zu halten. Die Bischöfe D. Krummacker, D. Mitzenheim und D. Noth baten um Besprechungen über die Verwirklichung dieses Planes mit dem zuständigen Staatssekretär für Kirchenfragen. In einer am 30. Dezember geführten Unterredung erklärte der Staatssekretär, die Regierung der DDR könne

„nach sorgfältiger Prüfung auf Grund ihrer Verantwortung für die innere Ordnung ihrer Hauptstadt und in Sorge um die Erhaltung des Friedens und die Liquidierung des Kalten Krieges dem Antrag, den nächsten Kirchentag in Berlin durchzuführen, nicht entsprechen“. Die Wahl Berlins als Tagungsort sei „in provokatorischer Absicht unter der Regie westdeutscher Vertreter des Evangelischen Kirchentages, die sich der Militärkirche verschrieben haben“, erfolgt; ihre Absichten seien „darauf gerichtet, die Spannungen in und um Berlin zu verschärfen, kirchliche Veranstaltungen und religiöse Anliegen christlicher Bürger zu Provokationen gegen die DDR und zu revanchistischer Hetze gegen die Volksrepublik Polen und die CSR zu mißbrauchen“.

Einem eventuellen Antrag von Vertretern der Kirchen in der DDR, den Kirchentag in einer anderen geeigneten Stadt durchzuführen und dazu Delegationen der Kirchen Westdeutschlands und des Auslandes einzuladen, stellte der Staatssekretär eine wohlwollende Prüfung durch die Regierung der DDR in Aussicht.

Daraufhin war eine Zeitlang Leipzig als Kirchentagsort Gegenstand zahlreicher innerkirchlicher Beratungen und von Gesprächen mit staatlichen Stellen. Dabei ging es vornehmlich um die Frage, ob die Regierung der DDR einem auf ihrem Gebiet stattfindenden Kirchentag die notwendigen Freiheiten garantieren werde.

Die Verlegungsabsichten lösten weithin in der evangelischen Christenheit in West und Ost Bedauern und Befremden aus. Die bayerische Kirchenleitung richtete an das Kirchentagspräsidium folgende Adresse:

Die Leitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern hat die Erklärung der Regierung der DDR, daß der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag in Ostberlin nicht stattfinden könne, mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Als Gastgeberin des 9. Kirchentags Treffens in München verwahrt sie sich gegen die dabei vorgebrachten unbegründeten Anschuldigungen gegen den Kirchentag. Auch das Münchner Kirchentags Treffen hat gezeigt, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag keine politischen Absichten hat. Als evangelische Laienbewegung versammelt er evangelische Christen aus ganz Deutschland unter dem Wort Gottes. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hofft, daß der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag trotz aller Schwierigkeiten in Berlin stattfindet und, wie der Münchner Kirchentag im Jahr 1959, der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Segen wird.

Das Kirchentagspräsidium stellte in einer veröffentlichten Erklärung fest, daß die Entscheidung der DDR-Regierung nicht nur den Kirchentag, sondern die Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland betreffe; das Präsidium werde zusammen mit der EKD und ihren Gliedkirchen beraten, welche praktischen Schritte in der gegebenen Situation für die Durchführung des Kirchentages zu tun seien. Es wurden dann zahlreiche innerkirchliche Beratungen und Besprechungen mit staatlichen Stellen der DDR über Leipzig als eventuellen Kirchentagsort gehalten; die Entscheidung aber fiel für Berlin, eine Entscheidung, die von nicht wenigen Freunden des Kirchentages nicht gebilligt und mitvollzogen wurde. Bereits erfolgte Anmeldungen aus dem In- und Ausland, auch Bereiterklärungen zur Mitarbeit wurden zurückgezogen.

Weite Verbreitung und besondere Beachtung fand ein Offener Brief der Berliner Theologieprofessoren D. Heinrich Vogel, D. Martin Fischer und Dr. Karl Kupisch, die bei früheren Kirchentagen verantwortlich mitgearbeitet hatten, an das Kirchentagspräsidium:

Berlin-Schlachtensee, den 15. März 1961

OFFENER BRIEF AN DAS PRÄSIDIUM DES DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAGES

Sehr verehrte Herren und Brüder!

Nach langen, verantwortungsvollen Verhandlungen und Beratungen, deren Last wir auf unsere Weise mit Ihnen empfunden und getragen haben, sind Sie zu der Entscheidung gekommen, den Kirchentag nun doch in Berlin und nicht in Leipzig stattfinden zu lassen.

Wir wissen um den Ernst, mit dem Sie die Frage geprüft haben, ob ein Kirchentag in Leipzig angesichts des großzügigen Entgegenkommens der Regierung der DDR nicht doch möglich wäre. Wir wissen insbesondere, mit welcher inneren Bereitschaft der neue Ratsvorsitzende, Präses D. Scharf, sich in seinen Gesprächen mit den Vertretern der Regierung um einen verantwortbaren Leipziger Kirchentag bemüht hat. Wir nehmen es auch ernst, wenn Sie in Ihrer Verantwortung für die Einheit und Gemeinschaft der evangelischen Christenheit in Deutschland und die notwendige Freiheit der kirchlichen Arbeit sich für die Möglichkeit einer Teilnahme aller evangelischen Christen eingesetzt haben.

Dennoch bedauern wir Ihre Entscheidung auf das tiefste und halten sie für einen Fehlschluß. Dabei richtet sich unser Vorwurf nicht dagegen, daß Sie sich auch für die der Regierung der DDR unerwünschten Brüder verwandten. Im Gegenteil! Noch auf einem Leipziger Kirchentag hätte sich die Kirche gegebenenfalls zu der Gemeinschaft mit den vom Staat etwa nicht in sein Gebiet hineingelassenen Gliedern der Kirche bekennen müssen! Daß Sie aber die Frage der Einreisegewährung für vier Männer (Bischof Dibelius, Bischof Lilje, Bischof Kunst und Professor Thielicke) zur Bedingung erhoben, erscheint uns als eine Verkennung dessen, worum es bei der Entscheidung hier letztlich hätte gehen müssen.

Die entscheidende Frage war die nach dem Evangeliumsauftrag der Kirche, und zwar nicht nur gegenüber den versuchten und angefochtenen Christen, sondern auch gegenüber Atheisten und Kommunisten. Die große Evangeliums-Chance, die ein Leipziger Kirchentag bedeutet hätte, ist verpaßt worden. Wir meinen, die Liebe zu den Menschen der DDR, Christen und Atheisten, hätte schwerer wiegen müssen als die Wahrung von Recht und Freiheit der Kirche. Der Verzicht auf die Teilnahme an einem Kirchentag ist unzähligen nicht genannten und nicht bekannten Christen durch die notvolle Trennung unseres Vaterlandes ohnehin faktisch auferlegt. Ein solcher Verzicht muß, so wahr ihn die Kirche nicht selbst aufnötigen darf, getragen werden, auch von Bischöfen der Kirche, gerade um

des Auftrages der Kirche willen. Wie viele Menschen, die nach Leipzig gekommen wären, werden nun wohl nach Berlin nicht kommen können?! Diese Menschen sind uns wichtiger als der Grundsatz, auf dessen Wahrung Sie alles abgestellt haben.

Gewiß hätten wir mit Ihnen gewünscht, daß die Regierung der DDR sich ihrerseits nicht bei dem Grundsatz versteift hätte, gewissen Persönlichkeiten die Einreise-Erlaubnis zur Teilnahme an dem Leipziger Kirchentag zu verweigern. Hätte die Kirche hier aber nicht etwas weniger grundsätzlich handeln dürfen und können als der Staat? Hätte das nicht für ein gutes Verhältnis von Kirche und Staat zu einem großen Segen werden können? Ist nicht auch in dieser Hinsicht eine echte Chance verpaßt worden?

Trotz unserer Betrübnis über eine Entscheidung, die wir für verfehlt halten, wollen wir die Mitarbeit, die wir, insbesondere in der Übernahme von Bibelstunden auf dem Kirchentag, längst vor den Auseinandersetzungen über Berlin oder Leipzig zugesagt hatten, nicht aufkündigen. Der Dienst an den Brüdern wiegt uns schwerer noch als die nach unserer Erkenntnis verkehrte Entscheidung des Kirchentags-Präsidiums.

Wir können nur zu Gott hoffen, daß alle kirchlichen und staatlichen Stellen die Besonnenheit walten lassen, die uns alle vor einer verhängnisvollen Politisierung und Dramatisierung dieses Kirchentages bewahren sollte.

Professor D. Heinrich Vogel, Professor D. Martin Fischer, Professor Dr. Karl Kupisch

Eine nicht in allen Äußerungen der Sache gemäße und der Würde der Kirche und des Kirchentages entsprechende öffentliche Erörterung der getroffenen Entscheidung schloß sich an; unterdessen nahmen die Vorbereitungen für die Durchführung des Kirchentages in Berlin ihren Fortgang.

Am 9. Juli erging folgender Erlaß des Polizeipräsidenten von Ostberlin:

Im Interesse der Gewährleistung von Ruhe und Ordnung und zur Sicherung des Friedens ist der Evangelische Kirchentag in der Hauptstadt der DDR (Demokratisches Berlin) verboten. Bekanntlich hat das Präsidium des Evangelischen Kirchentages das großzügige Angebot der Regierung der DDR, einen Kirchentag in Leipzig durchzuführen, abgelehnt. Aus zahlreichen Veröffentlichungen wurde bekannt, daß die Vertreter der Militärkirche beabsichtigen, den diesjährigen Kirchentag so wie den letzten Kirchentag in München als Veranstaltung des kalten Krieges durchzuführen und dadurch die innerdeutsche Situation zu verschärfen. Verantwortungsbewußte kirchliche Kreise der DDR und Westdeutschlands, kirchliche Amtsträger und Laien, haben auf diesen Mißbrauch für politische Zwecke hingewiesen. Angesichts der in diesem Jahre notwendigen internationalen Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten und zur friedlichen Lösung der Westberlinfrage liegt es im Interesse aller friedliebenden und verantwortungsbewußten Kräfte, daß diese der Entspannung dienende Entwicklung nicht durch Provokationen gestört wird.

Eikemeier, Generalmajor

Das Kirchentagspräsidium beschloß, den Kirchentag nicht abzusagen, jedoch durch Vornahme einiger Programmänderungen der durch das Verbot der Ostberliner Veranstaltungen geschaffenen Lage Rechnung zu tragen.

Dieser Beschluß wurde in folgendem Kommuniké bekanntgegeben:

Das Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages hat in seiner Sitzung am 11. Juli von dem Verbot des 10. Deutschen Evangelischen Kirchentages im demokratischen Berlin Kenntnis genommen, verwahrt sich jedoch gegen seine Begründung. Infolge des Verbotes ist die Durchführung des Kirchentagsprogrammes im demokratischen Berlin nicht mehr möglich. Das Kirchentagspräsidium hat die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg gebe-

ten, die Tätigkeit des Vorbereitenden Ausschusses im demokratischen Berlin einzustellen. In den Ostberliner Kirchen werden gottesdienstliche Veranstaltungen stattfinden. Die in Westberlin geplanten Kirchentagsveranstaltungen werden soweit wie möglich durchgeführt. Das Präsidium bittet die Gemeinden in beiden Teilen Deutschlands, am Sonntag, dem 23. Juli, in allen Gottesdiensten fürbittend der Kirche zu gedenken unter der Verheißung, der die Kirchentagslosung entnommen ist: „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.“

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg als gastgebende Kirche wandte sich sofort mit einem Schreiben an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR:

Die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg, auf deren Einladung der 10. Deutsche Evangelische Kirchentag in ganz Berlin durchgeführt werden sollte, ist durch das Verbot des Polizeipräsidenten, das die Veranstaltungen im demokratischen Sektor von Großberlin untersagt, auf das Schwerste betroffen. Sie bedauert diese Maßnahme und verwahrt sich gegen die Begründungen, die dem Verbot gegeben worden sind. Sie muß die darin genannten Verdächtigungen als unberechtigt zurückweisen, da die Vorbereitungen des Kirchentages sich von jedem politischen Mißbrauch freigehalten haben.

Im Zusammenhang mit diesem Verbot ist der Bischof von Greifswald am Dienstag dieser Woche an der Einreise nach Berlin gehindert worden. Wir erheben gegen diese Maßnahme Einspruch und erwarten, daß ähnliche Behinderungen von Christen, die an Gottesdiensten in Berlin teilnehmen wollen, sich in den Tagen vom 19. bis 23. Juli nicht wiederholen.

Die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens sandte ein Protesttelegramm an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR unter gleichzeitiger Mitteilung des Wortlautes an die kirchlichen Amts- und Dienststellen und an die Pfarrämter zur Bekanntgabe an die Gemeinden:

An den Herrn Vorsitzenden des Ministerrates der
Deutschen Demokratischen Republik

Wir haben von der Mitteilung des Polizeipräsidenten von Berlin, Generalmajor Eike-meier, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (Demokratisches Berlin) verboten sei, Kenntnis genommen. Wir protestieren gegen dieses Verbot, das die Durchführung des Kirchentagsprogramms im Demokratischen Berlin unmöglich macht. Insbesondere verwahren wir uns gegen die Begründung des Verbots, daß der Kirchentag in Berlin als Veranstaltung des kalten Krieges durchgeführt werden solle.

Die Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens
D. Noth D. Mager Dr. Johannes

Propst D. Grüber schrieb an den Ostberliner Polizeipräsidenten:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sie haben den Kirchentag durch nachgeordnete Stellen verbieten lassen mit der Begründung, der Kirchentag diene dem Kalten Krieg. Ein schriftliches Verbot liegt bisher nicht vor. Ich muß daher die mündlich überbrachte Anweisung als richtig unterstellen.

Da ich Sie, Herr Präsident, immer als aufrechten Menschen und früheren Kameraden geschätzt habe, so gestatten Sie mir, daß ich Ihnen in der Klarheit antworte, mit der wir

einst den Machthabern des Dritten Reiches widerstanden haben und mit der wir in den Jahren nach 1945 füreinander eingestanden sind.

Ich sehe mit vielen meiner Gesinnungsfreunde diese Begründung des Verbotes als eine Beleidigung, um nicht zu sagen als eine Verleumdung an. Ich glaube, daß die Haltung dieser meiner Gesinnungsfreunde wie auch die meinige, die wir entscheidend mitarbeiten, so eindeutig ist, daß wir diesen Vorwurf nicht unwidersprochen lassen können. Sie dürfen versichert sein, daß wir uns nie an einer Sache beteiligen werden, die nur im entferntesten einer kalten Kriegsstimmung Vorschub leistet. Sie können nicht den Erweis erbringen, daß wir auch nur ein einziges Mal dieses Anliegen der Verständigung und Versöhnung nicht nur der beiden Teile Deutschlands, sondern der ganzen Welt, verleugnet oder vergessen haben. Ich brauche Ihnen wohl die Namen der Männer nicht zu nennen, die vielleicht in dieser Frage noch klarer und eindeutiger stehen als ich, und die sich auch zur Mitarbeit bereit erklärt haben. Wir alle sahen in dem Kirchentag eine Möglichkeit, die Kluft in Deutschland zu überbrücken und Menschen aus Ost und West wie aus der ganzen Welt in der einzigen Stadt zusammenzuführen, in der das noch möglich ist, und das ist ja vorläufig Berlin.

Was die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in ihren Verlautbarungen immer theoretisch fordert, das wollten wir praktisch durchführen. Wir sind Männer, die bereit sind, für diese, ihre Überzeugung, der Wiedervereinigung und dem Frieden zu dienen, jedes Opfer zu bringen, wie wir ja auch in der Vergangenheit unsere Einsatz- und Opferbereitschaft unter Beweis gestellt haben.

Ihre Dienststellen, Herr Präsident, haben mir ja – wie Sie wissen – seit Jahren die Genehmigung verweigert, mit meinem Auto über die Sektorengrenze zu fahren. Diese Genehmigung, die mir altem Mann, der durch KZ-Haft 70 Prozent erwerbsbehindert ist, verweigert wird, wird jungen Schauspielern, Reportern und ähnlichen bereitwillig erteilt. Ich habe mich nie darüber beschwert.

Ihre Dienststellen haben mir die Genehmigung zum Besuch meiner Kinder und Enkelkinder und sonstigen Verwandten in der Deutschen Demokratischen Republik versagt. Das war für beide Teile sehr schmerzlich, aber wir haben uns damit abgefunden. Wenn wir aber in unserer Arbeit als Befürworter des Kalten Krieges bezeichnet werden, dann schweigen wir nicht.

Sie müssen verstehen, Herr Präsident, daß ich diese meine Antwort der Öffentlichkeit zugänglich mache, da die Begründung Ihres Verbotes auch in der Presse erschienen ist.

Hochachtungsvoll

Dr. Grüber

Der solcherart von außen behinderte, von innen umstrittene 10. Deutsche Evangelische Kirchentag fand statt. Allen Erschwerungen zum Trotz wurde er in gewissem, allerdings mit früheren Kirchentagen nicht vergleichbarem Umfang ein Treffen der evangelischen Christenheit aus Ost und West und warf in dieser Hinsicht manche Befürchtungen über den Haufen. Zwar blieben ihm – mit Ausnahme des schlesischen Bischofs D. Hornig – die Bischöfe der Gliedkirchen im Bereich der DDR fern, aber viele Gemeindeglieder nahmen an den Veranstaltungen teil.

Mehr als die früheren Kirchentage fand der Kirchentag des Jahres 1961 pressemäßige Beachtung innerhalb und außerhalb Deutschlands. Ausführlichere Berichte und Kommentare als je zuvor begleiteten die täglichen Veranstaltungen; Zustimmung und kritische Anmerkungen dürften sich in der Berichterstattung die Waage gehalten haben. Besondere Beachtung fand die Arbeitsgruppe „Juden und Christen“, deren christliche Teilnehmer die folgende Erklärung bekanntgaben:

Juden und Christen sind unlösbar verbunden. Aus der Leugnung dieser Zusammengehörigkeit entstand die Judenfeindschaft in der Christenheit. Sie wurde zu einer Hauptursache der Judenverfolgung. Jesus von Nazareth wird verraten, wenn Glieder des jüdischen Volkes, in dem er zur Welt kam, als Juden mißachtet werden. Jede Form von Judenfeindschaft ist Gottlosigkeit und führt zur Selbstvernichtung.

Der gegenwärtig in Jerusalem stattfindende Prozeß geht uns alle an. Wir evangelischen Christen in Deutschland erkennen, daß wir darin schuldhaft verwickelt sind. Im Zeichen des Umdenkens und der Umkehr bitten wir die deutsche Öffentlichkeit, für folgendes einzutreten:

1. Eltern und Erzieher sollten gegenüber der jungen Generation das Schweigen brechen, eigenes Versagen eingestehen und die Ursprünge der Verbrechen ans Licht bringen, damit wir gemeinsam lernen, unsere Gegenwart zu bestehen. In der gegenwärtigen weltpolitischen Lage bedroht das Abschieben eigenen Versagens auf andere nicht nur eine bestimmte Menschengruppe, sondern alles Leben.

2. Die Unmenschlichkeit zwangsläufiger Befehlssysteme und die Berufung auf den sogenannten Befehlsnotstand müssen uns vor den unmenschlichen Möglichkeiten moderner Gesellschafts- und Staatsorganisationen warnen. Wir müssen bereit sein, eigene politische Verantwortung auch unter Risiko wahrzunehmen. Personen, die an der Vorbereitung und Durchführung von Verfolgungen beteiligt waren, sollten aus führenden Ämtern ausscheiden.

3. Wo Juden unter uns leben, sind wir verpflichtet, ihr Leben und Wohlergehen nach bestem Vermögen zu fördern. Auch muß von uns Deutschen alles getan werden, was dem Aufbau und dem Frieden des Staates Israel und seiner arabischen Nachbarn dient. Wir wünschen, daß Entschädigungsverfahren gegenüber ehemals „Rasseverfolgten“ mit besonderer Dringlichkeit und Großzügigkeit aufgenommen bzw. beendet werden. Der materiellen Entschädigung muß aber auch eine neue Gesinnung entsprechen. In Deutschland ist die sogenannte Judenfrage heute vor allem eine Frage nach der Zukunft der Deutschen.

4. Gegenüber der falschen, in der Kirche jahrhundertlang verbreiteten Behauptung, Gott habe das Volk der Juden verworfen, besinnen wir uns neu auf das Apostelwort: „Gott hat sein Volk nicht verstoßen, das er zuvor ersehen hat“ (Römer 11,2). Eine neue Begegnung mit dem von Gott erwählten Volk wird die Einsicht bestätigen oder neu erwecken, daß Juden und Christen gemeinsam aus der Treue Gottes leben, daß sie ihn preisen und ihm im Lichte der biblischen Hoffnung überall unter den Menschen dienen.

Erstaunlich war der Andrang zu Gottesdienst, Bibelarbeit, Abendmahl, Einzelbeichte und evangelischer Beratung; er machte deutlich, in welchem Bereich sich das zentrale Geschehen des Kirchentages vollzieht, und sagt Entscheidendes aus über die Linie, der der Kirchentag auf seinem weiteren Wege folgen sollte.

4. INNERKIRCHLICHE ZURÜSTUNG FÜR ZEUGNIS UND DIENST

a) Theologie und Verkündigung

Trotz der starken Inanspruchnahme durch einschneidende äußere Ereignisse wandte die Kirche auch im Berichtsjahr ein hohes Maß von Aufmerksamkeit, Fleiß und Sorgfalt ihrer eigenen Zurüstung für ihren immer umfangreicher und immer schwieriger werdenden Dienst in und an der Welt zu. Dabei war sie – nicht zuletzt durch ernstliche Verlegenheiten und erhebliche Schwierigkeiten in

der Praxis des Pfarramtes und des Gemeindelebens – genötigt, mit Nachdruck aus besorgtem Herzen gestellten zentralen und prinzipiellen Fragen nach dem, was ihr Leben begründet und trägt und ihres Dienstes Auftrag und Inhalt ist, sich zu stellen. Es ist die Frage nach der rechten Verkündigung aufgeworfen und damit eine der ernstesten Verlegenheiten und größten Schwierigkeiten der gegenwärtigen theologischen und kirchlichen Situation zur Verhandlung gestellt. Wie im Bereich der theologischen Wissenschaft die exegetische und die dogmatische Arbeit weit auseinandergegangen sind, gehen in zunehmendem Maße „Universalitätstheologie“ und „Gemeindetheologie“ in der Frage nach der Autorität der Heiligen Schrift auseinander; zwischen der wissenschaftlichen Exegese und der verkündigenden Auslegung aus Glauben zum Glauben besteht nach dem Eindruck eines nicht ganz kleinen Kreises von Gemeindegliedern, vor allem solcher, die im Pietismus beheimatet sind oder ihm nahestehen, ein unüberbrückbarer Widerspruch.

Vielerorts ist darüber eine große Besorgnis und Beunruhigung entstanden, der zu Beginn des Jahres Männer aus dem schwäbischen Pietismus in einem Offenen Brief an die württembergische Kirchenleitung und an die Evangelisch-Theologische Fakultät in Tübingen Ausdruck gaben. Der Brief, der die Unterschriften von 50 Pfarrern und Laien trägt, lautet:

OFFENER BRIEF

*an die Leitung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg und an die
Evangelisch-Theologische Fakultät in Tübingen*

Stuttgart, Neujahr 1961

Wenn die Unterzeichneten sich hier mit kirchlichen Anliegen befassen, so geschieht dies nicht aus liebloser Kritiksucht, sondern gerade umgekehrt aus brennender Liebe zur evangelischen Kirche, die unsere Kirche ist und die wir in großer Not sehen. Wir sind uns unserer eigenen Mängel wohl bewußt, meinen aber um unserer Verantwortung vor unserem Herrn und Heiland willen, nicht länger schweigen zu können.

Von ganzem Herzen sagen wir Dank für alle wertvolle, wirklich aufbauende Arbeit so mancher Theologen; aber wir können die schwere Not nicht verschweigen, die uns der Abstand eines großen Teils der heutigen Theologie von dem auf der Bibel gegründeten Glauben der Gemeinde macht, was dazu geführt hat, daß das Vertrauen weiter Kreise zur Fachtheologie der Kirche immer mehr geschwunden ist. Erschreckend dabei ist, daß viele Theologen diesen Abstand gar nicht wahrzunehmen scheinen oder glauben, ihn nicht beachten zu brauchen. Wir bitten daher, die Lage ernstlich zu prüfen. Die wenigen hier als Beispiele angeführten Einzelheiten, die beliebig vermehrt werden können, sind ernste Warnsignale. Pfarrer Wilhelm Busch faßt seinen anschaulichen Artikel „Die bange Frage“ (Licht und Leben 1958, Seite 182–187) zusammen in dem Satz: „Ich bin überzeugt, daß der Grundschaten unserer Kirche die Ausbildung der Theologen auf der Universität ist.“ Dieser Aufsatz wurde anscheinend nicht beachtet, während doch sonst auf die kleinsten Einzelheiten ausführlich eingegangen wird.

Ein Lehrer an einer höheren Anstalt und Kirchengemeinderat schrieb im Zusammenhang mit dem im „Spiegel“ als „Himmlischer Revierreiniger“ bezeichneten württembergischen Dorfpfarrer Dr. Buhr und auf Grund früherer persönlicher Kenntnisnahme an den Herrn Landesbischof: „Aus bekannten Kreisen hörte ich schon verschiedentlich, daß gläubige Eltern ihren Kindern das Theologiestudium nicht gestatten, weil sie diese aus Gewissensgründen nicht der ‚Philosophie und losen Verführung‘ preisgeben wollen. Wenn

sich in Zukunft daran nichts ändert, könnte ich mich jedenfalls auch nicht entschließen, einen meiner drei Söhne einmal Pfarrer werden zu lassen.“

Diese Not bewegt auch die „junge Generation“. Das evangelische Stift hat vor mehr als einem Jahr Seminaristen eingeladen, um ihnen eine Kostprobe des zukünftigen Theologiestudiums zu geben, unter anderem mit dem Erfolg, daß einer der Seminaristen sich entschloß, nicht Theologie zu studieren.

Diese Lage nötigt die Gemeinde des Herrn, auf den Plan zu treten, da es hier auch um ihre Existenz und ihren Auftrag geht. Denn die Gemeinde ist keineswegs ein nicht zu beachtender, bestenfalls ein zu behandelnder Gegenstand, sondern sie ist von Gott durch den Heiligen Geist zum Handeln als der eigentliche und verantwortliche Träger des Evangeliums berufen. Die Gemeinde des Herrn muß deshalb die Theologie zur Rede stellen und sie nach ihrer Aufgabe fragen: Sieht die Theologie nicht den tiefen Riß, der durch ihre Arbeit zwischen ihr und der gläubigen Gemeinde entstanden ist und der die ganze evangelische Kirche aufs ernsteste bedroht? Warum wendet die Theologie ihre kritische Kraft nicht zuerst gegen sich selbst, indem sie sich prüft, warum aus ihrer Arbeit ein solch geringer aufbauender Wert und oft sogar eine schädliche Einwirkung hervorgeht? Weiß sie noch, daß das geoffenbarte Wort gemäß der Schrift ihr Auftraggeber ist und demnach ihre Aufgabe nur in dem Dienst bestehen kann, die Gemeinde durch das Wort Gottes zu stärken und in wahren Sinne zu erbauen? Müßte nicht die Theologie insbesondere zu erforschen suchen, wie denn je und dann starke geistliche Bewegungen entstanden sind, aus welchen Quellen sie gespeist werden, aus welchen Wurzeln sie erwachsen sind und was tödliches Gift für sie gewesen ist? Die Medizin bildet bei aller Forschung ihre Mediziner zu Ärzten aus, die heilen können; alle wissenschaftliche Ausbildung der Juristen hat das Ziel, der Justiz tüchtige Richter und Anwälte zu geben. Muß nicht das Hauptanliegen eines theologischen Lehrers sein, seine Studenten zu Jesus Christus zu führen, sie ihn lieben zu lehren, sie zur Verkündigung des ganzen Evangeliums und zum Missionsdienst daheim und draußen auszurüsten? Welche Wege sind einzuschlagen, um sie nach dem Evangelium anzuleiten, Sünder zur Buße zu rufen?

Darum müssen wir die Theologie nach der Grundlage ihrer Arbeit fragen. Nimmt sie die Berechtigung dazu aus dem Menschentum heraus? Dann ist sie eine Wissenschaft wie andere auch, die von vornherein Gott ausklammern. Dann stellt sich der Mensch in die Mitte und macht sich zum Herrn der Schrift, die er beurteilt und zurechtrückt, und bemerkt dabei gar nicht, daß er dadurch blind wird und bleibt für ihr Wesen und ihren Inhalt. Der kritische Verstand löst die Grundlage des Glaubens, die Schrift, ohne wirklichen Grund immer weiter auf und macht daraus eine Sammlung von Mythen und Symbolen, von Märchen, Dichtungen und Sinnbildern, die durch kunstgerechte Deutung wunschgemäß zurechtgelegt werden. Dabei erhalten die Worte und Geschichten, die beibehalten werden, einen ganz anderen Sinn und Inhalt. Ein solches „Als ob“ steht in derartig schroffem Widerspruch zum Geist und Wort Jesu Christi, daß eine solche Theologie aufs entschiedenste zurückgewiesen werden muß. Die sogenannten „Ergebnisse“ einer solchen wissenschaftlichen Theologie sind etwas ganz anderes als was gemeinhin unter wissenschaftlichen Feststellungen verstanden wird, weil dabei die oberste „Größe“, der allmächtige, uneingeschränkte Gott, nicht beachtet wird, wodurch diese Ergebnisse ihren unsicheren, so sehr schwankenden Charakter bekommen, auch wenn sie noch so geistreich und selbstbewußt vorgetragen werden. Eine derartige Arbeitsweise führt mit innerer Notwendigkeit zur Verweltlichung der Botschaft, zur Verdrängung ihres göttlichen Inhaltes und damit zu den bekannten zerstörenden Auswirkungen für Glaube und Hoffnung. Theologieprofessoren, die vorwiegend Philosophen, Philologen oder Historiker sind, sollten ernsthaft daran denken, ihre theologischen Lehrstühle aufzugeben.

Der eigentliche Schaden liegt aber noch tiefer, nämlich in der falschen Einschätzung des Verstandes und in der Unkenntnis des Heiligen Geistes, entgegen den klaren Anweisungen Jesu und der Apostel. Die Schrift stellt eindeutig die Vernunft unter den Gehorsam des

Glaubens. Ohne den Heiligen Geist vermag auch der Hochbegabte nichts vom Wesen Gottes und seiner Offenbarung durch Jesus Christus zu erfassen. Wenn die Arbeit der Theologie nicht vergeblich oder gar verderblich sein soll, so muß in allen Dingen vor den intellektuellen Bemühungen das Ringen um den Heiligen Geist an erster Stelle stehen, da fruchtbare Theologie nur betrieben werden kann, wenn zuerst die Herzen durch den Heiligen Geist erleuchtet sind. Es ist falsch, an seine Stelle menschliche Vernunft und Wissenschaft oder irgendwelche menschlichen Größen zu setzen, weil der Heilige Geist nicht in menschlicher Verfügung steht. Von hierher kommen tiefgreifende Mißverständnisse und Irrtümer. Im Blick des menschlichen Geistes wird Heiligung zu einer langweiligen Moral und zu einer pharisäischen Selbstgerechtigkeit; der Ernst des Gerichtes wird übertüncht durch die billige Gnade, weshalb Heilsgewißheit im Volk ersetzt ist durch Selbstgerechtigkeit; Bekehrung gilt als Schwärmerei, Zucht des Geistes als Gesetzlichkeit; von den zukünftigen Dingen redet man nicht; das Fragen nach den Geistesgaben überläßt man den Sekten, und man weiß nichts von der Wirklichkeit der Wiedergeburt. Es muß betont werden, daß es der Theologie ja nicht um ein losgelöstes Kerygma (Botschaft) gehen darf, sondern um die geistesmächtige Erfassung und Ausschöpfung der ganzen Heiligen Schrift.

Wir wenden uns auch an die Kirchenleitung, danken ihr für alle bisherigen Bestrebungen, die biblischen Linien und Ziele zu erhalten oder zu fördern, und fragen sie: Was geschieht zur seelsorgerlichen Betreuung und geistlichen Zurüstung der Theologiestudenten? Die Studentenpfarrer können diesem Anspruch nicht auch noch genügen. Es gibt zum Beispiel in Deutschland Landeskirchen, deren Referent jedes Jahr die Theologiestudenten an den verschiedenen Universitäten aufsucht, mit ihnen über ihre Vorlesungen und besonderen Anliegen spricht und zu persönlichen Aussprachen bereitsteht. Weiter fragen wir: Werden bei den Prüfungen, die über die Verwendung des Bewerbers im Kirchendienst entscheiden, an erster Stelle geistliche Gesichtspunkte – in seelsorgerlicher Weise – neben den intellektuellen zur Entscheidung herangezogen? Müßte nicht wenigstens eine innere Berufung zum Dienst für Jesus Christus und der Wille zum Gehorsam gegen die Schrift vorhanden sein, da sonst die spätere Arbeit zum Brotverdienst zu werden droht? Wir bitten darum, daß geeignete, von der Gemeinde bestimmte Vertreter schon an der ersten und besonders an der zweiten Dienstprüfung teilnehmen, denn die auf solche Weise ausgewählten jungen Leute sind ja für die Gemeinden bestimmt; und es sollte doch die gesamte Arbeit der Kirche in viel stärkerer Weise auf das Ziel der Erweckung ausgerichtet werden. Auch andere Fragen bewegen die Gemeinde: Wie kommt es, daß bei den zum Glück seltenen Lehrzuchtverfahren immer nur Leute betroffen werden, deren Denken in der Richtung anderer Glaubensgemeinschaften gegangen ist? Müßten nicht auch Leute, die den Glauben ihrer Gemeinde zerstören, zur Verantwortung gezogen werden? – Jedenfalls ist es ein untragbarer Widerspruch, in der Gemeinde um vollmächtige Zeugen des Evangeliums zu beten, deren Ausbildung aber an Stätten zu binden, in denen das Fundament des Glaubens planmäßig zerstört werden darf. Gewiß kann man den heutigen Menschen die Anfechtungen intellektueller Art nicht ersparen. Darf man aber den Segen Gottes erwarten, wenn man die im Glauben und im Wissen von der Schrift noch unsicheren jungen Menschen absichtlich und schutzlos in das stärkste Feuer des Zweifels hineinführt? Heißt das nicht Gott versuchen?

Die Not ist sehr groß, nicht nur für die gläubige Gemeinde, sondern besonders auch im Blick auf unser Volk, das so hoffnungslos in der Irre geht und in dem die Salzkraft des Christenwesens so sehr mangelt. Wo ist nun Hilfe? Jesus Christus und seine Apostel rufen uns zu: Tut Buße! Kehret um! Ändert euren Sinn! Wer den Sohn leugnet, der hat auch den Vater nicht (1. Joh. 2,23)! Von der menschlichen Vernunft kann die Rettung nicht kommen, solange sie nicht im Gehorsam des Glaubens und also unter dem geoffenbarten Bibelwort steht. Echter Glaube entstand zu allen Zeiten dort, wo das Gewissen erschüttert wurde und der Mensch zu Jesus, dem Sünderheiland, seine Zuflucht nahm. Echte Buße

führt aus der Sünde des Glaubenszweifels wie der Übertretung von Gottes Gebot zurück zum wahren Glauben.

Wir erbitten von Kirchenleitung und Fakultät Antworten, die klare und befriedigende Wege zeigen, um dieser brennenden Not abzuhelpen, da es hier um die Existenz und besonders um den Nachwuchs unserer Kirche geht.

In ähnlicher Richtung äußerte sich in einer am 14. Februar beschlossenen Erklärung der Vorstand des Evangelisch-Kirchlichen Gnadauer Gemeinschaftswerkes; die Erklärung lautet:

In Kirche und Theologie ist heute die Frage nach dem Wesen der Heiligen Schrift neu gestellt und zum Teil leidenschaftlich umstritten. Das bringt für viele Not, Verwirrung und Ratlosigkeit mit sich. In der Bereitschaft, immer neu auf das Wort Gottes zu hören, bezeugen wir einmütig, was wir von der Heiligen Schrift glauben und bekennen.

1. Wir glauben und bekennen, daß Jesus Christus in vollkommener und umfassender Weise Gottes Wort ist.

In Jesus Christus, dem menschengewordenen, gekreuzigten, erhöhten und wiederkommenen Sohn Gottes offenbart sich Gott in Gerechtigkeit und Heiligkeit und Gnade. In ihm erkennen wir Gott als den Schöpfer, Herrn und Richter der Welt und als den Vater und Retter der Menschen. Im Glauben an Jesus Christus öffnet sich uns die Heilige Schrift als das vom Heiligen Geist gewirkte Zeugnis des Handelns und Redens Gottes in der alt- und neutestamentlichen Heilsgeschichte.

2. Wir glauben und bekennen, daß die Bibel, und zwar die ganze Bibel, Gottes Wort ist, gewirkt und durchweht vom Heiligen Geist und darum unbedingt wahrhaftig und vertrauenswürdig.

Wenn uns Gott diesen Schatz auch in „irdenen Gefäßen“ gegeben hat, weil es ihm gefiel, durch Menschen in menschliche Sprache und Geschichte hinein zu uns zu reden, so achten und verkündigen wir das Wort der Schrift doch in Ehrfurcht und Dankbarkeit als Gottes untrügliche Wahrheit und Weisung für Glauben und Leben, der wir uns unbedingt zu Glauben und Gehorsam verpflichtet wissen und das uns des Heiles froh und gewiß macht.

3. Wir glauben und bekennen, daß das gottgewollte Verständnis der Schrift uns nur durch den Heiligen Geist geschenkt wird.

Menschliche Vernunft kann die göttliche Offenbarung nicht erfassen, nur dem geistgewirkten Glauben öffnet sich das göttliche Geheimnis der Schrift. Darum sagen wir ein eindeutiges „Nein“ zu jeder Bibelkritik, welche die vernunftgemäße Erkenntnis über die Wahrheit der Schrift stellt und Teile der Schrift umdeutet oder als unglaubwürdige Mythen und Märchen abtut. Allem vernunftgemäßen Deuteln und aller zersetzenden Kritik gegenüber setzt sich die Bibel selbst durch als das Wort göttlicher Wahrheit. Wir brauchen die Schrift nicht zu verteidigen, aber wir wissen uns verpflichtet, in anhaltendem Gebet um den Heiligen Geist und in gewissenhafter Arbeit mit allen uns gegebenen Hilfsmitteln uns und anderen zu helfen und helfen zu lassen, Gottes Wort immer besser und tiefer kennen zu lernen und so zu verstehen, wie es dem Willen Gottes entspricht.

4. Wir glauben und bekennen, daß Gott auch heute noch durch die Verkündigung seines Wortes sein rettendes und heiliges Werk treibt an seiner Gemeinde und an allen Menschen.

Durch seinen Heiligen Geist macht er sein Wort lebendig an den Herzen der Hörer, daß Jesus Christus verherrlicht und in seinem Licht Sünde und Gnade recht erkannt werden. Gerade indem uns das verkündigte Wort im Gewissen straft, richtet und aufrichtet, erweist es seine Kraft als Gottes Wort. So werden durch die geisterfüllte Predigt Buße, Glaube und Gehorsam gewirkt und die Gemeinde Jesu gesammelt, gestärkt und zum Dienst gerüstet. Darum ist es uns ein heiliges Anliegen, daß Zeugnis, Verkündigung und

Seelsorge sich vollmächtig erweisen in der Kraft des Geistes in gläubiger Bindung an den Wortlaut des einzelnen Schriftwortes und die ganze Schriftwahrheit.

5. Wir glauben und bekennen, daß das in der Heilsgeschichte geschehene, das im Zeugnis der Bibel geschriebene und das in vollmächtiger Evangeliumspredigt verkündigte Wort Gottes eine gottgewollte untrennbare Einheit bildet.

Wenn wir vom „Worte Gottes“ reden, meinen wir letztlich immer diese Zusammengehörigkeit und Einheit, auch wenn wir nur von dem geschehenen oder von dem geschriebenen oder von dem gepredigten Wort sprechen. Die Bibel führt uns zum Glauben an Jesus Christus, und der Glaube an Jesus Christus führt wiederum zu tieferer Erkenntnis der Offenbarung Gottes in der Bibel. In diesem lebendigen Kreislauf stehen Leben und Kraft, Botschaft und Hoffnung der Gemeinde. Durch die Verkündigung und Bekräftigung seines Wortes regiert Jesus seine Gemeinde, und durch ehrfürchtiges Hören, vertrauendes Annehmen, gehorsames Tun und tapferes Bezeugen des Wortes gibt die Gemeinde ihrem Herrn die Ehre, die ihm gebührt.

In diesen fünf Sätzen wollen und können wir keine vollkommene und abgeschlossene „Lehre von der Heiligen Schrift“ aussprechen; aber wir trauen es unserem Herrn zu, daß er unser Bekenntnis segnen kann, um der Verwirrung unserer Zeit zu wehren und um seiner Gemeinde festen Grund ihres Glaubens zu geben.

Die Antwort der württembergischen Kirchenleitung auf den oben zitierten Offenen Brief lautet:

THEOLOGIESTUDIUM UND PREDIGTAMT

Die Kirche braucht zur Erfüllung ihres Auftrags in der Welt Diener des göttlichen Wortes, durch die (um mit dem Augsburgerischen Bekenntnis zu reden) „in der Versammlung der Gläubigen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente laut des Evangelii gereicht werden“. Als Quelle und Richtschnur der Verkündigung gibt sie ihnen die Heilige Schrift in die Hand, damit sie Menschen in die Jüngerschaft Jesu rufen und eine Gemeinde sammeln zum Dienst des Dreieinigigen Gottes. Wer in der Kirche das Predigtamt übernehmen will, muß auf diesem ihrem Grund stehen und von ihrem gemeinsamen Bekenntnis getragen und gehalten sein. Davon kann die Kirche nicht abgehen.

Bringt der Nachwuchs, den die Kirche zur Zeit von den theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen empfängt, von dorthier die rechte Ausrüstung zu diesem Amt mit? Der „Offene Brief“ weiß von „wertvoller, wirklich aufbauender Arbeit so mancher Theologen“; aber im Ganzen verneint er die Frage. Es hätte eines „Offenen Briefes“ nicht bedurft, um darauf aufmerksam zu machen, daß an dieser Stelle bei vielen Gemeindegliedern eine tiefe Vertrauenskrise im Verhältnis zu einer bestimmten Richtung in der theologischen Forschung entstanden ist. Die Kirchenleitung hat dazu schon mehrfach ausführlich und öffentlich Stellung genommen. Manche Gemeindeglieder beobachten mit Sorge, daß ihre Söhne im Lauf des theologischen Studiums sich vom Glauben des Elternhauses zu lösen scheinen, vielleicht auch die Freude am Amt verlieren. Sie fragen, ob hier nicht die Erkenntnis des Glaubens und der davon nicht zu lösende Gehorsam gegen Jesus Christus droht sei.

Die Fragen, die damit an die theologische Forschung und den akademischen Lehrbetrieb gerichtet sind, werden in erster Linie von der Fakultät zu beantworten sein. Wir haben es auf alle Fälle mit den jungen Menschen zu tun, die an den theologischen Fakultäten für den Dienst im Pfarramt ausgebildet werden. Fraglos stellt die Eingliederung der Theologie in den Rahmen der Universität den jungen Studenten vor eine nicht ungefährliche Aufgabe. Stellvertretend für seine spätere Gemeinde muß er in eine grundsätzliche Auseinandersetzung tiefgreifender Art eintreten, um das Gespräch mit dem modernen Denken führen zu können. Er muß für seine eigene Person den Kampf mitkämpfen, um das Eigen-

recht der Theologie redlich gegenüber einem rein säkularen Wissenschaftsbegriff zu behaupten. Wir können ihm diese stellvertretende Auseinandersetzung nicht ersparen, auch wenn sie zunächst offensichtlich nicht allen gleich gut tut, vielfach auch nicht schon auf der Hochschule gelingt, obwohl ihre theologischen Lehrer ihnen dazu Hilfe bieten wollen. Es wäre ein nicht zu rechtfertigender Kurzschluß, wollte man die Schuld an diesem Mißlingen einseitig den theologischen Lehrern zuschieben; wir halten es auch für ein Unrecht, wenn der „Offene Brief“ irgendeiner Lehrerpersönlichkeit unterstellt, sie habe die Absicht, „das Fundament des Glaubens planmäßig zu zerstören“. Wir würden uns scheuen, die Lauterkeit ihrer persönlichen Bindung an Christus in Zweifel zu ziehen. Freilich muß man der Frage standhalten, ob die heute bevorzugten Methoden zur Ausbildung eines kirchlichen Nachwuchses zureichen, d. h. ob den Studierenden genügende Hilfe gegeben wird zu der Erkenntnis der Wahrheit, um die es im theologischen Studium geht. Die evangelische Kirche besitzt bekanntlich kein unfehlbares Lehramt, das der theologischen Forschung ihre Resultate vorschreiben könnte; auch besitzt sie keinen maßgebenden Einfluß auf die Besetzung der theologischen Lehrstühle. Aber das schließt nicht aus, daß wir unsere theologische Fakultät als ein hervorragendes Glied unserer Landeskirche betrachten; sie kann auch bei sachlichen Spannungen nicht aus der gemeinsamen Verantwortung für den kirchlichen Nachwuchs entlassen werden. Wir müssen mit ihr bereit sein, die im „Offenen Brief“ aufgeworfenen Probleme zu sehen und die Mißverständnisse und Irrtümer zu vermeiden, von denen er redet.

Ohne der Antwort der Fakultät vorgreifen zu wollen und ohne das Gewicht der Fragen des „Offenen Briefes“ abzuschwächen, möchte die Kirchenleitung auf zwei Punkte hinweisen, die in dem „Offenen Brief“ nicht das ihnen gebührende Gewicht zu haben scheinen. Die Tatsache, von der auch die Unterzeichner des „Offenen Briefes“ schreiben, daß „der Heilige Geist nicht in menschlicher Verfügung steht“, läßt es nicht zu, daß die Schuld an den aufgetretenen Schwierigkeiten und Spannungen allein bei den Menschen gesucht wird; sie liegen auch im Wesen der Sache.

I.

Weil der Heilige Geist nicht in menschlicher Verfügung steht, darum ist es in keines Menschen Macht gegeben, den Zugang zur Heiligen Schrift als dem Werkzeug des Heiligen Geistes sich selber zu erzwingen oder ihn ändern aufzutun. Wohl kann die theologische Forschung zur Klärung des „äußeren Sinnes der Schrift“ Unentbehrliches beitragen; aber der eigentliche Inhalt der Schrift, ihr uns selbst erfassendes Christusgeheimnis, bleibt unserem bloß menschlichen Nachdenken verschlossen. Um das kann und soll man nur beten. Wenn es sich öffnet, ist es ein reines Geschenk Gottes. Vor dieser Schranke stehen nicht bloß die vom „Offenen Brief“ zitierten Fachtheologen; das ist auch nicht minder die Schranke der „Gemeindetheologie“.

Die Bibel haben wir zu nehmen, wie sie uns von Gott gegeben ist. Sie richtet sich nicht nach unseren Wünschen. Sie ist menschliches Zeugnis von einer göttlichen Wirklichkeit, beides gleichzeitig und miteinander. Sie birgt den Schatz des wirksamen Gotteswortes in einem irdenen Gefäß. Ob es uns zusagt oder nicht: die Bibel benützt die zeitgenössischen Sprach- und Denkmittel, die zeitgenössischen Vorstellungen und Literaturformen, um ihren einzigartigen Inhalt – das Christuszeugnis – ihrer Welt verständlich zu machen. Es mag uns ärgerlich sein, daß die Herrlichkeit ihrer Botschaft unter den Worten menschlicher Zeugen verborgen ist; aber dieses Ärgerlichsein darf uns weder dazu verleiten, die irdische Art des Gefäßes zu ignorieren, noch auch, die göttliche Kraft des Inhalts zu verkennen.

Immer wieder haben Theologen und Nichttheologen den Versuch gemacht, sich eine Bibel zurechtzudenken, die nicht sein darf, was sie nach göttlicher Fügung ist: nämlich menschliches Zeugnis von einem göttlichen Herrn. Sie wollten der Schrift Eigenschaften zuschieben, die nicht das Gefäß, sondern allein der Inhalt hat. Die Entäußerung, die Jesus

Christus mit seiner Menschwerdung auf sich nahm, setzt sich auch darin fort, daß die Schrift, die von ihm zeugt, Knechtsgestalt hat. Wie man niemand das Ärgernis des Kreuzes ersparen kann, so kann man auch das Ärgernis, das die geschichtliche Gestalt der Schrift bedeutet, nicht umgehen. Wie es des Heiligen Geistes bedarf, um in dem gekreuzigten Nazarener den ewigen Gottessohn zu erkennen, so bedarf es auch des Heiligen Geistes, um aus den Buchstaben der Schrift das Bild des lebendigen Herrn hervortreten zu sehen. Wenn wir falsche Vorstellungen pflegen von dem Gefäß, in dem allein uns der wahre Schatz der Kirche, das Evangelium, dargeboten wird, werden wir selber mitschuldig an der Anfechtung, die es für junge Menschen bedeutet, wenn sie beim Studium die menschliche Art des Zeugnisses wahrnehmen, in der der ewige Herr zu uns spricht. Es sollte doch nicht so sein, daß ihr Glaube an einer Stelle zerbricht, die keinen Anlaß dazu geben müßte, wenn man nicht mit Vorurteilen an sie herantritt. Wenn die biblischen Schriftsteller in einem Reichtum verschiedenartiger Individualitäten ihr Zeugnis ausrichten und wenn sie dazu die Ausdrucksmittel ihrer Zeit und Umwelt benützen, so berührt dies den Gegenstand ihrer Aussage nicht. Wir werden uns hier zu hüten haben, der Theologie Schuld an etwas zu geben, was in ihrem Gegenstand selbst begründet ist. Man kann Christus nicht anders haben als in seinen Windeln und an seinem Kreuz, d. h. in der Tiefe seiner Menschlichkeit, die er zu unserem Heil auf sich nahm. Niemand darf die tiefe Ärgerlichkeit von Krippe und Kreuz übersehen; wir dürfen sie aber auch nicht in guter Meinung aufheben wollen, indem wir das Buch vergolden, das von ihm zeugt. Durch die Wahrnehmung des menschlichen Charakters der Schrift ist ihr göttlicher Zeugnisauftrag nicht im geringsten in Frage gestellt.

Den göttlichen Zeugnisauftrag freilich gilt es zu sehen. Wo man lediglich an der Untersuchung der geschichtlichen Entstehung der Schrift und an der Einreihung ihrer Aussagen in die zeitgeschichtliche Literatur interessiert wäre, bliebe man vor einer leeren Krippe stehen – ohne das göttliche Kind, vor einem leeren Kreuz – ohne den göttlichen Erlöser. Man wäre damit über den Bereich der Philologie, der Historie, der Philosophie noch nicht hinausgedrungen zur Theologie. Die biblischen Dokumente wollen, wie es ja die heutige Wissenschaft ihrerseits auch klar herausgestellt hat, glaubenweckende Verkündigung sein. Und erst dort, wo der gepredigte Christus gehört wird, kann das echte theologische Gespräch einsetzen. Die Not manches Theologiestudierenden scheint uns darin begründet zu sein, daß er über dem Studium der Wasserleitungen versäumt, als Glaubender das Quellwasser zu trinken. Der Gott, der in den biblischen Texten bezeugt wird, ist der eigentliche Gegenstand der theologischen Bemühung, nicht die Buchstaben, in denen dieses Zeugnis ergeht. Um es zugespitzt zu sagen: es geht letztlich nicht um die Bibel, sondern um den Herrn der Bibel; und nur weil es um diesen biblischen Christus geht, geht es auch um die Bibel. Alle, die mit der Ausbildung der künftigen Pfarrer unserer Kirche beschäftigt sind, werden hier das Menschenmögliche tun müssen, um diesen Sachverhalt klarzumachen. Es ist dies nicht bloß eine zusätzliche seelsorgerliche Verantwortung, die erst in zweiter Linie zu der wissenschaftlichen Untersuchung hinzukäme. Vielmehr ist es von der wissenschaftlichen Erkenntnis untrennbar, die Auslegung der Heiligen Schrift unter der Voraussetzung zu vollziehen, unter der sie geschrieben worden ist, d. h. in der Bejahung der Offenbarung Gottes. Nur um der Erkenntnis Gottes willen rechtfertigt sich die gewaltige Leistung, die in der historisch-kritischen Forschung zur Aufhellung der zeitgeschichtlichen Voraussetzungen der biblischen Texte vor uns steht.

Wer sich eingesteht, daß weder die Theologie noch die Gemeinde darüber verfügt, daß ein Mensch wirklich zum Glauben kommt, wird bescheiden denken. Er wird verzichten auf das vernünfteln Zurechtmachen eigener Konstruktionen und Hypothesen, aber auch auf das bloß intellektuelle Fürwahrhalten von Sätzen, die als „rechtgläubig“ genormt sind. Wir werden es von der Sache her keinem Theologiestudierenden ersparen können, den Weg sich führen zu lassen, auf dem er von Christus ergriffen werden kann. Daß die Offenbarung Gottes in Christus als Offenbarung erkannt wird, kann nur dadurch ge-

schehen, daß sie sich selbstmächtig am Menschen bezeugt. Menschliche Hilfe kann nur darin bestehen, daß auf diesen Sachverhalt hingewiesen wird, der unseren tiefsten Respekt erfordert. Es sollte einen Theologiestudierenden durch alle Gebiete dieser Wissenschaft hindurch das Zeugnis begleiten, daß der Inhalt der Schrift verfehlt wird (und ebenso auch der Inhalt der Kirchengeschichte), wo sie lediglich unter historische oder systematische Gesichtspunkte gerückt wird. Sie ist historisch und systematisch nicht recht verstanden, wo sie eingegebenet wird in die quellende Vielfalt ihrer religionsgeschichtlichen Umwelt oder wo ihr Inhalt nach unseren Maßstäben auf ein von der Gemeinde geschaffenes „Kerygma“ oder auf einen „Mythus“ reduziert wird. Wir haben uns dem Wagnis der Begegnung mit diesen biblischen Texten auszusetzen ohne Vorurteile nach der einen oder andern Seite. Wir haben nicht zuerst ein Dogma über die Schrift zu glauben und dann daraus unseren Glauben an Christus zu entnehmen; sondern wir haben uns zur Jüngerschaft Jesu rufen zu lassen und werden dann auch seine menschlichen Zeugen richtig sehen. Wir haben aber auch nicht unsererseits darüber zu verfügen, was zum Kanon der Schrift gehöre und was nicht; sondern wir haben der Schrift als ganzer das Recht einzuräumen, die überzeugende Gewalt ihres Christuszeugnisses an uns zu üben.

II.

Weil der Heilige Geist nicht in menschlicher Verfügung steht, darum sind uns auch Schranken gesetzt in der Beratung und Steuerung des kirchlichen Nachwuchses. Gewiß müssen wir tun, was in unseren Kräften steht, um Hilfe und Anleitung zu geben. Das akademische Studium selbst werden wir nicht aufgeben dürfen. Um die Schrift recht zu verstehen und ihre Botschaft recht ausrichten zu können, müssen wir uns um die Erkenntnis- und Denkgestalt des Glaubens mühen. Wohl wissen wir, daß Gottes Geist durch das Evangelium jedem Gemeindeglied die Herrlichkeit Christi ohne Studium öffnen kann. Wir wissen aber auch, daß ungelöste Fragen des Denkens den Zugang zum Glauben erschweren. Wir bedürfen darum des Dienstes der theologischen Forschung und bedürfen der theologischen Unterweisung für den pfarramtlichen Nachwuchs; kein Mißbrauch vermag den rechten Gebrauch aufzuheben. Die Weisheit Gottes braucht die Auseinandersetzung mit der Weisheit dieser Welt nicht zu scheuen. Dazu aber ist solide wissenschaftliche Arbeit unerlässlich, und wir sind dankbar für alles, was zu ehrfürchtiger, präziser Erfassung des Textes hilft.

Wir werden unsere Studierenden in ihrem Ringen um Erkenntnis des Glaubens nicht allein lassen dürfen. Wir werden sie ermuntern, sich an ihre theologischen Lehrer zu wenden, wenn sie deren Wegweisung bedürfen. Unsere Studentenpfarrer werden sich weiterhin zur Verfügung stellen, und der Referent der Kirchenleitung wird seine Besuche bei den Tübinger Stiftlern und Nichtstiftern und bei den auswärtigen Studierenden unserer Landeskirche nach Möglichkeit fortsetzen. Der Bischof unserer Kirche wird wie bisher von Zeit zu Zeit mit den Studierenden zusammenkommen. Auch nach Beendigung der Studienzeit werden wir das Gespräch weiterzuführen haben. Nur wird man von alledem nicht erwarten dürfen, es ließe sich dadurch der Zweifel selbst ersparen, der aus der ernsthaften Begegnung der Glaubensgewißheit des Evangeliums mit der rein diesseitig bestimmten Welt von heute entsteht. Man kann dem Ringenden mancherlei Dienste tun, und wir wünschen, daß sie getan werden: man kann ihm zeigen, wie man selber mit den Denkschwierigkeiten fertig geworden ist; man kann übersehene Tatbestände in sein Sehfeld rücken; man kann ihm von seinen eigenen Voraussetzungen her zur gedanklichen Klärung helfen. Aber das befreiende Licht der Erkenntnis der Herrlichkeit Gottes in dem Angesichte Jesu Christi muß ihm von oben her aufleuchten (2. Kor. 4, 6). Auch die Kirchlichen Hochschulen können ihre Studierenden nicht der Zugluft des nur historisch-philosophischen, säkularen Denkens entziehen, in welchem die Erkenntnis des Glaubens verschlungen zu werden droht. Zwischen Universität und Kirchlicher Hochschule gibt es hier nur einen Unterschied des Grades.

Die Freiheit der eigenen Entscheidung kann keinem Studierenden abgenommen werden, da ein Theologiestudium, wenn es nicht zum bloßen Brotstudium werden soll, den persönlichen Einsatz erfordert. In der Welt des heutigen Denkens und Handelns kann nur der ein Zeuge Christi sein, der das Ärgernis des Kreuzes überwunden hat, weil ihm der lebendige Christus begegnet ist. Die Kirche wird niemand zum Studium der Theologie nötigen dürfen. Wer sich durch die wissenschaftlichen Anforderungen dieses Studiums überfordert fühlt oder das geistliche Risiko dieses Studiums scheut, soll es gewiß nicht beginnen. Ebenso wenig wird die Kirche dort drängen wollen, wo unüberwindliche Hemmungen gegenüber dem Pfarrdienst auftreten. Sie wird zwar der inneren Entwicklung eines angehenden Pfarrers Raum geben; aber sie kann es nicht dulden, daß er von seinen augenblicklichen Schwierigkeiten aus Bekenntnisaussagen der Kirche verwirft. Zugleich wird sie jeden Anschein vermeiden müssen, als erwarte sie vom Prediger des Evangeliums lediglich die Annahme einer Anzahl von verstandesmäßig für wahr gehaltenen Sätzen und nicht vielmehr den persönlichen Eintritt in die Lehrlingschaft des Meisters. Darum vermöchten wir dem Gedanken nicht zuzustimmen, der den Schreibern des „Offenen Briefes“ vorzuschweben scheint, als könnte durch irgendeine Art von „Glaubensverhör“ der Zugang zum Pfarramt gegen „Ungeeignete“ abgesichert werden. Nicht wenige, und zwar gerade auch besonders wertvolle unter den jungen Leuten würden dadurch abgeschreckt. Gewiß, man könnte eine Reihe von objektiven und subjektiven Bekenntnisaussagen erzielen, aber es müßte dahingestellt bleiben, ob sie persönlicher Glaubensbesitz des Betreffenden wären oder nur die Ableistung eines verlangten Werkes. Die echte Jüngerschaft, der Glaube selbst – und das ist gleichbedeutend mit der Liebe zu Christus –, entzieht sich jeder menschlichen Kontrolle. Es wird immer wieder nachdenklich stimmen, daß die Frage, die der Auferstandene an seinen Jünger richtet, sich nicht auf seine dogmatischen Anschauungen, sondern auf seine Liebe bezieht (Joh. 21, 15 ff.). Er allein sieht das Herz an. Darum versprechen wir uns auch nichts von einer Erweiterung der Prüfungskommission durch Teilnahme eines von der Gemeinde bestimmten Vertreters bei den Prüfungen. (Übrigens sind die Predigten beim ersten und zweiten Dienstexamen der Gemeinde zugänglich; nicht wenige Kandidaten haben es schon bedauert, daß nur so selten von dieser Öffentlichkeit Gebrauch gemacht wird!)

Ob ein Pfarramtsbewerber für ständig in den Dienst der Kirche übernommen wird oder nicht, entscheidet sich auch schon bisher nicht allein nach den wissenschaftlichen Examensnoten, sondern nach der Bewährung des Betreffenden im Dienst, also zunächst im Lehrvikariat und Vikariat. Man hat dabei Ernst zu machen mit der Einsicht, die von jedem Christenstand gilt: der Christ, auch der junge Theologe, ist im Werden, nicht im Wordensein. Diese Erkenntnis verpflichtet zweifellos in erster Linie ihn selbst. Er muß eingedenk sein des apostolischen Wortes (1. Kor. 8, 2 f.): „Wenn sich jemand dünken läßt, er wisse etwas, der weiß noch nicht, wie man erkennen soll. Wenn aber jemand Gott liebt, der ist von ihm erkannt.“ Es stünde ihm schlecht an, wollte er sich in seiner jungen Weisheit überheben und seine vermeintlichen Erkenntnisse als endgültige propagieren – als gäbe es nichts mehr für ihn zu lernen in der Jüngerschaft des lebendigen Herrn und in der Gemeinschaft seiner Gemeinde. Solange er sich in der Gewalt Jesu weiß und die Ehrfurcht vor dem Worte dieses Herrn bewahrt, werden wir mit der erschütternden und verwandelnden Macht dieses Wortes rechnen dürfen. Mit dem Wort intensiv umzugehen, nötigt schon allein die Aufgabe der sonntäglichen Predigt. Und ebenso wird der Umgang des Vikars mit der Gemeinde einen aufrichtigen Menschen unweigerlich auf die Realitäten stoßen, um die es geht. Was vielleicht die Härte selbstgewisser Frömmigkeit nicht zuwege bringt, wird ihm zuteil werden in der Begegnung mit denen, die seine Liebe fordern und seine Hilfe brauchen: mit den Suchenden und Zweifelnden, mit den von schwerem Geschick Getroffenen und Angefochtenen, mit den Kranken und Sterbenden.

Das Wissen um die Freiheit des Heiligen Geistes, der sich unserer Protektion entzieht, wird uns auch immer wieder zögern lassen, über die innere Geschichte eines Menschen zu

richten oder mit vorschnellem Urteil ungeduldig in sie einzugreifen, auch wenn er Anstöße gibt, auf die wir ihn aufmerksam machen müssen. Nicht bei der Prüfung, sondern dort, wo gepredigt und seelsorgerlicher Dienst getan wird, also in der Gemeinde, ist der Ort, wo das offene brüderliche und geduldige Gespräch Mängel abstellen, Lücken ausfüllen, Anstöße ausräumen kann. (An dieser Stelle, wo die Gemeinde dem Pfarramtsbewerber begegnet, hat sie auch je und dann schon ein deutliches Wort zu seiner Predigt gesprochen.) Dabei darf freilich die Regel Jesu Matth. 18, 15 ff. nicht vergessen werden. Wer eine Beschwerde gegen die Predigt oder das Verhalten eines Pfarramtsbewerbers auf dem Herzen hat, sollte nicht bei irgend einer Instanz eine (vielleicht gar anonyme) Klage laut werden lassen. Will er sich gemäß der Regel Jesu verhalten, so wird er die persönliche Begegnung und Aussprache mit dem seiner Meinung nach irrenden Bruder suchen. In einem solchen Gespräch wird er einen Eindruck von Hemmungen erhalten, die etwa um der intellektuellen Redlichkeit willen ausgeräumt sein müssen. Er wird ihn verstehen lernen und ihm offen und brüderlich raten können, um seine Lage klären zu können (Selbst ein Lehrzuchtverfahren müßte ja damit anfangen, daß man sich brüderlich um den von dem Vorwurf falscher Lehre Betroffenen oder sonstwie Ärgernis Gebenden bemüht.) „Hört er dich, so hast du deinen Bruder gewonnen“ (Matth. 18, 15). Ein geistliches Handeln der Gemeinde, wie es die Unterzeichner des „Offenen Briefes“ wünschen, sollte an dieser Stelle nicht mit öffentlichen Protestaktionen beginnen; solche richten leicht Schaden an. Wir sind nicht sicher, ob ein „Offener Brief“ heute ein offenes Gespräch tatsächlich einleiten kann. Gefordert ist vielmehr eine nicht ermüdende Bereitschaft zur persönlichen Begegnung, in der um den Bruder gerungen wird mit dem Zeugnis der Wahrheit, das das Zentrale vom Nichtwesentlichen zu unterscheiden vermag.

Der „Offene Brief“ erbittet von der Kirchenleitung und Fakultät, es möchten klare und befriedigende Wege gezeigt werden, um der Not abzuhelpen. Das Wichtigste wird sein, daß wir aus einer festen Gemeinschaft heraus handeln, die alle umfaßt: Lehrer, Studenten, Kirchengemeinde und Gemeinschaften. Mit bloßen Forderungen ist hier nichts getan. Wir werden die unumgänglichen theologischen und glaubensmäßigen Auseinandersetzungen so zu führen haben, daß unsere Gesprächspartner von der Wahrheit überzeugt werden, für die wir eintreten möchten. Wir möchten in diesem Zusammenhang alle, die es angeht, bitten, daß die Gespräche zwischen Theologie und Pietismus fortgesetzt werden, wie sie in den letzten Jahren verheißungsvoll in Gang gekommen sind. Solange es uns nicht gelingt, auch die Wahrheit des Bruders zu hören, werden wir kaum zu einem Ziel kommen. Es geht darum, daß wir selbst, Gemeindeglieder, Pfarrer und Kirchenleitung, Studierende und Lehrer ständig neu eintreten in den Kampf, in welchem Gottes Geist um des Menschen Geist ringt, in den Kampf, der unerläßlich ist, wenn unsere menschliche Gerechtigkeit und unsere menschliche Vernunft unter den Gehorsam des Glaubens genommen werden soll. Wir werden dabei mit den Unterzeichnern des „Offenen Briefes“ wissen, daß der Heilige Geist wirklich nicht in menschlicher Verfügung steht; nicht in der Verfügung des „weltlichen Menschen“, auch nicht in der Verfügung des „frommen Menschen“; nicht in der Verfügung wissenschaftlicher Methoden und nicht in der Verfügung kirchenregimentlicher Maßnahmen. „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“ (2. Kor. 3, 17).

Stuttgart, den 14. März 1961

Evangelischer Oberkirchenrat
D. Haug, Landesbischof

An den Rat der EKD und die Landeskirchenleitungen erging die aus ernster Sorge um die Kirche erwachsene Bitte, sich der brennenden Fragen nach der Autorität der Schrift und nach der Verbindlichkeit der kirchlichen Bekenntnisse in ihrem Verhältnis zu den Aussagen der wissenschaftlichen Theologie anzunehmen:

Sehr geehrter Herr Präses!

Wir wenden uns an Sie und die Kirchenleitungen der Evangelischen Kirche in Deutschland in dem beiliegenden Schreiben, um Ihnen unsere schwere Sorge um unsere evangelische Kirche vorzutragen. Wir wissen, daß die Kirchenleitungen sich seit langem mit den uns bewegenden Fragen befassen. Wir sind auch darüber informiert, daß in Einzelaktionen durch Einzelpersonen und kleine Kreise von verschiedenen Gesichtspunkten aus ihren Kirchenleitungen die gleiche Sorge vorgetragen worden ist.

Wenn wir Brüder aus verschiedenen Räumen und Gruppen unserer Kirche zur Frage der Schrift und der Geltung der altkirchlichen und reformatorischen Bekenntnisse Stellung nehmen, so geschieht es nicht, wie man meinen könnte, um die Verantwortung auf die Kirchenleitungen abzuschieben, anstatt selbst mit denen, die nach unserer Meinung das Bekenntnis auflösen, das Gespräch aufzunehmen. Viele von uns stehen längst in dieser Auseinandersetzung.

Es geschieht nicht bloß, um die Kirchenleitungen gegen die Theologie um Hilfe zu rufen, sondern in ernster Sorge und im Wissen, wie eng die Schicksale von Kirchen und Kirchenleitungen miteinander und beider Schicksal mit der Stellung zum Wort verknüpft ist.

Es geschieht auch nicht, um die Zahl sogenannter „flammender Proteste“ zu vermehren, obschon wir solche auch nicht einfach abwerten wollen – zumal wenn sie aus Kreisen von Nichttheologen stammen –, bloß weil sie unsere theologische Ausdrucksweise nicht beherrschen. Wir hören den tiefen Ernst ihres Anliegens und freuen uns, wenn an diesem Punkt einmal wirklich die Gemeinde wach wird und von ihrer Wächterpflicht Gebrauch macht.

Es geht uns auch überhaupt nicht um ein *damnamus* gegenüber Menschen, obwohl wir eine Kirche, die nicht mehr wagt, mit dem Apostel Paulus das „*damnamus*“ über einer Irrlehre auszusprechen, für eine Kirche halten würden, die ihrer Vollmacht bar geworden wäre und ihre Wächterpflicht versäumen würde und darum in der Gefahr stünde, unter das Urteil des erhöhten Herrn über den Engel der Gemeinde zu Thyatira zu fallen. – Wir vermeiden aber gerade auf Grund der Erfahrungen des Kirchenkampfs und der Gefahren des Massenzeitalters einen öffentlichen Schritt. Wir richten hiermit an unsere Brüder in den Kirchenleitungen ein seelsorgerliches Schreiben. Wir tun es, weil wir nicht einen katholischen Amtsbegriff teilen, sondern uns auch für die Brüder in den leitenden Stellungen mitverantwortlich wissen und an ihrer Last mittragen wollen.

Wir sind auch nicht dem Irrtum verfallen, es könnten wie in der katholischen Kirche des Mittelalters geistige und geistliche Bewegungen, die in die Irrlehre abführen, mit kirchenregimentlichen Mitteln unterdrückt werden, oder es könnte durch behördliche Maßnahmen eine Erneuerung der Kirchen herbeigeführt werden. Wir sind uns wohl dessen bewußt, daß die Irrlehre nur durch die Wahrheit selbst bekämpft, die Erneuerung der Kirche nur durch die Botschaft vom gekreuzigten, auferstandenen und wiederkommenden Herrn gewirkt werden kann, wenn Gott sich durch seinen Heiligen Geist zu ihr bekennt.

Wir wissen aber auch, daß die Kirche kein Sprechsaal für die verschiedensten Meinungen ist, sondern eine bestimmte Botschaft anvertraut bekommen hat. Diese Botschaft ist nicht vom Himmel gefallen, sondern in einem massiven geschichtlichen Geschehen leidend, sterbend und auferstehend vom Herrn der Kirche gewirkt worden. Ihre Formulierung ist unter Leitung von oben in der Schaffung des Kanon und ihre Abschilderung gegen Irrlehren auch unserer Tage in schweren Kämpfen von den Schöpfern der altkirchlichen Bekenntnisse und von den Vätern der Reformation errungen und in den Bekenntnisschriften niedergelegt und auf Synoden bekannt worden.

Wir glauben, daß die Kirche bei aller Sorge, mit der sie sich an den gewaltlosen Leidens-

weg ihres Meisters gebunden weiß, mit derselben Strenge vom gekreuzigten und auf-
erstandenen Herrn zum Bekenntnis gegen die Irrlehre gerufen und verpflichtet ist. Wir
halten die Stellung Gamaliels im Hohen Rat nicht für die vorbildliche Haltung des Glau-
bens, sondern für eine Haltung des Unglaubens. Die ganze Gemeinde hat das Wächteramt
bekommen, aber in besonderer Weise ihre Hirten und Leiter. Sie erhebt ihre Stimme, um
ihre Mitbrüder, Hirten und Leiter zur Ausübung dieser Wächterpflicht zu ermutigen. Wir
sehen mit Sorge und Betrübnis, daß die Stimmen, die sich bisher erhoben haben, mitunter
wegen ungeschickter Formulierung oder weil sie aus Laienkreisen kamen, nicht richtig ein-
geschätzt worden sind. Wir wenden uns aufs entschiedenste gegen die Diskriminierung
derer, die ihre mahnende Stimme erhoben, als ständen sie – oft im Dienste des Herrn be-
währte Männer – nicht im Gebet und in der Fürbitte für die Kirche und als wären ihre
Worte bloß „Posaunenstöße der Bekenner“.

Wir sehen mit Sorge, daß der Rat Gamaliels, man müsse abwarten und darauf trauen,
daß die Wahrheit sich selber durchsetze, hier und dort wieder laut wird. Wir hören mit
Beunruhigung, daß Prediger, die die Hauptstücke der Botschaft des Neuen Testaments:
das stellvertretende Leiden, die sühnende Kraft des Sterbens Jesu, seine leibliche Auf-
erstehung, die Realität seines Heiligen Geistes und seine Wiederkunft in Frage stellen
oder aushöhlen und uminterpretieren, damit entschuldigt werden, daß sie formell die
Gültigkeit des Bekenntnisses nicht antasten. Wissen wir doch, daß dies mit der neuen
Lösung zusammenhängt, die lautet: „Interpretierung“ der Schrift. Aber in dieser „Inter-
pretierung“ vollzieht sich die Änderung und Verfälschung der Schrift in ihrem Herzstück. –
Wir wissen zwar, daß wir den Herrn nicht zu verteidigen brauchen und daß die Gemeinde
Jesu immer bleibt. Aber wir wissen auch, daß die Hütte Gottes in Silo und Jerusalem,
Wittenberg und Genf sehr wohl weggeräumt werden kann und, wenn es geschieht, wir
dafür verantwortlich gemacht werden.

Wir wissen darum, daß auch im geistigen Ringen zwischen Wahrheit und Irrlehre der
Herr in seiner Langmut und Barmherzigkeit sich der Irrtümer bedient, um die Wahrheit
ans Licht zu bringen. Wir wissen aber auch, daß der Herr deswegen seine Kirchen, wenn
sie irrten oder dem Irrtum Vorschub leisteten, nicht entschuldigt. – Noch mehr: Wir wis-
sen auch, wieviele einzelne bis zum Tage, da der Irrtum ausgebootet ist, am Glauben und
damit am Leben Schaden leiden.

Wir sehen die Not der heutigen Situation gerade darin, daß Wahrheit und Irrtum sich
in dämonischer Weise verschlingen, wie es selten geschehen ist und von wenigen durch-
schaut wird. Dadurch geraten außer denen, die am Glauben irre werden, auch die, welche
der uminterpretierten Christusbotschaft begeistert folgen, in noch größere Gefahr als die
Gescheiterten. Werden sie nicht im jüngsten Gericht einem anderen Christus begegnen als
dem, der ihnen von der Kirche gepredigt wurde?

Wir erkennen den Eifer um die Wahrheit bei denen, die das Bekenntnis uminterpretie-
ren, sehr wohl an. Wir verstehen das Anliegen, das der Geduld mit ihnen und der Rück-
sicht auf sie zugrunde liegt. Aber wir warnen vor einer falschen Rücksicht, die den Herrn
Christus, d. h. sein bitteres Leiden, verleugnet. Und wir bitten um Rücksicht auf seine so
gestaltete Kirche in Deutschland, die bei weiterer Verbreitung der Uminterpretation der
Christusbotschaft in die Gefahr einer Spaltung geraten könnte. Hätten wir dann in den
sich von uns Trennenden nur die Pharisäer zu sehen? Erkennen wir wirklich nicht, daß
gerade in jenen Reihen eine Beterfront zu finden ist?

Die Auseinandersetzung mit den Vertretern der anderen Theologie, sagt man uns,
müsse in ebenbürtiger Weise auf dem Felde der Wissenschaft geführt werden. Darauf
müssen wir leider antworten, daß die Vertreter der neuen Theologie uns selber gezwungen
haben und weiter zwingen, ihnen in der Sprache der Gemeinde entgegenzutreten, d. h. in
der Form von Glaubensaussagen, weil sie ja selber zum Teil mit einem brennenden Eifer
die ungesicherten Ergebnisse ihrer Forschung von den Kanzeln, in den Schulen und auf
Rüstzeiten der Gemeinde, besonders der Jugend, verkündigen. Und ist nicht abgesehen

davon die Situation der Gemeinde und die Würde der Glaubensaussage nicht mehr richtig gesehen, wenn sie nicht mehr für zuständig und ebenbürtig gehalten wird, um einer mit missionarischem Eifer verbreiteten wissenschaftlichen Erkenntnis entgegengestellt zu werden?

Wir tragen unsere Sorge in dieser Breite vom lutherischen Norden bis zum pietistischen Süden, von der Jugendarbeit und den Pfarrerbruderschaften bis zur äußeren Mission unseren Kirchenleitungen vor in der Hoffnung und im Vertrauen darauf, daß unsere durch ihre leitende Stellung so schwer mit Verantwortung belasteten Brüder dadurch in ihrem Kampf ermutigt und zu Entscheidungen gestärkt werden durch das Wissen, daß die Gemeinde hier und dort erwacht und den status confessionis erreicht sieht. Vielleicht ist er in tieferem Sinn erreicht als es im Bekenntniskampf der Fall war: Jetzt geht es um die Person des Herrn selber und sein Werk.

Wir wissen, daß die Gemeinde sich nicht damit beruhigen darf, daß es zu allen Zeiten so gewesen ist. Der hinter uns liegende Kirchenkampf und der Ernst der Stunde, in der wir stehen, verpflichten uns in anderer Weise, als es von der Kirche des neunzehnten Jahrhunderts gesagt werden kann. Wir haben nicht die Aufgabe, den Leitungen Wege aufzuzeigen und Schritte zu empfehlen. Aber wir dürfen und müssen sie um eine Antwort auf die Frage bitten, die heute in den Herzen vieler an sie gestellt wird, auf die Frage: Steht die Kirche noch zum Bekenntnis? – Oder hält sie die Stellung der reformatorischen Väter zum Wort und seinem Inhalt für überholt und der Uminterpretierung bedürftig? –

Gesteht die Kirche es jedem Pfarrer und Lehrer zu, nach seinem Ermessen oder entsprechend irgendeiner jeweils ihn beeindruckenden Strömung in der Theologie das Bekenntnis inhaltlich umzudeuten?

Müssen die jungen Brüder und Schwestern, die sich für die Ausbildung zum Dienst mit dem Wort entschließen, sich bereit halten, der Gemeinde, die sie ordiniert, Rechenschaft über ihre Stellung zum Bekenntnis abzulegen, oder sollen sie sich darauf einstellen, daß sie Recht und Pflicht haben, die Gemeinde in ihren privaten wissenschaftlichen Meinungen und Überzeugungen zu unterweisen?

Dürfen die Väter und Mütter, die ihre Kinder in den Kindergottesdienst und auf Jugendrüstzeiten schicken, der frohen Zuversicht leben, daß ihren Kindern Jesus Christus verkündigt wird, wie ihn die neutestamentlichen Zeugen und die reformatorischen Väter bezeugt haben, oder müssen sie damit rechnen, daß es vom Zufall abhängt, welche Deutung des Neuen Testaments ihren Kindern nahegebracht wird?

Die Gemeinde möchte Antwort haben, ob das im Gottesdienst von ihr gesprochene, bei Taufe, Konfirmation und Ordination von Eltern, Paten, Konfirmanden und Ordinanden abgenommene Glaubensbekenntnis mehr eine Form oder einen Pietätsakt gegenüber der Vergangenheit darstellt, oder ob es ernst gemeint ist?

Tut man den Brüdern, die ins Amt treten oder das Amt im Auftrag der Gemeinde verwalten, von seiten der Leitungen ein Unrecht, wenn man im Konfliktfall mit dem Glauben der Gemeinde sie darauf aufmerksam macht, daß gerade um der Ehrlichkeit ihrer Überzeugung willen sie auf das Amt verzichten und ihre Glaubensüberzeugung in einem anderen Beruf vertreten sollten? Leidet unsere Kirche nicht daran, daß den Trägern des Amtes diese Entscheidung erspart wird? Würde es nicht zwar viel Not, aber ein heiliges Erschrecken und ein gesegnetes Ringen in unserer Kirche geben, wenn diese Fragen wieder zu echten Fragen würden und das Amt als ein Auftrag gezeigt würde, zu dem es nur durch eine enge Pforte geht?

Wir wissen, daß ein Gespräch in dieser Freimütigkeit, wie es hier angefangen wird, Not macht, aber wir glauben, unseren Brüdern in den Kirchenleitungen diese Freimütigkeit schuldig zu sein, weil wir in der Liebe Jesu Christi ihnen verbunden sind und in der Fürbitte hinter ihnen stehen wollen.

D. Theodor Brandt

Mag. Hellmuth Frey

D. Paul Tegtmeier

Wir Unterzeichneten werden nicht mehr in Ruhe gelassen durch das Bewußtsein der Verantwortung, die wir mittragen für das, was sich im Raum der Kirche auf dem Gebiet der Lehre, der Predigt, Unterweisung und Seelsorge abspielt.

1. Wir tragen daher den Kirchenleitungen innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland unsere schwere Sorge vor um unsere Gemeinden, den theologischen Nachwuchs, um die Gemeinde- und Schuljugend. Wir sehen eine Zersetzung und Aushöhlung des Glaubens am Werk. Sie geht auch von solchen aus, die im Auftrag der Kirche das Hirten- wie das Lehramt ausüben.

2. Wir sehen diese Aushöhlung in der Umdeutung der Christusbotschaft. Wir sehen, wie ein durch autonomen Verstand, mit Hilfe autonom gehandhabter wissenschaftlicher Methoden erarbeiteter „rechter Christus“ an die Stelle des biblisch bezeugten Christus treten soll.

Einmal wird die sühnende Kraft des Leidens und Sterbens Jesu geleugnet, das andere Mal seine leibliche personhafte Auferstehung oder seine persönliche Wiederkunft zum Weltgericht und schließlich die Teilnahme der Gläubigen an seinem endzeitlichen Reich in der Auferstehung der Toten. Oder es werden die Zeugen der Schrift gegeneinander ausgespielt und schließlich der autonome Verstand bzw. das subjektive Ermessen des Einzelnen zum Richter über sie alle gemacht. Wenn Forschung und Lehre nicht mehr grundsätzlich als Funktion des Leibes Christi anerkannt werden, können die Resultate nur zur Auflösung der Schrift und des Bekenntnisses führen. Wir sehen nicht in der wissenschaftlichen Arbeit an der Schrift das Übel, sondern in ihrem falschen Ansatz und ihrer verfehlten Ausrichtung.

3. Wir fragen in unserer großen Sorge die Verantwortlichen in der Leitung unserer Kirche, was sie zu tun gedenken und welchen Rat sie wissen, um der Auflösung der Kirche zu steuern inmitten einer sich apokalyptisch zuspitzenden Zeit, als Erben eines verpflichtenden Bekenntniskampfes, nach Gerichten, aus denen uns nur Gottes Gnade einstweilen gerettet hat, in Verantwortung nicht zuletzt für die kommende Generation.

Wir bitten darum die Verantwortlichen in der Leitung um eine für jedermann faßliche Erklärung, ob die Kirche auch heute noch auf dem Bekenntnis der Väter steht oder ob dieses von ihr als überlebt und der Uminterpretierung bedürftig angesehen wird bzw. ob eine solche Umdeutung in das Belieben des Einzelnen gegeben ist. Einer solchen Erklärung bedarf es insbesondere für unsere jungen Brüder, die sich von der Schule kommend für das theologische Studium entschließen. Sie sollen von vornherein wissen, daß sie Entscheidungen vor Gott und der Gemeinde entgegengehen, die eine Auseinandersetzung auf Leben und Tod mit dem, der die Wahrheit ist, notwendig machen. Zur Zeit wiegen sie sich in der Zuversicht, die Kirchenleitungen brächten der subjektiven Uminterpretierung des Wortes und des Bekenntnisses nach dem Ermessen der jeweiligen wissenschaftlichen Strömung weithin Verständnis entgegen. Daran haben auch die in dankenswerter Weise von den Kirchenleitungen veranstalteten Rüstzeiten mit Studenten und Vikaren nichts Grundlegendes ändern können. Unsere jungen Brüder werden in dieser ihrer Auffassung bestärkt durch die Berufung von Persönlichkeiten in kirchliche Prüfungskommissionen, die bei aller Achtbarkeit ihres Wissens und ihrer Persönlichkeit selber das Bekenntnis der Kirche nicht mehr bejahen oder es uminterpretieren.

Wir erbitten über diesen Dienst am theologischen Nachwuchs hinaus eine Stellungnahme der Kirchenleitung zur Lehre, die den Pfarrern und Presbytern und notfalls auch durch Abkündigung den Gemeinden zugeleitet würde. Den Gemeinden und Presbyterien muß damit ihre Mündigkeit und ihre Verpflichtung zur Prüfung der Lehre bei der Bestellung ihrer Pfarrer und Katecheten ins Gedächtnis gerufen werden. Wir bitten die Kirchenleitungen angesichts des eingetretenen Notstandes, die Gemeinde zur Fürbitte für ihre Lehrer aufzurufen. Wir wissen, daß der begonnenen Zersetzung nicht durch kirchenregi-

mentliche Maßnahme gesteuert werden kann, sondern nur durch eine innere Erneuerung des Glaubenslebens, durch neue, vollmächtige Verkündigung der Christusbotschaft. Darum gerade bitten wir die Verantwortlichen in der Leitung, Pfarrer und Gemeinden zum Gebet um solche Erneuerung aufzurufen.

4. Wir wissen aber auch, daß eine Kirche in den gegebenen Verhältnissen dieser gefallenen Welt ohne klare Lehrbildung und bindendes Bekenntnis nicht leben kann. Wir müssen darum an die Bedeutung erinnern, die dem Bekenntnis als verbindlichem Maßstab bei der Ordination und Einsetzung der Diener der Kirche in ihre jeweiligen Ämter zukommt, besonders an Stellen, wo diese durch die Kirchenleitung wahrgenommen wird.

5. Im Blick auf die heutige Ordnung der Kirche, auf das Ordinationsgelübde und die Bezeugung des Glaubensbekenntnisses im Gottesdienst halten wir den augenblicklichen Zustand für eine nicht mehr länger zu verantwortende Unwahrhaftigkeit, die die Glaubwürdigkeit der Kirche vor Gott und Menschen zerstört. Sieht aber die Kirche keine Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen, so darf die bibelgläubige Gemeinde über solch ein neues Verständnis von Wort und Bekenntnis nicht im Unklaren gelassen werden. Die Eltern, die dann unter falschen Voraussetzungen ihre Söhne in die Ausbildung für den kirchlichen Dienst schicken und erst, wenn es zu spät ist, merken, daß ihre Söhne ihrem Glauben entfremdet werden, haben ein Recht darauf, zu wissen, woran sie ihrer Kirche gegenüber sind. Dasselbe gilt von allen Jugendveranstaltungen, wenn die Verkündigung in das freie Ermessen des einzelnen Jugendarbeiters gestellt ist.

Wir möchten alles zusammenfassen in dem Satz: Wir sehen, daß der status confessionis eingetreten ist. Wenn der Bekenntniskampf, der hinter uns liegt, nicht ein politischer, sondern ein Kampf um die Glaubensgrundlage der Kirche gewesen ist, bedarf es seiner Fortsetzung in anderer Form, auch wenn es schmerzhaftes Scheidung um Jesu Christi willen zur Folge hat. Das Lehramt, das im Auftrag des Herrn der Kirche im Namen der glaubenden Gemeinde ausgeübt wird, sehen wir an den Herrn gebunden, den uns die neustamentlichen Zeugen verkündigen. Er ist nicht erst hinter ihrem Zeugnis und auch nicht in Korrektur ihres Zeugnisses zu suchen.

Zu diesem Schreiben veranlaßt uns die in Seelsorge und Unterricht immer wieder erfahrene Not der Gemeinde und die uns mit dem Predigt- und Lehramt auferlegte Mitverantwortung für unsere Kirche. In diesem Sinne bitten wir, unser gemeinsames Wort zu hören.

Wir haben den Weg über die Öffentlichkeit bewußt vermieden, um die Sachlichkeit bei der Behandlung der schweren Fragen und den geistlichen Charakter der Verhandlung über folgeschwere Entscheidungen nicht zu gefährden.

Für regionale Gespräche mit Ihnen und den anderen in diesem Schreiben angedeuteten Kirchenleitungen stehen wir zur Verfügung und haben einen kleinen Bruderkreis herausgestellt.

32 Unterschriften von Pfarrern und Laien

Das in diesen Eingaben vom Rat der EKD erbetene Gespräch kam wegen Termenschwierigkeiten erst nach Ablauf der Berichtszeit zustande.

Im Laufe des Jahres befaßten sich mehrere Synoden mit Ausschnitten oder mit dem Ganzen des umfangreichen und vielschichtigen Problemkomplexes. Die Herbsttagung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen hatte zum Thema: „Der entscheidende Inhalt unserer Verkündigung.“ Das Grundsatzreferat von Professor D. Weber entfaltete folgende Thesen:

DER ENTSCHEIDENDE INHALT UNSERER VERKÜNDIGUNG

1. Die Gemeinde, ihr Zeugnis und damit das Zeugnis ihrer Glieder, lebt aus dem Evangelium von Jesus Christus. Dieses Zeugnis trägt seine Vollmacht in dem, den es verkündigt.

2. Gottes heilendes und richtendes Wort, wie es in der Person Jesu Christi ergangen ist, begegnet uns im vielfältigen, auf die Mitte bezogenen Zeugnis der Schrift und von da aus in der Verkündigung der Gemeinde.

3. Die „Sache“ der Verkündigung ist Jesus Christus, Gottes ewiges und wahres Wort, Gottes Gegenwart bei dem Menschen, Gottes Selbsterschließung für den Menschen, Gottes wirksamer Griff nach dem Menschen. Er, der Herr, ist um unseretwillen der Knecht geworden, hat das Gesetz auf sich genommen, hat dessen Forderung erfüllt und dessen Fluch getragen; in ihm hat Gott die Welt mit sich versöhnt. Er ist unseren Tod gestorben und von Gott uns zum Leben auferweckt. Er hat das Reich Gottes nicht allein verkündigt, sondern er hat es zu uns gebracht und für uns aufgeschlossen. Er hat unseren verdienten Tod auf sich genommen und uns das Leben zugebracht.

4. In Jesus Christus hat Gott unsere böse Vergangenheit abgetan und uns eine Zukunft in seiner Gnade aufgeschlossen. Er hat uns damit Raum zur Umkehr gegeben, ohne welche kein Mensch zum Frieden mit ihm kommen kann. Die Umkehr des Menschen besteht nie bloß in einer Änderung seiner Selbstauffassung. Sie besteht darin, daß Gott unseren verkehrten Weg zu sich selbst hin in Christus wendet. An ihm fällt die Entscheidung darüber, ob wir vor Gott bestehen können oder nicht. In ihm werden wir, als die endzeitliche Heilsgemeinde, zum Zeugnis an die Welt bestimmt und auf das endgültige Gericht gerichtet, dem wir einzig in der uns gewährten Gnade standhalten können.

5. Die Gemeinde lebt nie von den tatsächlichen oder angeblichen Ergebnissen der theologischen Wissenschaft. Aber wenn anders die theologische Wissenschaft sich um das Schriftzeugnis und dessen dogmatisches Verständnis müht und wenn anders die Gemeinde aus dem in der Schrift bekundeten Wort lebt, so können Gemeinde und Theologie einander nicht entbehren. Die Theologie hat die Aufgabe, Fragen zu stellen und ihrer Beantwortung vorzuarbeiten. Aber sie muß sich bewußt sein, daß sie von der einen großen Antwort lebt, die Gott in Christus gegeben hat und die er durch den Heiligen Geist gibt und geben wird. Die Gemeinde, welche diese Antwort in ihrem Zeugnis aus- und nachsprechen soll, wird die Fragen der Theologie nie ohne Schaden überhören, aber auch nie ohne Schaden mit der allein dem Glauben vernehmbaren Antwort verwechseln. Eine eigenmächtige Theologie ist stets gemeindefremd. Aber es gibt auch keine Eigenmacht der Gemeinde; denn die Gemeinde ist aus dem Wort überhaupt erst Gemeinde.

In einer Verlautbarung des Ausschusses „Verkündigung“ der Landessynode heißt es:

In vielen Gemeinden unserer Kirche herrscht Unruhe über die „historisch-kritische Theologie“. Deshalb hat sich die Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen mit dem Thema beschäftigt: „Der entscheidende Inhalt unserer Verkündigung“. Bei dem Gespräch über dieses Thema haben wir mit Freude und Dankbarkeit entdeckt, daß die Übereinstimmung viel größer war, als wir dachten. Deshalb konnten wir in aller Offenheit über die unterschiedlichen Auffassungen miteinander sprechen. Manches Mißverständnis konnte dabei beseitigt werden. Dem Gespräch, das sich an ein Referat von Professor D. Weber (Göttingen) anschloß, entnehmen wir folgende Gedanken und Sätze, in denen wir einmütig den entscheidenden Inhalt der Verkündigung sehen: Jesus Christus ist und bleibt allein Gottes Wort.

In ihm wird seine Liebe Tat. So schenkt Er sich uns selbst. In ihm nimmt Er uns für sich in Anspruch. Er, der Herr, hat getan, was wir Gott schuldig sind. Er hat Gottes Gesetz auf sich genommen, hat dessen Forderung erfüllt und dessen Fluch getragen; in ihm hat Gott die Welt mit sich versöhnt. Er ist unseren Tod gestorben und von Gott für uns zum Leben auferweckt. Er hat das Reich Gottes nicht nur verkündigt, sondern es zu uns gebracht und für uns aufgeschlossen. Mit seinem Sterben und Auferstehen hat er die Macht des Todes zerbrochen und uns befreit zu einem neuen Leben.

In Jesus Christus hat Gott unsere böse Vergangenheit abgetan und uns eine Zukunft in seiner Gnade aufgeschlossen. Er hat uns damit Raum zur Umkehr gegeben, ohne welche kein Mensch zum Frieden mit ihm kommen kann. Das sagt uns die Heilige Schrift in beiden Testamenten.

In dieser gemeinsamen Überzeugung haben wir unsere Sorgen und Fragen gegenseitig ausgetauscht.

Gemeindeglieder, die nicht Theologie studiert haben, sagten:

1. Unser Gespräch auf der Landessynode hat uns Mut gemacht, die theologische Forschung zu bejahen. Weil der Sohn Gottes Mensch geworden ist, ist die historische Forschung eine nötige Aufgabe in der Kirche. Die biblischen Zeugen fahren aber fort: „Wir sahen seine Herrlichkeit“ (Joh. 1, 14). Damit ist der menschlichen Forschung eine Grenze gesetzt. Sie darf den Zugang zur Herrlichkeit Jesu nicht versperren.

2. Wissenschaftliche Arbeit ist ständig im Fluß. Sie entfaltet sich im Gespräch der Wissenschaftler miteinander. Die Gemeinde lebt nicht von den wechselnden Ergebnissen der theologischen Wissenschaft, sie lebt von den großen Taten Gottes, wie sie uns in der Schrift und in unseren Bekenntnissen bezeugt sind. Deshalb halten wir es für Unrecht, wenn ungesicherte Ergebnisse der Wissenschaft vor die Gemeinde gebracht werden mit dem Anspruch, letztgültige Wahrheit zu sein.

3. Wie ist es mit der Klarheit der Heiligen Schrift? Kann man sie dem Laien zum eigenen Lesen und Hinhören in die Hand geben? Wissenschaftlich forschende Theologen wie alle Gemeindeglieder sind gleichermaßen darauf angewiesen, daß der Heilige Geist sie erleuchtet. Das verbindet alle Glieder der Gemeinde, sie sind dem Wort gleich fern und durch Gottes Gnade gleich nah. Auch kritische Forschung sollte dem bibellesenden Gemeindeglied helfen zur Erkenntnis des in Christus gegebenen Heils.

4. Es ist zwar richtig, daß die Zeitgenossen Jesu nicht durch die bloßen Tatsachen seines Lebens zum Glauben gekommen sind. Aber dennoch hängt der Glaube an der Geschichte seines Lebens und nimmt die Zeichen Gottes dankbar hin. Die Gemeinde ist also in hohem Maße an der Erforschung der Geschichte Jesu innerlich beteiligt, aber sie weiß auch, daß bloße Forschung das Geheimnis der Geschichte Jesu nicht erschließt. Forschung kann ihr den Glauben weder nehmen noch beweisen. Gott hat die Jünger durch Ereignisse wie die Begegnung mit dem Auferstandenen zum Glauben geführt. Das kann und darf die Kirche nicht ungestraft beiseite schieben.

5. In der Kirche wird verkündigt und gehört. Um den Hörer zu erreichen, muß der Redende eine verständliche Sprache sprechen. Das Wort Gottes muß in Worte übersetzt werden, die den Menschen unserer Tage verständlich sind und geeignet, die Botschaft Gottes klar und wirksam werden zu lassen.

6. Immer wieder wird behauptet, die Verkündigung der Kirche heute sei langweilig. Predigt ist kein Vortrag, sondern Zeugnis. Wir fragen unsere Pastoren: Erwartet ihr, daß tatsächlich auch heute der lebendige Herr durch sein Wort wirkt und ruft? Wir fragen aber auch uns selbst: Rechnen wir damit, daß durch Menschenmund Gott selber zu uns spricht, Sünde vergibt und unser Leben mit ihm ins reine bringt? Tragen wir durch unsere Fürbitte dazu bei? Wo in unseren Gemeinden treffen wir uns in Gebetskreisen, in denen wir für unsere Pastoren und Gottesdienste beten? Und schließlich: Sind wir selber in unserer alltäglichen Umwelt Zeugen, die die frohe Botschaft weitertragen?

7. Das Neue Testament sagt: Das eine Wort von der Versöhnung muß auf mannigfaltige Weise an alle Menschen weitergegeben werden. Es zählt eine Fülle von Geistesgaben auf, die dazu dienen, den einen Inhalt des rettenden Wortes auf vielfältige Weise in die Welt hinein laut werden zu lassen. Es ist nicht gut, wenn in unseren Gemeinden ein Mißtrauen vorhanden ist gegenüber vielfältigen Formen von Verkündigung wie zum Beispiel Evangelisationen, Sozialseminaren, Akademietagungen, Schulwochen, Evangelischen Wochen und vielem anderen mehr. Auch ist es eine erschreckende Feststellung, daß in den vergan-

genen Jahren in vielen Gemeinden die Bibelstunden eingeschlafen sind. Häufig wird auch in den Gemeindekreisen nicht mit der aufgeschlagenen Bibel vor Augen gründliche Bibelarbeit getrieben. Die Liebe Christi drängt uns dazu, auf vielfältige Weise in Wort und Tat das Evangelium so vielen Menschen wie möglich nahezubringen.

8. Das Neue Testament sagt uns, daß es ein verschiedenes Maß an Erkenntnis und auch an Glauben gibt. Es weist aber die Gemeindeglieder darauf hin, daß einer dem anderen dienen soll auch mit seinen Erkenntnissen, Fragen und Antworten. Dieses gegenseitige Gespräch könnte in unseren heutigen Gemeinden ganz besonders fruchtbar werden. Denn hier steht der „studierte Theologe“ neben all denen, die nicht Theologie studiert haben. Hier stehen Fachleute aus den verschiedensten Sachgebieten und Bildungsgraden nebeneinander. Die einen haben Fragen, wo andere Antworten haben. Die einen stecken in Anfechtung, wo andere aus ihren Glaubenserfahrungen helfen können. Durch vielfältige Gespräche untereinander will der eine Inhalt der biblischen Botschaft immer neu zu jedem einzelnen kommen, uns zur Gemeinde zusammenschließen und uns ewig selig machen.

Die Theologen sagten:

1. Gott hat sein Wort in Jesus von Nazareth Mensch werden lassen, der sich als der auferstandene und erhöhte Herr durch die Botschaft seiner Jünger und Apostel bezeugt. Dieses Zeugnis finden wir in der Heiligen Schrift. Wir haben den Auftrag, das in der Heiligen Schrift enthaltene Christuszeugnis weiterzugeben. So ruft uns der Heilige Geist zum Glauben.

Gott redet durch die Heilige Schrift und die sich auf sie gründende Verkündigung der Kirche mit uns auf menschliche Weise. Weil Gott so und nicht anders mit uns redet und uns so zum Glauben an Jesus Christus ruft, müssen wir uns darum bemühen, die Heilige Schrift zu lesen, zu begreifen und auch zu erforschen. Das ist die Aufgabe der ganzen Gemeinde. Wir müssen deshalb alle Glieder der Gemeinde bitten, im Lesen und Erforschen der Heiligen Schrift nicht lässig zu werden.

2. Gott hat auf menschliche Weise zu uns geredet, daß wir in menschlichen Worten seine Stimme hören. Deshalb kann seine Stimme mit menschlichen Worten verwechselt werden. Wir haben ja den Schatz in irdenen Gefäßen. Damit wir den Schatz in den irdenen Gefäßen entdecken, hat uns Gott seinen Geist verheißen, der uns in alle Wahrheit leitet (Joh. 16, 13). Dafür sollten wir dankbar und froh sein und um seinen Geist ihn immer wieder bitten.

3. Daß Gott auf so menschliche Weise mit uns redet, schließt aber auch die Aufgabe ein, daß wir den Sinn der Heiligen Schrift zu begreifen versuchen. Ohne diese Mühe gibt es keinen Glauben und keinen Gehorsam. Wir sollten deshalb so sorgfältig wie möglich mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Heilige Schrift erforschen. Diese unablässige Mühe begründet die Freiheit der theologischen Forschung.

Habt deshalb dafür Verständnis, daß die Theologen immer neue Erkenntnisse erarbeiten. Sie müssen um der Forschungsaufgabe willen gewagte Aussagen machen. Sie können dabei irren und haben geirrt. Verwechselt deshalb ihre Erkenntnisse nicht mit den Glaubensaussagen der Kirche. Sie wollen nur einem immer klareren Verständnis der Heiligen Schrift und unseres Glaubens dienen.

4. Wir finden die Botschaft von Christus in den verschiedenen Schriften des Neuen Testaments. Verschiedene Menschen haben in ihrer Sprache, in ihren Bildern, in ihrem Stil, in ihrer Situation für ihre Umwelt die Botschaft weitergegeben. Alle diese mannigfaltigen Zeugnisse haben ihre Einheit, ihre Mitte und ihr Ziel darin, daß sie den gekreuzigten Jesus als den lebendigen Christus bezeugen. Deshalb müssen wir bereit sein, diese Einheit in dieser Mannigfaltigkeit zu sehen. Auch heute.

5. Der Glaube an Jesus Christus äußert sich in vielerlei Glaubenshandlungen und Diensten, Glaubensvorstellungen und Glaubenserlebnissen. In dem Vielerlei dieser sich

verändernden Glaubensäußerungen bleibt der Glaube stets der gleiche. Zu jeder Zeit hat sich deshalb die Gemeinde neu zu fragen, wie sie ihrem Glauben Ausdruck geben soll. Es wäre aber gefährlich, wenn wir die zeitbedingten Glaubensäußerungen mit dem Glauben selbst verwechselten.

In jedem Menschenleben verändern sich die Vorstellungen, in denen sich der Glaube ausdrückt. Das gilt auch für die verschiedenen Generationen. Wir müssen deshalb unsere traditionellen Glaubensvorstellungen immer wieder überprüfen an den Aussagen der Heiligen Schrift und der kirchlichen Bekenntnisse und unseren Glauben in einer unserer Zeit entsprechenden Weise neu bekennen. Die traditionellen Glaubensvorstellungen unserer Vorfahren über Leib und Seele, Himmel und Hölle, Entwicklung des Menschen und anderes festzuhalten oder aufzugeben entscheidet nicht über Glauben und Unglauben.

6. Die biblischen Zeugen stehen als Glaubende in der ständigen Auseinandersetzung mit den Weltbildern ihrer Zeit, die anders waren als die gegenwärtigen. Der heutige Mensch mit seinen Weltbildern steht deshalb in Gefahr, die biblischen Zeugen nicht zu verstehen, weil sie ihr Zeugnis in Vorstellungen kleiden, die ihm fremd sind. Er kann deswegen leicht die Auseinandersetzung der biblischen Zeugen mit ihren Weltbildern verkennen und sie nur als Vertreter veralteter Weltbilder ansehen. So wird oft mit der Schale der Kern verworfen. Darum stellt sich die Theologie der Aufgabe, das Glaubenszeugnis der Bibel dem heutigen Leser verständlich zu machen. Wir bitten die Gemeinde zu verstehen, daß diese Bemühung uns allen helfen möchte, eine unehrliche Doppelgleisigkeit zu vermeiden. Nur so werden wir fähig zum Zeugendienst an den Mitmenschen.

7. Jedes Gemeindeglied kann die Bibel selbst lesen und auslegen. Darum bitten wir: Lest sie als das Wort Gottes, als das Zeugnis, das zum Glauben führt. Lest sie nicht, als wäre sie ein naturwissenschaftliches oder historisches Lehrbuch; das will die Bibel nicht sein. Bittet um den Heiligen Geist, daß er euch durch das Wort der Bibel Erkenntnis des Glaubens gebe. Hört beim Bibellesen auf die Erkenntnisse der Väter und Brüder des Glaubens, auch der Theologen. Die Väter und Brüder helfen euch beim Verstehen der Bibel. Sie weisen euch hin auf deren Mitte: die Person und das Werk Jesu Christi. Helft den Theologen durch eure Fürbitte und durch eure geistliche Erkenntnis, daß sie über ihrer wissenschaftlichen Arbeit den lebendigen Herrn nicht aus den Augen verlieren. Helft ihnen dabei, heute die Christusbotschaft so auszurichten, daß sie jedermann verstehen kann. Vergeßt aber nie, daß auch ihr zu Botschaftern an Christi Statt berufen seid.

Die Landessynode nimmt diese Feststellungen, Anregungen, Fragen und Bitten, welche aus dem Gespräch zwischen Gemeinde und Theologie erwachsen sind, entgegen und bittet alle, sie sorgsam zu bedenken, Mißverständnisse beseitigen zu helfen und das Gespräch auf dieser Grundlage fortzuführen. „Dienet einander, ein jeglicher mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter der mancherlei Gnade Gottes“ (1. Petr. 4, 10).

Auch die Generalsynode der VELKD, die im April in Berlin-Spandau zusammentrat, befaßte sich mit den Nöten, die in den Gemeinden aufgrund der theologischen Situation aufgebrochen sind. Sie beschloß folgende Verlautbarung:

Die Synode weiß in ihrer Verantwortung für die Kirche und für die Gemeinden, daß die Kirche ohne ihre Theologie nicht leben kann und daß sie der Theologie reiche Erkenntnisse verdankt. Sie erkennt an, daß die heutige Theologie mehr als früher bereit ist, ihre kirchliche Verantwortung wahrzunehmen.

Sie kann aber andererseits nicht verschweigen, daß die theologische Situation von heute in den Gemeinden gerade bei ernststen Christen Besorgnis und Unruhe ausgelöst hat. Die Synode spricht daher hierzu drei Bitten aus:

1. Die Bischöfe und die Kirchenleitungen möchten das Gespräch mit den Theologischen Fakultäten über gemeinsame Fragen laufend pflegen.

2. Die Theologischen Fakultäten möchten in verstärktem Maße zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen theologischen Disziplinen kommen, vor allem im Blick auf die Verkündigung der Kirche.

3. Bei aller sachlichen Strenge der theologischen Forschung möchten die Hochschullehrer ihre Bemühungen darauf richten, der jungen Theologengeneration zu einem freudigen Dienst in der Kirche zu verhelfen. Sie möchten sich bewußt bleiben, daß ihre Arbeit nicht nur der Forschung dient, sondern immer auch zugleich der Zurüstung für den Dienst in der Gemeinde.

Vor dem württembergischen Landeskirchentag, der Anfang Oktober zusammentrat, nahm Landesbischof D. Haug Stellung, indem er sich an die theologischen Wissenschaftler einerseits und an die Gemeinden und Gemeinschaften, Pfarrer und Mitarbeiter andererseits wandte:

I.

1. Ihr Theologen erforscht heute mit großem Scharfsinn die Vorgeschichte unseres Neuen Testaments, die Entstehung der einzelnen „Perikopen“ aus der mündlichen Verkündigung, die Entwicklung der Zusammenfügung dieser Einzelabschnitte zum Ganzen einer neutestamentlichen Schrift und schließlich die Entstehung der ganzen Schriftensammlung. Habt Dank dafür! Dies alles kann uns helfen, das biblische Wort besser zu verstehen. Aber seid ihr im Augenblick nicht in Gefahr, vor lauter wirklich schon entdeckten oder mutmaßlichen Vorstufen die Endstufe des neutestamentlichen Zeugnisses, wie sie uns jetzt vorliegt, nicht mehr voll zu nehmen, nicht mehr zuerst und zuletzt zu fragen: Was steht jetzt da?, nicht mehr dieses uns jetzt gegebene Zeugnis auszulegen? Bitte, legt uns doch jedenfalls die uns gegebenen Texte aus!

2. Ihr Theologen zeigt uns heute die ganze Mannigfaltigkeit, Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit der neutestamentlichen Zeugnisse und lehrt uns damit viel schärfer hinsehen und hinhören, was Paulus sagt und was Jakobus, was Markus sagt und was Lukas, und wir sind manchmal mit euch zusammen erstaunt darüber, wie weit diese verschiedenen Zeugnisse auseinandergehen und in ihrem Wortlaut auch gegeneinander stehen können, schon damals in manchem so weit wie die verschiedenen Konfessionen in der christlichen Kirche später und heute. Habt Dank für jede scharfe Beobachtung und Herausstellung des tatsächlichen biblischen Befunds! Aber seht und zeigt ihr unseren Studierenden und uns auch noch die Einheit der Schrift in der Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit und Gegensätzlichkeit ihrer Zeugnisse, die Einheit auch der späteren Schriften mit den früheren, die Bezogenheit aller dieser verschiedenen Zeugnisse auf den einen Herrn, auf die Mitte, um die sie alle kreisen? Die Heilige Schrift ist ja nun einmal nicht das Zeugnis eines einzelnen, sondern der vielstimmige Chor von Zeugen verschiedenster Art.

Ihr eines großes Thema wird in immer neuen Bearbeitungen, auf neuen geschichtlichen Stufen, unter neuen Umständen aufgenommen und verarbeitet. Das „Lagerbuch Gottes“, wie Johann Albrecht Bengel die Schrift nannte, legt sich in einer weiten Geschichte auseinander und erlaubt uns nicht, nach Art der Sekten bald da, bald dort ein Stück herauszupflücken, das uns in unser System zu passen scheint, und die anderen Stücke abzuwerfen.

3. Ihr Theologen seht und zeigt in eurer theologischen Arbeit an der Heiligen Schrift überall den Menschen am Werk, wie jeder mit seinen Ohren hört, mit seinem Mund und seiner Feder und in seiner Sprache das Gehörte weitersagt und überliefert, wie die jeweiligen Hörer und Leser und die ganze Lage sein Reden und Schreiben mitbestimmen und sein Verstehen, auch sein Mißverstehen, sein Zeugnis mitgestalten; ihr seht und zeigt die durch und durch auch menschliche Geschichte der Entstehung und Sammlung der Schriften Alten und Neuen Testaments, die die Kirche schließlich als „Kanon“, als die maßgebende Ur-Kunde der Offenbarung festgestellt und gültig erklärt hat. Aber seid ihr heute nicht

wieder einmal in Versuchung, dabei zu übersehen, daß in dieser Werkstatt, in der viele Menschen in einer 2000jährigen Entstehungsgeschichte tätig waren mit allen ihren Menschlichkeiten, ein ganz anderer am Werke war, der Meister dieser Werkstatt, der Heilige Geist, der mit diesen „Werkzeugen“, nein, mit diesen menschlichen Boten und Zeugen nicht auf dem Wege des Diktats und der Ausschaltung des Menschen, sondern auf dem Wege einer ungleichen Partnerschaft mit seinen Gesellen und Lehrlingen sein Meisterwerk gemacht, seine für alle Zeiten und für alles weitere Predigen maßgebende Predigt gehalten, sein Buch – die Heilige Schrift – geschrieben hat, die im einzelnen und im ganzen den Stempel seines Geistes trägt? Und kommt nicht alles darauf an, daß wir um dieses einzigartigen Autors willen die einzigartige Autorität dieses Buches vor, während und nach aller Kritik an seinen Menschlichkeiten anerkennen und es darum auch in der theologischen Arbeit noch anders als alle anderen Bücher lesen und auslegen? Wir bitten mit vielen unserer Mitchristen die theologischen Lehrer und die Theologiestudenten unserer Kirche herzlich, daß sie sich diese kritischen Fragen aus der glaubenden, bekennenden und predigenden Kirche und Gemeinde, zu der sie selbst gehören, an ihre theologische Arbeit stellen lassen und sie um der Sache willen ganz ernst nehmen.

II.

Aber wir bitten andererseits auch unsere Gemeinden und Gemeinschaften, unsere Pfarrer und alle Mitarbeiter im Dienst am Worte Gottes herzlich, sich dem notwendigerweise immer auch kritischen Dienst der Theologie an der Kirche, sich der heilsamen Beunruhigung all unserer Traditionen und Standpunkte durch sie nicht zu entziehen. Die Theologie stellt auch der Gemeinde Fragen an ihren Umgang mit der Bibel, die wir schon längst viel ernster hätten nehmen müssen.

1. Sie ruft der Gemeinde zu: Ihr heißt die Bibel Gottes Wort – sie ist es auch. Aber nehmt ihr sie so, wie sie uns von Gott gegeben ist? Ihr heißt sie Gottes Brief an uns; sie ist es auch. Aber lest ihr diesen Brief so genau, wie gerade er es nun verdient? Dann könnt ihr den geschichtlichen Charakter der Bibel nicht mehr länger übersehen. Jedes ihrer Bücher ist an einem bestimmten geographischen Ort, zu einer bestimmten Zeit, in einer bestimmten Umwelt von einem in der Geschichte stehenden Menschen für einen bestimmten Zweck, an einen bestimmten Leserkreis geschrieben worden. Die genaue Kenntnis dieser Daten mag für uns im einzelnen vielfach im Dunkeln bleiben; aber niemand überspringt das Fragen nach dem ursprünglichen, geschichtlichen Sinn eines biblischen Wortes oder Abschnitts oder Buches ungestraft. Die unermüdliche geschichtliche Arbeit der Theologie ist von der Bibel selbst gefordert und auch für die Gemeinde unentbehrlich.

2. Die Theologie fragt die Gemeinde: Nehmt ihr die Bibel so, wie sie uns einmal von Gott gegeben ist? Dann werdet ihr sie auch in ihrem menschlichen Charakter stehenlassen. Es geschieht Gott keine Ehre damit, daß wir die Menschlichkeit des göttlichen Wortes nicht wahrnehmen, nicht wahrhaben wollen. Wir sind im Gegenteil sonst in Gefahr, gerade das größte Geheimnis der göttlichen Barmherzigkeit nicht zu erkennen, das darin liegt, daß Gott seinen eingeborenen Sohn in unser Fleisch und Blut hineingab und apostolisches Zeugnis von diesem Herrn in ein menschliches Buch hinein verbarg. Aufmerksame Bibelleser, nicht zuletzt unsere schwäbischen Väter, voran J. A. Bengel, haben das zu allen Zeiten wahrgenommen. Es kann nicht anders sein, als daß der theologische Lehrer und der Theologiestudent, die so intensiv mit dem Text der Schrift konfrontiert werden, dabei auf ihre Knechtsgestalt stoßen, ihrer tiefen Menschlichkeit ansichtig werden. Das müßte kein Grund sein, daß der junge Theologe in seinem Glauben irre wird; geschieht es trotzdem, sind dann nicht wir mitschuldig, weil wir in der Gemeinde unzutreffende Vorstellungen von der Heiligen Schrift weiterpflegen, die zwangsläufig zerbrechen müssen, wenn der junge Theologiestudent die Realität des Schriftworts genau sehen lernt? Wir tun niemand einen Dienst, wenn wir einer vorgefaßten Meinung zuliebe

geschichtliche Tatbestände nicht wahrhaben wollen, am allerwenigsten Gott. Wir verbauen damit auch manchen Zeitgenossen den Weg zu einer fruchtbaren Begegnung mit der Heiligen Schrift, wenn sie durch unsere Schuld an der Entdeckung der Menschlichkeit der Heiligen Schrift scheitern, weil sie meinen, dadurch sei ihre Herrlichkeit widerlegt.

3. Die Theologie fragt die Gemeinde: Nehmt ihr die Bibel so, wie sie uns von Gott gegeben ist? Dann werdet ihr auch die Verschiedenheiten, auch die Widersprüche und Gegensätzlichkeiten in ihr stehenlassen, dem Uniformieren und künstlichen Harmonisieren absagen und jedem Schreiber der Heiligen Schrift seinen Eigenton lassen, jeden hören, wie er seine Sache sagt, von seinem Standort aus, für seine Leser und in seiner Zeit. Wie monoton bleibt unsere Schriftauslegung, unsere Predigt, wenn wir nicht lernen, auf die Polyphonie des biblischen Zeugnisses von dem einen Herrn und seinem Heil zu hören und die verschiedenen Stimmen abzuhorchen, um uns an dem Reichtum der einen Heiligen Schrift zu erfreuen.

4. Die Theologie fragt die Gemeinde: Nehmt ihr die Bibel so, wie sie uns von Gott gegeben ist? Dann müßt ihr auch mit den Schranken rechnen, die dem einzelnen Schreiber in den Denk- und Vorstellungsformen seiner Zeit gezogen sind. Wohl geht es in der Bibel um das ewige Heil in Christus, aber die ewigen Heilsgedanken Gottes werden in ihr in durchaus menschlichen und zeitgeschichtlichen Vorstellungen ausgesprochen. Es ist töricht, daran Anstoß zu nehmen, daß die Schreiber der Bibel im Dienste des göttlichen Wortes zu ihren Zeitgenossen in den Vorstellungen und Begriffen und Weltbildern ihrer Zeit gedacht und geredet haben, in denen sie sich selbst zusammen mit ihrer Umwelt bewegten, in denen sie sich auch allein verständlich machen konnten. Daß Gott der allmächtige Schöpfer der Welt und der Menschen ist, hören wir aus den beiden in sich selbst wieder so verschiedenen biblischen Schöpfungsberichten von 1. Mose 1 und 2 und den Schöpfungspsalmen unverbrüchlich und andringend, auch wenn die Schreiber dieser Kapitel andere Vorstellungen von Weltall, Erde und Mensch hatten als die heutige Wissenschaft. Ihr Zeugnis wird auch dann noch gelten, wenn etwa eine zukünftige Wissenschaft unser Weltbild noch einmal so sehr oder gar noch viel mehr verändert haben wird, als die heutige Wissenschaft das Weltbild der Alten verändert hat.

5. Nehmt ihr die Bibel so, wie sie selbst genommen sein will? Dann macht aus ihr kein Gesetz, weder ein Denk- noch ein Glaubensgesetz, sondern nehmt sie als das Gnadenmittel, durch das der Herr der Schrift, das lebendige und lebenzeugende Wort, in uns Glauben schaffen und im Glauben an den Sohn Gottes uns das Leben schenken will, das Leben aus Gott jenseits von Tod und Gericht. Es geht in der Schrift, wie der große Schrifttheologe Martin Luther es unsere Kirche, hochgelehrt und einfältig zugleich, gelehrt hat, zuerst und zuletzt darum, daß „Jesus Christus ... sei mein Herr, der mich verlorenen und verdammten Menschen erlöst hat, erworben und gewonnen von allen Sünden, vom Tod und von der Gewalt des Teufels, nicht mit Gold oder Silber, sondern mit seinem heiligen, teuren Blut und mit seinem unschuldigen Leiden und Sterben, auf daß ich sein eigen sei ...“

b) Gottesdienstordnung und Gemeindeleitung

Die Kirche lebt vom und im Ergehen des Christuszeugnisses. Darum hängt ihr Leben ab von ihrem gottesdienstlichen Leben; an dem Geschehen in der Versammlung der gottesdienstlichen Gemeinde entscheidet es sich, ob die Kirche und wie sie ihrer Sendung, Salz der Erde und Licht der Welt zu sein, entspricht. Bemühungen um den Gottesdienst, auch um seine Form und Ordnung, dienen, indem sie der Gemeinde dienen, der Welt, denn unter der Lebensbewegung einer die biblische Botschaft in die gegenwärtigen Verhältnisse einzeichnenden Predigt formt die Kirche ihre Dienste verantwortlich und vollmächtig.

Eine besonders in den östlichen Gliedkirchen erprobte Weise, den gemeinsamen Kirchgang der Familien zu fördern und wieder zu beleben, sind Gottesdienste, zu denen Eltern und Kinder in besonderer Weise eingeladen werden und für die sich der Name „Familiengottesdienste“ eingebürgert hat. Das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsen erließ folgende

RICHTLINIEN FÜR DIE GESTALTUNG DER FAMILIENGOTTESDIENSTE

1. Der Familiengottesdienst kann entweder so gehalten werden, daß die Kinder bis zum Gradualied bzw. bis zum Lied nach dem Credo mit den Eltern zusammen am Gottesdienst teilnehmen, und daß sie dann – mindestens während der Predigt – in besonderen Räumen versammelt werden, oder so, daß die Kinder den ganzen Gottesdienst mit den Eltern zusammen erleben. Auch bei der letzteren, zweckmäßig häufiger zu wählenden Form empfiehlt es sich, die Kleinstkinder in einem anderen Raume betreuen zu lassen, und zwar während des ganzen Gottesdienstes.

2. Da der Familiengottesdienst die Freude am regelmäßigen Gottesdienstbesuch stärken soll, ist die gegebene Zeit für ihn die Zeit des Hauptgottesdienstes.

3. An Sonntagen, an denen Familiengottesdienst gehalten wird, findet kein Kindergottesdienst statt. Im übrigen aber ist die Kindergottesdienstarbeit treu und beharrlich weiterzutun. Familiengottesdienste sollen nur in größeren Abständen, freilich in einer gewissen Regelmäßigkeit, gehalten werden.

4. Der Familiengottesdienst, der ja zugleich Hauptgottesdienst für alle Gemeindeglieder ist, ist nach der für die Landeskirche geltenden Gottesdienstordnung ohne willkürliche, subjektive Eingriffe zu halten. Eine zeitliche Straffung ist nötig.

5. Im Rahmen der Gottesdienstordnung ergeben sich folgende Möglichkeiten für die aktive Beteiligung der Kinder: a) Gesang eines in der Christenlehre erarbeiteten Liedes als Introitus, b) Alternatimsingen mit der Gemeinde, c) Ansagen des Wochenspruches nach den Abkündigungen, d) Tragen des Brotkorbes zum Altar.

6. Die Vornahme einer Taufe im Verlauf des Familiengottesdienstes wird empfohlen. Es kann auch ein Taufgedächtnis mit Verlesung der Namen der in letzter Zeit Getauften und Fürbittgebet gehalten werden.

7. In den Familiengottesdiensten, bei denen die Kinder am ganzen Gottesdienst teilnehmen, muß die Verkündigung mit besonderer Sorgfalt vorbereitet werden. Sie muß Erwachsene und Kinder gleicherweise ansprechen. Wem es gegeben ist, kann bei Familiengottesdiensten in die Predigt Fragen an die Kinder (ja auch an Erwachsene) einflechten.

8. Auf alles, was dem Wesen des Hauptgottesdienstes fremd ist, ist zu verzichten. Dazu gehören zum Beispiel Lichtbilder- und Tonbandvorführungen, aber weithin auch szenische Darstellungen.

9. Eine Ausgestaltung des Familiengottesdienstes über die hier gegebenen Richtlinien hinaus soll nicht vorgenommen werden, bevor sie mit dem Superintendenten besprochen worden ist.

10. Es ist darauf zu achten, daß die Kinder, solange sie nicht – etwa zum Singen – zusammengenommen werden müssen, bei ihren Eltern sitzen.

11. Die Familiengottesdienste verlangen genaue Vorbereitung, ausführliche Vorbesprechung und Festlegung des Gottesdienstverlaufs zusammen mit dem Katecheten, dem Kantor, der Gemeindegliederin; Einüben der Lieder in den Christenlehrestunden; Schreiben von Einladungskarten durch die Kinder (auch an Großeltern, Paten, Verwandte); Elternbesuche durch Katecheten und einsatzbereite Gemeindeglieder (besonders aus dem Kirchenvorstand, dem Frauendienst und dem Männerwerk). In verschiedenen Kirchengemeinden ist im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Familiengottesdiensten eine lebendige Besuchsdienstarbeit entstanden.

Nach reformatorischer Erkenntnis gehören Gottes Wort und Gottes Volk zusammen; der gottesdienstlichen Verkündigung entspricht die hörende und antwortende Gemeinde. Zu den dieser Erkenntnis Rechnung tragenden Fragen und Aufgaben der Gemeindeleitung gab die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland aufgrund der Januartagung der Landessynode nachstehende Handreichung heraus:

LEITUNG DER GEMEINDE

Jesus Christus leitet seine Gemeinde durch den Heiligen Geist. Er sammelt Gemeinde auf vielerlei Weise und verleiht seine Gaben auf mancherlei Art. Der Heilige Geist legt unter uns das Evangelium aus. Er gibt Erkenntnis und schafft Gehorsam. Er erleuchtet Prediger und Lehrer und erweckt Zeugen des göttlichen Wortes in unserer Mitte, wo wir es nicht erwartet haben. Er gibt seinen Dienern gute Gedanken und überwindet ihre Verzagtheit und ihren Hochmut. Er öffnet uns die Augen für das Leben der Menschen in der Welt und sendet uns zu jeglichem guten Dienst an den Menschen unserer Zeit.

I.

Der Heilige Geist leitet die Gemeinde durch Menschen, die er durch sein Wort in den Gehorsam ruft.

Dem Wirken des Heiligen Geistes wird gewehrt, wenn andere Mächte zur Herrschaft gelangen: Der Glaube an den Zwang der Verhältnisse, eine sich ausweitende Macht der Bürokratie, das Geltungsbedürfnis einzelner Menschen oder eine erstarrte Tradition.

Jesus Christus spricht: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen!“

Darum ist es nötig, daß wir in den Zusammenkünften des Presbyteriums die Bibel lesen und miteinander beten.

In jeder Sitzung des Presbyteriums wird wenigstens eine geistliche Frage besprochen (Art. 105 KO).

Die Presbyter sind nach ihren Gaben und Kräften an den verschiedenen Aufgaben der Leitung der Gemeinde beteiligt.

Damit dieser Dienst recht geschehen kann, werden Pfarrer und Presbyter zugerüstet zu gemeinsamer Arbeit (zum Beispiel Berichte zur Lage, Handbuch für Presbyter, Rüstzeiten für Pfarrer und Presbyter).

Die Wahrnehmung der Leitung der Gemeinde im Presbyterium erfordert Zeit. Darum werden möglichst viele Aufgaben an Ausschüsse zur weitgehend selbständigen Bearbeitung übergeben. In den Gemeinden müssen Wege gesucht werden, um die Pfarrer freizustellen für ihren Dienst der Verkündigung, der Lehre und der Seelsorge.

II.

Der Heilige Geist leitet die Gemeinde durch Menschen, die durch Jesu Liebe verbunden sind und sich zum Dienst versammeln.

Dem Wirken des Heiligen Geistes wird gewehrt, wenn ein jeder auf seinen Weg sieht und die Gemeinde durch mangelnde Zusammenarbeit in ihrer Leitung vor der Welt unglaublich wird.

Jesus Christus spricht: „Einer ist euer Meister, ihr aber seid alle Brüder.“

1. Darum ist es sinnvoll, daß die in der Kirchenordnung (Art. 126) vorgeschriebenen Gemeindebeiräte in allen Stadt- und Landgemeinden gebildet werden. Sie sind notwendig zur Zusammenfassung aller in der Gemeinde bzw. in den Gemeindebezirken tätigen Kräfte. Zum Gemeindebeirat gehören: Pfarrer, Presbyter, haupt-, neben- und ehrenamtliche Mitarbeiter als Vertreter sämtlicher Arbeitsgebiete der Gemeinde – ferner auch synodale Mitarbeiter, Vertreter der freien kirchlichen Werke und Verbände sowie Vertreter der Elternschaft, der Lehrerschaft u. a.

Im Interesse einer guten Zusammenarbeit sollte die Gesamtzahl der Mitglieder 25 nicht übersteigen. In größeren Gemeinden werden darum Beiräte für einen oder zwei Pfarrbezirke empfohlen.

Der Beirat wird zu allen wichtigen Anlässen gehört – zum Beispiel Vorbereitung der Pfarrwahl, Veränderungen im Mitarbeiterkreis, Klärung von Schwierigkeiten im Arbeitsbereich der einzelnen Mitarbeiter, Vorbereitung und Durchführung bisher vernachlässigter Arbeiten in der Gemeinde. Da eine in sich selbst uneinige Schar unglaublich ist, verbindet der Beirat über diese besonderen Anlässe hinaus alle Mitarbeiter zu guter Bruderschaft und ständiger Arbeitsgemeinschaft (zum Beispiel brüderliche Aussprachen ohne Mehrheitsbeschlüsse). Aus diesem Grunde ist eine monatliche Zusammenkunft des Beirates zweckmäßig, eine vierteljährliche jedoch notwendig. Der Beirat wählt seine Leitung selbst. Diese besteht aus einem Pfarrer, einem hauptamtlichen Mitarbeiter und einem oder mehreren Gemeindegliedern. Der Beirat sorgt in Verbindung mit dem Presbyterium dafür, daß alle Arbeit in der Gemeinde missionarisch ausgerichtet wird.

2. Die hauptamtlichen Mitarbeiter sind den örtlichen Gegebenheiten entsprechend an der Leitung der Gemeinde zu beteiligen. Das bedeutet: Sie gehören in den Gemeindebeirat und sind Mitglieder der jeweiligen Ausschüsse des Presbyteriums, die ihr Arbeitsgebiet berühren. Vor allem aber: Pfarrer und hauptamtliche Mitarbeiter kommen regelmäßig zusammen zur Mitarbeiterbesprechung.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter berichten einmal im Jahr dem Presbyterium über ihr Arbeitsgebiet; das Presbyterium zieht sie zu den ihr Sachgebiet berührenden Fragen zur Beratung heran.

Es gehört zur Aufgabe des Presbyteriums, sich um die Mitarbeiter mehr als bisher zu kümmern und sie aus ihrer Vereinsamung zu lösen.

III.

Der Heilige Geist leitet die Gemeinde durch Menschen, die dem Worte Gottes Antwort geben und mündig werden zum Dienst am Menschen.

Dem Wirken des Heiligen Geistes wird gewehrt, wenn Presbyterien ohne Verbindung zur Gemeinde verhandeln und wenn Gemeindeglieder in der Haltung unbeteiligter Zuschauer und Kritiker verharren, statt die in der Gemeinde vorhandenen Gaben zu suchen, zur Entfaltung zu bringen und so die Gemeinde zur Mitverantwortung zu rufen.

Jesus Christus spricht: „Bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in seine Ernte sende.“

1. Wir rufen die Gemeindeglieder aus ihrer Zuschauerhaltung heraus, indem wir sie durch Gemeindeversammlungen, wie diese in der Kirchenordnung (Art. 130) vorgesehen sind, an der Leitung beteiligen.

In den Gemeindeversammlungen werden die Gemeindeglieder durch das Presbyterium und den Beirat orientiert. Hier ist der Ort, an dem Pfarrer, Presbyter und Gemeindeglieder lernen, aufeinander zu hören und miteinander zu reden.

Die Fragen des Gemeindelebens werden besprochen. Auf diese Weise wird die Mitverantwortung der Gemeindeglieder an der Leitung der Gemeinde geweckt und gefördert. Auch gesellige Zusammenkünfte sollen nicht fehlen.

Die Vorbereitung und Leitung der Gemeindeversammlung hat nach Möglichkeit durch die Gemeindeglieder zu geschehen.

Die Gemeindeversammlung sollte mehrmals im Jahr stattfinden.

2. Unser Dienst am Menschen erfordert es, daß in allen Gemeinden und Gemeindebezirken ein regelmäßiger Besuchsdienst eingerichtet wird. Gemeinde besucht Gemeinde. Es muß die beständige Sorge des Presbyteriums sein, daß Tröstung, Ermahnung und Zurechtweisung der Gemeindeglieder untereinander geschieht und daß denen nachgegangen wird, die zugezogen sind oder sich aus der Gemeinde zu entfernen drohen.

Wir bitten Pfarrer, Presbyter und Mitarbeiter, von den hier gegebenen Anregungen

Gebrauch zu machen. Das Volksmissionarische Amt ist beauftragt, den Gemeinden in ihren Bemühungen beizustehen. Die Gemeinden werden gebeten, sich dieser Hilfen zu bedienen.

5. VOM DIENST DER KIRCHE AN DER WELT

A. Die Wahrnehmung der politischen Verantwortung

a) Das Verhältnis von Kirche und Staat

In der *Bundesrepublik Deutschland* sieht der Staat in den christlichen Kirchen Einrichtungen von hohem Wert für das Leben und Zusammenleben der Menschen. Darum wird ihre Arbeit staatlicherseits nicht nur geduldet, sondern begrüßt und weithin gefördert. Zwischen Kirche und Staat waltet das Verhältnis der Partnerschaft. Das ermöglicht dem Staat die Zusammenarbeit mit den Kirchen; für die Kirche wiederum begründet die volle innere Unabhängigkeit vom Staat die Möglichkeit einer Hinwendung zum Staat und zur verantwortlichen Mitwirkung an den öffentlichen Aufgaben in ständiger Berührung und geistiger Auseinandersetzung.

An solcher verantwortlicher Mitwirkung, die, wenn es notwendig erscheint, auch in einem kritischen, mahnenden und warnenden Wort der Kirche bestehen kann, hat es im Berichtsjahr nicht gefehlt. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in der Bundesrepublik Deutschland sind dadurch gekennzeichnet, daß auch solche kirchlichen Verlautbarungen vom Staat nicht zurückgewiesen, sondern gehört und ernst genommen werden; das Verhältnis war und blieb freundlich und ohne gegenseitiges Mißtrauen. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß auch im Westen die Zeit scheinbar allgemeiner Anerkennung der Kirche sich ihrem Ende zuzuneigen scheint. Ein erschreckend großer Teil der bundesdeutschen Bevölkerung denkt und lebt in einem praktischen Atheismus. Zwar wird das Wirken der Kirche noch geschätzt, aber mehr als ein Dienst an den Ornamenten des Lebens, jedoch nicht als ein unentbehrlicher Dienst an den Fundamenten des Menschseins und des menschlichen Zusammenlebens in einer durch zunehmende Versachlichung aller Bezüge gekennzeichneten, durch vielfältige Unmenschlichkeit gefährdeten, am Rande der Selbstvernichtung dahintauelnden Welt.

In der *Deutschen Demokratischen Republik* steht der Staat der Kirche wesentlich weniger freundlich gegenüber. Was mit dem 13. und 31. August begann, stellt die verschärfte Fortführung der bisherigen Linie dar. Seit Jahren wird das kirchliche Leben durch Gesetze, Verordnungen und rechtlich nicht fixierte Gepflogenheiten eingeschränkt. Ein Lebensgebiet nach dem anderen wird systematisch in der atheistischen Weltanschauung verankert. In zunehmendem Maße werden kirchliche Amtsträger und Gemeindeglieder verhaftet und zu hohen Strafen verurteilt. Dazu kommen zahllose größere und kleinere Behinderungen durch Verweigerung von Reisegenehmigungen – nach Neu Delhi durften nur einige der offiziell benannten Vertreter der östlichen Gliedkirchen reisen – durch Verweigerung der Zulassung von Pfarrern zu Krankenhäusern, Strafanstalten, Altersheimen usw., durch einengende Eingriffe in das kirchliche Presse- und Publikations-

wesen u.a.m. Die Versuche der inneren Zersetzung unter Ausnutzung innerkirchlicher Meinungsverschiedenheiten und der Unterwanderung der Lehrkörper wie der Studentenschaft der theologischen Fakultäten, die früher schon angestellt wurden, sind in der zweiten Jahreshälfte erheblich verstärkt worden. Offensichtlich gehört es zu Programm und Praxis der DDR-Regierung, daß einerseits der Kirche das Recht bestritten, gemindert und endlich genommen wird, mit dem Staat als dessen freier und selbständiger Partner auf dem Boden und im Rahmen der Verfassung zu verhandeln, daß andererseits durch Maßnahmen, die innerhalb der „Gesetzlichkeit“ der DDR legal sind, durch äußere Gewalt, durch Gewissensdruck und Propaganda eine konformistische Kirche entstehen soll, deren Verbindungen zu den Kirchen in der westlichen Welt auf ein Minimum reduziert werden.

Mit letztem Entschiedenheitsernst ist jetzt die Frage nach der Möglichkeit christlicher Existenz in der DDR gestellt. Es ist zugleich die Frage nach der Begrenzung des der Obrigkeit geschuldeten Gehorsams durch den Gehorsam gegen Gott, dessen Leistung immer riskanter wird. Der Weg der Gemeinden und des Christen in der DDR ist zum schmalen, beschwerlichen und gefährvollen Pfad zwischen leidensbarem Bekenntnis und Verleugnung geworden.

b) Kirchliche Stellungnahmen zu politischen Fragen und Vorgängen

Weil die Kirche mitverantwortlich dafür ist, daß die menschliche und mitmenschliche Existenz auch im Zusammenhang der politischen Gegebenheiten gemeistert werde, ist sie immer wieder genötigt, sowohl zu den Grundsatzfragen des Lebens im politischen Raum als auch aus akutem politischem Anlaß und zu aktuellen politischen Vorgängen und Fragen das Wort zu nehmen. Der Rückzug vom politischen Geschehen einschließlich des Tagesgeschehens aus falsch verstandener Christlichkeit ist ihr ebenso verwehrt wie der Versuch, der politischen Welt kirchliche Richtlinien vorzuschreiben; sie ist weder dazu berufen, politische Fragen selbst zu lösen, noch Rezepte zu ihrer Lösung zu entwerfen und anzubieten. Aber sie hat zu bezeugen, daß auch politische Entscheidungen vor Gott verantwortet werden müssen, und in der konkreten Situation ermutigend oder mahnend und warnend daran zu erinnern.

1. Kirchliche Friedensbemühungen. Die vordringlichste Sorge der Kirche im politischen Raum hat der Erhaltung und Sicherung des Friedens und, wenn er gestört wurde, seiner Wiederherstellung zu gelten. In einer Welt, in der die Gefahr eines dritten Weltkrieges groß ist, darf die Christenheit nicht ablassen, für den Frieden auf Erden zu wirken.

Die wichtigste und gewichtigste Verlautbarung ist eine im Auftrag des Rates von einem Theologischen Ausschuß, an dessen Arbeit Vertreter der westlichen und der östlichen Gliedkirchen beteiligt waren, erstellte, in der DDR in den letzten Wochen des Jahres 1961, im Westen erst nach Ende der Berichtszeit bekanntgegebene Handreichung zur Friedensfrage. In der DDR kam es wegen dieses Wortes zu Vorladungen kirchlicher Amtsträger vor staatliche Instanzen und Parteidiinststellen, die seinen geistlichen und gesamtkirchlichen Charakter verkann-ten. Die Handreichung hat folgenden Wortlaut:

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges ist so groß, daß wir als Glieder der Kirche Jesu Christi nicht müde werden dürfen, zum Frieden zu mahnen, um den Frieden zu beten und bußfertig das Unsere für den Frieden zu tun, soweit wir das nur vermögen. Wir dürfen die Botschaft von Christi Friedensreich nicht in ein weltliches Friedensprogramm umfälschen, aber wir sollen uns auch durch Enttäuschungen und Mißerfolge nicht entmutigen lassen, in der Liebe Christi für den Frieden in dieser Welt zu wirken. Wir haben daran bisher zu wenig Liebe, Mut und Leidensbereitschaft gewandt.

I.

Das Wort „Friede“ hat dadurch an Wert verloren, daß es immer wieder mißbraucht wird, indem eine bestimmte weltpolitische Zielsetzung, darum auch bestimmte, im Dienste dieser Zielsetzung stehende Einzelmaßnahmen mit der Sache des Friedens gleichgesetzt werden. Daß jemand die eigene Sache als die Sache des Friedens ausgibt, das eben schafft Unfrieden. Keine Partei, kein Staat, kein politisches System kann für sich allein behaupten, Wahrer und Schützer des Friedens zu sein. Friede meint ja ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen verschiedenen Menschen, Völkern und Staaten. Wer nur darauf bedacht ist, selbst ans Ziel zu kommen und dabei nicht auch vom anderen her denkt und die Wirkungen seines Tuns auf den anderen in sein Denken einbezieht, hat kein Recht, vom Frieden zu sprechen.

Wir sind aufeinander angewiesen. Wir sollten nicht bei dem Versuch stehen bleiben, in grundsätzlichen Erörterungen einander zu überzeugen. Vielmehr sollten wir über erste Schritte nachdenken, die praktisch zu tun sind zur Entspannung, zur Entgiftung der Atmosphäre, zum Abbau des Hasses, zur Annäherung und Versöhnung. Wir sollten uns anstrengen, mit der Phantasie der Liebe Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen, wo wir schon heute trotz aller bestehenden Gegensätze zusammenarbeiten können. Das fordert den Mut zum Risiko und das Wagnis des ersten Schrittes.

Es ist von der Kirche immer wieder verlangt worden, sie solle „konkret“ werden im Sinne unmittelbarer politischer Entscheidung und bestimmter politischer Parteinahme. Käme sie solchem Ansinnen nach, so überschritte sie damit ihre Zuständigkeiten und verriete auch ihren eigentlichen Friedensauftrag (vgl. III, Abs. 1).

Daß die Kirche sich streng an ihren Auftrag hält, hat ihr von politischer Seite viel Vorwürfe, Verdächtigungen und Unterstellungen eingebracht. Gerade darin, wie sie das trägt, muß sie ihre Gesinnung des Friedens bewähren. Sie muß aber – und das ist bisher zu wenig geschehen – klar sagen, was sie immer wieder zur Zurückhaltung genötigt hat. Um ihres Friedensauftrages willen darf die Kirche sich nicht propagandistisch und machtpolitisch in den Dienst einer der beiden Seiten nehmen lassen und damit ihren Mittlerdienst versäumen. Sie kann also in der jeweiligen Lage und bei bestimmten Vorgängen – zum Beispiel in der Frage eines deutschen Friedensvertrages oder der Geschehnisse des 13. August 1961 – gerade nicht parteilich reden.

Nach dem Osten gewendet, muß die Kirche erklären: Man kann nicht so tun, als gäbe es eine forcierte konventionelle und atomare Rüstung nur auf westlicher Seite. Man kann auch nicht vereinfachend die NATO als einen Angriffspakt und den Warschauer Vertrag als ein Verteidigungsbündnis bezeichnen. Man kann nicht so tun, als werde Abrüstung nur im sozialistischen Bereich ernstlich erstrebt. Man halte sich vor Augen, welche Wirkungen im Westen die marxistisch-leninistische Theorie haben muß, nach der die kapitalistische Ordnung notwendig den Krieg verursacht und darum unter allen Umständen beseitigt werden muß, sei es auch mit Bürger- und Klassenkrieg. Wer Frieden will, darf nicht mit zweierlei Maß messen.

Nach dem Westen gewandt, muß die Kirche sagen: Wer Frieden will, darf nicht dem Verdacht Nahrung geben, als hege er Revancheabsichten und suche eine von ihm abge-

lehnte Ordnung – etwa gar unter dem Vorzeichen einer Kreuzzugsideologie – gewaltsam aus der Welt zu schaffen. Wer Frieden will, darf nicht restaurativ in der Erhaltung des Bestehenden verharren wollen, sondern muß sich auch für Neuentwicklungen der menschlichen Gesellschafts- und Sozialordnung offen halten. Wer Frieden will, darf sich nicht vom Wohlstandsdenken beherrschen lassen, sondern muß zu Opfern bereit sein.

Schon 1948 und 1950 hat die Kirche den Abschluß eines Friedensvertrages als dringend notwendig bezeichnet. Heute besteht Sorge, daß der Friedensvertrag zur politischen Waffe wird und damit erst recht Unfrieden schafft. Ein Friedensvertrag hat nur dann Sinn, wenn nicht der Verdacht aufkommen kann, es solle jemand überfahren oder ausgestochen werden. Beispielsweise könnte ein Friedensvertrag, der die Teilung Deutschlands verfestigt, kein Beitrag zum Frieden sein. Die Kirche sieht es als ihre Aufgabe an, den Fundus an Vertrauen schaffen zu helfen, der für einen wirksamen Friedensschluß unerläßlich ist. Sie bemüht sich darum, stellvertretend und richtungweisend Verständnis und Geduld – herüber und hinüber – zu bewahren und zu wecken.

II.

Wir bekennen, daß in der Frage, wie dem Frieden der Welt gedient wird, auch unter uns Christen keine Einmütigkeit herrscht. Wir nehmen darin an der Not der ganzen Welt teil.

Die Übereinstimmung ist indes größer, als es nach außen hin immer wieder den Anschein hat. Ungezählte Male hat die Kirche in voller Einmütigkeit zum Frieden gerufen. Verwiesen sei nur auf den eindringlichen Friedensappell der Synode der EKD von 1950 in Berlin-Weißensee und die vielen Verlautbarungen zum Frieden auf ökumenischer Ebene, an denen die evangelischen Kirchen in Deutschland durch ihre Vertreter beteiligt gewesen sind.

Meinungsverschiedenheiten gibt es unter uns nicht in der Frage, ob man sich um den Frieden bemühen soll, sondern nur darüber, wie das am besten zu geschehen habe. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, daß ein Weltkrieg mit nuklearen Waffen der Selbstmord der Menschheit wäre und daß jeder Krieg die Gefahr in sich schließt, sich zu einer solchen Menschheitskatastrophe auszuweiten. Niemand unter uns heißt den Krieg, vollends den Atomkrieg sittlich gut. Eine Lehre vom gerechten Krieg kann heute nicht mehr vertreten werden. Nur das ist unter uns strittig, ob der Krieg mit dem Wagnis einseitigen Rüstungsverzichts oder mit dem Wagnis des Rüstungsgleichgewichts eher zu verhindern ist. Es ist für unsere Bemühungen um den Weltfrieden entscheidend wichtig, daß wir über der Verschiedenheit der Wege die Gemeinsamkeit der Absicht nicht übersehen.

III.

Die Kirche ist weder berufen, die politischen Aufgaben zu lösen, die, soll es zum Frieden kommen, bewältigt werden müssen, noch hat sie ein Rezept dafür. Sie verkündigt Gottes heiligen und gnädigen Willen, sie hat es allen zu bezeugen, daß auch politische Entscheidungen, nicht zuletzt die über Krieg und Frieden, vor Gott verantwortet werden müssen. Dabei muß es uns gerade um des Glaubens willen darum gehen, daß nüchterne politische Sachfragen nicht durch eine moralisierende Propaganda verschleiert werden, vielmehr in größtmöglicher Sachlichkeit angefaßt und ausgetragen werden. Zur Sachlichkeit kommt es aber gerade da, wo das Wort Gottes angenommen wird, das alle unsere Ziele und Methoden seiner Kritik unterwirft und allen illusionären Hoffnungen dieser Welt die wahre Hoffnung gegenüberstellt. Wir verkündigen Gottes Reich, das ein Reich des Friedens ist. Wir haben nicht die Zusage, daß es gelingt, die Welt vor Anbruch des jüngsten Tages zu befrieden, aber wir haben die dringliche Pflicht, als Träger des Friedens Gottes in der Welt Frieden zu stiften, so sehr wir das nur vermögen. Dabei wird es unsere besondere Aufgabe sein, durch das, was wir sind und reden und tun, und durch unser Gebet die Voraussetzungen für die Gewinnung des Friedens schaffen zu helfen.

Wer vom Worte Gottes her denkt, weiß um die Vorläufigkeit und Begrenztheit aller

irdischen Ordnungen. Er wird darum das spannungsreiche Nebeneinander der beiden Weltsysteme, die zur Zeit besonders bei uns aufeinanderstoßen, unter der Herrschaft Gottes sehen. Er wird deshalb dieses Nebeneinander nicht für untragbar halten, mag damit auch vieles verbunden sein, was er um Gottes Willen nicht bejahen kann, und mag er für sich selbst auch politisch klar entschieden sein. Es wäre unverantwortlich zu meinen, der Friede der Welt sei nur möglich, wenn eines der beiden Systeme, das östliche oder das westliche, einfach beseitigt wird, etwa gar durch Gewalt.

Wir sehen in der gegenwärtigen Weltlage keine andere Möglichkeit des Friedens als auf dem Boden der Koexistenz. Es muß ernsthafter als bisher durchdacht werden, warum die Parole der Koexistenz bisher nicht zur Verständigungsbasis geworden ist. Der Begriff bedarf einer genauen maßgeblichen und sachgerechten Auslegung. Koexistenz wird in sich unwahr, wenn sie nur als taktisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele verstanden wird. Dann fehlt die Deckung durch Vertrauen. Es hat keinen Sinn, Koexistenz zu verlangen und über Koexistenz zu verhandeln, solange nicht durch Mäßigung, Geduld und durch ein bewußtes Denken vom anderen her die moralische Vertrauenswürdigkeit hergestellt ist.

Wie müßte Koexistenz aussehen? Wir wagen einige Konkretionen:

Für den Bereich der Weltpolitik:

a) Wer Koexistenz sagt, entscheidet sich dafür, daß die beiden (nach ihrem Selbstverständnis sich gegenseitig ausschließenden) Weltsysteme in einer Welt miteinander leben sollen.

b) Wer Koexistenz sagt, muß darauf verzichten, den anderen durch Krieg oder List zu beseitigen. Eine Seite muß jeweils das Faktum respektieren, daß es die andere Seite gibt. Unbeschadet der bestehenden Unterschiede bedarf es der ständigen Fühlungnahme und der wirtschaftlichen Kooperation.

c) Wer Koexistenz sagt, begrenzt sich selbst und seine Forderungen an den anderen. Er übt Verzicht und weiß, daß der Friede auch schmerzhaftes Opfer verlangt. Er fragt nicht nur: Was ist für mich unaufgebbar?, sondern zugleich: Was kann ich dem anderen zumuten?

d) Wer Koexistenz sagt, steht zu seinem gegebenen Wort. Ohne politische Kreditwürdigkeit gibt es keine Koexistenz.

e) Wer Koexistenz sagt, willigt in wirksame kontrollierte Abrüstung ein.

f) Wer Koexistenz sagt, stellt sich auf den Boden der allgemeinen Menschenrechte, wie sie die Vereinten Nationen 1948 deklariert haben, und tritt dafür ein, daß sie wirklich allen Menschen gewährt werden.

g) Wer Koexistenz sagt, verzichtet auf imperialistische und weltrevolutionäre Unterwerfung anderer Völker und gibt jedem Volk das Recht, über seine Lebensordnung in freier Entscheidung selbst zu bestimmen.

Speziell für den deutschen Bereich:

h) Wer Koexistenz sagt, vergißt nicht, daß die beiden zur Zeit bestehenden deutschen Staaten Provisorien sind und keinesfalls als staatsrechtlich angemessener Ausdruck für die Einheit unseres Volkes gelten können (vgl. Erklärung der a.o. Synode der EKD 1956).

i) Wer Koexistenz sagt, findet sich nicht damit ab, daß in beiden Teilen Deutschlands gegeneinander gerüstet wird.

j) Wer Koexistenz sagt, weiß und erkennt an, daß man außenpolitisch nicht fordern kann, was man innenpolitisch nicht praktiziert. Die in den Verfassungen verankerten Grundrechte dürfen nicht angetastet werden (zum Beispiel Unabhängigkeit der Rechtsprechung, Rechtsgleichheit aller Bürger, Versammlungs- und Redefreiheit, Wahlrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit).

k) Wer Koexistenz sagt, muß den Menschen aus beiden Teilen Deutschlands die Möglichkeit geben, zueinander zu kommen.

l) Wer Koexistenz sagt, verabscheut unlautere Propagandamethoden, Verleumdung, Hetze und Haß. Meinungsverschiedenheiten müssen in fairer Weise ausgetragen werden. Der Gegner darf nicht öffentlich angegriffen werden, wenn er nicht Gelegenheit hat, sich vor derselben Öffentlichkeit zu rechtfertigen, Presseerzeugnisse und Literatur werden, wo man Koexistenz will, herüber und hinüber ungehindert ausgetauscht. Störsender und Hetzsendungen sind Instrumente des kalten Krieges und mit der Koexistenz unvereinbar.

Für den einzelnen in seinem Lebensbereich und besonders für die christliche Gemeinde:

m) Wer Koexistenz sagt, meint, daß es zum Abbau der die Welt quälenden Angst und des Mißtrauens großer Geduld, großen Mutes und der Bereitschaft zum Leiden bedarf; zum Beispiel gehört es zur Koexistenz, daß wir uns nicht nur persönlich vor Verleumdungen hüten, sondern auch den Mut haben, für den anderen, der verleumdet wird, einzutreten.

n) Wer Koexistenz sagt, bemüht sich, die verhärteten Fronten immer wieder zu durchbrechen und, indem er das Vertrauen des Andersdenkenden sucht, im Kleinen zu leisten, was er im Großen für nötig hält.

o) Die Gemeinde Jesu Christi insbesondere wird ihr priesterliches Amt darin wahrnehmen, daß sie Brücken schlägt, auch wenn sie dafür – vielleicht von beiden Seiten – angefeindet wird. Sie hat – bei allen auch in ihren Reihen vorhandenen Verschiedenheiten – der Welt unbeirrbar vorzuleben, was Koexistenz ist. Auch um ihrer Verantwortung für den Frieden willen wird sie allen Versuchen widerstehen, ihre Einheit zu zerstören, wie sie etwa in der Evangelischen Kirche in Deutschland ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Wir können nicht voraussetzen, daß die Welt an Christi heimlicher Herrschaft und an die Macht seiner Versöhnung glaubt, von der her die Kirchen glauben, denken und handeln wollen, aber wir können der Welt den Frieden Christi bezeugen. Wir tun es, wenn wir auch den Feind lieben und damit den Frieden nicht nur proklamieren, sondern auch praktizieren.

Die besondere Bedeutung dieser Verlautbarung ist darin zu sehen,

daß das Wort nicht von einer bestimmten politischen und gesellschaftlichen Ordnung abhängig ist, sondern in gesamtkirchlicher Verantwortung sich gleicherweise an die Adresse des Westens wie des Ostens wendet;

daß das Wort die innerkirchlichen Verschiedenheiten der Meinung und Entscheidung in Fragen der theologischen Ethik des Politischen weder ignoriert noch kurzschlüssig überspringt, jedoch bemüht ist, die allen gemeinsamen Anliegen und Aufgaben herauszustellen;

daß das Wort sich nicht auf allgemeine Grundsatz-Erklärungen beschränkt, sondern aus grundsätzlichen Einsichten theologischen und geistlichen Charakters bestimmte Konkretionen abzuleiten wagt.

Der Arbeitskreis der Kirchlichen Bruderschaften in der Evangelischen Kirche in Deutschland richtete Ende September 1961

EIN WORT AN DIE POLITIKER UND AN DIE GEMEINDEN

Angesichts der schweren Entscheidungen, die auf unser Volk zukommen, fragen viele, was nun werden soll. Den einen ist die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung endgültig zerbrochen; andere halten einen Krieg für unvermeidlich; viele fürchten, daß die Großmächte über unsere Köpfe hinweg Abmachungen über Deutschland treffen.

Uns Christen ist es nicht erlaubt, in Ratlosigkeit, Enttäuschung, Empörung und Anklagen gegen andere zu verfallen. Wir können auch nicht weiter so ausschließlich um den Wohlstand unseres Volkes besorgt sein, ohne daran zu denken, daß wir in der Nachkriegspolitik die Fragen von zwölf Jahren Hitler und sechs Jahren Krieg noch nicht bewältigt haben. Darum müssen wir unsere Politiker darin bestärken, sich nüchtern und mutig den Realitäten zu stellen und den schweren Nachkriegsfragen – Befriedung der Ostgrenzen, Normalisierung in den Beziehungen zu den Oststaaten, Desillusionierung der Einstellung zu der angeblich als Staat nicht existierenden DDR – nicht länger auszuweichen. Was zu geschehen hat, müssen wir selber tun, indem wir diese Fragen durch zähe und ausgleichende Verhandlungen einer Lösung zuführen. Keinesfalls dürfen wir als Allheilmittel für auftretende Schwierigkeiten die Rüstung ansehen oder die alleinige Verantwortung für die Zukunft unseres Volkes den Alliierten zuschieben. Wir sind den Menschen aller Völker schuldig, dafür zu sorgen, daß nicht an uns und durch uns ein neuer letzter Krieg die Welt vernichtet. Wir haben große Möglichkeiten, dem Frieden und der Wohlfahrt aller Menschen zu dienen. Unser Volk und unser Land können Brücke der Verständigung zwischen Ost und West sein.

Wir können jedoch als Christen von unseren Politikern nicht das Beschreiten neuer Wege erwarten, wenn wir nicht zugleich unsere Gemeinden auffordern, zu helfen, daß die Arbeit der Politiker getragen wird von der Solidarität der Kirche mit den Nöten der Welt. Das, was uns heute Angst bereitet, braucht uns nicht zu erschrecken, denn Gott kann uns auf neue Wege weisen, wenn er bisher gegangene verschließt.

Nichts von dem, was geschieht, liegt außerhalb des Bereiches, in dem Jesus Christus der Herr ist. Sein Wort ruft uns zur Buße angesichts unserer Versäumnisse in den letzten Jahren, angesichts der Selbstgerechtigkeit, mit der wir die Fronten in der Welt selber verhärtet haben. Aber das gleiche Wort zeigt uns den Weg zum Leben. Wer diesen Weg geht, kann nicht mehr angesichts des Endes politischer Illusionen in Nationalismus verfallen oder sich in Verbitterung abkapseln. Wer diesen Weg geht, kann nicht die Schuld an der Verwirrung ausschließlich anderen zuschieben und schon gar nicht sein Vertrauen auf die Rüstung setzen. Wer diesen Weg geht, wird vielmehr helfen bei jedem Versuch des Gespräches, der Verständigung und der Versöhnung zwischen den Völkern.

So wenden wir uns mahnend, bittend und voll Zuversicht an diejenigen in unserem Volke, die politische Verantwortung tragen, und zugleich an unsere Gemeinden. Den Politikern wollen wir Mut machen, neue Wege für unser Volk in der Gemeinschaft der Völker zu gehen; die Gemeinden bitten wir, sich mit den Christen aller Völker dem zuzuwenden, dessen Wort uns hilft, den Weg des Friedens auch für die Welt zu suchen und zu beschreiten.

Düsseldorf, 29. September 1961

Der Arbeitskreis der Kirchlichen Bruderschaften
in der Evangelischen Kirche in Deutschland

Einige Wochen später richtete der Leitungsausschuß der Kirchlichen Bruderschaften einen in seinem Gewicht zu wenig beachteten Brief an Pfarrer und Gemeinden:

BESINNUNG UND GEBET FÜR DEN FRIEDEN

Die Ereignisse der letzten Zeit, die mit der Schließung der Sektorengrenze in Berlin zusammenhängen, haben viele Menschen in der Evangelischen Kirche in Deutschland in Bestürzung und Unruhe versetzt. Menschen, die zusammengehören, werden weiter getrennt, und Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung zerbrechen. Wir sehen, daß wir auch den Zusammenhang der EKD, das letzte Stück organisatorischer Einheit in Deutschland, nicht mehr halten können, und der Friede erscheint noch bedrohter als bisher. Es liegt nahe, nun der Enttäuschung und Empörung Raum zu geben. Aber dabei verschließen wir

uns in uns selbst, in unsere Wünsche und Pläne, und sind nicht offen für Gottes Ruf und Leitung, verfälschen auch unser Gebet zum Versuch, Gott unter unseren Willen zu bringen.

Als Glieder der christlichen Gemeinde sind wir aufgefordert und ermuntert, uns von Jesus Christus zeigen zu lassen, was und worum wir beten sollen, wie wir auf Gott hoffen dürfen. Und von Jesus Christus hören wir heute wie gestern, daß er anbietet, uns und alle Welt von ihren Sünden zu befreien. Dafür hat er sein Leben gegeben, dafür ist er auferstanden von den Toten, dazu tritt er zu uns und lehrt uns beten: „Vergib uns unsere Schuld wie wir vergeben unseren Schuldigern.“ Auch wenn wir unsere Kirche und unser Volk in Bedrängnis sehen, können wir nur wieder nach dem einen immer gültigen und kräftigen Ruf der Vergebung Christi begehren. Wer sich nach dieser Freude ausstreckt, der hört auf, andere anzuklagen, der wird vielmehr seine eigene Schuld aufdecken lassen, damit sie ihm fortgenommen wird und er die neuen guten Wege gehen kann, auf die Jesus Christus ihn stellt.

So können wir nicht bei der Verhärtung der Fronten in der Welt mitmachen, die daher kommt, daß jede Seite meint, nur selber im Recht zu sein, und alle Schuld bei anderen sucht. Es führt nicht weiter, wenn in kirchlichen Ratschlägen erklärt wird: „Wir haben nicht danach zu fragen, wie und wodurch es zu Maßnahmen hat kommen können, die unser Vaterland noch mehr als bisher auseinanderreißen.“ Gerade danach müssen wir doch fragen, und dabei zuerst, wo wir selber als Christen versagt haben. Wir scheuen das aus Angst, uns vor Menschen bloßzustellen und das eigene Lager zu schwächen. Aber in Wahrheit liefern wir uns Jesus Christus selber aus und keinem anderen, wenn wir einsehen und zugeben, wie auch wir an der bösen Entwicklung beteiligt sind. Christus will uns von unserer belastenden Vergangenheit befreien, deshalb können wir sie nicht mehr zudecken oder entschuldigen wollen, sondern müssen sie offen der reinigenden Kritik durch Gottes Wort aussetzen. Lassen wir uns von Christus aus unserer Selbstgerechtigkeit herausholen, daß es uns vergeht, das Gute bei uns selber zu suchen! Anders hat unser Beten keinen Sinn und keine Verheißung. Wenn die Kirche das nicht erkennt, ist sie damit viel stärker bedroht als von jedem Druck, der von außen kommt. Wir bedauern, daß das vielfach verschleiert wird und die meisten, gerade die offiziellen kirchlichen Zeitschriften unsere Lage ohne eine Spur der Buße und Selbstinsicht beurteilen und statt dessen Unwillen und Haß gegen andere züchten und verstärken.

Müssen wir nicht erkennen, daß unsere Kirche schon lange in die Kampfstellung gegen andere hineingestellt ist und gleichzeitig mit bestimmten Zuständen verquickt, weil man meint, sie darin nach eigenen Vorstellungen bauen und erhalten zu können? Aber Jesus Christus will selbst unter uns am Werke sein und die Kirche leiten, und er verwehrt uns, seinen Willen mit unseren Gewohnheiten zu verwechseln. Wir müssen lernen, daß nicht die von uns gewünschte und vollzogene Organisation der Kirche Träger der Ehre Gottes ist; Gott wird vielmehr da geehrt, wo immer Menschen in den Gemeinden sich in Glaube, Liebe und Hoffnung ihm zuwenden und in Buße seiner Barmherzigkeit dienen. Diesen Dienst können wir nicht ausüben, wenn wir um das Recht und die Achtung der Evangelischen Kirche in Deutschland kämpfen. Die Kirche darf nicht Ansprüche erheben, sie darf nicht um ihren Einfluß ringen, sondern nur darum, daß sie Gottes Wort so weiter-sagt, daß durch dies Wort der Herr seinen eigenen Einfluß ausüben kann. Dabei leitet er uns dann Wege, auf denen wir seinen Namen vor den Menschen ehren können, wenn wir auch gerade deshalb in eine völlige Umgestaltung unserer Kirche hineingezogen werden. Wir müssen erkennen, daß die Kirche in keinem Fall von ihren menschlichen Führern lebt oder abhängt, sondern allein von Jesus Christus, der selber ihr Leiter ist und mit seiner Kraft die Gemeinden baut und lenkt, wo wir unsere kirchlichen Sicherungswünsche ihm unterordnen.

Ob nicht deshalb, weil wir soviel Vertrauen in die menschliche äußere Gestalt und Geltung der Kirche und so wenig Vertrauen auf Gottes Ruf und Leitung setzen, Gott als Gericht über uns die Einschränkungen schickt, die fremde Mächte unserer Kirche aufer-

legen? Sie können uns zum Besten dienen, wenn wir uns neu der Stimme des guten Hirten anvertrauen, der selber die Seinen läutert und errettet, und wenn wir endlich aufhören, unsererseits die Kirche verteidigen zu wollen und dabei gegen andere Front zu machen.

Dann können wir uns auch nicht länger davor verschließen, daß wir als Evangelische Kirche Mitverantwortung an dem beängstigenden Zustand unseres Volkes tragen. Liegt das nicht daran, daß wir noch an den gleichen Fehlern und Verderbnissen kranken, mit denen wir uns und andere in das Verhängnis von 1933 bis 1945 gestürzt haben? Jesus Christus bietet an, uns mit seiner Vergebung davon zu befreien. Laßt uns davon Gebrauch machen!

Können wir dann nicht endlich die Zerschlagung Deutschlands in und nach dem Kriege als ein Gericht über unseren Hochmut und unsere Gewaltsamkeit annehmen, das uns veranlaßt, bei Jesus Christus gründlich neu zu fragen, was vor ihm allein recht ist? Doch wo ist eine Änderung bei uns zu merken, wenn die Schwierigkeiten des Zusammenlebens uns wieder dazu bringen, in anderen Menschen und Gruppen Feinde zu sehen und auf Gewaltmittel zu vertrauen? Meinen wir wirklich, Gott hört unser Gebet um Frieden, wenn wir nicht gründlich die Frontstellung gegen andere aufgeben und in Dankbarkeit für den Lebensraum, den Gott uns noch gelassen hat, ehrliche Verständigung nach allen Seiten anstreben, so mühselig das auch ist? Unser Friedenswille und unsere Bitten um Frieden können vor Gott und den Menschen nicht glaubwürdig sein, wenn wir es hinnehmen oder gar mitmachen, daß das militärische Wesen unter uns schon wieder zu Ehren kommt und unser Wirken in den gegenwärtigen Spannungen bestimmt. Wir sind auch von Einsicht in unsere Mitverantwortung noch weit entfernt, wenn wir es hinnehmen oder gar mitmachen, daß aus unserer Mitte immer wieder Forderungen nach verlorenen Gebieten kommen oder sogar Drohungen, als ob wir den Krieg unter Hitler nicht angefangen und unsagbar grausam ausgedehnt hätten. Gewiß ist es leicht, für alles die Schuld bei anderen zu finden, aber es ist nicht wahrhaftig und führt nicht weiter.

Die Erkenntnis müßte unter uns wachsen, daß wir Christen uns nicht vom Kampf gegen andere beherrschen lassen können, auch nicht vom Kampf gegen den Kommunismus. Merken wir, wie es unser Zusammenleben vergiftet, wenn Menschen und Geschehnisse, Taten und Reden ständig danach beurteilt werden, ob sie die Front gegen den Kommunismus stärken oder nicht, als ob das der Maßstab des Guten sei? Dieser Ungeist aus Angst und Verdächtigung hat der Unmenschlichkeit der Hitlerzeit den Weg bereitet. Der Erinnerung daran auszuweichen, indem jetzt Fernstehende mit Hitler verglichen werden, ist nicht gut; das lenkt nur davon ab, wie unkritisch wir selber noch diesen Geist der Vergangenheit mitschleppen. Laßt uns hiervon umkehren, daß nicht der Kampf gegen den Kommunismus unser Maßstab und Herr ist, sondern allein Jesus Christus, der durch seine Selbstaufgabe uns alle zu sich gezogen und in seinen Dienst gestellt hat; daß nicht die Furcht vor dem Kommunismus uns antreibt, sondern die Furcht Gottes, des Gottes, der sich zu unser aller Gott gemacht hat und auch über dem Kommunismus steht.

Wenn wir das erkennen, können wir viel zur echt gemeinten Zusammenarbeit mit den Menschen nach allen Seiten beitragen. Jesus Christus lädt uns ein, daß wir uns an ihn klammern und dabei offen und bereit werden zu ungeteiltem Gehorsam unter seinem Wort der Vergebung, daß wir uns nicht von anderen Stimmen einfangen lassen. Von da aus können und wollen wir uns zusammenfinden im Gebet um den Frieden.

Dortmund, 1. November 1961

Der Leitungsausschuß
der Kirchlichen Bruderschaften in Deutschland

Eine der heikelsten und schwierigsten Fragen der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf die Verwirklichung des Friedens ist die Herstellung normaler Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands. Es ist verdienstvoll, daß die Rheinische Kirche dieses wohl heißeste außenpolitische Eisen anzufassen

wagte. Im Mai 1961 gab sie eine Besprechungshilfe zur Frage der Beziehungen zu den Nachbarvölkern im Osten bekannt:

WEG ZUR VERSÖHNUNG

I.

1. Gott unser Vater hat uns in Jesus Christus Heimatrecht in seinem ewigen Reich gegeben. Wir warten auf das Reich Gottes und beten um sein Kommen. Sein Reich ist die höchste Gabe, die Gott uns schenkt. Er will uns aber auch im zeitlichen Leben wohl-tun, indem er uns die irdische Heimat gibt. In dem Begriff „Heimat“ fassen wir alle Lebensbeziehungen zusammen, die unser Leben reich machen, wie Land, Volk, Geschichte, Muttersprache, Vaterhaus, Nachbarschaft und Heimatkirche. Heimat ist eine Gabe des Herrn. Wie alle Güter unseres Lebens bleibt auch sie in seiner Hand. Das verbietet uns, die Heimat absolut zu setzen. Gott kann überall und jederzeit Heimat geben und nehmen. Solange Gott uns die Gabe der Heimat anvertraut, dürfen wir uns ihrer dankbar erfreuen. Nimmt er sie uns, sollten wir darin seine Heimsuchung erkennen. Der Trost der göttlichen Verheißung gilt auch beim Verlust aller irdischen Güter: „Fürchte dich nicht; denn ich habe dich erlöst, ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein.“

2. Die Wahrheit, die uns Gottes Wort verkündigt, rechtfertigt aber nicht die gewalt-same Vertreibung von Millionen Menschen durch irdische Machthaber, aus welchen Gründen das auch geschehen mag. Ein solches Tun verstößt vielmehr gegen Gottes Gebot. Kein Mensch hat das Recht, andere Menschen heimatlos zu machen. Wir haben es bei ungezählten Menschen fremder Völker wie auch des eigenen Volkes erlebt, in welchem Maße „Flüchtlingsschicksale“ den Menschen in seiner Würde als Gottes Geschöpf be-drohen. Darum bitten wir alle verantwortlichen Staatsmänner, den Schutz gegen zwangs-weise Vertreibung völkerrechtlich anzuerkennen.

II.

1. Im Namen unseres Volkes und nicht ohne Zustimmung vieler seiner Glieder ist furchtbares Unrecht verübt worden. Völkern des Ostens wurde das Heimatrecht abge-sprochen, den Juden sogar das Lebensrecht. Das Unrecht, das in unserem Namen verübt wurde, ist auf uns alle zurückgeschlagen, vor allem auf die Vertriebenen und Flüchtlinge. Sehen wir den Zusammenhang der Vorgänge? Wir sollten das Unrecht freimütig zugeben, das in unserem Namen geschah.

2. Gott hat uns alle in Jesus Christus mit sich selbst versöhnt. Deshalb sollten wir den Willen und die Kraft zu einem neuen Anfang in unseren Beziehungen zu den Nachbar-völkern im Osten finden. Wir dürfen uns in dieser Bereitschaft auch dann nicht erbittern lassen, wenn sie von anderen Seiten zunächst nicht aufgenommen, mißverstanden oder verdächtigt wird. Wir müssen wissen, daß die Schuld der Vergangenheit noch immer das Verhältnis der Völker zueinander belastet. Den Willen zur Versöhnung, das Bekenntnis zu unserer Verantwortung, die Bitte zu einem neuen Anfang müssen wir immer aufs neue beharrlich aussprechen und durch unser Verhalten glaubwürdig machen.

3. Versöhnung darf nicht nur ein frommes Wort bleiben. Welche befreiende Macht sie hat, haben wir in den Jahren nach dem Kriege in unserem Verhältnis zu vielen Menschen und Völkern mannigfach erfahren. Das sollte uns Mut machen zu einem neuen Zusammenleben mit den osteuropäischen Völkern auf dem Boden der Versöhnung.

III.

Daraus ergibt sich die Frage: Was können wir für diese Versöhnung tun?

1. Wir müssen die Tatsachen erkennen, die sich im Osten und bei uns abzeichnen, auch dann, wenn es uns schwerfällt, sie in ihrem vollen Gewicht anzunehmen. Das bedeutet zunächst, daß wir für alle Zeiten auf Anwendung von Gewalt zur Verwirklichung

unserer Wünsche und Ziele verzichten. Dazu gehört auch, daß wir uns darüber einig sind, daß mit einer Verfolgung des Rechtes um des Rechtes willen allein der Frieden nicht zu gewinnen ist. Wir haben auch zu achten, daß heute Menschen in der Heimat der Vertriebenen leben und ihre Kinder dort aufwachsen. Wir sind überzeugt, daß die Kraft der Versöhnung stark genug ist, ein gerechtes und friedliches Zusammenleben mit unseren östlichen Nachbarvölkern herzustellen und die berechtigten beiderseitigen Interessen auszugleichen.

2. Wir müssen uns bemühen, die Geschichte und Kultur Ostdeutschlands und der Völker Osteuropas kennenzulernen und zu verstehen. Eine eingehende Beschäftigung damit wird uns von dem Gedanken unserer angeblichen Überlegenheit befreien. Dieser Gedanke hat gegenseitige Ressentiments geschaffen und eine Verständigung erschwert. Es genügt nicht, wenn die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge ihr altes heimatliches Brauchtum und Kulturgut pflegen. Darüber hinaus ist eine breit angelegte Bildungsarbeit nötig, die unserem ganzen Volk, besonders unserer Jugend, eine klare Vorstellung von den osteuropäischen Völkern vermittelt.

3. Das Vertriebenenproblem im eigenen Volk und das Verhältnis zu den Völkern des Ostens sind aber auch schwerwiegende politische Fragen. Die Politiker müssen die Freiheit haben, sich ihre Entscheidungen weder von Menschen noch von Prinzipien vorschreiben zu lassen. Sie tragen die große Verantwortung dafür, daß neue Katastrophen verhindert werden. Wir alle aber müssen dazu helfen, daß Wege gefunden werden, die dem Frieden und einer gerechten Lebensordnung unter den Völkern dienen.

4. Wir müssen erkennen, daß durch materielle Hilfe allein das Flüchtlingsproblem nicht zu lösen ist. Ein Teil der Vertriebenen und Flüchtlinge hat zwar auf Grund eigener Leistungen und umfangreicher sozialpolitischer Maßnahmen wirtschaftliche Notstände überwunden, ein anderer Teil dagegen lebt noch in unmittelbarer Not. In beiden Gruppen gibt es sehr viele Menschen, die mit dem Unrecht, das ihnen angetan wurde, und mit ihrem ganzen Schicksal nicht fertig werden. Ihnen müssen wir dazu verhelfen, daß ihr Leben in der neuen Gemeinschaft wieder einen guten Sinn bekommt. Ihre Bereitschaft zur Versöhnung ist wichtiger als die der nicht unmittelbar Betroffenen und macht die Bereitschaft des deutschen Volkes erst glaubwürdig.

5. Wir alle dürfen nicht darüber hinwegsehen, daß es heute in vielen Teilen der Welt das Elend des Flüchtlingsdaseins gibt. Taten, durch die den Notleidenden der Erde wirksam geholfen wird, befreien und sind Zeichen der Versöhnung.

6. Die Kirche hat die besondere Aufgabe, die Verbindung mit den christlichen Gemeinden in den Völkern des Ostens zu pflegen, ungeachtet aller Verdächtigungen im westlichen und östlichen Raum. In diesen Verbindungen wird etwas sichtbar von der Einheit des Leibes Christi. Mit ihnen wird aber auch einer friedlichen Begegnung der Völker vorgearbeitet.

Den Bemühungen um einen Frieden auf der Grundlage der Versöhnung stehen nicht nur innenpolitische Entwicklungen im Wege, sondern auch die politischen Spannungen zwischen Ost und West, der Gegensatz der gesellschaftlichen Systeme mit seinen einschneidenden Folgerungen für das menschliche Leben, geschichtliche Vorurteile, ein wiedererstehender Nationalismus und der materialistische Egoismus weiter Kreise in der östlichen und der westlichen Welt. Darin liegen tödliche Gefahren für eine Verständigung unter den Völkern. Zu ihrer Beseitigung gehören Selbstüberwindung, Demut und Geduld, damit wir lernen, verstehen und warten zu können. Dies zu üben muß die Kirche unaufhörlich mahnen. Dazu ruft das Evangelium. Wird der Ruf des Evangeliums zum Frieden von den Völkern verworfen, werden sie gemeinsam untergehen; wird er gehört, werden sie gemeinsam leben.

Im Zusammenhang kirchlicher Friedensbemühungen sollte nicht unerwähnt bleiben, daß das hannoversche Landeskirchenamt durch eine Rundverfügung die

Gemeinden gebeten hat, dem Beispiel eines Kirchenkreises der Landeskirche zu folgen und im Zusammenhang mit dem Betglockenschlag das tägliche Glockengeläut, das die Gemeinden zur Bitte um den Frieden aufrufen soll, wieder einzuführen. Das sogenannte „Da-pacem-Läuten“ („Gib-Frieden-Läuten“) zur Mittagsstunde, verbunden mit dem Gebet um den Frieden, ist bereits in der mittelalterlichen Kirche in Zeiten der Bedrohung eingeführt worden. Die lutherische Kirche hat diesen Brauch weitergeführt, der sich im Betglockenschlag um 11 Uhr oder 12 Uhr bis in die heutige Zeit erhielt. Das Glockenläuten vor dem Betglockenschlag war allerdings inzwischen vielfach fortgefallen. Es dürfte aber nahe liegen, das „Da-pacem-Läuten“ in der gegenwärtigen Notzeit wieder zu beleben, die Gemeinden auf den Sinn des Gebetes hinzuweisen und sie zum Gebet für den Frieden aufzufordern.

Das anhaltende Gebet der Christenheit ist ihr wirksamster Beitrag zum Frieden in der Welt.

2. *Verlautbarungen zur Atomrüstung und zu den Kernwaffenversuchen*⁴. Größte Bestürzung und tiefste Besorgnis in aller Welt löste die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche durch die UdSSR und – als Reaktion darauf – durch die USA im Herbst des Jahres aus. In dem großen Chor der warnenden und beschwörenden Verlautbarungen aus dem weltlichen und kirchlichen Bereich wurden auch Stimmen aus dem Raum der EKD laut. Der Landeskirchentag der Evangelisch-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland veröffentlichte ein Wort zu den Massenvernichtungsmitteln, in dem es heißt:

Wir warnen ... alle Regierungen vor der atomaren Bewaffnung und bitten jeden, die Hände von den Massenvernichtungsmitteln zu lassen. Wir verschweigen nicht, daß der kleinere Teil der Synode der Überzeugung ist, derjenige mache sich vor Gott schuldig, der als Befehlender oder als Ausführender Massenvernichtungsmittel herstellt, erprobt oder anwendet. Es ist schwer, hier zu einer klaren Entscheidung zu kommen, wie sie uns im Glaubensgehorsam geboten ist.

In einem Wort des Jugendausschusses der Landeskirche an die wehrdienstpflichtigen Jugendlichen wird gesagt:

Wir verwerfen den mit Massenvernichtungsmitteln geführten totalen Krieg als unvereinbar mit dem in Gottes Wort gebundenen Gewissen. Gott erlaubt uns Menschen nicht, die Erde zu zerstören, die Er gemacht hat und die Ihm gehört. Wir schließen uns damit unserem Landeskirchentag an, der die Massenvernichtungsmittel als Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung ablehnt. Wir bitten jeden, der uns hört, in seinem Umkreis davor zu warnen, daß Massenvernichtungsmittel befürwortet, erprobt oder angewendet werden. Besonders wenden wir uns in diesem Zusammenhang an die jungen Männer, die zum Wehrdienst einberufen werden: Trefft die Entscheidung, ob Ihr Soldat werden könnt, nicht leichtfertig! Ihr müßt diese Entscheidung vor Gott verantworten können und dürft Ihm nicht ungehorsam werden.

Eine Erklärung des Arbeitskreises der Kirchlichen Bruderschaften vom 29. September 1961 erneuerte die Warnung vor jeglicher Atomrüstung und allen Atom-

4. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1957, S. 72 ff.; 1958, S. 17 ff.; 1959, S. 90 ff.; 1960, S. 85 ff.

versuchen und legte den evangelischen Wehrpflichtigen die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen nahe. Die Erklärung lautet:

Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder gegen die atomare Ausrüstung deutscher Armeen protestiert und uns zur radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel bekannt.

Nach dem zweijährigen Versuchsstop der Großmächte, von dem sich Frankreich leider ausgeschlossen hatte, hat die UdSSR im August die nuklearen Tests wiederaufgenommen und die USA sind ihr dann gefolgt. Diese Versuche stellen erneut eine schwere Bedrohung menschlichen Lebens dar. Sie haben die unheimliche Tendenz, die atomare Rüstung weiter zu steigern und die Gefahr eines nuklearen Vernichtungskrieges verstärkt heraufzubeschwören. Welche Gründe die Militärs und Politiker der Weltmächte für die Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche auch haben mögen, der Friede wird durch sie nicht gesichert, sondern stärker bedroht als zuvor.

Wir können angesichts der Neuaufnahme der Atomwaffenversuche durch die UdSSR und durch die USA und angesichts der noch immer nicht aufgegebenen Pläne zur atomaren Ausrüstung deutscher Armeen nur wiederholen, was wir in Frankfurt 1958 bekannt haben:

„Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und dem Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. Der Standpunkt der Neutralität in dieser von uns als Sünde erkannten Sache ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Jeder Versuch, solches Handeln und solche Neutralität theologisch zu rechtfertigen, wird zur Irrlehre, bewirkt Verführung und setzt den Willen des dreieinigen Gottes außer Geltung.

Wer diese unsere Warnung vor den Massenvernichtungsmitteln als Einladung zum Glauben an die Verheißung des Evangeliums versteht, der hat uns recht verstanden. Diese unter dem Wort Gottes gewonnene Erkenntnis bindet uns in der Gemeinsamkeit des Zeugnisses und verpflichtet uns zu entsprechendem Handeln.“

Alle, die mit Ernst Christen sein wollen, fordern wir erneut auf, sich der Mitwirkung an der Vorbereitung auf einen Atomkrieg vorbehaltlos und unter allen Umständen zu versagen.

Wir bitten besonders unsere jungen Gemeindeglieder: Prüft euch ernstlich vor Gott, ob euch angesichts des atomaren Wettrüstens eine Beteiligung am Wehrdienst heute noch möglich und erlaubt ist oder ob ihr nicht in der Bereitschaft, die damit verbundenen Konsequenzen auf euch zu nehmen, um Jesu Christi willen den Wehrdienst verweigern müßt.

Wir bitten unsere Brüder im Amt: Weist die jungen Menschen in unseren Gemeinden auf den Ernst dieser Prüfung hin, helft ihnen zu einer rechten Entscheidung und leistet den Kriegsdienstverweigerern den Dienst des Beistandes vor den staatlichen Instanzen.

3. *Der Dienst an den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen*⁵. Daß Pfarrern und durch Vorbildung und Tätigkeit dazu geeigneten kirchlichen Mitarbeitern das Recht eingeräumt werde, ohne besondere Zulassung Kriegsdienstverweigerer als Beistände in die Verhandlungen vor den staatlichen Prüfungsinstanzen zu begleiten, wurde 1960/61 – durch ungefähr gleichzeitig vorgelegte Vorschläge und Anträge der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschlands, der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen und des Ratsmitgliedes Dr. Dr. Heinemann – Gegenstand

5. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 118 ff.

der innerkirchlichen Erörterung. Die Frage wurde wiederholt im Rat der EKD sowie auf einer Konferenz der westlichen Gliedkirchen besprochen. Die Kirchenkanzlei holte durch zweimalige Umfrage die Stellungnahme der Landeskirchenleitungen ein. Der Arbeitskreis Kirchlicher Bruderschaften legte der ersten Tagung der Dritten Synode der EKD einen förmlichen Beschlußantrag vor. Die Synode beschloß:

Wenn nach gliedkirchlichen Ordnungen Pfarrer oder besondere Beauftragte der Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland als Beistände für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen auftreten, handeln sie im Rahmen kirchlicher Zuständigkeit.

Der Rat der EKD beauftragte den Ausschuß für Fragen der Kriegsdienstverweigerung, ihm für die weitere Bearbeitung und die Verwirklichung dieses Beschlusses ein ratsames Gutachten zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuß übergab dem Rat

1. eine grundsätzliche Feststellung;
 2. ein von Professor Dr. Scheuner erstelltes, vom Ausschuß gebilligtes Gutachten zu der Frage, inwieweit Pfarrer von dem Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz freigestellt sind;
 3. eine Handreichung von Professor Dr. Scheuner zur Auslegung von § 25 des Wehrpflichtgesetzes;
 4. einige Empfehlungen des Ausschusses.
- Die „*Grundsätzliche Feststellung*“ lautet:

1. In den Verfahren zur Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen geht es – im Unterschied von anderen Gerichtsverfahren – weniger um eine Tatsachenfeststellung als um die Erhebung und Würdigung einer inneren Haltung, Überzeugung und Stellungnahme. Dem Beistand des Antragstellers in einem solchen Verfahren obliegt weniger eine juristisch-anwaltliche Aufgabe als eine gleicherweise dem Antragsteller wie der Urteilsfindung der Prüfungsinstanz dienende Vermittlungsfunktion, die die Gewissensnatur der Entscheidung des Antragstellers durch den Hinweis auf die besonderen Anschauungen innerhalb der evangelischen theologischen und sozialetischen Auseinandersetzung und die Bedeutung der einzelnen Motive des Antragstellers deutlich zu machen und zu werten helfen soll.

2. Die vermittelnde Aufgabe des Beistandes wird von entscheidender Wichtigkeit durch die Tatsache, daß in der evangelischen Kirche und Theologie in der Frage, ob ein Christ den Wehrdienst leisten müsse oder verweigern dürfe, keine einheitliche Meinung und Entscheidung besteht. Diese Tatsache verwehrt sowohl dem Antragsteller wie der Prüfungsinstanz die Berufung auf eine einmütige und eindeutige kirchliche und theologische Stellungnahme und weist dem Beistand eine Funktion zu, die nur auf Grund einer hinreichenden Vertrautheit mit der theologischen Problematik und der kirchlichen Gesprächslage sachgemäß wahrgenommen werden kann.

3. Das Tätigwerden als Beistand ist die in wirksamer Weise erfolgende sachgemäße und legitime Erfüllung des den Pfarrern aufgetragenen Dienstes der seelsorgerlichen Beratung und Hilfeleistung. Dieser Dienst kann in der Form der Beistandsleistung umfassender wahrgenommen werden als durch die dem zuständigen Pfarrer auf Verlangen eines Wehrdienstverweigerers im Verfahren zu eröffnende Möglichkeit des persönlichen Zeugnisses über ihn.

4. Aus den dargelegten Sachverhalten ergibt sich, daß Pfarrer, wenn sie als Beistände

von Kriegsdienstverweigerern in den Verfahren vor den staatlichen Prüfungsinstanzen auftreten, im Rahmen des der Kirche aufgetragenen Dienstes an den Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen handeln.

Das von Professor Dr. Scheuner erstellte, von dem Ausschuß gebilligte Rechtsgutachten zu der Frage, inwieweit Pfarrer von dem Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz freigestellt sind, kam zu dem Ergebnis,

daß die unter den besonderen Umständen der Gegenwartslage von kirchlicher Seite den Kriegsdienstverweigerern geleistete seelsorgerliche, aber auch soziale Hilfe in Form einer Beratung, Rechtsberatung und Rechtsbetreuung im Rahmen der kirchlichen Zuständigkeit liegt. Die Kirchen können daher für ihre Beistände sich auf die Vorschrift des § 3 Ziffer 1 Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz berufen.

Dort ist bestimmt, daß durch das Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz nicht berührt wird

die Rechtsberatung und Rechtsbetreuung, die von Behörden, ... von Körperschaften des öffentlichen Rechts ... im Rahmen ihrer Zuständigkeit ausgeübt wird.

Der Rat der EKD gab die grundsätzliche Feststellung, das Gutachten und die Handreichung zu § 25 des Wehrpflichtgesetzes als Material an die Landeskirchenleitungen. In Über- und Umarbeitung der ihm vom Ausschuß gemachten Vorlage verabschiedete er nachstehende

EMPFEHLUNGEN DES RATES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND AN DIE GLIEDKIRCHEN

1. Die Betreuung von Kriegsdienstverweigerern und ihre Vertretung als Beistand vor staatlichen Prüfungsstellen bedarf gliedkirchlicher Ordnung und wird unter gliedkirchlicher Aufsicht ausgeübt.

2. Die Gliedkirchen können bestimmen, daß jeder Gemeindepfarrer für ein Glied seiner eigenen Gemeinde vor staatlichen Prüfungsstellen über das seelsorgerliche Zeugnis hinaus als Beistand tätig werden kann oder daß er dazu im Einzelfall der Genehmigung seiner Kirchenleitung bedarf.

3. Pfarrer, die im Einzelfall als Beistand für andere als eigene Gemeindeglieder eintreten wollen, weil eine besondere persönliche und seelsorgerliche Beziehung zu dem Kriegsdienstverweigerer besteht, können mit Genehmigung ihrer Kirchenleitung tätig werden.

4. Die Gliedkirchen können bestimmte Pfarrer oder andere kirchliche Amtsträger oder kirchliche Stellen mit der Betreuung von Kriegsdienstverweigerern und deren Vertretung als Beistand beauftragen.

5. Mit der Vertretung von Kriegsdienstverweigerern als Beistand sollten nicht nur solche Pfarrer oder andere Amtsträger beauftragt werden, die selbst Kriegsdienstverweigerer sind.

6. Pfarrer oder andere kirchliche Amtsträger, die gemäß Ziffer 4 beauftragt sind, sollen für diesen Dienst zugerüstet werden. Außer einer einführenden Unterrichtung über Aufgabe, Möglichkeiten und Grenzen der Beistandschaft einschließlich Rechtsbelehrung gehört dazu ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch der Beauftragten untereinander und mit ihrer Kirche.

7. Die Beistandschaft sollte in der Regel nur für Glieder der eigenen Kirche ausgeübt werden.

Sowohl gegen den Beschluß der EKD-Synode als auch gegen das vom Ausschuß für Fragen der Kriegsdienstverweigerung gebilligte Rechtsgutachten meldete das Lutherische Kirchenamt aus grundsätzlichen Erwägungen Bedenken und Widerspruch an.

Gesetzgeberische oder verwaltungsmäßige Maßnahmen des Staates, um die Frage der Ausübung der Beistandstätigkeit durch Pfarrer bzw. besondere kirchliche Beauftragte zu ordnen, erfolgten in der Berichtszeit nicht. Wohl aber wurden innerkirchliche Regelungen für die seelsorgerliche Beratung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, für das Tätigwerden von Pfarrern als Beiständen sowie für die kirchliche Betreuung von Ersatzdienstleistenden, deren erste in Anstalten und Heimen der Inneren Mission ihren Dienst aufnahmen, getroffen.

Von den landeskirchlichen Ordnungen zur Regelung der Beistandstätigkeit von Pfarrern und kirchlichen Beauftragten, die im Berichtsjahr getroffen wurden, seien im folgenden einige aufgeführt, die verschiedene Möglichkeiten deutlich machen.

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden beschloß:

Die seelsorgerliche Betreuung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen wird als legitime Aufgabe der Kirche anerkannt. Zuständig dafür ist in erster Linie der Gemeindepfarrer. Seine Aufgabe ist es, in der Verantwortung vor Gott und im gemeinsamen Hören auf sein Wort mit dem Gemeindeglied die Echtheit seiner Motive zu prüfen, dem jungen Menschen in seelsorgerlichem Gespräch zu einer wirklichen Gewissensentscheidung in der Frage der Kriegsdienstverweigerung zu verhelfen und ihn in allen Sachfragen zu beraten. Außerdem ist es Pflicht des Gemeindepfarrers, in dem staatlichen Prüfungsverfahren auf Wunsch des Kriegsdienstverweigerers für sein Gemeindeglied Zeugnis zu geben.

Für diesen Aufgabenkreis wird die Bildung besonderer Gremien jetzt nicht für notwendig gehalten. Deshalb kann auch dem von der Landesjugendkammer gebildeten Arbeitskreis oder der Landesjugendkammer selbst kein entsprechender kirchlicher Auftrag erteilt werden.

Die Landessynode sieht davon ab, einzelne Pfarrer für den Bereich der Landeskirche damit zu beauftragen, denjenigen Gemeindegliedern, die in dem staatlichen Prüfungsverfahren das Kriegsdienstverweigerungsrecht aus ihrem im christlichen Glauben gebundenen Gewissen geltend machen, Rechtsbeistand zu leisten. Wo ein Pfarrer sich verpflichtet weiß, seine seelsorgerliche Betreuung des Kriegsdienstverweigerers in das staatliche Prüfungsverfahren hinein über das persönliche Zeugnis für das Vorliegen einer ernsten und im Glauben begründeten Gewissensentscheidung hinaus als Rechtsbeistand des Kriegsdienstverweigerers fortzusetzen, handelt er in Ausübung der allgemeinen Dienstpflicht des Christen.

Die Frage der kirchlichen Betreuung der anerkannten Kriegsdienstverweigerer in der Zeit ihrer Ersatzdienstleistung gehört zur pflichtgemäßen seelsorgerlichen Betreuung eines Gemeindeglieds, da zu diesem Zeitpunkt die Gewissensentscheidung, die der besonderen seelsorgerlichen Hilfe bedarf, abgeschlossen ist und der anerkannte Kriegsdienstverweigerer den normalen aus seiner Gewissensentscheidung resultierenden Weg geht, auf welchem er Glied einer bestimmten Gemeinde ist und somit sein seelsorgerliches Anliegen innerhalb der Gemeinde erfüllt bekommt.

Der Evangelische Oberkirchenrat in Stuttgart gab zum Vollzug eines Beschlusses des Landeskirchentages vom 23. März 1961 folgenden Erlaß heraus:

I.

Geistliche handeln im Rahmen ihrer Zuständigkeit, wenn sie zu ihrer Parodie gehörende Gemeindeglieder, die den Kriegsdienst verweigern wollen, seelsorgerlich beraten, ihnen bei der Klärung ihrer Gewissensfrage helfen und mit ihnen als Beistände im Anerkennungsverfahren auftreten.

II.

Vom Oberkirchenrat werden außerdem für einzelne oder für mehrere Kirchenbezirke Geistliche bestimmt, die im Rahmen landeskirchlicher Zuständigkeit handeln, wenn sie Kriegsdienstverweigerern seelsorgerlich beistehen, ihnen bei der Klärung ihrer Gewissensfrage helfen und mit ihnen als Beistände im Anerkennungsverfahren auftreten.

III.

Der Oberkirchenrat beauftragt einen Pfarrer, Geistliche, die mit der Betreuung von Kriegsdienstverweigerern befaßt sind, zu informieren und zu beraten. Der Beauftragte arbeitet hierbei in Verbindung mit dem Evangelischen Jungmännerwerk und Evangelischen Arbeitskreisen für Kriegsdienstverweigerer.

IV.

Der Oberkirchenrat beauftragt einen Pfarrer mit der Beratung der Geistlichen in Fragen der Betreuung von Ersatzdienstpflichtigen.

V.

Eine Werbung für die Kriegsdienstverweigerung liegt nicht im Bereich der in den Ziffern I. bis IV. genannten Sonderaufgaben.

Die Kirchenregierung der Vereinigten Protestantisch-Evangelisch-Christlichen Kirche der Pfalz bestimmte:

1. Kriegsdienstverweigerer werden seelsorgerlich von dem zuständigen Pfarrer der Gemeinde beraten, in deren Seelsorgebezirk sie wohnen.

Die Gemeindepfarrer handeln im Rahmen ihres seelsorgerlichen Dienstes, wenn sie

- a) Kriegsdienstverweigerern bei der Klärung ihrer Gewissensfragen helfen,
- b) Kriegsdienstverweigerern vor den Prüfungsausschüssen beistehen.

2. Die Beratung der Seelsorger und Kriegsdienstverweigerer erfolgt durch besondere kirchliche Beauftragte. Dazu wird innerhalb der Landeskirche eine Beratungsstelle errichtet, die mit einem geistlichen und einem juristischen Berater besetzt wird. Diese haben miteinander die Angelegenheit ihres Beratungsdienstes zu ordnen. Sie sind für ihre Tätigkeit dem Landeskirchenrat verantwortlich. Die Aufgaben der Berater sind:

- a) Beratung von Gemeindepfarrern und Kriegsdienstverweigerern in deren Angelegenheiten,
- b) Beistand für Kriegsdienstverweigerer vor den Prüfungsausschüssen, soweit dies begehrt wird und nötig ist,
- c) Verbindung mit Beratungsstellen in anderen Landeskirchen und Unterrichtung über Fragen der Kriegsdienstverweigererorganisationen,
- d) Verbindung mit den verschiedenen Prüfungsausschüssen und den zuständigen Gerichtsstellen innerhalb des Bereiches der Landeskirche,
- e) Aufklärende Beratung und Informationsdienst bei Freizeiten von Kriegsdienstverweigerern, zum Beispiel der EAK.,
- f) Unterstützung in Fragen des Ersatzdienstes,
- g) Unterrichtung des Landeskirchenrates über die Vorgänge in ihrem Dienstbereich, über technische und finanzielle Angelegenheiten.

3. Um die Hilfe für Kriegsdienstverweigerer in ihrer Wirkung nicht zu beeinträchtigen, haben sich die Beauftragten in allen Äußerungen über den Kriegsdienst und damit zusammenhängenden Fragen zurückzuhalten.

Die Evangelische Landeskirche von Kurhessen-Waldeck erließ am 25. Mai 1961 nachstehende

VERORDNUNG ÜBER DIE BERATUNG UND VERTRETUNG VON KRIEGSDIENST-
VERWEIGERERN AUS GEWISSENSGRÜNDEN

§ 1

Zur Beratung und Vertretung der evangelischen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen im Bereich der Landeskirche wird eine Beratungsstelle gebildet, deren Mitglieder von dem Bischof berufen werden. Die Beratungsstelle besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens drei weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende und zwei Mitglieder sollen Pfarrer der Landeskirche sein, ein Mitglied soll die Befähigung zum Richteramt haben.

§ 2

Die Beratung im Rahmen der seelsorgerlichen Betreuung von Kriegsdienstverweigerern obliegt in erster Linie dem örtlich zuständigen Pfarrer. Dieser oder der Kriegsdienstverweigerer können sich an die landeskirchliche Beratungsstelle wenden.

§ 3

Die Vertretung der Kriegsdienstverweigerer vor den zuständigen staatlichen Behörden und Verwaltungsgerichten steht ausschließlich den Mitgliedern der Beratungsstelle zu. Ausnahmsweise kann der örtlich zuständige Pfarrer zu der Vertretung bevollmächtigt werden.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem auf die Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt folgenden Tag in Kraft.

Während in der BRD das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Grundgesetz garantiert ist, wird es in der *Deutschen Demokratischen Republik* nicht gewährt. Dort gilt der Wehrdienst als Ehren- und Friedensdienst, dem sich niemand entziehen darf. Schon zu einem Zeitpunkt, als die Nationale Volksarmee noch ein Freiwilligenheer war, haben sich Kirchenleitungen im Bereich der DDR dafür eingesetzt, daß die Freiheit der Gewissensentscheidung gewahrt und die gewissensbegründete Weigerung, in die Volksarmee einzutreten, geachtet und geschützt werde. Die Kirchenleitungen der Gliedkirchen im Bereich der DDR richteten im Oktober d. J. ein ausführliches Schreiben an die Pfarrer und kirchlichen Mitarbeiter. Es ist in dem Bericht über das kirchliche Leben in der DDR (s. u.) im Wortlaut abgedruckt. Sein eigentliches Gewicht erhielt es mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR.

Bisher hat die DDR-Regierung den Bitten und Vorstellungen der Kirche weder im Hinblick auf die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen noch hinsichtlich der Einrichtung einer Soldatenseelsorge entsprochen.

4. *Kirchliche Verlautbarungen zur Bundestagswahl.* Zu der Wahl des Bundestages im September veröffentlichte der Rat der EKD am 19. Juni 1961 den fol-

genden von dem Ratsvorsitzenden und von seinem Stellvertreter unterzeichneten Aufruf:

Aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahl wendet sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland an alle, die an den Wahlvorbereitungen beteiligt sind. Da der Wahlkampf die Unterschiede der gegensätzlichen Auffassungen klarstellen soll, wird er auch in sachlicher Härte geführt werden müssen. Wir bitten aber alle Parteiführer, Abgeordneten und Wahlkandidaten, in den Auseinandersetzungen weder die Beweggründe noch das persönliche und charakterliche Verhalten der politischen Gegner in Zweifel zu ziehen. Wenn es wirklich um das ganze Volk geht, so sollte sich auch die persönliche Achtung derer voreinander von selbst verstehen, die im Bundestag für das deutsche Volk gemeinsame Verantwortung tragen sollen.

Die evangelischen Abgeordneten in den Parteien der Bundesrepublik bitten wir, ihr Mandat so wahrzunehmen, daß ihre Parteien das Wohl des Volkes in seiner Gesamtheit und die Aufgaben der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit über jedes Gruppeninteresse stellen, damit die evangelischen Wähler guten Gewissens den von ihnen zu wählenden Parteien ihre Stimme geben können.

Präses *D. Scharf*

Landesbischof *D. Lilje*

Im Namen einer Gruppe evangelischer SPD-Politiker dankte das Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Arndt dem Rat der EKD für diesen Aufruf. Er erklärte:

Wir unterzeichneten sozialdemokratischen Glieder evangelischer Kirchen haben die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Kenntnis genommen, wonach der Wahlkampf ohne Verunglimpfung politischer Gegner geführt und ein Mandat so wahrgenommen werden soll, daß die evangelischen Wähler guten Gewissens auch der von uns vertretenen Partei ihre Stimme geben können. Wir sind mit vielen anderen sozialdemokratischen Gliedern der Kirche gewillt, diesem Aufruf gemäß zu handeln.

Wir sehen in der Erklärung zugleich eine ablehnende Antwort des Rates der EKD auf Forderungen, welche namhafte Sprecher auf der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Anfang dieses Jahres in Hamburg erhoben haben und welche darauf abzielten, daß die Evangelische Kirche sich für die CDU einsetzen solle. Wir danken dem Rat der EKD, daß er solche Erwartungen nach parteipolitischer Bindung nicht entspricht, vielmehr die evangelischen Wähler vor die Verantwortung stellt, selber zu entscheiden, wem und welcher Partei sie ihre Stimme geben.

Die Bischofskonferenz der VELKD nahm „mit Bestürzung“ davon Kenntnis, daß „die Ereignisse der Weltpolitik es bisher nicht vermocht haben, dem gegenwärtigen Wahlkampf eine dem Ernst der Stunde angemessene Gestalt zu geben“.

Von den landeskirchlichen Erklärungen zur Bundestagswahl sei ein Schreiben von Präses Professor D. Dr. Beckmann an die Parteivorstände, dem die Erklärung des Rates der EKD beigelegt war, im Auszug wiedergegeben:

1. Die Evangelische Kirche im Rheinland hält es für den Bestand einer freiheitlichen Demokratie für unerläßlich, daß alle Staatsbürger ihr Wahlrecht ausüben.
2. Die Evangelische Kirche im Rheinland fordert jedoch von niemandem, daß er eine bestimmte Partei wählt. Sie erwartet aber, daß ihre Glieder totalitäre oder nationalistiche Bestrebungen nicht unterstützen.
3. Die Evangelische Kirche im Rheinland muß darauf Wert legen, daß die Parteien im Wahlkampf die Gebote der Fairneß und der Sachlichkeit und der Offenheit für andere

Standpunkte beachten. Das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ist in diesem Sinne zu verstehen. Insbesondere dürfen in unserer politischen Situation Einzel- und Gruppeninteressen nicht über das Gesamtwohl gestellt werden.

4. Die Evangelische Kirche im Rheinland hält es für bedenklich, wenn, um bloßer Stimmenwerbung willen, uneinlösbare Versprechen gemacht oder, was noch schlechter ist, Illusionen über unsere Lage und ihre Möglichkeiten erzeugt werden. Der Wähler hat ein Anrecht auf eine den Tatsachen entsprechende Information. Auch dann, wenn diese Tatsachen unangenehm sind. Es sollten Gegensätze weder verdeckt noch konstruiert werden. Bestehende Gegensätze offen und sachlich auszusprechen, ist man dagegen dem Wähler schuldig. Wo aber Gemeinsamkeiten bestehen, sollte man diese ebenso offen zugeben. Es ist auch nicht gut, weil es den Wähler irreführt, wenn man sich gegenseitig das Recht streitig macht, für die Sicherung der Demokratie und der Bundesrepublik tätig zu sein.

Im Zusammenhang mit der Bundestagswahl nahmen einige Landeskirchenleitungen erneut oder erstmalig zu einer parteipolitischen Aktivität von Pfarrern Stellung. In einer Erklärung des Protestantischen Landeskirchenamtes der Pfalz heißt es:

Wir mißbilligen ... eine in Verbindung mit der aktiven pfarramtlichen Arbeit ausgeübte parteipolitische Betätigung des Pfarrers und haben unsere Pfarrerschaft ermahnt, in Rücksicht auf den ihr übertragenen Dienst der Verkündigung des Wortes Gottes und auf das Hirtenamt der Seelsorge die freiwillige Zurückhaltung zu üben, die in Bezug auf Parteipolitik und Wahlkampf für sie erforderlich ist. Zugleich bitten wir alle Parteien, von einer Heranziehung der Pfarrer zum Wahlkampf und von der Hereinziehung der Kirche in ihn Abstand zu nehmen. Wo ein Pfarrer der Überzeugung ist, sich ganz der Politik widmen zu müssen, wird er nach den kirchengesetzlichen Bestimmungen beurlaubt.

In der letzten Woche des Wahlkampfes gab die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau folgende Verlautbarung heraus:

Aus besonderem Anlaß erinnert die Kirchenleitung daran, daß nach Synodalbeschuß und Pfarrergesetz den evangelischen Pfarrern Zurückhaltung in politischen Stellungnahmen auferlegt ist. Dies trifft in diesem Jahr besonders bei der Bundestagswahl zu. Pfarrer sollten keinen Wahlauf Ruf mit ihrer Amtsbezeichnung unterschreiben oder kraft ihres Amtes Wahlbeeinflussung treiben. Jedem Gemeindeglied muß die freie Wahlentscheidung nach seinem an Gottes Wort gebundenen Gewissen offenstehen.

5. *Die Kirche und ihre Presse.* Ein wichtiges Instrument zur Wahrnehmung ihrer öffentlichen Verantwortung und zur öffentlichen Bekanntgabe ihrer Meinung und Entscheidung besitzt die Kirche in ihrer Presse. Der 3. Deutsche Evangelische Pressetag, der im Juni des Berichtsjahres in Düsseldorf zusammentrat, verabschiedete acht Thesen zu der Frage:

DIE KIRCHE UND IHRE PRESSE

Die evangelische Presse soll als publizistisches Instrument der Kirche an sämtlichen evangelischen Christen ihre Aufgabe wahrnehmen. Sie hat sich auf dem weiten Spannungsfeld der publizistischen Einflüsse mit vollem Gewicht zu behaupten und ihren besonderen Auftrag teils in Ergänzung, teils auch im Widerspruch zu anderen Presseerscheinungen durchzusetzen. Daraus ergeben sich nachstehende Folgerungen:

1. Es muß das Ziel der evangelischen Pressearbeit sein, daß jedes evangelische Haus von einem Presseorgan der evangelischen Kirche erreicht wird, das eine anschauliche, zuverlässige und aktuelle Information bietet. Das bedeutet, daß die Gesamtauflage der Kirchen- und Gemeindeblätter erheblich ausgeweitet werden müßte.

2. Die wirtschaftliche Basis des evangelischen Pressewesens muß gesünder und leistungsfähiger werden. Das erfordert vor allem eine stärkere Konzentration des Verlagswesens, die eine großzügigere Kalkulation ermöglicht. Es wird nötig sein, das Inseratengeschäft auszuweiten und endlich die Zuschüsse für pressefremde Zwecke aus den Verlagsaufgaben zu streichen.

3. Die Werbung muß großzügiger und intensiver vorangetrieben werden, ohne die Gesetze der Loyalität zu verletzen. Sie müßte sich darum bemühen, über den traditionellen Wirkungsbereich der Gemeinden hinaus jedes evangelische Haus zu erreichen.

4. Eine präzisere Entfaltung der evangelischen Presse erfordert eine stärkere gemeinsame Planung, die zu einer sinnvollen Aufgabenteilung führen könnte. Ohne die Unabhängigkeit der einzelnen Verlage in Frage zu stellen, muß eine großangelegte Absprache möglich sein, die auf Grund der gewandelten gemeindlichen Strukturen und im Blick auf die Umwälzung der modernen Gesellschaft neue publizistische Schwerpunkte feststellt. Eine solche Absprache, die auf dem Boden des Gemeinschaftswerkes geschehen könnte, sollte auch zur Bereinigung unrationeller und unfachgemäßer Publikationen führen.

5. Der Inhalt und die Aufmachung müssen je nach der Aufgabenstellung des Blattes auf die modernen Lesergewohnheiten hin neu durchdacht werden. Vor allem wird es sich empfehlen, noch stärker den Alltag des heutigen Menschen zu berücksichtigen, mehr das optische und das unterhaltende Moment zu pflegen und durch gezielte Information die Mitbeteiligung und die Meinungsbildung der Leser zu fördern.

6. Die Redaktionen müssen zu leistungsfähigen Arbeitsgruppen ausgebaut werden, um anspruchsvolleren Maßstäben gerecht zu werden. Sie benötigen qualifizierte Fachleute, die mit den Regeln der modernen Publizistik vertraut sind und die neben den Theologen eigene Verantwortungsbereiche und eine angemessene berufliche Laufbahn finden.

7. Der journalistische Nachwuchs fordert besondere Aufmerksamkeit. Da die Verjüngung und die notwendige Ausweitung der Redaktionen in absehbarer Zeit einen starken Bedarf an befähigten jungen Journalisten und Theologen mit sich bringen wird, ist rechtzeitige Vorsorge angebracht. Sie wird zu überregionalen Planungen und zu gezielten Ausbildungsvorhaben führen müssen und ausgewogene berufliche Angebote zu entwickeln haben.

8. Das Verhältnis zwischen den Organen der Kirche und der kirchlichen Presse bedarf einer dauernden Überprüfung. Wenn die evangelische Presse eine wesentliche Expansion erfahren soll, ist sie auf verständnisvolles Interesse und eine wohlüberlegte Förderung von seiten der Kirchen und ihrer Leistungsorgane angewiesen. Allerdings braucht die Pressearbeit gleichzeitig eine eigenständige Position, um in möglichst großer Bewegungsfreiheit den verschiedenartigen Lesersituationen gerecht werden und die Vielfalt evangelischer Meinung wiedergeben zu können.

B. Die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung der Kirche (gesellschaftliche Diakonie)

In breiten Bereichen des öffentlichen Lebens, in denen die Predigt der Kirche nicht mehr ankommt, wird die Sprache der Diakonie, des unmittelbaren Dienstes am Menschen, die Sprache der Mitmenschlichkeit und dienstwilligen Solidarität mit dem anderen noch verstanden.

a) Die Aktion „Brot für die Welt“⁶

Zum dritten Male wurden die Gemeinden in beiden Teilen Deutschlands aufgerufen, im Rahmen der Aktion „Brot für die Welt“ ein Opfer für den Kampf gegen Not und Hunger auf Erden zu bringen. Mit dem Aufkommen von 40 Millionen DM – davon 8,5 Millionen in den östlichen Gliedkirchen – bei den Sammlungen der Vorjahre konnten etwa 200 Hilfsmaßnahmen in Hunger- und Notstandsgebieten durchgeführt oder in Angriff genommen werden. Es wurden nicht nur Nothilfemaßnahmen nach Katastrophen wie in Agadir und Chile finanziert, nicht nur akute Krankheits- oder Hungersnot gelindert, vielmehr liegt das Schwergewicht auf der Bekämpfung der Ursachen von Hunger und Elend: durch gewährte Hilfe soll die Selbsthilfe in Gang gesetzt werden. Landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildungsstätten werden im „Hungergürtel der Welt“ eingerichtet und gefördert, um durch bessere Ausbildung krisenfeste Existenzen in Landwirtschaft und Handwerk zu schaffen und solcherart den jetzigen Elendsgebieten zu helfen, sich mehr und mehr aus eigener Kraft der Not zu erwehren.

Die EKD-Synode (s. o.) beschloß, die Weihnachtssammlung „Brot für die Welt“ zu einer regelmäßigen Einrichtung zu machen. Zusammen mit Bischof Dr. Wunderlich, dem Vorsitzenden der Vereinigung Evangelischer Freikirchen, erließen der Vorsitzende des Rates der EKD, Präses D. Scharf, und Präses Dr. Puttfarcken einen

AUFRUF AN DIE EVANGELISCHEN CHRISTEN DEUTSCHLANDS ZUM WEIHNACHTSOPFER

Im Namen Christi!

Brot für die Welt 1961/62

Allen Christen sei herzlich gedankt, die durch ihr Opfer dazu geholfen haben, daß für *Brot für die Welt* im vergangenen Jahr mehr als 20 Millionen Mark aufgebracht wurden. Mit dieser Summe konnte in 38 Ländern viel Elend und Not gelindert werden.

Wenn wir uns den Hunger und die Hilflosigkeit von Millionen in der weiten Welt vor Augen halten, dann ist unser erster Gedanke: „Brot!“ Wir möchten ihnen zu essen geben.

Aber Speisungen bedeuten die Linderung des Hungers nur für kurze Zeit. Wirksame Hilfe muß mehr sein. Wenn wir beten „Unser täglich Brot gib uns heute“, dann bitten wir neben Essen und Trinken auch um Gesundheit, Wohnung, Acker, Vieh, Arbeit ..., Dinge also, die die ganze wirtschaftliche und soziale, ja auch die geistige Existenz des Menschen umfassen. So will auch unser Ruf *Brot für die Welt* im Jahre 1961/62 verstanden sein.

Nicht die Scheibe Brot für ein Kind im Hochland der Anden Südamerikas, nicht die Zelte für die obdachlosen Flüchtlinge im Kongo, nicht das Flugzeug voller Medikamente für Kranke in Indonesien sind der letzte Zweck unseres Opfers. *Brot für die Welt* braucht in erster Linie immer wieder Geld, um Hilfe zur Selbsthilfe leisten zu können.

Mehr noch aber braucht Brot für die Welt Menschen!

Wer das Können und die Kraft, die Gesundheit und den Opferwillen hat, sich neben seinen fernen Nächsten irgendwo in Afrika oder Asien zu stellen, damit dieser lernt, Unwissenheit, Sorge und Not durch die eigene handwerkliche und geistige Leistung zu

6. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 138 ff.; 1960, S. 107 ff.

überwinden, der tut mehr gegen die Weltgeißeln Hunger und Krankheit, als tausende Zentner Reis es tun. Wer solchen Dienst in Übersee in seinem Beruf auf sich nehmen und damit ein Helfer seiner fernen Nächsten werden will, der melde sich noch in dieser Woche.

Alle anderen aber sollten sich prüfen, ob sie nicht auf die Erfüllung eines Weihnachtswunsches verzichten können. Durch ihr Geld bauen sie Handwerkerschulen und Bauernhöfe, Krankenhäuser und Landwirtschaftsgenossenschaften auf; sie beschaffen Traktoren, Düngemittel und Mikroskope, die den Grundstock zur Selbsthilfe des fernen Nächsten bilden.

Wer sich heute zum Dienst in Übersee meldet oder für Brot für die Welt Geld gibt, bringt Hilfe, die nicht von anonymen oder interessierten Mächten, dem Staat oder einer Wirtschaftsgruppe kommt, sondern die im Namen Christi in die Elendsgebiete der Welt geht und die Kraft persönlichen Verzichts und mitdenkender Liebe an sich trägt.

Deshalb bitten wir um eines jeden Opfer!

Dr. Wunderlich

Vorsitzender der Vereinigung
Evangelischer Freikirchen

Dr. Puttfarcken

Präses der Synode der
Evangelischen Kirche
in Deutschland

D. Scharf

Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche
in Deutschland

Die leitenden Geistlichen der einzelnen Landeskirchen riefen ihre Gemeinden noch besonders auf. Wir drucken als ein Beispiel für viele das Wort des bayerischen Landesbischofs D. Dietzfelbinger ab:

WORT DES LANDESBISCHOFS ZUR AKTION „BROT FÜR DIE WELT“ 1961

In Neu-Delhi, der Hauptstadt Indiens, sind in diesen Wochen die Vertreter der Christenheit aus allen Ländern der Erde versammelt. Jesus Christus mit seinem Wort: „Ich bin das Licht der Welt“ hält sie zusammen. Dabei rufen die jungen Kirchen Asiens und Afrikas besonders nach der Hilfe der ganzen Christenheit. Darum soll in der Verantwortung der Christen füreinander auch in diesem Jahr die Aktion „Brot für die Welt“ unter uns ein offenes Herz und eine offene Hand finden. Sie hat in den beiden letzten Jahren schon vielen geholfen und den Glauben gestärkt. Die Menschen ferner Länder bitten um Missionare, aber ebenso auch um Mittel, die den Hunger lindern und der Krankheit wehren. Bei der Häufigkeit der Bitten um williges Geben mag mancher versucht sein, müde zu werden. Aber was Gott uns selber an Gütern und Wohlstand gegeben hat, wird zum Unsegen, wenn wir nicht frei sind zum Geben und Mitteilen. Gott hat uns zu Haushaltern bestellt mit Geld und Gut. Dazu gehört die Diakonie an den nahen und fernen Brüdern. Wir wollen erfinderisch werden in den Möglichkeiten dieses Dienstes: der Verzicht auf eine Mahlzeit, das Üben der Fürbitte für Hungernde, die man in ein Tischgebet einschließt, eine Büchse an einer Stelle des Hauses, die unsere Gaben aufnimmt, sind solche Möglichkeiten. Auch unseren Kindern dürfen wir nicht vorenthalten, an dieser Diakonie der Kirche in der weiten Welt teilzunehmen. Soweit es menschenmöglich ist, wird dafür Sorge getragen, daß jede Gabe in die Orte und Hände kommt, die ihrer würdig sind und ihrer wirklich bedürfen. Unter den alles überblickenden und durchdringenden Augen Jesu Christi geschehe unser Opfer auch in diesem Jahr herzlich und gerne. Unsere Brüder in fernen Ländern will Gott der Herr durch unsere Hilfe segnen.

München, den 3. November 1961

b) Stellungnahme zum Arbeitsgesetzbuch der DDR

Eine einschneidende und folgenreiche Maßnahme auf sozialpolitischem Gebiet stellt die Verabschiedung des Arbeitsgesetzbuches der DDR dar. Die Stellung-

nahme der Kirche wurde, als sich das Gesetzbuch noch im Stadium des Entwurfes befand, von Bischof D. Krummacher im Auftrage der Kirchlichen Ostkonferenz dem Volkskammerpräsidenten Dr. Dieckmann und dem Staatssekretär für Kirchenfragen Seigewasser mit der Bitte übergeben, die darin zum Ausdruck gebrachte Auffassung der evangelischen Kirche vor der Beratung und Beschlußfassung der Volkskammer zu hören. Das Gesetz wurde ohne Berücksichtigung der kirchlichen Bedenken verabschiedet.

Die Stellungnahme der Kirche ist in dem Berichtsteil über die Gliedkirchen in der DDR im Wortlaut mitgeteilt.

c) Der Dienst der Kirche an der Erziehung

Der Dienst der Kirche an dem Werk der Erziehung geschah auch 1961 auf mannigfache und vielfältige Weise. Eine grundsätzliche Besinnung über diesen Dienst erarbeitete in kritischer Ergänzung zu dem Schulwort der EKD-Synode 1958 (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 77 ff.; 1960, S. 110 ff.) die Schulkammer der Evangelischen Kirche von Westfalen; die Stellungnahme fand die Zustimmung der westfälischen Kirchenleitung. Sie lautet:

EVANGELIUM UND ERZIEHUNG

In dem Dienst an der Welt, zu dem die Kirche berufen ist, hat der Erziehungsauftrag ein ganz besonderes Gewicht. Evangelium und Erziehung haben wesentlich miteinander zu tun. Nur eine Erziehung, die sich vom Evangelium durchdringen läßt, kann wahrhaft Lebenshilfe geben.

1. Gott rettet den Menschen, der unter dem Gesetz – unter aller Art von Gesetzhlichkeit – zugrunde geht. Jesus Christus ist Gottes Hilfe. Er trat unter das Gesetz der Sünde und des Todes, „auf daß er die, so unter dem Gesetz waren, erlöste, damit wir die Kindschaft empfangen“ (Gal. 4, 4). So erwächst die Freiheit der Kinder Gottes aus dem erlösenden Handeln Christi und der kommenden Herrlichkeit seines ewigen Reiches. Sie bewährt sich in der Nachfolge.

Erziehung kann nur in Freiheit geschehen. Zwischen der Freiheit des Christen und der Freiheit der Welt muß klar unterschieden werden. „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan“ (Luther). Freiheit eines Christenmenschen, wird sie auf das Gebiet der Erziehung übertragen, bedeutet Freiheit zum Nächsten hin als Dienst an der jüngeren Generation. Unlösbar hängen Glaube und Liebe miteinander zusammen. Wer dem Willen Gottes gehorcht, begegnet seinem Nächsten in hilfsbereiter Verantwortung. In dieser Gebundenheit aber werden wir frei.

Der durchs Evangelium befreite Mensch kann auch der Schule und dem Staat geben, was ihnen gebührt. Er kann getrost Verantwortung übernehmen, braucht sich von Erfolg und Mißerfolg nicht in falscher Weise abhängig zu machen und tut seinen Dienst im Staat so, daß diesem geholfen wird, seine Würde recht zu verstehen und seine Grenzen nicht zu überschreiten.

Erfüllt die Kirche ihren Auftrag, das Evangelium zu verkündigen, so ist sie die Stätte der Freiheit für den unter dem Gesetz vergehenden Menschen. Verlorene Freiheit wird durch Vergebung neu gesetzt. Der Mensch ist nun nicht mehr gezwungen, sich fortgesetzt seine Tüchtigkeit zu bescheinigen, sie unablässig vor anderen darzutun – ein Zwang, der in der modernen Gesellschaft noch immer zunimmt. Wo aber empfängt auch der Schwache,

der weniger Begabte eine Bestätigung seiner selbst? Wie also kann in der Schule vom Evangelium her Freiheit verwirklicht werden? Wie kommt man zwischen Bindungslosigkeit und Willkür auf der einen Seite und dem Zwang der Gesetzlichkeit auf der anderen Seite hindurch? – Eben als ein Mensch, den Gott gerufen hat. So kann man sich dem Zwang zur Selbstbestätigung, der Sucht nach dem Bestätigtwerden entziehen und in der Freiheit leben, zu der uns Christus befreit hat.

2. Nicht nur Freiheit schenkt das Evangelium, es hält für den Erziehenden noch andere Gaben bereit. Um welche Gaben es sich handelt, das sei an drei Beispielen erläutert.

a) Erziehung ist eine Funktion der Gemeinschaft. Alle Gemeinschaft aber wird zerstört durch Schuld. Sie kann nur wiederhergestellt werden durch Vergebung. In der Erziehungsarbeit Johann Hinrich Wicherns haben wir überzeugende Beispiele dafür. Vergebung vertieft die Gemeinschaft. Die Dreiecksbeziehung, in der alle Gemeinschaft steht, wie Jonathan zu David sagt: „Der Herr sei zwischen dir und mir, das bleibe ewiglich“ (1. Sam. 20, 42), hat eine fundamentale Bedeutung für die Erziehung. Solche Gemeinschaft kann nur durch Vergebung erhalten und erneuert werden.

b) Erziehen heißt Vorbild sein. Was ist unser Vorbild? Die Schrift sagt: Alle Menschen sind Lügner (Psalm 116, 11). Sie sagt weiter: „Da ist nicht, der Gutes tue, auch nicht einer“ (Röm. 3, 12). Welcher Lehrer und Erzieher könnte es wagen, auf sich zu weisen? Vorbild kann ein Mensch nur sein in der Beziehung zu dem Einen, der wirklich Vorbild ist, so daß alles, was in uns und bei uns Nachfolge ist, rechtes Vorbild werden kann. Wer aber als Erzieher nur auf sich weist, muß scheitern. Wie herrlich ist die Möglichkeit, die dem Lehrer gegeben ist, in der Solidarität vor Gott mit den Kindern zu stehen! Das schafft auch echte Autorität.

c) In aller pädagogischen Arbeit wird versucht, Kinder und Jugendliche zu anständigen und tüchtigen Leuten zu erziehen. Aber ist es möglich, dem Dilemma auszuweichen, daß wir Pharisäer erziehen, wenn wir nur mit den üblichen Maßstäben der Tüchtigkeit, des Anstandes, der Tugenden usw. arbeiten? Dies ist nicht möglich ohne das Evangelium. Allein das Evangelium durchbricht diese Schranken und macht den Menschen frei, zu sehen, daß über den Wert des Menschen nicht entscheidet, welches Maß von Anstand und Lebenserfolg ihm beschieden ist. Der Idealismus, der es fertiggebracht hat, den Ehrgeiz als pädagogisches Motiv in unsere Schulen zu pflanzen, führt in der Konsequenz zu unerträglicher Selbstgerechtigkeit. Nur das Evangelium befreit den Menschen von seiner Selbstgerechtigkeit. Nur wo Selbstgerechtigkeit überwunden wird, erwächst wahre Sachlichkeit.

Das Evangelium verhilft dem Menschen dazu, daß er sich selber verwirklicht. Es überwindet damit die Not unseres Zeitalters, daß nämlich der „außergelenkte“, der „ferngesteuerte“, der gehetzte und nur noch auf Anpassung bedachte Mensch keine innere Mitte mehr gewinnt. Wer aber aus der Hoffnung lebt, daß der Herr kommt, der vertieft sein Wesen, der wird gleichsam zu sich selber ermutigt und gelangt so zur Verwirklichung seiner selbst – auch wenn er nicht sonderlich begabt, nicht sehr erfolgreich sein sollte.

Wer dies erkennt, daß Gott ja zu ihm sagt, der vermag auch sich selber anzunehmen, der wächst in der Verantwortung auch gegenüber der Dingwelt. Und was den Mitmenschen angeht, so kann er nun auch den Nichtliebenswerten tragen. Dies vermag ein pädagogischer Eros auf die Dauer nicht.

Das Evangelium eröffnet den Blick für das, was der andere ist, und das, was der andere braucht. Es befreit den Menschen vom Wunschdenken, von der Resignation und der Illusion. „So denn ihr, die ihr arg seid, könnt euren Kindern gute Gaben geben, wieviel mehr wird der Vater im Himmel den heiligen Geist geben denen, die ihn bitten“ (Luk. 11, 13).

3. Der Beruf des Lehrers steht heute nicht hoch im Kurs. Der Lehrer fühlt sich weithin allein gelassen. Die Kirche sollte die Bedeutsamkeit seines Dienstes erkennen, anerkennen und von dieser Voraussetzung aus das Gespräch mit der Lehrerschaft führen.

Der Lehrer soll nicht nur unterrichten, sondern auch erziehen. Dazu bedarf er der Autorität, die sich nicht allein auf seine Persönlichkeit, sondern auch auf sein Amt gründen sollte. Dieses Amt müßte vom Vierten Gebot her in Kirche und Öffentlichkeit neu bedacht und gewürdigt werden. Ist es doch auch ein Mandat Gottes. Aus dieser Bindung aber erwächst die innere Freiheit des Lehrers. Wer ein Mandat Gottes empfangen hat, wird nicht resignieren. Er kann die im pädagogischen Bereich bedrohlich zunehmende Antriebs- und Richtungslosigkeit überwinden. Sein erzieherisches Handeln empfängt nun einen lebendigen Sinn. Wer dieses Mandat annimmt, kann pädagogische Verantwortung tragen. So wächst Autorität.

Zur pädagogischen Wirklichkeit der Schule gehören in erster Linie auch die Eltern. Sie wälzen ihre Verantwortung gern auf die Schule ab. Die Kirche hat die Eltern in ihrer Verantwortungsbereitschaft zu stärken. Darum bemühen sich auch die Lehrer. Die agendarische Ordnung des Vokationsgottesdienstes, in dem die Religionslehrer ihre Bevollmächtigung für die Evangelische Unterweisung empfangen, spricht von der Verpflichtung, auch die Eltern zu christlicher Verantwortung zu rufen. Erziehung ist unteilbar. Die Einheit des Auftrages, der dem Elternhaus wie auch der Schule gestellt ist, muß festgehalten werden. Diese Einheit ist heute in Frage gestellt. Wie wird zum Beispiel im Hause über die Lehrer gesprochen? Die Kinder tragen die Lebenswirklichkeit der Familien, aus denen sie kommen, in die Schule. Hat es ein Kind erfahren, was das Wort Vater oder Mutter eigentlich bedeutet und was ein Vater oder eine Mutter ist, so kann es auch im Lehrer das Väterliche und in der Lehrerin das Mütterliche achten und anerkennen.

Eltern und Lehrer sind darauf angewiesen, daß sie einander helfen. Gemeinsam haben sie den behüteten Raum zu schaffen, in dem das Kind wachsen kann. Es braucht Geborgenheit. Sie entsteht, wo man das Kind vorbehaltlos annimmt und es als Gottesgabe liebt. Wo das geschieht, wird bereits etwas von der Kraft des Evangeliums wirksam, das auch viele Bedrohungen unseres erzieherischen Verhaltens überwindet. Götzen gefährden das Kind und rauben ihm den Frieden. Das Kind selbst wird vergötzt, die Zensur, das Fortkommen, die Kleidung, der Wohlstand. Eine Atmosphäre der Geborgenheit kann aber nur entstehen, wo die Erwachsenen die vergebende Liebe Christi anerkennen und von daher einander vertrauen und ehren.

Schrittweise wird das Kind, wird insbesondere der Jugendliche der Lebenswirklichkeit entgegengeführt. Wir müssen ihm helfen, die Sinnentleerung des Daseins zu überwinden, die gerade ihn im besonderen Maße bedroht. Wir müssen ihm helfen, lohnende Ziele zu finden.

Wie werden unsere Kinder mündig? Darum geht es aller verantwortungsbewußten Erziehung. Mündig werden die Kinder weder in einer Bindungslosigkeit, die sich als Freiheit ausgibt, noch werden sie es durch Gängelei. Das Evangelium macht den Menschen unabhängig, weil es ihn ganz in die Abhängigkeit von Gott stellt. Es bringt auch den jungen Menschen dahin, daß er sich selbst gleichsam in den rettenden Willen Gottes fallen läßt, der ihn wiederum in den Dienst am Nächsten entsendet.

4. Von diesen grundsätzlichen Erwägungen ausgehend, kann nur aufs neue betont werden, was auch das Wort der Synode vom 30. April 1958 sagt: Erziehung hat in Freiheit und Wahrhaftigkeit zu geschehen. Die bis 1918 bestehende Schulaufsicht, für die der damalige Staat sich der Kirche bediente, ist von der Kirche selbst teilweise schon vor 1918 als ein Unglück angesehen worden und hat sich mit der endlich erfolgten Lösung des Bündnisses zwischen „Thron und Altar“, vor allem aber durch die Neubessnung der evangelischen Theologie als vollkommen überständig und hinfällig erwiesen.

Soweit die Kirche für evangelische Schulen eintritt, tut sie dies aus der Verantwortung für ihre getauften Kinder. Die Eltern haben ein Recht darauf, selber mitzubestimmen, in welchem Geist ihre Kinder erzogen werden sollen. Der Staat allein ist hierzu nicht befugt und auch nicht befähigt. Die Kirche sucht der Elternverantwortung Raum zu schaffen und unterstützt zugleich die Möglichkeit, daß sich Lehrerkollegien in einem Geist zusammenfinden. Wer darin einen Versuch zu „kirchlicher Bevormundung“ der Schule

erblickt, hat nicht verstanden, worum es geht. Im übrigen tritt die Kirche auch für die Gemeinschaftsschule auf christlicher Grundlage ein.

5. Eine unsachliche Überfremdung der Bildungsgüter im Sinne eines weltanschaulichen Drills widerspricht dem Wesen des Evangeliums. Bloße Sachlichkeit indessen genügt nicht. Der Unterricht aller Schulen führt immer wieder an die Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnis (etwa bei der Frage nach der Entstehung der Welt, der Erde, des Menschen usw.). Bei aller gebotenen Sachlichkeit, die unabdingbare Grundlage jeglichen Unterrichts ist, hat der Schüler ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie sein Lehrer die großen Menschheitsfragen gelöst sieht und sie für sein Leben zu lösen sucht.

Wir meinen, daß Kinder und Jugendliche, die von diesen Fragen bewegt werden, eine Antwort erhalten müssen. Die persönliche Stellungnahme des Lehrers, dem sie vertrauen, bedeutet für ihre Entwicklung möglicherweise Entscheidendes. Auf diese persönliche Stellungnahme des Lehrers, die aber die Sachlichkeit seiner Arbeit nicht in Frage stellen darf, kann keinesfalls verzichtet werden.

Daran liegt der Kirche, daß Lehrer in der Schule wirken, die den Kindern auf diese Weise Lebenshilfe zu geben suchen. Die Kirche bejaht deshalb jede Schulform, die den Lehrern nicht nur in der Evangelischen Unterweisung, sondern auch im übrigen Unterricht die Möglichkeit einer Antwort aus dem Glauben heraus gibt. Die Kirche weiß, daß diese Antwort durch keine amtliche Anweisung gefordert werden kann, denn sie läßt sich nur von Menschen geben, die sich in freier Entscheidung zum christlichen Glauben bekennen. Die Kirche sucht deshalb im Rahmen ihrer Möglichkeiten (Studentenseelsorge an Universitäten und Pädagogischen Akademien, Arbeitsgemeinschaften „Kirche und Schule“ usw.) dazu beizutragen, daß Studierende wie auch Lehrende immer erneut mit dem Evangelium in Berührung kommen und damit für Leben und Amt gerüstet werden.

Der evangelische Charakter einer Schule hängt davon ab, daß in ihr bewußt evangelische Lehrer Dienst tun und auch die Eltern diesen Dienst unterstützen. Eine Gemeinschaftsschule könnte, wenn diese Voraussetzungen an ihr besser erfüllt wären, „christlicher“ sein als eine evangelische Schule, sofern das Gegenüber und Miteinander evangelischer, katholischer und konfessionsloser Lehrer eine Prägung der Schule überhaupt zuläßt. Vertritt an ihr aber jeder Lehrer seine Konfession oder Konfessionslosigkeit, so werden die Kinder in den Streit der Stellungnahmen hineingezogen, bevor sie diesem überhaupt gewachsen sind.

Es ergibt sich aus der Verantwortung, die den Eltern auferlegt ist, daß sie für ihre Kinder die evangelische Schule oder die Gemeinschaftsschule wählen können. Die Möglichkeiten und die Grenzen beider Schulformen sollten im pädagogischen und im theologischen Gespräch noch genauer aufgewiesen und – frei von vorgefaßten Meinungen – gegeneinander abgewogen werden.

d) Mitarbeit an Fragen der Verkehrsgesinnung und Verkehrserziehung

Der Verantwortung für eine verantwortliche Gesinnung und ein mitmenschliches Verhalten im Straßenverkehr muß sich die Kirche in steigendem Maße annehmen. Im Berichtsjahr kam es zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für Verkehrsfragen, an der sich die Landeskirchen und die kirchlichen Werke und Verbände beteiligen. Die Synode der evangelischen Kirche im Rheinland beschloß folgende Erklärung:

DIE KIRCHE UND DER MENSCH IM STRASSENVERKEHR

Der Straßenverkehr ist zu einer Lebensfrage geworden. Alle vierzig Minuten stirbt ein Mensch den Unfalltod auf den Straßen; in jeder Minute wird ein Mensch verletzt. Das

geht uns alle an. Wir sollen nicht denken: „Mir kann nichts passieren.“ Wir sollen auch nicht denken: „Was passiert, ist Schicksal.“ Gott will, daß wir aufeinander achtgeben. Wir strecken nicht die Waffen vor Seuchen und Naturgewalten. Wir müssen auch Leichtsinns und Rücksichtslosigkeit im Verkehr als tödliche Gefahren bezwingen. Es gilt zu erkennen: Auch der Verkehrsteilnehmer ist unser Nächster. Dank gebührt allen, die sich um die Verkehrssicherheit bemühen. Sie brauchen unsere Hilfe.

Darum bitten wir

die Pastoren und Presbyter, persönliche Verantwortung im Verkehr stärker als bisher in den Gemeinden zu wecken;

die Eltern und Erzieher, den Kindern durch Anleitung und Vorbild noch wirksamer zu richtigem Verhalten im Verkehr zu verhelfen;

die Fußgänger und Radfahrer, die Verkehrsregeln noch sorgfältiger zu beachten und sich ihrer besonderen Gefährdung auf der Straße jederzeit bewußt zu sein;

die Kraftfahrer, dem Leichtsinns, der Ungeduld, dem Geltungsdrang zu widerstehen und rücksichtsvoller zu fahren.

Uns allen ist gesagt: „Du sollst nicht töten!“ – „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Gott sagt es auch in den Verkehr hinein. Der Verkehrsuntüchtige gehört nicht auf die Straße, weil er sich und andere gefährdet. Besonders der Alkohol ist ein Handlanger des Todes.

Auch ohne Polizei ist niemand außer Sicht. Gott sieht uns immer.

6. DAS EVANGELISCH-KATHOLISCHE VERHÄLTNIS UND GESPRÄCH

Natürlicherweise war im Jahre der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi, an der offiziell entsandte Beobachter der katholischen Kirche teilnahmen, und der nachdrücklichen Vorbereitung des von Papst Johannes XXIII. einberufenen „Ökumenischen Konzils“ das gegenseitige Interesse über den konfessionellen Zaun hinweg besonders rege. Das interkonfessionelle Gespräch wurde lebhaft geführt und war auf beiden Seiten um Klarheit jenseits eines ökumenischen Enthusiasmus wie einer ökumenischen Resignation bemüht. Sowenig sich die Christen jemals bei dem Zustand der Zerrennung beruhigen dürfen, sowenig kann ökumenische Ungeduld, die die Wahrheitsfrage überspringen oder umgehen zu können meint, in Richtung auf die Einheit der Christenheit weiterführen; deshalb dürfen weder an eine Weltkirchenkonferenz noch an ein Ökumenisches Konzil zu hochgespannte Erwartungen gestellt werden. Andererseits: so sicher die dogmatischen Unterschiede zwischen der katholischen Kirche und den Kirchen der Reformation so tiefgehend sind, so sicher sollte das theologische Nachdenken für die andere Konfession aufgeschlossen sein, von ihrer besonderen Weise, Kirche zu sein, Kenntnis nehmen und sich um eine Verbesserung des interkonfessionellen Klimas bemühen.

Zu dem II. Vatikanischen Konzil verlautete zu Jahresbeginn aus Kreisen der VELKD:

1. Von vornherein wird jede Beurteilung davon ausgehen müssen, daß sich das geplante Konzil innerkirchlichen Aufgaben der römisch-katholischen Kirche widmen wird und daß es also einen innerkatholischen Vorgang darstellt. Schon der von Papst Johannes XXIII. gewählte Name „Zweites Vatikanisches Konzil“ verwehrt es, von einem „ökumenischen

Konzil“ oder einem „Unionskonzil“ zu sprechen. Bei aller notwendigen sorgfältigen Registrierung der Vorgänge verbietet sich für den evangelischen Christen jede Form falscher und ungeeigneter Einmischung, da auch wohlgemeinte Aktivitäten allzu leicht in den Sog der Kirchenpolitik geraten. Eine den innerkatholischen Klärungsprozeß hindernde Fehleinschätzung der Situation, die unausbleibliche Enttäuschung der in der katholischen Öffentlichkeit geweckten Hoffnungen und die Wiederbelebung antikatholischer Affekte in evangelischen Kreisen wären die zwangsläufige Folge einer unrealistischen Aktivität auf evangelischer Seite.

2. Nur wo die tatsächliche Situation klar und nüchtern gesehen wird, kann es zu einem echten Fortschritt im Verhältnis der Konfessionen kommen. Diese Einsicht erfordert von allen Seiten den Verzicht auf das verharmlosende Verschweigen der Unterschiede, auf das leichtfertige Wecken emotionaler Erwartungen und auf den simplifizierenden Gebrauch der Vokabeln „Liebe“ und „Einheit“. Kirchenpolitische Geschäftigkeit und der unbedachte Einsatz der Massenkommunikationsmittel könnten im voraus die Auswirkungen paralisieren, die allein ein für die Zukunft zu erhoffendes Gespräch der Kirchen erbringen könnte.

3. Kein kirchlicher Vorgang läßt in der klein gewordenen Welt die Gesamtkristenheit unberührt. Die nichtrömische Christenheit kann die Bedeutung des römisch-katholischen Konzils ebensowenig ignorieren, wie sich Rom angesichts der ökumenischen Bewegung in der nichtkatholischen Christenheit der Überprüfung seiner traditionellen Selbstisolierung entziehen kann. Die christlichen Kirchen müssen miteinander ins Gespräch kommen, einander als christliche Brüder ehren und auf vielfältige Weise praktisch zusammenarbeiten. Die ökumenische Bewegung dokumentiert, daß dies ohne Preisgabe der eigenen dogmatischen Entscheidungen möglich ist. Die Errichtung des Sekretariats Bea läßt hoffen, daß sich ein ähnlicher Wandlungsprozeß innerhalb der römisch-katholischen Kirche anzubahnen beginnt.

4. Die Konfrontierung der Weltchristenheit mit der Frage nach der Einheit stellt gleichzeitig unausweichlich in die Entscheidung zwischen wahrer und falscher Kirche und macht die Frage nach der Wahrheit um so dringlicher. Die von höchsten römisch-katholischen Stellen ausgesprochene Einladung zur „Rückkehr nach Rom“ zeugt von einer merkwürdigen Unklarheit über die Tiefe der dogmatischen Unterschiede und von einem seltsamen Verkennen des reformatorischen Auftrages, der angesichts der dogmatischen Entwicklung Roms in den letzten hundert Jahren notwendiger geworden ist als je.

Wo die illusionäre Formel von der „Rückkehr“ den innersten Motor ökumenischer Bemühungen darstellt, wird sie zum stärksten Hindernis der Einheit. Die Einheit der Kirche in Christus, für die Reformation feste Gewißheit des Glaubens, ist nur dort Realität, wo man gemeinsam zu Jesus Christus, dem Hirten und Bischof der Seelen, zurückkehrt.

Um die Jahresmitte richtete die Evangelische Michaelsbruderschaft an die Kirchenleitungen nachstehende Erklärung:

Die Einberufung des II. Vatikanischen Konzils hat der ganzen Christenheit in einer überaus dringlichen Weise aufs neue ihre Uneinigkeit vor Augen gestellt. Ähnlich der politisch gespaltenen Welt stehen sich die römische Kirche und die im Ökumenischen Rat föderal verbundenen Kirchen gegenüber. Die Einheit der Kirche ist ein Artikel des Glaubens. Sie ist auch heute eine gegenwärtige Wirklichkeit wie eine unabweisbare Verpflichtung. Die Uneinigkeit ist deshalb in steigendem Maße ein schweres Ärgernis für die Christen wie für die vielen Nichtchristen, die auf das Verhältnis der Kirchen und ihrer Glieder untereinander schauen. Die orthodoxe Kirche hat auf Grund dieses Anstoßes erstmals eine panorthodoxe Kirchenversammlung ins Auge gefaßt.

Die römische Kirche und die reformatorischen Kirchen haben sich seit ihrer Trennung

vor vierhundert Jahren weiterentwickelt. Sie sind sich in den letzten Jahrzehnten in wesentlichen Fragen näher gekommen. Es ist heute die Überzeugung vieler namhafter Theologen auf beiden Seiten, daß ein erheblicher Teil der kirchentrennenden Unterscheidungen des 16. Jahrhunderts nicht mehr oder doch nur in wesentlich gewandelter Form zu Recht bestehen. Dagegen haben bestimmte dogmatische Entscheidungen der römisch-katholischen Kirche in den letzten hundert Jahren neue schwere Hindernisse gegen eine Verständigung aufgerichtet. Andererseits sind die reformatorischen Kirchen gefragt, ob sie nicht ihre eigenen Traditionen über die Schrift setzen.

In der gesamten Christenheit ist das Verlangen nach Einigkeit weit und stark verbreitet, gerade da, wo die einzelnen Christen sich fest in ihrer Kirche verwurzelt wissen. Die aus der Zeit des Grundsatzes „cuius regio – eius religio“ stammende Trennung konfessionell einheitlicher Gebiete ist zu Ende. In der modernen Welt allgemeinen Austausches sind auch die Christen zu einer weltweiten Begegnung geführt worden, welche niemandem mehr eine selbstgenügsame Existenz erlaubt. Umso unerträglicher erscheint eine Verhärtung, die in der Betonung der Gegensätze Selbstbestätigung und Selbstrechtfertigung sucht.

Diese geschichtliche Lage verpflichtet die reformatorischen Kirchen zu verantwortlichem Handeln. Nicht die Abwehr äußerlich verstandener Bedrohungen, nicht menschliches Einheitsdenken, nicht Kirchenpolitik und Taktik rechtfertigen den Ruf nach Einigkeit. Das Wort des Herrn selbst: „Einer ist euer Meister, ihr aber alle seid Brüder“ wird den miteinander streitenden Kirchen zum Gericht. Nur wirklich unüberwindliche Verschiedenheiten im Verständnis des Evangeliums, nicht die Selbstbehauptung in überkommenen Denk- und Lebensformen kann die Trennung rechtfertigen.

Jeder Einsichtige weiß, daß das Konzil die Frage der Einigung der Christenheit nicht zum Gegenstande haben kann; auch wenn das Konzil an dem leidenschaftlich aufgebrochenen Verlangen nach Einheit nicht gänzlich vorübergehen können, kann es doch schwerlich eine unmittelbare Wirkung für das Verhältnis der Konfessionen haben. Aber auch diese nüchtern zu sehende Lage mindert nicht die Notwendigkeit der Stellungnahme.

Es erscheint uns untragbar, daß das Verhältnis zur römischen Kirche, wie sie heute ist, im Zwielicht der Unklarheit steht. Die evangelische Kirche hat im Kampf um ihr Bekenntnis den Grundsatz anerkannt, daß sie bekennende Kirche nur ist, wenn sie den Willen hat und imstande ist, ihr Bekenntnis verbindlich auszulegen.

Das Vatikanische Konzil fordert daher Selbstbesinnung und Bekenntnis auch der evangelischen Christenheit. Die evangelischen Kirchen müssen in einer für die ganze Christenheit verständlichen und überzeugenden Form sagen können, was uns eint, was uns dennoch zur Aufrechterhaltung der Kirchentrennung zwingt und was beiderseits geschehen kann, um die Voraussetzungen für eine künftige Einigung zu fördern.

Dabei wäre Überlebtes, Vergangenes und Mißverständliches auszuschneiden. Das alles sollte im Geiste einer Liebe geschehen, die Prestigedenken, Angst und grundsätzliches Mißtrauen überwindet und bereit zur Buße macht.

Die evangelischen Kirchen sollten diese Aufgabe so in Angriff nehmen, daß diese Entscheidung jeweils für ihre im Bekenntnis übereinstimmenden Kirchengemeinschaften Geltung beanspruchen kann. Die geschichtliche Stunde verlangt, daß die evangelischen Kirchen in dieser ökumenischen Verantwortung handeln.

SCHLUSS

Es war ein schweres, von schmerzlichen und folgenreichen Ereignissen erfülltes Jahr für die Kirche. Die großen Fragen nach der *Einheit* der Kirche, nach der *Freiheit* der Kirche und nach der *Bewährung* der Kirche in ihrem Zeugnis und

Dienst sind ihr durch die Situation mit unerhörtem und unüberhörbarem Nachdruck gestellt und heischen gleicherweise von den östlichen wie den westlichen Gliedkirchen eine Antwort. Gemeinschaft und Freiheit der Kirche wollen bewährt sein in der kontrapunktischen Spannung von Einheit und Trennung, die dadurch ihre besondere Schärfe erfährt, daß die EKD ihr Leben in zwei ideologisch, politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich grundverschieden ausgerichteten Systemen und über die Grenze miteinander kämpfender Weltmachtblöcke entfalten soll; jeder der beiden Teile ist dem Sog einer politisch-wirtschaftlichen Umwelt ausgesetzt und muß sich dieser Umwelt mit ihrem Zeugnis stellen. Aus dieser Situation erwachsen der Zeugnispflicht der Kirche je besondere Aufgaben und machen je besondere Antworten erforderlich. Damit werden Einheit und Freiheit der Kirche in Zukunft in immer neuen und immer schwerer lastenden Zerreißproben bewährt werden müssen. Bestanden werden können diese allein in der Kraft des Herrn der Kirche und der Welt.

II. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik

Das kirchliche Leben in der DDR wurde im Jahre 1961 mehr als je zuvor in den Strudel der politischen Ereignisse hineingezogen. Der Osten drängte wieder entschlossener auf politische Entscheidungen im Sinne der Berlin-Forderungen des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vom Herbst 1958. Der Wechsel im Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika von Eisenhower zu Kennedy erschien der Sowjetunion als günstige Gelegenheit, durch einen neuen intensiven Versuch die Westmächte für einen weltpolitischen Ausgleich im eigenen Sinne zu gewinnen. Präsident Kennedy bot für einen solchen Versuch gute Voraussetzungen, da ihm selbst offensichtlich alles an einem neuen weltpolitischen Anfang gelegen war. Er ging mit gewissen Erwartungen an diese Aufgabe heran, bis ihm seine persönliche Begegnung mit Chruschtschow vom Juni 1961 in Wien eine erste Ernüchterung brachte.

Die vom Osten erstrebten Entscheidungen hätten auch im Interesse der innen- und wirtschaftspolitischen Situation der DDR gelegen, in der sich wiederum eine verschärfte Wirtschafts- und Ernährungskrise vorbereitete. Diese anhaltende Ernährungskrise muß in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der im Vorjahr erfolgten Sozialisierung der Landwirtschaft gesehen werden. Auch sonst brach innenpolitisch für die DDR eine Periode der Unsicherheit an, die man im Zusammenhang mit der vom XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion aufs neue ausgehenden Entstalinisierung sehen kann.

Beides, die schärfer werdende weltpolitische Bewegung, die eine Erfüllung bestimmter sowjetischer Wünsche nicht ausgeschlossen erscheinen ließ, sowie die genannten Krisenerscheinungen in der DDR ließ die seit Herbst 1960 wieder umfassender gewordene Fluchtbewegung nach Westberlin und in die Bundesrepublik Deutschland hinein zu einem neuen Höhepunkt anschwellen. Dieser Strom der Flüchtlinge nahm im Juli und Anfang August 1961 Formen einer ausgesprochenen Panik an, auf die wiederum die Regierung der DDR mit

scharfen Maßnahmen zur Reisebeschränkung und zur Unterbindung des Verkehrs antwortete. Die Zahl der Flüchtlinge steigerte sich schließlich bis auf nahezu 4000 täglich. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge im Monat Juli 1961 betrug 30 415, eine Steigerung um fast 100 Prozent gegenüber Juli 1960, im August 1961 waren es 47 433. Das ganze Ausmaß dieses Substanzverlustes wird deutlich, wenn man bedenkt, daß von 1949 bis einschließlich 1961 über zweieinhalb Millionen, seit 1945 über dreieinhalb Millionen Menschen die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands verlassen haben. Allein 17 500 Lehrer (davon etwa 850 Hochschullehrer) verließen seit 1954 die DDR, im gleichen Zeitraum 3500 Ärzte, 1400 Zahnärzte, 300 Tierärzte. Besonders hoch und im ständigen Steigen begriffen war der Anteil der jungen Menschen unter 25 Jahren an dieser Massenflucht.

Dabei schien es freilich zunächst so, als ob die Übernahme des neu geschaffenen Amtes eines Vorsitzenden des Staatsrates der DDR durch Walter Ulbricht auch der Beginn eines neuen innenpolitischen Klimas, in mancher Hinsicht einer etwas liberaleren Atmosphäre sein sollte. Man versuchte, in der Behandlung der Menschen eine gewisse Nachgiebigkeit zu üben, ohne in den eigentlichen Grundsatzfragen an Festigkeit zu verlieren. Bezeichnend dafür war ein am 22. Januar 1961 im „Neuen Deutschland“ erscheinender Artikel unter der Überschrift: „Von Milde, Güte und Revolution.“ Der neue Staatsrat befaßte sich mit dringenden Fragen verschiedener Lebensgebiete, für die entweder vom Staatsrat selbst oder vom Politbüro oder vom Ministerrat nacheinander neue Richtlinien und Erklärungen veröffentlicht wurden. So gab es bestimmte Zugeständnisse für Lehrer, Ärzte und Rechtsanwälte, in denen man auf einige Wünsche dieser Berufsgruppen einging. Es wurde die Möglichkeit gegeben, neue freie Arztpraxen zu eröffnen, man machte auch das wichtige Zugeständnis, daß Arztkinder die väterliche Praxis übernehmen durften. Zu nennen ist auch der Beschluß des Staatsrates vom 30. Januar 1961 zu Fragen der sozialistischen Justiz sowie der Erlaß des Staatsrates vom 27. Februar 1961 zur Einführung einheitlicher Sprechstunden für die einzelnen Staatsorgane, wobei gleichzeitig zur Bearbeitung von Beschwerden aus Kreisen der Bevölkerung kurze Fristen angeordnet wurden. Allen diesen neuen Richtlinien und Erklärungen war ein Doppeltes gemeinsam. Auf der einen Seite wurde eine zum Teil massive Kritik an der Arbeit örtlicher Funktionäre geübt, auf der anderen Seite aber ließ man keinen Zweifel daran, daß das Ziel der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Menschen mit neuen, den Verhältnissen besser angepaßten Mitteln durchgesetzt werden sollte. In diesen Zusammenhang gehört auch das „Kommuniqué des Politbüros zu Problemen der Jugend“, veröffentlicht im „Neuen Deutschland“ am 11. Februar 1961 (siehe hierzu S. 166).

Alle diese Versuche aber, durch geschicktere Methoden die menschliche, innenpolitische und wirtschaftliche Situation wieder fest in die Hand zu bekommen, schlugen fehl, so daß sich die Regierung der DDR zu dem Verzweiflungsschritt des 13. August 1961 genötigt sah. Der Bau der Mauer machte die bisherige Demarkationslinie zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil Berlins für Bewohner Ostberlins und der DDR, nach einigen Tagen des Übergangs auch für Bewohner Westberlins undurchlässig. Lediglich den Bewohnern der Bundesrepublik blieben einige Durchlaßstellen erhalten; eine Maßnahme, die man im

Zusammenhang mit dem für die DDR außerordentlich wichtigen Interzonenhandel sehen muß. Es kommt hinzu, daß überhaupt der gesamte interzonale Reiseverkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands nahezu völlig unterbunden wurde. Man beurteilt diese Maßnahmen naturgemäß überwiegend unter außenpolitischen Gesichtspunkten. In der Tat sind die Vorgänge des 13. August 1961 und danach ein Teil des Griffes der DDR nach ganz Berlin, sie stellen die erstrebte Zwischenphase eines Status Westberlins als einer „Freien Stadt“ in den Zusammenhang weiterer weltpolitischer Ziele. In den Vorstellungen Walter Ulbrichts ist ganz Berlin die Hauptstadt der DDR. Darauf beruht der Anspruch, die Verhältnisse in Westberlin mitzubestimmen. Die gleich im Januar 1961 einsetzenden Behinderungen der für den Monat Februar vorgesehenen Tagung der Synode der EKD sowie auch des nach langem Hin und Her für den Monat Juli in Berlin angesetzten Deutschen Evangelischen Kirchentages waren in erster Linie ein Teil dieser Berlin-Politik und Ausdruck eines Souveränitätsanspruches des DDR-Staates. Über beide Tagungen ist im ersten Teil dieses Bandes eingehend berichtet worden (siehe S. 15 und 44).

Aber alle diese Vorgänge haben für die Situation und die Bevölkerung in der DDR auch einschneidende innenpolitische und menschliche Wirkungen gehabt. Es ging und geht für Ulbricht darum, der starken innenpolitischen Krise, wie sie in der Fluchtbewegung für die gesamte Weltöffentlichkeit erkennbar wurde, Herr zu werden, die wieder stärker anschwellende Widerstandshaltung der Bevölkerung zu unterdrücken, sein persönliches Regime zu festigen und zugleich die noch ausstehenden Maßnahmen zu einer vollen Sozialisierung und Kollektivierung des Landes durchzusetzen. Es liegt auf der Hand, daß die seit Jahren um ihren Zusammenhalt in Ost und West ringende EKD mit den anderen kirchlichen Zusammenschlüssen und allen kirchlichen Arbeitseinrichtungen von diesem allen hart getroffen wurde. Bis zum 13. August 1961 hat die EKD ihren kirchlichen Zusammenhalt in Ost und West im wesentlichen aufrechterhalten können. Es hat die Kirchen und Gemeinden auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs bereichert, daß sie einander an ihren besonderen Erkenntnissen und Erfahrungen teilnehmen ließen. Jedes Gesellschaftssystem birgt für die kirchliche Arbeit und für die christliche Lebensführung seine besonderen Möglichkeiten und auch seine besonderen Gefahren in sich. Dafür hat jeder dem anderen die Augen geöffnet und ihn davor gewarnt, Kirche und Christentum mit einer alten oder einer neuen Gesellschaftsordnung zu verwechseln. Das alles hat zu einer Unabhängigkeit kirchlichen Urteils und kirchlicher Arbeit gegenüber politischen Zerspalnungen und staatlichen Grenzen beigetragen, die ein wesentliches Stück kirchlichen Lebens und ein gut Teil seiner inneren Lebendigkeit in den letzten Jahren ausgemacht haben.

Man kann dabei freilich nicht übersehen, daß für die Erhaltung dieser kirchlichen Gemeinschaft auch Verzicht geleistet werden mußten. Namentlich für die Bundesrepublik Deutschland ist immer wieder festgestellt worden, daß sich die Kirche hier nicht so intensiv und unbefangen manchen Aufgaben in der Öffentlichkeit hat widmen können, wie es wünschenswert gewesen wäre. Bei allem Anspruch auf kirchliche Unabhängigkeit mußte man eben doch eine Fülle von Rücksichten auf die politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Verhältnisse im gespaltenen Deutschland nehmen. Aber man muß sofort hinzufügen,

daß die Zusammengehörigkeit in der EKD den Kirchen und Gemeinden in der DDR geholfen hat, sich von politischer Überfremdung weitgehend freizuhalten und einen rechten kirchlichen Weg zu gehen. Darum wird man alles nur Mögliche und Vertretbare daransetzen müssen, diesen Zusammenhalt soweit und solange wie möglich auch weiterhin zu pflegen.

Wie weit das nach dem 13. August 1961 noch möglich sein wird, läßt sich noch nicht abschließend beurteilen. Eine volle und dauernde Spaltung bringt für die kirchliche Situation in beiden Teilen die Gefahr eines großen und noch kaum abschätzbaren geistlichen Substanzverlustes mit sich. Eine auf die Dauer wirk-same kirchliche Gemeinschaft steht und fällt mit den Möglichkeiten ihrer leiblichen Darstellung. Deshalb stellen der Stacheldraht und die Mauern in Berlin eine äußerste Gefährdung des kirchlichen Zusammenhalts dar. Sie bedrohen die Unabhängigkeit des kirchlichen Lebens in der DDR, sie bringen aber auch die Kirchen und Gemeinden in der Bundesrepublik in die Gefahr, an geistlicher Kraft zu erlahmen.

Um die Lage des kirchlichen Lebens überhaupt sowie besonders das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR recht beurteilen zu können, ist es gut, sich ein knappes Gesamtbild vor Augen zu halten. Dies ist die immer gegenwärtige Grundsituation, auf deren Hintergrund einzelne Vorkommnisse und auch manche Unterlassungen, schließlich aber auch die weitere Entwicklung nach dem 13. August erst im richtigen Maßstab beurteilt werden können:

a) Das kirchliche Leben ist seit Jahren durch eine gar nicht zu übersehende Zahl von Gesetzen, Verordnungen und Gepflogenheiten eingeschränkt. Die Gefahr ist nicht gering, daß man sich kirchlicherseits an diesen Dauerzustand der Anomalität einfach gewöhnt. Daher erklärt es sich, daß Einzelzugeständnisse des Staates, die für eine freiheitliche Betrachtung der Dinge einfach selbstverständlich sind, als Ausdruck großzügigen Entgegenkommens und als Verhandlungserfolge gewertet werden.

b) Ein Lebensgebiet nach dem anderen wird praktisch durch gesetzliche Neuordnung in der atheistisch-sozialistischen Weltanschauung verankert, alles das steht unter dem Ziel, einen neuen sozialistischen Menschen zu formen (Beispiele: Schulgesetzgebung, Arbeitsrecht, Familienrecht, Sozialisierung der Landwirtschaft).

c) Für den einzelnen Christen, der in dieser Gesellschaft beruflich wirken muß, bedeutet das eine Gewissenslast, die durch das Druckmittel der Gefährdung der äußeren Existenz immer schwerer wird. Es bildet sich eine gefährliche Zweispaltung des Menschen zwischen äußerer Kollaboration und innerer Emigration in Verbindung mit einer immer stärkeren Abkehr vom Gemeinschafts-leben heraus.

d) Die Absicht des Staates geht dahin, die Kirche in eine fortschreitende Abschnürung vom tatsächlichen Leben des Volkes hineinzubringen und sie auf den engen kultischen Bereich für die ihr noch anhängende kleine Schar „rückständiger“ Christen zu beschränken.

e) Durch Drohung und Lockung soll die Kirche mit den weltanschaulich fundierten Zielen des Staates gleichgeschaltet und als eigenständiger gesellschaftlicher Faktor ausgeschaltet werden. Die Christen werden eingeladen, auf der Grundlage gemeinsamer Ideale im Eintreten für Frieden und Menschenwürde

mit dem Sozialismus zusammenzuarbeiten, ihnen wird aber jede Möglichkeit einer kritischen Bewertung des Zusammenlebens in Staat und Gesellschaft genommen.

f) Zugleich etabliert sich der atheistische Staat selbst als Gegenkirche mit erzwungenen Bekenntnissen und pseudokultischen Ersatzhandlungen. Die staatliche Kirchenpolitik der DDR ist offensichtlich durch die ursprüngliche Erwartung des Marxismus motiviert, in der neuen sozialistischen Gesellschaft werde die Kirche als unnötig absterben. Diesen Prozeß sucht man in kluger Weise zu fördern.

1. DAS VERHÄLTNIS VON STAAT UND KIRCHE

a) Allgemein

1. In der Kirchenpolitik des Staates haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr die Bemühungen herausgeschält, die Loyalität der Kirchen im Sinne eines Ja zum Aufbau der neuen Gesellschaft, zur Weltfriedensbewegung und zum Kampf gegen die „Remilitarisierung“ Westdeutschlands zu gewinnen. Mit Hilfe „fortschrittlicher“ Theologen und der Ost-CDU werden humanistische Ideale (Menschenwürde, Friede) als Grundlage politischen Zusammenwirkens proklamiert. Innerkirchliche Differenzen in der Beurteilung der Situation brechen auf und werden ein neues Kampfmittel in der Hand des Staates. Der Militärseelsorgevertrag, den die EKD im Jahre 1957 mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, wird dabei zum eigentlichen Vorwand für den Kampf gegen die westdeutschen „NATO-Kirchen“ zur Spaltung der EKD.

Diese neue Phase der Kirchenpolitik kündigte sich bereits mit dem „Kommuniqué des Presseamtes beim Ministerrat der DDR“ vom 21. Juli 1958 an, dessen man sich zum Verständnis des weiteren Fortgangs der Dinge auch im Jahre 1961 erinnern sollte (siehe Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 142 ff.). Im Kern enthält dieses Kommuniqué folgende Sätze, deren folgenschwere Bedeutung sich erst in den späteren Jahren immer mehr enthüllte:

Die Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR erklärten, daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der DDR und ihrer Regierung übereinstimmt. Ihrem Glauben entsprechend erfüllen die Christen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzlichkeit. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.

Wert und Interpretation des Kommuniqués blieben umstritten. Der Staat sah und sieht in ihm die seit langem begehrte Loyalitätserklärung der Kirche und erhob diese Presseerklärung zur Magna Charta seiner künftigen staatlichen Kirchenpolitik, als die sie bis heute gilt. Es ist klar, daß man dabei unter Loyalität nur bedingungslose Zustimmung zu den politischen und gesellschaft-

lichen Zielen des SED-Staates verstehen kann. Wer seitdem auf kirchlicher Seite im ganzen oder im einzelnen diese Zustimmung versagte, mußte mit dem Vorwurf der Illoyalität und des Verstoßes gegen Geist und Wortlaut dieses angeblich auf Versöhnung ausgehenden Kommuniqués rechnen.

Die Mehrheit sieht in ihm eine außerordentlich geschickte Form des zielbewußten Kampfes gegen die Kirche auf dem Wege über eine innere Gleichschaltung. Am meisten umstritten ist dabei der Satz von der Respektierung der Entwicklung zum Sozialismus. Im Zusammenhang mit der Sozialisierung der Landwirtschaft hat zum Beispiel die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg im März 1960 erklärt, Respektierung des Sozialismus bedeute nicht kritiklose Anerkennung. Immer wieder ist kirchlicherseits klargestellt worden, daß der Christ sich niemals für einen Sozialismus im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie einsetzen könne.

Andere kirchliche Gruppen werten das Kommuniqué als Ausdruck einer echten Verhandlungsbereitschaft des Staates, jedenfalls aber möchten sie hier den Staat bei seiner erneuten Festlegung auf den Grundsatz der Glaubens- und Gewissensfreiheit beim Worte genommen wissen. Taktisch gemeintes oder von den Verhältnissen erzwungenes Entgegenkommen des Staates sieht man von dort aus oft allzu optimistisch als Zeichen eines Gesinnungswandels. Man möchte das allgemeine Klima nicht stören und sieht immer mehr davon ab, den Staat und seine Vertreter offen kritisch anzureden. In einem loyalen Verhältnis zum SED-Staat sieht man dabei den Ausdruck einer notwendigen Einordnung der Kirche in ihre gesellschaftliche Umgebung. Die Ordnung der politischen und gesellschaftlichen Dinge wird dabei dem Staat überlassen, der Kirche verbleibt der Auftrag, in jede Situation hinein das Evangelium zu verkündigen. Es ist nicht zu bestreiten, daß damit eine eigenständige kirchliche Mitarbeit zu gesellschaftlichen und politischen Grundfragen so gut wie völlig aufgegeben wird.

Dennoch muß man dieses Kommuniqué vom 21. Juli 1958 doch wohl als Ausgangspunkt für eine neue Phase im Verhältnis von Kirche und Staat werten. Der Staat suchte in den letzten Jahren einen eigentlichen offenen Kirchenkampf ebenso zu vermeiden wie aufsehenerregende Zusammenstöße. Man gesteht der Kirche den erreichten Zustand einer Beschränkung auf innerkirchliche Angelegenheiten zu. Die Christen werden eingeladen, in den gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Glaubens mit dem Sozialismus zusammenzuarbeiten. In diesem Sinne hat Walter Ulbricht das Verhältnis seiner Regierung zur Kirche und zu den Christen verschiedentlich selbst formuliert und dazu erstmalig in seiner programmatischen Rede, die er nach seiner Ernennung zum Vorsitzenden des Staatsrates am 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer hielt, eine Reihe von Grundsätzen entwickelt. Die Kirchliche Ostkonferenz hat sich damals gleich mit diesen Ausführungen eingehend kritisch beschäftigt und unter dem 24. November 1960 an den Vorsitzenden des Staatsrates ein entsprechendes Schreiben gesandt. Eine Antwort ist auf dieses Schreiben nicht erfolgt (siehe zu diesem ganzen Vorgang Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 131 ff.).

2. Walter Ulbricht fand bei diesem Versuch, die Kirchenpolitik des Staates auf eine neue Grundlage zu stellen, Unterstützung und kräftigen Applaus seitens der Ost-CDU und den verschiedenen Gruppen der „fortschrittlichen“ Christen.

So kam es am 9. Februar 1961, wohl gezielt auf die drei Tage später beginnende Tagung der Synode der EKD, zu einem beispielhaften demonstrativen Akt. Der Vorsitzende des Staatsrates Walter Ulbricht empfing eine Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern, an ihrer Spitze Professor D. Emil Fuchs, Leipzig. Dieser hatte unter einem von ihm selbst verfaßten Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates mit einer Zustimmung zu der Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober 1960 die Unterschriften von angeblich über 32000 Christen und christlichen Vereinigungen der DDR gesammelt. Die Delegation überbrachte nun diesen Brief, wobei Fuchs eine Ansprache hielt, auf die Ulbricht eingehend antwortete. Wir fügen dem Wortlaut des Briefes und der beiden Reden auch noch die vom „Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands“ veröffentlichte Aussprache an, weil sie einen ausgezeichneten Einblick in die Denkweise der fortschrittlichen christlichen Kreise der DDR gibt.

DER BRIEF AN DEN VORSITZENDEN DES STAATSRATES

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Mit großer Aufmerksamkeit haben wir Ihre Programmatische Erklärung vom 4. Oktober vor der Volkskammer gehört. Wir begrüßen diese von hohem politischem Verantwortungsbewußtsein und großer Verständigungsbereitschaft getragenen Ausführungen, vor allem

das klare Bekenntnis zu einer Politik des Friedens, wie sie inzwischen durch das Abüstungsmemorandum unserer Regierung an die UNO erneut bestätigt wurde,

das Programm des sozialistischen Aufbaus unseres Staates und unserer Wirtschaft, das allen Bürgern gute Zukunftsaussichten eröffnet, und

die großzügige Entwicklung der Kulturarbeit, durch die allen Gliedern unseres Volkes der Zugang zum kulturellen Erbe und zur fortschreitenden geistigen Entwicklung der Menschheit eröffnet werden soll.

Wir sind Ihnen besonders dankbar dafür, daß Sie bei all Ihren Ausführungen den Menschen in den Mittelpunkt gestellt und deutlich gemacht haben, daß nur eine klare Entwicklung der sittlichen Verantwortung aller eine menschenwürdige Zukunft bringen kann. Die humanistische Ethik des Sozialismus will ebenso wie der christliche Glaube den Menschen aus seiner Gleichgültigkeit wecken und zur Verantwortung für seinen Nachbarn und das Ganze rufen.

Besonderen Dank möchten wir Ihnen für Ihre Darlegungen über das Verhältnis des Staates zu unseren Kirchen sagen. Wir meinen, daß wir dieser Dankbarkeit am besten durch unsere Bereitschaft Ausdruck geben, im Geiste christlicher Liebe an dem Werk des Friedens und der Menschlichkeit mitzuarbeiten.

Wir wollen mit den uns gegebenen Mitteln dazu beitragen, daß die Weiterentwicklung unseres Staates in immer größerem gegenseitigem Verstehen, in wachsender Einigkeit, Wahrheit und Gemeinschaft sich vollziehe. Möge den großen, friedvollen und zukunftsstarken Plänen unserer Deutschen Demokratischen Republik voller Erfolg beschieden sein.

WORTLAUT DER REDE VON PROFESSOR D. FUCHS

Hochverehrter Herr Vorsitzender!

Mit tiefgehender Bewegung und Freude erlebe ich diese Stunde. Stellt sie doch einen Erfolg dar für eine Sache, die mir immer ein entscheidendes Lebensanliegen gewesen ist, einen Erfolg, auf dem wir sicherlich nicht ausruhen, dessen wir uns aber freuen dürfen.

Es darf mir deshalb wohl gestattet sein, heute die Genugtuung deutlich zu machen, mit der ich vor Sie, Herr Vorsitzender des Staatsrates, hintreten und mit der ich die Zustimmung aussprechen kann zu dem, was Sie in Ihrer Programmatischen Erklärung am 4. Oktober 1960 formuliert haben – aber eben nicht nur meine Zustimmung allein, sondern die von über 32 000 Gliedern und Amtsträgern der christlichen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, die stellvertretend für die übergroße Mehrheit aller Christen in unserem Staat den von mir entworfenen Brief an Sie unterzeichnet haben. Ich gestehe, daß ich mir in meinen kühnsten Träumen niemals eine solche Vorstellung erlaubt hätte: als Sprecher Tausender bewußter Christen vor dem Repräsentanten eines deutschen Staates stehen zu können, der der Staat der Arbeiter und Bauern, der in Wahrheit der erste Friedensstaat in der deutschen Geschichte ist.

Wenn ich heute sehe, daß die Kämpfe meiner Jugend nicht umsonst waren, wenn ich feststellen darf, daß wenigstens in einem Teil Deutschlands die Vergangenheit unseres Volkes gesellschaftlich bewältigt würde, so weiß ich auch – und mit mir wissen es unzählige christliche Bürger der DDR, wodurch dieses Neue in der deutschen Geschichte möglich geworden ist: Es ist möglich geworden durch die unverbrüchliche Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die sich in unserer Republik unter der Führung der Arbeiterklasse entwickelt hat.

Diese Gemeinsamkeit hat uns als Christen geholfen, die Widersprüche zu überwinden, in die wir in der Vergangenheit immer wieder gestoßen wurden. Uns Christen sagt das Neue Testament: „So jemand spricht: ‚Ich liebe Gott‘ und hasset seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht.“ Bei dem Versuch, diesem Wort zu gehorchen, brach in der Vergangenheit immer wieder ein tiefer Widerspruch auf zwischen der persönlichen Gewissensentscheidung und dem ehrlichen Willen des einzelnen Christen, für Fortschritt und Menschlichkeit einzutreten, und den verhängnisvollen Konsequenzen, die eine Gesellschaftsordnung entwickelte, die auf dem Prinzip des Konkurrenzkampfes, und das heißt doch, auf dem Gegeneinander der Menschen, aufgebaut war. Darüber hinaus gab es vor allem den Widerspruch zwischen der Friedensliebe der christlichen Menschen und der Kriegspolitik derjenigen Kreise, denen es um ihren Profit und um ihre Machtpositionen ging. Uns Christen in der Deutschen Demokratischen Republik ist es leichter geworden als den Christen in Westdeutschland, die Schlußfolgerungen aus dieser verhängnisvollen Vergangenheit zu ziehen, weil wir das in der Gemeinschaft aller humanistischen Kräfte tun konnten.

Gerade der Anlaß, der uns heute zu Ihnen, Herr Vorsitzender, führt, ist doch ein Zeichen dafür, daß immer mehr Christen und Theologen in der DDR erkennen, daß die gesellschaftlichen Konsequenzen, die der christliche Glaube für uns hat, nämlich der Einsatz für Frieden und wahrhafte Menschlichkeit, heute in Deutschland ohne Verkürzung nur auf dem Boden der DDR verwirklicht werden können.

In diesem Sinne finden in unserem Staat auch alle progressiven christlichen Traditionen der Vergangenheit ihre Erfüllung: von der Landfriedensbewegung im Mittelalter über den Kampf Thomas Müntzers bis hin zu den Christen, die im 19. Jahrhundert für die Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung eintraten und nach einer echten Lösung der sozialen Frage suchten.

Wir sind Ihnen, verehrter Herr Vorsitzender, besonders dankbar dafür, daß Sie mit Ihrem Vorschlag an die westdeutsche Regierung, mit der Regierung unserer Republik eine Friedensvereinbarung auf zehn Jahre abzuschließen, bewußt an die bewährte Tradition der *truga dei*, des „Gottesfriedens“, angeknüpft haben. Eine solche Vereinbarung wäre ein erster Schritt auf dem Wege zur weiteren Festigung des Friedens, zur Bändigung der Kräfte in Westdeutschland, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und die heute die Hauptgefahr für den Frieden in Europa darstellen. Meine Freunde und ich sind überzeugt, daß eine solche Vereinbarung eine Atmosphäre schaffen hilft, in der sich eine

Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten vollziehen könnte.

Wenn der große deutsche Humanist und Reformator Philipp Melanchthon, dessen 400. Todestag wir im vergangenen Jahr feierlich begingen, seinem Abscheu gegen den Krieg mit den Worten Ausdruck verlieh: „Alle Kriege hindern die wissenschaftlichen Bestrebungen und entstellen die Kirche“, dann können wir heute feststellen: Unser Staat hilft als Teil des sozialistischen Lagers mit, daß die Friedensträume unserer großen Dichter und Denker und all der Millionen einfacher Menschen, die sich der Werke, die sie mit ihren Händen geschaffen haben, auch erfreuen wollen, in der Mitte des 20. Jahrhunderts endlich Wirklichkeit werden können.

Freilich darf in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, daß die Kräfte des wiedererstandenen deutschen Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland heute den christlichen Glauben in einem noch nie dagewesenen Ausmaß zur ideologischen Rechtfertigung ihrer Atomkriegspolitik mißbrauchen. Symbol für die unheilvolle Verflechtung von bestimmten Teilen der offiziellen Kirchen in Westdeutschland mit dem Bonner Staat war der Abschluß des Militärseelsorgevertrages zwischen dem Rat der EKD und der Regierung in Bonn. Wir stimmen mit unserer Regierung darin überein, daß sie alle Versuche, etwa im Zusammenhang mit einem Kirchentag oder mit der EKD-Synode in Berlin Provokationen in das Gebiet unserer Republik zu tragen, entschieden zurückweist. Sie tritt damit dem Mißbrauch christlichen Glaubens entgegen und macht den Weg frei für einen Kirchentag des Friedens und der Verständigung.

In dem Brief, den zu übergeben ich die Ehre habe, habe ich die Dankbarkeit hervorgehoben, mit der die christlichen Bürger der DDR die Programmatische Erklärung des Staatsrates begrüßt haben. Ich gehe wohl nicht fehl in der Feststellung, daß Ihre Ausführungen vom 4. Oktober 1960 alles das, was bisher über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus gesagt wurde, zusammenfaßten und auf eine höhere Ebene hoben. Meines Erachtens besteht das Besondere dieser Erklärung darin, daß in einer Zeit, da in Westdeutschland die schroffe Absage an jeglichen Humanismus erfolgt, auf dem Boden unseres Arbeiter- und Bauern-Staates das Programm einer Vertiefung der Gemeinsamkeiten aller humanistischen Kräfte entwickelt wird. Dieses Programm des Kampfes der humanistischen Kräfte für den Frieden, für die soziale Gerechtigkeit und für die nationale Wiedergeburt Deutschlands steht nun aber nicht nur auf dem Papier, es realisiert sich in der alltäglichen schöpferischen Zusammenarbeit dieser humanistischen Kräfte.

Diejenigen jedoch, die die weltanschaulichen Unterschiede zwischen Christen und Marxisten als ein Hemmnis für dieses Ringen der humanistischen Kräfte darstellen, mehr noch: die den Antikommunismus und das christliche Zeugnis als identisch hinstellen und als ideologischen Kitt für das Erreichen ihrer menschenfeindlichen Ziele benutzen möchten, handeln gegen die Interessen der Nation. Die friedliebenden Christen der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch in der Bundesrepublik, erkennen indes immer mehr, welche Gefahren das für die Erhaltung des Friedens heraufbeschwören müsse, sie wehren sich gegen jeden Mißbrauch ihres Glaubens im Dienste einer friedensfeindlichen Politik.

Gewiß, es gibt Unterschiede zwischen der Weltanschauung des Marxisten und dem Glauben des Christen, es gibt sogar sehr tiefgehende Unterschiede, die wir nicht vertuschen wollen. Aber diese weltanschaulichen Unterschiede sind für uns kein Hindernis für die feste Gemeinsamkeit aller der Kräfte, die in echter Verantwortung für des Menschen wahres Wohl wirken wollen. Im Gegenteil: Unser Gewissen, die gesellschaftlichen Konsequenzen unseres christlichen Glaubens, unser unerbittlicher Wille, für die Wahrheit einzutreten, zwingen uns, für den Frieden und für die soziale Gerechtigkeit, für den Sozialismus zu kämpfen. Die Programmatische Erklärung des Staatsrates zeigt den Weg, auf dem dieser Kampf erfolgreich und im Interesse unseres ganzen Volkes geführt werden kann.

Welche Zustimmung die Programmatische Erklärung vom 4. Oktober 1960 gerade in

der christlichen Bevölkerung der DDR gefunden hat, geht aus der großen Zahl der Unterschriften unter meinem Brief an Sie, Herr Vorsitzender, hervor. Die 32 000 Unterzeichner stehen dabei für die große Mehrzahl aller Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. Mögen diese Unterschriften ein Zeugnis dafür sein, daß die christlichen Bürger in der DDR ihre Heimat erkannt haben und für sie mit all ihren Kräften eintreten.

Ich habe versucht, einiges über die Schlußfolgerungen zu sagen, die wir aus der Vergangenheit gezogen haben; ich habe einiges zur Deutung der gegenwärtigen Situation ausgeführt.

Lassen Sie mich mit dem Hinweis darauf schließen, daß ich mit großer Hoffnung in die Zukunft blicke. Sowohl die Programmatische Erklärung des Staatsrates als auch Ihr Vorschlag, Herr Vorsitzender, einen zunächst zehnjährigen „Gottesfrieden“ für unser Vaterland herbeizuführen, sind Zeichen einer konstruktiven Politik im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Sie sind aber auch ein Zeichen dafür, daß die friedliebenden Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik gerade durch solche Vorschläge, die sofort durchführbare erste Schritte auf dem Wege zu einer echten Friedensordnung darstellen, willens sind, auf ihre Weise mitzuhelfen, eine dauerhafte Friedensperiode der Menschheit herbeizuführen.

Ich darf mit der abermaligen Versicherung schließen, daß die Christen in unserem Staat in diesem Kampf um die Festigung des Friedens fest an der Seite aller demokratischen Kräfte stehen werden.

WORTLAUT DER ANTWORT WALTER ULBRICHTS

Hochverehrter Herr Professor Fuchs! Meine Herren!

Für den bedeutungsvollen Brief von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und Laienchristen – unterschrieben von über 32 000 christlichen Bürgern unserer Deutschen Demokratischen Republik – wie auch für Ihre bewegendenden Worte, lieber Herr Professor Fuchs, danke ich Ihnen von Herzen. Ich freue mich besonders, aus diesem Brief entnehmen zu können, daß Sie und die Unterzeichner, die – stellvertretend für die übergroße Mehrheit aller Christen in unserem Staat – ihre Unterschrift gaben, Sinn und Ziel der Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober vorigen Jahres und ihre Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Kirche wie für die menschlichen und politischen Beziehungen zwischen Nichtchristen und Christen in unserer Republik gut verstanden haben. Ich freue mich besonders über Ihre bereits durch die Praxis bestätigte Versicherung, daß die von Ihnen repräsentierte Mehrheit unserer christlichen Bürger bereit ist, freudig mit uns an dem Werk des Friedens und der Menschlichkeit und an der Erfüllung der großen und – wie es in dem Brief richtig heißt – friedvollen und zukunftsstarken Pläne unserer Deutschen Demokratischen Republik mitzuarbeiten. Und ich begrüße es auch, daß wir gerade jetzt Gelegenheit zu einer – wie ich hoffe – ebenso offenen wie freundschaftlichen und fruchtbaren Aussprache haben.

In der Programmatischen Erklärung des Staatsrates heißt es unter anderem: Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze. Die alte Sehnsucht der christlich gesinnten Bevölkerung, die sich in der Botschaft: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ äußert, kann ja ihre Erfüllung nur durch die Verwirklichung der hohen Ideen des Humanismus und Sozialismus finden.

Oder haben etwa Kapitalismus oder Feudalismus einen Beitrag zur Verwirklichung dieses christlichen Ideals geleistet? Gestatten Sie mir bitte, hierzu noch einige einfache Gedanken vorzutragen, Gedanken eines Anhängers der materialistischen Weltanschauung und – sozusagen in der Wolle gefärbten – Sozialisten und Kommunisten.

Es kann doch wohl niemand bestreiten, daß Sozialismus und Kommunismus in der, historisch gesehen, erst recht kurzen Zeit ihres Wirkens in der Weltgeschichte unendlich viel mehr für die Verwirklichung der humanistischen und sozialen Ideale und Gebote

des Christentums getan haben als alle früheren Gesellschaftsordnungen zusammengekommen. Sowohl Feudalismus als Kapitalismus haben sich zwar oft einen aufdringlich christlichen Anstrich zugelegt, aber letztlich doch nur zu dem Zweck, mit Hilfe dieser Fassade ihrer durchaus unheiligen Herrschaft einen Heiligenschein zu verleihen, ihre eigensüchtigen, den christlichen humanistischen und sozialen Idealen und Geboten zutiefst widersprechenden Ziele zu verfolgen. Kapitalismus und das ursprüngliche Christentum sind doch – so will mir scheinen – recht eigentlich unversöhnliche Gegensätze. Wohingegen der Sozialismus – bei allen Unvollkommenheiten, die ihm hier und da noch anhaften mögen – doch die Verwirklichung auch der christlichen humanistischen und sozialen Ideale bringt. Die im Kapitalismus herrschenden Klassen haben die christlichen Kirchen als Waffe gegen den Sozialismus eingesetzt und mißbraucht. Ich komme aber im Zuge unserer praktischen und freundschaftlichen Zusammenarbeit immer mehr zu der Überzeugung, daß Sozialisten, Kommunisten und Christen – unbeschadet ihrer verschiedenen Weltanschauungen – bei der Gestaltung des Lebens und der Gesellschaft und der Sicherung des Friedens auf dieser Erde zusammengehören und einfach zusammenarbeiten müssen.

Ein Christ, der seine humanistischen und sozialen Ideale ernst nimmt, der seinen Kopf frei macht von Vorurteilen und dem Ballast einer toten Vergangenheit, sollte eigentlich gar nicht anders können, als sich mit dem Sozialismus zu vereinen. Und ich finde, wir sollten ihn immer und auf jeder staatlichen oder gesellschaftlichen Ebene herzlich willkommen heißen und ihm mit Achtung und Freundschaft begegnen.

Ich möchte Ihnen sagen: Für uns sind die Worte in der Erklärung des Staatsrates kein taktischer Schachzug. Ich bin froh, Ihnen ganz offen sagen zu können, daß wir in einer nunmehr schon 15jährigen Zusammenarbeit – wobei es natürlich auch Auseinandersetzungen und vielleicht auch manches Mißverständnis gegeben hat – die Mitarbeit des christlichen Teiles der Bevölkerung, christlicher Politiker und mancher Theologen und kirchlicher Amtsträger in dem Ringen um Frieden und den Aufbau eines dem Frieden und dem Glück der Menschen dienenden deutschen Staates, unserer Deutschen Demokratischen Republik, sehr schätzen gelernt haben. Und ich bin froh, immer wieder feststellen zu können, daß auch beim Aufbau des Sozialismus überzeugte Christen nicht nur ihren Mann stehen, sondern vielfach eine ganz hervorragende und aktive Rolle spielen, die von uns geschätzt und anerkannt wird.

Welches sind denn die einfachen Ideale und Ziele, die uns miteinander verbinden? Frieden und Menschlichkeit, und gegenseitige Achtung, Glück und Wohlstand der ehrlich arbeitenden Menschen, Glück der Familien und glückliche, an Körper und Seele gesunde Kinder – das ist es doch, was wir alle erstreben. Und hier sehe ich zwischen Atheisten und Christen keinerlei Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten. Sie werden mir auch bestätigen, daß ein überzeugter Christ unseren 10 Grundsätzen der sozialistischen Moral zustimmen und danach leben kann, ohne deshalb mit seinem christlichen Glauben in Konflikt zu kommen.

Über das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des Friedens brauchen wir eigentlich nicht viel zu reden. Ohne Frieden können wir den Sozialismus nicht aufbauen. Aber auch zum Beispiel Herr Bischof Krummacher kann doch nur dann jeden Sonntagmorgen in seiner Greifswalder Bischofskirche predigen, wenn seine Kirche noch steht und die Schäflein seiner Gemeinde noch Leben und Gesundheit haben. Die bössartige Propaganda gegen den Sozialismus und die Deutsche Demokratische Republik hat in Westdeutschland das Wort geprägt, der Kommunismus gedeihe im Frieden, woraus die Schlußfolgerung gezogen werden soll, wer mit dem Kommunismus nicht einverstanden sei, müsse sich auf die Seite des Krieges schlagen. Aber Kirchen und Christentum – so meine ich – gäben sich selbst auf, folgten sie solchen unmenschlichen Gedankengängen.

Wir wünschen von ganzem Herzen und tun alles, um zu erreichen, daß das ganze deutsche Volk seine Kräfte anspannt, damit der Krieg für immer aus Deutschland verbannt werde.

Ich freue mich, mit Ihnen, lieber Herr Professor Fuchs, in der Ansicht übereinzustimmen, daß die Einstellung jeglicher Kriegspropaganda und die Vereinbarung eines Rüstungsstops, dazu der Abschluß einer Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten über einen zehnjährigen Gottesfrieden Ziele sind, die Christen und Nichtchristen gleichermaßen erstreben. Wir haben – wie Sie wissen – der westdeutschen Bundesrepublik eben diese ersten Schritte zur Verbannung des Krieges aus Deutschland für immer vorgeschlagen und wären glücklich, hierbei die tatkräftige Unterstützung der Kirchen und aller christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik wie in der westdeutschen Bundesrepublik zu finden.

Wir sind davon überzeugt, daß das gemeinsame Anliegen aller Sozialisten, Kommunisten, Christen und sonstigen Bürger von humanistischer Gesinnung, nämlich die Sicherung des Friedens in Deutschland, ohne Bändigung des deutschen Militarismus nicht zu erreichen ist. Wir haben schließlich in unserer jüngeren Geschichte furchtbare Erfahrungen machen müssen und sehen heute mit Besorgnis und Empörung, daß diese Kräfte des Bösen neues Unheil für das deutsche Volk vorbereiten. Und in den Reihen der unverbesserlichen Militaristen, dieser Kräfte des Bösen, finden wir zu unserer Betrübnis auch diesmal wieder Männer der Kirche, die in Westdeutschland sogar die Kirchenleitung beherrschen.

Wir sind – das möchte ich Ihnen sagen – darüber betroffen, daß es den in Westdeutschland herrschenden Kreisen gelungen ist, die westdeutschen Kirchen ihren durchaus unchristlichen Zielen der Kriegsvorbereitung und der Menschenfeindlichkeit dienstbar zu machen. Die Exponenten der westdeutschen Kirchen haben dementsprechend in den vergangenen Jahren keine Mühe gescheut, die Grundlagen einer Zusammenarbeit mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu zerstören. Zahlreiche Beschlüsse und Handlungen dieser kirchlichen Kreise trugen mit peinlicher Unverfrorenheit den Stempel des kalten Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik. Ich brauche hier nicht auf Einzelheiten einzugehen. Sie kennen sie alle. Ich brauche hier auch nicht die Namen der NATO-Politiker in geistlichem Gewande oder sonstiger kirchlicher Tarnung zu nennen. Sie kennen sie alle. Die mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages besiegelte Indienstnahme der westdeutschen kirchlichen Einrichtungen für Zwecke der NATO-Armee und NATO-Politik hat den Krug zum Überlaufen gebracht und die letzte Brücke zu einer Zusammenarbeit zwischen der gegenwärtigen westdeutschen Kirchenleitung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik trotz unserer ersten Warnungen mutwillig abgebrochen.

Wir haben sehr lange gezögert, aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben immer und immer wieder gewissenhaft geprüft, ob es nicht doch noch irgendeine Möglichkeit gäbe, den von den Exponenten der westdeutschen NATO-Kirchen vollzogenen Abbruch der Beziehungen zu uns zu umgehen oder unwirksam zu machen. Aber maßgebliche Exponenten der westdeutschen Kirchen trieben ihr unchristliches Spiel so weit, daß jeder Pfad versperrt wurde. Sie haben sich selbst uns gegenüber jeglicher Glaubwürdigkeit beraubt.

Ich möchte nochmals betonen, daß dadurch unser Verhältnis zu den Evangelischen Kirchen in der DDR in keiner Weise beeinträchtigt wird. Wir haben die Bereitschaft erklärt, den Vertretern der Kirche mannigfache Erleichterungen zu gewähren, ihnen in vieler Beziehung entgegenzukommen, wobei allerdings sichergestellt werden muß, daß exponierte NATO-Politiker in geistlichem Gewand wie die Herren Dibelius, Lilje und Kunst oder auch solche exponierten Atomkriegspolitiker wie Herr Gerstenmaier in der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Hauptstadt nichts zu suchen haben, da sie in Vergangenheit und Gegenwart zur Genüge bewiesen haben, daß sie als professionelle Wölfe im Schafspelz kirchlicher Tarnung nur deshalb zugeneigt sind, um desto ungestörter provozieren und für die Kriegspolitik der NATO werben zu können.

Wir sind bereit – wie Sie wissen – unsere Haltung zu überprüfen, wenn sich die west-

deutschen Kirchenführungen – was im Interesse aller Christen läge – von der NATO-Politik lossagten. Denn schließlich braucht eine christliche Kirche doch weder NATO noch NATO-Armee noch atomare Aufrüstung.

Offensichtlich ist es doch so, daß die NATO ihrerseits die Kirchen benötigt und mißbraucht, und zwar für die Durchführung einer durchaus unchristlichen verderblichen Politik der Kriegsvorbereitung, des kalten und des heißen Krieges.

Wir bedauern es, daß die Exponenten der westdeutschen Kirchen den Streit mit uns vom Zaune gebrochen haben. Uns wäre – weiß Gott – lieber, wir könnten auch mit den Theologen und kirchlichen Amtsträgern und christlichen Politikern Westdeutschlands in Eintracht, gegenseitiger Achtung und Vertrauen für den Frieden, das Glück und die Zukunft unseres Volkes wirken.

Daß eine solche gute und für Christen wie Nichtchristen fruchtbare Zusammenarbeit möglich ist, haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen. Und ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß diese unsere Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, zwischen Atheisten und Christen auf allen Ebenen in Zukunft noch enger und vertrauensvoller sein möge, als sie es heute schon ist.

Ich danke Ihnen, lieber Herr Professor Fuchs, und auch Ihnen, meine Herren, nochmals für Ihren Brief und für die Bekundung ihrer freundschaftlichen Gesinnung und Bereitschaft zu weiterer vertrauensvoller Zusammenarbeit.

DIE AUSSPRACHE

Zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, und der von Prof. D. Emil Fuchs geleiteten Delegation fand im Anschluß eine offene und freundschaftliche Aussprache statt.

Der Delegation gehörten an: der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates und Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Gerald Götting; der Professor der Theologie i. R., D. Emil Fuchs, Leipzig, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold; der Direktor des Religionssoziologischen Instituts an der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität, Prof. Dr. Kurt Wiesner, Leipzig; der Dozent für Praktische Theologie, Dr. Hans-Hinrich Jenssen, Berlin; Superintendent Falk, Eberswalde; Pfarrer Oelze, Klostermannsfeld, Mitglied des Bezirkstages Halle; Pfarrer Rüther, Bülstringen; Prediger Wetzig, Genthin; Pastor Karl Fischer, Röntgental, Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Silber; Prof. Johannes-Ernst Köhler, Weimar, Nationalpreisträger.

Außerdem nahmen am Gespräch teil:

Der Sekretär des Staatsrates Otto Gotsche; der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, und Willi Barth, Mitarbeiter im Zentralkomitee der SED.

Wir veröffentlichen nachstehend größere Auszüge aus dieser Unterredung.

Prof. Dr. Kurt Wiesner: Verehrter Herr Vorsitzender! Es ist Ihnen noch besonderer Dank zu sagen, daß Sie uns so klar dargelegt haben, was eigentlich der Militärseelsorgevertrag für die Kirche bedeutet. Dieser Militärseelsorgevertrag dient dem Zweck, die Kirche zu ruinieren. Er zeigt doch, daß auf der einen Seite ein Staat sich nur darum christlich nennt, um mit der Kirche ein Geschäft zu machen. Auf der anderen Seite eine Kirche, die einen solchen „christlichen Staat“ anerkennt, ja in diesem Staat ein Objekt sieht, um mit diesem Staat wieder ein Geschäft zu machen. Ich finde, das ist gerade in dem Militärseelsorgevertrag besonders stark zum Ausdruck gekommen. Wenn man heute in kirchlichen und in theologischen Kreisen davon spricht, daß ausgerechnet die Bastion des Friedens, nämlich die Deutsche Demokratische Republik und ihre Regierung, dazu beitrage, die Einheit der Kirche zu spalten, so ist das gänzlich falsch gesehen. Die Kirche wird dort gespalten, wo man eben einen Militärseelsorgevertrag mit einer politischen Macht abschließt, mit einem

Bund, der alles andere verfolgt, als irgendwie den christlichen Zielen der Sittlichkeit entgegenzukommen.

Gerald Götting: Vielleicht kann man im Zusammenhang mit der Frage des Militärseelsorgevertrages vor allen Dingen jene Worte zurückweisen, die von Kreisen der NATO immer wieder an unsere Adresse gerichtet werden, wenn sie sagen, daß wir ein Interesse an der Spaltung der Evangelischen Kirche haben. Durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages sprengten sie die Einheit der Evangelischen Kirche, von der sie ständig sprechen. Sie sollen jetzt nicht aufstehen und behaupten, wir hätten uns in diese Angelegenheiten in irgendeiner Form eingemischt. Erst als sich die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik durch einen klaren Beschluß von diesem unheilvollen antikirchlichen Vertrag distanzieren, haben sie überhaupt Luft bekommen, die es ihnen ermöglichte, ihre Mitarbeit in unserem Staate zu ordnen. Ich glaube, daß man auch diesen Aspekt vor allen Dingen denen vorhalten sollte, die heute mit einer unglaublichen Hetze gegen unsere Republik gerade auf diesem Gebiet hervortreten.

Militärseelsorgevertrag ist antihumanistisch und gegen die Kirche gerichtet

Walter Ulbricht: Ihre Bemerkungen sind sehr interessant. In einer Periode, in der sich die fortgeschrittensten Kräfte der Menschheit die Aufgabe gestellt haben, den Krieg aus dem Leben der Völker zu verbannen, tritt in jedem Land der Gegensatz zwischen den friedliebenden Kräften und denen, die eine – wie wir sagen – imperialistische Politik betreiben, die nach Eroberung anderer Länder oder Ausweitung der Machtpositionen des Monopolkapitals streben, verstärkt in Erscheinung. In Westdeutschland haben die imperialistischen und alten militaristischen Kräfte die Macht in der Hand und setzen sie ein, um die Kirche auszunutzen. Deswegen ist es nicht richtig, von einer Spaltung der Kirche zu sprechen. Wir stehen nicht im Gegensatz zu den evangelischen oder katholischen Christen in Westdeutschland. Das ist doch nicht wahr. Sie sind auch für den Frieden und wollen ebenfalls in Frieden leben. Wir haben aber einen grundsätzlichen Gegensatz zu den Vertretern der Kirchenführung in Westdeutschland, die auf dem Boden der NATO-Politik stehen und durch den Militärseelsorgevertrag an die Atomkriegspolitik gebunden sind und in weitgehendem Maße von der Kirchenabteilung im Ministerium des Herrn Strauß gelenkt werden. Das ist die Tatsache. Unsere Differenzen bestehen nicht mit der Kirche und ihren Mitgliedern in Westdeutschland, sondern mit den reaktionären Kirchenführern. Mit denen haben wir in der Tat grundsätzliche Differenzen. Sie beziehen sich nicht auf die Weltanschauung, sondern in erster Linie auf die Fragen des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus. Militärseelsorgevertrag ist unvereinbar mit Friedenswillen. Das ist die wirkliche Lage.

Der Militärseelsorgevertrag ist ein antihumanistischer Vertrag und im Grunde genommen – das haben mir Christen gesagt – ein Vertrag, der gegen die Kirche gerichtet ist. Sie wissen doch ganz gut, es gab in der Hitler-Zeit eine Anzahl Geistliche, die die Hitler-Regierung unterstützten. Dafür hat die Kirche teuer bezahlt. Es gab aber auch Geistliche, die in Opposition standen, die ihre christlichen und humanistischen Auffassungen vertraten. Sie haben an Autorität gewonnen. 1933 kämpfte ich hier in Berlin illegal. Damals erschienen in der Presse Artikel und Bilder, die berichteten und zeigten, wie Herr Bischof Dibelius in der Garnisionskirche zu Potsdam der Hitler-Regierung den kirchlichen Segen gab. Man kann doch nicht sagen, daß dies im Interesse des Volkes war.

(Zwischenruf von Professor *Fuchs*: Ich saß seinerzeit im Gefängnis!)

Pfarrer Rüther: Herr Staatsratsvorsitzender, in der von Ihnen genannten Frage des sozialen Lebens können uns die Menschen drüben in Westdeutschland nicht ins Gesicht sehen. Darum zieht man eben die Idee vor und sagt, der Atheismus, das ist unser Feind, und setzt ihn gleich mit uns in der DDR. Ich mußte vorhin bei Ihrem Beispiel, daß Bischof Krummacker nur im Frieden in seiner Kirche in Greifswald predigen kann, daran

denken, daß bei uns Theologen immer wieder unser ganz großer Kurzschluß einsetzt, den wir in diesem zugespitzten 20. Jahrhundert immer wieder begehen. Wir haben uns selbst jahrzehntelang und durch alle Kriege hindurch getröstet, indem wir sagten: Wenn auch diese Kirche durch Bomber oder Artilleriebeschuß zerstört ist, haben wir trotzdem noch zu predigen und dann eben zu verkünden den Frieden, der in uns wohnt. Das ist ja der große Kurzschluß. Wir können doch nicht vom Frieden sprechen, den Gott mit uns geschlossen hat, wenn wir nicht bereit sind, heute mehr denn je den Frieden für den einzelnen Menschen zu erhalten und zu sichern. Eben darum können wir nicht, wie mit dem Seelsorgevertrag, sagen: Es ist gut, du bist nun in einer NATO-Armee – einer Atomarmee – da hast du nun auch den Frieden, und Gott erleichtert es dir. Sondern wir müssen sagen: Weg mit all den Waffen und weg mit der Atomwaffe!

Übereinstimmung in den humanistischen Zielen

Walter Ulbricht: Es ist richtig, was Sie sagen. Ich möchte auf Ihre Frage auch grundsätzlich antworten. Wir haben zwei verschiedene Weltanschauungen. Niemand verheimlicht und bestreitet das. Ich stelle die ganz einfache Frage: Wenn wir nicht den Frieden erhalten, wie wollen Sie dann noch Ihre Weltanschauung vertreten? Unter der Erde? Als Atomtote? Das ist die Theorie von Strauß! Er ist der Meinung, daß es noch ein paar Überlebende in Westdeutschland geben würde. Wir sagen jedoch ganz offen: Wir haben verschiedene Weltanschauungen, aber die Grundbedingung jedes menschlichen Lebens ist doch die Erhaltung des Friedens. Nur im Frieden können wir uns über die elementaren Grundsätze des menschlichen Zusammenlebens verständigen und den wissenschaftlichen Meinungsstreit über weltanschauliche Fragen führen. Anders geht es doch nicht!

Die Form, in der wir die Sicherung des Friedens für möglich und notwendig halten, ist der Abschluß eines Friedens zwischen beiden deutschen Staaten für zehn Jahre, wobei weder wir noch der westdeutsche Staat dabei irgendwelche Bedingungen stellen, die die gesellschaftliche Ordnung oder die Weltanschauung betreffen. In beiden deutschen Staaten soll sich die gesellschaftliche Ordnung so entwickeln, wie das ihre Bürger bestimmen.

Die Hauptfrage ist, daß sich beide Staaten verpflichten, keine Gewalt anzuwenden, weder Krieg noch Bürgerkrieg zu provozieren, und daß eine solche Atmosphäre geschaffen wird, in der sich beide Staaten annähern, um auf diese Weise zumindest die Voraussetzungen für eine spätere Wiedervereinigung zu schaffen.

Deshalb vertreten wir den Grundsatz der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Die friedliche Koexistenz ist, das möchte ich hier offen sagen, nicht auf alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens anwendbar. Der einfache Sinn der friedlichen Koexistenz ist, ein neues Völkermorden – und was Deutschland betrifft – den Bruderkrieg zu verhindern. Der friedlichen Koexistenz kann also jedes Volk und jeder einzelne Mensch unbeschadet seiner Weltanschauung oder seiner politischen Ziele mit gutem Gewissen zustimmen, weil jeder Krieg – besonders heute – für jeden Menschen Unheil bringt. Der Friede ist ein Segen für alle Menschen, unabhängig davon, welche politischen Ziele sie haben und welche Weltanschauung sie vertreten. Wir wollen, daß der Krieg für immer durch den friedlichen Wettbewerb und friedlichen Meinungsstreit der Menschen ersetzt wird. Dies darf allerdings nicht so ausgelegt werden, als wäre die friedliche Koexistenz eine Versicherungspolice gegen historischen und gesellschaftlichen Fortschritt. So ist das nicht gemeint. Das wäre unnatürlich und außerdem irreal. Das Ringen der gesellschaftlichen Kräfte, der Kampf des Neuen, dem die Zukunft gehört, gegen das Alte, Absterbende, das der Vergangenheit angehört, wird weitergehen und kann nicht durch Vereinbarungen über friedliche Koexistenz ausgeschaltet werden. Unter den Bedingungen des Friedens gibt es einen Wettbewerb auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, aber, wie gesagt, ohne Bürgerkrieg, ohne Gewaltanwendung.

Der Sozialismus wird in allen kapitalistischen Ländern siegen! Das ist ein objektives Gesetz gesellschaftlicher Entwicklung. Keine Propaganda – weder aus Bonn noch aus den USA – kann an diesem Gesetz irgend etwas ändern. Selbst wenn irgend jemand dies wünschte, könnte er die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung nicht außer Kraft setzen. Wir haben selbstverständlich dazu keinen Anlaß. Aber den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung auszuschalten, das können und müssen wir tun.

Die Ablehnung der friedlichen Koexistenz im Bereiche der Ideologien bezieht sich in erster Linie auf die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus und ihren philosophischen Grundlagen. Ich möchte weder die christliche Lehre noch die christlichen Kirchen in einen Topf mit dem Kapitalismus und Imperialismus werfen. Deswegen sprache ich ausdrücklich von imperialistischen Ideologien, obwohl bekannt ist, daß die Kirchenführungen schwere Schuld auf sich geladen haben, indem sie sich sehr lange Zeit vom Kapitalismus und Imperialismus mißbrauchen ließen und besonders jetzt in Westdeutschland noch immer mißbrauchen lassen.

Es gibt natürlich einen Gegensatz zwischen dem historischen Materialismus, unserer Weltanschauung, und dem philosophischen Idealismus, in dem das Christentum, wie jede Religion, wurzelt. Über diese Frage gibt es wissenschaftlichen Meinungsstreit, nicht wahr, meine Herren? Aber dazu brauchen wir keine Waffen! (Zwischenbemerkung von Professor Fuchs: Ich habe in der Zeitschrift für Philosophie unserer Universität in Leipzig einen Artikel geschrieben. Man hat mir gesagt, ich sei Idealist. Ich habe das energisch bestritten. Aber damit werden Sie nicht ganz einverstanden sein.)

Damit bin ich nicht ganz einverstanden. Bitte, Sie haben das Recht, Ihre Meinung zu vertreten. Es hat Sie doch niemand daran gehindert, Ihre Meinung zu vertreten? (Professor D. Fuchs: Nein, niemand!) Sie haben in dieser Frage eine andere Auffassung als andere Professoren an der Leipziger Universität. Nun gut, trotzdem wird das abgedruckt, und dadurch gibt es einen wissenschaftlichen Meinungsstreit. Zweifellos wird das dazu beitragen, die geistige Entwicklung zu fördern. Durch Ihre Zwischenbemerkung kam schon zum Ausdruck, daß eine friedliche Koexistenz zwischen verschiedenen theoretischen Auffassungen und Weltanschauungen nicht möglich ist. Das würde bedeuten, daß die eine schweigen müßte, wodurch jedes weltanschauliche Ringen unterbunden würde. Selbstverständlich ist das untragbar. Wir sind dafür, daß Sie Ihre Meinung sagen. Aber unsere philosophischen Meinungsverschiedenheiten, die wir gar nicht verkleinern wollen, können doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die humanistischen und sozialen Ziele des ursprünglichen Christentums und die humanistischen und sozialen Ziele des Sozialismus so weitgehend übereinstimmen, daß sich ein Zusammengehen geradezu aufdrängt. Es war kein Zufall, daß wir 1945 unmittelbar nach der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterschaft damit begonnen haben, die Verhandlungen mit den Vertretern der christlichen Weltanschauung zu führen. Ich selbst habe damals über die Zusammenarbeit mit der CDU verhandelt. Wir kamen überein, ein Stück des Weges zusammenzugehen. Die Meinungsverschiedenheiten, die später auftraten, bezogen sich nicht auf weltanschauliche oder irgendwelche philosophischen Fragen, sondern betrafen die Bodenreform und die Frage der Enteignung der Konzernbetriebe. Das war keine direkte Frage der Philosophie. Wir sind der Meinung: Dieser Weg, den wir damals gegangen sind, hat sich als richtig erwiesen, und daher haben wir die Absicht, diesen Weg weiterzugehen. Je besser und freundschaftlicher unsere Zusammenarbeit ist, um so leichter und schmerzloser wird sich auch der Wettbewerb zwischen unseren unterschiedlichen Ideologien vollziehen. Ich begrüße deshalb Ihre Darlegungen, Herr Professor Fuchs, weil Sie ganz klar sagen, welche Position Sie einnehmen. Sie verschleiern nichts. Sie sagen, in einigen Fragen der Weltanschauung haben wir verschiedene Auffassungen, aber in der Grundfrage des Lebens des Volkes stimmen wir überein, das heißt, in der Frage des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des Humanismus sind wir einer Meinung. Das ist die Hauptfrage.

Professor D. Fuchs: Herr Vorsitzender! Sie haben vorhin gesagt, daß Sie und die Regierung bedauern, daß im Westen so viele Kirchenführer sich der NATO-Politik hingeben. Wir Christen müssen das ja noch viel mehr bedauern. Sie haben außerdem gesagt, daß Ihrer Meinung nach der Militärseelsorgevertrag die Selbstzerstörung der Kirche ist. Das fühlen wir auch. So sind wir durch die Lage von drüben her geradezu gezwungen, auf Ihre Seite zu treten nicht nur um unseres Staates willen, sondern um unsere Kirche zu retten. Es ist ja unmöglich, daß unsere Kirche bestehen bleibt, wenn dauernd vom Boden der Kirche, mit der Autorität der Kirche an den verschiedensten Punkten politische Meinungen vertreten werden – die bis zur Rechtfertigung der Atombombe reichen –, die dem Christentum ins Gesicht schlagen. Also, wir stehen auf Ihrer Seite nicht nur um des Staates willen, sondern auch um unserer Kirche willen. Wir wollen sie endlich dazu bringen, daß sie das Wort aus dem Evangelium sagt, wie ich es auch aus dem Evangelium anführe: Der Christ ist verpflichtet, seinen Bruder zu lieben. Wenn er den Bruder nicht liebt, den er sieht, dann kann er Gott nicht lieben, den er nicht sieht! Der Bruder ist der Mensch, den wir uns nicht aussuchen können, wie wir wollen, sondern er ist, wie Gott ihn geschaffen hat, wie er um uns lebt.

Erringt sich die Kirche diesen Standpunkt nicht wieder, muß sie zugrunde gehen. Denn damit wird in ihrer Mitte ja dauernd gepredigt, was ihren eigenen Grundlagen widerspricht. Deshalb stehen wir zu unserem Staat, weil wir glauben, um unserer Kirche willen uns so stellen zu müssen.

Walter Ulbricht: Ich verstehe Ihren Standpunkt sehr gut.

Dr. Jenssen: In diesem Zusammenhang möchte ich Ihnen, hochverehrter Herr Vorsitzender, noch ganz besonders dafür danken, daß Sie in Ihrer Ansprache, die für die Christen unserer Republik ja so große Bedeutung hat, wieder den Ruf, der seit 15 Jahren an uns ergeht, neu erhoben haben, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und politischen Lebens mitzuarbeiten. Ich glaube, durch diesen Ruf, der heute erneut an uns erging, haben Sie schon die Antwort auf eine bisher von gewissem Mißtrauen getragene Diskussion gegeben, die bestimmte Leute auf Grund einer Formulierung der Staatsratserklärung führten. Man hat leider in diesem Zusammenhang so diskutiert und gemeint, wir Christen sollten auf den kirchlichen Raum beschränkt sein, indem der Kirche das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes Stellung zu nehmen, geschmälert würde. Meines Erachtens haben Sie heute erneut gezeigt, wie wir Christen unseren Glauben praktizieren in der gesellschaftlichen Mitarbeit, in der Arbeit für den Frieden und für die soziale Gerechtigkeit, für die humanistischen Ziele des Sozialismus. Gerade im Hinblick auf diese Diskussion bin ich Ihnen dankbar, daß Sie wieder neu gerufen haben, und ich möchte nur wünschen, daß recht viele Christen in unserer Republik das hören und fortsetzen, was wir schon 15 Jahre getan haben.

Walter Ulbricht: Sehr einverstanden! Bitte praktizieren Sie Ihren Glauben im Sinne der Menschlichkeit, im Sinne des sozialen Fortschritts. Aber Sie werden sehr gut verstehen, daß wir nicht damit einverstanden sein können, daß einige westdeutsche Bischöfe ihren Glauben praktizieren wollen, indem sie auf dem Marx-Engels-Platz Kundgebungen gegen die Regierung der DDR durchführen.

Neue Kräfte verwirklichen alte christliche Grundsätze

Pfarrer Oelze: Die ideologischen und weltanschaulichen Verschiedenheiten beziehen sich ja wohl nicht auf die Einstellung zur Weiterentwicklung der Gesellschaftsordnung. Ich glaube, daß wir Grund haben, dies immer wieder zu sagen. Als ich für das Abgeordnetenamt nominiert wurde, kamen immer wieder viele Bedenken aus christlichen Kreisen. Wie kannst du zum Sozialismus ja sagen? Sozialismus bedeutet Atheismus, zumindest

atheistische Grundhaltung. Dagegen habe ich mich, solange ich politisch tätig bin, gewendet. Ich glaube, die Staatsratserklärung bekräftigt, daß ich einen richtigen Weg gegangen bin in dem Glauben und der Gewißheit, daß sich an dieser Einstellung zur Gesellschaftsordnung durch die unterschiedliche Weltanschauung nichts ändert. Mich haben besonders zwei Dinge beeindruckt, als ich kürzlich auf einer Reise in die Sowjetunion in Moskau sein konnte. Ich möchte das, was uns theoretisch bewegt, in zwei kleinen Worten zusammenfassen.

Es gibt zwei Worte in der Bibel, die in der Politik des Kommunismus wörtlich wiederkehren. Das eine ist das Wort aus dem 2. Thessalonicher-Brief: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“ Ich glaube, in diesem Wort manifestiert sich das gesamte Programm des sozialistischen Neuaufbaus der Gesellschaft. Ein Wort, das also gleichbedeutend ist, gleich klingt und sogar, wörtlich, im Programm des kommunistischen Gesellschaftsaufbaus wie auch in der Bibel steht. Ein Wort, aus dem sich selbstverständlich gesellschaftliche Forderungen ergeben: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, das heißt, 1. die Hochschätzung der Arbeit als das wahre, menschlichste aller Unternehmen und 2. die Ausschaltung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In diesem Punkte hat der Marxismus das zu einem gesellschaftlichen Programm erhoben, was in der Kirchengeschichte vernachlässigt, ja sogar ins Gegenteil verwandelt worden ist. Dieser Satz „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ ist in der Kirchengeschichte, abgesehen von einigen Bewegungen, die dann von der herrschenden Kirche unterdrückt wurden, nicht durchgeführt worden. Das steht aber als ein wesentlicher gesellschaftspolitischer Grundsatz im Neuen Testament. Das zweite Wort, an das ich erinnern möchte, auf der Nadel der sowjetischen Friedensbewegung ausdrücklich genannt: „Schmiedet die Schwerter zu Pflugscharen.“ Auch dieses eine Wort, das im Alten Testament wörtlich so steht beim Propheten Jesaja und beim Propheten Micha, ist ein prinzipieller Grundsatz, der eben den Krieg aus der Welt schaffen und die kriegerische Einstellung ersetzen will durch die positive Wertung der Arbeit. Die Schwerter sollen zu Pflugscharen werden, und mit der Pflugschar leistet man ja bekanntlich Arbeit.

Diese beiden Worte stellen doch ein Symbol dar, wie humanistische Ziele des Sozialismus und des Kommunismus übereinstimmen können mit christlicher Einstellung, christlicher Haltung. Es ist ja schon gesagt worden, wie gerade in diesem Punkt „Schmiedet die Schwerter zu Pflugscharen“ – ein alttestamentarisches Wort, das vor 2500 Jahren ausgesprochen wurde – ebenfalls die Kirchen zu keinem positiven, zu keinem realen gesellschaftlichen Erfolg gekommen sind. Wenn in der Staatsratserklärung die Möglichkeit einer Zusammenarbeit im Aufbau einer neuen Gesellschaft betont wird, dann ist das für mich eine Bestätigung, daß der Christ selbstverständlich auch am Kampf für den Frieden teilnehmen muß, was ja immer wieder in Zweifel gezogen wird. Er redet wohl vom Frieden, aber man möchte den Kampf für den Frieden vermeiden, das heißt, dem positiven gesellschaftlichen Eintreten für die Realisierung des Friedens – und natürlich auch für die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ausweichen. Ich halte es für ein bedeutendes Ereignis, daß der Vertreter eines Staates, der nicht das Christentum als Element, als Mörtel seines Aufbaus verwendet, doch in der Lage ist, Menschen des christlichen Glaubens zu einem Gespräch über gesellschaftliche Fragen einzuladen. Das ist ein Positivum, das mich in der Zuversicht bestärkt, daß beide Weltanschauungen, Christentum und Marxismus, in der Zukunft sich noch sehr vieles zum gemeinsamen Nutzen zu sagen haben werden.

Walter Ulbricht: Es ist richtig, was Sie in bezug auf die sozialen und weltanschaulichen Probleme sagen. Vielleicht ist es leichter, die neuen Probleme zu erkennen, wenn man von den neuen Erscheinungen und den Aufgaben der Menschen in der neuen Epoche ausgeht. Seitdem ein Weltlager des Sozialismus besteht und die nationale Befreiungsbewegung in den Kolonien in einem sehr schnellen Tempo vorwärtsschreitet, sind die Friedenskräfte sehr stark gewachsen.

Ich habe mit großem Interesse vernommen, daß immer mehr überzeugte Christen sich der großen Bedeutung der Existenz und der großen Erfolge des sozialistischen Lagers unter der Führung der UdSSR für das Anliegen des Friedens bewußt werden. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit besteht jetzt tatsächlich die reale Möglichkeit, den Frieden zu sichern. Es müßte doch jeden Christen, der es mit dem Gebot des Friedens ernst meint, tief berühren, daß gerade der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR N. S. Chruschtschow, ein nichtchristlicher Staatsmann, ein Atheist und nicht ein Mann in geistlichem Gewand, von der Tribüne der UN-Vollversammlung für alle Menschen dieser Erde die große Botschaft des Friedens verkündete und die Forderung nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung in aller Welt und für alle Welt mit Leidenschaft und Überzeugungskraft vertrat. Damit hat er alle Menschen angesprochen, unabhängig von ihrer Weltanschauung, die Atheisten, Christen, Buddhisten, Mohammedaner, Israeliten usw. N. S. Chruschtschow wies die Möglichkeiten und die Notwendigkeit der Einigung aller Menschen für die Erhaltung des Friedens. Seine große Botschaft auf der 15. Tagung der UNO, die völlig mit unserer Politik übereinstimmt, eröffnet die schöne Perspektive, den Krieg aus dem Leben der Völker zu beseitigen. Sollte das nicht Anlaß sein für alle Christen, in sich zu gehen, sich zu prüfen und sich offen auf diejenigen Kräfte in der Welt zu orientieren und mutig an ihre Seite zu treten, die dem Frieden dienen, die Vorkämpfer des Friedens für alle Zeiten sind?

Angeichts des Neuen in der Welt werden diejenigen schlecht abschneiden, die die Atomkriegs- und Revanchepolitik predigen. Sie haben keine Perspektive. Vielleicht wird mancher sagen: Ihr in der Deutschen Demokratischen Republik seid nur ein Drittel Deutschlands. Ja, ein Drittel Deutschlands sind wir gegenwärtig, das stimmt! Aber die Ideen, die wir vertreten, das sind doch Ideen, die den Interessen der Mehrheit auch der westdeutschen Bevölkerung entsprechen. Die westdeutsche Bevölkerung ist doch nicht etwa für die Atombombe irgendeines NATO-Bischofs in Westdeutschland, der erklärt hat, man muß sich mit der Atombombe abfinden.

Die Menschen in Westdeutschland sind doch ehrlich für den Frieden, und sie haben sogar die Hoffnung, daß die Kräfte der Sowjetunion und des Friedenslagers ausreichen, um einen Krieg zu verhindern. Mir scheint, es ist die Zeit gekommen, daß sich die Christen auf die neue Lage und die neuen Kräfte in der Welt orientieren. Sie leben nicht mehr im Mittelalter – einer toten Vergangenheit –, sondern neue Kräfte verwirklichen heute in der Welt bestimmte, ursprünglich vom Christentum vertretene Grundsätze. Es glaubt doch niemand, daß sich etwa im Jahre 2000 die westdeutschen Werktätigen noch von einer kleinen Gruppe Monopolherren ausbeuten lassen. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist unmoralisch und geht daher unweigerlich ihrem Ende entgegen. Neue moralische Prinzipien des Rechtes auf Arbeit, der Achtung der Arbeit und der Menschenwürde werden verwirklicht.

Berlin – kein Platz für NATO-Politiker im geistlichen Gewand

Professor Köhler: Herr Vorsitzender, könnten Sie noch etwas über die Möglichkeiten eines Kirchentages auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sagen?

Walter Ulbricht: Ja. Ich habe vom Staatssekretär für Kirchenfragen, Herrn Seigewasser, erfahren, daß Vertreter der evangelischen Kirche der Deutschen Demokratischen Republik die Durchführung eines Kirchentages in der Deutschen Demokratischen Republik beantragt haben. Ich nehme an, daß der Staatssekretär diesen Antrag wohlwollend prüft. Wir verstehen, daß die Frage des Kirchentages kompliziert geworden ist. Nachdem auf dem Kirchentag in München die Militaristen im Sinne des Militärseelsorgevertrages aufgetreten sind, Feldgottesdienste abhielten und Revanchehetze betrieben, hat doch der Kirchentag seinen Charakter geändert. Es gab früher einen Kirchentag in Leipzig. Alle, die dabei waren, können sich entsinnen, daß er sehr friedlich verlaufen ist. Dort wurde

nicht provoziert. Dort saßen Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl neben den Bischöfen der Deutschen Demokratischen Republik und einigen aus Westdeutschland. Inzwischen wurde der Militärseelsorgevertrag abgeschlossen, so daß jetzt die Kirchenabteilung des westdeutschen Kriegsministers Strauß bestimmt.

Den Kirchen und christlichen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik müssen wir deshalb ganz offen sagen, wenn sie einen Kirchentag für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durchführen wollen, werden sich unsere Staatsorgane mit ihnen verständigen. Von unserer Seite gibt es keine Einwendungen. Aber wir können nicht zulassen, daß NATO-Politiker im geistlichen Gewand in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik den kalten Krieg gegen unsere Republik und den Frieden führen, gegen die Interessen der gesamten Bevölkerung und auch gegen die friedlich gesinnten Christen auftreten. Das ist unser eindeutiger Standpunkt zu dieser Frage.

Die Führer der westdeutschen NATO-Kirche möchten aber einen Kirchentag in der Deutschen Demokratischen Republik verhindern. Deshalb müssen wir uns doch fragen, ist etwa in Westberlin eine den Anliegen der Kirche und der Frömmigkeit günstigere Atmosphäre? Offensichtlich doch nicht!

Die Frontstadtatmosphäre und der Frontstadtumpf können doch einen Kirchentag in Westberlin – dessen Hauptanliegen religiöser Natur ist – nur ungünstig beeinflussen. Wenn die Herren Lemmer und Brandt den Wunsch haben, den Kirchentag in Westberlin durchzuführen und ihn für Zwecke der Wahlpropaganda auszunutzen, so hat das doch nichts mit religiösen Wünschen zu tun. Wir sind daran interessiert, daß in Berlin keinerlei Anlaß zu Konflikten geschaffen wird. Da die Herren der Militärkirche es nicht lassen können, Konflikte zu provozieren, ist Berlin offenkundig der ungeeignetste Ort für einen Kirchentag. Die westdeutschen Besucher des Kirchentages in Leipzig haben uns damals gesagt, daß noch kein anderer Kirchentag so gut – ohne von religiösen Fragen ablenkende äußere Einflüsse – verlaufen ist. Offenbar fürchten doch die Propagandisten des kalten Krieges, daß ein Kirchentag in der Deutschen Demokratischen Republik dem Frieden und der Verständigung dienen könnte. Das paßt nicht in ihr Konzept. Ich bin überzeugt, daß es im Interesse, im wohlverstandenen Interesse gerade der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik und der evangelischen Christen in der DDR wäre, sich auf einem Kirchentag ausschließlich auf die kirchlichen und christlichen Anliegen zu konzentrieren. Die zuständigen staatlichen Organe würden sich mit den Vertretern der evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik über die Einzelheiten der Durchführung des Kirchentages sicher verständigen. Ich will hier den betreffenden Staatsorganen nicht vorgreifen, sondern nur meine grundsätzliche Meinung zum Ausdruck bringen. Genügt Ihnen diese Antwort?

Professor Köhler: Ja, danke sehr.

Im kirchlichen Leben freier geworden

Superintendent Falk: Darf ich noch auf etwas hinweisen, was mir besonders am Herzen liegt? Der Christ ist Zeuge. Was Zeuge sein heißt, das wissen wir ja alle. Das heißt auch, wir sind für die Deutsche Demokratische Republik Zeuge und haben da sehr nüchtern festzustellen, daß wir nicht in einem Wolkenkuckucksheim leben. Es ist ja so, daß die meisten von uns immer wieder ökumenische Kontakte haben und man uns fragt: Du mußt es doch wissen, wie ist das nun bei euch? Wir sind also in unserer Zeugenschaft gefordert.

Ich bin froh, sagen zu können, daß ich das stets mit einer besonderen Freude getan habe, da ja des Positiven genug ist, das wir sagen dürfen. Und ich bin auch froh, daß uns bei diesen Kontakten mit der Ökumene – mit der weltweiten Christenheit – die Möglichkeiten gegeben sind, wirklich zu bezeugen, was Frieden ist. Wir brauchen uns ja

zunächst nur auf das zu besinnen, was der hebräische Ausdruck Frieden uns auferlegt; das heißt doch, „man spricht miteinander, man spricht wieder miteinander“. Man läßt es also nicht zu einer Zone des Schweigens kommen, weil die schon gefährlich ist. Allerdings, ich bin auch froh darüber, daß bei solchen ökumenischen Kontakten auch das gesagt werden darf. Ich habe es im Auslande sehr deutlich gesagt: Der Krieg ist kein Mittel mehr, dessen sich die Staaten gegeneinander bedienen dürfen, und schon gar kein Mittel, zu dem der Christ noch sein Ja zu sagen hat. Die junge Generation, ganz gleich, wo sie aufwächst, steht auch unter diesem christlichen Zeugnis. Es ist überzeugten Christen ein großes Anliegen, in ihrem Zeugnis wahr zu sein und das Gute, Positive, das wir miterleben dürfen, kundzutun. Es wird ja an uns oft die merkwürdige Frage gestellt: Ja, seid ihr denn im Grunde genommen nicht Liquidatoren der Kirche? Darüber muß ich allerdings jedesmal lachen. Ich fühle mich jedenfalls nicht so und kann immer wieder sagen, die Kirchen leben. Ich meine auch, daß die Entwicklung, die wir genommen haben, uns freier gemacht hat, auch in unserem kirchlichen Leben das wirklich zu sein, was wir sein sollen.

Professor Köhler: Herr Vorsitzender, darf ich noch kurz auf ein Gebiet hinlenken. Sie hörten schon, daß ich nicht Theologe bin, sondern Musiker, und von Hause aus bin ich Kirchenmusiker und vertrete das Orgelspiel an der staatlichen Hochschule für Musik „Franz Liszt“ in Weimar. Es war mir ein ganz besonderes Erlebnis, als ich vor fünf Jahren und auch im vorigen Jahre wieder in die Sowjetunion eingeladen war und dort Orgelkonzerte geben konnte. Ich möchte daher auch erreichen, daß wir in unserer Republik mehr als bisher die Orgelmusik unseren Menschen näherbringen und in den Konzertsälen dieses großartige Instrument – die Orgel – hier und da neu bauen.

Grundlage der Zusammenarbeit hat sich gefestigt

Pastor K. Fischer: Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß wir gerade in letzter Zeit eine ganze Reihe von Zustimmungserklärungen von katholischen Staatsbürgern erhalten haben, aus denen hervorgeht, daß sich gewissermaßen in aller Stille eine Umschichtung des Denkens zu vollziehen beginnt und sich vielleicht schon vollzogen hat. Ich habe bis vor 1 oder 2 Jahren andere Zuschriften bekommen, und die waren keineswegs immer sehr liebenswürdig. Aber in der letzten Zeit häufen sich die Briefe und auch die mündlichen Bekundungen, daß man anfängt einzusehen, was wir eigentlich wollen, und daß sich die kirchlichen und katholischen Kreise den fortschrittlichen Kräften in der Welt auf die Dauer nicht verschließen können.

Ich möchte Ihnen, sehr verehrter Herr Vorsitzender, besonders danken für das, was Sie in Ihren Ausführungen zum Ausdruck gebracht haben, daß nämlich der Standpunkt des Christen, die natürliche Position des Katholiken, auf der Seite der fortschrittlichen und friedliebenden Menschen in der Welt nicht nur sein kann, sondern sein muß. Denn wenn sie nicht auf unsere Seite treten, dann müssen sie auf die Seite der faschistischen Usurpatoren, auf die Seite der Hitler, Franco und Salazar treten.

Ich habe hier bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik in der letzten Zeit feststellen können, daß sich Katholiken diesen Anschauungen immer öfter anschließen, und glaube, daß wir auf diesem Wege fortfahren können und sollten. Die CDU hat eine Reihe wertvoller Kontakte geschaffen. Wir brauchen sie nur zu benutzen und dafür zu sorgen, daß die Ströme der Verständigung hin und her gehen, dann werden wir zu positiven Ergebnissen kommen. Lassen Sie mich Ihnen als katholischer Geistlicher herzlich danken für die Worte, die Sie zu uns gesprochen haben. Sie sind mir wirklich aus dem Herzen gesprochen, und ich wüßte nichts Besseres zu tun, als in Zukunft der katholischen und auch der evangelischen Bevölkerung immer wieder zu sagen: Es gibt nur ein Entweder-Oder: entweder stehen wir auf der Seite der alten oder der neuen Zeit: entweder auf der Seite des Krieges oder auf der Seite des Friedens: ein Drittes gibt es nicht.

Walter Ulbricht: Meine Herren! Die Aussprache war sehr offenherzig, sehr nützlich. Sie haben sehr interessante Gedanken dargelegt. Ich möchte sagen, ich bin mit der Aussprache sehr zufrieden.

Professor Fuchs: Wir dürfen sagen, daß wir auch sehr zufrieden sind und sehr glücklich, wie Sie uns diese Stunden von Ihrer kostbaren Zeit gewährt haben und wir weggehen dürfen mit dem Gefühl, daß die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen christlichen Bürgern und nichtchristlichen Bürgern in unserem Staat gefestigt worden ist. Ich glaube, das ist heute das eigentliche Wichtige.

Walter Ulbricht: Ich danke Ihnen herzlich, vor allen Dingen für Ihre große Arbeit, die Sie für die Sache des Friedens und der Verständigung leisten, und wünsche Ihnen persönlich alles Gute.

Mit dieser Grundlegung für das Leben des Christen im sozialistischen Staat der DDR wird das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 entscheidend überboten. Hieß es dort noch, der Christ respektiere die Entwicklung zum Sozialismus, so wird nun die These entwickelt, daß die Zustimmung zum Sozialismus des SED-Staates eine christliche Notwendigkeit sei. Daher sind die beiden Reden von Fuchs und Ulbricht bereits zu so etwas wie heiligen Texten geworden, während der 9. Februar 1961 mit großem Pathos als neuartiger „kirchlicher“ Feiertag propagiert wird. Auf diese Linie soll die ganze Kirche mit allen Mitteln der Drohung, Lockung und Unterwanderung ausgerichtet werden. Um sie geht die weitere Auseinandersetzung. Daher ist es nicht verwunderlich, daß sich gerade gegen diesen Vorgang vom 9. Februar 1961 eine Reihe von kirchlichen Persönlichkeiten gewandt und dabei Professor Fuchs jedes Recht abgesprochen haben, im Namen der Christen derartige Erklärungen abzugeben. So sagte Präses D. Scharf auf der Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen Mitte März 1961, man könne Professor Fuchs nicht einräumen,

daß er in Sachen der Kirche und in den Grundfragen der christlichen Haltung im Namen der Christen innerhalb der DDR zum Staate spricht. Wir sind der Meinung, daß das, was er dem Vorsitzenden des Staatsrates im Namen von vielen Christen „von der Mehrheit der Christen“ oder, wie er sich ausgedrückt hat, der „hervorragenden und ehrlichen Christen“, in der DDR ausgesprochen und zugesagt hat, nicht der Lehre des Evangeliums entspricht. Die Behauptung, daß die Grundsätze der Bergpredigt und die Grundsätze des marxistischen Sozialismus in ihrem Ziele einig seien, ist eine Preisgabe des Evangeliums und wird von den konsequenten Marxisten in der gleichen Weise bestritten.

Damit spielte Präses Scharf auf Äußerungen wie die folgende an, die in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse ist:

„Die Gläubigen in den sozialistischen Ländern suchen zuweilen nach Wegen, um ihre alten religiösen Auffassungen mit der neuen Wirklichkeit auszusöhnen. Ein Teil der Geistlichkeit in den Volksdemokratien, aber auch eine Reihe der fortschrittlichen Kämpfer unter der Geistlichkeit der bürgerlichen Länder (Johnson, Evans, Clarc in England, James Endicott in Kanada, Emil Fuchs in der DDR) meinen, daß man in der sozialistischen Gesellschaft die Verwirklichung der Gebote Christi sehen muß, quasi als die Ankunft des Reiches Gottes. Das Auftreten solcher Männer hat eine ernste positive Bedeutung insofern, als sie darüber sprechen, welch eine anziehende Kraft der siegreiche Sozialismus auf alle fortschrittlichen Menschen hat. Ihr Auftreten hilft, die Heuchelei der imperialistischen Politik, die von der Kirche unterstützt wird, zu entlarven, sie helfen,

die friedliebenden und demokratischen Kräfte zu sammeln. Wie dem auch sei, dem Wesen der Dinge nach bedeutet ihre Mühe, den Sozialismus in christlicher Verpackung zu präsentieren, ein unfruchtbares Unterfangen. Die schwache Seite der Tätigkeit dieser Gruppe der Geistlichkeit (zahlenmäßig sehr klein) besteht in dem Versuch, die ideenmäßige Nähe oder sogar die Gemeinsamkeit des Kommunismus und des wahren Christentums zu begründen. Diese Versuche beruhen auf zwei Annahmen: erstens, daß der Kommunismus als Erbe der Ideen des frühen Christentums erscheint; denn „das ökonomische Programm des Kommunismus und Sozialismus kann in der Praxis völlig unabhängig von irgendwelchen philosophischen Theorien, die mit diesen Auffassungen verbunden sind, verwirklicht werden“. Zweitens: daß der Kommunismus sich auf die materielle Befreiung der Werktätigen beschränkt; das Christentum dagegen schaut tiefer und erstrebt auch „die geistig-geistliche Reinigung des Menschen für das irdische und jenseitige Leben“. Beide Auffassungen sind irreführend und beruhen auf einem falschen Verständnis der marxistisch-leninistischen Lehre.“

Denn – so heißt es weiter – „der Kommunismus stützt sich auf das granitene Fundament des dialektischen und historischen Materialismus“.

„Das letzte Ziel der kommunistischen Bewegung ist nicht bloß die materielle, sondern auch die geistige Befreiung der Menschheit. Zu seiner Aufgabe gehört die Liquidation der sozialen Bedingungen der Existenz der Religion. Der Kommunismus läßt keinen Raum für irgendeine Religion übrig. Die Kommunisten erstreben die Zusammenfassung der Menschen verschiedener Weltanschauungen, Atheisten und Gläubige, zum Kampf für den Frieden und Sozialismus. Aber dieser Kampf kann nur unter dem Banner der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, welche alle Formen der religiösen Ideologie ablehnt, erfolgreich zu Ende geführt werden.“ (Aus dem sowjetischen Atheismuslexikon „Sputnik Ateista“, Vademecum des Atheisten, Moskau 1959, S. 172.)

Ähnlich wie Präses Scharf wies auch Bischof D. Krummacher in einem Schreiben an Professor Fuchs dessen Ausführungen vom 9. Februar 1961 zurück, worauf dann Professor Fuchs sehr eingehend antwortete:

BISCHOF D. FRIEDRICH KRUMMACHER AN PROFESSOR D. EMIL FUCHS AM 22. MÄRZ 1961

Sehr verehrter Herr Professor!

Die Pressemeldungen über ein Gespräch zwischen Ihnen und dem Herrn Vorsitzenden des Staatsrates geben mir Veranlassung, Ihnen anliegend ein Schreiben zur Kenntnis zu bringen, das ich im Blick auf die Programmatik der Erklärung des Staatsrates bereits am 24. November 1960 an den Herrn Vorsitzenden des Staatsrates gerichtet habe. In Gemeinschaft mit anderen evangelischen Bischöfen in der Deutschen Demokratischen Republik stehe ich unter dem Eindruck, daß die Klärung der ersten, von uns im Namen der evangelischen Christen unseres Landes aufgeworfenen Probleme durch das von Ihnen und Ihren Freunden geführte Gespräch erschwert worden ist. Diese Klärung aber halten wir für unbedingt nötig, wenn das Evangelium gegenüber den Menschen unseres Volkes und wenn der Dienst der christlichen Kirche gegenüber der Obrigkeit recht ausgerichtet werden soll.

Tag für Tag wird – auch unter Bezugnahme auf Ihren Schritt – in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als wenn es zwischen Christen und Marxisten nur einige „philosophische Meinungsverschiedenheiten“ gäbe, die für das wirkliche Leben belanglos wären. Tag für Tag werden aber gleichzeitig christliche Kinder gegen den Willen christlicher Eltern in der atheistischen Weltanschauung unterwiesen und erzogen. Ja, es geht so weit, daß christliche Eltern, die sich dem weltanschaulichen Druck leider gebeugt haben, erleben müssen, daß ihre Kinder sogar an hohen christlichen Feiertagen wie Karfreitag und Ostern zur atheistischen Jugendweihe geführt werden. Muß sich nicht ein junger christ-

licher Soldat der Nationalen Volksarmee, dem sein Kommandeur erklärt, ein Soldat *müsse* Atheist sein, im Stich gelassen fühlen, wenn er hört, es ginge lediglich um einen „wissenschaftlichen Meinungsstreit“? Tag für Tag kommen ernste Christen in Konflikte zwischen ihrem christlichen Glaubensbekenntnis und den Anforderungen der staatlich geförderten marxistischen Weltanschauung.

Machen wir uns nicht an unserem Auftrag als Diener des Evangeliums schuldig, wenn wir die tiefe Gewissensbedrängnis ernster Christen, insbesondere christlicher Eltern und junger Menschen vor unserer Obrigkeit verschweigen?

Ist es nicht eine Verkürzung der christlichen Botschaft, ja geradezu eine falsche, die Herzen verwirrende Lehre, wenn heute landauf, landab behauptet wird, der eigentliche Inhalt des Christentums seien „Ideale der Menschlichkeit und des Friedens“, die man nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung verwirklichen könne? Das Evangelium von Jesus Christus ist doch wahrhaft mehr als eine solche billige Ideologie.

Wird durch solche Verwirrungen nicht erneut ein Mißbrauch christlichen Glaubens zum Zwecke der ideologischen Untermauerung politischer und gesellschaftlicher Ziele getrieben, wie wir das aus der Kirchengeschichte vergangener Zeiten schmerzlich genug kennen und wie es heute manchen christlichen Kreisen in der westlichen Welt zum Vorwurf gemacht wird?

Ist Jesus Christus nur der Herr in der sozialistischen Hälfte der Welt, in der man angeblich allein dem Nächsten recht dienen kann, während die andere Hälfte der Welt der Raum des Teufels ist? Damit wäre doch das Bekenntnis zu Jesus Christus, dem Herrn *aller* Menschen und *aller* Zeiten, verleugnet! Der Christ hat sich doch in *jeder* Gesellschaftsordnung in der Nachfolge seines Herrn zu bewähren.

Kann man die Botschaft der Weihnacht vom „Frieden auf Erden“ predigen und dabei verschweigen, daß es zuvor heißt: „Ehre sei Gott in der Höhe“?

Kann man von Nächstenliebe reden und dabei das Gebot der Gottesliebe verschweigen?

Kann man als Christ von Frieden und Nächstenliebe sprechen und gleichzeitig die Bruderliebe gegenüber unseren christlichen Brüdern in der anderen Hälfte des Vaterlandes ausklammern, die als „professionelle Wölfe im Schafskleid“ diffamiert werden? Als Christ kann man doch nicht verschweigen, daß auch diese unsere Brüder den Krieg, insonderheit den Krieg mit Massenvernichtungsmitteln, ablehnen und ächten, auch wenn sie über die zweckmäßigen politischen Mittel zur Erreichung dieses Zieles andere Ansichten haben mögen.

Würden wir nicht den *gemeinsamen* Herrn Christus verleugnen, wenn wir uns von ihnen lediglich aus politischen Gründen christlich und kirchlich trennen ließen? Die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Ordnungen, in denen die Christen heute leben, können doch niemals und nirgends zum Maßstab eines Glaubensurteils gemacht werden.

Jesus Christus ist der Herr der ganzen Welt, der um aller Menschen willen Mensch geworden ist und der für alle Menschen gestorben ist: darum kann man in der christlichen Kirche nicht die falsche Lehre verbreiten, daß christlicher und marxistischer Humanismus im wesentlichen dasselbe seien. Marxistischer Humanismus glaubt an die Vollendung des allmächtigen und selbstmächtigen „sozialistischen Menschen“ ohne Gott. Christlicher Humanismus weiß, daß der Mensch nicht ohne seinen Schöpfer und seinen Erlöser zum wahren Menschentum kommen kann.

Christliches Ethos weiß sich gebunden an das erste Gebot „Ich bin der Herr, dein Gott“, in dem die Zehn Gebote Gottes zusammengefaßt sind. Die zehn Gebote sozialistischer Moral dagegen sind das Mittel zur Erziehung des „sozialistischen Menschen“ ohne Gott.

Wer das verschweigt, nimmt den Marxismus nicht so ernst, wie er es verdient.

Wer das verschweigt, versäumt an der uns von Gott gesetzten Obrigkeit den Dienst der Wahrheit, den wir ihr schuldig sind.

Wer das verschweigt, nimmt dem Evangelium von Jesus Christus die Salzkraft für das tägliche und wirkliche Leben, in dem der Christ als Zeuge seines Herrn zu stehen hat.

Je klarer und unverfälschter die evangelische Botschaft in einer Zeit geistiger und geistlicher Verwirrung ausgerichtet wird, um so besser dient die Kirche Jesu Christi auch in einer sozialistischen Umwelt den Menschen unseres Volkes, dem Aufbau gerechter gesellschaftlicher Ordnungen und der Erhaltung des Friedens zwischen allen Menschen und allen Völkern.

Weil es uns um solche rechte Ausrichtung des Evangeliums geht und nicht etwa um politische und gesellschaftliche Meinungsverschiedenheiten, mußte ich, verehrter Herr Professor, bei allem Respekt vor Ihrem leidgeplagten Lebensweg und vor der Lauterkeit Ihrer Gesinnung so offen sprechen. Sie werden verstehen, daß ich aus der Sorge um den rechten Weg der Kirche diesen Brief auch den anderen Bischöfen in der Deutschen Demokratischen Republik sowie den Amtsbrüdern meines eigenen Kirchengebietes zugänglich mache.

Mit verehrungsvollen Grüßen bin ich Ihr

D. Krummacher

ANTWORT VON PROFESSOR D. EMIL FUCHS AN BISCHOF D. FRIEDRICH KRUMMACHER
VOM 19. APRIL 1961

Hochverehrter Herr Bischof!

Die christlichen Bürger unseres Staates, für die eine Delegation am 9. Februar dem Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, den von mir entworfenen Brief überreichte, wollten damit zum Ausdruck bringen, daß ihre aus ihrem Glauben geborene Verantwortung sie verpflichte, entscheidende Zielsetzungen unseres Staates zu unterstützen. Es sind die in meinem Briefe genannten Zielsetzungen des Friedens und der Verständigung, der großzügigen Kulturarbeit für alle Glieder unseres Volkes, der Sorge für den Menschen, der Entwicklung sittlicher Verantwortung. Ebenso wollten wir unserer Dankbarkeit dafür Ausdruck geben, daß unsere Regierung hierzu die Mitarbeit der Kirchen und Christen besonders aufgerufen hat.

Wir hoffen, damit das Vertrauensverhältnis zwischen allen Teilen der Bevölkerung und zwischen Staat und Kirche zu stärken. Wir durften mit Freude feststellen, daß der Herr Vorsitzende die Gelegenheit ergriff, durch eingehendere Ausführungen zu der Erklärung des Staatsrates die Haltung der Regierung zu den christlichen Bürgern des Staates darzulegen und damit dem Mißtrauen entgegenzuwirken, das – wie ja auch Ihr Brief zeigt – in christlichen Kreisen immer noch besteht. Sie vermissen, daß dabei einige schwerwiegende Dinge nicht zur Sprache gekommen sind, die ein Christ nicht verschweigen dürfe, wenn er mit Marxisten redet.

Wir aber meinten, daß es eine Haltung des Christen zum Staate und zu bestimmten gesellschaftlichen Zielsetzungen gibt, zu der er unter allen Umständen verpflichtet ist – unabhängig davon, wie der Staat sich zu dem stellt, was ihn betrifft.

Um nicht zu verdunkeln, daß es nicht nur eine Möglichkeit, sondern die Notwendigkeit der Zusammenarbeit gibt, durften wir nicht den Eindruck erwecken, als ob diese unsere Haltung abhängig sein könne von der Erfüllung bestimmter Forderungen der Christen gegenüber dem Staat. Wir durften dies umso weniger tun, als von vielen Christen dieser Eindruck immer wieder erweckt wird. Wir konnten diese Stellung umso mehr einnehmen, als wir der zuversichtlichen Überzeugung sind, daß eine solche aus der Klarheit christlicher Verantwortung kommende Haltung christlicher Bürger in ihrer starken Kraft und Wahrhaftigkeit dahin führen wird, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erreichen, die von unserem Staat und uns allen gewünscht wird.

Unter dem, was Sie in meinem Briefe vermissen, wiegt wohl am schwersten der Vorwurf, daß ich von Nächstenliebe ohne Gottesliebe spreche – ja, daß das erste Gebot nicht

zur Geltung komme. Ganz am Anfang meiner Ansprache steht das Wort: „So jemand spricht: Ich liebe Gott, und haßt seinen Bruder, der ist ein Lügner. Denn wer seinen Bruder nicht liebt, den er sieht, wie kann er Gott lieben, den er nicht sieht?“ (1. Joh. 4, 20).

Ich meine alles, was ich schrieb und sagte, unter dies Wort gestellt zu haben. Sie machen mir nun den weiteren Vorwurf, ich hätte den Eindruck erweckt oder doch verstärkt, daß es zwischen Christen und Marxisten nur einige „philosophische Meinungsverschiedenheiten“ gäbe, die für das wirkliche Leben belanglos wären. Unter Anführung von Beispielen zeihen Sie mich der Gleichgültigkeit gegenüber den Nöten und Ängsten, denen Christen um ihres Glaubens willen vielfach ausgesetzt seien.

Nun habe ich doch wohl ganz deutlich gesagt: „Es gibt Unterschiede zwischen der *Weltanschauung* des Marxisten und dem *Glauben* des Christen. Es gibt sogar sehr *tiefgehende Unterschiede*.“ Als der Herr Vorsitzende von „dem philosophischen Idealismus“ sprach, „in dem das Christentum, wie jede Religion, wurzele“, bin ich ihm ins Wort gefallen und habe gesagt, daß ich in der Wissenschaftlichen Zeitschrift unserer Universität in einem Artikel „sehr energisch bestritten“ hätte, daß dies richtig sei. Das veranlaßte Walter Ulbricht zu sehr wichtigen Ausführungen, deren Schluß ich anführe: „Durch Ihre Zwischenbemerkung kam schon zum Ausdruck, daß eine friedliche Koexistenz zwischen verschiedenen theoretischen Auffassungen und Weltanschauungen nicht möglich ist. Das würde bedeuten, daß *eine schweigen müßte*, wodurch jedes weltanschauliche Ringen unterbunden würde. Selbstverständlich ist das untragbar.“

Das Ablehnen ideologischer Koexistenz ist vom Marxismus her also so gemeint, daß jede *Vermischung* beider Standpunkte zu bekämpfen sei – was wir Christen sicher auch betonen müssen – daß aber ein Ringen der beiden geistigen Mächte sich vollziehen könne und müsse, unbeschadet einer friedlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit in gemeinsamer Verantwortung und Aufgabe.

Es ist von niemandem bestritten worden, daß Zeiten großer gesellschaftlicher Umwälzungen wie die unsere für alle Menschen und eben auch für die Christen Spannungen und Konflikte mit sich bringen. Die Absicht unseres Gespräches vom 9. Februar war es ja gerade, mitzuhelfen, daß eine Atmosphäre im Zusammenleben der Menschen in unserem Staate geschaffen wird, in der Spannungen gelöst und Konflikte überwunden werden können. Ganz abgesehen davon, daß ich Ihren Beispielen aus eigener Erfahrung ebenso viele Gegenbeispiele entgegensetzen könnte (bis hin zur Möglichkeit des Gottesdienstbesuches für Angehörige der Nationalen Volksarmee) – ich vermisste in Ihrem Brief ein Wort zu den ungleich viel tieferen und schwereren Gewissenskonflikten, an denen viele Christen im Westen unseres Vaterlandes leiden, die Tag für Tag erleben müssen, wie unter Mißbrauch des christlichen Namens eine Politik der Atomrüstung betrieben wird, die unser Volk der Gefahr eines dritten Weltkrieges nahebringt.

Wahrscheinlich kennen Sie den Brief einer evangelischen Mutter an einen Ihrer Amtskollegen in Westdeutschland, der kürzlich von einigen Kirchenzeitsungen veröffentlicht wurde. Darin fragt diese Mutter unter Bezugnahme auf die Verurteilung eines Kriegsdienstverweigerers durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe:

„Wenn die Weigerung eines Menschen, eventuell an einem Bruderkrieg teilnehmen zu müssen und auf Brüder jenseits der Zonengrenze zu schießen, keine Gewissensentscheidung ist und wenn die Weigerung eines jungen Menschen, an der Vernichtung der Menschheit mitzuwirken, auch keine Gewissensentscheidung ist – ja, was ist dann überhaupt noch eine Gewissensentscheidung? ... Was soll überhaupt noch das ganze Gerede von Menschenrecht, Menschenwürde und Freiheit, wenn junge Menschen, die aus solchen Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigern, bestraft werden und eventuell ins Gefängnis müssen! ... Die 55 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges waren eine Mahnung, vielleicht eine letzte Mahnung. Sie waren aber noch mehr eine Verpflichtung für uns alle, dafür zu sorgen, daß es nie wieder zu einem Krieg kommt. Die führenden Politiker und auch die führenden Männer unserer Kirche (Stuttgarter Schuldbekentnis) gelobten

hoch und heilig, alles zu tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Jetzt werden alle Gelöbnisse mit Füßen getreten.“

Ich meine, verehrter Herr Bischof, daß man von diesen Dingen auch sprechen muß, wenn man die Situation der evangelischen Christenheit in Deutschland heute in rechter Weise darstellen will. Ich meine, daß man sprechen muß von der Verleugnung des Stuttgarter Schulbekenntnisses durch das, was heute weithin innerhalb und außerhalb der Kirchen Westdeutschlands getan wird; von dem Ungeist des Antisemitismus und des Revanchismus, der in Westdeutschland nicht überwunden wurde; von der Tatsache, daß in der westdeutschen Justiz und Wehrmacht weithin angeknüpft wird an die verhängnisvollen Traditionen unserer Geschichte. Ich weiß, daß das alles unendlich vielen Christen große Not macht.

Daß demgegenüber in unserem Staat ein echter Neuanfang gemacht wurde, daß hier eine unheilvolle Vergangenheit theoretisch und praktisch – jedenfalls im Grundsätzlichen – bewältigt wurde – das vor den Vertretern dieses unseres Staates als Christen dankbar festzustellen, war unser Hauptanliegen an jenem 9. Februar. Wenn daraufhin der Vorsitzende des Staatsrates erklärte: „Ich möchte mit der Hoffnung schließen, daß diese unsere Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche, Christen und Atheisten auf allen Ebenen in Zukunft noch enger und vertrauensvoller sein möge, als sie es heute schon ist“, dann hoffe ich sehr, daß solche – von unserer Presse weithin verbreiteten – Worte vielen eine wahre Hilfe sein werden, daß sie zunächst einmal die Zuversicht gewinnen, tapfer und ruhig in christlicher Verantwortung ihre Arbeit zu tun, ihre Mitarbeit an dem demokratischen Aufbau und der demokratischen Verwaltung unseres Gesellschafts- und Arbeitslebens zu leisten und sich dadurch ein echtes Urteil über das zu bilden, was dieser Staat will und tut, was er auch ihnen gibt und von ihnen fordert. Umgekehrt wird eine solche Mitarbeit auch dem Marxisten die Möglichkeit geben, das zu erkennen, was den Christen in seiner Verantwortung bestimmt. Das ist das sehr Notwendige. Gerade die Zurückhaltung der Christen auch da, wo ihre Verantwortung klar deutlich ist, zum Beispiel in der Friedensarbeit, trug wesentlich dazu bei, daß Mißverständnisse und Mißtrauen hüben und drüben wuchsen, ja Gehässigkeiten sich erheben konnten.

Da dies nicht ohne Schuld der meisten Kirchenleitungen geschah, kann ich nicht – wie Sie das zu tun scheinen – einfach alles dem Staate zuschieben, als ob er an den Spannungen schuld sei, die sich ergeben haben. Viele Christen und zahlreiche führende Kirchenmänner haben eine Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber der sich vollziehenden gewaltigen Umgestaltung und ihren schicksalhaften Notwendigkeiten gezeigt, die von christlicher Verantwortung her schwer zu verstehen ist und die mit dazu führte, daß manche einfachen Christen in ihrem Arbeitsleben und in ihrer Haltung Marxisten und staatlichen Behörden gegenüber nicht immer echte Klarheit und rechte Kraft finden konnten. Gerade weil ich sehr tief erfahren habe, wie hilflos viele Menschen sind und wie unklar in ihrem Urteil, muß ich unserer Kirche gegenüber deutlich aussprechen, wie sehr ihre Haltung das mitbewirkte.

Man hat durch fast ein Jahrhundert die Gefahr größer und größer werden lassen, daß die Konfirmation nur als gesellschaftliche Angelegenheit empfunden und von Menschen gefeiert wurde, die nicht daran dachten, daß sie hier eine Verpflichtung als Christen bezeugen. Plötzlich erhob man dieselbe Feier zu einer entscheidenden Glaubensfrage. Man schob damit den einzelnen Christen Gewissensentscheidungen zu, für die sie nicht gerüstet waren – und bei der Art, wie unsere Kirche sie zu Gewohnheitschristentum erzogen hat, gar nicht gerüstet sein konnten.

Ich entschuldige es nicht, wenn das von manchen Menschen ausgenutzt wurde. Am wenigsten entschuldige ich es – und ich weiß, daß das auch unsere staatlichen Organe nicht tun – wenn Lehrer Kinder kränken, in dem, was sie als Erbe ihres Elternhauses in sich tragen – von welcher Seite das auch geschah. Das verbietet schon pädagogische Verantwortung für das anvertraute Kind.

Aber unserer Kirche muß ich sagen, daß sie die Tiefe der Not nicht sieht und mit falschen Mitteln ihr zu begegnen sucht. Sie kämpft um die Erhaltung ererbter Formen der Verkündigung und ererbter Rechte. Es geht aber darum, den Weg der Verkündigung für eine im tiefsten neuwerdende Gestaltung zu finden. Das kann nur geschehen, wenn wir eine klare, verstehende Haltung christlicher Verantwortung finden, in der wir unser Leben, unser Haus, unsere Arbeit christlich durchdringen und von da aus christliche Wahrheit und Kraft ins neue Leben bringen können.

Nicht nur der Unterricht der Schule und der Vorbereitungsunterricht der Jugendweihe (die Jugendweihe selbst ist keine „atheistische, sondern deutlich eine säkulare Feier) bringen unsere Kinder in Berührung mit den Wirklichkeiten, die heute von unserem Glauben her bewältigt werden müssen. Das gesamte Leben tut es. Das Leben bringt heute die Technik und die sie tragenden Erkenntnisse hinaus aufs kleinste Dorf. Sie gestaltet überall die Arbeit. Sie stellt den Menschen vor die Frage der Schau Gottes und der Wirksamkeit Gottes in einem Weltall, das so anders ist als die Formen zeigen, in denen bisher das Evangelium verkündet wurde. Es wird bald keinen jungen Menschen geben, der nicht Brechts „Galileo Galilei“ gesehen hat und dem damit diese Frage ins klare Bewußtsein gehoben wurde, die ihn im täglichen Leben umdrängt. – Es ist nicht Schuld des Marxismus, daß unsere Gemeinden darauf nicht vorbereitet sind.

Die zielbewußte Gestaltungskraft unseres Staates gibt unseren jungen Menschen Ausbildungsmöglichkeiten, wie sie nie den vielen geboten wurde, sie gibt ihnen Lebensziele und Arbeit. Mit dem bloßen Nein ist diese Wirklichkeit nicht bezwungen. Jeder muß sie aus seiner christlichen Verantwortung für sich gestalten und beherrschen.

Der Christ ist heute gefragt, ob er in christlicher Verantwortung in seiner Ehe, seinem Haus, seiner Familie, seiner Gemeinde, seiner Arbeit steht, ob der junge Mensch, der ihm in der Arbeit begegnet, einem Christen begegne, ob seine Kinder in dies Leben ein tiefes Erkennen – nicht nur ein Unterrichtswissen – von christlicher Liebe und Glaubenskraft mit sich bringen. – Christliche Frontbildung ist hier ein Sichversagen der Aufgabe. Wir können keinem Christen die Not – aber auch den Segen – der eigenen echten Entscheidung im Zusammenarbeiten mit Nichtchristen abnehmen. Sicher verbauen wir ihm den Weg, wenn wir seine Entscheidungen ersetzen wollen durch kirchliche Erlasse, Kanzelabkündigungen und allerlei Lenkungen – bis zu den Pfarrern hin.

Sie, Herr Bischof, schreiben – und ich stimme dem von Herzen zu: „Christlicher Humanismus weiß, daß der Mensch nicht ohne seinen Schöpfer und Erlöser zum wahren Menschentum kommen kann. Christliche Ethik weiß sich gebunden an das erste Gebot: „Ich bin der Herr dein Gott ...“

Ich bin fest überzeugt, daß all unsere Angst und Unsicherheit überwunden wäre und wir das rechte, zuversichtliche Verhältnis zu jedem Menschen, also auch zum Marxisten, fänden, wenn wir das wären, was dieses Wort sagt.

Aber ist es nicht gerade die tiefste Not der Christenheit, daß unter den sogenannten christlichen Völkern eine überwältigend große Zahl auch derer, die sich Christen nennen, ohne Gott leben. Den Satz also so hinzustellen, als ob wir mit einer entscheidend großen Zahl von Christen rechnen dürfen, ist sehr bedenklich – bedenklich auch gegenüber dem Verhalten von Kirchenregierungen und Synoden, von dem noch zu reden ist.

Sie schreiben in Ihrem Brief: „Marxistischer Humanismus glaubt an die Vollendung des allmächtigen, selbstmächtigen ‚sozialistischen‘ Menschen ohne Gott.“ So wenig ich dieser Aussage – für sich genommen – widersprechen kann, so sehr bestürzt mich doch die Art und Weise, in der Sie hier und an anderen Stellen Ihres Briefes von marxistischen Menschen sprechen, über sie ein Urteil fällen. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Vertreter der marxistischen Bewegung, die Menschen, die in Konzentrationslagern litten und starben, und diejenigen, die unter schweren persönlichen Opfern ihre ganze Kraft für die Neugestaltung der Gesellschaft eingesetzt haben, nicht Menschen der Hybris sind, sondern der tiefen sittlichen Verpflichtung.

Am tiefsten und schmerzlichsten aber hat es mich erschüttert, daß Sie von den „Idealen der Menschlichkeit und des Friedens“ als von „einer billigen Ideologie“ schreiben. Ich verstehe nicht, wie man im Jahre 1961, im Zeitalter unvorstellbarer Massenvernichtungsmittel, in der der Friede zur Existenzfrage der Menschheit geworden ist, von diesem Frieden auf Erden als verantwortungsbewußter Mensch so sprechen kann. Ich weiß nicht, wie man das vor dem, der die Friedensstifter selig gepriesen hat, verantworten kann.

Im Blick auf die Unterschiede zwischen marxistischer Weltanschauung und christlichem Glauben, auf die ich übrigens im Verlaufe des Gespräches gegenüber dem Vorsitzenden des Staatsrates mehrfach hingewiesen habe, schreiben Sie: „Wer das verschweigt, versäumt an der uns von Gott gesetzten Obrigkeit den Dienst der Wahrheit, den wir ihr schuldig sind.“

Dieselbe Schuld läßt aber wohl auch der auf sich, der den Christen und vielen ihrer führenden Männer nicht dieselbe Warnung sagt: eine Warnung vor christlicher Selbstüberhebung und Selbstgerechtigkeit. Wir alle sind in der Gefahr, daß wir durch Erfolg zu jenem Selbstbewußtsein kommen, in dem wir Gott nicht mehr nötig zu haben glauben und sein Nein nicht mehr hören – oder in Mißerfolg den Weg menschlicher Hilfe und Klugheit suchen, ohne ihm zu vertrauen. Wir haben aber alle Ursache gerade heute als Christen, als Kirchen den Weg der Buße zu suchen, der uns behütet, falsche Urteile über andere zu fällen.

Gegenüber unserer Kritik an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sagen Sie das richtige Wort, daß der Christ sich doch wohl in jeder Gesellschaftsordnung bewähren könne und müsse.

Ich habe durch schwere Jahre darum gerungen, daß unsere Kirchen und Christen sich in der kapitalistischen Gesellschaft bewähren möchten, indem sie deutlich das Evangelium von dem „Geringsten seiner Brüder“ kündeten und deutlich – ohne alle im Evangelium nicht begründeten Abschwächungen – das Wort „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes komme“ (Matth. 19, 24) vor der Welt sagten. Sie waren nicht frei genug geworden im Evangelium, sich von dem Gebundensein an die gewohnten Verhältnisse loszulösen. Dasselbe galt für die Zeit von 1918 bis 1933, als weite Kreise unseres Volkes sich erneut vom nationalen Machtwahn und militaristischen Machtgedanken erfassen ließen und die große Masse der Christen und Kirchenregierungen hier mitgingen und mitwirkten, daß der Nationalsozialismus stark werden konnte.

Sie schreiben über mich: „bei allem Respekt vor Ihrem leidgeprägten Lebensweg und vor der Lauterkeit Ihrer Gesinnung ...“ Dies Leid ist ganz wesentlich dadurch bedingt, daß ich unermüdlich und in Gefahr und Einsamkeit darum kämpfte, daß unsere Kirchen und Christen sich von diesen Gebundenheiten an den überlieferten Geist und die überlieferten Formen lösten, um dem Evangelium Raum zu geben und aus ihm unserem Volk die Richtung zu zeigen.

Da nun der Sozialismus das Notwendige tut, von dem ich hoffte, daß wir Christen es tun würden, fordert meine Verantwortung, daß ich ihm diene als Christ, indem ich meinen Glauben und meine Verantwortung aufbauend – aber auch in aufbauender Kritik – so gut ich kann, dem Staate widme, dessen Bürger ich nun bin, und seinem schweren Aufbauwerk.

Ebenso bleibt für mich die Pflicht, als evangelischer Christ der Kirche zu dienen, der ich angehöre – mit aufbauender Arbeit – und mit aufbauender Kritik – so gut und klar ich kann.

Sie sagen gegenüber der scharfen Kritik, die ich an dem Verhalten von führenden Männern der Kirche und von Synoden übe: „Würden wir nicht den gemeinsamen Herrn Christus verleugnen, wenn wir uns lediglich aus politischen Gründen trennen ließen?“

Sind es politische Gründe, wenn wir mit aller Klarheit uns zur Wehr setzen gegen

Ausführungen von Theologen und führenden Männern der Kirche, die Gedanken und Vorstellungen über unseren Staat und die östliche Welt verbreiten, bei denen alles wahrhaft Entscheidende, was diese Umwandlung der Gesellschaftsordnung will und sucht, weggelassen, verdunkelt, ja verfälscht wird?

Ist es nicht dies Verhalten christlicher Menschen, durch das eine Angstsuggestion geschaffen wird, deren Überwindung wir durch offenes Gespräch erreichen wollen?

Ist es eine politische Sache, wenn wir uns mit allen Kräften dagegen wehren, daß in entscheidenden Punkten der Haltung des Christen zur Obrigkeit, zu den Massenvernichtungsmitteln, zum Krieg überhaupt Gedanken verbreitet werden, die geeignet sind, die Menschen so zu verwirren, daß eine christliche Entscheidung ihnen unmöglich wird?

Ist es Trennung der Kirche, wenn wir in tiefster Sorge darum ringen, daß das Evangelium nicht durch Bindungen an eine Welt der Machtgier verdunkelt werde? Bezeugen wir nicht gerade darin unsere volle Zugehörigkeit zu dieser gefährdeten Kirche?

Wer aber trennt? Trennen nicht die die Kirche, die im Leben der Kirche, zum Beispiel auch auf den Tagungen unserer Synoden – und da oft vor aller Öffentlichkeit –, mit jammervollen Intrigen Menschen von ihren Ämtern verdrängen, die um des Evangeliums willen ihrem Tun entgegenstehen und die von weiten Kreisen in Ost und West als die stärksten und tapfersten Boten Jesu Christi in unserem Volk empfunden werden?

Trennen nicht die Synoden, die in ähnlicher Weise dafür sorgen, daß die Beschlüsse, die sie um des Evangeliums willen fassen müssen, dann solche Formulierungen finden, daß sie dem nicht wehe tun, dem dies Wort gelten soll – vor allem unsere Gemeinden nicht „beunruhigen“, wo um Christi willen Unruhe sein müßte?

Trennen nicht die die Kirche, die mit dem westdeutschen Staat einen Militärseelsorgevertrag abschlossen und die mithelfen, weite Kreise unseres Volkes in Blindheit zu halten über die gefährlichen Aufrüstungspläne der Regierung in Bonn, die von der östlichen Welt nur als Angriffspläne verstanden werden können und uns deshalb mit der ganzen Menschheit in schwere Unruhe bringen?

Es war mir sehr schmerzlich, die scharfen Worte über führende Männer unserer Kirche anhören zu müssen, die der Herr Vorsitzende des Staatsrates sprach. Ich sah jedoch nicht die Möglichkeit, ihm zu widersprechen angesichts der Wirklichkeit, auf die ich eben hinwies. Ich mußte ihm sagen, daß die Gefahr, daß unsere Kirche sich selbst zerstöre, es sei, die mich in vielem auf seine Seite treibt – gerade auch um unserer Kirche willen.

Ich tue heute nichts anderes, als ich durch mein ganzes Leben tat. Ich rufe Christen und Kirche dazu, daß wir miteinander das Evangelium hören und uns von ihm frei machen lassen zu einer Haltung, die in Buße, Liebe und Verstehen, in seiner Vergebung Kraft ist, alte Abhängigkeit zu überwinden und den Weg zu der Neugestaltung zu finden, die heute sich vollzieht.

Gerade weil ich weiß, wie viele Menschen tief leiden an dem aufgebrochenen Gegensatz und allem, was diese Umstellung fordert an Aufmerksamkeit, Umdenken – und Tapferkeit, meine ich, wir sollten alles Richten über die aufgeben, die auch durch unsere Schuld auf ihren Weg geführt wurden und alles tun, unsere Christen aus ihrem Gewohnheitschristentum herauszurufen. Weil ich *unser* Versagen als Christen durch ein langes Leben erlebt habe, muß ich alle Kraft, die ich noch habe, einsetzen, um hier mitzuhelfen.

Möge uns Klarheit und Kraft geschenkt werden, zu sehen, wo und wie der Sozialismus sein notwendiges Werk tut, daß wir helfend, ratend, warnend auch aus unserer christlichen Verantwortung und Liebe die Kräfte beisteuern können, deren Segen in keiner Gesellschaftsgestaltung entbehrt werden kann.

In Hochachtung grüße ich Sie, Ihr ergebener

D. Emil Fuchs

PS. Da Sie Ihren Brief an mich der Öffentlichkeit übergeben haben, sehe ich mich genötigt, mit meiner Antwort das gleiche zu tun.

3. Zu den Bemühungen des Staates, die Kirchen und ihre Glieder von der Übereinstimmung christlicher und sozialistischer Gesellschaftsziele zu überzeugen, gehört auch der Versuch, den thüringischen Landesbischof D. Moritz Mitzenheim immer mehr in eine Sonderstellung hineinzudrängen. Man sucht Landesbischof Mitzenheim als Repräsentanten einer loyalen Haltung der Kirchen gegenüber dem Staat zu gewinnen und an ihm gleichzeitig zu demonstrieren, daß es nicht an der Regierung liegt, wenn es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Kirche und Staat, zwischen kirchlichen Persönlichkeiten und Funktionären des Staates und der Parteien kommt. Es kann nicht verschwiegen werden, daß Landesbischof Mitzenheim vielen darin zu weit geht, sich seitens des Staates für eine solche Politik des Ausgleiches mit den Kirchen in Anspruch nehmen zu lassen. Auf der anderen Seite aber läßt sich nicht bestreiten, daß der thüringische Bischof dennoch Gelegenheit findet und sucht, kritische Anliegen der Kirche bei den Männern des Staates zu Gehör zu bringen. So sind öffentliche Erklärungen von Landesbischof Mitzenheim durchweg sehr sorgfältig formuliert und enthalten mitunter auch nicht eines mahnenden Untertones. Die Freundlichkeiten, die die Regierung der DDR Landesbischof Mitzenheim immer wieder erweist, erreichten ihren Höhepunkt durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Gold zu dessen 70. Geburtstag am 17. August 1961. Die Verleihung erfolgte in einem feierlichen Akt im Amtssitz des Staatsrates, Schloß Niederschönhausen, am 16. August.

ANSPRACHE WALTER ULBRICHTS

*anläßlich der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Gold
an Landesbischof D. Moritz Mitzenheim am 16. August 1961*

Hochverehrter, lieber Herr Landesbischof!

Zu Ihrem morgigen 70. Geburtstag ehren Sie, Herr Landesbischof, der Staatsrat und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als den rangältesten Bischof der evangelischen Kirchen in der DDR und vor allem als Repräsentanten der friedliebenden christlichen Bürger der DDR.

In Ihrem Streben nach Verwirklichung der hohen und edlen Ideale des Humanismus stehen Sie in Ihrer untadeligen Gesinnung und in Ihrem verdienstvollen Streben an der Seite aller Menschen guten Willens, die am Werk des Friedens und der Menschlichkeit mitarbeiten. Noch heute erinnern wir uns Ihrer Teilnahme am 1. Deutschen Volkskongreß im Jahre 1947, auf dem Sie schon damals als Mann der Kirche ein Beispiel dafür gaben, daß alle Schichten unserer Bevölkerung, unabhängig von Konfession und Weltanschauung, gemeinsam wirken müssen, wenn es um die Sicherung des Friedens und die friedliche Lösung der Lebensfragen unseres Volkes geht.

Dem aufopferungsvollen Kampf der werktätigen Bevölkerung unseres Arbeiter- und Bauern-Staates in Stadt und Land, der aus den Tiefen der Katastrophe von 1945 heraus zu neuen Formen des Zusammenlebens und des gemeinsamen Schaffens aller Bürger führte, begegneten Sie und andere verantwortliche Persönlichkeiten Ihrer Kirchenleitung mit Verständnis und Anteilnahme.

Wir ringen in unserem Staat um neue, saubere und vom Grundsatz gegenseitiger Achtung bestimmte Beziehungen der Menschen zueinander. Wir streben, gemeinsam mit den Friedenskräften in der ganzen Welt, nach einem neuen Ethos in den Beziehungen zwischen den Völkern. Am Aufbau einer neuen Ordnung in unserem Staat, die dem Frieden und

dem Glück der Menschen dient, haben auch die christlichen Bürger unserer Republik tätigen Anteil, arbeiten mit Hingabe auch christliche Politiker, namhafte Theologen und viele kirchliche Amtsträger mit.

Christen und Marxisten begegnen sich in ihrem Wirken für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und um das Glück der Menschen – dafür gibt es gerade gegenwärtig viele eindrucksvolle Beweise – vertrauensvoll und in gegenseitiger Achtung. Die Grundlagen für solche Beziehungen wurden in der Gemeinsamen Erklärung von Vertretern der Regierung der DDR und der Landeskirchen der evangelischen Kirchen in der DDR geschaffen, die im Juli 1958 das Ergebnis von Verhandlungen war, an denen Sie, Herr Landesbischof Mitzenheim, hervorragenden Anteil hatten.

In den drei Jahren, die seitdem vergangen sind, setzten Sie Ihre ganze Kraft und Ihre Persönlichkeit für die Verwirklichung der in dieser Erklärung festgelegten Grundsätze und für den weiteren Ausbau des beschrittenen Weges ein, der sich als gut und segensreich erwiesen hat. Man kann sagen, daß die vor drei Jahren getroffenen Vereinbarungen – die besagten, daß die Kirche den sozialistischen Aufbau respektiert – die Voraussetzung schufen, daß sich die Beziehungen zwischen den staatlichen Organen der DDR und den evangelischen Landeskirchen in der DDR – wenngleich es hier und da einige Schatten geben mag – weiter zum Guten entwickelten. Sie haben, verehrter Herr Landesbischof, an dieser Entwicklung, gemeinsam mit Vertretern Ihrer Landeskirche, weit über Ihren kirchlichen Wirkungsbereich hinaus großen Anteil genommen. Über allen Verschiedenheiten der Weltanschauung, die niemand verkleinern oder negieren will, steht die gemeinsame große humanistische Aufgabe der Erhaltung und Sicherung des Friedens für unser Volk und die Welt. Sozialismus – das ist Frieden.

Sie haben, Herr Mitzenheim, durch Ihr verständnisvolles und verständigungsbereites Wirken mit dazu beigetragen, daß die Christen in der DDR freudig am Werk des Friedens und der Menschlichkeit sowie an der Erfüllung der großen und friedvollen Pläne unseres Arbeiter- und Bauern-Staates mitarbeiten. Es ist mir deshalb eine besondere Freude und eine große Ehre, Ihnen, Herr Landesbischof, anläßlich Ihres 70. Geburtstages die höchste Auszeichnung der Deutschen Demokratischen Republik, den Vaterländischen Verdienstorden in Gold, zu überreichen und Ihnen den herzlichen Dank des Staatsrates und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auszusprechen.

Möge es Ihnen vergönnt sein, bei bester Gesundheit weiterhin teilzunehmen am Aufbau unseres dem Frieden und dem Glück seiner Bürger dienenden deutschen Staates, unserer Deutschen Demokratischen Republik. Ich wünsche Ihnen und Ihren lieben Angehörigen, die Sie auf Ihrem Weg verständnisvoll begleiten, alles erdenklich Gute.

ANTWORT VON LANDESBISCHOF D. MORITZ MITZENHEIM

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrates!

Gestatten Sie, daß ich mich für die hohe Auszeichnung bedanke, die Sie mir anläßlich meines 70. Geburtstages soeben verliehen haben. Erlauben Sie mir, daß ich bei dieser Gelegenheit kurz die Gedanken darlege, die mich in dieser Stunde bewegen. Als Bischof einer Evangelisch-Lutherischen Kirche stehe ich, wie Ihnen bekannt ist, auf einem anderen Grunde als mancher Repräsentant der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Ich bin nicht Marxist. Ich bin nicht Politiker. Zu konkreten Fragen der Politik mich zu äußern, ist nicht meine Aufgabe. Wenn ich zu Lebensfragen unseres Volkes in den zurückliegenden Jahren Stellung genommen habe, so habe ich dies vom christlichen Glauben her getan und bin dem Gebote Gottes gemäß dafür eingetreten, daß auch beim politischen Handeln die Menschlichkeit gewahrt bleibe in unserem eigenen Volk und im Verhalten der Völker zueinander.

Im Auftrag der Evangelischen Kirche hatte ich mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln, um zu helfen, daß zwischen Staat und Kirche ein

normales Verhältnis herbeigeführt würde. Wenn im Kommuniqué vom 21. Juli 1958 uns Christen Glaubens- und Gewissensfreiheit und ungestörte Religionsausübung von seiten der Regierung erneut zugesichert wurde und seitdem versucht wird, offene Fragen des kirchlichen Dienstes durch Gespräche mit den Männern des Staates zu klären und zu lösen, so sind wir dafür dankbar. Im Blick auf jene Verhandlungen möchte ich nicht unterlassen, dem Herrn Vorsitzenden des Ministerrates, Otto Grotewohl, für das Verständnis zu danken, das er den Anliegen der Kirche entgegenbrachte. Der Christ, der sich in seinen Glaubensanliegen geschützt sieht, wird sich auch dem Staat gegenüber zur Loyalität verpflichtet wissen. Die Auszeichnung, die mir soeben verliehen wurde, ist mir ein Zeichen dafür, daß auch die Regierung auf ein geordnetes Verhältnis von Staat und Kirche im Interesse unseres Volkes Wert legt.

Die Anerkennung, die mit dieser Auszeichnung ausgesprochen wird, nehme ich zugleich auch für alle die Mitarbeiter in der Kirche entgegen, die in unserer bewegten Zeit geholfen haben, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu normalisieren. In diese Anerkennung eingeschlossen sehe ich auch alle die Christen, die ungenannt und unbekannt aus christlicher Verantwortung ihre täglichen Pflichten erfüllen und dadurch geholfen haben, unser Volk aus dem Abgrund der Katastrophe von 1945 herauszuführen.

Die Kirche ist nicht an eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gebunden, weder an die feudalistische noch an die kapitalistische noch an die sozialistische. Als Kirche im Volk und fürs Volk hat sie zu jeder Zeit in jede Ordnung hinein das Wort von Gottes Gericht und Gnade zu sagen und die Menschen auf ihre Menschlichkeit anzusprechen. Wenn der Kirche dazu der notwendige Raum vom Staat belassen wird und wenn die Kirche ihren Dienst recht ausrichtet, so werden die Früchte des Glaubens, als da sind: gewissenhafte Pflichterfüllung, stete Hilfsbereitschaft, dienende Liebe, auch dem Volksleben und letztlich dem Staate zugute kommen. So wiederhole ich in dieser Stunde einen Wunsch, den ich oft ausgesprochen habe: Es möchte von der staatlichen Verwaltung auf allen Ebenen echte Toleranz geübt werden und Glaubens- und Gewissensfreiheit und ungestörte Religionsausübung gewährleistet bleiben. Besonders liegt mir dies am Herzen im Blick auf unsere Jugend. Unsere nachwachsende Generation muß, ohne Nachteile befürchten zu müssen, ihres Glaubens leben können. Die mir zuteil gewordene Auszeichnung soll mir ein Zeichen dafür sein, daß die Christen in unserem Staate in jeder Beziehung gleichberechtigt sind.

Es hat sich ergeben, daß ich diese Auszeichnung in einer Stunde höchster weltpolitischer Spannung entgegenzunehmen habe. Gott, der, wie die Schrift sagt, die Menschenherzen lenkt wie die Wasserbäche, gebe, daß die Verständigungsbereitschaft sich durchsetzt, daß endlich ein Friedensschluß mit beiden deutschen Staaten zustande kommt, damit unser Volk nicht länger mehr durch Gräben und Grenzen getrennt bleibt, sondern die Bande der Zusammengehörigkeit zwischen Ost und West neu und stärker geknüpft werden und unser deutsches Volk an einer gerechten, friedlichen Weltordnung gemeinsam mitarbeiten kann. Gott lenke die Herzen der Staatsmänner und Politiker in aller Welt, daß sie dem Frieden in ihrem eigenen Volk und der Verständigung der Völker untereinander dienen. Die Kirche wird ihrem Auftrag gemäß mit den Mitteln, die ihr gegeben sind, stets für dieses Ziel der Menschlichkeit eintreten.

GLÜCKWUNSCH DES ZENTRALKOMITEES

der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

zum 70. Geburtstag von Landesbischof D. Moritz Mitzenheim am 17. August 1961

Hochverehrter Herr Landesbischof!

Zu Ihrem 70. Geburtstag beehrt sich das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Ihnen die herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln.

Als rangältester Bischof der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik und als Repräsentant der friedliebenden Christen nahmen Sie stets regen Anteil an der Entwicklung unseres Staates, dessen ganzes Streben dem Frieden und dem Ringen um ein neues Ethos in den Beziehungen der Menschen und Völker untereinander dient.

Aufgeschlossen für die neuen Formen des Zusammenlebens und des gemeinsamen Schaffens in Stadt und Land, ebnete Ihr verdienstvolles Wirken christlichen Bürgern den guten Weg in eine friedvolle und glückliche Zukunft.

An ihrem heutigen Geburtstag ehrt Sie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens in Gold. Mit Freude haben wir außerdem davon Kenntnis genommen, daß Sie an Ihrem heutigen Ehrentage durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Ehrenbürger der traditionsreichen Stadt Eisenach wurden. Nehmen Sie, verehrter Herr Landesbischof, auch zu diesen hohen Ehrungen unseren herzlichen Glückwunsch entgegen. Wir verbinden damit den aufrichtigen Wunsch, daß Sie noch viele Jahre bei guter Gesundheit und voller Schaffenskraft in Ihrem hohen kirchlichen Amt und im Kreise Ihrer Familie verleben können.

Mit sozialistischem Gruß

Erster Staatssekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands

Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Walter Ulbricht

Wie der Weg Landesbischof Mitzenheims in seinem unmittelbaren Freundes- und Anhängerkreis gesehen und gerechtfertigt wird, zeigt sich am besten an einem Zeitungsartikel, den der (juristische) stellvertretende Vorsitzende des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Oberkirchenrat Gerhard Lotz, zum 17. August 1961 veröffentlichte.

UNENTWEGT IM DIENST FÜR KIRCHE UND VOLK

Landesbischof D. Mitzenheim wird heute 70 Jahre

Von Oberkirchenrat Gerhard Lotz („Neue Zeit“ Nr. 190 vom 17. August 1961)

Der Senior der evangelischen Bischöfe in der Deutschen Demokratischen Republik, der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, D. Moritz Mitzenheim, Eisenach, vollendet am 17. August 1961 sein 70. Lebensjahr. Auf eine lange, gesegnete Wirksamkeit in seinem geliebten Thüringer Land kann der Jubilar an diesem Tage zurückblicken. Die Zeit, in die er hineingeboren und in der er immer aufrecht und im Vertrauen auf Gottes Hilfe und Gottes Führung seinen Mann gestanden hat, hat vielfältige Anforderungen an seinen Glaubensmut und Glaubensgehorsam gestellt.

Der Thüringer Landesbischof stammt aus Hildburghausen. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts sind seine Vorfahren dort und im Werratal zu Hause. Von seinem Vater, der Oberstudienrat am Hildburghäuser Lehrerseminar und Organist war, dem wegen seiner Verdienste auf dem Gebiete der Jugend-erziehung, der Musikpflege und des heimischen Obst- und Gartenbaus das Ehrenbürgerrecht der Stadt Hildburghausen verliehen wurde, hat er zweifellos wie von manchem anderen seiner Vorfahren, die als Kantoren und Schulmeister tätig waren, die Liebe zur musica sacra geerbt.

Umfangreich und vielseitig

Schon frühzeitig war Moritz Mitzenheim entschlossen, Pfarrer zu werden. Das Studium führte ihn nach Leipzig, Heidelberg, Berlin und Jena. Am 14. Oktober 1914 wurde er für den geistlichen Dienst ordiniert. Häselrieth, Grabe bei Saalfeld, Wallendorf und

Saalfeld sind die Stationen seines Dienstes, ehe er im Dezember 1929 nach Eisenach berufen wurde. Eineinhalb Jahrzehnte wirkte er dort als Pfarrer, bis ihm, dem Leiter der Bekenntnisgemeinschaft in Thüringen, am 2. Mai 1945 nach dem Zusammenbruch des deutsch-christlichen Kirchenregiments das leitende geistliche Amt in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen übertragen wurde.

Versucht man die umfangreiche und vielseitige Lebensarbeit Bischof Mitzenheims zu überblicken, so wird am Anfang eins herauszuheben sein: Er ist immer mit Leidenschaft Pfarrer, Prediger, Verkündiger des Evangeliums gewesen und ist dies geblieben, auch nachdem ihm das hohe kirchenleitende Amt übertragen worden ist. Schon frühzeitig hat er von seiner großen evangelisatorischen Gabe eifrig Gebrauch gemacht, besonders der Dienst an der Jugend, Kindergottesdienst, Jungmännerwerk, Singgruppen, Schülerbibelkreise und Posaunenchöre lagen ihm am Herzen.

In Saalfeld und in Eisenach hat er eine blühende Jugendarbeit aufgebaut. Daneben stellte er seine musikalische Begabung in den Dienst der Verkündigung. Den Posaunenchören und Kirchenchören galt und gilt seine besondere Fürsorge. Lange Jahre war er Landesobmann der Thüringer Posaunenchöre und der Thüringer Kirchenchöre. Aber auch von der „papiernen“ Kanzel hat Landesbischof D. Mitzenheim viel und gern gepredigt. Eine von ihm selbst angelegte unvollständige Bibliographie umfaßt ein dickes Heft, aus dem ersichtlich ist, wie oft er in Artikeln, in kleinen Broschüren, als Herausgeber und Schriftleiter der „Saalfelder Heimatglocken“ und später in Eisenach als Herausgeber des Eisenacher Gemeindeblattes „Aus Luthers lieber Stadt“ von dieser Möglichkeit, die Predigt des Evangeliums in die Häuser und Familien zu tragen, Gebrauch gemacht hat, und dem Leser der heutigen Thüringer Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ wird ja nicht unbekannt sein, daß auch heute noch der Thüringer Landesbischof ein fleißiger volksmissionarischer Schriftsteller ist.

In der Zeit zwischen 1933 und 1945 konnte es nicht ausbleiben, daß der Pfarrer Mitzenheim, dem die unverkürzte und unvermischte Verkündigung des Evangeliums Herzens- und Gewissenssache war, sehr bald mit dem deutsch-christlichen Kirchenregiment und mit den nationalsozialistischen Machthabern Zusammenstöße hatte. Einen schwierigen Zweifrontenkrieg gegen das den nationalsozialistischen Machthabern hörige Kirchenregiment und gegen die örtlichen Exponenten des nationalsozialistischen Staates hatte er zu führen, und die Akten aus jener Zeit weisen aus, wie jeder seiner Schritte und jede seiner Äußerungen beobachtet wurden und welche Intrigen liefen, um ihn von der Gemeinde zu trennen oder ihn gar aus dem kirchlichen Dienst zu entfernen.

Unbeirrt ging Pfarrer Mitzenheim getreu seinem Ordinationsgelübde seinen Weg. Als Leiter der Bekenntnisgemeinschaft in Thüringen hütete er gemeinsam mit anderen mutigen Männer die reine Verkündigung und die lutherische Lehre.

Als ihm 1945 der Vorsitz im neugebildeten Landeskirchenrat und damit die bischöfliche Verantwortung für die Thüringer Kirche übertragen wurde, vervielfältigte sich sein Pflichtenkreis. Wer sich die Zustände, unter denen er 1945 sein hohes Amt antrat, vergegenwärtigt, wird ermessen können, welche Schwierigkeiten es zu überwinden galt. Die Kirche, äußerlich und leider weithin durch die deutsch-christliche Irrlehre auch innerlich verarmt, mußte zu den echten Quellen der tröstenden Botschaft zurückfinden. Es ist bezeichnend, daß eine der ersten Anordnungen, die der neugewählte Landesbischof unterschrieb, eine Verordnung über den Gebrauch von Bibel, Gesangbuch und Katechismus war, in der angeordnet wurde, daß künftig für Predigt und Unterricht nur die vollständige Lutherbibel und Luthers Katechismus Anwendung finden sollten.

Das Erbe des Krieges

Aber auch mit mancherlei Widrigkeiten und Schwierigkeiten äußerer Art galt es fertig zu werden. Viele Kirchen, insbesondere die Kirchen in den größeren Städten Thüringens,

waren durch Kriegseinwirkungen schwer beschädigt. Die Finanzquellen der Kirche flossen nicht mehr, eine große Schuldenlast hatte die deutsch-christliche Mißwirtschaft der Thüringer Kirche hinterlassen. Viele Pfarrer waren im Krieg geblieben oder durch ihr Eingehen auf die deutsch-christliche Irrlehre kompromittiert, so daß wenigstens zeitweilig ihre Verwendung im geistlichen Dienst problematisch war.

Nachdem durch die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen der Kirche die Sorge für den Religionsunterricht an der Jugend allein übertragen war, galt es, einen geeigneten Stand von kirchlichen Katecheten auszubilden. Mit großem Fleiß und großer Initiative hat sich Landesbischof D. Mitzenheim allen diesen Aufgaben gestellt und sie ohne Schonung seiner Arbeitskraft und Gesundheit aufgegriffen.

Die Wandlung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Thüringen und in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik forderte zwangsläufig, daß der führende Kirchenmann sich auch mit den Fragen des öffentlichen Lebens, mit politischen Fragen befaßte. Landesbischof D. Mitzenheim hat sich auch dem nie entzogen. Er ist kein Politiker und will kein Politiker sein. Immer wieder hat er betont, daß es nicht Aufgabe der Kirche sein könne, den Verantwortlichen konkrete Vorschläge zu den wichtigen weltpolitischen Fragen, zur taktisch politischen Lösung von Einzelproblemen außen- und innenpolitischer Art zu machen. Man darf „die Kirche nicht zum Rathaus und das Rathaus nicht zur Kirche machen“, ist ein Lutherwort, was er gern und oft zitiert; aber er vergaß nie, diesem Zitat anzufügen, daß Kirche und Rathaus beide nicht Selbstzweck, sondern für die Menschen, und zwar weithin für die gleichen Menschen, da sind.

Eine besondere Sorge seines bischöflichen Amtes ist es von Anfang an gewesen, die rechte Zuordnung der Kirche zum Staat zu finden und das Gespräch der Männer der Kirche mit den Vertretern der politischen und gesellschaftlichen Kräfte zu fördern. Er hat immer wieder betont, daß es nicht Angelegenheit der Christenheit und der Kirche sein könne, sich mit bestimmten Ideologien, mit Staatsformen und Rechtsordnungen zu verbinden und zu verbünden. Das ewige Wort Gottes, das vor aller Zeit war, gilt für alle Zeit und muß in jeder Gesellschaftsordnung gepredigt werden.

Diese großzügige Schau des Verhältnisses von Staat und Kirche, von Christentum und Politik macht ihn frei, auch der neuen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik vorurteilslos zu begegnen und die Verkündigung des Evangeliums nicht mit einem pauschalen ressentimentgebundenen Antibolschewismus oder Antisozialismus zu verbinden. Daß der Christ auch einer sozialistischen Obrigkeit gegenüber grundsätzlich zum Gehorsam und zur Loyalität verpflichtet sei, hat er in den Verhandlungen, die dem Abschluß des Kommuniqués vom 21. Juli 1958 vorangingen, klar ausgesprochen. Klar hat er aber gleichfalls oft zum Ausdruck gebracht, daß die Loyalität des Christen nicht in einer bedingungslosen Servilität bestehen könne, sondern daß der Christ, vor allem der Prediger und der Bischof, verpflichtet sei, seiner Obrigkeit mahnend gegenüberzutreten, wenn es um Fragen der Menschlichkeit und des Glaubens gehe.

Raum und Freiheit für den Dienst der Kirche auch unter veränderten Umständen zu bewahren, die Christen aufzufordern, ihre Pflichten gegenüber dem Staat und damit gegenüber dem Bruder recht zu erfüllen und nach allen Seiten hin zur Menschlichkeit und zum Frieden zu mahnen, sind seine Grundgedanken über das rechte Verhältnis von Kirche und Staat und das rechte Verhalten der Christen im öffentlichen Leben.

Die kirchliche Arbeit heute vollzieht sich nicht isoliert in einzelnen Kirchen und Ländern. Die weltweite ökumenische Kooperation ist vielleicht das entscheidende Merkmal kirchlicher Arbeit heute. Landesbischof D. Mitzenheim steht all diesen Fragen abgeschlossen gegenüber. Schon als junger Pfarrer nahm er an der Weltkonferenz der evangelischen Jungmännerbünde in Helsinki teil.

Er vertrat die Thüringer Kirche auf der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Minneapolis. Er nahm vor fünf Jahren an der Hundert-Jahr-Feier des Christlichen Vereins junger Männer in Paris teil, und 1959 folgte er mit einer Gruppe von Kirchen-

männern aus der Deutschen Demokratischen Republik einer Einladung des Patriarchen Alexius zu einem Besuch der orthodoxen Kirche in der Sowjetunion. Besuchsreisen führten ihn nach Finnland und zu den lutherischen Gemeinden in Polen und in der CSSR.

Sein Bischofsamt bringt es mit sich, daß er auch in übergeordneten Arbeitsgremien und Organen des deutschen Protestantismus mitzuarbeiten verpflichtet ist. Er ist Mitglied der Bischofskonferenz der Vereinigten Lutherischen Kirche und hat eine Wahlperiode lang von 1955 bis 1961 dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland angehört.

Er ist seit Jahren Stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der evangelischen Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Klar und unbeirrt vertritt er auch in allen diesen Kreisen seine Überzeugung, daß die Predigt der frohen Botschaft sich nicht mit politischen Vorurteilen verbinden dürfe. Daß ihm diese seine Haltung nicht immer gedankt wurde, ist bekannt. Sein Mandat als Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde nicht erneuert, und es ist nicht zu widerlegen, daß diese Entscheidung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Quittung für den politischen Nonkonformismus von Landesbischof D. Mitzenheim war.

Unbeirrt durch manche Fehltritte über seine Person steht der ehrwürdige Jubilar in seinem Amt, und all seine Arbeit gilt nur dem einen: seinen Gemeinden, seiner Thüringer Kirche und dem deutschen Volke die Kraft, den Trost und die Freude der frohen Botschaft zu sagen.

b) Der 13. August 1961 und seine Auswirkungen

1. Kirchlicherseits ist verschiedentlich festgestellt worden, daß die Monate nach dem 13. August 1961 mehr menschliche Not gebracht haben, als irgendeine Statistik erfassen kann. Die Grenze am Brandenburger Tor geht nicht nur durch die Geographie, sondern mitten durch die Familien und mitten durchs Herz. Darüber sind die Wohnungen der Pfarrer und anderer Christen zu einer Stätte des Vertrauens geworden, wo viel Kummer abgeladen wird. Eben unter diesem Gesichtspunkt der allgemeinen menschlichen Lage muß man die lange Liste von Gesetzen, Verordnungen und Aktionen, die die innenpolitischen Ziele des 13. August sicherstellen und durchführen sollen, auf sich wirken lassen. Die wichtigsten dieser Einzelvorgänge seien hier kurz aufgezählt:

1. Die Sperrmaßnahmen des 13. August zusammen mit der Verstärkung der Grenzabschnürung zur Bundesrepublik hin (Befehl des Ministers des Innern vom 14. September 1961 zur „Gewährleistung der Sicherheit im Sperrgebiet an der Westgrenze der DDR“).

2. Scharfe Behandlung der ehemaligen „Grenzgänger“ zwischen Ost- und Westberlin, gegen die sich besonders die Verordnung des Ministerrats der DDR über Aufenthaltsbeschränkung vom 24. August 1961 wendet.

3. Aktionen gegen das Abhören westdeutscher Rundfunk- und Fernsehensendungen.

4. Aufruf des Zentralrates der FDJ mit dem „Kampfauftrag an alle Mitglieder des FDJ“ vom 18. August 1961.

5. Produktionsaufgebot des FDGB vom 10. September 1961 („Höhere Leistung zum gleichen Lohn“).

6. „Gesetz zur Verteidigung der DDR“ vom 20. September 1961.

7. Erfassung der letzten Arbeitsreserven, vor allem unter den Frauen.

Die Widerstandserscheinungen in der Bevölkerung, besonders in der jungen

Generation gegenüber den Maßnahmen des 13. August wirkten zunächst offenbar auf die politischen Stellen besonders aufreizend. Man reagierte darauf mit einer Fülle von Formen eines offenen und äußeren Terrors bis hin zu der mehr oder weniger offiziell angeordneten, jedenfalls geduldeten Prügelmethode. Diese Erscheinungen sind aber nach etlichen Wochen wieder zurückgetreten, wenn man einmal von den laufenden Drangsalen und Schießereien an der Berliner Mauer absieht. Allerdings soll sich die Zahl der politischen Häftlinge von etwa 9000 vor dem 13. August bis Ende 1961 auf etwa 13 000 bis 14 000 erhöht haben. Im ganzen aber wird man sagen können, daß die innenpolitische Ausnutzung der Abschnürung und die Anwendung der seitdem getroffenen Einzelanordnungen bisher nicht so rigoros erfolgt sind, wie man es hätte erwarten können. Für diese relative Zurückhaltung in der Anwendung willkürlicher oder legalisierter Gewalt dürfte es eine Reihe von innen- und außenpolitischen Gründen geben.

Dennoch darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bevölkerung in der DDR einer ständigen propagandistischen Einwirkung, einer pausenlosen inneren Bedrückung und Gewissensbelastung, einer großen Rechtsunsicherheit und Freiheitsgefährdung, einer „Überzeugungsarbeit“ größten Stiles ausgesetzt ist. Dieses sind die eigentlichen Kennzeichen der menschlichen Situation und des inneren Klimas in der DDR. Dieser Bericht wird das an einzelnen Stellen noch weiter entfalten. Schwerpunkte dieser Einwirkungsversuche sind die Schulen und Universitäten sowie überhaupt alle der Erziehung und Berufsbildung dienenden Einrichtungen und Verbände. Kennzeichnend für die Gesamtsituation ist auch eine neuartige Behandlung der Intelligenz. Am sichtbarsten ist hier das Beispiel der Ärzte, die bisher aus naheliegenden Gründen einen privilegierten Stand mit hohen Gehältern und sonstigen Erleichterungen bildeten. Da nach dem 13. August das Erfordernis einer Sonderstellung entfallen ist, werden die Privilegien nach und nach abgebaut. Das Verbot der Einfuhr westlicher Medikamente wird man auch in diesem Zusammenhang zu sehen haben. Jeder Vorwand für Verbindungen mit Westdeutschland soll beseitigt werden. Erwähnenswert ist auch der weitere Ausbau von öffentlichen Versammlungen, die als Betriebs-, Einwohner- oder Hochschulforum durchgeführt werden. Sie dienen zum Teil der öffentlichen Kritik an der Haltung bestimmter Personen, die zu diesen Foren erscheinen müssen, oder sollen zu Zustimmungserklärungen aller Art führen. Eine besonders rigorose Behandlung erfährt die Frage der Ein- und Ausreisegenehmigungen. Hier zeigt sich, besonders im Zusammenhang mit der Erkrankung naher Angehöriger, eine offenbar weltanschaulich bedingte Unfähigkeit, das allgemein Menschliche aus der unmittelbaren politischen Umklammerung herauszuhalten.

Für die kirchliche Arbeit, die mehr als noch je zuvor unter das Gebot der Seelsorge gestellt ist, erscheint es unerlässlich, ein Bild von der inneren Haltung der Bevölkerung zu gewinnen. Neben der Schicht der Parteigänger und Mitläufer steht die Masse der Bevölkerung, deren Grundhaltung als passive Resignation bezeichnet werden kann, unter deren Decke oft tiefe Verbitterung und heftiges Aufbegehren anzutreffen sind, die sich bei passenden Gelegenheiten auch einen wahrnehmbaren Ausdruck verschaffen. Besonders verbreitet ist eine allgemeine Stimmung der Angst. Nie ist die Schweigsamkeit größer gewesen als jetzt nach dem 13. August 1961. Eine tiefgreifende Verzweiflungsstimmung

wird am besten an den immer wieder neuen, mit Lebensgefahr verbundenen Fluchtversuchen und an der ansteigenden Selbstmordziffer erkennbar. Die psychologische Wirkung der Mauer ist auch bei denen groß, die sich wohl kaum zur Flucht nach Westberlin entschlossen hätten. Die Mauer ist Symbol für das Eingesperrtsein aller. Viele trauern einer verpaßten Gelegenheit zur Flucht in den Westen nach. Und viele hadern mit dem Geschick, daß gerade ihnen und ihren Kindern die schwere Last auferlegt ist, in eine fremdartige Ordnung des Lebens hineingepreßt zu werden.

Besonders charakteristisch ist der immer stärkere Drang zur Privatisierung des Lebens außerhalb der Arbeitszeit. Die Kehrseite der Sozialisierung ist die Vereinzelung des Menschen. Eine innere Emigration in den privaten Bereich des Lebens dient als Gegengewicht gegen die äußere Kollaboration, der man nicht entgehen kann. Die hier vorliegende Gefahr einer schizophrenen Geisteshaltung schafft bekanntlich besondere Erziehungsprobleme gegenüber der Jugend. Eine starke Zunahme der Sonntagsarbeit ist ein weiteres wesentliches Merkmal besonders des ländlichen Lebens in der DDR. Bei der großen Beanspruchung der bäuerlichen Bevölkerung durch die Produktionsgenossenschaften geht man immer mehr dazu über, für die noch verbliebenen Möglichkeiten einer Eigenbewirtschaftung den Sonntag in Anspruch zu nehmen. Es ist deutlich, daß gerade eine solche Entwicklung auf dem Lande dem kirchlichen Leben besonders abträglich sein muß.

Auch in politischer Hinsicht hat das zweite Halbjahr des Jahres 1961 den Menschen in der DDR eine große Ernüchterung gebracht. Viele politischen Hoffnungen auf den Tag einer Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands sind zerbrochen oder doch wenigstens höchst unsicher geworden. Diese politischen Hoffnungen sind für die Brüder und Schwestern im Osten immer von einer viel größeren unmittelbaren menschlichen Bedeutung gewesen als für die Bevölkerung im Westen Deutschlands. Die Erleichterung der menschlichen Situation in der DDR rückt daher immer mehr als Grundprinzip der internationalen Politik in den Vordergrund. Jedenfalls sind die Menschen der DDR sehr aufmerksame, jedem falschen Pathos und jeder unrealistischen Unnützerheit gegenüber kritische Zuhörer und Beobachter auch aller westlichen politischen Reden und Handlungen.

Kirchliche Persönlichkeiten und Organe haben von Anfang an die menschlichen Auswirkungen des 13. August als besonders schwerwiegend empfunden und durch eine Reihe von Vorstellungen und Eingaben an die politischen Stellen zu mildern versucht. Eine tapfere Tat, aber auch in gleicher Weise eine menschliche und kirchliche Notwendigkeit war das am 16. August 1961 von den zuständigen kirchlichen Persönlichkeiten an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Walter Ulbricht sowie an den Oberbürgermeister von Groß-Berlin Friedrich Ebert gesandte Telegramm (vgl. S. 4).

Die Reaktion der angesprochenen politischen Stellen auf dieses Telegramm war sehr heftig und hat auch für einige der Autoren eine Reihe von persönlichen Folgen gehabt. Dennoch sind die Vertreter der Kirchen nicht müde geworden, auch weiterhin sich dem Staat gegenüber der menschlichen Nöte nach dem 13. August anzunehmen. Darin gibt die hier nachstehend abgedruckte Auswahl aus vorliegenden Dokumenten einen Einblick:

Chefarzt Dr. Jakobs
Leiter der Tagung der Chefärzte
der evangelischen Krankenhäuser in der DDR

Z. Z. Berlin, den 11. November 1961

An die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Gesundheitswesen, z. Hd.
des stellv. Ministerpräsidenten Herrn Minister Sefrin

Sehr geehrter Herr Minister Sefrin!

Die heute in Berlin versammelten Chefärzte der Evangelischen Krankenhäuser in der Deutschen Demokratischen Republik protestieren unter Berufung auf ihren hippokratischen Eid energisch gegen die Anordnung vom 13. 10. 1961 (Verschreibung von Arzneimitteln) und 17. 10. 1961 (Geschenkpaket- und Päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland).

Die medikamentöse Versorgung der kranken Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist durch diese Anordnung zur Zeit auf einzelnen Gebieten in Gefahr.

In der Sorge um die uns anvertrauten Menschen für die Erhaltung ihres Lebens und ihrer Arbeitskraft fordern sie die sofortige Wiederherstellung der Rezepturfreiheit für die unbedingt lebensnotwendigen Medikamente, die durch Import beschafft werden müssen. Sie erwarten umgehend entsprechende Durchführungsbestimmungen für die oben angeführten Anordnungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung und freundlichem Gruß bin ich stets Ihr ergebener

Dr. Jakobs

Konferenz der Diakonissenmutterhäuser
in der DDR und dem demokratischen Sektor

Z. Z. Berlin, den 14. November 1961

An die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Gesundheitswesen, z. Hd.
des stellv. Ministerpräsidenten Herrn Minister Sefrin

In der Sitzung der Oberinnen und Vorsteher der Krankenanstalten in den Diakonissenmutterhäusern innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik und des Demokratischen Berlin ist die Anordnung vom 13. 10. 1961 (betr. Verschreibung von Arzneimitteln) und die damit im Zusammenhang stehende 3. Durchführungsbestimmung vom 17. 10. 61 (betr. Geschenkpaket- und -päckchenverkehr) Gegenstand der Beratung gewesen.

Viele Patienten sind zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft auf Importmedikamente angewiesen. Wir sind in großer Sorge, daß wir ihnen nicht mehr die notwendige Hilfe leisten können.

Wir bitten daher, unseren Herren Ärzten die Möglichkeit zu geben, Importmedikamente zu verschreiben und uns zu gestatten, dieselben auf dem Geschenkwege einzuführen.

(Unterschriften)

Der Generalsuperintendent von Berlin
Sprengel II

11. Dezember 1961

An den Vorsitzenden des Staatsrats
der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Walter Ulbricht

Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Staatsrats!

Die Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei hatte ich vergeblich gebeten, zum Bußtag und zum Totensonntag dieses Jahres den Trauernden für den Besuch der Gräber

ihrer Angehörigen in Berlin eine Erleichterung im Grenzverkehr zu gewähren. Ich will für diese vergangenen Tage die Begründung der Ablehnung meiner Bitte mit politischen Notwendigkeiten hinnehmen.

Nun kommen mit dem Weihnachtsfest wieder Tage, an denen nicht wenige Familien in beiden Teilen unserer Stadt schmerzlich darunter leiden werden, daß in diesem Jahre nicht einmal nächste Angehörige einander werden besuchen können. Für diese Familien trete ich bei Ihnen ein. Weihnachten soll doch für alle Menschen ein Fest der Freude sein.

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Vorsitzender, ermöglichen Sie es, daß die Familien im Demokratischen Berlin von ihren nächsten Verwandten aus Westberlin zu Weihnachten hier besucht werden können.

Bei hoher Gelegenheit haben Sie darauf hingewiesen, daß sich Sozialismus und Christentum in ihren humanistischen Zielen, im Menschlichen eng berühren. Um dieses Menschlichen willen vertraue ich darauf, Sie werden sich der Bitte nicht verschließen.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr sehr ergebener

Führ

Der Generalsuperintendent von Berlin
Sprengel II

11. Dezember 1961

An den Herrn Staatssekretär für Kirchenfragen

Sehr verehrter Herr Staatssekretär!

In der Anlage gebe ich Ihnen Kenntnis von einer Bitte, die ich heute an den Herrn Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet habe. Um der zahllosen Menschen willen, für die ich mit der Bitte einzutreten versuche, bitte ich Sie, mein Anliegen bei dem Herrn Vorsitzenden des Staatsrats unterstützen zu wollen.

Ihnen, sehr geehrter Herr Staatssekretär, möchte ich, was ich in meinem Schreiben an den Herrn Vorsitzenden des Staatsrats nicht ausführen möchte, ausdrücklich erklären, daß an eine Veröffentlichung meines Schreibens von mir aus nicht gedacht wird. Allein aus der Verantwortung für die Menschen meines Sprengels bitte ich Sie, meine Bitte zu verstehen. Sie geht auch deshalb nur unter meinem Namen an unsere Regierung.

Mit guten Wünschen für die bevorstehenden Tage und mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr ergebener

Führ

Der Generalsuperintendent von Berlin
Sprengel II

Berlin, am 12. Dezember 1961

An den Präsidenten der Volkskammer
Herrn Dr. Johannes Dieckmann

Sehr verehrter Herr Präsident!

Gestern habe ich dem Vorsitzenden des Staatsrats der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn W. Ulbricht, im Blick auf die bevorstehenden Weihnachtstage eine Bitte schriftlich vorgetragen, über die ich Sie unterrichten möchte.

In den Weihnachtstagen spüren viele, wenn nicht fast alle Familien in unserer Stadt die Folgen der am 13. August dieses Jahres angeordneten Maßnahmen auf das schmerzlichs-te, werden doch die Bürger im Demokratischen Berlin auch nicht zu den Festtagen ihre engsten Angehörigen aus Westberlin bei sich empfangen können. Da drängt sich die Frage auf, könnte es nicht den Einwohnern Westberlins ermöglicht werden, die Grenze in Berlin zu passieren ähnlich wie die Bürger der Bundesrepublik – wenigstens für die Zeit vom 24. bis 27. Dezember? Die Einwendungen, die bekanntermaßen dagegen von staatlicher Seite vorgetragen werden, sind mir natürlich nicht unbekannt. Ich kenne sie aus den mancherlei Veröffentlichungen der Regierung, ich kenne sie aus einer Verhand-

lung, die ich vor dem Bußtag und Totensonntag bei der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei hatte, bei der es mir um eine ähnliche Regelung für den Besuch der Gräber in Ost- und Westberlin an den genannten Trauertagen ging. Dabei wurde mir die ablehnende Begründung mit dem Hinweis auf die bekannten politischen Notwendigkeiten sehr freundlich, aber doch eben angesichts des Inhalts meiner Bitte ohne letzte Überzeugungskraft vorgetragen.

Nun – für die vergangenen Tage akzeptiere ich die Begründung mit dem Hinweis auf die politischen Notwendigkeiten. Es geht ja aber gar nicht darum, ob ich von ihnen überzeugt bin, sondern es geht um die Menschen, die von ihren Folgen unmittelbar betroffen sind. Im Blick auf Weihnachten habe ich die ernste Sorge, ob denn erwartet werden kann, daß solche Begründungen bei den betroffenen Familien Verständnis zu finden vermögen. Wird nicht vielmehr schmerzliche Enttäuschung, neue Verbitterung und sehr viel Trauer die Folge sein – und das an einem Fest, an dem alle Menschen etwas von Freude spüren dürften.

Meine Bitte an den Herrn Vorsitzenden des Staatsrats knüpft daran an, daß der Herr Vorsitzende ja bei besonderer Gelegenheit vor einem Jahr darauf hingewiesen hat, wie eng sich die humanistischen Ziele des Sozialismus und des Christentums berühren. Ich wage es daher, darauf zu vertrauen, daß es über alle politischen Erwägungen hinaus möglich sein wird, meine Bitte zu erfüllen: den Anverwandten aus Westberlin den Besuch ihrer Angehörigen im Demokratischen Berlin zu ermöglichen.

Ich weiß, sehr verehrter Herr Präsident, daß ich auf die Vergeblichkeit aller Versuche hingewiesen werden kann, die mannigfaltig von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unternommen worden sind, um in Verhandlungen mit der anderen Seite zu kommen. Aber jetzt geht es nicht um Politik. Jetzt geht es um Menschlichkeit. Und in solchem Anliegen weiß ich mich mit Ihnen besonders verbunden. Daher trage ich an Sie die Bitte heran, mein Anliegen gegebenenfalls bei dem Herrn Vorsitzenden des Staatsrats oder im Staatsrat selbst nachdrücklich unterstützen zu wollen.

Ich bin dabei überzeugt, daß die Ermöglichung solcher Besuche aus Westberlin gerade auch dann in hohem Maß der Würde und dem Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik entsprechen wird, wenn politische Erwägungen – wie schwer oder gar schmerzlich das auch für Politiker sein mag – einmal zurückgestellt werden und die Prävalenz des Humanen statuiert wird.

Ich habe nicht vor, mit meinem Anliegen in die Öffentlichkeit zu gehen. Ich weiß, wie durch eine Veröffentlichung, gar durch eine vorzeitige, sachliche Erwägungen und Entschlüsse nur erschwert werden. Mir liegt auch hier nicht an Publicity, sondern an der Erfüllung eines menschlichen Angelegens. Diese mit herbeiführen helfen zu wollen, ist meine Bitte an Sie, sehr verehrter Herr Präsident.

Ihnen und Ihrer sehr verehrten Gattin wünsche ich gesegnete Weihnachtstage und bin mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr

Führ

OFFENER BRIEF

von Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann an Generalsuperintendent Fritz Führ zur Frage der Passierscheine zum Weihnachtsfest

(„Der Morgen“ vom 19. Dezember 1961)

Sehr geehrter Herr Generalsuperintendent!

Sie haben mir vor einigen Tagen einen Brief geschrieben, dessen vertrauensvollen Tenor ich sehr wohl bemerkt und gern festgestellt habe. Es handelt sich in Ihrem Brief um die Frage, ob nicht Einwohnern der Westsektoren Berlins, die durch Familienbande mit Bürgern des demokratischen Berlin verbunden sind, zur jetzigen Weihnachtszeit wieder

Besuche bei ihren Familienangehörigen ermöglicht werden könnten. Sie schreiben am Ende Ihres Briefes, daß Sie nicht mit Ihrem Anliegen in die Öffentlichkeit gehen möchten, weil durch – vor allem unzeitige – Veröffentlichungen sachliche Entschließungen erschwert werden könnten; Ihnen gehe es nicht um Publicity, sondern um ein menschliches Anliegen.

Eben darum aber, weil es sich hier um ein menschliches Anliegen handelt, möchte ich Ihnen in diesem Falle – so richtig im übrigen Ihre Einstellung zur Frage der „Publicity“ auch ist – doch öffentlich antworten, denn die Frage, die Sie in Ihrem Brief aufgeworfen haben, ist ja nicht nur Ihr und mein Anliegen, sondern sie berührt viele Tausende Berliner. Ihnen allen bin ich eine offene und öffentliche Antwort auf Ihren Brief schuldig. Ich darf mich Ihres Verständnisses dafür versichert halten.

Sie äußern sich, Herr Generalsuperintendent, in Ihrem Brief zunächst dahin, daß Sie „für die vergangenen Tage“ die Begründung akzeptieren, mit der unsere Regierung ihre Haltung zu Anträgen auf Gräberbesuche am Bußtag und am Totensonntag dargelegt hat. Es geht jedoch nicht darum, ob Sie persönlich von dieser Begründung überzeugt seien, sondern es gehe „um die Menschen, die von den Folgen (der politischen Notwendigkeiten) unmittelbar betroffen sind“.

So ist es in der Tat: Um diese Menschen geht es, und diesen Menschen möchten Sie nun zu Weihnachten gegenseitige Besuche ermöglicht sehen. Das ist auch unser, das ist nicht zuletzt auch mein persönlicher Wunsch, und dies um so mehr, als Sie mit Recht an die vom Vorsitzenden des Staatsrates im Vorjahr abgegebene Programmatistische Erklärung des Staatsrates erinnern, in der er darauf hingewiesen hatte (um es mit Ihren Briefworten zu sagen), „wie eng sich die humanistischen Ziele des Sozialismus und des Christentums berühren“. Auch hieraus leiten Sie Ihre Anliegen ab, daß wir „Anverwandten aus Westberlin den Besuch ihrer Angehörigen im Demokratischen Berlin ermöglichen“ möchten.

Sie erklären auch, daß Ihnen „die Vergeblichkeit“ der „mannigfaltig von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unternommenen Versuche, in Verhandlungen mit der anderen Seite zu kommen“, bekannt sei, aber – so fahren Sie fort – „jetzt geht es nicht um Politik; jetzt geht es um Menschlichkeit“.

Verehrter Herr Generalsuperintendent: Politik und Menschlichkeit sind in unserem, den Sozialismus aufbauenden deutschen Friedensstaat nicht unterschiedliche, nicht trennbare Begriffe, sondern Begriffe, die sich decken. Die Politik ist das Instrument, das die Menschlichkeit, den Humanismus, allüberall im Leben des Volkes zum herrschenden Prinzip erhebt.

Wenn wir den großen Kampf führen gegen einen der Menschlichkeit drohenden Atomtod und überhaupt gegen den Krieg schlechthin, oder wenn wir den arbeitenden Menschen von der kapitalistischen Sklaverei der Ausbeutung befreien, so handeln wir menschlich im höchsten Sinne des Wortes. Und wenn wir unabhängig dafür kämpfen, daß unsere deutschen Menschen wieder in einem staatlichen Hause der Demokratie und des Friedens wohnen können, so ist das nicht minder ein tiefhumanistischer Inhalt unserer Politik.

Aus den gleichen humanistischen Erwägungen hat am 23. August der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Herr Ebert, den Senat von Westberlin zu Händen Herrn Brandt angeschrieben und angeboten, Westberliner Bürgern Besuche im Demokratischen Berlin dadurch zu ermöglichen, daß sie Besuchsanträge und -genehmigungen über in Westberlin einzurichtende Zweigstellen unseres Deutschen Reisebüros einreichen bzw. erhalten. Die Annahme dieses weit entgegenkommenden Vorschlages hätte den an solchen Besuchen brennend interessierten Westberliner Bürgern schnell und unbürokratisch den Besuch ihrer Anverwandten ermöglicht und ihnen unnötige Wege erspart.

Ihnen ist bekannt, daß der Westberliner Senat auf diesen wahrhaft menschlichen Vorschlag überhaupt nicht geantwortet hat. Ebenso hat dieser Senat die von uns auf Westberliner Bahnhöfen eingerichteten Passierscheinstellen kurzfristig geschlossen. Das sind die traurigen Tatsachen.

Hieraus erhellt, Herr Generalsuperintendent, daß Ihr Anliegen nicht mir, sondern dem Westberliner Senat und seinem Vorsitzenden hätte vorgetragen werden müssen bzw. vorgetragen werden muß. Einzig und allein an der Haltung des Westberliner Senats sind unsere Bemühungen, Westberliner Bürgern – nicht nur zu Weihnachten – Besuche ihrer Anverwandten im Demokratischen Berlin zu ermöglichen, gescheitert. Wir können diese unmenschliche Haltung dieses Senats nur auf das tiefste bedauern.

Ändern können nicht wir sie. Das vermöchte nur der Protest aller von diesen Senatsmaßnahmen betroffenen Bürger Westberlins, denn auf eine Sinnesänderung des Senats aus eigener Einsicht wage ich nicht mehr zu hoffen. Sicherlich würde es auch sehr eindrucksvoll sein, wenn gerade auch der Generalsuperintendent des Berliner Sprengels I (Westberlin) in Wahrnehmung der menschlichen Belange der vielen christlichen Bürger Westberlins sich eine Sinnesänderung des Westberliner Senats in dieser Sache zur Aufgabe stellen würde; vielleicht haben Sie die Möglichkeit, ihm und anderen diese schöne menschliche Aufgabe nahezubringen. Wenn die Westberliner Bevölkerung ihren Senat zwingt, seine unverantwortliche Haltung zu ändern, werden viele Westberliner Bürger Weihnachten 1961 wieder zusammen mit ihren nächsten Angehörigen im Demokratischen Berlin begehen können.

Lassen Sie mich Ihnen, verehrter Herr Generalsuperintendent, für Ihre freundlichen Wünsche herzlich danken. Auch ich wünsche Ihnen und Ihrem Hause ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung Ihr ergebener

Dr. Dieckmann

2. Vielerorts war man darauf gefaßt, daß die Kirche, ihre Amtsträger und aktiven Gemeindeglieder nach dem 13. August über die allgemeinen Bedrängungen hinaus einer direkten und besonderen Bedrückung unterworfen würden. In der Tat wurden Sprache und Auftreten der Staats- und Parteifunktionäre bei Aussprachen und auch in der Presse zunächst im ganzen härter. Eine Kontroverse mit Bischof D. Krummacher als dem Vorsitzenden der Kirchlichen Ostkonferenz und dem Mitverfasser des Telegramms zum 13. August ließ hier einiges befürchten.

RATSVORSITZENDER SPRACH MIT BISCHOF D. FRIEDRICH KRUMMACHER

(„Ostsee-Zeitung“ Nr. 198 vom 21. August 1961)

Der Vorsitzende des Rates des Bezirks, Genosse Karl Deuscher, empfing gestern den Bischof D. Krummacher zu einer notwendigen Belehrung.

Der Anlaß war ein Telegramm, das einige Amtsträger der Evangelischen Kirche, darunter Bischof Krummacher, im Zusammenhang mit den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. August 1961 zum Schutze des Friedens an die Staatsorgane unserer Republik gerichtet haben. Das Telegramm hat einen provokativen Inhalt und zeigt die politische Absicht, die Maßnahmen der Regierung der DDR, die dem Frieden und damit auch der westdeutschen und der Westberliner Bevölkerung dienen, zu diffamieren.

Die Tatsache, daß dieses Telegramm vom Rundfunk im amerikanischen Sektor und der Westpresse verbreitet wurde, unterstreicht das vorher Gesagte. Damit hat Bischof Krummacher der friedlichen Bevölkerung und den ehrlichen Christen einen schlechten Dienst erwiesen.

Der Ratsvorsitzende Karl Deuscher erklärte dem Bischof eindringlich, daß das Bestreben der Regierung der DDR ausschließlich dem Frieden und dem glücklichen Leben der Bürger unseres Staates dient. Die zum Schutze des Friedens getroffenen Maßnahmen sind durch die revanchistische und militaristische Aufrüstung und die Vorbereitung eines drit-

ten Weltkrieges durch die Bonner Ultras notwendig geworden. Mit der Unterbindung des Menschenhandels und der Kopffjägerei, die zum Programm dieser verbrecherischen Politik gehörten, hat unsere Regierung tiefest humanistisch und menschlich gehandelt.

Statt provozierende Telegramme, die der friedlichen Entwicklung entgegenstehen, abzusenden, sollten Bischof Krummacher und seine Kirchenleitung ihrer ersten Bürgerpflicht nachkommen und dem Frieden dienen. Dazu gehört, gegen die revanchistische und militaristische Entwicklung in Westdeutschland und die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges, gegen den Menschenhandel, die Kopffjägerei und die Zerstörung des Glücks vieler Familien aufzutreten. Bischof Krummacher sollte dahingehend unter den christlichen Bürgern wirken.

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes empfahl dem Bischof, sich das Gesagte gründlich zu überlegen und die friedlichen Bestrebungen der Regierung der DDR im Interesse aller Deutschen zu unterstützen.

Der Bischof zu Greifswald

Greifswald, den 25. August 1961

An den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Rostock
Herrn Karl Deuscher

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Anknüpfend an die Besprechung am 20. 8. möchte ich folgendes erklären:

Das von mir in Gemeinschaft mit anderen kirchenleitenden Männern am 16. 8. abgesandte Telegramm ist nicht in provokatorischer Absicht abgesandt worden, sondern allein aus dem christlichen Beweggrund, dadurch den Sorgen vieler zerrissener Familien, verzagter Eltern und zahlreicher anderer Menschen Ausdruck zu geben, die jetzt von denen getrennt sind, die ihnen nahestehen.

Aus diesem Anlaß halte ich es für meine Pflicht, die Grundlagen und die Grenzen für jede kirchliche Stellungnahme zu öffentlichen Lebensfragen in Kürze festzustellen:

1. Die Kirche des Evangeliums ist allein an den Auftrag ihres Herrn Jesus Christus gebunden. Er ist selber als Mensch auf dieser Erde für *alle* Menschen ohne Unterschied da gewesen. In der Nachfolge dieses ihres Herrn hat die Kirche auf dieser Erde mit den ihr gegebenen Mitteln, ohne jede äußere Macht, überall und nach allen Seiten für die Menschen, insbesondere für die leiblich oder seelisch gefährdeten Menschen einzutreten. Keine Macht der Welt kann die Kirche vom Gehorsam gegen den Befehl ihres Herrn entbinden.

2. Die Kirche des Evangeliums ist nicht an eine bestimmte Gesellschafts- oder Wirtschaftsordnung gebunden. Sie tut ihren Dienst in Achtung vor der staatlichen Obrigkeit, aber nicht in Bindung an irgendeine staatliche Politik. Es ist der Kirche daher verwehrt, konkrete Einzelentscheidungen des politisch-gesellschaftlichen Lebens im Namen des Evangeliums in einer Weise gutzuheißen, die nur aufs neue zu einer Vermischung von Kirche und Politik führen würde, wie wir sie in der Vergangenheit leider zu oft erlebt haben.

3. Gott will nicht den Krieg, sondern den Frieden. Aus den letzten blutigen Jahrzehnten hat die Kirche aufs neue gelernt, daß der Krieg in jedem Fall Sünde ist; erst recht heute, da ein Krieg zur grauenvollen Selbstvernichtung der Menschheit führen müßte. Deshalb ist es uns mit unserem ständigen Eintreten für Frieden und Abrüstung tiefer Ernst. Auf Haß, Feindschaft und Anwendung von Gewalt ruht kein Segen; ein friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker kann auf die Dauer nur aus einem neuen Geist der Versöhnung und der Liebe erwachsen.

So empfängt die Christenheit ihre Wegweisung für ihr Reden und für ihr Schweigen nur von ihrem alleinigen Herrn Jesus Christus. Hier gilt für die Kirche wie für den einzelnen Christen das Wort: Es ist nicht geraten, etwas wider das Gewissen zu tun.

Persönlich gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die Stunde kommt, in der auch die

Vertreter des Staates, dessen Bürger wir Christen sind, dafür Verständnis gewinnen werden, daß die Kirche so auch dem Volk und dem Staat, den Menschen und dem Frieden am besten dient.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

D. Krummacher

Beispielhaft für die zunächst sehr gereizte Atmosphäre war die Behandlung der sogenannten Bornholm-Affäre, in deren Zusammenhang die beiden Glieder der Jungen Gemeinde bzw. der Studentengemeinde und Besucher des letzten Berliner Kirchentages Dietrich Gerloff und Jürgen Wiechert mit acht Jahren Zuchthaus bestraft wurden. Dieser Prozeß, in dem es in Wahrheit um einen harmlosen Jungenscherz auf dem Seebäder-Schiff MS „Seebad Binz“ gegangen war, hatte eine deutliche Spitze gegen die Kirche. In Presseberichten darüber hieß es:

Seit vielen Jahren hatten beide die ideologische Kriegsvorbereitung der NATO-Kirche aktiv unterstützt, gutgläubige christliche junge Menschen auf den Weg des Antihumanismus und des Verbrechens gegen den Frieden geführt und fünf der Mitangeklagten zur aktiven Kriegshetze und Verfassung von Hetz- und Mordversen gegen unsere Regierung während ihres Aufenthaltes im Zeltlager Bansin veranlaßt (Ostsee-Zeitung, Rostock, vom 28. August 1961).

Auch die Ausweisung von Präses D. Scharf aus Ostberlin unter ungewöhnlichen und unwürdigen Umständen am 31. August 1961 gehört mit in diesen Zusammenhang (siehe dazu S. 6).

Rückschauend aber muß man nun sagen, daß derartige Erscheinungen einer neuen gewaltsamen äußeren Bedrückung der Kirche für die letzten Monate des Jahres 1961 wieder zurückgetreten sind. Jedenfalls bestimmen sie nicht das eigentliche Bild im Verhältnis von Kirche und Staat, der einen offenen Zusammenstoß auf der ganzen Linie zu vermeiden suchte.

3. Das eigentliche Bild im Verhältnis von Kirche und Staat nach dem 13. August ist tatsächlich durch andere Merkmale bestimmt. Die andere Linie der östlichen Kirchenpolitik, die der inneren Zersetzung und Unterwanderung, der Gleichschaltung und der Ausnutzung innerkirchlicher Meinungsverschiedenheiten, ist in einem bisher unvorstellbaren Maße intensiviert worden. Eine ungeheure Propaganda ergießt sich in Presse und Zeitschriften, auf Kongressen und Vortragsabenden über die christliche Bevölkerung. Auf allen Ebenen werden kirchliche Amtsträger und aktive Gemeindeglieder in Gespräche und Diskussionen hineingezogen. Man erwartet dabei von ihnen, daß sie sich von angeblichen militaristischen und friedensfeindlichen Erscheinungen der westdeutschen Kirchen distanzieren und sich zugleich zu den politischen Zielen der DDR bekennen. Dabei ist es neben der „Friedenstat“ des 13. August 1961 die Friedensfrage überhaupt, die immer wieder zum Gegenstand der Diskussion gemacht wird. Man muß hinter diesem ständigen Ringen des DDR-Staates um die Zustimmung der Kirche ein doppeltes Motiv sehen. Das Bemühen um das Ja, noch dazu um das Ja der vermeintlich oder tatsächlich wohl renommierten Kirche ist Ausdruck einer eigenen Unsicherheit und zugleich der Versuch, über die Kirche auf Stimmung und Haltung der Bevölkerung einzuwirken. Als zweites kommt das ausgeklügelte System einer „Überzeugungsarbeit“ hinzu. Der vermeintliche oder

auch tatsächliche Gesinnungsgegner wird zur Akklamation veranlaßt, um ihn auf diese Weise von innen heraus in eine neue Überzeugungshaltung hineinzuführen. Man darf sich nicht verhehlen, daß eine derartige Überzeugungsarbeit oft grausamer sein kann als äußere Bedrückungen, weil es sich um Manipulationen am Kern des Menschen, an seiner Gesinnung und an seinem Gewissen handelt.

Es liegt auf der Hand, daß in dieser Situation die führenden Persönlichkeiten der Kirchen in der DDR einer ungeheuer großen menschlichen Belastung ausgesetzt sind. Ihnen muß es darum gehen, die Freiheit der Kirche von politischer Beanspruchung und Überfremdung zu behaupten. Die schwerste Aufgabe in einem totalitären Weltanschauungsstaat ist dabei die, diesen Staat davon zu überzeugen, daß die Kirche eine derartige Unabhängigkeit als unaufgebbaren kirchlichen Auftrag, nicht aber als Ausdruck einer gegnerischen politischen Haltung versteht.

4. Nach dem 13. August 1961 konnte man besonders mit einer stärkeren Aktivität oder gar einem massiven Druck seitens des Staates gegen die weitere Zugehörigkeit der Kirchen in der DDR zur EKD rechnen, um eine auf das eigene Staatsgebiet beschränkte, dem politischen Zugriff leichter zugängliche kirchliche Organisation zu erzwingen. Den gesamtkirchlichen Zusammenhalt der EKD zu sprengen, gehörte seit langem zu den Zielen der staatlichen Kirchenpolitik in der DDR. Bereits nach der Synode der EKD vom April 1958 war das von Propst D. Heinrich Grüber versehene Amt des Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Regierung der DDR zum Erliegen gekommen. Die EKD wurde von der Regierung der DDR praktisch als nicht existent behandelt, ohne daß die östlichen Kirchen an der weiteren Zugehörigkeit zur EKD mit Gewalt gehindert worden wären. Freilich waren die gesamtkirchlichen Dienststellen und Organe der EKD, entsprechend auch der EKV und der VELKD, der Regierung der DDR gegenüber immer weniger handlungsfähig. Es gab schon vor dem 13. August 1961 kein gesamtkirchliches Organ mehr, das die Kirchen der DDR gegenüber vertreten konnte. Unter diesen Umständen kam der Kirchlichen Ostkonferenz, die sich aber immer nur als eine lockere Arbeitsgemeinschaft der Kirchenleitungen ohne eigene allzu feste Rechtsgestalt verstanden hat und noch versteht, eine steigende Bedeutung zu. Bei ihr mußte auch die Hauptlast der Verantwortung nach dem 13. August liegen, ohne daß die Kirchen in der DDR einen Anlaß sahen, an ihrer Zugehörigkeit zur EKD irgend etwas zu ändern.

Zunächst schien es so, daß die Regierung von der bisherigen Politik einer stillschweigenden Duldung der Zugehörigkeit der ostdeutschen Kirchen zur EKD abgehen wollte. Die Ausweisung von Präses Scharf, nicht zuletzt unter Berufung auf den „illegalen und friedensfeindlichen Charakter“ des Rates der EKD, schien für diese Entwicklung den Auftakt zu geben. Sicherlich hat es derartige Erwägungen zu einer umfassenden kirchlichen Umorganisation sowohl bei staatlichen wie bei interessierten kirchlichen Stellen nach dem 13. August gegeben. Einen Einblick in derartige Pläne gewährt das Schreiben, das der „Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR“ am 19. Oktober 1961 an die Kirchenleitungen in der DDR gerichtet hat (vgl. S. 13).

Wenn auch dieses Schreiben des Pfarrerbundes von den Kirchenleitungen nicht als besonders gewichtig empfunden wurde, so lohnt es sich doch, eine Übersicht

über die gleich angestellten Gegenerwägungen zu geben. Die Zurückführung der Einheit der EKD auf die Stuttgarter Schulderklärung vom Oktober 1945 überschätzt nicht nur diese Erklärung, sondern verkennt auch die rechtliche Kontinuität der EKD mit der 1933 entstandenen DEK, an der auch die Bekennende Kirche immer festgehalten hat. Ebenso wenig ist die Einheit der EKD durch den Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung vom Jahre 1957 verlorengegangen. Mit dem Militärseelsorgevertrag hat die EKD auch nie eine politische Entscheidung treffen, sondern ihre geistliche Aufgabe an ihren Gliedern ernst nehmen wollen. Die Einheit der EKD besteht auch nach dem 13. August 1961 fort, da sie historisch und bekenntnismäßig begründet ist und von der Verschiedenheit wirtschaftlicher oder politischer Strukturen nicht berührt wird. Hierzu galt in der EKD und ihren Rechtsvorgängern immer der Grundsatz, daß Staatsgrenzen nicht Kirchengrenzen sein müssen. Bis heute wird von allen Kirchenleitungen die Auffassung vertreten, daß von einer vorübergehenden Spaltung Deutschlands in zwei vorläufige Staatsgebilde die Einheit der EKD nicht berührt wird, und schließlich ist es eine durch nichts zu beweisende Unterstellung, die EKD habe für die „westliche Lösung der deutschen Frage optiert“. Vielmehr hat sich die EKD immer politisch unabhängig zu halten verstanden und mit einer bewunderungswürdigen Geduld immer wieder den Kontakt zur Regierung der DDR gesucht.

Die Maßnahmen der DDR vom 13. August 1961 brauchen als solche die Arbeit der Organe der EKD nicht zu verhindern oder gar lahmzulegen. Da die Bürger der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor das Recht haben, den Ostsektor von Berlin zu besuchen, könnten die Tagungen der Organe der EKD nach den geltenden Bestimmungen ohne Schwierigkeiten in Ostberlin stattfinden, wenn das geltende Recht von allen Seiten beachtet würde. Eine Fortexistenz der Zugehörigkeit der Kirchen in der DDR zur EKD ist weder innerlich noch äußerlich unmöglich geworden. Die acht evangelischen Landeskirchen in der DDR, ihre kirchenleitenden Organe, ihre Pfarrerschaft und Gemeinden haben, von einer geringfügigen Minderheit abgesehen, den einmütigen Wunsch, Gliedkirchen der EKD zu bleiben. Unabhängig von der EKD oder gar gegen sie neue gesamtkirchliche Organe in der DDR zu bilden, lehnen sie eindeutig ab.

In diesem Sinne haben sich alle Kirchenleitungen, besonders die Organe der am meisten betroffenen Landeskirche von Berlin-Brandenburg, aber auch alle kirchlichen Zusammenschlüsse der EKD, der EKU und der VELKD, dahingehend entschieden, trotz der erschwerenden Umstände an der kirchlichen Zusammengehörigkeit zwischen Ost und West festzuhalten. Das kommt in einem Rundschreiben der Kirchenkanzlei der EKU vom 9. Oktober 1961, dessen Inhalt in gleicher Weise für die anderen kirchlichen Zusammenschlüsse gilt, klar zum Ausdruck:

RUNDSCHREIBEN DER KIRCHENKANZLEI DER EVANGELISCHEN KIRCHE DER UNION

Vom 9. Oktober 1961

Die gegenwärtigen politischen Umstände haben naturgemäß auch ihre Rückwirkungen auf die bisherige Form der Durchführung der gesamtkirchlichen Arbeit gehabt. Der Rat

der Evangelischen Kirche der Union hat sich auf seiner Sitzung am 5. September d. J. mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Er hat einmütig beschlossen, auch bei der augenblicklichen Lage die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Einheit der Evangelischen Kirche der Union zu wahren und zu bewähren. Wir bitten die Gliedkirchen, von diesem Beschluß nicht nur Kenntnis zu nehmen, sondern das ihrige zu tun, um das Zusammenbleiben und Zusammenleben der Gliedkirchen in der Evangelischen Kirche der Union zu gewährleisten.

In einer Pressemeldung des Gemeindeblattes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringens ist die Ansicht geäußert worden, daß die gesamtkirchlichen Organe und Dienststellen in Berlin „weithin funktionsunfähig“ geworden sind. Wie die Gliedkirchen aus eigener Anschauung und Erfahrung inzwischen festgestellt haben werden, entspricht eine solche Ansicht nicht den Tatsachen. Sowohl der Rat wie die Kirchenkanzlei unserer Kirche bemühen sich darum, ihre Arbeit im gegebenen Rahmen weiterzuführen und das gesamtkirchliche Band zu festigen. Wir sind dankbar, daß die Möglichkeiten dazu gegeben sind. Die leitenden Organe der Evangelischen Kirche der Union sind durchaus auch gesamt-kirchlich funktions- und arbeitsfähig. Gewiß sind einige Umstellungen erforderlich. Sollten größere Hindernisse für die gesamte kirchliche Arbeit eintreten, so hat der Rat auf Grund des Artikels 15 Absatz 3 der Ordnung der Evangelischen Kirche der Union am 5. September eine Verordnung über die Ausübung der Befugnisse des Rates und der Kirchenkanzlei im Falle der Behinderung durch höhere Gewalt erlassen. Wir bringen in der Anlage den Gliedkirchen den Wortlaut dieser Verordnung, die mit sofortiger Wirkung in Kraft getreten ist, zur Kenntnis.

D. Hildebrandt

Auch der Staat sah sich zu größerer Behutsamkeit in der Frage der kirchlichen Gesamtorganisation veranlaßt. Man verspricht sich mehr von dem freilich zeitraubenderen Weg der inneren Aufweichung, Zersetzung und Aufspaltung als von einem groben äußeren Druck. Es soll offenbar keine Märtyrersituation geschaffen und kein offener Widerstand gegen einseitige organisatorische Maßnahmen des Staates provoziert werden. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß auch der Staat die innerkirchliche Bedeutung der fortschrittlichen Kreise nicht eben hoch einschätzt und das Experiment einer Machtergreifung durch eine winzige Minderheit nicht eingehen möchte. Bezeichnenderweise wurde denn auch der Vorstoß des Pfarrerbundes durch einen Aufsatz von Domprediger Karl Kleinschmidt vorläufig ad acta gelegt:

WER SIND DIE VERRÄTER?

Von Karl Kleinschmidt („Neue Zeit“ Nr. 267 vom 14. November 1961)

„Der Kurier“ vom 2. November 1961 tischt seinen bejammernswerten Lesern unter der Überschrift „Pankow will die Kirche spalten“ eine phantastische Geschichte auf, die er „Bericht“ nennt und noch dazu als „eigenen Bericht“ ausgibt. Die in der Überschrift angedeutete Behauptung ist so aberwitzig wie die der Romanisten des ausgehenden Mittelalters, daß die Reformatoren die alte Kirche gespalten hätten, während jeder Geschichtskenner weiß, daß diese Spaltung durch die von Kaiser Karl V. inaugurierte Gründung der katholischen Fürstenfraktion in Regensburg vollzogen wurde, um eine Versammlung aller deutschen Fürsten zur Klärung der strittigen Fragen am 11. November 1523 in Speyer zu verhindern.

Die Evangelische Kirche in Deutschland ist, wie jeder deutsche evangelische Theologe weiß, geistlich durch den Abschluß des Militärseelsorgevertrages gespalten worden, nicht vertikal in „Ost“ und „West“, sondern in Evangelische Kirche und Militärkirche. Dieser

Vertrag hat mit seinen unausbleiblichen Folgen in ganz Deutschland die Verkündigung der Evangelischen Kirche unglaublich gemacht und die evangelische Christenheit in Deutschland in den status confessionis versetzt, will sagen in den Stand, dem schändlichen Mißbrauch des Evangeliums durch die Militärkirche klar und eindeutig abzusagen und sich zum lauten, unverfälschten Evangelium zu bekennen.

In dieser Sache ist der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR mit Tausenden evangelischer Pfarrer nicht nur in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch in der Bundesrepublik und Westberlin eines Sinnes, so verschieden deren Auffassung auch von denen des Pfarrerbundes bezüglich der praktischen Folgerungen sein mögen, die aus diesem status confessionis zu ziehen sind.

Der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR läßt sich bei seinen kirchlichen Erwägungen und Entscheidungen leiten von der Barmer Theologischen Erklärung, der Stuttgarter Schulderklärung und dem Darmstädter Wort des Reichsbruderrates zum politischen Weg des deutschen Volkes. Auch sein vom „Kurier“ genanntes, aber nicht zitiertes Schreiben an die evangelischen Kirchenleitungen in der DDR ist von diesen Voraussetzungen her bestimmt, mit niemandem anders vorbesprochen und übrigens auch nirgends veröffentlicht worden. Es stellt einen brüderlichen Ratschlag dar und sonst nichts. Sein Sinn ist, eine von der Militärkirche in der Bundesrepublik her vorgetriebene Bewegung zu bekämpfen, die – der Bewegung der Deutschen Christen inhaltlich ähnlich – die Evangelische Kirche in Deutschland unter die Botmäßigkeit militaristischer und imperialistischer Zielsetzungen bringen und das Evangelium für solche Zwecke nutzbar machen will.

Die Unterstellung, daß der Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR sich solchen (oder verwandten) Zwecken dienstbar machen ließe, ist so ungeheuerlich wie bösartig. Nicht minder bösartig und ungeheuerlich wie die Behauptung, daß es „bekannt“ sei, „daß Pankow sich eifrig darum bemüht, dem thüringischen Landesbischof Mitzenheim die Rolle zu übertragen, die Reichsbischof Müller unter Hitler gespielt hat“.

Die Bekenntnistreue Landesbischof Mitzenheims ist ebenso bekannt wie die Entschlossenheit seines Widerstandes gegen die Pläne Ludwig Müllers und der Deutschen Christen in der Nazizeit. Gewiß sind die Vorstellungen Bischof Mitzenheims von einer Ordnung der kirchlichen Verhältnisse im einzelnen andere als die des Pfarrerbundes, der keinerlei Beratungen darüber mit Bischof Mitzenheim gepflogen hat; ganz gewiß aber sind sie von der gleichen Sorge um die Wiederherstellung der geistlichen Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland auf der Grundlage der genannten gesamtkirchlichen Erklärungen getragen, die von denen verraten und preisgegeben sind, in deren Namen und Auftrag „Der Kurier“ (wie übrigens auch „Die Welt“) „eigene Berichte“ zur kirchlichen Lage schreibt.

„Der Kurier“ ist offenbar der Meinung, daß nur ausgesprochene Parteikirchen im Sinne der CDU/CSU Anspruch haben, „Christliche Kirche“ zu sein. Solche Auffassungen energischer und wirksamer als bisher zu bekämpfen, ist allerdings das Anliegen des Bundes Evangelischer Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik – bei allem Verständnis für die Sorge des „Kurier“, daß seinen Auftraggebern darüber die Felle wegschwimmen könnten.

5. Landesbischof D. Mitzenheim, der von Außenstehenden immer wieder mit staatlichen Plänen der Reorganisation der Kirche in Verbindung gebracht wurde und noch wird, hat sich selbst eingehend zur Frage der kirchlichen Gesamtorganisation sowie überhaupt zur Situation der Kirche in der DDR nach dem 13. August 1961 eingehend geäußert. Das geschah vornehmlich in drei Presseverlautbarungen, die anlässlich der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen von Neu-Delhi ausgegangen sind. Diese hier im vollen Wortlaut wiedergegebenen Verlautbarungen geben einen guten Einblick in die Denkweise

des viel umkämpften thüringischen Landesbischofs. Dabei kann freilich nicht die Bemerkung unterdrückt werden, daß die Beurteilung der kirchlichen Situation in der DDR, wie sie besonders in den an zweiter und dritter Stelle abgedruckten Presseinterviews zum Ausdruck kommt, von der überwiegenden Mehrheit der verantwortlichen kirchlichen Persönlichkeiten in der DDR in wesentlichen Punkten nicht geteilt werden dürfte:

MITZENHEIM: GEGEN MITTELDEUTSCHE STAATSKIRCHE UND GEGEN SPALTUNG DER EKD

*Der thüringische Landesbischof äußerte sich in Neu-Delhi
(„epd Zentralausgabe“ Nr. 272 vom 23. November 1961)*

epd Neu-Delhi, 23. November. Jede Form einer Staatskirche in der DDR werde von den mitteldeutschen Bischöfen strikt abgelehnt, erklärte der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst. Mitzenheim, der zur Zeit an der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi teilnimmt, betonte, die Kirche müsse von den politischen Mächten unabhängig bleiben und dürfe in der DDR keine Winkelsache werden. Er sehe ihre Bedeutung darin, daß sie als Kirche im Volk und für das Volk ein Ausstrahlungszentrum für die christliche Botschaft sei, „eine dienende Kirche, die nicht nach Prestige fragt, sondern Barmherzigkeit übt, Anwalt der Bedrängten und Mund der Stummen ist“.

Nachdrücklich wandte sich der thüringische Bischof gegen die kirchenpolitischen Pläne des „Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR“, dem nur eine kleine Minderheit angehöre. Er, Mitzenheim, sei der Meinung, daß man in der DDR keine neuen selbständigen kirchlichen Organe schaffen solle, weil dies die Spaltung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bedeuten würde. Zwar sei die organisatorische Einheit der EKD im Augenblick gestört, und gemeinsame Verhandlungen ihrer Gliedkirchen im Westen und Osten Deutschlands seien kaum noch möglich, aber, so sagte der Bischof wörtlich, „die innere Verbundenheit im Glauben und dienender Liebe bleibt und soll vertieft werden. Die Kirchen in der DDR bleiben Glieder der EKD“.

Innerhalb der DDR gilt es nach Überzeugung Mitzenheims, alle Einrichtungen zu fördern, die der Kooperation der mitteldeutschen Landeskirchen dienen. Dazu gehören unter anderem Predigeraustausch und überregionale Jugendarbeit, die Arbeit der Frauenhilfen, der Evangelischen Akademien und der Studentenseelsorge. Entschieden bekannte sich Mitzenheim zur universalen Sache des Ökumenischen Rates. Er setzte sich für freie Kontakte der Kirchen in Ost und West miteinander ein und insbesondere für eine stärkere Verbindung mit den Minderheitskirchen in den Volksdemokratien.

VERBUNDENHEIT IM GLAUBEN, IN DER HOFFNUNG UND DER FÜRBITTE

*Ein Interview mit dem thüringischen Landesbischof D. Moritz Mitzenheim
(„LWB Pressedienst“ 29/61 vom 2. Dezember 1961)*

Während seines Aufenthaltes in Neu-Delhi zur Teilnahme an der Dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gab der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, D. Moritz Mitzenheim, dem Vertreter der Deutschen Presse-Agentur, H. J. Bargmann, ein Interview. Nachfolgend geben wir zur Information Fragen und Antworten im Wortlaut wieder:

Frage: Meinen Sie, Herr Landesbischof, daß die Aufnahme der Russisch-Orthodoxen Kirche in die Ökumene Auswirkungen auf die Arbeit der mitteldeutschen Kirchen haben wird, beispielsweise durch eine verstärkte Möglichkeit von gegenseitigen Besuchen?

Antwort: Zunächst möchte ich betonen, daß der Beitritt der Russisch-Orthodoxen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen ein kirchengeschichtliches Ereignis von hohem Rang ist. Seit 900 Jahren ist die Ostkirche von den Kirchen der westlichen Welt so getrennt, daß kaum eine Verbindung bestand. Es hat auf unserer Seite nicht an Bemühungen gefehlt, um die Trennung zu überwinden. Luther hat die Kirche des Ostens nicht aus dem Blickfeld gelassen. Melanchthon hat die Augsburger Konfession für den Patriarchen von Konstantinopel ins Griechische übersetzt. Der Pietismus hat von Halle aus nachhaltigen Einfluß in das russische Land hinein ausgeübt. Aber die Trennung blieb. Darum hat die Teilnahme der russischen und anderer orthodoxer Kirchen an der Weltkirchenkonferenz ihre besondere Bedeutung.

Wie sich diese engere Verbundenheit auswirken wird auf das Leben unserer Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, bleibt abzuwarten. Ob uns Probleme, die uns bisher fernlagen, infolge der neuen Situation näherrücken, ist eine Frage, die heute noch nicht beantwortet werden kann. Männer der Kirche, sowohl aus der Deutschen Demokratischen Republik als auch aus der Deutschen Bundesrepublik, haben schon in den letzten Jahren auf Einladung des kirchlichen Außenamtes in Moskau die Kirche in der Sowjetunion besucht, und Vertreter der Russisch-Orthodoxen Kirche haben in Deutschland ihre Gegenbesuche gemacht. Zwischen dem Exarchat in Berlin-Karlshorst und den deutschen evangelischen Kirchen besteht eine gute Verbindung.

Als vor zwei Jahren evangelische Bischöfe aus der DDR den Patriarchen von Moskau und ganz Rußland in seiner Sommerresidenz in Odessa besuchten und in unserem Grußwort zum Ausdruck kam, daß wir als Kinder Gottes bei aller Verschiedenheit der Geschichte und des Lebens der beiden Kirchen Brüder seien, stimmte Alexius dem zu. Er sagte in seiner Antwort unter anderem: Die Kinder lieben ihren Vater auf verschiedene Weise, der Vater aber liebt seine Kinder alle auf die gleiche Weise.

Frage: Mit Bedauern beobachtet die Öffentlichkeit, daß gemeinsame Tagungen der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Vertretern aus Ost und West nicht mehr möglich sind. Meinen Sie, daß dieser Zustand bald beseitigt werden kann?

Antwort: Wie lange der jetzige Ausnahmezustand bleiben wird, ist eine Frage, die an die Männer des politischen Lebens zu richten ist. Wir hoffen, daß die Verständigungsbereitschaft wächst und sich durchsetzt. Krieg ist, besonders im Zeitalter der Atomwaffen, kein Mittel zur Lösung weltpolitischer Probleme. Es sind vielmehr Gespräche nötig, auch der Deutschen miteinander, Verhandlungen mit dem Ziele der Verständigung. Wenn ein neues, auch von der Weltkirchenkonferenz gefordertes Ethos oder sagen wir schlichter: ein besserer Umgangston im Verkehr der Völker und Nationen miteinander gebräuchlich werden würde, so könnte es möglich sein, daß auch die deutsche Frage Schritt für Schritt einer Lösung zugeführt würde. Das ist unsere Hoffnung. Dann würde auch der Verkehr der Deutschen in Ost und West miteinander wieder in geregelte Bahnen kommen, und viele innere Nöte der Menschen hüben und drüben behoben werden. Dann würden auch gemeinsame kirchliche Tagungen aus Ost und West wieder möglich sein. Das ist unser Wunsch. Bis dahin werden wir weiter bemüht bleiben, durch Verhandlungen mit den zuständigen Stellen für gemeinsame Tagungen den Weg zu ebnen.

Frage: Falls dies nicht möglich sein sollte, wie stellen Sie sich dann die weitere organisatorische Zusammenarbeit vor?

Antwort: Wenn der jetzige Zustand für längere Zeit bleiben sollte, so ist die organisatorische Zusammenarbeit auf kirchlichem Gebiet gestört. Sie wird zunächst kaum möglich sein. Da aber organisatorische Institutionen, so wichtig sie sein mögen, für die eigentliche Arbeit der Kirche nicht ausschlaggebend sind, geht der Dienst der Kirche in der DDR weiter. Er wird, wie bisher schon, von den Landeskirchen getragen und getan, deren Organisation durch die Ereignisse des 13. August nicht berührt wurde. Auf die Koordinierung und Kooperation der Gliedkirchen in der DDR wird in der gegenwärtigen Situation größter Wert zu legen sein. Die Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, sind zu erhal-

ten, so die Konferenzen der evangelischen Bischöfe und der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, auch die überlandeskirchlichen Arbeitsgemeinschaften für einzelne Zweige des kirchlichen Dienstes.

Auch wenn die organisatorische Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland gegenwärtig kaum praktiziert werden kann, so bleibt doch die Verbundenheit der evangelischen Gliedkirchen in Ost und West im Glauben und im Hoffen, in der Fürbitte und in der dienenden Liebe. Wie wichtig solche Glaubensverbundenheit über staatliche Grenzen und andere menschliche Unterschiede, auch über Rassenverschiedenheiten hinaus, für die gemeinsamen Aufgaben der Menschen guten Willens und der Völker ist, erleben wir hier in Neu-Delhi auf der Weltkirchenkonferenz sehr eindrücklich.

Frage: In der Presse ist verschiedentlich angedeutet worden, daß Bemühungen zur Bildung einer eigenständigen kirchlichen Organisation in Mitteldeutschland im Gange seien. Es ist sogar von einer „DDR-Nationalkirche“ die Rede gewesen. Können Sie uns darüber etwas sagen?

Antwort: Die Behauptung, es werde in der DDR eine „Nationalkirche“ erstrebt, ist völlig unbegründet und unzutreffend. Niemand denkt daran, in der DDR eine Staatskirche irgendwelcher Art zu bilden. Unsere Kirche muß unabhängig von politischen Mächten bleiben. Sie ist an keine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gebunden, weder an eine kapitalistische noch an eine sozialistische. Sie hat in jede Ordnung hinein das Wort von Gottes Gericht und Gnade zu sagen. Es gilt, für diesen Dienst der Kirche den notwendigen Raum im öffentlichen Leben freizumachen und freizuhalten.

Die Grundlage für Verhandlungen mit den staatlichen Stellen ist das Kommuniqué vom 21. Juli 1958, das die Verfassungsbestimmungen der Glaubensfreiheit und der ungestörten Religionsausübung bestätigt hat. Es hat sich inzwischen vielfach gezeigt, daß die Auswirkung des Kommuniqués günstig ist für den Dienst der Kirche. Diesen Raum gilt es mit christlichem Gemeindeleben zu erfüllen. Dies zu tun, sind unsere Pfarrer, Katechetten, Jugendwarte, Gemeindeglieder, Kantoren, Diakone, Schwestern und nicht zuletzt viele Gemeindeglieder in großer Treue, verantwortungsbewußt und opferbereit an der Arbeit.

Unsere Kirche in der DDR ist keine Winkelkirche und darf es nicht werden. Sie ist eine Kirche im Volk und für das Volk. Die Kirche ist allein gebunden an die Heilige Schrift und tut ihren Dienst nicht im Vertrauen auf Menschen und Mächte, sondern in der Zuversicht, daß Gott auch heute und hier bei uns am Werke ist.

MITZENHEIM: DAS POSITIVE REALISTISCH SEHEN!

Der thüringische Landesbischof über kirchliche Aktivität in Mitteldeutschland („epd ZA“ Nr. 281 vom 3. Dezember 1961)

epd Neu-Delhi, 3. Dezember. Leben und Dienst der Kirche in der DDR dürfe man weder pessimistisch noch optimistisch betrachten, sondern nur realistisch-objektiv. Dies erklärte der thüringische Landesbischof D. Mitzenheim in einem weiteren epd-Gespräch in Neu-Delhi. Ohne die Schwierigkeiten für die Arbeit der Kirche in einem sozialistischen Staat bagatellisieren zu wollen, müsse doch auch das Gute, Positive berichtet werden. In diesem Zusammenhang hob D. Mitzenheim die günstige Wirkung des Kommuniqués vom 21. Juli 1958 hervor, in dem die in der Verfassung der DDR zugesagte Glaubensfreiheit und ungestörte Religionsausübung aufs neue bestätigt worden seien. Dieses von der Pressestelle beim Ministerpräsidenten veröffentlichte Kommuniqué sei die Grundlage für die seitdem auf den verschiedenen Verwaltungsebenen laufenden Verhandlungen, die die Freiheit des Raumes für den Dienst der Kirche zum Ziele hätten. Die Diener der Kirche, ob in der Verkündigung, der Unterweisung, der kirchenmusikalischen Arbeit oder der Diakonie, seien verantwortungsbewußt tätig.

Zum Besuch der Christenlehre erklärte D. Mitzenheim, daß hier der Tiefstand überwunden sei. Die Christenlehre könne wieder in den Eckstunden des Schulunterrichts erteilt werden. Es gebe Gegenden, in denen 90 Prozent der getauften Kinder die Christenlehre regelmäßig besuchen. Ähnlich verhalte es sich mit dem Konfirmandenunterricht und der Konfirmation. Die Jugendarbeit geschehe in den Gemeinden, aber auch übergemeindlich. Bibelrüstzeiten der Jungen Gemeinde, Jugendsonntage für die Superintendenturen und das ganze Land fänden ungehindert statt, auch Jugendkonvente. Die Zahl der Jugendwarte sei größer geworden. Die kirchlichen Werke hätten laufend ihre übergemeindlichen Veranstaltungen. Die evangelische Schrifttumsarbeit geschehe ohne Behinderung. Das evangelische Schrifttum laufe nicht, wie alles andere Schrifttum, über den Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel, sondern werde direkt von den evangelischen Buchhandlungen und kirchlichen Stellen vertrieben. Die Sammlung „Brot für die Welt“ werde realisiert. Die Sachspenden würden über das Rote Kreuz vermittelt, seien aber ausdrücklich als Gaben der Kirche bezeichnet.

Wegen der 55 evangelischen Krankenhäuser in der DDR sei ein Vertrag der Kirchen mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund abgeschlossen worden, der bestimme, daß die Gehälter der Ärzte und des Hilfspersonals in die Pflegesätze eingerechnet werden. Dadurch würde den evangelischen Krankenanstalten eine wesentliche finanzielle Hilfe zuteil. Seit 1945 seien zum Beispiel in der Thüringer Kirche 15 Gotteshäuser in Industrievorstädten und entlegenen Landgemeinden neu gebaut worden. In anderen Landeskirchen sei dies sicher ebenso. Das kirchenmusikalische Leben stehe in Blüte. Die Kirche habe ihre eigenen Ausbildungsstätten für Kirchenmusiker, Katecheten, Diakone und Diakonissen. Selbstverständlich gebe es noch offene Fragen. Die Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen müsse noch besser geregelt werden. Mitzenheim wies auf die Bestimmung des Kommuniqués hin, daß solche Fragen durch Verhandlungen mit den staatlichen Stellen geklärt und gelöst werden sollten.

6. Um auch noch einen Einblick darin zu geben, wie „fortschrittliche“ Christen in der DDR die Lage nach dem 13. August am Ende des Jahres 1961 beurteilen, geben wir hier einen von Professor D. Emil Fuchs veröffentlichten Brief sowie einen Auszug aus einem Bericht des Geschäftsführers der Ost-CDU, Gerald Götting, im Wortlaut wieder.

WODURCH WIRD DIE KIRCHE WAHRHAFT GEFÄHRDET?

Ein Brief von Prof. D. Emil Fuchs („Union Pressedienst“, Heft 10, September 1961)

Lieber Herr Pfarrer!

Sie haben mir mit Ihrem Gruß wieder eine sehr große Freude gemacht. Es gibt ja kaum etwas Schöneres, als von einem früheren Schüler solche Worte der Liebe und des Dankes zu erhalten. Dazu gehört auch, daß Sie gerade in solchem Vertrauen mir sagen, Sie könnten mein Gespräch mit dem Vorsitzenden unseres Staatsrates, Walter Ulbricht, nicht gut heißen ...

Ich verstehe sehr wohl, daß es Pfarrer gibt, die diesen Schritt nicht verstehen können. Sie erleben in den Gemeinden täglich, zu welchen Bitterkeiten die Gegensätze führen, unter denen sich der gewaltige gesellschaftliche Umschwung unserer Zeit vollzieht. Niemand wird leugnen, daß dabei von Vertretern der neuen Ordnung – teils aus einfacher Verständnislosigkeit, teils aus Mißtrauen gegen jede Form des Christentums – unnötige Härten hineingetragen wurden. Wer aber – wie ich – in vielen Fällen als Mittler wirken konnte, hat auch erkannt, daß es durchaus nicht immer nur Schuld des Marxisten war und ist, wenn solche Fälle vorkamen. Mißtrauen, Angst, ja auch Haß auf der anderen – christ-

lichen – Seite haben viele, die für die Neuordnung wirken wollten und mußten, oft bitter gereizt und in schwierige Lagen gebracht. Andererseits habe ich erfahren, wie stark der Wille unserer Behörden ist, diese Dinge möglichst in Güte zu ordnen.

Ich glaube, viele Pfarrer würden gleiche Erfahrungen gemacht haben, hätten sie die rechte Art gefunden, mit Verständnis für die Neuordnung Wege gütlicher Regelung zu suchen.

Sie wissen aus meinen Vorlesungen, wie tief das Verhalten der Kirchen im 19. Jahrhundert die Arbeitermassen enttäuscht und verbittert hat. Das konnte sich nicht einfach in Vertrauen wandeln!

Hätte uns da nicht die Frage bewegen müssen, wie wir durch ein wahrhaft christliches Verhalten gegenüber diesem Mißtrauen gutmachen können, was ehemals gesündigt wurde?

Statt dessen standen große Teile der sichtbaren Vertreter unserer Kirchen der Neuentwicklung mit erschreckender Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber. Das machte sie unfähig, die echten Notwendigkeiten dieser Entwicklung zu verstehen und so den Vertretern der Neugestaltung dort gerecht zu werden, wo diese das entsprechend der Lage Notwendige tun mußten und taten. Man brachte auch dem Staate als in christlicher Verantwortung stehender Bürger nicht das an Hilfe entgegen, wozu man nach Römer 13 verpflichtet war. Die Kirchen haben geradezu dahin gewirkt, daß Christen sich den Aufgaben im staatlichen Leben nicht zur Verfügung stellten.

Hinzu kommt, daß man von Westen her die Kirchen immer mehr in den Dienst des Antikommunismus und des kalten Krieges stellte, was die Existenz der Kirchen schwer gefährden muß. Denn sie zerstören damit ja selbst ihre Vertrauenswürdigkeit als Kündler des Friedensevangeliums. Männer, die solchem entgegenstanden, wurden durch Intrigen aus ihrem Einfluß gedrängt. Ich erinnere nur an Niemöller, an Heinemann und schließlich an Bischof Mitzenheim. Ich erinnere auch an den Militärseelsorge-Vertrag und an das Absinken des Kirchentages in politische Agitation ... Der von hier ausgehenden Gefährdung unseres Staates – die eine noch schwerere Gefährdung unserer Kirchen ist! – haben die Vertreter der Kirchen in der DDR nicht so klar und stark entgegengewirkt wie es nötig gewesen wäre. So wurde das alte Mißtrauen vieler gegen sie noch verstärkt.

Ich will nicht behaupten, daß die Gegenwirkung staatlicher Stellen ohne Fehl gewesen sei. Aber mir ist sehr deutlich, daß Christen und Kirchenbehörden durch ihr Verhalten viel dazu beigetragen haben, die Stimmung zu verbittern.

Als am 4. Oktober 1960 die Programmatische Erklärung unseres Staatsrates an die Mithilfe der Christen beim Aufbau des Staates so warm appellierte, schien mir der Augenblick gekommen, diesen Kreis zu durchbrechen, in dem die Kirchen immer mehr dem Staat als Opposition entgegentreten drohten.

Um beider Willen mußten die Verpflichtungen des Christen als Staatsbürger festgestellt werden, und ebenso, wie die Stellung des Staates und seiner Behörden zu ihm ist. Beides wurde sehr klar ausgesprochen und wird Weisung für alle sein, die ihre Verantwortung für die Zukunft erkennen und so in neuer Zuversicht zum Miteinanderarbeiten gelangen.

Wir glauben, daß auf diese Weise gerade das am sichersten überwunden wird, was heute noch Schwierigkeiten zwischen Marxisten und Christen, zwischen Staat und Kirche bereitet.

Wir glauben auch, daß damit das Evangelium nicht verleugnet, sondern vielmehr in der rechten Weise wirksam gemacht wird. Nichts ist für seine Verkündigung gefährlicher als ein von Angst oder Mißtrauen diktiertes Verhalten der Christen oder Kirchenbehörden und eine Verteidigungsweise, die dem Geist Christi widerspricht.

Unsere Aufgabe ist es, da mitzuwirken, wo etwas Notwendiges für Ordnung und Zusammenleben in dieser Welt geschieht. Wir sollten unseren Mitmenschen dabei in echter brüderlicher Mithilfe zur Seite stehen. Tun wir das so gut wie wir können im Geiste Jesu, dann wird Seine Macht durch uns auch die neuwerdende Gesellschaft durchdringen. Je mehr menschliche Gegensätze wir aber in sie hineinbringen, desto ohnmächtiger wird unser Zeugnis.

Seien Sie sehr herzlich in alter Liebe begrüßt von Ihrem Freund

Emil Fuchs

*Auszug aus dem von Gerald Götting erstatteten Bericht des Präsidiums auf der VIII. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU am 11. Dezember 1961
(„Neue Zeit“ Nr. 291 vom 13. Dezember 1961)*

Sozialismus verwirklicht christliche Gebote

So ist ein gemeinsames Werk entstanden, an dem wir alle teilhaben. Fragt sich ein christlicher Bürger in unserem Staat: Kann ich mich im Sozialismus, den ich mitgebaut habe, als Christ bekennen und im Gottesdienst zu Gott beten?, dann muß er sich die Antwort geben, daß er frei – seiner Entscheidung entsprechend – den Gottesdienst besuchen kann, wie die Verfassung es ihm garantiert. Fragt er sich, inwieweit er die Gebote: Stifte Frieden und liebe deinen Nächsten wie dich selbst, im Sozialismus leben und danach handeln kann, dann muß er feststellen, daß er sich in diesen ethischen Forderungen des Christentums nicht länger allein weiß, sondern sich in Übereinstimmung befindet mit seinen Mitbürgern und seiner Regierung, die nicht mehr unter christlicher Begründung antichristlich handeln.

Die Bruderhand gereicht

Wir sind als Christen gerufen, mitzuarbeiten. Die Hand unseres marxistischen Bruders ist ausgestreckt. Schlagen wir ein und halten wir uns gegenseitig fest, damit diejenigen, die die Spaltung für ihre unmenschliche Politik so dringend brauchen, nicht den Glauben des Christen gegen die Überzeugung des Marxisten zu ihrem Vorteil und unserem Verderben nutzen können. Wir wissen um die unüberbrückbaren ideologischen Gegensätze zwischen Christentum und Marxismus. Stärker aber als das, was uns trennt, ist die Verantwortung für die Menschen, die uns eint. Handeln wir für den Menschen, handeln wir für Gott.

Den letzten Maßstab für sein Handeln und das Verhalten gegenüber Mitmenschen gewinnt der Christ aus seinem Glauben. Sein Verhältnis zu seinen Mitmenschen ist nicht abhängig von dessen Weltanschauung, es wird in erster Linie bestimmt vom Tun des anderen. Deshalb sollten wir klar und deutlich feststellen, daß unsere marxistischen Freunde es waren, die die Hauptlast des Kampfes um die Befreiung unseres Volkes vom Faschismus getragen haben, daß sie es sind, die die Hauptverantwortung für den Neuaufbau unseres Staates tragen und daß sie alle Kräfte einsetzen, um den Frieden zu sichern und für uns alle eine glückliche Zukunft zu gestalten. Diese Taten sind es, die uns veranlassen, an ihre Seite zu treten und mit ihnen gemeinsam um die Verwirklichung dieser hohen Ziele zu ringen.

Auf dem 14. Plenum des ZK hat Walter Ulbricht wie in der Programmatischen Staatserklärung und bei dem denkwürdigen Gespräch am 9. Februar dieses Jahres noch einmal ausdrücklich die große Bedeutung der festen Zusammenarbeit aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, gleich welcher Weltanschauung sie sind, unterstrichen. Die politisch-moralische Einheit unserer Bevölkerung bezeichnete er als unsere „größte nationale Errungenschaft“.

Es ist deshalb kaum verwunderlich, daß die Kräfte des Krieges in Westdeutschland gegenwärtig den Hauptangriff gegen diese politisch-moralische Einheit richten, die sich am und nach dem 13. August als besonders tragfähig erwiesen hat. Mit übelsten Verleumdungen versuchen sie, der Weltöffentlichkeit ein völlig entstelltes Bild vom kirchlichen Leben in der DDR zu vermitteln.

Diese christlich verbrämte Hetze gegen unsere Republik spitzt sich in der Gegenwart zu der Behauptung zu, daß mit den Maßnahmen des 13. August endgültig die evangelische Kirche in Deutschland gespalten worden sei und daß nun unsere Regierung darauf aus sei, in der DDR eine Staatskirche zu gründen. Im Zusammenhang damit werden Landesbischof Mitzenheim Unterstellungen gemacht, die dieser allerdings in einem Interview in

Neu-Delhi mit Recht entschieden zurückgewiesen hat. Lassen Sie mich zu diesem Problem zwei Dinge sagen:

1. Nicht die Deutsche Demokratische Republik hat die Einheit der EKD gespalten. Die EKD hat ihre Einheit selbst zerstört durch ihre einseitige Bindung an den Bonner Staat, wie sie mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages offensichtlich wurde. Auf diesen Tatbestand haben nicht nur Politiker aufmerksam gemacht, sondern auch zahlreiche Kirchenmänner und Theologen.

2. In unserer DDR gilt nach wie vor der verfassungsmäßig gesicherte Grundsatz von der Trennung von Staat und Kirche: wie die einzelnen evangelischen Landeskirchen in der DDR in der Zukunft ihr Verhältnis zueinander ordnen werden, das ist einzig und allein ihre eigene Angelegenheit. Weder der Staat noch politische Organisationen werden sich in diese kirchlichen Dinge einmischen. Nach wie vor stellt das Kommuniqué vom Juli 1958 die tragfähige Plattform für eine gedeihliche Entwicklung der Kirchen in unserem Staat dar.

Kirchliche Verständigungskräfte wachsen

Wahrscheinlich haben sie alle mit Genugtuung gelesen, daß Papst Johannes XXIII. sich in einem Telegramm an das Präsidium des Hauptvorstandes für die Glück- und Segenswünsche bedankte, die wir ihm zur Feier seines 80. Geburtstages und des 3. Jahrestages seiner Krönung ausgesprochen hatten. Wir können mit Dankbarkeit feststellen, daß es ernsthafte Bemühungen um eine Normalisierung des Verhältnisses der katholischen Kirche zu unserem Staat gibt. Wir müssen aber gleichzeitig darauf hinweisen, daß die nach rückwärts gewandten Kräfte im deutschen Katholizismus alles tun, um diese Bemühungen nicht zum Erfolg kommen zu lassen. Leider trägt der Hirtenbrief, den die katholischen Bischöfe am letzten Sonntag im Oktober in allen katholischen Kirchen in der DDR haben verlesen lassen, nicht dazu bei, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen.

Nicht nur in der DDR wächst die Bereitschaft der Geistlichen zur aktiven Mitgestaltung im gesellschaftlichen Leben, auch im Weltmaßstab scheinen die friedliebenden und verständigungsbereiten Kräfte in den verschiedensten Kirchen und kirchlichen Gremien an Boden zu gewinnen. Diese außerordentlich interessante Entwicklung ist ohne Zweifel ein Ausdruck dafür, daß sich auch in diesen Kreisen das Bewußtsein von dem veränderten Kräfteverhältnis in der Welt immer mehr durchsetzt. Ein Beispiel dafür bietet die 3. Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi. Da diese Konferenz erst vor vier Tagen zu Ende gegangen ist, kann heute noch keine abschließende Einschätzung vorgenommen werden. Soviel scheint aber sicher zu sein, daß die Vertreter der Bonner Politik, die sich in Neu-Delhi bemüht haben, alle Entspannungsversuche zu torpedieren, eine Niederlage erlitten haben. Anstelle von Bischof Dibelius wählten die Delegierten den hessischen Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller zu einem der sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates für die nächsten Jahre. Das ist nicht nur eine Entscheidung gegen den Antikommunismus eines Bischof Dibelius. Das ist gleichzeitig eine Stellungnahme für das, was Martin Niemöller seit 1945 wie kein zweiter Kirchenmann für Frieden und Verständigung der Völker getan hat.

Auch die Aufnahme der Russischen Orthodoxen Kirche sowie der orthodoxen Kirchen aus Rumänien, Bulgarien und Polen in den Weltkirchenrat ist ein Zeichen dafür, daß einflußreiche Teile der Weltchristenheit zu begreifen beginnen, daß im Mittelpunkt der ökumenischen Arbeit heute die Friedensarbeit stehen muß.

Der Patriarch der Russisch-Orthodoxen Kirche Alexej hat in seiner Botschaft an die Weltkirchenkonferenz festgestellt: „Wir sehen, daß die Bewahrung und Festigung des Weltfriedens das Grundproblem unserer Zeit ist. Der Ökumenische Rat der Kirchen und die Kirchen und Denominationen, die in ihm zusammengeschlossen sind, können und müssen in dieser Frage die hohen Grundsätze beweisen, die von der christlichen Gemeinschaft und von allen Nationen erwartet werden. Die Menschheit muß vom Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Probleme befreit werden.“

Es nimmt nicht wunder, daß angesichts dieser Tatsache das sattsam bekannte „Echo der Zeit“ unter der alarmierenden Überschrift „Russen im Weltkirchenrat“ lamentiert: „Wenn die Russen im Weltkirchenrat eine ähnliche Haltung bei kommenden Fragen einnehmen, wird die Weltöffentlichkeit ein sehr deutliches Wort sprechen müssen.“ Aber genau das ist es, was die kalten Krieger in Westdeutschland endlich begreifen sollten, daß nämlich die Weltöffentlichkeit nicht mehr für Bonn, sondern gegen diesen Staat ist, in dem ehemalige Hitler-Generale mit kirchlichem Zuspruch einen neuen Krieg vorbereiten.

Diesen Krieg verhindern zu helfen, darin sehen wir christlichen Demokraten unsere Hauptaufgabe, und wir sind glücklich darüber, in einem Staat leben und arbeiten zu können, für den Frieden und Verständigung Richtschnur seiner Politik sind. Wir – und mit uns die überwältigende Mehrheit der Christen in der DDR – sehen in unserem Staat unsere politische und geistige Heimat, die allseitig zu stärken wir unsere ganze Kraft einsetzen, die jederzeit zu verteidigen wir freudig bereit sind, deren Weg zum Sieg des Sozialismus zu gehen, wir gemeinsam mit allen in der Nationalen Front vereinten Kräften unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse fest entschlossen sind.

7. Und schließlich dürfte für die Beurteilung der allgemeinen Situation gegen Ende des Jahres 1961 auch der gemeinsame Hirtenbrief der ostdeutschen katholischen Bischöfe von Interesse sein, den diese am 29. Oktober 1961 (Christkönigsfest) in allen Kirchen Ostberlins und der DDR haben verlesen lassen. Der Brief trägt die Unterschriften des Bischofs von Berlin, Dr. Alfred Bengsch, des Bischofs von Meißen, Dr. Otto Spülbeck, des Kapitelsvikars in Görlitz, Bischof Dr. Ferdinand Piontek, des Weihbischofs in Magdeburg, Dr. Friedrich Maria Rintelen, des Weihbischofs in Erfurt, Dr. Joseph Freusberg, des Weihbischofs in Schwerin, Dr. Bernhard Schröder und des Generalvikars in Meiningen, Prälat Joseph Schönauer.

TRÖSTET, TRÖSTET MEIN VOLK!

*Gemeinsamer Hirtenbrief der römisch-katholischen Bischöfe Mittelddeutschlands
am Christkönigsfest (29. Oktober 1961) verlesen*

Liebe Brüder und Schwestern in Christus Jesus, unserm Herrn!

Dringender als je zuvor empfinden wir Bischöfe in der gegenwärtigen Stunde die Mahnung Gottes: „Tröstet, tröstet mein Volk.“

Und inständig haben wir zu Gott gebetet, er möge uns instand setzen, euch in jeder Trübsal zu trösten mit dem Trost, den wir selbst von Gott empfangen.

So spricht Christus, der Herr: „Ich kenne deine Bedrängnis.“

Laßt euch versichern, daß alles, was euch bedrückt, von uns miterlitten wird. Wir brauchen daher hier nicht zu wiederholen, was wir in den letzten beiden Jahren öfter gesagt haben. Wir brauchen nicht zu schildern, was ihr erlebt und was wir unmittelbar miterleben. Unser Trost kann nicht darin bestehen, daß wir diese schweren Belastungen verharmlosen. Die Gewissensnot, in der sich viele von euch befinden, verbietet jeden billigen Beschwichtigungsversuch. Die Befürchtungen, die eure Seelen quälen, sind nicht mit einigen optimistischen Worten abgetan. Und die Mutlosigkeit, die über viele gekommen ist, ist zu tief, als daß ein Wort nur menschlicher Ermunterung am Platze wäre.

Wir wissen, daß auch unser Bemühen, die Leiden des Gottesvolkes allzeit vor Augen zu haben, unser Mittragen und Mitsorgen noch keine wirkliche Hilfe ist. Aber wir dürfen ja sicher sein, daß zuerst Der den Notruf eurer Herzen vernimmt, in Dessen Gnade die gegenwärtige Stunde und alles Kommende zu tragen ist. Wir alle, liebe Brüder und Schwestern, wollen uns daher immer wieder der Worte Jesu erinnern, die er an die ge-

prüfen Gemeinden der Kirche in der Geheimen Offenbarung richtet: „Ich kenne deine Mühsal und deine Geduld. Ich weiß, wo du wohnst. Ich kenne deine Bedrängnis und deine Armut.“

Auch der Einsamste ist nicht vergessen, auch der Wehrlose ist nicht allein, der Schwache nicht aufgegeben, der Heimatlose nicht ungeborgen, der Zurückgesetzte nicht würdelos, und nahe ist der Herr allen, die gebrochenen Herzens sind.

„Wenn die Leiden Christi reichlich über uns kommen, werden wir auch reichlich in Christus getröstet.“

Der Trost Gottes, liebe Brüder und Schwestern, den wir euch aus ganzem Herzen wünschen, liegt nicht darin, daß wir euch ein leidloses Leben und eine leichtere Zukunft prophezeien. Wir sind die Kirche des gekreuzigten Herrn, und wir müssen als seine Jünger bereit sein, das Kreuz mit ihm zu tragen, damit wir einst in Herrlichkeit mit ihm herrschen dürfen. Darum gibt es keinen wirklichen Trost in der Flucht vor dem Kreuz. Wir brauchen Unrecht wahrlich nicht Recht zu nennen, und wir können auch nicht leugnen, daß unser natürliches Empfinden sich immer unwillkürlich gegen das Kreuz wehrt. Aber wer aus Furcht vor Nachteilen, wer um des ungestörten Fortkommens willen gegen sein Gewissen vor dem Kreuz flieht, der bezahlt es mit der Trostlosigkeit und der Friedlosigkeit seiner Seele, mit einer auf die Dauer untragbaren Last.

Die ganze jahrhundertelange Erfahrung der Kirche aber bezeugt es, daß die Worte des Heilandes wahr sind: „Mein Joch ist süß und meine Bürde ist leicht.“ Wo das Schwere auf uns zukommt, dem wir um des Gewissens und des Glaubens willen nicht ausweichen können, da müssen wir unser Ja zu dem Willen des Vaters sagen. Dann gilt sofort das kühne Wort des heiligen Paulus, daß nach dem Maße der Leiden auch der Trost Gottes uns gewährt wird: die heilige Gelassenheit, die keine irdische Macht fürchtet, der über Menschendenken kostbare Friede Gottes, den die Welt nicht rauben kann, die Freude des Heiligen Geistes mitten in der Mühsal, das Licht des Herzens mitten im Dunkel, die selige Nähe Gottes auch unter Tränen.

Der Christ darf in seinem Leiden den Anteil am Leiden Christi sehen und es so tragen. Dazu gehört aber auch, daß er nicht durch Unrecht oder durch Leichtsinn sich selber Leiden zuzieht. Gewiß kann seine christliche Glaubenshaltung und auch seine Gewissensentscheidung von außen her fälschlich als Unrecht oder Widerstand ausgelegt werden, wie ja auch unser Herr nach außen hin als Aufrührer verurteilt wurde, aber dann gelten die ewigen Maßstäbe des Gebotes Gottes und des recht gebildeten christlichen Gewissens.

„Wir sollen unser Vertrauen nicht auf uns selbst setzen, sondern auf Gott, der die Toten auferweckt.“

Wir wissen, liebe Brüder und Schwestern, daß die Prüfung für manche bis an die Grenze der Kraft geht. Mancher hat sich mit Bangen gefragt, warum der gütige Gott und Vater dies über jene kommen läßt, die ihn doch trotz aller Schwierigkeiten bekennen und lieben. Die Heilige Schrift gibt uns eine Antwort, die wir mit bereitem Herzen überdenken sollten.

Auch der Apostel Paulus bekennt von sich, daß ihn einmal eine Bedrängnis überaus schwer betroffen hat, so daß er sein Leben verloren gab. Und er bekennt dann mit großer Demut: „Wir sollten eben unser Vertrauen nicht auf uns setzen, sondern auf Gott, der die Toten erweckt.“ Wir bitten euch daher herzlich im Namen Jesu Christi: Prüfen wir uns in dieser Stunde, ob wir nicht immer noch zuviel auf uns selbst vertraut haben, auf unsere Klugheit, auf menschliche Sicherungen oder auf natürliche Berechnungen. Wir wissen, daß diese Versuchung uns allzeit gegenwärtig ist. Und doch empfängt Gottes Trost nur der, der sein Vertrauen auf ihn setzt, auf sein Wort, seine Verheißungen und seine Macht.

Haben wir nicht alle, liebe Brüder und Schwestern, oft zurückgeblickt auf eine Ver-

gangenheit, in der es leichter war, Christ zu sein? Haben wir nicht ebensooft mutlos in die Zukunft geblickt und unser Herz lähmen lassen von den dunklen Möglichkeiten, die sie enthält? Haben wir nicht zuerst darauf geblickt, wie wir unser Fortkommen und andere irdische Ziele erreichen? Haben wir nicht manchmal aus voreiliger Angst und Besorgnis gehandelt, ohne mit der Vorsehung Gottes und der gnädigen Führung des himmlischen Vaters zu rechnen? Haben wir nicht oft gemeint, Gottes Vorsehung müßte zuerst unsere irdischen Wünsche erfüllen? Der einzige gültige Grundsatz der göttlichen Vorsehung aber lautet: „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit, und alles andere wird euch hinzugegeben werden.“

Wir sind überzeugt, daß Gott uns in der gegenwärtigen Stunde zu solchem Glauben ruft, der sich mit fraglosem Vertrauen in die Hände des Vaters gibt. Und wir wollen uns nicht schämen, vor dem Angesicht Gottes zuzugeben, daß wir wieder von neuem dazu umkehren müssen, auf diesen einzigen festen Grund zu bauen. Denn die Kirche und der Christ bestehen nicht kraft der Klugheit und Weitsicht menschlicher Art, sondern aus dem Glauben. Er ist der Sieg, der die Welt überwindet. Wir sagen dies nicht, liebe Brüder und Schwestern, um irgendeinen Vorwurf zu machen. Wir sagen es uns selbst und euch um der Liebe Christi und um unseres Heiles willen: Beten wir um diesen Glauben, der zuversichtlich weiß, daß die Welt und ihre Pracht vergeht, Gott aber ewig bleibt und wir in ihm.

Mit freudigem Dank gegen Gott sind wir uns bewußt, wie viele in ungebrochener Treue zu ihrem Glauben gestanden haben. Männer und Frauen, aber auch Jugendliche und Kinder. Und mit inniger Liebe denken wir an jene, die nach der Stunde der Schwäche und des Versagens wieder zurückgefunden haben. Mit herzlicher Fürbitte aber gedenken wir auch aller, die auf falschem Wege sind und doch im Grunde ihres Herzens heimverlangen in den Frieden Gottes.

„Saget den Kleinmütigen: Seid getrost und fürchtet euch nicht.“

Es ist gut, in der gegenwärtigen Stunde zu wissen, daß nicht Befremdliches uns trifft, sondern was in der Offenbarung Gottes vielfältig vorausgesagt wird. Jesus sagt: „Wenn die Welt euch haßt, so wisset, daß sie mich vor euch gehaßt hat. Ich sage euch dies, damit ihr, wenn jene Stunde kommt, daran denket, daß ich es euch vorhergesagt habe.“

Daher gilt auch in dieser Stunde, was immer in der katholischen Kirche gilt, nur noch dringender.

Laßt uns die Einheit der Kirche wahren! Wir anerkennen mit Dank gegen Gott, daß ihr im Glauben einmütig und aus Überzeugung zur Kirche steht. Laßt euch darin nicht beirren und bedenket, daß die Einheit mit den Bischöfen und dem Papst als dem Vikar Christi zum Wesen der Kirche gehört. Im Bischofsamt wird die Einheit der Kirche sichtbar, und es gibt nichts, keine Versammlung, keine Verlautbarung, keinen Gottesdienst und kein Amt, was sich als katholisch bezeichnen kann, wenn es ohne oder gar gegen den Bischof geschieht. So wenig ein katholischer Bischof eine irdische Machtposition hat und so sehr er selbst angesichts der Heiligkeit seines Amtes um die eigene Schwäche und Unzulänglichkeit weiß, so sicher ist ihm das unaufgebbare und unverzichtbare Hirtenamt übertragen, in welchem die Einheit der Kirche dargestellt wird. Was gegen sein Amt geschieht, geschieht gegen die Einheit der Kirche und damit gegen Christus.

Wahret aber auch, dies ist der dringende Ruf der Stunde, *die Einheit der brüderlichen Liebe in den Gemeinden*. Sie ist mehr als eine Nachbarschaft der Gesinnung oder des Lebensstils. Sie ist die Kraft, in der auch ihr selber wie der Apostel sagen dürft: andere trösten mit dem Trost, den ihr selbst von Gott empfanget. Und es ist nicht abzumessen, wieviel Licht auch zur Stunde in Menschenherzen kommen könnte, wenn wir zu dem bedingungslosen Glauben auch die unermüdliche und großherzige Liebe der Jünger hätten.

Ihr, das auserwählte und geliebte Volk Gottes, *ihr seid die Boten seiner Barmherzigkeit in dieser Welt und dieser Stunde*. Seid die Schutzengel eurer Brüder und Schwestern! Er-

barmt euch aller Verwirrten und Mutlosen! Kommt freundlich den Fragenden entgegen, mit großer Geduld den Irrenden, mit Eifer den Unwissenden, mit Takt den Leidenden. Gewährt den Einsamen Heimatrecht in euren Familien, seid gütig gegen die Alten und Kranken und sorgt euch um die Kinder. Jeder, der seinen Aufenthalts- oder Arbeitsort wechseln muß, soll wissen, daß er überall Brüder findet.

So soll er in dem Bewußtsein gestärkt werden, daß es keinen Ort der Erde gibt, an dem der Glaube, das heiligste Erbgut, das er besitzt, nicht lebendig bleiben kann. So wie es auch keinen Ort der Erde gibt, von dem aus nicht euer Gebet, weil ihr die geliebten Kinder des himmlischen Vaters seid, vor seinen Thron dringen kann. Bedenket schließlich, daß eure Liebe ein Auftrag an die Welt, auch an eure Umgebung ist.

Wir wollen uns um keinen Preis der Gesinnung des Hasses ergeben, gegen wen auch immer es sei; und selbstverständlich können wir nicht mittun, wenn jemand Unrecht geschieht. Aber darüber hinaus wollen wir den Menschen mit Liebe begegnen, vor allem denen, die mutlos oder verzweifelt sind und den Trost des Gottesglaubens nicht haben. Es gibt wenige Seelen, heute weniger denn je, die nicht ansprechbar sind für ein Wort der Güte.

In solchem Liebeswerk werden wir selber Trost erfahren. Denn wer auf die Not des Bruders sieht, der sieht weniger die eigene Not. Und wer sein Leben für die Brüder einsetzt, der gewinnt eine letzte Unverwundbarkeit.

Liebe Brüder und Schwestern! Wir schreiben euch in einer schweren Zeit. Dennoch ist es eine große Zeit, weil euer Glaube und eure Liebe, euer Leid und eure Geduld gerade jetzt ein herrliches Zeugnis und ein heiliges Schauspiel vor Gott, den Engeln und Menschen sein können und weil die Frucht eurer Mühsal als ewig kostbare Ernte in Gottes Scheuer eingebracht wird. Es ist, trotz allem und was immer auch kommen mag, nur eine kleine Weile, bis der geliebte Meister und König des Weltalls, Christus, euch vor dem Vater und seinen heiligen Engeln bekennen wird, weil ihr ihn vor den Menschen bekannt habt. Zu diesem Ziel laßt uns unverwirrt aufschauen und so die Freiheit der Kinder Gottes gewinnen, die der Apostel mit den Worten aussagt:

„Dem Tode nahe – und leben doch ... betrübt, und doch immer fröhlich, arm und doch viele bereichernd, besitzlos und doch im Besitze von allem.“

Dazu segne euch der allmächtige Gott, der Vater und der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

c) Erziehungsfragen

1. Der Kampf um die Jugend und um die Schule ist seit dem Jahre 1945 immer ein besonderes Kapitel im Verhältnis der Kirchen zu den politischen Machthabern Ostdeutschlands gewesen. Die für den Christen immer notvoller gewordene Frage, ob er in einem totalitären Weltanschauungsstaat atheistischer Prägung überhaupt noch seines Glaubens leben kann, erfährt im Blick auf die Schule eine äußerste Zuspitzung: Können christliche Eltern noch ohne Gewissensnot ihre Kinder in die Schule eines solchen Staates schicken? Daher haben sich die Kirchen bis hin zu leidenschaftlichen Beschwörungen immer wieder mit der Bitte und dem dringenden Verlangen an die Regierung der DDR gewandt, die Schule nicht von Staats wegen zu einer atheistischen Weltanschauungsschule zu entwickeln und auf diese Weise Raum für die Kinder christlicher Eltern zu lassen. Das Ergebnis aller dieser kirchlichen Bemühungen war negativ. Die Schule ist längst zu einem Erziehungsinstitut des Staates mit atheistisch-weltanschaulicher Grundlegung geworden. Das schließt nicht aus, daß in vielen Schulen die Absichten von Partei und Staat noch nicht verwirklicht worden sind und nicht wenige Lehrer

nach wie vor einen auch für Christen annehmbaren Weg zu gehen versuchen. Grundsätzlich aber ist es klar, daß im Rahmen eines umfassenden Programms für die Erziehung des sozialistischen Menschen überhaupt die Schule einen klaren weltanschaulichen Auftrag mit atheistischer Zielsetzung hat, denn der hier gemeinte Sozialismus kennt keine Neutralität gegenüber dem christlichen Glauben. Das alles war bereits in der wichtigen Rede von Ministerpräsident Otto Grotewohl vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden am 23. März 1959 mit großer Klarheit zum Ausdruck gebracht worden (s. Kirchh. Jahrbuch 1959, S. 149 ff.).

Auf der anderen Seite aber mußte man eingestehen, mit der Erziehung und Bildung der Jugend im Sinne des sozialistischen Programms nicht fertig geworden zu sein. Auch hier gab die Führung der SED Anfang 1961 begangene Fehler offen zu, um zugleich neue Grundsätze und Methoden der Jugendpolitik zu entwickeln. Dabei suchte man der Abneigung der Jugend gegen eine totale Politisierung ihres Lebens Rechnung zu tragen und sogar, wenn auch in einer sehr behutsamen und verklausulierten Weise, ihrem Drängen nach bisher als „westlich“ verschrieenen Lebensformen nachzugeben. Man muß das nachstehend wiedergegebene Schriftstück genau studieren, um das Ausmaß der Verlegenheit der SED-Führung gegenüber der ihr immer mehr entgleitenden Jugend ermessen zu können:

KOMMUNIQUE DES POLITBÜROS ZU PROBLEMEN DER JUGEND

(„*Neues Deutschland*“ vom 11. Februar 1961)

Das Politbüro des Zentralkomitees hat sich ausführlich mit Problemen der Jugend beschäftigt, die in der gegenwärtigen Etappe des entfalteten Kampfes um den Sieg des Sozialismus in der DDR zu lösen sind.

Der Ausgangspunkt ist eindeutig und klar: Noch nie zuvor hatte eine junge Generation in Deutschland die Möglichkeit, eine so große Rolle im gesellschaftlichen Leben zu spielen, wie unter den Bedingungen unserer sozialistischen Demokratie. Die Jugend hat das große Vertrauen, das unsere Partei immer in sie gesetzt hat, jederzeit gerechtfertigt. Die Rechte der Jugend auf politische Mitbestimmung, auf Arbeit, auf Bildung, auf Erholung, Freude und Frohsinn wurden durch das Gesetz zur Förderung der Jugend zum festen Bestandteil der Politik unseres Staates. Im Arbeiter-und-Bauern-Staat wurden diese Grundrechte der jungen Generation verwirklicht und damit das Beispiel für ganz Deutschland gegeben.

Heute besitzt die Jugend alle Voraussetzungen, um ihre Fähigkeiten und Talente zu entwickeln, um im Beruf voranzukommen, zu studieren, wissenschaftliche, kulturelle und geistige Kenntnisse zu erwerben sowie an der Leitung des Staates und der Wirtschaft teilzunehmen. Die Jugend der DDR lebt in einem Staat ohne Ausbeutung, in einem Staat des Friedens und der Freundschaft gegenüber allen Völkern. Auf diesen Errungenschaften fußend, stellt die Programmatische Erklärung des Staatsrates das nächsthöhere Ziel, den Sozialismus auf allen Gebieten zum Siege zu führen und dabei die Beziehungen der Menschen untereinander noch enger zu gestalten, alles noch Trennende und Hemmende auf diesem Wege beiseite zu räumen, also wirklich sozialistische Beziehungen zu fördern. Darum geht es jetzt besonders auch bei der Jugend.

Eine Perspektive voller Siegeszuversicht und Romantik

Die Jugend drängt vorwärts und wird dabei vor immer neue, den ganzen Menschen erfordernde und begeisternde Aufgaben gestellt. Mit vollem Recht lenkt das Programm der

jungen Generation für den Sieg des Sozialismus die Gedanken der Jugend bereits auf das Jahr Zweitausend. Die Zeit, in der wir leben, und die die Jugend selbst mitgestaltet, ist die Zeit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus in der ganzen Welt. Dieser Entwicklung kann sich niemand entziehen. Auch Westdeutschland wird kein Naturschutzpark für Kriegsgewinnler, Spalter und Militaristen bleiben. Schon heute verkörpert die Deutsche Demokratische Republik die besten Traditionen der deutschen Nation und ist der rechtmäßige deutsche Staat. Sie ist Westdeutschland in ihrer gesellschaftlichen Entwicklung weit voraus und gibt das Beispiel für ganz Deutschland. Zum erstenmal kann eine junge Generation die feste Zuversicht haben, daß es möglich ist, den Krieg – wenn man aktiv für den Frieden kämpft – aus dem Leben der Gesellschaft zu verbannen und alle Kräfte in den Dienst der Umgestaltung von Natur und Gesellschaft zu stellen.

Diese Perspektive bietet der Jugend ein Leben voller Spannung und Romantik, voller Kampf des Menschen gegen die Kräfte der Vergangenheit. Das ist der Fortschritt unserer Zeit, für den wir das Interesse aller Jugendlichen und das Bewußtsein ihrer eigenen hohen Verantwortung für die Zukunft wecken wollen. Wer in dieser Zeit seinen Mann steht, erfüllt sein Leben mit einem tiefen Sinn. Es ist schön und reich für den einzelnen, nützlich und wertvoll für die Gesellschaft.

Bonn hat für die Jugend kein Ideal

Ein Vergleich mit Westdeutschland zeigt, daß dort in keiner grundlegenden Frage im Interesse der Jugend gehandelt wurde. Wo die alten Ausbeuter der Rüstungskonzerne herrschen, wo die Politiker, Diplomaten, Generale und Blutrichter der Vergangenheit wieder im Sattel sitzen – dort wird der Jugend kein vernünftiges Ideal, keine gute Perspektive für die Zukunft gegeben. Durch ein raffiniertes System psychologischer Beeinflussung, durch den Antikommunismus und besonders durch die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik soll die westdeutsche Jugend von ihren wahren Interessen abgelenkt und den Militaristen mit ihren Kriegsplänen gefügig gemacht werden. Wir verurteilen diesen Mißbrauch der Jugend durch die gleichen imperialistischen Statthalter, die bereits das Glück und das Leben mehrerer Generationen auf dem Gewissen haben. Doch die gesunden Kräfte in der Jugend Westdeutschlands setzen sich bereits entschlossener gegen die Militaristen zur Wehr, um ihr Recht auf Frieden, auf Demokratie und Freiheit, ihr Recht auf Mitbestimmung geltend zu machen.

Voller Tatendrang für den Sieg des Sozialismus

Von unserer Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik können wir sagen, daß sie voller Tatendrang ist und viele junge Menschen mit Feuereifer für den Sieg des Sozialismus arbeiten. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der Freien Deutschen Jugend. Doch es gibt auch Jugendliche, die sich über das Neue unseres Lebens noch wenig Gedanken machen, in den Tag hinein leben und mitunter sogar auf eine schiefe Bahn geraten. Natürlich wäre es völlig falsch, deshalb die Jugend zu beschuldigen. Die heutige Jugend unseres Arbeiter- und Bauern-Staates, die mitten in die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Deutschland gestellt ist, braucht viel mehr die offenerherzige, lebendige Diskussion, die geduldige Klärung aller ihrer Fragen. Die Aufgaben unserer Zeit sind nicht nur interessant und begeisternd, sondern werfen auch viele komplizierte Fragen vor der Jugend auf. Es ist doch so, daß der Jugendliche keine eigenen Vergleichsmöglichkeiten zum Leben der Jugend im alten imperialistischen Deutschland besitzt und den Kapitalismus selbst nicht kennt. Deshalb erscheint vielen Jugendlichen die neue Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik als etwas Selbstverständliches. Sie wissen die sozialistischen Errungenschaften nicht immer richtig zu schätzen. Von zu Hause, auch von älteren Arbeitskollegen, erfahren zahlreiche Jugendliche zuwenig – ja oftmals

sogar Falsches – über die Vergangenheit. Sie messen manche Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau an ihrer Idealvorstellung vom Sozialismus, ohne in Rechnung zu stellen, daß es keine Gratisfahrt zum Sozialismus gibt, sondern daß Sozialismus Kampf bedeutet. An diesem Kampf teilzunehmen, Schwierigkeiten zu meistern, die Feinde zu schlagen – ist besonders für junge Menschen eine fesselnde, ja Mut und Einsatzbereitschaft fordernde Sache. Gerade aus der Furcht vor einer aufgeklärten, vom Weg und Ziel unserer sozialistischen Sache überzeugten Jugend – tut der Gegner alles, um mit Hetze, Verleumdung und Verdummung auch auf Teile der Jugend unserer Republik einzuwirken.

Aus alledem entstehen bei jungen Menschen viele Fragen und sogar Konflikte. Aber nicht das ist schlimm, schlimm ist, wenn der Jugendliche damit allein gelassen wird oder durch Ungeduld und Schulmeisterei auf den Gedanken kommt, lieber den Mund zu halten, um nicht anzuecken oder „schiefzuliegen“. Schlimm ist, wenn über die Köpfe der Jugendlichen hinweggesprochen oder wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen wird. Der Jugendliche fragt mit Recht, wohin der Weg geht. Wir können und müssen ihm darauf eine klare und wahrheitsgetreue Antwort geben. Ausgerüstet mit der Überzeugung von der Richtigkeit und Sieghaftigkeit unserer Sache, wird die gesamte Jugend mit ihrer Tat dabeisein.

Bürokratisches Verhalten bremst die Jugend

Die übergroße Mehrheit aller Jugendlichen geht ordentlich ihrer Arbeit nach und vollbringt große Leistungen. Hier, bei der Mitarbeit am sozialistischen Aufbau in Industrie und Landwirtschaft, in den Brigaden und Arbeitsgemeinschaften der sozialistischen Arbeit, entwickelt sich vor allem der neue sozialistische Mensch. Hier wirkt das Neue unserer Gesellschaft bereits am eindringlichsten auf den Jugendlichen ein. Wenn junge Menschen in unseren sozialistischen Betrieben mitunter noch ohne Lust und Begeisterung arbeiten, hat das oft in ihrer falschen Behandlung und im bürokratischen Verhalten ihnen gegenüber seine Ursache. Das trifft auf junge Arbeiter, Genossenschaftsbauern und Angestellte genauso zu wie auf die Angehörigen der jungen Intelligenz, die nach wie vor in noch ungenügendem Maße entsprechend ihren Fähigkeiten eingesetzt werden. Oft wird die Initiative Jugendlicher gehemmt, gute Vorschläge Jugendlicher werden nicht selten gering-schätzig bewertet, es wird noch ungerechtfertigt gezögert, jungen Menschen in ihrem Arbeitsbereich Verantwortung zu übertragen. In dieser Hinsicht ist die Wirklichkeit hinter den in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Möglichkeiten zurück.

Hier erwächst vor allem den Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe. Sie tragen als Organisation der Arbeiterklasse eine große Verantwortung für die richtige Entwicklung der jungen Generation, vor allem für die klassenmäßige Erziehung der Arbeiterjugend. Manche Betriebsgewerkschaftsleitungen kümmern sich aber viel zu wenig um die jungen Gewerkschaftsmitglieder und ihre besonderen Interessen. Solche Gewerkschaftsleitungen geben auch in den Kulturhäusern den jungen Mitgliedern zu wenig Möglichkeiten zur kulturellen Betätigung, zu Frohsinn und Tanz. Dieser Zustand sollte von den Gewerkschaften kritisch überprüft und vor allem in der Praxis schnell beseitigt werden.

Dabei sollten die Betriebs- und Abteilungsgewerkschaftsleitungen auch von ihrem Recht Gebrauch machen, regelmäßige Versammlungen mit jungen Gewerkschaftsmitgliedern durchzuführen, auf denen alle Fragen der Mitarbeit im Betrieb offen ausgesprochen, die Interessen der arbeitenden Jugend besser vertreten und die Vorschläge der Jugend zur Mitarbeit schneller durchgesetzt werden.

Es geht um mehr als gute Zensuren

Mehr und mehr wächst unter der gesamten Jugend der Wille zum Lernen. Dabei spielen vor allem unsere Oberschulen, Berufsschulen, Universitäten und Hochschulen eine bedeutende Rolle. Die Mehrheit der Jugendlichen arbeitet nach der Lehrzeit oder dem Studium

fleißig mit, viele bewähren sich als junge Sozialisten. Doch bei weitem noch nicht alle Jugendlichen verlassen unsere Bildungsstätten mit einer richtigen Beziehung zum Leben. Die Jugend wird in der Regel bereits mit sehr guten fachlichen Kenntnissen ausgerüstet. Die gesellschaftliche Ausbildung der Jugend hält aber damit noch nicht Schritt. Zwar werden dem Schüler, dem Lehrling und Studenten viele politische Kenntnisse vermittelt, aber das geschieht oft lehrbuchmäßig und losgelöst von der Praxis und der Vielfalt des Lebens.

Wo formal gelehrt und gelernt wird, entsteht auch der Zustand, daß Jugendliche mit ihren offenen Fragen hinterm Berg halten und nicht zur Auseinandersetzung erzogen werden, die für eine feste Überzeugung notwendig ist. Gute Zensuren in gesellschaftlichen Fächern müssen Ausdruck des Denkens des Jugendlichen sein, sonst sind sie nicht ehrenhaft, haben keinen Wert und verleiten zur Heuchelei. Das wird noch in solchen Fällen begünstigt, in denen Jugendliche durch unterschiedliche oder gar entgegengesetzte Beeinflussung in Bildungsstätte und Elternhaus hin und her gezerzt werden und wo es kein richtiges Vertrauensverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden gibt.

Sozialistische Beziehungen zwischen den Menschen verlangen, daß wir gerade auf diesem Gebiet weitere merkbare Fortschritte machen. Erzieher der Jugend sein heißt bei uns: Ein echter Freund des jungen Menschen sein, seine Probleme, Fragen und auch Zweifel ernst nehmen, seiner Suche nach einem Vorbild entgegenkommen und somit Wegbereiter des Jugendlichen in die Zukunft sein. Das gleiche Vertrauensverhältnis zwischen Erwachsenen und Jugendlichen sollte auch in jedem Elternhaus herrschen.

Muß jeder Schüler und Student in der FDJ sein?

Für unsere Bildungsstätten ist der Zustand typisch, daß fast alle Schüler und Studenten Mitglied der FDJ sind. Doch viele von ihnen handeln gar nicht danach, sondern fassen ihre Mitgliedschaft lediglich als „allgemein üblich“ auf. Wer so denkt, ist im Irrtum. Die Mitgliedschaft zur sozialistischen Jugendorganisation muß doch Ausdruck einer gewonnenen Erkenntnis, eines Gefühls der Ehre und der festen Verbundenheit mit den Zielen und Aufgaben der Organisation sein.

Das Politbüro stimmt deshalb der Auffassung des Zentralrates der FDJ zu, diese Frage an den Schulen und Universitäten offen zu diskutieren und in Ordnung zu bringen. Das wird die Klärung der Probleme unter der Jugend fördern und die Aktivität der Mitglieder der FDJ heben. Dabei ist es selbstverständlich, daß keinem Jugendlichen Nachteile entstehen dürfen, wenn er nicht in der FDJ organisiert ist. Einzig und allein die fachliche, kulturelle und gesellschaftliche Leistung eines Jugendlichen ist für die Aufnahme zum Studium ausschlaggebend.

Das Politbüro schlägt dem Zentralrat der FDJ, dem DTSB und dem Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen vor, ab 1962 alle Jahre einen Studentenwettbewerb zu veranstalten. Er soll der Förderung der wissenschaftlichen Arbeit und des Studiums sowie der Befriedigung der künstlerischen und sportlichen Neigungen der Studenten dienen. Es sollten dazu Wettbewerbe auf den verschiedensten Gebieten ausgeschrieben werden, und in den sportlichen Disziplinen sollte um den Titel eines Deutschen Studentenmeisters gekämpft werden.

Für alle Schüler ist die Möglichkeit zu schaffen, in sportlichen Schulwettkämpfen der Städte, Kreise und Gemeinden um Urkunden zu wetteifern, die der Vorsitzende des Staatsrates unserer Republik verleiht.

Unsere Jugend wächst nicht im Treibhaus auf

Die gesamte Jugend unserer Republik ist zu Recht daran interessiert, ihre Freizeit interessant und vielseitig zu verbringen. Dabei muß die ganze Gesellschaft der Jugend helfen, das Bedürfnis nach einem kulturellen sozialistischen Leben auf allen Gebieten zu wecken.

Gerade auf diesem Gebiet aber gibt es viele noch ungelöste Probleme. Die vorhandenen Möglichkeiten sind vielfach nicht so gestaltet, daß sie Jugendliche anziehen.

Bei Teilen der älteren Generation stößt das Verhalten vieler Jugendlicher oftmals noch auf Unverständnis. Das rührt zweifellos daher, daß ein gewisser Teil der Jugend sich oftmals rowdyhaft verhält und mit unseren Lebensnormen in Konflikt gerät, ja sogar – angestiftet vom Feind – Verbrechen begeht. Aber einmal macht dieser kleine Teil nicht die gesamte Jugend aus. Zum anderen sorgt sich die sozialistische Gesellschaft um die vernünftige Entwicklung jedes jungen Menschen. Nicht selten wird auch ein überspitzter Maßstab an das Verhalten der Jugend angelegt. Die Jugend hat ein Recht auf geselliges Beisammensein, auf Tanz und Musik, auf Film und Theater, auf sportliche Betätigung, auf Wandern und Touristik. Es ist auch nicht richtig, von der mitunter eigenartigen Kleidung eines Jugendlichen sofort auf sein Denken und Handeln zu schließen. Natürlich hat sich in unserer Zeit ein anderer Geschmack gebildet, andere Tänze, andere Formen der Freizeitbeschäftigung, als das bei früheren Generationen der Fall war, sind entstanden. Wir grenzen uns entschieden von der sogenannten westlichen Lebensweise ab, die die Jugendlichen moralisch verseucht und das Ziel verfolgt, die menschlichen Gefühle in ihnen abzutöten und willfähige Werkzeuge der Kriegspolitik aus ihnen zu machen. Schundliteratur, Horrorfilme, Verstümmelung von Sprache, Musik und Tanz, Rücksichtslosigkeit gegenüber Erwachsenen sowie Roheit in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern zeichnen diese „abendländische Kultur“ aus. So entschieden wir jede Erscheinung moralischer Versumpfung in unserer Jugend bekämpfen, treten wir gegen gouvornantenhaftes Verhalten gegenüber Jugendlichen auf. Unsere Jugend wächst nicht im Treibhaus und auch nicht im Kloster auf.

Wir beurteilen einen jungen Menschen in erster Linie danach, wie er seine Pflicht in der Arbeit für den sozialistischen Aufbau erfüllt, wie er lernt, wie er darum ringt, sich zu einem Menschen unserer sozialistischen Zeit zu entwickeln. Wenn wir dafür sorgen, daß es in Zukunft größere Möglichkeiten für die Jugend gibt, ihre Freizeit sinnvoll zu verbringen, so wird sich auch in dieser Beziehung Schritt um Schritt der neue sozialistische Lebensstil durchsetzen. Dieser neue Lebensstil unserer sozialistischen Gesellschaft schließt die Befriedigung nach Bildung und die Aneignung kulturellen Wissens genauso ein wie Entspannung und Fröhlichkeit. Er schließt ein, modern und schick gekleidet zu sein, zu tanzen, gute Schlager zu hören und zu spielen, ja, die Talente der Jugend auf allen Gebieten zu fördern. Dazu gehört auch das Kennen- und Liebenlernen junger Menschen zueinander und saubere Beziehungen zwischen Junge und Mädchen.

Um in der Freizeitgestaltung der Jugend weiter voranzukommen, sollten in den Wohngebieten viel großzügiger als bisher Jugendklubs geschaffen werden, zu denen alle jungen Menschen Zutritt haben. Hier soll die Jugend ihr Leben selbst gestalten und ihren vielfältigsten Interessen sinnvoll nachgehen können. Außerdem müssen im Rahmen der vorhandenen örtlichen Mittel viel mehr Sporteinrichtungen, mehr Tanzcafés und in den großen Städten bei der Jugend beliebte Vergnügungsparks eingerichtet werden. Hierbei sollen alle gesellschaftlichen Organisationen – vor allem auch der DTSB und die GST – aktiv mithelfen.

Die Schriftsteller und Künstler fordern wir erneut auf, sich mehr und mutiger mit den Idealen, Problemen und Konflikten der Jugend zu beschäftigen. Die Jugend verlangt spannende Bücher und Filme, zündende Schlager, interessante Fernsehspiele und Theaterstücke. In dieser Hinsicht ist das Zeitstück „Und das am Heiligabend“ ein guter Beginn.

In der Gemeinschaft leben und kämpfen

Eine hervorragende Rolle in unserer Gesellschaft spielt die Freie Deutsche Jugend. Sie vereinigt über die Hälfte aller Jugendlichen unserer Republik und ist bemüht, auf der Grundlage des „Programms der jungen Generation für den Sieg des Sozialismus“ mit

allen jungen Menschen zusammenzuarbeiten. Dennoch ist der Einfluß der FDJ auf die gesamte Jugend noch zu gering. Das hat seine Ursache in einer bei weitem noch nicht überwundenen Enge in ihrer Arbeit. Entscheidend für eine Wende in der Arbeit des Jugendverbandes ist das vielfältige Leben der Gruppen und Grundeinheiten.

Die Gruppe soll eine Gemeinschaft sein, die an die Interessen und Wünsche der Jugend anknüpft und das Alter berücksichtigt. Das Mitglied muß sich dort zu Hause fühlen. Dazu gehört die politische Bildung und Erziehung sowie Kultur, Sport, Fahrten, Exkursionen, Tanz usw.

Viele Beispiele zeigen, daß junge Menschen, die älter als 22 Jahre sind, völlig neue Interessen besitzen und im täglichen Leben Probleme zu lösen haben, die durch den Jugendverband nicht mehr bewältigt werden können. Deshalb stimmt das Politbüro dem Vorschlag der FDJ zu, daß der Jugendverband vor allem Mädchen und Jungen bis zum 22. Lebensjahr in seinen Reihen vereinigt.

Das Politbüro fordert alle Leitungen und Grundorganisationen der Partei auf, die Fragen und Probleme der Jugend in ihrem Bereich gründlich zu beraten und konkrete Maßnahmen festzulegen, wie das Verhältnis zur jungen Generation weiter verbessert werden kann. Es geht darum, daß von dieser besseren Jugendarbeit nicht länger nur geredet wird, sondern daß praktische Schlußfolgerungen gezogen werden. Das Politbüro wendet sich gleichzeitig an alle gesellschaftlichen Organisationen und an die gesamte Öffentlichkeit unserer Republik, an dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe mitzuwirken.

Das Politbüro schlägt vor, im Herbst 1961 einen großen Jugendkongreß der DDR zu veranstalten. Jugendliche aus allen Teilen der Republik – Mitglieder der FDJ, des FDGB oder anderer Organisationen genauso wie nichtorganisierte junge Menschen – sollen zusammentreffen, um sich über die Fragen und Probleme der Jugend auszusprechen.

Werfen wir die Probleme der Jugend in aller Öffentlichkeit auf. Die Jugend wird darauf ganz gewiß mit neuen Taten für den Sieg des Sozialismus antworten.

2. Es ist klar, daß der 13. August 1961 diese Ansätze einer liberaleren Jugendpolitik jäh zunichte machen mußte. Dabei wurde es in dieser politisch so angespannten Situation als besonders ärgerlich empfunden, daß die Zahl der als zuverlässig erscheinenden Schüler und Studenten nicht eben groß ist. Schulen und Universitäten wurden daher in einem unerhörten Maße zu Schwerpunkten einer politischen Umerziehung und militaristischen Einwirkung gemacht. In regelmäßigen Abständen wiederholen sich Erziehungsaktionen, in deren Mittelpunkt Aufsatzthemen zur Gesinnungsprüfung, Befragungen und Unterschriftsleistungen stehen. Darüber ist besonders die Schule zu dem Ort einer unmenschlichen Haßpropaganda gegen den Westen geworden, wie der Haß überhaupt immer mehr zur weltanschaulichen Substanz des Ostens zu werden scheint. Es ist zu Verweisungen von höheren Schulen in der letzten Zeit gekommen, weil sich Schüler gegen diesen Haß aussprachen. Die Kinder werden dabei zu den eigentlichen Märtyrern des Systems. Einen Überblick über diese Erziehung zum Haß gibt der nachstehend abgedruckte Beitrag aus der „Herder-Korrespondenz“:

ZUR VERSTÄRKTEN HASSEERZIEHUNG DER JUGENDLICHEN IN DER DDR

(„Herder-Korrespondenz“ Heft 5/Jahrg. XVI, Februar 1962, Seite 216 ff.)

Bereits seit Jahren erfolgt in der Sowjetischen Besatzungszone eine differenzierte systematische Erziehung zum Haß. Die Menschen in der Zone werden durch Schule, Rundfunk,

Fernsehen, Presse, Film, Literatur usw. bewußt und planmäßig mit Haßideen „berieselt“. Wenn es auch eine beträchtliche Diskrepanz zwischen Aufwand und Resultat der kommunistischen „Haßpropaganda“ gibt und ein bedeutender Teil der Bevölkerung den Verleumdungen über die Bundesrepublik keinen Glauben schenkt, so bleibt doch einiges hängen. Die kommunistischen Führer versuchen, durch „Haßpropaganda“ die Gefühle und Maßstäbe der Menschen nach ihren Wünschen zu formen, die Massen in der von ihnen gewünschten Richtung zu fanatisieren und sie zur aktiven Unterstützung der kommunistischen Politik zu treiben. Mit Berechnung bemühen sich die kommunistischen Führer, mit Hilfe wissenschaftlich-psychologischer Erkenntnisse und mit raffinierten Methoden systematisch zum Haß gegen alle angeblichen Feinde zu erziehen. Die Kommunisten sind der Auffassung, daß nur leidenschaftlicher Haß eine wirksame Triebkraft für einen erfolgreichen „Klassenkampf“ sein kann.

In dem sowjetischen Lehrbuch „Die Grundlagen der kommunistischen Moral“ schreibt Schischkin auf Seite 242:

„Die kommunistische Ethik erzieht dazu, die Feinde zu hassen, und verlangt, diesen Haß nicht nur in Worten, sondern in Taten wirksam werden zu lassen.“

Bei der „Haßerziehung“ versuchen die kommunistischen Führer, an die zum Teil schrecklichen Erfahrungen der Menschen mit dem Nationalsozialismus anzuknüpfen, indem sie systematisch die Bundesrepublik Deutschland als neofaschistischen militaristischen Staat diffamieren, um so durch Lüge und Verdrehung Abneigung und Haß gegen sie bei einfachen Menschen und unerfahrenen Kindern zu erzeugen.

In der sowjetzonalen Zeitschrift „Pädagogik“ (Jahrg. 1957, S. 271) wird bereits folgender Standpunkt bezogen:

„Ich bin der Auffassung, daß sogenannter ‚blinder‘, das heißt der von der älteren Generation unkritisch übernommene Haß unserer Jugend gegen unsere Feinde für unsere Gesellschaft wertvoller und damit sittlicher ist als ein je nach dem Grad der intellektuell-moralischen Urteilsfähigkeit dosiertes, mehr oder weniger laues Gefühl der Ablehnung, das den Menschen in einer passiven Haltung gefangenhält.“

In den sowjetzonalen pädagogischen Zeitschriften wird bereits seit Jahren ein Erfahrungsaustausch über die planmäßige und der Reife der Kinder entsprechende differenzierte „Haßerziehung“ durchgeführt.

Auch die kommunistische Kinderorganisation formuliert in den „Grundsätzen und Aufgaben der sozialistischen Erziehung in der Pionierorganisation“:

„Die Erziehung zum sozialistischen Patriotismus schließt Anerziehung des Hasses gegen die Feinde der Arbeiter- und Bauernmacht ein.“

Nach dem 13. August

Seit dem 13. August 1961 wurde die „Haßerziehung“ noch verstärkt. Bezeichnend ist dabei, daß man einen außerordentlich starken Druck ausübt, um Lehrer, Eltern, Schüler und Studenten zur „positiven Entscheidung“ zu zwingen.

In der jüngsten Zeit wird sogar versucht, „freiwillige“ Verpflichtungserklärungen von Schulkindern, Studenten und Lehrern zu erpressen, worin sich die Betreffenden verpflichten, jeden persönlichen Briefverkehr mit Bürgern der Bundesrepublik (auch Verwandten) abzubauen und keine Pakete mehr von dort anzunehmen. Früher wurden derartige Verpflichtungserklärungen nur von Partei- und Staatsfunktionären bzw. von Angehörigen der „Volkspolizei“ und „Volksarmee“ verlangt. In einem „Kampfprogramm der Medizinstudenten der Karl-Marx-Universität Leipzig“ verpflichteten sich die Studenten, keine Anträge auf Reisen in die Bundesrepublik mehr zu stellen, „um damit aller Welt zu zeigen, daß wir den westdeutschen Staat hassen und zutiefst verachten“.

Die SED-Funktionäre bekämpfen mit aller Schärfe jedes Ausweichen vor der Entscheidung und jeden Ansatz von Neutralität oder Distanzierung vom offiziellen Kurs. In

übler, niedrigster Weise wurden insbesondere nach dem 13. August die Politiker der Bundesrepublik und West-Berlins verleumdet. Auch gegen aufsässige „DDR“-Bürger ging man in aller Offenheit vor und scheute sich nicht, diese „Abrechnungen“ in der Presse als gutes, nachahmenswertes Beispiel zu popularisieren.

In der Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig (Nr. 35, 29. 8. 61) wurde folgendes berichtet:

„Die Ratten, die sich daraufhin aus ihren Löchern wagten, hatten sich verrechnet. Sie bekamen Arbeiterfäuste zu spüren. Auch an unserer Universität. Nun treten sie den Rückzug an. Wir dürfen es nicht zulassen, daß sie sich wieder in ihren Löchern verkriechen.

„Du bist kein Arbeiter, sondern ein Lumpenproletarier“, rechneten die Kollegen des Klinikums auf einer vom Betriebskomitee zum Schutze der Bürger und zum Kampf gegen den Menschenhandel einberufenen Belegschaftsversammlung mit dem im Kesselhaus beschäftigten Driebusch ab, der in der Woche nach dem 13. August in angetrunkenem Zustand den ebenfalls im Kesselhaus arbeitenden Genossen Mohr mit den Worten „Da kommt der größte Feind des Kesselhauses“ beschimpft, angespuckt und tödlich angegriffen hat. Genosse Mohr, obwohl nicht mehr der jüngste, gab ihm die verdiente Lektion.

Die Versammlung brachte ans Tageslicht, wes Geistes Kind Driebusch ist, der kleinlaut und stammelnd alles abstritt und die Auseinandersetzung als persönliche Zwistigkeit hinstellen versuchte. Sie entlarvte ihn als Hörer westlicher Hetzsender, der Arbeitskollegen gegenüber äußerte: „Es sieht schlecht aus in der politischen Lage“ und ihnen empfahl: „Man muß auch mal die andere Seite hören.“

Einmütig verurteilte die Belegschaft sein provozierendes Treiben: „Du bist ein Wegbereiter der Konterrevolution.“ Kollegen erinnerten an die von der ungarischen Konterrevolution verübten Grausamkeiten und erklärten: „Wir werden es nicht dulden, daß solche Leute in aller Öffentlichkeit gegen unseren Staat hetzen.“ Die Versammlung faßte den Beschluß, die Angelegenheit Driebusch zur weiteren Klärung unseren Staatsorganen zu übergeben.

Prinzipiell und hart sagten sie auch dem 26jährigen Böhme die Meinung, der Funktioniären im Klinikum Prügel angeboten hatte. „Das hat mit der Politik nichts zu tun“, versuchte sich dieser zu rechtfertigen, „ich kümmere mich nicht um Politik und gehe in keine Versammlung.“

„Lausejunge“, tönte es aus der Versammlung. „Wer sich nicht um die Politik kümmert, mit dem machen die westdeutschen Militaristen Politik.“ Böhme, der anfangs noch frech und arrogant auftrat, merkte bald, woher der Wind wehte, und trat den Rückzug an. Böhme, der schon früher feindliche Hetzflugblätter verbreitet hat, versuchte jetzt Mitleid zu erregen und drückte auf die Tränendrüsen.

Provokateuren gegenüber aber gibt es kein Mitleid ...

Unmißverständlich hat die Belegschaft deshalb zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeiter an der Universität keine Provokation dulden. Wenn einigen auf der Versammlung der Ton zu hart erschien, so muß ihnen gesagt werden, unsere alten, in den Klassenschlachten der Novemberrevolution und im Kampf gegen den Faschismus gestählten Arbeiter wissen, welcher Ton gegenüber Reaktionären und Provokateuren notwendig ist. Wenn es um die Frage Krieg oder Frieden geht, sind Prinzipienfestigkeit und Konsequenz notwendig.“

Die SED-Führung hat aber gerade nach dem 13. August manche Schwierigkeiten, ihre verstärkte „Haßerziehung“ durchzusetzen, und ihre „Haßpraxis“ stieß auf unverkennbare Ablehnung bei einem großen Teil der Bevölkerung. Selbst die kommunistische Presse kann nicht umhin, den „negativen“ Meinungen zur „Haßerziehung“ einen gewissen Raum einzuräumen, wobei natürlich versucht wurde, die anderen Auffassungen als falsch und schädlich und den Parteistandpunkt als allein richtig hinstellen. Besonders in der „Berliner Zeitung“ (inoffizielles SED-Massenorgan) wurden zahlreiche Leserbriefe zur „Haß-

erziehung“ abgedruckt. In der Ausgabe vom 27. 10. 61 sind folgende Leserbriefausschnitte bezeichnend:

„Die Frage: ‚Soll ich mein Kind Haß lehren?‘ möchte ich verneinen. Ich bin auch der Ansicht, daß man Kinder bis zu 14 Jahren von der Politik fernhalten soll. Wenn man ein Kind schon zum Haß erzieht, können oft ganz falsche Gefühle geweckt werden. Es ist doch unser höchstes Ziel, mit allen Menschen Freundschaft zu halten. Ich fürchte, daß sich der Haß der Kinder nicht nur gegen die Militaristen und Kriegstreiber richtet, sondern gegen die Völker selbst ...“

Sehr bezeichnend ist der Leserbrief von Herrn Benno Schober aus Oranienburg (vgl. „Berliner Zeitung“, 12. 11. 61):

„Meine Schulzeit fiel in die Zeit des sogenannten Tausendjährigen Reiches. Im Schulunterricht, im KLV-Lager und auf den Heimabenden der HJ wurde uns der Haß gegenüber anderen Völkern eingeimpft.

Juden, Kommunisten, Neger, Russen, Amerikaner wurden uns als Unmenschen in den schwärzesten Farben geschildert. Durch diese Haßpropaganda war ich selbst so beeinflusst, daß ich in jedem, der sich gegen den Führer ausgesprochen hätte, einen Feind Deutschland sah. Als meine Mutter einmal während einer Sprechpause des Deutschlandsenders Moskau hörte, wäre ich fast bereit gewesen, sie zu melden. Wohin das nun alles führte, zeigt die Bilanz des zweiten Weltkrieges, die Millionen Tote, Ermordete und Vergaste. Die Kleinen, Aufgehetzten und Primitiven taten alles, weil ihnen Haß gepredigt wurde.

Heute bin ich der Meinung, daß alle Menschen ein Recht auf ein Leben in Frieden haben. Wie aber soll Friede sein, wenn schon wieder Haß gelehrt wird? Soll ein Kind etwa auch eines Tages nicht mehr wissen, bei wem der Haß beginnt und bei wem er aufhören soll? Halten wir uns doch an die christlichen ‚Zehn Gebote‘ oder die ‚Zehn Gebote der sozialistischen Moral‘. Wir finden darin nicht das Wort Haß. Wenn unsere Kinder in diesem Geiste unterrichtet werden, wird ihnen schon eines Tages das rechte Maß für gut und schlecht geläufig sein.“

In der Form ganz ähnlich verfaßter Leserbriefe erfolgten dann die entsprechenden Entgegnungen, wobei man auch Schülergruppen zu Wort kommen ließ (vgl. „Berliner Zeitung“, 27. 10. und 5. 12. 61):

„Wenn wir unsere Kinder das Leben, den Frieden lieben lehren wollen, müssen wir sie auch das Hassen lehren ...

Unsere Kinder sollen den Frieden, unsere Republik lieben. Aber sie sollen diejenigen hassen, die an einem neuen Krieg verdienen wollen ... Wir leben in einer Zeit, in der jeder mithelfen muß, die Militaristen im Westen unseres Vaterlandes zu schlagen. Darum müssen auch wir uns mit der Politik beschäftigen. Außerdem besteht auch zwischen hassen und hassen noch ein großer Unterschied. Solche Leute wie die Bonner Militaristen muß man hassen ...“

In einer vorläufig abschließenden Stellungnahme der Redaktion der „Berliner Zeitung“ (5. 12. 61) heißt es:

„Ja, es ist richtig und notwendig, die Kinder lieben und hassen zu lehren, sie für künftige Lebensstürme vorzubereiten ... Und wer davon spricht, das Kind solle lediglich das Gute vom Bösen unterscheiden lernen, um ihm dann später die Entscheidung selbst zu überlassen, der wird seiner Aufgabe *nicht* gerecht. Verzeihen Sie, liebe Leser, dieses harte Wort, aber ich behaupte: Diejenigen, die verlangen, Kinder mit der Politik zu ‚verschonen‘, leben im Wolkenkuckucksheim ... Die marxistische Pädagogik, die alle fortschrittlichen Traditionen deutscher Pädagogik in sich vereint, lehrt uns, bewußt zu lieben, was dem Frieden und einer Gesellschaft ohne Ausbeutung dient. Und sie lehrt uns, bewußt all das zu hassen, was die Entwicklung der Menschheit aufhalten will, ihr Leid und Schmerzen verursacht.“

In dieser haßerfüllten Atmosphäre richteten die katholischen Bischöfe und Bischöflichen

Kommissare in Mitteldeutschland am Christkönigsfest 1961 folgende Mahnung an ihre Diözesanen (vgl. Herder-Korrespondenz d. Jahrg., S. 149):

„Wir wollen uns um keinen Preis der Gesinnung des Hasses ergeben, gegen wen es auch immer sei; und selbstverständlich können wir nicht mittun, wenn jemand Unrecht geschieht. Aber darüber hinaus wollen wir den Menschen mit Liebe begegnen, vor allem denen, die mutlos und verzweifelt sind und den Trost des Gottesglaubens nicht haben. Es gibt wenige Seelen, heute weniger denn je, die nicht ansprechbar sind für ein Wort der Güte ...“

In diesem Zusammenhang ist die Anweisung des Ministers für Volksbildung Professor Dr. Lemnitz vom 19. September 1961 zur „Gestaltung des Unterrichts in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in der Zeit vom 16. Oktober bis 22. Dezember 1961“ von besonderem dokumentarischen Interesse. Diesen Anweisungen sind sehr umfassende Direktiven und Hinweise zu den Lehrplänen für fast alle Unterrichtsfächer an den verschiedenen Schularten hinzugefügt. Sie zeigen in einer geradezu erschütternden Weise, in welchem Ausmaße der Unterricht auf allen Altersstufen, in allen Fächern und in allen Schularten der politischen Propaganda ausgeliefert wird. Wir bringen im folgenden als einen kurzen Auszug nur die den Anweisungen beigefügten Direktiven zu den Lehrplänen für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde in den Klassen 5 bis 8 der Oberschulen.

ANWEISUNG

*zur Gestaltung des Unterrichts in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen
in der Zeit vom 16. Oktober bis 22. Dezember 1961*

Vom 19. September 1961

*(„Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Volksbildung“ Nr. 19
vom 5. Oktober 1961)*

Die enge Verbindung von Schule und Leben ist das wichtigste Merkmal der sozialistischen Schule. Sie ist von entscheidender Bedeutung für eine vorbildliche sozialistische Erziehung und ständige Erhöhung der Lernergebnisse bei allen Schülern. Der VI. Pädagogische Kongreß hat diese Forderungen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erneut bekräftigt und allen Lehrern und Erziehern die Wege gewiesen, wie diese Grundforderung der sozialistischen Gesellschaft an die Schule immer besser verwirklicht werden kann.

Die Verwirklichung des Grundsatzes der Verbindung von Schule und Leben erfordert heute mehr denn je, die sozialistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen entscheidend zu verbessern. Der Kampf aller Werktätigen unter der Führung der Arbeiterklasse und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte freie und neutrale Stadt, das Ringen aller guten Deutschen und die Bändigung des deutschen Militarismus verlangt mit gebieterischer Notwendigkeit von der Schule, daß die sozialistische Bildung und Erziehung in den Mittelpunkt des pädagogischen Wirkens aller Lehrer und Erzieher gestellt wird.

Um bei allen Schülern, Lehrlingen und Teilnehmern an Lehrgängen der Erwachsenenbildung in dem notwendigen Maße, wie es der politische Kampf erfordert, Klarheit über die Grundfragen der Politik von Partei und Regierung zu erreichen, wird folgendes angewiesen:

1.1 Für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde an Oberschulen, erweiterten Oberschulen, Volkshochschulen, Betriebsberufsschulen und Berufsschulen werden die gültigen Lehrpläne für die Zeit vom 16. Oktober bis 22. Dezember 1961 verändert. Verbindliche Grundlage des Unterrichts in dieser Zeit sind die als Anlage beigefügten Direktiven für die genannten Fächer.

1.2 Die Lehrpläne für das Fach Einführung in die sozialistische Produktion an den Oberschulen und für das Fach Betriebsökonomie in der Berufsbildung werden für die genannte Zeit ebenfalls außer Kraft gesetzt. Unterrichtsgrundlage für die Bildungs- und Erziehungsarbeit in diesen Fächern ist die in der Anlage aufgeführte Direktive. Da in der erweiterten Oberschule die Einführung in die sozialistische Produktion Teil der beruflichen Grundausbildung ist, wird wöchentlich eine Stunde des Unterrichtstages in der Produktion für die Behandlung der Themen vorgesehen, die in der Direktive für das Fach Einführung in die sozialistische Produktion an Oberschulen festgelegt sind.

2.1 Die Lehrplanthematik für den Unterricht in der Unterstufe sowie für die Fächer Deutsch, Sorbisch, Geographie, Astronomie, Musik und Zeichnen wird so verändert, daß in diesem Zeitabschnitt bessere Möglichkeiten für die politische Bildung und Erziehung der Schüler, Lehrlinge und Erwachsenen gegeben sind. Diese Veränderungen sind aus den als Anlagen beigefügten Direktiven für die genannten Fächer zu ersehen. Sie sind gemeinsam mit den Lehrplänen verbindliche Grundlage des Unterrichts.

2.2 Die Lehrplanthematik für den berufspraktischen und berufstheoretischen Unterricht in Berufsschulen, Betriebsberufsschulen, Lehrwerkstätten, Technischen Betriebsschulen, Betriebsakademien und Dorfakademien wird so verändert, daß alle Möglichkeiten der politischen Bildung und Erziehung genutzt werden können. Die Veränderungen sind aus den beigefügten Direktiven zu entnehmen.

3. Die oben angewiesenen Veränderungen treffen auch für die Gestaltung des Unterrichts in allen Einrichtungen des Sonderschulwesens zu. Die Thematik für die einzelnen Fächer und notwendige Veränderungen für einzelne Sonderschularten sind aus der Direktive für die Unterrichtsgestaltung an Sonderschulen zu entnehmen, die den Schulen direkt zugeschiedt werden.

4. Zur politisch-ideologischen Qualifizierung aller Lehrer werden in der Zeit von Oktober bis Dezember 1961 verbindliche Themen für 3 Sitzungen des Pädagogischen Rates zentral festgelegt. Zur Vorbereitung der seminaristischen Durcharbeitung dieser Themen wird in allen Kreisen eine monatliche Schulung aller Leiter der Einrichtungen der Volksbildung durchgeführt. Die Themen und die dazugehörigen Seminarpläne sind aus der Anlage zu entnehmen.

5.1 Zur Unterstützung der Arbeit der Lehrer im Fach Staatsbürgerkunde und Geschichte führen die Pädagogischen Kreiskabinette alle 14 Tage Weiterbildungsveranstaltungen durch. Die Themen werden zentral festgelegt und sind aus der Anlage zu entnehmen.

5.2 Die Pädagogischen Kreiskabinette haben in enger Verbindung mit den Polytechnischen Beiräten der Betriebe für die Lehrer des Faches Einführung in die sozialistische Produktion der Industrie und Landwirtschaft monatlich Konsultationen durchzuführen. Diese Veranstaltungen sollten mit der monatlichen Kontrolle der Lehrplanerfüllung verbunden werden. Themen für die Konsultationen sind als Anlage beigefügt.

6. Die Arbeits- und Veranstaltungspläne der Pädagogischen Kabinette für das IV. Quartal sind so zu ändern, daß die gesamte Weiterbildung der in dieser Anweisung gegebenen Zielstellung dient.

7. Die in der Anweisung gestellten Aufgaben sind durch die Inspektoren der Bezirke und Kreise zu kontrollieren. Über die Durchführung der Maßnahmen ist dem Schulrat durch die Inspektion wöchentlich Bericht zu erstatten.

Berlin, den 19. September 1961

Der Minister für Volksbildung
Prof. Dr. Lemnitz

zur Anweisung Nr. 43/61 vom 19. September 1961

Vom 19. September 1961

Vorbemerkungen zu den Direktiven und Hinweisen

Die Direktiven und Hinweise für die Fächer entsprechend der Anweisung zur Gestaltung des Unterrichts in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen gewährleisten, daß der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie und neutrale Stadt, die Anstrengungen aller Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse für die politische, ökonomische und militärische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik und das Ringen aller guten Deutschen um die Bändigung des deutschen Militarismus im Mittelpunkt des Bildungs- und Erziehungsprozesses stehen.

Um die als Anlagen beigefügten Direktiven und Hinweise für die Durchführung und Gestaltung des Unterrichts richtig anzuwenden, muß folgendes beachtet werden:

1. Die Direktiven für die Gestaltung des Unterrichts in Geschichte, Staatsbürgerkunde, Einführung in die sozialistische Produktion und Betriebsökonomie für Oberschulen, erweiterte Oberschulen und Einrichtungen der Berufsbildung sind für die Zeit vom 16. Oktober bis 22. Dezember 1961 alleinige Grundlage für die Gestaltung des Unterrichts.

2. Die Direktiven für den Unterricht in der Unterstufe und in den Fächern Deutsch, Sorbisch, Geographie, Astronomie, Musik und Zeichnen sind laut Anweisung gemeinsam mit dem Lehrplan der Oberschule bzw. der Ausbildungsunterlagen der Berufsbildung Grundlage des Unterrichts.

Sie enthalten die verbindlichen Umstellungen der Thematik der Fächer, legen Schwerpunkte für die Behandlung der einzelnen Themen fest und geben Empfehlungen für die Gestaltung der Unterrichtsstunden.

3. Für die Fächer Physik, Chemie, Biologie, für den berufstheoretischen und berufspraktischen Unterricht in der Berufsbildung und den erweiterten Oberschulen und für die Arbeit der Schulsportgemeinschaften sind Hinweise für die Gestaltung des Unterrichts bzw. der Arbeit als Anlage beigefügt.

Sie geben Anleitung, welche Gesichtspunkte bei der Behandlung der Lehrplanthemen bzw. der Themen der Ausbildungsunterlagen der Berufsbildung zu berücksichtigen sind.

4. In den Direktiven für die Gestaltung des Unterrichts in der Unterstufe und in den Fächern Deutsch und Geographie wird bestimmt, daß von allen Schülern 1 bis 3 Filme (je nach Altersstufe) besucht werden müssen.

Die Kreisschulräte und die Direktoren der Schulen vereinbaren mit der Direktion der Kreislichtspielbetriebe, daß 3 der in der Direktive für die Gestaltung des Unterrichts im Fach Deutsch genannten Filme für den Pflichtbesuch aller Schüler zur Verfügung stehen.

5. Die Direktiven für die Gestaltung des Unterrichts im Fach Sorbisch an Oberschulen und Einrichtungen der Berufsbildung mit sorbischem Sprachunterricht und die Hinweise für die Fächer Physik, Chemie, Biologie sowie für den berufstheoretischen und praktischen Unterricht und für die Arbeit der Schulsportgemeinschaften werden in Nr. 20 der „Verfügungen und Mitteilungen“ veröffentlicht.

Direktive zu den Lehrplänen für die Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde an den Oberschulen, erweiterten Oberschulen, Berufs- und Betriebsberufsschulen und den Einrichtungen zur Qualifizierung der Werktätigen

Im Unterricht in den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde sollen die Schüler und Lehrlinge gründliche Kenntnisse über die jüngste deutsche Geschichte sowie über den Cha-

rakter der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik und den militaristisch-klerikalen Obrigkeitsstaat in Westdeutschland erwerben.

Sie sollen erkennen, daß der Abschluß des Friedensvertrages noch im Jahre 1961 notwendig ist, um die verbrecherischen Kriegspläne der Bonner Militaristen endgültig zu durchkreuzen.

Den Schülern und Lehrlingen sind die Lehren des 13. August gründlich, verständlich und überzeugend zu vermitteln. Sie sollen erkennen, daß das Kräfteverhältnis im internationalen Maßstab und in Deutschland zugunsten des Sozialismus entschieden und daß die DDR der Hort des Friedens und des Sozialismus in ganz Deutschland ist.

Den Schülern und Lehrlingen soll bewußt werden, daß die nationale Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterklasse in der Bändigung des westdeutschen Imperialismus und Militarismus und in der weiteren ökonomischen, politischen und militärischen Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR besteht.

Die Schüler und Lehrlinge sollen die Überzeugung gewinnen, daß der Sozialismus-Kommunismus untrennbar mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens verbunden ist.

Den Schülern und Lehrlingen soll die Überlegenheit der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung und ihr wahrhaft humanistischer Charakter überzeugend nahegebracht werden.

Die Schüler und Lehrlinge sollen erkennen, daß die DDR in den Völkern des sozialistischen Weltsystems, ganz besonders im sowjetischen Volk, starke, unbesiegbare Verbündete hat, die uns in unserem nationalen Kampf unterstützen.

Der Unterricht in den Fächern Geschichte und Staatsbürgerkunde erfüllt seine erzieherischen Aufgaben nur dann, wenn die patriotischen Gefühle der Schüler und Lehrlinge – Liebe zur DDR, ihrem sozialistischen Vaterland; Achtung vor der Arbeit und dem arbeitenden Menschen; Freundschaft mit den Völkern des sozialistischen Weltsystems; Haß gegen die Feinde des Volkes – entwickelt und gefestigt werden und wenn in den Kindern und Jugendlichen der Wille geweckt wird, der richtigen Erkenntnis die persönliche Tat folgen zu lassen. Deshalb sind die Ziele und Aufgaben des Kampfauftrages der FDJ ständig in den Unterricht einzubeziehen. Dazu ist ferner notwendig, den direkten erzieherischen Einfluß der Arbeiterklasse auf unsere Schuljugend zu verstärken sowie durch den Einsatz geeigneten dokumentarischen Materials die Anschaulichkeit und Überzeugungskraft des Unterrichts zu erhöhen.

Die Schüler sollen die Überzeugung gewinnen, daß die DDR ihr sozialistisches Vaterland ist, das in brüderlicher Verbundenheit mit allen Völkern des sozialistischen Weltsystems die Menschheit vor den Anschlägen der Imperialisten und Militaristen schützt, sie sollen davon überzeugt werden, daß die DDR die Zukunft der deutschen Nation verkörpert und daß der Sieg des Sozialismus-Kommunismus auf der ganzen Welt gewiß ist.

In den Klassen 5 und 6 kommt es vor allem darauf an, in Form von Bildern den Schülern eine lebendige Vorstellung vom Kampf der deutschen Arbeiterklasse für den Frieden und die glückliche Zukunft der Nation zu vermitteln. Die Schüler sollen klar erkennen, wer unsere Freunde und wer unsere Feinde sind.

In den Klassen 7 und 8 ist es notwendig, bereits umfassender die gegensätzlichen Klassenkräfte und ihre politischen und militärischen Ziele in Vergangenheit und Gegenwart herauszuarbeiten und dabei nachzuweisen, daß die Zukunft der deutschen Nation von der deutschen Arbeiterklasse bestimmt wird.

Im Geschichtsunterricht der Klasse 9 der Oberschule und der Klassen 9–12 der erweiterten Oberschule sowie in der Ausbildung der Lehrlinge und Werk tätigen werden die nationalen Grundfragen unseres Volkes eingehend behandelt und in Verbindung mit dem Staatsbürgerkundeunterricht die Perspektiven der Entwicklung der Menschheit und damit auch des ganzen deutschen Volkes nachgewiesen.

In Klasse 10 der Oberschule wird der Geschichtsunterricht nach dem gültigen Lehrplan erteilt. Es ist zu beachten, daß die Entstehung und Entwicklung des sozialistischen Welt-

systems als das größte historische Ereignis nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in seiner Bedeutung für den gegenwärtigen Kampf der Völker für Frieden, Freiheit und Fortschritt ausführlich behandelt wird.

In den Berufs- und Betriebsberufsschulen sowie in den Einrichtungen zur Qualifizierung der Werktätigen sind die Stunden der Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde zusammenzufassen.

– Klasse 5 –

1. Unsere Republik ist 12 Jahre alt (1 Stunde)

Die Schüler sollen erkennen, daß der Geburtstag unserer Republik für uns alle ein besonderer Festtag ist. Ihnen soll bewußt werden, daß an diesem Festtag die besten Werktätigen für ihre Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und bei der Sicherung des Friedens ausgezeichnet werden, und daß die Auszeichnung der Werktätigen, die besonders große Leistungen für die Stärkung der DDR vollbracht haben, durch den würdigsten Vertreter unseres Staates, den Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, vorgenommen wird.

Feierlichkeiten zum Tage der Republik im Heimortort, im Patenbetrieb und in der Paten-LPG – viele Geburtstagsgäste aus den sozialistischen und anderen Ländern in Berlin, der Hauptstadt der DDR. Auszeichnung verdienter Werktätiger mit dem Nationalpreis oder als Helden der Arbeit durch den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht.

2. Walter Ulbricht, ein leidenschaftlicher Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse und für den Aufbau des Sozialismus (1 Stunde)

In dieser Stunde sollen die Schüler vor allem erkennen, warum die deutsche Arbeiterklasse und große Teile des deutschen Volkes so glücklich über die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien waren.

Die Kinderjahre Walter Ulbrichts: Fleißiger Schüler, eifriger Zeitungsleser, Verteilung von Flugblättern der Arbeiterbewegung.

Walter Ulbricht – der Kampfgefährte Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks gegen die faschistische Gefahr: Berlin im Januar 1933, Kampfdemonstration vom 25. Januar, Fackelzug der Faschisten durch das Brandenburger Tor, letzte Sitzung des Zentralkomitees der KPD unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts in Ziegenhals, Verhaftung Ernst Thälmanns, Organisation des Kampfes gegen den Faschismus durch Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht.

Brüder, in eins nun die Hände! Die Vereinigung der Arbeiterparteien (KPD und SPD) zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Auch Arbeiter und Bauern reichen sich die Hand (Überführung der Fabriken in Volkseigentum, Aufteilung des Junkerlandes an die Bauern).

3. Walter Ulbricht, ein leidenschaftlicher Kämpfer gegen die Kriegstreiber (1 Stunde)

Am Beispiel beider Stunden über das Leben und den Kampf Walter Ulbrichts sollen die Schüler erkennen, daß es stets die Arbeiterklasse war, die einen entschlossenen Kampf gegen die Kriegstreiber und Kriegshetzer führte. Ihnen soll bewußt werden, daß es gute und schlechte Deutsche, Freunde und Feinde des deutschen Volkes gibt. In der Auswertung beider Stunden soll ihnen bewußt werden, welchen hervorragenden Anteil der Vorsitzende unseres Staatsrates am Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse, die Bändigung der Militaristen und die Erhaltung des Friedens hat.

Literatur: J. R. Becher, Walter Ulbricht – ein deutscher Arbeitersohn.

Oktober 1914 – erster Weltkrieg. Walter Ulbricht entlarvt in einer Arbeiterversammlung im großen Saal des Leipziger Volkshauses die räuberischen Kriegsziele der deutschen Imperialisten und Militaristen und fordert die Verweigerung der Kriegskredite.

5½ Jahre später – März 1920. Barrikadenkämpfe in Leipzig zur Abwehr des Kapp-

Putsches. Walter Ulbricht leitet von einer Barrikade aus einen ganzen Kampfabschnitt dieser Abwehrschlacht.

23 Jahre später. Wieder ist Krieg – der zweite Weltkrieg. Winter 1942/43 – Stalin-grad – Befehl Hitlers: Kampf bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone. Walter Ulbricht fordert gemeinsam mit Erich Weinert, Willi Bredel und einigen Kriegsgefangenen inmitten von Granatwerfersalven und Bombenhagel die deutschen Soldaten auf, die Waffen niederzulegen und den verbrecherischen Hitlerkrieg zu beenden und einem Leben in geregelter Arbeit, Frieden und Freude nachzugehen.

August 1961. Wieder droht ein Krieg. Hauptgefahrenherd – Frontstadt Westberlin. Die Deutsche Demokratische Republik, der Staat der deutschen Arbeiter und Bauern, unter der Leitung des Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, schlägt die Kriegstreiber und rettet den Frieden. Über dem Brandenburger Tor weht nun die Fahne des deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates.

4. Wer sind die Feinde des deutschen Volkes? (1 Stunde)

Die Schüler sollen erkennen, daß die Feinde des deutschen Volkes in Vergangenheit und Gegenwart die gleichen sind. Sie sollen begreifen, daß wir nicht alle Deutschen unsere Brüder und Schwestern nennen.

Die sinnlose Zerstörungswut der deutschen Faschisten und Militaristen in den letzten Wochen des zweiten Weltkrieges: Sprengung von Brücken, Eisenbahnen und Straßen, Errichtung von Straßensperren – Kampf bis 5 Minuten nach 12; Ermordung der Deutschen, die sich der Weiterführung des Krieges entgegenstellten: Massenmorden in den Konzentrationslagern.

Kriegsübungen der westdeutschen Wehrmacht entlang der Staatsgrenze der DDR unter dem Kommando des Kriegsministers Strauß und ehemaliger Hitlergenerale (aktuelle Beispiele).

13. August am Brandenburger Tor: Zusammenrottung von Westberliner jugendlichen Rowdys, Aufhetzung zu Provokationen durch ehemalige faschistische Offiziere in Zivil, Kriegshetze des Westberliner Frontstadtchefs Brandt, Besuch des Kriegshetzers Adenauer in Berlin – Kampfgruppen auf Friedenswacht.

5. Die Friedenstaube muß auch Krallen haben (1 Stunde)

Die Schüler sollen erkennen, daß die Verteidiger des Friedens bewaffnet sein müssen und daß die imperialistischen Räuber überall in der Welt geschlagen werden. Die Angehörigen unserer bewaffneten Streitkräfte und der Kampfgruppen sollen ihnen zum Vorbild im Kampf um gute Leistungen und bewußte Disziplin werden.

22. Juni 1941, heimtückischer Überfall der faschistischen Armeen auf die Sowjetunion, Verwüstung großer Gebiete sowjetischen Landes, Ermordung vieler sowjetischer Menschen, Flucht und Vernichtung der faschistischen Armeen, nachdem das Sowjetvolk sich gut bewaffnet hatte.

Deutschland 1961 – Vorbereitung eines heimtückischen Überfalls auf die DDR durch westdeutsche und Westberliner Kriegstreiber (Atomkanonen und Raketen entlang der Grenze der DDR, Kriegsübungen entlang dieser Grenze, Feinde des deutschen Volkes als Führer der Bonner Wehrmacht, Kriegsdrohungen der Bonner Minister gegen die DDR). Zügelung der Feinde des deutschen Volkes durch die Maßnahmen zum Schutze unserer Staatsgrenze am 13. August 1961 und die Verabschiedung des Verteidigungsgesetzes.

6. Unsere Republik hat starke Freunde (1 Stunde)

Am Beispiel der Heldentaten Titows, seines Besuchs in der DDR sollen die Schüler erkennen, daß wir große und starke Freunde haben, vor allem die unbesiegbare Sowjetunion. In den sowjetischen Kosmonauten Gagarin und Titow soll ihnen das Bild des Menschen der kommunistischen Gesellschaft nahegebracht werden. Sie sollen die Überzeugung

gewinnen, daß der Gesellschaftsordnung, die solche Helden hervorbringt, die Zukunft gehört.

Bericht oder Erlebnisbericht über den Besuch German Stepanowitsch Titows in Berlin (Empfang durch die Bevölkerung, Kundgebung auf dem Marx-Engels-Platz) oder in anderen Orten unserer Republik.

– Klasse 6 –

1. Stunde: Am 13. August am Brandenburger Tor – Der Frieden besiegt den Krieg

Den Schülern soll die Rolle Westberlins als Frontstadt und Störenfried des sozialistischen Aufbaus inmitten der DDR bewußt werden. Sie sollen erkennen, daß in Deutschland ein harter Kampf zwischen den Kräften des Friedens und den Kräften des Krieges geführt wird und daß die Kräfte des Friedens am 13. August einen bedeutenden Sieg errungen haben.

Maßnahmen vom 13. August zum Schutz der Staatsgrenze der DDR; Zusammenrottung Westberliner jugendlicher Rowdys, Aufhetzung zu Provokationen durch ehemalige faschistische Offiziere in Zivil, Kriegsreden des Frontstadtchefs, Besuch des Kriegshetzers Adenauer in Berlin – Die Fahne der Arbeiter-und-Bauern-Macht über dem Brandenburger Tor, Kampfgruppen auf Friedenswacht.

2.–4. Stunde: Aus dem Kampf der Besten der deutschen Arbeiterklasse für Frieden und Sozialismus

2. Stunde: Der Kampf Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Wilhelm Piecks gegen den ersten imperialistischen Weltkrieg – die Gründung der KPD

Die Schüler sollen begreifen, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen schon 1914 das deutsche Volk in einen blutigen Weltkrieg und ins Unglück gestürzt haben. Ihnen soll bewußt werden, daß die Besten der deutschen Arbeiterklasse ihnen entschlossen und unter Einsatz ihres Lebens entgegentraten und 1918 mit der Gründung der KPD eine starke Kampforganisation der deutschen Arbeiterklasse schufen.

Not und Elend des deutschen Volkes im ersten Weltkrieg. – Kampfdemonstrationen gegen den imperialistischen Weltkrieg am 1. Mai 1916 am Potsdamer Platz. Die revolutionären Ereignisse in Berlin am 9. November 1918 (gewaltige Kampfdemonstrationen bewaffneter Arbeiter, Absetzung des Kaisers und Beendigung des Krieges, Ausrufung der Republik der Arbeiter durch Karl Liebknecht). – Gründung der KPD am 30. 12. 1918.

3. Stunde: Der Kampf Ernst Thälmanns, Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts gegen die Faschisten

Die Schüler sollen erkennen, daß die Kommunisten den Kampf gegen die Feinde des Volkes konsequent fortführten und dem deutschen Volk voraussagten, daß Faschismus Krieg bedeutet. Ihnen soll bewußt werden, daß der Verrat vieler SPD-Führer die Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus schwächte.

Novemberwahl 1932, Kandidatur Ernst Thälmanns, aber auch Hitlers, Wahlversammlungen, Terror der Nazis. Thälmann warnt: „Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Berlin im Januar 1933, Kampfdemonstration vom 25. Januar, Bemühung um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die gemeinsame Aktion gegen die faschistische Gefahr; Fackelzug der Faschisten durch das Brandenburger Tor, Faschisten stecken den Reichstag in Brand; die letzte Sitzung des ZK der KPD unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts in Ziegenhals; Verhaftung Ernst Thälmanns; Organisation des weiteren Kampfes gegen den Faschismus durch Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht.

4. Stunde: Unsere Heimat nach der Zerschlagung der faschistischen Barbarei – Brüder, in eins nun die Hände!

Den Schülern soll bewußt werden, daß die Sowjetarmee unter schweren Opfern das

deutsche Volk vom Faschismus befreite. Sie sollen begreifen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten erkannten, daß sie nur vereint ein neues 1933 und 1939 verhindern und ein friedliebendes Deutschland aufbauen können.

Die sinnlose Zerstörungswut der deutschen Faschisten und Militaristen in den letzten Wochen des zweiten Weltkrieges – Die Fahne der Sowjetarmee über dem Brandenburger Tor. Ein neues Leben beginnt nach der Befreiung vom Faschismus. Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, der KPD unter Führung Wilhelm Piecks und der SPD unter Führung Otto Grotewohls, zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – Brüder, in eins nun die Hände!

5. und 6. Stunde: Warum es heute zwei deutsche Staaten gibt

Die Schüler sollen erkennen, daß im Osten Deutschlands unter Führung der geeinten Arbeiterklasse die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens konsequent verwirklicht wurden, während im Westen die Imperialisten und Militaristen mit Hilfe ihrer amerikanischen Freunde wieder an die Macht gelangten. Sie sollen begreifen, daß die westdeutschen Imperialisten Deutschland spalteten, weil sie im Osten Deutschlands gegen die Macht der geeinten Arbeiterklasse ihre Pläne nicht verwirklichen konnten.

Das Potsdamer Abkommen (Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Monopolverbände, Entmilitarisierung). Der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher vom 30. Juni 1946 in Sachsen. Die Übernahme der Fabriken der Kriegsverbrecher in das Eigentum des Volkes. Die Bodenreform – Aufteilung der großen Güter, Errichtung vieler Neubauernstellen, Landarbeiter werden Bauern. Die Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und die westdeutschen Imperialisten (z. B. Einführung des Westgeldes in den Westzonen und in Westberlin, die Gründung des Bonner Separatstaates), Imperialisten und Militaristen in der Bonner Regierung.

Die Antwort der geeinten Arbeiterklasse im Osten Deutschlands an die Spalter der deutschen Nation – die Gründung der DDR.

7.–9. Stunde: Die Deutsche Demokratische Republik – unser sozialistisches Vaterland und der erste deutsche Friedensstaat

7. Stunde: Unsere Republik ist 12 Jahre alt

(Siehe Klasse 5, 1. Stunde.)

8. Stunde: Friedliche Heldentaten unserer Arbeiter für die Stärkung unseres sozialistischen Friedensstaates

Die Schüler sollen die Überzeugung gewinnen, daß die Arbeiter und Bauern Heldentaten der friedlichen Arbeit vollbringen, weil sie sich eng mit ihrem Staat verbunden fühlen. Sie sollen begreifen, daß diese Taten unsere Republik stärken und wesentlich zur Sicherung des Friedens beitragen. Ihnen soll aber auch bewußt werden, daß die DDR der Staat der deutschen Jugend ist.

Beschreibung einer Großbaustelle des Sozialismus (möglichst aus der engeren Heimat) und der großen Produktionsleistungen der Arbeiter (z. B. neue Einstellung zur Arbeit, sozialistischer Wettbewerb, Produktionsaufgebot, vorfristige Erfüllung der Pläne). Die Fürsorge unseres Staates für die Werktätigen und für die Jugend (z. B. Gesundheitsschutz, Aufbau der polytechnischen Oberschule, Feriengestaltung).

9. Stunde: Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht – ein leidenschaftlicher Kämpfer für den Frieden

(Siehe Klasse 5, 2. und 3. Stunde; auf die Abschnitte aus dem Leben und Kampf Walter Ulbrichts, die bereits in der 3. Stunde der 6. Klasse behandelt wurden, kann hier verzichtet werden.)

10. Stunde: Die deutschen Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland bereiten den Überfall auf die DDR und den dritten Weltkrieg vor

Die Schüler sollen dabei erkennen, daß die Feinde des Volkes die KPD verboten haben, um die Bevölkerung Westdeutschlands in ihrem Kampf gegen die verbrecherischen Pläne der Imperialisten und Militaristen der Führung zu berauben. Sie sollen begreifen, daß die westdeutschen Kriegstreiber nicht nur die DDR, sondern alle sozialistischen Länder und das Leben aller Völker der Welt bedrohen.

Revanchistentreffen („Landmannschaften“ oder Traditionsverbände), Revancheforderungen der Bonner Kriegstreiber, z. B. Adenauer, Strauß, Lemmer, Seehofer oder Brandt (aktuelles Beispiel) – Verbot der KPD und Verfolgung aller patriotischen Kräfte.

Atomkanonen und Raketen entlang der Grenze der DDR, Kriegsübungen der westdeutschen Wehrmacht unter dem Kommando des Kriegsministers Strauß und ehemaliger Hitlergenerale.

11. Stunde: Warum brauchen wir noch in diesem Jahr einen Friedensvertrag? (Systematisierung, Auswertung)

Gesichtspunkte: Die deutsche Arbeiterklasse hat immer für das Glück des ganzen deutschen Volkes gekämpft.

Die deutschen Imperialisten und Militaristen sind die Hauptfeinde des deutschen Volkes. Sie haben das deutsche Volk immer wieder – 1914, 1933, 1939 – ins Unglück gestürzt und planen heute ein noch viel größeres Unglück für das deutsche Volk, den Atomkrieg. Westberlin haben sie in ihren verbrecherischen Plänen die Rolle der Frontstadt und des Kriegsbrandherdes zugeordnet.

Die deutsche Arbeiterklasse hat den westdeutschen Kriegstreibern bereits entscheidende Schläge versetzt.

Der Friedensvertrag muß noch in diesem Jahr abgeschlossen werden, um die westdeutschen Kriegstreiber zu bändigen und den Frieden zu sichern.

12. Stunde: Die Friedenstaube muß auch Krallen haben

(Siehe Klasse 5, 5. Stunde.)

13. Stunde: Unsere Republik hat starke Freunde

(Siehe Klasse 5, 6. Stunde.)

14. Stunde: Keiner ist zu klein, um ein Kämpfer für Frieden und Sozialismus zu sein

Im Anschluß an den Bericht eines Thälmann-Pioniers vor der Klasse über die Erfolge und weiteren Pläne der Gruppe unter der Losung „Deine Friedenstat für unseren Friedensstaat!“, bei der Verwirklichung des Stufenprogramms und beim Kampf um den Titel „Sputnikgruppe des Siebenjahrplans“ sollen die Erfolge und Pläne der Gruppe mit den Anforderungen des Stufenprogramms der Thälmann-Pioniere und mit dem Buchenwaldappell verglichen und überprüft werden, wie noch bessere Taten für Frieden und Sozialismus vollbracht werden können.

– Klasse 7 und 8 –

1. Das Brandenburger Tor in Berlin in den Jahren 1918, 1933, 1945 und 1961. Aus dem Kampf der Besten der deutschen Arbeiterklasse für den Frieden und für die Befreiung der Arbeiterklasse (2 Stunden)

Im Mittelpunkt muß der Kampf der Besten der deutschen Arbeiterklasse gegen imperialistische Kriege und für die Interessen der Werktätigen stehen. Es ist zu zeigen, daß dieser Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Arbeiterklasse einig ist und an ihrer Spitze eine revolutionäre Partei steht. Dabei ist die Rolle der bedeutenden Arbeiterführer Karl

Liebknecht, Rosa Luxemburg, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht zu charakterisieren.

Am 9. November 1918 zogen bewaffnete Arbeiter und Soldaten durch das Brandenburger Tor – An ihrer Spitze kämpften Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für die sozialistische deutsche Republik.

Ernst Thälmann warnt: „... wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ – Die faschistischen SA-Horden am 30. Januar 1933 – Reichstagsbrand.

Die Fahne der Sowjetarmee weht am 8. Mai 1945 am Brandenburger Tor – Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht zeigen an der Spitze der KPD den Weg in eine friedliche Zukunft.

Arbeiter und Bauern verteidigen am Brandenburger Tor den Frieden – der 13. August 1961, ein schwarzer Tag für die Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland und Westberlin.

2. Walter Ulbricht, der Kampfgefährte Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks – das Vorbild der deutschen Jugend (2 Stunden)

An Beispielen aus dem Leben Walter Ulbrichts, aus seinem unermüdlichen Kampf gegen Faschismus und Krieg an der Seite Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks, ist den Schülern die Größe der Persönlichkeit des aufrechten deutschen Arbeiterführers zu zeigen.

Besonders sind seine Rolle im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ während des zweiten Weltkrieges und bei der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie seine verantwortungsvolle Tätigkeit als Erster Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und als Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik zu würdigen.

Walter Ulbricht ist den Schülern als Vorbild, Freund und Förderer der Jugend nahe-zubringen.

Walter Ulbricht, der Kampfgefährte Ernst Thälmanns und Wilhelm Piecks.

Führer der Arbeiterklasse bei der Überwindung des faschistischen Erbes.

Walter Ulbricht – Freund der Jugend, Ehrenpionier der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

Führer der deutschen Arbeiterklasse im Kampf um Frieden und Glück des deutschen Volkes.

(Siehe auch Klasse 5, 2. und 3. Stunde.)

Literatur: J. R. Becher „Walter Ulbricht – ein deutscher Arbeitersohn“.

3. Die Imperialisten und Militaristen sind das Unglück der deutschen Nation (3 Stunden)

3.1 Die Imperialisten und Militaristen stürzten das deutsche Volk durch zwei Weltkriege ins Unglück. Einige Beispiele von der grausamen Kriegsführung der faschistischen Armeen sollen die Schüler zum Haß gegen den imperialistischen Krieg erziehen. Dabei können die Begriffe „Taktik der verbrannten Erde“, „Bombenterror“, „Massenvernichtung“, „totaler Krieg“, „Konzentrationslager“ u. a. erörtert werden. Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und die ständige Verschlechterung der Lebenslage des Volkes in jedem imperialistischen Krieg sind an statistischem Material zu belegen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Verbrechen führender Imperialisten und Militaristen zu charakterisieren, die heute im Bonner Staat an der Spitze stehen, wie z. B. Heusinger, Speidel, Foertsch, Kammhuber, Strauß, Globke, Oberländer, Krupp, Flick.

Grausamkeiten der Kriegsführung – Leiden und Not der Völker. Die Toten zweier Weltkriege.

3.2 Die Ziele der westdeutschen Imperialisten und Militaristen. Die Bonner Machthaber haben aus dem Ergebnis zweier Weltkriege nichts gelernt; sie mißachteten das Potsdamer Abkommen und sind heute die Vertreter des einzigen Staates in Europa, der territoriale Ansprüche an seine friedliebenden Nachbarn stellt. Im Bündnis mit den NATO-Partnern,

besonders mit den USA, forcieren sie die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und bedrohen das friedliche Leben des deutschen Volkes und den Weltfrieden.

Forderung nach Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges (gewaltsame Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik; militärische Rückgewinnung von Gebieten Volkspolens und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik; Eroberung der Sowjetunion bis zum Ural).

Streben nach Vorherrschaft innerhalb der NATO-Staaten in Europa (Besetzung der Kommandostellen der NATO-Armee; westdeutsche Truppen in England und Frankreich).

Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

3.3 Warum brauchen wir noch in diesem Jahr den Friedensvertrag? Das deutsche Volk wie auch andere friedliebende Völker sind am Abschluß eines Friedensvertrages besonders interessiert, weil damit den westdeutschen Imperialisten und Militaristen die revanchistischen Kriegspläne endgültig zerschlagen werden. Angesichts der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands, seiner führenden Beteiligung an Kriegsmanövern der NATO-Staaten, der französischen Atomwaffentests in der Sahara u. a. bedeutet der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und anderen am Kriege gegen Deutschland beteiligten Staaten die Sicherung des Weltfriedens.

Damit wird auch die Gefahr, die von dem Kriegsherd Westberlin ausgeht, das in den Plänen der Bonner Militaristen eine besondere Rolle spielt, für immer gebannt. Das Hinauszögern des Abschlusses eines Friedensvertrages bedeutet die Ermunterung der Kriegstreiber.

In diesem Zusammenhang sind den Schülern die Maßnahmen unserer Regierung vom 13. August 1961 als wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens zu erläutern.

Der Friedensvertrag durchkreuzt die Kriegspläne der westdeutschen Militaristen und Imperialisten. Westberlin ist als entmilitarisierte Freie Stadt nicht mehr das Pulverfaß zur Auslösung eines Krieges. (Die Enthüllung der Pläne der Bonner Ultras in der Fernsehrede Walter Ulbrichts am 18. August 1961.) Der Abschluß des Friedensvertrages bedeutet die Sicherheit unserer Nachbarvölker und einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens.

4. Unsere Deutsche Demokratische Republik – das Vorbild für ganz Deutschland (2 Stunden)

4.1 Wer hat Deutschland gespalten? Es ist zu zeigen, daß seit 1949 zwei deutsche Staaten bestehen. Entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens haben die deutschen Imperialisten Westdeutschland abgespalten. Das geschah, um ihre Herrschaft in einem Teile Deutschlands zu retten.

Die Spaltungspolitik der Westmächte und der westdeutschen Imperialisten: Nichterfüllung des Potsdamer Abkommens; Bizone; Trizone; separate Währungsreform; Gründung des Westzonenstaates. Warum die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde.

4.2 Die Deutsche Demokratische Republik, der Staat der Arbeiter und Bauern, ist der rechtmäßige deutsche Staat. Die Deutsche Demokratische Republik ist der rechtmäßige deutsche Staat, weil in ihm durch die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens die Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen wurden. Er verkörpert Frieden und Fortschritt in ganz Deutschland.

Unter Führung der Arbeiterklasse mit ihrer revolutionären Kampfpartei an der Spitze wird im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und den anderen werktätigen Schichten des Volkes der Sozialismus zum Siege geführt, der allen Bürgern unserer Republik eine glückliche Zukunft gibt. Da der Aufbau des Sozialismus nur im Frieden beendet werden kann, ergibt sich als politische Hauptaufgabe die Bändigung des westdeutschen Militarismus. Hierbei trägt die Arbeiterklasse ganz Deutschlands eine große Verantwortung.

Die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens in der Deutschen Demokratischen Republik (Enteignung der Konzernherren, Bodenreform, Bestrafung der Kriegsverbrecher).

Die Bündnispolitik der Arbeiterklasse unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beim Aufbau des Sozialismus (Hilfe der Arbeiterklasse für die Genossenschaftsbauern, Verhältnis zur Intelligenz, Perspektive der Handwerker und Unternehmer).

Hauptaufgabe: Kampf um die Sicherung des Friedens durch die Bändigung des westdeutschen Militarismus.

5. Wer ist ein guter Deutscher? (2 Stunden)

5.1 *Die großen Leistungen unserer Arbeiter und Genossenschaftsbauern.* Mit ihren Produktionstaten schlagen die Werktätigen den westdeutschen Imperialismus und stärken ihren Arbeiter-und-Bauern-Staat politisch, ökonomisch und militärisch. Um den Frieden und unsere sozialistischen Errungenschaften zu sichern, beschloß die Volkskammer das Gesetz zur Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Werktätigen, die durch ihre Produktionstaten und durch ihre Verteidigungsbereitschaft unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat stärken und schützen, sind gute Deutsche. Im Kampf um den Frieden und beim Aufbau des Sozialismus vollbringen auch die Thälmann-Pioniere durch gutes Lernen und gesellschaftlich nützliche Arbeit hervorragende Taten.

Beispiele hervorragender Taten (örtlich auswählen). Die bewaffneten Arbeiter und Bauern schützen unsere sozialistischen Errungenschaften. Das Verteidigungsgesetz vom 20. September 1961. Keiner ist zu klein, um ein Kämpfer für Frieden und Sozialismus zu sein (Beispiele für gute Taten der Thälmann-Pioniere).

5.2 *Wer sind unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland?* In dieser Stunde kommt es darauf an, daß die Schüler Schlußfolgerungen aus dem bisher behandelten Stoff ziehen und die Frage beantworten: Wer sind unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland? Die Schüler sollen erkennen, daß die Bürger Westdeutschlands gute Deutsche sind, die für die Erhaltung des Friedens kämpfen, sich für den gesellschaftlichen Fortschritt einsetzen und deswegen dem Terror des Bonner Staates ausgesetzt sind (die Mitglieder der illegal kämpfenden Kommunistischen Partei Deutschlands, wie z.B. Max Reimann, Oskar Neumann, Karl Schabrodt, Hein Fink; die Anhänger der Deutschen Friedensunion).

Die Arbeiter, Bauern und alle Bürger Westdeutschlands, die für Frieden und Fortschritt kämpfen, sind unsere Brüder und Schwestern; Imperialisten und Militaristen dagegen die Todfeinde des deutschen Volkes.

6. Wir haben mächtige Freunde (3 Stunden)

6.1/2 *Die Sowjetunion – unser mächtigster Freund.* Den Schülern ist am Beispiel der Heldentaten der Kosmonauten Gagarin und Titow die gewaltige Stärke der Sowjetunion zu erläutern. Am Stand der sowjetischen Raketentechnik ist die Unüberwindlichkeit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, zu denen die Deutsche Demokratische Republik als fester Bestandteil des sozialistischen Weltsystems gehört, zu demonstrieren.

Die Überlegenheit der Sowjetunion zeigt sich an dem grandiosen Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Die wissenschaftlichen Großtaten beim Aufbau des Kommunismus – Die Eroberung des Weltraums; die Heldentaten Gagarins und Titows.

Titows Besuch in der DDR.

Die Waffenbrüderschaft zwischen den Soldaten der Sowjetarmee und den Soldaten der Nationalen Volksarmee.

Der Sieg des Kommunismus in der Sowjetunion beschleunigt und sichert den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik.

6.3 *Der Friede wird den Krieg besiegen.* Den Schülern ist an Beispielen zu zeigen, daß überall in der Welt Menschen für den Frieden und das Glück kämpfen. Wir sind mit ihnen verbunden, und gemeinsam sind wir stärker als die Kräfte des Krieges. Um die Menschen vor Kriegsabenteuern der Militaristen zu schützen, haben sich die sozialistischen

Staaten Europas zu einer unüberwindlichen Verteidigungsmacht zusammengeschlossen (Warschauer Pakt).

Überall in der Welt stehen Millionen Menschen für das Leben und das Glück ihrer Kinder auf Friedenswacht (Beispiele!).

Beispiele unserer Freundschaft und Verbundenheit mit den friedliebenden Menschen in aller Welt. Die Welt wird schöner, wenn überall Frieden herrscht.

Der Friede muß bewaffnet sein, bis die allgemeine, vollständige Abrüstung den Krieg für immer aus dem Leben der Menschheit verbannt.

Wie sehr der Unterricht in den Schulen auch der bewußt und gezielt atheistischen Erziehung dienen soll, zeigt die Lektüre der umfangreichen pädagogischen Literatur in der DDR. Auch hierzu bringen wir ein einziges Beispiel. Es handelt sich um eine gekürzte Übersetzung aus der sowjetischen Fachzeitschrift „Biologija w shkole“ 1961, Heft 3.

DIE WISSENSCHAFTLICH-ATHEISTISCHE ERZIEHUNG DER SCHÜLER

Von P. A. Grigarow („Biologie in der Schule“ 1962, Heft 5)

In der Sowjetunion mißt man der weltanschaulichen Erziehung sowohl der Schuljugend als auch der gesamten Bevölkerung große Bedeutung zu. Im neuen Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das den Aufbau des Kommunismus als Ziel gestellt hat, wird dazu folgendes gesagt:

„Für ausschlaggebend in der ideologischen Arbeit in der jetzigen Etappe erachtet die Partei die Erziehung aller Werktätigen im Geiste hoher Ideentreue und der Hingabe an den Kommunismus, der kommunistischen Einstellung zur Arbeit und zur gesellschaftlichen Wirtschaft, die vollständige Überwindung der Überbleibsel bürgerlicher Ansichten und Sitten, die allseitige harmonische Entwicklung der Persönlichkeit, die Schaffung eines wahren Reichtums der geistigen Kultur. Besondere Bedeutung mißt die Partei der Erziehung der heranwachsenden Generation bei.“

Ein wichtiger Bestandteil der weltanschaulichen Erziehung ist die atheistische Erziehung. Auch dazu hat das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wichtige Hinweise gegeben:

„Die Partei benutzt die Mittel der ideologischen Einwirkung, um die Menschen im Geiste der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung zu erziehen und religiöse Vorurteile zu überwinden, ohne zu dulden, daß die Gefühle der Gläubigen verletzt werden. Systematisch ist eine breite wissenschaftlich-atheistische Propaganda zu betreiben, geduldig muß die Unzulänglichkeit religiöser Glaubensvorstellungen erklärt werden, die in der Vergangenheit entstanden, weil die Menschen unter dem Druck der blinden Naturgewalten und in sozialer Knechtschaft lebten und die wahren Ursachen der Erscheinungen in der Natur und Gesellschaft nicht kannten. Dabei muß man sich auf die Errungenschaften der modernen Wissenschaft stützen, die das Weltbild immer vollständiger offenbart, dem Menschen größere Macht über die Natur verleiht und für die phantastischen Märchen der Religion von überirdischen Kräften keinen Platz mehr übrigläßt.“

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der atheistischen Erziehung der Schüler im Biologieunterricht der sowjetischen Schule. Wenn auch beachtet werden muß, daß die Probleme, die von der Sowjetschule bei der atheistischen Erziehung zu lösen sind, andere sind als die in unserer Republik, so sind wir doch der Meinung, daß die Erfahrung, die die sowjetischen Biologielehrer auf diesem Gebiet der Bildung und Erziehung gesammelt haben, auch für uns von großem Nutzen sein können, wenn sie in sinnvoller Weise auf die in unserer Schule bestehenden Verhältnisse angewendet werden.

Die Redaktion

Die Erfolge der sowjetischen Schule bei der kommunistischen Erziehung der heranwachsenden Generation sind sehr groß; dennoch gibt es in dieser Arbeit noch erhebliche Mängel. Ein Mangel ist die Unterschätzung der wissenschaftlich-atheistischen Erziehung.

Bei einigen Lehrern hat sich die Meinung festgesetzt, Aufgabe der Schule sei es lediglich, die Schüler in den Grundlagen der Wissenschaften zu unterrichten, positive Kenntnisse zu vermitteln. Auf dieser Grundlage entstünden bei den Schülern von selbst atheistische Überzeugungen. Diese Meinung steht der antileninischen Theorie von der religionslosen Erziehung sehr nahe, die in den zwanziger Jahren aufgestellt, seinerzeit aber wieder verworfen wurde. Die Anhänger dieser Theorie übersahen, daß die Kulturrevolution nicht nur die materialistische Weltauffassung schaffen, sondern auch die Jugend für den aktiven Kampf gegen die Religion als das zählebigste Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen vorbereiten soll.

Aus den Erfahrungen der besten Lehrer geht hervor, wie die wissenschaftlich-atheistische Arbeit in der Schule anzupacken ist. Formen für diese Arbeit sind längst gefunden und haben sich in der Praxis bewährt. Einige seien genannt:

systematische wissenschaftlich-atheistische Arbeit des Lehrers im Unterricht über die Grundlagen der Wissenschaften,

außerunterrichtliche wissenschaftlich-atheistische Arbeit mit den Schülern,

wissenschaftlich-atheistische Propaganda unter den Eltern und der gesamten ortsansässigen Bevölkerung.

Wir wollen hier die Formen der wissenschaftlich-atheistischen Arbeit kurz charakterisieren, die die Biologielehrer anwenden oder anwenden können.

Die Biologielehrpläne enthalten Stoff, dessen Erarbeitung viele Möglichkeiten für die wissenschaftlich-atheistische Erziehung bietet. So wird im Botanikunterricht allmählich das Verständnis der Schüler dafür entwickelt, daß sich die Pflanzenwelt verändert und daß die Veränderungen der Pflanzen stets mit Veränderungen der Lebensbedingungen einhergehen; daß die verschiedenen Pflanzensippen zu verschiedenen Zeiten entstanden sind; daß die Pflanzengruppen infolge einer langwierigen historischen Entwicklung unterschiedlich gebaut sind. Ein überzeugender Beweis für die Unsinnigkeit der religiösen Ansichten, die Pflanzen seien das Werk eines „Schöpfers“, sind die Erfolge Mitschurins, der über 300 Pflanzensorten gezüchtet hat, die es bis dahin in der Natur nicht gab.

Wenn der Lehrer im Botanikunterricht wissenschaftliche Thesen entwickelt, kann er zugleich einige Formen des Aberglaubens widerlegen. Er kann zum Beispiel das „Geheimnis“ der Samenentwicklung lüften, auf die Bedeutung der „himmlischen Helfer“ bei den landwirtschaftlichen Arbeiten eingehen, falsche Vorstellungen von der „Blüte“ des Farns widerlegen und anderes mehr.

Die Biologielehrer der Woronesher Schulen gehen folgendermaßen vor: Die Lehrerin O. A. Grinewa (2. Eisenbahnerschule) arbeitete im Unterricht über die Formen und den Bau der Bakterien mit einer Kultur des Hostienpilzes *Serratia marcescens* (Bakterium prodigiosum), die sie sich aus dem mikrobiologischen Laboratorium besorgt hatte. Später züchtete sie eine Kolonie dieses Bakteriums auf Weißbrot.

Dieses Bakterium ist deshalb interessant, weil die Kolonien mit bloßem Auge sichtbar sind und in der Masse an einen Blutstropfen erinnern. Die Lehrerin erzählte den Schülern, wie dieses ungefährliche Bakterium von den Vertretern der Religion für die Festigung des Gottglaubens und zur Schürung nationaler Feindschaft benutzt worden ist. Sie nannte in diesem Zusammenhange einige historische Tatsachen und unterstrich den Klassencharakter der Religion als Mittel zur Unterjochung der Werktätigen.

Auch im Zoologieunterricht erfahren die Schüler nach und nach, daß es trotz allen Formenreichtums doch viele Merkmale gibt, die völlig abweichende Formen lebender Organismen gleichsam miteinander verbinden. Der Lehrer macht den Schülern verständlich, daß diese Ähnlichkeit von den verwandtschaftlichen Beziehungen der gesamten Tierwelt zeugt und daß die wissenschaftliche Auffassung von diesen Beziehungen die

religiöse These vom einheitlichen Schöpfungsakt widerlegt. Während er im Zoologieunterricht die Theorie von der historischen Entwicklung der Tierwelt erschließt, zeigt er den Schülern, daß die religiöse Vorstellung, die Tiere seien von Gott erschaffen, falsch ist. Zugleich führt er ihnen die Unhaltbarkeit religiöser Vorurteile und des Aberglaubens vor Augen, die sich an das Leben verschiedener Tiere knüpfen (Protozoen, Gliederfüßer, Würmer usw.).

Hier einige Beispiele aus Unterrichtsstunden mit atheistischem Inhalt, die die Lehrerin S. S. Gontscharowa (47. Oberschule) gehalten hat. Als die Amöbe erarbeitet wurde, sprach die Lehrerin zusätzlich über die Ruhramöbe und darüber, daß die Bauern im zaristischen Dorf, da sie die Ursachen der Ruhrerkrankung nicht kannten, die Patienten nicht zum Arzt brachten, sondern zum Popen, der ihnen die Beichte abnahm und das Abendmahl reichete. Den Kranken machte das natürlich nicht gesund, und da er nicht von den Gesunden abgesondert wurde, konnte sich die Krankheit weiter ausbreiten. Besonders hob die Lehrerin hervor, wie unhygienisch es ist, das Abendmahl einzunehmen, Heiligenbilder und Kreuze zu küssen. Durch den Kelch, der beim Abendmahl verwendet wird, und durch die wiederholte Berührung des Heiligenbildes oder des Kreuzes mit den Lippen werden ansteckende Krankheiten rasch von den Kranken auf die Gesunden übertragen.

Bei der Erarbeitung der Fortpflanzung und Entwicklung der Insekten sprach S. S. Gontscharowa darüber, daß die Geistlichkeit früher bei uns – und in einigen kapitalistischen Ländern noch heute – ihre Kenntnisse über die Metamorphose für ihre Interessen mißbrauchte. Traten auf einem Feld viele Raupen auf, so veranstalteten die Priester nach einiger Zeit einen Bittgang und hielten auf dem Feld, das besonders stark befallen war, einen Gottesdienst ab. Am anderen Tag waren alle Raupen verschwunden. Die Bauern meinten, „Gott habe ihr Gebet erhört“. In Wirklichkeit war das „Geheimnis“ des Verschwindens der Raupen sehr leicht zu erklären: Sie hatten sich in unschädliche Puppen verwandelt. Die Geistlichen wußten, wann die Verpuppung herannaht, und hatten den Bittgang und den Gottesdienst dementsprechend festgesetzt.

Manche Lehrer gehen über den Rahmen des Lehrplans hinaus und sprechen mit den Schülern über einzelne Tatsachen aus der Geschichte der Anatomie und über die Verfolgung der Anatomen durch die Geistlichen. Im allgemeinen haben diese Gespräche große Bedeutung für die atheistische Erziehung. Die Schüler lauschen ihnen aufmerksam und interessiert.

Besonders umfangreiches Material für die wissenschaftlich-atheistische Erziehung der Schüler liefert das Fach „Grundlagen des Darwinismus“. Wenn der Lehrer über Darwins Entwicklungslehre spricht, muß er auch zeigen, welch vernichtenden Schlag sie der Religion versetzte. In der Stoffeinheit „Die Entstehung des Lebens auf der Erde“ wird dargelegt, daß die religiösen Ansichten von der Ewigkeit und der ursprünglichen Zweckmäßigkeit unwissenschaftlich und unnatürlich sind. Wenn die Abstammung des Menschen erarbeitet wird, müssen die Schüler Kenntnisse erwerben, durch die die religiösen Märchen von der Entwicklung des Menschen und der Besiedlung der Erde mit lebenden Organismen widerlegt werden.

Viele Fragen jedoch, die für die wissenschaftlich-atheistische Erziehung wichtig sind, stehen in keinem direkten Zusammenhang mit dem Biologieunterricht. Sie können Gegenstand außerunterrichtlicher Betätigung sein, die der Biologielehrer organisiert oder an der er sich unmittelbar beteiligt. Große Bedeutung für die Lösung dieser Fragen haben Lektionen mit antireligiösem Inhalt, Schülervorträge in den Arbeitsgemeinschaften Junger Naturforscher, Pioniersammlungen und Schulveranstaltungen, Leserkonferenzen, Ausstellungen atheistischer Literatur und anderes. Für die oberen Klassen der Acht- und der Elfklassenschule verlegt der Biologielehrer die außerunterrichtliche atheistische Arbeit zumeist in die Arbeitsgemeinschaften Junger Naturforscher.

An vielen Schulen organisieren die Fachlehrer, unter ihnen die Biologielehrer, Veran-

staltungen zu antireligiösen Themen. Umrahmt werden diese Veranstaltungen von Laienkunstdarbietungen. Die 7. Oberschule hatte für eine solche Veranstaltung das Thema „Der Kampf der Wissenschaft gegen die Religion“ gewählt. Einleitend hielten die Schüler kurze Referate über die Themen: „Große Kämpfer für die Wissenschaft“ (Kopernikus, Bruno, Galilei), „Das Leben Lomonossows“, „Leben und Werk Charles Darwins“, „Die Inquisition“. In den ersten drei Vorträgen befaßten sich die Schüler vor allem mit der Einstellung der Geistlichen zur Tätigkeit großer Wissenschaftler. Das vierte Referat behandelte die Verfolgung der Wissenschaftler durch die Kirche im Mittelalter. Es brachte einige historische Angaben über die Tätigkeit der Inquisition in Spanien. Daran schlossen sich Laienkunstdarbietungen an (Gesang, Vortrag von Fabeln Bednyjs und humorvoller Erzählungen Hašeks, Gedichten von Majakowski und Issakowski, Erzählungen von Tschechow u. a.).

An einigen Schulen werden interessante Leserkonferenzen über naturwissenschaftliche und atheistische Literatur veranstaltet.

Sehr wichtig ist, daß die atheistische Arbeit mit den Eltern und mit der erwachsenen Bevölkerung allgemein systematisch verläuft und daß sich daran das gesamte Lehrerkollektiv, also auch der Biologielehrer, beteiligt.

Die Arbeit der Schule mit den Eltern erstreckt sich auf Lektionen und Gespräche. Damit diese Arbeit von Erfolg gekrönt ist, greift man auf Vorkommnisse zurück, bei denen sich die Religiosität von Schülern, Eltern oder der im Umkreis der Schule wohnenden Bevölkerung offenbart hat.

Hier nur ein Beispiel. Das Lehrerkollektiv der 10. Oberschule begann seine Arbeit mit den Eltern mit einem Referat über das Thema „Der Beschluß des ZK der KPdSU vom 10. November 1954 „Über die Fehler bei der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda unter der Bevölkerung“. Der Referent erläuterte den Inhalt des Beschlusses (an Beispielen aus dem Leben der Schule und des Elternhauses) und zeigte an Beispielen, wie sich die Religiosität einiger Eltern äußert und wie diese Eltern ihre Kinder in die ritualen Handlungen einbeziehen: Kirchengang, Weihe des Osterkuchens, Feier des Fronleichnamsfestes usw. Daß sich alle diese religiösen Überbleibsel äußerten, lag zum großen Teil daran, daß die Kirche in diesem Ort eine rege Tätigkeit entwickelte. Das Referat weckte das Interesse der Anwesenden. Dem Referenten wurden viele Fragen gestellt. Zahlreiche Eltern erklärten an Ort und Stelle, sie werden die Schule mit allen Mitteln bei der kommunistischen Erziehung ihrer Kinder unterstützen und verhindern, daß gläubige Familienmitglieder die Jugend beeinflussen.

Unter der Stadt- und Landbevölkerung muß eine umfassende Propaganda für die materialistische Weltanschauung entfaltet werden. Es ist zum Beispiel nützlich, über die Entstehung der Erde, das Sonnensystem, die Entstehung des Lebens auf der Erde und die Abstammung des Menschen zu sprechen.

3. Die Kirchenleitungen in der DDR haben diese Situation in den Schulen immer wieder bedacht. Auf ihre Veranlassung hat die Kirchenkanzlei der EKD für die Gliedkirchen in der DDR unter dem 28. Dezember 1961 den Gliedkirchen ein für die Pfarrer bestimmtes Schreiben über Erziehungsfragen zur Verfügung gestellt. Der Inhalt dieses Schreibens soll auf Pfarrkonventen und Kreissynoden sowie in Gemeindekreisen besprochen werden. Die Kirchenkanzlei fügt hinzu, es habe bei den Beratungen darin Übereinstimmung geherrscht, daß man gegenüber der Proklamierung von Parteilichkeit und Haß in der kirchlichen Verkündigung und im kirchlichen Unterricht den Gemeinden verständlich machen sollte, was die Christen von ihrer Botschaft aus unter Wahrhaftigkeit und Liebe verstehen.

Vom 28. Dezember 1961

Liebe Schwestern und Brüder!

In einem früheren Schreiben haben wir darauf hingewiesen, daß in der gegenwärtigen Situation der Kirche Christi die Seelsorge als zentraler kirchlicher Dienst in den Mittelpunkt der pfarramtlichen Arbeit gerückt ist. Besonders brennend ist für viele Gemeindeglieder und auch für viele Pfarrhäuser die Frage, wie wir in dieser Zeit unsere Kinder recht erziehen.

Im folgenden möchten wir zunächst einige Punkte herausstellen, die unsere Kirche in ihren Verlautbarungen schon oft betont hat, die aber heute von besonderer Bedeutung sind (I.).

Vor allem aber möchten wir Ihnen etwas zur Wahrhaftigkeit und Liebe sagen, weil es darauf vor allem ankommt bei dem, was die Kirche ihrer jungen Generation in unseren Tagen zu verkünden und durch Wort und Vorleben zu bezeugen hat (II.).

I.

a) Unsere Kinder sind heute sehr verschiedenen, oft gegensätzlichen *Erziehungsmächten* ausgesetzt. Ohne Anleitung und Führung ist es für Kinder kaum möglich, die verschiedenartigen Stimmen recht zu unterscheiden. Deshalb wollen wir selbst uns immer wieder darum mühen und die Eltern in unseren Gemeinden mahnen, die *Kinder nicht allein zu lassen*. Es ist unmenschlich und unbarmherzig, Kindern ohne elterliche Führung wichtige Entscheidungen zu überlassen oder sie geistige und weltanschauliche Auseinandersetzungen allein führen zu lassen. Es sind unsere Kinder, für die wir einzustehen haben.

b) Ganz praktisch bedeutet das vor allem, daß wir *Zeit für unsere Kinder haben*. Unerläßlich für eine gesunde Entwicklung des Kindes ist es, daß es genügend Gelegenheit zur Aussprache hat, weil es dadurch seine Erlebnisse bewältigt und seine Stellungnahme klärt. Wenn das Kind mit Erlebnissen angefüllt nach Hause kommt, möchte es einen Menschen vorfinden, dem es alles sagen kann, selbst wenn sein Bericht zunächst noch recht ungeordnet und voller unreifer Urteile ist. Durch unsere Bereitschaft, für die Kinder da zu sein und sie anzuhören, bewahren und fördern wir das Vertrauen der Kinder zu uns Eltern. Jede Mutter von kleineren Kindern sollte sich deshalb fragen, ob sie nicht durch ihre Berufstätigkeit ihrem Kind wichtige Lebenshilfen entzieht. Auch die Pfarrfrauen sollten sich diese Frage im Hinblick auf die Gemeindegliederarbeit stellen.

c) Die besondere Fürsorge der Gemeinde brauchen *Kinder aus unvollständigen Familien*. Wenn Paten nicht in der Nähe leben, ist zu überlegen, ob nicht andere Glieder der Gemeinde Patenaufgaben an solchen Kindern übernehmen und den Müttern mit Rat und Tat in Erziehungsfragen zur Hand gehen könnten. Laßt uns über Aufgaben und Möglichkeiten des Patenamtes nicht nur bei Taufgesprächen, sondern auch in Gemeindekreisen und in den Gottesdiensten häufiger und möglichst praktisch mit der Gemeinde reden.

d) Die *Gestaltung des Familienlebens* erfordert heute mehr denn je bewußtes Bemühen, schöpferische Phantasie und Liebe. Um der Kinder willen müssen wir gegen unsere Müdigkeit und Bequemlichkeit angehen. Kinder ins Kino oder auf den Sportplatz abzuschicken, um selber Ruhe zu haben, ist keine Gestaltung des Familienlebens. Auch das kirchliche Leben in der Gemeinde wäre immer wieder daraufhin zu prüfen, ob wir nicht ungewollt einer Aufsplitterung der Familie Vorschub leisten.

e) Wir Eltern sollten auf alle Weise dafür sorgen, daß das heranwachsende Kind und der Jugendliche eine *Gruppe von Gleichaltrigen* findet, in der eine Selbsterziehung im positiven Sinn stattfindet. Eine besondere Not besteht für Kinder zwischen zehn und vierzehn Jahren. Sie haben oft keine rechten Umgangskreise in der Gemeinde. Aus den Kinderkreisen und dem Kindergottesdienst sind sie herausgewachsen, und die Arbeit der

Jungen Gemeinde erfaßt meist erst Jugendliche nach der Konfirmation. Die allgemein zu beobachtende Verfrühung in der Entwicklung erfordert aber gerade für die 10- bis 14jährigen besondere Bemühungen.

II.

In unserer Zeit scheint uns die *Erziehung zur Wahrhaftigkeit und zur Liebe* besonders wichtig. Dabei muß es für Christen völlig klar sein, daß es Wahrhaftigkeit nicht ohne Liebe und Liebe nicht ohne Wahrhaftigkeit gibt.

a) Unsere Kinder sollen und müssen es lernen, sich in der Welt, in die sie heute und hier hineinwachsen, zurechtzufinden und zu behaupten.

Einerseits brandet heute ein allgemeiner Wirrwarr unterschiedlicher Meinungen, die sich mitunter diametral gegenüberstehen, auf den Jugendlichen ein. Absolute, zynische Standpunktlosigkeit scheint sich ihm bald als der bequemste Ausweg aus etwa auftretenden Konflikten anzubieten. Andererseits gerät er in den Sog und unter den massiven Druck einer geschlossenen Anschauung von Wahrheit und Wirklichkeit, die er zwar häufig rein gefühlsmäßig nicht bejaht, der er aber vom Standpunkt der Standpunktlosigkeit aus nichts entgegenzusetzen hat. So entwickelt er sich zum Heuchler, der es kläglich oder auch glänzend lernt, die ihm zudiktierte Rolle zu spielen. Der Blick auf das eigene Fortkommen oder die Rücksicht auf die Existenz der Eltern, die ihn häufig in einer solchen Gesinnung auch noch bestärken, werden zum einzigen Maßstab für sein Verhalten. Es gilt aber für ihn, im pragmatischen Bereich richtig und falsch, im ethischen Bereich gut und böse, im Miteinander der Menschen und Völker Wahrheit und Lüge unterscheiden zu lernen. Hier nun ist es die Aufgabe aller, die Verantwortung für unsere Jugend tragen, ihr vom Worte Gottes her die Maßstäbe zur Urteilsbildung zu vermitteln.

Ein Leben vom Worte Gottes her ist ein Leben in Wahrhaftigkeit. Erziehung zur Wahrhaftigkeit bedeutet Schärfung des Gewissens. Schärfung des Gewissens aber setzt ein bestimmtes Maß von Wissen voraus. Wir, die wir mit der Jugend zu tun haben, müssen uns zunächst einmal selbst um Kenntnis von Tatsachen und um Einsicht in verschiedene Beurteilungsmöglichkeiten bemühen. Die moderne Welt unserer Tage bietet uns mannigfache Möglichkeiten, um uns auf wissenschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet zu informieren, die es zu nutzen gilt. In unserer Urteilsbildung müssen wir die Freiheit geistiger Entscheidung bewahren und unseren Kindern weitergeben. Diese Freiheit geistiger Entscheidung gründet zutiefst in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat. Daß wir unser Wissen nur in einer der Auffassungsgabe der Kinder und Jugendlichen angemessenen Weise an sie weitergeben werden, versteht sich von selbst.

Die Vermittlung unserer Kenntnisse und unserer Erfahrungen an den Jugendlichen muß in einer echten freien Auseinandersetzung mit seinen besonderen Fragen erfolgen. Zur Würde des von Gott frei geschaffenen Menschen gehört es, daß er selbständig urteilt. Deshalb müssen wir den Jugendlichen dazu erziehen, daß er diese Würde nicht preisgibt und die Übernahme fertiger Beurteilungsschablonen ablehnt, wie sie ihm heute oft durch Unterschriftensammlungen und Zustimmungserklärungen aufgezwungen werden sollen.

Haben wir ihm aber zur Erlangung eines eigenen Standpunktes in dieser oder jener Frage verholfen, so sollte er auch von uns lernen, seine Meinung freimütig zu vertreten. Erziehung zur Zivilcourage kann schon in einem sehr frühen Stadium beginnen. Wir dürfen an diesem Punkt nicht davor zurückschrecken, zu bekennen, daß es uns selbst nur zu oft an Mut zur selbständigen Meinungsbildung und zur Beharrlichkeit im Vertreten unserer Überzeugung gefehlt hat und noch fehlt. Dieser Mut wird nur denen zuteil, die sich auf die Zusage des Herrn verlassen: „Wer nun mich bekennt vor den Menschen, den will ich auch bekennen vor meinem himmlischen Vater“ (Matth. 10, 32).

b) Christus hat keine Edukationsprogramme proklamiert. Er hat die Liebe als die Summe aller göttlichen Forderungen geboten (Matth. 22, 37–40). Dieses Gebot umschließt auch die Feinde (Matth. 5, 46–48). Wir haben es den jungen Menschen eindringlich klarzumachen, daß Haß niemals ein Erziehungsinhalt, ein positiver Lebensimpuls sein kann.

So verderblich wie die Heuchelei ist, so zerstörerisch wirkt der Haß. Gewiß sollen sie auch mit unserer Hilfe lernen, das Böse, die Sünde zu erkennen, zu vermeiden, ja zu verabscheuen und zu bekämpfen. Auch der Christ wird dafür eintreten, daß das Verbrechen bestraft wird, aber er weiß, daß Christus auch für den Verbrecher gestorben ist. Jesus hat radikal der Sünde widerstanden, aber den Sünder geliebt und ihn dadurch überwunden. Nachfolge, zu der wir die Herzen unserer Kinder gern bewegen wollen, wird sich deshalb vor allem auch darin zu bewähren haben, daß sie allen Pauschalurteilen und aller Haßpropaganda widersteht.

Die Liebe Christi werden wir unseren Kindern auch im Verhältnis zu den Menschen vorzuleben haben, die neben uns als Erzieher an ihnen tätig sind. Es kann und darf nicht geschehen, daß wir absichtlich oder unabsichtlich die Autorität ihres Amtes untergraben. Selbst wenn sie als Funktionäre einer atheistischen Weltanschauung zum Haß erziehen, dürfen wir ihnen nicht mit Haß begegnen. Wenn wir immer wieder versuchen, mit ihnen zu einem persönlich menschlichen Verhältnis vorzustoßen, wird es sich zeigen können, daß uns mit ihnen doch einiges verbindet, was auf den ersten Blick verborgen ist. Dabei sind wir ihnen aber auch die Warnung schuldig, daß sie sich gegen Gottes Gebot vergehen, wenn sie Kinder in ihr ideologisches Schema pressen; sie zum Hassen erziehen wollen und sie so in ihrer Entwicklung schädigen.

Bei allen unseren Überlegungen muß uns ganz deutlich vor Augen stehen, daß die Behebung der praktischen Nöte oft über unsere eigenen Möglichkeiten und über unsere innere Kraft hinausgeht. Aber gerade in den Nöten dieser Tage wird es sich erweisen, daß Gottes Kraft in den Schwachen mächtig ist (2. Kor. 12, 9). Er will sein Wort nicht leer zurückkommen lassen (Jes. 55, 11), auch heute nicht. Er schenke uns Liebe, Phantasie, Mut und Vollmacht zu solchem Dienst unter seinem Befehl: „Weiset meine Kinder und das Werk meiner Hände zu mir!“ (Jes. 45, 11).

d) Die Kirchen vor den Fragen von Politik und Gesellschaft

1. Daß Religion und Christentum auch in sozialistischen Staaten weiter leben, ist ein kritischer Punkt für die atheistisch bestimmte sozialistische Gesellschaftsordnung. Darum reagiert man mit großer Empfindlichkeit, wenn die Kirche und die Christen sich mit ihren Bindungen aus dem kultischen Raum herauswagen und in ihre Auseinandersetzung mit der Welt auch ihre politische und gesellschaftliche Umwelt mit einbeziehen. Die evangelischen Kirchen in der DDR haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie ihren kirchlichen Auftrag auch auf das politische und gesellschaftliche Leben auszudehnen genötigt sind. In einer respektablen Folge von Erklärungen, Mahnungen, Vorschlägen und Zurechtweisungen haben sie in den letzten Jahren zu allen wichtigen politischen und gesellschaftlichen Vorgängen in ihrem Staat vom eigenen Standort aus unerschrocken das Wort genommen. Der Entwurf zum „Gesetzbuch der Arbeit“, der am 12. April 1961 in Kraft getreten ist, forderte eine solche kirchliche Stellungnahme heraus:

STELLUNGNAHME DER KIRCHLICHEN OSTKONFERENZ
ZUM ENTWURF EINES „GESETZBUCHES DER ARBEIT“

Vom 14. März 1961

Der Entwurf des Arbeitsgesetzbuches verdient besondere Beachtung, weil er den ersten abgeschlossenen Versuch einer umfassenden Kodifizierung des Arbeitsrechts darstellt, der in Deutschland gemacht worden ist.

Die Kirche betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, zu dieser oder jener Regelung der Arbeitsverhältnisse im einzelnen Stellung zu nehmen. Insonderheit hat sie nicht die Absicht, auf die Analyse der gegenwärtigen deutschen Situation einzugehen, wie sie in der umfangreichen Präambel ihren Ausdruck findet und wie sie nach Sprache und Inhalt so nur von überzeugten Marxisten vollzogen werden kann. Gerade um der Bedeutung dieses Gesetzwerkes für das künftige Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik willen aber sieht die Evangelische Kirche die Verpflichtung, von ihrem Standpunkt aus einiges Zusammenfassende zum prinzipiellen Gehalt des Arbeitsgesetzbuch-Entwurfs zu sagen.

I.

Mit Aufmerksamkeit haben wir wahrgenommen, welcher Schutz und welche Förderung dem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in seiner Arbeit durch dieses Gesetz zuteil wird und welche Rechte ihm zugesprochen werden. Wir begrüßen es, daß dies so ausdrücklich ausgesprochen wird. Die Kirche hat vom Worte Gottes her zur Arbeit ein positives Verhältnis. Die Arbeit ist dem Menschen als Auftrag Gottes gegeben. In ihr soll er seine schöpferischen Fähigkeiten entfalten und zum Wohle seiner Mitmenschen beitragen. Die Kirche weiß aber, daß zu allen Zeiten und in allen gesellschaftlichen Organisationsformen die Arbeit immer zugleich zu einer schweren Last werden kann, die von dem Fluch der Verglebigkeit bedroht ist.

Mit dem Arbeitsgesetzbuch-Entwurf unternimmt der Gesetzgeber den Versuch, den Menschen im Verhältnis zu seiner Arbeit zu einem grundsätzlichen Enthusiasmus zu erziehen. Er will die sozialistische Arbeit schlechthin zu einer Sache des Ruhmes und der Ehre machen. Durch immer straffere Arbeitsdisziplin soll unter Ausnutzung der fortgeschrittensten Wissenschaft und Technik eine maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden.

Eine solche grundsätzliche Auffassung von der Arbeit muß auf die Dauer zu einer Überforderung des Menschen führen, durch die er an seinem Leben und seinem Menschentum Schaden leidet. Der Mensch ist mehr und darf mehr für sich in Anspruch nehmen, als er in seiner Arbeit bedeutet. Wir müssen es daher bedauern, daß an keiner Stelle des Entwurfs im Zusammenhang mit der Forderung nach ständiger Steigerung der Arbeitsproduktivität von den Grenzen der Arbeit gesprochen wird. Im Gegenteil, es wird der Eindruck erweckt, als könne die sozialistische Arbeit diese aller Arbeit des Menschen gesetzten Grenzen überspringen. Es ist aber gerade heute eine von den Werktätigen theoretisch und praktisch viel erörterte Frage, wieviel eigentlich von den Menschen an Arbeit gefordert werden dürfe.

Wir möchten unsere Fragestellung aus Gründen der Deutlichkeit an drei praktischen Beispielen erläutern:

Es ist sicherlich gut, wenn in dem § 69 die Notwendigkeit von Arbeitspausen hervorgehoben wird. Aber es wird nirgendwo eine maximale Arbeitszeit angegeben. § 72 fordert vielmehr, daß die volle Ausnutzung der Arbeitszeit zu gewährleisten sei und die betrieblichen Aufgaben innerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit erfüllt und übererfüllt werden müssen. Hier entsteht die Frage, worauf in einem Konfliktfall das Gewicht fallen würde. Das Arbeitsgesetzbuch jedenfalls erweckt den Eindruck, daß die Übererfüllung der Pläne als das vorrangige Ziel gegenüber der Sorge um den Menschen anzusehen ist.

In den §§ 87 ff. wird das Recht auf Erholungsurlaub begründet und für die Erholung der Werktätigen an praktischen Hilfen vieles vorgesehen. Wir müssen aber fragen, ob bei den heutigen Arbeitsverhältnissen und der immer erneut geforderten Arbeitsdisziplin ein jährlicher Grundurlaub von zwölf Werktagen als ausreichend angesehen werden kann. Soweit uns bekannt ist, wird auch von Ärzten ein Mindesturlaub von 18 Werktagen gefordert.

In § 23 sieht der Arbeitsgesetzbuch-Entwurf vor, „daß Werktätigen Arbeit an einem anderen Ort bis zur Dauer von sechs Monaten (bei Lehrern bis zum Ende des Schul-

jahres) zugewiesen werden kann“. Die Erfahrung zeigt, daß eine solche Praxis in der Arbeitszuweisung, wie sie bisher verschiedentlich schon geübt worden ist, das Familienleben verheirateter Arbeitnehmer zerstören kann. Wir glauben daher, dringend vor einer gesetzlichen Fixierung der langfristigen Versetzbarkeit von Werktätigen an einen anderen Arbeitsplatz warnen zu müssen.

II.

Mit großer Sorge sehen wir, daß der Arbeitsgesetzbuch-Entwurf nicht nur die äußeren Arbeitsbedingungen als solche regeln, sondern mit seinen Bestimmungen zugleich die Gewissen der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik rechtlich an die sozialistische Moral binden will. Seiner ganzen Intention nach ist der Entwurf ein Versuch, mit gesetzlichen Mitteln den Umerziehungsprozeß der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik zu Menschen mit einem sozialistischen Bewußtsein voranzutreiben. Schon in der Präambel des Entwurfes wird unmißverständlich zum Ausdruck gebracht: „Es (das Arbeitsgesetzbuch) hilft die sozialistische Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral weiter zu entwickeln und fördert die Erziehung und Selbsterziehung der Werktätigen zu neuen sozialistischen Menschen.“ Es würde zu weit führen, diese Erziehungsfunktion des Gesetzes im einzelnen zu belegen. Als Beispiel greifen wir hier nur den § 141 heraus, in dem es heißt:

„Die Konfliktskommission untersucht und entscheidet bei a) Verstößen gegen die Gebote der sozialistischen Moral, insbesondere der sozialistischen Arbeitsmoral ...“

Wenn also Werktätige nach der christlichen Ethik zu leben und zu arbeiten sich bemühen und in einem Konfliktfall zwar die Gebote der sozialistischen Moral verletzen, die Gebote Gottes aber achten und befolgen, dann kann das christliche Verhalten in einem solchen Falle zu einem Verstoß gegen das Arbeitsgesetz erklärt und mit Erziehungsmaßnahmen belegt werden.

Demgegenüber muß die Kirche es noch einmal ganz deutlich aussprechen: Der Christ kann die Gebote der sozialistischen Ethik und Moral nicht zur verbindlichen Grundlage seines Lebens und Arbeitens machen. Er kann wohl manche Forderung der sozialistischen Ethik und Moral auch von seinem Standpunkt aus anerkennen (z. B. gewissenhafte und treue Arbeit, kameradschaftliche Hilfe, berufliche Qualifikation, Sauberkeit der Haltung, Reinhaltung der Ehe). Aber etwa die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und ihren unversöhnlichen Kampf gegen andere Gesellschaftsordnungen kann er weder in der Theorie noch in der Praxis zur Grundlage seines Lebens und damit auch seiner Arbeit machen. Der Christ kann das erste Gebot Gottes nicht durch das erste Gebot der sozialistischen Ethik und Moral ersetzen. Die zehn Gebote der Bibel fordern vom Menschen, daß er sein Leben führe im Glauben an Gott und im Gehorsam gegen Gottes Willen als der obersten ethischen Norm; die zehn Gebote der sozialistischen Moral wollen erreichen, daß der Mensch sein Leben führe in der Ablehnung jeglichen Gottesglaubens und im Gehorsam gegen den Willen der Arbeiterklasse als der obersten ethischen Norm.

So besteht ein letzter radikaler Gegensatz zwischen dem christlichen Glaubensgehorsam einerseits und der sozialistischen Moral andererseits. Wenn nun mit dem Arbeitsgesetzbuch die sozialistische Moral zum zwingenden Gesetz erhoben werden sollte, würde dies einen schweren Eingriff in die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Bereich der sozialistischen Arbeit darstellen; es würde gesetzlich festgelegten Gewissenszwang für die vielen Werktätigen bedeuten, die getaufte Glieder der christlichen Kirche sind und es bleiben wollen. Ein solcher Eingriff in die ethische Bewusstseinsphäre überschreitet die Grenzen staatlicher Rechtsetzungsbefugnis.

Die Kirche muß sich gegen die Vermischung und Verquickung von Bestimmungen, die das reine Arbeitsrecht betreffen, mit Bestimmungen, die die Gewissensbindung gesetzlich festlegen, wenden. Wir meinen, daß das Arbeitsgesetzbuch sich auf denjenigen Bereich beschränken sollte, der von einem derartigen Gesetz in legitimer Weise geregelt werden

kann und geregelt werden muß: auf die Arbeitsrechtverhältnisse als solche, d. h. auf die gesetzlich regelbaren Bedingungen der Arbeit in der sozialistischen Produktionsweise.

In der Mitverantwortung für den Menschen bittet die Evangelische Kirche die mit der weiteren Bearbeitung des Arbeitsgesetzbuches befaßten öffentlichen Stellen und Gremien, die in vorstehender Stellungnahme zusammengefaßten Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

2. In der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat über die politische und gesellschaftliche Bedeutung der Kirche nimmt die Friedensfrage, die in Gestalt des Weltfriedensrates, des Deutschen Friedensrates und der sowjetischen Forderung nach dem Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten unermüdlich zum Gegenstand der Diskussion gemacht wird, einen besonderen Platz ein. Das Jahr 1961 brachte darüber hinaus einen am 6. Juli von der Volkskammer der DDR beschlossenen „Deutschen Friedensplan“ zusammen mit einem „Appell an alle Deutschen in Ost und West“. So wenig den Kirchen grundsätzlich ein Mitspracherecht in öffentlichen Angelegenheiten zugestanden wird, so sehr werden sie für derartige Aktionen als Befürworter in Anspruch genommen. Dafür werden alle verfügbaren innerkirchlichen oder am Rande der Kirche stehenden Hilfstruppen mit eingesetzt, von der Ost-CDU über den Bund Evangelischer Pfarrer in der DDR bis hin zu Einzelpersonlichkeiten, unter denen Professor D. Emil Fuchs, Leipzig, immer besonders herausgestellt wird. Alle diese Kräfte sind neuerdings im „Christlichen Arbeitskreis im Deutschen Friedensrat“ zusammengefaßt.

In diesem Zusammenhang spielt die Bewegung der „Prager Christlichen Friedenskonferenz“ eine besondere Rolle. Dabei soll hier jetzt nicht von der ganzen Vielschichtigkeit der Prager Konferenzen die Rede sein (siehe dazu in diesem Band S. 344, sowie im Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 255 ff.). Für ihre Beurteilung kann aber nicht außer Betracht bleiben, daß die Ost-CDU und ihre politischen Parteigänger die Prager Konferenzen von Anfang an als ihre besondere Domäne und als das ihren politischen Vorstellungen entsprechende kirchliche Wirkungsfeld angesehen haben. Das Jahr 1961 brachte verstärkte Anstrengungen dieser Kreise in der DDR, die Ziele der Prager Konferenzen im Sinne der östlichen Politik reinzuerhalten und in die Öffentlichkeit hineinzutragen. Eine Fülle von Kundgebungen, die sich wie Wellen immer wieder über das Land ergießen, soll den Eindruck erwecken, daß hinter den Prager Konferenzen und ihren tatsächlichen oder angeblichen politischen Zielen eine geschlossene Front der Kirchen im gesamten sowjetischen Machtbereich und darüber hinaus auch vieler Kirchen und Persönlichkeiten im Bereich des Westens steht. Dazu werden mit Vorliebe dann auch Bischöfe, Professoren und andere kirchliche Persönlichkeiten aus östlichen Ländern eingesetzt.

Im Sinne einer derartigen Beanspruchung der Kirchen für ein Ja zur Politik der DDR-Regierung erließ die Ost-CDU unmittelbar nach der Veröffentlichung des „Deutschen Friedensplanes“ folgenden Aufruf:

AN DIE REPRÄSENTANTEN DER KIRCHEN IN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN
ZUM ABSCHLUSS EINES FRIEDENSVERTRAGES MIT DEUTSCHLAND

Von Repräsentanten aller christlichen Bekenntnisse ist wiederholt mahnend festgestellt worden, daß in der Gegenwart des Atomzeitalters die Glaubwürdigkeit des Christen vor

der Welt wesentlich durch seine Haltung in der Frage des Friedens bezeugt wird. Durch das Friedensgebot des Evangeliums, dem wir uns als Christen verpflichtet wissen, wird uns in dieser Existenzfrage der Menschheit eine besondere Verantwortung auferlegt. Wenn wir uns heute an Sie wenden, dann tun wir das mit der Bitte, gemeinsam mit uns diese Verantwortung wahrzunehmen.

Sechzehn Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wartet unser Volk noch immer auf eine vertragliche Friedensregelung. Der Umstand, daß es bis heute nicht zum Abschluß eines Friedensvertrages gekommen ist, hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich in Westdeutschland eine Entwicklung anbahnen konnte, die in den letzten Jahren immer deutlicher an die alten verhängnisvollen Traditionen der deutschen Geschichte anknüpfte und auf diese Weise mehr und mehr zu einer Bedrohung des Friedens in Europa und in der Welt wurde.

Die westdeutsche Regierung ist die einzige Regierung in Europa, die Gebietsforderungen vor allem gegenüber der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik erhebt. In der Bundesrepublik haben diejenigen, die eine besondere Verantwortung für die Entfesselung und barbarische Durchführung des zweiten Weltkrieges tragen, unter Bruch des Potsdamer Abkommens erneut Schlüsselpositionen in Staat, Justiz, Militär und Wirtschaft eingenommen. Diese Tatsache gewinnt eine besondere Gefährlichkeit dadurch, daß die Bundesregierung immer nachdrücklicher die atomare Ausrüstung ihrer Streitkräfte fordert, Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik ablehnt und statt dessen die „Befreiung der Ostzone“ propagiert. All das macht zur Genüge deutlich, welche große Gefahr dem Frieden in Europa und in der ganzen Welt von daher droht.

In dieser Situation halten wir den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten für dringend erforderlich. Mit diesem Vertrag würde nicht nur die verhängnisvolle Entwicklung in Westdeutschland aufgehalten werden, mit ihm würden auch die Voraussetzungen geschaffen für eine friedliche Entwicklung im Herzen Europas sowie für eine Annäherung und friedliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Nach dem Abschluß eines Friedensvertrages könnten sich aber auch die kirchlichen Beziehungen in unserem Vaterland viel fruchtbarer gestalten.

Am 6. Juli hat der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer konstruktive Vorschläge für eine Friedensregelung mit den beiden deutschen Staaten entwickelt. Die Volkskammer hat den Deutschen Friedensplan beschlossen. Wir würden es begrüßen, wenn Sie diese Vorschläge, die einen für alle Seiten gangbaren Weg zur Verwirklichung eines Friedensvertrages zeigen, ernsthaft prüfen und nach Kräften unterstützen würden.

Unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges haben die evangelischen Kirchen im Stuttgarter Schuldbekenntnis und die katholische Kirche in einem Wort der Fuldaer Bischofskonferenz zum Ausdruck gebracht, daß sie aus dem Versagen in der Vergangenheit die Konsequenzen ziehen und in Zukunft ihre Verantwortung für die friedliche Entwicklung unseres Volkes wahrnehmen wollten.

Wir bitten Sie, im Geiste jener Verlautbarungen aus dem Jahre 1945 Ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, daß durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit den beiden deutschen Staaten unserem Volk der Weg in eine glückliche Zukunft eröffnet wird.

Leipzig, den 8. Juli 1961

Der Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union

Im Sinne dieses Aufrufes veranstaltete der „Christliche Arbeitskreis im Deutschen Friedensrat“ am 13. und 14. November 1961 in Görlitz eine Konferenz, in deren Verlauf und Bedeutung der nachstehende Bericht sowie die Würdigung von Walter Bredendiek, der als Sekretär des „Deutschen Friedensrates“ u. a.

neben Oberkirchenrat Gerhard Lotz und Prof. D. Dr. Erich Hertzsch der Leitung des „Christlichen Arbeitskreises“ angehört, einen guten Einblick.

ENTSCHEIDUNG FÜR DIE HEIMAT DES FRIEDENS

*Konferenz der 200 Theologen beendet – „Wort aus Görlitz“
(„Neue Zeit“ Nr. 269 vom 16. November 1961)*

Görlitz (NZ). Die Konferenz des Christlichen Arbeitskreises im Deutschen Friedensrat, die unter dem Thema: „Der Deutsche Friedensplan – Ruf zur Entscheidung“ mit über 200 Theologen in Görlitz stattfand, endete am Dienstagnachmittag mit der Zustimmung zu einem „Wort aus Görlitz“, das den Ertrag der auf hohem Niveau geführten Diskussion knapp und präzise zusammenfaßt.

Das „Wort aus Görlitz“ hat folgenden Wortlaut:

„Bewegt von der Sorge um die Erhaltung des Friedens und gewillt, einen entscheidenden Beitrag zu seiner Sicherung zu leisten, haben wir evangelischen Pfarrer aus der Deutschen Demokratischen Republik uns mit Mitarbeitern des Deutschen Friedensrates und christlichen Brüdern aus Polen, der UdSSR, der CSSR, Rumänien, Ungarn und Bulgarien in Görlitz an der Oder-Neiße-Friedensgrenze getroffen, in der sich für uns die Summe der Folgerungen versinnbildlicht, die wir aus der Stuttgarter Schulderklärung von 1945 gezogen haben und die zu vollziehen uns der Wille zu guter Nachbarschaft treibt.

Friede durch Vertrauen und Verträge, Friede durch Entspannung und Abrüstung – von diesem Willen beseelt, haben wir in Görlitz den Friedensplan der Deutschen Demokratischen Republik besprochen und in ihm den Weg gefunden, den wir zu gehen haben, wenn wir am Frieden nicht von neuem schuldig werden wollen.

Wir versagen uns jeder Versuchung, der Unbedingtheit unserer Verpflichtung auszuweichen und treten jedem Versuch entgegen, das Evangelium als Ideologie des Irredentismus, Antikommunismus und der Kriegsvorbereitungen zu mißbrauchen. Worte für den Frieden genügen heute nicht mehr. Als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik stellen wir unserem Staat alle Kräfte zur Verfügung, deren er bedarf, um seine Friedenspolitik verwirklichen zu können. Das ist unsere Entscheidung.“

Erkenntnisse in den Alltag hineintragen

Oberkirchenrat Gerhard Lotz betonte in seinem Schlußwort die Kontinuität der Weimarer Tagung von 1959 mit dem Thema: „Neues Ethos und Friedensordnung über die Dresdner Tagung vom Mai 1960, die sich mit den Fragen der Koexistenz und Sicherheit beschäftigte, zur Görlitzer Tagung, in der die allgemeinen politischen, geistigen und juristischen Probleme der Friedenssicherung unter unserem nationalen Aspekt behandelt wurden. Die Ignorierung der DDR sei nicht länger möglich, ihre völkerrechtliche Anerkennung stehe auf der Tagesordnung, erklärte Unionsfreund Lotz. Besonders beeindruckt habe ihn, daß in der Diskussion die DDR immer wieder als die Heimat der Christen bezeichnet worden sei. Unionsfreund Lotz zitierte das Wort eines bekannten Theologen, wonach der Begriff des Friedens steigerungsfähig sei. Der Friedensplan in allen seinen Teilen verwirkliche diese Tendenz der Steigerung des Friedensbegriffs im Kampf der Friedenskräfte der DDR. Man verstehe die Lage, die vom 13. August gekennzeichnet sei, auch nur richtig, wenn man diese im Zusammenhang mit den Alternativen des Deutschen Friedensplans betrachte.

Als einen Vorzug der Tagung bezeichnete Unionsfreund Lotz die Tatsache, daß in ihren Erörterungen nicht der Versuch unternommen worden sei, politische Tatbestände und Argumente theologisch zu vergolden und zu sanktionieren. Der Sprecher rief die

Teilnehmer der Konferenz auf, deren Erkenntnisse in den Alltag hineinzutragen und damit die Entscheidung für die Verwirklichung des Deutschen Friedensplans zu fördern.

Ein Höhepunkt der Konferenz war am Dienstagvormittag die Diskussionsrede von Prof. Emil Fuchs. Christen seien nicht Fremdlinge in dieser Welt, sondern Wanderer, Suchende auf dem Weg in eine neue Heimat. Dieser Weg sei ein schwerer Weg, der Weg zu einem großen Ziel, ohne daß an seinem Ende das Paradies verheißen werde. Emil Fuchs machte überzeugend deutlich, daß die größte Schuld der Kirche in ihrem halben Glauben und im Fehlen ihrer entschlossenen Liebe bestünde. Auf diese Weise mache sie es den christlichen Bürgern der DDR oft noch schwerer, den neuen Weg zu finden.

Er sei glücklich, führte der Senior unter den Theologen der DDR weiter aus, daß er in der DDR lebe, also in dem Staat, der auf dem Weg neuer gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Beziehungen voranschreite. Prof. Reintanz habe in seinem Referat zum Ausdruck gebracht, politische Fragen seien Machtfragen. An sich seien für ihn, so sagte Emil Fuchs weiter, solche Sätze schwer nachvollziehbar, aber seit dem 13. August verstehe er sie besser. Denn sei es nicht sehr eigenartig gewesen, daß die Westmächte bis zum 13. August meinten, die DDR ignorieren zu dürfen? Erst die Mauer habe sie gelehrt, auf die Politik der DDR zu achten. Daß der Schlag auf den Tisch eine solche Wirkung gehabt habe, hätte ihn tief beeindruckt. In diesem Zusammenhang ging Emil Fuchs auf Fragen des Verteidigungsgesetzes ein und sagte, daß er bei allem Verständnis für eine echt religiöse Haltung, die nicht zu einer positiven Entscheidung für die bewaffnete Verteidigung der DDR führe, den Betreffenden fragen müsse: was hast Du getan, damit die anderen nicht kämpfen müssen? Man müsse gerade in diesem Zusammenhang der Versuchung eines moralischen Egoismus widerstehen.

Emil Fuchs schloß seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit bekenntnishaften Sätzen zur Friedenspolitik der DDR. Er, ein alter Mann, appelliere an die jungen Menschen, den neuen Weg sozialer Umwälzungen entschlossen und mit Liebe zu gehen.

Pfarrer Keintzel aus Brasov (Kronstadt) berichtete über die Situation der deutschen Minderheit und ihrer Kirche in der RVR. Mit großer Hoffnung sehe man auf die DDR, deren Friedensplan verwirklicht werden müsse, da man die Gefahren aus Westdeutschland in zunehmendem Maß erkenne. – Die Grüße des Erzbischofs Joann, des Exarchen des Moskauer Patriarchen für Mitteleuropa, überbrachte Erzpriester Markiewitz, Potsdam.

Prof. Michalko, Bratislava-Modra, führte aus: „Als Nachbarn der beiden deutschen Staaten können wir zu der Entwicklung in Westdeutschland nicht schweigen und stimmen daher dem Deutschen Friedensplan von ganzem Herzen zu.“ Der deutsche Friedensvertrag werde ein bedeutender und wesentlicher Beitrag zum Weltfrieden sein.

Erzpriester Juliew, der die Grüße der Bulgarischen Orthodoxen Kirche übermittelte, berichtete von der aktiven Beteiligung bulgarischer Christen am Aufbau des Sozialismus in seinem Lande und erklärte, daß die Bulgarische Orthodoxe Kirche seit der Türkenbefreiung stets den Willen ihres Volkes zum Ausdruck gebracht habe.

Zur Diskussion sprachen ferner die Pfarrer Bassarak, Bambowsky, Bluhm, Doherr, Draudt, Höfert und Krause, der theologische Aspirant Klages, der Assistent an der Deutschen Akademie der Wissenschaften Schmidt, der Pädagoge Merker, der stellvertretende Chefredakteur der „Neuen Zeit“, Günter Wirth, und der Sekretär des Deutschen Friedensrates, Walter Bredendiek.

Pfarrer Bassarak beschäftigte sich in einer eindringlichen Analyse mit der Einheit der Kirche (wir kommen auf diese Darlegungen zurück). Die tiefere theologische Durchdringung der gesellschaftlichen Problematik forderte Ufrd. Klages. Echte Fragen vom Standpunkt eines Pazifisten trug Pfarrer Höfert vor, auf die mit schlichten, aber überzeugenden Argumenten Ufrd. Merker antwortete. Neben dem Gebot „Du sollst nicht töten!“ stehe unausgesprochen das andere: „Du sollst nicht töten lassen, Du sollst keinen Massenmord zulassen!“ sagte der Redner.

*Ufrd. Walter Bredendiek zieht Fazit der Görlitzer Konferenz
(„Neue Zeit“ Nr. 293 vom 15. Dezember 1961)*

Man würde Görlitz nicht gerecht, sähe man die dortige Beratung nur unter dem Gesichtspunkt der Fortsetzung früherer Gespräche und der Erweiterung des Ausstrahlungsradius unserer Arbeit auf einen quantitativ größeren Kreis von Theologen. Vielmehr kam eindrucksvoll die neue Qualität der Entwicklung des Verhältnisses der Christen in der DDR zu ihrem Staat zum Ausdruck.

Es war von großer Bedeutung, wie von zahlreichen Theologen betont wurde, daß sie der Deutschen Demokratischen Republik nicht als Untertanen im Sinne eines veralteten Obrigkeitsbegriffs gegenüberstehen, sondern daß sie unseren Staat als ihre Heimat betrachten. Das war nicht etwa nur geographisch und lokal, sondern vor allem geistig und ideologisch gemeint.

Dadurch aber wurde die Görlitzer Tagung in ihrem Ergebnis zu einer doppelten Entscheidung: einer Entscheidung einmal für die Perspektiven, die die Friedenspolitik der DDR allen Deutschen eröffnet, zum anderen eine ebenso klare Entscheidung gegen alle Versuche, „das Evangelium als Ideologie des Irredentismus, Antikommunismus und der Kriegsvorbereitung zu mißbrauchen“.

Die Görlitzer Konferenz bildet somit gleichsam den Schnittpunkt für zwei Linien: die eine führt vom Kommuniqué des Jahres 1958 über die Staatsratserklärung und das Gespräch vom 9. Februar bis zum Austausch der Ansprachen des Vorsitzenden des Staatsrates und des Bischofs Mitzenheim am 16. August; sie ist markiert und getragen von den vielfältigen Anstrengungen der demokratischen Kräfte, besonders auch unserer Partei, nicht nur einen Modus vivendi zwischen Staat und Kirche, sondern ein schöpferisches, vertrauensvolles Verhältnis zwischen Christen und Marxisten zum Wohle und im Dienste der friedlichen Zukunft unseres Volkes zu schaffen. Die andere ist die Linie der ideologischen Präzisierung, jene Arbeit also, die von uns seit Jahren auf allen Ebenen unserer Wirkungsmöglichkeiten seit dem Durchbruch der fortschrittlichen Kräfte in unserer Partei, ferner in zahlreichen kleineren und größeren Veranstaltungen der Friedensbewegung, der Nationalen Front, der Teilnehmer der Prager Christlichen Friedenskonferenz und anderer Gruppierungen zur Herausbildung der geistigen Position geleistet wurde, durch die der institutionelle Rahmen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche inhaltlich gefüllt werden kann.

Die Görlitzer Tagung hat vor allem gezeigt:

1. Durch den 13. August ist das Selbstbewußtsein jener Theologen erhöht worden, die seit langem in der Friedensbewegung und in anderen gesellschaftlichen Organisationen mitarbeiten und die den aktiven Kern unserer Mitarbeiter bilden. Die Bereitschaft, mit ihnen zu sprechen, auf sie zu hören, das, was sie sagen, zu durchdenken, ist auch bei solchen kirchlichen Amtsträgern beträchtlich gewachsen, die früher den Analysen und Forderungen der demokratischen Kräfte reserviert oder abweisend gegenüberstanden.

2. In einigen Bezirken sind die demokratischen Kräfte, insbesondere die christlichen Arbeitskreise in den Bezirksfriedensräten und die Arbeitsgruppen Christen bei der Nationalen Front heute bereits stark genug, um in einer solchen, weithin „offenen“ Situation magnetisch und als Kristallisationszentren zu wirken, d. h. den Wunsch vieler Geistlicher, sich gründlicher als bisher zu unterrichten, von der individuellen Ebene des persönlichen Gesprächs auf die Ebene der gesellschaftlichen Mitarbeit zu transformieren.

3. Theologen, die 1959 in Weimar und 1960 in Dresden noch sozusagen „neue Leute“ gewesen sind, haben inzwischen ihre geistigen Potenzen, besonderen Motive und Fragestellungen in die allgemeine Diskussion mit hineingetragen. Sie stehen nicht mehr am Rande unserer Arbeit, sondern sind durch die bisherige Entwicklung voll in sie hineingewachsen.

4. Im Zuge des Polarisierungsprozesses, des Zerfalls der kirchlichen Mitte, der durch das Kommuniqué vom Jahre 1958 eingeleitet und durch die Maßnahmen des 13. August auf einer neuen Ebene verstärkt fortgeführt wurde, sind zahlreiche Theologen, die vor einiger Zeit noch ziemlich abstrakte Positionen des „dritten Ortes“ und des „dritten Weges“ vertraten, näher an die demokratischen Kräfte herangerückt.

Es bedarf keiner längeren Begründung, daß und warum die Kirchen, ihre Bischöfe, Kirchenleitungen und Synoden, aber auch ihre Kirchenvorsteher und verantwortlichen Gemeindeglieder dieser ganzen politischen Geschäftigkeit mit überwiegender Mehrheit kritisch und ablehnend gegenüberstehen. Aber es wäre falsch zu meinen, daß die Kirchenleitungen selbst in der Frage eines kirchlichen Beitrages zur Erhaltung des Friedens in der Welt sich passiv verhielten. Dieses besonders auf dem Hintergrund der Görlitzer Tagung des „Christlichen Arbeitskreises im Deutschen Friedensrat“ deutlich zu machen, war Aufgabe eines „Fürbittegottesdienstes für den Frieden“, den Oberkonsistorialrat Hans-Joachim Fränkel am 27. November 1961 in der Lutherkirche zu Görlitz hielt. Die Predigt in diesem Gottesdienst ist ein hervorragendes Dokument für das Ringen der Kirche um rechte Unabhängigkeit gegenüber dem Staat in Verbindung mit einer Besinnung auf den eigentlichen kirchlichen Beitrag zur Politik. Zusammen mit den Erklärungen aus Görlitz wird daran auch die große Spannung deutlich, in der diese Fragen unter den Christen in der DDR erörtert werden.

PREDIGT IM FÜRBITTEGOTTESDIENST FÜR DEN FRIEDEN

*Gehalten von Oberkonsistorialrat Hans-Joachim Fränkel
in der Lutherkirche zu Görlitz am 27. November 1961*

„Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Matth. 5,9).

Liebe Gemeinde!

Es wird niemand unter uns sein, der nicht darunter leidet, daß es seit dem Ende des zweiten Weltkrieges noch immer nicht zu einem Frieden gekommen ist, sondern im Gegenteil die drohende Gefahr eines dritten, noch furchtbareren Krieges wie ein Alpdruck auf der Menschheit liegt. Seit den letzten Monaten dieses nun in wenigen Wochen abgelaufenen Jahres hat sich der weltpolitische Horizont so verdüstert und die unserem Volk gegen seinen Willen aufgezwungene Spaltung so verschärft, daß der Rat der EKD sich veranlaßt gesehen hat, einen besonderen Aufruf zum Gebet für den Frieden zu erlassen. „Wir sehen“ – so heißt es in dem Aufruf – „die Gefahr für den Weltfrieden also so groß an, daß wir meinen, eine konkrete und ins einzelne gehende Fürbitte gegen die ihn bedrohenden Gefahren und für Wiederherstellung friedlicher Zustände in allen Teilen der Welt, in denen Menschen einander mit blutiger Gewalt bekämpfen oder mit Willkür und Terror unterdrücken, dürfe in keinem unserer regelmäßig stattfindenden Gottesdienste fehlen. Darüber hinaus sollten besondere Fürbittegottesdienste für den Frieden in den einzelnen Gemeinden, aber auch solche übergemeindlicher Art in den kommenden Wochen und Monaten überall in der Evangelischen Kirche in Deutschland abgehalten werden.“

Unsere Provinzialsynode hat diesen Aufruf des Rates begrüßt und sich seine Anliegen zu eigen gemacht. Darum sind wir heute zu diesem Fürbittegottesdienst beieinander. Die christliche Kirche hat zu allen Zeiten für den Frieden gebetet; denn der Friede ist eine gute Gabe Gottes und gehört nach Luthers Erklärung der vierten Bitte im Vaterunser zum täglichen Brot. Als nach dem schrecklichen Dreißigjährigen Kriege endlich Friede wurde, sang der uns allen bekannte Paul Gerhardt:

„Sei tausendmal willkommen, du teure werte Friedensgab, jetzt seh'n wir, was für Frommen dein Bei-uns-Wohnen in sich hab. In dir hat Gott versenket all unser Glück und Heil; wer dich betrübt und kränket, der drückt sich selbst den Pfeil des Herzleids in das Herze und löscht aus Unverstand die güldne Freudenkerze mit seiner eignen Hand.“

Eben, weil der Friede, so gewiß Menschen für ihn wirken und ihn schließen können, doch zuletzt Gottes Gabe ist, will Gott von uns darum gebeten sein. Dieser Dienst des Gebetes ist die hervorragendste Weise der Kirche, für den Frieden zu wirken. Daß man in der Welt nichts vom Gebet hält und seine Witze reißt, sollte uns nicht einen Augenblick beunruhigen. Aber beunruhigen müßte es uns, wenn wir in der Kirche nicht mehr wüßten, welche Macht das Gebet hat. In der Anrufung Gottes treten wir aus den Schranken der Welt. In der Anrufung Gottes geschieht eine Bewegung, die die fernsten Ziele der Kosmonauten übersteigt, weil sie Raum und Zeit übersteigt. Groß ist die Technik, die die Elemente bewegt. Größer das Gebet, das den Arm Gottes bewegt. Hüten wir uns davor, unser Gebet durch Unglauben zu verderben. Weil es um das Gebet eine so gewaltige Sache ist, müssen wir wohl bedenken, um was wir Gott bitten sollen. Die Fürbitte für den Frieden darf nicht in Allgemeinheiten steckenbleiben, sondern muß bis in die einzelnen Gebetsanliegen konkret sein. Der Ernst unseres Fürbittegottesdienstes wird sich auch gerade darin erweisen müssen, daß wir uns eine Besinnung darüber nicht ersparen, was unabdingbar zu echtem Frieden in unserer so unheilvoll gespaltenen Welt gehört. Wir dürfen das Gebet nicht als Ersatz für solche eigene Bemühung mißverstehen. Sonst wird das Gebet leicht zur Flucht aus der Verantwortung.

Aber noch ein weiteres gilt es zu bedenken. Es ist uns als Kirche immer wieder gesagt worden, es komme darauf an, nicht nur für den Frieden zu beten, sondern auch etwas für ihn zu tun. Sofern solcher Ruf nicht einfach aus frecher Verachtung des Gebetes, sondern aus echter Sorge um den Frieden kommt, ist er ernstlich zu hören. Wir können nicht für den Frieden beten, ohne auch für ihn wirken zu wollen. Sonst wird die Lauterkeit unseres Gebetes zerstört, und wir werden unglaubwürdig vor den Menschen. Die Frage: Was soll die Kirche für den Frieden tun? ist eine echte Frage.

Aber nun kommt freilich alles darauf an, daß wir auch die echte Antwort auf diese Frage finden. Wo sollen wir einsetzen mit unseren Überlegungen, wenn wir nicht hoffnungslos in die Irre gehen und uns im Widerstreit der verschiedenen Standpunkte verlieren wollen? Gott selbst hat uns diese Frage beantwortet und uns an den Ort gewiesen, von dem her alles Beten, Sichbesinnen und Wirken der Kirche zu geschehen hat. Und dieser Ort ist das Kreuz Jesu Christi. Hier hat Gott seinen Frieden aufgerichtet mit der Welt, den Frieden, der höher ist als alle Vernunft. Christus ist unser Friede. Es ist niemand, dem diese Botschaft nicht gilt. Wir können und dürfen als Kirche keinen Augenblick vergessen, daß das Angebot des Friedens Gottes an alle Welt unser erster und entscheidender Auftrag ist. Wir haben ihn auszurichten, es koste, was es wolle. Wir können diesen Auftrag hinter keinerlei sonstige Friedensaufgaben zurückstellen. Nur in der unbeirrbarsten Treue gegen diesen Auftrag unseres Herrn werden wir auch für den Frieden in der Welt wirken können.

Im Lichte dieses Friedens, den er machte durch das Blut an seinem Kreuz, haben wir auch die Frage nach dem irdischen Frieden zu sehen. Nur so werden wir von Vermessenheit wie auch Verzweiflung in der Friedensfrage bewahrt. Unter dem Kreuze Jesu Christi hören alle Illusionen über uns und die Welt auf. Hier sind die tiefsten Wurzeln des Unfriedens in der Welt bloßgelegt. Sie liegen im Abfall des Menschen von dem lebendigen Gott. Weil die Menschen Gott nicht gelten lassen, können sie auch einander nicht gelten lassen. Nur wo das „Ehre sei Gott in der Höhe“ gilt, ist auch wahrhafter Friede auf Erden.

Wie es mit menschlicher Friedensliebe – ob in Washington oder Moskau oder hier bei uns selbst – in Wahrheit steht, ist nicht aus der Zeitung festzustellen. Das ist am Kreuze Christi festgestellt, wo wir alle, samt Pilatus und den Juden, als die Mörder Gottes offenbar geworden und darum als unfähig erwiesen sind, wahrhaft Frieden zu schaffen.

Der absolute Friede ist nicht von uns zu schaffen, den schafft Gott allein. Diese Erkenntnis treibt uns in die Buße und macht uns ganz nüchtern. Sie bewahrt uns nämlich davor, den irdischen Frieden mit dem Frieden Gottes zu verwechseln. Gerade diese Verwechslung hat die Weltgeschichte immer wieder in die größten Katastrophen gestürzt. Sobald wir anfangen, den Frieden zu ideologisieren, und davon träumen, ein Paradies auf Erden zu errichten, ist das Unglück schon passiert und wird die Welt nicht friedlich, sondern höllisch. Der Friede, den Menschen schaffen können, ist ein sehr begrenzter, gerade die äußersten Katastrophen abwehrender Notfriede, kein Paradies, gewiß eine Wohltat für uns Menschen, aber nicht unser Heil. Wie der Friede des Kreuzes uns vor dem Abgrund der Vermessenheit bewahrt, durch die wir den irdischen Frieden verderben, so bewahrt er uns zugleich vor der Verzweiflung, die überhaupt nichts mehr tun will. Den wahren Frieden, der das Heil der Welt ist, den wir nicht gewinnen können, hat Christus gewonnen. Die Mächte und Mächtigen sind in seiner Hand. Ob sie das wissen oder nicht, ändert daran nicht das Geringste. Und wenn dir auch diese Welt des Unfriedens, der Lüge und des Terrors den Atem nehmen will, sie ist doch überwundene Welt. Darum haben wir keinen Grund zu verzweifeln. Weil Gott am Kreuze Christi sich für das Heil der Welt entschieden hat, will er auch ihr Wohl. Gewiß ist der Friede Gottes ein Letztes und der irdische Friede ein Vorletztes. Aber wer an das Letzte glaubt, muß auch das Vorletzte wollen.

Christus spricht: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“, oder wie es genauer nach dem Urtext lautet: „Selig sind die Friedensstifter.“ Daran ist nicht zu rütteln. Wenn wir diesem Wort des Herrn gehorsam sein wollen, müssen wir uns von Gott ein waches Gewissen erbitten für alles, was dem Frieden dient, wie auch für alles, was den Frieden gefährdet.

Das Wort „Friede“ ist heute eines der am meisten gebrauchten Worte. Wir finden es in allen Zeitungen der Welt. Aber dadurch ist es nicht klarer geworden. Im Gegenteil, das Wort „Friede“ hat viel an Wert verloren, weil es immer wieder mißbraucht wird. Der Mißbrauch besteht darin, daß man sein politisches Programm einfach mit der Sache des Friedens gleichsetzt. Daß jemand die eigene Sache als die Sache des Friedens ausgibt, das eben schafft Unfriede. Keine Partei, kein Staat, kein politisches System kann ausschließlich für sich allein in Anspruch nehmen, den Frieden zu wollen. Friede ist nicht Diktat eines einzelnen, sondern meint ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen verschiedenen Menschen, Völkern und Staaten. Wenn ich nur selber ans Ziel kommen will und nicht auch vom anderen her denke und die Wirkungen meines Tuns auf den anderen berücksichtige, habe ich kein Recht, vom Frieden zu reden. Wenn wir das Wort Christi „Selig sind, die Frieden stiften“ in Herz und Gewissen nehmen, dann werden wir mit der Phantasie der Liebe nach Möglichkeiten Ausschau halten, wie die Atmosphäre entgiftet, Haß und Mißtrauen abgebaut und Versöhnung angebahnt werden können.

Man hat von uns als Kirche immer wieder verlangt, wir sollten nicht so allgemein reden, sondern Partei ergreifen und ein klares politisches Bekenntnis ablegen. Die Kirche hat das abgelehnt. Diese Ablehnung hat uns von politischer Seite viele Vorwürfe und Verdächtigungen eingetragen. Gerade wie wir solche Vorwürfe tragen, daß wir uns dadurch nicht erbittern lassen, gerade darin müssen wir unsere Friedensgesinnung bewähren. Aber wir haben auch klar zu sagen, warum wir als Kirche unseren Friedensauftrag verraten würden, wenn wir in dieser Weise politisch Partei nehmen wollten. Wir haben als Kirche Gottes heiligen und gnädigen Willen zu verkündigen. Aber wir sind nicht berufen, die Aufgaben der Politiker zu übernehmen oder ihre Politik religiös zu verherrlichen. Ich möchte uns an folgendes erinnern. Es ist bekannt, daß in der Zeit des Kaiserreiches weite Teile der Arbeiterschaft die Predigt vieler Pastoren darum so unerträglich fanden, weil in diesen Predigten oft das Wort Gottes dazu diente, die damaligen politischen Verhältnisse zu rechtfertigen. Gott hat uns im Kirchenkampf der Hitlerzeit neu erkennen lassen, daß sein Wort nicht dazu da ist, Kreditgeber für politische Programme zu sein. Weil Kirche

Kirche bleiben muß und nicht zur politischen Partei werden darf, darum können wir keine politischen Bekenntnisse ablegen, weder nach dem Westen noch nach dem Osten. Um des Friedensauftrages unseres Herrn willen darf sich die Kirche nicht propagandistisch und machtpolitisch in den Dienst einer der beiden Seiten nehmen lassen, denn damit würde sie ihren Mittlerdienst versäumen. Darum können wir als Kirche in der jeweiligen Lage und bei bestimmten Vorgängen – wie zum Beispiel in der Frage eines deutschen Friedensvertrages oder der Geschehnisse des 13. August 1961 – gerade nicht parteilich reden. Wenn Christus uns dazu aufruft, Frieden zu stiften, macht er uns damit nicht zu Parteigängern der einen Seite, sondern schickt uns als Mittler zwischen verfeindete Fronten. Darum können wir nicht einseitig, sondern nur nach beiden Seiten reden. Ein solches Stehen zwischen den Fronten ist gefährlich und kann uns nur zu leicht als zwielichtig erscheinen lassen. Das dürfen wir nicht scheuen. Unser Herr hat für die Welt sogar im Zwielicht des Verbrechens gestanden. In seiner Nachfolge müssen wir beiden Seiten sagen, worin sie jede Verständigung erschweren. Wer wirklich Frieden will, darf nicht so tun, als ob er allein ernstlich die Abrüstung erstrebe und der andere natürlich nur Krieg will. Nach dem Osten hin müssen wir fragen: Macht ihr euch bei euren Friedensbestrebungen eigentlich klar, welche Wirkung auf die andere Seite die marxistisch-leninistische Theorie haben muß, nach der die kapitalistische Ordnung notwendig den Krieg verursacht und darum unter allen Umständen beseitigt werden muß, sei es auch mit Bürger- und Klassenkrieg?

Und nach dem Westen müssen wir als Kirche fragen: Bedenkt ihr, daß so manche Reden, die bei euch gehalten werden, in den Ohren der Völker als Revanche- und Kreuzzugsgedanken klingen?

Nach beiden Seiten müssen wir vor Haß und Hetze warnen. Haßpropaganda ist ein Todfeind des Friedens. Hier darf kein Christ mitmachen – und sollte er darüber zum Leiden kommen. Wenn ich den, mit dem ich verhandeln und Frieden schließen will, mit Haßgesängen verhöhne, kann ich nicht erwarten, daß man mir nur ein einziges Wort von meiner Friedensliebe glaubt. Laßt uns Gott bitten, daß er den Haß dämpfe! Wo Haß gepredigt wird, kann nicht Friede werden.

So wie wir als Kirche zu warnen haben, vor allem, was den Frieden zerstört, so sollen wir nach allem Ausschau halten, was auch nur irgendwie zum Frieden helfen könnte.

Wir können unsere Besinnung über das, was die Kirche für den Frieden tun soll, nicht abschließen, ohne den im politischen Raum immer wieder genannten Begriff der Koexistenz im Lichte des Friedens Gottes geprüft zu haben, mag dieser Begriff auch noch so umstritten sein.

Der Grund, auf dem wir stehen, der Trost, von dem wir leben, ist der Friede Gottes, der Sieg Jesu Christi. Von daher wissen wir um die Vorläufigkeit und Begrenztheit aller irdischen Ordnung. Von daher werden wir auch das leidvolle und spannungsreiche Nebeneinander der beiden Weltsysteme, die zur Zeit bei uns aufeinanderstoßen, unter der Geduld und der Herrschaft Gottes sehen. Im Rechnen mit dieser Geduld Gottes, im Glauben an diese seine Herrschaft, werden wir dieses Nebeneinander nicht für untragbar halten, so gewiß vieles damit verbunden ist, was wir um Gottes Willen nicht bejahren dürfen. Vor dem Worte Jesu „Selig sind die Friedensstifter“ ist die Meinung nicht zu verantworten, der Friede sei nur möglich, wenn eines der beiden Systeme einfach mit Gewalt beseitigt wird. Der Satz: „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!“ ist ein gottloser Satz, weil er die Zeit nicht mehr in Gottes Händen stehen läßt. Gott bestreitet dir und mir nicht, daß uns eine Zeit unerträglich erscheinen kann, aber er bestreitet dir und mir, daß wir darin von ihm verlassen sind. Wenn wir in diesem Fürbittegottesdienst Gott um Frieden bitten, dann beten wir doch konkret darum, daß das Gegeneinander der Weltmächte nicht im Atomchaos endet, sondern zu einem friedlichen Miteinander-Existieren führt, das heißt aber, wir beten tatsächlich um Koexistenz. Dann müssen wir es aber auch wagen, zu sagen, wie Koexistenz nach den Geboten Gottes aussehen müßte. Koexistenz nach Gottes Willen muß wahrhaftig

sein. Sie ist kein Narkosemittel, mit dem ich den anderen einschläfore, um desto besser meine Ziele durchzusetzen. Koexistenz ohne Vertrauen ist sinnlos, darum zwingt sie auch dazu, daß ich zu meinem gegebenen Wort stehe und nicht versuche, den anderen mit List zu beseitigen. Mögen die beiden Weltsysteme sich auch nach ihrem eigenen Selbstverständnis gegenseitig ausschließen; wenn sie in Wahrheit Koexistenz sagen, dann begrenzen sie sich selbst, üben Verzicht und sind zu Opfern für den Frieden bereit. Wer Frieden will, muß das Recht als Schranke seiner Macht anerkennen. Die Gerechtigkeit und der Friede sind nicht zu trennen. Darum bedeutet Koexistenz heute den Verzicht auf imperialistische und weltrevolutionäre Unterwerfung anderer Völker und gibt jedem Volk das Recht, über seine Lebensordnung in freier Entscheidung selbst zu bestimmen. Darum gehört zur Koexistenz die Anerkennung der von den Vereinten Nationen 1948 feierlich proklamierten Menschenrechte. Eine so verstandene Koexistenz hilft dazu, das Nebeneinander verschiedener Gesellschaftsordnungen erträglich zu machen und die Trennung der Völker wie auch die Spaltung unseres eigenen Volkes zu überwinden. Für eine solche Koexistenz treten wir als Kirche ein und beten auch in diesem Gottesdienst zu Gott, daß er sie uns schenken wolle. Darin wollen wir nicht müde werden, auch wenn uns Gott noch weiter schwere Wege führt und wir in unserem Friedensbeitrag von vielen nicht verstanden, sondern angefeindet werden. Wir wollen auf Haß um Jesu Christi willen mit Liebe antworten, und wenn wir mit unserem Friedensbeitrag als Störenfriede oder gar noch ärger verleumdet werden, dann soll uns Jesu Versprechen genügen, daß wir Gottes Kinder heißen werden. Wir wollen in unserer eigenen Gemeinschaft verschiedene politische Überzeugungen mit Geduld ertragen und so auch in der Gemeinschaft der Evangelischen Kirche in Deutschland der Welt unbeirrbar vorleben, was Koexistenz heißt. Wir wollen, soviel an uns liegt, Frieden halten mit jedermann. Wer in seiner Umgebung im Kleinen am Frieden baut, baut damit auch am Frieden im Großen.

Christus spricht: „Selig sind die Friedensstifter, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“
Das ist unser Trost und unsere Hoffnung. Amen.

In diesem Zusammenhang ist auch noch einmal auf die Handreichung „Zur Friedensfrage“ hinzuweisen, die von der Kirchenkanzlei der EKD für die Gliedkirchen in der DDR unter dem 9. November 1961 an die Pfarrerschaft weitergeleitet wurde (s. S. 77). Dieses Wort war für den gesamten Bereich der EKD formuliert und als gemeinsamer Dienst am gespaltenen Deutschland gedacht. Für die Pfarrer und kirchlichen Kreise in der DDR, die ständig für eine Zustimmung zu den politischen Friedensbestrebungen des Ostens in Anspruch genommen werden, ist diese Handreichung aber noch eine besondere Hilfe. Hier wird begründet, warum politische Friedensbeteuerungen nicht unbesehen mit kirchlicher Zustimmung rechnen können, besonders dann nicht, wenn das Wort Frieden seines objektiven Gehaltes entkleidet und nur noch als Umschreibung für einseitige politische Zielsetzungen gebraucht wird. Es braucht nicht zu verwundern, daß gerade dieser Aspekt der Handreichung heftige Reaktionen bei politischen Stellen in der DDR hervorgerufen hat. So kam es unter anderem im Dezember 1961 zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes in Dresden auf der einen Seite und den Räten der zuständigen Bezirke auf der anderen Seite. In einer schwierigen Situation sah sich das Landeskirchenamt genötigt, die an die Pfarrerschaft verteilten Exemplare der Handreichung „Zur Friedensfrage“ wieder zurückgeben zu lassen, ohne daß die Kirchenleitung von ihrem Inhalt abgerückt wäre oder gar die erwartete Zustimmungserklärung zu den jüngsten politischen Maßnahmen der DDR-Regierung gegeben hätte.

3. Einen großen Raum sowohl im innerkirchlichen Gespräch als auch in der Auseinandersetzung mit der Regierung und anderen politischen und staatlichen Stellen nahm im zweiten Halbjahr 1961 die Wehrfrage ein. Der Aufruf des Zentralrates der FDJ mit dem „Kampfauftrag an alle Mitglieder der FDJ“ vom 18. August gab den Auftakt zu einer umfassenden Militarisierung des öffentlichen Lebens.

KAMPPAUFRAG AN ALLE FDJ-MITGLIEDER

(„Junge Welt“ vom 18. August 1961)

Wir sind Mitgestalter welthistorischer Tage. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei hat die Deutsche Demokratische Republik einen großen Sieg über die deutschen Imperialisten und Militaristen errungen.

Der Beweis ist erbracht: In Deutschland ist in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik eine Staatsmacht der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauern entstanden, die den barbarischen Militarismus in die Schranken weist. Das zum Rattennest der Menschenhändler, Diversanten und Spione, der unverbesserlichen Faschisten und Revanchisten, der Verräter der Arbeiterklasse und der deutschen Nation ausgebaute Westberlin ist dicht. Niemand in der Welt ist bereit, für diese Ausgeburten der Menschheit in den Krieg zu ziehen. Die Ratten haben bereits begonnen, den sinkenden Frontstadtkahn Westberlin zu verlassen.

Die ganze Welt ist Zeuge: Die Bonner Atomkriegspartei ist isoliert. Heute ist das Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland gegen die Militaristen. Mit der Partei der Arbeiterklasse, mit einer volksdemokratischen Staatsmacht, mit der Nationalen Front, mit Walter Ulbricht an der Spitze, liegt der Frieden in guten Händen. Die Fäuste der Arbeiter und Bauern und die bewaffneten Kräfte der Arbeiter und Bauern bewahren ihn. Sie stehen auf Wacht und sichern der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Jugend die Freiheit, für den Sieg des Sozialismus zu arbeiten, zu lernen und zu leben.

Der Schlag vom 13. August 1961 gegen die deutschen Militaristen hat gegessen!

Jetzt geht es darum, unseren Sieg auszubauen und die Niederlage der deutschen Militaristen durch den Abschluß eines Friedensvertrages und den Sieg der Friedenskräfte in ganz Deutschland zu besiegeln.

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend erteilt allen Mitgliedern und Funktionären der Freien Deutschen Jugend den Kampfauftrag:

1. Im Aufgebot der FDJ „Das Vaterland ruft – schützt die sozialistische Republik!“ alle Jungen im Alter von 18 bis 23 Jahren für die bewaffneten Kräfte der Deutschen Demokratischen Republik zu gewinnen.

Heute als Angehöriger der bewaffneten Kräfte unserer Republik zum Schutze des Friedens und der sozialistischen Errungenschaften auf Wacht zu ziehen, ist die höchste Ehre für jeden jungen Bürger unserer Republik. Nehmt Euch jene Jungen im Ehrenkleid der bewaffneten Kräfte zum Vorbild, die alle diszipliniert und zu Opfern bereit, in treuer Pflichterfüllung für ihr Vaterland und den Frieden, am vergangenen Sonntag dem Militarismus einen Riegel vorschoben.

2. Alle Kraft einzusetzen, um in der Produktion unserer Industrie und Landwirtschaft die Erfüllung der Pläne zu sichern, hohe Produktionsergebnisse in ausgezeichneter Qualität zu erzielen, mit aller Kraft mitzuhelfen, daß am Arbeitsplatz kein Material und auch kein Detail aus westlichen Ländern gebraucht wird, d. h., mit ganzer Kraft mitzuhelfen, unsere Wirtschaft von Einflüssen der Militaristen vollständig frei zu machen;

mitzuhelfen, die Ernte verlustlos einzubringen und sie zu schützen, mitzuhelfen, daß alle Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft Tag und Nacht bei der Ernte eingesetzt sind;

mitzuhelfen, die reibungslose Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Schiebern, Spekulanten und Hamsterern das Handwerk zu legen.

3. Die Wahrheit von der Überlegenheit des Sozialismus in der Welt und in Deutschland, von der Unbesiegbarkeit unserer Idee und unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, von der Notwendigkeit der Maßnahmen unserer Deutschen Demokratischen Republik zur Sicherung des Friedens in jedes Haus zu tragen, im Kopf eines jeden Jugendlichen festzupflanzen.

Diskutiert mit allen Ehrlichen, beantwortet ihre Fragen! Aber schlägt die Provokateure, denn mit ihnen gibt es keine Diskussion!

Tragt den Haß gegen die Todfeinde, gegen die Militaristen und Faschisten in jedes Herz! Sorgt dafür, daß sich kein Jugendlicher mehr von den Hetzern und Lügner des isolierten Westens informieren und beeinflussen läßt!

Erklärt den Jungen und Mädchen, daß die Radio-Stationen Westberlins und der NATO-Staaten Hetzsender unserer Klassenfeinde sind!

Setzt Eure Kraft ein, daß alle Jungen und Mädchen, Eure Eltern und Verwandten, Eure Arbeitskollegen und Mitschüler den Kandidaten der Nationalen Front am 17. September ihre Stimme geben und damit ihre Treue zur Arbeiter-und-Bauern-Macht erneut beweisen!

Die Partei der Arbeiterklasse nennt uns ehrenvoll ihren Helfer und ihre Kampfreserve. Beweisen wir als die Mitglieder des sozialistischen Jugendverbandes durch unsere tägliche Arbeit, daß wir heute, morgen und immer dieser Ehre würdig sind.

Zeigen wir allen Menschen unserer Republik durch entschlossenes Auftreten als sozialistischer Jugendverband, durch das Tragen des Blauhemdes, durch den festen Zusammenschluß in unseren Gruppen und Grundeinheiten, daß wir treue Söhne und Töchter der Arbeiter-und-Bauern-Macht sind.

Die Deutsche Demokratische Republik ist das wahre Vaterland der Jugend. Sie ist ein Staat der Jugend.

Wir, der sozialistische Jugendverband, geloben heute, am 17. Jahrestag der feigen Ermordung des großen deutschen Arbeiterführers und aufrechten Kommunisten Ernst Thälmann durch die Beauftragten des deutschen Militarismus, unserer Republik und dem Mitkämpfer Ernst Thälmanns, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, für immer die Treue.

Berlin, den 18. August 1961

Zentralrat der Freien Deutschen Jugend
Horst Schumann, Erster Sekretär

Brennpunkte dieser Militarisierung wurden die Universitäten, deren Akademische Senate und Fakultäten von den staatlichen Stellen zu Zustimmungserklärungen zu den Maßnahmen des 13. August sowie zu Aufrufen zum „freiwilligen“ Eintritt in die Nationale Volksarmee gedrängt wurden. Als Beispiele drucken wir hier die entsprechenden Erklärungen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg ab. Zu der ergänzenden Erklärung der Theologischen Fakultät ist freilich zu sagen, daß diese von den staatlichen Stellen als unzureichend bezeichnet wurde.

ERKLÄRUNG DES AKADEMISCHEN SENATS
DER MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG

Vom 12. September 1961

Es gehört zu den besten Traditionen deutscher Wissenschaftler, in historisch-entscheidenden Tagen zu den Schicksalsfragen der deutschen Nation Stellung zu nehmen.

Der Akademische Senat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wendet sich deshalb im Bewußtsein seiner Verantwortung an alle Wissenschaftler, an den wissenschaftlichen Nachwuchs, an die Studierenden und an die Arbeiter und Angestellten der Universität.

Der Akademische Senat hält den Abschluß eines Friedensvertrages und die friedliche Lösung des Westberlinproblems noch in diesem Jahre für zwingend erforderlich. Er ist davon überzeugt, daß die Sicherheitsmaßnahmen der Regierung der DDR vom 13. August 1961 und die Erklärung der Regierung der UdSSR vom 30. August d. J., zu denen sich die Regierungen schweren Herzens entschließen mußten, notwendig waren, damit ein Atomkrieg verhindert und der Frieden in der Welt erhalten wird. Um dem Volk Frieden und Freiheit zu sichern, mußte die Freiheit der Militaristen beschränkt werden.

Der Akademische Senat nimmt erfreut davon Kenntnis, daß viele Wissenschaftler und Mitarbeiter, daß viele Studenten in den letzten Wochen durch Wort und Tat ihre Ablehnung der Pläne der Imperialisten und ihre Zustimmung zur aktiven Friedenspolitik unserer Regierung bekundet haben.

Der Akademische Senat drückt seine Empörung darüber aus, daß die gleichen Kräfte, die das deutsche Volk schon zweimal in die Katastrophe eines weltweiten Krieges gestürzt und die heute in Westdeutschland wieder die Macht an sich gerissen haben, in neuer Form das faschistische System restaurieren und sich anschicken, das deutsche Volk in eine dritte Katastrophe zu stürzen.

Heute steht die Menschheit vor der Alternative Frieden oder Krieg. Niemand kann in dieser Frage neutral sein.

Wir haben aus der deutschen Geschichte gelernt, daß die Wissenschaftler ihre moralische Integrität und ihre geistige Freiheit verlieren, wenn sie gegenüber dem Mißbrauch ihrer Entdeckungen durch gewissenlose Politiker und Militaristen gleichgültig sind.

Der Akademische Senat betrachtet es deshalb als die Pflicht eines jeden Angehörigen der Martin-Luther-Universität, für den Frieden Partei zu ergreifen, seine ganze Kraft und sein Ansehen für die Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik, des ersten deutschen Friedensstaates, einzusetzen und ein offenes Bekenntnis zu ihrer Friedenspolitik abzulegen. Er erwartet von den Angehörigen der Martin-Luther-Universität, daß sie sich durch Treue zum deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat und durch wissenschaftliche Leistungen des vom Volk in sie gesetzten Vertrauens würdig erweisen.

Die nationale Verantwortung der Wissenschaftler der DDR gebietet uns, durch die Parteinahme für den Frieden den Wissenschaftlern in Westdeutschland Vorbild zu sein. Der Senat begrüßt und ermutigt jene westdeutschen Wissenschaftler, die standhaft gegen die militaristischen Kreise Westdeutschlands, für die Erhaltung des Friedens und die demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes kämpfen.

Der Akademische Senat appelliert an die Professoren und Dozenten der Universität, im Sinne dieser Erklärung den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Studierenden zur Treue und Ergebenheit zu ihrem Staat zu erziehen und sie zu höchsten wissenschaftlichen Leistungen und Studienergebnissen anzuspornen.

Der Akademische Senat unterstützt den Kampfauftrag des Zentralrates der Freien Deutschen Jugend und ruft alle Studenten auf, im Bewußtsein ihrer nationalen Pflicht ihre Bereitschaft zum Ehrendienst für den Frieden in den bewaffneten Kräften der DDR zu erklären. Er spricht allen Jugendlichen und Studenten, die ihren Beitrag zum Schutz des sozialistischen Vaterlandes geleistet haben, seinen Dank aus.

Wir mißbilligen das Verhalten einzelner Studenten, die entgegen der von ihnen eingegangenen Verpflichtung der Reservistenausbildung unbegründet ferngeblieben sind. Im bevorstehenden Ernteeinsatz der Studenten werden gute Arbeitsleistungen Beweis der Verbundenheit unserer Studenten zur DDR sein.

Der Akademische Senat betont die Notwendigkeit, daß alle Studierenden ernsthaft und diszipliniert daran arbeiten müssen, die Fähigkeiten eines sozialistischen Fachmannes zu

erwerben. Eine wesentliche Hilfe ist hierzu die Förderung und Entwicklung der sozialistischen Studentengruppen.

Die Arbeiter und Angestellten der Universität sind aufgerufen, durch bewußte Disziplin, sparsame und rationelle Verwendung der Mittel, selbstlose Unterstützung der Wissenschaftler und durch schöpferische Initiative zur Sicherung der Arbeit der gesamten Universität beizutragen.

Um die weitere wissenschaftliche Entwicklung unserer Universität zu gewährleisten, ist es in den nächsten Wochen und Monaten die Hauptaufgabe, mit allem Nachdruck den Störversuchen der westdeutschen Militaristen entgegenzutreten. Es ist darum notwendig, daß die Universitätsangehörigen aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der „wissenschaftlich-ökonomischen Konferenz zur weiteren Vertiefung der Verbindung der Universität zur sozialistischen Praxis und zur Beseitigung jeglicher Störanfälligkeit“ teilnehmen.

Der Akademische Senat erblickt in dem Aufruf der Arbeiter des VEB Elektrokohle in Berlin zu einem „Produktionsaufgebot für die Stärkung der DDR und den Abschluß eines Friedensvertrages“ auch für die Universitätsangehörigen einen Ansporn, ihre eigenen Leistungen zu erhöhen, und erklärt namens der gesamten Universität, an seiner Verwirklichung nach besten Kräften mitzuwirken.

Der Senat bekennt sich zu der Auffassung, daß sich auch die Wissenschaft nur unter den Bedingungen des Friedens, einer wirklichen Demokratie und des Humanismus entwickeln kann. Die Martin-Luther-Universität wird auf diesem Wege unbeirrbar vorwärts schreiten und alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden, die besonders in noch vorhandener politischer Gleichgültigkeit und Neutralismus gegenüber den Machenschaften der Militaristen bestehen. Wir werden geduldig und unablässig die Entwicklung sozialistischer Beziehungen der Menschen fördern. Der Senat erklärt zugleich unmißverständlich, daß er alle Provokationen und Versuche der politischen und moralistischen Zersetzung mit Entschiedenheit zurückweisen wird.

Der Akademische Senat gibt der festen Überzeugung Ausdruck, daß die Angehörigen der Martin-Luther-Universität die gestellten Aufgaben erfüllen werden und damit dem humanistischen, dem Wohle der deutschen Nation und dem Weltfrieden dienenden Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik entsprechen.

Der Dekan der Theologischen Fakultät, der dem grundsätzlichen Inhalt dieser Erklärung zustimmt, wird den Rat der Fakultät veranlassen, eine Erklärung abzugeben, die ihren besonderen Belangen Rechnung trägt.

ERKLÄRUNG DES RATES DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT IM ZUSAMMENHANG MIT DER ERKLÄRUNG DES AKADEMISCHEN SENATS

Vom 12. September 1961

Der Rat der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mahnt in der gegenwärtigen Stunde den wissenschaftlichen Nachwuchs, die Studierenden und alle Angehörigen der Theologischen Fakultät, sich ihrer Aufgabe als christliche Staatsbürger der DDR bewußt zu sein. Im Hinblick auf das Apostelwort Röm. 13, 1-7 fordert er auf, die Maßnahmen der Regierung der DDR vom 13. August 1961 im Vertrauen darauf zu respektieren, daß sie dem Frieden dienen. Für die Erhaltung des Friedens und für seine Sicherung durch Abschluß eines Friedensvertrages setzt sich die Theologische Fakultät ein, wie sie auch in der Vergangenheit wiederholt alles begrüßt hat, was der Entspannung dient. Nicht ein Krieg, sondern nur vernünftige, allen Teilen gerecht werdende Verhandlungen können die uns bedrängenden Fragen unseres deutschen Volkes in befriedigender Weise lösen. Um dieses Zieles willen müssen andere persönlich und sachlich berechnete Anliegen zur Zeit zurückstehen, wobei wir hoffen, daß einzelne Fragen, die dem Gewissen des Christen Not machen, durch freimütige Aussprachen mit den zu-

ständigen Stellen bereinigt werden – im Sinne des Kommuniqués vom 21. Juli 1958 über Verhandlungen, die zwischen Vertretern der Regierung der DDR und Vertretern der evangelischen Kirchen in der DDR stattgefunden haben.

Als Staatsbürger und Angehörige der Martin-Luther-Universität haben wir gegenüber der Regierung der DDR unsere ethische Mitverantwortung als Christen wahrzunehmen. Wir müssen uns durch wissenschaftliche Leistungen des vom Volk in uns gesetzten Vertrauens würdig erweisen. Darüber hinaus wird der Theologiestudent und, wenn es nottut, auch jeder andere Angehörige der Theologischen Fakultät, wie bisher so auch in Zukunft bereit sein, freiwillig bei der Bergung der Ernte nach Kräften zu helfen und durch Produktionseinsätze am wirtschaftlichen Aufbau der DDR mitzuarbeiten. Falls gegen unser aller Erwarten und Hoffen es je nötig werden sollte, könnte sich der Theologe im Dienste des Roten Kreuzes oder in anderer geeigneter Weise einsetzen.

Der Druck zum „freiwilligen“ Eintritt in die Nationale Volksarmee mit einem kaum mehr zu überbietenden nationalen Pathos und unter gleichzeitiger Bedrohung der beruflichen Zukunft ließ unvorstellbare Gewissensnöte unter den Studenten, Schülern und anderen Jugendlichen entstehen. Damit stand die Kirche praktisch vor einem in dieser Weise für die DDR neuen Problem, nämlich dem der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. In dieser Frage erscheint das ganze Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR wie in einem Brennpunkt zusammengefaßt. Wird der Staat die Kirche als Sprecherin für das Menschsein des Menschen akzeptieren oder wird er sie auch in der Frage des Militärdienstes für eine Akklamation zu seinen politischen Maßnahmen zu beanspruchen und als Erziehungsinstrument zur politischen Zurechtweisung der Bevölkerung einzusetzen versuchen? Wird der Staat die Unverfügbarkeit des einzelnen Gewissens respektieren oder wird er mit dem Einsatz seiner Machtmittel jeden einzelnen für die Weltanschauung atheistischer Prägung in Anspruch nehmen? Wie auch immer man die Frage der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen theologisch und ethisch beurteilt, so hat doch nie Streit darüber in den letzten Jahren bestanden, daß die Kirche sich des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen seelsorgerlich anzunehmen und für seinen Rechtsschutz bei dem staatlichen Gesetzgeber einzutreten hat. So haben sich denn auch die kirchlichen Stellen durch Jahre hindurch vergeblich darum bemüht, in der DDR ähnliche Regelungen für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu erreichen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland getroffen sind. Nun aber mußte die Frage von den Kirchenleitungen erneut aufgegriffen werden. Die meisten Kirchenleitungen taten es abgesehen von Eingaben an staatliche Stellen in gleichlautenden Schreiben an die Pfarrerschaft, deren eines hier wiedergegeben sei:

RUNDSCHREIBEN

*der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an die Pfarrer, Prediger,
Pfarrvikarinnen, Pfarrverwalter der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg*

Vom 9. Oktober 1961

Liebe Brüder!

In der gegenwärtigen Situation der Kirche Christi, die für unsere Gemeindeglieder durch vielfache bedrängende Gewissensentscheidungen gekennzeichnet ist, rückt die Seelsorge als zentraler kirchlicher Dienst in den Mittelpunkt der pfarramtlichen Arbeit.

Seelsorge ist die Hilfe, die Jesus Christus, der Herr, in seiner Liebe dem angefochtenen Menschen durch einen Bruder zuteil werden lassen will. Ihnen, liebe Brüder, zu diesem Dienst neuen Mut zu machen und dabei Ihre Blicke auf eine besondere Aufgabe hinzu lenken, ist die Absicht dieses Schreibens.

Unverkennbar ist heute viel Verlangen nach seelsorgerlichem Gespräch in den Menschen unseres Volkes wach, besonders auch in der Jugend. Es ist eine sehr ernste Frage an uns selbst, ob wir für diesen entscheidenden Dienst in rechter Weise gerüstet sind: in der Fürbitte, in der Liebe, in der biblischen Erkenntnis, in theologischer Klarheit, in der Bereitschaft für das Anhören der Nöte des Bruders, in der Solidarität mit dessen Fragen und Problemen und in der Vollmacht des Heiligen Geistes, im Zuspruch und Anspruch der Gnade Gottes zu bezeugen.

Sollte nicht ein zeitlich durchaus umfangreicher Teil unserer täglichen Arbeit im Bemühen um solche rechte Zurüstung zum seelsorgerlichen Gespräch bestehen, also im Gebet, im Bibellesen, im theologischen Weiterstudium, im Wachsen des Herzens für die Situation des anderen Menschen, der uns in der Gemeinde als Glied oder auch als Nicht-Glied anvertraut ist?

Lassen Sie uns, liebe Brüder, den brennenden Wunsch vieler Menschen heute nach Aussprache, nach Klärung der Gedanken, nach Wegweisung zum Handeln, nach Gewissensberatung nicht überhören.

I.

Vor allem ist in den letzten Wochen eine seelsorgerliche Frage von vielen jungen Christen an uns Pfarrer gerichtet worden: Können und sollen wir als Christen der Forderung, uns freiwillig zum Dienst mit den Waffen zu verpflichten, nachkommen oder nicht? Wie uns immer wieder berichtet wird, sind heiße Diskussionen darüber im Gange. Wir wissen von zahlreichen jungen Gliedern unserer Gemeinden, die sich in ihrer Ratlosigkeit an ihren Pfarrer als Seelsorger gewandt haben. Wir bitten die Brüder, diesen Fragen nicht auszuweichen, sondern sie ganz ernst zu nehmen. Die innere Not der jungen Christen ist unsere eigene Not. Ihre Frage an uns ist unsere eigene Frage nach Gottes Willen in dieser Sache. In solcher Gemeinsamkeit mit ihnen suchen wir eine Antwort.

Es wird angebracht sein, zuerst darauf zu hören, was unsere Kirche bisher zur Frage des Friedens, der Problematik des Wehrdienstes und der speziellen Frage der Kriegsdienstverweigerung gesagt hat. Wir erinnern hier nur an das Wort der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, das sie auf ihrer Tagung 1950 in Weißensee einmütig beschlossen hat. Wir bitten die Brüder, dieses Wort noch einmal nachzulesen. Dieses Wort von Weißensee hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 27. August 1950 durch eine Erklärung zur Wiederaufrüstung aufgenommen, in der es unter anderem heißt:

Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen, noch was den Osten anbelangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwer gerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen. In jedem Fall aber muß derjenige, der um seines christlichen Gewissens willen den Dienst mit der Waffe verweigert, die Freiheit haben, sein Gewissen unverletzt zu erhalten.

Ferner hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer Tagung in Elbingerode im Jahre 1952 unter anderem erklärt:

Den vielen unter euch, die sich in einer Lage sehen, in der sie nur mit verletztem Gewissen zur Waffe greifen könnten, sagen wir noch einmal, daß wir gewillt sind, nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern.

Zu den Fragen der Kriegsdienstverweigerung hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 24. Mai 1956 der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

ein Memorandum überreicht, in dem die Bitte ausgesprochen wird, in dem Artikel 5 Absatz 3 der Verfassung eine Bestimmung folgenden Wortlautes aufzunehmen: „Jedoch darf ein Bürger zum Militärdienst nicht herangezogen werden, wenn er dagegen Gründe vorbringt, die ihn nach seinem religiösen Glauben oder nach seiner sittlichen Überzeugung in seinem Gewissen binden.“

Diese Bitte unserer Kirche hat damals keinen Erfolg gehabt. Die Verpflichtung unserer Kirche, sich schützend vor das Gewissen des Einzelnen zu stellen, kann jedoch nicht aufgehoben werden.

Angesichts der heute mit äußerstem Nachdruck betriebenen Werbung zur freiwilligen Bereitschaftserklärung für den Waffendienst im Interesse der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes sind alle diese Fragen erneut unabweisbar für die gesamte Kirche, für den einzelnen Pfarrer und für die Gemeindeglieder gestellt. Die Kirche hat zu zeigen, daß ihre bisherigen Worte keine leeren Worte waren. So ist es jetzt die Aufgabe jedes einzelnen kirchlichen Amtsträgers, die Fürsprache und Fürbitte für den angefochtenen Menschen und den ehrlichen Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in der konkreten Situation am jeweiligen Ort zu verwirklichen.

Es ist unser Amt, ohne Menschenfurcht für die echte Freiwilligkeit der Entscheidung einzutreten, solange keine allgemeine Wehrpflicht in unserem Lande besteht. Das bedeutet, daß wir Ratsuchenden von einer innerlich unwahrhaftigen Entscheidung um des Gewissens willen abraten, im konkreten Fall die Angefochtenen vor den staatlichen Organen nicht allein lassen, sondern uns mit aller Festigkeit dafür einsetzen, daß die Gewissensüberzeugung des Einzelnen geachtet wird, eine Diffamierung und öffentliche Anprangerung derjenigen, die meinen, die Bereitschaftserklärung nicht unterschreiben zu können, unterbleibt und nachteilige Auswirkungen in der Berufsausbildung dieser jungen Menschen nicht erfolgen.

Wir sind uns der Vielfältigkeit der Problematik des Kriegsdienstes heute voll bewußt. Es gibt in unseren Gemeinden grundsätzliche Pazifisten. Wir nehmen wahr, daß die Zahl derer im Wachsen ist, die aus biblischer Erkenntnis den Waffendienst ablehnen. Es ist unsere Pflicht, uns für sie einzusetzen, wenn wir in der Seelsorge die Ernsthaftigkeit ihrer Entscheidung erkannt haben. Wir hoffen, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik für diese bewußten Pazifisten bald eine Lösung schaffen wird, die ihnen keinen unzumutbaren Zwang auferlegt. Jedoch sollten wir auch im örtlichen Bereich für eine gute Lösung dieses Problems der grundsätzlichen Kriegsdienstverweigerung eintreten.

Hinzu kommen noch andere zuletzt aus dem Glaubensgehorsam des Christen erwachsene Gründe gegen eine Verpflichtung zum Waffendienst heute. Das Schuldbewußtsein im Hinblick auf die Vergangenheit unseres Volkes, die Spaltung unseres Volkes in zwei Teilstaaten, die offenkundige Sinnlosigkeit eines Krieges als Möglichkeit zur Verteidigung menschlichen Lebens angesichts der modernen Massenvernichtungswaffen machen viele ernste Christen bedenklich, wiederum die Waffen zu ergreifen.

Völlig unmöglich ist es ihnen, sich zum Waffendienst zu verpflichten, wenn damit die Forderung verbunden ist, den Gegner zu hassen.

Eine weitere Gewissensnot liegt darin, in den Streitkräften eines Staates zu dienen, dessen Charakter unverkennbar grundsätzlich einen atheistischen und klassenkämpferischen Akzent hat. In diesem Zusammenhang ist besonders schwierig die Frage einer uneingeschränkten Eidesverpflichtung im militärischen Dienst. Kein Eid kann einen Christen zum Ungehorsam gegen das 1. Gebot verpflichten.

Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir als Pfarrer diese jungen Menschen in ihren Fragen ernstnehmen, ihre Gewissensbedenken nicht verharmlosen, sondern ihnen in Liebe und Geduld zur rechten Entscheidung zu verhelfen versuchen.

II.

Es gibt jedoch ohne Zweifel sehr viele junge Christen, die sich zum Waffendienst bereit

erklärt haben, nicht selten unter Zurückstellung sehr ernster Gewissensfragen. Diese jungen Menschen haben mit ihrer positiven Entscheidung zum Eintritt in die Nationalen Streitkräfte keineswegs aufgehört, Glieder unserer evangelischen Kirche zu sein und zu bleiben. Vielmehr bedürfen sie des Dienstes unserer Kirche im besonderen Maße. Sowohl die Gemeinde, in der der jetzige Soldat bisher Gemeindeglied gewesen ist, wie die Gemeinde, in der er seinen Wehrdienst ableistet, sind aufgerufen, sich um ihn zu bemühen. Laßt uns dabei einige Phantasie entfalten, um Wege zu suchen und zu finden, die Seelsorge an jungen Christen im Wehrdienst zu üben. Die Gemeinde, aus der er stammt, sollte ihn nicht ohne Abschied ziehen lassen. Sie sollte versuchen, mit ihm die Verbindung aufrecht zu erhalten, ihn im Urlaub einladen und ihn nach seiner Rückkehr vom Militärdienst wieder in ihre Gemeinschaft aufnehmen. Der junge Christ aber soll mit der Gemeinde am Ort seines Dienstes Kontakt aufnehmen und mit anderen Christen in seiner Einheit Gemeinschaft des Glaubens halten, ohne die auch für den Christen selbstverständliche Kameradschaft mit den nichtchristlichen Soldaten zu verleugnen oder zu verletzen. Er kann sich dabei auf die Zusicherung der freien Religionsausübung in unserer Verfassung berufen, die auch während seiner Dienstzeit in Geltung steht.

Seinen Dienst soll der Christ, überall wo er steht, in Pflichtbewußtsein, Gewissenhaftigkeit und Gehorsam tun, sofern nichts von ihm verlangt wird, was wider Gottes Gebot ist. Darin bewährt er zugleich ein Stück seines Glaubensgehorsams.

III.

Liebe Brüder, über alledem hat für uns und unsere Gemeinden das Gebet um den Frieden in der Welt und für die Staatsmänner, die die Verantwortung für den Frieden tragen, zu stehen. Kriege sind niemals nach Gottes Willen, sondern Schuld der Menschen. Als Diener Gottes sollten wir darum die Menschen unseres Volkes warnen, etwas wider Gottes Willen zu tun und in Gottlosigkeit, Selbstgerechtigkeit, Haß und menschlichen Enthusiasmus zu verfallen. Neben der Seelsorge an den Angefochtenen, besonders auch den jungen Menschen, muß der Ruf zu solchem Gebet um den rechten Frieden seinen vornehmsten Platz in unserer Verkündigung erhalten. Gott, der Herr, schenke uns allen Mut und Vollmacht zu solcher Seelsorge und solcher Verkündigung.

In Vertretung
Figur

Die Bemühungen der Kirchen um einen Respekt gegenüber den Gewissensnöten der Jugend sind auf heftigen Widerspruch, nicht zuletzt auch bei der Ost-CDU und in fortschrittlichen Pfarrerkreisen gestoßen. Es gehört zu den Peinlichkeiten der gegenwärtigen Situation in der DDR, daß die Befürworter einer Kriegsdienstverweigerung, soweit es sich um Ratschläge an die Bundesrepublik und um Entschließungen der Prager Christlichen Friedenskonferenzen handelt, sich nun um den Nachweis einer christlichen Verpflichtung zum Waffendienst in der Armee der DDR bemühen. Und es kann wohl kaum anders denn als menschliche Katastrophe angesehen werden, wenn der bisherige Pazifist Professor D. Emil Fuchs, Leipzig, sich diesen Bemühungen anschließt. Die These des Bolschewismus, daß der Pazifist der eigentliche Friedensfeind sei, wird hier eilfertig als theologische Maxime übernommen. Zu einer Vertrauenskrise zwischen einigen Kirchenleitungen und der Theologischen Fakultät der Ostberliner Humboldt-Universität kam es, als diese ebenfalls die von seiten des Staates gewünschte Erklärung am 26. Oktober 1961 herausbrachte. Zu dieser Erklärung, der ein von Professor D. Heinrich Vogel verfaßter Entwurf vorangegangen war, kam es unter merkwürdigen Begleitumständen. Die nachstehenden Dokumente beschreiben zunächst den

Vorgang, bringen dann den Wortlaut der Erklärungen von Professor Vogel und der Fakultät und geben schließlich einen an die Fakultät gerichteten Brief der Berliner Kirchenleitung wieder.

DIE SED UND DIE THEOLOGEN

Zur Überrumpelung der Ostberliner Fakultät – Prof. Vogel blieb standfest („epd B“ Nr. 2 vom 11. Januar 1962)

War es richtig, an den überkommenen volkskirchlichen Verhältnissen so weit wie möglich auch im totalitären Staat festzuhalten? Ist es zumal nicht eigentlich undenkbar, daß die theologische Forschung und Lehre, die wissenschaftliche Ausbildung der künftigen Pfarrer an den Universitäten eines Staatsgebildes gut aufgehoben sind, das nicht nur kommunistisch-totalitär regiert wird, sondern selbst in einer kämpferisch-atheistischen Weltanschauung gründet? Viele gute Argumente für die Beibehaltung der theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten Mitteldeutschlands lassen sich anführen, aber was nunmehr von den Vorgängen an der Ostberliner Humboldt-Universität bekannt wurde, bestätigt seit Jahren gehegte Sorgen.

Folgendes hat sich zugetragen: Die Ostberliner theologische Fakultät sah sich genötigt, auf staatlicherseits an sie gestellte „Fragen“ zu antworten. Der Rat der Fakultät stimmte am 14. Oktober 1961 deshalb einer von Prof. Heinrich Vogel verfaßten theologischen Erklärung zu, in der das Verteidigungsrecht des Staates anerkannt wird, „der unter dem Auftrag steht, für die Wahrung von Recht und Frieden Sorge zu tragen“. Naturgemäß und im Sinne der reformatorischen Schriftauslegung folgte die Fakultät daraus, daß sie einem grundsätzlichen Gebot, ein Christ dürfe nicht Soldat werden, nicht zustimmen kann. Jedoch setzte sie sich in ihrer Erklärung ausdrücklich für diejenigen ein, „die aus Gewissensgründen – sei es prinzipieller, sei es situationeller Art – glauben, den Dienst mit der Waffe nicht leisten zu dürfen“. Schließlich bekannten sich die Professoren nochmals zu ihrer bereits früher ausgesprochenen radikalen Verwerfung aller Massenvernichtungsmittel.

Diese Stellungnahme war keine politische Erklärung, sondern eine grundsätzliche Zusammenfassung bestimmter theologischer Erkenntnisse, der sehr viele Theologen anderer Fakultäten, sei es im Osten oder im Westen, ebenfalls hätten zustimmen können. In den Augen der SED-Funktionäre aber war gerade das der Fehler des Votums. Eine staatlich geförderte theologische Fakultät muß auch eine diesen Staat fördernde Theologie „machen“, so meinten sie offenbar, und forderten eine neue Stellungnahme. Daß und wie sie sie erreichen konnten, läßt daran zweifeln, ob künftig eine von außertheologischen Einflüssen unabhängige Arbeit der theologischen Fakultäten in Mitteldeutschland noch möglich sein wird.

Unter politischem Druck sah sich der Rat der Fakultät am 26. Oktober 1961 gezwungen, an die Stelle der bereits beschlossenen Erklärung aus der Feder Professor Vogels einen neuen Text zu setzen, der von einem staatlich berufenen „fortschrittlichen“ Theologen formuliert worden war. Damit das auch klappte, hinderte man staatlicherseits zunächst die in Westberlin wohnenden Mitglieder des Fakultätsrates Prof. Liselotte Richter, Prof. Schneider und eben Prof. Vogel, an der erneuten Abstimmung teilzunehmen. Zwei weiteren Professoren aus Westberlin war schon vorher die Ausübung ihres Lehramtes in Ostberlin unmöglich gemacht worden. Übrig blieben im Fakultätsrat nur noch drei Inhaber ordentlicher Lehrstühle: Dekan Prof. Fascher, Prof. Elliger und Prof. Quell. Einer der drei war trotz allem nicht zu bewegen, der SED-Forderung nachzugeben und dem neuen Text, der eine theologisch verbrämte und etwas distanzierte, aber doch eindeutig politische Erklärung im Sinne der Ulbricht-Regierung darstellt, seine Stimme zu geben. Als Ausgleich dafür aber stimmten Dozenten zu, die durch das DDR-Staatssekretariat

für Hochschulwesen mit der Wahrnehmung von ordentlichen Lehrstühlen beauftragt und in den Fakultätsrat hineinpraktiziert worden sind, unter ihnen das Dozentenehepaar Hanfried und Rosemarie Müller und Prof. Hinrich Jenssen, Mitglied der Ost-CDU. Aber damit nicht genug: Die Abstimmung vollzog sich in Gegenwart von Staats- und Parteifunktionären, die dem Rat der theologischen Fakultät gar nicht angehören, aber trotzdem seit einiger Zeit zu dessen Sitzungen erscheinen, so des Prorektors für das sogenannte gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, Naumann, der seit 1954 dem Zentralkomitee der SED angehört.

So konnten denn bald darauf die Ostberliner Theologiestudenten am Schwarzen Brett lesen, ihre Fakultät trete für einen Friedensvertrag „mit beiden deutschen Staaten, nötigenfalls aber auch nur mit der DDR“ ein, sie fordere eine Änderung der Position Westberlins, sie empfehle den Studenten, guten Gewissens in der Zonenarmee zu dienen. Daß das alles dem Frieden diene und daß die Schließung der Grenzen am 13. August ebenfalls eine Friedenstat war, die westdeutsche Politik hingegen aggressiv und militaristisch ist, stand ebenfalls drin. Und wer dennoch Gewissensbedenken gegenüber dem Militärdienst überhaupt oder dem im atheistischen Staat im besonderen hatte, konnte der Erklärung seiner Fakultät entnehmen, daß mit ihm „freundschaftlich und geduldig über die Notwendigkeit einer bewaffneten Verteidigung des Friedens und der DDR“ sowie seinen Beitrag dazu gesprochen werden sollte.

Diese „Gespräche“ sind inzwischen geführt worden, auf drei großen Versammlungen der Theologiestudenten – im Beisein von SED-Funktionären. Aus der Tatsache, daß eine weitere Versammlung geplant ist, läßt sich entnehmen, daß die Studenten sich bisher noch nicht im gewünschten Sinne überzeugen ließen. Sie taten es auch schon deshalb nicht, weil sie mit der Zeit unter der Hand erfuhren, auf welche Weise es zu der merkwürdigen Fakultätserklärung gekommen war. Und nicht unter der Hand, sondern von ihm selber hörten die Studenten Professor Vogels, daß diese Erklärung ohne seine Mitwirkung und gegen die von ihm verfaßte ursprünglich angenommene Stellungnahme zustande gekommen war, zu der er sich nach wie vor bekennt – unter Beifall der Studenten.

Die Sorge darum, wie weit es den staatsabhängigen theologischen Fakultäten im kommunistischen Machtbereich möglich sein wird, sich in der theologischen Forschung und Lehre nur an die Heilige Schrift zu halten und an nichts anderes, ist – wie die geschilderten Vorgänge an der Ostberliner Humboldt-Universität zeigen – nur zu begründet. Festgehalten zu werden verdient dabei aber auch, daß andere mitteldeutsche theologische Fakultäten sich nicht so überrumpeln ließen wie die Ostberliner. Und festgehalten werden muß ebenfalls – obgleich das im kirchlichen Bereich eigentlich gar nicht nötig sein sollte –, daß Professor Heinrich Vogel (und mit ihm manche andere) zu seinen aus dem Evangelium gewonnenen Überzeugungen steht; daß er, der leidenschaftliche Gegner jeder Beteiligung an einer atomaren Rüstung, nicht „umfällt“, wenn der Ostblock dieser These plötzlich nicht mehr Beifall spendet; daß er den Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht nur im Westen geschützt sehen will; daß er, wenn er von Frieden spricht, wirklichen Frieden meint und nicht nur Friedenspropaganda; daß er, der seinerzeit nach reiflicher Erwägung den „Vaterländischen Verdienstorden der DDR“ nicht abgelehnt hatte, sich weder dadurch noch durch Druck oder andere Mittel die „Freiheit eines Christenmenschen“ rauben ließ, die Freiheit nämlich, das Evangelium im Osten wie im Westen zur einzigen Richtschnur seines Handelns zu machen.

ENTWURF FÜR EINE ERKLÄRUNG DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT VON PROFESSOR D. HEINRICH VOGEL

Die Theologische Fakultät anerkennt das Verteidigungsrecht des Staates, der unter dem Auftrag steht, für die Wahrung von Recht und Frieden Sorge zu tragen.

Auf der Linie der durch die lutherische Reformation gewiesenen Schriftauslegung kann

die Theologische Fakultät nicht dem Grundsatz zustimmen, daß kein Christ Soldat werden darf.

Die Theologische Fakultät setzt sich aber für diejenigen ein, die aus Gewissensgründen – sei es prinzipieller, sei es situationeller Art – glauben, den Dienst mit der Waffe nicht leisten zu dürfen. Sie setzt dabei die Entschlossenheit voraus, einen quivalenten Ersatzdienst zu übernehmen, durch den die Einsatzbereitschaft für Volk und Staat unter Beweis gestellt wird.

Gebunden an ihre frühere Erklärung verwirft die Theologische Fakultät in Übereinstimmung mit vielen Synoden der Kirche sowie mit der allchristlichen Prager Friedenskonferenz radikal alle Massenvernichtungsmittel. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohung des Weltfriedens begrüßt sie alle Versuche, die auf dem Wege über eine allgemeine Abrüstung zu der für die Zukunft der Menschheit lebensnotwendigen Ächtung des Krieges führen können.

ERKLÄRUNG DER THEOLOGISCHEN FAKULTÄT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT BERLIN

Vom 26. Oktober 1961

Auf die Frage nach ihrer politischen Stellungnahme zu den aktuellen internationalen und nationalen Problemen, die ihr zugleich von der Universität und von ihren Studenten gestellt wird, antwortet die Theologische Fakultät folgendes:

Da der Christ durch seinen Glauben gewiesen ist, der Stadt Bestes zu suchen und also von der Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Verantwortung im demokratischen Staat nicht entbunden werden kann, weiß die Theologische Fakultät sich für die politisch-gesellschaftliche Erziehung der ihr anvertrauten Studenten verantwortlich. Sie hat versucht, dieser Verantwortung seinerzeit mit dem Wort der Dekane der sechs Theologischen Fakultäten zu den Massenvernichtungsmitteln und mit der Wegweisung für Theologiestudenten zu entsprechen. Heute ist für sie die Aufgabe aktuell, mit den Studenten die Lebensfragen unseres Volkes zu besprechen und sie zu einer nüchternen und vernünftigen Erkenntnis in die Notwendigkeit jener Maßnahmen zu führen, die für die Erhaltung des Friedens notwendig sind.

1. Die Theologische Fakultät hält den Abschluß eines Friedensvertrages, wenn irgend möglich mit beiden deutschen Staaten, nötigenfalls aber auch nur mit der DDR, für eine wichtige Maßnahme zur Sicherung des Friedens.

2. Dazu gehört vor allem, daß Westberlin, das bis jetzt die Position einer Frontstadt des kalten Krieges hat, in Zukunft eine Position erhält, welche der friedlichen Verständigung dient.

3. Die Fakultät stellt fest, daß die Schließung der Grenzen mit ihren schmerzlichen Auswirkungen um der Sicherung des Friedens willen unvermeidlich war und solange getragen werden muß, bis die Schaffung eines dem Frieden zuträglicheren Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten bzw. zwischen der DDR und Westberlin erfolgt ist.

4. Die Fakultät erklärt, daß die DDR wie jeder Staat die Aufgabe hat, sich selbst zu verteidigen und daß sie gerade gegenwärtig verpflichtet ist, mit ihrer eigenen Existenz zugleich den Frieden in Europa zu schützen.

5. Aus dieser Sicht heraus versteht sie auch den Dienst in den nationalen Streitkräften der DDR und ist der Meinung, daß Christen, die diesen Dienst ebenso verstehen, bei ihrer Beteiligung am Schutz unseres Staates ein gutes Gewissen haben können.

6. Wenn sie das Aufgebot der FDJ unterstützt, hebt sie dabei ausdrücklich und dringlich hervor, daß die Androhung und Ausübung von Gewalt ausschließlich bei berechtigter Sorge für Recht und Frieden verantwortet werden kann.

7. Die Theologische Fakultät tritt dafür ein, daß mit denjenigen, die sich aktiv mit ihrer ganzen Person für die Friedenspolitik der DDR einsetzen, lediglich aber für ihre

Person Gewissensbedenken gegen die Anwendung von Waffengewalt zum Schutz des Friedens haben, freundschaftlich und geduldig über die Notwendigkeit einer bewaffneten Verteidigung des Friedens und der DDR sowie ihren Beitrag dazu gesprochen werden sollte.

Die Theologische Fakultät beklagt aufs tiefste, daß die Entwicklung seit 1945 nicht zur Bildung einer ungeteilten, militärisch neutralen, demokratischen und friedliebenden gesamtdeutschen Republik geführt hat. Die Verantwortung für diese unglückselige Entwicklung wie für die gegenwärtige Kriegsgefahr und die dadurch hervorgerufenen schmerzlichen Auswirkungen unserer Lage fällt aber auf alle, die eine Anerkennung der deutschen Schuld und ihrer Folgen unbelehrbar verweigerten und entgegen dem Potsdamer Abkommen von ihrer militaristischen und aggressiven westdeutschen Politik nicht abließen.

Indem die Theologische Fakultät diese Erkenntnisse ausspricht und auch bereit ist, jederzeit mit ihren Studenten darüber zu diskutieren, bringt sie die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Westmächte sich zu einer Verständigung bereitfinden und dadurch der Weg zu einer friedlichen Annäherung beider deutscher Staaten freigemacht wird. Sie ist die Voraussetzung für die von allen verantwortungsbewußten Deutschen erstrebte Wiedervereinigung ihres Volkes.

SCHREIBEN DER EVANGELISCHEN KIRCHENLEITUNG BERLIN-BRANDENBURG

Vom 14. Dezember 1961

Seiner Spektabilität

Dem Dekan der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität,
Herrn Professor D. Fascher

Spektabilität! Sehr geehrter Herr Professor!

Am 26. Oktober 1961 hat die Theologische Fakultät der hiesigen Humboldt-Universität eine Erklärung zu den aktuellen internationalen und nationalen Problemen abgegeben. Wenn die Kirchenleitung zu dieser Erklärung Stellung nimmt, so tut sie es in der Voraussetzung, daß sie sich mit der Theologischen Fakultät in der kirchlichen Funktion, dem Zeugnis des Evangeliums zu dienen, verbunden weiß. Aus dieser Gemeinsamkeit heraus erachtet die Kirchenleitung es für geboten, die Fakultät darüber nicht im Unklaren zu lassen, daß sie der Erklärung der Fakultät nicht zustimmen kann.

Ohne auf den Inhalt im einzelnen einzugehen, vermißt die Kirchenleitung vor allem, daß die Erklärung den Erkenntnissen Rechnung trägt, die der Kirche hinsichtlich eines Waffendienstes ihrer Glieder in den vergangenen Jahrzehnten geschenkt worden sind. Im Gegensatz zu einer mehr oder weniger unproblematischen Billigung des Waffendienstes in den früheren Zeiten sieht es die Kirche heute als legitim-mögliche Auslegung der Weisungen der Heiligen Schrift an, daß Glieder der Kirche im Gehorsam des Glaubens und in Bindung ihres Gewissens jeden Waffendienst ablehnen.

Bei der Erklärung der Fakultät fehlt indessen ein klares Eintreten für Christen, die im Gehorsam gegen Gottes Wort zu einem Waffendienst nicht bereit sein können. Wenn es auch zu begrüßen ist, daß die Fakultät dafür eintritt, freundlich und geduldig mit Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen zu sprechen, so kommt es doch darauf an, daß das Ziel dieser Gespräche sein soll, den Gewissensbedenken zur Anerkennung zu verhelfen.

Die Kirchenleitung spricht daher die Erwartung aus, daß es der Fakultät möglich sein wird, in geeigneter Weise klarzustellen, daß die Theologische Fakultät für den Schutz des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen eintritt.

Die Kirchenleitung wird Studenten, die in dieser Angelegenheit an sie herantreten, den Inhalt dieser Stellungnahme nicht vorenthalten.

Figur Andler

Die ganze Frage des Wehrdienstes hat in seiner persönlichen Sicht Bischof D. Johannes Jänicke, Magdeburg, in einem Brief an die Pfarrerschaft vom Dezember 1961 noch einmal eingehend behandelt. Sowohl dieser Brief als auch der Stand der Diskussion und Vorgänge Ende Dezember 1961 machen deutlich, daß sich hier alles noch im Fluß und in einer unabgeschlossenen Entwicklung und Auseinandersetzung befindet. Das Jahr 1962 wird in der Frage der Wehrfrage neue Schwierigkeiten bringen.

RUNDBRIEF VON BISCHOF D. JOHANNES JÄNICKE, MAGDEBURG,
AN DIE PFARRERSCHAFT VOM DEZEMBER 1961

Liebe Brüder und Schwestern!

Als Bischof habe ich die Theologiestudenten in mannigfacher Gewissensbedrängnis, die durch die Anforderung zum Wehrdienst entstanden ist, zu beraten gehabt. Um andere in gleicher Lage nicht unberaten zu lassen und um über meinen Bescheid keine falsche Deutung oder Auffassung aufkommen zu lassen, gebe ich wieder, was ich gemeint und gesagt habe.

Ein Wort zur Frage des Wehrdienstes im geteilten Deutschland 1961 will nur mühsam und gehemmt Gestalt gewinnen, nicht etwa, weil es gefährlich wäre, dazu zu reden, auch nicht wegen der sogenannten vielschichtigen Problematik dieser Frage. Die Weisungen des Wortes Gottes sind letztlich ganz eindeutig und einfältig, und die „vielschichtige Problematik“ ist oft einer der Versuche des alten Menschen, sich dem einfältigen Gehorsam zu entziehen. Die Not liegt vielmehr darin, daß durch Versagen in dieser Frage die Vollmacht der Kirche sehr fragwürdig geworden ist, ausgerechnet heute in der DDR ihre Stimme zu erheben. Zwar haben Synoden der EKD zur Frage des Wehrdienstes und Kriegsdienstes manches gute und kräftige Wort gesagt. Ich erinnere nur an die in dem „Wort an die Pfarrer“ vom 12. Oktober 1961 zitierten Worte von Weißensee 1950 und von Elbingerode 1952:

„Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen, noch was den Osten anbelangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwer gerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen. In jedem Fall aber muß derjenige, der um seines christlichen Gewissens willen den Dienst mit der Waffe verweigert, die Freiheit haben, sein Gewissen unverletzt zu erhalten“ (Weißensee 1950).

„Den vielen unter euch, die sich in einer Lage sehen, in der sie nur mit verletztem Gewissen zur Waffe greifen könnten, sagen wir noch einmal, daß wir gewillt sind, nicht nur in der Fürbitte vor Gott, sondern auch vor den politischen Instanzen für die einzutreten, die aus Gründen des Gewissens den Kriegsdienst verweigern“ (Elbingerode 1952).

Wenn nur die Praxis immer so eindeutig gewesen wäre! Ich will mir kein Urteil über das Handeln der Kirche in einer Situation erlauben, die nicht die unsere ist, aber soviel wird man ja sagen dürfen, daß die Bruderschaften, Martin Niemöller, Gustav Heinemann und einige wenige andere mit ihrer Stellungnahme in der Wehrfrage eben nicht die Stimme der Kirche gewesen sind!

Wir stehen in dieser Frage alle in einer Tradition der Kirche, von der wir uns nur schwer befreien können. Es bedarf wirklich einer gründlichen Umbesinnung, um sich von der überkommenen Meinung zu befreien, daß der Krieg unter Umständen – nämlich zur Verteidigung, als Notwehr, zur Abwendung schlimmeren Übels – auch ein Gott wohlgefälliges Werk sein könnte. Ich kann hier nicht auf die Geschichte dieser Frage eingehen, für die etwa Walter Digmath in seinem Buch „Kirche, Krieg, Kriegsdienst“ das Material zusammengetragen hat. Nur so viel sei gesagt, daß es vor Konstantin

nicht wenig Christen gegeben hat, die wegen Kriegsdienstverweigerung im Heer des heidnischen Kaisers das Martyrium und den Tod erlitten haben. Nach Konstantin ist dann die Entwicklung sehr bald in die Bahnen gegangen, in denen wir alle aufgewachsen sind.

Es wird vor allem oft die Stellungnahme Luthers in dieser Frage zur Stütze für eine positive Haltung zum Kriegsdienst herangezogen. Aber es ist doch zu fragen, ob seine Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen heute noch die Sache trifft. Im Falle eines ungerechten Krieges rät er ja eindeutig, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen und den Kriegsdienst zu verweigern. Aber einmal hätte schon vor 1938, wo in der Gebetsliturgie der Bekennenden Kirche über dem Vorhaben vermessener Gewalt ein erschrockenes Gewissen hörbar geworden ist, die Kirche zum Krieg mit Luther weit kritischer lehren und predigen müssen, als sie getan hat. Zum anderen hat es eine Regierung noch immer verstanden, ihren Krieg als gerechten Krieg hinzustellen (Adolf Hitler am 1. September 1939: „Die deutsche Wehrmacht ist zum Kampf für den Frieden angetreten“). Unter Römer 13, 4 läßt sich heute also ein Krieg überhaupt nicht mehr als eine Notmaßnahme der Gewalt verstehen, um den Bösen zu strafen, als Polizeiaktion, die auf Gewalt nicht verzichten können, um Schlimmeres zu verhüten. Etwas Schlimmeres – im irdischen Sinn – als einen Krieg, der ja aller Voraussicht nach ein Krieg mit atomaren Waffen werden wird, läßt sich einfach nicht denken. Denn nach solch einem Krieg wird es kaum noch Sieger und Besiegte, sondern im besten Fall einige Überlebende geben. – So sei auch in diesem Zusammenhang die lästerliche Heiligsprechung des Krieges in der deutschen Dichtung vor 150 Jahren bis hinein in den 1. Weltkrieg übergangen. Man kann das heute nur noch mit Grauen lesen. Das sage ich hier, ohne über vergangene Zeiten Gericht halten zu wollen. Das Richten vergeht einem, wenn man sich selbst an diesem Punkt mit schwerer Schuld beladen weiß. Auch ich habe ja den zweiten Weltkrieg als Soldat mitgemacht. Daß ich mich ab 1943 von der Artillerie zu den Sanitätern versetzen ließ, um nicht mehr schießen zu müssen, befreit mich nicht von der Schuld der positiven Beteiligung an diesem Kriege. Hier kann nur Gottes Vergebung befreien. Aber die ist keine billige Gnade, sondern sie legt mir die Verantwortung für die gegenwärtige Frage und ihre radikal verschärften Voraussetzungen um so schwerer auf die Seele.

Wir würden es uns andererseits auch zu billig machen, wenn wir sagen: Bei einem atheistischen Staat ist das doch gar keine Frage. Wir dürfen ihm doch nicht durch Waffengewalt zur Durchsetzung seiner atheistischen Ziele verhelfen! – Das wäre eine allzu einfache Argumentation. Man wird zunächst grundsätzlich fragen müssen: Gilt Römer 13 auch für unseren Staat? Ich kann diese Frage nur mit einem eindeutigen Ja beantworten, ganz unabhängig davon, ob die Regierung der DDR von diesem Mandat weiß oder es leugnet. Stünde ich nicht an meinem Platz im Glauben an diesen Auftrag Gottes auch an unseren Staat, so könnte ich den Vertreter des Staates nicht mehr auf seine Verantwortung hin anreden (wie ich es doch in meinem Amt oft tue, öfter als bekannt wird), sondern hätte längst, als es noch möglich war, den Christen zur Auswanderung oder zur heimlichen Widerstandsbewegung raten müssen!

Man wird mich gerade bei dieser Voraussetzung behaften und sagen: Bejahst du das Amt unserer Regierung in der DDR, dann mußt du auch die Bewaffnung dieses Staates bejahen, denn nur ein wehrhaftes Volk wird sich vor Aggressionen schützen können. Nun meine ich zunächst, daß weniger die Aggressionspläne als die gegenseitige Angst der eigentliche Motor im Wettrüsten ist. Ein sehr schlechter, ein gefährlicher Motor! Aber hier geht es letztlich nicht um irgendwelche Beurteilung der gegenwärtigen Situation und um die Frage einer vernünftigen Politik (wiewohl die Weisungen des Wortes Gottes mit einer „vernünftigen“ Politik durchaus übereinkommen könnten, aber es müßte wohl eine durch den Geist Gottes erleuchtete Vernunft sein!). Es geht doch ganz schlicht um die Frage: Worauf wollen wir mehr vertrauen, auf die Waffen oder auf die Verheißung Jesu? Gott hat die Menschheit und mit ihr die Christenheit an einen Punkt geführt, an dem die

heilsame Gewalt der Kriegswaffen endgültig ad absurdum geführt ist und von ihnen nur noch unausdenkbare Zerstörung zu erwarten ist. Sollten sich nicht in dieser Situation die Christen fragen lassen, ob die Verheißungen des Herrn nicht ein besserer Garant des Friedens (in ganz irdischem Sinn!) seien als eine Politik der Stärke – von welcher Seite auch immer – und die gegenseitige Abschreckung durch ein sich ständig steigerndes sogenanntes Rüstungsgleichgewicht: Die Verheißungen des Herrn, nämlich daß die Sanftmütigen das Erdreich – das Erdreich, nicht das Jenseits! – besitzen werden und daß die Friedensstifter Gottes Kinder heißen? Und das, weil Er, Christus selbst, unser Friede ist, nicht nur unser Seelenfriede oder unser Friede mit Gott, sondern auch die Versöhnung der Menschen untereinander! Wenn das wahr ist, daß Christus unser Friede ist, dann weiß ich wirklich nicht, wie man noch mit gutem Gewissen Waffen tragen kann, die ja morgen schon auf den Bruder gerichtet sein können, für den Christus am Kreuz Frieden gestiftet hat. Dann wird freilich die Verweigerung des Wehrdienstes nur ein Punkt in dem Friedensdienst des Christen sein können. Dieser eine Akt wird getragen sein müssen von einer Friedenshaltung, die die Atmosphäre entgiftet, Brücken baut, Versöhnung lebt und so dem kalten Krieg den Widerstand der guten Werke der Liebe entgegensetzt. Wir müssen besser lernen, mit einer klaren Absage an ein Ansinnen, für das wir kein gutes, getrostes Gewissen haben, ein unvoreingenommenes Ja zu dem Menschen zu verbinden, dem wir das Zeugnis der Wahrheit schuldig sind und für den Christus wie für uns gestorben ist.

Den Vorwurf der Schwärmerei, den man hier immer zu machen pflegt, fürchte ich nicht. Und die Frage, ob ich denn die Bergpredigt zum politischen Regierungsproblem machen wolle, möchte ich mit der Frage beantworten, ob die Bergpredigt uns nicht für die irdische Wirklichkeit, in der wir leben, zu praktizieren geboten sei oder ob sie uns nur als theologische Denksportaufgabe gegeben sei? Ich meine wohl, daß Gott der Christenheit heute noch einmal die Chance gibt, es doch zu erproben, ob die gewaltlose Liebe nicht wirklich vollmächtiger und stärker sei als die Mordwaffen, und daß von der Beantwortung dieser Frage durch die Christenheit heute Entscheidendes für die Glaubwürdigkeit Jesu in der Welt der Zukunft abhängen wird.

Ich glaube auch, daß Gott dem deutschen Volk heute die besondere Chance gibt, in der Situation der Ohnmacht sich radikal abzuwenden von den Wegen der Vergangenheit, die nur Unglück über die Völker gebracht haben. Uns wurden die Waffen aus der Hand geschlagen, nachdem wir den Raubkrieg 1939 bis 1945 verloren hatten. Wir sollten diese Situation annehmen und uns von keiner Seite dazu drängen lassen, erneut unser Vertrauen auf Waffen zu setzen. Wir Deutsche haben offenbar einen in der Geschichte erwiesenen Hang, Waffen und Waffengebrauch zu verherrlichen. Wenn jetzt die ganze Menschheit vor die sittliche Notwendigkeit gestellt ist, ohne kriegерische Gewalt auszukommen, dürfen wir uns als die so Geschlagenen diese Lehre nicht zuerst annehmen?

Darum möchte ich alle, die vor der Entscheidung stehen, oder darin Rat zu geben haben, aber auch die, bei denen die Entscheidung schon gefallen ist, fragen:

Glauben wir an die Herrschaft des Friedens in Christus? Wie können wir eigentlich noch Advents- und Weihnachtslieder singen, wenn wir nicht daran glauben? Und wie können wir heute noch Waffen tragen oder uns zum kalten und heißen Krieg rüsten lassen, wenn wir wirklich daran glauben? Nur wer an Christus glaubt als an den Herrn, in dem wir Versöhnte sind und als Versöhnte leben dürfen, der uns Seinen Frieden mitteilt und gebietet, wird hier eindeutig und einfältig entscheiden können. Hier muß man seiner Sache sehr gewiß sein, so gewiß, daß man auch das Leben daran wagen kann. Wer hier zweifelt, wird das Risiko nicht eingehen können. Wer es aber in dieser Frage auf Christus als den Herrn seines Lebens hin wagt, der wird hier erfahren, daß Seine Verheißung das letzte Wort und recht behält. Daß ich damit anders Entscheidenden nicht den christlichen Glauben absprechen will, sei ausdrücklich gesagt. Ich kann sie aber aus der mir geschenkten Gewißheit heraus nur bitten, mit mir zu prüfen, was in dieser Frage die Nachfolge

Christi uns wohl gebietet. Man lasse sich doch nicht durch den Einwand beirren, daß hier der Einzelne doch nichts machen könne. Ich meine wohl, daß hier nur der Einzelne etwas machen kann. Wohl werden wir uns in dieser Frage auch an die Regierung der DDR wenden müssen mit der erneuten Bitte, das Gewissen der Kriegsdienstverweigerer auch bei uns zu respektieren und ihnen etwa einen Ersatzdienst zu ermöglichen. Wohl werden wir uns auch an unsere Bruderkirchen im Westen wenden müssen mit der Bitte, den Militärseelsorgevertrag aufzugeben, da doch wohl deutlich geworden ist, daß die Militärseelsorge nicht den Sinn haben kann, den Kriegsdienstverweigerern ein gutes Gewissen zu machen, sondern im Gegenteil den Soldaten und der Wehrkraft des Volkes ein gutes Gewissen zu machen, daß der Geist uns heute in eine neue, bessere Wahrheit leiten will, als wir sie vor einigen Jahren erkannt haben. – Und ausdrücklich möchte ich jedem Kommilitonen oder jungen Christen oder Pfarrer hiermit die Freiheit geben, sich bei seinem den Waffendienst ablehnenden Standpunkt auf diesen meinen Ratschlag zu berufen.

Aber das sind alles menschliche Stützen und Krücken. Ich kann nur jedem jungen Christen zurufen:

Laß dich nicht bestimmen von der menschlich so verständlichen Angst! Laß dich doch bestimmen von dem Befehl und der Verheißung des Herrn deines Lebens! Er wird dich dabei nicht im Stich lassen.

Im Namen dessen, der der Friede ist, grüßt Euch

Euer Bischof.

4. Üblicherweise kam es auch im Jahre 1961 anlässlich politischer Wahlen zu Zusammenstößen zwischen Kirche und Staat. In der DDR fanden am 17. September 1961 Kommunalwahlen statt.

FLUGBLATT ZU DEN WAHLN AM 17. SEPTEMBER 1961

Es ist das erste Gebot der Menschlichkeit – den Frieden zu sichern!

Dafür entscheiden sich am heutigen Tage die Bürger der DDR!

Anders aber denkt der Herr Pfarrer Rosenow aus Dissen. Anstatt in seiner Predigt die Christen seiner Gemeinde aufzurufen, sich für den Frieden zu entscheiden, predigt er:

„Wenn auch Atombomben fallen, werden wir in Freiheit auferstehen. Ein Zug wird kommen, der wird auch die Freiheit bringen.“

Herr Pfarrer Rosenow!

Die Atombombe, die auf Hiroshima fiel, tötete über 250 000 Menschen, machte Tausende zu Krüppeln und läßt heute noch Hunderte dahinsiechen.

Das ist die Freiheit, die Sie meinen!

Ihr Verhalten, Herr Pfarrer, hat mit echter christlicher Gesinnung, die die Forderung nach Sittlichkeit, Humanismus und Frieden stellt, nichts mehr zu tun. Sie versündigen sich damit an den Gläubigen Ihrer Gemeinde, die zu Ihnen in die Kirche kommen, um das Wort Gottes zu empfangen.

Aber aus Ihrem Munde – die Hetzparolen der Kriegstreiber Adenauer, Brandt, Strauß und anderer hören.

Das ist offene Kriegspropaganda, die nach dem Gesetz zum Schutze des Friedens und der Verfassung der DDR strafbar ist!

Sie stellen sich außerhalb der Gemeinschaft aller friedliebenden Menschen.

Wir sind gewiß, alle ehrlichen Christen werden sich nicht von Ihrer Demagogie irreführen lassen – sondern ihrem eigenen Gewissen folgen und sich für ein friedliches, blühendes und sozialistisches Leben entscheiden.

Agitations-Kommission
der Nationalen Front Cottbus-Land

Herrn Dr. Neumann
 Vorsitzender der Bezirksleitung der Nationalen Front
 des Bezirkes Cottbus

18. September 1961

Sehr geehrter Herr Dr. Neumann!

Heute wurde mir in einem Dienstgespräch von Pastor Rosenow aus Dissen berichtet, daß am Sonntag, dem 17. 9. 1961, ein Flugblatt in den Häusern der Dörfer Dissen und Sielow verbreitet wurde. Ein Original-Exemplar hat mir Pastor Rosenow hierbei vorgelegt und übergeben. Die beglaubigte Abschrift füge ich als Anlage bei. Aus dem Bericht von Pastor Rosenow ergibt sich:

Am Sonntag, dem 17. 9. 1961, etwa um 17 Uhr, wurde das anliegende Flugblatt in den Häusern verbreitet. Die Gemeindeglieder und Ältesten waren bestürzt über das Flugblatt als solches und über die Anschuldigungen, die es gegen ihren Pastor enthält und besonders über den in Anführungsstrichen, also angeblich wörtlich zitierten Satz aus der Predigt, die Pastor Rosenow am Vormittag in der Kirche gehalten hatte. Einige der Gemeindeglieder in Dissen sind sofort, nachdem sie das Flugblatt gelesen hatten, im Büro der Wahlleitung in Dissen vorstellig geworden, um unter Protest darzulegen, daß sie die Predigt am Vormittag gehört haben und daß der im Flugblatt enthaltene Satz eine schamlose Entstellung darstellt.

Der Herausgeber bzw. Verfasser des Flugblattes ist, wie auf dem Flugblatt zum Schluß angegeben ist, die Agitations-Kommission der Nationalen Front Cottbus-Land.

Ich wende mich an Sie, sehr geehrter Herr Dr. Neumann, als den Vorsitzenden der Bezirksleitung der Nationalen Front im Bezirk Cottbus und bitte Sie mit ganzem Ernst und mit höchster Dringlichkeit hierdurch, von meinem Bericht und dem Flugblatt Kenntnis zu nehmen. Ich bitte ferner, Ihrerseits alles zu veranlassen, damit das Flugblatt sofort zurückgezogen wird und erstens die Superintendentur Cottbus als Aufsichtsbehörde über die Gemeinden Dissen und Sielow und über Pastor Rosenow, zweitens Herr Pastor Rosenow selbst die vollinhaltliche Zurücknahme der im Flugblatt angegebenen Behauptungen so schnell wie Ihnen nur möglich mitgeteilt bekommen.

Im Dienstgespräch mit Herrn Pastor Rosenow habe ich festgestellt, was er in der Predigt in Wirklichkeit gesagt hat. Der im Flugblatt in Anführungsstrichen zitierte Satz entstellt aber das in Wahrheit in der Predigt Gesagte vollständig. Im Text des Flugblattes wird Herrn Pastor Rosenow Verstoß gegen Sittlichkeit, Humanismus, Friedfertigkeit und Versündigung gegen die Gläubigen seiner Gemeinde vorgeworfen. Alle diese Vorwürfe weise ich hiermit auf das Allerentschiedenste zurück:

Herr Pastor Rosenow ist den verantwortlichen kirchenleitenden Stellen, mir selbst, den in den Ortsgemeinden verantwortlichen Gemeindegliedern und seinen Gemeindegliedern bekannt als ein sittlich einwandfreier, in jedem höchsten Sinne menschlicher und mitmenschlicher Hirte seiner Gemeinde. Es bedeutet eine schamlose, Herrn Pastor Rosenow, die Gemeinden, die Pfarrbruderschaft des Kirchenkreises Cottbus und unsere ganze Kirche empörende Hetze und Verfemung, wenn in dem Flugblatt wörtlich behauptet wird, daß Herr Pastor Rosenow „offene Kriegspropaganda, die nach dem Gesetz zum Schutze des Friedens und der Verfassung der DDR strafbar ist“ getrieben habe. Herr Pastor Rosenow ist jederzeit mit besonderem Nachdruck und mit der ihm eigenen, aus dem Herzen und der Vernunft kommenden Eindringlichkeit in seinen Predigten und auf allen Gebieten in seinem Gemeindedienst als aufrichtiger christlicher Friedenskämpfer für die Erhaltung des Friedens, gegen den Krieg und besonders gegen den Atomkrieg aufgetreten. Dies ist unter anderem besonders deutlich geworden dabei, daß Herr Pastor Rosenow als der Beauftragte des Generalsuperintendenten der Niederlausitz und der Neumark, Herrn Generalsuperintendenten Dr. Jacob, als Verbindungsmann zum Rat des Bezirkes Cottbus an mei-

ner Seite sich für die Vorbereitung und Durchführung der Begegnung von Pfarrern der rheinisch-westfälischen Bruderschaften eingesetzt hat. Während der Gespräche mit den Vertretern des Bezirkes und des Staatsapparates hat er, gleich allen Pfarrern, die an dieser Begegnung beteiligt waren, seine aktive Friedfertigkeit bezeugt. In einem Gespräch mit dem Bezirkssekretär des Bezirksfriedensrates Cottbus, Herrn Werner, hat Pastor Rosenow völlige Übereinstimmung in den gemeinsamen Anstrengungen um den Frieden unter Beweis gestellt. Bei diesem Gespräch schenkte ihm Herr Werner das Buch von Bernal „Welt ohne Krieg“, das Herr Pastor Rosenow nach der Lektüre mir und meinen Pfarrbrüdern als bedeutsam empfohlen hat. Bei einem in guter Einmütigkeit geführten Gespräch zwischen Vertretern des Rates der Stadt Cottbus, des Rates des Landkreises Cottbus und der Kreisleitung der CDU Cottbus am 3. 7. 1961 hat Herr Pastor Rosenow mit Eindringlichkeit seinen Friedenswillen bezeugt. Im Schlußwort des Gespräches ist Pastor Rosenow zugleich mit allen am Gespräch beteiligten Pfarrern dies bestätigt worden. Ich halte es bei Gelegenheit dieses Schreibens nicht für nötig, noch weitere Feststellungen zu machen, die bezeugen, welche eindeutige Haltung Herr Pastor Rosenow seiner Gemeinde und dem Staat gegenüber im Sinne vollster Friedfertigkeit und Loyalität zu jederzeit eingenommen hat.

Im Sinne eines gemeinsamen Verständnisses von echter Menschlichkeit und Mitmenschlichkeit appelliere ich am Schluß dieses Schreibens an Sie, sehr geehrter Herr Dr. Neumann, als verantwortlicher Arzt, mit schützendem Interesse sich auch dafür einzusetzen, daß die Pfarrfrau, die in diesen Tagen ihr fünftes Kind erwartet und die als Ehefrau des durch das Flugblatt verfeimten Ehemannes unsäglich mitleidet, von diesem schweren seelischen Druck umgehend befreit wird.

In der Hoffnung und Erwartung, daß Sie das Notwendige veranlassen, grüßt Sie mit vorzüglicher Hochachtung Ihr

Schüler, Superintendent

BERICHT DER EVANGELISCH-LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE SACHSENS ZU DEN WAHLEN AM 17. SEPTEMBER 1961

Nachstehend berichten wir über uns bekannte Vorkommnisse aus dem Bereich unserer Landeskirche, zunächst ohne Nennung von Orten und Namen. Wir sind jedoch jederzeit bereit, auch diese anzugeben.

1. In einer Gemeinde wird ein Flugblatt an alle Bürger mit der Unterschrift „Der Wahlausschuß“ verbreitet. In diesem Flugblatt heißt es: „Der Pfarrer NN. lehnt es ab, mit seiner Frau zur Wahl zu gehen. Er ist also nicht bereit, offen seine Stimme dem Frieden zu geben, während er in den Gottesdiensten laufend davon predigt.“

2. In einem anderen Fall verbreitet der Freundschaftsrat der FDJ-Leitung einer Oberschule einen offenen Brief gegen einen Pfarrer, der sich an der Wahl nicht beteiligt hat, in dem es heißt: „Über 99 % aller Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab, nur vier Personen unseres Wahlbereichs stellten sich abseits. Darunter waren auch Sie, Herr Pfarrer NN.“

3. In der Sächsischen Zeitung vom 18. September 1961 wird das Bild des Pfarrers NN. mit der Unterschrift veröffentlicht: „Herr NN. hat offen gewählt.“ Diese Meldung entspricht nicht den Tatsachen.

4. Am Tage der Wahl wird von Jungen Pionieren an dem Pfarr- und Kirchengrundstück mit roter Tinte folgender Vers angeschrieben: „Dieser Pfarrer, ja der ist so ein kleiner Kapitalist, denn ihm bereitet's ein Qual, daß er heute muß zur Wahl.“

Die Pioniere haben auch am Kircheneingang den Gottesdienst gestört und den Schaukasten vor dem Pfarrhaus beschmiert.

5. Einem unserer Superintendenten ist die bisher übliche Durchführung von Gottesdien-

sten im Städtischen Altersheim mit der Begründung verwehrt worden, er habe sich nicht an der Wahl beteiligt.

6. Einem unserer Pfarrer wird das Betreten der Schule zur Abhaltung der Christenlehre mit der Begründung versagt, er habe nicht gewählt.

7. Laut Beschluß des Gemeinderates wurde einem unserer Pfarrer das Betreten seiner Filialgemeinde mit der Begründung untersagt, daß er sich an der Wahl nicht beteiligt habe.

8. Die Tochter eines Pfarrers, die sich entschlossen hatte, nicht an der Wahl teilzunehmen, wird dazu veranlaßt, bei ihrem eigenen Vater als Wahlschlepperin aufzutreten. Das Kind erleidet daraufhin einen Weinkrampf.

9. Die Tochter eines unserer Superintendenten wird am Montag nach dem Wahltag in ihrer Schulklasse auf die Nichtbeteiligung ihres Vaters an der Wahl nicht nur angesprochen, sondern gleichsam zur Rechenschaft gezogen. Auch in anderen Schulklassen wird das Verhalten dieses Superintendenten von den Lehrern zum Gegenstand von Klassengesprächen gemacht.

10. Der Ehefrau eines unserer Pfarrer wird eine Aufenthaltsgenehmigung für ihre in Westdeutschland wohnende Mutter, die bereits erteilt war, wieder abgefordert, weil sie und ihr Ehemann sich nicht an der Wahl beteiligt hatten. Da diese Aufenthaltsgenehmigung bereits abgesandt war, wurde die Grenzstation nachträglich telegrafisch verständigt, daß die Einreisegenehmigung keine Gültigkeit hat.

11. In einer unserer Gemeinden wird die Zahl der Sammler für die Straßensammlung für Innere Mission im November d. J. in ungewöhnlicher Weise herabgesetzt, und zwar mit der Begründung, daß die Pfarrer sich nicht an der Wahl beteiligt hätten.

BERICHT DES OBERKIRCHENRATS DER EVANGELISCH-LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE MECKLENBURGS ZU DEN WAHLEN AM 17. SEPTEMBER 1961

Vom 20. Oktober 1961

Der Oberkirchenrat hält es für notwendig, von nachstehenden Vorfällen nach dem 17. September 1961, die dem Oberkirchenrat aus dem Kirchenkreis Güstrow berichtet worden sind, Kenntnis zu geben.

1. Am Abend des 22. September 1961 fand im Ortsteil Hinzenhagen der Gemeinde Kuchelmiß (Kirchgemeinde Serrahn [Kirchenkreis Güstrow]) ein durch Lautsprecherwagen und Plakate angekündigtes öffentliches Forum statt mit dem Thema „Wer lügt, Herr Pastor?“. Vorausgegangen war, daß der Pastor Fritzsche, Serrahn, am 5. September 1961 auf einer Wahlversammlung bei Ausführungen des Redners, Bischof Dibelius habe am Staatsakt in Potsdam teilgenommen, den Zwischenruf „stimmt nicht“ gemacht und auch später kurz gesprochen hatte. Nach Eröffnung des von etwa 250 Personen besuchten Forums, zu dem kirchlicherseits der Landessuperintendent des Kirchenkreises Güstrow, Galley, Propst Schenk (Propstei Krakow), Pastor Fritzsche, Pastor Burchard, Klaber, Kreiskatechet Creutzberg und einige in Serrahn weilende Diakone erschienen waren, sprach der Mitarbeiter des Zentralkomitees der SED Dr. Wolle, Berlin. In seinen Ausführungen betonte er wiederholt, daß die Kirche nicht angegriffen werden solle, ihre Glieder und Vertreter vollberechtigte Bürger der DDR seien und der Staat mit ihnen ein gutes Einvernehmen wünsche. Hierbei wurde auf die Auszeichnung des Bischofs Mitzenheim verwiesen. In der Hauptsache brachte der Redner Zitate aus der Schrift „Hier spricht Dibelius“. In der Diskussion ergriff auch der Landessuperintendent Galley das Wort, wobei er etwa das aus der Anlage Ersichtliche vortrug. Ungeachtet dieser Ausführungen wurde im weiteren Verlauf der Diskussion, an der sich wohl 4 weitere Personen aus der Versammlung und einige Herren vom Tisch der Versammlungsleitung, u. a. der Kreissekretär der CDU und der Vorsitzende des Rates des Kreises Güstrow beteiligten, Bischof Dibelius

nicht als Bischof, sondern als antikommunistischer, den deutschnationalen Helfershelfern der Nazis sowie der NATO nahestehender Politiker bezeichnet und angegriffen; eine klare Trennung von ihm sei darum nötig. Zu Dingen des Glaubens wolle man nicht Stellung nehmen, da dieses Sache der Kirche bleibe, in die bei der klaren Trennung von Staat und Kirche nicht eingegriffen würde.

2. Anfangs der Woche nach dem 17. September 1961 war in der Schule in Kritzkow den Schülern verschiedener Klassen vom Schulleiter und anderen Lehrkräften gesagt worden, Pastor Zeddies in Kritzkow habe den Wahlzettel durchgestrichen und „nein“ darauf geschrieben. Er habe damit gegen den Frieden gestimmt. Weiteren Berichten zufolge sind die älteren Kinder auch gewarnt worden, zu einem Feind des Friedens in den Unterricht zu gehen. Gegen diesen Vorfall hat sich Landessuperintendent Galley schriftlich an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Güstrow als Vorsitzenden des Wahlausschusses für den Kreis Güstrow mit der Bitte um Untersuchung gewandt und darauf hingewiesen, daß die Behauptung, zu wissen, wie Pastor Zeddies abgestimmt habe, eine Verletzung des Artikels 54 der Verfassung der DDR voraussetze, in dem Wahlfreiheit und Wahlheimis gewährleistet sind. Da sich die Wahlhandlung nicht auf die Einstellung zum Frieden, sondern auf Abgeordnete bezogen habe, sei die Behauptung, Pastor Zeddies habe gegen den Frieden gestimmt, eine Unterstellung, gegen die Verwahrung eingelegt werden müsse. Die Warnung der Kinder, den Unterricht bei Pastor Zeddies weiterhin zu besuchen, bedeute eine Belastung für die Kinder und deren Eltern sowie eine Behinderung des Dienstes von Pastor Zeddies.

Ob und in welcher Weise das genannte Schreiben des Landessuperintendenten beantwortet worden ist, ist dem Oberkirchenrat bisher nicht bekannt.

3. In der örtlichen Presse in Güstrow und zum Teil weiteren Pressen sind über das Verhalten und Äußerungen von Geistlichen im Zusammenhang mit der Wahl einige Berichte veröffentlicht worden, die den Tatsachen nicht entsprechen. Kirchlicherseits wurde hiergegen nichts unternommen.

4. Bei der Eröffnung des Jugendweihjahres 1961/1962 in Karow, Kreis Güstrow, im Bereich der Kirchengemeinde Lüssow, hatte der Parteisekretär angekündigt, im Laufe der nächsten Zeit würde man mit Elementen wie den Pastoren von Kritzkow (s. obige Ziffer 2) und Lüssow (der Ortspastor Hachtmann war nicht zur Wahl gegangen) abrechnen; da wären Wölfe zu Kindermädchen gemacht (mit Bezug auf den Konfirmandenunterricht).

Der Oberkirchenrat
Im Auftrage: *Lübeck*

ANLAGE ZU DEM BERICHT DES OBERKIRCHENRATS DER EVANGELISCH-
LUTHERISCHEN LANDESKIRCHE MECKLENBURGS VOM 20. OKTOBER 1961

Ich bitte die Versammlungsleitung, zur Sache (und zu den gehörten Ausführungen) etwas sagen zu dürfen.

Vorausschicken möchte ich einige Sätze grundsätzlichen Inhalts:

1. Die Kirche ist die Gemeinschaft derer, die an Jesus Christus als ihren Herrn und Heiland glauben; sie beten zu einem Gott als ihrem himmlischen Vater und sind darum untereinander Brüder.

2. Die Kirche behauptet von keinem ihrer Glieder, daß er ohne Sünde sei; im Gegenteil sind wir uns bewußt, daß jeder vor Gott schuldig geworden ist und schuldig werden kann. Die Kirche entschuldigt nicht die Fehler, Irrtümer und Schuld ihrer Glieder, sondern ruft sie zur Buße, zur Besserung, zu neuem Gehorsam gegen den Herrn. Aber wir glauben, weil Jesus Christus der Welt Sünde getragen hat, an die Vergebung. Um der Vergebung willen sagt sich die Kirche von keinem ihrer Glieder los, sondern tritt für den Bruder ein.

3. Um der Vergebung willen, von der wir leben, wissen wir uns von unserm Herrn sogar gerufen: Liebet eure Feinde. Das verwehrt uns nicht, dem Unrecht zu widersprechen, wohl aber Böses mit Bösem und Scheltwort mit Scheltwort zu vergelten. In jedem, wer er auch sei, ob Christ oder Atheist, ob Freund oder Feind – in jedem müssen wir den Menschen sehen, den Gott geschaffen hat und den Seine Liebe sucht.

4. Ein letztes: Darum wissen wir uns gerufen und verpflichtet, mit allen der Kirche gegebenen Möglichkeiten, in der Predigt, im Einzelgespräch, durch den Dienst der Liebe und durch unser Gebet dem Frieden und der Versöhnung zu dienen.

Auch was ich hier sage, will nicht Gegensätze aufreißen oder Zwietracht herbeiführen, sondern der Versöhnung dienen. Und was hier für eine Landgemeinde gilt, gilt auch im Großen! Ich zitiere: „Nimmermehr kann es der Menschheitswille Gottes sein, daß die Völker einander belauern und hemmen und mit Mord und Blutvergießen einander vertilgen. Gottes Wille zielt immer auf gegenseitigen Dienst. Und Voraussetzung für allen fruchtbaren Dienst ist Friede! Solchen Pazifismus zu vertreten – das ist Aufgabe der Kirche!“

Ich meine, das ist ein gutes Wort; es steht in einem Buch, das 1926 geschrieben wurde und in einem Jahr vier Auflagen erlebte, der Verfasser ist D. Dibelius.

Und damit bin ich bei dem, was hier nun zur Frage steht.

Besonders angesprochen war heute Herr Pastor Fritzsche. Wenn nun ich als zuständiger Landessuperintendent dazu das Wort nehme, so bitte ich das im Sinn meiner ersten Sätze zu verstehen: Wir sind so etwas wie eine Bruderschaft. Da gilt das Pauluswort: Einer trage des andern Last; was meinen Bruder trifft, das trifft auch mich.

Das bedeutet nicht, daß ich in allem mit ihm einig bin oder alles, was er tut, gutheiße: Am Tag nach der Versammlung vom 5. September ist mein Bruder Fritzsche bei mir gewesen und hat mir berichtet; dabei bedauerte er selbst seinen Zwischenruf. Wie aber bereits in einer Aussprache, die auf Einladung des Rates des Kreises am 13. September stattfand, zum Ausdruck gebracht ist, hat Pastor Fritzsche mit seinem Einwurf nur berichtigen wollen. Wiederum wollte Pastor Fritzsche und will ich jetzt nicht Bischof Dibelius in allem, was er gesagt und getan hat, rechtfertigen. Ich bin selbst Zeuge, wie ihm in seiner Gegenwart von Vertretern der Kirche leidenschaftlich widersprochen und offene Kritik geübt wurde. Aber daß er ein Befürworter der Nazis gewesen wäre, der Vorwurf trifft ihn nicht.

Warum wäre er sonst (bald darauf) seines Amtes enthoben, hat wiederholt Rede- verbot gehabt. 1937 war er in demselben Gefängnis, in dem er früher Ernst Thälmann besucht hat.

Besonders machten ihm führende Nazis Pazifismus zum Vorwurf. Er hatte nämlich 1930 ein Buch geschrieben mit dem Titel „Friede auf Erden“ und hatte sich darin für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen eingesetzt. In einer Schweriner Zeitung vom Jahre 1937 steht mit Bezug darauf „An der Spitze dieser verlumpten Vaterlands- verräter steht der Generalsuperintendent der Kurmark Dr. O. Dibelius“.

In der Nazizeit ist er uns, die wir in der Bekennenden Kirche standen und vom Nationalsozialismus bedrückt wurden, ein rechter Bruder und Kirchenführer gewesen. Ist es nicht verständlich, wenn wir ihm das nicht vergessen können – trotz allem, was uns heute von ihm trennen mag?

Zu dem, was uns von ihm trennt, gehört auch – und nicht nur im äußeren Sinn –, daß er im Westen wohnt. Darum sollten wir ihn hier eigentlich nicht zum Gegenstand einer weiteren Diskussion machen.

Darum will ich mit einem Wort schließen, das – recht verstanden – eine Brücke baut zwischen Ihnen als Vertretern des Staates und uns von der Kirche: Wir haben von unserm Herrn Christus die Weisung erhalten, dem Staat zu geben, was des Staates ist, und Gott zu geben, was Gottes ist. Das bindet uns in unserm Gewissen und Sie dürfen's mir abnehmen: Wir befehligen uns mit ganzem Ernst, danach zu tun.

2. WELTANSCHAULICHE UND THEOLOGISCHE GRUNDFRAGEN

1. Die Kirchen und ihre Glieder müssen in dem atheistischen Weltanschauungsstaat des Ostens als Fremdkörper empfunden werden. Hier treffen zwei einander ausschließende Geschichtsauffassungen und zwei einander entgegengesetzte Geschichtsziele so sehr aufeinander, daß die Schärfe der ununterbrochen fortgehenden weltanschaulichen Auseinandersetzung erklärlich und unausweichlich ist. Der Kommunismus muß bei seinem Ziel bleiben, die Menschen von den letzten Resten „religiösen Aberglaubens“ zu befreien. Wenn man auch die Bemühungen Walter Ulbrichts verzeichnen muß, das Verhältnis des SED-Staates zu den Kirchen auf die neue Grundlage angeblicher Gemeinsamkeit in den gesellschaftspolitischen Zielen zu stellen und überhaupt in der weltanschaulichen Auseinandersetzung den Bogen nicht zu überspannen, so darf man sich doch über die atheistisch-weltanschauliche Entschlossenheit der SED keinen Täuschungen hingeben. Auch in seiner Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1960 hatte Ulbricht unmißverständlich erklärt: „In prinzipiellen Fragen der Theorie und der Praxis des Sozialismus gehen wir keinen Schritt zurück. Wir werden es so wie bisher halten und alle Opportunisten und Revisionisten in die Schranken weisen. In diesen Fragen lassen wir nicht mit uns handeln.“ Wessen sich hier die Kirchen in Wahrheit zu versehen haben, hatte der Vorsitzende der Kommission für Agitation und Propaganda beim Zentralkomitee der SED, Albert Norden, bereits vor den Wahlen in der DDR im Jahre 1958 in einer Rede vor mittleren Funktionären ausgeführt. Diese hier auszugsweise wiedergegebene Rede konnte erst im Jahre 1961 veröffentlicht werden (nachgedruckt aus der Monatsschrift „Der Remter“, 1961, Heft 5):

Eine wichtige Frage, liebe Genossen, ist unsere Einstellung zu den christlich gebundenen Gliedern unseres Volkes im kommenden Wahlkampf. Wir müssen da zunächst von christlicher und kirchlicher Einstellung sprechen und klar unterscheiden. Unter christlich müssen wir hier die mindestens 98 Prozent der noch der Kirche Gehörenden nennen, die schon seit Jahrzehnten sich innerlich von der Kirche losgesagt haben, aber formell ihr noch angehören. Diese höchstens noch bei kirchlichen Handlungen in der Familie mit der Kirche in Berührung kommenden Leute gehören ja eigentlich schon zu uns. Es genügt nur ein energischer Anstoß, um sie auch äußerlich zur Lösung von der Kirche zu bringen. Das muß natürlich mit Takt und Geduld geschehen. Einen dankenswerten Dienst leistet uns hier die CDU, die ja ebenfalls in ihren ideologischen Formulierungen sehr scharf zwischen christlich und kirchlich unterscheidet. Wenn die CDU sagt: Der Christ findet im Sozialismus die von ihm ersehnten christlichen Belange restlos erfüllt, während die Kirche unter Mißbrauch der christlichen Vokabeln unchristliche Ziele verfolgt, dann bedeutet das, daß man zur Realisierung der christlichen Belange die Kirche nicht nur nicht mehr nötig hat, sondern daß die Kirche das größte Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung der christlichen Ziele ist. Ich glaube, es wird ein Leichtes sein, diese Leute zu überzeugen.

Schwieriger haben wir es wohl mit den kirchlich gebundenen, also kirchentreuen Gliedern unseres Volkes. Hier müssen wir schon schärfer diskutieren. Sicher werden wir da auch nicht viel Erfolg haben, aber wir wollen bedenken, daß es sich hier höchstens um 2 Prozent der einer Kirche angehörenden Glieder handelt. Wie wir aus unseren Kontrollen der Gottesdienste festgestellt haben, sind das bei einer Bevölkerungszahl von 10 000 in der Gemeinde im höchsten Falle 150. Das wären die 1 bis 2 Prozent Mißvergnügten, die nicht zur Wahl gehen oder den Stimmzettel ungültig machen. Das wird an unserem

Wahlsieg, an dem sich mindestens 95 Prozent zum Sozialismus bekennen werden, nichts ändern. Die Jugend, das haben wir ja laufend festgestellt, haben wir zu 90 Prozent hinter uns. Sie fallen nicht mehr auf die hinterweltlichen Phantasien der Kirche herein. Trotzdem möchte ich auch hier betonen, hier dürfen wir nicht nachlassen, auch den letzten Jugendlichen von der Unhaltbarkeit der religiösen Ideen zu überzeugen. Wo ihr seht, liebe Genossen, daß noch eine Zahl Jugendlicher in die Kirche, in das Pfarrhaus, in den kirchlichen Unterricht geht, da ist in dieser Gemeinde etwas nicht in Ordnung. Da müßt ihr mal aufwachen, und wenn es nötig ist, Fraktur reden! Lohnt es sich nun noch, über die letzte Gruppe der kirchlichen Leute zu reden? Es handelt sich hier um 0,019 Prozent unserer Bevölkerung, um die Herren Pastoren.

Wie wir wissen und ihr mir gleich sagen werdet, ist ja bei ihnen Hopfen und Malz verloren. Da habt ihr auch recht. Und deshalb gerade möchte ich über unser Verhalten gegenüber diesen Herren im Wahlkampf etwas sagen. Wie ihr wißt, haben wir es mit ihnen in unseren letzten Wahlkämpfen sehr ernst genommen. Manchmal zu ernst. Wahrscheinlich waren wir eben der irr tümlichen Meinung, daß diese Leute noch zu kurieren wären. Wir haben uns durch Besuche, Einladungen, Aussprachen usw. manchmal um die Pfaffen bemüht, wie ein Filmproduzent um die begehrte Filmdiva. Aber diese Herren waren launischer und unverschämter als die verrückteste Filmdiva. Was haben sich unsere Funktionäre nicht alles gefallen lassen müssen: Verachtung, Provokation, Lächerlichmachung, kälteste Abweisung, alles haben sie geschluckt, um ihre Stimme zu bekommen. Aber, liebe Genossen, wir haben es nun nicht mehr nötig. 12 Jahre haben wir uns vergeblich um sie bemüht. Nun sagen wir: Götz von Berlichingen! (Beifall.)

Unsere seit einem Jahr in der gesamten Presse, in Rundfunk, Film und Theater laufende atheistische Propaganda hat ja diesen frommen Heuchlern die Maske endgültig vom Gesicht gerissen. Und unser Volk sieht immer wieder, was hinter dieser Maske steht, das brutale Antlitz des faschistischen Klerikalismus. Wenn manche unserer Genossen sagen, das sind hassenswerte Gesellen, dann kann ich nur sagen, im Volk sind sie bald schon jetzt etwas für sie viel Schlimmeres: Lächerliche Figuren einer Mottenkistenzeit! (Heiterkeit.) Schon heute lacht ihnen jedes Kind nach, wenn sie in ihrem frommen Kostüm über die Straße laufen, aber auch dieses Bild wird bald verschwinden! Laßt sie nur Zauber in ihren Kirchen noch ein bißchen treiben, eines Tages müssen sie von alleine aufhören, weil ihnen die Luft und das Geld ausgeht. Wenn ihnen in den nächsten Jahren die letzten alten Frauen weggestorben sind, dann können sie bloß noch die leblosen Kirchenmauern anplärren. Also sollen wir uns um diese aussterbenden Museumsfiguren noch groß bemühen? Laßt sie zur Wahl gehen oder nicht, das ist uns völlig schnuppe. Sie haben ein für allemal bei uns ausgespielt (tosender Beifall). Also sagt den Wahlfunktionären eurer Kreise, daß sie nicht mehr ein Dutzend Bittgänge ins Pfarrhaus unternehmen, um seine Hochwürden zur allergnädigsten Abgabe seiner überwältigenden Stimme zu veranlassen. Wir wollen die Stimmen derer haben, die uns beim sozialen Aufbau helfen und nicht die, die uns dauernd hindernd im Wege stehen.

Natürlich sollen wir eins nicht vergessen, was uns Genosse Marohn in der Volkskammersitzung sehr eindringlich gesagt hat: Habt auf diese Dunkelmänner acht! Wenn sie es wagen sollten, ihre Kanzel zur Wahlhetze zu benutzen, dann werden wir sie greifen und einer nützlichen Arbeit zuführen. Dann würden diese Herren das erste Mal in ihrem Leben produktive Arbeit leisten, und das hätte dann auch sein Gutes (Heiterkeit)! Das jedenfalls sollen sie wissen und wenn nötig, am eigenen Leibe erfahren: Wer sich unserer sozialistischen Umgestaltung in den Weg stellt, der bekommt die Fäuste der Arbeiter zu spüren.

Natürlich werden wir uns fortschrittlichen Pfarrern gegenüber höflich verhalten, aber die kann man leider mit der Laterne suchen, und es sind auch meist 1 Prozent alter Herren, die noch einen ruhigen und gesicherten Lebensabend haben wollen. Na, das wollen wir denen von Herzen gönnen, denn die tun ja nicht weh. Die anderen 99 Prozent schwar-

zen Drohnen werden ja kurz oder lang sich eine nützliche Arbeit suchen müssen. Wenn sie sich dann ein paar Jahre mit Schippe und Spaten bewährt haben, und dann von ihrem Aberglauben geheilt sind, dann können sie auch weiter bei uns ihr Brot finden.

Es wird nun an euch liegen, liebe Genossen, die Abgrenzung der von mir aufgezeigten Unterschiede der verschiedenen religiös gebundenen Gruppen unseres Volkes gut vorzunehmen, dann wird die große Masse dieser Leute freudig zum Sozialismus ja sagen. Auf die anderen 1 Prozent unbelehrbarer Finsterlinge verzichten wir lieber gern; denn sie sterben schneller aus als die Auerochsen (Heiterkeit, Beifall)!

Da man in der DDR in weltanschaulichen und ideologischen Grundfragen immer gern dem Vorbild der Sowjetunion folgt, ist es notwendig, für das Jahr 1961 auch die Äußerungen des neuen Programms und der neuen Statuten der KPdSU über die Religion zu verzeichnen. Dazu bringen die „Stimmen der Zeit“, 87. Jg., 4. Heft, Januar 1962, S. 299 ff., folgende Zusammenstellung:

DAS NEUE PROGRAMM UND DIE NEUEN STATUTEN DER KPDSU ÜBER DIE RELIGION

Die Pravda vom 2. November 1961 hat das am 31. Oktober 1961 vom XXII. Parteitag der KPdSU einstimmig angenommene Programm veröffentlicht. Im Abschnitt „Überwindung der Überbleibsel des Kapitalismus im Bewußtsein und Verhalten der Menschen“ heißt es da:

„Die Partei betrachtet den Kampf gegen Äußerungen bürgerlicher Ideologie und Moral, gegen Reste von Privateigentumspsychologie, gegen Aberglauben und Vorurteile als Bestandteil kommunistischer Erziehungsarbeit.

Im Kampf gegen die Überbleibsel der Vergangenheit, gegen Erscheinungen von Individualismus und Egoismus kommt der Gesellschaft, der Einwirkung der Öffentlichen Meinung, der Entwicklung von Kritik und Selbstkritik große Bedeutung zu. Die Verurteilung gesellschaftswidrigen Verhaltens im Kameradengericht wird allmählich zum Hauptmittel für Ausmerzung bürgerlicher Ansichten, Sitten und Gebräuche. Enorme erzieherische Bedeutung gewinnt das gute Beispiel im gesellschaftlichen wie im persönlichen Leben und bei der Erfüllung gesellschaftlicher Pflichten.

Zur Erziehung der Menschen im Geiste wissenschaftlich-materialistischer Weltanschauung zur Überwindung religiöser Vorurteile gebraucht die Partei Mittel ideeller Beeinflussung, ohne eine Verletzung der Gefühle der Gläubigen zu gestatten. Es ist unerlässlich, geduldig die Haltlosigkeit der religiösen Anschauungen zu zeigen, die in der Vergangenheit auf Grund der Bedrückung der Menschen durch Elementarkräfte der Natur und soziales Joch, aus Unkenntnis der wahren Ursachen der Erscheinungen in Natur und Gesellschaft entstanden sind. Dabei ist es nötig, sich auf die Ergebnisse der modernen Wissenschaft zu stützen, die das Bild der Welt immer vollständiger enthüllt, die Macht des Menschen über die Natur vermehrt und keinen Raum für religiöse Phantastereien von übernatürlichen Kräften läßt.“

Der Text bringt sachlich gegenüber dem entsprechenden Text des bisher gültigen Parteiprogramms von 1918 nichts Neues. Er stimmt auch wörtlich mit dem entsprechenden Text des am 30. Juli 1961 veröffentlichten Entwurfs überein. Daher kann zu seiner Erläuterung ein Kommentar der Zeitschrift Nauka i Religija (Wissenschaft und Religion) Nr. 9/1961 dienen. Im Titel des Leitartikels dieser Nummer nennt sie das Parteiprogramm ein „Programm der atheistischen Gesellschaft“ und seinen Inhalt „einen tödlichen Schlag für die Religion, ein unwiderlegliches, allüberzeugendes Argument zugunsten des Atheismus“ (5). Nun, die Religion wird auch diesen Totschlag überleben. Die Redaktion der Zeitschrift scheint selbst von der allüberzeugenden Kraft dieses neuen Arguments nicht allseitig überzeugt zu sein, denn zwei Absätze weiter empfiehlt sie ein altbewährtes

Mittel gegen die Religion: „Darum müssen wir den ideologischen Kampf gegen die bewußten Verbreiter der Religion nicht abschwächen, sondern verstärken. Durch die Entlarvung der bei weitem nicht heiligen Tätigkeit aller Arten von Scheinheiligen, ihrer Heuchelei, ihrer Habsucht, Sittenlosigkeit usw. können wir gar nicht anders, als die Verantwortung für ihr Verhalten auf die Kirche als Ganzes zuwälzen, und die Autorität der Kirche in den Augen der Gläubigen zu schwächen ...“

Im Redaktionsartikel derselben Nummer: „Die Schule kann nicht neutral sein“, zitiert die Zeitung den ersten der oben wiedergegebenen Sätze des Parteiprogramms und schreibt dazu: „Ohne materialistische, das heißt atheistische Weltanschauung ist die Erziehung der heranwachsenden Generation im Geiste des Kommunismus undenkbar. Darum zieht sich die Sorge um die Erziehung der Jugend zur Unversöhnlichkeit mit allen Überbleibseln der Vergangenheit wie ein roter Faden durch alle Entscheidungen und Richtlinien der Partei und der Regierung.“

Am 3. November 1961 veröffentlichte die Pravda die neuen, zugleich mit dem Parteiprogramm angenommenen Satzungen der KPdSU. Die bisherigen Satzungen und das Projekt der neuen machten es den Kommunisten nicht ausdrücklich zur Pflicht, Atheist zu sein und atheistische Propaganda zu betreiben. Aber auf dem Parteitag hatte F. R. Koslow in seiner Rede „Über die Änderungen in den Parteistatuten“ am 28. Oktober 1961 gesagt:

„Weiter schlägt man vor, in die Satzungen unter die Pflichten des Kommunisten aufzunehmen, daß er aktiver Atheist, Propagandist der wissenschaftlich-materialistischen Weltanschauung zu sein habe. Dieser Vorschlag verdient Beachtung. Religiöse Vorurteile und Aberglaube sind zählebig und immer noch unter einem gewissen Teil der Bevölkerung verbreitet. Der Kommunist ist doch vor allen anderen verpflichtet, den unwissenschaftlichen Charakter der religiösen Anschauungen aufzuzeigen.“

Der entsprechende Abschnitt der Parteistatuten hat nun folgende Form:

„Ein Mitglied der Partei ist verpflichtet: ... Einen entschlossenen Kampf gegen jegliche Erscheinungen bürgerlicher Ideologie, gegen Überreste der Privateigentumspsychologie, religiöse Vorurteile und andere Überbleibsel der Vergangenheit zu führen ...“

Der Text entspricht dem des Entwurfs bis auf die beiden Worte: „religiöse Vorurteile“. Darunter ist nach sowjetischer Sprachregelung jede Form von Religion zu verstehen. Außerdem wurde damit nur etwas ausdrücklich hervorgehoben, was nach sowjetischem Sprachgebrauch an sich schon in „Überbleibsel der Vergangenheit“ enthalten ist.

Zu dem oben zitierten Abschnitt des neuen Programms der KPdSU erklärte Nikita Chruschtschow vor dem XXII. Parteitag in Moskau (nach „Neues Deutschland“, 18. Oktober 1961):

„Die kommunistische Erziehung setzt die Befreiung des Bewußtseins von religiösen Vorurteilen und Aberglauben voraus, die noch immer einzelne Sowjetmenschen daran hindern, ihre schöpferischen Kräfte frei zu entfalten. Es bedarf eines durchdachten und harmonischen Systems der wissenschaftlich-atheistischen Erziehung, das alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung erfaßt und die Verbreitung religiöser Anschauungen, besonders unter den Kindern und Jugendlichen, verhindert.“

2. Unter diesen Umständen ist es für die Christen in der DDR unausweichlich, um ihres Zeugnisses und um ihres Dienstes am Menschen willen sich immer wieder mit großer Geduld der weltanschaulichen Auseinandersetzung zu stellen. Dazu gehört in der DDR ebensoviel geistige Kraft wie menschlicher Mut. Beides wurde in dem wichtigen Referat bewiesen, das Studiendirektor Dr. Gottfried Voigt, Leipzig, auf der Generalsynode der VELKD (vom 10. bis 15. April 1961)

hielt und das einen hervorragenden Einblick in die geistige Situation der Christen in der DDR gibt:

UNSERE ERSTE SORGE: DER MENSCH

Von Studiendirektor Dr. Gottfried Voigt, Leipzig

Wenn mit der Parole, die in unserem Thema ausgegeben wird, die Aufgabe der Kirche Jesu Christi bezeichnet sein soll, dann muß mit dem Einwand gerechnet werden, hier drohe eine Verfälschung, eine unerlaubte Akzentverschiebung. Unsere erste Sorge: der Mensch? Kommt nicht alles darauf an, daß Gott bei uns zu seinem Recht kommt? Wir haben gelernt, daß bei Luther die Gottheit Gottes geradezu kritischer Richtpunkt des theologischen Denkens ist. Die Rechtfertigungsbotschaft stellt den Gott in die Mitte, der allein alles Heil schafft; gerade in ihr wird Gott geehrt, wie ihm das zukommt.

Man könnte den Einwand noch von einer anderen Seite her erheben. „Unsere erste Sorge: der Mensch“, das ist ja ein marxistischer Satz. Daß wir in diesem Satz auszusprechen versuchen, was wir als unseren, der Kirche Jesu Christi, eigenen Auftrag ansehen, könnte uns als untauglicher Versuch von Apologetik ausgelegt werden: als wollten wir, indem wir eine Losung der Welt aufnehmen, unser Daseinsrecht vor dieser Welt beweisen. Wir riefen dann: „seht, wir auch!“ – und liefen damit hinter der Welt her, behaupteten vor ihr unsere Unentbehrlichkeit und bewiesen doch, indem wir gar nichts anderes wollten als die Welt, daß wir beruhigt abtreten können: die Welt täte vielleicht, was hier zu tun ist, besser als wir.

Beide Einwände sind falsch. Die Ehre Gottes oder das Heil der Menschen? – das wäre eine Schein-Alternative, auf die wir uns als Schüler des Neuen Testaments nicht einlassen werden. „Es geschieht alles um euretwillen“, schreibt Paulus (2. Kor. 4, 15). Wir glauben an den menschen-suchenden Gott, an den menschen-„besorgenden“ Gott, ja, an den Gott, der sich um Menschen sorgt. Wir kennen ihn als den Gott, der sich aufmacht, Verlorenes zu suchen. Ihn „jammert“ des Volks. Die Heillosigkeit der Menschen geht ihm an die Nieren – die Bibel scheut sich nicht, von Gott so menschlich zu reden. Wir können sagen: Gottes erste Sorge: der Mensch. Und gerade darin liegt Gottes Größe, Ehre, Majestät. Sie ist nicht da auf ihrem Höhepunkt, wo sie richtet und straft, sondern wo sie sich erbarmt. „Es geschieht alles um euretwillen“, so hörten wir eben Paulus sagen; die unmittelbare Fortsetzung lautet: „auf daß die überschwengliche Gnade durch vieler Danksagen Gott reichlich preise“. – Ob der zweite Einwand, wir liefen bloß der Welt nach und wollten nichts weiter als sie, zutrifft, wird sich zeigen müssen. Bemerkenswert ist vielleicht in diesem Zusammenhang nur dies: Ein Staat von der Struktur der DDR ist geneigt, das Daseinsrecht irgendeiner geschichtlichen Größe danach zu beurteilen, ob in ihr gerade das gewollt ist, was man im politischen Raum auch will: Konformität wäre unsere Legitimation (sofern es die für Vertreter der „Religion“ überhaupt geben kann). Daß wir einen besonderen, in kein Schema der Welt einzuordnenden Auftrag haben, zieht von vornherein alle möglichen Verdächtigungen auf uns. Aber gerade in dem Besonderen, in dem also, was der Welt fremd ist, liegt unser Auftrag und damit – wenn man so will – unser Daseinsrecht. Gerade darin also, daß die Losung: „unsere erste Sorge – der Mensch“ in unserm Munde einen anderen Sinn bekommt, als er ihn im Munde der Welt haben kann, liegt wohl die Aufgabe dieser Besinnung.

Eine weitere Vorüberlegung macht sich nötig. Es wird in beiden heute zu haltenden Vorträgen um den Menschen gehen. Der erste hat sich mit den Problemen des Menschseins im Bereich der östlichen Gliedkirchen zu beschäftigen. Ich bin überzeugt: unser Thema paßte für die Situation im Westen nicht weniger. Die Themaformulierungen sind austauschbar. Der Mensch ist immer und überall gefährdet. Wir sagen das nicht, weil Angst uns nötigte, auch dem Westen ein paar schlechte politische Zensuren zu geben und

uns damit eine gewisse taktische Rückenfreiheit der DDR gegenüber zu sichern. Was wir zu sagen haben, sollen und wollen wir in Liebe sagen; gerade die Liebe weiß sich aber der Wahrheit verpflichtet. Wir wollen uns mühen, in der Liebe auch verständlich zu reden; nach mancherlei Erfahrungen wissen wir jedoch, daß der Gefahr des Mißverständnens kaum zu entgehen ist. Es muß eben einfach riskiert werden!

Aber jetzt wird es darauf ankommen, deutlich zu machen: Der Mensch ist in einer sehr viel tieferen und umfassenderen Weise bedroht, als das in dem zum Ausdruck kommt, was der Westen und der Osten sich gegenseitig vorwerfen. Der natürliche Mensch vermag es prinzipiell nicht zu sehen, was hier auf dem Spiel steht. Wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Fürsten und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis dieser Welt herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel. So gewiß die unsichtbaren Mächte sich immer geschichtlicher Größen und Mächte für ihre Zwecke bedienen, so wenig kommt man ihnen mit voreiligen und kurzschlüssigen Identifikationen bei. Es geht um Rettung oder Verlorenheit – hier liegt unsere eigentliche Sorge.

Es geht uns also um den Auftrag der Kirche, wie er besonders durch die Lage in der DDR gekennzeichnet ist. Die Kirche tut ihren Dienst immer in der besonderen Lage, in der sie sich befindet. Wer uns in dem, was wir eingangs sagten, verstanden hat, wird in dieser Feststellung nicht mehr Verrat an der Sache wittern. Das Heilsangebot des dreieinigen Gottes ergeht auch an die Menschen in diesem Raum, an Menschen also, die in einer sozialistischen Ordnung des Daseins leben. Wir gehen dabei von der für neutestamentliches Denken wesentlichen Grundeinsicht aus, daß Gott in aller Ordnung, auch in der sozialistischen, die Welt regiert und erhält – ein Glaubenssatz im strengen Sinn! –, daß aber die Welt im argen liegt und des Heils bedarf. Die Verlorenheit hat vielerlei Gestalt: nicht ein Fleckchen der Welt ist von der Heilsbedürftigkeit ausgenommen, und die jeweilige geschichtliche Situation bestimmt nur die Gestalt, die die Gottentfremdung annimmt. Wer konkret helfen will, muß darum auf diese Gestalt der Verlorenheit achten und versuchen, in ihr den Schaden zu erkennen, den zu heilen Christus gekommen ist.

Wir nehmen uns darum vor, unserer Aufgabe in drei Überlegungen nachzugehen. Wir wollen nach dem Menschen fragen, wie er uns heute in der marxistisch-leninistischen Lehre verkündigt wird. Wir wollen sodann danach fragen, was den Menschen heute bedrängt und gefährdet, dem unsere Sorge zu gelten hat. Und wir wollen endlich fragen, welche Forderungen sich daraus für unser praktisches Sorgen um den Menschen ergeben.

1.

Warum fragen wir nach dem Menschen, wie er uns heute in der marxistisch-leninistischen Lehre verkündigt wird? Man könnte ja – etwa als Prediger des Evangeliums oder sonst als Christ, der seinen Glauben bezeugt – seinen Spruch tun, ohne nach links oder rechts zu schauen, höre es nun, wer will, oder verwerfe es, wer will. Man könnte sich streckenweise auf das Neue Testament berufen, wenn man so verfährt: die Probleme der Welt scheinen darin oft eine aufregend geringe Rolle zu spielen. Man hat es der Kirche von außen her auch oft genug anklagend vorgeworfen, daß sie sich von den Fragen der Welt so wenig anfechten ließ; man hat es ihr freilich – oft waren das dieselben Kritiker! – auch oft verwiesen, wenn sie sich in die Dinge der Welt mischte. Was geht uns die marxistische Anthropologie an?

Ehe wir darauf weiter antworten, sei nur festgestellt: gar so weltabgewandt, wie manche das Neue Testament einschätzen, ist es nicht. Man denke etwa an das Johannes-evangelium: es ist in seiner Stoßrichtung, in seiner Problemstellung, in seiner Zuspitzung durchaus auf die Menschen und deren Denkweise ausgerichtet, an die es sich wendet: an Juden, an Dionysos- und Asklepiosgläubige, an Gnostiker und Stoiker. Die Botschaft ergeht eben hinein in die Kreise so geprägter Menschen und deren Gedanken und Vorstellungen, verstehend, von da aus bejahend und kritisch zugleich. Unsere erste Sorge: der

Mensch! Schon in der Themaformulierung, die, wie gesagt, marxistischen Ursprungs ist, bringen wir zum Ausdruck, daß unsere Verkündung den Dialog mit denen zu suchen hat, die die marxistische Anthropologie vertreten oder sich mit ihr auseinanderzusetzen haben. Kein Zweifel: mit der Propagierung dieser Lehre vom Menschen geht es gegen den christlichen Glauben und die ihm zugehörige Anthropologie. Wir haben uns dem zu stellen. Das anthropologische Thema ist in der Tat heute von besonderer Dringlichkeit. Der V. Parteitag der SED (10. bis 16. Juli 1958) hat es mit Energie angefaßt¹; eine Reihe von Veröffentlichungen haben es aufgegriffen², und es bildet auch sonst, in Presse, Funk und Schulungsarbeit, weitgehend den Verhandlungsstoff. Erziehung und Formung des neuen sozialistischen Menschen – darum geht es. Sein bewußtes Ja zur sozialistischen Ordnung und Lehre wird sich in einer neuen Arbeitsmoral auswirken (ihr soll auch das in Arbeit befindliche Arbeitsgesetzbuch dienen): die Arbeit bekommt eine neue Würde, sie kommt der ganzen Gesellschaft zugute, ihr sollen alle Kräfte gewidmet werden, betriebswirtschaftliche Verbesserungen, technische Neuerungen steigern die Arbeitsproduktivität und damit den gemeinsamen Wohlstand. Ein neues Ethos wird möglich, wo nicht mehr der private Nutzen maßgebend ist und damit der die Individuen isolierende Konkurrenzneid; so kommt es zu einem neuen Verhältnis zur Gesellschaft. Für die neuen sozialistischen Brigaden gilt der Grundsatz: sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen, sozialistisch leben. Da jedes Mitglied die Arbeit fürs Ganze nicht nur – wie einst im Kapitalismus – als notwendiges Übel ansieht, sondern als Sinn des Lebens, soll das Arbeitskollektiv auch über die Arbeitszeit hinaus die Menschen zusammenführen. Sozialistisches Leben schließt die Entscheidung für den Atheismus ein. „Die Bedeutung dieses Zusammenschlusses der Menschen zu sozialistischen Gemeinschaften besteht unter anderem darin, daß sich die Mitglieder dieser Kollektive durch die alltägliche Praxis an kollektives Fühlen, Handeln und Denken gewöhnen.“³ Dazu gehört intensives Studium der marxistischen Lehre, aber auch sonst Erweiterung des Wissens und der Bildung. Mit dem allen ist ja das Thema der Ethik gestellt. Hier ist besonders an die Zehn Grundsätze der sozialistischen Moral zu erinnern, die nach authentischem Kommentar so zusammengefaßt werden können: „Nur derjenige handelt sittlich und wahrhaft menschlich, der sich aktiv für den Sieg des Sozialismus einsetzt, d. h. für die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.“⁴ Immer wieder wird betont, der dialektische und historische Materialismus sei die unerläßliche Grundlage für das Werden des neuen Menschen.

Es mag den, der den Marxismus-Leninismus nur von ferneher kennt, etwas verwundern, daß die Frage nach dem neuen Menschen so stark in den Vordergrund gerückt wird, und zwar als eine Frage der Erziehung und der Ethik. Er mag daran gewöhnt sein, daß nach marxistischer Lehre mit der Veränderung der ökonomisch-gesellschaftlichen Gegebenheiten von selbst ein neuer Mensch mit neuem Denken und Handeln entsteht. Er mag in den gegenwärtigen Bestrebungen geradezu einen Rückfall in idealistische Vorstellungen sehen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach den Verfechtern dieses neuen Menschenbildes eine solche Meinung völlig unmarxistisch wäre. Jawohl, der neue Mensch wird erst durch die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglicht, aber das Neue entsteht ja erst durch den revolutionär handelnden Menschen! Man darf die Umgestaltung

1. Beschluß des V. Parteitages der SED über den Kampf um den Frieden, für den Sieg des Sozialismus, für die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat, Berlin, 10. bis 16. Juli 1958. Berlin 1958.

2. Genannt seien: Reinhold Miller: Vom Werden des sozialistischen Menschen, Berlin 1960 (eine Veröffentlichung des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Lehrstuhl für Philosophie). – Georg Mende (Hg.): Über die Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten. Protokoll der Ethik-Konferenz des Instituts für Philosophie, Jena. Berlin 1960. – Nikolai Janzen: Ein Mensch – wie stolz das klingt. Vom Sinn des menschlichen Lebens. Berlin 1960.

3. Miller, a.a.O., S. 134, Hervorhebung im Original.

4. Walter Ulbricht: Neues Deutschland, B, v. 11. 7. 1958, S. 11.

der Dinge und der Menschen nicht dem Selbstlauf überlassen. Eine Umerziehung der Menschen ohne Wandel der Verhältnisse muß erfolglos bleiben. Aber die neue Lage, die sozialistische Ordnung, ermöglicht solche Umerziehung, ja, fordert sie geradezu.

Man kann es wohl auch so ausdrücken: Die gesellschaftlichen Verhältnisse wandeln sich nicht zufällig, sondern determiniert. Als naturgeschichtliche Prozesse unterliegen solche Veränderungen strenger Gesetzmäßigkeit; als naturgeschichtliche Prozesse müssen sie bewußt geplant und vollzogen werden. Keiner kann gegen das Gesetz an, aber das geschichtlich Notwendige muß eben vom Menschen vollstreckt werden. Hier tun sich natürlich fundamentale Fragen über das Verhältnis von Natur und Geschichte und über das Wesen des Personalen, des ethischen Subjektes auf. Es sind Fragen, die übrigens nicht nur an den Materialisten, sondern auch an den Idealisten zu stellen sind. Was wird eigentlich aus der ethischen Fragestellung, wenn menschliches Handeln nur ein Eingehen auf die unausweichlichen Notwendigkeiten der materialistisch verstandenen Natur ist? Dasselbe im Blick auf den Idealismus: Was wird aus der ethischen Fragestellung, wenn der Mensch als individueller Geist nichts anderes ist als der Ort der Selbstrealisierung des Weltgeistes? In beiden Fällen hätte ich, der handelnde Mensch, gar nicht mehr darüber zu befinden, was jetzt eigentlich geschehen soll. Es kommt, was kommen muß, und es ist eine müßige Frage, ob dieses Kommende auch kommen soll. Es ist damit gerechtfertigt, daß es kommt⁵. „Freie Wahl ist nicht eine ursachlose, sondern eine bewußte Wahl“, sagt der marxistische Philosoph Marek Fritzthand⁶. Freiheit ist das Ja zum Notwendigen, ein Ja, das aber nicht einem wählenden Entschluß entspringt, sondern einer Einsicht. Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit. Darum ist es für den Vertreter des Marxismus-Lenismus so wichtig, daß die Lehre, nach der das, was jetzt geschieht (notwendig so geschieht!), innerer Besitz der Menschen wird. Orthodoxie ist sozusagen erste Bürgerpflicht. Zur Arbeit und zum Kampf für die sozialistische Ordnung wird der am bereitesten sein, der von der Notwendigkeit des vom Marxismus gelehrtten Geschichtsverlaufs am stärksten überzeugt ist.

Ich entscheide also als handelnder Mensch nicht, was einmal sein wird. Der Geschichtsprozeß ist determiniert. Wo bleibt da das Menschliche am Menschen, seine Verantwortlichkeit, seine Geschichtsfähigkeit? Kann dann überhaupt die Frage nach Gut und Böse gestellt werden? Sie wird gestellt. Man muß sich deutlich machen, daß sie jeweils auf zwei verschiedenen Ebenen verhandelt wird. Moral ist ja zunächst eine der Formen gesellschaftlichen Bewußtseins⁷. Was ein Mensch denkt, ist von seiner gesellschaftlichen Situation abhängig. Die materielle Basis ist das einzige Reale; das Bewußtsein ist nur Überbau. Von der Basis, von der Art und Weise also, wie einer sein Brot verdient, sein Dasein fristet, von anderen abhängig oder anderen überlegen ist, wird abhängen, was er denkt: was er für Recht oder Unrecht hält, was gut ist und was böse, schön oder häßlich, was Wahrheit ist und was Irrtum, woran einer glaubt und was er anbetet. Man soll nicht sagen, daß dieser ideologische Überbau nicht von Interesse wäre: der Überbau weist und wirkt auch immer auf die Basis zurück und ist insofern belangvoll. Aber es „gibt“ nicht unverbrüchliche Normen. Was Menschen etwa tiefste sittliche Überzeugung war, wofür sie vielleicht gelitten haben oder gar gestorben sind, erweist sich, wenn man genauer zusieht, als Fata morgana, als etwas Unreales. Real ist nur die materiell-gesellschaftliche Basis. – Uns wird diese Lehre noch zu beschäftigen haben.

Man könnte hier fragen, ob – auf dem Boden einer solchen Lehre – nicht auch die Grundsätze sozialistischer Moral jegliche Verbindlichkeit verlieren. In gewisser Hinsicht schon – sie sind eben der heute vorhandenen Basis zugeordnet. Trotzdem zeigt sich immer

5. Vgl. dazu *Helmut Thielicke*: Theologische Ethik, II, 1, S. 25 ff.

6. *Marek Fritzthand*: Freiheit, Determinismus und Moral, in: Das Problem der Freiheit im Lichte des wissenschaftlichen Sozialismus, Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 8. bis 10. März 1956, S. 526 ff.

7. *Miller*, a.a.O., S. 11.

wieder, daß auch die marxistische Moral nicht etwa behauptet, auf dem Boden einer kapitalistischen Ordnung hätten alle die von ihr reichlich angeprangerten sittlichen Schäden ebensoviel moralisches Recht wie die sozialistischen Tugenden auf östlichem Boden. Auch für die „Dogmatik“ des Marxismus-Leninismus wird ja unbedingte Geltung beansprucht, obwohl es sich auch hier um „Ideologie“ handelt. Wieso ist der sozialistische Mensch eben der neue, der ethisch einzig diskutable Mensch, so daß man sagen kann, mit der Schaffung des neuen sozial-ökonomischen Fundaments leite die Arbeiterklasse die eigentliche sittliche Epoche der Menschheit ein? Wem alles relativ ist, der relativiert ja damit auch sich selbst.

Indessen will die uns interessierende Frage auch noch auf einer anderen Ebene betrachtet sein. Der Marxist denkt über seine Dogmatik und Ethik in keiner Weise relativistisch. (Daß wir Theologen der Bibel gegenüber eine so große – evangelische – Freiheit haben, kann er sich wahrscheinlich schon deswegen nicht vorstellen, weil die marxistischen Klassiker unantastbares Lehrsatz sind – mir ist keine einzige Stelle kritischer Auseinandersetzung bekannt.) Es läßt sich theoretisch aufzeigen, warum das so ist. Vielleicht hilft uns hier ein kurzer Blick auf Hegel. Marxismus ist ja „umgestülpter“ Hegelianismus. In Hegels Geschichtsphilosophie hat alles an seinem Ort seine Notwendigkeit. Die „List der Idee“ will es so, daß auch Irrtum und Verirrung als Durchgangerscheinung dem Ganzen dienlich sind. Die Wahrheit liegt nicht in dem einzelnen Faktum, sie liegt im Prozeß als ganzem. Darum konnte – und mußte – Hegel seine Philosophie, die den Weltprozeß als ganzen durchdenkt, beschreiben, ja geradezu vollzieht, als abschließende, unüberbietbare Philosophie, als ein Non-plus-ultra ansehen. Die Selbstverwirklichung des Geistes kommt so an ihr Ziel. Der Marxismus tritt mit einem Anspruch auf, der formal dem Hegelschen genau entspricht. Was die Menschen je in ihrer Zeit und an ihren Orten für gut und geboten ansahen, hatte seine Geltung allenfalls für die jeweilige Lage. Der Wissende sieht diese ideologischen Schein-Absolutheiten in ihrer Relativität. Er betrachtet aber den Gesamtprozeß und kommt von daher dazu, dem Zielpunkt der Entwicklung allein die Würde des Absoluten zuzuerkennen. Sittlich ist, was der Sache des Sozialismus dient⁸. Die Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs, in die der Sozialist sich wissend eingliedert, gibt seinem Handeln den Wert des sittlich Guten. Von daher erklärt sich auch, daß dem Vertreter des Marxismus-Leninismus die Unverbrüchlichkeit des Gesetzes so wichtig ist, nach dem die Geschichte eben dahin laufen muß, wo er ihr Ziel sieht.

Doch damit ist noch nicht alles gesagt, was hier erwogen sein will. Ist die Notwendigkeit des Geschichtsverlaufs wirklich schon sittliches Kriterium? Der Marxist sagt uns ja nicht: Schick dich ins Unvermeidliche! Er ruft uns zu: Bejahe das Wünschenswerte! Er läßt sich also nicht am Faktum genügen, sondern er wertet. Reicht dazu schon die Einsicht in die Notwendigkeit aus? Es wäre doch auch denkbar, daß ein Prozeß sich mit gesetzlicher Notwendigkeit abspielt, den wir durchaus nicht bejahen und positiv bewerten mögen: etwa der der fortschreitenden Abkühlung der Erde oder der der Erosion der Gebirge (wir trösten uns damit, daß es sich hier um äußerst langwierige Prozesse handelt). Warum sieht der Marxist das Kommende zugleich als wünschenswert und förderungswürdig an? Er läßt sich offensichtlich nicht daran genügen, daß es kommt. Sein Fortschrittsglaube schließt die optimistische Wertung ein.

Woher kommt das? Zweifellos wirken sich hier unausgesprochene, hintergründige Voraussetzungen aus. Wir können dem jetzt nicht nachgehen. Meine Meinung in Kürze: der Marxismus ist eine christliche Sekte, so sehr er dies selbst auch bestreitet. Gerade von daher erklärt sich aber sein sittliches Werten, das geradeswegs auf unser Thema weist: Unsere erste Sorge – der Mensch. Wir brauchen über die geistesgeschichtlichen Wurzeln des Marxismus jetzt nicht zu streiten. Es genügt, festzustellen: der Ruf nach dem befreiten

8. Neues Deutschland, B, v. 18. 7. 1958, S. 7.

9. Otto Grotewohl, Neues Deutschland, B, v. 29. 3. 1959, S. 4.

Menschen ist das tiefste Pathos, das sich durch klassische Dokumente des Marxismus hindurchzieht und das in einer opferreichen Geschichte das Bewegende war. Karl Marx selbst ist darin vielen anderen vorangegangen. Wie lesen wir bei Miller? „Es kann nichts geben, was menschlicher wäre als die Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen.“¹⁰ Es wird keiner unter uns sein, der diesem Satz – so wie er eben zitiert wurde – nicht zustimmte.

2.

Es mag die Meinung aufkommen, hier rede einer, der nicht kritisch sehen und denken kann oder dem es an der inneren oder äußeren Freiheit gebricht, der Sorge um den Menschen so Ausdruck zu geben, wie er das vom Evangelium her – „mich jammert des Volks“ – müßte. Ich möchte dazu folgendes sagen: Man soll versuchen, den anderen zunächst möglichst so zu verstehen, wie er sich selbst versteht. Was wir bei den Sozialisten (in ihrer atheistischen Propaganda) so schmerzhaft vermissen, wollen wir ihnen, soweit wir es nur irgend vermögen, nicht vorenthalten. Sodann: Verstehen Sie den Versuch, das Wollen und Denken des anderen, in diesem Falle des Sozialisten, zu verstehen und ernst zu nehmen, bitte, nicht als eine taktisch gemeinte Anbiederung oder Rückversicherung. Sie würde uns nichts nützen. Der in der DDR erstrebte neue sozialistische Mensch soll Atheist sein. So ist es gemeint, und es hat keinen Sinn, sich hierüber irgendwelchen Illusionen hinzugeben. „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat die Aufgabe gestellt, auch die religiös gebundenen Menschen in unserer Republik zum sozialistischen Bewußtsein zu erziehen“, und das schließt, wie es in diesem Zusammenhang weiter heißt, auch dies ein, daß diese religiös gebundenen Menschen sich „immer mehr von der geistigen Lähmung durch religiöse Anschauungen befreien“¹¹. Janzen führt lang aus, wie wichtig es ist, daß schon die Kinder „begreifen lernen, warum die Religion eine untaugliche, ungenießbare, das Gehirn vergiftende Nahrung ist“. „Ein Kommunist darf sich auch nicht auf den Standpunkt der friedlichen Koexistenz mit der Religion stellen.“¹² Es soll auch hinzugefügt werden, wie der Marxist zu solchem Urteil kommt: er meint, „daß die Religion ihrem Wesen nach die Unterdrückung und Knechtung der Menschen heiligt und deshalb mit dem Humanismus unvereinbar ist“¹³. Unvereinbar – wir hören es. Nach allem, was wir immer und immer wieder lesen, gibt es über diesen Punkt auf Seiten der Vertreter des Sozialismus kein Verhandeln. Eine auffallende Ausnahme bildet der Passus in der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, nach dem das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze seien. Dieses erstaunliche Wort steht bisher einsam im Raum; es hat bis zur Stunde ungezählte gegenteilige, sehr prinzipiell begründete Äußerungen noch nicht außer Kurs gesetzt. Es bedarf keiner Versicherung, daß eine Strukturänderung des Marxismus-Leninismus an dieser Stelle von unübersehbar weittragenden Folgen wäre. Zur Zeit ist der bei uns praktizierte Sozialismus gegen den christlichen Glauben völlig verschlossen. Die dem (noch) religiösen Menschen gewährte Toleranz hat lediglich taktischen Sinn. Die Religion (wie man sagt) gilt als die Ideologie des Klassenfeindes. Man bekämpft sie ideologisch scharf und hofft, sie werde aussterben.

Unsere erste Sorge: der Mensch. Wenn ich Gottes Geschöpf und zur Gemeinschaft mit ihm bestimmt bin, dann ist diese Gottesbeziehung nicht eine grundsätzlich entbehrliche Zutat zu meinem Menschsein, sondern dann habe ich mein Menschsein in eben dieser Beziehung. Man hat es so ausgedrückt: ohne Divinität keine Humanität. Dieser Satz hat bei Marxisten schon schwerste Entrüstung hervorgerufen. Man verstand ihn so, als sollte damit dem Nichtchristen Unmenschlichkeit im moralischen Sinne vorgeworfen werden.

10. Miller, a.a.O., S. 213.

11. Miller, a.a.O., S. 58.

12. Janzen, a.a.O., S. 24.

13. Miller, a.a.O., S. 57.

Niemand wird so töricht und ungerecht sein, einen Nichtchristen um seiner nichtchristlichen Haltung willen moralisch zu diffamieren. Im Gegenteil: der Christ wird nicht müde werden, dem anderen zu bezeugen, daß er, ob er will oder nicht, Mensch vor Gott ist. Jeder hat, auch wenn er sich mit Händen und Füßen sträubt, in Gott sein Woher und sein Wohin und sein durch nichts auszulöschendes Gegenüber, deutlicher: seinen Herrn, den er nicht los wird. Auch die verleugnete und verlassene Gottebenbildlichkeit ist noch wirksam, wenn nicht in unserer Würde, dann in unserem Elend. Sind wir nicht mit Gott als seine Kinder zur Gemeinschaft verbunden, dann sind wir widerwillig in seiner Hand: dann eben im Unfrieden, als Unversöhnte, als die seinem Gericht Unterworfenen. Ein Drittes gibt es nicht. So ist die Lage. Von daher unsere Sorge um den Menschen.

Es ist klar, daß uns hier niemand folgen wird, der selbst nicht Christ ist. Verstünde jemand „was hier gespielt wird“, so wäre ihm nicht mehr fraglich, wohin er gehört. Man kann dies nicht von jedem erwarten. Was man aber müßte erwarten können, ist etwas jedem Menschen Zugängliches und Erschwingliches: bei aller Kritik, die man niemandem verwehren wird, ein verstehensberechtigtes Eingehen auf den Andersdenkenden. An dieser Stelle scheint mir der Mensch auch im moralischen Sinne in Gefahr.

Ein Beispiel: Die Lehrerin eines meiner Kinder, alte Marxistin seit den 20er Jahren, gibt ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß mein Kind, wenn es seine christlichen Vorurteile nicht preisgibt, keinen angemessenen Platz in der künftigen Gesellschaft finden könne. Ich habe gespürt: was sie sagte, kam aus echter Sorge um den Menschen. Freilich, nun kam etwas für unsere Lage Charakteristisches zutage. Sie meinte, der christliche Glaube sei doch wirklich untauglich zur Erklärung der Naturtatsachen und Naturzusammenhänge, und es sei doch keine untragbare Zumutung, darin auf den Boden der neuesten Wissenschaft zu treten. Christlicher Glaube – eine veraltete Art der Welterklärung. Besser wußte sie es nicht. Es folgte ein längeres Gespräch, an dessen Ende sie begriffen hatte: von einer solchen Bindung des Glaubens kann man nicht zurücktreten. – Ein im Endergebnis erfreulicher Einzelfall. Ansonsten alarmierend, weil hinter dem jammervollen Mißverständnis des christlichen Glaubens eine breite publizistische und in Schulungen vollzogene Information steht, die dieses Mißverständnis hervorgerufen und befestigt hat. Wir müssen deutlicher reden: Mir ist bisher noch nicht eine einzige marxistisch-atheistische Schrift in die Hand gekommen, die das, was christlicher Glaube ist, nicht bis zur Unkenntlichkeit entstellte, um diesen so karikierten Glauben dann zusammenzuschlagen. Es gehört zu den in der Wissenschaft unerläßlichen Regeln der Wahrheitsfindung, daß kritische Auseinandersetzung zunächst ein eindringendes Verstehen des anderen voraussetzt. Möglichkeiten der Information hat die theologische Forschung in Fülle bereitgestellt; das Selbstverständnis des christlichen Glaubens ist mindestens auf literarischem Wege eruierbar. Warum geschieht das nicht? An dieser Stelle meldet sich die Sorge um den Menschen. Darum nämlich, weil man den Eindruck hat, daß nicht nur der Wille, sondern auch die Fähigkeit zum Verstehen abstirbt. Es sieht so aus, als ob gewisse Erkenntnisfunktionen einfach veröden. Es kommt da zu einem Ausfall an Erfahrungs- und Verstehensmöglichkeiten, der Besorgnis erregt. Noch einmal: es wird ja nicht erwartet, daß der bisherige Atheist Christ wird oder auch nur seine kritischen Fragen zurückhält. Aber dies wird erwartet, daß er die bestehenden Möglichkeiten des Verstehens, des Nachdenkens und Einfühlens ausnützt, ehe er urteilt oder gar den Andersdenkenden herabsetzt und madig macht. An dieser Stelle ist also einfach ein Schwund an Menschlichkeit festzustellen.

Zu diesem Ausfall an Erkenntnismöglichkeiten, zu dieser Partiellen Erblindung – die dann für das Ganze des Menschseins sehr weitreichende Folgen hat! – gehört, daß nicht mehr verstanden werden kann, was Personsein ist. Der Marxist kann es sich nicht anders denken, als müßte das, was er Religion nennt, dazu ausgedacht sein, die Phänomene der Welt irgendwie zu erklären. Gott stellt sich dann als die prima causa der Welt dar; er ist dem Marxisten, wenn er sich einmal in das Denken des religiösen Menschen hineinversetzt, ein Ding, ein Neutrum, eine unpersönliche Macht oder wie man das nun nennen mag. Daß

hier ein Verhältnis auf Du und Du besteht, ein innerstes Zugewandtheit Gottes zu uns und eine verwundert-dankbare Zugewandtheit des Glaubenden zu seinem himmlischen Vater, ein Verhältnis innerster Bindung also, das kann er überhaupt nicht wahrnehmen und begreifen. Er meint, wenn ein Mensch seine „Religion“ aufgibt, dann wechsele er eine überholte Welterklärung, eine veraltete Theorie also gegen eine neue, besser begründete aus. Er merkt gar nicht, daß die Zumutung, Gott abzusagen, so etwas ähnliches ist wie das Verlangen, daß man seinen geliebten und von Herzen verehrten Vater im Stich läßt und verachtet. Er merkt gar nicht, daß hier eine ganz andere Bindung besteht als die einer bisher für stichhaltig geachteten Überzeugung (wie die etwa, daß die kinetische Wärmetheorie zu Recht besteht) – eine Bindung, die aufzugeben (ich versuche, es recht menschlich zu sagen) einfach Undankbarkeit, Treubruch, Verrat dem gegenüber wäre, dem man schlechthin alles verdankt, dem man darum aber eben auch in einer unmittelbaren und unbedingten Weise verbunden und verpflichtet ist. Wer Gottes Gebot vernommen hat, diskutiert nicht mehr darüber, ob das ihm Gebotene ein sittliches Vorurteil der Sklavenhaltergesellschaft oder des Feudalismus oder der Bourgeoisie oder (hier wäre es dann verboten, von „Vorurteil“ zu reden) der sozialistischen Gesellschaft ist; der diskutiert nicht mehr über die mehr oder weniger durchsichtige Zweckdienlichkeit und Praktikabilität des hier Geforderten: er weiß sich in ganz unmittelbarer Weise gerufen – so unmittelbar, wie wenn ein Mensch um Hilfe ruft, und so unbedingt und ins Gewissen treffend und das Gewissen bindend, wie das eben nur geschehen kann, wenn die allerhöchste Instanz, der Herr aller Herren, redet.

Für solche Realitäten hat der Marxismus kein Organ. Er kann es nicht haben. Es gibt in seinem Denksystem dafür nicht den geometrischen Ort. An zwei Punkten soll das aufgewiesen sein. Der Marxismus geht ja von dem Axiom aus, daß die Materie die einzige Realität ist. Der Satz ist Axiom: unbewiesene und unbeweisbare Voraussetzung. Der Marxist behauptet zwar immer und immer wieder, dieser Satz sei bewiesen, aber jeder Beweis müßte sich als *petitio principii* erweisen, als Versuch also, das zu Beweisende selbst schon als Argument zu benutzen. Ist die Materie die einzige Realität, dann kann ja die Geschichte gar nicht mehr personalistisch verstanden werden. Dann wird das, was im Bewußtsein als ethisches Phänomen erscheint, immer nur uneigentlicher Ausdruck für unpersönliche Sachverhalte sein. Die objektiven Gesetze des Geschichtsverlaufs, an die der Marxist glaubt (und sie sind, wie ich tief überzeugt bin, wahrhaftige Sache des Glaubens), – ich sage: die objektiven Gesetze, nach denen die Geschichte verläuft, sind ja nicht etwas Gewolltes, nicht etwas auf Beschluß und Entscheidung Beruhendes und in einem Wollen je heute sich Realisierendes, sondern sie sind blinde Notwendigkeit: es ist so, weil es so ist. Auch der Marxist weiß sich – trotz der geradezu religiösen Verherrlichung des Menschen – abhängig, schlechthin abhängig; aber er ist abhängig von einem großen Neutrum. Wie große Dinge er auch der Materie zuschreibt – das menschliche Bewußtsein ist ja eine Eigenschaft höchstentwickelter und höchstdifferenziert funktionierender Materie –; personhaftes Leben (soweit der Marxist davon überhaupt redet) geht zuletzt hervor aus dem großen unpersönlichen, blinden Es. Das materielle All kann nicht lieben. Und wer in der materialistischen Lehre befangen ist, kann gar nicht verstehen, wieso der Glaubende sein Menschsein in einem Ruf, in einer persönlichen Anrede, in einem Geliebt-, auch Gefordert-, Berufen- und Erwähltsein begründet sieht. Probe aufs Exempel: Man sehe die atheistische Kampfliteratur einmal durch, in einer wie ahnungslosen Weise sie über den Begriff: Gottes Ebenbild witzelt: es wird einem deutlich werden, daß die Weltanschauung ihrer Vertreter einfach um Erkenntnismöglichkeiten gebracht hat. – Unsere Sorge: der Mensch.

Man kann sich denselben Tatbestand noch von einer anderen Seite her deutlich machen. Wenn die Kategorie des Personalen in einem Denksystem ausfällt, bekommt Ethik nicht nur einen anderen Inhalt, sondern auch einen anderen Sinn. Wir hörten schon: das ethische Bewußtsein ist eine Funktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, d. h. es ist von

den ökonomisch-sozialen Gegebenheiten abhängig und darum grundsätzlich wandelbar. Man soll nicht übersehen, was daran richtig ist. Das Ethos wird seine positive Gestalt jeweils nach den Verhältnissen, in denen es sich zu bewähren hat, formen und wandeln müssen. Natürlich sind der industrialisierten Massengesellschaft andere ethische Fragen gestellt als irgendeinem Beduinenstamm. Das mosaische Gesetz ist nach Luther der Juden Sachsenspiegel. Jede Zeit hat Gottes Gebot neu zu konkretisieren. Noch mehr: Jede von mir zu treffende ethische Entscheidung verlangt vom Ethos eine Art schöpferisches Wagnis. Es wird nicht angehen, Gottes Gebot und das Ethos einer bestimmten geschichtlichen Situation, in unserem Falle: Gottes Gebot und die sozialistische Moral in das Verhältnis eines Entweder-Oder zu bringen. Es ist durchaus denkbar, daß sich das unwandelbare Gebot Gottes in einer sozialistischen Ordnung konkretisiert. Das hieße ganz bestimmt, daß die Norm dieses göttlichen Gebotes auch inhaltlich tief in die sittlichen Überzeugungen der Menschen eingreift, gar nicht davon zu reden, was es bedeutet, daß dieses Gebot in seiner ganzen Unbedingtheit und Radikalität uns bis in die tiefste Regung des Herzens beanspruchen würde. Aber die Geltung des göttlichen Gebots in einem sozialistischen Ordnungsgefüge würde bestimmt nicht bedeuten, daß daraus dann unter der Hand ein bürgerlich-kapitalistisches Ordnungsgefüge würde. Wir müssen uns an dieser Stelle mit diesen Andeutungen begnügen¹⁴.

Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen christlicher und marxistischer Ethik besteht unter anderem darin, daß marxistische Ethik ihrem Wesen nach den Gesetzgeber und Richter nicht kennen kann. Sie ist nicht theonome Ethik, sie ist anthroponom. Das heißt nicht, daß dem einzelnen Menschen und seinem unverbindlichen Geschmack überlassen wäre, was gut oder böse ist. Es wäre ein falsches Verständnis marxistischer Absichten, wenn man sagen wollte, mit dem Satz: Recht ist, was dem Sozialismus nützt, sei menschlicher Willkür Tür und Tor geöffnet. So ist es nicht gemeint. Nach marxistischer Überzeugung ist das Kommen des Sozialismus etwas Geschichtsnotwendiges, weil letzten Endes Naturnotwendiges (Natur und Geschichte sind zwei Seiten einundderselben Wirklichkeit). Darum sagt der ja zum Weltgesetz (wenn wir es einmal so ausdrücken dürfen), der in Richtung auf den Sozialismus und vom Sozialismus her handelt. Wir haben an anderer Stelle schon auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Daß gerade hier, in der Entpersonalisierung der Ethik, ein scharfer Gegensatz zum christlichen Glauben sichtbar wird, liegt indessen auf der Hand. Schon darin, daß der Christ, von Gott gefordert, seinem Gott und Herren steht und fällt. Der Marxist kann nur der Gesellschaft im ganzen verantwortlich sein. Wo wird sie ihm faßbar? Wo setzt sich dieses Neutrum „Gesellschaft“ in eine personale Größe um, die rufen, gebieten, fordern und richten kann? Nur in den Trägern der geschichtlichen, konkreter: der politischen Gewalt. Recht und gut, solange man der festen Überzeugung ist, daß die offiziellen Repräsentanten der Gesellschaft auch wirklich genau das tun, was der Intention der Gesamtgeschichte entspricht, daß sie also wirklich, so wie sie handeln, eben die Vollstrecker der historischen Notwendigkeit sind. Ob sie das sind, das eben ist aber doch die ethische Frage! Es gibt beschränkte Gemüter, die hinter einer solchen Fragestellung schon etwas politisch Gefährliches erblicken. Ich möchte Leute dieser Art von vornherein beruhigen: wir Lutheraner galten schon immer als besonders obrigkeitstreu, und wir sind es auch heute! Es geht mir ganz prinzipiell darum, die Frage der Verantwortlichkeit konkret zu stellen. Verantwortlichkeit vor der Gesellschaft ist doch zugleich Verantwortlichkeit für die Gesellschaft. In dem Verhältnis dieser beiden Präpositionen zueinander liegt das Problem.

Daß mit der Blindheit gegenüber Gott, dem Gesetzgeber, zugleich auch ein Stück des humanum ausfällt und verödet, dies ist wiederum Anlaß, sich um den Menschen zu sorgen. Wieso? Unbeschadet der jeweils neuen Konkretion des Sittlichen ist es nun doch un-

14. Näheres in meinem Aufsatz: Gottes unverrückbares Gebot im Wandel der geschichtlichen Situation, Lutherische Nachrichten, 9. Jahrgang, Dezember 1960, S. 1 ff.

aufgebbare Überzeugung des Christen, daß es ethische Konstanten gibt, die kein Mensch, kein Volk, keine Gesellschaft ungestraft verleugnet. Daß wir uns recht verstehen: Es ist kinderleicht, nachzuweisen, daß die, die sich Christen nennen, das Gebot Gottes immer wieder verkehrt und mißachtet haben. Christen wissen das sogar noch in einem viel tieferen Sinne als andere Leute – jeder Christ weiß es von sich. Was ist nicht alles schon unter Berufung auf Gott gesündigt worden! – Was ist nicht alles schon im Namen des Sozialismus geschehen! Man soll sich prinzipielle Fragen nicht dadurch unerlaubt erleichtern, daß man sie mit drittklassigen Argumenten zudeckt. Es gibt unaufgebbare ethische Konstanten. Ich möchte wissen, ob es irgend jemanden auf der Welt gibt, der im Ernst die Gültigkeit des Gebotes bestreitet: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten. Ist mein Gewissen, wenn es sich an dieses Gebot Gottes gebunden weiß, nun durch eine ideologische Wahnvorstellung gebunden, die sich bloß daraus erklärt, daß meine Vorfahren – ja, was waren sie?: Pfarrer, Lehrer, Kaufleute, Handwerker und Bauern gewesen sind? Ist dies, daß ich mich mangelnder Wahrhaftigkeit anklagen muß, daß ich im Zeugnis für meinen Nächsten nicht mehr Mut bewiesen habe, daß ich, um mir selbst zu nützen, nicht Gutes von ihm geredet und alles zum Besten gekehrt, daß ich ihn verraten habe, gar nicht so ernst zu nehmen, weil ja die religiösen Vorstellungen, einschließlich des achten Gebotes, nur ideologische Reste einer vergehenden Gesellschaftsepoke sind? Man muß die Frage ja sehr grundsätzlich nehmen: Sind Nöte des Gewissens dadurch zu beheben, daß man sie ideologisch relativiert und damit ihres Ernstes entkleidet?

Das sind keine Schreibtischüberlegungen, sondern sehr praktische, notvolle Gewissensfragen. Ich will das an zwei Punkten verdeutlichen.

Die marxistische Ethik vertritt den Grundsatz der Parteilichkeit. Ich meine, gut zu verstehen, wieso dieser Grundsatz, recht verstanden, unaufgebbar ist. Im Grunde sind wir Christen selbst in dem Sinne „parteilich“, daß wir überzeugt sind: Unentschiedenheit, schläfrige Zuschauerhaltung, alles an sich herankommen lassen, es mit keinem verderben wollen – und in dieser zum Prinzip erhobenen Schlafmützigkeit die Aufgabe der Stunde versäumen, das darf es nicht geben. Wer von der Richtigkeit des dialektischen und historischen Materialismus überzeugt ist, muß dafür auch kämpfen. Soweit ist der Grundsatz der Parteilichkeit ausdrücklich zu bejahen. Eine ganz andere Frage ist die, wie ich mich dem Andersdenkenden gegenüber gerade im Kampf verhalten werde. Ist es von vornherein ausgemacht, daß der andere nur unlautere Absichten hat, und wenn nicht: gehört es nicht zur Lauterkeit – etwa im Sinne des achten Gebots –, daß ich ihm, dem Gegner, dies auch zugestehe? Ist es ausgemacht, daß der andere immer nur Verwerfliches tut? hat der andere noch nie einen (von mir vielleicht kritisch beurteilten) Versuch gemacht, eben das, wofür ich kämpfe, gleichfalls zu erstreben, nur eben auf seine Weise? Könnte es nicht sein, daß der, den ich nicht oder nur mit Einschränkung auf meiner Seite finde, Bedenken hat, die ich jedenfalls nicht bagatellisieren darf, sondern (selbst dann, wenn ich sie nicht teilen kann) ernst nehmen muß? Ist mein Kampf wirklich in dem Augenblick verloren, da ich dem Gegner – in allen sachlich gebotenen Grenzen – Gerechtigkeit widerfahren lasse? Könnte es nicht sein, daß ich eben so eine ganze Anzahl Bundesgenossen gewinne, einfach, weil ich eine Basis des Vertrauens geschaffen habe? Konkret: Wenn ich in der Westpresse lesen werde, was an Gutem in der DDR geschieht, und wenn die Ostpresse anfängt, Erfreuliches in Westdeutschland meinete wegen mit der Lupe aufzusuchen, dann mögen sie sich gegenseitig ruhig sagen, was sie ärgert, meine Hoffnung für den Frieden der Welt bekäme aber neue Nahrung. Hierzu gehört freilich die m. E. für die Bewältigung jedes Konflikts unaufgebbare sittliche Urüberzeugung: *audiatur et altera pars*. Ich weiß, wie viele Menschen in der BRD die Marburger Ereignisse verurteilen. Ich weiß aber auch, wie viele Menschen in der DDR mit gebrochenem Gewissen leben, weil sie politisch verdächtigt werden, wenn sie Resolutionen gegen solche nicht zustimmen wollen, die sie selbst nicht hören können. Das sind nur Beispiele. Wo Gewissensnöte ideologisch bagatellisiert und politisch diffamiert werden, ist das humanum bedroht.

Ein anderes Beispiel: Zu den Grundsätzen der sozialistischen Moral gehört der Haß gegen den Klassenfeind (und gegen alle, die man für Klassenfeinde hält). „Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen“ – das steht so nicht einmal im Alten Testament. Jesus hat uns das ausdrücklich verwehrt. Damit ist nicht der Kampf als solcher verneint. Es gibt Konflikte, die – an ihrer legitimen Stelle – ausgetragen werden müssen. Der Haß ist aber für den Kampf ein schlechter Berater. Wo Haß ist, kann nicht Friede sein. Wir nennen diesen für uns Christen in der DDR außerordentlich beschwerlichen Punkt, weil sich an dieser Stelle besonders deutlich zeigt, wie bei aller Bereitschaft zum Leben in einer sozialistischen Ordnung uns unüberschreitbare Grenzen gesetzt sind. Wir können nicht erwarten, daß der Nichtchrist sich auf Gottes Gebot festlegen läßt; er wird, was er tut, zu seiner Zeit mit Gott selbst auszumachen haben. Aber wir müssen erwarten, daß unsere an diesem Punkte vorhandenen Gewissensnöte respektiert werden. Und wir müssen der allen Lehrern zur Pflicht gemachten Erziehung zum Haß bei unseren Kindern widerstehen. Haß macht blind. Haß hindert Versöhnung. Den Frieden kann man nur erlangen, wenn man ihn ganz will. Auch hier geht es um das Menschliche im Menschen.

Einen merkwürdigen Ausfall im menschlichen Erkenntnisvermögen müssen wir auch an einem anderen Punkte konstatieren. Die sozialistische Moral möchte (wir hörten es schon) die Menschen „an kollektives Fühlen, Handeln und Denken“ gewöhnen¹⁵. Wenn ich nicht irre, steht das Wort „kollektiv“ (es ist im Original gesperrt) hier gleichzeitig in zwei Zusammenhängen: kollektiv fühlen, handeln und denken, das meint ein Ethos, das auf Gemeinschaft, Zusammenwirken und Miteinanderleben gerichtet ist; das meint aber wohl auch ein ethisches Denken unter der Norm des Kollektivs. Was bedeutet das für das humanum? Vielleicht macht manchen das Wort „Kollektiv“ scheu; es hat ja eine unbestreitbare Affinität zur Vermassung. Wir sollten aber sehen, daß die sozialistische Ethik hier etwas will, was auch für uns unaufgebar ist. Der Mensch ist als geschichtliches Wesen auch Gemeinschaftswesen. Wenn irgendwo, so wird er in der christlichen Ethik ans Ganze gewiesen und dem Ganzen verpflichtet. Die „polloi“ sind es, für die Christus sein Leben gegeben hat; er will unsere Nachfolge, und es ist uns gerade von Luther immer wieder klargemacht worden, daß unsere Aufgabe uns in die natürlichen Gemeinschaften des Alltags weist. Der Marxismus weist darauf hin, daß die kapitalistische Wirtschaftsform den Profit zum wirtschaftlichen Motor macht und damit die Eigenliebe der Menschen fördert, also eine Tendenz zum Individualismus hat. Wir meinen, daß das Ichstreben des Menschen noch weit tiefere Gründe hat, aber ich denke, wir sollten sehen, was an solchen Beobachtungen richtig ist. Es ist auch richtig, daß die persönlichen Interessen des einzelnen (die vom Sozialismus bejaht werden!) nicht gegen die Interessen des Ganzen verwirklicht werden können, sondern nur durch sie hindurch. – Aber gerade an dieser Stelle fällt in der Literatur über sozialistische Ethik etwas auf. Dem Einwand, der einzelne werde vom Kollektiv aufgesogen, wird immer wieder scharf widersprochen – und zwar mit dem Hinweis darauf, daß dem Marxismus gerade daran gelegen ist, den einzelnen zu einer allseitig gebildeten Persönlichkeit zu erziehen, deren hohe kulturelle Bedürfnisse eben in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden (Miller nennt Lebensmittel, Kleidung, Wohnraum und andere Konsumgüter, Sport, Kino, Theater, musikalische und literarische Bildung und andere¹⁶). Immer wieder ist von „Bedürfnissen“ die Rede, die respektiert und erfüllt werden¹⁷. Zweifellos, gerade in dieser Richtung geschieht in der DDR viel. Man muß nur sehen, daß unsere Besorgnisse damit in keiner Weise beschwichtigt oder gar behoben sind. Nicht, daß im Kollektiv dem einzelnen Menschen nichts mehr gegönnt sei, ist unser Einwand, sondern dies, daß das Kollektiv zum Subjekt der sittlichen Entscheidung wird und damit die Personalität des Menschen bedroht

15. Miller, a.a.O., S. 134.

16. Miller, a.a.O., S. 126.

17. Miller, a.a.O., S. 140, 326; Janzen, a.a.O., S. 203, 226.

ist. Wer sich von Gott Auge-in-Auge angeschaut weiß, der wird ganz gewiß, weil er zur Liebe gerufen ist, sich der Gemeinschaft verpflichtet wissen. Aber er weiß zugleich, daß er sich in seiner Verantwortlichkeit hinter niemandem verstecken und in keinem Kollektiv untertauchen kann. Merkwürdig, daß die Verfechter der marxistischen Ethik an dieser Stelle gar kein Problem sehen! Fast hat man den Eindruck, sie machen aus dieser Not sogar eine Tugend. Das Verschwinden des einzelnen in der Masse, das Sich-entschuldigtfühlen in Kollektiv-Verschuldungen, das Ausweichen vor der Verantwortung – das sind doch Erfahrungen, die gerade in den letzten Jahrzehnten unserer Geschichte in unübersehbarer Zahl gemacht werden mußten und die ganze Gefährlichkeit unseres Zeitalters offenbaren. Man soll nicht sagen, die Vermassung bedrohe nur die sozialistische Gesellschaft. Nur, in der sozialistischen Ethik scheint mir diese Gefahr gar nicht gesehen zu sein. Die Gefahr der Entmündigung des einzelnen kommt in tausendfacher Gestalt täglich auf uns zu. Presse, Funk, Fernsehen, öffentliche Meinung und öffentliche Stumpfheit, was alles hier zu nennen sein mag, bringt das ethische Subjekt im Menschen um. Wer hilft uns aus dieser Gefahr und trägt damit Sorge für den Menschen?

3.

In einem letzten, nur noch kurzen Gedankengang müssen wir auf die Aufgabe hinweisen, die wir als Kirche zu allen Zeiten und darum auch heute haben.

Ein wenig haben, so hoffen wir, unsere Überlegungen diese Aufgabe nicht nur bezeichnet, sondern schon zu erfüllen versucht; in geringem Umfang, beispielhaft nur. Die Kirche hat den Mund aufzutun und zu sagen, was ihr im Umgang mit dem Worte Gottes zu sagen aufgetragen ist. Sie hat der Welt ihre Aufgaben nicht abzunehmen. Sie ist nicht selber ein Organ der Welt, sondern, wenn sie ihrer Aufgabe nicht untreu wird, Ort des Wirkens Gottes und damit sein Organ. Daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von der Anrede Gottes, das hat sie immer wieder zu sagen, ob es nun gehört wird oder nicht. Für den in seiner Menschlichkeit gefährdeten und um seiner Menschlichkeit willen in Gewissensnot gekommenen Menschen hat sie zu schreien. Mißverständnisse und Verdächtigungen werden ihr nicht erspart bleiben. Die marxistische Lehre sieht die christliche Botschaft als etwas ihr Fremdes an. Das ist in dem vordergründigen Sinn, in dem die Unvereinbarkeit von der marxistischen Literatur immer wieder behauptet wird, nicht richtig: wenn wir anfangen, ein bißchen menschlich miteinander umzugehen, werden wir uns über vieles miteinander schnell verständigen. Dieses Referat möchte als ein solcher Aufruf zur Verständigung verstanden sein.

An anderer Stelle aber wird es zu einem Ausgleich nicht kommen können. Jetzt wünschte ich mir, daß die Außenwelt besonders achtgibt, um uns nicht hoffnungslos mißzuverstehen. Unter Christen dürfte das, was jetzt zu sagen ist, gemeinsame Überzeugung sein. Die Unterschiede zwischen Regimen, Systemen, Lagern, Ismen dieser Welt sind groß, und wir denken nicht daran, innerhalb der Skala der irdischen Dinge diese Unterschiede zu verkleinern. Aber der Punkt, an dem die Verständigung mit dem Marxismus auch uns unmöglich scheint, ist gerade nicht das Spezifisch-Marxistische, sondern „das Allgemein-Menschliche“ an ihm. Es ist tief bedauerlich, daß die Diskussion zwischen den Marxisten und uns Christen bis zu diesem Punkte einfach nicht vorgedrungen ist. Hier lohnte es sich, in aller Freundschaft miteinander zu streiten. Welches ist dieser Punkt?

Das Evangelium von Christus war immer Ärgernis, Anstoß, Herausforderung, wo auch immer es gepredigt wurde. Und zwar darum, weil es der Welt streitig machte, daß sie selbst ihr Heil, ihre Gesundung, ihre Rettung bewirken könne. „Es ist in keinem andern Heil“, Rettung, als eben in Christus. Aller auf den Menschen begründete Optimismus ist Illusion.

Dieser Satz stößt auf kräftigen Widerspruch. Ich kann es keinem, der widerspricht, verdenken, daß er ungehalten ist. Das muß ja geradezu der Eindruck der Welt sein, daß wir Christen uns, wie es scheint, für berufen halten, grundsätzlich jede Suppe zu versalzen.

Wie oft ist uns dies schon vorgeworfen worden, von wie verschiedenen Regimen und Bewegungen! Es gehört wohl zu unserem Auftrag und damit auch zu unserem Los, dies hinzunehmen. – Vielleicht darf aber doch ein Mißverständnis behoben werden: Im Bereich des Wohls der Menschen (nicht ihres Heils!) ist mit menschlichen Mitteln viel zu machen, und wir wünschten uns, es möchte, im Rahmen der irdisch-menschlichen Möglichkeiten, zum Wohl der Welt, zur Gerechtigkeit und zum Frieden, mehr und Besseres getan werden, als geschieht. An dieser Stelle liegt die grundlegende Schwierigkeit nicht!

Aber sie liegt darin, daß, wo man das uns treffende Wort Gottes nicht vernimmt, im Grunde nur von Illusionen gelebt werden kann. Wer meint, mit bürgerlicher Gerechtigkeit durchzukommen, rechnet nicht mit dem Gott, dessen Blick in unser Wesen und Gewissen einfach tiefer dringt, als wir das selbst für möglich halten. Und es soll sich niemand damit trösten, wenn die bürgerliche Gerechtigkeit, die „iustitia civilis“, einmal durch eine „iustitia proletaria“ überwunden sein wird, daß dann die Welt ihr Heil erlangt habe. Die Heillosigkeit der Welt besteht in ihrer Gottlosigkeit. Daß wir uns recht verstehen: Jetzt reden wir nicht mehr von der Gottlosigkeit, die aus einigen philosophischen Irrtümern und Voreiligkeiten erwächst, sondern von der, die in dem heimlich-unheimlichen Aufruhr des Geschöpfes gegen den Schöpfer besteht. Wir stünden auch in den äußeren Dingen unseres Lebens ganz woanders, wenn diese Ur-Not überwunden wäre. Durch einen innerweltlichen Szenenwechsel ist hier nichts zu beräumen. „Was vom Fleisch geboren ist, das ist Fleisch.“

Wer Gott nicht kennt, muß an Götter glauben, oder er muß sich selbst oder irgend etwas Weltliches zum Gott machen (mit oder ohne die Vokabel Gott). Daß der Marxismus messianische Züge hat, ist von daher in keiner Weise verwunderlich. Wer Gott nicht kennt, muß auf etwas anderes hoffen. Wem Gott nicht die höchste Autorität ist, der muß etwas Irdisches zur letzten Autorität machen. Der Absolutheitsanspruch des Marxismus unterscheidet ihn nicht von anderen weltlichen Programmen und Ismen, höchstens sein revolutionäres Temperament, mit dem er ihn geltend macht. Nur: was wird daraus, wenn die Welt ohne und gegen Gott selig werden will?

Wir können in dem allen nur eines tun: den Gott verkündigen, der nicht gekommen ist, die Welt zu richten, sondern zu retten. Dieser Gott, der Gott-in-Christus, wußte, daß man der Welt nicht anders helfen kann, als so, daß man unter Einschluß jeglichen Risikos, ja unter Darbietung des größten Opfers, sie liebhat. Dies ist Sein Werk. Seine Liebe bricht alle Fronten auf. Wer sie wahrgenommen hat, weiß: diese Liebe weckt stumpfe, resignierte, verbockte, haßerfüllte, hoffnungslose, pharisäisch-ungenießbare, in Vorurteilen befangene, ihrem Nächsten verschlossene, zum Beten unfähige Menschen zu neuem Personleben auf. Die Sorge für den Menschen ist, Gott sei Dank, Gottes eigentliche, tiefste, unermüdliche Sorge. Wir können für den Menschen nicht besser sorgen, als indem wir ihn auf diese Sorge Gottes für ihn hinweisen.

Auf diesen Vortrag antwortete der stellvertretende Chefredakteur der „Neuen Zeit“, des Hauptorgans der Ost-CDU, Günter Wirth, mit einem Aufsatz, der für die Denkweise der Ost-CDU charakteristisch ist:

SOZIALISMUS UND CHRISTENTUM

Kritische Bemerkungen zu einem Referat Dr. Voigts auf der lutherischen Generalsynode

Von Günter Wirth („Neue Zeit“ Nr. 101 vom 30. April/1. Mai 1961)

Vor der lutherischen Generalsynode hielt der Leipziger Studiendirektor Dr. Gottfried Voigt ein Referat über das Thema: „Unsere erste Sorge: der Mensch.“ Seiner Diktion nach war dieser Vortrag ein Versuch, die geistigen und gesellschaftlichen Probleme der Christen

in der DDR ernsthaft zu untersuchen, und der Referent betonte ausdrücklich, daß er seinen Vortrag als einen „Aufruf zur Verständigung“ verstanden wissen wollte.

Diese Abzweckung des Vortrages war wohlgemeint, und wir wollen dem Verfasser keineswegs den guten Willen absprechen, in solcher Weise ernsthaft die Verständigung gesucht zu haben. Wir müssen ihm aber ebenso deutlich sagen, daß sein Experiment mißlungen ist, weil es ein Experiment in der Retorte war, in der die Ingredienzien unserer Wirklichkeit nicht gerade repräsentativ vertreten waren.

Mißverständliche Wertung des Marxismus-Leninismus

Das Referat Dr. Voigts, das im Zusammenhang eines Zeitungsartikels verständlicherweise nur unter einigen wenigen Aspekten behandelt werden kann, durchzog wie ein roter Faden die Klage darüber, daß von sozialistischer Seite der Prozeß der theologischen Erneuerung nicht zur Kenntnis genommen worden sei; „die bestehenden Möglichkeiten des Verstehens, des Nachdenkens und Einfühlens“ würden in dieser Hinsicht nicht ausgenützt. Gleichzeitig trat der Leipziger Theologe mit dem Anspruch auf, in seinen einleitenden Bemerkungen das Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus ernstgenommen und seinerseits „die bestehenden Möglichkeiten des Verstehens, des Nachdenkens und des Einfühlens“ ausgenützt zu haben.

Es ist nicht unsere Sache, darüber zu richten, ob Dr. Voigt dieser Versuch gelungen ist; soweit wir etwas vom Marxismus-Leninismus verstehen, müssen wir allerdings sagen, daß Dr. Voigt schwerwiegende sachliche Mängel nachzuweisen sind. Aber – wie gesagt: ein solches Richteramt steht uns nicht zu.

Wohl aber haben wir die Pflicht, Dr. Voigt darauf hinzuweisen, daß er pharisäisch handelt, wenn er meint, daß er (und nicht nur er) den Marxismus-Leninismus ernst nehme, während umgekehrt auf sozialistischer Seite die neuen theologischen Erkenntnisse nicht zur Kenntnis genommen würden. Denn wie kann Dr. Voigt ernsthaft meinen, den Marxismus nach seinem Selbstverständnis beurteilt zu haben, wenn er in seinem Referat die merkwürdige These vertrat, der Marxismus sei „eine christliche Sekte“, und er lebe auf einer Art „Messianismus“.

Ein Theologe, der sozialistischen Ideologen den Vorwurf macht, sie würden das Christentum nur unter dem Aspekt betrachten, daß es eine „Erklärung der Naturtatsachen und Naturzusammenhänge“, und zwar eine überholte, sei, darf doch nicht seinerseits den Marxismus unter den Aspekten irgendeiner christlichen Dogmatik einschätzen und beurteilen. Wenn Dr. Voigt vor einer mißverständlichen Wertung des Christentums warnte, dann müssen wir ihn vor einer mißverständlichen Wertung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft warnen.

Dieser grundlegende Fehler im Referat Dr. Voigts, der sich dementsprechend in der Beurteilung vieler Einzelprobleme widerspiegelt, wird noch deutlicher, wenn man seine Bemerkungen über das Thema: „Christentum und Sozialismus“ näher untersucht. Er hat mit einem bemerkenswerten Eifer einige Schriften von Reinhold Miller, Georg Mende und Nikolai Janzen exzerpiert, und er meint damit, die Fülle der Analysen dieser Probleme durch den Marxismus-Leninismus in der Hand zu haben. Bemerkenswerterweise zitiert er die Schrift von Miller – in der sich in der Tat einige Formulierungen finden, über die sich streiten läßt – ungefähr zehnmal.

Aber über die Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates vom 4. Oktober geht der Referent vor der lutherischen Generalsynode mit der lapidaren Bemerkung hinweg, diese Erklärung stelle „eine auffallende Ausnahme“ dar, und dieses „erstaunliche Wort steht bisher sehr einsam im Raum“.

Hier zeigt sich die Schwäche, mehr noch: die Fehlerhaftigkeit in der Konzeption von Dr. Voigt. Die Schrift von Miller bekommt sozusagen den Rang einer unfehlbaren Autorität, während die Programmatik der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, die

diesen Rang mit Recht beanspruchen kann, mit der kuriosen Vokabel „erstaunlich“ abgetan und überdies mit einer nur taktischen Zielsetzung in Verbindung gebracht wird.

Dogmatische Vorbehalte

Wenn Dr. Voigt beweisen wollte, daß er weder das Selbstverständnis des Marxismus-Leninismus noch die gesellschaftliche Wirklichkeit in der DDR in ausreichendem Maße kennt, dann mit dieser Passage seines Referats: Denn an der Stelle, wo er die Retorte seiner künstlichen Ingredienzien von Politik und Ideologie öffnete und die Atmosphäre der Realitäten unserer Republik auf sie einwirken ließ, scheiterte er, mußte er scheitern.

Die Linie des Referats von Dr. Voigt sollte offensichtlich den Nachweis erbringen, daß es zwischen Sozialismus und Christentum unaufhebbare Gegensätze gibt – was ja nicht bestritten wird – und es sollte in diesem Zusammenhang vor allem herausarbeiten, daß es für den Christen schwer ist, am sozialistischen Aufbau teilzunehmen, weil damit die Integration des Christen in ein „atheistisches System“ verbunden wäre.

Auch hier zeigt sich deutlich, wie sehr dogmatische Vorbehalte den Blick des Referenten auf die Wirklichkeit verbaut haben. Offenbar will der Leipziger Studiendirektor nicht zur Kenntnis nehmen, daß zum Beispiel von unserer Partei ein Weg gebahnt worden ist, wie die christliche Existenz in der sozialistischen Gesellschaftsordnung gelebt werden kann. Wir sind diesen Weg in der Praxis gegangen; dieser Weg hat sich als richtig erwiesen. Natürlich waren wir nicht in der Lage, eine theologische Bewältigung dieser Probleme vorzunehmen. Diese Aufgabe kann auch eine politische Partei nicht übernehmen.

Dennoch haben wir, unsere praktischen Erfahrungen verallgemeinernd, theoretische Aussagen gemacht, die von außerordentlich großer Bedeutung auch für die theologische Arbeit in der DDR sein könnten. So wäre es zweifellos nützlich gewesen, wenn Dr. Voigt in den Kreis seiner Untersuchungen das Buch unseres Generalsekretärs Gerald Göting „Der Christ sagt Ja zum Sozialismus“ einbezogen hätte. Würde er das getan haben, hätte er sein Referat ganz anders halten müssen.

Immerhin ist von Gerald Göting schon vor dem 9. Parteitag der CDU in Dresden zum Ausdruck gebracht worden, daß die Anerkennung der Gesellschaftswissenschaften des Marxismus-Leninismus für den Christen nicht gleichbedeutend damit sei, daß er deren atheistische Konsequenzen mit zu vollziehen habe.

Würde – so können wir weiter folgern – Dr. Voigt von diesen Überlegungen Gerald Götings und von den Dokumenten des 9. Februar ausgegangen sein, so würde er zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen den Gesichtspunkt seines Referats genommen haben, der nach unserer Meinung der einzig richtige in diesem Referat war: „Es ist durchaus denkbar, daß sich das unwandelbare Gebot Gottes in einer sozialistischen Ordnung konkretisiert. Das hieße ganz bestimmt, daß die Norm dieses göttlichen Gebots auch inhaltlich tief in die sittliche Überzeugung der Menschen eingreift, gar nicht davon zu reden, was es bedeutet, daß dieses Gebot in seiner ganzen Unbedingtheit und Radikalität uns bis in die tiefste Regung des Herzens beanspruchen würde.“

Mit diesen Feststellungen Dr. Voigts können wir einverstanden sein; von solchen Überlegungen und sittlichen Entscheidungen lassen gerade wir christlichen Demokraten uns leiten. Weil wir zu diesen Sätzen des Leipziger Studiendirektors Ja sagen können, müssen wir das Nein zu den angedeuteten Aspekten um so schärfer formulieren und ihm leider bescheinigen, daß sein „Aufruf zur Verständigung“ wahrscheinlich kein großes Echo finden wird und finden kann.

Im selben Zusammenhang scheint uns auch ein Aufsatz desselben Verfassers Günter Wirth der Beachtung wert, indem sich dieser mit der Handreichung der VELKD „Der Christ in der DDR“ befaßt. Diese Handreichung wurde in der DDR Ende des Jahres 1960 verbreitet (siehe Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 238 ff.)

und im Frühjahr 1961 in Westdeutschland in einer großen Auflage veröffentlicht. Sie kam infolgedessen erst im Jahre 1961 zu ihrer eigentlichen Auswirkung und hat besonders an den Christen in der DDR in diesem schweren Jahre einen nicht abzuschätzenden hervorragenden Dienst getan. Auch hier gibt der nachstehende Aufsatz von Günter Wirth einen charakteristischen Einblick in die Diskussionslage mit den „fortschrittlichen“ Christen in der DDR.

VERZERRUNG DES WAHREN SACHVERHALTS

Eine „Handreichung“ der VELKD und die Dialektik geistiger Auseinandersetzung

Von Günter Wirth („Neue Zeit“ Nr. 135 vom 14. Juni 1961)

Im „Amtsblatt der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands“ vom 25. Mai 1961 wird eine Handreichung „Der Christ in der Deutschen Demokratischen Republik“ veröffentlicht, die von der Bischofskonferenz dieser Kirche in einer Sitzung am 3. November 1960 „auf ihre Verantwortung genommen wurde“. Diese Formulierung im Vorspann der Veröffentlichung der Handreichung muß als außerordentlich merkwürdig empfunden werden, und man ist in der Versuchung, zu fragen, ob sie darauf hindeuten soll, daß es in der Bischofskonferenz zu keiner einmütigen Zustimmung zu diesem Dokument gekommen ist.

Die Veröffentlichung dieser Handreichung hat zu einer Flut von Veröffentlichungen in der westdeutschen Presse geführt, zu mehr oder weniger ausführlichen Auszügen aus diesem Dokument, denen allerdings eines gemeinsam ist: nämlich der Versuch, diese Handreichung unmittelbar in den kalten Krieg des politischen Klerikalismus gegen die Deutsche Demokratische Republik einzubeziehen. In einem einleitenden Satz zu einer etwas längeren Veröffentlichung aus dieser Handreichung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 7. Juni 1961 findet sich ein verschämtes Eingeständnis solchen Vorgehens. Es heißt dort, daß durch eine Kürzung des vollständigen Textes der Handreichung diese „naturgemäß die diplomatische Subtilität“ verliere. Man kann es auch so sagen ...!

Würde man in einer Einschätzung dieser Handreichung nur von den Veröffentlichungen der westdeutschen politischen Presse ausgehen, müßte man unbedenken zu einer scharfen Verurteilung dieses Dokumentes gelangen. So einfach aber ist die Sachlage nicht, denn beim genaueren Zusehen, bei der Analyse des vollständigen und sozusagen „amtlichen“ Textes stellt man fest, daß diese Handreichung zwei Wertigkeiten hat, die zunächst präzise auseinandergehalten werden müssen. Einerseits handelt es sich nämlich bei dieser Handreichung um eine Dokumentation des Rückzugs der klerikalen Reaktion angesichts der politischen Stärke der Deutschen Demokratischen Republik und angesichts der Stärke jener Kräfte in der Kirche, die eine theologische und geistige Neuorientierung vorgenommen haben und die demgemäß für die Normalisierung der Beziehungen der Kirche zum sozialistischen Staat eintreten. Andererseits – und im Grunde wird nur diese Seite der Handreichung in der politischen Presse der Bundesrepublik beleuchtet – enthält diese „auf die Verantwortung“ der Lutherischen Bischofskonferenz „genommene“ Ausarbeitung die Formulierung der neuen Ziele des kalten Krieges und des kalten Kirchenkrieges, die sich aus der Veränderung der Kräfteverhältnisse in unserem Vaterland ergeben haben.

Position des Rückzugs

Inwiefern ist unsere Auffassung in der Tat richtig, daß sich in dieser Handreichung die Position des Rückzugs der klerikalen Kräfte – jedenfalls in verschiedenen Sektoren der geistigen und politischen Auseinandersetzung – findet? Die Antwort darauf ist nicht

schwer, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß diese Handreichung direkt und indirekt gegen die Obrigkeitsschrift des NATO-Bischofs Dibelius polemisiert. So heißt es an einer Stelle wörtlich: „Seit Luther bezeichnet die deutsche Sprache diese ‚übergeordneten Mächte‘ (vorher war insbesondere von der ‚Staatsordnung‘ die Rede – G. W.) mit ‚Obrigkeit‘. Die jüngst geführte Diskussion hat gezeigt, daß nach Auffassung der meisten Theologen dieser Begriff ... so viele auf jede Staatsgewalt anzuwendende prinzipielle theologische Elemente enthält, daß er als Gehäuse für diese Elemente solange brauchbar ist, bis ein besserer Begriff gefunden ist.“

Bemerkenswerte Erkenntnisse

In der Zusammenfassung dieser und ähnlicher Ausführungen heißt es dann in den beiden ersten (von insgesamt dreizehn) Thesen dieser Handreichung: „Von seinem in der Bibel begründeten Glauben her ist der evangelische Christ nicht auf eine bestimmte Gesellschaftsordnung festgelegt. Er ist deshalb nicht gehindert, die politisch-gesellschaftliche Struktur der Deutschen Demokratischen Republik als solche zu respektieren. Von seinem Glauben her ist der evangelische Christ auch nicht gehindert, die sozialistische Wirtschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik als solche zu respektieren.“

Diese Formulierungen, die deutliche Anklänge an das „Kommuniqué“ vom Juli 1958 enthalten, verbinden sich in einer Absage an den dialektischen Materialismus. Eine solche Absage ist aber nicht überraschend, sie ist kirchlich legitim: es gibt ja auch niemanden in der Deutschen Demokratischen Republik, der etwa von der Kirche verlangen würde, Prinzipien des historischen und dialektischen Materialismus in das Glaubensbekenntnis aufzunehmen. Andererseits erscheint es außerordentlich bemerkenswert, daß sich in dieser Handreichung eine Feststellung wie die folgende findet: „Es wird ... nicht geleugnet, daß der dialektische Materialismus Gesetzmäßigkeiten herausstellt, die unbestreitbar sind.“ Angesichts der Zersetzung des geistigen Lebens in den Westzonen durch den Antikommunismus muß man eine solche Formulierung, die „auf die Verantwortung“ auch westdeutscher lutherischer Bischöfe „genommen“ worden ist, als sehr bemerkenswert empfinden.

So viel in aller Kürze zu dem ersten, dem relativ positiven Aspekt dieses Dokuments, und man geht wohl in der Annahme nicht fehl, daß die Formulierung solcher Aussagen der Handreichung vor allem auf das Konto derjenigen Kirchenmänner in der DDR kommt, die sich in Arbeitskreisen zur Durchforschung des Problems der christlichen Existenz im Sozialismus zusammengefunden haben.

Ausarbeitung neuer Ziele im kalten Krieg

Wie steht es nun mit der anderen Seite der Handreichung, mit der Ausarbeitung der den neuen Kräfteverhältnissen in unserem Vaterland angepaßten neuen Ziele im kalten Krieg und im kalten Kirchenkrieg? Hierbei geht es (wenn man von einigen mehr am Rande dieses Dokuments stehenden Exkursen über „Methoden“ der gesellschaftlichen Umwälzung in der DDR absieht) vor allem um die demagogische Behauptung, die DDR sei ein atheistischer Weltanschauungsstaat, und um den „Nachweis“, ein Christ könne in der DDR keine politische Verantwortung übernehmen, ja er könne einige Berufe als Christ überhaupt nicht ausüben; politische Aktivität wird einem Christen höchstens im Nationalen Aufbauwerk, das in dem Dokument ausdrücklich erwähnt wird, zugestanden.

Um diese Thesen, um diese (wie sich herausstellt: nicht allzu neuen) Ziele des kalten Krieges „begründen“ zu können, geht das Dokument in einem längeren Abschnitt von Aussagen über ein angebliches „Selbstverständnis der DDR“ aus. Zur Kennzeichnung dieses „Selbstverständnisses“ ist im Grunde das zu wiederholen, was schon (vgl. „Neue Zeit“ vom 30. April) in unserer Auseinandersetzung mit dem Referat von Studiendirektor Dr. Voigt, vor der Lutherischen Generalsynode, das man offenbar als eine Art Kommentar zu

der Handreichung sehen muß, festgestellt worden ist: Wie das Referat von Dr. Voigt arbeitet auch die Handreichung mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und mit Formulierungen aus Texten gesellschaftswissenschaftlicher Broschüren, während prinzipielle Aussagen zum Beispiel aus der Programmatischen Erklärung des Staatsrats übergegangen oder bagatellisiert werden.

„Selbstverständnis“?

Um nur einige Beispiele für dieses Vorgehen anzuführen, sei darauf hingewiesen, daß an einer Stelle der Handreichung aus einer Rede Walter Ulbrichts die Formulierung zitiert wird, die DDR sei politisch ein Staat der Diktatur des Proletariats. Mit diesem Zitat will die Handreichung die Fragwürdigkeit einer politischen Mitarbeit von Christen in der DDR unterstreichen. Es wird dabei aber bewußt übersehen, daß in eben dieser Rede Walter Ulbrichts (zur Eröffnung der Ausstellung „Zehn Jahre DDR“ am 20. September 1959) festgestellt wurde, eine Besonderheit des volksdemokratischen Staats der DDR bestehe darin, daß sich „die Staatsmacht auf die Nationale Front des demokratischen Deutschland, der mehrere Parteien angehören, stützt“. Zu diesen Parteien gehört bekanntlich auch die Christlich-Demokratische Union, über deren politische Wirksamkeit und ideologische Haltung Walter Ulbricht im Schlußwort des V. Parteitags der SED im Juli 1958 so warmherzige Formulierungen fand; ein solches Zitat fehlt natürlich in dieser Handreichung, obwohl es mit dem Problem der christlichen Existenz im Sozialismus wesentlich und in der Sache zusammenhängt.

Zu den Berufen, deren Wahl für einen Christen in der DDR eine bestimmte „Problematik“ beinhalte, zählt die Handreichung die des Richters und die des Lehrers. Auch hier geht die Handreichung sowohl über programmatische Äußerungen führender Staatsmänner der DDR als auch für die gesellschaftliche Wirklichkeit in der DDR, geht sie vor allem über solche Tatsachen hinweg, daß zum Beispiel der oberste Richter der DDR Mitglied der Christlich-Demokratischen Union ist und daß mehr als 6000 christliche Lehrer an unseren Schulen tätig sind; die Bedeutung dieser Lehrer für unsere sozialistische Schule ist gerade in diesen Tagen auf dem VI. Pädagogischen Kongreß von Professor Hager noch einmal ausdrücklich unterstrichen worden. Übrigens ergibt sich in diesem Zusammenhang die Frage, wie es kommt, daß die Tochter eines der lutherischen Bischöfe aus der DDR, die dieses Dokument mit „auf ihre Verantwortung genommen“ haben, gerade einen nach Meinung der Handreichung so „problematischen“ Beruf wie den einer Lehrerin gewählt hat.

Heuchelei

Weil in dieser Handreichung zum höheren Zweck des kalten Krieges über die Wirklichkeit der DDR hinweggegangen werden muß, wird die Behauptung aufgestellt, die DDR bleibe ein Weltanschauungsstaat auch dann, wenn die CDU und gewisse „staatliche Stellen, die die Kontakte zu den Kirchen zu wahren haben“, „taktische Interpretationen“ vornähmen. Hier wird die Heuchelei auf die Spitze getrieben; hier wird einer Regierungspartei und staatlichen Behörden, mit denen die Kirchenleitungen in der DDR offiziell Beziehungen unterhalten, bewußt Doppelzüngigkeit unterstellt. Wie wollen evangelische Bischöfe eine solche Heuchelei auf ihre „Verantwortung“ nehmen?

Und der 9. Februar?

Wenn dieses Dokument schon im November 1960 beraten und erst im Mai 1961 veröffentlicht wurde, wenn also in der Zwischenzeit offenbar noch mehrfach Abstimmungen über die Formulierungen dieses Dokuments vorgenommen worden sind, erhebt sich die

Frage, warum ein für die Klärung der Problematik der christlichen Existenz im Sozialismus so entscheidendes Ereignis wie das der Begegnung des Staatsratsvorsitzenden mit einer Delegation christlicher Bürger der DDR am 9. Februar 1961 übergangen worden ist.

Die Antwort ist nicht schwer: das Ereignis vom 9. Februar, würde es in der Handreichung der VELKD berücksichtigt worden sein, hätte wie ein Hebel alle Aussagen über den „Weltanschauungsstaat“ und über die „Problematik“ der politischen Mitarbeit von Christen in der Deutschen Demokratischen Republik außer Kraft gesetzt. Aus diesem Grunde haben die Redakteure und die Verantwortlichen dieser Handreichung bewußt eine einseitige Zeichnung der gesellschaftlichen und geistigen Situation in der DDR vorgenommen, haben sie die echte Dialektik von politischer Zusammenarbeit und geistiger Auseinandersetzung von Christen und Marxisten ignoriert und haben sie damit letzten Endes ihre positiven theologischen Aussagen selbst fragwürdig gemacht. Zu wessen Schaden sie das getan haben, liegt auf der Hand. Wenn sie aber glauben, damit die Effektivität und Zielstrebigkeit der Zusammenarbeit von Christen und Marxisten stören zu können, haben sie sich schwer getäuscht.

Zu Beginn der Handreichung heißt es, in einem „Weltanschauungsstaat“ sei „die Glaubensfrage nicht, wie sie sein sollte, die Frage einer freien Auseinandersetzung zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern wird zu einer Frage der äußeren und inneren Existenz“. Wir haben nachgewiesen, daß diese Formulierung für die gesellschaftliche Praxis der Deutschen Demokratischen Republik als eines Arbeiter- und Bauern-Staates nicht zutrifft: denn wenn es heute eine echte geistige Auseinandersetzung in unserem Vaterlande gibt, dann – man denke gerade an den 9. Februar – in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Formulierung der Handreichung trifft aber auf die Praxis des anderen deutschen Staates, sie trifft auf die geistige und gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik zu: denn ein Staat, der eine Weltanschauung wie den dialektischen und historischen Materialismus, und der die Organisationen, die von dieser Weltanschauung getragen wird, die KPD, mit allen staatlichen und juristischen Machtmitteln verbietet und verfolgt, ein Staat, der ein solches Vorgehen überdies „christlich“ begründet, ist in der Tat ein Staat, in dem es keine „freie Auseinandersetzung zwischen gleichberechtigten Partnern“ gibt, in dem die weltanschauliche Auseinandersetzung im wahrsten Sinne des Wortes „zu einer Frage der äußeren und inneren Existenz“ geworden ist.

Wann kommt eine „Handreichung“ für Westdeutschland?

Daß dieser Staat sich gleichzeitig gegen die friedliebenden Kräfte im Bürgertum und in der Christenheit richtet, läßt in der Tat die Charakterisierung „neronischer“ Zustände (um eine Formulierung der Handreichung aufzugreifen) für die Situation in der Bundesrepublik zu. Welche Konsequenzen sich daraus für die Kirchen ergeben, insbesondere für die evangelischen, mögen die Bischöfe, die „Verantwortung“ auf sich „genommen“ haben, an den Forderungen ablesen, die auf der Hamburger Tagung des „Evangelischen Arbeitskreises“ der Adenauer-CDU (vgl. „Neue Zeit“ vom 9. Juni) erhoben worden sind. Offensichtlich ist es daher an der Zeit, eine „Handreichung“ für den „Christen in der Bundesrepublik“ auszuarbeiten!

Die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik, die aus den christlichen Grundforderungen der Nächstenliebe und der Friedensliebe die gesellschaftlichen Konsequenzen gezogen haben, werden sich in ihrem Ringen für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, für die Entfaltung aller sittlichen Kräfte in unserem Volk und für den Aufbau einer dauerhaften Friedensordnung in unserem Vaterlande nicht irremachen lassen. Sie werden die Elemente der Handreichung, in denen sich Reflexe neuer theologischer Erkenntnisse finden, benutzen, um in dieses ihr Ringen auch die letzten christlichen Bürger einzubeziehen, und sie werden zur gleichen Zeit alle Versuche, durch Handreichungen oder auf andere Weise ihre Orientierung auf den Kampf für den Sozialismus und für den

Frieden zu stören und das Christentum für die menschenfeindlichen Ziele des Imperialismus und Militarismus zu mißbrauchen, effektiv zurückschlagen.

3. Unsere Betrachtung zur menschlichen Situation in der DDR nach dem 13. August 1961 hat die Grundhaltung der Menschen dort als müde Resignation, stumme Verzweiflung und dumpfe Hoffnungslosigkeit geschildert. Daß es dabei für den Christen nicht bleiben kann, liegt klar auf der Hand. Es heißt dazu in der Betrachtung eines westdeutschen Theologen zum 13. August 1961:

Hinter der Mauer und dem Eisernen Vorhang stehen Christen und Gemeinden vor einer Aufgabe, die ihnen niemand abnehmen kann und die jetzt erst recht unausweichlich geworden ist. Gott will den Gehorsam des Christen eben in der Situation, in die er ihn heute hineinstellt. Für den Christen in Ostdeutschland ergibt das die Notwendigkeit, sich den Anforderungen der atheistisch geprägten Umwelt zu stellen und nach der Möglichkeit christlichen Lebens im Staat der Atheisten zu fragen. Wir müssen uns im Westen darüber klar sein, daß dem Christen dort drüben gar nichts damit geholfen ist, wenn wir ihm immer nur die Unvereinbarkeit des atheistischen Weltanschauungs- und Gesellschafts-systems mit dem christlichen Verständnis von der Welt und von der Aufgabe des Menschen in ihr über die Mauer hinweg zurufen. Daß dort alle Lebensbereiche weltanschaulich verankert und keine Inseln einer weltanschaulichen Neutralität oder Unabhängigkeit belassen werden, ist ein allen Beteiligten nur zu bekannter Tatbestand. Es bleibt ja trotz allem eben die Aufgabe der christlichen Lebensführung in der Praxis des Alltags.

Am versuchlichsten ist in dieser Situation die Formel, daß dem Christen tatsächlich nichts anderes übrigbleibe, als eben doch mitzumachen; er könne erst in seinen vier Wänden der wahre Mensch sein, der er im öffentlichen und beruflichen Leben nicht sein darf; er lebe im Dualismus der äußeren Kollaboration und der inneren Emigration. Es ist keine Frage, daß man dieser Entstellung des Menschenbildes entgegentreten muß, weil so ein wesentlicher Lebensbereich aus der Verantwortung vor Gott ausgeklammert wird. Der Christ soll nicht passiv oder resignierend „mitmachen“, sondern sich von Gott an Aufgaben stellen lassen, sein Leben als Dienst verstehen und dabei einen einzigen Maßstab anlegen, den der Liebe zu Gott und zu den Menschen. Diese Bejahung eines von Gott gestellten Lebensauftrages allein führt zur Überwindung der zermürbenden Zweigleisigkeit zwischen inneren Überzeugungen und äußerem Verhalten. (*Erwin Wilkens: Das kirchliche Wort in der politischen Wirklichkeit, „Lutherische Monatshefte“ April 1962, S. 169.*)

Um aber nun in dieser Weise in christlicher Verantwortung sein Leben unter dem staatlichen Regiment von Atheisten führen zu können, bedarf es für den Christen einer Reihe von klaren Antworten auf bedrängende Fragen. Wie ist das Verhältnis von Sozialismus und Atheismus zu beurteilen? Besteht die These zu Recht, daß der Atheismus nicht zu den wesenhaften und unabtrennbaren Bestandteilen des marxistischen Sozialismus gehört? Haben nicht Sozialismus und Atheismus auch berechtigte kritische Fragen an Kirche und Christenheit zu stellen? Kann der Christ es sich verwehren lassen, in einem atheistischen Weltanschauungsstaat östlicher Prägung auch ganz bestimmte gesellschaftliche und politische Aufgaben von seinem Glauben her wahrzunehmen? Um einen Einblick in den ganzen Umfang und in die tiefe Bewegung dieser dem Christen an die physischen, geistigen und geistlichen Grundlagen gehenden Fragen zu geben, wählen wir aus der Fülle des im Jahre 1961 angefallenen Materials einige charakteristische Dokumente aus.

Von Oberkirchenrat Gerhard Lotz, Leiter der Rechtsabteilung und stellvertretender Vorsitzender des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (Festschrift zum 70. Geburtstag von Landesbischof D. Moritz Mitzenheim, „Domine dirige Me in Verbo tuo“, S. 338 ff.).

I.

Die Kirche Jesu Christi zwischen Pfingsten und Parusie ist keine abseits und jenseits des Zeitgeschehens irgendwo existierende Vereinigung asozialer Sonderlinge, sondern steht, selbst ein geschichtliches Gebilde, mitten in der Zeit; ihre Diener und Glieder sind in die vielfältigen Bezüge des gesellschaftlichen Lebens eingegliedert.

Es ist deutlich, daß die Frage des rechten Verhältnisses der Kirche zu den säkularen Ordnungsmächten, die, anders ausgedrückt und von einer anderen Perspektive her gesehen, die Frage nach dem richtigen Verhalten des einzelnen Christen zu den seine Umwelt prägenden und gestaltenden Kräften ist, eine aktuelle Frage bleibt, solange das Evangelium gepredigt wird.

Wenn, geordnet durch überkommene Satzung und Sitte, das Gemeinschaftsleben in ruhigem Gleichmaß abläuft, ist diese Frage weithin verdeckt. Das eingespielte Ordnungsgefüge wird als das Selbstverständliche, als das Natürliche hingenommen. Die Kooperation zwischen den Kirchen und den Trägern der Staatsgewalt erfolgt nach beiderseits anerkannten Regeln. Die Kompetenzen sind abgegrenzt. Konfliktlos und ohne die Notwendigkeit persönlicher Entscheidung lebt der einzelne in beiden Bereichen als Bürger und Christ. Wenn aber in Zeiten grundlegender ökonomischer, politischer und ideologischer Veränderungen das Althergebrachte fragwürdig wird, wenn ein neues Ordnungsgefüge entsteht, kommt unausweichlich auch die Frage: Wie steht der Christ in diesen Wandlungen, und welche Position nimmt die Kirche zu der neuen Ordnung und in der neuen Ordnung ein?

Es ist wiederholt angemerkt worden und ließe sich unschwer durch eine Fülle geschichtlicher Beispiele belegen, daß sowohl die einzelnen Christen als auch die Kirchen, ihre Untergliederungen, Organe und Amtsträger nur allzuoft die Neigung zeigen, das Neue ablehnend, kritisch oder zumindest abwartend zu betrachten und die bisherige Ordnung, in der sie verläßlich eingebettet waren, zu verabsolutieren und theologisch zu überhöhen.

Eine solche Einstellung bringt die Gefahr, daß die Gemeindeglieder der Meinung sind, sie müßten um des Bekenntnisses, um des Evangeliums, um Gottes Willen den gesellschaftlichen und politischen Veränderungen Widerstand bieten. Durch solche Haltung der Christen wird in die ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, die mit dem Formenwandel der öffentlichen Ordnungen verbunden sind, ja ihn heraufführen, eine folgenreichere Verschärfung hineingetragen.

Die vorwärtsdrängenden Kräfte werden verteufelt, der Einsatz für die alten Werte, Formen und Ordnungen wird zur „heiligen Pflicht“ gemacht. Die „Kreuzzugsideologie“ steht bereit mit all ihren Konsequenzen. Im Andersdenkenden sieht man nicht mehr den Mitmenschen, den man in seinem Anderssein gelten läßt und mit dem man im Gespräch bleiben muß, sondern den Feind, den es zu bekehren oder zu vernichten gilt.

II.

Als nach dem Zusammenbruch des nazistischen Terrorregimes die positiven Kräfte im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik daran gingen, die materiellen und geistigen Trümmer des Faschismus zu beseitigen, Ruinen abzutragen und die Grundlagen einer neuen antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu legen, haben die Kirchen nur zögernd davon Kenntnis genommen, daß es nicht darum ging, recht und schlecht und so schnell, wie es die nach dem totalen Fiasko eines sinnlosen Krieges verbliebenen Mittel gestatteten, die „Vorkriegsverhältnisse“ oder die Zustände vor 1933 zu restaurieren. Ge-

wiß, im „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ hatte der neugebildete Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland erklärt, daß die Kirchen sich „mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden, sondern auch in der Solidarität der Schuld wissen“ (Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover, 1960, Seite 14).

Im „Darmstädter Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirchen zum politischen Weg unseres Volkes“ von 1947 finden sich Sätze, deren gemeißelte Eindringlichkeit gültiger Bußruf an die Kirchen ist, auch heute noch, gerade heute; denn wo in der offiziellen Kirchenpolitik sind Sätze gehört oder gar in Aktion umgesetzt worden, wie: „Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen.“ Und enthält nicht die lapidare Feststellung: „Nicht die Parole ‚Christentum und abendländische Kultur‘, sondern Umkehr zu Gott und Hinkehr zum Nächsten in der Kraft des Todes und der Auferstehung Jesu Christi ist das, was unserem Volke und inmitten unseres Volkes vor allem uns Christen selbst not tut“, ein vernichtendes Urteil über Entschlüsse und Maßnahmen eines wiedererstandenen politischen Klerikalismus, dem nichts hinzuzufügen ist.

Jedoch trotz solcher Einsichten und Worte blieb die offizielle Linie der Kirchenpolitik, auch der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, gegenüber den Bemühungen in der Deutschen Demokratischen Republik um die Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, später der sozialistischen Ordnung, mehr als reserviert. Die christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik zwar haben in entschlossener Zusammenarbeit mit den Bürgern anderer Weltanschauung das Ihre getan, unser Volk aus der Tiefe der Katastrophe von 1945 herauszuführen. In seiner vielbeachteten Rede zur Zehnjahresfeier der Deutschen Demokratischen Republik sprach dies Landesbischof D. Mitzenheim in der Werner-Seelenbinder-Halle dankbar aus: „Ich weiß, daß unter denen, die jahraus, jahrein in treuer Pflichterfüllung das Ihre getan haben, die Glieder der christlichen Gemeinden und Kirchen sind, und ich begrüße das“ (Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 230). Landesbischof D. Mitzenheim begnügte sich nicht mit der Unterstreichung dieser nicht bestreitbaren Tatsache, sondern gab eine theologisch-seelsorgerliche Auswertung: „Wenn ich diese Tatsache erwähne, so nur deshalb, um dem Irrtum zu wehren, als ob der Mensch, der von der Botschaft des Evangeliums ergriffen ist, sein Leben abseits von den großen Aufgaben der Zeit führen müßte oder gar aus Glaubensgründen für eine andere Ordnung als die, die in der Deutschen Demokratischen Republik gilt, einzutreten verpflichtet sei.“

Solche Worte aus dem Munde des Bischofs einer Landeskirche blieben im Konzert der offiziellen Stimmen der Kirche seltene Ausnahme und wurden nicht nur in der politischen Presse der Bundesrepublik hämisch glossiert, auch in den kirchenoffiziellen Kreisen war man beeilt, sich von solchem „Alleingang“ zu distanzieren, ebenso wie man Landesbischof D. Mitzenheim angriff, weil er es gewagt hatte, im April 1959 die Initiative des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in der Frage des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands als Ausdruck eines „neuen Ethos im zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Verkehr“ (Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 229) zu begrüßen. „Zu einer schweren Belastung für die innere Geschlossenheit der Kirchen und ihres Handelns“ hätten solche Verlautbarungen geführt, behauptete das offiziöse „Kirchliche Jahrbuch 1959“ (Gütersloh 1959, S. 227).

Es wäre eine reizvolle Aufgabe, das Gefälle kirchlicher Verlautbarungen aufzuzeigen, wie es sich entwickelt hat vom Stuttgarter Schuldbekenntnis 1945 bis zur Rechtfertigung des Militärseelsorgevertrages und zu den Versuchen, die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik als theologisch diskutabel und christlich zulässig darzustellen. Für dieses Gefälle dürften drei Motivgruppen festzustellen sein:

1. In den Organen der überlandeskirchlichen und über die Grenze der Deutschen De-

mokratischen Republik in die Bundesrepublik hinübergreifende Zusammenschlüsse der Kirchen wie EKD, VELKD und EKU überwiegen schon rein zahlenmäßig, bedingt durch die Größenverhältnisse der Gliedkirchen, die Stimmen aus der Bundesrepublik. Zieht man weiter die ökonomisch stärkere Position der Westkirchen in Betracht und beachtet man, daß auch die für die Deutsche Demokratische Republik zuständigen Kanzleien ihren Sitz in Westberlin haben und aus diesem Grunde nicht in der Lage sind, die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den Regierungsstellen zu vertreten, so konnte es bei der innigen Verbindung von Kirche und herrschender politischer Linie im Westen unseres Vaterlandes nicht ausbleiben, daß die Wertmaßstäbe für die Beurteilung politischer Vorgänge und Gestaltungsprozesse in der Deutschen Demokratischen Republik überwiegend aus dem Westen entliehen wurden.

2. Die führende Kraft des Arbeiter-und-Bauern-Staates „Deutsche Demokratische Republik“, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, gründet in den Erkenntnissen des historischen und dialektischen Materialismus und vertritt als Weltanschauung den Atheismus. Ohne recht in den Blick zu bekommen, daß die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik keinem Bürger den Atheismus aufnötigt und das Christsein verbietet, ohne in den Blick zu bekommen, daß die CDU, die Partei von politisch verantwortlichen Christen in der Deutschen Demokratischen Republik, nicht Oppositionspartei ist, sondern im Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien mitverantwortlich gestaltende Kraft, meinte man weithin, den der Kirche aufgetragenen Missionsbefehl mit einem pauschalen Antimarxismus verbinden zu müssen. Bemerkenswert bei dieser kirchlichen Variante der „Grundtorheit unserer Epoche“ ist, daß man im allgemeinen – von „Außen-seitern“ abgesehen – den Satz von der Zusammengehörigkeit des marxistischen Sozialismus mit dem Atheismus ungeprüft aus der marxistischen Doktrin übernahm, ohne zu untersuchen, ob etwa dieser behauptete Zusammenhang wesensnotwendig oder ein historisch bedingtes Zusammentreffen gewesen ist, gefordert und gefördert durch die Haltung, die eine der Monarchie und später der kapitalistischen Bourgeoisie verbundene und verpflichtete Kirche der jungen marxistischen Arbeiterbewegung gegenüber einnahm. Die Frage, ob die marxistische Geschichtsauffassung und Gesellschaftswissenschaft auch den Kirchen und Christen etwas zu sagen habe, ob sie, als heuristisches Prinzip genutzt, als Wegweisung zu vernünftigen Zielen dienen könne, blieb kirchlicherseits unerörtert.

3. Den Wortlaut der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in den Artikeln 41 bis 48 meinte man scholastisch und losgelöst von der Gesamttendenz der Verfassung betrachten und benutzen zu können.

III.

Die Artikel der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, die sich unter der Überschrift „Religion und Religionsgemeinschaften“ im Abschnitt über „Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt“ finden, übernehmen bis auf geringfügige Varianten, die für die vorliegende Untersuchung unwesentlich sind, die entsprechenden Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Pauschaler noch verfuhr man im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Mit Artikel 140 erklärte man die staatskirchenrechtlichen Vorschriften der Weimarer Verfassung für Bestandteile des Grundgesetzes.

Die Tatsache, daß die Verfassungen dreier in ihrer grundsätzlichen Konzeption so verschiedenartiger Staatsgebilde wie die formaldemokratische Weimarer Republik, das westlich-bürgerliche NATO-Mitglied Bundesrepublik und der zum Sozialismus strebende Arbeiter-und-Bauern-Staat Deutsche Demokratische Republik die gleichen staatskirchenrechtlichen Bestimmungen enthielten, konnte das Mißverständnis fördern, als ob die Kirchen Exklaven im Gesamtzusammenhang der Gesellschaftsordnung darstellten und als ob den Kirchen, ihren Gemeinden und Gliedern ein von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen unberührter und unberührbarer Sonderstatus sogar verfassungsrechtlich garantiert sei.

Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zu entfalten. Ausgehend von dem Grundgedanken der Trennung von Kirche und Staat und unter Betonung der Tatsache, daß „keine Staatskirche“ besteht, wird dem Bürger Glaubens- und Gewissensfreiheit, Kultusfreiheit, die ungestörte Religionsausübung, das Recht, seine religiöse Überzeugung zu verschweigen, das Recht, sich in Religionsgemeinschaften zu assoziieren und das Recht, sich von kirchlicher Bindung zu lösen, gewährleistet. Den Kirchen wird der Status als juristische Person belassen, Autonomie nach Maßgabe der für alle geltenden Gesetze für ihre eigenen Angelegenheiten eingeräumt; Eigentum und rechtlich begründete Ansprüche werden gewährleistet; ein Steuerrecht gegenüber den Kirchenmitgliedern wird anerkannt, und die Erteilung von Religionsunterricht und die Vornahme von Gottesdiensten und Seelsorgehandlungen in Krankenhäusern und Gefängnissen wird auf der Basis der Freiwilligkeit der Teilnehmer gestattet.

Alle diese Rechte sind Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik garantiert. Die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik leben und arbeiten nicht irgendwo, sondern eben in der Deutschen Demokratischen Republik. Nicht nur die Bestimmung über Religion und Religionsgemeinschaften, auch die sonstigen Gesetze und Anordnungen der Deutschen Demokratischen Republik sind ihre Gesetze. Die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik sind Ergebnisse auch ihrer Arbeit, und die Bedrohung der Deutschen Demokratischen Republik gefährdet auch ihre Existenz. Ebenso sind die Rechte und Freiheiten, die den Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik verfassungsmäßig eingeräumt sind, nicht Rechte gegen den Staat, gegen die antifaschistisch-demokratische Ordnung und die sozialistische Gesetzmäßigkeit, sondern Rechte in dem Staat, der den Sozialismus aufbaut. Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sind nicht mehr, wie früher zur Zeit des Staatskirchentums, wie heute wieder in der Bundesrepublik, Integrationsfaktoren des Staates, aber sie leben in einem Staat, der, wie von anderen Korporationen innerhalb seines Territoriums, auch von den Kirchen grundsätzlich Loyalität und Respektierung seiner Politik erwarten und fordern kann. Damit ist keiner blinden Staatsverliebtheit das Wort geredet. Das Recht zur Kritik, zur Gegenvorstellung, ist den Christen ebenso wenig verwehrt wie den Kirchen. Eins ist allerdings für solche Kritik Voraussetzung: Sie muß helfende, positive Kritik sein und darf nicht in einem grundsätzlichen Nein zur Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik bestehen und versuchen, von der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik nur die staatskirchenrechtlichen Spezialbestimmungen anzuerkennen und sie im Sinne eines Sonderrechts für Christen und Kirchen zu strapazieren.

Es ist die bleibende geschichtliche Bedeutung des Kommuniqués vom 21. Juli 1958, daß in ihm klar ausgesprochen wurde: Auch die Christen und die christlichen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sind diesem ihrem konkreten Staat verpflichtet und an ihn gewiesen. Durch diese gemeinsame Aussage von Vertretern der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und legitimierten Vertretern der evangelischen Kirchen im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik gewinnen die Bestimmungen der Verfassung Gewicht und konkreten Bezug.

IV.

Das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 ist viel gescholten und diffamiert worden. Abgelehnt und ironisch glossiert von der Presse, die der Deutschen Demokratischen Republik nicht wohl will, wurde es auch in kirchlichen Kreisen verdächtigt, als bedeute es eine „Gleichschaltung“ oder mache sich eines unzulässigen Minimalismus schuldig. Weniger erkennbar ist das Bemühen, den Inhalt des Kommuniqués zu analysieren und auch in kirchlichen Kreisen seine Bedeutung als wichtige Phase eines Entwicklungsprozesses zu sehen. Eine Erklärung für diese Tatsache mag darin zu finden sein, daß die Diskussion um die be-

rühmt-berühmte Obrigkeitsbroschüre des vormaligen Ratsvorsitzenden D. Dibelius die Beschäftigung mit dem Kommuniké überschattete. Hemmend für eine sachliche Würdigung des Kommunikés durch manche kirchlichen Kreise mag auch gewesen sein, daß auf staatlicher Seite die Folgerungen aus dem Kommuniké nur allmählich und zögernd bis in die unteren Instanzen, bis in die Räte der Kreise und Gemeinden, durchdrangen.

Es dürfte nicht unwichtig sein, einmal klarzustellen, was nicht im Kommuniké steht. Das Kommuniké bedeutet keine „Gleichschaltung“ der Kirchen in dem Sinne, daß den Kirchen ihre Eigenständigkeit genommen, die Freiheit ihrer Verkündigung in irgendeiner Weise beschnitten und ein Einfluß auf die geistlich-seelsorgerliche Arbeit der Kirchen genommen würde. Das Kommuniké statuiert auch keine „ideologische Koexistenz“ zwischen Marxismus und Christentum. Es wäre eine Verkennung der marxistischen Auffassung vom Staat und von der Staatsautorität, wenn man etwa die Ansicht verträte, der marxistische Staat wünsche eine Begründung oder auch nur eine Akklamation zu seiner Konzeption mit theologischen Argumenten.

Um die Bedeutung des Kommunikés zu verstehen, ist es notwendig, auf einige Gedanken in der Ansprache hinzuweisen, die Landesbischof D. Mitzenheim am Ministerpräsident Grotewohl bei Beginn der Verhandlungen am 2. Juni 1958 richtete. Er führte aus: „Es geht mir und uns allen, die wir als Vertreter der christlichen Bürger in der Deutschen Demokratischen Republik heute zu Ihnen sprechen, nicht darum, institutionelle Privilegien für die Kirchen zu fordern ... Wir evangelischen Christen in der Deutschen Demokratischen Republik ... wissen uns verpflichtet, der Obrigkeit untertan zu sein ... Wir betrachten es nicht als die Aufgabe der Kirchen und der einzelnen Christen, den staatsführenden Männern Vorschriften zu machen, wie sie ihr hohes Amt, für Frieden nach außen und im Inneren des Landes zu sorgen, der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen und die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur zu fördern, ausführen sollen. Auch wenn neue und ungewohnte Wege gesucht und gegangen werden, wird der Christ sich nicht verschließen und abseits stehen ... Weil der Christ im Staat den guten und ordnenden Willen Gottes sieht, weiß er sich den Gesetzen des Staates unterworfen. Lassen Sie mich betonen: Auch im sozialistischen Staat sind die Kirchen und jeder einzelne Christ zur Legalität und Loyalität verpflichtet.“ (Kundgebungen, Worte und Erklärungen der Ev. Kirche in Deutschland 1945–1959, Hannover 1960, S. 287 ff.) An diese grundsätzlichen Ausführungen, die in lutherischer Klarheit „dem Staate geben, was des Staates ist“, schließt sich dann die Bitte an, Problemkomplexe, die zu einer Belastung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche geführt haben, möchten im verantwortlichen Gespräch zwischen Staatsführung und Kirchenvertretern erörtert werden. Bezeichnend dafür, daß es in diesen Verhandlungen nicht darum ging, grundsätzliche Kritik an der politischen Konzeption der Deutschen Demokratischen Republik zu üben, sondern aus den Spannungen einer Verkrampfung herauszufinden, sind besonders die Schlußworte der Ansprache von Landesbischof D. Mitzenheim am 23. Juni 1958: „Der Wunsch nach einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik ist nicht nur das Bestreben der Kirchen und ihrer Leitungen. Hier liegt ein echtes Verlangen aller unserer Gemeindeglieder, das heißt der Christen in der Deutschen Demokratischen Republik, vor, die mit gutem und ungebrochenem Gewissen ihren Platz in der Deutschen Demokratischen Republik ausfüllen und ihre Heimat nicht verlassen wollen, die es aber aus Gewissensgründen zurückweisen müssen, ihren christlichen Glauben zu verleugnen oder aufzugeben.“ Auf der Basis solcher Erklärungen konnte das Ziel der Verhandlungen, „störende Faktoren in den Beziehungen zwischen den staatlichen Organen und den Leitungen der evangelischen Kirchen zu beseitigen“, angestrebt werden.

Das Kommuniké enthält eine Klärung des Problems „Militärseelsorgevertrag“ und je drei Erklärungen seitens der Kirche und seitens der Vertreter der Regierung. Zu einer schweren Belastung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in der Deutschen Demo-

kratischen Republik hatte im Jahre 1957 der zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Bundesrepublik abgeschlossene Militärseelsorgevertrag geführt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erblickte in ihm eine mittelbare Förderung und ideologische Unterstützung eines gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten Bündnissystems und beanstandete besonders, daß dieser Militärseelsorgevertrag durch ein Gremium ratifiziert worden war, dem auch kirchliche Vertreter aus der Deutschen Demokratischen Republik angehörten.

Im Kommuniqué erklärten die kirchlichen Vertreter, daß dieser Vertrag für die Kirchen und Geistlichen in der Deutschen Demokratischen Republik keine Gültigkeit habe. Man dürfte wohl nicht fehlschließen, wenn man in dieser Erklärung kirchlicherseits nicht nur die Stellungnahme zu diesem bestimmten Vertragswerk erblickt, sondern daß mit dieser Erklärung paradigmatisch zum Ausdruck gebracht wurde, die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik seien an politische und rechtliche Entscheidungen der Kirchen in der Bundesrepublik nicht gebunden.

Die Position der Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik ist durch folgende drei Punkte der Erklärung umrissen:

1. Die Kirche erklärt, daß auch sie mit ihren Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt.

2. Die Christen erfüllen ihre staatsbürgerlichen Pflichten auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeit.

3. Sie respektieren die Entwicklung zum Sozialismus und tragen zum friedlichen Aufbau des Volkslebens bei.

Diese drei inhaltgefüllten Erklärungen seitens der Kirche bedeuten ein Ja zu dem außenpolitischen Leitmotiv der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden zu gewinnen und zu sichern; sie bedeuten ein Ja zur Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik, und sie bedeuten schließlich die Haltung freundlicher Sachlichkeit gegenüber der Entwicklung zum Sozialismus.

Besonders das Wort vom „Respektieren der Entwicklung zum Sozialismus“ ist oft beanstandet worden. Immer wieder wurde der Gedanke laut, Christentum und Sozialismus seien unvereinbare Gegensätze, es sei unmöglich, daß kirchliche Vertreter eine derart positive Formulierung aussprechen. Es gilt, diesen Teil des Kommuniqués ganz nüchtern zu sehen, und man sollte für die zurückhaltende Sachlichkeit der Formulierung gerade dieses Punktes dankbar sein. Es geht nicht um eine theologische Untermauerung der theoretischen Grundlagen des Sozialismus, sondern um ein Ernstnehmen der gemeinsamen Erkenntnis der von der lutherischen Reformation bestimmten Kirchen, daß die Kirche keiner Staats- und Rechtsordnung verhaftet sei, sondern das Evangelium immer und in jede Ordnung hineinzusagen habe. Mit ruhiger Gelassenheit können daher die evangelischen Kirchen die Bemühungen um eine neue „*justitia civilis*“ zur Kenntnis nehmen. Nur eins erbitten sie von den Vertretern der neuen Ordnung: daß Raum und Gelegenheit gegeben wird, auch im Rahmen einer sozialistischen Ordnung die Botschaft auszurichten. Gerade das ist aber in der dreigliedrigen Antwort des Staates auf die kirchlichen Erklärungen gesagt:

Jeder Bürger genießt volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die ungestörte Religionsausübung steht unter dem Schutz der Republik. Die Klärung und Erledigung offener Einzelfragen soll in weiteren Gesprächen bei den zuständigen Staatsorganen erfolgen.

Damit war im Grundsätzlichen dem Anliegen der Kirche entsprochen. Es wäre eine Verkennung der von den Vertretern der Regierung abgegebenen Erklärung, wenn man enttäuscht feststellen zu müssen meinte, hier sei ja nur etwas ausgesagt, was schon in der Verfassung stünde. Mit Recht führte Landesbischof D. Mitzenheim im Thüringer Sonntagsblatt „Glaube und Heimat“ aus: „Die gemeinsame Erklärung ist auf dem Hintergrund der Gespräche als ein Ganzes zu sehen. Einzelne Sätze herauszugreifen und für

sich zu nehmen, führt nicht zum rechten Verständnis, man muß immer sehen, was von beiden Seiten erklärt wird“ (Jahrgang 1958, Nr. 33). Daß die erneute Bestätigung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und der Kultusfreiheit als Antwort auf die von der Kirche erklärte Respektierung der gesellschaftlichen Entwicklung ausgesprochen wird, macht ihre besondere Bedeutung aus und schafft die gemeinsame Grundlage für die Vertreter der Staatsgewalt und der Kirchen, Einzelfragen von dieser gemeinsamen Basis aus im sachlichen Gespräch zu lösen.

Solche Gespräche mit der Abzweckung, konkrete Fragen zu bearbeiten und zu lösen, haben nach dem Kommuniqué in ständig steigendem Umfang auf allen Ebenen, bei zentralen Regierungsstellen in Berlin, bei den Bezirken, bei den Räten der Kreise und in den Gemeinden stattgefunden. Die Feststellung von Landesbischof D. Mitzenheim in der bereits zitierten Auswertung des Kommuniqués im Thüringer Sonntagsblatt, die gemeinsame Erklärung sei kein Abschluß, sondern ein Ausgangspunkt, hat sich als richtig herausgestellt.

Es wäre falsch zu behaupten, daß es seit dem Kommuniqué keine Probleme mehr zwischen Staat und Kirche gäbe, es wäre aber auch unrealistisch, so etwas zu erwarten. Daß aber die Basis für das sachliche Gespräch über alle Fragen durch das Kommuniqué gefunden wurde, wird kein redlich Urteilender bestreiten.

V.

Die Entwicklung ist vom Kommuniqué aus gradlinig weitergegangen. Vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik sagte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in seiner großen Programmatischen Erklärung am 4. Oktober 1960: „Das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus sind keine Gegensätze.“ Man braucht diesen Satz nur zusammenzuhalten mit agitatorischen Ausführungen, die noch vor gar nicht allzulanger Zeit verbreitet wurden, daß jegliche Religion einschließlich des Christentums eine Quelle der Heuchelei und Lüge und zutiefst unsittlich sei, um zu erkennen, welch wichtiger Entgiftungsprozeß durch das Kommuniqué eingeleitet wurde.

Beim Gespräch am 9. Februar 1961 gab der Vorsitzende des Staatsrates am Schluß seiner Antwortrede an den ehrwürdigen Professor Fuchs der Hoffnung Ausdruck, „daß die Zusammenarbeit von Atheisten und Christen auf allen Ebenen in Zukunft noch vertrauensvoller sein möge, als sie heute schon ist“.

War mit dem Kommuniqué, so stellte es die Staatsraterklärung fest, „ein Protokoll vereinbart worden, dessen Durchführung normale Beziehungen von Kirche und Staat ermöglicht“, so ist durch diese beiden Erklärungen vom 4. Oktober 1960 und 9. Februar 1961 erheblich mehr geschehen: Das Prinzip umfassender Toleranz ist feierlich als Maxime der Kirchenpolitik des Staates erklärt worden. Das verpflichtet nicht nur die Atheisten, sondern auch die Christen und ihre Kirchen.

Gewiß, der Christ weiß, daß der große Lobgesang gliedrig ist: „Ehre sei Gott in der Höhe, Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Der Atheist kann das erste Glied dieses Satzes nicht mitsprechen, er hört die Botschaft des Evangeliums nicht mehr oder noch nicht und sieht Christentum als Morallehre und Sittengesetz. Wäre das aber wirklich ein legitimer Grund für den Christen, sich nicht mit dem atheistischen Bruder gemeinsam um den Frieden auf Erden und seine Voraussetzungen zu mühen?

DIE KIRCHE, DIE VERFASSUNG UND DAS KOMMUNIQUE

Zu einem Aufsatz von Oberkirchenrat Gerhard Lotz

Von Günther Heidtmann, Düsseldorf („Kirche in der Zeit“ 10. Heft, Oktober 1961)

Zu der Festschrift für den Thüringer Landesbischof D. Moritz Mitzenheim, die als Ganze an anderer Stelle dieser Ausgabe gewürdigt wird, hat der Leiter der Rechtsabteilung und

stellvertretende Vorsitzende des Landeskirchenrates der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen, Oberkirchenrat Gerhard Lotz, einen Aufsatz beigesteuert, der „die Bedeutung des Kommuniqués vom 21. Juli 1958“ herausstellen will. Daß Oberkirchenrat Lotz dieses wichtige Thema in der Festschrift für Bischof Mitzenheim, der in der Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der DDR gewissens- und arbeitsmäßig stark engagiert ist, aufgreift, ist durchaus angemessen. Auch die Interpretation des Inhaltes des Kommuniqués durch Lotz kann in mancher Hinsicht als nützlich angesehen werden. So dürfte zum Beispiel der Schluß zutreffen, den Lotz aus den Feststellungen des Kommuniqués zieht, die den Militärsorgevertrag betreffen, daß nämlich die Kirchen in der DDR ganz allgemein durch „politische und rechtliche Entscheidungen der Kirchen in der Bundesrepublik“, die diese für ihren Bereich vollziehen, nicht gebunden sind. Dem ist in der Tat so. Wie sollte es auch anders sein? Die geschichtliche Aufgabe der Evangelischen Kirche in Deutschland besteht seit 1949 ja gerade darin, trotz diesem Tatbestand die Kirchengemeinschaft im Sinne von Artikel 1 der Grundordnung der EKD zu realisieren. Gern nimmt man auch zur Kenntnis, daß nach der Auffassung von G. Lotz der marxistische Staat „eine Begründung oder auch nur eine Akklamation zu seiner Konzeption mit theologischen Argumenten“ nicht wünscht. Lotz rühmt in diesem Zusammenhang die „zurückhaltende Sachlichkeit“, mit der im Kommuniqué kirchlicherseits der Sache nach festgestellt werde, „daß die Kirche keiner Staats- und Rechtsordnung verhaftet sei, sondern das Evangelium immer und in jede Ordnung hinein zu sagen habe“.

Aber die Interpretation des Kommuniqués als solche bildet nur den letzten Abschnitt des Aufsatzes von G. Lotz. In den drei vorhergehenden Abschnitten beschäftigt er sich mit dem Hintergrund, auf dem die gemeinsame Verlautbarung der Vertreter des Staates und der Kirche aus dem Jahre 1958 zu sehen ist. Er deutet in diesen Abschnitten die Situation und beurteilt den Weg, den die evangelische Kirche in der DDR seit 1945 eingeschlagen hat. Und hier müssen wir entschieden unseren Widerspruch anmelden.

Zunächst meinen wir, daß Lotz die Probleme verharmlost, wenn er im ersten Abschnitt seines Artikels die Schärfe der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat darauf zurückführt, daß die Kirche am Althergebrachten festgehalten und eine mangelnde Offenheit für geschichtlich notwendige ökonomische, politische und ideologische Veränderungen an den Tag gelegt habe. Er meint, dieser negative Konservatismus und die Neigung, die bisherige Ordnung „zu verabsolutieren und theologisch zu überhöhen“, sei ein kennzeichnender Zug für die evangelische Kirche auf ihrem Weg durch die Geschichte überhaupt. Das dürfte aber so allgemein und grundsätzlich, wie G. Lotz es behauptet, keineswegs zutreffen. Die evangelische Kirche und die evangelische Theologie haben vielmehr dem jeweils Neuen in den vergangenen Jahrhunderten bis in unsere Zeit hinein in Lehre, Verkündigung und Unterricht in einem oft mehr als tragbaren Maße Raum gegeben. Die Wetter geistiger Veränderungen haben sich nirgends so stark und teilweise auch so zerstörend entladen wie gerade „im Raum“ der Kirchen, die von der Reformation herkommen. Wir übersehen nicht, daß das für die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen nicht in dem gleichen Maße gilt. Aufs Ganze gesehen aber hat das jeweils Neue, das seit der Reformation in unserer Geschichte aufgetreten ist, immer eine erhebliche Resonanz in der evangelischen Kirche und ihrer Theologie gefunden. Das gilt auch heute noch. Auch die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich im sowjetisch besetzten Gebiet und in der späteren DDR vollzogen haben, sind nirgends auf soviel Bereitschaft gestoßen, sie unvoreingenommen zu verstehen, wie in weiten Kreisen evangelischer Christen und Theologen in beiden Teilen Deutschlands. Daß sich ein solches Verstehen in scharfen und gegensätzlichen Meinungsäußerungen vollzieht, ist nur natürlich. G. Lotz müßte als Mitglied der Generalsynode der EKD um diese Bereitschaft wissen, wie auch um die ganz offiziellen Bemühungen, die EKU und VELKD unternommen haben, um den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR theologisch und lebensmäßig gerecht zu werden. Niemand auf der ganzen Welt außerhalb der Reihen der Kommunisten selbst hat die gesell-

schaftliche Ideologie und Praxis in der DDR so ernst genommen und als Problem empfunden wie die evangelische Kirche.

Vor allem aber – und darin liegt die Verharmlosung, deren sich G. Lotz schuldig macht – geht es nicht an, von den gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Phänomenen in der DDR so zu sprechen, als handle es sich in ihnen für die Kirche nur um „Veränderungen“ und „vorwärtsdrängende Kräfte“, wie sie auch sonst in der Geschichte in Erscheinung treten. Hier handelt es sich für die Kirche noch um anderes und um mehr, nämlich um eine radikale Infragestellung der evangelischen Botschaft in ihrer Substanz, ihren Voraussetzungen und in ihren Folgen durch ein gesellschaftspolitisches und ideologisches Programm. Diese Infragestellung ist auch da gegeben, wo der immanente Atheismus dieses Programms nicht ausdrücklich aktiv wird. Die evangelische Kirche wäre ein erbärmlicher religiöser Verein, wenn sie nicht diese Infragestellung als Herausforderung annehmen und auf sie antworten würde – nicht in ideologischer Reaktion, sondern in der Freiheit und im Wagnis des evangelischen Zeugnisses. Wo man diese geistige Konfliktslage, die allen Schwierigkeiten im Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR im einzelnen zugrunde liegt, absichtlich oder unwissentlich verschleiert, dient man weder der Kirche des Evangeliums noch den „vorwärtsdrängenden Kräften“. Diese Konfliktslage, wenn sie von beiden Seiten klar angenommen, ausgehalten und durchgestanden wird, könnte nämlich das eigentlich Fruchtbare und Zukunftsträchtige in der Begegnung der neuen geschichtlichen Kräfte mit der Kirche des Evangeliums und umgekehrt sein. Was nützt es, „Raum für die Verkündigung des ewigen Gotteswortes freizuhalten“, wenn man dabei nicht auch die Freiheit zur Aufnahme einer epochalen Herausforderung mit im Auge hat? Man akzeptiert der Sache nach im voraus eine marxistische Deutung der Kirche, wenn man ihr die geistige und lebensmäßige Auseinandersetzung mit den „vorwärtsdrängenden Kräften“ durch Verharmlosung der Situation und Verschleierung der diesen Kräften innewohnenden Motive und Ziele meint ersparen zu können oder zu müssen. – Im übrigen liest sich die Situationsschilderung bei G. Lotz wie ein Märchen aus den schönen alten Zeiten des gemeinsamen Aufbruchs der antifaschistisch-demokratischen Kräfte unmittelbar nach der Niederlage des Dritten Reiches.

In einem zweiten Abschnitt seines Aufsatzes geht G. Lotz dann auf das Verhalten der Kirche in den seit 1945 hinter uns liegenden Jahren ein. In diesem Abschnitt sind die Dinge noch stärker verzeichnet. Lotz will „das Gefälle“ der kirchlichen Verlautbarungen und eines diesen Verlautbarungen entsprechenden Verhaltens der Kirchen seit 1945 erklären und führt als Motiv dieses Gefälles zunächst das zahlenmäßige und ökonomische Übergewicht der westlichen Gliedkirchen in EKD, EKU und VELKD an. Daß ein ökonomisches Übergewicht der westlichen Kirchen tatsächlich gegeben ist, kann ja wohl diesen Kirchen nicht zum Vorwurf gemacht werden, ein zahlenmäßiges Übergewicht trifft aber für die EKU nicht zu. Nach dem Stand von 1954 hatten die westlichen Gliedkirchen der EKU zusammen rund 7 Millionen Seelen, die östlichen rund 7,5 Millionen, wobei in dieser Rechnung die Westberliner Gemeinden den westlichen Gliedkirchen zugeschlagen sind. Völlig unbegreiflich ist aber die dann folgende Behauptung des Leiters der Rechtsabteilung der Thüringer Kirche, „daß auch die für die Deutsche Demokratische Republik zuständigen Kanzleien ihren Sitz in Westberlin haben und aus diesem Grunde nicht in der Lage sind, die Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den Regierungsstellen zu vertreten“. Die EKD ebenso wie die EKU und VELKD haben vielmehr, sobald sich das als notwendig herausstellte, in Ostberlin Kanzleien eingerichtet, die gegenüber den Regierungsstellen der DDR voll handlungsfähig waren. Es sind vielmehr die Regierungsstellen der DDR gewesen, die einen offiziellen und regulären Verkehr mit diesen Kanzleien abgelehnt haben. Eine derartige Verdrehung der Tatsachen löst nicht geringe Verwunderung aus. Diese wird noch verstärkt, wenn man dann zur Kenntnis nimmt, was Lotz an Folgerungen aus den von ihm behaupteten Voraussetzungen ableitet, nämlich „daß die Wertmaßstäbe für die Beurteilung politischer Vorgänge und Gestaltungs-

prozesse in der Deutschen Demokratischen Republik überwiegend aus dem Westen entliehen wurden“. Es wird den Lesern von „Kirche in der Zeit“ aus manchen Beiträgen, zum Beispiel von Günter Jacob, Johannes Jänicke, Albrecht Schönherr, Johannes Hamel und aus Synodenberichten, deutlich vor Augen stehen, wie sehr sich viele namhafte Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR um eine Beurteilung der „Vorgänge und Gestaltungsprozesse“ in der DDR bemüht haben, deren Maßstäbe aus dem Evangelium und gerade nicht „aus dem Westen“ gewonnen sind – sehr zum Befremden mancher christlicher Kreise in der Bundesrepublik, wie man weiß. Es soll nicht bestritten werden, daß eine unkritische Identifizierung von christlichen und westlichen Maßstäben eine Gefahr ist, der man auch in der Kirche aus vielen Gründen erliegen kann und in den vergangenen Jahren gelegentlich auch erlegen ist. Das kann man freimütig zugeben. Aber es ist etwas anderes, eine solche Gleichsetzung als das charakteristische und „überwiegende“ Verhalten der Kirche zu bezeichnen. Das kann man nur in unguter Absicht tun, es sei denn, man befinde sich selbst als Oberkirchenrat in einer solchen Isolierung innerhalb der evangelischen Kirche im Raum der DDR, daß man von den dortigen theologisch-kirchlichen Bemühungen und Auseinandersetzungen um die Probleme der Verkündigung des Evangeliums und der christlichen Existenz in einer marxistischen Umwelt nichts wahrgenommen hat.

In einem dritten Abschnitt wendet sich G. Lotz gegen eine „scholastische“ Betrachtung der Artikel 41 bis 48 der Verfassung der DDR, „losgelöst von der Gesamttenenz der Verfassung“. Eine solche „scholastische“ Betrachtung wirft Lotz den Kirchenleitungen vor, denen er andererseits unterstellt, sie hätten überhaupt „nicht in den Blick bekommen, daß die Verfassung keinem Bürger den Atheismus aufnötigt und das Christsein verbietet“. Dabei hat sich die Kirche in ihren Eingaben, Vorstellungen und Gesprächen gerade in dieser Sache unentwegt auf die Verfassung berufen! Aber vermutlich fällt eine solche Berufung auf die Verfassung eben unter das, was Lotz ihr „scholastisches“ Mißverständnis nennt. Lotz versucht nämlich klarzumachen, daß die Bestimmungen in den Artikeln 41 bis 48 in der Verfassung der DDR zwar bis auf geringfügige Varianten mit den entsprechenden Artikeln in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz der Bundesrepublik übereinstimmen, daß sie aber von der Gesamttenenz her in der Verfassung der DDR eine ganz andere Bedeutung haben als in der Weimarer Verfassung und im bundesrepublikanischen Grundgesetz. Diese ihre Bedeutung wird von G. Lotz mehr nur angedeutet als fest umrissen, so zum Beispiel wenn er schreibt: „Die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik sind nicht mehr, wie früher zur Zeit des Staatskirchentums, Integrationsfaktoren des Staates, aber sie leben in einem Staat, der, wie von anderen Korporationen innerhalb seines Territoriums, auch von den Kirchen grundsätzlich Loyalität und Respektierung seiner Politik erwarten und fordern kann.“ Die Richtung dieses Satzes ist erkennbar: der in der Verfassung vorgesehene Status der Kirchen, der ihrem besonderen Charakter Rechnung trägt, soll auf den Status „anderer Korporationen“ mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, eingebeutet werden. G. Lotz macht sich zum Anwalt eines Verständnisses der Verfassung, bei dem die einzelnen Artikel von der politischen Wirklichkeit her, wie sie sich in immer neuen politischen Aktionen fortschreitend ergibt, bestimmt, begrenzt und ausgelegt werden. Der Wortlaut der Verfassung muß nach Lotz gewissermaßen „dynamisch“ verstanden werden. Der Rechtsschutz, den die Verfassung geben soll, wird damit aber zweifelhaft. Auch wenn man gerne einräumt, daß die Kirchen, ihre Gemeinden und Glieder von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen nicht unberührt bleiben können (und sollen) und daß das auch Auswirkungen für ihre Stellung innerhalb des Staates hat, so muß der Rechtscharakter der Verfassung doch auch gegenüber einer sich wandelnden „politischen Wirklichkeit“ festgehalten werden. Ein Festhalten an diesem Rechtscharakter der Verfassung kann nicht als eine „scholastische“ Betrachtungsweise abgewertet werden, wie G. Lotz es tut.

So wie mit dem „Wortlaut“ der Verfassung geht Lotz dann aber letzten Endes auch

mit dem „Wortlaut“ des Kommuniqués um. Er deutet ihn im Sinne einer „Gesamt-tendenz“, von der man vielleicht annehmen kann, daß er selber sie bejaht, die aber den Unterzeichnern des Kommuniqués von kirchlicher Seite im Jahre 1958 nicht nachträglich untergeschoben werden darf. Wenn es im Kommuniqué von 1958 zum Beispiel heißt, „daß die Kirche mit den ihr gegebenen Mitteln dem Frieden zwischen den Völkern dient und daher auch grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik übereinstimmt“, so beinhaltet diese Feststellung keineswegs „ein Ja zu den außenpolitischen Leitmotiven der Deutschen Demokratischen Republik, den Frieden zu gewinnen und zu sichern“, wie Lotz schreibt. Aus dem außenpolitischen Motiv der Sicherung des Friedens leitet die Regierung der DDR zum Beispiel ihre Zustimmung zu der Wiederaufnahme der Atomwaffenversuche durch die UdSSR ab. Es kann aber schlechterdings nicht erwartet werden, daß die Kirche dazu ihr Ja sagt.

CHRISTLICHES LEBEN IM STAAT DER ATHEISTEN

Über die Grundeinstellung der Christen zur Obrigkeit und ihr praktisches Verhalten im Konflikt mit dem Zonenregime

Von Oberkirchenrat Erwin Wilkens, Hannover (Rundfunkvortrag am 9. September 1961)

I.

Auf diese Frage begegnen uns für gewöhnlich zwei einander stark widersprechende Antworten, die auch in der evangelischen Kirche mit großer Leidenschaft vertreten werden. Beide Male werden richtige Teilerkenntnisse geltend gemacht. Aber wir werden nachher sehen, daß wir keiner dieser Antworten im ganzen zu folgen vermögen, sondern daß es einen dritten Weg geben muß. Die erste Antwort geht davon aus, daß der Staat Walter Ulbrichts die politische und wirtschaftliche Ordnung mit einer Art negativer Staatsreligion verbindet. Der Kommunismus kann seinem Wesen nach gar nicht anders, als seine Wege und Ziele in den Dienst atheistischer Weltanschauung zu stellen und noch dazu die große Weltrevolution zu betreiben. Der Staat des Ostens ist in dem modernen Sinne totalitär, daß er nicht nur alle äußeren Lebensgebiete staatlich plant und sozialistisch ordnet, sondern neben allen privaten Dingen auch das Gewissen des Menschen beschlagnahmt. Es handelt sich also um einen Weltanschauungsstaat, der den Atheismus zur Staatssache macht und mit Gewalt als Bekenntnis seiner Bürger durchzusetzen versucht. Hier gibt es überhaupt keine Möglichkeit mehr, daß ein Christ den Alltag seines Lebens in christlichem Glaubensgehorsam führt. Diese radikale Deutung kommt zu dem Ergebnis, daß der atheistische Staat den Christen mit innerer und äußerer Vernichtung bedroht. Es gibt nur die Wahl zwischen revolutionärem Aufbegehren oder geistlichem Untergang.

Es ist gut, wenn wir uns von dieser ersten Antwort auf die Frage nach der christlichen Lebensmöglichkeit im Staat der Atheisten davor warnen lassen, uns irgendeiner frommen Täuschung hinzugeben. So wie dieser Staat sich selbst versteht, ist sein System lückenlos. Der Mensch und seine Ordnung, Recht und Erziehung, Eigentum und Arbeit, Sprache und Kultur: alles dient nur dazu, das Ziel einer neuen sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen; und Sozialismus ohne Atheismus ist hier undenkbar. Niemand und nichts kann den Armen dieses Polypen entgehen.

Aber hören wir nun die zweite Antwort auf die Frage, wie der Christ eine östliche Gesellschaftsordnung beurteilen soll. Hier läßt man sich tragen von dem ganzen Schwung der sozialistischen Revolution von 1917, die als grundlegendes Ereignis für die künftige Geschichte der ganzen Menschheit angesehen wird. Diese bis heute andauernde Revolution, so urteilt man, bemühe sich, die politische Demokratie durch wirtschaftliche und soziale Befreiung des Menschen zu ergänzen. Menschliche Freiheit und Würde sollen in einer neuen klassenlosen Gesellschaft vollendet werden. Der westlichen Welt sei von An-

fang an bis heute nichts besseres eingefallen, als dieser Bewegung mit antikomunistischer Hysterie zu begegnen. Dem Christen aber sei es vom Evangelium her verwehrt, sich in eine Frontstellung gegen andere hineindrängen zu lassen. Weil Jesus Christus für alle Menschen gestorben ist, darum haben die Christen die ihnen von Gott gebotene Solidarität mit den Gottlosen gegen jede Form von Antikomunismus zur Geltung zu bringen.

Aus allem zieht man dabei die Folgerung, daß auch die Zukunft von Kirche und Christentum davon abhängt, ob wir uns von den revolutionären Zielen des Ostens zur Buße rufen lassen. Wir dürfen uns als Christen nicht in den Verdacht bringen, daß wir mehr für überholte bürgerliche Lebensformen als für den Fortschritt eintreten. Ganz falsch ist es, so sagt man uns, überhaupt von einem atheistischen Staat zu sprechen. Auch hier ist Herrschaftsgebiet Jesu Christi. Deshalb muß man bei der Beurteilung eines solchen Staatswesens die atheistischen Ziele seiner Machthaber ganz ausklammern. Dem Unglauben soll man mit einem frohen Glauben und mit einer unerschütterlichen Bereitschaft zum Dienst der Liebe begegnen.

Man kann, meine Hörerinnen und Hörer, gar nicht übersehen, daß auch diese andere Sicht der Dinge uns wichtige Erkenntnisse vermittelt. Christliches Verhalten läßt sich nicht ohne weiteres in politische Frontbildungen einordnen. Darum müssen wir zu einer aufrichtigen menschlichen Begegnung mit den Atheisten bereit sein. Wir dürfen auch nicht übersehen, daß in den politischen Zielen des Ostens noch eine echte Leidenschaft für eine gerechte Weltordnung nachklingt. Ein phantasieloser Antikomunismus ist uns ebenso verwehrt wie ein unbußfertiges Festhalten an veralteten Überlieferungen. Wo in Kirche und Gesellschaft alte Formen zusammenbrechen, müssen wir genau hinhören, ob uns nicht Gott dadurch eine Lektion erteilt.

II.

Ich habe Ihnen schon angekündigt, meine Hörerinnen und Hörer, daß diese beiden wichtigen Versuche, den Christen für sein tägliches Leben in einer atheistischen Umwelt auszurüsten, uns nicht genügen können. Wir werden das sehen, wenn wir beide Antworten jetzt noch einmal nacheinander kritisch durchleuchten.

Die erste Antwort wirkt auf viele deshalb so überzeugend, weil sie mit großer Klarheit herausstellt, daß atheistische Gesellschaftsordnung und christliche Glaubenshaltung miteinander völlig unvereinbar sind. Aber bei näherem Zusehen gewinnt man doch den Eindruck, daß hier aus der Frage nach sehr vielseitigen Lebensverhältnissen eine Rechenaufgabe entsteht, die ohne jeden Rest aufgehen soll. Die Geschichte verfährt aber nicht nach einigen klaren und feststehenden Regeln. Nicht einmal der Bolschewismus ist in der Lage, in allen Dingen so folgerichtig zu handeln, wie es seinem Wesen nach entspräche. Wie oft haben schon unvorhergesehene Ereignisse der Geschichte, politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten die Machthaber des Ostens genötigt, von ihrer eigenen Linie abzuweichen. Es gibt Fugen und Risse im System, ein Leben im Windschatten des weltanschaulichen Mechanismus der Funktionäre; es bleiben auch Möglichkeiten einer Lebensführung aus dienender Liebe, Ermutigungen zu einer Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Diese Lücken und Ungereimtheiten im östlichen Herrschaftssystem beruhen weder auf bloßem Unvermögen noch auf blinden Zufällen. Sie sind vielmehr zeichenhafte Hinweise auf den wahren Herrn der Welt, der nicht nach den Gesetzen menschlicher Logik verfährt. Im christlichen Verständnis der Welt können wir nur davon ausgehen, daß Gott diese Welt heute ebenso regiert, wie er sie gestern regiert hat und morgen regieren wird. Gott ist der Herr der Geschichte, darum können wir nicht einen Teil der Welt abschreiben und zum Niemandsland erklären, das von Christen nicht betreten werden darf. Menschen mögen sich und ihre Ordnung für gottlos halten. Aber für unseren Glauben gibt es keine Räume, die Gott selbst losgelassen hat. Wir müssen also auch die Welt des Kommunismus zu diesem unseren Glauben in Beziehung setzen. Eine radikale und totale Entscheidung ist zwar immer eindrucksvoll. Aber es wäre falsch, wollte der Christ voll und ganz und

von vornherein eine eigene Mitarbeit am Zusammenleben in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung verweigern.

Mit diesem Glauben an den Herrn der Geschichte hängt nun die Frage nach der Obrigkeit auf das engste zusammen. Darüber hat es in den letzten Jahren in der evangelischen Kirche eine sehr eingehende Auseinandersetzung gegeben. Praktisch ging es dabei um die Frage, ob der alte Satz noch gilt, daß die Regierung eines Staates in jedem Falle als eine von Gott gesetzte Obrigkeit anzuerkennen ist? Ist also der Christ jeder Obrigkeit um Gottes und um des Gewissens willen Gehorsam schuldig? Es beruht auf bitterer Erfahrung in den Staatswesen Adolf Hitlers und Walter Ulbrichts, wenn gegen diese Sätze Sturm gelaufen wird. Wie kann man eine Staatsordnung, so lautet die kritische Anfrage, in christlichem Sinne Obrigkeit nennen, die das Recht verachtet und selbst bestimmt, was gut und böse ist? Wie kann man Menschen zum Gehorsam gegen eine Regierung rufen, die zum Peiniger ihres Landes geworden ist und die Menschenwürde mit Füßen tritt? Sollte die kirchliche Verkündigung sich nicht vielmehr um die Grenzlinie bemühen, von der an ein Staatswesen den Namen einer Obrigkeit im Sinne göttlicher Beauftragung verwirkt hat? Und haben dann nicht die Christen das Recht zum Aufstand, anstatt zu gehorchen um des Gewissens willen?

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß eine Staatsordnung vollends verderben, zum Instrument des Bösen entarten und satanischer Besessenheit verfallen kann. Hier am Ende jeder Ordnung gibt es auch für den Christen das Wagnis, die Ordnung des Gehorsams aufzuheben, dafür die verhängten Leiden hinzunehmen und darin das Gericht Gottes zu erkennen. Er wird auch auf Gottes Stunde zu achten haben, mit zu einer neuen guten Ordnung zu verhelfen. Aber für diese äußerste Grenzsituation, für diese Umkehrung der Ordnung Gottes, für diesen Fall der Katastrophe gibt es kein Lehrbuch, keine Richtlinien und keine festen Weisungen. Hier kann nur noch im Geschehen selbst von jedem einzelnen geurteilt und vor Gott eine Entscheidung gewagt werden.

Wo es sich dagegen um die öffentliche Verkündigung, um die allgemeine Gewissensberatung und um die Weisung an alle handelt, da können wir nicht über den Satz hinausgehen, daß irdische Staatsordnung in jedem Falle ein Stück des fortschreitenden Weltregimentes Gottes ist. Wir haben uns in der evangelischen Kirche weitgehend in der Erkenntnis geeinigt, daß eine allgemeine Entbindung des Christen von der Gehorsamspflicht nicht möglich ist, weil sich jede staatliche Macht bestimmte Merkmale der von Gott gewollten Ordnung erhält. Gottes Ordnung ist auch da wirksam, wo sich die Machthaber eines Staates dessen nicht bewußt sind und die ihnen überlassene Gewalt mißbrauchen.

Ich weiß, meine Hörerinnen und Hörer, daß mir viele von Ihnen bei diesen Sätzen im Gedanken an die staatliche Gewalt im Osten Deutschlands gar nicht oder nur zögernd zustimmen. Aber wir müssen an dieser entscheidenden Stelle mit unseren Gedanken sehr sorgfältig umgehen. Es geht gar nicht um ein moralisches oder geschichtliches Urteil. Den Regierenden wird kein Recht zugesprochen, auf das sie den Christen gegenüber pochen können, wenn wir ihnen die Bezeichnung Obrigkeit zuerkennen. Es geht auch nicht darum, den Christen politisch mundtot zu machen. Daß Gott im Handeln der Obrigkeit mit im Spiel ist, kann man nur als ein Urteil des Glaubens aussprechen. Der Glaube aber darf nicht vom Augenschein und von der menschlichen Erfahrung abhängig gemacht werden. Nach unserer Erkenntnis regieren in der Welt oft Gewalttäter und Räuber. Aber die Welt, so sagt Martin Luther, ist Gottes Turnier und Reiterei. Auch Nero mit allen Tyrannen vor und nach ihm ist nur ein Werkzeug in der Hand Gottes. Wenn wir das in dieser Welt nicht mehr glauben können, dann verlieren wir jede Gewißheit und frohe Zuversicht. Daß der Gehorsam gegen Nero zur christlichen Lebenswirklichkeit gehört, macht uns die Welt unheimlich und Gottes Handeln undurchschaubar. Aber Gott ist eben nur an einer einzigen Stelle für uns ganz offenbar geworden: in seinem Sohn Jesus Christus. Die Rätsel der Geschichte können wir nur im Glauben an ihn, an seine Auferstehung und an seine Wiederkunft ertragen. Alles liegt für uns daran, daß wir diesen Kern unserer

ganzen Auseinandersetzung mit der Welt recht erfassen. Das ist letzte Geborgenheit inmitten der Dramatik des dunklen Weltgeschehens. Das ist die bleibende frohe Botschaft, die allein noch die bedrängten Gewissen unserer Brüder und Schwestern im Osten Deutschlands zu trösten und vor Verbitterung zu bewahren vermag.

III.

Was wir bisher über das Verhältnis des Christen zur Obrigkeit sagten, muß nun aber noch in einer bestimmten Richtung ergänzt werden. Das geschieht am besten so, daß wir, wie angekündigt, jene zweite Antwort auf unser ganzes Thema vom christlichen Leben im atheistischen Staat noch einmal aufnehmen. Solidarität mit den Gottlosen, kein bloßer Antikommunismus, keine Frontstellung gegen die Atheisten: das sind gewiß echte christliche Töne. Aber man kann aus ihnen ganz falsche Folgerungen ziehen, die den Dienst des Christen an seinen Mitmenschen und an der Ordnung der Welt erheblich verkürzen. Die eigentlichen Konflikte im Staat der Atheisten ergeben sich für den Christen gar nicht im persönlichen Verhältnis von Mensch zu Mensch. Sie entstehen vielmehr dadurch, daß die Atheisten mit staatlicher Gewalt Mißbrauch treiben. Ein Lebensgebiet nach dem anderen wird durch gesetzliche Neuordnung und tatsächliche Umwandlung in atheistischer Weltanschauung verankert. Es kommt hinzu, daß der atheistische Sozialismus zu echter Selbstkritik nicht fähig ist. Er nimmt infolgedessen nicht mehr wahr, daß die von ihm erstrebte Gesellschaftsordnung als solche bereits den Menschen vergewaltigt. Die Utopie einer irdischen Heilslehre will die Menschheit beglücken und löscht darüber aus, was den Menschen zum Menschen macht. Was heißt in dieser Situation noch Solidarität mit den Gottlosen? Was bedeutet da die Warnung vor einer Frontstellung gegen die Atheisten anderes als eine Verzerrung der tatsächlichen Lage? Hier muß es einen Mund der Stummen geben. Solidarität ist geboten, aber doch gerade die Solidarität mit den geknechteten Menschen, die dem christlichen Auftrag näher steht als die Solidarität mit den großen und kleinen Tyrannen.

Lassen Sie mich das, meine Hörerinnen und Hörer, an einem einzigen Beispiel erläutern. Der SED-Staat hat kürzlich das Arbeitsrecht neu geregelt. Damit wurden aber nun nicht etwa nur die äußeren Arbeitsverhältnisse, Rechte und Pflichten der Beteiligten, die Verfahrensweise bei Arbeitsstreitigkeiten und Fragen eines Vereinigungsrechtes der Arbeiter geordnet. Das Gesetz ist vielmehr zugleich ein Stück Erziehung zum neuen sozialistischen Menschen. Es legt einen menschenunwürdigen Arbeitsenthusiasmus zugrunde und bindet den Arbeiter an die Gebote der sozialistischen Moral, die in entscheidenden Punkten der christlichen Ethik widersprechen. Die evangelischen Bischöfe haben dieses Gesetz als eine schwere Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit bezeichnet und dem Staat das Recht abgesprochen, mit seinen Gesetzen in den Bereich des Gewissens einzugreifen. Ihr Einspruch blieb ohne Antwort. Das Ergebnis ist die Verwandlung des Menschen in bloße Arbeitskraft. „Abgötter haben es immer an sich, daß ihnen Menschen geopfert werden. Aber der wahre Gott, der Vater Jesu Christi, will das nicht“ – dieses inhaltsschwere Wort hat ein ostdeutscher Bischof im vorigen Jahre im Zusammenhang mit der Sozialisierung der Landwirtschaft gesprochen. Die eigene Weltanschauung wird zum Abgott, wenn man Gott entthront hat.

Der Christ muß staatlichen Anordnungen widersprechen, die ihm ein atheistisches Bekenntnis durch Wort oder Tat abnötigen und ihm die Möglichkeit zum christlichen Gehorsam verwehren. Gott will, daß die Menschen in einer guten Ordnung miteinander leben, die jedem einzelnen die freie Glaubens- und Gewissensentscheidung ermöglicht. Das ist der Ausgangspunkt für christliches Nachdenken über die Dinge in Staat, Politik und Gesellschaft. Deshalb kann sich der Christ ein politisches, moralisches, vernünftiges und geschichtliches Urteil über Entscheidungen seines Staates nicht verwehren lassen. Darüber hinaus gibt es für das Zusammenleben in Staat und Gesellschaft wichtige Weisungen aus dem Worte Gottes, die nicht verschwiegen werden dürfen. Wir können deshalb auch

weder eine geschichtliche Notwendigkeit noch eine christliche Verpflichtung anerkennen, die Mitarbeit an der Gesellschaftsordnung des Ostens so zu verstehen, daß sich der Christ allem widerspruchsfrei zu fügen hat. In das Verhältnis des Christen zur Obrigkeit ist die Möglichkeit des Ungehorsams im Einzelfall immer mit eingeschlossen. Gehorsam und Ungehorsam um des Gewissens willen, Mitarbeit und Leiden sind die Grenzen, zwischen denen sich das Leben des Christen bewegt.

IV.

Lassen Sie mich, meine Hörerinnen und Hörer, unsere Erwägungen nun kurz zusammenfassen: Wir haben uns mit zwei weit auseinanderliegenden Versuchen befaßt, die schwere Frage nach dem Verhalten des Christen in einem atheistischen Weltanschauungsstaat zu beantworten. Die radikale Lösung bedeutet nichts anderes, als die christliche Lebensmöglichkeit in einem solchen Staate zu verneinen. Doch wie töricht wäre es, wollten wir unsere Brüder und Schwestern im Osten Deutschlands auffordern, einfach nicht mehr mitzumachen. Die weiche Antwort entspricht ebensowenig der tatsächlichen Lage, weil es wie blutiger Hohn wirken muß, wollte man den auf den Gewissen lastenden Druck hinwegklären und die schweren menschlichen Nöte dort drüben verharmlosen. Für den dritten Weg haben wir nur Material, einzelne Erkenntnisse und Hinweise zusammengetragen. Wir haben Leuchtfeuer angezündet, die auf der schweren und dunklen Fahrt eine erste und vorläufige Orientierung gestatten. Dieses wenige aber entspricht genau der tatsächlichen Lage. Es gibt keine klare christliche Bahn, das Gelände des atheistischen Staates sicher und ohne Gewissensverletzungen zu überqueren. Es gibt Entscheidungen von Fall zu Fall, ein Warten auf die Aushilfen Gottes von Tag zu Tag. Es gibt dazu aber auch einige feste Punkte, einige Stationen, die das Gewissen durchlaufen und erwägen muß, bevor es sich entscheidet. Ich nenne einige dieser Stationen.

1. Über allem muß stehen, daß der Christ fest entschlossen ist, offensichtliche Verleugnung seiner Zugehörigkeit zu Christus von sich zu weisen. Ob es um den Kirchenaustritt geht oder um die Teilnahme an einer atheistischen Lebensweihe, um den Gottesdienstbesuch oder um das offene Bekenntnis: Jeder setze sich eine Grenze, die er nicht zu verletzen gedenkt.

2. Ein anderes: Den Atheisten muß das Recht auf eine Monopolherrschaft im Staate bestritten werden. Auch wenn es den Christen verwehrt wird, daß sie nach eigenem Gewissen an der Gesellschaftsordnung mitarbeiten, dürfen sie doch nie darauf verzichten, ihre mahnende Stimme zugunsten leidender Menschen zu erheben.

3. Weiter: Der Christ kann mit dem Evangelium in ganz verschiedenartigen Gesellschaftsformen leben. Er kann auch revolutionäre Umwälzungen als Stätte für ein neues Wirken hinnehmen. Hier liegen vielleicht Möglichkeiten für ein Gespräch mit den Sozialisten. Darum soll sich der Christ von alten politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen frei machen und sich für eine allgemeine Mitarbeit im Beruf um der Liebe willen zur Verfügung halten.

4. Das nächste: Der Alltag des Lebens im Staat der Atheisten bringt ungezählte Situationen, in denen Unsicherheit besteht, wo die Mitarbeit aufhören und das entschiedene Nein beginnen soll. Oft ist die Berührung mit der atheistischen Wirklichkeit auch ganz unvermeidlich. Man denke nur an die Schule. Für diese Lage gibt es eine Grundregel: handle so, wie es nach deiner Erkenntnis der Liebe zu Gott und der Liebe zum Nächsten entspricht, und vertraue auf die vergebende Barmherzigkeit Gottes.

5. Und schließlich: Der Christ kann die Tatsache, daß er in einem atheistischen Weltanschauungsstaat leben und arbeiten muß, nur hinnehmen und erleiden, aber nicht durch eigene politische Aktivität anerkennen und fördern. Er muß bereit sein, auf bestimmte Berufe zu verzichten.

Wir haben mit dem allen einen Einblick in das nach allen Seiten hin ungesicherte Leben unserer christlichen Brüder und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhangs nehmen müssen.

Sie sind gequält von der Frage, ob sie gestern tapfer genug bekannt haben, was heute im Gehorsam zu tun ist und ob nicht überhaupt morgen die große Lebenskatastrophe kommt: die äußere Katastrophe durch ein mutiges Bekenntnis oder die innere Katastrophe durch ein feiges Verleugnen. Diese ganze Unsicherheit des Lebens ist aber auch eine Gelegenheit dazu, daß das Evangelium von Jesus Christus neu erstrahlt und seine ganze Kraft entfaltet. Unsere christlichen Brüder und Schwestern dort drüben leben am Rande äußerer und auch innerer Lebensmöglichkeit. Hier gilt nichts als das reine Evangelium: „Siehe, ich bin bei Euch alle Tage, bis an der Welt Ende.“ Wenn das hier nicht gilt, dann gilt es nirgends; wenn das hier nicht verkündigt wird, dann darf es nirgends verkündigt werden.

Aus dem Jahresbericht 1961 von Landesbischof D. Dr. Niklot Beste am 12. März 1962 vor der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs in Ludwigslust:

...
Die Vollversammlung in Neu-Delhi fand in einer nichtchristlichen Umwelt statt. Viele ihrer Teilnehmer leben unter Nichtchristen. Was bedeutet das alles für uns? Unsere mecklenburgische Kirche ist, wie auch die anderen evangelischen Landeskirchen in Deutschland, lange eine verhältnismäßig wenig gestörte Volkskirche gewesen. Jetzt scheint es anders zu werden. Ja, es ist in den letzten Jahrzehnten anders geworden. Wir sehen, daß die Zahl der Gemeindeglieder zurückgegangen ist und daß viele gleichgültig oder furchtsam den Gottesdienst meiden. Der materialistische Atheismus greift um sich. Er hat an uns eine Funktion zu erfüllen. Wenn die Christenheit bekennt, daß Gott der Herr der Geschichte der Zeiten und Völker ist, dann hat auch der materialistische Atheismus eine Stelle in Gottes Gerichts- und Heilsplan mit der Menschheit. Gott läßt ihn zu und setzt ihn auch bei uns für seine Ziele ein. Wir Christen sollten darüber nachdenken, was der materialistische Atheismus für uns bedeutet. Ist er Gericht und Heimsuchung, ist er Anfechtung und Versuchung? Führt er uns dazu, tiefer zu graben, uns auf die Grundlage unseres Glaubens zu besinnen und unsere Hoffnung ganz auf die Gnade zu setzen? Wir sind zur Antwort gefordert. Die Grenze zwischen Atheismus und christlichem Glauben verläuft nicht zwischen zwei Menschengruppen, also auch nicht in der Teilungsgrenze unseres Vaterlandes, sondern durch das Herz eines jeden einzelnen Menschen, auch des Christen. Es gibt keine vom Atheismus völlig unangefochtene Burg. Wir können uns nicht auf eine gesicherte Insel oder in die Mauern unserer Kirchen geborgen zurückziehen. Wir werden gefragt, worauf wir unser letztes Vertrauen im Leben und Sterben setzen, ob auf menschliche Sicherung oder auf das Wort und die Verheißung Gottes. Woran der Mensch sein Herz hängt, wie Luther sagt, ob an den lebendigen Gott oder an innerweltliche Mächte und Werte, das ist die Frage unserer Tage, das ist das Zeichen für Glauben oder Unglauben.

„Unserer Generation ist die Feuerprobe des materialistischen Atheismus aufgegeben.“ Es kommt darauf an, wie wir sie bestehen. Der Atheismus tritt mit dem Anspruch auf, allein die Wissenschaft zu sein und die ausschließliche Wahrheit zu besitzen, der gegenüber alles andere als „Aberglaube“, „Mystizismus“ und „Obskurantismus“ hingestellt wird. Diesem Anspruch kann nur aus der Sicht und Weisheit des Evangeliums begegnet werden. Wird der Atheismus die allgemein verbindliche Staatsweltanschauung? Das Augsburger Bekenntnis (Artikel 16) lehrt „der Obrigkeit untertan und ihren Geboten gehorsam zu sein in allem, so ohne Sünde geschehen mag“. Das Gewissen des evangelischen Christen ist an den lebendigen Gott und seine Gebote gebunden. Weil wir den Staat ernst nehmen wollen, ist es uns beschwerlich, wenn eine Absage an den atheistischen Teil der materialistischen Weltanschauung als Vorbehalt gegen den Staat selbst ausgelegt und wenn die Staatsmacht benutzt wird, den Atheismus zu fördern und jede „Religion“, wie man sagt, zu überwinden. Unsere publizistischen Mittel sind gering. Wir können nicht einmal alle erreichen, die die Stimme der Kirche hören wollen. Der Atheismus hat größere

Möglichkeiten. Das ist für die Christen eine ernste Lage. Die Kirche will keine opportunistische Anpassung, aber auch keine innere Emigration. Es kann dabei aber nicht übersehen werden, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung auf dem Atheismus ruht und grundsätzlich von ihm nicht getrennt werden will. Weder der Sozialismus noch der Staat verstehen sich im liberalen Sinne als Ordnungsmacht oder Versorgungsinstanz, sondern sie erheben Anspruch auf unbedingte Wahrheit. Wo es um den Glauben geht, kann man also Konflikten nicht entgehen, es kommt darauf an, in welcher Gesinnung und in welcher Haltung die Christen sie bestehen. Wir sehen die Lage der Kirche und der Christenheit wie sie ist, wir bleiben dabei, daß Gott unser Herr ist und daß wir verpflichtet sind, mit den Kräften des Evangeliums nach bestem Wissen und Gewissen den Menschen zu dienen, zu denen wir von Gott als zu unsern Brüdern und Schwestern gestellt sind. Nach unserer Überzeugung ist der Mensch nicht in der Lage, ohne Gott zu leben, es sei denn, er gibt sich Werte, die er an die Stelle Gottes setzt. Gott oder Ersatzgötter, das ist die Frage, vor der die Menschheit steht. Zum vollen Menschsein gehört der Glaube, ohne ihn läßt sich das Absinken auf das Nur-Biologische nicht vermeiden. Denn in Gott leben und weben und sind wir.

Unter diesen Gegebenheiten sehen wir die Predigt im Gottesdienst und die Verkündigung bei den Amtshandlungen, die Lehre und den Unterricht, die Sammlung der Jugend um Gottes Wort und zum Gebet, die Volksmission, Evangelisation und Dorfmission, den Besuchsdienst und jede andere Arbeit in der Kirchengemeinde und in den kirchlichen Werken, wie sie von vielen treuen Dienern und Gliedern unserer Kirche trotz des Mangels an Kräften im Jahre 1961 getan ist. Vielleicht ist dabei der Versuch der Familiengottesdienste besonders hervorzuheben. Eigentlich sollte jeder Gottesdienst von der ganzen Familie besucht werden und, wenn Gott will, wird auch durch diesen Weg manche Familie dahin geführt, daß Eltern und Kinder gemeinsam den Gottesdienst zu feiern suchen. Kürzlich hat jemand unser Zeitalter als das des Kampfes um die Seelen bezeichnet. Im Grunde geht es in allen Auseinandersetzungen unserer Tage um die Seele des Menschen, das heißt um seine Existenz vor Gott. Deshalb hat die Seelsorge in allem kirchlichen Dienst den Vorrang. Deshalb bemühen wir uns auch um Kranken- und Altenseelsorge und sind bekümmert über die da und dort eingetretenen Schwierigkeiten, aber hören auch die dringenden Bitten unserer Gemeinden nach Hausbesuchen der Pastoren, die trotz aller Belastung durch andere Verpflichtungen des Amtes dieser Aufgabe nachkommen sollten. Ist Friede zwischen Gott und den Menschen, dann kann auch Friede zwischen den Menschen untereinander werden. Die Seelsorge bringt das Zeugnis von Christus, der versöhnt und darum wirklich heilt. Je kleiner und übersichtlicher die Gemeinden sind, desto eher kann dieser seelsorgerliche Dienst ausgerichtet werden. Das wird bei der Verteilung der geistlichen Kräfte in der Landeskirche und der Einrichtung der Pfarrstellen immer zu beachten sein. Gott gebe uns immer mehr tüchtige, zum Dienst bereite junge Theologen und lasse unsere Gemeindeglieder es begreifen, daß jeder Christ jederzeit, heute besonders, zum Zeugnis seines Herrn berufen ist. In dem Brief der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen an die Kirchen und Gemeinden heißt es: „Der eigentliche Brief, der heute an die Welt gerichtet ist, besteht nicht aus Worten. Wir Christen sind, wo immer wir uns befinden, ein Brief Christi an die Welt, geschrieben nicht mit Tinte, sondern mit dem Geist des lebendigen Gottes, nicht in steinerne Tafeln, sondern in fleischerne Tafeln des Herzens.“ Die Botschaft lautet, daß Gott die Welt in Christus mit sich versöhnt hat.

3. INNERKIRCHLICHES LEBEN

1. Ein Bild von dem innerkirchlichen Leben in den Kirchen und Gemeinden der DDR über Mauer und Stacheldraht hinweg zu vermitteln oder sonstwie von

Westberlin und Westdeutschland her zu gewinnen, ist nach dem 13. August 1961 ganz besonders schwierig geworden. Es gibt aber ausgezeichnete Selbstdarstellungen des kirchlichen Lebens in der DDR, das sind die üblichen Jahresberichte der Kirchenleitungen und Vorträge der Bischöfe zur kirchlichen Lage vor den Landessynoden. Aus diesem Material, das einen unschätzbaren dokumentarischen Wert darstellt, geben wir in folgendem einige charakteristische und sicherlich für die Situation in allen Kirchen der DDR bezeichnende Beispiele.

TÄTIGKEITSBERICHT

*des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes, erstattet zur 3. Tagung der
18. Evangelisch-Lutherischen Landessynode durch Landesbischof D. Gottfried Noth
am 23. Oktober 1961*

Hobe Synode! Liebe Schwestern und Brüder!

Wenn wir auf die Zeit, die seit der Tagung unserer Synode im Frühjahr 1960 vergangen ist, zurückschauen, so muß das erste Wort ein Wort des Dankes sein für die bewährende Gnade, mit der der Herr der Kirche Seine Verheißungen in Seiner Gemeinde wiederum bestätigt hat.

Dieses Entscheidende wollen wir bei allem, was zu berichten ist, im Auge behalten, gerade auch, wenn wir nüchtern feststellen müssen, daß wir als Kirche wie als einzelne Christenmenschen wieder durch ernste Anfechtungen hindurchgehen mußten.

Wir leben in einer Zeit, in der unser ganzes Volk und alle Völker der Welt von der Gefahr eines furchtbaren Krieges, ja von der Gefahr der Selbstvernichtung bedroht sind. Mit allen Menschen, mit denen wir in Volk und Staat zusammengehören, tragen wir diese Last. Mit allen zusammen haben wir, jeder an seinem Platze, zu tun, was wir können, um dem Krieg und dem Streit, dem Haß und der Ungerechtigkeit zu wehren.

Zugleich lebt die Gemeinde Jesu Christi angesichts des Vorstoßes atheistischer und kirchenfeindlicher Propaganda in einer Zeit ernster weltanschaulicher Auseinandersetzungen. Das, was uns im Blick auf die angefochtenen Glieder unserer Gemeinden und im Blick auf den inneren Frieden in unserem Volke Sorge bereitet, haben wir den verantwortlichen Männern des Staates immer wieder vorgetragen. Und wir werden das weiter tun, wenn uns auch das Herz dabei oft nicht leicht ist. Wir können nur immer wieder erklären, daß es uns heiliger Ernst darum ist, eine echte Überwindung von Spannungen und einen Weg zu gegenseitigem Verstehen zu finden.

Aber über dem allem dürfen wir nicht vergessen, daß Gott selber Seine Kirche durch die Zeiten führt. Er stellt sie vor die Bewährungsproben; und wenn Seine Gemeinde nicht an ihnen vorbeizukommen versucht, sondern sie aufnimmt, ist ihr verheißen, daß gerade schwere Zeiten für sie zu besonderen Segenszeiten werden sollen. Gott will uns auch jetzt die Augen öffnen, daß wir die Menschen sehen, die den Trost Seines Wortes und die Gemeinschaft des Glaubens brauchen, und daß wir immer wieder Wege finden, um sie zu rufen und ihnen in der Gemeinde Heimat zu geben.

Der Tätigkeitsbericht des Landeskirchenamtes, den ich auch diesmal wieder zu erstatten habe, versucht, etwas wiederzugeben von dem Dienst, der in diesem Sinne in der Berichtszeit in unserer Landeskirche geleistet worden ist. Er wird im wesentlichen also ein Rechenschaftsbericht sein müssen, der bewußt darauf verzichtet, grundsätzliche Fragen zu behandeln, die heute der gesamten Kirche in der Welt und in unserem Volke gestellt sind.

Ich möchte ihn nun gliedern in folgende Gruppen: I. Bericht von der Arbeit in der Gemeinde, II. Bericht von den Arbeitern in der Gemeinde, III. Bericht von den Hilfsmitteln für die Arbeit in der Gemeinde.

I. Bericht von der Arbeit in der Gemeinde

Die Arbeit in unserer Landeskirche hat wesentlich unter der Frage gestanden: „Wie lebt die Gemeinde Christi in unserer Zeit richtig und wie kann der Dienst der Kirche an den Menschen der Gegenwart recht getan werden?“

Das Thema der Pfarrertage im Herbst 1960 hieß: „Aufgaben und Möglichkeiten des pfarramtlichen Dienstes in der Gegenwart“ und das Thema der diesjährigen Pfarrertage, die wir vor kurzem gehalten haben: „Mut haben und Mut machen zum kirchlichen Dienst.“

Nach den Pfarrertagen des vergangenen Jahres waren Thesen aufgestellt worden, die praktische Anregungen zu den Fragen des „*Gemeindeaufbaues*“ gaben. Sie wurden allen Pfarrkonventen zur gründlichen Behandlung übergeben, und Anfang 1961 sind die Ergebnisse dieser Arbeit in Ephoralkonferenzen besprochen worden, an denen die Gebietsdezernenten teilnahmen. Auch bei der letzten Ephorenrüstzeit bildeten die Thesen die Grundlage für eine ausführliche Aussprache, ebenso bei den Kirchenvorsteherrüstzeiten dieses Jahres. In Krummenhennersdorf ist soeben das 8. Pastoralkolleg über Gemeindeaufbau abgeschlossen worden, und Arbeitskreise, zu denen sich Pfarrer unserer Landeskirche aus eigener Initiative heraus zusammengefunden haben, nahmen die Fragen auf, die sich für das Gemeindeleben in der gegenwärtigen Situation ergeben. Sie haben die besondere Struktur in den Großstädten und Industriegemeinden ins Auge gefaßt, besonders in den Gebieten, in denen im Rahmen des rasch vorwärtsschreitenden Aufbaues große neue Wohnsiedlungen entstanden sind. Auch die Arbeitsgemeinschaft für Dorfkirchenfragen trug den veränderten Verhältnissen in unseren Landgemeinden Rechnung. Es wurde dabei immer wieder deutlich, daß in unseren Tagen beides gleich wichtig ist: Das treue Pastorieren der Gemeinden und zugleich der immer neu wagende volksmissionarische Vorstoß zu denen, die den festen Zusammenhang mit der Gemeinde verloren haben.

Besonders erfreulich ist, daß in einer stattlichen Anzahl von Kirchengemeinden die gegebenen Anregungen bereits in die Praxis umgesetzt worden sind. Wo nach gründlicher biblischer Zurüstung Gemeindeglieder so, wie es der Herr Christus in Seinen Aussendungsreden gesagt hat, sich zu zwei und zwei aufmachen, um andere Gemeindeglieder zu besuchen, da geschieht es immer wieder, daß sie sehr bald die anfängliche Scheu überwinden und bei ihrer Rückkehr erklären: Wir haben bei diesem Dienst Freude gefunden, die wir selber erst nicht für möglich hielten. Es gibt nichts Schöneres, als mit dazu zu helfen, daß Angefochtene gestärkt und der Kirche Entfremdete zurückgerufen werden, daß Fragende und Zweifelnde von Gottes Wort her Antwort bekommen und daß Einsame in die Gemeinschaft genommen werden.

Durch diesen *Besuchsdienst* ergeben sich lebendige Gespräche in der Gemeinde, die Bibelarbeit wird praktisch und lebensnahe, Menschen, die sich erst sehr zurückhaltend und passiv verhielten, werden aktiv, und die Pfarrer und die anderen kirchlichen Mitarbeiter, besonders auch die Katecheten und die Kirchensteuereinhöler, fühlen sich in ihrem schweren Dienst nicht mehr allein gelassen. Die Pfarrer erleben, daß sie nicht mehr alles selber machen müssen. In der Zurüstung der aktiv gewordenen Gemeindeglieder finden sie eine neue geistliche Aufgabe.

Diese Arbeit kann auch zur Folge haben, daß sich Freundeskreise bilden, die einander von Familie zu Familie einladen und sich in christlicher Lebensgemeinschaft zusammenfinden. Wenn der Hausvater das Beieinandersein mit einer Hausandacht nach dem Lösungsbuch oder nach der Bibellesordnung der Kirche hält, wird etwas von dem christlichen Hauspriesterdienst neu entdeckt. Die Eltern werden sich ihrer persönlichen Verantwortung für die Glaubenserziehung ihrer Kinder bewußt, und die Kinder wachsen wie selbstverständlich in eine Gemeinschaft hinein, die sie bergend umschließt und für die weltanschaulichen Auseinandersetzungen stärkt, die sie in der Welt erwarten.

Es wird immer wieder berichtet, daß sich in unseren Gemeinden viel mehr Menschen finden, als wir gemeinhin annehmen, die sich nach einer Hilfe zu rechtem christlichem

Leben sehnen und die auch zum Einsatz bereit sind. Sie wollen aber dazu zugerüstet werden. Von einigen Pfarrern ist dieses Anliegen zielbewußt aufgenommen worden. Sie haben Rüstabende gehalten und die Bildung von Hausbibelkreisen gefördert, aber auch Wochenend-Rüstzeiten für ganze Familien mit Erfolg durchgeführt.

In verschiedenen Städten haben die Ämter für Gemeindedienst für die Laienzurüstung besondere Kurse angesetzt, die sich über mehrere Monate hinstreckten. Sie berichten, daß diese Arbeit viel Freude gemacht hat. Auch in Landephorien haben sich *Laienseminare*, zu denen Glieder aus verschiedenen Gemeinden zusammenkamen, gut bewährt.

Das Landesjugendpfarramt hat denselben Dienst an jungen Menschen durch verschiedene Rüstzeiten getan; und nun hat das Diakonenhaus unserer Landeskirche diese Arbeit systematisch aufgenommen. Einsatzbereite Laien, die aus den Gemeinden gemeldet werden, erfahren in Moritzburg eine achttägige Grundausbildung, sie werden dann im Fernstudium weiter gefördert und während dieser Zeit einige Male für ein Wochenende zusammengerufen. Schließlich sollen sie durch eine Abschlusßrüstzeit soweit gebracht werden, daß sie in ihrer Gemeinde als echte Laien, aber mit der nötigen inneren Zurüstung, hilfreiche Dienste tun können.

Der Förderung dieser Arbeit haben sich auch die Gemeindeständischen Werke unserer Landeskirche angenommen. Das *Männerwerk*, in dessen Reihen durch den Weggang des Reiseseekretärs Buschmann eine schmerzliche Lücke gerissen worden ist, hat die Themen für Vorträge und Freizeiten in besonderer Weise auf den Gemeindeaufbau ausgerichtet.

Der *Frauentdienst*, in dessen Leitung nun neben der Landesleiterin und dem Landesleiter Frau Pfarrvikarin Kube als Theologin im ständigen Amte arbeitet, berichtet von Bibel-lehrwochen, an denen in diesem Jahre in erfreulichem Ausmaße Bäuerinnen teilnahmen, und von der Sammlung der berufstätigen Frauen, besonders der unverheirateten. Der Frauentdienst hat aber auch im Blick auf das 5. Kapitel des 1. Timotheusbriefes die Gemeinden aufgerufen, den Witwen, gerade auch den älteren, ihre Aufgaben in der Gemeinde zu zeigen. Eine Witwe, die ihr Los in der Kraft des Glaubens trägt, kann andere Menschen in ihren Nöten durch ihr Vorbild und ihr Zeugnis bei Besuchen und bei Gesprächen stärken. Sie kann einen heute ganz wichtigen Dienst tun, wenn sie Kinder sammelt, ihnen biblische Geschichten erzählt und mit ihnen betet.

Bei der Generalvisitation, die von Jubilate bis Pfingsten 1961 in der Ephorie Meißen gehalten wurde, hat es sich gezeigt, daß dort, wo man den Mut gehabt hat, neue Wege zu beschreiten, auch neues Leben entstanden ist. Die Anregungen waren zumeist von den Pfarrern selber gekommen, in einigen Gemeinden aber auch von verantwortungsbewußten Gemeindegliedern. Besonders erfreulich ist es, daß in vielen Kirchenvorständen neben alten, bewährten Kirchenvorstehern jüngere Menschen, Männer und Frauen, aktiv mitarbeiten. Das andere freilich wurde bei dieser Generalvisitation auch deutlich: Das Zentrum des Gemeindelebens, von dem alles herkommt und zu dem alles hinführt, muß der Gottesdienst bleiben mit Wort und mit Sakrament. Es bedeutet schon etwas, daß nicht nur an Sonn- und Feiertagen und an den Werktagsabenden stark besuchte Gottesdienste gehalten werden konnten, in denen man etwas von der Freude an der Gemeinschaft unter Gottes Wort und von der aktiven Beteiligung der Gemeinde spürte, sondern daß auch in Dorfgemeinden werktags am frühen Nachmittag sich eine oft stattliche Gemeinde zusammenfand. Es sind Menschen da, die auf das Evangelium warten; und es muß immer das ernste Bemühen aller Pfarrer bleiben, die Botschaft so auszurichten, daß sie den Menschen von heute in seinem Leben trifft. Die Zurüstung dafür bleibt eine der zentralen Aufgaben. Sie kann wohl am besten in brüderlicher Zusammenarbeit und in gegenseitiger Hilfe geschehen. Das gilt für den Kreis der Amtsbrüder im Konvent und im nachbarlichen Zusammenrücken, das gilt aber auch für das Zusammenleben des Pfarrers mit der Gemeinde. Es ist uns berichtet worden, daß dort, wo der Pfarrer Gemeindeglieder bei der Bibelsunde oder bei anderen Gelegenheiten in die Vorbereitungsarbeit für die Predigt mit hineingenommen hat oder wo er nach dem Sonntag die Predigt mit ihnen durchsprach,

beide Teile dadurch bereichert worden sind. Gemeindeglieder, die dem Pfarrer von ihren Erlebnissen bei der Besuchsdienstarbeit berichteten, haben ihm oft zu gegenwartsnaher Verkündigung gute Hilfe gegeben.

Ein wichtiges Stück zum Gemeindeaufbau trägt die *Volksmission* bei. Die Durchführung von evangelistischen Einzelveranstaltungen und Volksmissionswochen in den Gemeinden der Landeskirche ist in den Jahren 1960 und 1961 in steigendem Maße von der „Reisemannschaft im Evangelisationsdienst der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche“ übernommen worden. Die in früheren Jahren veranstalteten Evangelisationswochen, bei denen möglichst alle Gemeinden eines Kirchenbezirkes gleichzeitig beteiligt wurden, mußten sehr stark eingeschränkt werden, da die dazu erforderliche Anzahl geeigneter Mitarbeiter nicht mehr zur Verfügung stand. Die letzte Evangelisation eines ganzen Kirchenbezirkes hat in der Ephorie Borna stattgefunden. Die Reisemannschaft, zu der außer dem Leiter, der zugleich sein Pfarramt verwalten muß, hauptamtliche Kräfte gehören, wird bei dieser Sachlage sehr stark in Anspruch genommen. Die Nachfrage nach ihrem Dienst ist groß. Die Arbeitsweise der Reisemannschaft ist – wie ihr Name besagt – die Mannschaftsarbeit. Man beschränkt sich nicht auf Abendvorträge. Es werden an den Nachmittagen der Evangelisationswoche auch Bibelstunden, Kinderstunden, Unterredungen mit der Jungen Gemeinde und Gemeindebesuche durchgeführt. Außerdem besteht Gelegenheit zu seelsorgerlichen Gesprächen. Diese Form von Evangelisationen hat sich bewährt. Ein Glied der Reisemannschaft ist daneben in der Artistenmission tätig. Auch dieser Dienst wird dankbar entgegengenommen.

Alljährlich – meist in der letzten Februarwoche – versammeln sich die im volksmissionarischen Dienst Stehenden zu einer Tagung für Volksmission. Diese Tage sollen der Begegnung, der Weiterbildung und dem Erfahrungsaustausch dienen. An der diesjährigen Tagung in Moritzburg haben 50 Besucher teilgenommen, eine erfreulich große Zahl. Die Arbeitsgemeinschaft für Volksmission innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland hat erstmalig auch für Teilnehmer aus der Deutschen Demokratischen Republik ein Seminar für Volksmission durchgeführt und gedenkt, das auch künftig zu tun. Wir haben zu diesem Seminar auch aus unserer Landeskirche einige Brüder abgeordnet.

Die missionarische Verantwortung, die wir heute als Kirche haben, kann sich jedoch nicht an diesen speziellen Diensten genügen lassen oder sich auf Evangelisationswochen beschränken. Diese Verantwortung ist Sache der christlichen Gemeinde überhaupt, und jede Gemeinde muß auf Mittel und Wege sinnen, um sie an ihren getauften, aber entfremdeten Gliedern wahrzunehmen. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands hat in Auswertung der Ergebnisse ihrer Generalsynode 1958 eine Schriftenreihe „Missionierende Kirche“ herausgegeben, deren erstes Heft „Missionarischer Gemeindeaufbau“ nun vorliegt. Dieses Heft, dem weitere folgen werden, kann unseren Pfarrern und Kirchenvorständen eine Hilfe sein, ihrer missionarischen Verantwortung gerecht zu werden.

Neue Wege wurden auch an vielen Orten in Stadt und Land beschritten, indem in bestimmten Zeitabständen *Familiengottesdienste* gehalten werden, zu denen Eltern und Kinder gemeinsam eingeladen sind und an deren Gestaltung die Jugend in besonderer Weise mitwirkt. Im November 1960 hat das Landeskirchenamt Richtlinien als Anregung für alle Pfarrer herausgegeben, das Anliegen des Familiengottesdienstes in ihren Gemeinden aufzunehmen und es bei Pfarrkonventen zu besprechen. Für die Familiengottesdienste, die zu Beginn des neuen Schuljahres angesetzt wurden, sind Musterordnungen entworfen worden.

Der *Kindergottesdienst* hat auf der ganzen Linie seinen früher im Leben der Gemeinde und der Familie allgemein anerkannten Platz nicht wiedergewonnen. Die Zahlen sind fast ausnahmslos klein. Die Pädagogisch-Theologische Arbeitsgemeinschaft und die Arbeitsgemeinschaft der ephoralen Obleute für Kindergottesdienst mühen sich redlich um die Bewältigung der Aufgaben, die hier grundsätzlich und von der Situation her theolo-

gisch und organisatorisch gelöst werden müssen. Der Strukturwandel in der Gemeinde und in der Familie in einer ehemals christlich bestimmten Umwelt hat vor einigen Generationen die Einrichtung besonderer Gottesdienste für die Kinder notwendig gemacht. Die generelle Über- oder Rückführung der Kinder in den Gemeindegottesdienst ist trotz vieler neuer theologischer Erkenntnisse nicht zu verantworten. Die Familiengottesdienste werden allein der Situation auch nicht Herr. Wenn die Glieder der Synode nicht nur Informationen über die gemeindliche und gesamtkirchliche Lage begehren, sondern die Nöte und Fragen aufgedeckt haben möchten, so müssen sie sich hier besonders angesprochen fühlen. Werden unsere Kinder durch sportliche Veranstaltungen, durch Radio, Kino und Fernsehsendungen am Sonntagvormittag, zugleich aber durch eine ansteckende allgemeine Nichtachtung des Sonntags als des Tages des Herrn und nicht zuletzt durch die Gleichgültigkeit vieler Eltern weiterhin dem Gottesdienst entfremdet, ohne daß die ganze Gemeinde hier ihre Verantwortung wahrnimmt?

Die *Christenlehre* hat wie bisher den Dienst der Unterweisung an den Kindern getan. Die Zahl der die Christenlehre besuchenden Kinder ist klein geblieben (die gesamtkirchliche Statistik zeigt gegenüber dem Vorjahr noch ein geringes Absinken). Anfänge neuer Festigung kirchlicher Erziehungsarbeit an den Kindern beginnen sich aber abzuzeichnen.

Der Treue und Ausdauer von Katecheten und Pfarrern (soweit sie Unterricht in der Christenlehre erteilen) ist es zu danken, daß Kinder sich trotz ihres voll ausgefüllten Tagesplanes wöchentlich eine oder zwei Stunden zusammenfinden. Es gehört viel Geduld dazu, ungeachtet vieler Störungen des Unterrichts die Regelmäßigkeit aufrechtzuerhalten, ohne die eine rechte Erziehung nicht denkbar ist.

Leider müssen wir feststellen, daß die uns bei Einführung des Schulgesetzes gegebene Zusicherung: Christliche Kinder dürften auch bei Besuch des Schulorts an der kirchlichen Unterweisung teilnehmen, vielerorts nicht gehalten wird. Es gibt Hortnerinnen, die Kinder auch trotz eindeutiger schriftlicher Willenserklärung der Eltern zur Christenlehre nicht freigeben. Wir müssen darauf bestehen, daß diese Mißstände abgestellt werden.

Noch schwerer aber wiegt, daß immer wieder Fälle vorkommen, in denen Kinder durch Spott des Lehrers im Glauben irregemacht werden. Wir können nicht aufhören, zu fordern, daß in der Schule der christliche Glaube der Kinder respektiert und der pädagogische Grundsatz der Achtung Andersdenkender gewahrt wird.

Da denn Christenlehrekinder Kinder sind, die aus viel Bedrängnis kommen, gingen im letzten Jahre die Bemühungen stärker dahin, daß Kinder zu einer Kindergemeinde zusammengeführt und in der Gesamtgemeinde beheimatet werden.

Der Unterricht sucht durch Veranschaulichung unseren Kindern, die – aus gottloser Umgebung kommend – Begriffe der Bibel schwer zu fassen vermögen, das Wort Gottes nahezubringen. In einer landeskirchlichen Rüste für Wege der Veranschaulichung haben Katecheten darin Zurüstung empfangen. Die Stunde der Unterweisung ist hier und da durch andere Kinderzusammenkünfte ergänzt worden: Kindernachmittage, Kindersonntage, Kinderfeierstunden gottesdienstlicher Art, Kinderfeste.

Auch die *Eltern* christlicher Kinder sind in stärkerem Maße zusammengerufen worden. Die Entscheidung über die Erziehung der Kinder zu Gottlosigkeit oder Glauben ist unabweisbar auf das Elternhaus zugekommen. Wir können Eltern diese Entscheidung nicht abnehmen. Wir können und müssen ihnen aber darin Hilfe leisten. So sind Eltern in Elternabenden, Familiennachmittagen, Elternseminaren, Elternrüsten am Wochenende und Familiengottesdiensten zusammengerufen worden. Die Eltern haben bei solchen Zusammenkünften Gelegenheit zum Gespräch bekommen und sind aus ihrer Isolierung heraus und zur Gemeinde zusammengeführt worden. In Leipzig und Dresden hat sich ein Laienmitarbeiterkreis gebildet, der durch Vortragsdienste über allgemeine Erziehungsfragen dankenswerte Hilfe leistet. Katecheten sind für die besondere Aufgabe der Elternarbeit zugearbeitet worden. Neben dieser Arbeit stand auch im letzten Jahr die stille Arbeit des Hausbesuchsdienstes der Katecheten. Er zielt insbesondere auf die Elternhäuser, die vom

Glauben abzufallen und die Führung der Kinder zu Gott hin preiszugeben im Begriff sind, ohne recht zu wissen, was sie damit tun. Im Gespräch beim Hausbesuch suchen Katecheten, Eltern auf ihre Verantwortung vor Gott und die Verheißung christlicher Erziehung anzusprechen. Dringend benötigt dieser Dienst die Mitarbeit lebendiger Glieder der Gemeinde.

Es liegt auf der Hand, daß bei dem Ringen um die Formung einer neuen und anderen jungen Generation die Jugend der Kirche, die „*Junge Gemeinde*“, in besonderer Weise im Brennpunkt des öffentlichen Interesses steht. Das gibt der Verantwortung der Kirche für ihre Jugend und deren eigenem Bemühen um den Platz in der Gemeinde und im Volk ein so starkes Gewicht, daß es niemand mehr übersehen kann. Hiervon kann in dem Bericht nicht ausführlich gesprochen werden. Nur einige Bemerkungen:

1. Die uns unzugänglich gemachten Heime sind nach wie vor verschlossen.

2. Rüstzeiten gehören zum unaufgebbaren Lebensstil der jungen Gemeinde. Wir haben sie wieder wie in anderen Jahren durchgeführt. In einem klärenden Gespräch mit den zuständigen Persönlichkeiten des Bezirks Dresden war im Sommer auch die Abgrenzung der Kinderbibelrüstzeiten von der staatlich geregelten Ferienbetreuung der Kinder erreicht worden. Ganz ohne Schwierigkeiten ist die Durchführung dann doch nicht abgegangen.

3. Dem Landesjugendpfarrer ist ein zweiter Pfarrer zur Seite gestellt worden. Die Berufung eines Landes-Jugendseelsorgers steht bevor.

4. Die Jugend der Kirche trägt in zunehmendem Maße die finanzielle Last der gesamten Jugendarbeit durch ihr eigenes Opfer.

In diesen Zusammenhang gehört auch die uns ständig bedrängende *Konfirmationsfrage*. Die Ursache für das weitverbreitete Interesse an einem Neubau der Konfirmation ist ja weitgehend die mit der Jugendweihe entstandene Beunruhigung, und gerade diese verhindert einen *gegründeten* Bau und nötigt zu Notkonstruktionen. Das ist verständlich, aber nicht gut. Der von der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Frühjahr neu konstituierte gesamtdeutsche Konfirmationsausschuß ist bis zum Sommer nicht zusammengetreten und nun an der Arbeit überhaupt gehindert. Der sächsische Konfirmationsausschuß hat zunächst versucht, einige Beschwernisse in der gegenwärtigen Konfirmationspraxis auszugleichen bzw. zu beseitigen. Wir haben uns, auch in der Landessynode, wiederholt eingehend mit dem ganzen Fragenkomplex beschäftigt, ohne alle Fragen schon befriedigend klären zu können. Es wird zum Beispiel immer wieder, auch im Bereiche unserer Landeskirche, gefragt, ob wir nicht doch dem Kinde so früh wie nur denkbar die Stärkung durch das Sakrament des Altars ermöglichen sollten. Hier würde bekanntlich entweder der Konfirmationstermin vorverlegt oder durch eine Frühkommunion der Nochnichtkonfirmierten ganz neu die Frage nach dem Verständnis der Konfirmation gestellt. Das Landeskirchenamt beabsichtigt jetzt nicht, neue Änderungsvorschläge vorzulegen. Wir glauben immerhin, daß einiges Entscheidende geschehen ist.

Die Jugendweihe hat freilich – äußerlich gesehen – steigende Erfolge zu verzeichnen; und wenn auch die siegesbewußt verkündeten Zahlen die Situation keineswegs zutreffend darstellen, so ist doch das Anwachsen der Zahlen sprunghaft. Aber dazu muß mit aller Offenheit gestgt werden: Dieses Anwachsen der Zahlen beruht weitgehendst auf der durch Druck erzeugten Verängstigung der jungen Menschen und ihrer Eltern, nicht auf wirklicher Überzeugung oder gar bewußter feindseliger Haltung gegenüber der Kirche. Das ergibt sich ja auch ganz logisch durch die Methoden der Werbung für die Jugendweihe schon vom 1. Schuljahr an und durch das Gewicht, das man der Teilnahme an der Jugendweihe bei der Berufsausbildung gibt; und es ist zugleich mit viel Gewissensnot verbunden. Dies ist durch zahllose Elternversammlungen und Elterngespräche eindeutig belegt. Als ein Beispiel einer verfassungsmäßigen und moralisch unzulässigen Gewissensvergewaltigung lese ich eine Verpflichtungsformel vor, die den Teilnehmern an der Elternversammlung der Klasse 7c der Pestalozzischule in Borna und den Eltern, die an der Elternversamm-

lung am 11. September 1961 nicht teilgenommen hatten, durch die Kinder im Auftrage des Lehrers zur Unterschrift vorgelegt worden ist.

„Verpflichtung der Elternversammlung der Klasse 7c der Pestalozzischule Borna vom 11. September 1961

Wir Eltern der Klasse 7c stehen hinter den Maßnahmen unserer Regierung zur Sicherung des Friedens für eine glückliche Zukunft unserer Kinder. Wir wollen helfen, unsere Kinder zu jungen Sozialisten und Patrioten zu erziehen, und wollen ihnen ein Vorbild in unserer Arbeit und Lebensführung sein.

Wir wollen keine Westsender hören.

Am 17. 9. wollen wir bereits am Vormittag den Kandidaten der Nationalen Front unsere Stimme geben.

Wir wollen darauf achten, daß unser Kind ein guter Pionier wird und täglich sein Halstuch trägt.

Mit der Schule und dem Elternaktiv wollen wir enge Verbindung halten.

Wir wollen unsere Kinder im nächsten Jahr zur Jugendweihe schicken.

Mit meiner Unterschrift schließe ich mich der Verpflichtung der Elternversammlung der Klasse 7c an.

Ich übernehme außerdem noch folgende persönliche Verpflichtung: ...“

Ich muß es hier einmal im Namen aller bedrängten Glieder unserer Kirche und im Namen aller Verantwortlichen in der Leitung unserer Landeskirche aussprechen:

Wir klagen an – alle, die unter Nichtachtung der Verfassung und der Erklärungen der Regierung und im Widerspruch zu allen Gesetzen der Menschlichkeit Eltern, die um ihre wirtschaftliche Existenz und das Fortkommen ihrer Kinder besorgt sind, und unmündige Kinder, zu denen sie in einem Autoritätsverhältnis stehen, zu Handlungen und Erklärungen nötigen, die mit ihrem Gewissen nicht vereinbar sind, und mit Einschüchterung und Verängstigung dazu bringen, daß sie sich innerlich und dann auch äußerlich von ihrer kirchlichen Heimat lösen.

Wir rufen alle auf, die noch etwas davon wissen, daß es nicht geraten ist, etwas wider das Gewissen zu tun, sich an keinen Gewissensvergewaltigungen zu beteiligen.

Wir bitten – alle Eltern und Konfirmanden: Laßt euch euer Gewissen nicht verwirren! Wir wollen mit euch zusammen treue Staatsbürger sein und der Stadt Bestes suchen, wollen gerade darum das uns zugesagte Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit in Anspruch nehmen, aber so gewiß das Ja Gottes zu uns seit unserer Taufe gilt, so wollen wir uns an unserem Ja zu Gott nichts abmarkten lassen!

Wer die Sache des Glaubens ernst nimmt, kann nicht mit ehrlichem Gewissen behaupten, daß Jugendweihe und Konfirmation vereinbar seien. Hier können wir keinen Schritt weichen. Aber wir dienen mit der kirchlichen Unterweisung in der ganzen Breite und Fülle allen Jugendlichen, solange sie sich diesen Dienst gefallen lassen. Und wenn die zur Konfirmation nicht Zugelassenen sich in der Teilnahme am gemeindlichen Leben geklärt haben und ihren Willen zur Kirche haben deutlich werden lassen, dann werden sie nach der von der Synode bestimmten Frist noch konfirmiert. Im Jahre 1960 sind rund 20 % der Konfirmanden solche, die später konfirmiert wurden. Daß mit einer seelsorgerlichen Hilfeleistung für alle die Angefochtenen bis hin zu einer geduldigen Bemühung um die Irregeleiteten den Pfarrern, Kirchenvorständen und der Gemeinde insgesamt eine große und bedeutsame Aufgabe zugewachsen ist, sei nicht nur noch einmal betont, sondern darf nie vergessen werden. Inzwischen hat der ganze Fragenkreis eine Ausweitung dadurch erhalten, daß andere sozialistisch-atheistische Feiern neben die Jugendweihe getreten sind, die grundsätzlich die gleiche Beurteilung bekommen müssen.

Zur Arbeit in der Gemeinde gehören untrennbar die *Diakonie* und der Dienst der *übergemeindlichen Werke*, wovon nun die Rede sein soll:

Die Situation hinsichtlich der Herzheilstätte „Schöne Höhe“ des Johanniter-Krankenhauses Heidenau, des Gebäudes Radebeul, Waldstraße 24, und der Georgenstraße 3 in Dresden hat sich nicht verändert. Das Martin-Luther-Stift in Hohenstein-Ernstthal scheint uns endgültig verlorenzugehen. Die Abbaggerung des Ortes Trachenau und damit unseres großen Alters- und Alterskrankenheims „Friedrichstift Trachenau“ rückt immer näher.

Der Staat hat offensichtlich großes Interesse daran, daß unsere Heime für bildungsunfähige Schwachsinnige voll ausgenutzt sind. Die Personalnöte stellen hier die größte Schwierigkeit dar. Auf unsere Beschwerden zur Frage der Entschädigung für in Anspruch genommene Grundstücke in Dresden sind noch keine endgültigen Entscheidungen ergangen.

Das Kinderheim Kipsdorf im Erzgebirge wurde aufgegeben und dafür das bisher von uns belegte Erholungsheim „Haus Lydia“ in Bärenfels als Eigentum für die Innere Mission erworben. Die Eintragung im Grundbuch ist erfolgt. „Haus Lydia“ wird weiterhin als Erholungsheim für Erwachsene verwendet. Das frühere Lehrlingswohnheim in Werdau befindet sich in Umwandlung zu einem Altersheim.

Das Abkommen mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zur Angleichung der Gehälter der Ärzte und der mittleren medizinischen Heilhilfsberufe in den konfessionellen Krankenhäusern brachte erhebliche wirtschaftliche Erleichterungen.

Eine Neuaufstellung der *Gemeindepflegestationen* innerhalb unserer sächsischen Landeskirche ergab, daß diese gegenüber der Aufstellung von 1954 um rund 20 % zurückgegangen sind.

Innere Mission und Hilfswerk unserer Landeskirche waren beauftragt, die Weihnachtsopfersammlung „*Brot für die Welt*“ wie 1959 so auch 1960 durchzuführen. Erbrachte das erste Opfer 1,6 Millionen DM – darin 180 000 DM von den Evangelischen Freikirchen –, so erbrachte das zweite Opfer 1,3 Millionen DM – darin 146 000 DM der Evangelischen Freikirchen. Beide Male stand damit unsere Landeskirche an der Spitze der evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Der Bevollmächtigte des Hilfswerks unserer Landeskirche gehört dem Verteiler-Ausschuß an und ist überdies maßgeblich in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz in der Deutschen Demokratischen Republik an der Verteilung des Opfers an die in Betracht kommenden Länder beteiligt. Meist in der Form von Medikamenten-Sendungen, Decken, Bekleidungsstücken, ärztlichen Geräten gingen Sendungen nach Indien, Indonesien, Tunis, Marokko, Peru, Chile, Kongo, Yemen. Erst in diesen Tagen ging wieder eine Hilfssendung nach Burma, das durch eine Flutkatastrophe Verwüstungen erlitten hat, bei denen 200 000 Menschen obdachlos wurden, und 120 000 Hektar Reisfelder vernichtet wurden. Eine ganze Reihe Hilfsprojekte, so etwa die Beteiligung an einem Malaria-Ausrottungs- und einem Pockenbekämpfungs-Programm in Indien, die Ausstattung einer Kinderklinik mit Röntgeneinrichtung u. a. sind in Vorbereitung. In jedem Fall wird dem Empfänger mitgeteilt, daß die Spenden aus Mitteln der Evangelischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik finanziert wurden. Dankberichte liegen vor. Im Dezember dieses Jahres wird den Gemeinden in ausführender Weise von der inzwischen erfolgten Realisierung der Spenden in den Gemeindeblättern und kirchlichen Zeitschriften berichtet werden. Für Weihnachten 1961 ist wiederum ein gottesdienstliches Opfer „*Brot für die Welt*“ in den evangelischen Kirchen der Deutschen Demokratischen Republik in Gemeinschaft mit allen evangelischen Gemeinden in Deutschland vorgesehen.

Mit dem „*Diakonischen Jahr*“ sind wiederum sehr gute Erfahrungen gemacht worden. Elf junge Mädchen waren eingesetzt im Kinderheim Börnichen, Diakonissenhaus Leipzig und Borsdorf. Die Mädchen haben in ganz erfreulicher Weise den schweren Dienst ausgeübt und dabei etwas von dem Segen verspürt, der aus der pflegerischen Arbeit an Kranken, Alten und in anderer Weise Hilfsbedürftigen erwächst. Erstmalig hat auch ein junger Mann am „*Diakonischen Jahr*“ teilgenommen, der in Kleinwachau gearbeitet hat. Die Mehrzahl der Mädchen geht in den alten Beruf zurück. Für das neue „*Diakonische Jahr*“, das diesen Herbst beginnt, haben sich ebenfalls elf Mädchen zur Verfügung gestellt. Von

Beruf sind sie Schneiderinnen, Verkäuferinnen, kaufmännische Angestellte. Die Vorbereitungszeit, die Zwischenzeit und die Abschluszeit werden nach wie vor von Pfarrvikarin Adam geleitet, die auch während des ganzen Jahres die Betreuung der Mädchen ausübt. Zu ihrer Entlastung wird künftig Pfarrvikarin Gerasch mitarbeiten.

Unmittelbar vor der 3. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi kann berichtet werden, daß die *ökumenische Arbeit* in unserer Landeskirche vorwärts geht. 1960 und 1961 haben aus allen Ephorien besendete ökumenische Landestagungen stattgefunden, die ökumenische Gebetswoche in den Tagen vor Pfingsten hat in immer mehr Gemeinden Eingang gefunden, die ökumenischen Arbeitskreise haben sich weiter konsolidiert. Der Landesbeauftragte für die ökumenische Arbeit, Pfarrer Ficker, Leipzig, ist in ein thüringisches Pfarramt übergegangen; zu seinem Nachfolger ist Missionsinspektor Pfarrer Mosig bestellt worden. Damit ist die Verschmelzung der ökumenischen Arbeit mit der Missionsarbeit, die im Großen durch die Integration des Internationalen Missionsrates und des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi geschehen wird, auch auf der Ebene unserer Landeskirche Tatsache geworden, wie ja die Missionsarbeit ihrerseits durch den unter Leitung des Landesbischofs arbeitenden Missionsausschuß der Landeskirche sehr eng mit der landeskirchlichen Arbeit verbunden ist. Für die Teilnahme an der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi waren vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland aus unserer Landeskirche ausgewählt: der Landesbischof, Präsident D. Mager, Missionsdirektor Dr. Kimme, Missionsinspektor Pfarrer Mosig und Diakonissenschwester Elisabeth Becker. Die Ausreisegenehmigung wurde von der Regierung nur dem Landesbischof und Schwester Elisabeth Becker zugesagt.

Von neuen persönlichen ökumenischen Kontakten berichten auch das *Gustav-Adolf-Werk* und das *Martin-Luther-Werk*. An der Tagung des Ostsächsischen Gustav-Adolf-Werkes in Meißen nahmen fünf lutherische Pfarrer aus der Volksrepublik Polen teil, die als Gäste unserer Landeskirche im Juni etwa drei Wochen bei uns weilten. Die Leitung des Westsächsischen Gustav-Adolf-Werkes übernahm nach dem Heimgang von Pfarrer Fleischer, Leipzig, der es durch lange Jahre mit viel Liebe geführt hat, Superintendent Heinzein, Borna. Die Landesleitung des *Evangelischen Bundes* übergab Pfarrer Winkler, Dresden-Tolkewitz, in die Hände von Superintendent Dr. Arnold in Leipzig.

Unter dem Thema: „Wer ist ein Mann? Wer beten kann“ stand die diesjährige Hauptkonferenz der *Landeskirchlichen Gemeinschaft*. Diese Konferenz, an der der Landesbischof im Zusammenhang mit der Generalvisitation im vergangenen Jahr teilnehmen konnte, wurde auch in diesem Jahr in Karl-Marx-Stadt gehalten. Die innerhalb der Landeskirchlichen Gemeinschaft gebildete Arbeitsgemeinschaft „Pietismus und Theologie“ soll fortgesetzt werden. Sie beschäftigte sich 1961 besonders mit Fragen der Verkündigung.

Die *Posaunenmission* meldet, daß der Bestand der Chöre in der Landeskirche in den letzten Jahren immer etwa bei 570 geblieben ist. Im letzten Halbjahr sind 17 Chorgründungen zu verzeichnen. Für die Betreuung der Posaunenchoristen stehen drei hauptamtliche Chorpfleger zur Verfügung, zu denen ein für das Gebiet der schlesischen Restkirche von der Görlitzer Kirche gestellter Diakon hinzukommt. Das 42. Landesposaunenfest wurde 1960 in Bautzen und Zwickau mit insgesamt 2200 Bläsern durchgeführt. 1961 fanden Kreisposaunenfeste in Dippoldiswalde, Rochlitz, Eibenstock, Augustusburg, Neugersdorf und Reichenbach/OL. statt. Für 1962 ist ein gesamt-sächsisches Landesposaunenfest in Leipzig in Vorbereitung. Das Landesextett diente bei etwa 300 Posaunen-Feierstunden im ganzen Bereich der Landeskirche.

Der Dienst der *Gehörlosenseelsorge* vollzieht sich in etwa 200 Gottesdiensten in 25 Predigtstationen jährlich, in Taufen, Trauungen, christlichen Bestattungsfeiern und Seelsorge hin und her im Raume der Landeskirche, in Christenlehre und Konfirmandenunterricht an den Taubstummschulen in Dresden und Leipzig, Sammlung konfirmierter Jugend in Leipzig und Dresden in Jungen Gemeinden, in christlicher Geselligkeit im Anschluß an die Gottesdienste zur Pflege christlicher Gemeinschaft sowie in Rüstzeiten, zum

Beispiel in diesem Jahre in Rathen und Kottengrün. Gehörlose, welche infolge ihrer Gebrechen oder ihres Alters der äußeren und der inneren Fürsorge bedürfen, finden im Sächsischen Kirchlichen Taubstummenheim in Zwickau Aufnahme und Lebensgemeinschaft. Zur Zeit sind dort 20 Männer und 35 Frauen untergebracht, darunter 5 taubblinde Männer und 8 taubblinde Frauen.

Aus der *Strafanstaltsseelsorge* ist zu berichten, daß es endlich gelungen ist, die Seelsorge in Hoheneck durch die Bestellung von Pfarrer Dr. Gottfried Schmidt, Frankenau, wieder zu gewährleisten.

Die *Leipziger Spielgemeinde* vollendet im November das zehnte Jahr ihres Bestehens. Aus anfangs vier Personen ist eine feste Gemeinschaft von Spielern entstanden, die im vergangenen Jahr 340 Aufführungen gestalten konnte. Der Zuschauer- und Zuhörererkreis wird mit 100 000 im Jahr nicht zu gering angesetzt sein. Einmütig geht das Urteil der Pfarrer und verantwortlichen Gemeindeglieder dahin, daß nach den Darbietungen wochenlang in den Häusern, aber auch in den Bibelstunden und Gottesdiensten auf das Spiel Bezug genommen wird. Es erfolgt eine Auswertung der Verkündigung des Spieles wie sonst wohl nur bei wenigen Diensten der Kirche.

Bei alledem wollen wir aber nicht vergessen, daß der *Gottesdienst* Herzstück und Höhepunkt im Leben der Gemeinde sein und bleiben muß. Die Synode wird sich in diesen Tagen mit Gottesdienstfragen zu befassen haben. Die bisherigen Schritte, die in den Gemeinden zur Einführung der Gottesdienstordnung der lutherischen Kirchen getan worden sind, haben nicht nur in der Pfarrerschaft und bei den Kirchenmusikern, sondern auch in weiten Gemeindekreisen zu neuer Besinnung auf das Wesen des Gottesdienstes geführt. Bei allen Fragen, die zu diesem Thema erörtert werden müssen, möchte das nicht übersehen werden. Wir wollen dafür dankbar sein, daß unsere Gemeinden jetzt weithin viel aktiver am Gottesdienst teilnehmen als früher: durch lebendiges Singen der Choräle, durch rechte Beteiligung an der Liturgie, durch das Dankopfer, das im Gottesdienst von Kirchenvorstehern und Gemeindegliedern gesammelt wird, und auch durch den Dienst der Lektoren.

Wesentlicher Teil des Gottesdienstes ist das Gebet, speziell die *Fürbitte*. Das Wort, das über dem zu Ende gehenden Jahre als Jahreslosung steht, hat in einer Welt, in der sich immer mehr Wetterwolken drohend zusammenballen, für uns Christen von Monat zu Monat größere Bedeutung gewonnen. Vor allen anderen und über allem anderen ist entscheidend, daß wir zu dem Herrn der Kirche gehen und wie die Jünger zu ihm sagen: Herr, lehre uns beten! Es ist von vielen Seiten angeregt worden, die Gemeindeglieder, die zu den Wochenandachten, zu den Bibelstunden und in den Gemeindekreisen zusammenkommen, zur Gebetsgemeinschaft und zu stetiger und geordneter Fürbitte aufzurufen. Dafür ist ein immer neues gemeinsames Stillewerden unter Gottes Wort nötig und die Bereitschaft aller, der Pfarrer, der kirchlichen Mitarbeiter wie der Gemeindeglieder, eine intensive Gebetserziehung an sich geschehen zu lassen. Als gute Hilfsmittel dazu haben sich unter anderem die Diakonischen Gebete bewährt, die als Teil C der Formulare für das Allgemeine Kirchengebet im ersten Band der Lutherischen Agende enthalten sind, ebenso die Gebetsvorschläge für die Ökumenische Gebetswoche und die Ordnung für den Weltgebetstag der Frauen.

Auf die kirchliche *Fürbittenliste* soll hier noch ausdrücklich hingewiesen werden. In letzter Zeit mußten auch zwei Namen aus unserer Landeskirche dafür genannt werden, und zwar Pfarrer Wolff aus Limbach und Kantor Stier, Rathendorf, denen wir in ihrer Haft mit unserer Fürbitte nahe sein wollen.

Unentbehrlich für den Gottesdienst sind *Bibel* und *Gesangbuch*. Die Mitarbeit der Pfarrämter an der Bibelverbreitung, die immer wieder durch entsprechende Aufforderungen im Amtsblatt gewünscht worden ist, hat sich noch nicht wesentlich gesteigert. Hier bestehen ganz zweifellos Hemmungen, die mit dem Warten auf die revidierte Vollbibel begründet werden. Es muß dringlich gebeten werden, daß bei der Ungewißheit des Erscheinungstermins der revidierten Vollbibel keine Zeit ungenützt gelassen wird, Bibeln in

die Gemeinden zu bringen. An der Herausgabe des Andachtsbuches der Sächsischen Hauptbibelgesellschaft ist das Landeskirchenamt stark beteiligt gewesen.

Die Versorgung der Glieder unserer Kirche mit dem neuen Gesangbuch durch den Buchhandel war auch in der Berichtszeit gewährleistet. Ebenso gelang es, die Kirchengemeinden mit verbilligten Stücken für den Dienstgebrauch, besonders für die Auslage im Gottesdienst, zu beliefern. In Fällen besonderer Bedürftigkeit konnten – etwa an Heime und Anstalten und in besonderer Weise heimgesuchte Kirchengemeinden – auch Stücke geschenkwweise überlassen werden. Als erfreulich muß wohl bezeichnet werden, daß der Bedarf unserer Kirchengemeinden immer noch gewachsen ist.

Bei den *kirchlichen Amtshandlungen* werden jetzt weithin die Formulare der Lutherischen Agende benutzt, die für unsere Landeskirche seit 1960 zum Gebrauch freigegeben worden sind. Besonders für die Bestattungsfeiern geben sie gute Hilfen zu einer rechten Gestaltung. Auch die von der Lutherischen Liturgischen Konferenz erarbeitete „Handreichung für den seelsorgerlichen Dienst“ ist von vielen Pfarrern dankbar begrüßt worden. Sie enthält einen reichen Schatz von Bibeltexten, Gesangbuchversen und Gebeten, die am Krankenbett und im Trauerhause gebetet werden können, besonders aber auch hilfreiche Anweisungen zur Einzelbeichte.

II. Bericht von den Arbeitern in der Gemeinde

Ich beginne mit den *Pfarrern*:

Die Arbeit des *Pastoralkollegs* hat einen stetigen Fortgang genommen. Es fanden 1960 zehn Tagungen, 1961 bisher neun Tagungen statt, an denen 1960 insgesamt 208 Pfarrer, 1961 bis jetzt 206 Pfarrer teilgenommen haben. Wieder wurden die zur Verfügung stehenden Plätze nicht, wie das in anderen Landeskirchen geschieht, durch Abordnung oder Einberufung besetzt, sondern durch freiwillige Meldung der Pfarrer selbst. Die Anerkennung des theologischen und praktischen Gewinns, den das Pastoralkolleg den an seinen elftägigen Tagungen teilnehmenden Brüdern vermittelt, ist in der Landeskirche wohl allgemein. Was es für die innere Nähe der Pfarrer auch weit auseinanderliegender Ephorien zueinander, für das gegenseitige Verständnis und die Bruderschaft der älteren und der jüngeren Glieder der Pfarrerschaft bedeutet, kann kaum hoch genug veranschlagt werden.

Die *Pfarrkonvente* sind infolge von Teilung einiger zu großer Konvente von bisher 100 auf 102 gewachsen. Sie haben durch ihre immer mehr zu ganztägigen Zusammenkommen übergehende Praxis, durch ihre gemeinsamen Beratungen in brüderlichem Gespräch, durch ihre Bearbeitung der Themen der Lübecker Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und besonders durch ihre intensive nachträgliche Beschäftigung mit dem Verhandlungsgegenstand der Pfarrertage von 1960 einen hohen Wert für das Amtsleben der Pfarrerschaft gewonnen. Die Jahresberichte enthalten in vielen Fällen Aussagen wie die, daß man aus meinem Pfarrerleben den Konvent auf gar keinen Fall hinwegdenken könne. Auf den Jahresbericht ist jedem Konvent vom Landeskirchenamt eine zu ihm Stellung nehmende Antwort zugegangen.

Neben den sechs großen *Konferenzen*, die alljährlich einmal die Pfarrerschaft der ganzen Landeskirche und alle am theologischen Arbeiten der Kirche Interessierten schon seit vielen Jahrzehnten zu Landestagungen einladen, haben sich in unserer sächsischen Landeskirche *wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften* gebildet, die einen zahlenmäßig nicht großen, aber geistig lebendigen Kreis von Mitarbeitern zu gründlicher Arbeit auf bestimmten Einzelgebieten zusammenrufen. Schon seit einem Jahrzehnt besteht in Anknüpfung an eine frühere Einrichtung unter der Leitung von Professor D. Lau die Arbeitsgemeinschaft für Sächsische Kirchengeschichte, die in verschiedenen Gebieten im geographischen Raum unserer Landeskirche kirchengeschichtliche Lokalforschungen getrieben und wertvolle Ergebnisse vorgetragen hat.

Seit Beginn des Jahres 1960 hat in einer Reihe von Arbeitstagen die unter der Lei-

tung von Oberlandeskirchenrat Dr. Kleemann und Frau Landeskatechetin Tietz stehende Theologisch-Pädagogische Arbeitsgemeinschaft eine dankenswerte Tätigkeit zu entfalten begonnen. Im Jahre 1961 ist nun auch unter der Leitung von Dozent Dr. habil. Nagel, Leipzig, und Pfarrer Dr. Schille, Borsdorf, eine Biblisch-Theologische Arbeitsgemeinschaft gebildet worden, die in jährlich drei Arbeitstagen zu wissenschaftlicher Weiterarbeit auf dem Gebiet alt- und neutestamentlicher Theologie anregen, die exegetische Arbeit auf gutem Niveau erhalten und den Pfarrern Hilfen zu planvollem wissenschaftlichem Nachdenken über den Gesamtbereich der alt- und neutestamentlichen Wissenschaft geben will. Wir freuen uns dieser Arbeitsgemeinschaften innerhalb unserer Landeskirche und wollen ihrer Tätigkeit einen herzlichen Segenswunsch mit auf den Weg geben.

Die *Pfarrvikarinnen* und die Vikarinnen sind wieder zu einem Jahreskonvent mehrere Tage im Pastoralkolleg zusammen gewesen. Die erste sächsische Vertrauensvikarin, Frau Pfarrvikarin Jonas, hat nach Eintritt in den Ruhestand auch dieses Amt abgegeben. Zu ihrer Nachfolgerin als Vertrauensvikarin ist Frau Pfarrvikarin Atzerodt bestellt worden. Ein für 1961 geplantes und von uns bis ins Einzelne vorbereitetes Vikarinnenseminar der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, das von Anfang September bis Anfang November im Amalie-Sieveling-Haus für die Vikarinnen der drei lutherischen Kirchen innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik stattfinden sollte, hat ausfallen müssen, da zu wenig Vikarinnen dazu bereit waren.

Unter dem Eindruck, daß das Amtsrecht der Vikarinnen durch die landeskirchlichen Ordnungen noch nicht befriedigend geregelt sei, haben sich Landeskirchenamt und Kirchenleitung immer wieder mit diesem Fragenkreis beschäftigt, ohne aber bisher zu brauchbaren Lösungen zu gelangen. Auch hier haben sich die Schwierigkeiten, mit denen wohl alle Gliedkirchen in Deutschland wie auch die außerdeutschen evangelischen Kirchen zu kämpfen haben, stärker erwiesen als die Bemühungen.

Die *Ausbildung von Theologen* ergibt folgendes Bild:

Sowohl für das Studienjahr 1960/61 als auch für das neu begonnene Studienjahr 1961/62 hat die Theologische Fakultät unserer Landesuniversität Leipzig ihr Kontingent von 30 Neumatrikulationen erfüllen können. Auch an den außersächsischen Universitäten haben einzelne junge Glieder unserer Landeskirche zu studieren begonnen, wie umgekehrt unter den 30 kontingentmäßig angenommenen Studierenden einige Nichtsachsen sind. Einzelne Immatrikulationen sind auf Grund einer sogenannten Sonderreifeprüfung erfolgt, wogegen gewisse Bedenken zu erheben sind. Das Landeskirchenamt hält durch Vertrauensstudenten mit den Studierenden aus Sachsen sowohl bei der Theologischen Fakultät Leipzig wie beim Theologischen Seminar Leipzig wie bei den übrigen Theologischen Fakultäten der Deutschen Demokratischen Republik Verbindung. Diese Verbindung wird auch durch Besuche des Ausbildungsreferenten bei den Studenten lebendig erhalten. Augenblicklich ist auch an den Theologischen Fakultäten in bedrängender Weise die Frage lebendig, ob es richtig sei, sich unterschriftlich zum Dienst in der Nationalen Volksarmee zu verpflichten. Der Vertreter des Landeskirchenamtes hat die erbetene Beratung zwar so erteilt, daß dem Staate zu geben sei, was des Staates ist, daß aber zugleich und zuerst nichts gefährlicher sei, als etwas wider das Gewissen zu tun, und daß die Landeskirche zu allen stehen werde, die um einer Gewissensentscheidung willen in Bedrängnis geraten. Er hat das „Ihr seid teuer erkaufte, werdet nicht der Menschen Knechte“ eingeschärft.

In der Berichtszeit hat auch wieder eine überaus wohlgelungene und stark besuchte Theologiestudentenrüstzeit in Krummehennersdorf stattgefunden.

Die *Studentengemeinde* in Leipzig erfaßt mehrere hundert Studierende. Der Prozentsatz von Theologiestudenten, die sich zu ihr halten, ist gewachsen. Besonders erfreulich ist, daß unter Leitung von Studentenpfarrer Mendt die Arbeit nicht abseits von der Kirche, sondern mit der klar erkannten und angestrebten Zielsetzung getrieben wird, die Glieder der Studentengemeinde zu späterer Mitarbeit in ihren Kirchengemeinden willig und fähig zu machen.

Hinsichtlich der Betreuung der Theologiestudenten von der Landeskirche aus im sogenannten *Mentorenamt*, aber auch der Ausbildung der Kandidaten im Lehrvikariat sind gewisse Schäden und Nöte zutage getreten, die zu einer Neuordnung bestimmter Dinge führen müssen. Die Erwägungen darüber sind im Gange und werden annehmbar in naher Zukunft zu praktischen Ergebnissen führen.

Im *Predigerkolleg* St. Pauli konnte der Lehrgang wegen eines das ganze Haus in Mitleidenschaft ziehenden Essenbaues statt Anfang September erst Anfang Januar beginnen.

Die Absicht, auch im *Predigerseminar* Lückendorf zu Ganzjahres-Lehrgängen überzugehen, hat sich bisher noch nicht verwirklichen lassen, weil die immer noch große Zahl der auszubildenden Kandidaten Halbjahres-Lehrgänge erforderlich macht.

Nicht alle Kandidaten sind nach ihrem ersten theologischen Examen bereit, in den kirchlichen Vorbereitungsdienst einzutreten. Einige wünschen, für eine bestimmte Zeit praktische Arbeit in der Produktion zu tun. Nicht ganz wenige werden durch wissenschaftliche Ziele, wie Dissertation, Habilitation, Assistentenstelle und Aspirantur im Universitätszusammenhang festgehalten.

Die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden im Herbst 1960 22 und im Frühjahr 1961 32 Kandidaten. In der vergangenen Woche legten 27 Kandidaten die Wahlfähigkeitsprüfung ab.

Mit den Kandidaten wurde jeweils zwischen Wahlfähigkeitsprüfung und Ordination in Krummenhennersdorf *Ordinandenrüstzeit* gehalten.

Alljährlich werden Rüstzeiten für *Pfarrbräute* im Pastoralkolleg durchgeführt, die leider noch nicht genügend beachtet und besucht werden, obwohl gerade jetzt auf die richtige Einstellung und Haltung der angehenden Pfarrfrauen besonders viel ankommt. Es wäre gut, wenn alle Synodalen in ihrem Bereich dazu mithelfen könnten, daß Pfarrbräute zur Teilnahme willig werden.

Die Pfarrwitwen sind bisher in unserer Landeskirche ohne eine spezielle Betreuung gewesen, wenn sie auch bei den Pfarrfrauentagen innerhalb der Ephorien, gelegentlich ebenfalls in einigen Pfarrkonventen eine Begegnung mit ihresgleichen hatten. Seit 1960 besteht nun in unserer Landeskirche ein eigener Pfarrwitwendienst. Zu seiner Leitung ist die Witwe des Rektors Schumann, Moritzburg, in ehrenamtlichem Auftrag berufen worden, die seitdem schon eine große Anzahl – vor allem einsam wohnender – Pfarrwitwen aufgesucht und einen reichen Schriftwechsel entfaltet hat. In einigen anderen Landeskirchen besteht ein solcher Dienst schon länger und hat sich als ein Segen erwiesen.

Auf Grund der Beschlüsse der Landessynode ist die landeskirchliche *Ordnung der Zucht für kirchliche Amtsträger* in einer Neufassung vom 24. November 1960 herausgegeben worden. Eine völlige Neukonzeption des kirchlichen Disziplinarrechtes hätte umfangreiche Arbeit gefordert, die in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht hätte bewältigt werden können. Vor allem war aber auch zu bedenken, daß die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands ein zur einheitlichen Geltung in allen ihren Gliedkirchen bestimmtes neues Amtszuchtrecht schon weitgehend vorbereitet hatte.

Die Gesamtzahl der jetzt im Amte stehenden *Pfarrverweser* und *Pfarrdiakone* beträgt 52, davon sind im Laufe der Jahre 36 ständige Pfarrer geworden. Anfang Oktober lief wieder die alljährliche Rüstzeit zur weiteren Zurüstung. Die Erfahrungen, die mit diesen Amtsträgern gemacht worden sind, sind, aufs Ganze gesehen, sehr gut. Die Überlegungen, die angestellt worden sind, um unter Umständen einen anderen Weg für Nichttheologen zum pfarramtlichen Dienst zu finden, etwa in Angleichung an den Pfarrhelferdienst in anderen Landeskirchen oder an Predigerschulen, haben zu dem Ergebnis geführt, daß wir bei unserer bisherigen Übung bleiben wollen. Es wird sich aber empfehlen, die Ausbildung nach der Prüfung zu verlängern. Zu Beginn des neuen Jahres wird wieder eine Prüfung für weitere Anwärter für diesen Dienst stattfinden und anschließend, etwa ab März 1962, eine mehrmonatige Ausbildung durchgeführt werden. Wenn auch die Pfarrverweser und Pfarrdiakone Mängel der theologischen Vorbildung durch ihre Erfahrung im freiwilligen oder auch beruflichen Gemeindedienst oder durch ein besonderes Charisma

weitgehend ausgleichen, so empfinden es doch je länger je mehr diese Brüder als schmerz-
lich, daß sie nicht wenigstens das Neue Testament in der Ursprache lesen können. Auf
ihren Wunsch hin ist ein Fernstudium in neutestamentlichem Griechisch eingeführt wor-
den, wofür ein Fachmann Unterrichtsbriefe herausgibt.

Predigtaufträge sind in der Berichtszeit nicht erteilt worden. Demnächst wird wieder
ein Kolloquium für neue Anwärter abgehalten werden. Die Zahl der gegenwärtigen
Predigtaufträge beträgt 27. Die Brüder, die den Dienst der freien Wortverkündigung
tun, werden je für einen Kirchenamtsratsbezirk von dazu beauftragten Pfarrern in
Wochenendrüstzeiten zusammengefaßt und erfahren dort entsprechende theologische
Förderung.

Zur *Ausbildung von Mitarbeitern* im kirchlichen Dienst sei zunächst ganz allgemein
folgendes gesagt:

Es ist in unserem Kreise wiederholt davon gesprochen worden, daß wir viele Stellen
nicht besetzen können. Die Gründe dafür sind sehr verschieden und mehr als einmal
erörtert worden. Auf den diesjährigen Pfarrertagen ist diese Frage von Studiendirektor
Dr. Krusche in dem schon erwähnten sehr umfassenden und gewissensschärfenden Referat
behandelt worden. Nur ein Punkt sei hier nachdrücklichst betont: In einem besorgnis-
erregenden Umfang ist uns die Stellenbesetzung – auch wenn Bewerber vorhanden sind –
deshalb nicht möglich, weil keine Wohnung zu beschaffen ist. Und das oft in Gemeinden,
in denen kirchliche Dienstwohnungen mit Fremden besetzt sind und nicht freigestellt
werden.

Mancherorts nimmt die Zahl derer, die sich einem kirchlichen Berufe zuwenden, wieder
zu. Wir haben in unserer sächsischen Landeskirche von Anfang an – nicht nur im Diako-
nenhaus Moritzburg – die Ausbildung auf eine breite Grundlage gestellt und sie auf die
ganze Vielfalt gemeindlicher Aufgaben ausgerichtet. Das kommt uns jetzt besonders zu-
statten, wo einmal die kirchliche Unterweisung die engen Formen der Unterrichtsstunden
sprengt und zum anderen einfach die gemeindliche Situation den aktiven Einsatz der
Mitarbeiter auf mehreren Gebieten fordert, nicht nur etwa auf katechetischem. Wir haben
unter anderem vorgesehen, etwa entsprechend dem Pastoralkolleg, regelmäßige Weiter-
bildungskurse durchzuführen.

Die seit einigen Jahren bestehende Einrichtung der *Vorschule für kirchlichen Dienst* in
Moritzburg hat sich bewährt. Sie hat Absolventen sowohl der Theologischen Fakultät als
auch dem Missionsseminar in Leipzig zugeführt. Sie versteht sich aber als Vorbereitungs-
institut für alle kirchlichen Dienste, bei denen eine besondere, auch die alten Sprachen
umfassende Vorbildung erwünscht ist, auch für die höhere Laufbahn im kirchlichen Ver-
waltungsdienst. Da der Bedarf an kirchlichen Mitarbeitern auf allen Gebieten groß ist,
sollte diese Möglichkeit noch mehr genutzt werden.

Das *Kirchgemeindehelferinnen*-Examen im Amalie-Sieveking-Haus legten ab: im
Frühjahr 1961 10 Schülerinnen, im Sommer 1961 5 Schülerinnen. Die Ausbildung began-
nen im Frühjahr 1961 20 Schülerinnen. Die Zahl der Schülerinnen des *Vorseminars* für
Kirchlichen Dienst (Luise-Scheppler-Heim) beträgt 53. Die Zahl der Schülerinnen, die
nach dem Vorseminar in eine kirchliche Ausbildung gehen, ist erfreulich hoch.

Im Herbst 1961 legten im Seminar für Kirchlichen Dienst in Bad Lausick 18 *Kinder-
diakoninnen* ihre Prüfung ab. Das zweite Ausbildungsjahr haben Anfang Oktober 19
Schülerinnen begonnen, das erste Ausbildungsjahr 23 Praktikantinnen.

Unter den Ausbildungsstätten nimmt die *Kirchenmusikschule* insofern eine besondere
Stellung ein, als sie über Nachwuchsmangel nicht zu klagen hat. Daß infolge der Ände-
rungen im Schulwesen unseres Staates sich jetzt nicht mehr so viele ganz junge Schüler
für die Kirchenmusik-Vorschule melden, ist verständlich, aber die Hauptschule hat auch
in diesem Wintersemester wieder 56 Studierende, wenn freilich auch der große Bedarf an
Kirchenmusikern trotz dieser guten Frequenz unserer Kirchenmusikschule nicht voll ge-
deckt werden kann. Die Schule hat in Kirchenmusikdirektor Dr. Albrecht, der aus Naum-

burg zu uns gekommen ist, einen neuen Leiter bekommen; zu unserer Freude können wir feststellen, daß er schon ganz der Unsere geworden ist.

Mit der Leitung des *Landeskirchlichen Werkes für kirchliches Chorwesen* wurde nach der bereits im vorigen Tätigkeitsbericht erwähnten Emeritierung des um die sächsische Kirchenmusik hochverdienten Kirchenmusikdirektors Armin Haufe, Leipzig, zunächst kommissarisch Kirchenmusikdirektor Hans-Heinrich Albrecht in Dresden-Trachau beauftragt. Dem starken Bedarf unserer Chöre an Notenmaterial, insbesondere auch für einfache Verhältnisse, will das Landeskirchliche Werk für kirchliches Chorwesen soweit wie möglich abzuhelpen suchen.

Die Leipziger *Thomaner* erhielten im Zusammenwirken der zuständigen staatlichen Stellen mit der Landeskirche einen neuen Kantor in der Person des bisherigen Landeskirchenmusikwartes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Thüringens, Kirchenrat Professor Erhard Hauersberger.

Die *kirchenmusikalische Arbeit* wurde auch im Berichtsjahr in der gesamten Landeskirche durch Kurrenden, Kantoreien, durch unsere Hilfskräfte, Kantoren und Kirchenmusikdirektoren mit Treue und Einsatzfreudigkeit fortgeführt. Mehrere Kirchenmusiker haben sich auch im Berichtsjahr mit Eifer und Geschick der Singwochenarbeit gewidmet. Mit Dankbarkeit ist festzustellen, daß von den Singwochen her gemeinschaftsbildende Kräfte und Impulse zu einer christlichen Haus- und Lebensordnung in weite Kreise unserer Gemeinden ausgeströmt sind.

Auch die *Mitarbeiter in der kirchlichen Verwaltung* müssen die Spannungen, unter denen alle kirchliche Arbeit heute geschieht, ganz persönlich durchstehen. Oft, manchmal täglich, werden sie von Gemeindegliedern bei der Anmeldung von Kasualien, zur Christenlehre oder zum Konfirmandenunterricht in den Fragen der Lebensordnung unserer Kirche, deren Begründung so viele Namens- und Gewohnheitschristen nur schwer oder gar nicht begreifen wollen, hart angefaßt. Aber auch in den Verhandlungen mit Kirchensteuerpflichtigen kommt es zu Auseinandersetzungen, die sich nicht nur auf dem Boden der Gesetzte und Verordnungen verwaltlicher und organisatorischer Art bewegen, sondern hier und da ist vielmehr ein klares Bekenntnis der Mitarbeiter zur Sache unseres Herrn Jesus Christus nötig. Dies gilt in besonderer Weise für die Mitarbeiter im Außendienst. Um diesen Mitarbeitern die Voraussetzungen zu schaffen, solche Spannungen durchstehen zu können, war das Landeskirchenamt auch in der Berichtszeit bemüht, diese in jeder Weise zu fördern. So hat es die Bedingungen geprüft und neu festgelegt, die für die Ablegung der Prüfung der Beamten und Angestellten verlangt werden müssen, damit eine möglichst hohe fachliche Qualifikation erzielt wird. Des weiteren hat es auch durch den Landesarbeitskreis der kirchlichen Beamten und Angestellten Sachsens wiederum mehrere Rüstzeiten durchführen lassen, die neben der Erweiterung und Festigung kirchenverwaltlicher Kenntnisse vor allem auch der geistlichen Zurüstung und der Förderung der Gemeinschaft dienen. In diesem Zusammenhang sei schließlich noch dankbar vermerkt, daß die staatlichen Stellen die Genehmigung zur Neuauflage von Rüstbriefen erteilt haben, die für die private fachliche Fortbildung von großem Wert sind. Die Sorge um geeigneten und genügenden Nachwuchs besteht nach wie vor. Deshalb muß immer wieder die Bitte an die Kirchengemeinden ausgesprochen werden, in dem Bemühen nicht nachzulassen, Nachwuchskräfte auch für die kirchliche Verwaltung zu gewinnen.

III. Bericht von den Hilfsmitteln für die Arbeit in der Gemeinde

Die *finanzielle Entwicklung* unserer Landeskirche in den vergangenen Jahren ist im letzten Tätigkeitsbericht ausführlich dargetan worden. Ich begnüge mich deshalb mit einigen kurzen Bemerkungen über die Entwicklung in diesem Rechnungsjahr:

Das bisherige *Kirchensteueraufkommen* im Jahre 1961 hat sich gegenüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres nicht verschlechtert. Das ist um so bemerkenswerter, als

sich in den letzten Jahren die Zahl der Kirchenglieder aus bekannten Gründen verringert hat. Dieses Ergebnis ist zu einem guten Teil auf die unermüdliche Arbeit unserer Kirchensteuerstellen zurückzuführen, denen hierfür herzlichst gedankt sei.

Das *Kollektenaufkommen* hat sich im letzten Jahre erfreulicherweise weiter erhöht. Auch bei den Spenden für Bauten und für besondere dringende Aufgaben ist vielerorts diese zunehmende Opferbereitschaft sichtbar.

Der Staat hat auch im vergangenen Jahre wie in den letzten Jahren vorher die *Leistungen*, die in Artikel 45 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verankert sind, gekürzt gezahlt. Mit diesen Zahlungen gelten nach dem vom Staate eingenommenen Standpunkt als abgegolten auch die Beträge an wiederkehrenden Leistungen aus verschiedenen Rechtsgründen – nicht aber auf Grund bürgerlich-rechtlicher Verträge –, auf welche Kirchengemeinden gegenüber politischen Gemeinden einen Anspruch erheben. Diese Beträge sind in dem angemeldeten Betrage nicht mit enthalten.

In Übereinstimmung mit den anderen Gliedkirchen ist das *Rechnungsjahr* in unserer Landeskirche auf das Kalenderjahr festgesetzt worden. Damit hat sich die Kirche auch der Ordnung angeschlossen, die sonst allenthalben gilt.

Die *Dienstbezüge* der geistlichen und der nichtgeistlichen kirchlichen Amtsträger sind, soweit es die finanziellen Verhältnisse der Kirche zuließen, behutsam angehoben und damit den veränderten Verhältnissen angepaßt worden durch das Kirchengesetz über die Änderung von Bezügen der im kirchlichen Dienst Beschäftigten vom 26. November 1960. Es sollte damit besonders den jüngeren Amtsträgern wirksam geholfen werden.

Die Unterschiede zwischen der Vergütungsordnung der Landeskirche und der Vergütungsordnung der Inneren Mission bereiten manche Schwierigkeiten. Dies zeigt sich besonders beim Übergang von Angestellten aus dem landeskirchlichen Dienst in den Dienst der Inneren Mission und umgekehrt. Schätzungen haben ergeben, daß bei einer Angleichung der Vergütungsordnung der Inneren Mission an die Vergütungssätze der Landeskirche ein Mehraufwand von jährlich etwa 700 000 DM auf die Innere Mission fallen würde.

Viel Kopfzerbrechen und viel Verdruß haben die Fragen bereitet, die das *Kirchengesetz über die Erfüllung finanzieller Pflichten* gegenüber der Kirche vom 6. Dezember 1956 behandelt. Es handelt sich hier um die Kirchenzucht an Kirchensteuersäumigen. Es ist bisher nicht möglich gewesen, befriedigende Lösungen zu finden. Darin offenbaren sich die Schwierigkeiten, in denen die Kirche sich in der Übergangssituation befindet.

Der Umfang der *Motorisierung*, die Aufnahme der Haltung und Pflege der Fahrzeuge in die haushaltplangebundene Verwaltung – besonders bei den Kirchenbezirken – machte den Erlaß der landeskirchlichen Verordnung vom 28. Oktober 1960 notwendig. Es war wohl das Gegebene, die staatliche Regelung zugrunde zu legen, nachdem vorher gewissenhafte Berechnungen angestellt worden waren. Daneben sind aber die besonderen Verhältnisse der kirchlichen Amtsträger berücksichtigt worden. Auch ist ausdrücklich ein Härteausgleich vorgesehen worden für Fälle, in denen die Normen der Verordnung zu keinem angemessenen Ausgleich führen.

Bereits im letzten Tätigkeitsbericht ist darauf hingewiesen worden, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft auch die Kirche mit ihrem *landwirtschaftlichen Grundbesitz* vor ernste Probleme gestellt hat. Es ist im Zusammenhang damit die Bitte an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ausgesprochen worden, in grundsätzlicher Aussprache die Klärung dringender Sach- und Rechtsfragen herbeizuführen. Leider ist dieser Bitte trotz wiederholter Vorstellungen auch seitens der Bischöfe der Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik bis zum heutigen Tage nicht entsprochen worden. Es harren daher immer noch der Entscheidung Fragen, die den kirchlichen landwirtschaftlichen Grundbesitz und zum anderen die eigenbewirtschafteten kirchlichen Güter betreffen. Es handelt sich hier vor allem um die von den kreisrätlichen, auch bezirksrätlichen Stellen vorgenommene verschiedenartige Auslegung der Rechtsgültigkeit der bestehenden Pachtverträge, die zu nachträglichen finanziellen Auswirkungen für die be-

troffenen Kirchgemeinden führt. Bei den eigenbewirtschafteten kirchlichen Landwirtschaften geht es darum, eine Klarstellung der künftigen Behandlung bezüglich ihrer Veranlagung im Rahmen der durch die Sozialisierung der Landwirtschaft sich ergebenden neuen Planökonomie zu erzielen. Die vom Landeskirchenamt verwalteten Pfarrgüter – zur Zeit sind es neun – haben sich in Durchführung eines geordneten Aufbaus, insbesondere auch durch Verbesserung und Vermehrung der Viehbestände, weiter gefestigt. Dazu beigetragen haben auch die Verwalter und landwirtschaftlichen Mitarbeiter der kircheneigenen Güter, die unermüdet bestrebt waren, oft bei fehlenden technischen Voraussetzungen und mangelnder Unterstützung durch die Maschinen-Traktoren-Station, die höchstmöglichen Leistungen zu erzielen. Nicht unbeachtet darf in diesem Zusammenhang bleiben, daß kirchliche Amtsträger – Geistliche, Angestellte, Arbeiter und andere – neben ihrem kirchlichen Dienst sich zum Landeinsatz in Tages- und Wocheneinsätzen zur Verfügung gestellt und damit zur Erfüllung der den Pfarrgütern gestellten Aufgaben nicht unwesentlich beigetragen haben. Ferner haben auch die Studierenden in den kirchlichen Ausbildungsstätten, wenn es Not am Mann war, sogar während der Schulzeit, mindestens aber in der Regel zwei Wochen während der Ferien, freudig und tatkräftig in der kirchlichen Landwirtschaft geholfen. All diesen Helfern sei an dieser Stelle einmal ganz besonders gedankt.

Bei der Verwaltung des *kirchlichen Waldbesitzes* handelt es sich zu einem großen Teil um Streuwald, dessen einheitliche Verwaltung schwierig ist und der sich in seiner Größe und Beschaffenheit schwer übersehen läßt.

Für den *forstlichen Landbesitz* der Kirchgemeinden ist vorgesehen, künftig eine bessere Anleitung für dessen Verwaltung zu geben. Die Möglichkeiten hierzu werden beraten und erforderlichenfalls zur gegebenen Zeit geschaffen werden.

Es zeigte sich, daß in der Berichtszeit leider erhebliche Verluste an *kirchlichem Landbesitz* eintraten. Folgende Ursachen sind hier maßgebend:

a) Trümmergrundstücke werden auf Grund des Aufbaugesetzes in Anspruch genommen. In all den Fällen, wo das Gelände für kirchliche Zwecke dringend benötigt wird, werden von den zuständigen kirchlichen Dienststellen Einwendungen gegen die Inanspruchnahme erhoben. Zumindest wird als Ersatz für das verlorengegangene Gelände Tauschland gefordert. Obgleich diese Möglichkeit gesetzlich besteht, sind es nur ganz wenige Fälle, in denen uns Tauschland zugebilligt wird. Im allgemeinen werden wir auf die Geldentschädigung nach Maßgabe des Entschädigungsgesetzes verwiesen. Leider ist es mehrfach vorgekommen, daß uns Grundstücke im Wege des Aufbaugesetzes weggenommen wurden, bei denen man noch Jahre zuvor zugesichert hatte, daß man einem kirchlichen Wiederaufbau nichts in den Weg legen werde. Ein solcher Fall ist zum Beispiel der der Johanneskirche in Dresden, ferner der des Grundstückes Hohe Straße 52 in Dresden, das wir für den Bau eines Emeritenheimes im Jahre 1954 gekauft hatten.

b) Ein weiterer Fall des Landverlustes ist der, daß kirchliches Land von den örtlichen Staatsorganen benötigt wird. Hier handelt es sich überwiegend um landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Die Staatsorgane bieten uns im allgemeinen zunächst einen Kaufvertrag an, drohen jedoch meistens zugleich mit der Anwendung des Aufbaugesetzes. Hier gibt es mehrere Fälle, wo uns früher einmal günstiges Tauschland versprochen worden war, wo man aber dann unvermittelt, ohne auf die früheren eingehenden Verhandlungen zurückzukommen, das Aufbaugesetz zur Anwendung gebracht hat. In verschiedenen Fällen waren Tauschverträge über kirchliches Land bereits mit den örtlichen Organen abgeschlossen. Die übergeordneten Stellen genehmigten diese dann nicht und brachten auch hier das Aufbaugesetz zur Anwendung.

c) Diese Verluste von kirchlichem Land an den Staat sind um so bedauerlicher, als ein Ankauf neuer Grundstücke jetzt fast unmöglich gemacht ist. Nach dem sächsischen Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken bedarf jede Veräußerung eines bebauten oder unbebauten Grundstückes oder Grundstücksteiles der Genehmigung der zuständigen Ver-

waltungsbehörde. Diese Genehmigung wird nur noch in sehr seltenen Fällen erteilt. Außerdem steht den Stadt- und Landkreisen an den Grundstücken ihres Bereiches ein gesetzliches Vorkaufsrecht zu, das dann geltend gemacht wird. Dieses Vorkaufsrecht wird jetzt auch sehr oft bei Vermächtnissen, Schenkungen und sogar Erbfällen geltend gemacht, so daß die Stadt- und Landkreise dann einfach Eigentümer der Grundstücke werden, die uns übertragen werden sollten.

Die Ehrlichsche Schul- und Armenstiftung (*Ehrlichsches Gestift*) in Dresden ist durch Beschlüsse des Rates der Stadt und der Stadtverordneten aufgelöst und das restliche Stiftungsvermögen auf Anordnung des Rates des Bezirkes in das Eigentum des Volkes überführt worden. Das Landeskirchenamt hat hiergegen Einspruch eingelegt. Der Rat der Stadt hat den Einspruch abgelehnt. Das Vorliegen einer kirchlichen Stiftung wird bestritten. Ein weiterer Einspruch an den Rat des Bezirkes ist in Bearbeitung. – Im übrigen ist die Lage in *Stiftungsangelegenheiten* unverändert.

In dem Altersheim, das vom Landeskirchlichen Amt für Innere Mission in dem geeigneten Gebäude der aufgelösten Waisenhausstiftung in Marienberg unterhalten wird, befinden sich zur Zeit noch zwei Insassen. Da Zuweisungen neuer Insassen durch die staatlichen Stellen nicht erfolgen, soll das Heim aufgelöst werden, sobald eine anderweitige Unterbringung der beiden Insassen möglich geworden ist. Eine Entscheidung über den gegen die Auflösung der Stiftung eingelegten Einspruch steht gleichfalls noch aus.

Aus der *Hypothekenverwaltung* ist folgendes zu berichten: Neben der Beratung von Untergliederungen der Landeskirche in Hypothekenrechtsfällen werden 113 Hypotheken der Landeskirche oder von Stiftungen und besonderen Vermögensträgern, die von der Landeskirche verwaltet und vertreten werden, im Landeskirchenamt direkt bearbeitet. In dieser Zahl sind zahlreiche Ruinenhypotheken enthalten. Besonders handelt es sich hier um belastete Trümmergrundstücke im Stadtgebiet Dresdens. Der Kapitalbetrag dieser Hypotheken wird mit rund 340 000 DM beziffert. Durch das lang erwartete Gesetz über die Entschädigung bei Inanspruchnahme nach dem Aufbaugesetz – Entschädigungsgesetz – vom 25. April 1960 ist zwar den Hypothekengläubigern ein Ersatz für die durch den Übergang in das Eigentum des Volkes erloschenen Hypotheken gewährt worden, aber die Praxis hat bisher gezeigt, daß dieser Geldersatz nur in wenigen Fällen ganz oder teilweise verwirklicht werden konnte. Durch die vorrangige Belastung vieler Grundstücke mit Aufbaugrundschulden und Hypotheken, die zur Sicherung staatlicher Aufbaukredite eingetragen wurden, gehen Zinsen und Amortisationen für die Landeskirche als Hypothekengläubiger oft nur schleppend und nach schwierigen Verhandlungen ein. Aus diesem Lagebericht ist zu erkennen, daß sich die Bedeutung der Hypothek für die kirchliche Finanzwirtschaft wesentlich verringert hat. Die Anlage kirchlichen Vermögens in Form hypothekarisch gesicherter Darlehen ist nur selten noch zweckmäßig. Andere Wege müssen gesucht werden.

Die Schwierigkeiten auf dem Gebiete des *kirchlichen Bauwesens* haben sich auch im Jahre 1961 leider insofern nicht verringert, als von den staatlichen Stellen die von uns erbetenen Lizenzen für kirchliche Bauvorhaben nicht in dem gewünschten Umfang gegeben wurden, auch die erforderlichen Arbeitskräfte und Baumaterialien in zahlreichen Fällen nicht vorhanden waren. Dennoch konnte viel geschaffen werden, um Kirchen, Pfarrhäuser und andere kirchliche Gebäude instandzusetzen, wovon nur das Wesentliche berichtet werden soll:

In *Dresden* sind an der Dreikönigskirche auch in diesem Jahr die Sicherungsarbeiten weiter vorangetrieben worden, wobei ein Ökumenisches Aufbaulager wieder wertvolle Dienste geleistet hat. Der Wiederaufbau der zerstörten Kirche der Diakonissenanstalt geht seiner Vollendung entgegen.

Die Innernerneuerung des Domes in *Freiberg* steht ebenfalls vor ihrer Vollendung. In Schmiedeberg (Eph. Dippoldiswalde) ist die wertvolle Kirche, ein Werk George Bährs, nach vollständiger Innernerneuerung wieder eingeweiht worden.

Auch in *Leipzig* und Umgebung konnte eine Anzahl von Gotteshäusern erneuert werden, so in Engelsdorf, Klinga und Etzdorf, und mit der Deckung des Norddaches der Thomaskirche und der Instandsetzung des Daches und der Blitzschutzanlage der Nathanaelkirche in Leipzig konnte begonnen werden. In der vom Kohlenabbau besonders betroffenen Ephorie Borna sind mehrere Kirchen (Elstertrebnitz) erneuert, ferner ist mit umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an den Kirchen in Pegau, Lindenthal und Brandis begonnen worden.

In *Karl-Marx-Stadt* schreitet die Instandsetzung der St.-Jakobi-Kirche und der Wiederaufbau der zerstörten Kirche in Einsiedel voran. Die Erneuerung der Stiftskirche in Karl-Marx-Stadt Ebersdorf geht ihrer Vollendung entgegen.

Im *Erzgebirge* ist die weithin bekannte Kirche in Seiffen mit erheblichen Mitteln der Kirchgemeinde völlig erneuert worden; der Wiederaufbau der St.-Wolfgang-Kirche in Schneeberg schreitet voran. Auch hier bringt die Gemeinde laufend große finanzielle Opfer. Die Kirchen in Arnsfeld und Hohndorf sind auf eigene Kosten dieser Kirchgemeinden im Inneren völlig erneuert.

Im *Vogtland* ist mit der vollständigen Innenerneuerung der Kirchen in Treuen und Rodewisch begonnen und die Instandsetzung der Türme der St.-Jakobi-Kirche in Oelsnitz beendet worden.

In der *Lausitz* konnte die Neudeckung des Nordturmes der St.-Johannis-Kirche in Zittau und die Innenerneuerung der Kirche in Hainewalde durchgeführt werden.

Nach wie vor sind wir bemüht, den baulichen Zustand unserer *Pfarrhäuser* zu verbessern, so daß in einer großen Zahl von Pfarrhäusern die dringendsten Schäden beseitigt werden konnten. Darüber hinaus wurden auch Wohnungen für Emeriti und kirchliche Angestellte geschaffen. An den eigenbewirtschafteten Pfarrgütern sind umfangreiche Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und zwei Stallneubauten (Peritz und Taubenheim) errichtet worden.

Für unter *Denkmalschutz* stehende Kirchen sind staatliche Baubeihilfen in Höhe von etwa 5 % der von der Landeskirche aufgewendeten Mittel gegeben worden.

Namhafte *Spenden des Hilfswerkes* der Evangelischen Kirche in Deutschland haben es ermöglicht, besonders Pfarrhäuser instandzusetzen und neue Christenlehreräume in kircheneigenen Gebäuden zu schaffen und auszustatten. – Beiden Stellen gilt dafür unser herzlichster Dank.

Leider muß auch von 27 *Untaten* berichtet werden, die in diesem Jahre bis Ende September an Kirchen und kirchlichen Einrichtungen verübt wurden. Am schwersten wiegt dabei der Brand der Kirche in Pöhl, die vollständig vernichtet wurde, neun zum Teil widerliche Kirchen- und Friedhofsschändungen sind zu melden. Dazu erfolgten noch zwei Kircheneinbrüche, zwei schwere Grabdenkmalbeschädigungen, elfmal wurden Kirchenfenster oder kirchliche Schaukästen mutwillig zerstört und zweimal grober Unfug in oder an Kirchen verübt.

In der Arbeit des *Kunstdienstes* lag im vergangenen Jahr besonderes Gewicht auf der Verbindung dieser mit der katechetischen Arbeit. Die Bedeutung des Zeichnens im kirchlichen Unterricht war das Thema von Vorträgen vor Bezirkskatecheten der sächsischen und pommerschen Kirche. Der Kunstdienst veranstaltete ferner eine Ausstellung christlicher Grafik in Form einer Wanderausstellung für die Kirchgemeinden, damit diese sich intensiv mit der Ausdruckssprache und dem Willen junger Kunst auseinandersetzen können. Hierzu dienen kurze Interpretationen, die jedem einzelnen Werk mitgegeben wurde. Die 4. Weihnachtsausstellung in der Kreuzkirche in Dresden besichtigten 35 000 Besucher. Es wurden wiederum Laien- und Kinderarbeiten zur Ausschmückung des Weihnachtsfestes gezeigt neben wertvoller alter und neuer Volkskunst aus Mitteldeutschland, Böhmen und Tirol. Die Kunstdienst-Bildkammer hält schwarz-weiße und farbige Streifen bereit. Zur Belebung der Bildkammerarbeit und zur Entgegennahme von Anregungen und Hinweisen aus den Gemeinden und Werken wurde ein Bildkammer-Arbeitskreis ins Le-

ben gerufen, in dem sich Vertreter der Jungen Gemeinde, der kirchlichen Gemeindedienste, der Werke und der Inneren Mission zusammenfinden. Die regelmäßig erscheinende Bildreportage „Kirche im Jahreslauf“ erfreut sich zunehmender Beliebtheit.

Und nun noch ein Wort zum *Pressedienst* der Landeskirche:

Unser Gemeindeblatt „*Der Sonntag*“ erscheint wöchentlich in der durch Lizenz festgelegten Auflage von 40 000 Stück. Die Arbeit am „Sonntag“ muß in dem engen festgelegten Rahmen der Lizenzierung geschehen, so daß alle Wünsche und Anregungen, die auf eine Vergrößerung des Formates, des Umfanges, der Auflagenhöhe oder auf eine Erweiterung der Farbgestaltung zielen, keine Verwirklichung finden können. Zur Beurteilung aller anfallenden Fragen und Wünsche besteht ein Arbeitskreis, der freilich durch den Tod von Frau Magdalene Muntzschick eine empfindliche Lücke erhielt. Nach wie vor bestätigen die vielen Bestellungen, daß ein sehr viel höherer Bedarf in den Gemeinden vorliegt, als durch die Lizenzaufgabe erfüllt werden kann.

Wenn Mängel beim Erscheinen des *Amtsblattes* wahrgenommen worden sind, so sind sie einerseits auf den Personalmangel zurückzuführen, der den Druck verzögert hat. Es muß aber auch darüber geklagt werden, daß die Beiträge zum Amtsblatt zu spät eingehen und daß sich die Verfasser nicht daran gewöhnen, daß unter den gegebenen Umständen der Druck längere Zeit erfordert.

Für ihre dienstlichen Aufgaben sind die Pfarrer und die anderen Amtsträger der Landeskirche wieder mit dem besonderen *Amtskalender* der Landeskirche versorgt worden, der – den Bedürfnissen entsprechend eingerichtet – einem dringenden Bedarf entspricht. Er wird in gewissenhafter und emsiger Arbeit von Pfarrer i. R. Bornmann in Dresden und Kirchenoberinspektor Gasch im Landeskirchenamt vorbereitet. Die Evangelische Verlagsanstalt gibt ihn pünktlich in ansprechender Form und handgerechter Größe preiswert heraus.

Die Kontingentierung des Papiers zur Herstellung von *Vordrucken* für die kirchliche Verwaltung hat zu einer Zentralisierung der Herstellung und des Vertriebes bei der „Union“ Verlag und Druckerei Dresden und bei wenigen anderen Druckereien geführt. An der Verbesserung der Lagervordrucke wird laufend gearbeitet. Die Lücke, die durch den Fortfall des Neufriedstein-Formularverlages in der Versorgung der Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen entstanden war, konnte durch gute Zusammenarbeit zwischen dem Landeskirchenamt und dem Union-Verlag überbrückt werden. Auf diesem Gebiet zwingt die Lage dazu, jede bürokratische Anwendung von Vordrucken abzustellen und nur dort Arbeit mit Formularen zuzulassen, wo sie dem kirchlichen Leben dienlich und förderlich ist.

Was dem kirchlichen Leben dienlich und förderlich ist: Das ist allerdings der Maßstab für alles, was in der Gemeinde, im Kirchenbezirk und in der Landeskirche zu geschehen hat. Oder wäre auch mit diesen Worten das Entscheidende noch nicht gesagt? Ich glaube, daß diese Frage eine Antwort erfordert – und damit gehe ich in meinen Schlußbemerkungen bewußt über den Rahmen eines reinen Tätigkeitsberichtes hinaus.

Es liegt in der Natur eines Tätigkeitsberichtes, daß er sich stark mit der institutionellen Seite der Kirche beschäftigt. Man soll ihn darum nicht schelten, so wenig es gerecht ist, abschätzig von der Kirche als Institution zu reden. Wir würden uns wundern, welch geistlicher Schaden entstünde, wenn die Kirche als Institution versagte oder nicht vorhanden wäre. Darum beschäftigen wir uns auch in der Synode ernsthaft mit allen Fragen, die uns von daher aufgegeben sind, und wissen, daß darin unsere Verantwortung vor dem Herrn der Kirche besteht.

Freilich darf in keinem Augenblick vergessen werden, daß alle Verwaltung dienenden Charakter hat, daß alle berichtsmäßig und statistisch faßbare Betriebsamkeit höchstens die Auswirkungen des wesentlichen Geschehens in den Blick bekommt, daß Kirche im Wesen mehr ist als Institution und daß es gerade um dieses Mehr geht: nämlich, daß Gottes Geist Menschen zum Glauben und damit zur Erneuerung führt und darin erhält. Und

es kann sein, daß das gerade an Stellen geschieht, auf die ein Bericht nicht blickt. Und es kann sein, daß das gerade unter Umständen sich vollzieht, wo man es am wenigsten erwarten sollte. Nach Gottes Verheißung erfolgt das dort, wo er durch Wort und Sakrament sein Volk sammelt. Dahin auch heute unsere Aufmerksamkeit zu richten, scheint mir wichtig. Es ist nichts so vordringlich, als daß wir diesen Dienst der Kirche mit aller Treue, Gewissenhaftigkeit, Ernsthaftigkeit und Freude ausrichten. Dabei stehen alle Verheißungen Gottes für uns.

Was wir mit unseren Fähigkeiten in der Institution Kirche tun, dient diesem Geschehen, das wir von Gott erbitten Tag um Tag. Das Evangelium zu verkündigen ist unsere Aufgabe. Eine einfache, beinahe selbstverständliche Formulierung. Aber wissen wir alle wirklich, was das bedeutet, Evangelium zu verkündigen? Christus ist gekommen, uns vom Zorn und Gericht Gottes zu erretten. Er gehört nicht zu den Menschen, die meinen, durch eine neue dem alten Menschen die Vollmacht geben zu können, alles zum Besten zu wenden. Er ist gekommen, uns vom Zorn und Gericht Gottes zu erretten. Da bleibt kein Raum für menschlichen, erst recht nicht für kirchlichen Ruhm, auch nicht für den Ruhm des frommen Einzel-Menschen. Ohne Christus gehen wir mit der Welt dem Gericht Gottes entgegen, und das Gericht fängt an am Hause Gottes. Evangelium kann nicht verkündigt und gehört werden ohne die Furcht Gottes, die die Furcht vor Menschen und Ereignissen überwindet. Über Gottes Spruch sind wir nicht Herr. Darum bleibt hier kein Raum für menschliches Selbstvertrauen, kein Preisen der eigenen Taten und kein Pochen auf die eigene Moral. Deshalb steht das Evangelium im Widerspruch zu allen unseren Versuchen der Selbstrechtfertigung.

Wissen wir auch im engsten Kreis der Kirche um diese Furcht Gottes? Wird das Evangelium so unter uns verstanden und verkündigt? Nur mit tiefem Erschrecken kann ich immer wieder einmal hören, daß Menschen nach einer Kirche ausschauen, die das Schuldbekenntnis hinter sich gelassen hat, für die Schuld nur eine Sache der Vergangenheit ist. Ich will nicht falsch verstanden werden: Natürlich gehört das Kämpfen gegen neue Sünde zum Wesen des Christenlebens und der Kirche. Und wehe der Kirche, die hier nicht in der heilsamen Furcht Gottes stünde und sich dabei beruhigte, daß wir allzumal Sünder sind! Aber eine Kirche, die das ins Auge faßt, daß sie aus dem Schuldbekenntnis herauswächst, braucht ja wohl das Evangelium und den Herrn Christus nicht mehr. Ich wünschte, wir wären darin einig: das ist nicht unsere Kirche! Gott sei Dank! Ich wüßte in der Bibel nur ein Beispiel für solche Kirche, nämlich den Pharisäer im Gleichnis, der nicht ist wie die anderen Leute und gerade darum so unrettbar in seiner Sünde bleibt. Verstehe ich die Bibel recht, wenn ich sage: da ist der äußerste Gegensatz zum Leben aus der Gnade unseres Heilands Jesu Christus, da ist das Evangelium entstellt zu einer Bestätigung des moralischen, vielleicht dann auch des christlichen Menschen, und er wird immer – und das kann man auch greifen – genauso aussehen wie der Pharisäer im Gleichnis, genauso überheblich, genauso unbarmherzig und genauso blind.

Das Evangelium, von dem wir leben und das wir verkündigen, läßt uns in keinem Augenblick bequem ausruhen auf gegenwärtiger oder vergangener Sünde. Aber es hält uns dort fest, wo wir die Armen bleiben, die allein Gottes Gnade reich machen kann. Wir predigen den gekreuzigten Christus, den Juden ein Ärgernis und den Griechen eine Torheit. In ihm allein liegt unsere Gewißheit und unsere Freudigkeit. Im Blick auf ihn sind in der Schrift die Aussagen gemacht, die nicht nur vom Glauben, sondern vom Wissen reden: Wir wissen, daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen. Ich weiß, an wen ich glaube. Und ich denke, es gibt viele Menschen in unserer Kirche, denen in einer unbegreiflichen Weise dies immer wieder geschenkt wird, daß sie darin fröhlich und gewiß werden und daß sie dafür danken, daß sie nichts anderes weiterzutragen haben als das Evangelium. Daneben stehen aber in der Schrift die Stellen, die von einem Nicht-Wissen im Blick auf den Menschen reden. Paulus weiß im Philipperbrief nicht, ob er sich den Tod oder die Errettung von dem Tod wünschen soll. Im Römerbrief sagt er sogar –

wundern wir uns noch darüber? —: „Wir wissen nicht, was wir beten sollen, wie sich's gebührt.“ Und der Herr selbst setzt voraus, daß seine Jünger in entscheidender Stunde nicht wissen, wie sie sich verantworten sollen, sondern: es wird euch zu jener Stunde — ich sage: erst zu jener Stunde — gegeben werden, was ihr sagen sollt. All solches Nicht-Wissen ist begründet darin, daß die Kinder Gottes, die Erlösten Jesu Christi, nicht selbstmächtige Menschen sind. Der natürliche Mensch weiß zumeist sehr genau, was er will; er weiß im voraus, was man tun muß, und mißt alles nach dem eigenen Maßstab. Er weiß genau, wie Versöhnung geschieht und welche Wege man in der Welt zu gehen hat. Und weil er auf Gott nicht mehr hört, hört er auch auf die anderen Menschen nicht. Und der nicht unter dem Kreuz stehende Christ, der weiß wohl in jedem Augenblick sehr genau, was er beten soll oder was Gott erfüllen muß. Aber hier steht Christus barmherzig wider uns. Ich sage das, weil uns Christen, wenn ich recht sehe, hier eine ernste Versuchung droht, und weil uns ja hier eine große Not begegnet. Wie oft wissen wir bei Einzelentscheidungen nicht, was richtig ist, stehen dann auch in unseren Meinungen gegeneinander und leiden schmerzlich unter den Unklarheiten. Es gibt dann immer den Versuch, aus der Not herauszukommen, indem wir die eigene Meinung absolut setzen, und so tun, als ob wir alles wüßten. Ich denke aber, das ist der unchristliche Weg, denn er ist nichts anderes als die Selbstrechtfertigung durch eigene Klugheit. Das aber ist das Evangelium, daß wir nicht zu verzagen und untätig zu werden brauchen, auch wenn wir ruhig eingestehen, daß wir vieles nicht wissen. Denn daß Christus unsere Entscheidung in seine barmherzigen Hände nimmt, das ist unsere Zuversicht. Das hemmt den, der das Wort von der Vergebung Jesu Christi gehört hat, nicht, tätig zu sein; aber es macht ihn frei von der schwersten Fessel: von sich selbst. Und was uns oft so große Not macht — vielleicht auch jetzt am Anfang unserer Synode —, daß wir in vielen Dingen eben nicht wissen, wie und was wir sagen sollen, das hält uns ja wohl bei der Seligpreisung fest: „Selig sind, die da geistlich arm sind, denn das Himmelreich ist ihr.“ Wir sollten uns hüten vor denen, die alles wissen, und sollten bitten, davor bewahrt zu werden, daß wir ihnen gleichen. Wir sollten uns hüten, uns selbst wegzubewegen von dem Platz, an dem die Seligpreisungen gelten, nämlich von dem Platz, wo die geistlich Armen und Leidtragenden und wie sie alle heißen gesucht werden. Denn an diesem Platz steht nach dem Willen der Gnade Gottes der eine, der uns rettet.

Hier liegt ja auch das Geheimnis wahrer Gemeinschaft. Wir werden sie nicht finden, wenn wir die Uniformität anstreben. Es mag für die Welt oft unverständlich sein und ist doch so: Es gibt eine innerste Gemeinschaft der Christen auch bei sehr weitreichenden Unterschieden, in der Ortsgemeinde, in der Landeskirche, in der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der ganzen Christenheit auf Erden. Sie hängt damit zusammen, daß wir vor dem Angesichte Christi unsere Meinungen nicht mehr vergötzen können. Es kann ja sehr wohl sein, daß uns gerade aus dem Andersdenkenden in irgendeiner Weise der Herr anredet.

Mit alledem meine ich, in ein paar Punkten weitergesagt zu haben, was uns im Evangelium von Christus gegeben ist. Die letzte und entscheidende Frage an uns wird immer die sein: Sind wir darin einig, daß ein Einziger zu loben und zu preisen und einem Einzigen zu vertrauen ist, nämlich dem Herrn Jesus Christus? Und sind wir dabei fröhlich bereit, selbst durch das Sterben zu gehen mit unserem Anspruch, mit unserem Wissen, mit unserer Meinung?

Dieses Evangelium ist der eine Schatz. Wer sagt, es sei eine alte vergangene Formel, der hat wohl noch nicht begriffen, was dieses Evangelium den Menschen bedeutet, die im Raume der Seligpreisungen stehen. Dieses Evangelium — nicht irgendeins — zu verkündigen, ist Auftrag unserer Kirche. Dieses Evangelium zum Maßstab all unseres Tuns und Handelns zu machen, das ist der Auftrag der Gemeinde Christi. Daß es rein verkündigt wird und daß wir auch heilig als die Kinder Gottes danach leben, darum bitten und darum ringen wir. Wo diese Aufgabe erfüllt wird, dient die Kirche der Welt mit

dem, was ihr anvertraut ist, mit dem einen unverwechselbaren und unersetzbaren Wort, mit dem Wort von der Gnade Gottes in unserem Herrn Jesus Christus.

Brüder und Schwestern! Das hat im letzten Jahr über uns gestanden – das soll auch über unserem weiteren Weg stehen!

HIER IST GEDULD UND GLAUBE DER HEILIGEN

Vortrag von Bischof D. Ernst Hornig auf der Synode der Evangelischen Kirche von Schlesien vom 23. bis zum 25. Oktober in Hoyerswerda

Wie gegenwartsnah die Bibel zu uns Menschen von heute zu reden vermag, erfuhr ich in diesen Tagen. Als ich eine Auslegung von Kapitel 13 der Offenbarung Johannes zur Hand nahm, las ich folgendes:

„Wozu lehrt der Herr seinen Apostel, hinter seiner und hinter unserer Zeit die Züge des Antichrists zu suchen und zu erkennen? Damit wir das Leid der Christen in dieser Zeit verstehen und die Versuchung dieser Zeit als Christen bestehen. Die Offenbarung Johannes zeigt mit ungeheurem Ernst: angesichts der Macht, der Größe und des Glanzes, die die christusgegnерische Welt entfaltet, angesichts des Wunders der Erneuerung und der riesenhaften Taten und Unternehmungen, die sie vollbringt, angesichts der zwingenden Beweise dafür, daß hinter ihr die Wirklichkeit und die Macht stehen, und angesichts der Gefahr der Vereinsamung, in die man gerät, wenn man abseits stehen bleibt, ja angesichts der Unmöglichkeit zu existieren, wenn man keine Zugeständnisse macht, wird es für Menschenkraft nicht möglich sein, dem Herrn die Treue zu halten.“ Soweit die Auslegung.

Werden wir durch diese Worte angesichts der Zunahme des Abfalls vom Glauben, der verdeckten oder offenen Gottlosigkeit in unserem Volk und der Erfolge, die die Welt ohne Gott heute für sich buchen kann, nicht sehr lebendig und eindrucklich an die Lage erinnert, in der sich die Gemeinde Christi heute weithin befindet? Aber sollte es in der Welt von heute wirklich unmöglich sein, daß die Christen ihrem Herrn die Treue halten?

Die Auslegung zum Buche der Offenbarung fährt fort: „Da wird es nur eins geben, was uns bewahren kann vor Verleugnung und Zugeständnissen: das Blut des Lammes, mit dem wir ins Lebensbuch geschrieben sind; das ist, was Jesus für uns getan hat und an uns tut. Nur das rettet uns, daß wir glaubend daran festhalten, indem wir uns von ihm festhalten lassen.“ So sagt der Ausleger.

Was die Kirche trägt, ist nicht die Tapferkeit ihrer Bekenner, eine Tapferkeit, die aus der Natur des Menschen herrührt, sondern das Ausharren unter Bedrängnis und Haß, Einsamkeit und Leiden, ein Ausharren, das nach der Hilfe des Herrn ausschaut und daraus seine Kraft schöpft. In solcher Geduld des Harrens und Hoffens hat die Kirche in den schwersten Zeiten ihrer Geschichte ausgehalten und den Ansturm der Welt überwunden. Von Gott, nicht von uns, geht heute die Kraft der Geduld aus, die die Gemeinde Christi inmitten des gegenwärtigen Kampfes zwischen Glaube und Unglaube täglich nötig hat und die sie allein bewahren kann.

1.

Wir stehen, wenn wir die Lage der Kirche heute überblicken, zunächst vor der Tatsache, daß die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland angefochten ist. Vorzeichen dafür gab es, als bei der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin im Februar dieses Jahres einige Synodale aus dem Westen nicht nach Ost-Berlin kommen durften, zum Beispiel der bisherige Präses der Synode von Dietze, die Bischöfe Haug-Stuttgart und Lilje-Hannover sowie Präses Beckmann-Düsseldorf, so daß der Eröffnungsgottesdienst im Demokratischen Berlin der Marienkirche Lücken zeigte. Hier hat sich die Lage schnell weiter gewandelt und nicht zum günstigen. Während ich dank der behördlichen Genehmigung noch im Herbst vorigen Jahres die gesamtdeutsche Kirchenkonferenz

der Evangelischen Kirche in Deutschland und eine ökumenische Tagung in und bei Frankfurt am Main sowie unsere Patenkirche Oldenburg auf einer Predigt- und Vortragsreise besuchen konnte, sind nun diese Tagungen, soweit sie im Westen stattfinden, für die leitenden Männer der Kirche des Ostens verschlossen. Auch ist zur Zeit nicht abzusehen, ob eine gesamtdeutsche Zusammenkunft, eine Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, eine Konferenz der Kirchenleitungen oder auch nur leitender Männer aus Ost und West in nächster Zukunft möglich sein wird. Wir müssen mit der gegenwärtigen äußeren Trennung der Einheit der Kirche in Deutschland rechnen, die wir als Christen nur tief bedauern können. Aber dennoch gilt es, daß wir uns nicht entmutigen lassen, sondern tun, was wir können, um die Einheit unserer Kirche über die Grenzen hinweg festzuhalten, ja zu stärken. Das Denken aneinander vor Gott in der Fürbitte hat hier seinen Platz. Als in den Jahren des Krieges die Christen in den Kirchen Europas und darüber hinaus vielfach voneinander abgeschnitten waren, sagte der Bischof Eivind Berggrav von Norwegen rückblickend: „In diesen letzten Zeiten haben wir vertrauter miteinander gelebt als in Zeiten, in denen wir miteinander Gemeinschaft hatten. Wir beteten mehr zusammen, wir hörten miteinander mehr auf Gottes Wort, unsere Herzen waren enger verbunden.“ So kann auch jetzt, wenn Gott uns dazu hilft, aus der Not der Trennung, die wir alle schmerzlich spüren, eine Vertiefung unserer Gemeinschaft in der Evangelischen Kirche in Deutschland hervorgehen und eine geistliche Stärkung der ganzen Kirche erwachsen. Bis dahin gilt es, die Last der Trennung auf uns zu nehmen und uns in Geduld des Glaubens zu üben.

2.

Eine Maßnahme hat unsere Kirche, und damit meine ich die ganze Evangelische Kirche wie unsere Provinzialkirche, besonders schwer getroffen. Das ist die Amtsbehinderung des obersten Geistlichen der Evangelischen Kirche, des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Kurt Scharf in Berlin. Als Präses D. Scharf, der 1951 seinen Westberliner Ausweis abgegeben und sich gleichzeitig für den Umzug nach Ostberlin entschieden hatte, mit seinem Ostausweis am 31. August dieses Jahres von einer genehmigten Fahrt nach Westberlin in den Demokratischen Sektor zurückkehrte, wurde ihm sein Personalausweis abgenommen und einbehalten. Das Wiederbetreten des Demokratischen Berlin wurde ihm untersagt. Als Gründe für diese Maßnahme wurden angegeben: 1. Er habe bei seinem Zuzug nach Ostberlin seinen Westausweis behalten und sich damit nicht eindeutig für ein Bürgerrecht in Ostberlin entschieden. 2. Er habe sich in einem Telegramm vom 16. August an den Staatsratsvorsitzenden und den Oberbürgermeister von Ostberlin für das ungehinderte Zusammenkommen von Familienangehörigen in Berlin eingesetzt. Seine Angehörigen wohnten in Westberlin. Es solle ihm die Möglichkeit gegeben werden, bei seinen Angehörigen zu leben. 3. Er sei als der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland der Leiter einer friedensfeindlichen Organisation.

In Wahrheit hat sich Präses Scharf seit 1951 nur im Besitz des Deutschen Personalausweises der Deutschen Demokratischen Republik befunden. In dem Telegramm hat es sich selbstverständlich nicht um sein persönliches Interesse am Zusammenleben mit seiner Familie gehandelt. Auch sind seine Versuche, für seine Familie Wohnraum in Ostberlin zu schaffen, an den Dienststellen des Magistrats von Ostberlin gescheitert. Gegen die Unterstellung, die Evangelische Kirche sei friedensfeindlich, hat Präses D. Scharf entschieden Verwahrung eingelegt.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in einer Erklärung zu diesem Vorgang seine Stimme für die Geltung des in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik garantierten Rechtes auf ungestörte Ausübung des kirchlichen Dienstes erhoben, gegen die Form der praktischen Ausweisung und der Behinderung des bischöflichen Dienstes protestiert und die evangelische Christenheit aufgerufen, den Vorsitzenden des Rates und die ihrer Leitung beraubten Gemeinden mit ihrem Gebet zu umgeben. Die

Bischöfe der Deutschen Demokratischen Republik haben sich brieflich zunächst an Ministerpräsident Grotewohl und dann an den Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht gewandt und um Rücknahme dieser Maßnahme gebeten. Unsere Pfarrer sind vom Sachverhalt unterrichtet worden. Die Kirche läßt sich durch eine solche Maßnahme nicht zu Erbitterung oder gar Auflehnung gegenüber der Obrigkeit hinreißen, sondern sie trägt solche Maßnahmen in der Geduld, die uns als Christen geboten ist. Sie wendet sich mit ihren Bitten an die Obrigkeit und verschweigt ihr ihre wahre Meinung nicht. Sie ruft die Hilfe des lebendigen Gottes an, der das Rufen seiner Gemeinde hört und auch die Herzen der Mächtigen lenken kann. So gilt in dieser Not und Anfechtung unserer Kirche, daß dies Eine vor allem nottut: „Hier ist Geduld und Glaube der Heiligen“, d. h. Geduld und Glaube seiner Gemeinde an allen Orten. So richten wir auf dieser Synode den Appell an alle Gemeinden unserer Kirche, des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und seines Vorsitzenden, Präses D. Scharf, im Gebet vor Gott namentlich und regelmäßig zu gedenken, bis diese Not von uns genommen ist.

3.

In einem Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom September dieses Jahres wird zunächst die überaus ernste Weltlage nüchtern ins Auge gefaßt. Es heißt dort: „Wir sehen die Gefahr für den Weltfrieden als so groß an, daß wir meinen, eine konkrete und ins Einzelne gehende Fürbitte gegen die ihn bedrohenden Gefahren und für die Wiederherstellung friedlicher Zustände in allen Teilen der Welt, in denen Menschen einander mit blutiger Gewalt bekämpfen oder mit Willkür und Terror unterdrücken, dürfe in keinem unserer regelmäßig stattfindenden Gottesdienste fehlen. Darüber hinaus sollten besondere Fürbitte-Gottesdienste für den Frieden in den einzelnen Gemeinden, aber auch solche übergemeindlicher Art in den kommenden Wochen und Monaten überall in der Evangelischen Kirche in Deutschland gehalten werden.“ Auch unsere Kirche ruft unsere Gemeinden aus dem besagten Anlaß zu anhaltendem Gebet und zur Fürbitte. Wohl nimmt die Fürbitte für die Obrigkeit und auch das Gebet um den Frieden in dem in jedem Sonntagsgottesdienst üblichen Kirchengebet einen festen Platz ein. Und daran soll auch in Zukunft nichts geändert werden. Aber die gegenwärtige Lage der Weltpolitik ist geradezu ein Weck- und Mahnruf an alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zu anhaltendem Gebet.

Daher heißt es im Wort des Rates der Evangelischen Kirche weiter: „Wir wollen Gott bitten, daß Er uns Frieden, Freiheit und Recht erhalte und daß Er sie uns wiederschenke, wo sie uns verloren sind. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohung des Friedens wollen wir vor allem zu Ihm flehen, Er möge uns vor den Schrecken eines modernen Krieges bewahren, mit dessen Ausbruch heute auch alle anderen Güter unseres Lebens vernichtet sein würden. Wir wollen Ihn um Weisheit, Kühnheit und Verantwortungsgefühl für die verantwortlichen Männer an der Spitze der Regierung bitten, daß sie Wege entdecken, den Frieden zu befestigen und zu gewinnen und daß sie entschlossen werden, diese Wege allen Widerständen und bösen Einflüssen zum Trotz unbeirrt zu gehen.“

Dieses Wort zeigt aufs neue, was die Kirche und ihre leitenden Organe immer wieder unermüdlich erklärt und bezeugt haben. Unsere Kirche betet für den Frieden der Welt, d. h. sie tritt bei der höchsten Macht im Himmel und auf Erden, bei dem lebendigen Gott, dem Herrn der Völkerwelt und der Weltgeschichte, für das ihr besonders anbefohlene Volk, für seine Existenz und für sein Leben ein. Sie ruft zu Gott um Frieden, aber zugleich um Freiheit und Recht, denn sie weiß, daß die Grundlagen wahren und dauerhaften Friedens die Freiheit der Völker und die Geltung des Rechtes in ihrer Mitte sind. Wir können daher angesichts dieser Haltung des obersten Organs unserer Kirche, und alle unsere Kirchenglieder werden ebenso mit uns empfinden, die Behauptung politischer Stellen Präses D. Scharf gegenüber, die Kirche sei eine friedensfeindliche Organisation, nur tief bedauern. Würden wir als Kirche lediglich menschlich und wie die Welt zu reagie-

ren und zu handeln haben, dann würden wir wahrscheinlich sagen: Wir sind es müde, unser Eintreten für den Frieden in der Welt immer aufs neue unter Beweis zu stellen. Da wir aber unter dem Gehorsam des Wortes Gottes stehen, suchen wir auch unter solcher Beschuldigung die Geduld zu zeigen, zu der wir als Christen gerufen sind.

Die Kirche hat, wie sie es stets tut, nicht heimlich im Dunklen geredet und gehandelt, sondern im Lichte der Öffentlichkeit vor aller Welt bezeugt, wie sie über Krieg und Frieden denkt. Als ein Beispiel für unzählige Verlautbarungen aus den letzten zwölf Jahren sei folgendes erwähnt: Im Jahre 1950 hat die Tagung der 1. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland in Berlin-Weißensee unter dem Thema gestanden: „Was kann die Kirche für den Frieden tun?“ Ihre Botschaft zum Frieden, bekannt unter dem Namen „Botschaft von Weißensee“, wurde damals auf alle mögliche Weise veröffentlicht. Sie gelangte zu unserem Bedauern nicht in die Presse der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist gut für die Gemeinde Christi, wenn sie sich heute dieser Worte erinnert, und auch die Politiker sollten davon Kenntnis nehmen, was die Evangelische Kirche damals gesagt hat und für sie noch heute gilt. Damals hieß es: „Wir rufen allen Gliedern unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdlich vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, daß sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen.“ Weiter hieß es: „Wir beschwören die Regierungen und Vertretungen unseres Volkes, sich durch keine Macht der Welt in den Wahn treiben zu lassen, als ob ein Krieg eine Lösung und Wende unserer Not bringen könnte.“ Am Schluß stand der dringliche Appell: „Was kann die Kirche für den Frieden tun? Noch ist Gottes Zorneshand über uns ausgereckt. Wo Er sich nicht erbarmt, sind alle unsere Bemühungen umsonst. Aber Er ist ein Gott des Friedens und verheißt uns seine Gnade. Darum müssen wir anhalten am Gebet für den Frieden.“

Unsere Kirchenleitung wird angesichts der gegenwärtigen Weltlage und auf Grund der Anregung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland die Gemeinden aufrufen, außer einer besonderen Fürbitte für den Frieden in den Sonntagsgottesdiensten im stärkeren Maße Wochengottesdienste und -andachten in den Gemeinden zu halten, in denen die Fürbitte für die Welt und die Sache des Friedens sowie für Freiheit und Recht unter den Völkern besonderen Ausdruck findet. Mitten in den Spannungen der Weltpolitik hat die Gemeinde Christi eine besondere Aufgabe, diesen Dienst des Gebets! Luther sagt: „Das Gebet ist nirgends so kräftig und stark, als wenn der ganze Haufe einträchtig miteinander betet.“ Das wollen und sollen unsere Gemeinden heute beherzigen. Aber nur dort wird Gebet und Fürbitte lebendig sein, wo man aus der Zuversicht zu Gott heraus betet, daß Er uns hört und unsere Not zu wenden bereit ist. So wird das Wort von der Geduld und dem Glauben der Heiligen zur Frage an uns, ob unser Christsein von dem Glauben getragen ist: Gott erhört Gebet! Nur dann wird unser Gebet den Arm Gottes bewegen.

4.

Nun aber wollen wir uns dem besonderen Geschehen und den uns besonders angehenden Fragen unseres Kirchengebietes zuwenden. Wenn unsere Gottesdienste nicht überall wie bisher besucht sind, sondern hier und da in unseren Gemeinden ein Rückgang des Gottesdienstbesuches zu verzeichnen ist, so hat diese Erscheinung verschiedene, großenteils zeitbedingte Gründe. Wohl stehen die Behörden dankenswerterweise auf dem Standpunkt, daß niemand gezwungen ist, Sonntagsarbeit zu leisten. Das ist uns mehrfach ausdrücklich versichert worden, so beim Rat des Bezirkes Dresden. In der Praxis sieht es aber so aus, daß unsere Gemeindeglieder in den Dörfern als Menschen in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sonntags weithin an ihre eigene Arbeit gehen, zu der sie in der Woche nicht ausreichend kommen. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß viele trotz der Schwierigkeiten, mit aller Arbeit fertig zu werden, ihren Sonntag sich nicht nehmen lassen und treu am Gottesdienstbesuch und den kirchlichen Zusammenkünften festhalten. Auch hier gilt weithin: „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“

In der Industriearbeit ist es verschieden. Aussprachen mit Kirchenältesten, die ich gelegentlich meiner Besuche in den Gemeinden wenn irgend möglich suche, haben mir gezeigt, daß sich in der Industriearbeit die Sonntagsruhe anscheinend stärker durchgesetzt hat, als es vor einigen Jahren schien. Aber ob es sich um Industrie- oder Landgemeinden handelt, überall gilt, daß das persönliche Bekenntnis zu Christus, das besonders im Besuch des Gottesdienstes zum Ausdruck kommt, aber auch in den vielfach üblichen Aussprachen, im weltlichen Bereich größere Bedeutung gewonnen hat als je zuvor. Wer bereit ist, sich offen zum Glauben und zu Christus zu bekennen und dies ruhig, aber klar und bestimmt tut, dessen Haltung wird meist auch respektiert, zumal wenn er sich auf die Bestimmungen der Verfassung hinsichtlich der Garantie der Glaubens- und Gewissensfreiheit beruft.

Besonders schwer haben es in dieser Hinsicht unsere Ältesten. Sie werden, da ihr Amt und ihr Einsatz für die Kirchengemeinde nicht verborgen bleiben, in Aussprachen nicht selten wegen ihrer christlichen Haltung zur Rechenschaft gezogen. Wir können Gott dafür dankbar sein, daß eine ganze Reihe unserer Ältesten in solchen Aussprachen ruhig und sachlich, aber ohne Umschweife und deutlich ihren Glaubenstandpunkt erklären. Jeder Älteste, der in solcher Anfechtung seines Glaubens seinen Mann steht, tritt damit nicht nur für seinen Glauben und für sich persönlich, sondern zugleich für viele andere Gemeindeglieder ein, die mit ihm eines Glaubens sind, aber noch nicht die Kraft haben, das rechte Wort zu finden. Ich habe die Zuversicht, daß einige wenige aufrechte Christen, die sich ihres Glaubens nicht schämen, die Atmosphäre eines ganzen Betriebes im guten Sinne beeinflussen und anderen Christen Halt und Hilfe sein können. Hier ist die Geduld und der Glaube der Christen geradezu auf die Probe gestellt.

Mit Sorge hat unsere Kirchenleitung mit den anderen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik das Arbeitsgesetzbuch, schon als es noch im Entwurf vorlag, zur Kenntnis genommen. Dort sind nicht nur die äußeren Arbeitsbedingungen geregelt, sondern durch seine Bestimmungen werden zugleich die Gewissen der Werktätigen an die sozialistische Moral gebunden. Nun kann aber der Christ die Gebote der sozialistischen Ethik und Moral nicht zur verbindlichen Grundlage seines Lebens und Arbeitens machen. Der Christ kann das erste Gebot Gottes nicht durch das erste Gebot der sozialistischen Moral oder Ethik ersetzen. Zwischen den zehn Geboten der Bibel und den zehn Geboten der sozialistischen Ethik klafft ein Widerspruch. Die zehn Gebote rufen zum Glauben an den lebendigen Gott und zum Gehorsam gegen Gottes Willen als der obersten Norm unseres Handelns; die zehn Gebote der sozialistischen Ethik dagegen rufen zu einer Lebensführung in der Ablehnung des Gottesglaubens und im Gehorsam gegen den Willen der Arbeiterklasse als der obersten ethischen Norm. Wir fragen uns, wie es bei diesem Sachverhalt möglich sein soll, die in der Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit festzuhalten und die Gewissen derer, die sich zum Christenglauben bekennen, nicht zu verletzen. Wir hoffen und erwarten als Kirche, daß unseren Gemeindegliedern aus dieser Schwierigkeit keine Nachteile erwachsen. Schließlich muß doch auch unserem Staat an jedem Bürger, der treu seine Pflicht in der Welt der Arbeit erfüllt, gelegen sein, auch wenn er Christ ist. Unsere Ältesten und Gemeindeglieder bitten wir, in allen Fragen, die ihre christliche Haltung inmitten ihrer Arbeitswelt angehen, rechtzeitig die seelsorgerliche Aussprache mit ihrem Pfarrer zu suchen. Es wird oft nicht leicht sein, heute immer die rechte Entscheidung zu fällen, denn die Entscheidung des Christen für den Gehorsam des Wortes Gottes wird von unserer Umwelt, in der wir leben, oft mißverstanden und daher falsch gedeutet, womöglich gar als Opposition angesehen und kann dann zum Konfliktfall führen.

Ein anderer Punkt von entscheidender Bedeutung ist die Erziehung unserer Kinder. Ehe und Familie sollen nach der Erklärung des Staatsrates vom 4. November 1960 dazu führen, daß auch in der Familie die Kinder „im Geiste der sozialistischen Weltanschauung und Moral erzogen werden“. Christen aber können auch als Staatsbürger in der Deutschen Demokratischen Republik nicht anders, als ihre Kinder gemäß ihrem Taufverspre-

chen im christlichen Glauben erziehen. Auch hier ist ein reger Besuchsdienst an den Eltern unserer Kinder notwendig und eine gesteigerte Verantwortung der Eltern und der in der kirchlichen Unterweisung Unterrichtenden not, unseren Kindern auf dem Wege des Glaubens vorwärts zu helfen. In einer Reihe unserer Gemeinden ist in dieser Hinsicht mehr als früher geschehen, wofür wir dankbar sind.

In den Entscheidungen, die auf uns zukommen und denen unser natürlicher Mensch ausweichen möchte und die er vielfach als ausweglos ansieht, wollen wir uns an das Wort halten, unter dem wir die gegenwärtige Lage unserer Kirchen sehen: „Hier ist das standhafte Ausharren und der Glaube der Heiligen erforderlich.“ So lautet unser Wort in der Übersetzung der Menge-Bibel. Die Geduld wartet auf den, der die Seinen in der Stunde der Anfechtung nicht allein läßt, sondern sie aus der Quelle seines Wortes trinken und von der Kraft seiner Gegenwart zehren läßt. So kann heute dem angefochtenen Glauben der Gottesdienst und in besonderer Weise die Feier des heiligen Abendmahls Trost des Gewissens und Stärkung von Leib und Seele sein. Vor allem aber sollte jeder, der in schwieriger Gewissensentscheidung steht, das Gespräch mit glaubenstreuen Christenmenschen suchen.

5.

Je angefochtener die Existenz des Christen unter uns ist, desto größere Bedeutung gewinnt die Gemeinschaft auf dem Boden der Gemeinde Christi. Die vorige Synode hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß unser Gemeindeleben reicher an Gemeinschaft ihrer Glieder untereinander sein möchte. Wir haben auch als Kirchenleitung in einem Schreiben an die Gemeindeglieder Anregungen dazu gegeben. Ich nenne nur das Sakristeigebet des Pfarrers mit denen, die im Gottesdienst mitzuwirken haben, die Begrüßung der Gemeindeglieder an der Kirchentür, die Gelegenheit, nach dem Gottesdienst sich untereinander treffen und sprechen zu können, die Familiengottesdienste, die die Kinder mit den Eltern im Gotteshaus vereinen, sowie die Ehepaarkreise, die hier und da entstanden sind. Ich hörte von einer Gemeinde in England, daß sie sich jeden Mittwoch abend nach dem kurzen Wochengottesdienst im Gemeindesaal trifft, und von einer deutschen Gemeinde, daß sie an einem bestimmten Kalendertag in den letzten Tagen des Monats stets ihren Gemeindeabend hält ohne Rücksicht auf den Wochentag. In dieser Woche fallen dann alle anderen Gemeindeveranstaltungen aus.

Es gibt viele Wege, Gemeinschaft zu pflegen und sich auf dem Boden der Gemeinde Christi menschlich nahe zu kommen. Je schwerer es wird, das Christsein in unserem Leben zu verwirklichen, desto mehr sollten wir zusammenrücken und uns gegenseitig austauschen, einander Mut machen und die anderen zu stärken suchen. Wenn wir das überall und immer tun, dann entdecken manche unter uns, daß ihr Leben im Austausch mit dem Christenleben anderer einen neuen Sinn und Inhalt gewinnt. Ja, sie erfahren oft zu ihrer Überraschung, daß dem anderen, der sich uns erschließt, eine größere Last auferlegt ist als uns. So können wir werden, was die neutestamentlichen Gemeinden zweifellos gewesen sind, Glieder einer füreinander einstehenden und füreinander betenden Gemeinde. Die Fürbitte, die im Gottesdienst geschieht und manchem nur als kirchliche Sitte erscheint, sollte nur der Anfang einer großen Kette von Gebeten und Betern sein, deren Glieder sich gegenseitig Halt geben. Heute und hier, in einer Zeit des Angriffs gegen den Glauben, in einer Welt, in der der Christ weithin einsam dasteht, hilft nur die Geduld und der Glaube der Heiligen, die fest auf ihren himmlischen Herrn gerichtet sind und von ihm Kraft und Durchhilfe erwarten.

Ein weiterer Hinweis, den wir von der letzten Synode her zu geben hatten, war der, daß die Gemeinde, die hier und da in ihren Zusammenkünften klein geworden ist, die große Zahl derer nicht vergißt, die draußen bleiben, obwohl sie den Christennamen tragen. Dieser Zustand darf uns keine Ruhe lassen. Wie die Unruhe in der Uhr ihre Räder bewegt, so sollte uns als christliche Gemeinde unter dem Worte Gottes die heilige Unruhe

packen und antreiben, an die zu denken, die sich nicht mit uns versammeln, nicht mit uns Gott loben, nicht mit uns sein Wort hören und beten. Sie scheiden sich, wenn sie sich von der Gemeinde trennen, nach Gottes Wort damit auch von ihrem Heil. Es ist an der Zeit, daß uns Christen die Größe und der Ernst unserer Berufung zum Reich Gottes und zum ewigen Leben aufgeht und daß wir anderen diese unsere große Berufung und Hoffnung zu zeigen suchen, die auch ihrer wartet oder der sie für immer verlustig gehen.

Die christliche Gemeinde der Zukunft wird nur in missionarischer Haltung ihrer Umwelt gegenüber existieren können. Andernfalls wird sie früher oder später vor der Welt kapitulieren müssen und von ihr als fade gewordenes Salz weggeworfen werden. Die erste Christenheit hatte es schwer, inmitten eines übermächtigen heidnischen Staates ihres Glaubens zu leben. Doch sie ließ nicht von ihrem Glauben, sondern bezeugte unter Anfechtungen und Gefahren für Gut und Ehre, Leib und Leben unbeirrt ihren Herrn gewiß nicht aus eigener Kraft und Klugheit, sondern allein in seinem Geist und seiner Kraft. Durch ihren unermüdlichen missionarischen Eifer erfüllte sich, daß ihr Glaube die Welt des Unglaubens überwand und den Sieg gewann. Sollte es in unserer Generation anders sein? Das Gespräch von Mensch zu Mensch, der Dienst des Besuchs an den Einsamen und Angefochtenen, der von dem Einzelnen, aber auch von der Gemeinde regelmäßig und planmäßig geübt werden sollte, der selbstlose Dienst an den Mitmenschen ist der Weg, den anderen das klare Zeugnis von Christus nicht schuldig zu bleiben und manchen von ihnen für Christus zu gewinnen. Er ist auch heute noch auf dem Plan, wenn wir ihm nur etwas zutrauen und seinen Beistand anrufen. Auch hier ist die Geduld und der Glaube der Heiligen am Platze. Jede Gemeinde frage sich, ob sie in ihrem Gemeindekirchenrat und Helferkreis schon alles bedacht und getan hat, um solchem nachgehenden, helfenden und seelsorgerlichen Dienst in der Gemeinde Bahn zu machen. Wir bieten unseren Gemeinden die Hilfestellung der Brüder an, die in der Zurüstung von Laien zum Besuchsdienst besondere Erfahrung haben.

6.

Schließlich sollten wir als Synode an einer Tatsache nicht vorübergehen. Die Delegation der Russisch-Orthodoxen Kirche war bei ihrem Besuch in den Kirchen der Deutschen Demokratischen Republik überrascht und auch in unserer Kirche davon beeindruckt, daß wir als Evangelische Kirche eine starke und weitreichende Liebestätigkeit mannigfacher Art haben. Jene Männer erklärten, sie sähen, unsere Evangelische Kirche wäre nicht nur eine Kirche des Wortes, sondern auch der guten Werke der Barmherzigkeit. Diese Arbeit, die wir Innere Mission nennen, ist in unserem Kirchengebiet im Verhältnis zu der anderer Kirchen mindestens doppelt oder dreimal so groß, weil große Anstalten der Inneren Mission von der Zeit vor 1945 her in unserem Kirchengebiet liegen, die einst von einer viel größeren Provinzialkirche mitgetragen wurden. Unser Dank gilt allen unseren Mitarbeitern der Inneren Mission, die seit Jahren treu im Dienste stehen. Wer jemals die große Schar der mehr oder weniger völlig Hilflosen, Gelähmten und lebenslang Pflegebedürftigen in unseren Anstalten in Rothenburg, dem schlesischen Bethel, gesehen hat, weiß, welcher aufopfernder und entsagungsvoller Einsatz von unseren Brüdern und Schwestern, die dort im Geiste Christi ihre Arbeit oft über ihre Kraft tun, tagaus, tagein, mitunter auch in der Nacht, gefordert wird. Die Sorge für diese unsere Liebesarbeit und unsere Mitarbeiter hat unsere Kirchenleitung dazu veranlaßt, unsere Gemeinden eindringlich zu erhöhter Opferwilligkeit für unsere Liebesarbeit zu rufen. Wir danken den Gemeinden, die sich haben rufen lassen und allen, die den Dienst der Liebe in unserer Kirche mit ihrem Gebet und Opfer tragen.

7.

Wir wollen nicht klagen oder gar anklagen, daß heute die Kirche äußerer Stützen durch die Welt beraubt im Kreuzfeuer ihres Angriffs steht. Zeiten des Kampfes und der An-

fechtung sind für die Kirche nicht die schlechtesten Zeiten. Wohl schlagen sie der Kirche Wunden und bringen ihr schmerzliche Verluste. Wohl stellen sie erhöhte Anforderungen an unsere Glaubenskraft und Opfer. Sie machen aber auch die Kraft der Kirche offenbar, die Christus, der Herr, gerade seiner kämpfenden Kirche verheißten hat: „Hier ist die Geduld und der Glaube der Heiligen.“ Wir gehen dem Tag entgegen, an dem der Sieg Christi vor aller Welt offenbar werden wird.

Bis dahin sind wir auf die Geduld und den Glauben der Heiligen gewiesen. Doch wir neigen von Natur aus alle dazu, an die Stelle der Geduld des Glaubens immer wieder die Ungeduld des Unglaubens zu setzen. Die Geduld des Glaubens schaut aus nach der einen großen Gewißheit, dem Kommen unseres Herrn, dem wir mit seiner ganzen Christenheit auf Erden, ja mit der ganzen Menschheit, entgegen gehen. Dessen warten wir in gewisser Hoffnung und großer Freude. Von dieser Hoffnung wissen wir uns als Christen getragen mitten im Meer aller irdischen Bedrohungen und in allen Stürmen der Anfechtung, die wir zu bestehen haben. Die Gemeinde Christi ist und bleibt, auch wenn ihre Lage in der Welt noch so aussichtslos erscheint, ihres Zieles gewiß: Des Kommens ihres Herrn und des Sieges seiner Macht. Alle anderen Herren, Mächte und Gewalten gehen und treten ab. Aber unser Herr kommt und tritt seine Herrschaft über die ganze Welt an.

Doch anstatt, daß wir in der Geduld und im Glauben alles auf diese große Hoffnung setzen und uns von ihr tragen lassen, verlieren wir uns an unsere eigenen kleinen Hoffnungen, die der Erfüllung unserer Wünsche entspringen und entsprechen. Gehen diese menschlichen kleinen Hoffnungen nicht in Erfüllung, dann ist große Enttäuschung und oft völlige Verzagttheit da. Wir sollten uns deshalb vor den vielen eigenen Scheinhoffnungen hüten und vielmehr die eine wahre Hoffnung groß machen in unserem Herzen, die allein in Jesus Christus beschlossen liegt. Er ist, der da war und der da ist und der da kommt! Keine Macht der Welt kann sein Kommen aufhalten. ER wird wie eine Sturmflut kommen, die alle Dämme überspült. Er wird allem Kampf des Glaubens und allem Streit der Mächte dieser Welt ein Ende setzen. Dann wird alle Welt seinen Sieg erkennen mit Schrecken oder mit Freude, wenn er aus der jetzt noch verborgenen Herrlichkeit Gottes hervortreten wird und die Weltgeschichte zum Ziele bringt. Diese Hoffnung auf unseren kommenden Herrn erhält uns mit allen rechten Christen in der ganzen Welt in der Geduld und im Glauben der Heiligen. Allein diese Geduld des Glaubens wird uns in Zukunft unseren Weg im Gehorsam bestehen lassen. In dieser Geduld wirkt Christus, der Herr, selber an den Seinen, bis sie endlich zum Siege kommen. Daher schrieb Bischof Dibelius im Kirchenkampf:

Wofür die Väter standen vor Fürsten ungebeugt,
Was sie in Blut und Banden als Gottes Wort bezeugt,
Das Wort woll'n sie uns rauben, Dein Kreuz Herr Christ dazu
Hier ist Geduld und Glauben, und hier, Herr Christ, bist du.

BERICHT VON BISCHOF D. FRIEDRICH KRUMMACHER ÜBER EINE RÜSTUNG
DER LANDESSYNODE DER POMMERSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHE

Vom 6. November 1961

Hobe Synode!

Wir haben den Mut gehabt zu neuen Wegen und zu neuer Gestaltung der diesjährigen Landessynode. Wir stellen uns, rückblickend und ausblickend, einer doppelten Frage:

1. War das eine Flucht vor der harten Wirklichkeit der Welt?
2. War das geistlicher Egoismus, fern von dem Leben in unseren Gemeinden?

Zu beiden Fragen ein kurzes Wort:

1. Wir haben in der beglückenden Stille und in der geistlichen Sammlung dieser Züsso-

wer Tage uns konzentriert auf das, was für die Kirche und jeden einzelnen Christen geistlich schlechthin entscheidend ist. Nur wer frische Luft einatmet, kann auch wieder ausatmen. Nur wenn die geistlichen Lebenszellen in Ordnung kommen, kann der eigentliche Dienst der Kirche an der Welt und für die Welt zur Wirkung gelangen. Dabei sind wir ständig von der Sorge um die gefährdete Welt von heute bewegt gewesen, in unseren Gesprächen und in unseren Fürbitten um den Frieden, und sind uns als Landessynode aufs neue darin einig geworden, daß wir es unseren Gemeinden erneut sagen wollen, wie groß die Mitverantwortung der Christen für unser Volk und für diese friedlose Welt ist und wie aktuell die Kette der klaren Worte der Gesamtkirche und der Ökumene gerade heute wieder geworden ist. Ich zitiere nur zwei solcher Worte:

Im April 1957 haben die Dekane der Theologischen Fakultäten und die Bischöfe in der DDR erklärt:

„Mit der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und der gesamten Ökumene sind wir eins in der radikalen Verwerfung der Massenvernichtungsmittel.

In ihnen werden Gottes Gaben, der menschliche Verstand wie die Kräfte der Natur mißbraucht.

In ihnen wird der Mensch, der Gottes Ebenbild ist und für den Christus gestorben und auferstanden ist, verraten.

In ihnen wird die Güte des Schöpfers selbst gelästert.

Wir warnen davor, in dieser Sache mitzumachen oder sich verantwortungsloser Gleichgültigkeit und Resignation zu überlassen.

Die Weltgefahr, die nicht nur das gegenwärtige Geschlecht, sondern unsere Kinder und Kindeskindestkinder bedroht, fordert den Einsatz jedes einzelnen, um das Ziel einer allseitigen Ächtung und Abschaffung der Massenvernichtungsmittel zu erreichen.“

Im Dezember 1957 warnte die Synode der Evangelischen Kirche der Union vor dem Mißbrauch der Macht:

„Darum verwirft die Synode alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie durch irgendwelche Zwecke rechtfertigen zu wollen. Durch die Massenvernichtungsmittel wird in jedem Falle verraten, was man retten will, und seien es Freiheit und Frieden.“

Das bekräftigen wir als Synode in dieser Weltstunde mit neuem Ernst.

2. Waren wir in geistlichem Egoismus, fern von dem Leben unserer Gemeinden in frommer Beschaulichkeit versammelt? Nein, was uns hier miteinander zusammengeführt und bewegt hat, ist stellvertretend für unsere Gemeinden und unsere Kirchenkreise, deren Vertreter wir sind, geschehen. *Stellvertretend*, d. h. *beispielhaft* für das, was nun in den Gemeinden und Kirchenkreisen weitergehen sollte. Wir haben ja viele Fragen nur gleichsam „anritzen“ können. Aber wir nehmen einen Impuls mit für das Leben in der Gemeinde. Wir haben keine Rezepte bekommen; aber wir haben neu gelernt, daß wir beschenkt werden, daß wir Empfangende sind, daß wir uns mit unserer Kirche auf neue Wege führen lassen wollen.

Worum ist es denn gegangen in diesen zwei Tagen?

Mit der *Bibelarbeit* über einen der schwierigsten Texte des Neuen Testaments, Kol. 1, 9–20, haben wir begonnen und dabei erfahren, wie unerhört lebendig das für uns heute ist: dieser Brief eines Gefangenen, die Fürbitte für die Brüder, der Lobpreis des herrlichen Christus, der stärker ist als alle Mächte und Gewalten. Es war einer der Texte, die der Bibelarbeit in Neu-Delhi zugrunde liegen werden. Das sollte uns Mut machen, diese Bibeltexte von Neu-Delhi in den nächsten Wochen in unseren Gemeinden miteinander zu besprechen und so unter dem gleichen Worte Gottes mit der Weltchristenheit verbunden zu sein.

Zur Bibelarbeit kamen die *Lieder und Gebete* in diesen Tagen. Wir haben insonderheit alle die Fürbitten für den Frieden der Völker, für die Staatsmänner, für unser eigenes zerspaltenes Volk durchgebetet, die wir als Gebetshilfen allen unseren Pfarrern jetzt durch die Hand der Superintendenden übermittelt haben. Diese Fürbitten sollten jetzt

und in den nächsten Wochen, vor allem am *Landesbuß- und Bettag*, als Gebetskette in unseren Gemeinden weitergehen.

Wir haben in der Stille des Sonnaabendabends das *heilige Abendmahl* gefeiert und uns von den Lebenserfahrungen der ersten christlichen Gemeinde in Jerusalem, Apg. 2, 37–42, sagen lassen, wie entscheidend für das Neuwerden der christlichen Gemeinde die Freude am heiligen Abendmahl ist: reich beschenkte Gäste des höchsten Herrn, Tischgenossen, die miteinander verbunden sind durch sein heiliges Mahl, sein Freudenmahl, das uns froh und dankbar macht im Ausblick auf das himmlische Hochzeitsmahl der triumphierenden Kirche!

Wir haben am Sonntagmorgen mit der Gemeinde *Gottesdienst* gehalten. Gottesdienst ist immer, auch wenn nur zwei oder drei versammelt sind, stellvertretender Lobpreis für alle und zu allen Zeiten. Dieser Gottesdienst mit der Auslegung des Wochenspruchs 1. Tim. 6, 15 und 16 hat uns besonders zum Lobpreis und zur Anbetung geführt, auch durch die aktive Mitwirkung von drei Laiensynodalen als Lektoren bei der Epistellessung und bei den Fürbitten. Das soll und kann nun auch in den Gottesdiensten unserer Gemeinden im Lande praktiziert werden. Lektorendienst ist genauso wie der Dienst der jungen Diakone, die im Gottesdienst und beim Abendmahl halfen, vollgültiger Dienst am Heiligtum, der das Einmännndasein des Pastors überwindet.

Der Sonntag hat am Abend wiederum im Lobpreis Gottes durch die Stunde der *Kirchenmusik* seinen Abschluß gefunden.

Und dazu kam in diesen Tagen das persönliche *Gespräch* untereinander, das Miteinander-Reden, die Stille, das Zeithaben füreinander, die Tischgemeinschaft, kurzum die praktizierte Bruderschaft, die ja so auch in den Mitarbeiter- und Helferkreisen jeder Gemeinde wenigstens ab und an am Sonntagnachmittag geübt werden könnte.

War das alles etwa doch ein Idyll? Nein, im Mittelpunkt stand beginnend mit dem Referat von Professor D. Nagel und fortgesetzt in den vier Arbeitsgruppen die ernste Besinnung auf den *„Gestaltwandel der Kirche in unseren Tagen“*. Es ist Christenpflicht, ganz nüchtern den großen *Ernst* solchen Wandels der Volkskirche alter Art, wo noch fast jeder zur Kirche gehörte und seine Kinder taufen ließ, zu sehen und zugleich sich den *Mut* schenken zu lassen, für neue Wege offen zu sein. Wenn die Formen der Kirche auch wechseln, so bleibt doch das Evangelium in Kraft. So schmerzhaft der Prozeß des Gestaltwandels der Volkskirche auch sein mag, es ist kein Grund, hoffnungslos zu sein. Dabei haben wir nicht eigene Baupläne für die Kirche der Zukunft eigenmächtig zu entwerfen, sondern lassen uns führen zu neuen Wegen. Es ist gerade der verborgene Segen in unserer Zeit, daß wir in der Kirche wieder merken, daß alles Gottes Geschenk ist und wir nur die Empfangenden sind. So können wir aufs neue erfahren, was Rechtfertigung aus Glauben und aus Gnaden allein ist. Es scheint so, als ob wir von einer bisherigen alten Form der Volkskirche einer neuen Form von Kirche entgegengehen, wie man sie in der Diaspora oder in der Missionssituation anderer Kirchen kennt – man denke an Indien, wo nur etwa 3 % der Menschen Christen sind, Christen in der Diaspora, aber bewußte Christen. Dabei bleibt uns als wertvolles Erbe die missionarische Anknüpfung an die bisherige Volkskirche, die wir keineswegs gering achten wollen bei den vielen, die sich trotz allem nicht von der Kirche trennen und nur darauf warten, daß die Gemeinde ihnen nachgeht und auf sie zukommt. Wenn ich durch die großen Neubaublocks in einigen unserer Städte, aber auch Dörfer fahre, frage ich mich oft, wieweit die Besucher aus unseren Gemeinden da sind, die hier planmäßig Gemeinde neu zu sammeln anfangen, bei den vielen Gliedern der Volkskirche, die in den Neubauten noch heimatlos sind und die zu einer Diaspora-Gemeinde neuer Art gerufen werden wollen, in der einer den anderen sucht und kennt. Wollen wir hier nicht mit neuer Vollmacht und Liebe ans Werk gehen?

Wir haben wenigstens anfangsweise begonnen, diesen Gestaltwandel der Kirche in unseren vier Arbeitsgruppen zu bedenken. Wirklich nur angefangen, wie könnte es anders sein! Aber das Gespräch sollte weitergehen in den Gemeinden und in den Kirchenkreisen, auf Kreissynoden und Ältestenkonferenzen. Es war ein durchaus hoffnungsvolles

Gespräch, vor allem in den einzelnen vier Arbeitsgruppen, wo gerade die Laiensynodalen lebendig mitgewirkt haben.

Wir haben in der 1. Arbeitsgruppe von der *Verkündigung* der Kirche gesprochen, von der Mitverantwortung der Gemeindeglieder, von der notwendigen helfenden Kritik, von der Notwendigkeit einer dem heutigen Menschen verständlichen Sprache. Dabei sollte daran festgehalten werden, daß trotz der Entleerung des Sonntages der Sonntags-Gottesdienst die Mitte bildet, aber doch so, daß wir beweglicher werden in der Auswahl der gottesdienstlichen Zeiten. Je mehr der einzelne Christ in der Vereinzelung der Diaspora lebt, um so mehr bedürfen der Gottesdienst und der Gemeindebibelkreis der Nestwärme, wo man die Menschen persönlich einlädt und abholt, persönlich begrüßt, wo man sich kennenlernt und wo der Pastor nicht allein den Gottesdienst hält, sondern Lektoren und Helfer, Kollektensammler und andere ihren durchaus legitimen Auftrag im Gottesdienst der Gemeinde haben und wo der Pastor dankbar wird für Beter, die mit ihm vor dem Gottesdienst in der Sakristei oder im Pfarrhaus beten.

Im Gestaltwandel der Kirche ist es für den Einzelnen immer schwieriger, als Christ zu leben, darum sprach die 2. Arbeitsgruppe über das *Frommsein der einzelnen Christen*. Die Taufe ist nicht mehr eine allgemeine, selbstverständliche Sitte. Um so segensreicher ist für uns die neuentdeckte Erkenntnis, daß die Taufe ein großes Geschenk für alle und für jeden einzelnen ist, ein Geschenk, an das man sich im täglichen Leben des einzelnen Christen klammern kann: „Ich bin getauft.“ In der Familie mit Erwachsenen und Kindern sollte des Tauftages mit einem Lied und einer Kerze in neuer Freude gedacht werden. Auf die Frage: „Welches ist dein Tauftag?“ wird in der Kirche der Zukunft ein Kind ebenso sicher antworten wie auf die Frage nach seinem Geburtstag! Mut und Verantwortung für den einzelnen Menschen und die einzelne Familie in der Kirche der Diaspora bedeutet aber auch, daß kein Kind getauft wird, ohne daß der taufende Pastor sich die Zeit nimmt für ein wirkliches seelsorgerliches Gespräch mit den Eltern vor der Taufe und für die nachgehenden Einladungen an die Mütter der getauften Kinder. – Wie reich und froh uns auch das *heilige Abendmahl* machen kann, geht uns heute von neuem auf. Das Krankenabendmahl kann der Neuanfang zu Hausgottesdiensten werden. Christsein – wie macht man das eigentlich, persönlich und in der Familie? Nachbarn und Gemeindeglieder können sich hier gegenseitig helfen. Ein Kreuz in der Wohnstube der christlichen Familie kann ein wegweisendes Zeugnis für die Kinder, aber auch für den Besucher von draußen sein, der sofort spürt, daß er es hier mit Christen zu tun hat. Der Abreißkalender „Sonne und Schild“, der eben für 1962 erschienen ist, kann Hilfe für die Hausandacht sein. Als Gebetshilfe ist eben das Büchlein „Was wir beten sollen“ im Buchhandel erschienen. – Zur persönlichen *Beichte* des Einzelnen fehlt dem evangelischen Christen in unseren Gemeinden offenbar noch weithin der Mut. Wohl aber ist das Verlangen nach dem *Gespräch* des Einzelnen, der sich aussprechen will und Rat sucht, im Wachsen. Die Kirche der Diaspora steht hier vor großen und noch unerschöpften neuen seelsorgerlichen Möglichkeiten. Das tapfere *Zeugnis* des einzelnen Christen, der in einer Missionssituation lebt, erwacht dann, wenn er zuvor im seelsorgerlichen Gespräch Rat gefunden hat.

Unsere 3. Arbeitsgruppe hat von der Kirche als *Bruderschaft* gesprochen. Vielleicht ist das hier im Plenum, als der Begriff der Bruderschaft theologisch erörtert wurde, nicht so deutlich geworden wie in der Arbeitsgruppe selber, daß die Bruderschaft eine eminent praktische Frage für den Einzelnen und für die Gemeinde ist. Natürlich gründet die Bruderschaft nicht in menschlichen Sympathien, sondern in Christus allein. Er schämte sich nicht, unser Bruder zu sein (Hebr. 2, 11), darum sind wir Brüder. Aber das will praktiziert werden, angefangen im Kleinen, in der eigenen Familie und Nachbarschaft, im Umgang mit den Menschen, in der Verantwortung für die anderen Menschen, auch die Menschen vor den Toren der Kirche, in der Verantwortung für den jungen Mann in Uniform, der unser Bruder ist, in der Ablehnung jeden Hasses und in der Verweigerung von Spitzeldiensten, in der Bereitschaft, auch dem Bruder „Atheisten“ brüderlich und nicht feind-

selig zu begegnen. So ist es ganz deutlich, daß Bruderschaft in Christus nicht etwa Rückzug in ein frommes Ghetto ist. Aber der einzelne Christ besteht das Alleinsein in der heutigen und künftigen Diasporasituation nicht, wenn er nicht als Einzelner von einer Bruderschaft umgeben und getragen wird. Er braucht eben Rückhalt, Nestwärme, Austausch der Erfahrung mit den Brüdern. Wir werden noch viel erfindungs- und phantasiereicher werden auf den Wegen zu neuer praktischer Bruderschaft für den einzelnen isolierten Christen in der Welt.

Und endlich hat die 4. Arbeitsgruppe gefragt nach der rechten *Zurüstung der Mitarbeiter* in unserer Kirche. Es scheint mir eines der hoffnungsvollen Anzeichen einer Kirche der Zukunft unter uns schon heute zu sein, daß ich kaum eine unserer Gemeinden kenne, in der man nicht eine Mitarbeiterbesprechung führen kann, mit Ältesten, Gemeindebeiratsmitgliedern und anderen lebendigen Gemeindegliedern. Das war in früheren Zeiten nicht immer so, wo der Pfarrer oft ganz allein in der Gemeinde dastand. Es kann ja kein Pfarrer auf die Dauer in der Gemeinde stehen, ohne von einem Mitarbeiterkreis umgeben zu sein. Notfalls müßte in der Diasporalage der Kirche der Mitarbeiterkreis in der Gemeinde auch ohne den Pastor stehen können, aber nicht der Pastor ohne den Mitarbeiterkreis. Die große Frage ist nur, ob die Mitarbeiter für ihren Auftrag hinreichend ausgerüstet werden. Man muß doch als Mitarbeiter Antwort wissen auf viele Fragen, um seinen Mann in einer Missionssituation in atheistischer Umwelt stehen zu können. Ich frage mich, warum manche Amtsbrüder noch so wenig von den bewährten Hilfen zur Zurüstung ihrer Mitarbeiter (Kirchbildungswochen, Helferrüsten, Lektorenrüsten u. a.) Gebrauch machen. Wie wäre es sonst möglich, daß Männer, die bereit sind zum Lektorendienst, manchmal monatelang warten, bis sie gebraucht werden! Wie wäre es möglich, daß man klagt, es gäbe keine Christenlehre, anstatt daß man Mitarbeiter, Mütter, Großmütter, junge Mädchen zum katechetischen Helferdienst sucht und gewinnt! Von dieser Landessynode kann doch ein neuer Impuls ausgehen in die Gemeinden, daß jeder treue Mitarbeiter, jeder Älteste und Lektor, jeder Helfer im Besuchsdienst, jeder Sammler und jeder, der in der Arbeit an den Kindern und an der Jugend steht, weiß, daß die Landessynode als das oberste Organ unserer Kirche ihn als einen rechten und legitimen Mitarbeiter auf Grund des allgemeinen Priestertums der Gläubigen achtet, ehrt und zu fördern bereit ist. Zurüstung der Mitarbeiter in der Kirche – dazu gehört aber auch, daß wir mit neuen Augen suchender Liebe, in Mitverantwortung und mit betenden Händen suchen nach den jungen Menschen, denen wir Mut machen wollen, unsere künftigen Pastoren und Katecheten, Diakone, Kirchenmusiker und Schwestern zu werden!

Wir stehen am Ende dieses Rückblicks auf zwei Tage einer synodalen Arbeit auf neuen geistlichen Wegen. Aber die Sache, um die es uns bei dieser Landessynodaltagung ging, ist nicht zu Ende, sondern erst am Anfang. Hier, wo wir im Gespräch in den Arbeitsgruppen und im persönlichen brüderlichen Austausch miteinander stehengeblieben sind, gilt es, nun weiterzumachen in den Kirchenkreisen, in den Gemeinden und Gemeindekreisen. Wenn ich recht sehe, kann diese ganze Tagung unserer Landessynode ein Modell sein für die Zurüstung von Mitarbeitern und Helfern, beispielhaft für jede Gemeinde. Wir haben unseren stellvertretenden Dienst als Synodale für unsere Heimatgemeinden und Kirchenkreise, die uns entsandt haben, dann recht aufgenommen, wenn wir das, was hier beispielhaft begonnen worden ist, nach solchem Modell Gestalt gewinnen lassen in den „Diasporagemeinden der Zukunft“.

Hohe Synode, unsere Gemeinden sind, wie immer vor einer Landessynodaltagung, zur Fürbitte für die Arbeit dieser Synode aufgerufen worden. Wir sind am gestrigen Sonntag von der Fürbitte in allen Gottesdiensten unserer pommerschen Heimatkirche umgeben gewesen. Unsere Gemeinden können mit Recht ein Echo und eine Antwort erwarten, unseren Bericht, unser Beispiel, unseren Anstoß für die weitere Arbeit und vor allem die nie aufhörende Kette der Fürbitte für Kirche und Welt, wie sie uns in diesen Tagen miteinander verbunden hat.

2. Der 13. August 1961 hat in der DDR sicherlich keine massenhafte Hinwendung zum aktiven kirchlichen Leben ausgelöst. Aber man kann allen Berichten über das gemeindliche Leben eine starke Vertiefung und geistliche Konzentration entnehmen. Eine Schwächung des kirchlichen Lebens ist offenbar nicht eingetreten, wenn auch die Fronten klarer und das Klima härter geworden sind. Die Besinnung auf die Grundelemente geistlichen und kirchlichen Lebens ist mehr als zuvor zum entscheidenden Merkmal geworden. Ohne einer einseitigen Programmatik zu erliegen, bemüht man sich allenthalben um eine echte kirchliche Bindung. Die beiden nachstehenden Thesenreihen vom Herbst 1961, die der „Thüringer Kirchlichen Konferenz“ sowohl wie die des „Weißenseer Arbeitskreises“, geben einen Einblick in dieses Ringen um einen kirchlichen Weg aus der Mitte der Botschaft heraus. Auch die Richtlinien des Ausschusses der kirchlichen Ostkonferenz „Dienst der Kirche auf dem Lande“ gehören in diesen Zusammenhang (siehe hierzu schon Kirchl. Jahrbuch 1960, S. 187 ff.).

VERBINDLICHE KIRCHE

Thesen des Studienkreises der Thüringer Kirchlichen Konferenz

Vom Oktober 1961

Die Krankheit der Gemeinde und die Nöte der Heilung

1. Die vielen zwar getauften, aber praktisch glaubenslos und fern vom Gottesdienst lebenden „Christen“ in unseren Gemeinden sind längst als ein erschreckendes Krankheits-symptom unserer Kirche erkannt. Sie werden Schwachen zum Ärgernis und hemmen die Zeugniskraft des Evangeliums. Sie versprechen den Gegnern leichte Beute und sind den Brüdern in der Welt ein Schmerz.

2. Mit Sorge erfüllt uns die große Unsicherheit in unseren eigenen Reihen, wie diese Lage beurteilt und was zu ihrer Behebung unternommen werden soll. Aus der Sorge, diese Entfremdeten zu verlieren, und unter der Verpflichtung gegenüber unserer staats- und volkskirchlichen Vergangenheit raten die einen zu großer Duldsamkeit und Weitherzigkeit. Aus der Sorge, die Glaubwürdigkeit der Kirche zu vergeuden, mahnen die anderen mit Ungeduld zu Strenge. Volkskirchliche und freikirchliche Tendenzen wirken ein. Biblische Motivierungen wie die Berufung auf die Barmherzigkeit Gottes und das Drängen auf Heiligung und sichtbare Darstellung der Gemeinde überschneiden sich zum Teil mit außerbiblischen Motiven, nämlich einerseits mit der bequemen Scheu, am überkommenen Gemeindebestand zu rühren und Beunruhigungen hervorzurufen, oder andererseits mit rigoristischer Aktivität. Es fehlen nicht die Stimmen, die die Läuterung der Gemeinden ganz von der Anfechtungssituation erwarten und auf eigenes Handeln der Kirche in dieser Richtung verzichten möchten.

3. Die Uneinheitlichkeit in der Beurteilung der kirchlichen Situation ist erschreckend, die Mannigfaltigkeit und teilweise Widersprüchlichkeit des Handelns in der Gemeindepraxis ist verwirrend. Ohne gemeinsames klares Leitbild, ohne einheitliche theologische Grundüberzeugungen werden experimentierend und rasch wieder erlahmend immer neue Mittel empfohlen. Auch die große Unterschiedlichkeit der Pfarrerschaft nach Alter, theologischer Ausbildung und innerem Werdegang sowie die große Verschiedenartigkeit der Gemeinden im Blick auf Stadt und Dorf und im Blick auf die Zugehörigkeit zu einer der früheren Thüringer Teilkirchen vermehren den Eindruck der Zerrissenheit und verstärken den Ruf nach gemeinsamer Besinnung und Richtungsweisung.

4. Bei der Entstehung dieses Zustandes der Gemeinden haben vielerlei ältere und neue geschichtliche Faktoren zusammengewirkt. Dazu kommt die Macht der Versuchung zum Abfall durch den allgemeinen Säkularismus und die Weltanschauungen. Wir müssen aber bekennen, daß auch Mißstände in der Kirche selbst mit Schuld daran tragen. Sowohl eine als Volksbrauch geübte Taufe wie eine verkürzte Rechtfertigungslehre, die Spiritualisierung von Kirche und Nachfolge ebenso wie eine liberale oder relativistische Protesthaltung gegen jede kirchliche Verbindlichkeit haben unter anderem an der Entstehung dieser Lage mitgewirkt. Die Einsicht in unsere Mitschuld muß daher zu Entschlüssen führen, die von geduldiger und nachgebender Liebe zu den vom Gottesdienst entfremdeten Gemeindegliedern getragen sind.

5. So stehen wir in einem Dilemma: Einmal müssen wir dem unwahren Zustand der Gemeinden handelnd entgegentreten, zugleich aber die verführten Menschen in bußfertiger Geduld tragen.

Die Erbauung der Gemeinde und ihre Sorge um die entfremdeten Glieder

I. Neutestamentliche Einsichten

A. Die Doppelheit von suchender Liebe und gehorsamer Ordnung und ihre Einheit

6. Wenden wir uns in dieser Verlegenheit fragend an das Neue Testament, so erkennen wir auch im apostolischen Zeugnis beide der genannten Linien wieder. Die Apostel gehen den Gemeinden mit belehrender, warnender, tröstender und mahnender Geduld nach und fordern sie selbst zu solcher Haltung auf (Gal. 6, 1; 1. Petr. 4, 8; Hebr. 6, 11 f.; 10, 24; 12, 12; Jak. 5, 19). Besonders richtet sich diese suchende und werbende Liebe auf die verwirrten, schwachen und von Abfall bedrohten Glieder. Andererseits vollziehen die Apostel klare Scheidungen und Abgrenzungen gegenüber Irrglauben, groben öffentlichen Sünden und Abfall und fordern die Gemeinden und ihre Hirten desgleichen zu solchen Scheidungen auf (2. Joh. 10; 1. Joh. 2, 19 f.; 2. Th. 3, 6 und 14 f.; 2. Tim. 4, 10 und 3, 5; Tit. 3, 10; Hebr. 12, 15 f.). Beide Seiten des apostolischen Zeugnisses und Wirkens sind für uns vorbildlich. Worin aber besteht die innere Einheit dieses scheinbar verschiedenartigen Handelns?

7. I. a) Weil Gott mit seinem Versöhnungswerk die Rettung aller Menschen will, ist die Kirche unter dem Sendungsbefehl ihres Herrn an alle Menschen gewiesen (Mt. 28, 19; Joh. 1, 9; Apg. 2, 39; Röm. 11, 32; 16, 26; Kol. 1, 20 und 28; 1. Tim. 2, 4; 4, 10; Tit. 2, 11).

I. b) Weil die Rettung der Menschen sich durch Glaube und Taufe als die Sammlung des Volkes Gottes vollzieht, ist die Kirche zugleich also umgrenzte, sichtbar sich versammelnde brüderliche Gemeinschaft (Joh. 10, 16; Apg. 2, 44; Röm. 12, 4 f.; 16, 17 ff.; 2. Kor. 6, 16; Tit. 3, 10; 1. Petr. 2, 9).

II. a) Weil Gott es ist, der den Glauben durch den Heiligen Geist wirkt, bleibt ihm allein auch das letzte richterliche Urteil über Leben oder Verdammnis vorbehalten (Mt. 11, 27; 13, 24 ff. und 47 ff.; Apg. 16, 14; Mt. 7, 1; Röm. 14, 4; 1. Kor. 4, 4 f.; 15, 13; Jak. 4, 12).

II. b) Weil Gott den Glauben nicht anders wirkt, als so, daß er an den Früchten des Bekennens und der Werke erkennbar wird, ist die Gemeinde genötigt, ihr trennendes Urteil zu sprechen, wo diese Früchte ausbleiben (Mt. 7, 15 ff.; 18, 18; Joh. 15, 1–6; Apg. 20, 31; Röm. 16, 17 f.; 1. Kor. 5, 13; Eph. 5, 11; 2. Th. 2, 13; Offb. 2, 6 und 14 ff. und 20; 21, 7 f.).

III. a) Weil Gott den Sünder um Christi willen durch den Glauben rechtfertigt, bleiben die Glieder der Kirche bis zu ihrem Tode zugleich Sünder, die ihr Vertrauen glauben auf Christi Gnade und nicht auf ihre Werke setzen dürfen (Röm. 3, 27 f.; 4, 5; 9, 30 ff.; 10, 4 ff.; Gal. 2, 16; Phil. 3, 9).

III. b) Weil die Gnade den Glaubenden bindet und der Glaube der Anfang des erneuer-

ten Lebens ist, müssen die Glieder der Kirche den Kampf der Heiligung führen und werden nach ihren Werken gerichtet werden (Röm. 2, 6 ff.; Röm. 6; Eph. 1, 4 und 12 und 14; 2, 10; Kol. 1, 10; Hebr. 12, 14; Mt. 16, 27; 1. Kor. 3, 14 f.; 2. Kor. 11, 15; 2. Tim. 4, 14; Hebr. 6, 10; 1. Petr. 1, 17; 4, 19; Offb. 2, 23; 20, 12).

IV. a) Weil die Kirche als der Leib Christi noch nicht vollendet und offenbart ist, bleibt ihre göttliche Gestalt verborgen (Mt. 13, 24 ff., 36 ff., 47 ff.; 18, 15; 25, 31 ff.; Apg. 20, 29 ff.; Phil. 3, 18).

IV. b) Weil die Kirche als das Licht der Welt und die Stadt auf dem Berge berufen ist, darf sie dem heiligenden und reinigenden Handeln ihres Herrn nicht durch Duldung des Ungehorsams im Wege stehen (Joh. 15, 2 und 6; Röm. 14, 16 ff.; 2. Petr. 2, 2).

8. Von diesen vorstehenden Sätzen ist jeweils der erste Teil (a) stärker in Lehre und Leben des Protestantismus betont worden als der zweite (b). Es ist uns heute aufgetragen, sowohl jene ersten Sätze durch Beachtung der zweiten vor weiterer Entleerung und Vereinseitigung zu schützen als auch der Neigung zur Überbetonung der zweiten Sätze durch Beachtung ihres Zusammenhangs mit den ersten entgegenzuwirken.

9. Unsere Kirche hat schwere Schäden erlitten, weil in dem jahrhundertelangen Prozeß des Substanzverlustes im gottesdienstlichen Leben und in der Praxis eines in Liebe und Gebet geübten Glaubens die genannten ersten Sätze aus regulativen Erkenntnissen der Reformation in konstitutive Prinzipien der protestantischen Kirchen verwandelt worden sind.

10. Der unausgesprochene zentrale Standort, der die Glieder der genannten Satzpaare verbindet, ist die Sichtbarkeit (I) und Begrenztheit (II) der Kirche, und zwar sichtbar und begrenzt durch die Heiligung der Glieder (III) und die Reinigung der Gemeinde (IV). Es ist mit anderen Worten die Verbindlichkeit des Gnadenangebots (Röm. 6), dem der Gehorsam des Glaubens zu entsprechen hat. Diese Erkenntnis, daß der Glaube eine gehorsame Lebenserneuerung durch den Heiligen Geist in der konkreten Bruderschaft der Nachfolgenden wirkt, muß u. E. das Prinzip der heute unumgänglichen und schon im Gang befindlichen Erneuerung unserer Kirche sein.

11. Theologisch gesprochen geht es um die Zusammengehörigkeit von Gesetz und Evangelium. Das Gesetz behält sein Amt nicht nur nach seiner fordernden und verklagenden, sondern auch nach seiner inhaltlich ein bestimmtes menschliches Handeln gebietenden Seite. Und ebenso wie die Anklage des Gesetzes nur dort verstummt, wo das Evangelium des versöhnenden Heilswerkes Christi im Glauben ergriffen wird, so ist es auch nach seiner gebietenden Seite nur dort nicht aufgelöst, sondern erfüllt, wo aus solchem Glauben die Erneuerung des Lebens folgt. Wie das Gesetz nicht nur eine vertikal verklagende, sondern auch eine horizontal fordernde Seite hat, so hat auch das Evangelium nicht nur die vertikale Dimension von Gabe und Annahme, sondern auch die horizontale Dimension der Verwirklichung des neuen Lebens.

12. Es ist der Heilige Geist, der positiv die Frucht des Glaubens (etwa Keuschheit) wirkt, während das Gesetz – negativ – die Sünde zu vermeiden fordert (etwa Ehebruch). Weit entfernt, Leben und Verhalten der Christen als irrelevant anzusehen, dringen die apostolischen Mahnungen vielmehr darauf, eben diese Heiligung aus der sündenüberwindenden Kraft des Glaubens nicht zu versäumen. Sie fordern die Angemessenheit des Wandels an die Berufung, denn diese Berufung zielt in der Heilsabsicht Christi auf die Sammlung und Ertüchtigung einer ihm in der Welt als Instrument in Heiligkeit dienenden Gemeinde (Luk. 1, 74 f.; 1. Petr. 2, 15; Tit. 2, 11 und 14; 3, 8; Kol. 1, 10 und 22). So erfüllt die Gemeinde, durch das Versöhnungsoffer Christi und die Gabe des Heiligen Geistes befähigt, was im Glauben Abrahams vorausgedeutet und durch das Gesetz Moses und die Forderungen der Propheten gewiesen war. Darin ist sie das wahre und neue Israel, das endzeitliche Volk Gottes.

B. Lebensgesetze der Kirche

13. Diese Kirche des neuen Bundes hat nach dem Neuen Testament eine bestimmte Le-

bensweise, die in engem innerem Zusammenhang mit der dargelegten Einheit von Liebe und Ordnung steht. Einige Kennzeichen dieser Lebensweise der Kirche sind uns heute als besonders wichtig aufgegangen:

14. I. Die Kirche ist die Sammlung des endzeitlichen Gottesvolkes aus den zerstreuten Völkern der Erde. Diese Sammlung gründet in der Sendung des ewigen Gottessohnes und in der Aussendung der Apostel durch ihn. Die Ausrufung des in Christus für alle Menschen vollbrachten Heiles durch die Kirche ist die Fortsetzung der Sendung Christi in die Welt (Joh. 17, 18; 20, 21; Hebr. 2, 3). Indem Christus durch seine Zeugen zu sich ruft, sammelt er sein Volk und ertüchtigt es, das Licht der Welt und Salz der Erde zu sein.

15. II. Diesem Wesen der Kirche als gesammelter und sammelnder, von der Sendung lebender und selber gesendeter entspricht es, daß ihr Dasein sich in einer Doppelbewegung vollzieht: Die Gläubigen leben in dem Wechsel von gottesdienstlicher Gemeinschaft (Mt. 18, 20; Hebr. 10, 25) und dem Gottesdienst des leiblichen Selbstopfers der Glieder (Röm. 12, 1). Die gottesdienstliche Versammlung schließt auch die segnende Aussendung ein. Andererseits besteht der tägliche Gottesdienst sowohl im Selbstopfer der gegenseitigen Liebe als in der unaufhörlichen Heiligung und Gebetsgemeinschaft mit dem Herrn.

16. III. Beides, die Versammlung und die tägliche Bewährung, steht unter der Aufgabe der Erbauung der Gemeinde. Mit der Vielfalt ihrer geistlichen Gaben dienen sich die Glieder der Kirche gegenseitig und fördern eben darin das Wachstum des Leibes Christi. Dieser Leib wächst in der Erkenntnis zum Haupte hin (Eph. 4, 15; Kol. 1, 11) und in der Ausdehnung bis zu seiner von Gott gesetzten Vollzahl (Eph. 4, 15 f.; Kol. 2, 10). Aber das Wachstum nach außen hängt von dem Wachstum nach innen ab. Die apostolischen Mahnungen zur Liebe und Dienstleistung der Glieder untereinander und gegenseitig überwiegen weit die Mahnungen zu allgemeiner Menschenliebe gegen jedermann. Jedenfalls begegnen die letzteren stets als Ausweitung der Mahnung zur brüderlichen Liebe (Gal. 6, 10; 1. Th. 4, 1 ff.; 2. Tim. 2, 22 und 24; Tit. 3, 2; 2. Petr. 1, 7; Hebr. 12, 14; 1. Th. 3, 12). Eigentümlich wenig und unbetont werden die Gemeinden zu direkter Evangelisation oder ausdrücklicher Verkündigung aufgefordert (z. B. 1. Petr. 2, 9; Phil. 1, 14). Diese geschieht ja vielmehr durch die dazu berufenen Apostel und besonders gesendeten Boten. Das Mahnen und Drängen der Apostel richtet sich auf die Verwirklichung des neuen Lebens in Christus in der Erbauung der Gemeinde. Das Bestehen und Zunehmen in der Kraft Gottes überwiegt die rein verbalen Funktionen in der Gewinnung der Fernstehenden (1. Kor. 2, 4; 4, 20; 2. Kor. 6, 7; 12, 12; Röm. 15, 19; Hebr. 2, 4).

17. Die Berührung mit den Ungläubigen und Heiden gerät weniger grundsätzlich als casuell in den Blick (z. B. Mischehen 1. Kor. 7, vor Gericht 1. Kor. 6, im Beruf 1. Tim. 6, 1 f., im Gottesdienst 1. Kor. 14, 23, bei Einladungen in fremde Häuser 1. Kor. 10, 27, in Gesprächen 1. Petr. 3, 5; Kol. 4, 6, durch den Lebenswandel 1. Petr. 2, 12; 3, 1; Kol. 4, 5, oder bei der Wahl von Amtsträgern 1. Tim. 3, 7). Das bemerkenswerte ist, daß von diesen so stark auf den Herrn und das pneumatisch-dynamische Leben in ihm ausgerichteten kleinen, namentlich einander bekannten (vgl. die Briefschlüsse, zum Beispiel 3. Joh. 15) und bruderschaftlich lebenden Hausgemeinden das römische Heidentum aus den Angeln gehoben worden ist, obgleich sie – abgesehen von Aposteln und Boten – die Bekehrung der sie umgebenden Heiden mit solcher eigentümlichen Unabsichtlichkeit geschehen ließen.

18. „Die geheimnisvolle missionarische Dynamik der Urkirche hat ihren tiefsten Grund in der gänzlichen Verwurzelung der eucharistischen Bruderschaft in den Fundamenten des täglichen Gottesdienstes gehabt. Gerade als eine Bruderschaft, die weltabgekehrt in der Eucharistie lebte, war die christliche Gemeinde befähigt, ihren Apostolat als Sendung in die Welt mit höchster Kraft zu verwirklichen.“ (G. Jacob: Die Sendung der eucharistischen Bruderschaft, Z. d. Z. 1949, H. 1/2, S. 19.)

19. IV. Die Kehrseite dieser sammelnden und erbauenden Kraft der Gemeinden ist ihre abgrenzende und scheidende Wirkung. Zwar leben die Gemeinden in der Welt

(2. Petr. 2, 8 f.; Phil. 2, 15) und für die Welt, aber durch die deutliche Trennungslinie ihrer Berufung, Erleuchtung und Heiligung geschieden von deren Lebensweise (2. Kor. 6, 14 ff.; 7, 1; Eph. 2, 11; 4, 17; 5, 11; 1. Petr. 4, 4; Jak. 1, 27) und werden um dieser Fremdartigkeit willen auch von der Welt selbst gemieden und hinausgedrängt. Diese Bewegung der Gemeinde nach außen und nach innen bewahrt die Kirche vor der perfektionistischen Abkapselung und numerischen Sättigung einerseits, nämlich im Blick auf die zu Gewinnenden, und vor dem grenzenlosen Zerfließen in die Weltlichkeit und der Verleugnung des Herausgerufenseins andererseits, nämlich im Blick auf die schon Gesammelten. So lebt die Gemeinde als ein grundsätzlich geschlossener Kreis der Getauften und Glaubenden und von der Welt Gehaßten doch in grundsätzlicher Unabgeschlossenheit als die Schar der Boten und Zeugen Christi. Diese Andersartigkeit der Kirche gegenüber der Welt ist ihre Christusförmigkeit als der Anbruch der neuen Schöpfung. Diese zeigt sich dem Glauben gerade auch in der Teilhabe am Christusleiden, das für den Unglauben zugleich verhüllend wirkt. Sie ist verborgen unter Sünde, Schwachheit und Todverfallenheit; sie ist durchkreuzt durch falsche Brüder und falsche Apostel und Propheten, aber sie ist dennoch schon wirksam und wartet auf ihr Offenbarwerden und ihre Vollendung mit der Wiederkunft Christi.

20. V. Mit dem Wachsen des verborgenen – öffentlichen Christusleibes wächst auch die Feindschaft des Antichrist und seiner Kräfte gegen die Kirche. Beides, das Wachsen und Erbautwerden der Kirche nach Zahl, Erkenntnis und Einheit, und das Wachsen der Bedrängnis und Verführung durch den Antichrist bringt den Tag der Erscheinung des Herrn in Herrlichkeit, den Tag des Gerichtes und der Vollendung näher. Die Mission und die Passion der Kirche haben ihr Ziel in einem Maß, das bei seiner Erfüllung den Herrn kommen läßt. Die Waffen der Christenheit in diesem Kampf sind allein das Zeugnis, das Gebet für die Feinde, das Leiden und das geduldige, zuversichtliche Warten auf den Tag des Herrn. Die Unvollkommenheit der Sammlung des Gottesvolkes hält die Parusie des Herrn noch auf. Die Obrigkeit als Erhaltungsordnung Gottes verzögert die letzte Machtentfaltung des Feindes; darum betet die Christenheit für ihre Obrigkeiten (1. Tim. 2, 1; Tit. 3, 1; 1. Petr. 2, 13 und 17) und setzt sich für den Bestand der erhaltenden Ordnungen der Welt ein, obgleich sie deren Vergehen und die neue Schöpfung erwartet.

II. Erkenntnisse für unser kirchliches Handeln

21. Indem wir von diesen neutestamentlichen Strukturen der Kirche her wieder auf unsere gegenwärtige Lage blicken, ergeben sich wichtige Gesichtspunkte für unser kirchliches Handeln. Dabei fassen wir zuerst vorwiegend die schon gesammelten Gemeinden (A) und dann die wieder oder noch zu sammelnden Menschen (B) ins Auge.

A. Die Erbauung der Gemeinde. Die vorhandenen Gemeinden, ihre Gliederung und Ertüchtigung

22. Die unter den Stürmen der letzten Jahrzehnte in unseren Dörfern und Städten übriggebliebenen und durch die evangelistische Aktivität der Nachkriegsjahre gesammelten Gemeinden dürfen nicht in Permanenz als Objekte missionarischer Bemühung angesehen werden. Vielmehr sind diese Gemeinden trotz ihrer Kleinheit, trotz Überwiegens der Frauen, der Alten, der Rentner und der Reste des Kleinbürgertums (1. Kor. 1, 26 ff.) als die uns jetzt von Gott gegebenen Gemeinden anzunehmen und als solche ernst zu nehmen. Jeder Pfarrer suche zunächst zu erkennen, wie weit und in welcher besonderen Weise Christus in seiner ihm anvertrauten Gemeinde Gestalt gewonnen hat (Gal. 4, 19) und richte sich in seiner zürüstenden, erbauenden und weidenden Tätigkeit demütig nach dieser Erkenntnis.

23. Der Pfarrer ist nicht in erster Linie Missionar, sondern er ist der Hirte einer Herde, deren Sammlung und Sendung er zu leiten hat. Er strebe danach, in der geistlichen

Leitung und Versorgung der Gemeinde nicht allein zu sein. Älteste, die nicht mehr nach Gesichtspunkten örtlicher, bürgerlicher Reputation, sondern nach Bewährung im Glauben gewählt sind, Katecheten oder Kindergottesdiensthelfer, Lektoren und Helfer im Besuchsdienst sollen ihm zur Seite stehen. Diese und andere Dienste sind um der Gemeinde willen da, nicht umgekehrt. Um des Dienstes der Gemeinde willen hat Christus etliche gesetzt zu Aposteln, Propheten, Lehrern und Evangelisten (Eph. 4, 11). Daher müssen auch in seinem Namen junge Menschen gerufen werden, sich mit Leben und Beruf in solchen Diensten Ihm zur Verfügung zu stellen.

24. Das Ziel des Hirtenamtes und aller ihm zugeordneten Dienste ist primär die Erbauung der Gemeinde und eben damit auch ihr Wachstum. Wir stehen in der Gefahr, in der Furcht vor der vielgerufenen Ghettoform der Kirche ihre missionarische Aktivität allzu schnell und zu direkt zu fordern und dabei zu übersehen, daß eine Gemeinde nur dann zugerüstet werden kann, evangelistisch in ihre Umgebung zu wirken, wenn sie primär und zugleich erbaut wird, im Gottesdienst und in der sichtbaren brüderlichen Verbundenheit untereinander zu leben.

Die Entfaltung der gottesdienstlichen Versammlung der Gemeinde

25. Daher sind vor allem die gottesdienstlichen Versammlungen der Gemeinde zu entfalten. Dabei soll die Regel gelten: Abbau derjenigen Gemeindekreise, die – ihrer ursprünglichen Zielsetzung widersprechend – nicht mehr volksmissionarisch sammelnd wirken. Statt dessen sollen Wochengottesdienste und gemeindeumfassende Bibelstunden oder Gemeindegottesdienste gehalten werden.

26. Die Bibelstunden sollen die Möglichkeit zum gemeinsamen Gespräch und zu freiem Zeugnis und Gebet geben. Die Wochengottesdienste sollen entweder liturgische Gebetsgottesdienste ohne oder nur mit kurzer, gegebenenfalls gebundener Wortverkündigung sein (Stundengottesdienste), oder reine Predigtgottesdienste, die neben der Belehrung der Gemeinde auch evangelistische und missionarische Abzweckungen haben können. Solche Predigtgottesdienste nach der württembergischen Art sollen wenigstens in Städten zu geeigneten Tageszeiten auch an Sonntagen neben dem Hauptgottesdienst gehalten werden.

27. Zur Entfaltung des gottesdienstlichen Geschehens gehört auch die Lehre. Vordringlich gehört dazu die Unterweisung der getauften Kinder. Diese Unterweisung soll der Vermittlung einer tüchtigen Kenntnis der Heiligen Schrift, des Gebets- und Liedgutes der Kirche, ihrer Lehre und ihrer Geschichte dienen. Aber sie muß zugleich unablässig die Erkenntnis zu wecken suchen, daß die heilige Taufe der Beginn des neuen Lebens ist, das den Kampf des Glaubens erfordert und ohne die Gemeinschaft am Heiligen nicht bestanden werden kann. Es geht nicht nur um die Aufhellung von Unwissenheit, sondern um die Überwindung geistlicher Blindheit, um die Aufdeckung von Schuld und um die Stärkung der in der Taufe empfangenen Geistesgaben. Bleiben die Kinder der kirchlichen Unterweisung fern, so sollen Hirten und Lehrer ihnen und ihren Eltern unverdrossen nachgehen. Unaufgebar bleiben auch die erweiterten Aufgaben des Taufkatechumenats, also Junge Gemeinde und Zurüstungen für die Eltern getaufter Kinder. Die Durchführung besonderer periodischer Taufgottesdienste (und zwar nicht nur die Hereinnahme einzelner Tauen in die Meßordnung des Gottesdienstes), desgleichen von Kinder- und Familiengottesdiensten muß von hierher als Teil des genannten Gesamtkatechumenats der Kirche verstanden und dementsprechend gestaltet werden.

28. Mitte und Krönung aller gottesdienstlichen Versammlungen jedoch ist die Evangelische Messe mit Predigt und heiligem Abendmahl. Zunächst muß hier – wo das noch nicht geschehen sein sollte – die Ordnung der Agende I eingeführt und eingeübt werden. In Stadtgemeinden oder in zusammenhängenden Gebieten, etwa innerhalb einer oder benachbarter Superintendenturen sollte diese Gottesdienstordnung bis in Einzelheiten und Kleinigkeiten, deren Gestaltung die Agende offen läßt, einheitlich geübt werden.

Sodann ist der Meßgottesdienst möglichst immer häufiger zu begehen, — je nach Größe und geistlicher Erkenntnis der Gemeinde vierwöchentlich, vierzehntägig oder (in besonderen Zeiten des Kirchenjahres) allsonntäglich.

29. Zum wenigsten aber sollte in jedem Ort in jedem Gotteshaus an jedem Sonntag die Gemeinde sich versammeln. Durch die zielstrebige Heranbildung von Lektoren muß das langfristig auch für größere ländliche Kirchspiele mit mehreren Kirchen angestrebt werden.

30. Eine deutliche Ausprägung des Kirchenjahres mit seiner festen Wiederkehr und die Ausschöpfung der agendarischen Möglichkeiten für die Berücksichtigung der Propriumstücke wehrt hilfreich einer leeren Eintönigkeit des Gottesdienstes. Hierzu gehört auch, daß die außer Brauch geratenen kirchlichen Festtage, auch wenn sie auf Werktage fallen, in den Morgen- oder Abendstunden gottesdienstlich begangen werden (wenigstens Epiphanias, Joh., Michaelis); ohnehin müssen die Gemeinden es lernen, ihre christlichen Feste auch ohne staatlichen Feiertagsschutz zu begehen.

31. Eine Belebung des Singens und eine Vermehrung des Liedgutes ist schon fast überall seit Einführung des EKG im Gange. Zum wenigsten sollten die De-tempore-Lieder und die Graduallieder den Gemeinden sämtlich bekannt und vertraut werden. Ebenso aber auch liturgische Gesänge wie Litanei (138), Te deum (137), Laudamus (507), Da pacem (139), ferner etwa 55, 124, 131, 132, 411, 525, 526 und ähnliche. Da auch hier mit langen Zeiträumen gerechnet werden muß und für alle liturgischen Stücke gilt, daß sie ihre Kraft erst erschließen, wenn sie nicht mehr neu sind, ist keine Zeit für ihre Einübung zu verlieren. Auch unter den Abendmahls- und Beichtliedern, den Liedern zum Begräbnis (309, 174, 75, 99) und zur Taufe sollte mit der Zeit keines mehr den Gemeinden unbekannt sein. Aus alledem ergeben sich auch wichtige Folgen für den Lehr- und Lernplan der Christenlehre und des Konfirmandenunterrichtes.

32. Chöre und Kurrenden sollen auch in kleineren Gemeinden an das Psalmodieren und wenigstens an die regelmäßige Übernahme der herkömmlichen liturgischen Stücke gewöhnt werden; Lektoren sollten, auch wenn der Pfarrer amtiert, die Lesungen übernehmen. Die Gemeinde sollte ihre Responsorien und das Amen sprechen oder singen, und das Dankopfer sollte *im* Gottesdienst eingesammelt und zum Altar gebracht werden.

33. Unseren Gottesdiensten fehlt weithin sowohl, was die römisch-katholischen oder orthodoxen Gottesdienste in ihrer liturgischen Strenge und Objektivität, als auch, was die freikirchlichen Versammlungen in ihrer Brüderlichkeit und Tuchfühlung so anziehend macht. Das erste ist zu gewinnen durch strenge Bindung an Agenda, Perikope und Kirchenjahr und durch klare, zuchtvolle liturgische Haltung, Gebärde und Stimmgebung der gottesdienstlichen Amtsträger, vorab des Pfarrers. Das zweite kann erreicht werden durch Begrüßung der Gemeinde durch Älteste am Eingang oder durch den Pfarrer am Ausgang des Gottesdienstes, durch eine lebendige, gemeindenähe und gegebenenfalls namentliche Art der Abkündigungen und durch eine hilfreiche und brüderliche Freundlichkeit der Gemeindeglieder untereinander und gegenüber Fremden.

34. Eine äußere Vorbedingung für eine solche Entfaltung des gottesdienstlichen Lebens der Gemeinde ist die Schaffung von Gemeinderäumen und vor allem die Renovation der Kirchen. Unsere Kirchen müssen einen sauberen, festlichen, freundlichen und bewohnten Eindruck erwecken. Hinreichend große, sieben- bis achtzeilige Liedtafeln, Kniebänke wenigstens am Altar, Lesepult, elektrische Beleuchtung für Abendgottesdienste und möglichst eine Heizung für den Winter sind einige der unumgänglichen und förderlichen äußeren Bedingungen. Selbst wo vorerst auf eine gründliche bauliche Erneuerung der Kirche, innen oder außen, noch verzichtet werden muß, können neue Paramente, Altardecke, Leuchter, Vasen, Kruzifixe (nicht nur leere Kreuze) oder heilige Gefäße Zeichen erneuerten Gottesdienstverständnisses sein und Liebe zum Gottesdienst wecken. Bei größeren Reparaturen sollte nicht versäumt werden, den Altar würdig und zweckentsprechend zu gestalten, das Gestühl zum Knien benutzbar zu machen, die heute überflüssigen

Wetterfahnen auf den Türmen durch Kreuze zu ersetzen und nicht zuletzt auch der kirchlichen bildenden Kunst Raum zur Entfaltung ihres stummen, zu Lob und Anbetung rufenden Verkündigungsdienstes zu geben.

Die Verkündigung

35. In einer gesammelten und gegliederten Gemeinde soll die Verkündigung mit der Zeit auch von der Darreichung von Milch zu fester Kost übergehen (1. Kor. 3, 1; 3. Hebr. 5, 12). Es darf die Predigt nicht immer nur wieder „Erinnerung der Sünden“ (Hebr. 10, 3) und Zurückwerfen auf den Nullpunkt sein, so daß Sonntag für Sonntag niedergemäht wird, was gerade erst gewachsen war. Die Apostel haben bei allen zum Teil schweren Beanstandungen und Korrekturen nicht versäumt, in den Briefeingängen für den Glaubensstand der Gemeinden zu danken und sie ihrer Erwählung und Zugehörigkeit zu Christus zu versichern. Vor allem aber haben die Apostel nicht ein Predigtpublikum um sich gesammelt, sondern sie haben durch die Taufe in die Lebensgemeinschaft und Bruderschaft der Gemeinde eingegliedert.

36. Wir müssen verbindlich predigen, im Angebot und in der Verpflichtung. Dabei darf nicht das angebliche Maß des dem „heutigen Menschen“ Glaubwürdigen die Grenze der Glaubensaussagen in der Kirche sein. Der natürliche Mensch vernimmt nichts vom Geiste Gottes (1. Kor. 2, 14). Daher sind der Erklärbarkeit der Heilstatsachen Grenzen gesetzt. Die Predigt soll in Lehre, Mahnung und Weisung die Gemeinde im oben genannten neutestamentlichen Sinne zu bauen trachten und die Gemeinde anhalten, untereinander echte menschliche Gemeinschaft zu pflegen und gerade so in Anziehung und unvermeidlicher Abgrenzung nach außen zu wirken.

37. Die Verkündigung muß Ermutigung und geistliche Zurüstung für das Bestehen unserer Gemeinden in der geschichtlich für sie völlig neuartigen Diasporasituation sein. Die Verkündigung muß Hilfe sein für das Glaubenszeugnis und die Nachfolge Christi auch im sozialistischen Staat. Das kann sie nur, wenn sie realistisch und wahrhaftig ist und getragen wird vom ständigen seelsorgerlichen Umgang des Pfarrers mit seinen Gemeindegliedern.

38. Unter solcher Verkündigung wird eine mannigfache Gliederung der Gemeinde deutlich wachsen. Sie umfaßt die besonderen Dienste und Ämter in der Gemeinde, spezielle Hilfsdienste und besondere Helferschaften, aktive Kreise oder Gebetsgemeinschaften und alle anderen Gemeindeglieder, je nach dem Maß ihrer Glaubenserkenntnis und ihrer Geistesgabe. Die Regelmäßigkeit der Teilhabe an den gottesdienstlichen Versammlungen und der Grad der verwirklichten Haushalterschaft werden die Maßstäbe solcher Gliederung der Gemeinde sein. Wo die Gottesdienste nicht mehr besucht werden und das Leben nicht mehr dienend im Blick auf die Rechenschaft vor dem Kommenden geführt wird, ist die Grenze der Gemeinde erreicht.

39. So tritt die Gemeinde, aus dem fleischgewordenen Wort im apostolischen Zeugnis prophetisch geleitet und gewiesen, gerichtet und gestärkt und aus demselben Wort sakramental gespeist, als ein umgrenzter und übersehbarer Kreis von Menschen in Erscheinung, die einander in Alltag und Kultus begegnen, miteinander am Heiligen teilhaben und als die durch solche Anteilhabe auch untereinander Verbundenen handgreiflich im täglichen Leben füreinander sorgen. Darin sind sie die Zeugen Jesu. Es darf diese Martyrie als der entscheidende Auftrag der Kirche weder auf die landläufige Predigt noch auf die Diskussion mit Fernstehenden beschränkt werden. Vielmehr ist das ganze gottesdienstlich-liturgische Handeln der Gemeinde Martyrie, indem durch die Anrufung und Ausrufung des Kyrios Christos die Götter der Zeit entthront werden; und ebenso ist der diakonische Dienst der Gemeinde Martyrie, indem er sich über Schranken weltlicher, ideologisch absolut gesetzter Maßstäbe hinwegsetzt in der Solidarität auch mit Verfeimten und Entrechteten. So redet und berichtet die Gemeinde nicht nur von dem Frieden Christi, sondern sie stellt, abgegrenzt und doch alle Grenzen mit diesem Zeugnis sprengend, in ihrem

liturgischen und diakonischen Handeln den Raum wirklich dar, in dem der Sieg Jesu Christi vor der Welt sichtbar wird (vgl. *G. Jacob*, a.a.O., S. 22).

40. Hier, in diesem Raum, sind die Christen die in allen irdischen Gebundenheiten Freien und wiederum die in aller Unsicherheit und Verlegenheit der modernen Bindungslosigkeit als Knechte Christi Gebundenen. Sie sind unter weltanschaulichen Illusionen die Nüchternen, unter scheuer und stummer Menschenfurcht die Redenden, unter viel Mißtrauen die Offenen, unter ideologischen Überfremdungen die Sachlichen.

41. Klein wie das Senfkorn, verborgen wie der Sauerteig, sich preisgebend wie das Salz, gefährdet und wehrlos wie Schafe unter Wölfen ist die Gemeinde doch gerade darin das Licht in der Finsternis und die Stadt auf dem Berge. Lebt sie in alledem in Christus und aus ihm, so erwartet sie auch die Menschen der gottfremden Kulte. Kommt endlich der Herr nach seiner Verheißung, so kommen auch die Gäste seines Reiches. Kommen sie, so kommt endlich auch Er selbst.

B. Die Sorge der Kirche um die Entfremdeten und Fernen. Zur Analyse der Gesamtlage

42. Wer sind die Menschen, die wir erwarten und denen wir zum Zeugnis werden sollen? Es sind die geschlagenen, hirtelosen, verführten und verschmachtenden Menschen unseres Volkes, das nach mehrfachen Wellen großer nationalistischer Willensanstrengung wiederum eine Phase hilfloser Resignation durchlebt hat und den erneuten Aufrufen zu neuen Zielen und absoluten Werten zögernd und unsicher, aber auch ungeschützt gegenübersteht.

43. Es sind Menschen, die weithin schon in der dritten oder vierten Generation von fortschreitender Verdünnung und Auflösung der Glaubenssubstanz ihrer Vorfahren leben. Es sind Menschen, die die Kirche noch jenseits ihrer seit einigen Jahrzehnten in Gang befindlichen Erneuerung einst kennengelernt und dann innerlich verlassen haben. Auch das Wesen und die Motive des Kampfes der BK sind gerade in Thüringen vielen dieser Kirchenglieder verborgen geblieben. Ihr einstiger kirchlicher Unterricht, sofern er sie überhaupt erreicht hat, hat sie durch seine verbreitete Beschränkung auf moralisch und metaphysisch verborgene Bruchstücke des Glaubens der Kirche allen diesen Erscheinungen gegenüber wehrlos gemacht und sie nicht zum Bestehen in einer veränderten Welt rüsten können. Ihr Fernbleiben vom Gottesdienst rechtfertigen sie mit weltverbreiteten Schlagworten und behaupten dennoch, „ihren Glauben“ zu haben. Reste liberaler und aufgeklärter Ansichten mischen sich mit freidenkerischen Argumenten, zum Teil neu gespeist aus den Thesen der gegenwärtigen atheistischen Propaganda.

44. Es sind Menschen, die nach dem ein- oder mehrmaligen Zerbruch ihrer Überzeugungen und der mehrfach erlebten Umwertung bisheriger Werte allen geistigen Absolutheitsansprüchen tief mißtrauisch oder ängstlich gegenüberstehen und daher auch die Kirche nur noch relativistisch einzuordnen vermögen. Die heute erfolgende völlige Popularisierung einer nicht überwundenen historischen Bibelkritik und des allgemeinen geschichtlichen Relativismus wirkt hier noch fördernd. Es sind Menschen, die – solcher Art seelisch vorbereitet – der Hochschätzung des Einkommens und des Lebensstandards im Sinne eines allgemeinen praktischen Materialismus höchst anfällig ausgeliefert sind.

45. Schließlich sind es auch Menschen, die nach jahrelangen inneren Reservaten gegen die neue marxistische Weltanschauung und das von ihr bestimmte Staatswesen seit einigen Jahren die äußere Anbequemung an seine Forderungen bis zum inneren Umschlag einer verschieden weitgehenden Zustimmung an sich erfahren. Diese Zustimmung reicht vom primitiven Untertanenopportunismus über verschiedene Grade der personspaltenden Anpassung bis zum Ergreifen der marxistisch-leninistischen Weltanschauung als Schlüssel zum Weltverständnis und Lebenssinn. Auch das Phänomen einer tiefsitzenden Furcht vor nonkonformistischen Äußerungen, noch in den Jahren des Hitlerregimes erzeugt und durch den Schock des militärischen Zusammenbruches verstärkt, darf nicht unberücksichtigt bleiben. Eine tiefe Hilflosigkeit gegenüber der Minderheits- und Fremdlingssituation des Christen in der Welt wird in alledem offenbar.

Diese geistigen Vorgänge berühren alle Menschen unseres Staates. Auch die Christen sind davon nicht ausgenommen, wenn auch weniger preisgegeben.

46. Es muß zur geistlichen Beurteilung dieser geistigen und seelischen Gesamtlage unseres Volkes und besonders der der Kirche Entfremdeten aber auch dies noch besonders berücksichtigt werden, daß wir es in alledem mit einer spezifischen Gestalt der nachchristlichen Säkularisation zu tun haben.

47. Die an sich legitime Folgeerscheinung der Evangeliumsverkündigung, daß die Welt entgöttert und als Schöpfung erkannt wird, verkehrt sich zur Autonomie des Menschen unter der Bestreitung Gottes, – Vorgänge wie sie geistesgeschichtlich und systematisch besonders Fr. Gogarten erhellt hat. Im Heidentum und unter dem Gesetz wird der Mensch durch die Gnade in Gottes Gericht bewahrt und in seiner Gottfeindlichkeit gedämmt bis zur Offenbarung des Glaubens. Erst die befreiende Botschaft des Evangeliums entbindet den Menschen zur Freiheit der Kinder Gottes. Die Welt wird entgötzt, die sklavische Furcht vor den Elementen der Welt überwunden, zugleich die Welt aber mit ihren Gütern nicht verworfen, sondern unter dem „Alles ist Euer“ in den freien verantwortlichen Brauch des Menschen gestellt. So entsteht ein neues Verhältnis zur Wirklichkeit, das auf dem abendländischen Boden zur geistigen Wurzel der modernen technischen Weltbeherrschung wurde.

48. Zugleich aber entbindet diese Befreiung die Möglichkeit, sie zu mißbrauchen, und entfesselt so erst einen Widerstand gegen Gott, wie er unter den bewahrenden vorchristlichen Mächten nicht möglich war. Ist das Heidentum die (verkehrte) Antwort des gefallenen Menschen auf die Bezeugung Gottes in der Natur, so ist die Antwort auf Gottes letztes, rettendes Wort nur als Gehorsam des Glaubens in der Knechtschaft Christi oder als die Gesetzlosigkeit des autonomen, nachchristlichen Menschen möglich. Diese mißbrauchte Freiheit kann sich sowohl weltanschaulich verfestigen als auch in Gleichgültigkeit zum Ausdruck kommen. Beide Haltungen entspringen der Feindschaft gegen Gott und seine Kirche. Der Mensch kommt von der aus seinem christlichen Erbe überkommenen Freiheit nicht los, bezieht sie nun aber auf sich als der triumphierende Mensch, der bereits antichristliche Züge trägt (Luk. 11, 24 ff.; 2. Th. 2, 3 ff.; 1. Tim. 5, 8; 2. Petr. 2, 20 f.). Die Verführung und Verfolgung der Christenheit nimmt daher mit Fortschreiten dieses Prozesses auch Formen an, die mit früheren heidnischen oder andersgläubigen Bedrängnissen der Kirche nicht mehr vergleichbar sind.

49. Grundsätzlich gilt jedoch, daß auch der nachchristliche Mensch in den Gehorsam Christi geführt werden soll und kann. „Vor dem Evangelium sind die Säkularisationen nicht weniger wichtig als die Religionen“ (O. Hammelsbeck). Weil das Evangelium hier aber weniger in die Befreiung (wie in der Heidenmission) als in die Bindung ruft, ist die Lage der Christenheit auch erschwert, und es kann nicht mit Massen- oder Völkerbekehrungen gerechnet werden. Zudem bleibt im Blick auf den einzelnen Menschen der Nachchristlichkeit die Grenze von Hebr. 6 und 10 (Unmöglichkeit der zweiten Buße) und Matth. 12, 32 (Sünde gegen den Heiligen Geist) bestehen.

Versuch einer Unterscheidung

50. Im einzelnen muß nun versucht werden, unter den geistig und geistlich so charakterisierten Menschen, unter denen wir als Christen in unserem Lande leben, zu differenzieren. Mit Teil A und B unserer Untersuchung haben wir die Unterscheidung von Gottesdienstgemeinde und Entfremdeten vollzogen. Daher wird hier von solchen Kirchengliedern, die doch gelegentlich die Gottesdienste besuchen, ganz abgesehen. Sie unermüdlich zu Wort und Sakrament zu rufen, indem das, was im Gottesdienst geschieht, zum Leuchten gebracht wird, das gehört noch zu den unter dem obigen Abschnitt A genannten Bemühungen. Hier ist vielmehr nur an solche Menschen gedacht, die trotz empfangener Taufe völlig abseits von den Versammlungen ihrer Gemeinden leben.

51. a) Es gibt Getaufte und dem Gottesdienst Fernstehende, die man zurückrufen kann

und muß. Sie haben einst in einer engen Bindung an Wort und Sakrament gelebt, ihre Taufe ist leibhaftig geworden und hat sich als ein Stück neuen Lebens verwirklichen können. Sie sind aber der Versuchung zur Gleichgültigkeit oder der Arbeitsüberlastung erlegen. Sie haben Anstoß genommen an einzelnen Pfarrern, Christen oder an der Kirchensteuer und haben sich an den Zustand eines gottesdienstfernen Lebens gewöhnt. Meist liegen auch Verkürzungen des Evangeliums vor, sei es im Sinne einer Gottgläubigkeit des ersten Artikels, oder einer verflacht pietistischen Privat-Jesusliebe oder einer Unwissenheit über den Zusammenhang von Rechtfertigung und Heiligung.

52. Bei älteren Menschen liegt dabei oft eine gründliche Kenntnis aus Katechismus, Gesangbuch und Bibel vor, die aber tot bleibt und ohne Beziehung zu ihrem Leben steht. Es kann sogar solcher Schatz an früher gelerntem und freilich mit gewisser Pietät gehütetem Wissen auch hervorgekehrt werden, um die tiefere willentliche Abspernung gegen den Ruf des Evangeliums zu verdecken.

53. Im einzelnen gibt es unter diesen Kirchengliedern viele Variationen. Ihre gemeinsamen Kennzeichen aber, die zugleich eine gewisse Abstufung bedeuten, sind etwa folgende:

1. Die Behauptung, regelmäßig zu beten.
2. Das regelmäßige Hören von Rundfunkpredigten.
3. Die Willigkeit, sich mit Gaben bei Straßensammlungen oder Sammlungen für Kirchenerneuerungen etc. zu beteiligen.
4. Die Behauptung, trotz Mangels eines eigentlichen Christusglaubens oder allenfalls bei der vagen Überzeugung von einem „höheren Wesen“, „für die Kirche“ zu sein.
5. Die immer noch willige Leistung der Kirchensteuerzahlung.
6. Die Respektierung des Pfarrers, wenn auch ggf. unter Ausnahme des eigenen Ortsgeistlichen.
7. Die fälschliche Meinung, mit der Kirche eine bürgerlich-konservative Macht zu unterstützen.

54. b) Es gibt Getaufte, die auf Grund einer zum Volksbrauch gewordenen Taufe (vgl. die frühere Häufigkeit von Haus- und Kliniktaufen) ohne Unterricht (wie weithin die Generation der jetzt 30- bis 40jährigen), ohne Bindung an Gemeinde und Gottesdienst aufgewachsen sind und daher der Kirche nie gliedhaft in der Anteilhabe an ihrem geistlichen Leben zugehört haben. Hier kann von einem Zurückholen nicht die Rede sein, vielmehr muß zuerst zur Taufe und zur Kirche hinggerufen werden. Obgleich sich diese Getauften auch unter der älteren erwachsenen Generation befinden, besonders etwa in Vorstadtgebieten und herkömmlichen Industriegegenden, nimmt ihre Zahl unter der Generation der im Hitlerreich und heute ohne kirchliche Unterweisung Heranwachsenden zu.

55. Hier ist es oft nur ein allgemeines Achtungsgefühl der Kirche gegenüber und allenfalls sehr verborgene Gefühlsbestimmungen, die die Bindung an die Kirche aufrecht erhalten. Die Fremdheit und Verständnislosigkeit gegenüber dem Gottesdienst und der Verkündigung der Kirche ist groß.

Belehrung, Beseitigung intellektueller Anstöße aus der wissenschaftlich-weltanschaulichen Bestreitung des Christenglaubens *und* die Berührung mit der Erweisung des Geistes und der Kraft der Christusjünger sind hier Weg und Aufgabe der Gemeinde.

56. c) Es gibt Getaufte, die offen ihren Unglauben bekennen. Sie demonstrieren die Überlegenheit ihrer aus Schlagworten oder halbwissenschaftlichen Schulungselementen gebildeten eigenen Weltanschauung, die sie mit dem behaupteten Mangel jeglicher Erfahrung der Wirklichkeit Gottes unangreifbar machen möchten. Dies sind die willentlichen Ungläubigen, die sich oft politisch gebunden haben, die die Störung ihrer ideologischen Sicherheit durch das Evangelium fürchten und daher nicht nur selbst die Ohren davor verschließen, sondern diejenigen verunglimpfen, die es hören und bezeugen.

57. Hier ist vor allem auf die überführende Macht Gottes zu hoffen. Er kann solche Sicherheit zum Scheitern bringen, die selbstgehauenen löchrigen Brunnen versiegen lassen

oder in seinen gnädigen Gerichten selbstgefertigte Krücken zerschlagen. Schuld, Krankheit oder Todeserfahrung können an die Grenze der Selbstsicherheit führen. Unter der Geduld Gottes muß dabei aber meist mit langen Zeiträumen gerechnet werden, bis aus vielen Enttäuschungen der Prozeß der Einsicht in das wirkliche Wesen des Menschen und das Aufdämmern, vergewaltigter unzerstörbarer Wahrheiten der Schöpfung eine Reife erreicht, die Ohren zu hören verleiht. So korrespondiert dieser äußersten Ferne solcher Getauften auch die die Gemeinde warnende Verheißung von den Letzten, die die Ersten sein können.

58. Diesen unter a) bis c) genannten verschiedenen Graden der Entfremdung vom Glauben und der Bindung an widergöttliche Mächte entspricht also auch ein verschiedenes Handeln der Gemeinde, das vom direkten Besuchen und Zurückrufen (a) über das Zeugnis in Wort und Leben (b) bis zum geduldigen Warten und Fürbitten (c) reicht. Dabei wird im Falle a) vorwiegend der Pfarrer und seine Helfer im Besuchsdienst, im Falle b) vorwiegend der einzelne Christ in der täglichen Glaubensbewährung in Haus oder Betrieb, im Falle c) vorwiegend die ganze Gemeinde gerufen sein. Freilich bleibt zu bedenken, daß der Ruf an die unter a) Genannten gerade auch eine den Unglauben und das Widerstreben offenbarende Wirkung haben kann und andererseits im Einzelfall das verborgene Erntefeld des Herrn unter den bei c) Genannten am reifsten sein kann. Dennoch wird unter solchen Vorbehalten die Gemeinde am ehesten von der unter c) Genannten auch ihrerseits sich zu scheiden haben, die Gruppe b) als das eigentliche Gegenüber ihres Zeugnisdienstes zu betrachten und die Gruppe a) noch am ehesten als ihr gliedhaft, wenn auch äußerst gefährdet, zugehörig anzusehen haben.

59. Gewiß ist eine solche Gruppierung, wie sie unter a) bis c) versucht worden ist, ein Wagnis. Sie wird es noch mehr, wenn sie in örtlichen Gemeindeverhältnissen auf bestimmte Menschen angewandt werden muß. Dennoch muß diese Differenzierung um des Seelsorgeauftrages am Einzelnen willen gewagt werden. Alle Differenzierung aber muß unter dem Vorbehalt der Freiheit Gottes bleiben.

60. Es ist bei dieser Gliederung ganz von der Frage des Kirchenaustritts abgesehen worden. Vielmehr ist im Blick auf die empfangene Taufe von Gliedern der Kirche gesprochen worden, weil ja auch die abgeschnittene Rebe noch Rebe und das erstorbene oder sterbende Glied noch Glied bleibt. Ganz abgesehen wurde dagegen hier von solchen Menschen, die die heilige Taufe nicht empfangen haben, da sie uns vom Begehren der Erwachsenentaufe bis zur offenen Kirchenfeindlichkeit oder totalen Kirchenfremdheit begegnen.

Das Problem der Kirchenzugehörigkeit

61. Der Kirchenaustritt vor staatlichen Behörden ist, kirchlich geurteilt, eine problematische Einrichtung. Einerseits kann eine solche Austrittserklärung sachlich dasselbe bedeuten wie das offene Eingeständnis, „nichts mehr zu glauben“, andererseits kann sie bei schwachem Glauben wohl eine offene Verleugnung darstellen, aber sie muß subjektiv nicht den willentlichen Bruch mit dem Herrn und seiner Kirche bedeuten. Kann die Kirchenaustrittserklärung also sowohl trotz fortbestehender Gemeinschaft mit dem Herrn erfolgen (wenigstens als ein äußerster Grenzfall bei schwerer Bedrängnis), als auch anderseits bei längst erfolgter Aussage oder nie erfolgter Verwirklichung dieser Gemeinschaft ausbleiben, so soll sie auch nicht als die einzige Form der Loslösung von der Gemeinde überbewertet werden. Kirchenaustritte können sich in der oben genannten Einteilung unter allen drei Gruppen finden, am seltensten freilich wohl unter a), am häufigsten unter c), wenn auch hier keineswegs durchgängig.

62. Tatsächlich stellt die Kirchenaustrittserklärung (abgesehen von den angedeuteten Grenzfällen der Kryptochristen) die willentliche Scheidung von der sichtbaren Gemeinde mit allen ihren Gaben und Diensten dar. Daher sind selbstverständlich solchen Ausgetretenen Abendmahlsgemeinschaft, kirchliche Rechte, Bestattung etc. zu versagen.

63. Irrelevant dagegen ist der Kirchnaustritt im Blick auf das unauslöschliche Geschehen der Taufe, auf den – wenn auch etwa nur einmalig bei der Konfirmation erfolgten – Empfang des heiligen Abendmahls und auf das Hören des in Unterricht und Gottesdienst verkündigten Evangeliums. Hier darf die Gemeinde nicht aufhören, mit Gottes bekehrendem Wirken zu rechnen, für die Verirrten und Abgefallenen zu beten und ihren Gliedern das Verantwortungsbewußtsein im Blick auf Begegnungen mit solchen Getauften zu stärken.

64. Es ist daher angesichts dieser Problematik zu fragen: gehören wirklich alle zur Gemeinde, die ihren Austritt nicht erklärt haben? Gehören wirklich nur die nicht zur Gemeinde, die ihren Austritt erklärt haben?

65. Vielmehr muß auch, abgesehen von der Erklärung des Kirchnaustritts, die Gemeinde den faktischen Abfall von Gemeindegliedern ernst nehmen und darf nicht unterschiedlich alle diejenigen zu ihren Gliedern rechnen, die ihren Austritt nicht erklärt haben, wobei es ihrem Belieben freigestellt bliebe, ob sie an Gebet, Versammlung, Sakrament, Zeugnis und Opfer der Gemeinde teilhaben oder nicht.

66. Solcher faktische Abfall geschieht da, wo

a) entweder – trotz formaler Kirchenzugehörigkeit – offen der Unglaube bekannt wird, oder wo

b) durch Jahre hindurch Gottesdienst, Beichte und heiliges Abendmahl gemieden werden, oder wo

c) Kinder nicht zur Taufe gebracht oder trotz vollzogener Taufe von der christlichen Unterweisung ferngehalten werden, oder wo

d) Bindungen an Akklamationen gegenüber fremden Göttern, etwa durch Weihehandlungen, durch aktive Zugehörigkeit zu atheistischen Organisationen oder durch bestimmte, den christlichen Glauben verleugnende Tätigkeiten vorliegen oder trotz seelsorgerlicher Ermahnungen nicht gelöst werden, oder auch wo

e) böswillig oder schuldhaft die Leistung des kirchlichen Geldopfers verweigert wird.

67. In der Lebensordnung der VELKD wird dieser Tatbestand immer wieder mit der Wendung bezeichnet, daß kirchliche Gemeinschaft oder Dienste und Rechte zu versagen sind, wo „das Bekenntnis zu Christus offensichtlich verworfen oder öffentlich geschmäht wird“ (so I,7,3; VI,4; VIII,4; XII,5), wozu in den drei letztgenannten Fällen noch die Bestimmung tritt: oder wo „trotz Vermahnung in mutwilligem Ungehorsam gegen Gottes Gebote verharret“ wird. Was „öffentlich schmähen“ bedeutet, bedarf keiner Erläuterung. Wann aber ist der Tatbestand der „offensichtlichen Verwerfung“ gegeben? Und was fordert das Ernstnehmen des „Verharrens in mutwilligem Ungehorsam“ von den Gemeinden?

68. Eine authentische Interpretation wäre hier dringend erwünscht, denn an ihr hängt die gesamte Praktizierung der Lebensordnung nach ihrer doch so deutlich vorgesehenen versagenden und abgrenzenden Seite hin. Nach unserer Überzeugung weisen diese Bestimmungen genau auf den eingangs genannten Zusammenhang von Vergebung und Erneuerung, von Rechtfertigung und Heiligung, von Taufe und neuem Wandel, von Glaube und Gehorsam, von Gesetz und Evangelium hin. Das Leben des Christen besteht in der Teilhabe an den Gnadenmitteln und dem Christuszeugnis in Wort und Tat, im Bleiben und Wachsen in Christus in den gottesdienstlichen Versammlungen und im Gottesdienst des Lebensopfers.

Die Aufgabe

69. Unablässig, jahrelang und in großer Geduld und Liebe, aber auch mit der Erwartung einer verbindlichen Befolgung solcher Mahnungen sind die Gemeinden mit allen ihren Gliedern in aller Verkündigung und Lehre unter der Bitte um das sammelnde, erleuchtende, heiligende und erhaltende Wirken des Heiligen Geistes zu solchem Glaubensstand zu rufen und in ihm zu festigen.

70. Diese Aufgabe wird der zentrale Inhalt und der eigentliche Impuls unseres Dienstes im Hirtenamt in unserer Zeit sein. Diese Aufgabe ist Ziel und Inhalt für Verkündigung und Seelsorge. In ihr sollte alle pastoraltheologische Bemühung der im oberhirtlichen Amt stehenden oder mit visitatorischen Funktionen betrauten Amtsträger ihr Ziel haben. Hier ist die Richtung gezeigt, in der die Antwort zu suchen ist auf die Not der Verkündigung. Wo diese Aufgabe erkannt wird, ist die tiefste Bedrohung und Anfeindung der Pfarrer überwunden, nämlich die tödliche und lähmende Frage, was eigentlich heute zu verkündigen sei. Diese Aufgabe ist groß und lohnend. Sie weist über das Vermögen einer einzigen Predigergeneration weit hinaus. Sie ist so umfassend, daß isolierte Maßnahmen auf Einzelgebieten des kirchlichen Lebens zu ihrer Bewältigung nicht ausreichen. Wer sich hier an die Arbeit macht, hat aber auch zugleich die Last des Erbes unserer Volkskirche zu tragen.

71. Freilich würde es gut und hilfreich sein, wenn nach hinreichender und liebevoller Vorbereitung in einer Gemeinde oder in einer Landeskirche ein klares, verbindliches Wort in dieser Sache gesagt würde. Dieses Wort müßte feststellen, daß die Teilhabe am Gottesdienst mit seinen Gnadenmitteln und die Erbauung der Gemeinde in der Erneuerung des Lebens für alle Christen die *conditiones sine quibus non* ihrer Gliedschaft am Leibe Christi sind.

72. Das bedeutet, daß zu solcher Gestalt des Glaubens die Gemeinden zu rüsten und zu festigen sind, die Fernen, Lauen und Gleichgültigen zu rufen und zu erwecken. Das Zeugnis der Gemeindeglieder durch Wort und Werk in ihren Nachbarschaften, Haus- oder Arbeitsgenossenschaften und das planmäßige geduldige Besuchen solcher Fernen und Entfremdeten wird diese Aufgabe erfüllen.

Kein Gespräch des Pfarrers sollte, wo es nötig ist, ohne den Ruf zum Gottesdienst enden. Aller liberalen Toleranz, allem bürgerlichen Tabu des Religiösen, aller durch den völligen Wechsel der Lage sinnlos gewordenen Protesthaltung gegen „verdienstliches“ Kirchengehen aus überholtem antirömischen Affekt ist entschlossen Abschied zu geben. Es geht um jeden Einzelnen, und nur aus viel unsichtbarer und unscheinbarer Treue im einzelnen wächst die Gemeinde.

73. Die schmerzliche und spannungsvolle Doppelgestalt der Gemeinden, die freilich bis zur Wiederkunft Christi nie völlig überwunden werden kann, gibt uns heute besonders zu tragen: einerseits die vom Gottesdienst her ihres Glaubens lebende Gemeinde und andererseits die Schar der Getauften, der einst Konfirmierten oder schon nicht mehr Konfirmierten, nun aber dem Leben der Kirche Entfremdeten, sie seien ausgetreten oder nicht. Ihnen gilt der Rückruf zu den Gaben Gottes in Christus, die ihrem Leben bereits ein Siegel verliehen haben. Hier wird ein geduldiger, alle Schwachheit zu schonen bereiter Rückruf, aber ein verbindlicher Ruf angebracht sein. Wo er gehört wird, ist ein Bruder gewonnen. Wo dem mehrfachen Angebot und Ruf nicht Folge geleistet wird, ist dieses Nein auch seitens der Gemeinde anzuerkennen. Hier soll die Abendmahlsgemeinschaft aufgekündigt werden, der Dienst der Kirche versagt werden, von der Steuerschuld entbunden werden.

74. Ohne solche mehrfache nachgehende und belehrende Seelsorge, die vor Gottes Richterstuhl zu bestehen hoffen kann, darf diese Gemeinschaft nicht aufgesagt werden. Nach solcher Belehrung aber, wo sie vergeblich bleibt, muß die Gemeinschaft aufgesagt werden. Die Scheidung der Gemeinde darf nicht nur der Notsituation und Bedrängnis von außen überlassen werden. Denn während die Kirche heute noch vielfach weder anziehend noch abgrenzend wirkt, muß sie vielmehr, gerade indem sie aus Christus lebt und unter seine schon verborgen angebrochene Herrschaft ruft, so wahr sie jedermann dazu zu gewinnen trachtet, sich doch von denen scheiden, die diesem Ruf nicht Folge leisten, und in alledem sowohl anziehend als auch abgrenzend wirken: zu ewigem Leben oder Verderben als das heimlich sich schon vollziehende Gericht der Welt. Nur so ist die Kirche das gesammelte und zur Sammlung gesendete und auf seine Vollzahl wartende Volk Gottes.

Vom 30. November 1961

Die Mitglieder des Weissenseer Arbeitskreises stimmen in den folgenden Sätzen überein. Sie übergeben sie der Öffentlichkeit in der Erwartung, daß sie geprüft, besprochen und gebraucht werden möchten.

1. Die letzten Monate haben vielen die Augen dafür geöffnet, daß wir uns am Rande des heißen Krieges befinden. Das gilt für die Welt und für Deutschland. Viele Hoffnungen sind zusammengebrochen. Viele persönliche Bande sind zerrissen. Die Folge ist, daß Haß und Drohung, Angst und Gegendrohung die Gemüter beherrschen. Das darf bei uns Christen nicht so sein. Denn alles, was geschieht, wird unter Gottes Wort zu einer Anfrage an unseren Glauben, ob wir bereit sind, uns entschlossen vom Unglauben abzuwenden und uns der Hoffnung zuzuwenden, die uns den Weg des Gehorsams aufs neue zu suchen heißt.

2. Uns vom Unglauben abkehren heißt heute: uns nicht von einer Lethargie bezwingen zu lassen, die uns dahin führt, gelähmt der Dinge zu harren, die da kommen sollen, und uns so von der Entwicklung überrunden zu lassen; es heißt: der Angst abzusagen, als ob die Sache Christi bei uns verloren sein könnte;

es heißt: der Versuchung zu widerstehen, die für unsere ohnmächtige Kirche so nahe liegt, sich auf irdische Macht zu stützen oder in politische Fronten einreihen zu lassen.

3. Dieser Unglaube, festgehalten und gepredigt, verleugnet das Evangelium und zerstört die Kirche. Wer ihn vertritt, scheidet sich von der wahren Kirche und richtet die falsche Kirche auf.

4. Wir glauben, daß Gott uns segnet, wenn wir umkehren und der Kraft des Wortes vom Kreuz vertrauen. Wir erwarten, daß in der Freiheit bruderschaftlicher Beratung neue Formen kirchlichen Lebens entstehen. Wir hoffen, daß wir zu einer glaubhaften Kirche in der sozialistischen Gesellschaft werden.

5. Wir müssen neu glauben lernen: die Kirche Jesu Christi lebt allein von ihrem Auftrag, in der Nachfolge Jesu der Welt zu dienen. Der Unglaube begnügt sich nicht mit dieser dienenden Stellung der Kirche: die Kirche solle eine Macht darstellen, die als moralischer, kultureller, politischer und gesellschaftlicher Faktor zu respektieren sei. Darum klammern sich viele so leidenschaftlich an Rechte, die frühere Zeiten der Kirche eingeräumt haben. Viele halten die Kirche für intakt, wenn in ihr die Ordnungen regieren. Nun sehen wir, wie Gott in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung unserer Tage solche Rechtsansprüche und Ordnungen zerbricht. Lassen wir es unsere Hoffnung und Sorge sein, daß mitten in diesem Zerbrehen der befreiende und die Kirche allein tragende Auftrag deutlicher ans Licht kommt.

6. Wir müssen neu glauben lernen: Das Wort, das der Kirche aufgetragen ist, wird sich selbst Gehör schaffen.

Der Unglaube sucht nach Krücken für das Wort. Er freut sich, wenn sich ihm Ideologien und Antiideologien als Bundesgenossen anbieten. Er gibt dem Antikommunismus und dem Opportunismus Raum und entstellt die Verkündigung durch politische Ressentiments. Laßt uns dafür Buße tun! Sie wird uns freimachen, dem Haß abzusagen und „alles zum Besten zu kehren“. Fragt mit uns danach, was bei uns anders werden muß, damit das Evangelium in der sozialistischen Gesellschaft, auch von den Atheisten, gehört werden kann.

7. Wir müssen neu glauben lernen: Das Wort Gottes allein schafft Gemeinde und bringt wahre Einheit.

Der Unglaube sieht die Gemeinschaft zerbrechen, wo sie nicht mehr als organisatorische Einheit durchgehalten werden kann. Der Unglaube macht Fragen der Organisation zu einer Hauptsache der Kirche. Er verführt dazu, den spezifischen Auftrag der jeweiligen Situation um der Einheit willen zu vernachlässigen. Wahre Buße richtet Gottes Wort aus

und erwartet von ihm, daß es uns zur Gemeinschaft zusammenführt, in der Wahrheit, die alle verpflichtet, in der Liebe, die für andere verantwortlich mitdenkt, in der Hoffnung, daß die Zeit bald kommt, in der die Einheit der durch konfessionelle und staatliche Grenzen gespaltenen Kirche sichtbar wird.

8. Wir müssen neu glauben lernen: Das Wort Gottes allein regiert die Kirche.

Der Unglaube meint, daß die Kirche durch kirchenpolitische Taktiken, durch die Tatkraft repräsentativer Persönlichkeiten, durch Behörden regiert werden müsse. Der Unglaube meint, brüderliche Hilfe in der Führung kirchlicher Ämter verschmähen zu dürfen. Laßt uns solchem Unglauben absagen und anerkennen, daß der Herr seiner Kirche vielfältige Gaben gibt und daß diese Gaben den Beschenkten zum Diener und nicht zum Herrn der anderen machen. Christus selbst will und wird seine Kirche leiten, indem Menschen unter der Predigt die Wegweisung des Wortes erfahren und sie anderen verpflichtend deutlich machen können. Laßt uns darauf hinwirken, daß die Kirche so wirklich von der Gemeinde aus, wie es in unseren Ordnungen steht, aufgebaut und daß das hierarchische Denken abgebaut werde.

9. Wir müssen neu glauben lernen: Die Kirche, die ihrem Auftrag dient, wird auch die nötigen Mittel haben, ihn auszuführen. Der Unglaube versucht, Fassaden künstlich aufrecht zu erhalten und sorgt sich um die Mittel. Laßt uns Buße tun und ehrlich Bilanz machen, auch wenn das bitter ist. Laßt uns auf Hilfen verzichten, die uns fesseln. Dem Evangelium wird es gut gehen, wenn wir auch äußerlich so arm oder reich sind, wie es dem Glauben in unseren Gemeinden entspricht.

DIE KIRCHENGEMEINDE IM VOLLGENOSSENSCHAFTLICHEN DORF

Vom Ausschuß „Dienst der Kirche auf dem Lande“ erarbeitete Richtlinien

Die Gemeinde lebt aus der gnädigen Gegenwart ihres Herrn. Er ist der Sieger, der bei den Seinen „wohl auf dem Plan“ ist, der Herr der Welt, dessen Herrschaft aber erst am jüngsten Tage voll offenbar wird. Diese Tatsache wird durch keinerlei Veränderungen des politischen und gesellschaftlichen Lebens der Menschen berührt. Auch die Umwandlungen unserer Dörfer in vollgenossenschaftliche Dörfer heben diese Tatsache in keiner Weise auf.

Auf der anderen Seite hat die Kirchengemeinde teil am Leben der Welt. So können Veränderungen, die sich in der Welt vollziehen, nicht spurlos am täglichen Leben der Kirchengemeinde vorübergehen. Wenn die Kirche auch ihre Lebenskraft und ihren Auftrag von ihrem Herrn empfängt, so leben ihre Glieder in der Welt und sollen hier ihren Glauben bewähren.

Diese Bewährung des Glaubens, vor unseren Augen immer wieder unzureichend, hat die Verheißung, daß die Pforten der Hölle die Gemeinde nicht überwältigen sollen. Sie steht unter dem Wort des Herrn, daß die Gemeinde Salz der Erde und Licht der Welt ist. Sie geht dem Tag entgegen, von dem die Schrift sagt: „Es sind die Reiche der Welt unseres Herrn und seines Christus geworden und er wird regieren von Ewigkeit zu Ewigkeit“ (Offb. 11, 15).

Im folgenden versucht der von der Kirchlichen Ostkonferenz gebildete Ausschuß „Dienst der Kirche auf dem Lande“ kurz darzulegen, welche Wege eine Kirchengemeinde im vollgenossenschaftlich gewordenen Dorf gehen kann, um dem Auftrag ihres Herrn gerecht zu werden.

I.

Die Sozialisierung der Landwirtschaft stellt unsere Kirchengemeinden vor große Schwierigkeiten und Nöte, gerade weil es sich hier nicht um einen wirtschaftspolitischen Vorgang handelt. Trotz vieler gegenteiliger Versicherungen sehen wir in dem, was sich in unseren

Dörfern heute abspielt, einen Teil jenes uralten und in jeder Generation neu unternommenen Versuches der Menschen, eine vollkommene Welt ohne Gott zu bauen.

Unsere Gemeinden in den Dörfern sind weithin noch nicht in der Lage, dem, was ihnen hier entgegentritt, in evangelischer Weise zu begegnen. Wir müssen erkennen, daß latente Krisenpunkte unseres kirchlichen Lebens in den Dörfern, die schon lange vorhanden waren, durch die Veränderungen, die jetzt eingetreten sind, zu offenen Nöten und akuten Gefahrenherden geworden sind. Verborgene Schuld ist an das Licht getreten.

Wir greifen aus der Fülle dessen, was hier offenbar geworden ist, folgendes heraus:

Es fehlt weithin ein fundiertes biblisches Wissen. Auch bei Kirchgängern vermissen wir zum Teil die einfachste Kenntnis des Inhaltes der Bibel, die Voraussetzung für ein Leben aus dem Wort Gottes ist. So kommt es oft nicht zu einer Begründung der eigenen Existenz in der Gnade und Vergebung Gottes. Wo bisher Sitte und Gewohnheit die Zugehörigkeit zur Kirche in unseren Dörfern zu einer gewissen Selbstverständlichkeit machten, hinter der kein lebendiger Glaube stand, wird heute, wo Sitte und Gewohnheit ihre tragende Kraft verloren haben, weithin nur eine große Leere sichtbar. Unsere Gemeindeglieder gewinnen die Maßstäbe für ihr Handeln nicht aus dem Worte Gottes, so kommt es zu einer Überbewertung politischer und wirtschaftlicher Gegebenheiten. Das Urteilsvermögen ist getrübt.

Es fehlt das Wissen um den Gottesdienst als den Ort der Begegnung der Gemeinde mit ihrem Herrn und seinen Gaben. Unsere Gemeinden erwarten in den Gottesdiensten oft nicht das Heil, also die Vergebung ihrer Sünden in Wort und Sakrament, sondern sie erwarten bestenfalls falsch verstandenen Trost und billige „Erbauung“; sie wollen nicht die Predigt des Wortes Gottes, das sie im Gewissen trifft, sie suchen nicht Wegweisung, sondern Bestätigung des eigenen Weges.

Es fehlt das Wissen um die Lebenshilfe, die die Gemeinde als die „familia Dei“ empfängt und gibt. Auch bewußte Gemeindeglieder leben ihren Glauben weithin als Solisten, lediglich auf den Pfarrer ausgerichtet, ohne wirkliche Gemeinschaft untereinander. In unseren Dörfern herrschte schon immer viel Feindschaft, auch zwischen sogenannten Christen. Man weiß zu wenig von der Wirklichkeit der Versöhnung. Von daher die Scheu vieler Gemeindeglieder, in der Gemeinde bewußt Verantwortung zu übernehmen und zugleich die Scheu vieler Pfarrer, volle Verantwortung zu übertragen; von daher auch die Anfälligkeit vieler, neue Bindungen in außerkirchlichen Gemeinschaften einzugehen oder in der Masse unterzutauchen.

Es fehlt weithin Bereitschaft zum Bekenntnis, Zeugnis und Apostolat, die den einzelnen Christen und der ganzen Gemeinde aufgetragen sind. Viele Kirchengemeinden finden so wenig Raum für ihr Gemeindeleben, sie leiden an „Platzangst“, weil das Bekenntnis ihrer Glieder, ihr Zeugnis vor der Welt so schwach geworden ist.

Es fehlt noch vielerorts der Sinn für das geistliche Opfer, angefangen beim Opfer des Geldes bis hin zum Opfer von Zeit und beruflicher Stellung in der Welt. Deswegen bleiben in unseren Gemeinden so viele geistlich notwendigen Arbeiten ungetan und es wird so wenig vom Segen des Opfers erfahren.

Der Gedanke der Verpflichtung für die ganze Kirche ist nur sehr schwach ausgebildet. Ein gewisser Gemeindeegoismus lähmt vielfach gesamtkirchliche Arbeiten. Das Wissen um die Ökumene ist in unseren Dorfgemeinden bisher kaum vorhanden.

II.

Solche inneren Schwierigkeiten und Nöte unserer Dorfgemeinden müssen wir klar sehen, wenn versucht werden soll, Wege für das Leben der Kirchengemeinden in dem vollgenossenschaftlichen Dorf aufzuzeigen. Pfarrer und Gemeinden haben zu erkennen, daß nicht nur von außen Gewalten über sie gekommen sind, die in ihr Leben eingreifen und es verändern, sondern daß darin eine Heimsuchung Gottes über eine schlafende Christenheit

erging. In jeder Heimsuchung Gottes ist auch seine Gnade verborgen, die Gnade der Vergebung und des Neuanfangs.

Der Ausschuß gibt im folgenden einige Anregungen, die dazu helfen möchten, daß Ansätze zu einer echten Neubelebung des kirchlichen Lebens auf dem Dorfe erkannt und genutzt werden.

Der Gottesdienst

Der Gottesdienst in der Ortsgemeinde steht weiterhin im Mittelpunkt ihres Lebens. Wir regen an, die heute von verschiedenen Seiten nahegebrachten neuen Versuche einer Verlebendigung der Gottesdienste aufzugreifen. Wir nennen besonders die Familiengottesdienste. Die verantwortliche Mitgestaltung des Gottesdienstes durch Gemeindeglieder ist anzustreben. Es muß auch ernstlich geprüft werden, ob in der zeitlichen Ansetzung der Gottesdienste nicht eine größere Beweglichkeit am Platze ist. Zu jedem Gottesdienst sollte immer wieder und auf jede nur denkbare Weise eingeladen werden. Es gilt dabei zu bedenken, daß der Rhythmus des dörflichen Lebens anders verläuft als der des städtischen und durch die jetzigen Veränderungen auf dem Lande möglicherweise noch weiter umgestellt wird.

Wir empfehlen, die Gemeinden zu ermuntern, Kirchen- und Posaunchöre neu zu gründen oder sie zu neuem Leben zu bringen. Erfahrungsgemäß führt ihre Mitwirkung bei Gottesdiensten und Gemeindeveranstaltungen nicht nur ihre Glieder, sondern vielfach auch deren Angehörige unter das Wort Gottes. Außerdem haben solche Chöre echte gemeinschaftsbildende Kraft bewiesen.

Neben den Gottesdiensten in der Ortsgemeinde kommt auch gottesdienstlichen Veranstaltungen auf übergemeindlicher Ebene, etwa im Kirchenkreis oder in Nachbarorten, heute große Bedeutung zu. Sie helfen den oft so einsamen Gemeinden und Gemeindegliedern aus ihrer Vereinzelung zur Freude an der Gemeinschaft der Kirche. Nach manchen Beobachtungen können sie außerdem namentlich jungen Menschen zu einem Wachstum im Glauben helfen, da diese beim Besuch solcher Veranstaltungen dem engen Kontrollbereich durch Nachbarn entnommen sind. Das Ziel muß allerdings bleiben: der Kirchgang in der eigenen Gemeinde, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß der Gottesdienst in der Ortsgemeinde nicht immer und für alle werbende Kraft hat.

Gottesdiensten auf übergemeindlicher Ebene kommt auch die Aufgabe zu, unseren Gemeinden im besonderen Maße die gesamtkirchlichen Verpflichtungen, die sie für die Mission, Diaspora, Diakonie usw. tragen, deutlich zu machen. Die schon seit langer Zeit bestehenden Missionsfeste, aber auch Dorf-Kirchentage, Jugendtage und anderes können nach vorliegenden Berichten gerade heute in unseren Dörfern außerordentlich segensreich sein.

Wir bitten weiter zu erwägen, ob das in den Grundordnungen mancher Kirchen vorhandene Institut „Gemeindeversammlung“, das bisher noch weithin wirkungslos geblieben ist, nicht belebt werden sollte. Hier könnte in aufgelockerter Form gutes Wissen über das Leben in Kirche und Gemeinde vermittelt werden.

Der Kindergottesdienst

Der Kindergottesdienst liegt vielfach sehr im argen. Oft ist in Kirchengemeinden mit mehreren verstreut liegenden Dörfern ein Kindergottesdienst im Anschluß an den Erwachsenengottesdienst nicht möglich, kann jedenfalls nicht vom Pfarrer gehalten werden, da dieser häufig mehrere Gottesdienste am Sonntag zu halten hat.

Wir nennen in diesem Zusammenhang noch einmal die schon erwähnten Familiengottesdienste. Der Kindergottesdienst kann auch im Rahmen des Gemeindegottesdienstes gehalten werden, und zwar in der Weise, daß die Kinder erst während der Predigt und des Schlußteils im Pfarrhaus ihre eigene Katechese haben.

Der Gemeinderaum

Jede Gemeinde muß für ihre Zusammenkünfte außerhalb des Gemeindegottesdienstes einen Gemeinderaum haben. Dieser muß mit Geschick und Phantasie so eingerichtet und ausgestaltet werden, daß jeder sich dort wohl fühlen kann. Die Gemeinde sollte lernen, auch kleinere und größere Feste, die von ihr selbst gestaltet werden, in diesem Gemeinderaum zu feiern. Wir als Ausschuß empfehlen, vor allem in den Außendörfern solche kirchlichen Zentren zu schaffen, die der Mittelpunkt kirchlichen Gemeindelebens werden können. Wir denken zum Beispiel an den Ausbau von Sakristeien, Räume unter den Orgelemporen und ähnliches oder auch an stundenweise Anmietung von Privaträumen.

Vertiefung in die Bibel

Den Dienst, die Gemeinde im Umgang mit der Bibel zu unterweisen, hat bisher weithin die Wochenbibelstunde geleistet. Wo diese lebendig ist, sollte man daran auf jeden Fall festhalten. Wir bitten zu prüfen, ob nicht auch andere Möglichkeiten eröffnet werden müssen, um die Gemeinde in der Bibel heimisch werden zu lassen. Zum Beispiel haben sich auch auf dem Lande Bibelwochen und Dorfmissionswochen bewährt. In jüngster Zeit haben sich in manchen Gemeinden kleine Gruppen von Gemeindegliedern zu Hausbibelkreisen zusammengefunden. Als weitere Hilfe zur Vertiefung in die Bibel nennen wir: Bildarbeit, Hörspiele von Tonbändern, Laienspiele, Spielmotetten.

Notwendig ist es besonders, daß schon die Kinder die Bibel kennenlernen. So sollte die ganze Gemeinde sich für die Christenlehre ihrer Kinder verantwortlich wissen. Allen Versuchen, die Christenlehre noch mehr einzuschränken (Ganztagerziehung usw.), sollte man von Anfang an entschieden entgegenreten. Hier sind besonders die Eltern zu klarer Entscheidung zu rufen. Neben der Christenlehre ist etwa auch der biblischen Unterweisung in der Familie große Aufmerksamkeit zuzuwenden, Eltern und Großeltern sind dazu anzuleiten.

Das Gespräch

Lebenshilfe der Gemeinde für den Einzelnen und Zeugnis der Gemeinde für die Welt müssen immer Hand in Hand gehen. Das Gespräch über den Glauben ist in unseren Tagen auch auf unseren Dörfern wohl die verheißungsvollste, aber auch schwierigste Form des Zeugnisses. Besonders ältere Jugendliche sind eigentlich nur auf diesem Wege an das Leben der Ortsgemeinde heranzuziehen. Doch sind gerade hier sehr viel Vorbereitungen, Aufgeschlossenheit und Güte des Gesprächsführers notwendig. Wir empfehlen die „offene Arbeit“, d. h. Gespräche mit bestimmten Personenkreisen, zum Beispiel Taufeltern, jungen Ehepaaren, aber auch mit Gruppen, die innerhalb der LPG durch bestimmte Aufgaben verbunden sind. Dabei sollte der Eindruck vermieden werden, als ob man diese Personenkreise sofort für die Kirche vereinnahmen wolle.

Ein geordneter *Besuchsdienst* kann in unseren Gemeinden sehr dazu beitragen, bestehende Verkrampfungen zu lösen und echte Verbundenheit der Gemeindeglieder zu schaffen.

Wir bitten, den Aufbau von *Laienseminaren*, die sich in den Städten bereits bewährt haben, vielleicht auf Kirchenkreisebene, auch auf dem Lande zu erwägen. (Das Diakonenhaus Moritzburg führt Laienseminare durch und ist zur Beratung bereit.)

Gemeindedienste und Gemeindekreise

Das unverbundene Nebeneinander der verschiedenen Dienste in einer Gemeinde kann der Tod des Gemeindelebens sein. Die hauptamtlich angestellten Katecheten, Organisten, Küster, Gemeindeschwestern und Gemeindegliederinnen und die ehrenamtlichen Kirchenältesten, Bezirksfrauen und andere sollten mehr noch, als es bisher oft geschieht, in ständiger

Verbindung und Verbundenheit mit ihren Pfarrern stehen. Gerade dieser Kreis kann der ganzen Gemeinde beispielhaft etwas von *echter Bruderschaft* vorleben.

Wir empfehlen, die in den Gemeinden *vorhandenen Kreise* (Frauenhilfe, Männerarbeit, Jugendkreise) nach Möglichkeit von Gemeindegliedern, nicht von den Pfarrern selbst leiten zu lassen. Die Pfarrer sollten sich hier in erster Linie auf die Zurüstung ihrer Mitarbeiter beschränken. Das von den Werken herausgegebene Schrifttum wird vielfach noch zu wenig herangezogen und verarbeitet.

Wir raten, diese Gemeindekreise immer einmal wieder zu gemeinsamen Veranstaltungen zusammenzuziehen, damit die Kirche nicht ihrerseits in ihrer Arbeit die Familien zersetzt.

Wir raten weiter, in die Arbeit der Kreise eine gewisse Auflockerung zu bringen dergestalt, daß auch Raum für die Bildung neuer und neuartiger kleiner Gemeinschaften gegeben wird, deren Zusammenkünfte in loser Folge die Versammlungen der schon bestehenden, die ganze Gemeinde und ihre Stände umfassenden Kreise unterbrechen können. Wir denken hier etwa an die schon genannten Hausbibelkreise, an Nachbarschaftshilfe und ähnliches, daneben aber auch an Gruppen innerhalb einer LPG am Arbeitsplatz.

In dem allen muß es das Ziel sein, das in unserer Hand Liegende zu tun, daß die Gemeinden, die im Angriff einer atheistischen Weltanschauung sehr bedrängt und wahrscheinlich sehr zusammenschmelzen werden, zu Gemeinschaften von im Glauben und in der Liebe verbundenen Menschen zusammenwachsen.

Das Opfer

Die Opferbereitschaft in den Gemeinden ist verschieden groß. Dem Ausschuß sind Beispiele solcher Bereitschaft berichtet, die uns beschämt haben. Unsere Gemeinden werden in Zukunft in steigendem Maße auf das Opfer ihrer Glieder angewiesen sein. Wir raten daher, den Gedanken des „Zehnten“ unseren Gemeinden immer wieder nahezubringen.

Wir bitten weiter zu erwägen, unsere Gemeinden auch in den Dörfern zu ermuntern, daß sie aus ihren Gliedern Menschen für den vollen Dienst in der Kirche gewinnen und sich für diese ihre Glieder, namentlich auch in der Zeit der Ausbildung, etwa zu Diakonen, Diakonen, Theologen, Missionaren, Gemeindegliedern usw., verantwortlich wissen. Der Gedanke der Patenschaft einer Gemeinde für ihre Glieder, die im vollen kirchlichen Dienst stehen, kann sehr fruchtbar und segensreich werden.

Die hier vorgetragenen Gedanken möchten nicht so mißverstanden werden, als meinte der Ausschuß, durch einen vermehrten „Betrieb“ in den Gemeinden der offenbar gewordenen Not Herr werden zu können. Aus dem zu Anfang Dargelegten wird deutlich, daß wir nur aus einer neuen Hinwendung zum Evangelium, zu Wort und Sakrament neue Kraft auch für unsere Gemeinden in unseren Dörfern erwarten. Die von uns gegebenen Anregungen wollen nur Mut machen, in der jeweils besonderen Situation der einzelnen Gemeinde auf dem Lande zu prüfen, welche Wege zu einem guten Gemeindeleben auch in dem vollgenossenschaftlichen Dorf eingeschlagen werden können.

4. ZUSAMMENFASSUNG

Am Ende des Jahres 1961 ist die kirchliche Lage in der DDR, menschlich gesprochen, voller Unsicherheiten. Auf jeden Fall ist es in vielerlei Hinsicht eine Phase des Übergangs mit ganz verschiedenen Entwicklungsmöglichkeiten. Das gilt zunächst einmal für das allgemeine Verhältnis zum Staat. Mit steigender Ungeduld wird von Funktionären des Staates und der Parteien verzeichnet, daß die seit dem 13. August 1961 so sehr vermehrten Bemühungen um Gleichschaltung und Unterwanderung der Kirchen bisher als mißlungen zu betrachten sind.

Der allgemeine innenpolitische Mißerfolg und die wirtschaftspolitische Krise größten Ausmaßes fördern die Versuchung, unter anderem auch den Kirchen ihr gesellschaftliches Versagen vorzuwerfen. Ein alarmierendes Ansteigen der Verhaftungen kirchlicher Mitarbeiter gegen Ende des Jahres deutet auf eine weitere Verschärfung der Lage. Die Kirchen werden viel Kraft und Weisheit benötigen, sich weiterhin gegen politische Überfremdung und falsche Beanspruchung zu wehren. Nach allen Erfahrungen im sowjetischen Machtbereich macht aber gerade diese Unabhängigkeit die eigentliche kirchliche Glaubwürdigkeit und auch die Kraft ihres seelsorgerlichen Dienstes an den Menschen aus. Es ist bisher noch nicht gelungen, die politischen Stellen des Ostens davon zu überzeugen, daß für die Kirchen eine solche Freiheit alles andere ist als politische Obstruktion. An diesem Punkte werden die Verantwortlichen der Kirchen auch weiterhin ein hohes Maß an christlicher Geduld angesichts der oft unbegreiflichen Mißverständnisse und falschen Beschuldigungen aufbringen müssen, ohne daß sie sich eine dem kirchlichen Auftrag gemäße politische Diakonie um des Menschen willen verwehren lassen dürften.

Die zweite Hauptaufgabe der evangelischen Kirchen in der DDR liegt darin, auch weiterhin an der Zugehörigkeit zur EKD festzuhalten und darüber hinaus ökumenische Beziehungen zur Weltchristenheit aktiv zu pflegen. An dieser Stelle liegt aber zugleich eine wichtige Aufgabe des westlichen Teiles der EKD. Die kirchlichen Aufgaben und die Gestalt des kirchlichen Zeugnisses werden so sehr von der jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit mit bestimmt, daß von einer bestimmten Stufe der Entwicklung an Verschiedenheiten und zum Teil auch empfindliche Meinungsunterschiede in Kauf genommen werden müssen. Dann kommt die unaufhebbare innere geistliche Gemeinschaft darin zum Ausdruck, daß man sich gegenseitig die Freiheit zu selbständigem Handeln in der jeweiligen Situation zugesteht. Dennoch gilt es, die kirchliche Gemeinschaft zwischen Ost und West innerhalb der EKD auch im äußeren Sinne zu pflegen. Diese steht und fällt aber damit, daß man sie auch in der Begegnung von Mensch zu Mensch und von Gemeinde zu Gemeinde in leiblicher Weise betätigt. Deshalb wird man auf alle nur erdenkliche Weise auf wirksame Manifestationen dieses kirchlichen Zusammenhalts bedacht sein müssen.

Und schließlich ist von den großen Aufgaben der Kirchen in der DDR noch die ihrer Arbeit an ihrem eigenen Gestaltwandel zu nennen. Der Weg führt dabei von der Volkskirche zur Freiwilligkeitskirche, von der Kirche der unverbindlichen Selbstverständlichkeit zur Bekenntniskirche der kleinen Schar. Aber es ist gut, daß sich die Kirchen in der DDR bisher jeder eigenmächtigen Programmatik enthalten haben. Die Entwicklung weg von der Volkskirche alten Stils kann nicht bedeuten, auf den missionarischen Dienst an allen, zumal allen Getauften, zu verzichten. Der Weg führt mitten zwischen kirchlicher Verbindlichkeit auf der einen und Offensein für alle auf der anderen Seite hindurch. Das Ganze ist ein Ringen um die immer wieder neue Gestalt des kirchlichen und christlichen Gehorsams. Über allem steht die Glaubensbewährung für jeden einzelnen in der atheistischen Umwelt. Hier gibt es aber keine weit überschaubare Straße, sondern nur Entscheidungen von Fall zu Fall und ein Achten auf Gottes Möglichkeiten. Anders läßt sich die Situation der Kirchen und der Christen am Ende des Jahres 1961 nicht beschreiben.

Ökumenische Bewegung 1960/61

Von Hanfried Krüger

1. DIE VORARBEITEN FÜR DIE WELTKIRCHENKONFERENZ VON NEU-DELHI

Das ökumenische Geschehen der letzten beiden Jahre konzentrierte sich weithin auf die Vorbereitung und Durchführung der Dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi, die vom 19. November bis 5. Dezember 1961 stattfand. Solche Weltkonferenzen sind seit jeher Marksteine auf dem Wege der ökumenischen Bewegung, freilich auch im eigentlichen Sinne dieses Wortes: sie tragen ihren Sinn nicht in sich selbst und sollen auch keine eigenschöpferischen Leistungen darstellen. Wer mit solchen Erwartungen an eine Weltkonferenz herantritt, muß notwendigerweise oftmals enttäuscht werden. Vielmehr sollen sie zum einen den Standort bestimmen und das Fazit aus der bisher zurückgelegten Wegstrecke ziehen, zum anderen die Richtung anzeigen, in der sich die Weiterarbeit bewegen soll.

a) Die Zentralausschußsitzung in St. Andrews

Unter diesen beiden Gesichtspunkten stand auch die letzte Sitzung des Zentralausschusses vor Neu-Delhi, die vom 16. bis 24. August 1960 in St. Andrews (Schottland) abgehalten wurde. Man hatte gerade von dieser Sitzung einige unter Umständen sehr unangenehme Überraschungen erwartet. Die Spannungen wegen der geplanten Integration des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) mit dem Internationalen Missionsrat (IMR) waren noch keineswegs abgeklungen (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 312 ff.; 1959, S. 295 ff.). Immer noch stand zu befürchten, daß es über diesem Vorhaben zu einem Bruch innerhalb der Ökumene wie der Mission mit orthodoxen bzw. fundamentalistischen Kirchen kommen könnte. Das Auffallende war nun, daß die bisherigen Differenzen mit den orthodoxen Kirchen in St. Andrews überhaupt nicht mehr in Erscheinung traten. Die orthodoxen Kirchen hatten es vermieden, zu der Integration offiziell Stellung zu nehmen, und ihre Vertreter im Zentralausschuß übten unter Hinweis auf dieses Schweigen bei der entscheidenden Abstimmung zum Teil „brüderliche Stimmenthaltung“, während zur allgemeinen Überraschung andere, darunter die Delegierten der Kirche von Griechenland, sogar positiv votierten! Hierbei hat, wie noch darzulegen sein wird (und das gilt auch im Blick auf die „evangelikal“ Gruppen im ÖRK), die Neufassung der Basis und des Proselytismusdokuments eine große Rolle gespielt. Manche Orthodoxe haben sich zudem bei der Annahme der Integration zweifellos von dem Gedanken bestimmen lassen, daß durch eine Zusammenfassung von Ökumene und Mission proselytistischen Tendenzen wirksamer entgegengetreten werden könne. Die Endabstimmung erbrachte nunmehr eine überwältigende Mehrheit für die Integration. Neben drei

Stimmenthaltungen – darunter die Kirche von Norwegen, die sich in ihrem Lande einer besonders komplizierten Lage gegenübersteht –, gab es nur eine (alt-katholische) Gegenstimme. Damit war die Annahme der Integration auf der Vollversammlung im voraus sichergestellt.

Nachdem die Neuformulierung der Basis des ÖRK eine Zeitlang in eine gewisse Stagnation geraten war (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 315 ff.; 1959, S. 291 f.), brachte St. Andrews auch in dieser Hinsicht durch die Initiative des Generalsekretariats und des Basisausschusses einen neuen Impuls. Nach gründlicher Diskussion und einigen Modifizierungen fand die folgende Fassung bei nur einer Enthaltung und keiner Gegenstimme fast einmütige Annahme:

„Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine Gemeinschaft von Kirchen, die den Herrn Jesus Christus gemäß der Heiligen Schrift als Gott und Heiland bekennen und darum gemeinsam zu erfüllen trachten, wozu sie berufen sind, zur Ehre Gottes, des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes.“

In einer erläuternden Erklärung zu diesem Vorschlag hat der Zentralausschuß nochmals betont, daß die Basis nie als ein Glaubensbekenntnis oder eine volle Auslegung des christlichen Glaubens gedacht gewesen sei, sondern lediglich zum Ausdruck bringen solle, „was uns im Ökumenischen Rat zusammenhält, was der Ausgangspunkt unserer Gespräche und die Grundlage unserer Zusammenarbeit ist“. Es heißt weiter, „daß die vorgeschlagene Erweiterung lediglich entfaltet, was implizit auch schon in der gegenwärtigen Basis (eine Gemeinschaft von Kirchen, die unseren Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen) enthalten ist, aber sie erfüllt den allgemeinen Wunsch nach einer Bezugnahme auf die Heilige Schrift und die Dreieinigkeit und bringt gleichzeitig in biblischer Sprache zum Ausdruck, was die Gemeinschaft der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates in ihrem tiefsten Wesen zusammenhält“.

Gleichfalls erhielt das Studiendokument „Christliches Zeugnis, Proselytismus und Glaubensfreiheit im Rahmen des ÖRK“ (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 323 ff.; 1959, S. 292) in St. Andrews seine endgültige Fassung für die Vorlage auf der Vollversammlung. Sowohl in theologischer als auch in praktischer Hinsicht soll dieses Dokument als Leitfaden ökumenischen Zusammenlebens dienen, mit dem man gerade orthodoxen Wünschen entgegenkommen wollte, die schon auf das berühmte Sendschreiben des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel im Jahre 1920 zurückgehen.

Eine der wichtigsten Vorentscheidungen für die Vollversammlung von Neu-Delhi und darüber hinaus für den Fortgang der gesamten ökumenischen Bewegung betraf die künftige Gestalt und Arbeitsform des Sekretariats und der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung. Der Zentralausschußsitzung war das übliche Dreijahrestreffen der „Kommission für Glauben und Kirchenverfassung“ (Faith and Order) vorangegangen, auf dem die Berichte der theologischen Ausschüsse über „Christus und die Kirche“, „Gottesdienst“, „Tradition und Traditionen“ und „Institutionalismus“ entgegengenommen und erörtert wurden. Auch das Studiendokument über die Taufe war Gegenstand eingehender Aussprachen gewesen (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 327 f.). Insbesondere hatte jedoch die Denkschrift über die „Zukunft von Faith and Order“ im Mittelpunkt gestanden, der bisher ja die offizielle Approbation durch die Kommission immer noch gefehlt hatte (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 326 ff.; 1959, S. 288 f.). Dabei

wurde erneut unterstrichen, daß es bei der angestrebten organisatorischen Stärkung von Faith and Order in keiner Weise um äußere Machtpositionen oder gar um Monopolansprüche gehe, sondern nur um die rechten Mittel und Wege, das Ringen um die Einheit der Christenheit erneut zum bestimmenden Mittelpunkt in allen Arbeitszweigen des ÖRK werden zu lassen.

Der Zentralausschuß hat diesen Appell zumindest in seiner Grundintention bereitwillig aufgenommen und den Vorschlägen zugestimmt, daß die Mitgliederzahl der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung von 100 auf 120 erhöht wird, das Faith-and-Order-Referat innerhalb der Studienabteilung, in der es verbleiben soll, drei Mitarbeiter erhält und durch seinen neuen „Direktor“ künftig im Leitungsgremium des Genfer Generalsekretariats vertreten sein soll.

Wichtiger als diese organisatorischen Fragen wirkte sich jedoch die innere Neu-besinnung auf das Ziel der ökumenischen Bewegung als ganzer aus, um die sich die Faith-and-Order-Kommission in der Einleitung zu der genannten Denkschrift bemüht hatte. Dort findet sich eine Begriffsbestimmung des Verständnisses christlicher Einheit, die aus den Erkenntnissen und Erfahrungen von fünf Jahrzehnten ökumenischer Gemeinschaft das Fazit zu ziehen und damit zugleich das zwischenkirchliche Gespräch an entscheidenden Punkten weiterzuführen sucht:

Die Einheit, die zugleich Gottes Wille und Gottes Gabe an seine Kirche ist, hat darin ihr Kennzeichen, daß sie alle Menschen an jedem Ort, die Jesus Christus als Herrn bekennen, durch die eine Taufe in ihn zu einer völlig verpflichteten Gemeinschaft miteinander verbindet. Sie hält fest an dem einen apostolischen Glauben, predigt das eine Evangelium und bricht das eine Brot. Sie hat ein gemeinsames Leben, das sich in Zeugnis und Dienst an alle wendet. Diese christliche Gemeinschaft vereinigt sie gleichzeitig mit der ganzen Christenheit an allen Orten und zu allen Zeiten solcherart, daß Amt und Glieder von allen anerkannt werden und daß alle gemeinsam handeln und sprechen können, wie es die Umstände erfordern bei den Aufgaben, zu denen Gott die Kirche beruft.

Zu beachten ist dabei der Bezug auf die an ein und demselben Ort befindlichen Gemeinden verschiedenen Bekenntnisses, wo die Einheit der Kirche Jesu Christi zuerst sichtbar Gestalt gewinnen soll. Damit war keine Verlagerung des Schwergewichtes von der theologischen Besinnung auf einen vordergründigen Gemeindepragmatismus beabsichtigt, wohl aber ein konkretes Abzielen auf das Leben der Ortsgemeinden und damit die Überwindung akademischer Distanz und Farblosigkeit, von der die bisherige Faith-and-Order-Arbeit bedroht schien. Dieser in St. Andrews gegebene Impuls ist für die Verhandlungen auf der Vollversammlung in Neu-Delhi von weittragender Bedeutung geworden (siehe S. 357 f.).

b) Ökumenische Jugendkonferenz in Europa

Zu den im engeren Sinne die Vollversammlung von Neu-Delhi vorbereitenden Konferenzen ist auch das große ökumenische Jugendtreffen zu rechnen, das rund 1500 Vertreter aus allen nichtrömischen Kirchen Europas in Ost und West vom 13. bis 24. Juli 1960 in Lausanne vereinte und führende ökumenische Persönlichkeiten wie Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft, Prof. Hoekendijk, Dr. Nisiotis und M. M. Thomas zu ihren Rednern zählte. Die Konferenz beschäftigte

sich auch mit internationalen, sozialen und politischen Problemen, ohne natürlich auf diesem Gebiet in allen Punkten zu gemeinsamen Aussagen kommen zu können, fand sich jedoch zusammen in einem ebenso einmütigen wie leidenschaftlichen Aufruf zur Verwirklichung christlicher Einheit, in dem es heißt:

Wir haben hier in Lausanne quer durch die Konfessionen unsere Einheit in Christus entdeckt. Wir glauben, daß wir diese Entdeckung auch zwischen den Konfessionen in unserem Heimatbezirk erwarten dürfen und herbeiführen sollen ... Viele von uns glauben, daß es an der Zeit ist, direkten Kontakt auch zu den römischen Katholiken zu suchen. Wir haben in Lausanne gelernt, daß es nicht darum gehen kann, den eigenen Standpunkt zu verteidigen, sondern von den Brüdern der anderen Konfessionen ernstlich zu erwarten, daß sie etwas zu bringen haben an Erkenntnis Christi und des Geheimnisses seiner Kirchen.

Damit brach zugleich die Frage der Abendmahlsgemeinschaft wieder auf, die in der Ökumene seit der Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung im Jahre 1952 in Lund etwas (und vielleicht zu sehr) in den Hintergrund getreten war:

Wir kehren heim als Christen, die erlebt haben, was es heißt, nicht eins werden zu können am Tisch des Herrn, und die dieses Leiden nicht abschütteln, diese Schuld nicht mehr verbergen wollen ... Wir werden nicht aufhören, von unserer Konfession, von den benachbarten Konfessionen und vom Ökumenischen Rat der Kirchen zu fordern: Arbeitet ernstlich hin auf die Herstellung einer immer umfassenderen Interkommunion: Bleibt nicht stecken bei dieser dringendsten Frage.

Viele Konferenzteilnehmer hatten sich indessen nicht auf diesen theoretischen Appell beschränkt, sondern – freilich außerhalb des offiziellen Programms – in der Lausanner Kirche St. François einen gemeinsamen Abendmahlsgottesdienst veranstaltet, in dem 14 Pfarrer verschiedener Konfessionen den etwa 1000 Besuchern das heilige Abendmahl austeilten. Damit war ein seit der Lunder Weltkonferenz unumstrittener Grundsatz durchbrochen, daß nämlich Abendmahlsfeiern bei ökumenischen Zusammenkünften stets nur von einer Kirche angesetzt und abgehalten werden können, zu denen die Konferenzteilnehmer eingeladen werden. Der mit den Ergebnissen der Lausanner Jugendkonferenz in St. Andrews befaßte Zentralausschuß des ÖRK konnte zwar dankbar anerkennen, daß die fehlende Abendmahlsgemeinschaft in der Ökumene durch diese Ereignisse den Kirchen wieder einmal als eine ungelöste Aufgabe zum Bewußtsein gebracht sei, mußte sich jedoch selbstverständlich überfordert fühlen, das Problem von sich aus ohne gründliche Vorbereitung erneut aufzugreifen. Er konnte die Kirchen im Blick auf die bevorstehende Vollversammlung lediglich zu einer sorgfältigen Prüfung derjenigen Abschnitte des Konferenzberichtes auffordern, die sich mit den Abendmahlsfeiern auf ökumenischen Konferenzen beschäftigen, bekräftigte hingegen seinerseits die Bindung an die Lunder Beschlüsse von 1952. Auch das Echo in den deutschen Kirchen war zum Teil äußerst kritisch (vgl. zum Ganzen: *H. J. Thilo*: Eine neue ökumenische Generation, Informationsblatt Nr. 16 vom 12. 8. 1960; *E. Wilkens*: Ökumenische Zuverlässigkeit, Ev.-Luth. Kirchenzeitung Nr. 17 vom 1. 9. 1960).

Auf Anregung des Jugendreferats des ÖRK und des Referats für Glauben und

Kirchenverfassung wurde der gesamte Fragenbereich auf einer Konsultation vom 1. bis 4. März 1961 im Ökumenischen Institut in Bossey von neuem erörtert, die nachstehende Empfehlungen erarbeitete:

KONSULTATION ÜBER ABENDMAHLSGOTTESDIENSTE BEI ÖKUMENISCHEN VERANSTALTUNGEN

Präambel

1952 erklärten die Vertreter unserer Kirchen in Lund zur Frage unserer Gespaltenheit: „Wir haben nunmehr einen entscheidenden Punkt in unseren ökumenischen Gesprächen erreicht. In dem Maße, in dem wir einander besser kennengelernt haben, sind unsere Augen für die schmerzliche Tiefe unserer Spaltungen wie für unsere grundlegende Einheit geöffnet worden. Das Maß von Einheit, wie es die Kirchen gemeinsam haben erfahren dürfen, muß nun einen klareren Ausdruck finden. Ein Glaube an die *Eine Kirche Christi*, der nicht durch *Taten* des Gehorsams ergänzt wird, ist tot. Es gibt Wahrheiten über das Wesen Gottes und seiner Kirche, die uns für immer verschlossen bleiben werden, wenn wir nicht gemeinsam der Einheit gemäß handeln, die wir bereits besitzen. Wir möchten daher unsere Kirchen ernsthaft bitten zu prüfen, ob sie wirklich alles tun, was sie tun sollten, um die Einheit des Volkes Gottes sichtbar zu machen.“ (Bericht S. 3.)¹

Diese Worte, die vor fast zehn Jahren geschrieben wurden, reden heute noch eindringlicher zu uns. Wir tun gut daran, uns an das ernste Wort zu erinnern von dem, „dem auch das genommen wird, was er hat“. Das Maß der Einheit, die uns gegeben ist, ist kein Pfund, das vergraben werden darf, sondern ein uns anvertrautes Gut, das im Gehorsam und in Treue verwaltet werden soll.

Das gilt für jeden Bereich unseres ökumenischen Lebens, aber für keinen Bereich wiegt diese Feststellung so schwer und ist sie so aktuell wie für unser Verhältnis zueinander am Tisch des Herrn. In der jetzigen Beratung haben wir, die wir zusammengerufen worden sind, überprüft, was in Lund gesagt worden ist und was sich seither in der Frage des gemeinsamen Abendmahls ereignet hat. Dabei haben wir immer versucht, als Haushalter der Gaben Gottes zu denken. In unserer Begegnung sind wir dazu geführt worden, eine gewisse Neuordnung im gegenwärtigen Verständnis des Abendmahls bei ökumenischen Treffen vorzuschlagen. Ebenso möchten wir darauf dringen, daß einige der Vereinbarungen von Lund weit gründlicher durchdacht werden. Darüber hinaus haben wir gespürt, wie dringend notwendig es ist, daß die Kirchen gründlicher als bisher über das Wesen eines ökumenischen Treffens nachdenken und darüber, welche Forderungen aus einem solchen Treffen begründeterweise für unser Denken und unsere Ordnung erwachsen.

Wir bringen dies alles vor zusammen mit unserem Gebet und der Bitte, daß wir alle mehr Gehorsam zeigen möchten gegenüber dem, was Gott uns so klar gezeigt hat.

I. Abendmahlsgottesdienste bei ökumenischen Treffen (Stellungnahme zur Vorlage beim Arbeitsausschuß von Glauben und Kirchenverfassung)

Einleitung

Die Ökumenische Jugendkonferenz in Lausanne hat den Kirchenführern wieder lebhaft vor Augen geführt, welche Probleme entstehen, wenn es nicht für alle Teilnehmer einer Konferenz möglich ist, das Abendmahl gemeinsam zu empfangen. Darüber hinaus haben sich seit Lund weitere wichtige Entwicklungen ergeben, welche die Frage der Abendmahlsgemeinschaft berühren, zum Beispiel die Formulierung der Arnoldshainer Thesen und die

1. Die Seitenzahlen beziehen sich auf den deutschen vervielfältigten Bericht über die Lund-Konferenz. Schriften der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung Nr. 15.

durch sie entfachte Diskussion; weiter einige wesentliche Vereinbarungen zwischen Kirchen, wie zum Beispiel die Übereinkunft der Niederländisch-Reformierten Kirche und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Holland über Abendmahls- und Altargemeinschaft. Darum ist es jetzt notwendig, den Lund-Bericht über Abendmahlsgemeinschaft im Lichte dieser Entwicklungen erneut zu überprüfen, vor allem aber die Empfehlungen für die Abhaltung von Abendmahlsgottesdiensten bei ökumenischen Treffen wieder durchzusehen.

Jede Diskussion zu diesem Thema muß die beiden Standpunkte im Auge behalten, die der Bericht der Lund-Konferenz beschreibt (S. 34–35). Einige sind der festen Überzeugung, daß es ohne Kircheneinheit keine volle Abendmahlsgemeinschaft geben kann. Für andere dagegen erscheint der gemeinsame Empfang des heiligen Abendmahls als ein wertvoller Weg vorwärts. Welchen Standpunkt in der Frage der Abendmahlsgemeinschaft man auch im allgemeinen einnehmen mag, so erhebt sich doch die Frage, ob ökumenische Versammlungen nicht einen Sonderfall darstellen; denn wir müssen in solchen Zusammenkünften diejenige Form des Gottesdienstes finden, die bei aller Achtung der Ordnung der Kirchen und dem Gewissen des einzelnen gegenüber – dem wesenhaften Einssein der Kirche Jesu Christi, die wir bei solchen Treffen gemeinsam bekennen, den bestmöglichen Ausdruck verleiht.

Empfehlungen zur Praxis bei ökumenischen Treffen, die unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen stattfinden

Wenngleich wir die allgemeinen Grundsätze der Empfehlungen von Lund billigen (siehe den Bericht der Lund-Konferenz, Seite 36 und Anhang III zu Teil I dieses Berichtes), so sind wir doch der Meinung, daß es angebracht wäre, sie jetzt etwa folgendermaßen neu zu formulieren:

1. Vgl. Abschnitt 3 der Empfehlungen von Lund. a) Ein Abendmahlsgottesdienst sollte zu einem geeigneten und geeigneten Augenblick (wenn möglich an einem Sonntagvormittag) auf Einladung einer „Gastkirche“ (oder Kirchen) gehalten werden. Dieser Gottesdienst sollte als „ein Gottesdienst im Rahmen der Konferenz“ betrachtet werden, obgleich er ganz eindeutig keinen Gottesdienst der Konferenz, sondern der einladenden Kirche darstellt.

b) Eine „Gastkirche“, die bereit und in der Lage dazu ist, sollte ermutigt werden, alle Konferenzteilnehmer einzuladen, das Abendmahl in diesem Gottesdienst zu empfangen, auch wenn nicht alle dazu imstande sind und einige sogar aus Gewissensgründen gegen die Abhaltung „offener Abendmahlsgottesdienste“ sind.

c) Falls die „Gastkirche“ nicht alle Konferenzteilnehmer einladen kann, das Abendmahl zu empfangen, sollte sie nichtsdestoweniger aufgefordert werden, alle einzuladen, dem Abendmahlsgottesdienst beizuwohnen. Viele haben die Erfahrung gemacht, daß sie durch solches „Mitfeiern“ ohne Empfang des Abendmahls wirklich gesegnet worden sind und daß es für sie eine Hilfe zum besseren Verständnis und engerer Gemeinschaft geworden ist. (Siehe Lund, § 5.)

d) Die Kirchenleitungen der Konferenzteilnehmer sollten gebeten werden, ihren Delegierten angesichts der außerordentlichen Situation eines solchen Treffens alle Unterstützung und Freiheit, die möglich ist, zu gewähren, um an diesem Gottesdienst teilzunehmen und die Einladung zum Empfang des Abendmahls anzunehmen.

2. Siehe § 2 der Empfehlungen von Lund. a) Weil es bei dem gegenwärtigen Stand der Spaltung unter Christen nicht für alle Konferenzmitglieder möglich ist, das Abendmahl in einem solchen Gottesdienst zusammen zu empfangen, sollte die Konferenzleitung auch anderen Kirchen helfen, Abendmahlsgottesdienste einzurichten, soweit dies nötig ist, um

sicherzustellen, daß die Glieder aller an der Konferenz teilnehmenden Kirchen, falls sie es wünschen, die Gelegenheit haben, wenigstens einmal während der Konferenz das Abendmahl zu empfangen, ohne den Vorschriften ihrer Kirche untreu zu werden.

b) In der gegenwärtigen ökumenischen Situation, in der die Mitgliedskirchen über-
eingekommen sind, zusammen im Ökumenischen Rat vorwärtszugehen, sollten diese Ab-
machungen zwischen den betreffenden Kirchenleitungen und dem Ökumenischen Rat so
getroffen werden, daß sie das Ärgernis einer Häufung von Abendmahlsgottesdiensten auf
ein Mindestmaß beschränken.

c) Vor allem sollten zusätzliche Abendmahlsgottesdienste, die gewünscht werden, nicht
zur gleichen Stunde und am gleichen Tage abgehalten werden wie der Abendmahlsgot-
tesdienst der „Gastkirche“. Ihre Zahl sollte so niedrig wie möglich gehalten werden.

3. *Siehe § 1 der Empfehlungen von Lund.* Es sollte immer ein Gottesdienst zur Vorberei-
tung auf das Herrenmahl stattfinden, zu dem alle Konferenzteilnehmer eingeladen wer-
den. In ihm sollte beides betont werden: a) daß wir wegen unseres Voneinander-Ge-
trenntseins Buße tun müssen und b) die Einheit, die uns ins Christus gegeben ist.

4. *Siehe § 4 der Empfehlungen von Lund.* a) Die Entscheidung darüber, welche Kirche
oder Kirchen als Gastgeber fungieren sollen, sollte von den Mitgliedskirchen des betref-
fenden Ortes oder Landes nach Absprache mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen ge-
troffen werden.

b) Bei einer Konferenz, die an einem Ort oder unter Bedingungen abgehalten wird,
in der keine örtliche Kirche in der Lage oder dazu bereit ist, als Gastgeber zu fungieren,
können die Organe des Ökumenischen Rates einen Geistlichen einer der in der Konferenz
vertretenen Kirchen bitten, die Konferenzmitglieder einzuladen, an einem Abendmahls-
gottesdienst teilzunehmen, der nach der Ordnung seiner Kirche gehalten wird.

Empfehlungen zum Studium

1. Wir empfehlen der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, als andere Mög-
lichkeiten für die Behandlung dieses Problems folgende Verfahren weiter zu untersuchen:

a) Gemeinsame Austeilung (siehe Anhang II) – (Konzelebration).

b) Enthaltung von allen Abendmahlsfeiern für die Dauer der Konferenz („sakramen-
tales Fasten“).

c) „Agape“ (Liebesmahl) abgetrennt vom Herrenmahl (siehe „Intercommunion“, engl.
Ausgabe, S. 388–396).

2. Wir empfehlen, weiter zu untersuchen, inwieweit es möglich ist, bestehende Formen
der Abendmahlsfeier aufzugreifen, um sie für die Anwendung bei solchen ökumenischen
Treffen brauchbarer zu gestalten.

3. Wir erinnern daran, daß es zu den Aufgaben der Kommission für Glauben und
Kirchenverfassung gehört (Verfassung, 3 iii.), „die theologischen Folgerungen aus der Exi-
stenz der ökumenischen Bewegung zu studieren“. Darum empfehlen wir der Kommission,
dieses Studium vor allem auf das Wesen von Vollversammlungen des Ökumenischen Rates
der Kirchen und von ökumenischen Konferenzen auszurichten.

4. Wir empfehlen der Kommission, die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der
Kirchen zu bitten, die Frage der Erweiterung ihrer kirchlichen Vorschriften zu studieren,
damit solche Bestimmungen auch die Frage von Einladungen zu und der Teilnahme an
Abendmahlsgottesdiensten einschließen. Solche Einladungen und solche Teilnahme könn-
ten notwendig werden:

a) angesichts der Tatsache, daß ökumenische Treffen unter der Schirmherrschaft des
Ökumenischen Rates der Kirchen Treffen von Kirchenvertretern sind, die ausdrücklich
die sichtbare Einheit der Kirche Jesu Christi zu fördern suchen, und

b) angesichts des Ausmaßes, nach dem solche Treffen als Ausdruck der Einen Kirche Jesu Christi gewertet werden können.

5. Weil wir erkennen, daß dieses Problem nicht isoliert vom gesamten Fragenkomplex der Interkommunion betrachtet werden kann, empfehlen wir der Kommission, die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen darauf aufmerksam zu machen, daß sie die in Abschnitt III C (S. 35–37) des Lund-Berichtes aufgeworfenen Fragen im Licht der ermutigenden, gemeinsamen Feststellungen, wie sie in Abschnitt III A (S. 33–34) enthalten sind, noch nicht voll geprüft oder beantwortet haben. Einige dieser Fragen sind in einem Beitrag von Bruder Max Thurian neu formuliert und diesem Bericht als Anhang beigegeben worden (siehe Anhang I). Wir stellen anheim, die Kirchen zu bitten, sie weiter zu studieren. (Hier folgen die Anhänge I–III von Max Thurian, über die „Konzelebration“ und die Lunder Empfehlungen.)

II. Interkommunion im Licht der Entwicklungen seit der Konferenz von Lund (Erklärung zur Vorlage bei Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen und ökumenischen Organen)

Wir sind tief betroffen von der Frage der Abendmahlsgemeinschaft im ökumenischen Gespräch und der Abendmahlspraxis bei ökumenischen Versammlungen.

Wir sind tief betroffen, weil eine wachsende Zahl junger Menschen, die in die ökumenische Bewegung eintritt, sieht, daß unsere gegenwärtige Praxis letzten Endes Ungehörig ist.

Wir sind betroffen, weil wir glauben, daß ein getrennter Abendmahlstisch die Versöhnung, die dort verkündigt wird, leugnet.

Wir sind betroffen, weil wir an der Wiederentdeckung des Abendmahls, wie es den Kirchen heute gegeben ist, teilnehmen.

Darum wenden wir uns, weil wir die Größe der Not erkennen, an die Kirchen mit der Bitte, die Frage der Interkommunion neu zu durchdenken.

Wir müssen es tun, weil wir im Ökumenischen Rat der Kirchen zusammengeschlossen sind.

Wir müssen es tun, weil die Konferenz von Lund uns dazu aufgefordert hat.

Wir erkennen an, daß die Frage der Interkommunion auf ökumenischen Versammlungen nicht behandelt werden kann, ohne das Verständnis der Kirchen und ihre Lehre vom Abendmahl im Verhältnis zum Wesen und zum Auftrag der Kirche selber in Betracht zu ziehen.

In Anbetracht dieser Tatsachen stellen wir folgende

Fragen an die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen

1. *Welches sind die Auswirkungen der Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen?* Indem sie in der ökumenischen Bewegung zusammenkamen, schufen die Kirchen eine neue Situation gegenseitiger Anerkennung. Das wurde noch viel stärker der Fall, als sie in die formelle Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen eintraten. Und obgleich nicht alle schon damals sagen konnten, „unsere Spaltungen befinden sich innerhalb der Kirche“, so hat doch die Entwicklung seit Amsterdam 1948 ständig die gegenseitige Anerkennung der Kirchen gestärkt.

In dieser neuen Situation, von der manche glauben, daß in ihr die Wirklichkeit der Einheit, die wir schon haben, weiter und wichtiger ist als die Einheit, die wir noch nicht haben, sind die alten Einstellungen zueinander bedeutungslos geworden. Welches aber sind die Auswirkungen in örtlichen und zwischenkirchlichen Beziehungen?

2. *Haben die Kirchen ihre Vorschriften und Bestimmungen für die Abendmahlsfeier im Licht der neuen ökumenischen Situation überprüft? Wie können bestehende Vorschriften*

der Abendmahlordnung ohne gründliche Überprüfung aufrechterhalten werden, wenn sie vor der Entstehung der neuen ökumenischen Situation abgefaßt wurden? Wie können diejenigen, die andere Kirchen anerkennen, die Glieder dieser Kirchen am Tisch des Herrn nicht anerkennen? Wie dringend diese Frage ist, wird durch die Tatsache deutlich, daß den Vorschriften Gewalt angetan und sie übertreten werden. Die Kirchen wissen das, aber einige von ihnen verharren im Schweigen. Warum?

3. Welche Anweisung für die Teilnahme an Abendmahlsgottesdiensten sollen diejenigen von ihren Kirchen erhalten, die an ökumenischen Treffen unter der Schirmherrschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen teilnehmen? Eine Kirche kann solche Anweisung nur im Licht ihres Verständnisses vom Wesen und Sinn verantwortlicher ökumenischer Treffen formulieren. Sind solche Zusammenkünfte irgendwie eine Manifestation der Kirche? Wo diejenigen, die an solchen Treffen teilnehmen, unverkennbar „den Leib des Herrn erkennen“ – wenn das ernst genommen wird –, dann ist allerdings ihre Unfähigkeit, am Tisch des Herrn zusammenzukommen, eine schwerwiegende Sache. Aber abgesehen von den Erfahrungen, die man gemacht hat, schließt die Tatsache, daß man Vertreter zu einem ökumenischen Treffen sendet, einfach ein, daß man auch Verantwortung übernimmt für die gemeinsame Aufgabe, an der Einheit der Kirche mitzubauen. Sowohl in existentieller als auch in eschatologischer Hinsicht findet diese Verantwortung ihren vollen Ausdruck im Gottesdienst nur in der Feier des heiligen Abendmahls. Abendmahlsgemeinschaft muß darum mit allem Nachdruck von denen verlangt werden, die in der Gemeinschaft, dem Gehorsam und dem Gottesdienst ökumenischer Arbeit beides entdeckt haben: Christus und den anderen.

4. Was bedeutet das Abendmahl bei ökumenischen Zusammenkünften? (Siehe Lund-Bericht, deutsche Fassung, S. 36.) Sicherlich ist es die Absicht – wenn das heilige Abendmahl nach der Ordnung irgendeiner Kirche gefeiert wird –, dies immer für die ganze Kirche Jesu Christi zu tun. Wenn das Sakrament im Rahmen einer ökumenischen Konferenz gefeiert wird, kann sein „katholischer“ Charakter unter den Einwirkungen der Umgebung, in der es gefeiert wird, eher verstärkt als verringert werden. Darum sollte man die Feier des heiligen Abendmahls bei einem ökumenischen Treffen nach irgendeiner bestimmten Ordnung nicht als eine Verleugnung der Einheit ansehen, sondern vielmehr als eine besondere Bekräftigung der gegebenen Einheit, die gerade auch durch die Konferenz dargestellt wird. Wir hoffen darum, daß die Eucharistie bei solchen Treffen immer zuallererst mit diesem umfassenden („katholischen“) Verständnis gefeiert wird. Wenn aber verstanden wird, daß dies die Intention des Sakraments ist, könnten dann die Kirchen nicht um so eher bereit sein, ihre Bestimmungen für ökumenische Versammlungen weitherziger auszulegen? Und zwar in doppelter Hinsicht: einmal, um das Abendmahl den Gliedern anderer Kirchen anzubieten, und zum anderen, um ihre eigenen Glieder zu ermutigen, das Sakrament von anderen zu empfangen?

5. Welches sind die Reaktionen der Kirchen auf die spontanen Entwicklungen, die auf dem Gebiet der Abendmahlsgemeinschaft vor sich gehen? Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen teilen miteinander die Überzeugung, daß die ökumenische Bewegung von Gott ist. Von daher wird alles, was auf die Einheit zielt, als eine Gabe Gottes angesehen und muß als Werk des Heiligen Geistes betrachtet werden. Einige der spontanen Entwicklungen auf dem Gebiet der Abendmahlsgemeinschaft beanspruchen diese Autorität, weswegen ihre Auswirkungen ernst genommen werden müssen. In Lausanne genauso wie in anderen Fällen, von denen man uns berichtet hat, handelten alle Betroffenen aus einer ganz starken Überzeugung heraus. Hätten die Kirchen eine andere Haltung einnehmen sollen? Oder die einzelnen, die aus eigener Verantwortung heraus handelten?

6. *Welches ist die Verantwortung der Kirchen für die „ökumenische Erziehung“?* Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen schließt den Willen ein, beides ernst zu nehmen: die Aufgabe, seine Mitglieder zur Einheit mit anderen Kirchen zu führen und sie vorzubereiten auf das Erlebnis ökumenischer Begegnungen und sie diesen auch auszusetzen. Die jungen Delegierten, die die Kirchen nach Lausanne gesandt haben, sagten in ihrer Auswertung der Konferenz: „Vor allem fällt es schwer auf unser Gewissen, daß wir nach so vielen Jahren ökumenischer Bewegung noch so unfähig und von unseren Kirchen so wenig vorbereitet dafür sind, in ein echtes Gespräch miteinander einzutreten.“ Wenn das die Erfahrung von ausgewählten und geschulten Delegierten ist, wie mag dann erst die Lage der breiten Masse sein? Wie ist es zu dieser Lage gekommen? Was muß hier getan werden?

7. *Unternehmen die Kirchen etwas, um auf die Botschaft ökumenischer Treffen zu hören?* Wenn die ökumenische Bewegung ernst genommen werden soll, muß man auch damit Ernst machen, daß nicht nur die offiziellen Dokumente, sondern auch die Menschen, die an solchen Begegnungen teilgenommen haben, der Kirche etwas zu sagen haben. Sind geeignete Schritte unternommen worden, um die Beiträge derjenigen, die an der Konferenz in Lausanne teilgenommen haben, zu hören und zu erwägen? Ist genug geschehen, um die Ergebnisse dieser Konferenz in weiten Kreisen bekannt zu machen und zu ihrem Studium anzuregen?

Fragen an ökumenische Verbände

1. Dankbar erkennen wir den wertvollen theologischen Beitrag des *Christlichen Weltstudentenbundes* an, wie er vor allem in den Formulierungen seines Generalausschusses 1949 in Whitby vorliegt und die Empfehlungen von Lund weitgehend beeinflusst hat.

Wegen der Missionssituation an den Universitäten von heute, der schöpferischen Kräfte, die in der Studentengemeinde vorhanden sind, und der traditionellen Freiheit, die er genießt, bitten wir den Bund dringend, in seiner Bemühung nicht nachzulassen, neue theologische Einsichten zur Frage der Abendmahlsgemeinschaft hervorzubringen und dabei zu helfen, ihre Folgerungen für die Praxis auszuarbeiten.

2. Dankbar erkennen wir die Pionierleistungen des CVJM und CVWJ auf dem Gebiet der ökumenischen Bewegung an. Wir glauben, daß sie eine dauernde Aufgabe zu erfüllen haben. Wir danken Gott für den weitgespannten ökumenischen Rahmen, in dem sie gewohnt sind zu arbeiten. Wir bitten sie aber sehr dringend, ihre ganze Aufmerksamkeit den tieferen Fragen zu schenken, die in der ökumenischen Bewegung aufgebrochen sind, wie zum Beispiel der Frage der Abendmahlsgemeinschaft und der Förderung ökumenischer Erziehung unter der Jugend.

3. Wir sind froh darüber, daß die Kirchen in Lund ein beträchtliches Maß von Übereinstimmung über das Wesen und die Bedeutung des heiligen Abendmahls erreichen konnten. Wir fragen aber den *Ökumenischen Rat der Kirchen*, ob er alles getan hat, was getan werden kann, um seine Mitgliedskirchen mit den praktischen Folgerungen aus der Übereinkunft von Lund über die Bedeutung des heiligen Abendmahls zu konfrontieren. (Siehe Lund-Bericht, deutsche Fassung, Absatz III A4, S. 34.)

4. Wir ersuchen das *Referat für Glauben und Kirchenverfassung*, dafür Sorge zu tragen, daß jüngere ökumenische Leiter und jüngere Theologen regelmäßig Gelegenheit erhalten, zusammenzukommen, damit sie miteinander ihren Beitrag erarbeiten können, und ebenso dafür Sorge zu tragen, daß die Beiträge einzelner, die Neuland betreten, bekannt gemacht werden.

5. Wir ersuchen das *Jugendreferat* des Ökumenischen Rates der Kirchen:

a) die Geschichte und die Auswirkungen der Ereignisse der Ökumenischen Jugendkonferenz in Lausanne bekannt zu machen,

- b) den Kirchen bei ihrer Aufgabe ökumenischer Erziehung der Jugend zu helfen,
- c) die Kirchen aufzufordern, ihre Jugend, wenn sie versucht, die Wirklichkeit der Kirche darzustellen, zu unterstützen.

Zum Schluß möchten wir gerne uns und diejenigen, an die dieser Bericht sich wendet, daran erinnern, daß das Problem von Abendmahls-gottesdiensten bei ökumenischen Versammlungen nicht völlig verstanden oder beantwortet werden kann,

a) ohne das Problem der Abendmahls-gemeinschaft im allgemeinen, auf Ortsebene und in den christlichen Jugendbewegungen genauso wie in ökumenischen Versammlungen in Betracht zu ziehen,

b) ohne eine ständige erneute Betrachtung der Bedeutung des heiligen Abendmahls selber, vor allem für den Dienst der Kirche an der Welt,

c) ohne bereit zu sein, unsere eigene ekklesiologische Konzeption ständig in Frage stellen zu lassen und ohne auf die gesamte Herausforderung durch das Ereignis der Ökumene selber einzugehen. Teilantworten und bloße Anpassung in der Praxis können in der Tat dazu führen, daß wir der Antwort auf die letzten Fragen, die unser Herr uns stellt, ausweichen und den ökumenischen Gehorsam verweigern, der uns auf den Weg über das Kreuz zur Auferstehung führen muß.

Der Ökumenische Ausschuß der VELKD hat die in diesen Empfehlungen ausgesprochenen Vorschläge in einer von der Bischofskonferenz angenommenen Stellungnahme abgelehnt. Die Ökumenische Jugendkonferenz hingegen, die wenige Tage vor Beginn der Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi zusammentrat, machte sich die Empfehlungen der Bossey-Konsultation mit Nachdruck zu eigen und appellierte an die Vollversammlung, auf eine baldige Herstellung zwischenkirchlicher Abendmahls-gemeinschaft hinzuwirken.

c) Ostasiatische Christliche Konferenz

Von unmittelbarer Auswirkung auf die Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi war auch die Tagung des erweiterten Fortsetzungsausschusses der Ostasiatischen Christlichen Konferenz, der kurz vorher mit 120 Delegierten aus 48 Kirchen in 12 Ländern in Bangalore (Indien) zusammentrat. Hier befaßte man sich besonders mit dem Einfluß konfessioneller Zusammenschlüsse im asiatischen Kirchenleben. „Die konfessionellen Zusammenschlüsse“, so wurde in einem Bericht erklärt, „sind zum Teil ein Ergebnis der ökumenischen Begegnung. Sie festigen die konfessionelle Loyalität und Gemeinschaft. Sie führen die Christen aus ihrer lokalen Isolierung heraus und helfen ihnen, nationale Schranken zu überwinden. Sie stärken das Missionsbewußtsein. Ihre engen internationalen Bande bewahren kleine Gruppen vor der Gefahr der Introversion und engstirnigem Nationalismus.“ Mit gleicher Offenheit wird aber dann auch von den Nachteilen und Gefahren des Weltkonfessionalismus für die jungen Kirchen gesprochen. „So gut seine Absichten auch sein mögen“, heißt es in dem erwähnten Bericht, „so erscheint der Weltkonfessionalismus in seiner zunehmenden komplexen institutionellen Struktur doch auch als Bewahrer und Förderer paternalistischer Formen und als ständiges Aufsichtsorgan.“ Der Ausschuß appellierte daher an den ÖRK, darauf zu achten, daß sich die „Renaissance des Konfessionalismus innerhalb der größeren Gemeinschaft der ökumenischen Kirche“ vollziehe, um solchen Tenden-

zen entgegenzuwirken. Darüber hinaus wurde ein Studienprogramm für diese Fragen in Aussicht genommen, das in eine große Konferenz leitender Mitarbeiter der konfessionellen Zusammenschlüsse, der Missionsbewegung und der jungen Kirchen ausmünden soll.

d) Die Vorbereitung von Neu-Delhi in den Gemeinden

Mehr als bei den vorangegangenen Vollversammlungen des ÖRK war die Vorbereitung von Neu-Delhi auf die Mitarbeit der Gemeinden abgestellt (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 287). Auf der Zentralausschußsitzung in St. Andrews war die letzte Fassung des Vorbereitungsheftes erarbeitet, das ab Dezember 1960 in einer Auflage von mehr als 600 000 Exemplaren und in 32 Sprachen Verbreitung fand, davon über 50 000 Exemplare in den deutschen Kirchen (siehe S. 382).

2. DIE INTERNATIONALE SITUATION VOR NEU-DELHI

Sind damit einige wesentliche Linien der innerökumenischen Vorbereitungen auf Neu-Delhi ausgezogen, so bedarf es nun auch einer Skizzierung des internationalen Hintergrundes, vor dem die Dritte Vollversammlung des ÖRK zusammentrat.

Angesichts der in Deutschland und anderen Ländern geschehenen antisemitischen Ausschreitungen veröffentlichte der ÖRK Anfang Januar 1960 eine vom Vorsitzenden des Zentralausschusses, Dr. Franklin Clark Fry, und von Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft unterzeichnete Erklärung:

Eine Reihe von Kirchenführern haben bereits ihrer schmerzlichen Berührung darüber Ausdruck gegeben, daß das jüdische Volk, nach allem, was es in der unmittelbaren Vergangenheit erlitten hat, nun wieder zur Zielscheibe boshafter antisemitischer Propaganda wird. Der Ökumenische Rat der Kirchen möchte bei der Gelegenheit noch einmal unterstreichen, was er auf seiner letzten Vollversammlung gesagt hat:

„Die Vollversammlung bittet die Kirchen dringend, innerhalb ihrer Mitgliedschaft auf Rassentrennung und -zurücksetzung in jeder Gestalt zu verzichten und auf deren Beseitigung im eigenen Leben wie in der Gesellschaft hinzuarbeiten.“

Er wünscht dem jüdischen Volk, mit dem wir Christen ein kostbares Erbe gemeinsam haben, auch seine tiefe Anteilnahme zu bezeugen; er spricht den Wunsch aus, daß der gefährlich wiederauflebende Antisemitismus im Keime erstickt werden möge.

Auch leitende Repräsentanten bzw. Gremien amerikanischer, englischer, norwegischer und Schweizer Kirchen verurteilten die jüdenfeindlichen Ausschreitungen aufs schärfste. In Deutschland selbst wandten sich der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof D. Dibelius, der Rat der EKD, die VELKD, einzelne Landessynoden sowie führende kirchliche Persönlichkeiten wie Präses D. Wilm und Propst D. Grüber mit Nachdruck gegen das Wiederaufleben des Antisemitismus und appellierten an die Verantwortung der christlichen Gemeinden.

Eingehend beschäftigte sich der ÖRK auch in den beiden Berichtsjahren mit

den die internationale Situation bedrohenden Atom- und Abrüstungsproblemen. Der Exekutivausschuß des ÖRK richtete auf seiner Tagung vom 8. bis 12. Februar 1960 in Buenos Aires folgenden Aufruf an die Atommächte:

Angesichts der tiefen Besorgnis von Christen in zahlreichen Ländern hat der Ökumenische Rat der Kirchen in den vergangenen Jahren wiederholt auf die Einstellung der Atomwaffenversuche unter internationaler Kontrolle und Inspektion gedrängt. Seine Grundeinstellung zu dieser Frage ist in den Erklärungen zu den Atomwaffenexperimenten und zur Abrüstung aufgezeichnet, die 1957 in New Haven angenommen wurden. Spätere Verlautbarungen befassen sich vor allem mit bestimmten Einzelfragen, die im Laufe der Verhandlungen über ein internationales Abkommen aufgetaucht sind. Kirchenführer in verschiedenen Ländern haben die Aufmerksamkeit höchster Regierungsvertreter auf die darin vertretenen Ansichten gelenkt. Die leitenden Repräsentanten der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten haben diese Dokumente an Vertreter aller Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen übermittelt und sie darüber hinaus in persönlicher Aussprache mit den Leitern der Delegationen erläutert, die bei der Genfer Atomkonferenz das Vereinigte Königreich, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten vertreten.

Der Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates, der in Buenos Aires zusammengetreten ist, begrüßt die Fortschritte, die auf der Genfer Konferenz als Ergebnis beharrlicher Bemühungen erzielt wurden; er kann jedoch dem Unbehagen darüber nicht entgehen, daß es bisher nicht gelungen ist, die Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, die den Abschluß eines Vertrages verhindern. Die Bedeutung angemessener Inspektionsmaßnahmen – sei es, um die Einhaltung des Vertrages zu gewährleisten, sei es, um den Weg zu einer tatsächlichen Abrüstung aufzuzeigen – muß Anerkennung finden; die Tatsache, daß unterirdische Explosionen kleinerer Kernwaffen gegenwärtig nicht registriert werden können, darf nicht einfach unbeachtet bleiben. Die Differenzen, die hier aufgetaucht sind, können und dürfen jedoch nicht als unüberwindlich betrachtet werden. Der Exekutivausschuß möchte daher hier erläutern, auf welche Weise seiner Ansicht nach in der gegenwärtigen Lage vorgegangen werden muß.

Wir fordern die interessierten Regierungen dringend auf, sich auch weiterhin um das Zustandekommen eines umfassenden Vertrages zu bemühen, der die Einstellung aller Arten von Atomwaffentesten – in der Atmosphäre, im Weltraum, unter Wasser und unter der Erde – vorsieht. Die damit eingegangene Verpflichtung erhält dann ihre volle Bedeutung, wenn sie von allen Regierungen gleichermaßen unterstützt und von einer gut orientierten und laut vernehmbaren öffentlichen Meinung getragen wird.

Um eine solche Verpflichtung einzuhalten, sollten alle Regierungen sich bereit zeigen, umgehend einem Vertrag zuzustimmen, der alle Formen der gegenwärtig zu ermittelnden Atomwaffenteste einschließt, also größere unterirdische Explosionen wie auch Explosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser. Doch dies allein genügt nicht. Durch eine formelle Absprache sollten auch unterirdische Tests mit kleineren Atomwaffen verboten werden, zumindest für eine bestimmte Zeit. Daran sollte sich als Bedingung die Bereitwilligkeit der Vertragspartner zur internationalen Zusammenarbeit knüpfen, um auf diesem Wege angemessenere Mittel zu finden, die die Registrierung dieser Versuche und die internationale Überwachung von Atomtesten zu friedlichen Zwecken erlauben. Die Zugeständnisse, die damit von beiden Seiten erwartet werden, scheinen uns gerechtfertigt und unumgänglich, wenn der Mensch im Atomzeitalter verantwortlich handeln soll.

Wir begrüßen das augenscheinliche Nachlassen internationaler Spannungen, obgleich wir feststellen, daß die grundlegenden Ursachen des Argwohns und Mißtrauens noch nicht beseitigt worden sind. Der Abschluß eines Vertrages über die Einstellung der Atomwaffenversuche, wie wir ihn hier aufgezeichnet haben, würde das Vertrauen stärken und für die bevorstehende Zusammenkunft des Abrüstungsausschusses der Zehn einerseits ein

gesundes Klima, andererseits eine vereinbarte Ausgangsbasis zur Festlegung internationaler Kontrollmaßnahmen schaffen.

Der Zentralausschuß ging im gleichen Jahr auf seiner Sitzung in St. Andrews in diesem Zusammenhang auch auf das Chinaproblem ein und bat die „Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten“ (KKIA), „Voraussetzungen schaffen zu helfen, die dem 650-Millionen-Volk China gestatten, die allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft gemeinsamen Errungenschaften und Verpflichtungen zu teilen“. Dabei wurde betont, daß diese Erklärung ausschließlich grundsätzlicher, nicht jedoch politischer Natur sei. Alle mit der Einstellung der Atomwaffenversuche, der Abrüstung und anderen internationalen Fragen zusammenhängenden Aufgaben könnten aber nur dann wirksam in die Tat umgesetzt werden, wenn China bereit und in der Lage sei, sich daran zu beteiligen. Der Zentralausschuß war sich bei dieser Forderung durchaus der mancherlei Schwierigkeiten bewußt, die der Lösung dieses Problems entgegenstehen, glaubte aber, die Notwendigkeit der Einbeziehung Chinas darüber nicht länger ausklammern zu dürfen. Während die Ostasiatische Christliche Konferenz im Herbst 1961 ebenso wie der Britische Kirchenrat und der Nationalrat der Kirchen Christi in den USA diese Forderung auch ihrerseits aufnahmen, hat jedoch die Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi – wie hier vorweggenommen werden darf – auf das Problem nur hingewiesen, ohne eine weiterführende Lösung aufzuzeigen.

Die immer noch schwelende internationale Krise veranlaßte den Exekutivausschuß des ÖRK auf seiner Sitzung vom 6. bis 10. Februar 1961 in Genf, erneut auf eine Beseitigung der Kriegsgefahr durch Einstellung der Kernwaffenversuche und allgemeine Abrüstung zu dringen, wobei auch Vereinbarungen über die Erforschung des Weltraumes gefordert wurden (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 317):

Der Ökumenische Rat der Kirchen und seine Kommission für Internationale Angelegenheiten haben verschiedene Male vor den Gefahren eines beschleunigten Rüstungswettlaufs gewarnt und dringend internationale Aktionen zur Einschränkung der nationalen Rüstungen unter Vorkehrung von Inspektionen und Kontrollen angeraten. Der in Genf tagende Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen möchte dieses Mal zu erneuten Anstrengungen in drei strittigen Fragen ermutigen, mit denen sich frühere Stellungnahmen bereits eingehender befaßt haben.

Erstens sollten die Regierungen, die Kernwaffen besitzen, sofort über ein Abkommen verhandeln, das allen Formen von Kernwaffenversuchen ein Ende bereitet, die jetzt feststellbar sind; ferner sollten sie sich einig werden, auch die unterirdischen Versuche kleinerer Kernwaffen – wenigstens für einen bestimmten Zeitraum – zu verbieten und Anstalten für die Erforschung und Entwicklung hinreichenderer Methoden zur Aufdeckung derartiger Versuche treffen. Wir begrüßen den Beschluß, die Genfer Konferenz über die Einstellung der Atomwaffenversuche am 21. März 1961 wiederaufzunehmen, und vertrauen darauf, daß entsprechende Vereinbarungen mit aller möglichen Eile erreicht werden und somit für einen wichtigen Auftakt zur Rüstungskontrolle und progressiven Abrüstung sorgen.

Zweitens sollte jedwede Entscheidung über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu der weitergehenden Verpflichtung führen, auch die Produktion von Kernwaffen einzustellen und die bestehenden Vorräte zu vermindern. Überdies muß das Abrüstungsproblem in

seiner ganzen Breite mit den erforderlichen Garantien, einschließlich Vorkehrungen für Warnungen vor Überraschungsangriffen, aufgerollt werden: konventionelle Waffen, ferngesteuerte Raketen, biologische und chemische Kriegsführung, ebenso wie die Kernwaffen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Abrüstungsverhandlungen zum frühest möglichen Termin wieder aufgenommen werden und daß man der Verantwortung der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet einen angemessenen Platz einräumt.

Wenn die Gefahren und das Chaos, das das Vordringen des Menschen in den Weltraum mit sich bringt, vermieden werden sollen, müssen die Völker (drittens) jede Gelegenheit zu friedlicher Zusammenarbeit und Vereinbarungen ergreifen. Die militärischen Rivalitäten sind zu gefährlich, als daß sie in den Weltraum übertragen werden dürften. Die diesbezüglichen positiven Bemühungen der Vereinten Nationen fordern feste und nicht-erschöpfende Unterstützung.

Den Entscheidungen, die getroffen werden müssen, wohnt ein offensichtliches Risiko inne. Aber Nichthandeln birgt noch größere Risiken. Die technischen Hindernisse, die einer wirksamen Inspektion und Kontrolle entgegenstehen, wachsen mit jedem Aufschub, denn die Aufrüstung steht nicht still und nimmt an Komplexität und Ausmaß ständig zu. In einer derartigen Situation ist promptes Handeln geboten.

Es gab auch Probleme von internationalem Gewicht, zu denen der ÖRK noch nicht Stellung zu nehmen vermochte. So erschienen dem Zentralausschuß in St. Andrews die Ergebnisse des 1958 begonnenen Studiums über die Glaubensfreiheit (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 326) noch zu wenig ausgereift, um sich damit zu identifizieren. Und auch die Diskussion der Vorlagen zum Übervölkerungsproblem (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 294) brachte so unterschiedliche Auffassungen, vor allem von seiten der Orthodoxen, zutage, daß den Mitgliedskirchen das Material lediglich zum ernsthaften Studium empfohlen werden konnte. Als unumgänglich notwendig erwies sich hingegen in St. Andrews eine Stellungnahme des Zentralausschusses zu den Vorgängen in Afrika, insbesondere auch zu dem sich immer mehr zuspitzenden Rassenkonflikt in der Südafrikanischen Union. Der Zentralausschuß richtete an seine afrikanischen Mitgliedskirchen eine Botschaft folgenden Wortlauts:

Im Glauben an die Freiheit und die Ordnung unter der Herrschaft Christi nimmt der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates aufmerksam Kenntnis von der Lage in Afrika. Er begrüßt freudig die Tatsache, daß eine Reihe früherer Kolonien in den letzten fünf Jahren den Weg zu verantwortlicher Unabhängigkeit gefunden haben und daß voraussichtlich auch die Völker anderer Gebiete in naher Zukunft dieses Ziel erreichen werden. Er bedauert, daß Gewaltanwendung und offenkundige Verantwortungslosigkeit auf der einen oder anderen Seite den Übergang zur Unabhängigkeit in manchen Fällen gefährdeten. Der Zentralausschuß ist sich der besonderen Last und Verantwortung bewußt, die die Christen Afrikas zu tragen haben, während ihre Länder den Weg zur nationalen Einheit gehen.

Noch einmal gibt er seiner Überzeugung Ausdruck, daß Völkern, die noch unter der Herrschaft einer Minderheit oder des Auslandes stehen, nach hinreichender Vorbereitung unmittelbar Gelegenheit gegeben werden muß, eine Regierungsform zu wählen, an der Vertreter aller Rassen einen ihnen gemäßen Anteil haben.

Insoweit als rassische Differenzen das Ringen um die Unabhängigkeit oder um die Bildung neuer Staaten beeinflussen, macht der Zentralausschuß auf die Erklärung der 2. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen aufmerksam, in der diese ihre Überzeugung aussprach, daß „jede Rassentrennung aus Gründen der Rasse, Farbe oder ethnischen Herkunft im Gegensatz zum Evangelium steht, und daß sie unvereinbar ist

mit der christlichen Lehre vom Menschen und mit dem Wesen der Kirche Christi“. Die Vollversammlung forderte die Mitgliedskirchen des Rates auf, „innerhalb ihrer Mitgliedschaft auf Rassentrennung und -zurücksetzung in jeder Gestalt zu verzichten und auf deren Beseitigung im eigenen Leben wie in der Gesellschaft hinzuarbeiten“. Der Zentralausschuß stellt dankbar fest, daß in verschiedenen Gegenden bedeutende Schritte in dieser Richtung unternommen worden sind.

Der Zentralausschuß ruft die Kirchen auf, die Bemühungen der Vereinten Nationen und der unmittelbar beteiligten Regierungen um einen geordneten und friedlichen Übergang zu verantwortlicher Unabhängigkeit kräftig zu unterstützen.

Der Zentralausschuß nimmt Kenntnis von der unter Beteiligung verschiedener Rassen durchgeführten Konferenz für Gebiete raschen sozialen Umbruchs, die im Dezember 1959 in der Union von Südafrika stattfand; von den Gesprächen in der Föderation von Rhodesien und Njassaland, an denen auf Einladung der Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten vor einigen Monaten Vertreter mehrerer Rassen teilnahmen; von der Arbeit, die die Abteilung für die Zusammenarbeit von Männern und Frauen in Kirche und Gesellschaft in Westafrika leistet; von den Studienarbeiten über die christliche Verantwortung gegenüber Gebieten raschen sozialen Umbruchs, die zahlreiche afrikanische Kirchen in Angriff genommen haben; von dem Auftrag, der Vertreter des Internationalen Missionsrates und des Ökumenischen Rates der Kirchen kürzlich nach Leopoldville führte, um in Rücksprache mit einigen dort maßgebenden Persönlichkeiten einen Überblick über die Lage zu erhalten und festzustellen, auf welche Weise die Kirchen und ihre Organe im Ausland helfen können; entsprechende Maßnahmen werden augenblicklich im Rahmen eines Nothilfeprogrammes vorbereitet.

Pläne, denen der Zentralausschuß auf seiner gegenwärtigen Tagung zugestimmt hat, sichern die Fortsetzung der Bemühungen um die Wiederversöhnung und gewähren Afrika finanzielle und technische Soforthilfe. Der Zentralausschuß begrüßt die für Dezember 1960 in Aussicht genommene Zusammenkunft der Mitgliedskirchen in Südafrika mit einer Delegation des Ökumenischen Rates. Mit dem Studium der „Christlichen Verantwortung im unabhängigen Nigeria“ soll in der unmittelbaren Zukunft begonnen werden. Der Zentralausschuß bietet den Kirchen und Nationalräten in Afrika, einschließlich der auf der gegenwärtigen Tagung des Zentralausschusses neu in den Ökumenischen Rat aufgenommenen Mitgliedskirchen, bei ihrem Bemühen um eine verantwortliche Führung und um Selbstzucht in ihren Völkern die Dienste des Ökumenischen Rates an. Er hofft sehr, daß die Gesamtafrikanische Kirchenkonferenz in einer Zeit, in der sich das Schicksal des Kontinents und seiner Völker neu gestaltet, eine bedeutende Rolle spielen möge.

Theorie und Praxis des bisherigen kirchlichen und missionarischen Dienstes in Afrika sind gegenwärtig vielfach in einer tiefgreifenden Umgestaltung begriffen. Der Zentralausschuß anerkennt den bedeutenden Beitrag, den diese Missionen und Kirchen in der Verantwortung gegenüber Gott zum Leben und Glauben der afrikanischen Völker geleistet haben, und erbittet Gottes Führung bei ihrer grundsätzlichen und praktischen Neuorientierung in der Zukunft. Der Zentralausschuß teilt mit den Christen in aller Welt die Bedrängnis der Kirchen und Völker, die in dieser Zeit der Umwälzung zu leiden haben. Er versichert die Kirchen in Afrika seiner unverbrüchlichen Gemeinschaft in Christus und seiner ständigen Fürbitte für die jungen Nationen in Afrika.

Die in dieser Botschaft erwähnte Zusammenkunft der acht Mitgliedskirchen in Südafrika mit einer Delegation des ÖRK fand vom 7. bis 14. Dezember 1960 in Johannesburg statt. Der siebenköpfigen Delegation des ÖRK gehörten folgende Persönlichkeiten an: Dr. Franklin Clark Fry, Präsident des Zentralausschusses (USA), Dr. W. A. Visser 't Hooft, Generalsekretär (Genf), Dr. Robert S. Bilheimer, Beigeordneter Generalsekretär (Genf), Sir Francis Ibiam (Nigeria), Bischof

Lakdasa De Mel (Ceylon), Mr. Charles Parlin (USA) und Moderator D. Wilhelm Niesel (Deutschland). Wie zu erwarten, gingen die Ansichten über die Apartheidspolitik weit auseinander, doch war man sich darüber einig, daß alle Rassengruppen, die ständig in Südafrika wohnen, als einheimisch zu betrachten sind und daher gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben müßten. Besonderes Gewicht kam der Feststellung zu, daß niemand, der an Jesus Christus glaubt, wegen seiner Hautfarbe oder Rasse aus irgendeiner Kirche ausgeschlossen werden dürfe, daß die Einheit aller Menschen in Christus sichtbaren Ausdruck finden müsse und daß die Bibel keine Handhabe für das grundsätzliche Verbot von Mischehen liefere. Um der weit über Afrika hinausreichenden Bedeutung der abschließenden Erklärung willen sei diese nachstehend im Wortlaut wiedergegeben, zumal sie ein anschauliches Beispiel dafür bietet, wie der ÖRK die Gemeinschaft der in ihm zusammengeschlossenen Kirchen darzustellen und zu bewähren sucht:

Präambel

Wir sind als Delegierte aus den südafrikanischen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates mit Vertretern des Ökumenischen Rates selbst zusammengekommen, um unter dem Heiligen Geiste danach zu trachten, die komplexen Probleme der menschlichen Beziehungen in diesem Land zu verstehen und miteinander unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung im Lichte des Wortes Gottes zu diskutieren. Unsere gottesdienstliche Gemeinschaft, unser Bibelstudium, unsere Diskussionen und unsere persönlichen Kontakte haben uns dazu geführt, unsere verschiedenen Überzeugungen und Handlungen besser zu verstehen und zu würdigen. Unsere nächste Aufgabe besteht darin, unseren Kirchen zu berichten, denn wir sind uns bewußt, daß die letzte Bedeutung unserer Zusammenkunft im Zeugendienst und in den Entscheidungen der Kirche selbst, wie sie sich aus den Beratungen ergeben, liegt.

Das Hauptthema unseres siebentägigen Beisammenseins lautete „Die christliche Haltung zur Frage der Rassenbeziehungen“. Einmütig verwerfen wir alle ungerechte Diskriminierung. Ungeachtet dessen wurden weit unterschiedliche Überzeugungen in der Frage der Apartheid zum Ausdruck gebracht. Sie reichen auf der einen Seite bis zu dem Urteil, daß die Apartheid grundsätzlich unannehmbar ist, dem christlichen Auftrag widerspricht und in der Praxis undurchführbar ist, bis zu der Überzeugung auf der anderen Seite, daß eine Politik der Differenzierung vom christlichen Standpunkt aus vertreten werden kann, daß sie die einzige realistische Lösung der Probleme der Rassenbeziehung darstellt und daher den Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen am besten gerecht wird.

Obwohl wir von diesen verschiedenen Ansichten ausgehen, sind wir dennoch in der Lage, folgende Feststellungen im Blick auf die Belange des Menschen und die Gerechtigkeit zu treffen, soweit sie sich auf die Beziehungen zwischen den Rassengruppen in diesem Land beziehen. In der Situation, in der wir uns befinden, spiegeln die hier wiedergegebenen Übereinkünfte nicht vollkommen die Überzeugungen der Mitgliedskirchen wider, und wir geben auch nicht vor, daß sie dieses tun.

Die Kirche Jesu Christi ist aufgrund ihres Wesens und Auftrages besorgt um das Wohl aller Menschen, und zwar sowohl des Menschen als Einzelperson als auch als Glied einer sozialen Gruppe. Sie ist gerufen, den menschlichen Belangen zu dienen, unter welchen Umständen und in welcher Form sie sich auch dartun mögen, und darauf zu bestehen, daß alles in Gerechtigkeit geschieht. In ihrem sozialen Zeugnis muß die Kirche alle Haltungen, Kräfte, politische Formen und Gesetze, die das Leben des Volkes angehen, berücksichtigen; aber die Kirche muß auch bekunden, daß das letzte Kriterium allen sozialen und politischen Handelns das Prinzip der Heiligen Schrift ist, das allen Menschen ein ihrer gottgegebenen Berufung würdiges Leben zugesteht.

Wir erlauben uns daher, diesen Aufruf an unsere Kirchen und an alle Christen zu richten und an sie zu appellieren, jeden Punkt, an dem sie ihr Amt um der Menschen und der Gerechtigkeit willen vereinigen können, zu prüfen.

Abschnitt II

1. Wir erkennen an, daß alle Rassengruppen, die ständig in unserem Land leben, Teil der Gesamtbevölkerung sind, und wir betrachten sie als einheimisch. Mitglieder aller dieser Gruppen haben dasselbe Recht, ihren Beitrag zur Bereicherung des Lebens ihres Landes zu leisten, und an der Verantwortung, den Pflichten und den Privilegien, die sich daraus ergeben, Anteil zu haben.

2. Die gegenwärtige Spannung in Südafrika ist das Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung, und alle Gruppen sind dafür mitverantwortlich. Dies muß auch im Blick auf die Geschehnisse in anderen Teilen der Welt gesehen werden. Die südafrikanische Situation wird auf radikale Weise von dem Niedergang der Macht des Westens und von dem Streben nach Selbstbestimmung der afrikanischen Völker beeinflusst.

3. Es ist Aufgabe der Kirche, sowohl vor den weißen Südafrikanern in ihrer Unsicherheit als auch vor den nicht-weißen Südafrikanern in ihren getäuschten Erwartungen Zeugendienst abzulegen.

4. In einer Zeit raschen sozialen Umbruchs trägt die Kirche eine besondere Verantwortung für fruchtlosen Zeugendienst in der Gesellschaft.

5. Die Kirche als Körper Christi ist eine Einheit, und innerhalb dieser Einheit ist die natürliche Mannigfaltigkeit unter den Menschen nicht aufgehoben, sondern geheiligt.

6. Keiner, der an Jesus Christus glaubt, darf aufgrund seiner Farbe oder Rasse aus irgendeiner Kirche ausgeschlossen werden. Die geistliche Einheit aller Menschen in Christus muß sichtbaren Ausdruck in der gottesdienstlichen Gemeinschaft und im Zeugendienst, in der Brüderlichkeit und in Gesprächen über Fragen gemeinsamen Interesses finden.

7. Wir sehen mit Besorgnis in weiten Teilen der afrikanischen Gesellschaft das Wiederaufleben heidnischer Stammesbräuche, die unvereinbar mit dem christlichen Glauben und Leben sind. Wir glauben, daß zutiefst enttäuschte Hoffnungen und der verlorene Glaube an die westliche Zivilisation diese Reaktion mit hervorgerufen haben.

8. Unsere Diskussionen haben gezeigt, daß zwischen den verschiedenen Rassengruppen, aus denen sich unsere Bevölkerung zusammensetzt, kein genügender Gedankenaustausch und keine genügenden Verbindungen bestehen. Besonders wichtig ist, einen besseren Kontakt zwischen der Regierung und den von der nicht-weißen Bevölkerung Südafrikas akzeptierten Führern herzustellen. Die Rassentrennung, die keine wirklichen Gesprächsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Gruppen kennt und diskriminiert, führt die betroffenen Gruppen in Bedrängnis.

9. Die Bibel liefert keine Grundlage für das Verbot von Mischehen. Das Wohl der Gemeinschaft und die seelsorgerliche Verantwortung machen jedoch die gebührlige Berücksichtigung gewisser Faktoren erforderlich, die gegen solche Eheschließungen sprechen.

10. Wir machen noch einmal auf die zersetzenden Auswirkungen der Wanderarbeit auf das afrikanische Leben aufmerksam. Die Gesellschaft kann keine Festigkeit haben, wenn die erstrangige Bedeutung des Familienlebens verkannt wird. Es ist vom christlichen Standpunkt aus absolut unerlässlich, daß die Integrität der Familie gewahrt wird.

11. Es wird nunmehr weithin anerkannt, daß der großen Mehrheit der nicht-weißen Bevölkerung aufgrund der niedrigen Löhne ein Lebensstandard aufgezwungen wird, der unbedingt unter der allgemein anerkannten Mindestgrenze für eine gesunde Lebensführung liegt. Dieser ernsten Situation muß durch gemeinsames Handeln Abhilfe geschaffen werden.

12. Das gegenwärtige System der „Arbeitsplatz-Reservierung“ muß durch ein gerechtes Arbeitssystem ersetzt werden, das die Interessen aller Beteiligten wahrt.

13. Den Einwohnern der Bantu-Gebiete muß die Möglichkeit gegeben werden, unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben.

14. Wir sind der Überzeugung, daß die Würde jedes erwachsenen Menschen das Recht einschließt, wo immer er auch sein Wohnsitz haben möge, Land zu besitzen und an der Regierung seines Landes teilzunehmen; und daß aus diesem Grunde eine Politik, die den nicht-weißen Einwohnern auf die Dauer das Recht streitig macht, mit der Regierung des Landes, dessen Staatsbürger sie sind, zusammenzuarbeiten, nicht gerechtfertigt werden kann.

15. a) Wir sind der Überzeugung, daß es keine prinzipiellen Einwände gegen die direkte Vertretung der farbigen Bevölkerung im Parlament geben kann.

b) Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Anwendung dieses Prinzips in absehbarer Zukunft in Betracht gezogen werden möge.

16. Soweit der Nationalismus aus dem Streben nach Selbst-Verwirklichung hervorst wächst, sollten die Christen ihn verstehen und achten. Die Gefahr des Nationalismus ist jedoch, daß er sein Ziel möglicherweise auf Kosten der Interessen anderer zu erreichen sucht und die Nation zum absoluten Wertbegriff erheben kann, der den Platz Gottes einnimmt. Die Rolle der Kirche muß daher sein, mitzuhelfen, daß die nationalen Strömungen in gerechte und angemessene Bahnen geleitet werden.

Abschnitt III

1. Gerichtliche Kommissionen über die Vorgänge in Sharpeville und Lanca

Die Konferenz weiß die sofortige Einleitung von Untersuchungen nach den kürzlichen Unruhen zu schätzen und bittet die Regierung, die Ergebnisse so bald wie möglich zu veröffentlichen.

2. Gerechtigkeit vor Gericht

Es wurde festgestellt, daß während der kürzlichen Unruhen zahlreiche Personen festgenommen und mehrere Monate in Haft gehalten wurden, in dieser Zeit jedoch nicht vor Gericht gestellt wurden. Während wir zugeben, daß anormale Gegebenheiten in jedem Land vorkommen können und Abweichungen von den üblichen Verfahren notwendig machen, möchten wir doch die Tatsache unterstreichen, daß zur christlichen Auffassung vom Recht, von Gerechtigkeit und Freiheit gehört, daß unter normalen Umständen Menschen nicht bestraft werden dürfen, außer nach ordentlichem Gerichtsverfahren vor offenen Gerichten und aufgrund vorher definierter Vergehen. Jedes Abweichen von dieser grundsätzlichen Regel sollte nur innerhalb der engsten Grenzen und nur in ungewöhnlichen Ausnahmefällen gestattet sein.

3. Die Stellung der Asiaten in Südafrika

Wir versichern Indern und anderen Asiaten in Südafrika, daß wir sie in unseren Gedanken, Diskussionen und Gebeten nicht vergessen haben. Als Christen drücken wir ihnen gegenüber unsere Überzeugung aus, daß dasselbe Maß an Gerechtigkeit, das hier für andere Bevölkerungsgruppen gefordert wird, auch für sie gilt.

4. Freiheit des Gottesdienstes

Im Blick auf den dringenden Bedarf an Seelsorge unter den Nichtweißen, die bei ihren Arbeitgebern wohnen oder sonst nur mit großen Schwierigkeiten Kirchen in den anerkannten Bezirken und Orten erreichen können, dringt die Konferenz darauf, daß der Staat den Nichtweißen in den Stadtbezirken genügende und geeignete Möglichkeiten für den Gottesdienstbesuch gibt. Die Konferenz fordert die europäischen Gemeinden außerdem auf, zusammenzuarbeiten und ihre eigenen Gebäude, wo möglich, zur Verfügung zu stellen.

5. Freiheit, das Evangelium zu predigen

Die Kirche hat die Pflicht und das Recht, das Evangelium zu verkündigen, wem sie auch will, ganz gleich unter welchen Umständen, und wo immer möglich in Übereinstimmung mit den allgemeinen Prinzipien, die das öffentliche Versammlungsrecht in demokratischen Ländern bestimmen. Wir halten daher jede Sonder-Gesetzgebung, die die Erfüllung dieser Aufgabe einschränken würde, für unannehmbar.

6. Beziehungen zwischen den Kirchen

Die Konferenz wünscht dringlich, daß jede Kirche, die aus einem bestimmten Anlaß glaubt, Kritik an einer anderen Kirche oder einem leitenden Vertreter derselben üben zu müssen, es sich zur Gewissenspflicht macht, die Initiative zu einer vorherigen Rücksprache zu ergreifen, bevor sie mit einer öffentlichen Erklärung hervortritt. Wir glauben, daß auf diese Weise eine Versöhnung leichter zustande kommt, und daß die Christenheit vor der Welt nicht in Unehre gerät.

7. Beziehungen zwischen den Kirchen

Die Konferenz bittet, nach Wegen Ausschau zu halten, die den regelmäßigen Austausch aller offiziellen Publikationen zwischen den Mitgliedskirchen ermöglichen, um damit die gegenseitige Verständigung und Information zu erweitern. Weiter werden die Kirchen gebeten, anderen Kirchen erschöpfende Auskunft über Schritte zu geben, die sie bei der Regierung unternehmen. Es wird angeregt, daß Delegationen – die sich womöglich aus Vertretern verschiedener Kirchen und, wo angemessen, aus Vertretern verschiedener Rassen zusammensetzen – in diesem Fall für die interessierten Kirchen sprechen sollten.

8. Künftige Zusammenarbeit

Jeder Organismus, der künftig zur Förderung der Zusammenarbeit gebildet wird, wird gebeten, folgenden Punkten seine Aufmerksamkeit zu schenken: 1. einer konstruktiven christlichen Haltung gegenüber separatistischen Strömungen; 2. der Erziehung der Bantu-Bevölkerung; 3. der Ausbildung von nicht-weißen Führerkräften für verantwortliche Stellungen in allen Lebensbereichen; 4. der afrikanischen Bildung und der Verteilung christlicher Literatur; 5. dem Begriff verantwortlicher christlicher Gesellschaft in allen Gebieten Südafrikas, die Reservate einbegreifen; 6. dem Einfluß des Islam auf Südafrika.

9. Wohnbezirke

Unter gebührender Berücksichtigung dessen, was bereits getan wurde, um den nicht-weißen Einwohnern ein Heim zu sichern, hält die Konferenz es für wichtig, daß Voraussetzungen für eine größere Sicherheit des Wohnsitzes geschaffen werden und die Planung der Wohnbezirke unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen und kulturellen Niveaus der Einwohner geschieht.

10. Das System der Wanderarbeit

Die Konferenz empfiehlt der Regierung dringend die Einsetzung einer repräsentativen Kommission zur Überprüfung des Systems der Wanderarbeit, denn die Kirche ist sich schmerzlich des schädlichen Einflusses bewußt, den dieses System auf das Familienleben der Afrikaner ausübt. Die Kirche betrachtet es als eine besondere Verantwortung, für ein normales Familienleben der Afrikaner einzutreten, die längere Zeit in weißen Gebieten verbringen oder dort ständig wohnen.

Abschnitt IV

Wir danken Gott dem Allmächtigen dafür, uns zur Gemeinschaft, zum Gebet und zur Beratung zusammengeführt zu haben. Wir beschließen, diese Gemeinschaft aufrechtzuerhalten.

ten, und wir haben deshalb bestimmte Pläne ausgearbeitet, die unseren gemeinsamen Zeugendienst in unserem Lande ermöglichen sollen.

Wir bekennen vor Gott die Schwäche unseres oft geteilten Zeugendienstes für unseren Herrn Jesus Christus und unsere mangelnde Barmherzigkeit füreinander. Wir widmen uns daher erneut dem Dienste der Wiederversöhnung in Christus.

Die Größe unserer Aufgabe demütigt uns; wir sind uns tief bewußt, daß wir unseren Auftrag nicht erfüllen können, ohne das geistliche Leben der Kirche zu vertiefen. Aber wir vertrauen auf die Verheißung: „Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, welcher auf euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein.“

Diese Erklärung wurde mit Vier-Fünftel-Mehrheit angenommen und zunächst lediglich von der kleinsten der drei niederländisch-reformierten Teilnehmerkirchen, nämlich der 182 000 Mitglieder zählenden Hervormde Kerk von Afrika, ausdrücklich abgelehnt:

Wir sind als Vertreter der Niederländischen Reformierten Kirche dankbar für die Gelegenheit, das Zeugnis der verschiedenen Kirchen zu hören und daran teilzuhaben.

Es liegt uns jedoch daran, deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß nach unserer Überzeugung die getrennte Entwicklung die einzige richtige Lösung unserer rassischen Probleme ist. Wir verwerfen deshalb jede Art von Integration als eine Lösung dieses Problems. Das erreichte Übereinkommen enthält so weitreichende Feststellungen, daß wir uns nicht in der Lage sehen, das Dokument mit unterzeichnen zu können. Wir können uns damit nicht identifizieren.

Wir möchten an dieser Stelle ebenfalls unserer Dankbarkeit gegenüber der Regierung für alle positiven Schritte Ausdruck verleihen, die sie unternommen hat, das Problem zu lösen und das Wohl der verschiedenen Gruppen zu fördern.

Die Niederländische Reformierte Kirche wird wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft die Verantwortung auf sich nehmen, vor Regierung und Volk in Übereinstimmung mit Gottes Wort Zeugnis abzulegen.

Die Delegierten der Niederländisch-Reformierten Kirche der Kapprovinz und der Niederländisch-Reformierten Kirche von Transvaal vertraten in einer weiteren Erklärung die Auffassung, daß eine Politik der Differenzierung vom christlichen Standpunkt aus vertreten werden könne und dem Interesse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen am besten gerecht werde. Sie fügten jedoch hinzu, daß sie die von der Versammlung angenommene Erklärung grundsätzlich nicht für unvereinbar mit dieser Feststellung hielten.

Das Echo auf die Ergebnisse von Johannesburg war denn auch in der Ökumene überaus positiv. Biblische Grundsätze schienen hier auf ökumenischer Basis zu gemeinsamen Einsichten und praktischen Folgerungen geführt zu haben. Die internen Auseinandersetzungen in Südafrika selbst nahmen freilich ihren Fortgang und führten im März 1961 zum Austritt der Hervormde Kerk von Afrika, die die Johannesburger Erklärung von Anfang an abgelehnt hatte, aus dem ÖRK. Ihr folgten später auch die beiden anderen niederländisch-reformierten Kirchen von Transvaal und der Kapprovinz. In Genf verhehlte man nicht sein Bedauern über diese Entwicklung, „aber wir bedauern nicht, daß die Johannesburger Beratung ein klares christliches Zeugnis über die Gerechtigkeit in den Rassenbeziehungen ablegte“.

Die politischen Krisen der Jahre 1960/61 gaben dem ÖRK bzw. der KKIA

auch sonst noch manchen Anlaß, warnend und ratend seine Stimme zu erheben, so zu den Vorgängen im Kongo, in Kuba, Laos, Algerien und Angola. Die Wiederaufnahme der Atomteste durch die Sowjetunion im Spätsommer 1961 wurde vom ÖRK in einer ausführlichen Stellungnahme über die bisherigen ökumenischen Bemühungen auf diesem Gebiet mit „tiefer Sorge und Bestürzung“ zur Kenntnis genommen (öpd Nr. 33 vom 8. 9. 1961). Die Errichtung der Berliner Mauer ließ den Direktor der KKIA am 4. September 1961 zu einem Besuch nach Berlin kommen, um sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen und mit führenden kirchlichen Persönlichkeiten Gespräche zu führen, die „die tiefe Anteilnahme des ÖRK an den Schwierigkeiten zum Ausdruck bringen sollten, in denen sich die Bevölkerung von Berlin und insbesondere auch die Kirche Deutschlands befinden“.

Zur Vorgeschichte von Neu-Delhi gehören in diesem Rahmen auch die Tagungen der *Prager Christlichen Friedenskonferenz*. Hatten diese in den ersten Jahren einen mehr regionalen, auf Europa oder sogar vorwiegend Osteuropa beschränkten Charakter (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 350 ff.; 1959, S. 322 f.), so wurde auf der dritten Konferenz, die vom 6. bis 9. September 1960 in Prag stattfand, eine internationale Ausweitung sichtbar. Die Konferenz war von mehr als 200 Teilnehmern verschiedenster Kirchenzugehörigkeit aus 26 Ländern in allen fünf Erdteilen besucht und stand unter dem Thema „Auf dem Weg zur Friedensepoche der Menschheit“. Vorträge hielten Prof. Gollwitzer (Berlin), Kirchenpräsident D. Niemöller (Wiesbaden), Prof. Hromádka (Prag), Metropolit Pitirim (Leningrad), Prof. Burkhardt (Hannover), Prof. E. Fuchs (Leipzig) und Kanonikus J. Collins (London). Die Botschaft der Konferenz „Dennoch Frieden für die Welt“ und die vom Plenum gefaßten Entschlüsse zu den Fragen „Friede und Gerechtigkeit“ und „Kalter Krieg“ wurden dem ÖRK mit einem Begleitbrief übersandt, in dem der gute Wille zu enger Zusammenarbeit betont und zugleich begründet wird, warum man für Juni 1961 eine Allchristliche Friedensversammlung anzuberaumen für nötig halte:

Wenn man uns fragt, warum wir diese Tagung wenige Monate vor der Vollversammlung der Ökumene in Neu-Delhi ansetzen, so antworten wir, daß der entscheidende Grund die unerhörte Dringlichkeit der Friedensfrage ist. Die Gefahr, eines Tages vor einem „zu spät“ zu stehen, wächst von Stunde zu Stunde. Wir meinen aber auch, die vielgestaltige Vorarbeit für Neu-Delhi in ihrer besonderen Problematik ungehindert weitergehen lassen zu müssen und das Programm von Neu-Delhi zu respektieren, indem wir die Friedensfrage auf einer besonderen Konferenz mit der ihr gebührenden Sorgfalt und Verantwortung behandeln. Wir glauben, daß diese Arbeitsteilung im Interesse von Neu-Delhi selber liegt.

Daß hierbei freilich nicht an eine Exklusivität gedacht war, hat Prof. Hromádka in der Einleitung zu dem Protokoll der 3. Christlichen Friedenskonferenz „Einzige Zukunft“ (Prag 1960) S. 10 f. unterstrichen:

Wir maßen uns nicht an, die Friedensarbeit der Christen zu monopolisieren und die christliche Stimme des Friedens zu sein oder zu werden. Wir geben uns keiner Illusion hin, daß wir alle Kirchengebiete und Kirchengruppen erreichen und vertreten werden. So weit reichen unsere Kräfte nicht. Unsere Versammlung wird keineswegs auf derselben Ebene

stehen wie zum Beispiel die Generalversammlung des Weltkirchenrates in Neu-Delhi. Wir möchten jede Gefahr und Versuchung vermeiden, als ein Konkurrenzunternehmen der ökumenischen Gremien und Konferenzen zu erscheinen. Im Gegenteil, es ist unser Anliegen, der ökumenischen, im Weltkirchenrat zusammengeschlossenen christlichen Familie nützlich zu sein und befruchtend zu wirken.

Der dritten Tagung der Christlichen Friedenskonferenz schloß sich vom 11. bis 14. September eine Jugendtagung mit der gleichen Thematik an, wie überhaupt die starke Anteilnahme der Jugend zu den hervorstechenden Merkmalen der Prager Konferenzen gehört.

Die erste „Allchristliche Friedensversammlung“ trat vom 13. bis 18. Juni 1961 in Prag zusammen und vereinte über 600 – offizielle und inoffizielle – Teilnehmer aus 40 Ländern, darunter 150 aus den beiden Teilen Deutschlands. Auffallend stark war auch die Russische Orthodoxe Kirche mit 23 Delegierten vertreten, an deren Spitze der Leiter des Außenamtes, Erzbischof Nikodim, stand. Groß war auch die Beteiligung aus den afrikanischen Kirchen mit 28 Delegierten. Antikolonialistische und antiimperialistische Tendenzen kamen daher auf der Konferenz wiederholt zum Ausdruck, insbesondere aus dem Mund des methodistischen Superintendenten aus Ghana, Jacob Stephens, und mehr noch durch den chinesischen Bischof K. H. Ting. Prof. Hromadka und Erzbischof Nikodim fügten scharfe Angriffe gegen die politische Haltung des Vatikans hinzu, wie sie auch schon im Jahr zuvor in Prag laut geworden waren. Trotz freimütiger Gegenäußerungen westlicher Delegierter auf beiden Konferenzen klangen daher auch in der „Botschaft“ wie in den Empfehlungen der Ausschüsse der „Allchristlichen Friedensversammlung“ immer noch antiwestliche Töne, nicht zuletzt hinsichtlich der Bundesrepublik, auf, obwohl Prof. Hromadka sich in seinem Eingangsreferat gegen jede Einseitigkeit gewehrt hatte: „Wir verteidigen mit großem theologischem und geistlichem Ernst die Kirche gegen jeden Versuch, aus ihr die Trägerin und Heiligsprecherin antiöstlicher und antikommunistischer Pläne zu machen. Das darf sie nicht sein, ebensowenig wie sie zur Trägerin eines apriorischen Anti-Kreuzzuges, eines antiwestlichen Kreuzzuges werden darf“ („Und Friede auf Erden“, Dokumente der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung, Prag 1961, S. 30). In der Tat werden die legitimen Zielsetzungen der Prager Konferenz nur dann auch im Westen anerkannt und gefördert werden können, wenn politische Zwiespältigkeiten ausgeschlossen bleiben.

Daß aber die theologische Klärung des Prager Anliegens begrüßenswerte Fortschritte gemacht hat, ist in der von der „Allchristlichen Friedensversammlung“ mit großer Mehrheit angenommenen „Botschaft“ jedoch auch festzustellen:

I.

Im Glauben an Jesus Christus, dem alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben ist, sind in Prag mehr als 600 Christen als Vertreter und Glieder verschiedener Kirchen, Konfessionen und Denominationen aus allen Teilen der Welt zu einer Ersten Allchristlichen Friedensversammlung zusammengekommen.

Am Anfang des atomaren Zeitalters, da die mögliche Selbstvernichtung der Menschheit droht und die Welt nach Frieden schreit, vernehmen wir gemeinsam Gottes Verheißungen: *Friede auf Erden, und Selig sind, die den Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen.* In der Zuversicht unseres Glaubens rufen wir gemeinsam die ganze Christenheit

und alle Menschen dazu auf, diesen Zusagen des barmherzigen Gottes zu trauen und in seiner Kraft Wege des Friedens zu gehen.

II.

1. Gott hat in seinem Sohn Jesus Christus *Frieden* gemacht zwischen sich und allen Menschen. Er hat damit zugleich das Band des Friedens und der Liebe zwischen den Menschen gestiftet.

Wir können diese frohe Botschaft nicht hören oder weitersagen, ohne uns mit aller Macht der Herstellung, Bewahrung und Festigung des irdischen Friedens zwischen den Menschen und Völkern zu verschreiben.

2. Gott hat in seinem Sohn Jesus Christus die Welt mit sich selbst *versöhnt* und die Seinen in den Dienst der Versöhnung berufen.

Wir können diese frohe Botschaft nicht hören oder weitersagen, ohne alle Menschen und Völker, die heute miteinander verfeindet sind, auf praktische Wege und Möglichkeiten der Verständigung hinzuweisen. Wir wollen selbst mit Hand anlegen, daß die heute Entzweiten in Frieden zusammenleben und Spannungen und Krisen ohne Kriege und Gewaltanwendung lösen lernen.

3. Gott hat in seinem Sohn Jesus Christus allen Menschen seine erbarmende *Gerechtigkeit* widerfahren lassen.

Wir können diese frohe Botschaft nicht hören oder weitersagen, ohne daran mitzuwirken, daß für alle Menschen und Menschengruppen, für alle Völker und Rassen und für die internationalen Beziehungen neue gute Rechtsordnungen erarbeitet werden, die dem Frieden dienen.

4. Gott hat in seinem Sohn Jesus Christus uns alle bis zu diesem Tage in großer *Langmut und Geduld* getragen; unter dieser Geduld lebt die Welt bis zu ihrer Vollendung am jüngsten Tage.

Wir können diese frohe Botschaft nicht hören oder weitersagen, ohne auf vielerlei Weise dazu zu helfen, daß alle Menschen, die auf dieser Erde leben, miteinander Geduld haben, daß die Völker beharrlich untereinander nach Verständigung trachten und zu gegenseitigen Opfern bereit werden.

III.

Wir bekennen, daß die ganze Christenheit und wir alle lange gezögert haben, uns dem Frieden Gottes zu öffnen und seinem Liebesgebot so gehorsam zu sein, daß wir die Bedingungen für einen irdischen, menschlichen Frieden schaffen helfen. Wir alle sind tief in die allgemeine Friedlosigkeit der Menschheit verstrickt.

Mit großem Schmerz und tiefer Sorge sehen wir, daß große Teile der Christenheit den Auftrag unseres Herrn, der uns auf den Weg des Friedens, der Versöhnung und der Gerechtigkeit ruft, verleugnen, daß sie die Massenvernichtungsmittel pseudo-christlich legitimieren, bestimmte Gesellschaftsordnungen für unabänderlich ausgeben und den Kalten Krieg gegen solche Völker schüren, die eine neue Gesellschaftsordnung aufbauen.

Wir können dabei nicht verschweigen, daß zahllose Mitchristen römisch-katholischen Bekenntnisses, die wie wir nach Frieden verlangen und sich mit uns um die Abwehr der Katastrophe des Kalten und des heißen Krieges mühen, durch das praktische Verhalten vieler ihrer Kirchenführer in schwere Gewissenskonflikte kommen. Leitende kirchliche Stellen – auch Kreise im Vatikan – tragen leider dazu bei, daß der Geist des Kalten Krieges fortlebt.

Indem wir das aussprechen, hören wir nicht auf zu beten, Gott wolle uns selbst und unsere römisch-katholischen Brüder in seiner Liebe festhalten und uns alle zur Erkenntnis seines Willens und zum Gehorsam gegen sein Liebes- und Friedensangebot führen.

Weil aber Gott die Verheißung seines Friedens, seiner Barmherzigkeit und Menschenliebe nicht von uns genommen hat, wagen wir es, aufs neue im Namen Jesu Christi,

unseres gekreuzigten und auferstandenen Herrn, tröstend und bittend, rufend und mahnend vor die Christenheit, vor unsere Völker und ihre Regierungen und vor alle Menschen zu treten und die Botschaft des Friedens auf Erden zu verkündigen.

Der Gott des Friedens verleihe uns und allen Menschen den Geist der Umkehr und des Gebetes, den Geist der Zuversicht und mutiger Tat!

IV.

1. Im Lichte des *Friedens* Gottes haben wir erkannt: Im atomaren Zeitalter ist Krieg keine verantwortbare und sinnvolle Möglichkeit zur Lösung internationaler Probleme mehr. Wer die Massenzerstörung überhaupt erwägt, wer zur Abschreckung mit atomaren Waffen droht, wer solche unmenschlichen Mittel bereitstellt, wer junge Menschen für ihre mögliche Anwendung erzieht, der handelt nicht nur gegen alle Einsichten menschlicher Vernunft, sondern er versündigt sich an Gott.

Weil das atomare Wettrüsten noch andauert, bitten wir alle Parlamente und alle Regierungen, alles zu tun und vieles zu wagen, was zur Abschaffung des Krieges führt.

Dazu gehören als erster Schritt die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Einigung über internationale Kontrollmaßnahmen.

Dazu gehört der Verzicht der noch nicht atomar gerüsteten Völker auf den Besitz der Massenvernichtungsmittel.

Dazu gehört alles, was der Bemühung um die allgemeine, totale Abrüstung und um einen organisierten Weltfrieden dient.

Dazu gehören schließlich ein allgemeines Verbot aller Kernwaffen und die Vernichtung der vorhandenen Bestände, so daß am Ende die Atomenergie nur friedlichen Zwecken dient.

Dazu gehören auch alle Versuche und Vorschläge zur Bildung von atomwaffenfreien Zonen und zur Schaffung international garantierter Neutralitätsverträge.

Die ungelöste Deutschlandfrage ist eine gefährliche Wunde am Leibe Europas. Deshalb wenden wir uns an die Kirchen und Christen, an die Regierungen und an das Volk in beiden deutschen Staaten mit der Bitte, die besonderen deutschen Versuchungen zu erkennen, die in jeder Form der Aufrüstung, vor allem aber in der atomaren Aufrüstung liegen, und durch Verzicht darauf zum Frieden Europas und der Welt aktiv beizutragen.

2. Im Lichte der *Versöhnung* Gottes haben wir erkannt: Der Kalte Krieg ist der Wegbereiter der atomaren Katastrophe. Wir wissen, daß alle Völker sich nach Frieden sehnen. Kalter Krieg herrscht überall dort, wo trotzdem Völker und Staaten ihr Glück und ihren Wohlstand auf Kosten anderer Völker und Staaten suchen.

Es gilt heute vor allem, das Zusammenleben und die konstruktive Zusammenarbeit solcher Völker und Völkergruppen konsequent ins Auge zu fassen, die in unterschiedlichen ökonomischen, politischen und kulturellen Systemen und Traditionen leben. An die Stelle gegenseitiger Verdammung muß der freundschaftliche Wettbewerb treten.

3. Im Lichte der *Gerechtigkeit* Gottes haben wir erkannt: Alle Menschen, alle Völker und alle Regierungen stehen heute vor der schweren Aufgabe, nicht nur den Krieg auszuschalten, sondern der Welt eine Ordnung zu geben, in der auch bisher so sehr benachteiligte Völker und Staaten, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, gedeihen können. Unsere Fürbitte und volle Anteilnahme gilt allen diesen Unterdrückten, Verachteten und Entrechteten, allen, die auf dem Wege zur Freiheit und Selbständigkeit sind. Dabei denken wir aber auch an jene Menschen und Staaten weißer Rasse, von denen heute, besonders in den genannten Teilen der Welt, die Preisgabe von Einfluß und vermeintlichen Rechten, von Reichtum und Rohstoffquellen gefordert werden muß.

Die alten Kolonialmächte müssen lernen, daß sie ihre Machtpositionen aufzugeben haben. Die Völker, die materiell besser leben, müssen begreifen, daß sie zu Opfern bereit sein müssen, um den Lebensstandard der notleidenden Völker heben zu helfen.

Wir sehen die Lösung der schweren Probleme in den sogenannten Entwicklungsländern

nur auf dem Wege einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, zwischen den alten und jungen Nationen. Rassische Überheblichkeit, jede Form eines neuen Kolonialismus, aber auch jede zeitliche Verzögerung in der Behebung der akuten Nöte von Millionen Menschen werden Haß säen und das friedliche Zusammenleben der Völker bedrohen.

Diejenigen Staaten, die unerhört hohe Beträge für ihre Rüstung aufwenden, erinnern wir daran, daß jede Einschränkung ihrer Rüstungsausgaben wirtschaftliche Mittel freisetzt, durch die Hunger und großes menschliches Elend in der Welt gebannt und den Völkern der Zugang zu der Fülle der Güter geöffnet werden können. Schnelles Handeln ist notwendig.

4. Im Lichte der *Geduld* Gottes haben wir erkannt: Ungeahnte technische Möglichkeiten sind uns Menschen heute in die Hände gegeben. Wir können sie zu Fluch und Verderben oder zu Segen und Wohl der Erde und ihrer Menschen gebrauchen.

Im Glauben an Gottes Langmut und Erbarmen sind wir voller Zuversicht, daß er das Leben der Menschheit bewahren und zwischen den Völkern auf der Erde den Frieden erhalten will. Aber er will dazu unsere menschlichen Bemühungen um den Frieden zwischen den Völkern, um die menschliche Versöhnung und die Gerechtigkeit auf Erden gebrauchen.

V.

In diesem Friedenswerk können sich alle Menschen zusammenschließen, denn Gott der Herr hält alles in seiner Hand. Er leitet alle Menschen nach seinem Liebesrat, und er behält das letzte Wort in dem kommenden Herrn Jesus Christus. Seine Güte ist es, die uns den Auftrag gibt, alle Menschen guten Willens zur gemeinsamen Arbeit mit uns aufzurufen.

Der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, wird unsere Herzen und Sinne bewahren in Christo Jesu, unserem Herrn.

Die zehn Arbeitsgruppen der Konferenz befaßten sich mit den Themen: Friede und Gerechtigkeit; Friede und Freiheit; Der Kalte Krieg; Neue Staaten (Kolonialismus); Das Problem Deutschlands; Der Friede und die heutige Lage der Christenheit; Abrüstung; Friedensdienst der Jugend; Friede und Ökumene; Massenvernichtungsmittel. Schon die Aufzählung dieser Themen zeigt an, daß die Prager Konferenz von ihrem Ausgangspunkt, der Bedrohung durch die nuklearen Massenvernichtungsmittel, zu einer gesamtchristlichen Verantwortung für den Frieden und die Ordnung der Welt durchgestoßen ist, was ihr größere Relevanz verleiht, andererseits aber auch eine Abstimmung mit den gleichgerichteten Bemühungen des ÖRK vordringlich erscheinen ließ. Bemerkenswert ist daher die Empfehlung des Ökumenischen Ausschusses der Vollversammlung:

Mit tiefer Freude stellen wir fest, daß uns im Rahmen der Allchristlichen Friedensversammlung eine echte ökumenische Begegnung geschenkt worden ist.

Damit ist uns zugleich die unaufschiebbare Aufgabe gegeben, der ganzen Christenheit ans Herz zu legen, sich mutig für den Frieden einzusetzen.

Alle Beiträge stimmen darin überein, daß die Anregungen der Allchristlichen Friedensversammlung in Prag 1961 in allen Kirchen und Ländern, aus denen wir kommen, in der Verkündigung des Friedens (*martyria*), in dem Dienst am Frieden (*diakonia*) und im Gebet für den Frieden und in der Gemeinschaft des Friedens untereinander (*leiturgia*) konkrete Gestalt gewinnen müssen.

In Erfüllung dieser Aufgabe sind wir der guten Zuversicht, daß die Christliche Friedenskonferenz mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen in folgender Weise zusammenarbeiten kann:

1. Die Teilnehmer der Allchristlichen Friedensversammlung, die an den Tagungen des Ökumenischen Rates teilnehmen, sollen die Gelegenheit zu gegenseitigem fruchtbarem Austausch benutzen.

2. Die Gruppe legt dem Fortsetzungsausschuß nahe, die Möglichkeit zu erwägen, eine Abordnung von drei bis vier Personen zu entsenden, die mit den leitenden Mitarbeitern des Ökumenischen Rates und der Kommission für Internationale Angelegenheiten die beste Form der Zusammenarbeit erörtern können. Die Gruppe hält es für dringend notwendig, daß dieser Schritt rechtzeitig vor dem Zusammenkommen der dritten Vollversammlung in Neu-Delhi unternommen wird.

3. Die Gruppe empfiehlt, daß die Ernennung eines Verbindungsmannes zwischen Prag und Genf in Erwägung gezogen werden sollte.

4. Die Gruppe hält es für sehr wünschenswert, daß ein Beobachter der Christlichen Friedenskonferenz in Neu-Delhi anwesend ist.

5. Die Gruppe bittet den Fortsetzungsausschuß der Allchristlichen Friedensversammlung, das gründliche Studium der Dokumente, die der Ökumenische Rat und die CCIA in bezug auf Frieden und internationale Angelegenheiten veröffentlicht haben, zu veranlassen.

6. Die Gruppe hofft, daß die Delegation nach Genf dem Ökumenischen Rat und der CCIA die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses vorschlagen wird, um die Hauptdokumente, die die AFV, der Ökumenische Rat und die CCIA hinsichtlich des Friedens und der internationalen Angelegenheiten veröffentlicht haben, durcharbeiten.

7. Die Gruppe hofft, daß dieselbe Arbeitskommission instande sein wird, neu auftauchende Probleme gemeinsam zu erörtern.

8. Im Namen aller Teilnehmer unserer Versammlung schlagen wir vor, eine Botschaft von unserer Versammlung an den Ökumenischen Rat zu entsenden.

9. Die Gruppe betont, daß alle diese Vorschläge dazu dienen sollen, die ökumenische Bewegung als Ganze in ihrem Zeugnis, in ihrem Dienst und in ihrer Einheit zu stärken.

Zu der in Punkt 2 angeregten Aussprache mit Vertretern des ÖRK ist es zwar im Jahre 1961 nicht mehr gekommen, wohl aber hat der neue Generalsekretär, Pfarrer Jaroslav N. Ondra, als Beobachter der Prager Friedenskonferenz an der 3. Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi teilgenommen.

Die „Allchristliche Friedensversammlung“, die Prof. Hromadka zu ihrem Präsidenten wählte, beauftragte einen 16köpfigen Arbeitsausschuß und einen 110 Mitglieder umfassenden Beratungsausschuß mit der Fortführung der Arbeit. Letzterem gehört auch der Moskauer Patriarch Alexius an.

3. ORTHODOXIE UND ROM

a) Orthodoxe Kirchen

Über die orthodoxen Kirchen wird im Kirchl. Jahrbuch 1962 ein ausführlicher Bericht erscheinen. Wir können uns daher unter Hinweis auf diesen Artikel auf einige große Linien beschränken, die in einer gesamtökumenischen Übersicht der Vollständigkeit halber wenigstens angedeutet werden müssen. Das gewichtigste und folgenreichste Ereignis ist zweifellos in dem überraschenden Aufnahme-

antrag der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) in den ÖRK zu sehen, der im April 1961 in Genf einging und folgenden Wortlaut hat:

Der Patriarch von Moskau und ganz Rußland

An den Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen,
Dr. W. A. Visser 't Hooft, Genf

Verehrter Herr Generalsekretär,

Namens des Heiligen Synod der Russischen Orthodoxen Kirche wende ich mich (an Sie) mit der vorliegenden Erklärung betreffend den Eintritt unserer Kirche in die Mitgliedschaft des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Wir erklären unsere Übereinstimmung mit der Basis, die in § I der Verfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen ausgesprochen ist.

Wir erklären, daß die Russische Orthodoxe Kirche allen Kriterien der Autokephalie, Stabilität, Größe sowie den Forderungen der Beziehungen zu anderen Kirchen entspricht, die nach der Geschäftsordnung des Ökumenischen Rates der Kirchen erforderlich sind. Einige statistische Angaben über das Leben unserer Kirche werden in dem beigefügten Memorandum gemacht.

Wir hoffen, daß Sie die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates von dieser unserer Erklärung in Kenntnis setzen, damit ihre Delegierten auf der bevorstehenden Sitzung des Zentralausschusses und auf der 3. Generalversammlung in Neu-Delhi im November 1961 vorbereitet sind, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Die Russische Orthodoxe Kirche hat immer der allchristlichen Annäherung, dem Wachstum der Verständigung zwischen den bisher getrennten Christen und der Stärkung – auf dem Grunde des Evangeliums – der Allbruderschaft, der Liebe und des Friedens unter den Völkern höchste Bedeutung beigelegt.

Wir vermerken in diesem Zusammenhang die Bestrebungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, den Geist der ökumenischen Bruderschaft und die Kontakte mit der Russischen Orthodoxen Kirche zu verstärken.

Im Glauben an die Eine, Heilige, Katholische (Ssobornuju) und Apostolische Kirche und als deren integrierender Teil betete die Russische Orthodoxe Kirche immer und betet „für den Wohlstand der Heiligen Kirchen Gottes und die Vereinigung aller“. Sie ist aber auch voll entschlossen, ihren Beitrag zu dem großen Werk der christlichen Einheit zu leisten auf der Linie der ehemaligen Bewegungen „Glauben und Kirchenverfassung“, „Praktisches Christentum“ und „Internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“, die nun ihren vereinten Ausdruck in allen jenen Tätigkeitsformen und Aspekten des jetzigen Ökumenischen Rates der Kirchen gefunden haben, welche auf die Verwirklichung der obengenannten Ziele gerichtet sind.

Mit Liebe in Christus

Alexius, Patriarch von Moskau und ganz Rußland

11. April 1961, Moskau

BEILAGE

Memorandum mit einigen statistischen Angaben über die Russische Orthodoxe Kirche

1. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) besteht zur Zeit aus:

- a) 73 Eparchien (Bistümern) im Bereiche der UdSSR;
- b) 22 Institutionen der ROK jenseits der Grenzen der UdSSR,
darunter:

3 Exarchate: Nord- und Südamerika; Westeuropa, Mitteleuropa;

- 2 Metropolen: der Aleuten und Nordamerikas in USA und von Cherson (Korssun) in Westeuropa;
 - 2 Erzbistümer: Brüssel in Belgien und Edmonto in Kanada;
 - 2 Bistümer: New York und San Franzisko;
 - 2 Vikariate: St. Sergius in England, Meudon in Frankreich;
 - 5 Propsteien: in Argentinien, Japan, Australien, Ungarn und Holland;
 - 1 Geistliche Mission: in Palästina;
 - 2 Vertretungen: in Damaskus und in Alexandrien;
 - 3 Vertretungsstellen (podworie): in Sofia, Belgrad und Beirut;
 - c) 20 000 Gemeinden: im Gebiet der UdSSR;
 - d) 40 Klöstern: Männer- und Frauenklöstern;
 - e) 8 Geistlichen Unterrichtsanstalten: 2 Akademien und 6 Seminare.
2. Die ROK hat zur Zeit:
- a) 73 Hierarchen;
 - b) 30 000 Priester.
- Der Regens des Patriarchats Moskau, Erzbischof von Tula und Beljewsk, gez. *Pimen*
11. April 1961, Moskau

Dem Beispiel der ROK folgten bald darauf die orthodoxen Kirchen Bulgariens, Rumäniens und Polens. Obwohl die Annäherung der ROK an den ÖRK unverkennbare Fortschritte machte (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 310 ff.) und auch der Exekutivausschuß des ÖRK sich im Februar 1960 nachdrücklich für eine Verstärkung der Kontakte durch Einladungen und Literaturaustausch eingesetzt hatte, kam der Aufnahmeantrag selbst verhältnismäßig unerwartet. Hatte schon die Botschaft des Metropoliten Nikolai an den Zentralausschuß auf Rhodos (1959; vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 311) diese Annäherung unterstrichen, so mehr noch Patriarch Alexius in seiner Grußadresse an den Zentralausschuß in St. Andrews (1960), in der die Aufgabe der anwesenden russischen orthodoxen Beobachter dahingehend umrissen wurde, „sich voll mit der Substanz und den Entscheidungen des Ausschusses und mit dem Geist, in dem sie getroffen werden, vertraut zu machen, damit wir imstande sein mögen, einen Beitrag zur christlichen Einheit zu leisten“. In dieses Bild paßte die interessierte Teilnahme von insgesamt 16 Beobachtern aus der ROK an den großen ökumenischen Konferenzen des Sommers 1960 und die Gründung einer „Kommission für Zwischenchristliche Verbindung der Russischen Orthodoxen Kirche“ unter Vorsitz des Metropoliten Pitirim von Krutizy und Kolomna.

Mit dem Ausbau der ökumenischen Kontakte durch die ROK ging eine Annäherung der orthodoxen Kirchen untereinander parallel. Patriarch Alexius besuchte im Winter 1960/61 die orthodoxen Kirchen des Mittelmeerraumes mit der ausdrücklichen Zielsetzung, die Einigkeit der orthodoxen Kirchen zu stärken und dadurch zugleich die Beziehungen zur westlichen Christenheit zu fördern (vgl. hierzu *Hildegard Schaefer*: Patriarch Alexius zwischen Orient und Ökumene, in: Ök. Rundschau, Heft 3/1961, S. 164 ff.; sowie *Antonios Alevisopoulos*: Der Besuch des Patriarchen Aleksij von Moskau in Konstantinopel und Athen, in: Kirche im Osten, Bd. 5, 1962, S. 165 ff.).

In die gleiche Richtung weist die seit 1959 angekündigte „Panorthodoxe Konferenz“, die nach mehrfachem Aufschub vom 24. September bis 1. Oktober 1961

auf Rhodos abgehalten wurde und auf der 63 offizielle Delegierte 12 orthodoxe Kirchen repräsentieren.

Von unmittelbarer ökumenischer Auswirkung war schließlich der Beschluß der Heiligen Synode der Kirche von Griechenland, zur 3. Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi nicht nur – wie 1957 im Blick auf ökumenische Konferenzen festgelegt (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 335) – Theologen (also Laien), sondern auch Mitglieder der kirchlichen Hierarchie zu entsenden.

b) Römisch-katholische Kirche

Der Verwirrung, die in den Beziehungen zwischen dem Vatikan und dem ÖRK im Jahre 1959 durch die Vorgänge während der Zentralauschußsitzung auf Rhodos ausgelöst war (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 298 ff.), wurde zu Pfingsten 1960 aufgrund eines päpstlichen Dekretes gesteuert, das die Errichtung eines „Sekretariats für die Einheit der Christen“ bekanntgab, zu dessen Leiter der aus Deutschland stammende Kurienkardinal Augustin Bea, S. J., berufen wurde. Prof. J. G. M. Willebrands (Holland), Vorsitzender der seit 1952 bestehenden „Katholischen Konferenz für ökumenische Fragen“, wurde ihm als Sekretär zur Seite gestellt. Zu den Mitgliedern des Sekretariats zählt u. a. auch der Erzbischof von Paderborn, Dr. Lorenz Jaeger.

Wenn auch das neue Sekretariat in erster Linie nach dem Wortlaut des Dekrets dafür bestimmt ist, „Unsere Liebe und Unser Wohlwollen gegenüber jenen zu bezeugen, die sich Christen nennen, die aber vom Apostolischen Stuhl getrennt sind, und damit diese den Konzilsarbeiten folgen können und so um so leichter den Weg der Einheit finden, für die Jesus Christus ein so inniges Gebet an seinen himmlischen Vater richtete“, so scheint doch das neue Sekretariat über das Konzil hinaus zu einer ständigen Kontaktstelle des Vatikans mit den nichtrömischen Kirchen werden zu können. Der Exekutivauschuß des ÖRK berichtete auf der Zentralauschußsitzung in St. Andrews (1960) über die neuesten Entwicklungen in der römisch-katholischen Kirche wie folgt:

In der Römisch-Katholischen Kirche haben sich bedeutsame Entwicklungen vollzogen. Nachdem auf römisch-katholischer Seite das Interesse an der ökumenischen Bewegung und die Beschäftigung mit ihr ständig im Wachsen begriffen sind, hat es sich als zunehmend notwendig herausgestellt, im Vatikan eine Stelle zu haben, die sich unmittelbar mit den Fragen der Einheit befaßt. Die Vorgänge auf Rhodos (1959), die noch durch eine unglückliche Sendung von Radio Vatikan verschlimmert wurden, hatten deutlich gemacht, daß die römisch-katholische Beteiligung an ökumenischen Gesprächen in der Gefahr einer gewissen Verwirrung stand. Außerdem wird vermutlich das von Papst Johannes XXIII. einberufene Ökumenische Konzil indirekt einen beträchtlichen Einfluß auf die ökumenische Situation ausüben, obwohl es das Problem der Einheit nicht unmittelbar behandeln wird. Daher hat der Papst in seiner Motu Proprio „Superno Dei nutu“ die Einrichtung eines neuen Sekretariats für die christliche Einheit angekündigt. Aus späteren Verlautbarungen geht hervor, daß Kardinal Bea zum Leiter und Mgr. Willebrands zum Sekretär dieser Arbeitsstelle berufen werden sollen. Kardinal Bea hat erklärt, daß dieses Sekretariat eine doppelte Aufgabe haben würde: a) nichtrömische Katholiken instand zu setzen, die Arbeit des Zweiten Vatikanischen Konzils zu verfolgen, und b) den von Rom getrennten Kirchen zur Wiedervereinigung mit der Römisch-Katholischen Kirche zu verhelfen.

Von der Sicht des Ökumenischen Rates her ist diese Entwicklung aus mehreren Gründen bedeutsam. Zunächst einmal läßt sie erkennen, wieviel sich gewandelt hat seit der ersten offiziellen Stellungnahme des Vatikans zur ökumenischen Bewegung in der Enzyklika „Mortalium animos“ im Jahre 1928, die eine völlig negative Beurteilung der Bewegung enthielt. Man kann wohl nicht daran zweifeln, daß der Vatikan in der Zwischenzeit zu der Einsicht gekommen ist, daß die ökumenische Bewegung nicht von einem vagen Humanismus, sondern von christlichen Glaubensgrundsätzen getragen wird. Zweitens hat der Vatikan jetzt entschieden, sich aktiv am ökumenischen Gespräch zu beteiligen. Er will die Initiative auf diesem Gebiet nicht länger einzelnen römischen Katholiken völlig überlassen, sondern fortan selbst mit anderen Kirchen und den ökumenischen Organisationen das Gespräch und die Verbindung aufnehmen. So tritt die Römisch-Katholische Kirche – um ein Wort von Pater Congar aufzugreifen – zum ersten Male in ihrer Geschichte anläßlich des Ökumenischen Konzils in das Beziehungsverhältnis eines Dialogs ein.

Die volle Auswirkung dieser Entwicklungen kann erst in späteren Jahren sichtbar werden. Doch dies wird man jetzt schon sagen können:

1. Die Tatsache, daß ein Dialog mit der Römisch-Katholischen Kirche möglich wird, ist zu begrüßen.

2. Zu hoffen bleibt jedoch, daß durch diese neue Entwicklung die informellen Gespräche, die bisher zwischen römisch-katholischen Theologen und Theologen anderer Kirchen geführt wurden, künftig nicht völlig von offizielleren Gesprächen verdrängt werden, denn gegenwärtig können gerade solche informellen Gespräche am besten zur Beseitigung von Mißverständnissen beitragen.

3. Keine Kirche sollte befürchten, daß der Ökumenische Rat auf irgendeine Weise danach trachten wird, in Fragen der kirchlichen Vereinigung für seine Mitgliedskirchen zu sprechen oder zu handeln. Der Ökumenische Rat ist nach seiner Verfassung nicht dazu berechtigt, für seine Mitgliedskirchen in solchen Angelegenheiten zu handeln. Jede Kirche trifft auf diesem Gebiet ihre eigenen Entscheidungen in voller Freiheit. Dies ist für uns selbstverständliche Voraussetzung. Wir müssen es jedoch erwähnen, da gelegentlich die Frage auftaucht, ob der Ökumenische Rat mit der Römisch-Katholischen Kirche informelle oder formelle Gespräche über Fragen der kirchlichen Vereinigung aufzunehmen beabsichtigt. Die Antwort lautet, daß dies im Hinblick auf das Wesen unserer Bewegung auf keinen Fall in Frage kommt.

4. Der Ökumenische Rat kann jedoch sich bietende Gelegenheiten nutzen, um dem neuen Sekretariat gewisse grundsätzliche Auffassungen, die die Vollversammlung oder der Zentralauschuß vertreten haben (wie z. B. zur Frage der Glaubensfreiheit oder auf sozialem Gebiet), zur Kenntnis zu bringen.

5. Es sollte im Auge behalten werden, daß die Bildung des Sekretariats nicht die Beilegung irgendwelcher grundsätzlicher Differenzen, die zwischen der Römisch-Katholischen Kirche und den Kirchen im Ökumenischen Rat bestehen, bedeutet. Es handelt sich vielmehr um eine Änderung in der Verfahrensweise und im Klima. Es gilt, die Gelegenheit zum Dialog zu ergreifen, aber das bedeutet, daß die wirklichen Probleme in den Vordergrund treten werden. Unsere Aufgabe in diesem Dialog wird es sein, die Erkenntnisse, die Gott uns gemeinsam in den fünfzig Jahren seit der Gründung unserer Bewegung hat zuteil werden lassen, darzulegen.

In seinem Tätigkeitsbericht fügte Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft erläuternd hinzu:

Zu diesem Thema, das in einiger Ausführlichkeit im Bericht des Exekutivausschusses behandelt ist, möchte ich eine weitere Bemerkung machen. Wenn ich die gegenwärtige Situation richtig beurteile, so wird der Weg, den der Ökumenische Rat in dieser Hinsicht zu gehen hat, zwischen zwei Abgründen hindurchzuführen haben.

Die eine Gefahr, die wir zu vermeiden haben werden, liegt darin, daß wir uns selbst

als Gegenüber oder Gegengewicht zur Römisch-Katholischen Kirche ansehen oder allgemein ansehen lassen. Das ist eine wirkliche Gefahr, denn es gibt viele römische Katholiken, die den Ökumenischen Rat mit der Römisch-Katholischen Kirche *vergleichen*, als ob sie vergleichbare Größen wären, und es gibt ebenso auf unserer Seite nicht wenige, die gar zu leicht in die Denkweise von der Bildung kirchlicher Machtkonstellationen verfallen. Der alte Adam in uns und die politischen Kategorien, die in der Welt üblich sind, können uns leicht in diese Richtung drängen. Aber das würde ein geistliches Unheil bedeuten, denn wir sind dazu da, um für die Einheit zu arbeiten, und nicht, um eine Spaltung zwischen vielen Gruppen durch eine Spaltung zwischen einigen großen Blöcken zu ersetzen. Wir müssen daher uns selbst und andere immer wieder daran erinnern, daß der Ökumenische Rat der Kirchen eine Körperschaft *sui generis* ist, die es ablehnt, der Gegenspieler einer einzelnen Kirche oder einer Gruppe von Kirchen zu sein, sondern die die Einheit aller derer in Christus vertritt, die ihn als Gott und Heiland anerkennen.

Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß wir zur leichteren Herstellung von Kontakten mit der Römisch-Katholischen Kirche Auffassungen und Grundsätze preisgeben, die unaufgebbare Wesensbestandteil unserer Bewegung sind. Bei diesen Worten denke ich besonders an den Rat, den einige unserer ökumenischen Freunde in der Römisch-Katholischen Kirche uns geben. Dieser Rat gipfelt in dem Satz, daß die einzige und allein gültige Tätigkeit des Ökumenischen Rates im theologischen Studium und Gespräch über die Aufgaben der Wiedervereinigung der Kirche zu sehen ist. Alles andere wird für eine gefährliche Abweichung von der wahren Aufgabe des Rates gehalten. Nun haben wir es im Übermaß klar gemacht, daß volle Einheit das Ziel des Ökumenischen Rates ist und sein muß, aber wir glauben gleichzeitig, daß es gemeinsame Aufgaben von großer Dringlichkeit gibt, die wir eben jetzt zu erfüllen haben, und daß die Erfüllung dieser Aufgaben auch die Einheit fördern hilft. Wir kommen ebenso von Edinburgh und Stockholm her wie von Lausanne, und wir schämen uns keines unserer Ahnen.

Es gibt andere Dinge in unserer lebendigen Tradition, die aufzugeben wir keinesfalls bereit sind – unsere Auffassungen von Religionsfreiheit, unser Eintreten für eine ökumenische Verbundenheit zwischen den Kirchen, bei der man wirklich aufeinander hört.

Diese beiden Gefahren zu vermeiden, wird viel Weisheit und Geduld erfordern. Aber die Reinheit unserer Sache steht dabei auf dem Spiel.

Das Interesse der römisch-katholischen Kirche an der ökumenischen Bewegung zeigte sich auch durch die gastweise Teilnahme an ökumenischen Konferenzen. So waren auf der Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in St. Andrews drei, auf der anschließenden Zentralauschußsitzung zwei römisch-katholische Beobachter anwesend, darunter Prof. Willebrands, der Sekretär des neuerrichteten „Sekretariats für die Einheit der Christen“.

Bemerkenswert ist, daß die gegenseitige Fürbitte immer mehr zu einer Brücke zwischen Rom und der nichtrömischen Christenheit wird. War schon die Ökumenische Gebetswoche vom 18. bis 25. Januar auf dieses Ziel hin angesetzt und zumindest in einigen Ländern wie zum Beispiel in Frankreich auch in diesem Sinne gemeinsam durchgeführt worden, so riefen der römisch-katholische Bischof von Lausanne, Genf und Fribourg die Gläubigen zur Fürbitte für die Ökumenische Jugendkonferenz in Lausanne (Juli 1960) und der holländische Episkopat zum Gebet für die Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi auf. Dem entsprachen Anregungen von ökumenischer Seite, in den Gliedkirchen des ÖRK des für Oktober 1962 einberufenen Zweiten Vatikanischen Konzils fürbittend zu gedenken, wie es etwa auch in der Handreichung für die Ökumenische Gebetswoche des Jahres 1962 vorgesehen ist.

Zur Weltkirchenkonferenz in Neu-Delhi wurden vom „Sekretariat für die Einheit der Christen“ in Rom fünf Beobachter entsandt: Pater Edward Duff (USA), Pater Dr. T. Edamaran (Indien), Pater I. Extross (Indien), Prof. J. C. de Groot (Holland) und Prof. M. le Guillou (Frankreich). Es war das erste Mal, daß die römisch-katholische Kirche offiziell auf einer Vollversammlung des ÖRK vertreten war. Die Vollversammlung in Neu-Delhi hat dieses Faktum – wie hier schon vorweggenommen sei – dankbar begrüßt und der Hoffnung auf eine fruchtbare Weiterentwicklung der angebahnten Kontakte Ausdruck gegeben. Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte für weitere Gespräche mit römischen Katholiken in die Wege zu leiten und dabei auch die Folgerungen für die kirchliche Praxis wie zum Beispiel die Mischehenfrage zu bedenken.

Eine gewisse Ernüchterung löste indes die im Dezember 1961 unmittelbar nach Abschluß der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi veröffentlichte Enzyklika „Aeterna Dei Sapientia“ aus, die der 1500jährigen Wiederkehr des Todes von Papst Leo I. gewidmet ist. Hier wird der päpstliche Primatsanspruch erneut in aller Deutlichkeit proklamiert und das ökumenische Verlangen nach Einheit zum Anlaß genommen, Jesus Christus darum anzuflehen, „daß er der ganzen Christenheit die Gnade der Erkenntnis erbitten möge, die unterscheidenden Kennzeichen der wahren Kirche zu erkennen und sich als treue Söhne zu ihr zu bekennen“ („Herder-Korrespondenz“, Heft 5, Februar 1962, S. 224).

Am Rande mag vermerkt werden, daß der Erzbischof von Canterbury, Dr. Geoffrey F. Fisher, im Verlauf einer Mittelmeerreise, die ihn auch nach Jerusalem und zum Ökumenischen Patriarchen Athenagoras nach Konstantinopel führte, am 2. Dezember 1960 von Papst Johannes XXIII. in Privataudienz empfangen wurde. Obwohl Fragen der kirchlichen Wiedervereinigung hierbei nicht angeschnitten sind, so ist doch auch dieser Besuch ein Zeichen für die sich entspannende Gesprächslage zwischen den Konfessionen. Im Frühjahr 1961 ernannten die Erzbischöfe von Canterbury und York Kanonikus Bernard C. Pawley zu ihrem persönlichen Verbindungsmann zu den vorbereitenden Konzilskommissionen.

4. DIE WELTKIRCHENKONFERENZ VON NEU-DELHI „JESUS CHRISTUS, DAS LICHT DER WELT“

Es würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen, die Vielfalt der Verhandlungsgegenstände auf der 3. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die in den drei Sektionen „Zeugnis“, „Dienst“, „Einheit“ und in den 18 Ausschüssen erörtert wurden, im einzelnen darzustellen. Hierfür sei auf den vom Ökumenischen Rat herausgegebenen Dokumentarbericht „Neu-Delhi 1961“ (Evang. Missionsverlag, Stuttgart, im folgenden abgekürzt „N-D 1961“) verwiesen. Wir werden uns auf gewisse Schwerpunkte zu beschränken haben, die für den gegenwärtigen Stand wie für die Weiterentwicklung der ökumenischen Bewegung charakteristisch sind. Ebenso kann es nicht die Aufgabe einer Chronik sein, die Arbeit der Vollversammlung unter kritischen Aspekten zu unter-

suchen. Das ist in der kirchlichen – und zum Teil auch weltlichen – Presse des In- und Auslandes zur Genüge geschehen (zusammenfassende Berichte und Übersichten in „The Ecumenical Review“ und in der „Ökumenischen Rundschau“ des Jahrganges 1962). Wir sagen aber nicht zuviel, wenn wir die Vollversammlung von Neu-Delhi im Blick auf die Tragweite ihrer inneren und äußeren Entscheidungen für die bisher bedeutsamste ökumenische Weltkonferenz halten. Das Gesamtergebnis von Neu-Delhi läßt sich unter zwei Stichworten zusammenfassen: äußere Ausbreitung und innere Festigung.

a) Äußere Ausbreitung

Äußerlich hat die im ÖRK zusammengeschlossene Weltchristenheit – von der römisch-katholischen Kirche abgesehen – eine kaum noch weiter auszudehnende Grenze ihres Wachstums erreicht. Waren es in St. Andrews 1960 acht neue Kirchen gewesen, die sich um die Aufnahme in den ÖRK bewarben, so lagen der Vollversammlung in Neu-Delhi 23 Aufnahmeanträge vor. Damit zählt der ÖRK jetzt 198 Mitgliedskirchen.

Unter den neu in die Gemeinschaft des ÖRK aufgenommenen Kirchen verdienen drei Gruppierungen aufmerksame Beachtung. Zunächst einmal hat der orthodoxe Flügel innerhalb des ÖRK durch den *Beitritt der orthodoxen Kirchen Osteuropas* eine erhebliche Stärkung erfahren. Diese Entwicklung ist für das theologische Gespräch in der Ökumene bedeutsamer als der zweifellos auch vorhandene politische Aspekt, der von der westdeutschen Tagespresse fast ausschließlich gewertet wurde. Daß sich der ÖRK der auf ihn zukommenden Verantwortung in jeder Hinsicht voll bewußt ist, hat Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft vor der Vollversammlung offen ausgesprochen, wenn er sagte:

Es wird uns jetzt eine ganz große Möglichkeit geboten, die Möglichkeit nämlich, daß es zu einem echten Gespräch zwischen den östlichen Kirchen und den Kirchen, die ihren Auftrag im Westen haben, kommt. Wenn wir diese Gelegenheit ergreifen, wird unsere ökumenische Aufgabe dadurch nicht leichter werden. Sie wird allerdings sehr viel reicher werden.

N-D 1961, S. 530

Zum anderen ist bemerkenswert, daß der Einfluß der sogenannten *Jungen Kirchen aus Asien und Afrika* erheblich zugenommen hat. Unter den in Neu-Delhi neu beigetretenen 23 Mitgliedskirchen waren allein 11 afrikanische. Nicht nur die Tatsache, daß die Vollversammlung diesmal auf asiatischem Boden tagte, sondern auch die wachsende Teil- und Anteilnahme der asiatischen und afrikanischen Christenheit an der ökumenischen Bewegung haben neue Schwerpunkte der Diskussion geschaffen, neue Perspektiven eröffnet, neue Denkstrukturen sichtbar gemacht und viele Fragen anders stellen und beantworten lassen, als es auf den früheren, mehr westlich orientierten Weltkonferenzen der Fall war.

Schließlich sollte auch die Tragweite der Aufnahme von zwei *pfingstlichen Kirchen* aus Südamerika in den ÖRK ins Auge gefaßt werden. Sicherlich handelt es sich hierbei um Gemeinschaften, die so stark „verkirchlicht“ sind, daß man mit Recht fragen mag, inwieweit sie noch als genuin „pfingstlich“ anzusehen sind.

Trotzdem ist aber mit der Aufnahme dieser Kirchen die Brücke zu einem evangelistischen Kirchentyp geschlagen, der bisher im ÖRK nicht vertreten war. In diesem Zusammenhang mag nachträglich bemerkt werden, daß auch auf der Sitzung der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung im August 1960 in St. Andrews schon ein führender Pfingstler aus den USA als Beobachter anwesend gewesen war und sich aktiv an der Diskussion beteiligte. Theologisch wird sich diese Entwicklung zweifellos in einer seit langem angestrebten stärkeren Betonung der Pneumatologie auswirken, was schon in Neu-Delhi – etwa bei der Neuformulierung des „Einheits“-Verständnisses – spürbar war (siehe S. 364).

Die wesentlichste Erweiterung erfuhr der ÖRK durch den Vollzug der *Integration des ÖRK mit dem IMR*. Dieser Zusammenschluß war durch sieben Jahre hindurch bis ins einzelne so gründlich vorbereitet worden (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 312 ff.; 1959, S. 295 ff.), daß Gewicht und Tragweite des Beschlusses auf der Vollversammlung kaum noch das gebührende Echo fanden. Nachdem der IMR auf seiner letzten Sitzung am 17./18. November seine offizielle Zustimmung zur Integration gegeben hatte, wurde der Plan als ganzer mit allen erforderlichen Verfassungs- und Satzungsänderungen von der Vollversammlung ohne Gegenstimmen angenommen, worauf der amtierende Vorsitzende, Erzbischof Jakovos, feierlich erklärte, daß „diese beiden Räte nunmehr in einer einzigen Körperschaft vereinigt sind, die den Namen Ökumenischer Rat der Kirchen trägt“ (N-D 1961, S. 14). Vorher hatte Bischof Lesslie Newbigin, der Generalsekretär des Internationalen Missionsrates, nochmals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die spezifisch missionarische Aufgabe durch die Integration klarer zum Ausdruck komme, und hinzugefügt:

Das kann jedoch nur dann geschehen, wenn die hier vorgeschlagene administrative Vereinigung eine tiefgehende geistige Integration der zentralen Anliegen unserer beiden Räte zur Folge hat ... Für die Mitgliedskirchen des ÖRK bedeutet es, anzuerkennen, daß die missionarische Aufgabe ebenso wichtig für das Leben der Kirche ist wie das Bemühen um Erneuerung und Einheit. Keine Bewegung, die sich nicht dafür einsetzt, daß das Evangelium in die ganze Welt getragen wird, und die nicht selbst an dieser Aufgabe mitwirkt, kann sich mit Recht ökumenisch nennen. N-D 1961, S. 541

Die Sektion „Einheit“ unterstrich auch ihrerseits die Zusammengehörigkeit von Sendung und Einheit, von Mission und Ökumene:

In der Erfüllung unserer missionarischen Verpflichtung zeigt es sich, wie dringlich der Ruf zur Einheit ist; die Schau der einen Kirche, die der ganzen Welt das eine Evangelium verkündigt, wird lebendiger und die Erfahrung und der Ausdruck unserer gegebenen Einheit wirklicher. Die Erfüllung der missionarischen Verpflichtung der Kirche und die Wiederherstellung ihrer sichtbaren Einheit sind notwendigerweise aufeinander bezogen. N-D 1961, S. 135

b) Innere Festigung

Der äußeren Ausbreitung des ÖRK entsprach in Neu-Delhi eine innere Festigung seiner Gemeinschaft. Mehr noch als ihre Vorgängerinnen hat sich die 3. Vollversammlung den *Gemeinden* verpflichtet gewußt. Angefangen von dem

Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs, der von der Notwendigkeit sprach, unsere Gemeinden „einheitsbereit“ zu machen, trat dieses Bemühen an vielen Stellen zutage. Kaum eine Weltkirchenkonferenz hat den Auftrag der *Laien* so in den Vordergrund gerückt, wie es in Neu-Delhi geschehen ist. Daß auch in der neuen „Einheits“-Formulierung die Wendung „an jedem Ort“ letztlich auf die Gemeinden abzielt, wurde oben schon erwähnt (siehe S. 325).

Ebenfalls will die vom Zentralausschuß in St. Andrews vorgeschlagene Neufassung der *Basis* (s. S. 324) zur inneren Festigung des ÖRK beitragen. Freilich liefen die Verhandlungen in Neu-Delhi nicht so glatt wie in St. Andrews. Von einigen Baptisten, Mennoniten, Remonstranten und Quäkern wurde vor allem gegen die Wendung „Gott und Heiland“, die sich ja schon in der alten Fassung findet, Widerspruch erhoben. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde mit 383 Ja-Stimmen bei 36 Gegenstimmen und 7 Stimmenthaltungen erreicht (da die Vollversammlung 577 Stimmberechtigte zählte, haben außerdem 151 Delegierte an der Abstimmung offenkundig überhaupt nicht teilgenommen). Da die neue Basis aber durch Betonung der Trinität wie des Schriftbezuges lange geäußerten Wünschen von orthodoxer bzw. protestantischer Seite Rechnung trägt und auch die missionarische Dimension in sich aufgenommen hat, bedeutet sie trotz der laut gewordenen Kritik einen unzweifelhaften Fortschritt gegenüber dem früheren Wortlaut.

Die wachsende Geschlossenheit der ökumenischen Gemeinschaft ließ sich in Neu-Delhi jedoch nicht nur an protokollarischen Beschlüssen oder äußerlich feststellbaren Tendenzen ablesen. Angefangen von den Gottesdiensten und Andachten und erwachsen aus dem gemeinsamen Bibelstudium entstand ein Geist der Offenheit füreinander und des brüderlichen Umganges miteinander, der den gesamten Konferenzablauf bestimmte und bis in die tägliche Sektions- und Ausschußarbeit hinein zu spüren war, deren Ergebnissen wir uns im folgenden zuwenden. Dabei ist stets zu berücksichtigen, daß alle drei Themenkreise eng ineinanderliegen und als ein Ganzes zu betrachten sind, wie es am Anfang der Sektion „Zeugnis“ ausgesprochen wird:

Die hier dargebotenen Überlegungen zum Thema Zeugnis sind in sich selbst nicht vollständig. Vielmehr müssen sie in Verbindung mit den beiden anderen Themen der Vollversammlung von Neu-Delhi gelesen werden ... Die drei Themen Einheit, Zeugnis und Dienst sind letzten Endes nicht drei, sondern eins. N-D 1961, S. 86

c) Sektion „Zeugnis“

Die Diskussionsordnung für die Sektion „Zeugnis“ sah in einem einleitenden Abschnitt „Gericht und Zeugnis“ das „Gericht“ als Ausgangspunkt vor, doch meinte die Sektion mit einer positiven Bezeugung des Evangeliums beginnen zu müssen, „denn es ist das Evangelium von Jesus Christus. Christus liebt die Welt, zu deren Rettung er starb“ (N-D 1961, S. 85). Der neutestamentliche Sinn des „Gerichts“ verblaßte dadurch freilich mehr zu einer kritischen Beschreibung der gegenwärtigen Weltlage, der „bedrängenden Krise, in der unsere Zeit sich vorfindet“:

Wir leben in einer Zeit der Umwälzung, in der in jedem Bereich des menschlichen Lebens ungeheure Wandlungen vor sich gehen.

N-D 1961, S. 85

Deutlicher als die anderen Sektionen ist in der Sektion „Zeugnis“ die Trinität entfaltet und die neue Basis damit in die Wirklichkeit der Glaubensaussagen hineingenommen, wenn es über die Grundlage des Zeugnisses heißt:

Gott ist sein eigener Zeuge, das heißt: Gott war und ist am Werk, seine eigene Botschaft an die Menschen zu bekräftigen. Wenn wir vom Zeugnis reden, meinen wir das Zeugnis vom gesamten Handeln Gottes bei der Erschaffung und der Erhaltung der Welt, besonders aber seine großen Taten in der Geschichte Israels und bei der Versöhnung der Welt durch Jesus Christus. Zu diesem Zeugnis bekennt sich der Heilige Geist in der Kirche.

N-D 1961, S. 87

In diesen trinitarischen Rahmen wird dann der Inhalt des Zeugnisses hineingestellt:

Wir sind überzeugt, daß Jesus der auferstandene lebendige Herr ist, der Sieger über Sünde und Tod. Von ihm und der wiederhergestellten Gemeinschaft mit Gott, die er für uns und alle Menschen geschaffen hat, müssen wir zu unseren Brüdern reden, für die Christus gestorben ist.

N-D 1961, S. 88

Diese unmißverständlich bezeugte Einzigartigkeit Christi ging nun freilich Hand in Hand mit einer Kontroverse, inwieweit Gottes Handeln in der nichtchristlichen Welt hierbei dem christlichen Zeugnis entgegenkomme. Die mehrfach ausgesprochene und konsequent zu Ende gedachte universale Bedeutung der Herrschaft Gottes und des Heilswerkes Christi sowie die Wandlungen in den anderen Religionen führten zu Aussagen wie diesen:

Die Kirche ist in dem Glauben gesandt, daß Gott auch unter den Menschen, die Christus noch nicht kennen, sich selbst nicht unbezeugt gelassen hat, und daß die durch Christus bewirkte Versöhnung die ganze Schöpfung und die ganze Menschheit umfaßt ... In unseren Kirchen haben wir nur wenig Verständnis für die Weisheit, Liebe und Macht, die Gott den Menschen anderer Religionen und solchen ohne Religion gegeben hat, wie auch von den Wandlungen, die in anderen Religionen durch ihre ständige Berührung mit dem Christentum erfolgt sind. Wir müssen das Gespräch über Christus mit ihnen in dem Bewußtsein aufnehmen, daß Christus durch uns zu ihnen und durch sie zu uns spricht.

N-D 1961, S. 90

In diesen Zusammenhang gehört auch die Forderung nach einer asiatischen Form des Christentums, wie sie schon in der Eingangspredigt des burmesischen Pfarrers U Ba Hmyin erhoben wurde:

Als die Christuszeugen sich aus der Welt jüdischen Denkens und Verstehens in die weitere Welt griechischer Sprache, griechischen Denkens und Lebens hinausbegaben, vollzog sich eine der tiefgreifenden Wandlungen und Krisen der Kirche. Griechische Denkformen, Sprache und Weise des Begreifens wurden übernommen und sind seitdem in das Leben der Kirche selbst eingegangen. Sie sind so sehr zu einem Stück christlicher Theologie geworden, daß man leicht einsieht, warum manche Asiaten meinen, das Evangelium sei mit dem westlichen Menschen unlösbar verknüpft. Doch jetzt hat das Evangelium in Asien Wurzel geschlagen. Vor uns steht die Frage: Läßt sich der radikale Bruch mit der

rein westlichen Denkweise vollziehen, können wir in Asien tun, was die Christen des ersten Jahrhunderts in der griechischen Welt taten? Ist es möglich, asiatische Strukturen und Weisen des Denkens und Lebens in Dienst zu nehmen, so wie man griechische Ausdrucksformen gebraucht hat? Die Frage ist nicht einfach. Vielfach wird die Frage gestellt, ob nicht die christliche Botschaft verzerrt worden ist, weil sie in jüdischen Formen ihren Ausdruck fand. Aber die Kirche konnte und muß so vorgehen, wenn sie ihre Missionsaufgabe erfüllen wollte. Ein solcher Versuch kann und muß offenbar auch heute gewagt werden. Dies mag sich einmal als die größte Herausforderung erweisen, in der die Kirche seit der Zeit gestanden hat, als sich der Übergang von jüdischem auf griechischen Boden vollzog. Soll die Theologie ökumenisch sein, so muß sie sich mit anderen Systemen und Weisen des Denkens und Lebens messen und sie in Dienst nehmen können, nicht nur die westlichen. Keine Theologie verdient in Zukunft „ökumenisch“ zu heißen, die die asiatischen Strukturen außer Betracht läßt. Sie mag sich als ökumenisch ausgeben, in Wirklichkeit aber wird sie nichts als westliche Kirchturmstheologie sein.

Dieser Gedanke wurde wieder aufgenommen von dem Inder Devanandan in seinem Einleitungsreferat zur Sektion „Zeugnis“:

Ob die Verkündigung des Evangeliums auf den gläubigen Anhänger einer anderen Religion wirkt, hängt davon ab, wieweit es uns gelingt, uns dabei der ihm vertrauten religiösen Sprache und der kulturellen Lebensordnung zu bedienen, in denen er sich als Einzelner und als Glied einer Gemeinschaft bewegt. In unserem Auftrag der missionarischen Verkündigung stehen wir noch immer vor der Aufgabe, die beherrschenden philosophischen und religiösen Begriffe der nichtchristlichen Glaubensformen als Auslegungsmittel des Evangeliums in seinen Dienst zu stellen.

N-D 1961, S. 497

Auch Devanandan ist grundsätzlich der Meinung:

Die Erscheinung des Wiedererwachens anderer Religionen läßt sich soziologisch und psychologisch erklären. Wenn aber der religiöse Glaube auch als Antwort zu verstehen ist, dann kann ein Christ schwerlich bestreiten, daß sich in diesen tiefen inneren Bewegungen des Menschengesistes eine Antwort auf das Schöpferwirken des Heiligen Geistes regt.

N-D 1961, S. 495

Die darüber aufgebrochenen Meinungsverschiedenheiten wurden in dem Sektionsbericht indes nicht verschwiegen:

Wir sind uns dessen bewußt, daß dieser Glaube tiefgreifende Bedeutung gewinnt, wenn wir hinausgehen, um Menschen anderer Religionen zu begegnen. Wir vertreten aber unterschiedliche Meinungen, wenn wir versuchen zu definieren, wie jene Menschen sich gegenüber dem Wirken Gottes unter ihnen verhalten und wie sie darauf antworten.

N-D 1961, S. 90

Um so klarer waren aber die Aussagen der Sektion darüber, wie *wir* uns als Zeugen der Botschaft von Jesus Christus zu verhalten haben:

Voller Freude bekennen wir unsere Solidarität mit allen Menschen, denn unser Herr hat dadurch, daß er Mensch wurde, sich mit uns allen verbunden. Solidarität mit allen Menschen jeglicher Nation, Klasse, Hautfarbe und Religion, ohne Unterschied in unserem gemeinsamen Menschsein, ist ein Ausgangspunkt für die Erneuerung des Lebens und des Zeugnisses unserer Kirchen durch den Heiligen Geist.

N-D 1961, S. 89

Der Begriff „Solidarität“ bzw. „Identifikation“ kehrt im Sektionsbericht immer wieder, wenn es sich um die „Kommunikation des Evangeliums“ handelt:

Die Mitteilung des Evangeliums schließt die Bereitwilligkeit und die Fähigkeit des Zeugen ein, sich mit denen zu identifizieren, die er anspricht. An die Seite unseres Hörers zu treten, dort zu sitzen, wo er sitzt, ist die entscheidende Voraussetzung, auf Grund deren wir allein den Anspruch erheben können, gehört zu werden. Durch solche einführende Identifikation, in der sich die Liebe Christi widerspiegelt, zeigt der Zeuge Christi, daß er nicht seine eigene Botschaft oder seine überlegenen Gaben verkündet, sondern die Wahrheit Christi; es ist, als ob ein Bettler dem anderen weitersagt, wo man das Brot des Lebens empfangen kann ... Nur wenn wir in die Welt unserer Hörer eintreten, werden sie fähig und gewillt sein, auf uns zu hören. Anstatt die negative Reaktion der Menschen unserer Botschaft gegenüber abzutun, sollten wir die Last ihres Unglaubens auf uns nehmen.

N-D 1961, S. 91

Daß hierbei nicht nur an die Weitergabe des gepredigten Wortes gedacht ist, macht der Abschnitt über „Die missionarische Struktur der Gemeinde“ deutlich, wo es heißt:

Die Ganzheit des Evangeliums verlangt ganzheitlichen Ausdruck, da das Evangelium jeden Bereich des menschlichen Lebens betrifft. Heilung und Hilfe in Not, Angriff auf gesellschaftliche Mißstände und Versöhnung ebenso wie Predigt, christliche Gemeinschaft und Gottesdienst sind in der verkündigten Botschaft miteinander verbunden. N-D 1961, S. 95

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, hat die Sektion nach neuen Formen christlicher Gemeindestruktur und -aktivität Ausschau gehalten, die der Pluralität des heutigen Lebens Rechnung tragen und den sterilen Monolog in der Kirche zu einem fruchtbaren Dialog werden lassen. Dabei rückte die Bedeutung des *Laien-tums* stark – für viele zu stark – in den Vordergrund, dem der Auftrag der ordinierten Amtsträger ein- oder gar unterzuordnen sei:

Es ist dringend notwendig, daß alle Gemeindeglieder die wahre Bedeutung bestimmter Worte wieder neu erfassen. Sie müssen lernen, daß die „Laien“ wirklich der *Laos* sind, d. h. das ganze Volk Gottes in dieser Welt, natürlich mit Einschluß der Ordinierten. Sie müssen weiter lernen, daß „Amt“ jede Art von Dienst meint, durch welchen ein Christ seinen Mitchristen oder Mitmenschen im Namen Christi hilft, indem er seine besondere Befähigung und Gabe anwendet, und wäre sie noch so bescheiden. Gewiß wird sich eine viel reichere Gemeinschaft und Zusammenarbeit einstellen, sobald die ganze Kirche ihre Aufgabe als Volk Gottes begriffen hat, als Volk Gottes, das Gott selbst mit mancherlei Arten des Amtes ausgestattet hat, von denen die eine besondere Art des Amtes, nämlich das des ordinierten Geistlichen, dazu ausgesondert ist, all die verschiedenen Zeugen in ihren mannigfaltigen Berufen, deren „Amt“ mitten in der vielgestaltigen Aktivität der säkularen Welt auszuüben ist, zu stärken, zu schulen, zu ermutigen und zu vereinigen.

N-D 1961, S. 97

Nicht nur auf orthodoxer Seite erhob sich Widerspruch gegen diese Konzeption, die im weiteren ökumenischen Gespräch noch der Klärung und Korrektur bedürfen wird.

d) Sektion „Dienst“

Auch hier knüpfte man an den Begriff der „Solidarität“ an, als es das Wesen christlichen Dienstes zu definieren galt:

Wir sind zur Teilnahme am Dienst auf all diesen Gebieten der heutigen Welt berufen, nicht weil wir dazu menschlich besonders befähigt wären oder mit der Zeit zu gehen hätten, sondern weil der Ruf zu seinem Erlösungswerk, das sich in allen Lebensbereichen vollzieht, nicht ungehört verhallen darf. Das verlangt vom ganzen Leib Christi verantwortliche Anteilnahme im Geist des Gehorsams, des Opfers und der menschlichen Solidarität über die ganze Welt hin, den unentbehrlichen Merkmalen der dienenden Kirche.

N-D 1961, S. 104

Damit war der herkömmliche Rahmen eines nur karitativen Dienstes der Kirche gesprengt und zu einer „sozialen Diakonie“ erweitert worden, wie es schon der japanische Religionssoziologe Prof. Takenaka in seinem einleitenden Grundsatzreferat gefordert hatte:

Das bedeutet, daß wir nicht nur *karitative* Diakonie entwickeln dürfen, d. h. Maßnahmen, die sich dem Ergebnis von sozialer Not und Ungerechtigkeit zuwenden, sondern wir müssen auch Maßnahmen entwickeln, die sich der Ursache sozialer Not und Ungerechtigkeit annehmen. Letzterer ist ein Dienst, der dem unmittelbaren Bedürfnis der Menschen karitativ helfen will, während ersterer ein Dienst ist, der darin besteht, daß man teilnimmt an der Gestaltung der Sozialpolitik und an Ordnungen, die die Grundlage für eine gesunde Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit sicherstellen.

N-D 1961, S. 506

Die Grenze gegenüber einer bloßen Humanität wurde aber schon im ersten Satz des Sektionsberichtes klar gezogen:

Christlicher Dienst, im Unterschied zu dem, was die Welt unter Philanthropie versteht, kommt her und wird gespeist aus der Liebe Gottes, die in Jesus Christus offenbart ist. Jede christliche Ethik des Dienstes muß hier ihre Wurzel haben.

N-D 1961, S. 103

Der kurze Abschnitt, der dem Sektionsbericht vorangestellt ist, bietet im übrigen mehr einen wegweisenden Vorspann als eine wirkliche theologische Grundlegung des christlichen Dienstes und läßt demzufolge viele prinzipielle Fragen offen, die unter den Mitgliedskirchen des ÖRK kontrovers sind und in dem Studienprojekt „Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi“ schon zur Diskussion gestanden hatten (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 320 f.; 1959, S. 294). In Neu-Delhi war das Bestreben vorherrschend, sich den Problemen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbruchs zu stellen und damit gerade den davon besonders angefochtenen „jungen Kirchen“ Hilfestellung zu geben. So gibt es denn eigentlich kaum ein Problem der Gegenwart, das nicht aufgegriffen und vom christlichen Standpunkt aus zu lösen versucht wurde. Auf dieser konkreten Bezogenheit und dynamischen Vehemenz, weniger auf der Originalität neuer Wege und Gedanken, liegt das Gewicht der Sektionsarbeit, die weithin nur schon früher in der Ökumene festgelegte Grundlinien bekräftigte, präzisierte und je und dann wohl auch weiter auszog, und das oftmals nur exemplarisch und nicht mit der Absicht lückenloser Vollständigkeit:

Unser revolutionäres Zeitalter stellt die Christen und die Kirchen, überhaupt alle Menschen und Völker, vor dringende Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Dienens ... Der Christ fürchtet den Umbruch nicht; denn er weiß, welch schwere Lasten der Armut und

des Mangels der größere Teil der Menschheit in der gegenwärtigen Weltordnung zu tragen hat. Er ist bereit, als erster Änderungen einzuführen und Reformen zu fördern, welche der Gerechtigkeit und der Freiheit dienen und die Ketten der Armut sprengen. Er ist bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die sein Bemühen um das Wohl der Menschheit teilen. Er weiß, daß die Gaben Gottes verkehrt und auf böse Ziele gerichtet werden können. Er weiß aber auch, daß dies Gottes Welt ist. Zu Gottes Zeit wird Gottes Vorhaben siegen, und es wird offenbar werden, daß er wirklich die Herrschaft in der Hand hat. Deshalb sollte die Haltung des Christen die Haltung positiver, aber prüfender Teilnahme sein, gegründet auf mitfühlender Liebe zu den Mitmenschen und einem unerschütterlichen Vertrauen auf die liebende Weisheit Gottes. Den Menschen, deren Sicherheitsgefühl heute so schwer bedroht ist, können wir ein Wort des Mutes und der Hoffnung sagen.

N-D 1961, S. 104 f.

Diese Grundhaltung versucht der Sektionsbericht auf die verschiedenen Lebensbereiche anzuwenden, wobei er sich immer wieder von dem christlichen Menschenbild und damit einer christlich verstandenen „Menschenwürde“ leiten läßt, die gewahrt werden muß:

Wie kann der Sinn für menschliche Würde unverändert bleiben, wenn man jahrelang eine Politik betreibt, welche die Bereitschaft einschließt, Bevölkerungszentren in anderen Ländern zu zerstören? Die Gewohnheit, Menschen als mögliche Opfer oder mögliche Zerstörer in einem Atomkrieg zu betrachten, wird sicherlich das Gefühl für ihren Wert verringern.

N-D 1961, S. 108

Dabei wird – hierin ein Spiegelbild der christlichen Existenz in Ost und West, alten und jungen Kirchen – nachdrücklich vor jedem Konformismus und vor jeder Identifizierung mit überkommenen politischen, gesellschaftlichen oder kulturellen Denk- und Lebensformen gewarnt:

Der Christ, der angesichts solcher Einflüsse unabhängig denken, reden und handeln möchte, sollte sich auf die Hilfe seiner Kirche verlassen können. Es sollte aber nicht vergessen werden, daß Kirchen sich selbst manchmal gestatten, Sprecherin der Massenmeinung zu sein, und daß sie damit den Konformismus fördern.

N-D 1961, S. 108

Bestimmt sollten die Glieder der Kirchen nicht einfach das Echo der öffentlichen Meinung sein. Vielmehr sollten sie im Streben nach Frieden und nach Abrüstung auf die öffentliche Meinung Einfluß nehmen.

N-D 1961, S. 121

Und im Blick auf die Kulturen heißt es:

Die Annahme, daß die westliche Kultur *die* Kultur sei und daß deswegen „christliche Kultur“ notwendigerweise in eins zu setzen sei mit den Sitten und Traditionen der westlichen Zivilisation, ist ein Hindernis für die Ausbreitung des Evangeliums und ein Anstoß für solche, die anderen Traditionen angehören.

N-D 1961, S. 108

Einige der kulturellen Konflikte unserer Zeit wären nicht nötig gewesen; sie wurden durch unbewußte oder durch gut gemeinte, aber unüberlegte Aufbürdung westlicher Sitten und Traditionen herbeigeführt.

N-D 1961, S. 109

Weil Christus das Licht der Welt ist, ist er für keine Kultur ein Fremder.

N-D 1961, S. 110

Auf die Politik angewandt bedeutet das:

Die Kirche kann sich mit keinem einzigen wirtschaftlichen, sozialen oder politischen System

identifizieren. Trotzdem sollte sie den einzelnen Christen ermutigen, sich aktiv am politischen Leben seines Landes zu beteiligen, weil das politische Handeln die Gelegenheit zur Verbesserung der Lebensbedingungen bietet und weil viele Formen des Bösen ihren Ursprung im Mißbrauch politischer Macht haben. Das ist eine Form des Dienstes der Nächstenliebe, die im Rahmen der lebendigen Solidarität mit dem ganzen Volk steht.

N-D 1961, S. 113

Obwohl die verschiedenen Staatsformen im christlichen Urteil keineswegs gleichartig oder gar gleichwertig sind, wird doch daran festgehalten:

Einem Christen ist es möglich, unter jedem politischen System redlich zu leben (oder zu sterben); die Kirche vermag ihrem Herrn unter den verschiedensten äußeren Umständen zu gehorchen.

N-D 1961, S. 111 f.

denn

Der Christ muß jederzeit anerkennen, daß *Jesus Christus der Herr der Geschichte ist und daß Er heute in jeder Nation der Welt am Werk ist*, trotz aller und durch alle schillernden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Vorgänge in jedem Land hindurch.

N-D 1961, S. 114

Dieses Wissen um das absolute Herrsein Jesu Christi ist der bestimmende Leitgedanke des gesamten Berichtes.

e) Sektion „Einheit“

Die Arbeit der Sektion „Einheit“ konnte ihren Ausgangspunkt bei dem von der Faith-and-Order-Kommission in St. Andrews vorgelegten Entwurf (s. S. 325) nehmen, brachte jedoch gewisse Modifikationen und Ergänzungen an. So wurde an den Anfang ein Abschnitt über den biblischen Heilsgrund der Einheit gestellt, der – trinitarisch und eschatologisch zugleich – zu der neuen Formulierung des Verständnisses überleitet. Diese beginnt gegenüber St. Andrews mit dem Ausdruck der gemeinsamen Überzeugung „Wir glauben“ und fügt den Heiligen Geist wie auch – im Sinne der zugrunde liegenden Apg. 2, 42 – das Gebet ein, so daß sich folgender Wortlaut ergeben hat:

Wir glauben, daß die Einheit, die zugleich Gottes Wille und seine Gabe an seine Kirche ist, sichtbar gemacht wird, indem alle an jedem Ort, die in Jesus Christus getauft sind und ihn als Herrn und Heiland bekennen, durch den Heiligen Geist in eine völlig verpflichtete Gemeinschaft geführt werden, die sich zu dem einen apostolischen Glauben bekennt, das eine Evangelium verkündigt, das eine Brot bricht, sich im gemeinsamen Gebet vereint und ein gemeinsames Leben führt, das sich in Zeugnis und Dienst an alle wendet. Sie sind zugleich vereint mit der gesamten Christenheit an allen Orten und zu allen Zeiten in der Weise, daß Amt und Glieder von allen anerkannt werden und daß alle gemeinsam so handeln und sprechen können, wie es die gegebene Lage im Hinblick auf die Aufgaben erfordert, zu denen Gott sein Volk ruft.

Wir glauben, daß wir für solche Einheit beten und arbeiten müssen.

N-D 1961, S. 130 f.

Der Unvollständigkeit dieser Aussage war man sich voll bewußt, so sehr man

sich auch in der Verpflichtung zur Einheit mit allen ihren Konsequenzen verbunden fühlte:

Diese kurze Beschreibung unseres Zieles läßt viele Fragen unbeantwortet. Wir sind uns noch nicht darüber einig, wie das eben beschriebene Ziel aufzufassen und mit welchen Mitteln es zu erreichen ist. Es ist uns klar, daß Einheit nicht einfach Uniformität der Organisation, des Ritus oder der Lebensform bedeutet. Wir alle bekennen, daß sündiger Eigenwille am Werk ist und uns getrennt hält und daß wir in unserer menschlichen Unwissenheit die Linien von Gottes Plan für die Zukunft nicht klar erkennen können. Aber wir sind der festen Hoffnung, daß Gottes Wille, wie er in der Heiligen Schrift bezeugt ist, durch den Heiligen Geist für uns und in uns immer mehr enthüllt wird. Die Einheit zu gewinnen, bedeutet nichts Geringeres, als daß viele Formen des kirchlichen Lebens, wie wir sie kennen, sterben und wiedergeboren werden müssen. Wir glauben, daß letzten Endes kein geringerer Preis gefordert ist.

N-D 1961, S. 131

Daß es sich überdies nicht um eine ekklesiologische Definition, auf die man sich geeinigt oder zu einigen hätte, handelt, sondern um eine gemeinsame Aufgabe, wurde sofort hinzugefügt:

Der vorstehende Abschnitt ist als eine kurze Beschreibung derjenigen Einheit zu verstehen, die der Einheit entsprechen soll, welche Gottes Gabe und unsere Aufgabe ist. Sie ist nicht als Definition der Kirche zu verstehen und setzt keine bestimmte Lehre von der Kirche voraus. Sie beruht auf einer Erklärung, die von der „Kommission für Glauben und Kirchenverfassung“ ausgearbeitet, vom Zentralausschuß 1960 in St. Andrews angenommen und den Mitgliedskirchen zur Prüfung und Stellungnahme zugesandt wurde. Die „Toronto-Erklärung“ war ein Markstein im Denken des Ökumenischen Rates über sich selbst und sein Verhältnis zur Arbeit für die Einheit. Hier bemühen wir uns darum, dieses Denken noch einen Schritt weiter zu führen. Wir wollen den Kirchen ihre Vorstellung von der Einheit nicht diktieren, aber wir empfehlen, in der weiteren Studienarbeit zu versuchen, das Wesen unseres gemeinsamen Zieles klarer zum Ausdruck zu bringen. Die christliche Einheit ist von Anfang an das Hauptanliegen der Bewegung für Glauben und Kirchenverfassung gewesen, und die Schau der einen Kirche hat unser ökumenisches Bemühen angefaßt. Wir versichern erneut, daß wir voranschreiten müssen, um diese Schau in ihren Konsequenzen ganz zu erfassen. Wir legen diese Erklärung in der Hoffnung vor, daß die Kirchen innerhalb wie außerhalb des Ökumenischen Rates der Kirchen sie sorgfältig studieren und, sofern sie sie ungenügend finden, an ihrer Stelle neue Erklärungen formulieren werden, die „zugleich Gottes Willen und seine Gabe“ völliger erfassen.

N-D 1961, S. 131

In diesem Drängen nach vorne – über einen „ekklesiologischen Docketismus“ hinaus, wie es Prof. Schlink in der Diskussion ausdrückte, auf Verwirklichung der sichtbaren Einheit – liegt die Grundtendenz des Berichtes. Daß aber die im Bericht enthaltene Formulierung des gemeinsamen Ziels und der sich daran anschließende Kommentar zu den einzelnen Begriffen im ganzen noch viel zu „formalistisch“ seien und man sich um einen inhaltlichen Konsensus bemühen müsse, wurde von Prof. Schlink gleichfalls in der Aussprache hervorgehoben.

Während die grundsätzlichen Erörterungen ein Drittel des Berichts einnehmen, beschäftigen sich die letzten zwei Drittel mit den Folgerungen für die Ortsgemeinde, die Konfessionen und die ökumenische Bewegung. Dabei wird erneut mit der Forderung der Weltkonferenz von Lund ernst gemacht, daß Christen

alles gemeinsam tun sollten, was sie nicht – durch ihr Gewissen genötigt – getrennt tun zu müssen glauben. Zwei Fragenkreise verdienen hierbei besondere Aufmerksamkeit, da sie vordringlicher Weiterarbeit bedürfen: die Abendmahlsgemeinschaft und die konfessionellen Weltbünde.

Auf die von Lausanne und der Konsultation in Bossey (siehe S. 327 ff.) sowie von der unmittelbar vorher in Neu-Delhi abgehaltenen Jugendkonferenz vorgelegten Berichte hat die Sektion ausdrücklich Bezug genommen:

In ihnen allen herrschen Ungeduld und Dringlichkeit vor.

N-D 1961, S. 149

Jedoch:

Es handelt sich hierbei nicht um einen Unterschied zwischen den Generationen, sondern zwischen den Kirchen und innerhalb der Kirchen. Es gibt zahlreiche ältere Christen, deren Empfinden der Ungeduld und der Dringlichkeit von dem der Jüngeren nicht übertroffen wird. Es ist ein Problem für alle Kirchen und ihre Glieder, und niemand ist bei unseren ökumenischen Treffen entschuldigt, wenn er in diesen Dingen Gleichgültigkeit oder Resignation zur Schau trägt.

Sicherlich bedarf es jetzt einer Überprüfung der in Lund 1952 festgelegten Richtlinien. Aber es ist noch nicht deutlich, daß die 1961 in Bossey gemachten Vorschläge eine Verbesserung bedeuten. Wir haben bis zur vierten Weltkonferenz von Glauben und Kirchenverfassung 1963 Zeit, intensiv darüber nachzudenken; denn dort wird hoffentlich die Überprüfung der Interkommunikationsfrage auf der Tagesordnung stehen und behandelt werden.

N-D 1961, S. 149

Wenn die Sektion also auch keine konkreten Lösungen anbietet, sondern auf die Faith-and-Order-Konferenz im Jahre 1963 verweist, so hat sie doch für die Interkommunion auf Ortsebene gewisse Anregungen gegeben, auch wenn dort keine allgemeinverbindlichen Regelungen geschaffen werden können:

Obwohl dieses Problem vielleicht am meisten auf der örtlichen Ebene empfunden wird, so kann es doch auf dieser Ebene keine allgemeine Lösung finden. Immerhin können Ortsgemeinden mit Recht die Bitte aussprechen, daß konfessionelle Überzeugungen unter ihnen geklärt werden, wenn sie von Leiden verschont bleiben wollen, deren Grund sie nicht verstehen. An bestimmten Orten sind Gruppen von Christen in Abendmahlsgemeinschaft miteinander getreten, in voller Kenntnis der schwerwiegenden Probleme, die damit verbunden sind. In diesen Fällen hat man von kirchenregimentlicher Seite, wenn nicht zugestimmt, so doch wenigstens die Mißbilligung zurückgehalten. Keiner von uns kann die Fragen, die eine solche Handlung aufwirft, ignorieren. Das Abendmahl ist eine Gabe des Herrn, bevor es ein Segen für uns ist. Wir müssen deswegen fragen, ob es nicht Situationen gibt, zum Beispiel während Verhandlungen über die Einheit, in denen Abendmahlsgemeinschaft möglich ist, auch wenn die volle Einheit noch nicht erreicht ist. Alle müssen mit erneuter Intensität die Qual zerbrochener Gemeinschaft am Tisch des Herrn empfinden.

N-D 1961 S. 139

Noch drängender wird den Kirchen und Konfessionen gesagt:

Die gegenwärtige Ausweglosigkeit drängt die Kirchen, alle nur möglichen nächsten Schritte, die auf allen Stufen ihres kirchlichen Lebens entdeckt werden können, einer neuen Untersuchung zu unterziehen. Wo auch immer die bestehenden Überzeugungen es erlauben, einen unmittelbaren Fortschritt auf dem Gebiet der Abendmahlsgemeinschaft

zwischen Kirchen zu erzielen, sollte das getan werden, ohne auf einen Konsensus und gemeinsame Aktionen innerhalb der ökumenischen Bewegung als ganzer zu warten ...

Wir müssen auf verantwortliche Weise der steigenden Ungeduld unter vielen jungen Menschen und vielen anderen begegnen, die ein schnelleres und gewisseres Fortschreiten zu gegenseitigem Verstehen in dieser zentralen und lebenswichtigen Erfahrung christlichen Gottesdienstes und Zeugnisses fordern. Weil es dringend notwendig ist, einen Weg zu finden, um aus der gegenwärtigen Sackgasse in der Frage der Abendmahlsgemeinschaft herauszukommen, ist es einfach ein Gebot, daß Denominationen und Konfessionen erneut ihre Abendmahlslehren und Liturgien im Licht aller jener neuen Faktoren überprüfen, die durch die ökumenische Situation hinzugekommen sind.

N-D 1961, S. 143 f.

Dabei wird für künftige Abendmahlsgespräche ein gewichtiger Hinweis gegeben:

Darüber hinaus könnten wir, wenn wir den üblichen Gang der Diskussion änderten und uns auf das eucharistische Geschehen konzentrierten – auf das, was Gott tut und was er am Tisch des Herrn zu tun gebietet –, statt (in erster Linie) auf die Verwaltung des Sakraments, d. h. auf die Frage nach der Gültigkeit des Amtes, einen deutlicheren Weg zum Kern einer angemessenen Lehre finden.

N-D 1961, S. 143

Für die Ortsebene wird sogar – im Gegensatz zu der sonst so vorsichtigen Behandlung des Abendmahlsproblems im Sektionsbericht – das Eingehen eines „verantwortlichen Wagnisses“ empfohlen:

Sind wir in dieser Situation nicht durch die Liebe Gottes gedrängt, die Grenzen unserer eigenen überkommenen Traditionen auszuweiten? Müssen wir nicht die theologische Notwendigkeit dessen, was man „verantwortliches Wagnis“ nennen kann, anerkennen? Wir legen Nachdruck auf das Wort „verantwortlich“; denn solche Handlungen müssen wir mit ehrlichem Respekt vor unserer konfessionellen Haltung und mit der vollen Absicht unternehmen, gemeinsam mit der Gemeinschaft von Christen, zu der wir gehören, den Sinn unseres Tuns zu erforschen. Es ist auch klar, daß das Risiko, das wir auf uns nehmen, auf Grund unserer verschiedenen Überzeugungen verschieden groß sein wird. Bevor jedoch nicht diese Bereitschaft da ist, nach verantwortlichen Wegen zu suchen, um zu neuen Verständnissen durchzudringen, können wir nicht hoffen, daß uns der Weg gezeigt wird, der zu jener wachsenden Einheit führt, von der wir wissen, daß sie Gottes Wille für uns ist. Wir müssen die örtlichen Gegebenheiten verantwortlich nützen und neue Möglichkeiten ausfindig machen. Das ist die uns gestellte Forderung an jedem einzelnen Ort.

N-D 1961, S. 140

Ernest Payne hat sicherlich recht, wenn er in einer kritischen Würdigung des Sektionsberichtes sagt: „Zweifelloos ist dies einer der herausforderndsten Abschnitte, der je in einem Dokument von Glauben und Kirchenverfassung erschienen ist, und er könnte zu Unternehmungen führen, die noch größere Rückwirkungen haben könnten als jene, die den Ereignissen auf der Lausanner Jugendkonferenz des Jahres 1960 gefolgt sind“ (Ec. Review Nr. 3, April 1962).

Gegen die konfessionellen Weltbünde als ein Hindernis auf dem Wege zur Einheit waren schon auf der unmittelbar vorhergegangenen Konferenz der Ostasiatischen Christlichen Konferenz kritische Stimmen laut geworden (siehe S. 333 f.), die der frühere Jugendsekretär des ÖRK, Philip Potter, in seiner Rede vor der Vollversammlung wiedergab. Es handelte sich dabei vor allem um drei Punkte: die Gefahr der Bevormundung und Kontrolle, die Bindung an konfes-

sionelle Traditionen und die schwächere Position der „Jungen Kirchen“ gegenüber den im Westen liegenden Machtzentren der Weltbünde.

Der Bericht der Sektion „Einheit“ beschränkt sich darauf, die verschiedenen Standpunkte nebeneinanderzustellen und Möglichkeiten der Hilfestellung anzudeuten:

Einige vertreten die Auffassung, daß ein tieferes Verständnis der Lehren und Überlieferungen der verschiedenen Konfessionen auf die Dauer die Möglichkeiten für eine Vereinigung in Wahrheit fördert, wenn es auch für den Augenblick so aussehen mag, als ob gerade dadurch die Kirchen davon abgehalten würden, sich miteinander zu völliger Gemeinschaft zu verbinden. Es ist möglich, daß die Einheit durch häufigere Gespräche zwischen den führenden Persönlichkeiten der Konfessionen auf der Ebene der Weltbünde weiter gefördert werden könnte. Es sind bereits theologische Gespräche zwischen den Presbyterianern einerseits und den Lutheranern und Kongregationalisten andererseits im Gange.

Eine gegenteilige Anschauung wird von denen vertreten, die in bestimmten Gebieten die konfessionellen Weltbünde als eine Bedrohung weitergehender Einigung ansehen. Dies ist eine Anschauung, die einige asiatische und afrikanische Christen oft energisch zum Ausdruck gebracht haben.

Die entscheidende Frage ist wahrscheinlich die, ob die führenden Persönlichkeiten konfessioneller Körperschaften der von uns mit Nachdruck gemachten Feststellung zustimmen, daß die Einheit aller Christen an jedem Orte, die natürlich stets eine „Einheit in Wahrheit“ zum Ziele haben muß, von zentraler Wichtigkeit ist. Wenn sie zustimmen, werden sie den Eintritt einer ihrer Kirchen in eine Union nicht als einen Verlust erachten, sondern als einen Gewinn für die gesamte Kirche. Und es kann solchen Kirchen ein Dienst erwiesen werden, wenn ihnen die konfessionellen Bünde bei dem verantwortungsvollen Studium aller Probleme, die mit einer vorgeschlagenen Union zusammenhängen, beistehen.

N-D 1961, S. 148

Eine gleiche Hilfestellung wird im Sinne der von Faith and Order herkommen- den Empfehlungen auch dem ÖRK nahegelegt:

Wir möchten auch die Frage aufwerfen, ob nicht unter selbstverständlicher Beachtung der Glaubens- und Gewissensfreiheit die guten Dienste des Rates in Anspruch genommen werden sollten, um einen toten Punkt zu überwinden, der manchmal als die Folge von Kirchenunionsverhandlungen entsteht und möglicherweise eine weitere Spaltung zur Folge haben kann.

N-D 1961, S. 146

f) Die Ausschüsse

Die großen Linien der Sektionsberichte setzten sich fort in der Kleinarbeit der Ausschüsse, auf die einzugehen hier nicht der Raum ist. Einige bemerkenswerte Tendenzen, Empfehlungen oder Beschlüsse verdienen jedoch festgehalten zu werden, weil ihr Echo im Plenum der Vollversammlung für den gegenwärtigen Stand wie für den weiteren Weg des ÖRK bedeutungsvoll ist. In diese Richtung weist die Annahme einer sonst wenig beachteten Empfehlung des „Weisungsausschusses für Grundsatzfragen“, die dem ÖRK eine größere Freiheit und Initiative des eigenen verantwortlichen Handelns für seine Mitgliedskirchen eingeräumt wissen möchte, als ihm bisher verfassungsmäßig zustand:

Der Ausschuß würdigt die Feststellung, daß der Ökumenische Rat „sich nicht allein in den Strom des Geschehens hineingerufen sieht, sondern dazu, ihm voraus zu sein“. Er empfiehlt, daß dies das stete Bemühen des Rates sein sollte. Er ist der Meinung, daß der Rat seinen Mitgliedskirchen geistliche und praktische Führung zu einer christlichen Lösung der aktuellen Fragen und Probleme unserer Zeit geben sollte, wie zum Beispiel Materialismus, Säkularismus, Krieg und Frieden, soziale Gerechtigkeit usw. Ganz gewiß sollte der ÖRK nicht darauf warten, bis er in kritische Situationen hineingedrängt wird. Vielmehr sollte er stets die Führung und die Initiative ergreifen und fragen: „Was ist das Gebot unseres Herrn in der Gegenwart?“ Zugleich sollten die Kirchen dazu ermutigt werden, ihre diesbezüglichen Anliegen dem ÖRK vorzulegen. Zwar wird allgemein anerkannt, daß der Rat ein Rat von *Kirchen* ist und nur tun kann, wozu ihn seine Mitgliedskirchen bevollmächtigen. Trotzdem sind wir der Meinung, der Rat als das ökumenische Gewissen der Kirchen sollte stets wachsam darauf achten, wo ökumenisches Handeln besonders wünschenswert ist und wo er seine Mitgliedskirchen zu solchem Handeln auffordern kann.

N-D 1961, S. 161 f.

Derselbe Ausschuß, der auch die Erweiterung der Basis in die Vollversammlung einzubringen hatte, legte dem Plenum noch einige weitere Resolutionen grundsätzlicher Art vor: den Bericht über „Christliches Zeugnis, Proselytismus und Glaubensfreiheit im Rahmen des Ökumenischen Rates der Kirchen“ (siehe S. 324), der „entgegengenommen“ und den Mitgliedskirchen empfohlen wurde, eine damit verknüpfte Stellungnahme zur Religionsfreiheit und eine Entschließung zum Antisemitismus, die auf die obenerwähnten antisemitischen Ausschreitungen zurückzuführen ist (siehe S. 334).

Die Stellungnahme zur *Religionsfreiheit* hat folgenden Wortlaut:

1. Die Menschheit ist von vielen Kräften bedroht, die die Freiheit einschränken oder versagen. Darum müssen erneut alle Kräfte eingesetzt werden, um jedem Menschen die Möglichkeit zu sichern, Religionsfreiheit verantwortlich auszuüben.

2. Christen betrachten die Religionsfreiheit als Folge von Gottes Schöpfung, seiner Erlösung der Menschheit in Christus und seiner Berufung von Menschen zu seinem Dienst. Gottes erlösendes Handeln an der Menschheit übt keinen Zwang aus. Dementsprechend sind menschliche Versuche, durch gesetzliche Bestimmungen oder durch Druck der gesellschaftlichen Gewohnheit den Glauben zu erzwingen oder zu verbieten, Verstöße gegen die Wege Gottes mit der Menschheit. Die Freiheit, welche Gott in Christus gegeben hat, beschließt in sich eine freie Antwort auf die Liebe Gottes sowie die Verantwortung, den Mitmenschen am Punkt der tiefsten Not zu dienen.

3. Da wir für die Religionsfreiheit eine klare christliche Basis haben, halten wir dieses Recht für alle Menschen an allen Orten für fundamental.

4. Wir bekräftigen die Erklärung über Religionsfreiheit, die der ÖRK und der IMR im August/September 1948 abgegeben haben, und halten an ihren Vorschlägen fest. Wir erkennen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die von den Vereinten Nationen im Dezember 1948 verkündet wurde, als wichtiges Hilfsmittel an, die Achtung vor den Menschenrechten, ihre Beachtung und die Einhaltung der Grundfreiheiten zu fördern.

5. Obwohl Freiheiten jeder Art miteinander in Beziehung stehen, kann man die Religionsfreiheit als gesondertes Menschenrecht betrachten, das alle ohne Rücksicht darauf, was sie glauben, ausüben dürfen. Der Artikel über die Religionsfreiheit in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte stellt eine annehmbare Form dar, vorausgesetzt, daß sie immer voll ausgelegt wird:

Jedermann hat das Recht der Gedankenfreiheit, der Gewissensfreiheit und der Religionsfreiheit. Dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Glauben zu

ändern, und die Freiheit, entweder allein oder in Gemeinschaft mit anderen, sowohl öffentlich als auch zu Hause, seine Religion oder Glauben in Lehre, Leben, Kult und Ritus sichtbar zu bezeugen.

6. Die Anerkennung der unveräußerlichen Würde und der gleichen unabdingbaren Rechte aller Glieder der Menschheitsfamilie verlangt, daß die hier erklärte allgemeine Norm in jedem Bereich der Gesellschaft ausdrückliche Verwirklichung findet. Ohne Vollständigkeit zu erstreben, wollen wir folgende Punkte aufzählen:

7. Gedanken-, Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangen, auch wenn sie als innere Freiheit betrachtet werden, Freiheit des Zuganges zu verlässlicher Unterrichtung.

8. Die Freiheit, seine Religion oder seinen Glauben öffentlich oder zu Hause, allein oder in Gemeinschaft mit anderen sichtbar zu bezeugen, ist für die Verwirklichung der inneren Freiheit wesentlich.

a) Sie umschließt die Freiheit des Gottesdienstes, in der vom einzelnen gewählten Form, sowohl öffentlich als auch zu Hause.

b) Sie umschließt die Freiheit der Lehre – durch geordnete oder durch freie Unterweisung wie auch durch die Verkündigung mit dem Ziel, für seinen eigenen Glauben zu werben und andere zur Annahme dieses Glaubens zu veranlassen.

c) Sie umschließt die Freiheit, seine Religion und seinen Glauben zu praktizieren, sei es durch Wohlfahrtstätigkeit oder durch Ausdruck des Glaubens – mit Wort und Tat – in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten, sowohl im innenpolitischen Bereich als auch auf internationaler Ebene.

d) Sie umschließt die Freiheit der Religionsausübung durch Befolgung religiöser Bräuche oder durch Teilnahme an religiösen Handlungen in der Familie oder in öffentlichen Versammlungen.

9. Religionsfreiheit umschließt die Freiheit, seine Religion oder seinen Glauben zu ändern, ohne daß dies gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Nachteile zur Folge hat. In diesem Recht ist das Recht inbegriffen, seinen Glauben oder Unglauben, ohne äußerem Zwang oder Benachteiligung ausgesetzt zu sein, frei zu bewahren.

10. Die Ausübung der Religionsfreiheit hängt mit anderen Menschenrechten zusammen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet unter anderem das Recht der Versammlungs- und Vereinsfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung mit Einschluß der Freiheit, Informationen und Ideen auf jede Weise zu suchen, zu empfangen und weiterzugeben, ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen. Es umschließt weiter das Recht der Eltern, ihren Kindern diejenige Ausbildung zuteil werden zu lassen, die sie selber wählen, Freiheit in der Wahl der gewünschten Regierungsform und zur freien Wahl der verantwortlichen Führer; Freiheit von der rückwirkenden Anwendung von Strafgesetzen und Freiheit, sein eigenes Land zu verlassen, dorthin zurückzukehren und irgendwo anders Zuflucht zu suchen.

11. Die Freiheit, zu der uns Christus befreit hat, weckt die Verantwortung für das Recht des anderen. Die bürgerliche Freiheit, die wir im Namen Christi beanspruchen, muß für alle Menschen zum verantwortlichen Gebrauch frei zur Verfügung stehen. Es ist die gemeinsame Verpflichtung der Regierung und der Gesellschaft, die Ausübung dieser bürgerlichen Rechte ohne Diskriminierung zu gewährleisten. Es ist die Aufgabe der Kirche, in Anerkennung ihrer eigenen diesbezüglichen Fehler in der Vergangenheit, in ihrem Leben und Zeugnis ihren unentbehrlichen Auftrag zur Förderung der Verwirklichung der Religionsfreiheit für alle Menschen auszuüben.

Anmerkung: Die in der vorliegenden Stellungnahme definierte Religionsfreiheit soll im Einklang mit dem von der dritten Vollversammlung am 4. Dezember 1961 zur Kenntnis genommenen und den Kirchen empfohlenen Bericht über „Christliches Zeugnis, Proselytismus und Glaubensfreiheit“ verwirklicht werden.

N-D 1961, S. 179 ff.

Bei der Entschließung zum *Antisemitismus* hatte man bewußt vermieden, auf die

theologischen Grundfragen des Israelproblems einzugehen, die seit Evanston immer noch keine einhellige Antwort in der Ökumene gefunden haben und auch in Neu-Delhi, wie Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft mit Recht hervorhob, kaum gefunden haben würden. So geht die Entschließung nur auf die praktische Seite des Antisemitismus ein:

Die dritte Vollversammlung erinnert sich der folgenden Worte, die von der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1948 an die Kirchen gerichtet wurden:

„Wir rufen alle von uns vertretenen Kirchen dazu auf, den Antisemitismus, gleichviel welchen Ursprungs, als schlechterdings mit christlichem Bekenntnis und Leben unvereinbar zu verwerfen. Der Antisemitismus ist eine Sünde gegen Gott und Menschen.

Nur in dem Maße, in dem wir unseren jüdischen Nächsten den Beweis dafür geben, daß wir für sie das gleiche Recht und die gleiche Würde erstreben, die Gottes Wille für Seine Kinder sind, können wir ihnen in einer Weise begegnen, die es uns ermöglicht, mit ihnen das Beste zu teilen, das uns Gott in Christus gegeben hat.“

Die Vollversammlung erneuert diesen Aufruf in Anbetracht der Tatsache, daß noch weiterhin Verhältnisse bestehen, in denen Juden benachteiligt oder sogar verfolgt werden. Die Vollversammlung bittet ihre Mitgliedskirchen dringend, alles ihnen Mögliche zu tun, um jeder Form von Antisemitismus entgegenzutreten. In der christlichen Unterweisung sollten die geschichtlichen Tatsachen, die zur Kreuzigung Jesu Christi führten, nicht so dargestellt werden, daß sie dem jüdischen Volk von heute eine Verantwortung auferlegen, die uns, der Menschheit als ganzer, zur Last fällt und nicht einer einzelnen Rasse oder Gemeinschaft. Juden waren die ersten, die Jesus annahmen, und Juden sind nicht die einzigen, die ihn noch nicht anerkennen.

N-D 1961, S. 165

Liegen hier also immer noch unbeantwortete Fragen, die der ökumenischen Studienarbeit weiter aufgegeben bleiben, so werden in den nächsten Jahren vor allem zwei große Forschungsprojekte die Mitgliedskirchen zu beschäftigen haben, die der inneren Fundierung wie der äußeren Ausweitung des ÖRK gleichermaßen entsprechen: „Der Endgültigkeitscharakter des Christuswerkes und das Handeln Gottes in einer Epoche weltweiter Geschichte“ und „Die missionarische Struktur der Gemeinde“. Auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Weltsituation wird auch den rassischen und ethnischen Beziehungen praktisch und theoretisch das besondere Augenmerk des ÖRK zu gelten haben, wie das Plenum in Bekräftigung seiner in Evanston proklamierten Grundsätze den Mitgliedskirchen anempfahl.

Die zahlreichen grundsätzlichen Erwägungen und praktischen Vorhaben, die das weite Gebiet *zwischenkirchlichen Dienstes und sozialer Hilfsmaßnahmen* betreffen, können hier nur angedeutet werden. Wie auch hier ständig neue Aufgaben erwachsen, denen sich der ÖRK zu stellen hat, sei mit dem Hinweis auf die Bevölkerungsbewegung in unserer Zeit dargetan, der eine erste große Weltkonferenz für Wanderungsfragen vom 11. bis 16. Juni 1961 in Leysin (Schweiz) galt.

Auf bevorzugtes Interesse stießen bei uns in Deutschland die Aussagen des Ausschusses für die „*Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten*“. Ausgehend von der prinzipiellen Ablehnung jeder kriegerischen Handlung („Da der Krieg ein Vergehen gegen Gott ist, ist es die Aufgabe des Christen, alles, was in seiner Macht steht, zu tun, um den Krieg zu verhindern, ja abzuschafter“, N-D 1961, S. 286), wird das weite Feld internationaler Spannungen

in sorgfältigem Wägen und Abwägen des Für und Wider abgeschritten. Auf das isolierte Herausgreifen einzelner Krisenherde, wie es mit Angola im Plenum versucht, aber gescheitert war, wurde verzichtet, so daß auch Berlin keine gesonderte, immerhin aber eine betonte Behandlung erfuhr, die freilich die Meinungsunterschiede in der Beurteilung nicht verhehlte:

Wir stellen eine Reihe von Gebieten in der gegenwärtigen Welt fest, die zu besonderen Sorgen Anlaß geben. Zu ihnen zählen Berlin, der Kongo, Angola, Algerien, Vietnam, Laos, Korea, Kuba und die Dominikanische Republik. Die gefährlichste Stelle scheint Berlin zu sein, obwohl auch die mögliche Gefahr in Vietnam als sehr ernst anzusehen ist.

Bei der Diskussion der Berlinfrage neigen die Vertreter der Kirchen dazu, sich nach Nationen und Blöcken aufzuspalten. Zum Beispiel sind Vertreter der Kirchen in Osteuropa der Auffassung, daß es unmöglich sei, die Berlinfrage isoliert zu betrachten, und daß die ganze politische Stellung Deutschlands und Osteuropas, auch die Geschichte dieser Länder während des Krieges und seit dem Krieg wie auch die politische Lage innerhalb der Bundesrepublik gesamthaft zu betrachten seien. Vertreter aus den Kirchen im Westen stimmen wohl mit der Ansicht überein, daß die Berlinfrage nicht isoliert dastehe, vertreten aber die Auffassung, daß der Bau einer Mauer quer durch die Stadt, die Familien und Kirchen trennt und einfache Menschen zu Verzweiflungstaten treibt, etwas sei, was kein Christ billigen könne, und daß keine Nation das Recht habe, Menschen eines anderen Volkes als Werkzeuge ihrer eigenen Interessen zu benutzen ...

Die Kirchen haben die Pflicht, in diesem gefährlichen Augenblick die Nationen vor neuen provokatorischen Handlungen in der Berliner Situation zu warnen. Beispiele, die hier erwähnt werden könnten, sind: jeder weitere Versuch, Westberlin vom Osten oder vom Westen zu isolieren, oder die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen. Die Christen müssen klar zum Ausdruck bringen, daß sie, ganz abgesehen von Recht oder Unrecht im besonderen Fall, politische Handlungen, die Kirchen und Familien aufspalten oder Christen von Christen trennen, unter keinen Umständen billigen können.

N-D 1961, S. 290 f.

Das darin beschlossene Mühen um die Befriedung der Welt gipfelte in dem Vorschlag einer „Konferenz von Christen aus verschiedenen Ländern unter Hinzuziehung von Spezialisten“, wobei auch die Prager Friedenskonferenz einbezogen werden soll:

Solch eine Konferenz würde die große Friedensarbeit ergänzen und zusammenfassen, die von mehreren kirchlichen Regionalkonferenzen in verschiedenen Teilen der Welt und von der Christlichen Friedenskonferenz in Prag bereits geleistet worden ist. Wenn die Christen in der Beurteilung internationaler Fragen auch oft scharf voneinander abweichen, so können sie miteinander darüber doch in Brüderlichkeit diskutieren. *N-D 1961, S. 289*

Wichtiger noch als bis ins einzelne gehende politische Ratschläge mag die Studienarbeit über ein „*Internationales Ethos*“ sein, die – schon von Evanston angeregt – Gegenstand einer Bossey-Konferenz im April 1961 war und auch im vorliegenden Bericht erneut gefordert wird (siehe *N-D 1961, S. 295*).

Für die deutschen Kirchen war es besonders schmerzlich, daß eine Reihe Teilnehmer aus der DDR keine Ausreisegenehmigung erhalten hatte. Der „Ausschuß für Beglaubigungsschreiben“ ging vor der Vollversammlung mit folgenden Sätzen darauf ein:

Leider müssen wir darauf aufmerksam machen, daß die folgenden Delegierten, Berater, Jugenddelegierten und Gäste aus Ostdeutschland von ihrer Regierung nicht die nötige Ausreisegenehmigung erhielten und deshalb in Neu-Delhi nicht anwesend sind. Die Vollversammlung möchte ihrer im Gebet besonders gedenken.

Delegierte: Frau Pfarrvikarin Ingeborg Becker, Generalsuperintendent D. Günter Jacob, Bischof Ernst Hornig, Missionsdirektor Dr. August Kimme, Präsident Reimer Mager.

Berater: Professor Dr. Erich Hoffmann, Pfarrer Otto Mosig, Diakon Bruno Schottstädt.

Gast: Dr. med. A. Möller.

Jugenddelegierter: Pfarrer Günther Steinacker.

N-D 1961, S. 154

Eine von Generalsuperintendent D. Jacob am 27. November zu haltende Morgenandacht wurde nach einer einleitenden Erklärung von Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft durch Präses D. Scharf verlesen. Auf Antrag des Erzbischofs von York richtete die Vollversammlung an die abwesenden Vertreter der Kirchen in der DDR folgende Botschaft:

Die Vollversammlung sendet den Christen aus Ostdeutschland, denen die Erlaubnis, ihr Land zu verlassen, um an dieser Vollversammlung teilzunehmen, verweigert worden ist, eine Botschaft.

Die Botschaft versichert ihren Empfängern, daß die Mitglieder der Vollversammlung durch ihre Abwesenheit bekümmert sind, beständig für sie beten und sich darüber freuen, daß wir über alle Schranken hin vereint sind in dem, der das Licht der Welt ist.

N-D 1961, S. 348

g) Botschaften und Appelle

Die Gesamtarbeit der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi spiegelt sich wider in der „Botschaft der Vollversammlung an die Kirchen“:

Die Dritte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi richtet diesen Brief an ihre Mitgliedskirchen und deren Gemeinden. Wir freuen uns und danken Gott dafür, daß wir hier eine tiefe Gemeinschaft erleben, die umfassender ist als zuvor. Neue Mitgliedskirchen – beachtenswert nach Zahl und Stärke –, die sowohl aus der alten orthodoxen Tradition der östlichen Christenheit als auch aus Afrika, Asien und Lateinamerika wie aus anderen Teilen der Welt kommen, machen sichtbar, daß die Christenheit jetzt in jedem Teil der Welt heimisch geworden ist. In dieser Gemeinschaft können wir frei reden und handeln, denn wir sind alle Christi Mitarbeiter. Wir haben uns miteinander darum bemüht, unsere gemeinsame Berufung zu Zeugnis, Dienst und Einheit zu erfassen.

Wir sind von Herzen dankbar für die Gebete zahlloser Christen und für ihre Mitarbeit an unserem Konferenzthema „Jesus Christus – das Licht der Welt“. Dadurch haben viele von Euch an unserer Arbeit teilgenommen. Nun kehren wir zu unseren Kirchen zurück, um gemeinsam mit Euch das zu tun, was uns hier klargeworden ist.

In der ganzen Welt sucht man eifrig, ja sogar leidenschaftlich nach neuen Lebensmöglichkeiten, nach Freiheit und Wohlstand. In einigen Ländern dagegen herrscht Enttäuschung über den Wohlstand, den eine technisch hochentwickelte Gesellschaft bieten kann. Über allem aber liegt der drohende Schatten einer Vernichtung riesigen Ausmaßes durch einen neuen Krieg. Dennoch läßt sich die Menschheit durch diese Bedrohungen nicht lähmen. Die Schwungkraft des Umbruchs wird nicht geringer. Als Christen nehmen wir Anteil an dem stürmischen Streben der Menschen nach Leben, nach Freiheit von Armut,

Unterdrückung und Krankheit. In den neuen Möglichkeiten, die sich der Menschheit in unserer Zeit erschließen, ist Gott am Werk. Er ist am Werk, selbst wenn die Mächte des Bösen sich gegen ihn auflehnen und sein Gericht auf sich ziehen. Wir wissen nicht, welche Wege Gott uns führen wird. Doch wir setzen unser Vertrauen auf Jesus Christus, der unser Leben ist heute und zu aller Zeit.

Wenn wir als Christen zu den Menschen sprechen, müssen wir die Wahrheit unseres Glaubens zum Ausdruck bringen: Es gibt nur einen Weg zum Vater, nämlich Jesus Christus, seinen Sohn. Auf diesem einen Weg begegnen wir unausweichlich unserem Bruder. Wir begegnen unserem Christenbruder. Wir begegnen auch unserem Menschenbruder; und noch ehe wir ihm von Christus sagen, hat Christus ihn schon gesucht.

Christus ist der Weg, und darum müssen wir miteinander gehen, ihn zu bezeugen und allen Menschen zu dienen. Das ist sein Gebot. Es gibt keinen größeren Dienst an den Menschen, als ihnen von dem lebendigen Christus zu sagen. Es gibt kein wirkungsvolleres Zeugnis als ein Leben, das im Dienst hingegeben wird. Die Gleichgültigkeit oder gar Feindseligkeit der Menschen mag uns daran hindern, frei zu reden. Gott aber läßt sich nicht zum Schweigen bringen. Er redet durch den Gottesdienst und durch das Leiden seiner Kirche. Ihre Gebete und ihre Geduld werden – indem er sie gnädig annimmt – Teil des Zeugnisses, das er für Christus ablegt.

Wir müssen in konkreten Begriffen die Formen christlichen Dienstes für unsere Zeit gemeinsam erarbeiten und sie gemeinsam verwirklichen. In keinem Bereich ist die christliche Zusammenarbeit geschlossener und wirkungsvoller gewesen als dort, wo man Menschen in vielerlei Notlagen geholfen hat. Es gibt für die Christen keine dringendere Aufgabe, als auf Gemeinschaftssinn in den Nationen und auf Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit zwischen den Nationen gemeinsam hinarbeiten, damit die Ursachen für so viel gegenwärtiges Elend von Grund auf beseitigt werden. Wir müssen unsere Stimme gegen jedes Unrecht erheben, das irgendeiner Rasse oder irgendeinem Menschen wegen seiner Rassenzugehörigkeit angetan wird. Wir müssen lernen, auch durch weltliche Organisationen einen christlichen Beitrag zu leisten zum Dienst an den Menschen. Christliche Liebe fordert nicht nur das Mitteilen weltlicher Güter, sondern hohen persönlichen Einsatz. Hierin gehen in der ganzen Welt junge Menschen in der spontanen Hingabe ihrer Person mit gutem Beispiel voran.

Gemeinsam müssen wir die Fülle der christlichen Einheit suchen. Dazu brauchen wir jedes Glied der christlichen Familie aus der östlichen und westlichen Tradition, aus alten und jungen Kirchen, Männer und Frauen, Junge und Alte, aus jeder Rasse und jedem Volk. Unsere Brüder in Christus werden uns gegeben und nicht von uns gewählt. In einigen Punkten erlauben uns unsere Überzeugungen noch nicht, gemeinsam zu handeln. Aber wir haben Fortschritte gemacht; uns ist es gelungen, die Einheit, die wir suchen, klarer auszusprechen. Darum laßt uns überall das ausfindig machen, was wir schon jetzt gemeinsam tun können, und es dann auch treu tun. Laßt uns stets für die vollere Einheit beten und arbeiten, die Christus für seine Kirche will.

Dieser Brief wird von der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen geschrieben, aber der eigentliche Brief, der heute an die Welt gerichtet ist, besteht nicht aus Worten. Wir Christen sind – wo immer wir uns befinden – ein Brief Christi an die Welt, „geschrieben nicht mit Tinte, sondern mit dem Geist des lebendigen Gottes, nicht in steinerne Tafeln, sondern in fleischerne Tafeln des Herzens“. Die Botschaft lautet, daß Gott die Welt in Christus mit sich versöhnt hat. Laßt uns diese Botschaft mit Freude und Vertrauen ausrichten und sie leben, „denn Gott, der da hieß das Licht aus der Finsternis hervorleuchten, der hat einen hellen Schein in unsere Herzen gegeben, daß durch uns entstünde die Erleuchtung zur Erkenntnis der Herrlichkeit Gottes in dem Angesicht Jesu Christi“.

Erster Advent 1961

An die „Christen in Südafrika“ wurde eine zusätzliche Botschaft gesandt, die auf die dortigen Auseinandersetzungen Bezug nimmt:

Die Glieder der Dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi waren über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Christen und Kirchen in Südafrika und dem Ökumenischen Rat der Kirchen in den letzten 18 Monaten im Bilde und haben den Wunsch, Euch im Namen Jesu Christi, unseres Herrn, brüderliche Grüße zu entbieten.

Es ging uns auf dieser Vollversammlung darum, Jesus Christus als das Licht der Welt zu bezeugen und im Blick auf unser Zeugnis für ihn, unseren Dienst in seinem Namen und unsere Einheit in ihm Gottes Führung zu suchen. In unseren gemeinsamen Gottesdiensten, den Bibelarbeiten, die wir zusammen gehalten haben, und in allen Diskussionen sind wir uns in steigendem Maße der Kraft des Geistes lebhaft bewußt geworden, der seine Kirche in diesen unruhigen Zeiten lenkt, und auch der Tatsache, daß er uns in vertiefte Gemeinschaft miteinander und mit ihm führt. Zu unserer Freude haben sich auf dieser Vollversammlung 23 Kirchen unserer Gemeinschaft angeschlossen. Elf von ihnen sind Kirchen des Kontinents Afrika. Wir haben auch die Kirchen in unseren Gebeten nicht vergessen, die sich zu unserem Bedauern genötigt gesehen haben, unsere Gemeinschaft zu verlassen.

Im Verlauf der Vollversammlung sind die Überzeugungen, die wir im Blick auf die Einheit der Kirchen hegen, gewachsen. Vor einem Jahre fanden sich unsere Beauftragten mit südafrikanischen Christen in Cottesloe zusammen und erklärten: „Die Kirche als der Leib Christi ist eine Einheit, und innerhalb dieser Einheit ist die natürliche Verschiedenheit der Menschen nicht aufgehoben, wohl aber geheiligt. Keiner, der an Jesus Christus glaubt, darf auf Grund seiner Farbe oder Rasse von irgendeiner Kirche ausgeschlossen werden. Die geistliche Einheit aller Menschen, die in Christus sind, muß ihren sichtbaren Ausdruck finden in gemeinsamem Gottesdienst und Zeugnis, in Gemeinschaft und im Austausch über die gemeinsamen Grundprobleme.“ Wir unterstreichen dieses Prinzip voll und ganz, und wir strecken unsere Hände allen Mitchristen entgegen und ermutigen sie, diese Einheit in Christus zu manifestieren.

Wir sind hier in Neu-Delhi aus allen Teilen der Welt versammelt und haben Gottes klaren Ruf wiederum vernommen, den Auftrag seiner Kirche zu erfüllen, und zwar in der unvollendeten Aufgabe missionarischer Verkündigung und auch durch die Unterwerfung der Welt, in der wir leben, unter den Geist Christi. Eine besonders schwere Verpflichtung hinsichtlich beider Arten unseres Auftrages liegt auf Christen in den Ländern, in denen die Kirche stark ist. Die in Cottesloe sagten: „Wir danken dem allmächtigen Gott, daß er uns zu Gemeinschaft und Gebet und Beratung zusammengeführt hat; wir beschließen, in dieser Gemeinschaft zu bleiben, und wir haben daher besonders Pläne gemacht, die es uns ermöglichen, uns zum gemeinsamen Zeugnis in unserem Lande zu verbinden.“ Euch alle, die den Ungläubigen Christus verkündigen, und alle, die den Geist Christi ihren Nächsten bezeugen, bieten wir unseren Zuspruch und unsere Gemeinschaft an und versichern Euch unserer Gebete.

Der Gegensatz zwischen dem Licht Christi und der Dunkelheit unserer heutigen Welt hat schwer auf unserem Geist und Gewissen gelastet. Kriegsfurcht, Unrecht und menschliches Leiden haben uns in den Gehorsam gegenüber dem dienenden Herrn gerufen. Was die Rassegegensätze anbetrifft, die ein Weltproblem sind, so stehen wir zu den Überzeugungen, die die Vollversammlung in Evanston 1954 zum Ausdruck gebracht hat. Christen aus aller Welt sind mitbeteiligt an dem Kampf um die Beseitigung von Trennungen und Diskriminierung aus Gründen der Farbe oder der Rasse.

Wir wissen, daß im Namen Christi in Südafrika viele diesen Kampf auf sich genommen haben. Mögen alle, die in dieser Weise dienen, und alle, die leiden, gestärkt werden. Mögen Würde und Einheit aller Menschen durch die Gerechtigkeit Gottes hergestellt

werden in Eurem Lande und in den Ländern, aus denen wir kommen. Wir bitten in der Stunde, da die Völker Afrikas ihrem neuen Tag entgegengehen, daß die Kirche Christi eine immer wachsende schöpferische Rolle spielen möge, indem sie Verstehen, Gerechtigkeit, Glaube, Hoffnung und Liebe fördert.

Können wir mit Euch unsere herrschende Überzeugung teilen? Sie findet ihren schlichten Ausdruck in dem Thema unserer Vollversammlung: „Jesus Christus, das Licht der Welt“!

In seinem Namen senden wir Euch diese Botschaft als unseren Gruß. *N-D 1961, S. 346 f.*

An die „Regierungen und Völker“ wandte sich die Vollversammlung mit nachstehendem „Appell“:

Die Dritte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, zu der Christen aus allen Teilen der Welt zusammengekommen sind, richtet diesen Appell an die Regierungen und Völker jedes Staates.

Krieg ist heute ein Feind aller. Krieg ist ein Unrecht gegen die Natur des Menschen. Das Schicksal vieler Generationen und das Erbe vergangener Zeiten stehen auf dem Spiel. Sie zu zerstören, ist heute leicht, seit Handlungen oder Fehlkalkulationen weniger Menschen eine Katastrophe auslösen können. Sie zu schützen und zu fördern ist schwerer, denn dazu bedarf es des einmütigen Zusammenwirkens aller. Wir sollten daher Zurückhaltung und Selbstlosigkeit in allen Fragen üben, die zum Krieg führen, Geduld und Beharrlichkeit im Streben nach Überwindung der Dinge, die trennen, Kühnheit und Mut, um die Dinge zu ergreifen, die den Frieden fördern.

Wir sollten umkehren vom Weg, der zum Krieg führt, zum Pfad des Friedens. Alle müssen auf Androhung von Gewalt verzichten. Das aber bedeutet, dem Nervenkrieg, dem Druck auf kleine Länder, dem Rasseln mit Bomben ein Ende zu machen. Man kann nicht gleichzeitig eine Politik der Drohung und der beiderseitigen Abrüstung verfolgen.

Wir sollten den Wettlauf der Rüstungen aufhalten. Das ist eine gebieterische Notwendigkeit. Vollständige und allgemeine Abrüstung ist das erklärte Ziel. Um es zu erreichen, sollten konkretere Schritte unternommen werden. Die Suche nach einem entschlossenen ersten Schritt, wie zum Beispiel eine überwachte Einstellung der Kernwaffenversuche, sollte währenddessen, ungeachtet aller Hindernisse und Rückschläge, vorangetrieben werden.

Wir sollten Vernunft an die Stelle der Gewalt setzen und den Willen zur Abrüstung stärken. Friedenseinrichtungen und geordnete Verfahren, Veränderungen herbeizuführen und Streitigkeiten zu lösen, sind dazu wesentlich. Die Vereinten Nationen im Rahmen und im Geist ihrer Verfassung zu stärken, ist darum Pflicht. Allen Ländern obliegt diese Pflicht, ob sie den großen Machtblöcken angehören oder ob sie unabhängig sind. Die bündnisfreien Länder können gerade durch ihre Unparteilichkeit einen Beitrag leisten und mit anderen Vorkämpfer der Prinzipien der Charta sein.

Wir müssen die Schranken gegenseitigen Mißtrauens auf jeder Ebene niederreißen, um Frieden mit Gerechtigkeit aufzurichten. Gegenseitiges Vertrauen ist die wertvollste Kraftquelle in der heutigen Welt: Kein Vertrauen sollte vergeudet werden, mehr muß gefunden werden! Die Grundsätze einer offenen Gesellschaft sind wesentlich, damit ungehindert Kontakte von Person zu Person und von Volk zu Volk geknüpft werden können. Schranken der menschlichen Begegnung müssen fallen, nicht zuletzt dort, wo sie Völker, Kirchen und sogar Familien trennen. Freiheit der menschlichen Begegnung, der Information und des kulturellen Austausches ist für den Aufbau des Friedens wesentlich.

Wir sollten gegenseitiges Vertrauen fördern. Dazu gehört, daß Völker bereit sind, ein vernünftiges Risiko für den Frieden einzugehen. So schließt zum Beispiel eine gleichmäßige Grundlage für die Abrüstung auf der einen Seite die Inkaufnahme von Risiken bei Inspektion und Kontrolle ein, die nicht absolut sicher sein können, und auf der anderen Seite die Gefahr, daß die Inspektion ihre festgelegten Pflichten überschreiten kann.

Wer aber den Teufelskreis des Mißtrauens durchbrechen will, muß es wagen, Neuland zu betreten.

Eine große Möglichkeit zu aufbauendem Handeln liegt in dem Kampf für die Entwicklung der Welt. Es ist ein hohes und erreichbares Ziel, die Güter der Zivilisation mit der ganzen Menschheit zu teilen. Den Krieg gegen Armut, Krankheit, Ausbeutung und Unwissenheit voranzutreiben, fordert größere Opfer und einen viel größeren Einsatz wissenschaftlicher, erzieherischer und materieller Hilfsquellen als bisher. In dieser gemeinsamen Aufgabe lasse man die Völker ein positives Programm für den Frieden finden, einen edlen Wettstreit der Kräfte anstelle des Krieges der Waffen.

Eine schöpferische Strategie für den Frieden in Gerechtigkeit verlangt, daß die Forderungen der Menschlichkeit für alle Menschen, gleich welchen Standes, welcher Rasse, welchen Geschlechts oder Glaubens, von allen anerkannt werden. Wenn die neuen Kräfte des Menschen nicht benutzt werden sollen, um Menschenwürde und Freiheit zu schmälern, dann müssen die Regierungen dessen eingedenk sein, daß sie Diener ihrer Bürger sind und der Menschenwürde jedes einzelnen Achtung schulden. Vornehmste Aufgabe jeder Regierung ist der Schutz der Menschenwürde, um den Menschen freizumachen für die schöpferische Ausübung seiner höheren Anlagen.

Wir richten diesen Appell an die Regierungen und Völker. Wir sind durch den Gehorsam gegenüber Jesus Christus, dem Herrn der Geschichte, gehalten! Er fordert Gerechtigkeit und Gnade und ist das Licht für die Völker und die Herzen der Menschen. Für das Ziel des Friedens mit Gerechtigkeit verpflichten wir uns, unablässig unsere Bemühungen einzusetzen, und rufen die Kirchen auf, uns mit Tat und Gebet zu unterstützen.

N-D 1961, S. 303 ff.

Damit tritt der ÖRK in den dritten Abschnitt seiner Geschichte – an den entscheidenden Stellen auf Grund der Wahlen durch den neuen Zentralausschuß von den gleichen Männern beraten und geführt wie bisher: Dr. Franklin C. Fry als Vorsitzender und Dr. Ernest A. Payne als stellvertretender Vorsitzender des Zentral- bzw. Exekutivausschusses; Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft hat sich noch zur Weiterführung seines Amtes bis zum Jahre 1965 bereit erklärt. Zu Präsidenten wählte die Vollversammlung Dr. A. M. Ramsey, Erzbischof von Canterbury, Sir Francis Ibiham (Afrika), Erzbischof Jakovos (USA), Pfarrer Dr. David G. Moses (Indien), Kirchenpräsident D. Martin Niemöller (EKD) und Rechtsanwalt Charles Parlin (USA). Damit sind erstmalig zwei Laien im Präsidium vertreten. Ehrenpräsident wurde Dr. J. H. Oldham, der der Sekretär der Weltmissionskonferenz von Edinburgh im Jahre 1910 gewesen war.

Daß neben und trotz der Beanspruchung fast aller ökumenischen Kräfte in den Kirchen der Welt durch die Vollversammlung von Neu-Delhi die zwischenkirchlichen Kontakte auch in den Jahren 1960/61 weitergepflegt und -ausgebaut wurden, beweisen die folgenden Abschnitte über die Kirchenunionen, die konfessionellen Weltbünde und christlichen Weltorganisationen, die regionalen Entwicklungen und die innerdeutsche Ökumene.

5. KIRCHENUNIONEN

Es ist nach wie vor eine offene Frage, ob und inwieweit Unionsverhandlungen und -abschlüsse unmittelbare Auswirkungen der ökumenischen Bewegung sind und ihrerseits ökumenische Relevanz besitzen oder aber nur regionale bzw. inner-

konfessionelle Bedeutung haben (vgl. hierzu die grundsätzlichen Betrachtungen im Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 360 f.). Die ausführlichen Übersichten, die von Zeit zu Zeit in „The Ecumenical Review“ erscheinen, machen in dieser Hinsicht keine deutlichen Unterschiede, bieten aber das einschlägige Material jeweils in verdienstlicher Vollständigkeit dar. Hierauf sei auch für unsere Berichtsjahre verwiesen („The Ecumenical Review“ Nr. 3, April 1962; deutsch im Materialdienst der Ökumenischen Centrale). Wir können in diesem Rahmen natürlich nur einige wichtige Vorgänge herausgreifen (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 360 ff.; 1959, S. 328 ff.).

Die von der *Kirche von Südindien* und den südindischen Lutheranern gemeinsam eingesetzte zwischenkirchliche Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen und den beteiligten Kirchen empfohlen, schon jetzt ihre Evangelisationsarbeit zu vereinigen. Ein Unterausschuß ist mit der Ausarbeitung des Katechismus beauftragt. Gegenstand der Verhandlungen waren insbesondere die gemeinsame Glaubenserklärung, die der Verfassung beigegeben werden soll, und die Frage der Kirchenstruktur, die ein Zusammenschluß annehmen müßte.

Zehnjährige Spannungen zwischen dem „evangelischen“ und dem „orthodoxen“ Flügel der Syrischen Mar-Thoma-Kirche von Malabar haben im Januar 1961 zur Absplitterung und Gründung der „Evangelischen St.-Thomas-Kirche von Indien“ geführt.

Die Verhandlungen über die Bildung einer Unionskirche in *Nordindien und Pakistan* ziehen sich in die Länge, nachdem die Anglikaner dem Unionsentwurf immer noch nicht vorbehaltlos zuzustimmen vermögen und auch andere beteiligte Kirchen sich vorerst zurückhalten. Die Baptistische Union von Ostpakistan ist 1960 aus den Verhandlungen sogar ganz ausgeschieden.

Der Unionsplan von *Ceylon* ist als vorläufig undurchführbar anzusehen, nachdem die Herstellung der Abendmahlsgemeinschaft insbesondere mit der Kirche von England auf Schwierigkeiten gestoßen ist und auch die Methodisten ihre endgültige Zustimmung versagt haben. Da der auf Ceylon zugrunde liegende Entwurf auch für Unionsverhandlungen in anderen Teilen der Welt vorbildlich gewesen ist, sind weitreichende negative Rückwirkungen nicht ausgeschlossen.

Auf Veranlassung des Malayan Christian Council hat ein Unionsausschuß für *Malaya und Singapur* theologische Gespräche aufgenommen, an denen sich Anglikaner, Methodisten, Presbyterianer, Vertreter der Mar-Thoma-Kirche, der Tamil Ev.-Luth. Kirche und der Chinesisch-Christlichen Kirche sowie Beobachter der Vereinigten Lutherischen Kirche und der Heilsarmee beteiligen.

Auf den *Philippinen* sind 1961 die „Unabhängige Katholische Philippinische Kirche“, die sich 1902 von Rom trennte, und die Protestantische Bischöfliche Kirche in Abendmahlsgemeinschaft getreten.

In *Neuseeland* hat der von Presbyterianern, Methodisten, Kongregationalisten und den „Vereinigten Kirchen Christi“ gebildete Unionsausschuß 1961 einen Entwurf vorgelegt, der jetzt von den beteiligten Kirchen geprüft werden soll.

Auch in *Ghana, Kenia, Tanganjika, Madagaskar, Nigeria, Südkamerun* und *Nord-Rhodesien* sind Unionsverhandlungen im Gange, die sich jedoch in sehr verschiedenen Stadien befinden, in Ghana, Nigeria und Madagaskar indes am weitesten gediehen sind.

In *Kanada* setzte die „Vereinigte Kirche von Kanada“ ihre theologischen Ge-

sprache mit der anglikanischen Kirche fort, suchte aber auch Verbindung mit den Presbyterianern, die 1925 den Zusammenschluß nicht mitmachten. Auch die 1945 abgebrochenen anglikanisch-presbyterianischen Gespräche sind wieder aufgenommen worden.

In den *USA* erregte das meiste Aufsehen der im Dezember 1960 von dem führenden Presbyterianer Dr. Eugene G. Blake gemachte Vorschlag, daß die Vereinigte Presbyterianische Kirche, die Protestantische Bischöfliche Kirche, die Methodistenkirche und die Vereinigte Kirche Christi sich zu einer vereinigten „wahrhaft katholischen und wahrhaft reformierten“ Kirche zusammenschließen sollten. Die angesprochenen vier Kirchen haben sich zur Aufnahme von Unionsverhandlungen bereit erklärt, die 1962 begonnen werden sollen.

Daneben führt die Vereinigte Kirche Christi, die sich 1961 ihre Verfassung geben konnte, seit 1961 Unionsgespräche mit dem Internationalen Konvent Christlicher Kirchen (Disciples of Christ). Ebenfalls schweben Verhandlungen zwischen der Methodistenkirche und der Vereinigten Evangelischen Brüderkirche (in Deutschland unter dem Namen „Evangelische Gemeinschaft“ bekannt) mit dem Ziel der Vereinigung.

In *Frankreich* hat die im Rahmen der Fédération Protestante de France bestehende „Ökumenische Studienkommission“ 1960 Thesen über die Ordination und eine Ordinationsliturgie vorgelegt. Die 10. Vollversammlung der „Fédération Protestante“ in Montbéliard 1960 hat sich nachdrücklich für die Einheit des französischen Protestantismus ausgesprochen.

In *Großbritannien* nimmt der theologische Austausch zwischen Anglikanern und Methodisten seinen Fortgang. Auch eine Fortsetzung der 1959 zunächst unterbrochenen Gespräche zwischen der Kirche von England und der Kirche von Schottland wird auf neuer Basis vorbereitet und soll 1962 stattfinden.

In *Irland* haben Presbyterianer und Kongregationalisten 1961 eine Unionsbasis erarbeitet, die den Gemeinden zur Entscheidung vorgelegt ist.

Die angeführten Beispiele machen deutlich, daß zwar überall in der Welt das Drängen auf größere Einheit unter den christlichen Kirchen spürbar ist, es jedoch einer mühsamen und sorgfältigen theologischen Grundlegung bedarf, um dafür die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. So wird eine solche Übersicht oftmals ebenso viele Rückschläge und Enttäuschungen wie Fortschritte zu registrieren haben. Der in Neu-Delhi geäußerte Wunsch, daß der ÖRK und die konfessionellen Weltbünde bei Unionsverhandlungen in aller gebotenen Zurückhaltung klärende Hilfestellung geben, möchte daher nur den gerade auf diesem Gebiet häufig anzutreffenden Kurzschlüssen und Fehlentwicklungen vorbeugen wissen.

6. KONFESSIONELLE WELTBÜNDE UND CHRISTLICHE WELTORGANISATIONEN

Der *Lutherische Weltbund* hat sich ebenso wie der ÖRK auf eine theologische Begegnung mit der römisch-katholischen Kirche gerüstet und dem dänischen Professor Dr. Kristen E. Skydsgaard einen konfessionskundlichen Forschungsauftrag erteilt. Prof. Skydsgaard hat sich in den Jahren 1960/61 zweimal längere

Zeit in Rom aufgehalten und mit den für die Vorbereitung des 2. Vatikanischen Konzils verantwortlichen Stellen Fühlung aufgenommen.

Die nächste Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes soll vom 30. 7. bis 11. 8. 1963 in Helsinki unter dem Leitwort „Christus heute“ zusammen-treten. Nachdem im Sommer 1961 vier afrikanische und eine indische Kirche aufgenommen sind, zählt der Lutherische Weltbund jetzt 67 Mitgliedskirchen.

Auch der *Reformierte Weltbund* rüstet sich schon auf seine nächste General-versammlung vom 3. bis 13. 8. 1964 in Frankfurt am Main, die unter dem Hauptthema „Komm Schöpfer, Geist“ stehen soll. Nach dem Beitritt von fünf weiteren Kirchen umfaßt der Reformierte Weltbund jetzt 89 Mitgliedskirchen, unter denen Europa mit 28 an der Spitze steht und Afrika mit 22 folgt.

Im August 1960 kam es in Paris zu ersten Gesprächen zwischen dem Reformierten Weltbund und dem *Internationalen Kongregationalen Rat* mit dem Ziele engerer Zusammenarbeit.

Vom 24. bis 29. 8. 1961 tagte in Zürich die Europäische Gebietsversammlung des Reformierten Weltbundes, die zu engeren Kontakten mit anderen Kirchen und Konfessionen aufrief, „nicht um ein größeres kirchliches Gebäude zu errichten, sondern um der Welt ein vollständigeres und treueres Zeugnis des Glaubens an ihren Herrn abzulegen“.

Die Kirchen der Utrechter Union trafen sich zum *XVIII. Internationalen Altkatholikentag* vom 20. bis 25. 9. 1961 in Haarlem (Holland), in dessen Mittelpunkt Referate und Diskussionen über die liturgische Erneuerung sowie über die Beziehungen zur ökumenischen Bewegung und zu den orthodoxen Kirchen standen.

Der *10. Baptistische Weltkongreß* fand vom 26. 6. bis 3. 7. 1960 in Rio de Janeiro statt, auf dem 12 500 Delegierte die jetzt 23 Millionen zählenden Baptisten vertraten. Der Kongreß setzte sich nachdrücklich für den Weltfrieden, die Lösung der Rassenfrage und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen in den Entwicklungsländern ein.

Ähnliche Klänge waren auch auf der *10. Weltmethodistenkonferenz* vom 17. bis 25. 8. 1961 in Oslo zu hören, über der die Losung „Neues Leben im Geist“ stand. Hier wurden auch Bestrebungen spürbar, die Methodistenkirchen zu einer größeren inneren und äußeren Einheit zusammenwachsen zu lassen. Gegenwärtig umfaßt der Weltbund der Methodistenkirchen 40 Mitgliedskirchen.

Unmittelbar vor der Weltkirchenkonferenz von Neu-Delhi hatte dort vom 6. bis 14. 11. 1961 auch die *Weltkonferenz für christliche Rundfunk- und Fernseharbeit* getagt.

Der *Christliche Studentenweltbund* arbeitet an einem sechsjährigen Studienprojekt „Leben und Sendung der Kirche“, dem jährliche Konferenzen in allen Teilen der Welt dienen. Eine dieser Studientagungen führte vom 15. bis 31. 7. 1960 in Straßburg fast 700 Studenten aus 70 Ländern mit 35 Referaten (darunter auch zwei Katholiken) zusammen, die die verschiedenen Aspekte des Themas entfalteten und in 33 Arbeitsgruppen mit den Teilnehmern diskutierten.

Ökumenische Ausmaße hatte auch die *CVJM-Weltjugendkonferenz* vom 3. bis 13. 8. 1960 in Hilversum, zu der 800 Jugendliche aus 50 Ländern gekommen waren, darunter Protestanten, römische Katholiken und Orthodoxe.

Die jetzt auch auf Weltebene sich erstreckenden *Prager Friedenskonferenzen* sind bereits in anderem Zusammenhang behandelt worden (siehe S. 344 ff.).

Die Überwindung der Ost-West-Gegensätze lassen sich insbesondere auch die sogenannten *Puidoux-Konferenzen* angelegen sein (so benannt nach dem ersten Tagungsort 1955 in der Schweiz). Eine zweite Konferenz folgte 1957 in Iserlohn und eine dritte vom 2. bis 7. 8. 1960 in Bièvres bei Paris mit dem Thema „Herrschaft Christi über Kirche und Staat“. Getragen von den historischen Friedenskirchen (Mennoniten, Brüderkirche, Quäker) und dem Internationalen Versöhnungsbund, versteht sich diese Konferenz als eine Gesprächsbasis für Christen aus Ost und West.

7. REGIONALE ENTWICKLUNGEN

Hand in Hand mit den weltweiten Konferenzen ging auch in den vergangenen beiden Jahren die regionale Zusammenarbeit, die ja sozusagen den Unterbau für die Gesamtökumene darstellt. Von der *Ostasiatischen Christlichen Konferenz* und der *Ökumenischen Jugendkonferenz in Europa* ist schon im Blick auf die Vorbereitung von Neu-Delhi die Rede gewesen.

Für die deutschen Kirchen lag am nächsten im Blickfeld die 2. *Konferenz Europäischer Kirchen*, die vom 3. bis 7. 10. 1960 wiederum in der dänischen Stadt Nyborg abgehalten wurde (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 347 ff.). Etwa 120 protestantische, anglikanische und orthodoxe Teilnehmer aus fast allen europäischen Ländern befaßten sich in Referaten und Aussprachen mit dem Konferenzthema „Der Dienst der Kirchen in einer sich verändernden Welt“. Der Teilnehmerkreis war gegenüber der ersten Konferenz noch erweitert: der Britische Kirchenrat hatte sieben Vertreter entsandt (gegenüber nur einem zur ersten Konferenz). Neu hinzugekommen war unter anderem die orthodoxe Kirche von Zypern. Der ÖRK beteiligte sich mit sieben Vertretern unter Führung von Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft.

Das bisher drei Mitglieder zählende Präsidium (Dr. Emmen, Landesbischof D. Lilje, Erzbischof Kiivit) wurde durch Bischof Dr. Hunter (Sheffield) und den Exarchen des Moskauer Patriarchats für Mitteleuropa, Erzbischof Joann Wendland, erweitert. Auch der zehnköpfige Beratungsausschuß wurde um fünf Mitglieder ergänzt.

Die Konferenz veröffentlichte einen eindringlichen Friedensappell und beschloß, ihre Arbeit fortzusetzen und eine weitere Konferenz für Herbst 1962 ins Auge zu fassen. In der Zwischenzeit sollen Studienarbeit und ein vierteljährliches Nachrichtenblatt den Zusammenhalt vertiefen.

Mit europäischen Problemen befaßt sich auch fortlaufend die Arbeitsgemeinschaft *Christliche Verantwortung für europäische Zusammenarbeit* (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 349). In Amsterdam beschäftigte sich die Arbeitsgemeinschaft am 9./10. 1. 1960 mit der europäischen Integration, den Ost-West-Spannungen und dem Antisemitismus. Vorsitzender dieses nichtamtlichen Arbeitskreises europäischer Laienchristen ist der holländische Parlamentarier Dr. C. L. Patijn.

Von den Kirchen *Australiens* wird gleichfalls eine engere Zusammenarbeit angestrebt. Vom 2. bis 11. 2. 1960 trafen sich in Melbourne über 450 Vertreter

australischer Kirchen und viele ausländische Gäste zu einem ersten Kirchenkongreß, der die Probleme der kirchlichen Situation in Ostasien zum Gegenstand hatte. Hier wie auch bei zwischenkirchlichen Kontaktaufnahmen in *Südamerika* im Frühjahr 1960 waren führende Persönlichkeiten des ÖRK und des IMR maßgeblich beteiligt.

Der Lutherische Weltbund hatte seine afrikanischen Mitgliedskirchen zu einer *2. Gesamtafrikanischen Lutherischen Konferenz* vom 8. bis 18. 9. 1960 in Antsirabé (Madagaskar) eingeladen, auf der vor etwa 200 Delegierten aus 10 afrikanischen Ländern unter anderem Prof. Baëta (Ghana), der Vorsitzende des IMR, über die Mission sprach.

8. ÖKUMENE ZU HAUSE

Mögen die eigentlichen Entscheidungen und strategischen Planungen auch auf höherer Ebene getroffen werden müssen, so wird letztlich doch immer die „Ökumene zu Hause“ auszuweisen haben, inwieweit die ökumenische Bewegung eine Realität im Leben der Kirchen geworden ist. Die evangelische Christenheit in Deutschland hat sich in dieser Hinsicht in den beiden Jahren vor Neu-Delhi erfreulich aufgeschlossen gezeigt. Daß von dem Vorbereitungsheft etwas über 50 000 Exemplare in den deutschen Kirchen durch das Kirchliche Außenamt abgesetzt werden konnten, wurde oben schon erwähnt. Das Echo in den Gemeinden war überaus lebhaft und führte zu zahlreichen Stellungnahmen und Vorschlägen, die den deutschen Delegierten mit auf den Weg nach Neu-Delhi gegeben wurden. Mehrere Jahre hindurch hatten die ökumenischen Tagungen des Kirchlichen Außenamtes und der Ökumenischen Centrale im Zeichen der Vorbereitung von Neu-Delhi gestanden und ihrerseits zu weiterem Studium in den Kirchen und kirchlichen Werken, in der Pfarrerschaft und nicht zuletzt auf Gemeindeebene angeregt. Verschiedene Landeskirchen stellten ihren Synoden, Pfarrkonventen und Pastoralkollegs ökumenische Themen, wie zum Beispiel die Evangelische Kirche im Rheinland, die an ihre Kreissynoden das Proponendum gab: „Was bedeutet unsere Zugehörigkeit zum Ökumenischen Rat der Kirchen für unsere Gemeinden?“ Unübersehbar ist auch die Zahl der ökumenischen Kurse und Konferenzen in den Evangelischen Akademien wie der Vorträge in den Gemeinden, auf Freizeiten, Volkshochschulen usw., die der Zurüstung auf Neu-Delhi dienten. Der Aufruf des Exekutivausschusses des ÖRK, der Eröffnung der Weltkirchenkonferenz am Sonntag, dem 19. November 1961, fürbittend zu gedenken, wurde auch in den deutschen Gemeinden weithin befolgt. Aber auch materiell wurde Neu-Delhi von den deutschen Gemeinden durch eine Kollekte in Höhe von fast 250 000 DM mitgetragen. Die westdeutschen Teilnehmer trafen sich zusammen mit den in Neu-Delhi akkreditierten Vertretern der Presse und des Rundfunks vom 9. bis 12. 10. 1961 zu einer Vorbereitungstagung in Arnolds-hain/Ts., um die bevorstehenden Aufgaben nochmals gemeinsam zu erörtern. Für die Teilnehmer aus der DDR wurde eine gesonderte Zusammenkunft in Ostberlin abgehalten. Insgesamt bestand die deutsche Gruppe außer den Presse- und Rundfunkvertretern aus 52 Teilnehmern (Bischof D. Dibelius als Präsident,

34 Delegierte, 4 Jugenddelegierte, 5 Berater, 4 Gäste, 4 freikirchliche Delegierte). Daß weitere 5 Delegierte, 1 Jugenddelegierter, 3 Berater und 1 Gast aus der DDR keine Ausreisegenehmigung erhalten hatten, wurde schon erwähnt (siehe S. 372 f.).

Parallel zu der innerkirchlichen Vorbereitung auf Neu-Delhi lief die Information der Öffentlichkeit, um die sich insbesondere der Kirchenfunk der westdeutschen Rundfunkanstalten durch ökumenische Sendereihen im Sommer und Herbst 1961 außerordentlich verdient gemacht hat. Auch die kirchliche Presse hat es an nichts fehlen lassen, um weitere Kreise für die Begegnung der Weltchristenheit in Neu-Delhi zu interessieren und mit den dort gestellten Aufgaben vertraut zu machen. Daß die Tagespresse trotz aller Bemühungen von kirchlicher Seite nicht mit der erhofften Bereitschaft von der Vollversammlung des ÖRK in Neu-Delhi Kenntnis nahm, bleibt zwar sehr bedauerlich und stellt für die Zukunft vor dringliche Fragen, ist aber letztlich nicht auf Faktoren zurückzuführen, die im Bereich kirchlicher Verantwortung zu suchen sind.

Die gelegentlich zu hörende Behauptung, daß die deutschen Kirchen in der Ökumene und insbesondere in Neu-Delhi nicht die gebührende Berücksichtigung gefunden hätten, wird durch die Liste der deutschen Mitglieder in den neu gebildeten Ausschüssen des ÖRK eindeutig widerlegt:

LISTE DER DEUTSCHEN MITGLIEDER IN ÖKUMENISCHEN KOMMISSIONEN

(Stand vom 1. 9. 1962)

Präsident: Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden.

Exekutivausschuß: Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover.

Zentralausschuß: D. Klaus von Bismarck, Köln; Missionsdirektor D. Gerhard Brennecke, Berlin; Hauptpastor Dr. Hans Heinrich Harms, Hamburg; Landesbischof D. Hanns Lilje, Hannover; Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller bei Dornap (Rh.); Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden.

Kommission für Weltmission und Evangelisation: D. Klaus von Bismarck, Köln; Präses Dr. Lothar Kreyssig, Magdeburg; Präses D. Reimer Mager, Dresden; Bischof D. Heinrich Meyer, Lübeck; Vizepräsident D. Hans Thimme, Bielefeld.

Ausschüsse der Abteilung für Weltmission und Evangelisation: Abteilungsausschuß: Bischof D. Heinrich Meyer, Lübeck. Ausschuß „Kirche und Judentum“: Pfarrer Dr. Adolf Freudenberg, Berlin; Prof. D. Karl Heinrich Rengstorf, Münster.

Kommission für Glauben und Kirchenverfassung: Pfarrer Johannes Hamel, Naumburg/Saale; Hauptpastor Dr. Hans Heinrich Harms, Hamburg; Generalsuperintendent D. Günter Jacob, Cottbus; Prof. D. Ernst Kinder*, Münster; Studiendirektor Dr. Werner Krusche, Lückendorf; Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller bei Dornap (Rh.); Studienleiter Dr. Heinz Renkewitz, Arnoldshain/Ts.; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg; Prof. Dr. Jürgen Winterhager, Berlin. * Inzwischen ausgeschieden.

Arbeitsausschuß der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung: Generalsuperintendent D. Günter Jacob, Cottbus; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg.

Theologische Kommissionen von „Glauben und Kirchenverfassung“: „Christus und die Kirche“: Prof. D. Walter Kreck, Bonn; Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg. „Gottesdienst“: Präses D. Joachim Beckmann, Düsseldorf; Prof. D. Wilhelm Hahn, Heidelberg; Prof. D. Hermann Schlingensiepen, Wuppertal-Barmen; Prof. D. Claus Westermann, Heidelberg. „Tradition und Traditionen“: Prof. D. Gerhard Ebeling, Zürich; Prof. D. Johannes Schneider, Berlin. „Institutionalismus“: Dr. Hans Dombois, Heidelberg; Prof. D. Heinz-Horst Schrey, Berlin.

Ausschüsse der Studienabteilung: Abteilungsausschuß: Landesbischof D. Gottfried Noth, Dresden (stellv. Vorsitzender); Oberkirchenrat Dr. Hanfried Krüger, Frankfurt am Main. Kirche und Gesellschaft: Prof. D. Heinz-Dietrich Wendland, Münster. Evangelisation: Pfarrer Johannes Hamel, Naumburg/Saale. (Ausschuß „Der Gebrauch der Bibel in der Evangelisation“; Vizepräsident D. Hans Thimme, Bielefeld.) Missionarische Studien: Prof. Dr. Theodor Müller-Krüger, Hamburg.

Ausschüsse der Abteilung für Ökumenische Aktivität: Abteilungsausschuß: D. Klaus von Bismarck, Köln; Vizepräsident D. Hans Thimme, Bielefeld. Jugend: Vikarin Ingeborg Becker, Berlin; Pastor Walter Killinger, Stuttgart. Laien: D. Klaus von Bismarck, Köln (Vorsitzender); Dr. Hans-Hermann Walz, Fulda. Zusammenarbeit von Mann und Frau: Vizepräsident D. Hans Thimme, Bielefeld (Vorsitzender); Liselotte Nold, Stein bei Nürnberg. Kuratorium des Ökumenischen Instituts: Prof. Walter Schulte, Tübingen. Kuratorium der Hochschule für Ökumenische Studien: Prof. D. Edmund Schlink, Heidelberg.

Ausschüsse der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst: Abteilungsausschuß: Superintendent Rudolf Woldkenhaar, Stuttgart. Ausschuß für Sonderhilfe zur Unterstützung von Sozialprojekten: Ludwig Geissel, Stuttgart.

Sonstige Ausschüsse: Finanzausschuß: Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden (Vorsitzender). Informationsreferat: Präsident D. Adolf Wischmann, Frankfurt am Main. Verbindung zu den Nationalräten: Missionsdirektor D. Gerhard Brennecke, Berlin. Kommission der Kirchen für die Internationalen Angelegenheiten: Prof. D. Constantin von Dietze, Freiburg/Breisgau; Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg, Dortmund; Bischof D. Friedrich Wilhelm Krummacher, Greifswald; Prof. Dr. Ulrich Scheuner, Bad Godesberg.

Zudem arbeiten außer Prof. H. H. Wolf, dem Direktor des Ökumenischen Instituts in Bossey, zur Zeit folgende Deutsche, die alle in den beiden Berichtsjahren berufen wurden, hauptamtlich im Stab des ÖRK: Pfarrer D. *Heinrich Puffert* (Zwischenkirchliche Hilfe), Dozent Dr. *Hans-Jochen Margull* (Evangelisationsreferat), Pastor *Armin Boyens*, dem die Leitung der neu errichteten Übersetzungsabteilung übertragen wurde, Prof. Dr. *Hans-Werner Gensichen* und Pfarrer Dr. *Paul Löffler* (Abteilung für Weltmission und Evangelisation).

Zweimal war Deutschland auch der Gastgeber für Konferenzen des ÖRK: vom 25. 4. bis 5. 5. 1960 fand in Berlin eine *internationale Konferenz für Jugendleiter* statt und vom 20. bis 26. 7. 1960 – gleichfalls in Berlin – die *Jahreskonferenz der Abteilung für Zwischenkirchliche Hilfe und Flüchtlingsdienst*.

Die innerdeutsche ökumenische Arbeit hatte im übrigen ihre Schwerpunkte wie bisher in den zwischenkirchlichen Arbeitsgemeinschaften einerseits und im Besuchsaustausch andererseits. Der *Nordisch-Deutsche Kirchenkonvent* (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 365; 1959, S. 332) veranstaltete zwei größere Tagungen vom 3. bis 6. 5. 1960 in Buckow/Mark, wo Fragen der Schrift, des Bekenntnisses, der Verkündigung und der kirchlichen Ordnung behandelt wurden, und vom 2. bis 5. 5. 1961 in Herrnhut/O.L., die unter dem Gesamthema „Die Nachfolge Christi in der heutigen Welt“ stand. Der *Deutsch-Französische Bruderrat* (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 365 f.; 1959, S. 332) hielt ebenfalls zwei Tagungen in erweitertem Rahmen ab, und zwar in Sète/Hérault (Südfrankreich) vom 12. bis 16. 5. 1960 mit dem Thema „Der Ruf zur Gemeinde“ und vom 13. bis 17. 4. 1961 in Detmold mit dem Thema „Die Familie in einer sich kollektivierenden Welt“. Inwieweit die Arbeit dieser Konvente gemäß früher gegebenen Anregungen (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1958, S. 346) in der „Konferenz Europäischer Kirchen“

auf eine gesamteuropäische Basis gestellt werden soll oder kann, ist noch nicht deutlich geworden.

Vertreter der *Vereinigten Protestantischen Kirche der Pfalz* und der *Kongregationalistischen Union von England und Wales*, die seit 1957 in Abendmahlsgemeinschaft stehen (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1956, S. 218 ff.; 1958, S. 367), erörterten bei einer viertägigen Zusammenkunft in Speyer im Frühsommer 1960 den Entwurf eines Glaubensbekenntnisses, um ihre theologische Gemeinsamkeit zu vertiefen. Im Juni 1961 wurden auf einem weiteren Treffen in Speyer die Öffentlichkeitsverantwortung der Kirchen und die Arnoldshainer Abendmahlsthesen diskutiert.

Die Fülle zwischenkirchlicher Besuchsreisen noch zu erfassen, entzieht sich der Möglichkeit der Berichterstattung. Es sollte aber festgehalten werden, daß die offiziellen Kontakte zwischen den Kirchenleitungen immer mehr ergänzt werden durch Besuche der Gemeinden, Predigerseminare, Gruppen kirchlicher Werke usw., auch im Blick auf die osteuropäischen Kirchen.

Eine vierköpfige Delegation der *Russischen Orthodoxen Kirche* unter Leitung von Bischof Joann von Podolsk, dem späteren Exarchen des Moskauer Patriarchats für Mitteleuropa, stattete im Juli 1960 den evangelischen Landeskirchen in der DDR auf Einladung von Bischof D. Mitzenheim einen vierzehntägigen Besuch ab. Kirchenpräsident D. Niemöller und der Leiter der Ökumenischen Centrale in Frankfurt am Main, Oberkirchenrat Dr. Krüger, unternahmen auf Einladung des Moskauer Patriarchats im April/Mai 1961 eine dreiwöchige Reise durch die Sowjetunion.

Um die Kenntnis der slawischen Sprachen zu fördern und damit bessere Voraussetzungen für die Begegnung mit den Kirchen Osteuropas zu schaffen, hat die Evangelische Kirche von Westfalen 1960 ein *Melanchthon-Sprachstipendium* für evangelische Theologiestudenten, die die russische, polnische oder tschechische Sprache erlernen, ausgeschrieben.

Daß auch der weite Bereich der ökumenischen Diakonie, insbesondere durch die fortgeführte Aktion „Brot für die Welt“, die 1959/60 19,3 Mill. DM und 1960/61 20,5 Mill. DM erbrachte, die ökumenische Verantwortung der Gemeinden weckt und fördert, kann hier nur angedeutet werden. Was hier in großem Rahmen geschieht, versucht in konkreter „ökumenischer Nachbarschaftshilfe“ zum Beispiel der 1960 in Düsseldorf gegründete „Freundeskreis für die Waldenserkirche“, der insbesondere die waldensische Fakultät in Rom unterstützt.

Auch der *Kirchentag* in Berlin im Juli 1961 stand wiederum im Zeichen gesamtökumenischer Verbundenheit.

Das hoffnungsvollste Zeichen der inneren Verwurzelung des ökumenischen Gedankens in den Gemeinden ist die erfreuliche Ausbreitung der *Ökumenischen Gebetswoche* (vgl. Kirchl. Jahrbuch 1959, S. 335). Nachdem die Ökumenische Gebetswoche in Deutschland durch die zeitliche Nähe der weithin gehaltenen Allianzgebetswoche (erste Januarwoche) nie recht zur Entfaltung gekommen war und eine Zusammenlegung beider Gebetswochen sich als nicht durchführbar erwies, beschloß die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen am 8. 7. 1960, den ihr angeschlossenen Kirchen die Verlegung der Ökumenischen Gebetswoche von dem bisherigen Termin (parallel zur römisch-katholischen Gebetsoktav vom 18. bis 25. Januar) auf die Woche vor Pfingsten zu empfehlen. Zu diesem Zeit-

punkt war sie auch schon von 1920 bis 1941 in der ökumenischen Bewegung abgehalten worden. Die deutschen Kirchen stimmten in ihrer großen Mehrzahl zu, nur wenige verhielten sich abwartend oder äußerten Einwände. Gegenüber der römisch-katholischen Kirche hat sich die Verlegung nicht störend ausgewirkt, da praktisch kaum irgendwo in Deutschland – anders als in Frankreich – die Gebetswoche gemeinsam gehalten wurde. Wie eine interkonfessionelle Konsultation in Bossey im Frühjahr 1960 ergeben hatte, bestehen auch in anderen Ländern durch das Nebeneinander von Allianz- und Ökumenischer Gebetswoche Spannungen, die der Bereinigung harren. So besteht Hoffnung, daß der Schritt der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland eine einheitliche Regelung innerhalb der Ökumene angebahnt hat. In Deutschland wurden 1960 etwa 12 000 Gebetshandreichungen versandt; nach der Verlegung auf die Woche vor Pfingsten waren es 1961 bereits etwa 32 000.

9. VON PERSONEN

In den beiden Berichtsjahren hat die ökumenische Bewegung eine Reihe schwerer Verluste zu verzeichnen. Der weltbekannte japanische Evangelist und Sozialreformer Dr. *Toyohiko Kagawa* ging am 23. 4. 1960 im Alter von 71 Jahren heim. Am 2. 5. 1960 starb Prof. D. *Hans Joachim Iwand*, der sich um die Beziehungen zu den osteuropäischen Kirchen sehr verdient gemacht hat, im Alter von 60 Jahren. Die afrikanischen Kirchen verloren einen ihrer eindringlichsten und warmherzigsten Sprecher mit dem am 8. 7. 1960 im Alter von erst 52 Jahren heimgerufenen Pfarrer *Peter Kwei Dagadu* (Ghana). Am 29. 9. 1960 verstarb der hochangesehene schottische Theologe und Mitpräsident des ÖRK, Prof. *John Baillie*, 74 Jahre alt. Auch der am 24. 10. 1960 verstorbene anglikanische Bischof von Guildford, Dr. *Ivor Watkins*, hatte sich durch langjährige Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung einen Namen gemacht.

Für die missionarisch-ökumenische Arbeit in Deutschland war der Tod des Exekutivsekretärs des Deutschen Evangelischen Missions-Rates, Dr. *Jan Hermelink*, nach dem Verlust von Prof. Freytag im Jahre 1959 erneut ein harter Schlag. Dr. Hermelink erlag am 21. 7. 1961 im 38. Lebensjahr den Folgen eines Auto-unfalls. Unvergessen wird in ökumenischen Kreisen auch der gütige und kluge Generalsekretär des Ökumenischen Rates in Ungarn, Pfarrer *Gyula Muraközy*, bleiben, der am 31. 8. 1961 im Alter von 69 Jahren heimging. Nicht zuletzt sei auch an dieser Stelle des Metropoliten *Nikolai*, des früheren Leiters des Außenamtes der Russischen Orthodoxen Kirche, gedacht, dessen Heimgang am 13. 12. 1961 im Alter von fast 70 Jahren weite Anteilnahme in der Ökumene fand, so verschieden auch die Urteile über sein einflußreiches Wirken gewesen sein mögen (vgl. hierzu H. Schaefer in „Ök. Rundschau“ Heft 3/1962, S. 215 ff.). In Deutschland löste der am 21. 12. 1961 erfolgte Tod von *George T. Gallin*, der jahrelang die orthodoxen Priester in der Bundesrepublik im Auftrage des ÖRK betreut hatte, bei allen, die ihn kannten, warmes Mitgefühl aus.

Groß ist auch die Zahl der Jubiläen, die in die Jahre 1960/61 fallen: 60 Jahre wurden die beiden führenden Persönlichkeiten des ÖRK, Dr. *Franklin Clark*

Fry, der Vorsitzende des Zentralausschusses, am 30. 8. 1960 und Generalsekretär Dr. Visser 't Hooft am 20. 9. 1960. Zu den 70jährigen zählen der lutherische Erzbischof von Lettland, D. *Gustav Turs* (24. 5. 1960), und der frühere Bischof von Lund, Prof. D. *Anders Nygren* (15. 11. 1960), einer der führenden Theologen des Weltluthertums. Prof. D. *Friedrich Siegmund-Schultze*, einer der ältesten ökumenischen Pioniere und jetziger Leiter des von ihm gegründeten Ökumenischen Archivs in Soest/Westf., vollendete am 14. 6. 1960 sein 75. Lebensjahr. Seinen 80. Geburtstag beging eine der markantesten Persönlichkeiten der Ökumene, Pastor Dr. *Marc Boegner*, 1948–1954 einer der Präsidenten des ÖRK und bisheriger Vorsitzender der Fédération Protestante, am 21. 2. 1961. Auch an dieser Stelle muß nochmals des 80. Geburtstages von Bischof D. *Otto Dibelius* am 15. 5. 1960 gedacht werden als eines der hervorragendsten Vertreter der deutschen Kirchen in der Ökumene, bis 1961 Mitpräsident des ÖRK.

In den leitenden Ämtern einiger großer Kirchen der Ökumene sind in den vergangenen zwei Jahren bedeutsame Veränderungen eingetreten, von denen nur an den Rücktritt des Erzbischofs von Canterbury, Dr. *Geoffrey F. Fisher*, zum 31. 5. 1961 erinnert sei. Sein Nachfolger wurde der Erzbischof von York, Dr. *Arthur M. Ramsey*. Das Außenamt der Russischen Orthodoxen Kirche übernahm nach dem Rücktritt des Metropoliten Nikolai im Juli 1960 der 31jährige Bischof *Nikodim*, der ein Jahr später zum Erzbischof erhoben wurde.

Daß die ökumenisch so ereignisreichen Jahre 1960/61 auch vor allem im Mitarbeiterstab des ÖRK manche Neubesetzung mit sich brachten, liegt auf der Hand. In der Leitung der Informationsabteilung wurde *John Garrett* von dem bisherigen Generalsekretär des Christlichen Studentenweltbundes, *Philippe Maury*, abgelöst. Der um die Flüchtlingsarbeit hochverdiente Amerikaner Dr. *Edgar H. S. Chandler* schied nach zehnjähriger Tätigkeit aus und erhielt in *Walter S. Kilpatrick* (USA) einen Nachfolger. Prof. *Paul S. Minear* von der Yale Divinity School (New Haven/Conn.) wurde zum Direktor des Referats der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung ernannt, dem Rev. *Patrick C. Rodger* als Exekutivsekretär und Pfarrer *Lukas Vischer* als theologischer Mitarbeiter zur Seite gestellt sind. Der bisherige Exekutivsekretär Dr. *Keith Bridston* ist nach vierjähriger Tätigkeit ausgeschieden. Zum Beigeordneten Direktor des Ökumenischen Instituts in Bossey wurde zum ersten Male ein Afrikaner, der Soziologe *Henry Makulu*, berufen. Vorsitzender des Christlichen Studentenweltbundes wurde an Stelle von D. T. Niles der frühere Jugendsekretär des ÖRK, *Philip Potter*, Generalsekretär in der Nachfolge von *Philippe Maury Valdo Galland*.

Das Sekretariat der „Konferenz Europäischer Kirchen“ ging von Hauptpastor Dr. *H. H. Harms*, der aber „beratender Sekretär“ bleibt, an Dr. *Glen Garfield Williams*, Referent für die Minderheitskirchen im ÖRK, über. Nach dem aus Gesundheitsgründen erfolgten Ausscheiden von Dr. *Carl Lund-Quist* wurde Dr. *Kurt Schmidt-Clausen* zum neuen Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes berufen. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland wurde im Herbst 1961 für die nächsten zwei Jahre Seminardirektor Dr. *Hans Luckey* (Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden) gewählt, nachdem Kirchenpräsident D. *Martin Niemöller*, der den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1948 innehatte, wegen Arbeitsüberlastung auf eine Wiederwahl verzichtet hatte.

Kirchliche Statistik

I. Gliederung, Pfarrstellen und geistliche Kräfte der evangelischen Landeskirchen (nach dem Stand vom 31. 12. 1961)

Von Paul Zieger

Die Ergebnisse der jährlichen Bestandserhebung können für den 31. 12. 1961 nur noch für die westlichen Gliedkirchen der EKD bekanntgegeben werden, da es nicht mehr möglich war, Angaben von den östlichen Gliedkirchen zu erhalten. Damit verlieren die Darstellungen an Wert, geben aber immerhin für die Entwicklung in der BRD einen vollständigen Überblick. Um den Vergleich zu erleichtern, sind die Vorjahrsergebnisse in den Tabellen aufgeteilt nach westlichen und östlichen Gliedkirchen der EKD.

Der Aufbau der Tabellen* hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Sowohl die Zahl der Gemeinden als auch die Zahl der Pfarrstellen hat sich weiterhin vermehrt. In einer ganzen Reihe von Landeskirchen ist es außerdem gelungen, mehr Pfarrer als im Vorjahr einzustellen; das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in einzelnen Landeskirchen die Zahl der geistlichen Kräfte gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.

Da bei Abschluß des Berichts die Zahlen für die konfessionelle Gliederung der BRD nach der Volkszählung 1961 noch nicht vorliegen, wird wie im Vorjahr (Kirchliches Jahrbuch 1960, S. 318 ff.) auf die Berechnung der Seelenzahlen je Stelle bzw. je geistliche Kraft verzichtet.

Die Landeskirchen haben nach dem Stand vom 31. 12. 1961 gemeldet 1336 Ostpfarrer in fester Anstellung, 54 Ostpfarrer mit Beschäftigungsauftrag und 244 emeritierte Ostpfarrer (nur westliche Gliedkirchen; vgl. Stat. Bericht Nr. 166).

* Allgemeine Vorbemerkungen zum Abschnitt Kirchliche Statistik:

— Wenn in einzelne Tabellenfelder keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet

— der Zahlenwert ist genau gleich Null,

0 der Zahlenwert ist von Null verschieden, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Zahleneinheit und daher nicht ausdrückbar,

. der Zahlenwert ist unbekannt bzw. aus technischen Gründen nicht feststellbar.

Abweichungen in den Summen bei Prozentziffern (die Summe ergibt nicht genau 100) entstehen durch das Auf- und Abrunden der einzelnen Zahlen.

Im Text und in den Anmerkungen zu den Tabellen ist für die Bundesrepublik Deutschland die Abkürzung BRD und für die Deutsche Demokratische Republik die Abkürzung DDR benutzt worden.

Tabelle 1: Gliederung der Landeskirchen (Stand: 31. 12. 1961)

Landeskirche	Sprengel, Generalsuper- intendenturen, Kreisdekanate, Visitations- bezirke u. dgl.	Kirchenkreise, Superinten- denturen, Dekanate, Propsteien u. dgl.	Rechtlich selbständige Kirchengemeinden				Parochial- verbände, Gesamt- verbände u. dgl.
			mit	ohne	ins- gesamt	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1960	
			Sitz eines ¹ Pfarramts				
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	—	32	527	1	528	+ 10	8
Rheinland	—	40	648	122	770	+ 12	11

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	6	56	937	139	1076	— 11	9
Kurhessen-Waldeck	6	25	513	449	962	+ 2	4
Baden	3	27	417	118	535	+ 1	8
Pfalz	—	20	286	156	442	+ 3	3
Bremen	—	—	50	1	51	+ 1	4

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	10	87	1160	439	1599	+ 16	12
Bayern	5	72	1156 ²	68	1224	+ 8	16
Schleswig-Holstein	3	22	443	15	458	+ 1	13
Hamburg	—	7 ³	67	—	67	+ 1	—
Braunschweig	—	17	274	148	422	+ 11	4
Lübeck	—	—	25	—	25	± 0	—
Schaumburg-Lippe	—	2	21	—	21	± 0	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	4	50	1022	226	1248	+ 3	20
Oldenburg	—	13	97	8	105	+ 1	—
Eutin	—	—	17	—	17	± 0	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	—	6 ⁴	65	—	65	± 0	—
Nordwestdeutschland	—	10	110	19	129	± 0	—
Zusammen	37	486	7835	1909	9744	+ 59	113

dagegen am 31. 12. 1960

westliche Glied- kirchen der EKD	37	483	7658	2027	9685	+ 90 ⁶	108
östliche Glied- kirchen der EKD ⁵	27	279	4824	3218	8042	+ 185 ⁶	36

Ev. Landeskirchen

Insgesamt	64	762	12482	5245	17727	+ 275⁶	144
------------------	-----------	------------	--------------	-------------	--------------	--------------------------	------------

1. in Spalte 3 sind alle Kirchengemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramts gezählt (die Zahl der Stellen ist in Tabelle 2, Spalte 1 nachgewiesen)

2. einschl. exponierte Vikariate

3. Kirchenkreise (keine Aufsichts- bzw. Verwaltungsbezirke i. e. S.)

4. darunter eine „lutherische Klasse“

5. einschl. Berlin-Brandenburg

6. gegen den 31. 12. 1959

Tabelle 2: Die Stellen für das geistliche Amt (Stand: 31. 12. 1961)

Landeskirche	Stellen für hauptamtlich im kirchlichen Dienst angestellte Pfarrer (Volltheologen)										Stellen für geistliche Kräfte ohne theologisches Vollstudium	Geistliche Stellen insgesamt (Spalten 8 bis 11)
	festgegründete gemeindliche Pfarrstellen		in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichen Dienst	in Anstalten der Inneren Mission mit Parochialrechten	in Landes- und Kommunalanstalten	für Religionslehre	insgesamt (Spalten 1, 3, 4, 5, 6, und 7)	Stellen für ständige Hilfsgeistliche (Hilfspfarrstellen)	Stellen für Vikarinnen bzw. Hilfspfarrvikarinnen		
Zahl	mehr (+) oder weniger (—) gegen den 31. 12. 1960											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	1129	+ 41	10	65	26	5	—	1235	—	27	44	1306
Rheinland	1279	+ 46	10	31	14	9 ⁸	36	1379	—	33	.	(1412)

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	988	+ 20	9	24	11	15	1	1048	73	3	—	1124
Kurhessen-Waldeck	610	+ 2	7	15	—	—	—	632	17	7	—	656
Baden	565	+ 1	7	23	—	12	23	630	165	20	31	846
Pfalz	322	+ 2	7	8	—	1	3	341	36 ⁴	—	—	377
Bremen	95	+ 1	—	4	3	3	—	105	2	1	—	108

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1494	+ 14	13	89	15	5	2	1618	8	33	22	1681
Bayern	1403	+ 24	17	30	—	—	—	1450	246 ⁵	—	—	1696
Schleswig-Holstein	697	+ 24	6	16	15	2	—	736	8	7	—	751

Hamburg	153	+	3	36	—	19	—	211	—	—	211
Braunschweig	321	+	5	7	—	1	—	332	—	3	343
Lübeck	51	±	0	3	2	1	—	61	2	—	64
Schaumburg-Lippe	25	—	2	—	—	—	—	25	—	—	25

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1221	+ 11	15	25	28	6	28	1323	222 ⁶	19	—	1564
Oldenburg	168	+ 2	3	4	2	6	4	187	—	3	—	190
Eutin	27	± 0	—	—	—	—	—	27	—	—	1	28

Reformierte Landeskirchen

Lippe	95	± 0	1	1	2	2	2	103	—	2	1	106
Nordwestdeutschland	131	— 3	2	1	—	—	—	134	—	—	—	134
Zusammen	10774	+191	116	381	116	87	103	11577	779	158	(108)	(12622)

dagegen am 31. 12. 1960

westliche Glied-

kirchen der EKD 10497

östliche Glied-

kirchen der EK D⁷ 6422

[illegible]

1. soweit die Stellen mit Amtsträgern der Kirche von der Kirche besetzt werden

1. sowohl die Stellen mit Zuständigkeit der Synode als auch die Stellen mit Zuständigkeit der Kirchenleitung.
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)

3. Strafanstaltspfarrer (nach Zustimmung der Kirchenleitung vom Land besetzt)

4. einschl. Stellen für Vikarinnen

5. einschl. 34 Stellen in exponierten Vikariaten
6. außerdem 13 Stiften- und Seminarrentenstellen

6. außerdem 13 Stifts- und Seminarpetentenstellen
7. einschl. Berlin-Brandenburg

7. einschl. Berlin-Brandenburg
8. gegen den 31. 12. 1959

8. gegen den 31. 12. 1959

Tabelle 3: Die Träger des geistlichen Amts (Stand: 31. 12. 1961)

Landeskirche	Die hauptamtlich im kirchl. Dienst angestellten Pfarrer															
	in einem gemeind- lichen Pfarramt		in der zentralen Verwaltung der Landeskirche	im allgemeinen landeskirchlichem Dienst	in Anstalten der Inneren Mission mit Parochial- rechten	in Landes- und kommunal- anstalten	als Religions- lehrer?	endgültig ange- stellte Pfarrer insgesamt (Spalten 1, 3, 4, 5, 6 und 7)	Pfarrer mit Be- schäftigungs- auftrag			Ordinierte Hilfsgeist- liche (Vikare) mit 2. theol. Examen	Ordinierte Vikare mit 1. theol. Examen	Angestellte Vikarinnen bzw. Hilfsvikarinnen mit 2. theol. Examen?	Geistliche Kräfte ohne theol. Vollstudium	Tätige geistliche Kräfte insgesamt (Spalten 8 bis 14)
	Zahl	mehr (+) oder weniger (-) gegen den 31. 12. 1960							für eine gemeindliche Pfarrstelle	für eine sonstige Stelle						
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	902	+ 25	9	24	11	15	1	962	11	1	86	—	11	57	1128
Kurhessen-Waldeck	484	+ 4	7	15	—	—	—	506	16	—	27	—	11	17	577
Baden	518	+ 7	7	22	—	12	21	580	7	7	72	—	16	35	717
Pfalz	297 ^s	— 12	5	6	—	1	4	313	3	—	—	57	1	1	375
Bremen	82	+ 7	—	4	3	3	—	92	1	—	4	—	1	1	99

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	1214	± 0	13	89	15	5	2	1338	36	—	42	—	33	84	1533
Bayern	1270	+ 25	16	29	—	—	—	1315	10	6	146	48	19	34	1578
Schleswig-Holstein	568	+ 4	6	10	12	2	—	598	15	6	39	—	8	17	683

Hamburg	139 ⁶	—	1	2	28	—	17	—	186	—	7	15	—	1	—	209
Braunschweig	251	—	18	3	7	—	—	—	261	4	1	11	—	3	9	289
Lübeck	47 ⁶	—	3	3	1	—	—	4	55	—	—	4	—	—	1	60
Schaumburg-Lippe	23	±	0	—	—	—	—	—	23	1	—	—	—	—	—	24

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	1143	±	0	15	23	28	4	26	1239	65	—	81	170	25	54	1634
Oldenburg	145	+	3	3	2	2	5	1	158	1	2	6	—	3	12	182
Eutin	22	±	0	—	—	—	—	—	22	1	—	—	—	—	—	23

Reformierte Landeskirchen

Lippe	88	—	1	1	1	2	1	2	95	—	1	3	—	1	1	101
Nordwestdeutschland	110	±	0	2	1	—	—	—	113	—	—	1	—	—	6	120
Zusammen	9491	+126		110	346	108	79	87	10221	211	36	728	275	185	(373)	(12029)

dagegen am 31. 12. 1960

westliche Glied- kirchen der EKD	9365	+	29 ⁸	110	316	100	61	95	10047	204	35	775	242	191	395	11889
östliche Glied- kirchen der EKD ⁷	4003	+	40 ⁸	48	97	35	45	—	4228	84	5	274	19	114	533	5257

Ev. Landeskirchen

Insgesamt	13368	+	69 ⁸	158	413	135	106	95	14275	288	40	1049	261	305	928	17146
-----------	-------	---	-----------------	-----	-----	-----	-----	----	-------	-----	----	------	-----	-----	-----	-------

1. soweit Amtsträger der Kirche und von der Kirche berufen
2. im landeskirchlichen Dienst (bzw. im kreiskirchlichen Dienst bei Rheinland)
3. im unmittelbaren kirchlichen Dienst einschl. der von der Kirche im Schuldienst angestellten Vikarinnen
4. vom Staat im Einvernehmen mit der Kirche angestellt
5. darunter je 2 Pfarrerinnen bzw. Pastorinnen
6. darunter 8 Pastorinnen
7. einschl. Berlin-Brandenburg
8. gegen den 31. 12. 1959

Tabelle 4: Emeritierte Pfarrer und Pfarrverwalter, beurlaubte¹ Pfarrer und Pfarrer im Wartestand (Stand: 31. 12. 1961)

Landeskirche	Pfarrer im Ruhestand	Pfarrverwalter im Ruhestand	Zu anderweitiger Dienstleistung beurlaubte Pfarrer	Pfarrer im Wartestand
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	188	—	15	4
Rheinland	228	—	15	8

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	234	5	50	6
Kurhessen-Waldeck	147	1	10	—
Baden	142	—	72	1
Pfalz	76	—	41	1
Bremen	27	—	—	—

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	361	—	24	3
Bayern	311	6	207	3
Schleswig-Holstein	154	1	3	5
Hamburg	43	—	6	—
Braunschweig	61	2	5	—
Lübeck	11	—	2	—
Schaumburg-Lippe	6	—	—	1

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	301	—	10	8
Oldenburg	30	—	—	2
Eutin	5	—	—	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	17	—	—	—
Nordwestdeutschland	28	—	—	—
Zusammen	2370	15	460	43

dagegen am 31. 12. 1960

<i>westliche Glied-</i> <i>kirchen der EKD</i>	2267	13	430	45
<i>östliche Glied-</i> <i>kirchen der EKD²</i>	865	22	20	17
<i>Ev. Landeskirchen</i> <i>Insgesamt</i>	3132	35	450	62

1. Pfarrer, die zu anderweitiger Dienstleistung aus dem unmittelbaren kirchlichen Dienst mit dem Recht des Rücktritts entlassen oder für mindestens ein Jahr beurlaubt sind
2. einschl. Berlin-Brandenburg

Tabelle 5: Lebensalter der im Jahre 1961 emeritierten Pfarrer und Pfarrverwalter und der im aktiven kirchlichen Dienst verstorbenen Pfarrer

Landeskirche	im Jahr 1961 emeritierte Pfarrer und Pfarr- verwalter	deren Lebensalter im Zeitpunkt der Emeritierung			im Jahr 1961 im aktiven kirchlichen Dienst verstorbene Pfarrer ¹	deren Lebensalter im Zeitpunkt des Todes		
		unter 60 Jahre	60 bis unter 70 Jahre	minde- stens 70 Jahre		unter 40 Jahre	40 bis unter 60 Jahre	minde- stens 60 Jahre
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union								
Westfalen	17	3	10	4	5	—	3	2
Rheinland	21	7	10	4	8	—	4	4
Übrige unierte Landeskirchen								
Hessen und Nassau	29	6	15	8	27	1	7	19
Kurhessen-Waldeck	16	4	7	5	3	—	1	2
Baden	4	—	3	1	2	—	1	1
Pfalz	6	—	5	1	2	—	1	1
Bremen	2	—	2	—	—	—	—	—
Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands								
Hannover	25	2	16	7	7	1	3	3
Bayern	30	2	28	—	6	—	5	1
Schleswig-Holstein	15	1	12	2	3	—	2	1
Hamburg	8	—	7	1	1	—	1	—
Braunschweig	11	—	7	4	2	—	2	—
Lübeck	2	—	2	—	1	—	—	1
Schaumburg-Lippe	—	—	—	—	—	—	—	—
Übrige lutherische Landeskirchen								
Württemberg	24	3	18	3	4	—	3	1
Oldenburg	4	—	4	—	1	—	1	—
Eutin	1	1	—	—	—	—	—	—
Reformierte Landeskirchen								
Lippe	—	—	—	—	1	—	—	1
Nordwestdeutschland	3	—	3	—	—	—	—	—
Zusammen	218	29	149	40	73	2	34	37
dagegen am 31. 12. 1960								
westliche Glied- kirchen der EKD	204	16	146	42	69	5	40	24
östliche Glied- kirchen der EKD ²	109	10	66	33	32	1	11	20
Ev. Landeskirchen	313	26	212	75	101	6	51	44
Insgesamt	313	26	212	75	101	6	51	44

1. Pfarrer, die im unmittelbaren kirchlichen Dienst fest angestellt waren (vgl. Tabelle 3, Spalte 8)
2. einschl. Berlin-Brandenburg

II. Äußerungen des kirchlichen Lebens in den Jahren 1959 und 1960

Von Paul Zieger

In diesem Jahr ist es gelungen, die Tabellen für zwei Jahre fertigzustellen, so daß nunmehr im Jahrbuch 1961 die letzten Zahlen aus dem Jahr 1960 stammen. Es ist zu hoffen, daß wir künftig diesen Abstand einhalten können; verbessern läßt er sich nicht mehr, weil erfahrungsgemäß die Berichte so spät eingehen, daß sie bei dem frühen Redaktionsschluß für das Jahrbuch nicht mehr rechtzeitig kommen, um jeweils mit dem Jahrgang des Jahrbuches parallel laufend ausgewertet zu werden.

Die Tabellen¹ sind für jedes Jahr getrennt aufgestellt und werden für die beiden Jahre jeweils hintereinander veröffentlicht, so daß in den meisten Fällen die Ergebnisse für 1959 und 1960 sich gegenüberstehen. Eine Zusammenfassung der beiden Jahre in einer Tabelle war aus drucktechnischen Gründen nicht möglich, da die Übersichtlichkeit gelitten hätte.

Die absoluten Zahlen sind in der Statistischen Beilage Nr. 23 zum Amtsblatt der EKD vom 15. 6. 1962 in dem Statistischen Bericht Nr. 165, S. 1 ff. veröffentlicht. Infolgedessen kann die hier gewählte Darstellung sich auf wenige absolute Zahlen beschränken. Die den Prozentzahlen zugrunde liegenden Zahlen finden sich in der genannten Veröffentlichung.

Beim Vergleich mit 1958 zeigen sich örtlich unterschiedliche Veränderungen, die zum Teil, insbesondere bei den Konfirmationen, darauf beruhen, daß ab 1959 zunächst besonders schwache Jahrgänge konfirmiert wurden. Dabei fällt der geradezu erschreckende Rückgang für diejenigen östlichen Gliedkirchen der EKD auf, die Angaben noch machen konnten. Im Vergleich zu diesem Absinken ist der Rückgang bei den Taufen und Trauungen verhältnismäßig schwächer. Nach wie vor am „stabilsten“ bleiben die Zahlen für die Bestattungen. Die Teilnahme am hl. Abendmahl ging in den östlichen Gliedkirchen weiter zurück, sie stagnierte zum Teil in den westlichen Gliedkirchen, von denen einige gleichfalls Rückgänge aufzuweisen hatten.

Die Zahl der Abendmahlsfeiern je Kirchengemeinde hat sich in den Gemeinden mit Sitz wenigstens eines Pfarramts im Jahr 1960 gegenüber dem Vorjahr verringert in Schlesien, Westfalen, Kurhessen-Waldeck, Hannover, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Eutin. In den übrigen Landeskirchen ist die Zahl entweder gleich geblieben oder sie hat sich erhöht. Da die Schwankungen sehr gering sind, läßt sich aus den Veränderungen noch nicht ablesen, ob ein dauernder Rückgang oder eine dauernde Zunahme der Abendmahlsfeiern je Kirchengemeinde zu erwarten ist. Die Bestrebungen, die Feiern innerhalb des Gottesdienstes zu halten, haben fast durchweg Erfolg gehabt (vgl. Tabelle 11). Der Prozentsatz der Abendmahlsfeiern innerhalb des Gottesdienstes ist lediglich zurückgegangen in Baden, wo er für die selbständigen Abendmahlsfeiern im Anschluß an einen

1. Vgl. Kirchl. Jahrbuch 1960 S. 326; für 1960 fehlen bei Braunschweig Angaben für die Gebietsteile in der DDR.

Predigtgottesdienst unverändert hoch ist, in Bremen, in Eutin sowie in Lippe und Nordwestdeutschland – reformiert.

Die Entwicklung der Zahl der regelmäßigen Teilnehmer am Kindergottesdienst verläuft uneinheitlich und hängt weitgehend von der Zahl der Kinder in den entsprechenden Jahrgängen ab. Die Bemühungen darum, Kindergottesdienst mit Gruppensystem zu halten, scheinen im allgemeinen Erfolg zu haben. Rückgänge zeigen allerdings die beiden großen Landeskirchen Hannover und Bayern. Da die Schwankungen aber gering sind, läßt sich auch hier eine Tendenz noch nicht feststellen.

Tabelle 1: Taufen im Jahre 1959

Landeskirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	ins- gesamt	darunter nach- träglich getauft	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern und Mütter	Tauf- ver- sagun- gen	Getaufte Erwachsene
			evan- gelischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg									
Pommern	7205	281	85,0	6,0	2,7	9,0	0,0	3	8
Schlesien	2305	91	81,0	11,1	5,6	7,6	0,3	5	2
Kirchenpriv. Sachsen									
Westfalen	55058	3417	78,1	17,9	15,5	3,7	0,3	52	521
Rheinland	56188	4360	67,0	27,9	24,6	4,5	0,6	109	733

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	33764	1489	73,8	21,6	18,8	4,0	0,6	12	180
Kurhessen-Waldeck	18360	530	83,5	12,4	10,7	3,8	0,2	1	87
Baden	21229	1041	67,2	25,8	23,8	6,3	0,7	1	107
Pfalz	12816	328	71,3	23,3	21,4	4,9	0,6	1	20
Anhalt	2889	210	77,7	14,6	9,8	7,2	0,5	1	.
Bremen	6503	1124	83,9	11,1	8,1	4,6	0,4	4	283

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	29257	2847	76,6	16,1	6,6	6,9	0,4	43	—
Hannover	62990	3637	87,0	8,3	6,9	4,4	0,2	24	420
Bayern	37813	1071	66,5	24,6	22,8	8,2	0,7	4	170
Schleswig-Holstein	32922	4620	87,5	7,4	4,4	4,6	0,5	16	944
Thüringen									
Mecklenburg									
Hamburg	9196	2893	79,7	13,2	6,6	5,1	2,0	9	174
Braunschweig	10083	1147	79,3	13,7	10,8	6,1	0,9	7	186
Lübeck	2842	232	89,3	5,2	4,4	5,3	0,1	—	38
Schaumburg-Lippe	1180	41	87,9	8,8	7,2	2,8	0,5	—	3

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	41126	1690	74,8	19,9	17,1	4,8	0,5	19	230
Oldenburg	8624	703	86,1	9,6	7,2	3,9	0,4	2	114
Eutin	1268	154	87,9	5,8	4,5	5,9	0,4	—	21

Reformierte Landeskirchen

Lippe	3963	117	89,9	6,1	5,4	3,8	0,2	9	34
Nordwestdeutschland	3191	86	92,6	4,9	4,4	2,4	0,1	2	34

Tabelle 1: Taufen im Jahre 1960

Landeskirche	Getaufte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	ins- gesamt	darunter nach- träglich getauft	Kinder aus			unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonst. Eltern und Mütter	Tauf- ver- sagun- gen	Getaufte Erwachsene
			evan- gelischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt	darunter aus evang.- kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien 2139 117 83,7 9,5 4,7 6,6 0,1 6 —

Kirchenpriv. Sachsen

Westfalen 54270 3068 78,7 17,6 15,7 3,5 0,2 41 510

Rheinland 56167 4165 67,6 27,9 24,4 4,1 0,4 78 675

Anhalt 2427 260 77,4 15,4 10,1 6,9 0,3 6 .

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau 34379 1695 73,8 21,7 19,0 3,9 0,5 17 159

Kurhessen-Waldeck 17821 482 84,4 11,9 10,3 3,4 0,2 5 80

Baden 21661 976 67,9 26,0 23,4 5,5 0,6 6 100

Pfalz 12861 325 71,7 23,1 21,2 4,7 0,4 3 12

Bremen 7067 1238 84,7 11,2 8,0 3,6 0,5 1 282

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen 24950 2649 77,5 . 6,5 6,4 . 36 64

Hannover 64034 3548 87,7 8,0 6,9 4,0 0,2 9 447

Bayern 38847 1073 66,8 25,2 23,1 7,4 0,6 14 188

Schleswig-Holstein 33763 4673 87,5 7,7 4,7 4,3 0,4 8 931

Thüringen

Mecklenburg

Hamburg 9615 2818 79,8 13,5 6,8 5,2 1,5 11 240

Braunschweig 9902 1092 80,2 13,8 11,1 5,3 0,7 4 178

Lübeck 2923 310 88,3 6,1 5,1 5,5 0,1 — 11

Schaumburg-Lippe 1159 26 86,0 11,5 9,0 2,5 — 1 6

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg 42787 1539 75,1 20,0 17,3 4,5 0,4 11 183

Oldenburg 9475 711 87,1 9,2 7,0 3,3 0,5 3 100

Eutin 1349 133 88,4 6,1 4,1 5,1 0,4 — 16

Reformierte Landeskirchen

Lippe 3781 154 89,9 6,5 5,8 3,3 0,2 2 23

Nordwestdeutschland 3192 115 92,2 5,2 4,6 2,5 0,1 2 30

Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1959 (Taufziffern)
 (Nur für Kinder mit mindestens einem evangelischen Elternteil in der BRD)

Landeskirche	Getaufte Kinder in % der Lebendgeborenen des gleichen Jahres		
	aus evangelischen Ehen	aus evang.-katholischen Ehen	uneheliche von evang. Müttern
	1	2	3

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	96	38	64
Rheinland	93	38	60

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	98	47	58
Kurhessen-Waldeck	99	53	74
Baden	99	43	68
Pfalz	95	50	65
Bremen	90	53	63

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	99	47	67
Bayern	101	41	81
Schleswig-Holstein	92	52	56
Hamburg	85	54	49
Braunschweig	96	49	70
Lübeck	100	43	52
Schaumburg-Lippe	112	52	83

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	96	49	64
Oldenburg	96	42	57
Eutin	102	61	64

Reformierte Landeskirchen

Lippe	104	39	70
Nordwestdeutschland	104	42	68

Tabelle 2: Kindertaufen in % der Geburten des Jahres 1960 (Taufziffern)
 (Nur für Kinder mit mindestens einem evangelischen Elternteil in der BRD)

Landeskirche	Getaufte Kinder in % der Lebendgeborenen des gleichen Jahres		
	aus evangelischen Ehen	aus evang.-katholischen Ehen	uneheliche von evang. Müttern
	1	2	3

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	96	38	65
Rheinland	92	36	58

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	97	47	59
Kurhessen-Waldeck	95	50	65
Baden	98	42	66
Pfalz	98	49	57
Bremen	92	56	49

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	98	47	66
Bayern	100	41	75
Schleswig-Holstein	90	54	57
Hamburg	89	60	54
Braunschweig	97	49	68
Lübeck	104	46	58
Schaumburg-Lippe	100	66	100

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	96	49	66
Oldenburg	101	43	58
Eutin	105	57	58

Reformierte Landeskirchen

Lippe	101	40	68
Nordwestdeutschland	101	45	79

Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1959

Landeskirche	Von je 100 im Jahre 1959 getauften Kindern unter 14 Jahren wurden getauft			
	während des Gemeindegottesdienstes oder im Kindergottesdienst	außerhalb des Gemeindegottesdienstes		
		in kirchlichen Räumen einschl. des Pfarrhauses	in der Hausgemeinschaft (Haustaufen)	in Kliniken u. ähnlichen Anstalten
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg				
Pommern	54,0	29,6	15,6	0,7
Schlesien	22,3	76,1	1,0	0,7
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	65,4	28,8	2,7	3,0
Rheinland	70,4	24,2	2,2	3,2

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	53,2	24,9	17,7	4,2
Kurhessen-Waldeck	49,4	22,2	20,9	7,4
Baden	65,1	22,6	3,1	9,2
Pfalz	64,1	10,7	6,9	18,3
Anhalt
Bremen	37,8	55,9	3,9	2,4

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	4,5	92,1 ¹	1,8	1,7
Hannover	41,9	48,4	7,6	2,1
Bayern	22,0	49,2	3,8	24,9
Schleswig-Holstein	28,1	53,8	17,0	1,1
Thüringen				
Mecklenburg				
Hamburg	11,5	83,2	3,0	2,3
Braunschweig	20,9	76,5	1,0	1,6
Lübeck	41,5	53,0	1,8	3,7
Schaumburg-Lippe	53,1	45,8	1,0	0,1

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	76,2	14,0	3,9	5,9
Oldenburg	32,0	60,5	5,5	2,0
Eutin	53,9	36,1	8,2	1,8

Reformierte Landeskirchen

Lippe	78,9	16,2	3,7	1,3
Nordwestdeutschland	72,4	7,6	18,8	1,2

1. besondere Taufgottesdienste

Tabelle 3: Kindertaufen nach dem Ort der Taufe im Jahre 1960

Landeskirche	Von je 100 im Jahre 1960 getauften Kindern unter 14 Jahren wurden getauft			
	während des Gemeinde-gottesdienstes oder im Kindergottesdienst	außerhalb des Gemeindegottesdienstes		
		in kirchlichen Räumen einschl. des Pfarrhauses	in der Haus-gemeinschaft (Haustaufen)	in Kliniken u. ähnlichen Anstalten
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien 27,1 71,0 1,4 0,5

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen 65,2 30,1 1,8 2,9

Rheinland 68,7 26,3 2,0 2,9

Anhalt

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau 60,7 21,5 14,5 3,2

Kurhessen-Waldeck 55,2 20,7 21,0 3,1

Baden 67,9 24,1 2,2 5,8

Pfalz 64,8 12,3 5,8 17,2

Bremen 35,6 59,1 3,0 2,3

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche DeutschlandsSachsen . 92,1¹ . .

Hannover 40,4 51,2 6,6 1,9

Bayern (20,8)² (47,3)² 3,8 23,6

Schleswig-Holstein 26,9 57,2 15,0 1,0

Thüringen

Mecklenburg

Hamburg 14,4 81,1 2,8 1,7

Braunschweig 18,4 79,6 0,8 1,3

Lübeck 40,9 55,6 1,1 2,4

Schaumburg-Lippe 60,8 37,7 1,0 0,4

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg 77,5 14,1 3,6 4,9

Oldenburg 24,9 68,1 5,6 1,4

Eutin 40,3 49,3 8,1 2,3

Reformierte Landeskirchen

Lippe 82,1 12,9 3,3 1,8

Nordwestdeutschland 74,5 4,7 19,3 1,5

1. besondere Taufgottesdienste

2. außerdem 1771 Taufen in München, nicht aufteilbar = 4,6%

Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1959

Landeskirche	Konfirmierte Kinder		davon (in % von Spalte 1)					Nachrichtlich	
	insgesamt	darunter später als üblich konfirmiert	Kinder aus			unehe-liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonstiger Eltern und Mütter	Konfir-mations-versa-gungen	im Jahre 1959 konfir-mierte Erwach-sene ¹
			evange-lischen Ehen	Mischehen					
				ins-gesamt	darunter aus evang.-kath. Ehen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandbg.									
Pommern	3338	5	91,7	3,2	1,9	5,0	0,0	65	42
Schlesien	957	2	87,1	9,2	4,4	3,0	0,6	70	11
Kirchenprv. Sachsen									
Westfalen	41831	251	81,7	15,3	10,9	2,3	0,7	21	582
Rheinland	44821	204	71,6	24,1	17,7	2,8	1,5	100	259

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen u. Nassau	26098	28	78,0	18,0	13,2	2,6	1,4	26	33
Kurhess.-Waldeck	13457	18	88,5	8,2	5,8	2,9	0,4	11	53
Baden	13774	26	71,5	23,4	18,8	4,1	1,0	18	28
Pfalz	8506	5	75,5	20,8	18,4	3,1	0,6	2	18
Anhalt	2622	1	83,7	11,1	5,3	4,3	1,0	4	21
Bremen	6293	20	84,2	12,2	6,7	2,7	0,9	3	21

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	17160	229	81,0	14,3	4,7	3,6	1,0	4862	221
Hannover	48255	167	87,4	8,1	5,1	3,9	0,6	79	304
Bayern	26634	85	71,1	22,4	18,5	5,1	1,4	20	27
Schleswig-Holst.	34693	136	87,5	8,3	3,4	2,9	1,3	68	647
Thüringen									
Mecklenburg									
Hamburg	11246	38	79,7	14,8	6,1	2,8	2,7	18	316
Braunschweig	8991	35	78,5	14,5	7,3	4,5	2,5	6	202
Lübeck	2933	8	93,2	6,5	3,7	0,3	0,1	—	20
Schaumbg.-Lippe	803	1	90,4	6,4	4,5	2,4	0,9	—	4

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	22937	111	78,1	17,1	12,1	3,2	1,6	9	.
Oldenburg	7198	43	85,6	9,8	5,1	4,0	0,7	3	124
Eutin	1352	3	91,9	4,9	2,3	2,6	0,7	—	6

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2812	6	93,2	4,1	3,3	2,4	0,4	5	20
Nordwestdeutschld.	2460	13	93,8	3,5	2,5	2,5	0,2	2	43

1. in der BRD über 21 Jahre, in der DDR über 18 Jahre

Tabelle 4: Konfirmationen im Jahre 1960

Landeskirche	Konfirmierte Kinder		davon (in % von Spalte 1)				Nachrichtlich		
	insgesamt	darunter später als üblich konfirmiert	Kinder aus		unehe- liche Kinder evang. Mütter	Kinder sonstiger Eltern und Mütter	Konfir- mations- versa- gungen	im Jahre 1960 konfir- mierte Erwach- sene ¹	
			evange- lischen Ehen	Mischehen					
				ins- gesamt					darunter aus evang.- kath. Ehen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandbg.									
Pommern									
Schlesien	754	63	80,5	6,8	3,8	9,8	2,9	49	13
Kirchenpriv. Sachsen									
Westfalen	32096	197	79,5	15,7	11,3	4,1	0,7	62	580
Rheinland	35279	173	69,3	24,3	18,3	4,8	1,6	71	206
Anhalt	1567	1	84,7	9,1	4,1	5,6	0,6	5	22

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen u. Nassau	20991	19	75,3	18,5	14,1	5,1	1,1	16	34
Kurhess.-Waldeck	10868	22	85,4	8,8	6,5	5,3	0,5	6	37
Baden	10176	20	68,6	22,2	18,1	8,3	1,0	10	19
Pfalz	6586	3	72,5	19,9	17,4	6,8	0,7	3	10
Bremen	5079	8	82,5	12,2	7,2	4,1	1,2	4	20

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	12829	3318	2370	239
Hannover	40150	151	84,6	8,0	5,3	6,9	0,5	66	333
Bayern	24693	74	70,0	21,7	18,5	7,4	0,8	39	23
Schleswig-Holst.	29663	100	85,4	9,1	3,8	4,2	1,3	69	628
Thüringen									
Mecklenburg									
Hamburg	9989	34	76,5	15,5	6,5	3,7	4,3	27	270
Braunschweig	6815	36	76,1	13,9	7,4	7,6	2,5	5	166
Lübeck	2533	12	92,7	7,0	5,3	0,4	—	—	30
Schaumbg.-Lippe	654	2	89,4	6,3	3,4	4,0	0,3	1	3

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	19713	62	75,9	16,6	12,3	5,9	1,6	11	.
Oldenburg	5968	49	84,3	9,1	5,2	6,1	0,6	6	118
Eutin	1098	5	90,4	5,6	2,6	3,4	0,5	—	8

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2179	8	90,8	4,5	3,1	4,3	0,5	5	10
Nordwestdeutschld.	2184	13	91,8	2,7	2,1	5,4	0,1	2	27

1. in der BRD über 21 Jahre, in der DDR über 18 Jahre

Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1959

Landeskirche	Getraute Paare		davon (in % von Spalte 1)				Nachricht- lich Trau- versagun- gen
	ins- gesamt	darunter nachträg- lich getraut ¹	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare		sonstige Ehe- paare	
				insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare		
			1	2	3	4	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**Berlin-Brandenburg**

Pommern	2584	131	95,9	4,1	3,8	—	3
Schlesien	850	43	94,7	5,3	5,1	—	3
Kirchenprv. Sachsen							
Westfalen	26017	2738	80,4	19,4	18,6	0,2	116
Rheinland	25367	2262	70,7	29,1	28,5	0,1	251

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	16538	791	77,6	22,4	21,2	0,0	26
Kurhessen-Waldeck	9128	197	86,6	13,2	12,4	0,2	36
Baden	9749	257	71,4	28,5	26,6	0,1	19
Pfalz	5939	102	76,7	23,2	21,9	0,0	5
Anhalt	1208	100	87,8	12,1	12,0	0,1	.
Bremen	3062	178	90,0	9,9	8,3	0,1	1

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	12814	785	93,1	6,8	6,1	0,1	44
Hannover	30288	1565	92,0	7,9	7,4	0,0	116
Bayern	16924	475	70,7	29,2	28,0	0,0	104
Schleswig-Holstein	15546	443	94,8	5,1	4,7	0,1	43
Thüringen							
Mecklenburg							
Hamburg	3616	151	93,6	6,2	5,2	0,2	20
Braunschweig	5039	359	86,9	12,8	12,2	0,3	20
Lübeck	1518	65	96,6	3,4	2,9	—	—
Schaumburg-Lippe	587	22	88,6	11,4	10,6	—	2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	17934	2183	79,0	21,0	18,8	.	64
Oldenburg	4271	142	90,7	9,2	8,7	0,0	7
Eutin	693	14	94,9	4,9	4,3	0,1	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1748	70	91,2	8,8	8,3	—	11
Nordwestdeutschland	1470	34	93,9	6,1	5,4	—	7

¹. im allgemeinen später als 1 Jahr, in Württemberg später als 1 Monat nach der standesamtlichen Eheschließung

Tabelle 5: Trauungen im Jahre 1960

Landeskirche	Getraute Paare		davon (in % von Spalte 1)				Nachricht- lich Trau- versagun- gen
	ins- gesamt	darunter nachträg- lich getraut ¹	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare		sonstige Ehe- paare	
				insgesamt	darunter evang.-kath. Ehepaare		
1	2	3	4	5	6	7	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union**Berlin-Brandenburg****Pommern**

Schlesien	755	—	94,4	5,3	5,0	0,3	2
-----------	-----	---	------	-----	-----	-----	---

Kirchenprov. Sachsen

Westfalen	26998	2397	79,9	20,1	19,4	0,0	131
-----------	-------	------	------	------	------	-----	-----

Rheinland	26469	2025	70,0	30,0	29,1	0,0	259
-----------	-------	------	------	------	------	-----	-----

Anhalt	1072	99	88,6	11,4	11,3	—	.
--------	------	----	------	------	------	---	---

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	17144	655	77,1	22,8	21,4	0,0	26
-------------------	-------	-----	------	------	------	-----	----

Kurhessen-Waldeck	9341	204	86,3	13,7	12,9	0,0	22
-------------------	------	-----	------	------	------	-----	----

Baden	9754	261	71,0	29,0	26,9	0,1	18
-------	------	-----	------	------	------	-----	----

Pfalz	5934	109	77,0	23,0	21,5	0,1	7
-------	------	-----	------	------	------	-----	---

Bremen	3449	159	89,6	10,1	7,8	0,2	4
--------	------	-----	------	------	-----	-----	---

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	12161	655	92,6	.	.	.	47
---------	-------	-----	------	---	---	---	----

Hannover	31748	1460	91,8	8,2	7,6	0,1	130
----------	-------	------	------	-----	-----	-----	-----

Bayern	17672	404	71,3	28,6	27,4	0,0	146
--------	-------	-----	------	------	------	-----	-----

Schleswig-Holstein	16309	467	94,3	5,6	4,8	0,1	36
--------------------	-------	-----	------	-----	-----	-----	----

Thüringen**Mecklenburg**

Hamburg	3863	140	93,6	6,4	5,1	0,1	24
---------	------	-----	------	-----	-----	-----	----

Braunschweig	5053	326	87,1	12,8	12,0	0,2	22
--------------	------	-----	------	------	------	-----	----

Lübeck	1496	41	96,6	3,4	3,3	—	—
--------	------	----	------	-----	-----	---	---

Schaumburg-Lippe	638	27	91,5	8,3	7,7	0,2	1
------------------	-----	----	------	-----	-----	-----	---

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	18780	2170	78,5	21,5	19,4	.	82
-------------	-------	------	------	------	------	---	----

Oldenburg	4545	144	91,5	8,4	8,1	0,1	9
-----------	------	-----	------	-----	-----	-----	---

Eutin	772	21	94,7	5,2	4,7	0,1	—
-------	-----	----	------	-----	-----	-----	---

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2016	65	91,3	8,4	8,1	0,3	11
-------	------	----	------	-----	-----	-----	----

Nordwestdeutschland	1534	45	93,2	6,8	6,3	—	4
---------------------	------	----	------	-----	-----	---	---

1. im allgemeinen später als 1 Jahr, in Württemberg später als 1 Monat nach der standesamtlichen Eheschließung

Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1959 (Trauziffern)

Landeskirche	Trauungen in % der Eheschließungen					
	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare				
		insgesamt	davon			
			evangelisch-katholische	evangelisch-anders christliche	evangelisch-jüdische	evangelisch-sonstige
	1	2	3	4	5	6

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	94	31	33	19	—	6
Rheinland	84	27	29	15	—	2

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	89	33	37	11	—	10
Kurhessen-Waldeck	95	39	45	15	—	7
Baden	91	32	34	16	—	23
Pfalz	89	38	38	31	—	29
Bremen	69	29	34	38	—	15

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	90	31	37	34	14	3
Bayern	88	29	30	15	5	13
Schleswig-Holstein	74	20	34	23	50	1
Hamburg	54	10	20	16	—	1
Braunschweig	85	30	38	27	—	2
Lübeck	83	17	20	53	—	—
Schaumburg-Lippe	100	65	67	250	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	86	34	36	24	—	22
Oldenburg	91	31	37	31	—	1
Eutin	92	35	45	60	—	4

Reformierte Landeskirchen

Lippe	98	40	46	25	—	—
Nordwestdeutschland	100	32	37	36	—	3

Tabelle 6: Trauungen in % der Eheschließungen des Jahres 1960 (Trauziffern)

Landeskirche	Trauungen in % der Eheschließungen					
	evangelische Ehepaare	konfessionell gemischte Ehepaare				
		insgesamt	davon			
			evangelisch-katholische	evangelisch-anders christliche	evangelisch-jüdische	evangelisch-sonstige
	1	2	3	4	5	6

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Westfalen	93	32	34	19	—	5
Rheinland	85	27	29	23	—	3

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	90	33	37	19	13	10
Kurhessen-Waldeck	94	42	46	21	—	11
Baden	90	32	33	21	13	22
Pfalz	92	39	39	53	—	28
Bremen	72	34	37	44	.	25

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Hannover	91	31	37	25	—	3
Bayern	89	28	29	24	—	12
Schleswig-Holstein	75	22	35	29	—	5
Hamburg	55	10	19	18	—	2
Braunschweig	86	32	39	28	—	3
Lübeck	81	14	20	15	—	—
Schaumburg-Lippe	100	44	51	33	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	89	35	37	21	—	24
Oldenburg	91	28	34	16	—	2
Eutin	91	40	46	400	—	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	100	37	44	13	—	—
Nordwestdeutschland	99	33	37	27	—	3

Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1959

Landeskirche	Trauungen von Ehepaaren, bei denen geschieden waren:		
	nur der Mann	nur die Frau	beide
	1	2	3

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg			
Pommern	31	35	7
Schlesien	1	5	1
Kirchenprov. Sachsen			
Westfalen	614	467	106
Rheinland	690	399	131

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	451	281	94
Kurhessen-Waldeck	161	114	30
Baden	367	195	66
Pfalz	213	124	35
Anhalt	.	.	.
Bremen	24	46	11

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	363	152	57
Hannover	673	369	130
Bayern	426	273	73
Schleswig-Holstein	212	143	31
Thüringen			
Mecklenburg			
Hamburg	62	32	11
Braunschweig	93	56	15
Lübeck	28	21	—
Schaumburg-Lippe	8	7	2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	473	206	.
Oldenburg	50	44	15
Eutin	9	7	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	24	19	7
Nordwestdeutschland	17	18	4

Tabelle 7: Trauungen von geschiedenen Eheleuten im Jahre 1960

Landeskirche	Trauungen von Ehepaaren, bei denen geschieden waren:		
	nur der Mann	nur die Frau	beide
	1	2	3

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien	7	7	3
-----------	---	---	---

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen	585	448	120
-----------	-----	-----	-----

Rheinland	732	432	100
-----------	-----	-----	-----

Anhalt	.	.	.
--------	---	---	---

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	459	260	103
-------------------	-----	-----	-----

Kurhessen-Waldeck	167	107	39
-------------------	-----	-----	----

Baden	345	183	70
-------	-----	-----	----

Pfalz	208	141	35
-------	-----	-----	----

Bremen	36	37	12
--------	----	----	----

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	.	.	.
---------	---	---	---

Hannover	642	454	111
----------	-----	-----	-----

Bayern	448	241	61
--------	-----	-----	----

Schleswig-Holstein	256	171	34
--------------------	-----	-----	----

Thüringen

Mecklenburg

Hamburg	62 ¹	49 ¹	9 ¹
---------	-----------------	-----------------	----------------

Braunschweig	76	46	9
--------------	----	----	---

Lübeck	20	10	2
--------	----	----	---

Schaumburg-Lippe	5	7	—
------------------	---	---	---

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	480	222	.
-------------	-----	-----	---

Oldenburg	44	38	21
-----------	----	----	----

Eutin	12	4	—
-------	----	---	---

Reformierte Landeskirchen

Lippe	24	23	6
-------	----	----	---

Nordwestdeutschland	18	10	6
---------------------	----	----	---

1. Teilergebnis

Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1959

Landeskirche	Bestattete			davon			
	Erd- bestat- tete	Einge- äscherte und in Urnen Bei- gesetzte ¹	ins- gesamt	evangelische Bestattete		sonstige Bestattete	
				Anzahl	in % der verstorbenen Evangelischen	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg							
Pommern	6330	148	6478	6455	.	23	0,4
Schlesien	1994	642	2636	2619	.	17	0,6
Kirchenpriv. Sachsen							
Westfalen	33364	1090	34454	34158	95	296	0,9
Rheinland	36598	1172	37770	36986	94	784	2,1

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	20001	3067	23068	22508	96	560	2,4
Kurhessen-Waldeck	11332	641	11973	11922	95	51	0,4
Baden	11992	1502	13494	13098	97	396	2,9
Pfalz	7594	315	7909	7658	98	251	3,2
Anhalt	2874	1159	4033	3996	.	37	0,9
Bremen	3403	1491	4894	4813	86	81	1,7

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	33562	11132	44694	43260	.	1434	3,2
Hannover	38755	2287	41042	40808	96	234	0,6
Bayern	22408	4749	27157	26655	97	502	1,8
Schleswig-Holstein	20753	2096	22849	22670	89	179	0,8
Thüringen							
Mecklenburg							
Hamburg	5079	3911	8990	8865	92	125	1,4
Braunschweig	5937	1301	7238	7176	93	62	0,9
Lübeck	1923	257	2180	2175	93	5	0,2
Schaumburg-Lippe	756	13	769	768	105	1	0,1

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	(21516) ²	(2440) ²	(23956) ²	23956	97	.	.
Oldenburg	4956	384	5340	5283	96	57	1,1
Eutin	1008	22	1030	1021	102	9	0,9

Reformierte Landeskirchen

Lippe	2413	32	2445	2436	95	9	0,4
Nordwestdeutschland	1758	73	1831	1806	111	25	1,4

1. Urnenbeisetzungen nur gezählt, wenn Einäscherung ohne kirchliche Mitwirkung
 2. nur Evangelische

Tabelle 8: Kirchliche Bestattungen im Jahre 1960

Landeskirche	Bestattete			davon			
	Erd- bestat- tete	Einge- äscherte und in Urnen Bei- gesetzte ¹	ins- gesamt	evangelische Bestattete		sonstige Bestattete	
				Anzahl	in % der verstorbenen Evangelischen	Anzahl	in % aller Bestatteten (Spalte 3)
	1	2	3	4	5	6	7

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien 1971 690 2661 2656 . 5 0,2

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen 35282 1157 36439 36139 95 300 0,8

Rheinland 39412 892 40304 39387 94 917 2,3

Anhalt 2655 1137 3792 3759 . 33 0,9

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau 21329 3327 24656 23998 96 658 2,7

Kurhessen-Waldeck 11895 690 12585 12499 95 86 0,7

Baden 12943 1670 14613 14235 97 378 2,6

Pfalz 7851 335 8186 7944 98 242 3,0

Bremen 3552 1576 5128 5054 88 74 1,4

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen . . 44866 . . .

Hannover 40804 2389 43193 42886 96 307 0,7

Bayern 24271 5094 29365 28744 99 621 2,1

Schleswig-Holstein 22183 2306 24489 24281 90 208 0,8

Thüringen

Mecklenburg

Hamburg 5191 4162 9353 9250 90 103 1,1

Braunschweig 5987 1400 7387 7334 92 53 0,7

Lübeck 1956 355 2311 2308 92 3 0,1

Schaumburg-Lippe 878 24 902 901 104 1 0,1

Übrige lutherische LandeskirchenWürttemberg (23136)² (2520)² (25656)² 25656 97 . .

Oldenburg 5617 467 6084 5959 99 125 2,1

Eutin 985 29 1014 996 107 18 1,8

Reformierte Landeskirchen

Lippe 2561 51 2612 2601 97 11 0,4

Nordwestdeutschland 1858 61 1919 1897 105 22 1,1

1. Urnenbeisetzungen nur gezählt, wenn Einäscherung ohne kirchliche Mitwirkung

2. nur Evangelische

Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1959

Landeskirche	Bestattete insgesamt	davon		
		evangelisch- landeskirchliche	röm.- katholische	sonstige ¹
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern
Schlesien	19	.	.	.
Kirchenprov. Sachsen				
Westfalen	379	379	—	—
Rheinland	445	439	6	—

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	223	219	4	
Kurhessen-Waldeck	140	138	1	1
Baden	220	215	5	—
Pfalz	124	112	9	3
Anhalt
Bremen	27	26	—	1

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen
Hannover	560	554	6	—
Bayern	369	355	13	1
Schleswig-Holstein	300	298	1	1
Thüringen				
Mecklenburg				
Hamburg	88	87	—	1
Braunschweig	60	60	—	—
Lübeck	4	4	—	—
Schaumburg-Lippe	9	9	—	—

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg
Oldenburg	79	79	—	—
Eutin	13	13	—	—

Reformierte Landeskirchen

Lippe	36	36	—	—
Nordwestdeutschland	23	23	—	—

1. „sonstige“ = ev.-freikirchlich, anders christlich, jüdisch, sonstige Religion, freireligiös, Weltanschauungsgemeinschaften, gemeinschaftslos und ohne Angabe

Tabelle 9: Kirchliche Bestattungen von Selbstmördern im Jahre 1960

Landeskirche	Bestattete insgesamt	davon		
		evangelisch- landeskirchliche	röm.- katholische	sonstige ¹
	1	2	3	4

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien 25 . . .

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen 392 388 4 —

Rheinland 333 328 5 —

Anhalt . . .

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau 252 246 6

Kurhessen-Waldeck 136 136 — —

Baden 184 180 3 1

Pfalz 132 128 4 —

Bremen 26 26 — —

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen . . .

Hannover 559 552 6 1

Bayern 408 395 12 1

Schleswig-Holstein 310 310 — —

Thüringen

Mecklenburg

Hamburg 107 107 — —

Braunschweig 51 51 — —

Lübeck 1 1 — —

Schaumburg-Lippe 12 12 — —

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg . . .

Oldenburg 103 101 — 2

Eutin 12 12 — —

Reformierte Landeskirchen

Lippe 27 27 — —

Nordwestdeutschland 11 11 — —

1. „sonstige“ = ev.-freikirchlich, anders christlich, jüdisch, sonstige Religion, freireligiös, Weltanschauungsgemeinschaften, gemeinschaftslos und ohne Angabe

Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1959

Landeskirche	Abendmahlsfeiern					Abendmahlsgäste			
	im Gotteshaus			Privat- kommunionen	im Gotteshaus			Privatkommunionen	
	insgesamt	je Kirchengemeinde ¹			insgesamt	je Feier	insgesamt	je Feier	
		alle Kirchen- gemeinden ²	Gemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramtes						
	1	2	3	4	5	6	7	8	

Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg									
Pommern	2721	8		14	1149	71771	26	4849	4
Schlesien	1383	19		21	651	51642	37	2870	4
Kirchenprv. Sachsen									
Westfalen	18875	37		37	12892	815743	43	46867	4
Rheinland	14599	19		23	12988	739368	51	42926	3
Übrige unierte Landeskirchen									
Hessen und Nassau	11547	11		14	8235	617299	53	25878	3
Kurhessen-Waldeck	6693	7		13	4947	398164	59	14883	3
Baden	8748	16		21	8106	447997	51	27136	3
Pfalz	3099	7		11	4223	198616	64	12530	3
Anhalt	1482	7		13	277	42284	29	849	3
Bremen	1181	24		25	363	54290	46	1428	4

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	29797	24	32	7808	913873	31	29515	4
Hannover	24114	15	22	12386	959566	40	45529	4
Bayern	26283	22	23	16291	1145772	44	48505	3
Schleswig-Holstein	8793	20	20	2262	258199	29	8461	4
Thüringen								
Mecklenburg								
Hamburg	3065	49	49	626	105481	34	2011	3
Braunschweig	4361	11	16	1051	141665	32	4128	4
Lübeck	826	33	33	217	25857	31	681	3
Schaumburg-Lippe	368	18	18	660	23703	64	2135	3

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	15489 ⁸	12	15	14521	736387 ⁴	48	57129	4
Oldenburg	2347	23	24	804	82320	35	2543	3
Eutin	250	17	17	112	11043	44	387	3

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1103	18	18	729	46753	42	2982	4
Nordwestdeutschland	634	5	6	114	29194	46	377	3

-
1. nach dem Stand am Ende des Berichtsjahres
 2. einschließlich rechtlich selbständiger Gemeinden ohne Sitz eines Pfarramts, Hilfspfarramts, exponierten Vikariats oder dergleichen
 3. darunter 943 Fellen für Sondergruppen
 4. darunter 33 530 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen

Tabelle 10: Heiliges Abendmahl im Jahre 1960

Landeskirche	Abendmahlsfeiern				Abendmahlsgäste			
	im Gotteshaus			Privat- kommunionen	im Gotteshaus		Privatkommunionen	
	insgesamt	je Kirchengemeinde ¹			insgesamt	je Feier	insgesamt	je Feier
		alle Kirchen- gemeinden ²	Gemeinden mit Sitz mindestens eines Pfarramtes					
	1	2	3	4	5	6	7	8

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen

Rheinland

Anhalt

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau

Kurfürstentum-
Waldeck

Baden

Pfalz

Bremen

1296	18	19	636	50247	39	3489	5
17618	34	34	13818	802689	46	48251	3
15385	20	24	13313	734906	48	41911	3
1469	7	13	324	39150	27	1250	4
11831	11	14	8252	590514	50	27645	3
6393	7	12	4597	369630	58	15138	3
8824	17	21	8512	437582	50	28241	3
3103	7	11	3796	190560	61	12259	3
1225	25	25	341	53196	43	999	3

Gliederkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	•	•	•	•	879858	•	32228	•
Hannover	24413	15	21	11872	941451	39	43939	4
Bayern	26056	21	23	16678	1169039	45	48095	3
Schleswig-Holstein	8861	19	20	2256	257509	29	8850	4
Thüringen								
Mecklenburg								
Hamburg	3224	49	49	591	106945	33	2315	4
Braunschweig	4193	10	15	1132	131978	31	4179	4
Lübeck	827	33	33	296	26006	31	856	3
Schaumburg-Lippe	356	17	17	670	24789	70	2143	3

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	15647 ³	13	15	14575	720376 ⁴	46	55958	4
Oldenburg	2574	25	27	791	79524	31	2904	4
Eutin	261	15	15	128	11508	44	337	3

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1142	18	18	730	45032	39	2655	4
Nordwestdeutschland	622	5	6	105	29060	47	316	3

-
1. nach dem Stand am Ende des Berichtsjahres
 2. einschließlich rechtlich selbständiger Gemeinden ohne Sitz eines Pfarramts, Hilfspfarramts, exponierten Vikariats oder dergleichen
 3. darunter 733 Feiern für Sondergruppen
 4. darunter 32 272 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen

Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1959

Landeskirche	Abendmahlsgäste							
	insgesamt		Männer in % von Spalte 1	bei Privat- kommunionen in % von Spalte 1	insgesamt	bei Feiern im Gotteshaus		
	Zahl	in % der Seelen (Abendmahls- ziffer)				innerhalb des Gottes- dienstes	davon in % im Anschluß an einen Predigt- gottesdienst	im selbständigen Abendmahls- gottesdienst
	1	2	3	4	5	6	7	8

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg								
Pommern	76620	12	32	6	71771	60,4	22,3	17,3
Schlesien	54512	27	28	5	51642	43,7	41,3	15,0
Kirchenprv. Sachsen								
Westfalen	862610	24	36	5	815743	26,3	56,8	16,8
Rheinland	782294	20	36	5	739368	20,6	61,1	18,2

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	643177	29	37	4	617299	12,0	74,2	13,8
Kurhessen-Waldeck	413047	36	42	4	398164	52,5	33,2	14,3
Baden	475133	37	35	6	447997	6,9	73,5	19,6
Pfalz	211146	29	35	6	198616	10,0	74,0	15,9
Anhalt	43133	11	26	2	42284	26,1	60,1	13,8
Bremen	55718	10	34	3	54290	27,3	56,5	16,2

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	943388	24	28	3	913873	46,9	42,9	10,3
Hannover	1005095	24	38	5	959566	46,9	30,1	23,1
Bayern	1194277	46	39	4	1145772	14,3	44,6	41,1
Schleswig-Holstein	266660	11	35	3	258199	31,4	49,8	18,8
Thüringen								
Mecklenburg								
Hamburg	107492	13	33	2	105481	38,1	50,8	11,1
Braunschweig	145793	21	31	3	141665	57,0	30,4	12,6
Lübeck	26538	13	40	3	25857	21,7	71,7	6,6
Schaumburg-Lippe	25838	35	40	8	23703	8,1	41,9	50,0

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	793516 ¹	31	35	7	736387 ¹	—	67,6	32,4 ¹
Oldenburg	84863	14	36	3	82320	46,6	35,3	18,1
Eutin	11430	12	34	3	11043	30,7	52,4	16,9

Reformierte Landeskirchen

Lippe	49735	20	36	6	46753	12,7	72,6	14,8
Nordwestdeutschland	29571	15	39	1	29194	69,5	27,2	3,3

1. darunter 33 530 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen = 4,6%

Tabelle 11: Abendmahlsgäste des Jahres 1960

Landeskirche		Abendmahlsgäste							
		insgesamt		Männer in % von Spalte 1	bei Privat- kommunionen in % von Spalte 1	insgesamt	bei Feiern im Gotteshaus		
		Zahl	in % der Seelen (Abendmahls- ziffer)				innerhalb des Gottes- dienstes	davon in %	
								im Anschluß an einen Predigt- gottesdienst	im selbständigen Abendmahls- gottesdienst
1	2	3	4	5	6	7	8		
Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union									
Berlin-Brandenburg									
Pommern	53736	26	28	6	50247	44,3	36,8	18,8	
Schlesien									
Kirchenpriv. Sachsen	850940	23	36	6	802689	27,9	54,5	17,7	
Westfalen	776817	19	36	5	734906	23,4	58,7	17,9	
Rheinland	40400	11	25	3	39150	31,1	54,8	14,1	
Anhalt									
Übrige unierte Landeskirchen									
Hessen und Nassau	618159	28	37	4	590514	12,3	73,3	14,4	
Kurhessen-Waldeck	384768	33	42	4	369630	54,0	31,0	15,0	
Baden	465823	35	34	6	437582	5,8	74,0	20,2	
Pfalz	202819	27	35	6	190560	10,0	73,6	16,4	
Bremen	54195	10	33	2	53196	23,3	54,6	22,1	

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	912086	24	27	4	879858	48,6	41,7	9,7
Hannover	985390	24	38	4	941451	47,6	29,7	22,6
Bayern	1217134	47	38	4	1169039	15,4	44,2	40,4
Schleswig-Holstein	266359	11	35	3	257509	39,3	42,1	18,5
Thüringen								
Mecklenburg								
Hamburg	109260	14	34	2	106945	39,6	46,3	14,1
Braunschweig	136157	20	32	3	131978	60,1	30,2	9,8
Lübeck	26862	13	44	3	26006	22,2	71,4	6,3
Schaumburg-Lippe	26932	36	40	8	24789	11,5	34,5	54,0

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	776334 ¹	30	35	7	720376 ¹	—	68,6	31,4 ¹
Oldenburg	82428	14	37	4	79524	48,5	33,3	18,3
Eutin	11845	12	36	3	11508	27,5	64,1	8,4

Reformierte Landeskirchen

Lippe	47687	19	35	6	45032	10,4	71,7	17,9
Nordwestdeutschland	29376	15	39	1	29060	64,7	31,2	4,1

1. darunter 32 272 Gäste bei Abendmahlsfeiern für Sondergruppen = 4,5 %

Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1959

Landeskirche	Zahl der regelmäßigen Teilnehmer:									
	Kindergottesdienst ¹				Vorkonfirmandenunterricht ²			Konfirmandenunterricht ²		Unterweisung der konfirmierten Jugend
	ohne Gruppensystem		mit Gruppensystem		insgesamt	darunter Jungen in %	insgesamt	darunter Jungen in %		
	insgesamt	darunter Jungen in %	insgesamt	darunter Jungen in %						
									1	
Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union										
Berlin-Brandenburg										
Pommern	2301	40	555	36	2688	46	2287	46	83	
Schlesien	1498	42	700	46	
Kirchenprv. Sachsen										
Westfalen	26505	44	87708	43	43169	50	32387	50	5173	
Rheinland	25690	45	83327	43	43179	50	35289	50	3229	
Übrige unierte Landeskirchen										
Hessen und Nassau	31594	45	29856	44	25402	49	21042	51	13267	
Kurhessen-Waldeck	25059	44	17987	44	15400	51	11486	50	5688	
Baden	35915	44	21840	46	—	—	10671	52	18456	
Pfalz	11190	45	6819	43	8084	50	6499	49	1427	
Anhalt	2648	39	332	33	1879	41	1747	47	.	
Bremen	1269	38	1807	42	5906	50	5062	51	150	

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	(39076) ³	(38) ³	(39076) ³	(38) ³	17761	46	14755	45	1075
Hannover	32950	44	46304	43	49574	50	40197	51	6107
Bayern	36574	45	32489	44	21088	51	23292	49	8376
Schleswig-Holstein	10162	41	13294	39	24117	50	29100	51	556
Thüringen									
Mecklenburg									
Hamburg	988	39	3592	36	7631	48	9887	49	—
Braunschweig	7584	42	4649	40	8531	50	6878	51	141
Lübeck	1520	41	2842	35	2096	49	2533	49	—
Schaumburg-Lippe	529	41	1746	43	847	49	679	52	134

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	31783	.	107470	30624
Oldenburg	4152	43	3111	42	7072	48	5905	51	491
Eutin	341	42	653	38	1070	50	1114	50	85

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1826	41	4672	41	2966	49	2222	52	96
Nordwestdeutschland	2523	43	5907	43	2830	51	2308	51	106

-
1. darin in einzelnen Gliedkirchen vereinzelt Kinderlehre enthalten
 2. Stichtag 31. 12. 1959
 3. Gesamtzahl für Teilnehmer beider Groupensysteme

Tabelle 12: Kindergottesdienste sowie kirchliche Unterweisung der Jugend im Jahre 1960

Landeskirche	Zahl der regelmäßigen Teilnehmer:										Unterweisung der konfirmierten Jugend
	Kindergottesdienst				Vorkonfirmandenunterricht ²				Konfirmandenunterricht ²		
	ohne Gruppensystem		mit Gruppensystem		insgesamt	darunter Jungen in %	insgesamt	darunter Jungen in %	insgesamt	darunter Jungen in %	
	insgesamt	darunter Jungen in %	insgesamt	darunter Jungen in %							
	1		2	3	4	5	6	7	8	9	

Gliederkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen

Rheinland

Anhalt

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau

Kurhessen-Waldeck

Baden

Pfalz

Bremen

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	(35486) ³	(38) ³	(35486) ³	(38) ³	16190	45	15189	45	1095
Hannover	33665	44	44803	43	51670	51	49969	50	4847
Bayern	37281	45	31036	48	22901	51	29050	44	7689
Schleswig-Holstein	9147	43	13254	40	29827	50	23960	51	400
Thüringen									
Mecklenburg									
Hamburg	903	37	3517	37	8781	49	7738	49	—
Braunschweig	7065	41	4315	42	8363	50	8402	50	206
Lübeck	1336	36	1737	41	2863	44	2096	49	—
Schaumburg-Lippe	609	45	1660	45	790	52	872	50	115

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	31457	•	112467	•	•	•	•	•	25265
Oldenburg	3514	43	3534	43	7763	49	7200	50	337
Eutin	372	40	639	39	1269	50	1023	50	71

Reformierte Landeskirchen

Lippe	1650	40	4914	41	2811	54	2983	49	80
Nordwestdeutschland	2447	45	5331	42	2945	52	2721	52	43

1. darin in einzelnen Gliedkirchen vereinzelt Kinderlehre enthalten
2. Stichtag 31. 12. 1960
3. Gesamtzahl für Teilnehmer beider Gruppensysteme

Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1959

Landeskirche	Übergetretene				Religions- unmündige ²
	Erwachsene			Wieder- eingetretene ¹	
	insgesamt	und zwar			
		Männer			
		Anzahl	in %		
		1	2		

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg					
Pommern	165	79	47,9	97	3
Schlesien	117	58	49,6	71	—
Kirchenprov. Sachsen					
Westfalen	6834	3693	54,0	2382	287
Rheinland	7099	3665	51,6	3112	226

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	3023	1405	46,5	785	111
Kurhessen-Waldeck	1068	518	48,5	321	35
Baden	1550	761	49,1	410	239
Pfalz	918	495	53,9	224	108
Anhalt	216	97	44,9	.	21
Bremen	861	456	53,0	320	32

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	2059	1057	51,3	1394	29
Hannover	3596	1835	51,0	1357	143
Bayern	3427	1607	46,9	611	442
Schleswig-Holstein	2626	1290	49,1	1357	30
Thüringen					
Mecklenburg	237	125	52,7	132	3
Hamburg	614	320	52,1	329	11
Braunschweig	1063	547	51,5	448	20
Lübeck	144	58	40,3	55	4
Schaumburg-Lippe	97	55	(56,7)	20	2

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	2532	.	.	1104	211
Oldenburg	563	282	50,1	242	16
Eutin	74	36	(48,6)	36	1

Reformierte Landeskirchen

Lippe	245	114	46,5	77	7
Nordwestdeutschland	262	132	50,4	29	18

2. nur Kinder, die getauft waren
1. einschließlich Rücktritte

Tabelle 13: Übertritte (Eintritte) zu den Landeskirchen im Jahre 1960

Landeskirche	Übergetretene					Religions- unmündige ²
	Erwachsene					
	insgesamt	und zwar				
		Männer		Wieder- eingetretene ¹		
		Anzahl	in %			
		1	2		3	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien	123	54	43,9	75	2
-----------	-----	----	------	----	---

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen	6496	3458	53,2	2191	240
-----------	------	------	------	------	-----

Rheinland	6639	3406	51,3	2457	239
-----------	------	------	------	------	-----

Anhalt	218	97	44,5	.	89
--------	-----	----	------	---	----

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	3137	1453	46,3	786	145
-------------------	------	------	------	-----	-----

Kurhessen-Waldeck	1041	497	47,7	302	21
-------------------	------	-----	------	-----	----

Baden	1523	672	44,1	428	238
-------	------	-----	------	-----	-----

Pfalz	831	437	52,6	200	114
-------	-----	-----	------	-----	-----

Bremen	914	457	50,0	335	39
--------	-----	-----	------	-----	----

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	1892	962	50,8	1304	31
---------	------	-----	------	------	----

Hannover	3502	1748	49,9	1268	124
----------	------	------	------	------	-----

Bayern	3623	1656	45,7	611	477
--------	------	------	------	-----	-----

Schleswig-Holstein	2689	1366	50,8	1340	55
--------------------	------	------	------	------	----

Thüringen					
-----------	--	--	--	--	--

Mecklenburg	172	75	43,6	110	8
-------------	-----	----	------	-----	---

Hamburg	748	331	44,3	370	8
---------	-----	-----	------	-----	---

Braunschweig	1076	535	49,7	484	29
--------------	------	-----	------	-----	----

Lübeck	100	44	44,0	45	—
--------	-----	----	------	----	---

Schaumburg-Lippe	126	70	55,6	39	8
------------------	-----	----	------	----	---

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	2517	.	.	1036	219
-------------	------	---	---	------	-----

Oldenburg	583	299	51,3	295	23
-----------	-----	-----	------	-----	----

Eutin	58	38	(65,5)	36	4
-------	----	----	--------	----	---

Reformierte Landeskirchen

Lippe	198	92	46,5	51	—
-------	-----	----	------	----	---

Nordwestdeutschland	195	102	52,3	20	7
---------------------	-----	-----	------	----	---

1. einschließlich Rücktritte

2. nur Kinder, die getauft waren

Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1959

Landeskirche	Ausgetretene			Religions- unmündige
	Erwachsene			
	insgesamt	darunter Männer		
		Anzahl	in %	
1	2	3	4	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg				
Pommern	4978	2774	55,7	746
Schlesien	2601	1380	53,1	210
Kirchenprv. Sachsen				
Westfalen	3781	1842	48,7	323
Rheinland	5816	3056	52,5	421

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau	2045	1026	50,2	140
Kurhessen-Waldeck	1066	601	56,4	68
Baden	1339	615	45,9	269
Pfalz	563	266	47,2	111
Anhalt	4306	2216	51,5	466
Bremen	491	246	50,1	41

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen	66698	31412	47,1	2705
Hannover	3367	1679	49,9	217
Bayern	2379	938	39,4	549
Schleswig-Holstein	2755	1368	49,7	67
Thüringen				
Mecklenburg	8889	5030	56,6	870
Hamburg	3460	1786	51,6	17
Braunschweig	1619	895	55,3	73
Lübeck	149	69	46,3	4
Schaumburg-Lippe	51	16	(31,4)	10

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg	2663	.	.	390
Oldenburg	525	305	58,1	22
Eutin	44	23	(52,3)	2

Reformierte Landeskirchen

Lippe	65	27	(41,5)	11
Nordwestdeutschland	73	34	(46,6)	5

Tabelle 14: Kirchenaustritte im Jahre 1960

Landeskirche	Ausgetretene			Religions- unmündige
	Erwachsene			
	insgesamt	darunter Männer		
		Anzahl	in ‰	
1	2	3	4	

Gliedkirchen der Evangelischen Kirche der Union

Berlin-Brandenburg

Pommern

Schlesien 2159 1138 52,7 111

Kirchenprv. Sachsen

Westfalen 3821 1754 45,9 283

Rheinland 5829 3019 51,8 395

Anhalt 3628 1804 49,7 389

Übrige unierte Landeskirchen

Hessen und Nassau 2104 1089 51,8 130

Kurhessen-Waldeck 1005 565 56,2 94

Baden 1207 525 43,5 192

Pfalz 639 295 46,2 93

Bremen 486 240 49,4 31

Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Sachsen 54838 25582 46,7 2093

Hannover 3676 1933 52,6 261

Bayern 2665 1152 43,2 539

Schleswig-Holstein 2949 1504 51,0 83

Thüringen

Mecklenburg 7157 4006 56,0 715

Hamburg 3344 1678 50,2 30

Braunschweig 1161 663 57,1 17

Lübeck 172 80 46,5 7

Schaumburg-Lippe 50 21 (42,0) 5

Übrige lutherische Landeskirchen

Württemberg 2227 . . 318

Oldenburg 548 294 53,6 16

Eutin 27 12 (44,4) —

Reformierte Landeskirchen

Lippe 65 30 (46,2) 6

Nordwestdeutschland 102 45 44,1 18

III. Zusammensetzung der Kirchenvorstände in drei westdeutschen Landeskirchen

Von Paul Zieger

Im Kirchlichen Jahrbuch 1960 wurden auf Seite 345 ff. Angaben über die Zusammensetzung der Kirchenvorstände in 15 westlichen Gliedkirchen der EKD nach dem Stand von 1959 bzw. 1960 veröffentlicht. Nunmehr können für die drei Landeskirchen, in denen erst später Neuwahlen durchgeführt wurden, die Ergebnisse nach dem Stand vom 1. 1. bzw. 1. 7. 1961 in der gleichen Gliederung bekanntgegeben werden. Für das Rheinland wurden die Ergebnisse unterteilt nach den politischen Gebieten, die bemerkenswerte Unterschiede zeigen. Der Anteil der jüngeren Kirchenvorsteher ist in den Gebietsteilen innerhalb der Länder Nordrhein-Westfalen und Saarland ganz erheblich höher als in den nicht so stark industrialisierten Gebietsteilen des Landes Rheinland-Pfalz und im Kreis Wetzlar. Auch die Aufgliederung nach Berufsgruppen zeigt deutliche Unterschiede.

Bei den drei berichtenden Kirchen sind die verfügbaren Vergleichszahlen und -ziffern aufgeführt. Sie lassen in den Durchschnittsergebnissen, wenn auch in verschieden starker Tendenz, erkennen, daß der Anteil der jüngeren Kirchenvorsteher ständig zunimmt, daß bei den Berufen die Anteile der Bauern und Landwirte zurückgehen und daß die Zunahme der Frauen in den Kirchenvorständen stärker ist, als die Zunahme der Zahl der Mitglieder der Kirchenvorstände insgesamt.

Da Hessen und Nassau einen anderen Fragebogen verwendet hat, können keine Altersangaben in der Gliederung der Tabelle gemacht werden. Nachrichtlich wird mitgeteilt, daß 18,2% aller Kirchenvorstände mindestens 65 Jahre alt waren, 47,3% der Gruppe 50–64 Jahre und 34,5% der Gruppe der bis zu 50 Jahre alten Kirchenvorsteher angehörten.

Die absoluten Zahlen sind in dem Statistischen Bericht Nr. 166 vom 8. Juni 1962 veröffentlicht.

Die Kirchenvorsteher nach Geschlecht, Alter und Beruf der Männer (ohne Pfarrer, Hilfsprediger usw. im Amt) – Stand 1961

Landeskirche	Jahr	Zahl der Mitglieder (m. u. w.)		Männer	Frauen	von den Mitgliedern waren in % von Spalte 1				unter den Männern (vgl. Spalte 2) waren in % von Spalte 1							in sonstigen einschließlich freien Berufen
		1	2			3	60 und mehr Jahre alt	45 bis zu 59 Jahren alt	bis zu 44 Jahren alt	im Lehrberuf	sonstige Beamte	Angestellte	Selbständige in Handel und Gewerbe	Bauern und Landwirte	Arbeiter und unselbständige Handwerker		
Rheinland																	
Nordrh.-Westf.	1961	4641	4203	438	27,4	49,9	22,7	8,6	11,7	29,2	12,4	8,4	16,2	4,0			
Rhld.-Pfalz	1961	1626	1543	83	38,6	44,5	16,9	5,2	9,5	13,1	10,6	40,2	13,8	2,5			
Saarland	1961	466	432	34	29,4	47,4	23,2	9,2	14,6	27,9	11,4	3,2	22,5	3,9			
Kreis Wetzlar	1961	404	389	15	44,1	42,8	13,1	6,7	8,4	14,6	9,2	25,2	28,5	3,7			
Insgesamt	1. 1961	7137	6567	570	31,0	48,1	20,9	7,8	11,2	24,6	11,8	16,3	16,7	3,7			
	1. 3. 1957	6109	5861	248	34,2	51,0	14,8	6,9	11,7	21,1	14,0	20,5	17,7	4,0			
	1. 1. 1955	5695	5540	155	39,4	48,8	11,9	6,1	11,1	20,1	15,3	23,4	17,6	3,7			
Hessen u. Nassau																	
	1. 7. 1961	12626	11053	1573	.	.	.	7,3	9,0	13,8	11,7	28,8	13,1	3,7			
	1. 3. 1957	10161	9201	960	35,3	48,1	16,6	6,4	9,3	10,7	14,3	33,7	13,1	3,0			
	1. 1. 1955	7951	7460	491	46,4	44,2	9,4	4,6	8,3	9,7	15,5	39,9	12,6	3,2			
Lippe	1. 1. 1961	878	864	14	41,9	43,7	14,4	5,7	5,6	10,0	21,4	30,4	22,4	2,8			
	1. 1. 1955	844	844	—	44,1	46,0	10,0	3,8	6,4	7,6	23,6	35,0	19,0	4,7			

IV. Die Studierenden der evangelischen Theologie im Wintersemester 1960/61

Von Paul Zieger

Die in der üblichen Weise zusammengestellten Tabellen lassen die weitere Entwicklung des Studiums der evangelischen Theologie an den Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin erkennen. In den Tabellen sind die männlichen und weiblichen Studierenden, soweit nichts anderes aus dem Tabellenkopf erkennbar wird, zusammengefaßt (Aufteilung nur in Tabelle 1). Die Angaben beruhen wieder auf der amtlichen Großen Hochschulschulstatistik; die absoluten Zahlen sind wie früher im Amtsblatt der EKD vom 15. Mai 1962 veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Studierenden der evangelischen Theologie ist weiterhin gestiegen. Die beiden ersten Semester sind, wie Tabelle 2 erkennen läßt, trotz dieser Steigerung prozentual nicht mehr so stark besetzt wie in den Vorjahren. Auch die absolute Zahl der Studierenden in diesen beiden Semestern ist etwas geringer als im Wintersemester 1959/60. Trotz allem bleibt die Aufteilung auf die Semester noch recht günstig. Im Wintersemester 1960/61 hatte Tübingen die

Tabelle 1: Die deutschen Studierenden der evangelischen Theologie¹ an den einzelnen Universitäten und Kirchlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin in den Wintersemestern 1959/60 und 1960/61

Universität Hochschule	Zahl der Studierenden der Theologie								Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber Vorjahr	
	Wintersemester 1959/60				Wintersemester 1960/61				1959/60	1960/61
	männ- lich	weib- lich	insge- samt	in %	männ- lich	weib- lich	insge- samt	in %		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Bonn	180 ²	32	212 ²	6,2	205	28	233	6,5	+ 3	+ 21
Erlangen	204	12	216	6,4	252	33	285	8,0	+ 15	+ 69
Göttingen	335	55	390	11,5	357	44	401	11,2	—118	+ 11
Hamburg	222	31	253	7,5	226	42	268	7,5	+ 22	+ 15
Heidelberg	495	72	567	16,7	427	74	501	14,1	— 65	— 66
Kiel	66	12	78	2,3	83	17	100	2,8	+ 9	+ 22
Mainz	111	17	128	3,8	150	20	170	4,8	+ 47	+ 42
Marburg	140	17	157	4,6	164	23	187	5,2	+ 15	+ 30
Münster	137	13	150	4,4	147	14	161	4,5	+ 35	+ 11
Tübingen	455	47	502	14,8	472	53	525	14,7	+232	+ 23
Universi- täten	2345	308	2653	78,2	2483	348	2831	79,4	+195	+178

1. ohne Beurlaubte und Gasthörer

2. darunter 2 Studierende, die an der Universität Köln immatrikuliert waren

Universität Hochschule	Zahl der Studierenden der Theologie								Zunahme (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber Vorjahr	
	Wintersemester 1959/60				Wintersemester 1960/61					
	männ- lich	weib- lich	insge- samt	in %	männ- lich	weib- lich	insge- samt	in %	1959/60	1960/61
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Berlin- Zehlendorf	270	89	359	10,6	287	68	355	10,0	+ 30	— 4
Bethel	146	27	173	5,1	139	26	165	4,6	+ 24	— 8
Neuen- dettelsau	105	7	112	3,3	108	6	114	3,2	+ 8	+ 2
Wuppertal	90	6	96	2,8	94	6	100	2,8	— 42	+ 4
Kirchl. Hochschulen	611	129	740	21,8	628	106	734	20,6	+ 20	— 6
Insgesamt	2956	437	3393	100	3111	454	3565	100	+215	+172

Tabelle 2: Die Studierenden der evangelischen Theologie nach Fachsemestern in % (Universitäten und Kirchliche Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin)

Fachsemester	Von je 100 Studierenden standen im vorbezeichneten Fachsemester				
	Wintersemester				
	1955/56	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
1.	5,3	6,9	6,8	7,2	6,2
2.	16,7	18,0	15,6	16,6	15,3
3.	7,4	7,4	6,3	6,9	7,2
4.	12,8	17,0	16,6	13,0	15,5
5.	6,8	4,4	6,6	5,7	5,9
6.	10,4	14,2	14,7	14,4	11,6
7.	9,3	6,0	4,3	6,4	5,4
8.	11,6	11,0	12,2	12,8	12,7
9.	8,4	5,0	5,5	3,9	5,4
10. und weiteres	11,3	10,0	11,3	13,1	14,8
Ohne Angabe	—	0,1	0,0	—	0,0
Insgesamt	100	100	100	100	100
Anzahl insgesamt	2595	2907	3178	3393	3565

am stärksten besuchte theologische Fakultät; ihr folgten mit erheblichem Abstand Göttingen und die Kirchliche Hochschule Berlin-Zehlendorf. Die Zahl der Studienanfänger im ersten und zweiten Semester war gleichfalls in Tübingen am höchsten; an zweiter Stelle steht aber Bethel, während die übrigen Universitäten und Kirchlichen Hochschulen erst in erheblichem Abstand folgen.

Die wie üblich gegebene Übersicht über die Berufe der Väter der Theologiestudierenden zeigt keine wesentlichen Änderungen. Die Vergleichszahlen lassen aber erkennen, daß die seit Jahren beobachtete Tendenz anhält, wonach der Anteil der Kinder von Akademikern langsam aber stetig steigt, der der übrigen weiterhin absinkt.

Nach dem Statistischen Jahrbuch der DDR gab es im Jahre 1960 insgesamt 585 Theologiestudierende an den mitteldeutschen Universitäten. Von ihnen standen

im ersten Studiensemester	105
im zweiten Studiensemester	118
im dritten Studiensemester	107
im vierten Studiensemester	117
im fünften Studiensemester	124

Die restlichen 14 hatten Studienverlängerung.

Weitere Angaben können leider nicht gemacht werden. Es wäre interessant, zu wissen, wie sich die Studierenden auf die einzelnen Universitäten verteilen, wie viele Frauen studieren und welche Berufe die Väter haben.

Tabelle 3: Theologiestudierende im 1. und 2. Fachsemester (Studienanfänger) in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin

Universität Hochschule	Studienanfänger des 1. und 2. Semesters im Wintersemester				
	1955/56	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
Bonn	19	20	22	.	24
Erlangen	14	40	50	61	53
Göttingen	36	54	41	39	38
Hamburg	49	46	52	59	58
Heidelberg	52	62	56	77	57
Kiel	19	27	13	21	23
Mainz	15	20	21	19	25
Marburg	32	40	48	49	59
Münster	21	16	15	.	27
Tübingen	77	104	59	137	118
Universitäten	334	429	377	.	482
Berlin-Zehlendorf	70	68	85	69	58
Bethel	85	104	106	.	103
Neuendettelsau	18	67	66	71	61
Wuppertal	65	56	78	.	62
Kirchliche Hochschulen	238	295	335	.	284
Bonn, Münster Bethel Wuppertal ¹	(190)	(196)	(221)	207	(216)
Insgesamt	572	724	712	809	766

1. 1959/60 nicht aufteilbar; in „Insgesamt“ enthalten

Tabelle 4: Die Theologiestudierenden nach dem Beruf des Vaters

Ausbildung und Beruf des Vaters	Von je 100 Theologiestudierenden stammten von Vätern mit vorstehendem Beruf im Wintersemester				
	1955/56	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
A. 1. Beamter					
Hochschullehrer	2,1	1,7	1,4	1,4	1,2
Lehrer	3,4	3,9	4,1	4,4	4,5
Geistlicher	22,5	22,2	22,2	22,4	22,2
Richter, Staatsanwalt	0,8	1,3	1,2	1,2	1,5
Höherer Medizinalbeamter	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4
Sonstiger Beamter	4,0	4,1	4,2	4,6	4,6
2. Angestellter					
Lehrer	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Jurist	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2
Arzt, Zahnarzt, Tierarzt	0,2	0,2	0,1	0,3	0,4
Apotheker	0,0	0,1	0,0	0,2	0,1
Ingenieur, Architekt, Wirtschaftsprüfer	1,5	1,6	1,8	1,9	2,1
Sonstiger Angestellter und ohne genaue Berufsangabe	1,7	2,1	2,1	1,8	2,0
3. Freier Beruf					
Rechtsanwalt, Notar	0,9	0,8	1,0	1,1	0,7
Arzt, Zahnarzt, Tierarzt	2,0	1,9	2,1	1,5	1,4
Apotheker	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Selbständiger Ingenieur, Architekt, Wirtschaftsprüfer	0,7	0,6	0,4	0,5	0,8
Sonstiger freier Beruf	0,6	0,8	0,8	0,6	0,4
4. Selbständiger Landwirt	0,1	0,2	0,1	0,2	0,2
5. Handel- und Gewerbetreibender	0,5	0,7	0,7	0,6	0,6
6. Akademiker ohne Beruf oder ohne genaue Berufsangabe	—	—	0,2	0,0	—
Akademiker zusammen	42,1	42,9	43,5	43,6	43,8
B. 1. Beamter					
Offizier, Wehrmachtsbeamter	0,7	0,8	0,8	1,0	1,3
Lehrer	4,2	4,1	4,3	3,7	4,0
Sonstiger höherer Beamter	0,8	0,7	0,6	0,4	0,5
Beamter im gehobenen Dienst	7,4	6,1	6,3	6,2	6,6
Beamter im mittleren bzw. einfachen Dienst	5,2	5,1	4,0	4,3	3,8

1. Angaben für das Wintersemester 1956/57 fehlen

Ausbildung und Beruf des Vaters	Von je 100 Theologiestudierenden stammten von Vätern mit vorstehendem Beruf im Wintersemester				
	1955/56 ¹	1957/58	1958/59	1959/60	1960/61
<i>2. Angestellter</i>					
Leitender Angestellter	6,3	7,1	7,1	6,0	7,8
Sonstiger Angestellter	11,3	11,7	10,7	12,6	11,1
Werkmeister	1,5	0,9	1,4	1,0	1,0
<i>3. Arbeiter</i>	6,4	6,9	6,2	5,9	6,0
<i>4. Freier Beruf</i>	1,0	0,9	1,2	1,4	1,7
<i>5. Selbständiger Landwirt, Bauer</i>	3,6	2,9	2,9	3,5	2,7
<i>6. Handel- und Gewerbetreibender</i>					
Selbständiger Handwerker	3,5	3,8	4,1	3,8	3,5
Kaufmann, sonstiger selbständiger Handel- und Gewerbetreibender	5,7	5,3	6,4	6,6	6,1
<i>7. Nichtakademiker ohne Beruf oder ohne genaue Berufsangabe</i>	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1
Nichtakademiker zusammen	57,8	56,7	56,3	56,4	56,1
C. Ohne Angabe	0,2	0,4	0,2	0,1	0,1
Insgesamt	100	100	100	100	100

1. Angaben für das Wintersemester 1956/57 fehlen

Thecla
1c
38.-

18960

18960	
Kirchliches Jahrbuch	
BX 8020 A2 K5 v.88	
DATE DUE	BORROWER'S NAME

Kirchliches Jahrbuch, 1961
v.88

**LIBRARY
SOUTHERN CALIFORNIA SCHOOL
OF THEOLOGY
CLAREMONT, CALIF.**



PRINTED IN U.S.A.

